Ed. XIX. 27. b.

Pol. 497/2.

Vollständige Sammlung

aller

ältern und neuern

KONKORDATE,

nebst

einer Geschichte ihres Entstehens und ihrer Schicksale

von

Dr. *Ernst Münch*,

früher Professor der Kirchengeschichte und des Kirchenrechts an der Universität Lüttich, dermalen Hof- und Staats-Bibliothekar Sr. Majestät des Königs der Niederlande im Haag.

BIBLIOTHECA CIVITATIS BABENBERGENSIS.

Zweiter Theil.

Konkordate der neuern Zeit.

Leipzig, 1831.

J. C. Hinrichssche Buchhandlung.

Vorwort.

Der Herausgeber dieser Sammlung hat seiner Arbeit die grösstmöglichste Vollständigkeit zu geben gesucht und darum nicht nur die eigentlichen Aktenstücke, welche den Text der Konkordate enthalten, sondern auch diejenigen, welche auf die Geschichte ihres Entstehens, die geheimen und öffentlichen Unterhandlungen, so wie auf die aus ihnen entsprungenen Folgen sich beziehn, dem Publikum mitgetheilt; ferner ist aus Gründen, die in der Geschichte der neuesten Zeit liegen, der einen oder andern geschichtlichen Einleitung grössere Ausführlichkeit geworden; zumal gilt dies von der Rubrik „Schweizerische Konkordate", wo das Publikum den grössten Dank einem geistreichen und durch Schicksale und Verdienste gleich verehrungswerthen Publizisten schuldig ist, welcher das Werk mit einer so ansehnlichen Beisteuer bereicherte. Der Herausgeber selbst besitzt jedoch noch wichtige Materialien, Aktenstücke und Denkwürdigkeiten mancherlei Art, welche mit den Konkordaten und deren Geschichte in genauester Verbindung stehn; auch ist vielfach der Wunsch geäussert wor-

den, dass dieser Sammlung noch die Unterhandlungen und Konventionen mit den Hussiten, als gleichsam ebenfalls Konkordate, sodann eine Darstellung der Oesterreichischen und Italienischen Kirchenverhältnisse, der Unterhandlungen der spanischen Cortes für ein Konkordat im J. 1822, eine Schilderung der Negotiationen verschiedener Südamerikanischer Republiken mit dem heiligen Stuhl für ähnlichen Zweck, sodann auch eine Geschichte der Nuntiaturen, zumal in Teutschland, als mit den Konkordatsaffairen genau zusammenhängend, beigefügt werden möchten. Um dem anfänglichen Plan dieser Sammlung nicht allzu ungetreu zu werden und die ursprüngliche Verpflichtung gegen das Publikum zu erfüllen, hat man sich auf die zwei Bände beschränkt, welche somit auf jeden Fall ein geschlossenes Ganzes ausmachen; doch wird der Herausgeber in einem Supplementbande, der auch als für sich bestehend, und unter besonderm Titel angeschafft werden kann, das so eben Angedeutete nachliefern. Nicht minder wird er ein kritisch-litterarisch-historisches Verzeichniss aller wichtigern Schriften aus älterer und neuerer Zeit, welche auf Konkordate und Konkordats-Verhandlungen sich beziehen und somit eine vollständige Uebersicht der Quellen für Bearbeiter des kirchenrechtlichen Faches dem Supplementbande anreihen.

An der langen Verzögerung des Erscheinens der zweiten Abtheilung trugen die politischen Wirren

schuld; der geneigte Leser wird übrigens auch erkennen, wie wahr sowohl in Bezug auf die Niederlande, als auf die Schweiz, in dem geschichtlichen Kommentar geweissagt worden ist*). Alles traf ein, ehe noch der Band ausgedruckt worden. Die Splitter des zerbrochenen Schwertes der weltlichen Macht in ersterm Lande drangen der niederländischen Freiheit in's Auge; die Ungebühr der Theokratie aber, welche mit ihrer Freundin, der Oligarchie, in Helvetien so eng sich ver-

*) Der Herausgeber hatte manches inzwischen Erfolgte auch schon früher, im J. 1828, geweissagt, bei Anlass des Abdrucks und der Kommentirung des ersten nachtheiligen Entwurfs, welcher von der Nuntiatur den konkordirenden Kantonen aufgedrungen werden sollte. Dieser Aufsatz sollte zuerst in der Allgemeinen Kirchenzeitung zu Darmstadt abgedruckt werden; allein höhere Rücksichten nöthigten die Censur zur Verweigerung des Imprimatur. Nichts desto weniger drückte der nunmehr verstorbene Minister *von Grolmann* sein Gefühl der Theilnahme und der Zuneigung zu allen Ansichten des Verfassers in einem Briefe aus, der noch vorhanden und für die Gesinnung jenes Staatsmannes ein nicht unrühmliches Denkmal ist; er drückte ferner sogar den Wunsch aus: der Aufsatz möge in irgend einem andern Journale dennoch erscheinen. Dies geschah im Hesperus, und er machte solchen Eindruck, dass er in der Schweiz in Vielen hundert Exemplaren abgedruckt und verbreitet wurde und dass er die öffentliche Meinung über das Angedrohte nicht wenig aufklären half. Der Nuntius war damit, natürlich, höchst unzufrieden und die guten Freunde zu Lüttich, wohin der Verf. später berufen worden, waren bereits davon so genau unterrichtet, dass der Courier de la Meuse bald nach seiner Ankunft im wallonischen Athen den neuen Professor der Kirchengeschichte und des Kirchenrechts ganz besonders wegen dieser Konkordatsaffaire als Ketzer und Freigeist verschrie.

schwisterte und alle Verhältnisse durch einander wirrte, hat endlich die Geduld des Volkes ermüdet, und es ist dem loyalen und edlen Charakter der Eidgenossen zuzuschreiben, wenn der Demokratismus, als anderes Extrem, nicht allzu heftig vorwärts schreitet, und die hundertjährigen Unbilden durch den Untergang eines eben so unklugen und seinen eigenem Interesse feindseligen, als unversöhnlichen und unbelehrbaren Gegners rächt.

Die ächte, gesetzliche, wohlverständige Freiheit (die Herrschaft des Gesetzes über die Willkühr, der Bildung über die Unwissenheit, der Volkskraft über den Kastengeist, aber auch von unten wie von oben) hasst, verwünscht und bekämpft beide Extreme; sie will unter jeder Form den klaren, lebendigen Geist; sie will das Kleinod weder den Händen der Despotie, noch der Aristokratie, noch des Demos anvertraut wissen. Wahrheit und Gerechtigkeit für Alle und in Allem! Ohne diese Devise ist Europa verloren.

Haag, im März 1831.

Münch.

Inhalt des zweiten Theiles.

Seite

B. Die Konkordate der neuern Zeit.

A. Die Konkordate der Franzosen.

I. Das Konkordat vom Jahre 1801. Einleitung. 3
Convention entre Sa Sainteté *Pie VII.* et le gouvernement français. 11
II. Das Konkordat vom Jahre 1811. Einleitung. . . . 21
Concordat. 50
III. Das Konkordat vom Jahre 1817. Einleitung. . . . 52
Concordat. 54
IV. Erläuternde Aktenstücke zur Geschichte der neuern französischen Konkordate.
1. Pabst *Pius VII.* Rede an die Kardinäle nach seiner Rückkehr von der Krönung *Napoleons.* 57
2. Bref de N. S. P. le Pape *Pie VII.* D. 27. Mars 1808. . . . 65
3. Lettres apostoliques en forme de bref, par lesquelles sont déclarés excommuniés, et de nouveau excommuniés, *Buonaparte* et tous les auteurs, exécuteurs, et fauteurs de l'usurpation de l'Etat de Rome, et des autres Etats appartenant au saint siège. . . 67
4. Notification de *Pie VII.*, Pape. D. 11. Juin 1809. . . . 80
5. Lettres de N. S. P. le Pape *Pie VII.*, écrites de sa prison de Savone, concernant les élections capitulaires. D. 26. Août 1809. 81
6. Lettre de *Pie VII.*, Pape, au V. F. le Cardinal *Jean Maury*, Evêque de Montefiascone et de Corneto. D. 5. Nov. 1810. 84
7. Lettre de *Pie VII.*, Pape, au *Evrard Corboli*, Archidiacre de l'église metropolitaine de Florence, et vicaire capitulaire, pendant la vacance du siège archiépiscopal. D. 2. Décbr. 1810. . 87
8. Lettre adressée de Rome par M. l'Evêque d'Orthosia. A M. l' Archevêque de Rheims. D. 8. Mars 1815. 90
9. Seconde lettre du même au même. D. Rome, 15. Mars 1815. 95
10. Lettre des Cardinaux, Archevêques et Evêques de France, à N. S. P. le Pape *Pie VII.* D. Paris 30. Mai 1819. . . 98

Seite
11. Lettre de N. S.P. le Pape *Pie VII.*, à N. V. F. les Cardinaux de la S. église romaine, les Archevêques et Evêques du royaume de France. D. Rome. 19. Août 1819. 105
12. Déclaration des Cardinaux, Archevêques et Evêques de France. D. Paris 13. Sept. 1819. 113
13. Allocution prononcée par le S. P. dans le Consistoire du 23. Août 1819. 115
14. Rapport au Roi par le Ministre de l' Intérieur, le Comte *Decazes*. D. Paris 24. Août 1819. 120

B. Die Konkordate der verschiedenen teutschen Staaten: als Baiern, Preussen, Hannover und der in der Oberrheinischen Kirchenprovinz begriffenen Länder und Städte.

Einleitung zu den Urkunden über die Aufrichtung des Erzbisthums Regensburg. 131
Einleitung zu dem Baierischen Konkordat. 151
Bemerkungen zu dem Baierischen Konkordat. 161
Einleitung zu dem Preussischen Konkordat. 182
Einleitung zu dem Hannövrischen Konkordat. 184
Einleitung zu dem Konkordat für die Oberrheinische Kirchenprovinz. 184

I. Urkunden über die Aufrichtung des Erzbisthums Regensburg und seines Kapitels 1805 und 1806.

1. Déclaration de S. A Monseigneur l' Electeur Archichancellier de l' Empire Germanique à S. Maj. l' Empereur des Français. 210
2. Vorschlag zur Errichtung des Metropolitan-Kapitels zu Regensburg, eingereicht an Pabst *Pius VII.* 211
3. Päbstliche Bulle zur Aufrichtung des Regensburger Erzbisthums. 212
4. Aufrichtung der Dotation des ehemaligen Regensburger Kathedral-, nunmehrigen Theils des Metropolitankapitels. . . . 216

II. Urkunde des Baierischen Konkordats und darauf Bezug habende Aktenstücke.

1. Conventio inter S. D. *Pium VII.*, S. P., et Maj. suam *Maximilianum Josephum*, Bavariae Regem. 217
2. Bestimmungen der Baierischen Verfassungs-Urkunde über die kirchlichen Gegenstände. 226
3. Beilage II. zu Titel IV. §. 9. Der Baierischen Verfassungsurkunde. 227
4. Anhang zu dem 103ten §. des Ediktes über die äussern Rechtsverhältnisse der Einwohner des Königreichs Baiern, in Beziehung auf Religion und kirchliche Gesellschaften, in der Beilage II. zu dem Titel IV. §. 9. der Verfassungsurkunde des Königreichs. 242

Seite

III. Urkunde des Preussischen Konkordats und darauf Bezug habendes Aktenstück.

1. Bulla papalis concernens ordinationem rei eccles. cathol. in regionibus dominatui Regis Borussorum subditis. D. Romae d. 16. Jul. 1821. (Mit der in der Gesetzsammlung für die Königl. Preuss. Staaten bekannt gemachten teutschen Uebersetzung.) 250
2. Königl. Sanction vorstehender päbstlichen Bulle. D. Berlin 23. Aug. 1821. 296

IV. Urkunde des Hannövrischen Konkordats.

Bulla circumscriptionis dioecesium Regni Hannoverani. . . . 297

V. Urkunden des Konkordats für die in der Oberrheinischen Kirchenprovinz begriffenen Länder und Städte: Würtemberg, Baden, beide Hessen, Nassau, Frankfurt u. A., und darauf Bezug habende Aktenstücke.

1. Bulla Erectionis et Circumscriptionis D. XVII. Kal. Sept. MDCCCXXI. 309
2. Kirchenpragmatik. 323
3. Formular des Fundationsinstruments. 332
4. Grundzüge zu einer Vereinbarung über die Verhältnisse der katholischen Kirche in teutschen Bundesstaaten. 338
5. Note verbale des envoyés des princes et états réunis de la confédération germanique. 367
6. Note officielle des envoyés, à S. E. Monsgn. le Card. *Consalvi*, Secr. d' état et des brefs de S. Saint. 368
7. Note vom 10. Aug. 1819, oder Darstellung der Gesinnungen Sr. Heiligk. über die Erklär. der vereint. protest. Fürsten und Staaten des teutschen Bundes. 378
8. Bulla *Leonis XII.*, Pont. D. Romae III. Id. April. 1827. . . 410
9. Königlich Würtemberg. Bestätigung der Bullen: Provida solersque und: ad Dominici Gregis custodiam. 415
10. Grossherzogl. Badensche Bestätigung derselben Bullen. . . 416
11. Beschluss über die Errichtung und Begränzung des Bisthums Limburg. 417

C. Das Niederländische Konkordat.

Einleitung. 421

Mémoire, adressé le 8. Octobr. 1814 aux Hautes Puissances, assembl. dans le Cong. de Vienne. 423

Jugement Doctrinal des Evêques du Royaume des Pays-Bas sur le serment prescrit par la nouvelle Constitution. . . . 434

Circulaire confidentielle, adressée d. cabin. d. minist. de l' intér. aux gouvern. des diverses provinc. du royaume. Brux. 5. Octobr. 1827. 452

Seite

Urkunden des Niederländischen Konkordats.

1. Conventio inter *Guilielmum I.*, Belgarum Regem, et *Leonem XII.*, S. P. init. d. XVIII. Jun. MDCCCXXVII. 457
2. Bulla *Leonis XII.*, P. D. Rom. XVI. Kal. Septbr. MDCCCXXVII. 460

D. Die Konkordate der katholischen Kantone der schweizerischen Eidgenossenschaft.

I. Dokumentirte und aus Quellen bearbeitete Geschichte der Schweizerkonkordate, nebst histor. Rückblicken auf die vorangegangenen Verhältnisse Helvetiens zum heil. Stuhle, in älterer und neuerer Zeit.

1. Altes historisches Verhältniss der Schweiz zu Rom. . . . 470
2. Losreissung der Schweiz von dem Bisthume Konstanz. . . . 489
3. Erste Entwürfe und Versuche zur Errichtung des Nationalbisthums bis zum Tode des Generalvikars *Göldlin* 1819. . . . 519
4. Versuch zu einer geistigen Revolution der kathol. Schweiz. . 550
5. Zersplitterung der Diözesanstände unter verschiedene Bisthümer. 586
6. Geistige Ultramontanisirung der Schweiz; v. 1819 bis 1829. . 599
7. Geschichte der letzten Konkordatsverhandlungen. 624

II. Urkunden der Schweizerkonkordate.

1. Päbstliche Bulle für die Einrichtung des Bisthums Chur-St. Gallen nach dem, unter d. 1. Mai 1823. der Nuntiatur übergebenen, Entwurfe des kathol. Administrationsrathes in St. Gallen. 687
2. Urkunde des Konkordats für die Errichtung des Bisthums Basel, vom 26sten März 1828. 690
3. Bulle Pabst *Leo XII.* für die Einrichtung und Begränzung des Bisthums Basel. 694
4. Päbstliche Bulle für die Vereinbarung der Kantone Aargau und Thurgau mit dem Bisthume Basel, vom 23sten März 1830. . 702
5. Genehmigungsurkunde der päbstlichen Bulle vom 23sten März 1830, von Seiten der betreffenden Schweizerkantone. . . . 705

E. Italienische Konkordate.

I. Neapolitanisches Konkordat vom Jahre 1818. Einleit. 707

1. Konkordat zwischen Sr. Heil., Pabst *Pius VII.*, und Sr. Maj. *Ferdinand I.*, König beider Sizilien. 708
2. Päbstliches Schreiben, welches die Indult für *Ferdinand*, König beider Sizilien und dessen Nachfolger enthält, Erzbischöffe und Bischöffe zu ernennen. 721
3. Päbstliche Rede an die Kardinäle, in Betreff des vorstehenden Konkordats. 722

Seite

4. Päbstliches Schreiben zur Bestätigung des vorstehenden Konkordats. 725
5. Päbstliches Schreiben an die Erzbischöffe und Bischöffe und an die Kapitel und Canonici der erledigten Kirchen beider Sizilien. 727
6. Königliche Verordnung: dass die Rechte des Tribunals der Monarchia Sicula, wie sie in der Bulle des Pabstes *Benedicts XIII.* enthalten sind, durch das neue Konkordat nicht aufgehoben worden. 729
7. Vorerwähnte Bulle des Pabstes *Benedict XIII.* 730

II. Sardinische Kirchenverhältnisse. 745

F. Urkunden über die neuesten Kirchenverhältnisse im römisch-katholischen Polen. Vorwort. 748

1. Auszug aus dem Protokolle des Staats-Sekretariats des Königreichs Polen. 748
2. Drei Päbstliche Schreiben und Bullen, die neue Einrichtung des Kirchenwesens und der Sprengel im Königreiche Polen betreffend.
a. Dat. MDCCCXVII. IV. Id. Mart. 755
b. Dat. MDCCCXVIII. XXVIII. Mart. 757
c. Dat. MDCCCXVIII. Prid. Kal. Jul. 758

Berichtigungen.

Der Druck der Konkordate ist durch des Verfassers Abzug nach dem Haag im Jahre 1829 und später durch eine Reise nach Teutschland und sodann durch den Ausbruch der belgischen Revolution, welche alle Kraft und Zeit in Beschlag nahm, etwas verzögert und dadurch auch hie und da Einiges versehen worden. — Unter die Verstösse, die uns aufgefallen, gehört und ist zu berichtigen:

Im I. Bande, in der allgem. Einleitung S. 9., ist das Citat aus de Pradt als Note, statt als Text, zu lesen. Seite 3 Zeile 6 von unten statt Christinen lies Christiern. S. 33 Z. 14 von oben nach Kirchenversammlung setze bei: zu Konstanz. S. 36 Z. 4 v. u. st. aufgefasste l. aufgegriffene.

Im II. Bande sind uns keine sinnentstellenden Fehler aufgefallen. Nur einige Wortwiederholungen, einige harte Perioden und einige unrichtige Interpunktionen haben wir dem Publikum abzubitten. Das Werk *Grégoire's* ist in den Noten S. 5 und 7 unrichtig citirt und es muss heissen: Essai historique sur les libertés de l' église gallicane. 1828. 8. S. 9 Z. 18 v. u. st. so wie der l. so wie der Verkehr. S. 455 Z. 4 v. u. ist Steven durchzustreichen. Das im I. Bande an einer Stelle versprochene kritische Verzeichniss der Schriften aufgeklärter Katholiken für Reform und Emanzipation ihres Kirchenwesens wird im Supplementbande zu dieser Sammlung erscheinen; erstens, um den ohnehin grösser, als anfänglich der Plan ging, gewordenen Band nicht noch mehr zu füllen; zweitens, weil wir jenem Verzeichnisse die möglichste Vollständigkeit zu geben wünschen und allerlei Materialien erst noch erwartet werden. Alles, was etwa noch an Urkunden und histor. Erläuterungen von Kennern des Faches vermisst werden sollte, wird derselbe Supplementband nachliefern und nachholen. Der Herausgeber bemerkt auch noch zu letzt, dass die Sammlungen vor den neuen politischen Revolutionen vorbereitet und die historischen Einleitungen geschrieben waren.

B.
Die Konkordate der neuern Zeit.

A.
Die Konkordate der Franzosen.

I.

Das Konkordat vom Jahre 1801.

*Einleitung**).

Die Irrthümer und Verbrechen des Klerus und der Aristokratie, die groben Missbräuche der Verwaltung, die Unterdrükkung der öffentlichen Freiheiten, der Zwang gegen die kirchlichen, die Anarchie der Sitten, die Gefahr des Staatsbankerottes, die Unkenntniss des neuen Zeitgeistes, die Verblendung der Gewalthaber, die Bemühungen der philosophischen Gelehrten, wahrer und falscher Apostel der Humanität und Kultur — All dies zusammen, und nicht eines allein, hatte die grösste politische Krise, welche die Weltgeschichte nach dem Siege des Christianismus, der Völkerwandrung und der Reformation kennt, endlich hervorgebracht. Ueber diese Dinge haben Philosophen, Historiker, Politiker und Legislatoren so vielfach sich ausgesprochen, dass wir es für überflüssig halten, die Reihe der Katecheten zu vermehren und daher unmittelbar zu den Berührungen der Revolution und des alten Kirchthums übergehen.

Der Klerus, welcher seit mehrern Jahrhunderten in Frankreich seiner ursprünglichen Bestimmung vergessen und fast ausschliesslich der Dinge von dieser Welt sich angemaasst — welcher Frankreich und Europa durch seine *Richelieu*, *Mazarin*,

*) Vgl. vorzüglich darüber *De Pradt* T. II. Es ist nur zu bedauern, dass dieser talentvolle und geistreiche Mann gar nie an's Ende kömmt; ein Fehler, welchen sein genialer Landsmann *Voltaire* sonst den ehrlichen Teutschen vorgeworfen hat. Sodann *Grégoire* esprit des libertés gallicanes; *Paulus* Beiträge zur Geschichte der katholischen Kirche im neunzehnten Jahrhunderte.

Touray, *Le Tellier*, *Bernis*, *Dubois*, *Brienne* u. s. w. mit Bürgerkriegen, Gräueln und Verbrechen jeder Art angefüllt hatte, glaubte auch zu Ende des achtzehnten Jahrhunderts noch immer Besitzer des Monopols der Staatsweisheit zu seyn. Aber die Kenntnisse jener grossen Diplomaten mit der Tiare gingen ihm bereits eben so sehr ab, als die Tugenden der *Bossuet* und *Fenelon*. Nachdem er die fanatische Intoleranz mit schöngeisterischem Atheismus vertauscht und nicht nur die Ueberzeugung aus den Köpfen der Bessern, sondern selbst auch die Ueberreste des alten Köhlerglaubens aus dem Gemüthe des Volkes herauszuspotten redlich mit geholfen hatte, entbehrte seine Macht aller politischen und moralischen Stützen. Aus höfischer Eifersucht über ihren Einfluss, keineswegs um den Ideen des Jahrhunderts zu huldigen, war er Theilnehmer an dem Staatsstreiche geworden, welcher die Hauptstütze der Priestergewalt, die Jesuiten, vernichtete. Nachdem diese Prätorianer des Ultramontanismus gefallen, konnte nur das engste Bündniss mit der Aristokratie ihn retten; aber auch diese war in den Parlamenten durch ministeriellen Absolutismus in ihren Grundfesten erschüttert und der letzte Ueberrest von gesetzlichem Widerstande illusorisch geworden, und es bestand hinfort der Hauptkampf blos noch zwischen Thron und Volk, Königsmacht und Freiheit. Der Klerus näherte sich den Etats-Généraux mit höchst geringen Kenntnissen vom Bedürfnisse der Zeit und des Landes, ja von der Politik und dem Interesse seiner eigenen Kaste. Das damalige Ministerium selbst hatte die Wahlen der Glieder jenes Standes so zu leiten gesucht, dass sein Vortheil mehr, als der des Klerus dabei erreicht werden sollte. Man wusste die niedere Geistlichkeit der höhern eben so gegenüber zu stellen, als die Gemeinen und die niedere Noblesse dem Hochadel.

Als die General-Staaten sich eröffneten, zählte der Klerus 300 Vertreter in denselben. Darunter befanden sich blos 44 Bischöffe, 12 Geistliche, welche keine Pfarren — und 244, welche Pfarren besassen. Das Verhältniss war durchaus ungünstig für seine Interessen, und schon die ersten Vorträge, Aeusserungen und Motionen enthüllten die grosse Veränderung, welche in den Geistern vorgegangen war. Der geistliche Stand versuchte sich eine Zeit lang in der Rolle des Vermittlers, ohne seine Kräfte zu

wägen und seine Lage zu berücksichtigen. Bereits hatte die öffentliche Meinung über das Institut selbst den Stab gebrochen; das Anerbieten der 400 Millionen, welches einige Zeit früher mit Erstaunen und Jubel erfüllt und den Namen der französischen Priesterschaft verewigt haben würde, kam jetzt viel zu spät, in dem Augenblicke, wo die Trennung beschlossen war und der furchtbare Grundsatz zur Devise diente: „Le Déficit est notre trésor." Discite moniti! — —

Die politische Macht, welche alle übrigen Kräfte nunmehr verschlang und den Rechten wie den Gütern des Klerus so nahe trat, that solches nicht aus eitler Hab- und Plünderungssucht, wie gemeingeistige Gegner der Revolution behauptet haben; es galt nicht ein Weniger und Mehr, ein Messen und ein Wägen: es galt das Leben der Kaste selbst; man wollte nicht die Individualitäten, man wollte den Körper vernichten.

Nachdem der „Reinecke Fuchs" des grossen Drama's, der Abbé *Sieyes*, die verhängnissvolle Phrase ausgesprochen: „Après avoir depouillé les prêtres, vous avez oublié une chose, de les égorger, — eine Phrase, deren wahre Bedeutung der Erzbischoff von Mecheln aus einander gesetzt hat, war es die Aufgabe des Klerus: „nicht ferner Herrschaft zu suchen, sondern tolerant zu seyn, um tolerirt zu werden; die Palläste aufzugeben und in die Tempel zurückzukehren; das politische Getreibe hatte für ihn aufgehört: der alte, ursprüngliche Beruf — die Seelsorge — wieder begonnen; es waren keine Grossen mehr vorhanden: es fanden sich blos Priester vor." Aber er begriff seine Stellung nicht. Er hielt sich noch für bedeutsam und mächtig, damals, als Niemand mehr die Religion wollte; und er war es weniger, als unter *Bonaparte* und der Restauration, wo viele sich nach ihr zurücksehnten. Er hielt das französische Volk für anhänglich an die Sache des Zehntens, als bereits Dogmen und Kirchengebote selbst in Verachtung und Nichts herabgesunken waren. Dieser Irrthum war wesentlich und tief eingreifend. Mit der Assemblée constituante begann ein neuer Zeitpunkt in der Geschichte des Klerus, und die Wirkungen derselben sind noch in unsern Tagen bei einem grossen Theile der Nation keineswegs verschwunden.

„Der Klerus — drückt *De Pradt* sehr gut sich aus — kam zu den Etats-Généraux, vereinzelt, ohne Wurzeln weder in dem Geiste noch in dem Herzen von irgend Jemand, und wenn ein Vergleich zwischen dem Adel und den Gemeinen auf seine Unkosten hätte besiegelt werden können, so würde er ohne grosse Bedenklichkeiten eingegangen worden seyn. In der Folge vereinigten sich Einige mit dem Klerus, so wie Schiffbrüchige nach dem Sturme sich sammeln, und so wie gemeinschaftlicher Hass und gemeinschaftliche Furcht gegen einen und denselben Feind sich verbünden, welcher mehrere zugleich unterdrückt. Diejenigen aber, welche sich hinter die Geistlichkeit verpflanzten, suchten, weit entfernt, mit derselben sich zu verschmelzen, vielmehr blos einen Verbündeten und keineswegs einen Freund.“

„Welch' ein Unstern, dass Umstände von so drohender Natur, gleichwohl nicht durchdrangen, dem Klerus eine veränderte Richtung zu geben! Welcher Uebelstand, dass, statt die Kette enger zusammen zu ziehn, um sich zu halten, er mit eigener Hand sie brach, und die Kraft der zersplitterten Ringe zu gar nichts mehr ausreichte. Welch' Unglück, dass die konstituirende Versammlung, welcher eine solche Summe von Einsicht, Grösse und Talent zu Gebote stand, nur die Hälfte ihres Werkes vollendete; dass sie unter dem Gewichte der Vorwürfe, die man nur allzu rechtmässig für jene harte Abtheilung ihrer Wirksamkeit, hinsichtlich der Priester, ihr machen konnte, stille stand, und, statt von Verkündung ihrer Grundsätze zur freien und vollständigen Anwendung überzugehn, sich herabwürdigte, die Priester zu schulmeistern, und denselben eigene Konstitutionen zu zimmern; dass sie von der Höhe ihres philosophischen Standpunktes herunterstieg zu den Kleinfügigkeiten der griechischen Kaiser, und dass sie im Namen der Toleranz Verfolgungen anordnete. Man darf mir glauben, wenn ich die Assemblée constituante anklage; ich habe sie genugsam gelobt, um das Recht zu besitzen, sie zu schelten; ich bin ihr nahe genug gefolgt, um sie ganz zu kennen.“ —

Bei Eröffnung dieser Versammlung war der Klerus getheilt: das Hauptgewicht der Opposition drückte die Höhern aus seiner Mitte. Nach dem 4. August und 5. Oktober kamen manche

zur Besinnung zurück; gemeinsame Gefahr vereinigte widerstreitende Gefühle und Leidenschaften. Sie erkannten, dass, wer mit allem Uebrigen im Gegensatze sich befinde, wenigstens unter sich einträchtig und einmüthig seyn müsse. Dass der französische Klerus jemals diese Lehre vergessen konnte, was der bekannten Einsicht und Konsequenz der Kaste überhaupt doch so sehr widerspricht, wäre unerklärlich, wenn man den Schlüssel nicht in der Begierde gefunden hätte, auf Unkosten der andern Stände noch mehr zu erwerben, als man bereits schon besass. So erfüllte sich denn die Bedeutung der Moral in jener Fabel von dem Hunde, welcher das Fleisch aus der Schnauze verlor, um den Schatten noch eines zweiten zu erhaschen.

Die Affäre mit dem Schwur auf die Verfassung brachte die meiste Zwietracht und die meiste Anarchie unter den Klerus, wie unter ganz Frankreich. Ihre Vorgänge, Umstände und Folgen sind zu hinreichend bekannt, um hier abermals sie aufzuführen, und wir verweisen den Leser desshalb auf die verschiedenen trefflichen Werke, welche die Geschichte der Revolution abhandeln. Der Klerus, durch mancherlei thörichten Widerstand um die Achtung und das Vertrauen der Nation gekommen, sah sich bald nun dem blutigsten Hasse der herrschenden Partheien preisgegeben. Sprach er von der Religion, so rief man ihm entgegen: „Ihr meint den Zehnten;" vertheidigte er die Monarchie: „Ach! ihr redet von dem ancien régime, worin ihr den prémier ordre de l'Etat gebildet;" — foderte er Eigenthumsrechte zurück — so hiess es: „Euere alten Güter wollt ihr." So mischte sich bitterer Spott in den Hass, und kann man sagen, der französische Klerus habe denselben nicht wirklich verdient? Er ist als Opfer seiner eigenen Grundsätze, Leidenschaften und Intriken gefallen. Diejenigen, welche den Schwur leisteten und nicht selbst, von freien Stücken, der neuen Ordnung Krieg ankündigten, wurden grösstentheils gerettet. Die Meinung der Mehrzahl des gebildeten Europa war für diesen Schwur und eine bereits genannte berühmte Fakultät von katholischen Gottesgelehrten hatte ausdrücklich diese Verbindlichkeit ausgesprochen *).

*) Vergl. *Grégoire* esprit de l'église etc.

Der Widerstand war also Thorheit und Verbrechen zugleich; den französischen Klerus hat ausser seinem natürlichen Verbündeten, der Aristokratie, Niemand in Europa ernstlich bedauert, und das Mitleiden, welches man ihm zollte, gehörte theils der Rücksicht seines Unglücks und rein-humanen Gründen, oder einer politischen, d. h. dem Hasse gegen alle politische Neuerung, an, welche in den Kabineten bei Zunahme ihres Unglücks sich erzeugte.

Wir überlassen die Schilderung der verschiedenen Hauptwortführer der Klerussache ebenfalls den Lesern der Revolutionsgeschichte; man wird die Talente und persönlichen Eigenschaften der *Maury*, *Rochefaucauld*, *Montesquiou*, *Rastignac*, *Bonneval*, *Boisgelin*, *Brienne*, *Pompignan*, *Cicé*, *Dillon*, *Dulau* u. A. niemals in Abrede stellen; aber auch das verhängnissvolle Wort des Abbé *Sieyes*, welches die Charakteristik des opponirenden Klerus enthielt, ist eben so wahr als schneidend gewesen: „Ils veulent être libres, et ils ne savent pas être justes."

Die Deportation und der Verfassungs-Eid hatten eigentlich nun drei Abtheilungen von Priestern geschaffen; zwei befanden sich ausserhalb, der dritte innerhalb Frankreich. Die Emigration diente den Gegnern der Revolution und des Klerus insbesondere mehr, als sie denselben Schaden brachte. Tausende flüchteten nach verschiedenen Ländern Europa's, selbst nach solchen, welche zum Theil durch den Fleiss und die Tugenden der Enkel jener Réfugiés vor der Intoleranz ihrer Väter aufblühten. Merkwürdig genug, sah man die Ketzer am allergastfreundlichsten, während in mehr als einem katholischen Staate Verachtung und Hass die Emigrés empfing, deren Sitten und Hochmuth dazu auch nicht geringe Veranlassung gaben. Sie erwiederten gemeinsam mit dem Adel die genossene Gastfreundschaft durch Laster aller Art, womit sie bisherige Neulinge darin bekannt machten. Es ist gewiss, nichts hat in neuerer Zeit z. B. Teutschland so sehr demoralisirt, als die Priester und Edlen der französischen Emigration; diese Sache ist sprüchwörtlich unter dem Volke geworden und hat zur Vermehrung der Freunde der Revolution nicht wenig beigetragen. Die Apologie des Alt-Erzbischoffs von Mecheln, hinsichtlich

des preiswürdigen Betragens der 30,000 französischen Priester im Auslande, hinkt daher sehr, und muss, als eingegeben von nationaler Eitelkeit, als Lockspeise ad captandam benevolentiam und als Oratio pro domo, von Unbefangenen betrachtet werden.

Das Dekret vom 18. Fruktidor gab dem ausgewanderten Klerus das Jus postliminii, d. h. der Rückkehr in das Vaterland, wieder; aber das Direktorium zögerte mit den Maassregeln für den Vollzug desselben so lange, dass diese Vergünstigung ziemlich illusorisch blieb. Gleichwohl begaben sich eine grosse Zahl Priester nach der lange verlassenen Heimath zurück. Der nach dem 10. August verordnete Schwur entzweite von Neuem. Die Sorbonne, oder was von ihr noch übrig geblieben, erklärte ihn für zulässig. Der konstitutionelle Klerus übte sein Amt unter dem Schutze der Gesetze des Augenblikkes bestmöglichst aus; doch hatte er von der revolutionären Wuth der verschiedenen, sich wechselseitig zerfleischenden Partheien vielfach zu leiden. Gemeinsame Drangsale führten die geschwornen und die ungeschwornen Kleriker nicht selten wieder zusammen.

Während dieser Krisen und Katastrophen war der innere Zusammenhang, so wie der mit den ausgewanderten Brüdern sehr locker, und nur auf Umwegen möglich; die Verbindung mit Rom allzu gefahrvoll und gleichsam nur noch historisch vorhanden. Alles ging durch Mittelspersonen vor sich, und die sogenannte „Petite église“ bildete sich. Der französische Klerus nahm dadurch an innerem Eifer für die Interessen seiner Konfession und an Innigkeit für Rom zu; was er in den Tagen des Glanzes nur noch, weil es so hergebracht und Sache seines Métier war, fortgetrieben hatte, ward in den Tagen der Gefahr und Noth wirklich nun Ueberzeugung.

Der 18. Brumaire war der Wendepunkt seines Schicksals. Das Schifflein Petri fand in der Reaktion, welche die Kraft der Republik in die Hände eines siegreichen, ehrgeizigen Führers überlieferte, seinen Anker wieder. Ein Fusions-System unter den verschiedenen Priestern, mit und ohne Schwur, wurde Lieblingsidee des Diktators. Die Partheien näherten sich einander; das neue Oberhaupt des Staates wusste recht gut, wozu Klerus und Pabst ihm dienen sollten; er schmeichelte bei-

den, ohne gerade überwiegenden Einfluss zu gestatten. Man suchte über die Vergangenheit so viel möglich einen Schleier zu ziehn und zwischen ihr und der Gegenwart einen Vergleich zu treffen. Der Pabst offenbarte auch damals Grundsätze von Milde und Nachgiebigkeit, welche den Zeitverhältnissen und dem einstigen Reisenden nach Wien sehr gut anstanden. *Pius VI.* arbeitete für die Religion eben so fein und thätig, als *Bonaparte* für die Freiheit.

Der erste Konsul, zum erstenmal in die Lage versetzt, in kirchlichen Angelegenheiten unterhandeln zu müssen, suchte zu Geschäftsführern *Sardu*, seinen Bruder *Joseph*, die Herren *Crétét* und *Bernier* aus. Letzterer gehörte zu den einflussreichen Priestern der Vendée. Die Diplomaten des heil. Stuhls waren die Kardinäle *Consalvi*, *Spina* und *Cazelli*; sie gehörten zu den gewandtesten der damaligen Zeit und die überwiegenden Talente des Ersteren wird jeder Teutsche nicht ohne tiefe patriotische Trauer anerkennen müssen.

Bald kam man über die Grundlagen überein; bald hatte Frankreich ein Konkordat und einen Kardinal a Latere. Die Ernennung der Bischöffe und die allgemeine Organisation des Kirchenwesens folgten darauf unmittelbar, so ziemlich ohne Erschütterungen und Leidenschaftlichkeiten. Die Nation war müde und sehnte sich nach Ruhe; *Bonaparte* nach Befestigung seiner Macht durch kirchlichen Beistand; Rom hielt schnelle Besitzergreifung in dem bereits verloren gegebenen Lande für höchst wichtig. Es fehlte aber viel, dass alle Partheien der neuen Erscheinung des Tages huldigten. Manche Freunde der Freiheit und der Kultur sahen nicht ohne Schauder die Wiederkehr priesterlichen Einflusses in dem so mühsam davon gesäuberten Lande und ahneten die tiefangelegten Plane des genialen Despoten nur allzu gut, welcher dem kühnstrebenden Republikanismus auch von dieser Seite ein Gebiss anlegen wollte. Doch wir geben nunmehr das Konkordat selbst, welches um diese Zeit zwischen ihm und dem Pabste geschlossen worden ist. Ueber die Beschaffenheit desselben, seine Nothwendigkeit und Nützlichkeit, seine Vorzüge und Fehler möge man die unendlich verschiedenen Meinungen der Partheien selbst vergleichen, vor allem aber was der mehrfach angeführte publizisti-

sche Prälat, und *Napoleon* selbst in dieser Beziehung geäussert haben. *)

Convention entre Sa Sainteté Pie VII et le gouvernement français.

Le gouvernement de la république reconnaît que la religion catholique, apostolique et romaine, est la religion de la grande majorité des citoyens français.

Sa Sainteté reconnaît également que cette même religion a retiré, et attend encore en ce moment le plus grand bien et le plus grand éclat de l'établissement du culte catholique en France, et de la profession particulière qu'en font les consuls de la république.

En conséquence, d'après cette reconnaissance mutuelle, tant pour le bien de la religion que pour le maintien de la tranquillité intérieure, ils sont convenus de ce qui suit:

Art. I^er^. La religion catholique, apostolique et romaine, sera librement exercée en France. Son culte sera public, en se conformant aux réglemens de police que le gouvernement jugera nécessaires pour la tranquillité publique.

II. Il sera fait par le saint-siége, de concert avec le gouvernement, une nouvelle circonscription des diocèses français.

III. Sa Sainteté déclare aux titulaires des évêchés français, qu'elle attend d'eux, avec une ferme confiance, pour le bien de la paix et de l'unité, toute espèce de sacrifice, même celui de leurs siéges.

D'après cette exhortation, s'ils se refusaient à ce sacrifice commandé par le bien de l'église (refus néanmoins auquel Sa Sainteté ne s'attend pas), il sera pourvu, par de nouveaux titulaires, au gouvernement des évêchés de la circonscription nouvelle de la manière suivante:

IV. Le premier consul de la république nommera, dans les trois mois qui suivront la publication de la bulle de Sa Sainteté, aux archevêchés et évêchés de la circonscription nouvelle. Sa Sainteté conférera l'institution canonique suivant les

*) *De Pradt.* II, c. 24. *Las Cases* Mémor. de St. Hélène.

formes établies par rapport à la France, avant le changement de gouvernement.

V. Les nominations aux évêchés qui vaqueront dans la suite, seront également faites par le premier consul; et l'institution canonique sera donnée par le saint-siége, en conformité de l'article précédent.

VI. Les évêques, avant d'entrer en fonctions, prêteront directement, entre les mains du premier consul, le serment de fidélité qui était en usage avant le changement de gouvernement, exprimé dans les termes suivans:

„Je jure et promets à Dieu, sur les saints évangiles, de garder obéissance et fidélité au gouvernement établi par la constitution de la république française. Je promets aussi n'avoir aucune intelligence, de n'assister à aucun conseil, de n'entretenir aucune ligue, soit au dedans, soit au dehors, qui soit contraire à la tranquillité publique; et si, dans mon diocèse ou ailleurs, j'apprends qu'il se trame quelque chose au préjudice de l'Etat, je le ferai savoir au gouvernement.“

VII. Les ecclésiastiques du second ordre prêteront le même serment entre les mains des autorités civiles désignées par le gouvernement.

VIII. La formule de prière suivante sera récitée à la fin de l'office divin, dans toutes les églises catholiques de France:

Domine, salvam fac rempublicam.

Domine, salvos fac consules.

IX. Les évêques feront une nouvelle circonscription des paroisses de leurs diocèses, qui n'aura d'effet que d'après le consentement du gouvernement.

X. Les évêques nommeront aux cures. Leur choix ne pourra tomber que sur des personnes agréées par le gouvernement.

XI. Les évêques pourront avoir un chapitre dans leur cathédrale, et un séminaire pour leur diocèse, sans que le gouvernement s'oblige à les doter.

XII. Toutes les églises métropolitaines, cathédrales, paroissiales et autres non aliénées, nécessaires au culte, seront mises à la disposition des évêques.

XIII. Sa Sainteté, pour le bien de la paix et l'heureux rétablissement de la religion catholique, déclare que ni elle, ni ses successeurs, ne troubleront en aucune manière les acquéreurs des biens ecclésiastiques aliénés, et qu'en conséquence la propriété de ces mêmes biens, les droits et revenus y attachés demeureront incommutables entre leurs mains ou celles de leurs ayant-cause.

XIV. Le gouvernement assurera un traitement convenable aux évêques et aux curés dont les diocèses et les cures seront compris dans la circonscription nouvelle.

XV. Le gouvernement prendra également des mesures pour que les catholiques français puissent, s'ils le veulent, faire en faveur des églises, des fondations.

XVI. Sa Sainteté reconnaît dans le premier consul de la république française, les mêmes droits et prérogatives dont jouissait près d'elle l'ancien gouvernement.

XVII. Il est convenu entre les parties contractantes, que dans le cas où quelqu'un des successeurs du premier consul actuel ne serait pas catholique, les droits et prérogatives mentionnés dans l'article ci-dessus, et la nomination aux évêchés, seront réglés, par rapport à lui, par une nouvelle convention.

Les ratifications seront échangées à Paris, dans l'espace de quarante jours.

Fait à Paris, le 26 messidor de l'an IX de la république française.

Articles organiques.

Art. 1er. Aucune bulle, bref, rescrit, décret, mandat, provision, signature servant de provision, ni autres expéditions de la cour de Rome, même ne concernant que les particuliers, ne pourront être reçues, publiées, imprimées ni autrement mises à exécution, sans l'autorisation du gouvernement.

2. Aucun individu se disant nonce, légat, vicaire ou commissaire apostolique, ou se prévalant de toute autre dénomination, ne pourra, sans la même autorisation, exercer sur le sol français ni ailleurs, aucune fonction relative aux affaires de l'église gallicane.

3. Les décrets des synodes étrangers, même ceux des con-

ciles généraux, ne pourront être publiés en France, avant que le gouvernement en ait examiné la forme, leur conformité avec les lois, droits et franchises de la république française, et tout ce qui, dans leur publication, pourrait altérer ou intéresser la tranquillité publique.

4. Aucun concile national ou métropolitain, aucun synode diocésain, aucune assemblée délibérante, n'aura lieu sans la permission expresse du gouvernement.

5. Toutes les fonctions ecclésiastiques seront gratuites, sauf les obligations qui seraient autorisées et fixées par les réglemens.

6. Il y aura recours au conseil d'état dans tous les cas d'abus de la part des supérieurs et autres personnes ecclésiastiques: les cas d'abus sont l'usurpation ou l'excès du pouvoir, la contravention aux lois et réglemens de la république, l'infraction des règles consacrées par les canons reçus en France, l'attentat aux libertés, franchises et coutumes de l'église gallicane, et toute entreprise ou tout procédé qui, dans l'exercice du culte, peut compromettre l'honneur des citoyens, troubler arbitrairement leur conscience, dégénérer contre eux en oppression ou en injure, ou en scandale public.

7. Il y aura pareillement recours au conseil d'état, s'il est porté atteinte à l'exercice public du culte, et à la liberté que les lois et les réglemens garantissent à ses ministres.

8. Le recours compétera à toute personne intéressée; à défaut de plainte particulière, il sera exercé d'office par les préfets. Le fonctionnaire public, ecclésiastique, ou la personne qui voudra exercer ce recours, adressera un mémoire détaillé et signé, au conseiller d'état chargé de toutes les affaires concernant les cultes, lequel sera tenu de prendre, dans le plus court délai, tous les renseignemens convenables, et, sur son rapport, l'affaire sera suivie et définitivement terminée dans la forme administrative, ou renvoyée, selon l'exigence de cas, aux autorités compétentes.

Section première.

Dispositions générales.

9. Le culte catholique sera exercé sous la direction des archevêques et évêques dans leurs diocèses, et sous celle des curés dans leurs paroisses.

10. Tout privilége portant exemption ou attribution de la jurisdiction épiscopale est aboli.

11. Les archevêques et évêques pourront avec l'autorisation du gouvernement, établir dans leurs diocèses des chapitres cathédraux et des séminaires; tous autres établissemens ecclésiastiques sont supprimés.

12. Il sera libre aux archevêques et évêques d'ajouter à leur nom le titre de citoyen ou celui de monsieur; toutes autres qualifications sont interdites.

Section II.

Des archevêques ou métropolitains.

13. Les archevêques consacreront et installeront leurs suffragans; en cas de d'empêchement ou de refus de leur part, ils seront suppléés par le plus ancien évêque de l'arrondissement métropolitain.

14. Ils veilleront au maintien de la foi et de la discipline dans les diocèses dépendans de leur métropole.

15. Ils connaîtront de réclamations et de plaintes portées contre la conduite et les décisions des évêques suffragans.

Section III.

Des évêques, des vicaires-généraux et des séminaires.

16. On ne pourra être nommé évêque avant l'âge de trente ans, et si on n'est originaire français.

17. Avant l'expédition de l'arrêté de nomination, celui ou ceux qui seront proposés, seront tenus de rapporter une attestation de bonne vie et moeurs, expédiée par l'évêque dans le diocèse duquel ils auront exercé les fonctions du ministère ecclésiastique, et ils seront examinés sur leur doctrine par un évêque et deux prêtres, qui seront commis par le premier consul, lesquels adresseront le résultat de leur examen au conseiller d'état chargé de toutes les affaires concernant les cultes.

18. Le prêtre nommé par le premier consul fera ses diligences pour rapporter l'institution du pape. Il ne pourra exercer aucune fonction avant que la bulle portant son institution ait reçu l'attache du gouvernement, et qu'il ait prêté en personne le serment prescrit par la convention passée entre le

gouvernement français et le saint-siége. Ce serment sera prêté au premier consul: il en sera dressé procès verbal par le secrétaire d'état.

19. Les évêques nommeront et institueront les curés; néanmoins, ils manifesteront leur nomination, et ils ne donneront l'institution canonique qu'après que cette nomination aura été agréée par le premier consul.

20. Ils seront tenus de résider dans leurs diocèses; ils ne pourront en sortir qu'avec la permission du premier consul.

21. Chaque évêque pourra nommer deux vicaires généraux, et chaque archevêque pourra en nommer trois; ils les choisiront parmi les prêtres ayant les qualités requises pour être évêques.

22. Ils visiteront annuellement et en personne une partie de leur diocèse, et, dans l'espace de cinq ans, le diocèse entier. En cas d'empêchement légitime, la visite sera faite par un vicaire général.

23. Ceux qui seront choisis pour l'enseignement dans les séminaires souscriront la déclaration faite par le clergé de France, en 1682, et publiée par un édit de la même année; ils se soumettront à y enseigner la doctrine qui y est contenue; et les évêques adresseront une expédition en forme de cette soumission au conseiller d'état chargé de toutes les affaires concernant les cultes.

24. Les évêques enverront toutes les années à ce conseiller d'état le nom des personnes qui étudieront dans les séminaires, et qui se destineront à l'état ecclésiastique.

25. Ils ne pourront ordonner aucun ecclésiastique, s'il ne justifie d'une propriété produisant au moins un revenu annuel de trois cents francs, s'il n'a atteint l'âge de vingt-cinq ans, et s'il ne réunit les qualités requises par les canons reçus en France. Les évêques ne feront aucune ordination avant que le nombre des personnes à ordonner ait été soumis au gouvernement et par lui agréé.

Section IV.

Des curés.

Les curés ne pourront entrer en fonctions qu'après avoir prêté, entre les mains du préfet, le serment prescrit par la

convention passée entre le gouvernement et le saint-siége. Il sera dressé procès-verbal de cette prestation, par le secrétaire général de la préfecture, et copie collationnée leur en sera délivrée.

Il seront mis en possession par le curé ou le prêtre que l'évêque désignera. Ils seront tenus de résider dans leurs paroisses. Les curés seront immédiatement soumis aux évêques dans l'exercice de leurs fonctions.

Les vicaires et desservans exerceront leur ministère sous la surveillance et la direction des curés. Ils seront approuvés par l'évêque et révocables par lui.

Aucun étranger ne pourra être employé dans les fonctions du ministère ecclésiastique sans permission du gouvernement. Toute fonction est interdite à tout ecclésiastique, même français qui n'appartient à aucun diocèse.

Un prêtre ne pourra quitter son diocèse pour aller desservir dans un autre, sans la permission de son évêque.

Section V.

Des chapitres cathédraux, et du gouvernement des diocèses pendant la vacance du siège.

Les archevêques et évêques qui voudront user de la faculté qui leur est donnée d'établir des chapitres, ne pourront le faire sans avoir rapporté l'autorisation du gouvernement, tant pour l'établissement lui-même, que pour le nombre et le choix des ecclésiastiques destinés à les former.

Pendant la vacance des siéges, il sera pourvu par le métropolitain, et à son défaut, par le plus ancien des évêques suffragans, au gouvernement du diocèse.

Les vicaires-généraux de ces diocèses continueront leurs fonctions, même après la mort de l'évêque et jusqu'à son remplacement.

Les métropolitains, les chapitres cathédraux seront tenus, sans délai, de donner avis au gouvernement de la vacance des siéges, et des mesures qui auront été prises pour le gouvernement des diocèses vacans.

Les vicaires-généraux qui gouverneront pendant la vacance, ainsi que les métropolitains ou capitulaires, ne se permettront aucune innovation dans les usages et coutumes des diocèses.

Titre III.

Du culte.

Il n'y aura qu'une liturgie et un cathéchisme pour toutes les églises catholiques de France.

Aucun curé ne pourra ordonner des prières publiques extraordinaires dans sa paroisse, sans la permission spéciale de l'évêque.

Aucune fête, à l'exception du Dimanche, ne pourra être établie sans la permission du gouvernement.

Les ecclésiastiques useront, dans les cérémonies religieuses, des habits et ornemens convenables à leur titre: ils ne pourront, dans aucun cas, ni sous aucun prétexte, prendre la couleur et les marques distinctives réservées aux évêques.

Tous les ecclésiastiques seront habillés à la française, et en noir; les évêques pourront joindre à ce costume la croix pastorale et les bas violets.

Les chapelles domestiques, les oratoires particuliers ne pourront être établis sans une permission expresse du gouvernement, accordée sur la demande de l'évêque.

Aucune cérémonie religieuse n'aura lieu hors des édifices consacrés au culte catholique, dans les villes où il y a des temples destinés aux différens cultes.

Le même temple ne pourra être consacré qu'à un même culte.

Il y aura, dans les cathédrales et paroisses, une place distinguée pour les individus catholiques qui remplissent les autorités civiles et militaires.

L'évêque se concertera avec le préfet pour régler la manière d'appeler les fidèles au service divin par le son des cloches. On ne pourra les sonner pour toute autre cause, sans la permission de la police locale.

Lorsque le gouvernement ordonnera des prières publiques, les évêques se concerteront avec le préfet et le commandant militaire du lieu, pour le jour, l'heure et le mode d'exécution de ces ordonnances.

1. Les prédications solennelles, appelées sermons, et celles connues sous le nom de stations de l'Avent et du Carême, ne seront faites que par des prêtres qui en auront obtenu une autorisation spéciale de l'évêque.

2. Les curés, aux prônes des messes paroissiales, prieront et feront prier pour la prospérité de la république française et pour les consuls.

3. Ils ne se permettront, dans leurs instructions, aucune inculpation directe, ou indirecte, soit contre les personnes, soit contre les autres cultes autorisés dans l'Etat.

4. Ils ne feront, au prône, aucune publication étrangère à l'exercice du culte, à moins qu'ils n'y soient autorisés par le gouvernement.

Ils ne donneront la bénédiction nuptiale qu'à ceux qui justifieront, en bonne et due forme, avoir contracté mariage devant l'officier civil.

Les registres tenus par les ministres du culte, n'étant et ne pouvant être relatifs qu'à l'administration des sacremens, ne pourront, dans aucun cas, suppléer les registres ordonnés par la loi pour constater l'état civil des Français.

Dans tous les actes ecclésiastiques et religieux, on sera obligé de se servir du calendrier d'équinoxe, établi par les lois de la république; on désignera les jours par les noms qu'ils avaient dans le calendrier des solstices.

Le repos des fonctionnaires publics sera fixé au dimanche.

Section première.

De la circonscription des archevêchés et des évêchés.

Il y aura en France dix archevêques ou métropoles et cinquante évêques.

La circonscription des métropoles et des diocèses sera faite conformément au tableau ci-joint.

Section II.

De la circonscription des paroisses.

Il y aura au moins une paroisse dans chaque justice-de-paix.

Il sera, en outre, établi autant de succursales que le besoin pourra l'exiger.

Chaque évêque, de concert avec le préfet, réglera le nombre et l'étendue de ces succursales; les plans arrêtés seront soumis au gouvernement, et ne pourront être mis à exécution sans son autorisation.

Aucune partie du territoire français ne pourra être érigée en cure ou en succursale sans l'autorisation expresse du gouvernement.

Les prêtres desservans les succursales sont nommés par les évêques.

Section III.

Du traitement des ministres.

Le traitement des archevêques sera de 15,000 fr.

Le traitement des évêques sera de 10,000 fr.

Les cures seront distribuées en deux classes.

Le traitement des curés de la première classe sera porté à 1,500 fr.; celui des curés de la seconde classe à 1,000 fr.

Les pensions dont ils jouissaient en exécution des lois de l'assemblée constituante seront précomptées sur leurs traitemens.

Les conseils-généraux des grandes communes pourront, sur leurs biens ruraux ou sur leurs octrois, leur accorder une augmentation de traitement, si les circonstances l'exigent.

Les vicaires et desservans seront choisis parmi les ecclésiastiques pensionnés en exécution des lois de l'assemblée constituante.

Le montant de ces pensions et le produit des oblations formeront leur traitement.

Les évêques rédigeront les projets de réglemens relatifs aux oblations que les ministres du culte sont autorisés à recevoir pour l'administration des sacremens. Les projets de réglemens rédigés par les évêques ne pourront être publiés ni autrement mis à exécution, qu'après avoir été approuvés par le gouvernement.

Tout ecclésiastique pensionnaire de l'Etat sera privé de sa pension, s'il refuse, sans cause légitime, les fonctions qui pourront lui être confiées.

Les conseils-généraux de département sont autorisés à procurer aux archevêques et évêques un logement convenable.

Les presbytères et les jardins attenans, non aliénés, seront rendus aux curés et aux desservans des succursales: à défaut de ces presbytères, les conseils-généraux des communes sont autorisés à leur procurer un logement et jardin.

Les fondations qui ont pour objet l'entretien des ministres et l'exercice du culte, ne pourront consister qu'en rentes constituées sur l'Etat: elles seront acceptées par l'évêque diocésain, et ne pourront être exécutées qu'avec l'autorisation du gouvernement.

Les immeubles, autres que les édifices destinés au logement, et les jardins attenans, ne pourront être affectés à des titres ecclésiastiques, ni possédés par les ministres du culte, à raison de leurs fonctions.

Section IV.

Des édifices destinés au culte.

Les édifices anciennement destinés au culte catholique, actuellement dans les mains de la nation, à raison d'un édifice par cure et par succursale, seront mis à la disposition des évêques par arrêté du préfet du département. Une expédition de ces arrêtés sera adressée au conseiller-d'Etat chargé de toutes les affaires concernant les cultes.

Il sera établi des fabriques pour veiller à l'entretien et à la conservation des temples, à l'administration des aumônes.

Dans les paroisses où il n'y aura point d'édifice disponible pour le culte, l'évêque se concertera avec le préfet pour la désignation d'un édifice convenable.

II.

Das Konkordat vom Jahre 1811.

Einleitung oder Uebersicht der kirchlich-politischen Vorgänge zwischen Frankreich und dem heiligen Stuhle.

Nachdem *Pius VI.*, *Braschi*, auf fremder Erde gestorben, wählten die Kardinäle den gelehrten und frommen Kardinal *Chiaramonti* zu seinem Nachfolger, und derselbe nahm alsbald den Namen und die Grundsätze des Vorgängers an. Als Bischoff von Imola hatte er durch republikanischen Feuereifer, in Predigten und Schriften, nicht geringe Erwartungen von sich erregt, welche Pabst *Pius VII.* natürlicherweise nicht befrie-

digen konnte *). Noch nie aber stieg ein katholischer Oberpriester auf den heil. Stuhl, unter so traurigen Aussichten für denselben. Die Grundsätze der Revolution und des Anti-Kirchthums waren durch den grössten Theil von Europa siegreich geworden; und obgleich die Politik des berühmtesten Helden der Neuzeit den grössten Theil der Früchte dieser Revolution für sich und für sein Haus einzusammeln sich bemühte, so blieben sie doch noch immer in der Regel die vorherrschenden. Die Priestergewalt konnte nur dadurch sich einigermaassen retten, dass sie vertraulich an die militärische sich anschloss; für die Kräftigung der Völker im politischen Gehorsame gegen die neue Ordnung der Dinge konnte sie gegenseitig des Schutzes für die alten Götzen gewiss seyn, wenn nur dem Zeitgeiste gehörige Rechnung, durch Klugheit und Mässigung, gebracht werden wollte. Dieser Pakt kam jedoch nur halb zu Stande und scheiterte zuletzt gänzlich, da das militärische Prinzip allzu gewaltsam und herrisch das priesterliche meistern und mässigen wollte; in rein-kirchliche Rechte konnte man ungestraft eine Zeit lang greifen; als aber auch Hand an das Patrimonium Petri und an die irdischen Herrlichkeiten gelegt wurde, da erwachte der Muth der Verzweiflung in dem tiefgebeugten Pabste, und dieser Muth blieb Sieger und half den Gewaltherrn stürzen. Die rächerischen Bullen *Pius VII.* und die Umtriebe der geheimen Kongregationen haben pro rata gewiss eben so viel beigetragen, als die Manifeste der spanischen Cortes, als der Winterfrost von Russland, die Bajonette der Preussen, die Begeisterung des teutschen Volkes und die diplomatischen Manöuvres der Herren von *Metternich* und *Castlereagh*. Die römischen Päbste waren niemals mächtiger, als in den Tagen ihrer grössten Hülflosigkeit; das Mitleid der Völker und die Achtung vor persönlichen Tugenden söhnte nicht selten mit Lastern der Herrschaft und mit Irrthümern des Systems aus.

Wir überlassen es den politischen und Kirchenschriftstellern, des Pabstes *Pius VII.* Persönlichkeit, Eigenschaften und Verdienste zu schildern und zu preisen; hier folge nur eine

*) Vergl. *Scipio Ricci's* Denkwürdigkeiten, von *de Potter*.

kurze Skizze seiner Verhältnisse zum französischen Reiche und zu dessen Staatsoberhaupte.

Der erste bedeutende Schritt, welchen der neue Oberhirt zu Begründung freundschaftlicher Verhältnisse mit dem mächtigen Staate unternommen, war die Krönung des glücklichen Kriegers zum Kaiser der Franzosen. Es war ohngefähr das Schauspiel von Pabst *Zacharias* und *Pippin*, was hier sich wiederholte, nur mit dem Umstande, dass der König diesmal gestorben und das Königthum selbst in Trümmern war. Dadurch, dass *Pius VII.* das heilige Oel dem Enkel *Ludwig's IX.* entzog und auf das Haupt des Korsen goss, söhnte er einigermaassen das isolirte Frankreich mit dem monarchischen Europa wieder aus: dieses letztere verzieh ihm die Abirrung vom Prinzipe um so eher, als das Beispiel anderer, von der Kirche geheiligter, Usurpationen entschuldigend vorschwebte. Der neue Kaiser verschmähte die Notre Dame von Rheims, um in der Kathedrale von Paris die Salbung zu empfangen; der Pabst reiste in beschwerlicher Jahreszeit dahin, dem Wunsche des Günstlings der Fortuna zu willfahren. Wie würde wohl *Johannes Müller* — hätte er seine Reisen der Päbste vervollständigt oder vervollständigen wollen — diesen Abschnitt vor, und wie wohl nach dem Jahre 1807 ihn beschrieben haben?

Zu Fontainebleau — dem verhängnissvollen Orte — welcher beide Männer, *Napoleon* und *Pius*, zur Zeit des höchsten Glanzes und der tiefsten Erniedrigung sah, hatte die erste Begegnung statt. Das verbrechenreiche Paris, das grosse Grab so vieler Helden und Opfer der Revolution, welches *Mirabeau* und *Marat* im Pantheon der St. Genovevakirche, *Danton* als Gottesläugner und *Robespierre* als Opferpriester des höchsten Wesens vor Kurzem noch triumphirend gesehen, empfing mit rauschendem Beifalle und glänzenden Festen den Oberhirten der römisch-katholischen Kirche. Solche grausam-bittere Parodien liebt das Schicksal, welches gleich sehr mit den Königen und mit den Nationen spielt! — Disciti moniti!

Die Reise des Pabstes hatte — was ihn selbst und seine geheimen Wünsche betraf — einen rein-politischen Zweck gehabt, die Rückgabe der drei Legationen. Sie ward als Preis für die grosse Willfährigkeit gefodert, mit welcher Rom die

Usurpation legitim gemacht. Aber als die Sache vor sich gegangen war, entging ihm dennoch der Preis. Man sprach also ferner blos noch von Vortheilen, welche der Religion gewährt werden sollten, und zwar erst im Februar des merkwürdigen Jahres. Die Erzbischöffe von Tours, Aix, die Bischöffe von Troyes, Autun, Nantes u. s. w. wendeten sich desshalb an *Pius*, welcher immer noch — die Legationen hauptsächlich im Auge — die rein-kirchlichen Interessen nicht berührt hatte. *La Tour-Dupin* von Troyes war das Organ, durch welches sie das säumige Oberhaupt an seine Pflicht erinnerten. Der Pabst unternahm es mit *Napoleon* über die gewünschten Punkte zu unterhandeln; aber mit geringem Erfolge. Es kam fast so viel als nichts zu Stande. Daran trug der Umstand nicht wenig Schuld, dass der gewandte, einflussreiche, vermögliche und beliebte Kardinal *Caprara*, welcher zu Paris seit einigen Jahren ein Haus gebildet, und bei welchem der grösste Theil des päbstlichen Gefolges wohnte, zu den Berathungen niemals beigezogen wurde, und ein steifer Anhänger des Ceremoniells der römischen Hof-Kanzlei, Kardinal *di Pietro*, des Pabstes getreuer Achates in allen vorangegangenen und gefolgten Nöthen, dieselben ausschliesslich leitete. Ein anderer war die geringe Harmonie zwischen dem französischen und italienischen Hoch-Klerus; Jener fein und geschliffen, Dieser anmaassend und unkundig der Bedürfnisse der französischen Kirche, und voll Sehnsucht der Wiederkehr nach dem goldenen Italien — auf diese Weise konnte durchaus keine rechte Berührung statt finden, und die Römer reisten ab, ohne Spuren der Achtung oder des Bedauerns hinterlassen zu haben. Die fünfmonatliche Anwesenheit des päbstlichen Hofes im Lande war fast ohne Nutzen für die Nationalkirche; die drei Legationen blieben im Besitze des Imperators, welcher glücklicherweise nun gekrönt und seiner Sache sicher war. Die wenige Achtung, welche die römischen Prälaten ihm eingeflösst, hatte nicht wenig zu dieser Stimmung und zu Vereitelung des Reisezweckes beigetragen. Der Uebergang von der Nichtachtung zur Verachtung war nur klein und unbemerkbar.

Unter den Punkten, welche dem Pabste vorzüglich viel zu thun gemacht, werden aufgezählt: die organischen Ge-

setze und die Lehre von den bekannten vier Sätzen. *Ludwig's XIV.* Schreiben in der Hand, war *Pius* mehr als einmal bemüht, den Kaiser aus grossen Folianten, die er herbeischleppen liess, von des Pabstes Rechten und Infallibilität zu überzeugen. *Napoleon* fiel ihm daher, spottend wie er war, eines Tages mit der Frage in das Wort: „Heiliger Vater, halten Sie mich denn für einen *Karl IV.* von Spanien?" — „Der Pabst — sagt Hr. *De Pradt* mit Recht — hätte niemals länger als acht Tage in Frankreich verweilen sollen. Mit der Freude von Verbannten, welche die Thore ihrer Heimath wieder sich erschlossen sehn, reiste sein Gefolge ab. Er ward in Lyon wärmer, als kurz vor ihm *Napoleon* (der nach Turin abgegangen war), empfangen. Diese grosse Stadt schien bis in ihre Grundfesten erschüttert durch die beispiellose Begegnung jener zwei glänzenden Gestirne." — Welches Schauspiel und welcher Ausgang hätte sich fünf Jahrhunderte zuvor wohl ergeben, wenn auch Kaiser *Friedrich II.* und Pabst *Innozenz IV.* zu Lyon sich begegnet hätten? —

Zu Lyon war es, wo der Erzbischoff von Turin, der dessen sich immer noch geweigert hatte, auf bestimmten Befehl des Pabstes seinen Hirtenstab in des Kaisers Hände abgab. Nachdem *Pius* und *Napoleon* noch einmal zusammen gespeist und diplomatische Höflichkeiten sich erwiesen, trennten sie sich. Erst im Jahre 1813, zu Fontainebleau, haben sie sich wiedergesehen. Der tiefe Grimm aber über getäuschte Hoffnungen und verfehlte Zwecke ging in Mark und Blut des heiligen Stuhles über, und frass um sich wie ein giftartiges Uebel. Der Anfang zur grossen Katastrophe war gemacht. Hoc erat in fatis — — —.

Der französische Publizist, welcher über Geist und Folgen der vier Konkordate und über *Pius* und *Napoleon's* Verhältnisse geschrieben, hat mit vielem Scharfsinne und mit reicher Menschen- und Sachenkenntniss die offenbaren und geheimen Beweggründe auseinandergesetzt, welche zwei Männer zu einem Kampfe auf Leben und Tod wider einander trieben, ohne dass sie persönlich sich gehasst hätten. Die Intriken des Hofes der Tuilerien, des Kardinals *Füsch* insbesondere, welcher zum Verderben der eigenen Familie nicht wenig beitrug und jetzt unter den vorzüglichsten Begünstigern der Kongregation und

der Jesuiten glänzet, sind eben so treffend, als jene des heiligen Stuhles, entwickelt, welcher durch sein Benehmen und durch seine Stellung zu den Feinden des Kaisers, den Unwillen desselben gereizt und die spätern harten Maassregeln nach sich gezogen hat. Wir fahren jedoch in der historischen Uebersicht von den Hauptereignissen fort.

Die Nichtachtung, welche, mit Ausnahme der Person des Pabstes selbst, der päbstliche Hof bei *Napoleon* gefunden, wurde von Frankreich getheilt. Die welschen Prälaten fühlten dies tief und Pläne der Rache erzeugten sich in ihnen. Jahrhunderte lang in den Künsten des Betruges und der Diplomatik Meister, sahen sie sich plötzlich gespielt und als Dupes hingestellt. Man fing daher alsbald zu operiren an. Die Idee, dass *Napoleon* Usurpator sey, wurzelte nach und nach.

Napoleon war inzwischen auch zum Könige von Italien gekrönt worden; er hatte Genua einverleibt; Lucca verschenkt. Er herrschte zu Florenz durch *Clarke*, und somit in ganz Oberitalien. Diese neue Nachbarschaft machte Oesterreich für seine Besitzung Venedig zittern; es zitterten Neapel und Rom; aber der Schrecken verschloss noch den Mund. Auch Belgien war mit Frankreich vereint: die katholische Kirche hatte damit eine ihrer getreuesten Besitzungen verloren. Bald schlossen sich die natürlichen Feinde des neuen Kaiserthums eng einander an: Neapel, England, Oesterreich und Rom verstanden sich genau und lauerten ihres Vortheils.

Neapel war durch englischen Beistand im Jahre 1799, nach ungeheuern Treulosigkeiten und Gemetzeln und Gräueln und Verbrechen jeder Art, restaurirt, jedoch nunmehr eine Art Lehen von England geworden. Der persönliche Hass der grausamen, fanatischen und buhlerischen Königin *Karoline* gegen Frankreich schürte für und für die Flamme. England, nach dem Bruche des Friedens von Amiens neuerdings mit Frankreich auf dem Kriegsfusse, ging da, wo offenes Auftreten nichts fruchtete, oder unthunlich war, mit der Börse in der Hand, als böser Geist von Europa, umher. Die brittische Oligarchie und der Krämer-Neid, welche so lange in die Maske des Eifers für europäische Freiheit sich verhüllt, jedoch von 1814 bis zu *Canning's* zweitem Eintritte in das Kabinet und

von seinem Tode an, bis jetzt, in ihrer ganzen Gemeinheit und Niederträchtigkeit sich gezeigt haben, arbeiteten geschäftig am Umsturze jeder politischen Freiheit oder des Aufblühens irgend einer Macht durch andere Prinzipien, als die ihrigen. Von Lord *Hervey* zu Florenz (1793) an, bis zu Lord *Bentink* (1814) in Neapel, wurde der Süden Europa's unaufhörlich, von St. James aus, in Bewegung gesetzt. Der mächtigste Feind von Frankreich und der neuen Dynastie aber war Oesterreich. Ein geistvoller teutscher Schriftsteller hat in neuesten Tagen die Grundzüge, die Zwecke, die Mittel und das Alter der Politik dieses Kabinetes in einem Meisterwerke aus einander gesetzt, also dass wir hierin völlig auf ihn verweisen*).

Es war ein grosses Unglück für Italien, selbst für *Napoleon* und seine Dynastie, dass *Joseph Bonaparte* zauderte, die Krone des Königreiches Italien sich aufsetzen zu lassen. Dieser Umstand hätte das Schicksal der Halbinsel entschieden und Oesterreich's Politik ermässigt. So aber, als der französische Kaiser selbst den Szepter von Italien und *Joseph*, als zinsbarer Fürst unter der Oberherrschaft seines Bruders, denjenigen von Neapel ergriff, konnte Oesterreich nicht mehr ruhig bleiben. Für diese Frage wurde bei Austerlitz, für diese bei Wagram gestritten.

Nachdem auf das Haupt des Imperator's die eiserne Krone gesetzt worden, vereinigten sich die feindlichen Mächte immer mehr und mehr. Der Mittelpunkt ihrer Intriken war die Residenz des heiligen Vaters. Als Oesterreich besiegt und der treulose Bourbon von Neapel zum zweitenmal nach der Insel Sicilien vertrieben worden war, offenbarten sich alle die Spuren jener Verschwörung, in welche Rom sich eingelassen. „Die Herzen waren auf den Gesichtern zu erschau'n; man las darin nichts, als Hass gegen Frankreich." Der österreichische Minister und die englischen Sendlinge herrschten zu Rom. Diese Stadt ward die Freistatt aller neapolitanischen Vertriebenen. Man misshandelte dagegen die nach Neapel ziehenden Soldaten auf

*) *J. Schneller*, Oesterreich's Einfluss auf Teutschland und Europa (mit vielen Noten des hohen Censors, Ritters *v. Gentz*). Stuttg. bei Frankh. 1829. 2 Bände.

jede Weise. Auch erschwerte das feindselige, in der Mitte zwischen beiden Hälften der Halbinsel liegende Rom die Verbindungen unter denselben ausserordentlich; sämmtlich Ursachen mehr als genug, um einen Mann, von *Napoleons* Glück und Stimmung, zu äussersten Maassregeln zu reizen.

Das römische Kabinet selbst beging so viele Thorheiten und Missgriffe, dass es einen grossen Theil des nachmals Erduldeten sich selbst zuschreiben musste. Lächerlich genug, glaubte es mit mehrern andern Feinden des Imperators, durch einige übel hergestammelte, nichts besagende Entschuldigungen könne es dieselben wieder gut machen, und vor dem klarsehendsten Manne von der Welt gebehrdete es sich, wie vor einem Blinden. „Man betrachtete ihn — fährt der alte Erzbischoff fort — wie einen unempfindlichen Körper, mit welchem alle möglichen Experimente gemacht werden könnten. Man kündigte ihm Krieg an, als wenn der Krieg nicht dem Stärkern allen Gewinn und allen Verlust dem Schwächern, dem einen Eroberung, dem andern Entthronung brächte; und als man darauf sich schlagen und vertreiben liess, schrie man über Usurpation, Ehrgeiz, Verletzung der Rechte*). Man sehe hier einen geistlichen Hof,

*) Les inconvéniens de cette manie de faire servir la religion à la politique se représentent partout: c'était en France comme à Rome, la maladie du temps. Les mêmes résultats eurent lieu dans les deux endroits; cette question est si majeure que son importance m'engage à y revenir.

Napoléon a dissous S. Sulpice, les Pères de la foi, la Trappe, fermé la bouche à M. *de Freyssinous.* Que l'on soit sincère; que faisait-on dans ces maisons, que disait ce prédicateur? quelles étaient leur tendance, leurs liaisons, leurs correspondances, leurs voeux bien distincts, bien connus? Ces maisons n'étaient-elles point les canaux de tout ce qui venait de Rome; ne regarderait-on pas comme stupide un gouvernement qui verrait froidement une suite de manoeuvres tramées et suivies contre lui? Aujourd'hui même cela serait-il souffert; tolérerait-on un prédicateur qui, réunissant autour de lui un troupeau affidé, déclamerait à jour fixe contre tout ce qui se fait en France? Prenait-on les gouvernans de ce temps pour des imbécilles, des aveugles ou des sourds?

Des hommes s'établissent sur une terre sacrée, ils prennent la religion pour écriteau: entre leurs mains elle devient un drapeau. De là, comme d'une citadelle, ils font pleuvoir des traits sur leurs

welcher in weltlich-politische Intriken sich einlässt und stets doppelsinnig sich beträgt. Er verliert nun das Spiel und durch eigene Schuld in einen Abgrund geschleudert, klagt er von seinem Grabe, das er durch sein verkehrtes Benehmen sich selbst gegraben, über Beleidigung der Religion." „Ey nun — konnte der Andere entgegenrufen — so lasst denn euere Politik fahren, wenn ihr nicht die Wechsel und die Folgen derselben tragen wollt." Renfermez-vous — wir lassen den Fran-

ennemis; les y va-t-on chercher, ils crient à la profanation, au sacrilège: n'est-ce point une moquerie véritable, et s'il y a profanation, n'est elle point leur ouvrage? Lorsque des assiégés se retirent dans une église et tirent des coups de fusil par les fenètres, y a-t-il impiété à les débusquer? Ne changez point les temples en postes de guerre, si vous voulez les tenir à l'abri de la guerre. Comment se réunir dans les temples contre les gouvernemens? Vous vous mettez en état de guerre avec le gouvernement, vous subirez les effets de la guerre. Voyez ce qui est arrivé à M. l'abbé *Vinson*.

Je n'ai pas voulu être seul dans Paris à ne pas entendre M. *de Freyssinous*. Ce qui s'en publiait, m'avait préparé d'avance à ce que j'allais voir. Son auditoire était une véritable assemblée contre-révolutionnaire tenant ses séances à S. Sulpice; il fallait être aveugle pour y voir autre chose. Le parti se réunissait là, croyant y trouver une sûreté qui lui manquait ailleurs. Des déclamations continuelles contre la philosophie, contre la révolution, des allusions toujours saisies contre le gouvernement, formaient le fonds des discours. L'esprit de parti applaudissait, la raison gémissait de ce déplorable spectacle qui montrait une église transformée en théâtre pour un parti, et en arène pour un autre. L'orateur, confiant parce qu'il se sentait appuyé, débitait avec un air de triomphe, mais en style bien vulgaire, des pensées bien communes, telles qu'elles se trouvent dans tous les cahiers de théologie, s'embarrassant par fois dans des questions plus fortes que lui (il m'a fait trembler dans celle des miracles), et au total, il était loin de satisfaire par l'absence absolue du talent. L'esprit de parti en crée, mais le goût n'admet pas toujours ses créations. On peut être à la fois un ecclésiastique zélé et respectable et un génie tres médiocre. Les ecclésiastiques de cette espèce étaient en religion ce que le faubourg S. Germain était au civil. A Pétersbourg la centième partie de ce qui s'est fait ou dit au faubourg S. Germain, aurait peuplé la Sibérie. On ne l'eût souffert dans aucun pays de l'Europe. Dans l'église comme dans le monde la fronde était devenue le bon ton, car on en est venu au point que dans l'église il faille aussi du bon ton. . . . *De Pradt* II. 299 — 302.

zosen hier selber im Originale reden — „Renfermez-vous dans la religion, chassez les agens anglais et autrichiens, et il ne vous arrivera point d'encombre. Alors on ne viendra pas vous chercher à Rome, et vous la garderez sans contestation. De bonne foi, si *Napoléon* eût succombé, qu'eussiez vous fait? Vous vouliez le chasser de l'Italie, il le savait; il a été le plus fort, il vous a chassé: la loi du talion peut paraître dure, mais est-elle injuste? Il faut s'entendre bien soi-même, c'est malheureusement ce qui manque à presque tout le monde: il faut savoir ne pas se mêler de politique, ou lorsqu'on a eu la maladresse de le faire sans moyens de le soutenir, ne pas venir après le malheur crier que la religion est attaquée. Ce langage peut encore tromper quelques dupes, convenir à quelques hypocrites; mais il irrite, il éloigne les gens sensés, ceux qui aiment la raison, la clarté dans les discours et dans les actions, la sincérité, et le bon ordre qui fait que chaque chose est à sa place. Vous vous liez aux vaincus d'Austerlitz, et quand vos mauvais amis occupés d'eux seuls vous laissent vis-à-vis d'un vainqueur dont l'oeil a pénétré jusqu'au dernier replis de votre coeur, alors vous invoquez le respect dû à la religion, vous proclamez que les bien-heureux apôtres sont indignés! à quel signe l'ont-ils fait connaître? quel langage! dans quel temps, et à quels hommes l'adressez-vous! Invoquez ces glorieux princes du collège apostolique, lorsque les dogmes sacrés qu'ils nous ont transmis et qu'ils ont scellé de leur sang seront attaqués; alors nous accourerons tous à votre voix, parce qu'elle parlera son langage naturel, celui de la religion: langage inséparable de la raison, sans laquelle il n'y eut jamais de religion, langage père de l'ordre dont la religion est le premier garant. Mais quand il s'agira de la Romagne, des légations, les apôtres n'en ont jamais entendu parler. Ce n'est pas de la religion cela, ce sont des provinces: eh bien! qu'elles suivent les lois applicables par la politique aux provinces et aux territoires qui sont les enfans naturels de la politique comme le spirituel est celui de la religion. La politique sacrée n'est tolérable que dans *Bossuet;* dans Rome au temps de *Napoléon*, elle n'est propre qu'à vous en faire chasser.

Quelques-uns s'imaginent qu'à Rome, on ne fait que de

la religion; ils sont toujours prêts à tomber à genoux: qu'ils lisent l'histoire, et qu'ils apprennent à distinguer entre le chef de la religion qui est toujours occupé d'elle, et la cour de Rome qui est très-souvent occupée d'autre chose. Cette cour là a toujours su bien partager son temps.

Quelques autres se figurent qu'il ne s'agit que de prendre une certaine attitude, et de s'établir sur des principes à soi, en argumentant de tout ce que l'on peut tirer de vieux arsenaux décrédités. Quelle chimère! quelle illusion! avec un homme tel qu'était *Napoléon*, c'était précisément ce qu'il fallait pour se perdre. Il était plus subtil que ceux qui voulaient l'embarrasser, il était plus fin que les ergoteurs de Rome, il était plus fort qu'eux; il avait en horreur les pointilleries, les tortuosités: l'attaquer par des embûches était le reporter sur son terrain propre; prétendre l'arrêter avec des subtilités théologiques ou diplomatiques était oublier qu'il était porteur d'une épée en possession de couper tous les noeuds gordiens: se montrer à la fois en ennemi et en ennemi faible, était le moyen infaillible de l'attirer chez soi. *Napoléon* avait pour habitude de regarder faire son ennemi, et puis de faire son plan sur ses fautes: avec Rome il n'eut que l'embarras du choix: car il est impossible d'assembler plus de contresens qu'on ne faisait à Rome. Si les cardinaux *Consalvi* et *Caprara* avaient continué de diriger, rien de tout cela ne serait arrivé. La cause première des malheurs se trouve dans les conseils aveugles qui prévalurent au retour de France: il n'y a rien de plus dangereux que la faiblesse qui s'abandonne à la violence. C'est elle qui a amené la lutte entre le pape et *Napoléon;* il eut le malheur de se livrer aux ultrà de son pays: ils firent là ce qu'ils font partout. Un 5 septembre en permanence devrait les attendre partout où ils tentent de s'établir.

Cette lutte engagée sans jugement fut soutenue par Rome avec gaucherie, par *Napoléon* avec violence; on vit d'un côté les excès de la maladresse, et de l'autre ceux de la force: il faut à la fois beaucoup mépriser les premiers, et beaucoup haïr les seconds.“ —

Ja wohl! so sind die Dinge zu nehmen, welche in dem merkwürdigen Kampfe sich ereignet, oder vielmehr denselben

herbeigeführt haben; und so sind sie auch in späterer Zeit überall zu nehmen, wo Rom mit seinem Einflusse aufgetreten ist. Stets wie eine politisch-intrikante Macht handelnd, will es doch fortwährend als religiöse behandelt seyn, und der heilige Petrus soll mit seinem Ansehn dazwischen treten, da, wo Simon Magus nicht durchgedrungen.

Nach der verhängnissvollen Schlacht bei Austerlitz (1805) und dem Pressburger Frieden, war *Napoleons* Macht noch mehr gestiegen. Neapel war — erobert, Rom von seiner Herrschaft umgeben. Jetzt that das glimpflichste Benehmen und die tiefste politische Weisheit noth. Aber statt dessen wählte man zu Leitern der Geschäfte eine Anzahl von Prälaten aus, welche die widerwärtigsten, abstossendsten und unwissendsten Menschen, und weder die Zeit, noch die Verhältnisse, noch den Gegner und dessen Kräfte zu beurtheilen im Stande waren; und man fing einen Krieg mit diplomatischen Noten an*). Dazwischen kam der Krieg mit Preussen (1806), und *Napoleon* war in Preussen und Polen beschäftigt. Der römische Hof benutzte diese Zeit redlich für Intriken aller Art. Die spanischen Angelegenheiten verwickelten sich, und der heilige Vater wirkte nicht wenig mit, die Mönche in ihrem Vorhaben zu steifen. An die Cortes selbst hatte er nicht so viel gedacht. Schon die frühern Rüstungen des Friedensfürsten, im Einverständnisse mit Rom, hatten auf dem Schlachtfelde von Jena den Entschluss in *Napoleon* erzeugt, die Verräthereien des heiligen Stuhles empfindlich zu bestrafen. Es ward derselben aber auch später gar kein Ende. Fremde Intriken, Beschützung neapolitanischer Räuber, Aufnahme aller missvergnügten Italiener, Begünstigung englischer Sendlinge, Meuchelmord von Franzosen auf allen Strassen des Kirchenstaates, — dies alles waren „Nadelstiche“ von der Art, dass sie Schwertschläge nothwendig nach sich ziehen mussten.

Nach der Rückkehr aus Preussen (August 1807), verfügte sich *Napoleon* noch im November desselben Jahres nach

*) On sait ce que c'est. Un procès commencé par la politesse et fini par le canon, dès que la modération ne tient pas la plume. *Pradt*: 307.

Italien, und entsetzte die spanisch-bourbonische Familie in Etrurien des königlichen Thrones, welchen er ihr selbst zuvor verwilligt hatte. Dies war das Vorspiel für Spanien selbst und auch für Rom. Er durfte nirgends im Rücken Feinde hinterlassen, welche eben so treulos als gefährlich waren. Dies ist das Geheimniss seiner Politik gegen mehr als eine Macht, die er vernichtete. „Les perfidies des autres ont fait souvent à ses yeux l'excuse de sa perfidie propre" — diese Worte des alten Intrikanten enthalten eine Wahrheit, die man bei Vergleichung seiner Politik mit derjenigen der übrigen immer mehr und mehr fühlt. Seine diplomatischen und kriegerischen Verbrechen sind zum mindesten für den Ruhm und für grosse Ideen vollbracht worden; aber für welche Ideen sind denn die der neuesten Zeit vollbracht, und wofür die Hälfte von Hellas, Italien, Spanien und Portugal geschlachtet worden? —

Der Marquis von *Alquier* war im Jahre 1807 zuletzt Gesandter des Kaisers am päbstlichen Hofe gewesen; so viele Unterredungen dieser Diplomat auch mit *Pius* und dessen Ministern hatte, so vielmal überzeugte er sich, dass weder der Pabst selbst, noch seine Leute genau mit dem Volksgeiste und dem Stande der öffentlichen Meinung in Frankreich vertraut seyen; das Kompliment der Kniebeugung beim Einzuge in die verschiedenen Städte, während der bekannten Reise, hatte man römischer Seits thöricht genug für den sichern Ausdruck innerer Rührung und Hochachtung genommen. Darauf baute nun die weltlich-kirchliche Politik des römischen Hofes fernere Anmaassungen und Plane und zog daraus die Kräfte ihres hartnäckigen Widerstandes.

Das Schreiben des Generals *Lemarrois*, Befehlshabers in den Legationen, worin über die Einkünfte der Provinz Macerata Aufschluss begehrt wurde, zeigte bereits das schlimme Verhältniss und des Kaisers feindliche Gesinnung an. Im Jänner des folgenden Jahres überreichte der Marquis von *Alquier* dem Kardinalstaatssekretäre eine Note, worin die Marschordnung für eine Heersäule von 6000 Mann beschrieben war, welche unter Befehl des Generals *Miollis* nach Neapel sich begeben sollte; allein bald erfuhr man ihre eigentliche Bestimmung, nemlich der

Besetzung des Kirchenstaates. Der Anschlag des Pabstes an den Strassen Roms, worin über den Eintritt französischer Truppen im Patrimonium Petri Aufklärung gegeben, und von einer französischen Regierung, statt von dem Kaiser *Napoleon*, gesprochen wurde, hatte noch zu mehrern lebhaften Erörterungen zwischen dem Marquis und dem Staatssekretäre Anlass geboten. Der Pabst, als er sein Schicksal sich erfüllen sah, warf die lang vorgehaltene Maske von sich, gab eine Rechtfertigung seiner Reise nach Frankreich und eine Analyse der Forderungen *Napoleon's* heraus, welche darin bestanden: 1) dass ein Patriarch für Frankreich ernannt; 2) das bürgerliche Gesetzbuch vom Klerus angenommen; 3) die Freiheit aller Bekenntnisse verkündigt; 4) mit den allzu zahlreichen Bischöffen in Italien eine Reform vorgenommen werden sollte; 5) dass die päbstlichen Bullen für die Bisthümer und Pfarren Italiens abzuschaffen seyen; 6) dass der Pabst die Mönchsorden sammt und sonders abschaffe; 7) die Priesterehe frei gebe, und endlich 8) den Prinzen *Joseph Bonaparte* zum Könige von Neapel kröne. Die meisten dieser Forderungen enthielten Dinge, die kein römischer Pabst bewilligen konnte und noch kann, ohne die Anmaassung vieler Jahrhunderte und die Ueberflüssigkeit seines Daseins selber einzugestehn.

Nach der Note des Marquis vom 28. Hornung 1808, worin der Aufenthalt französischer Truppen in Rom, als rein militärische Maassregel, in Verbindung mit der neapolitanischen Armee, erklärt worden, und worin ferner die Zerstreuung neapolitanisch-bourbonistischer Zusammenkünfte, die Verhaftung aller englischen Sendlinge und die Abreise der Neapolitaner von Geburt in dem Kardinals-Kollegium nach der Hauptstadt jenes Königreiches, zum Behufe der Eidesleistung an *Joseph Napoleon*, gefordert worden, begannen die gewaltsamern Staatsstreiche.

Der Kardinal *Doria* war inzwischen in der Würde *Casoni's* gefolgt. Derselbe begann damit, den neapolitanischen Kardinälen jene Reise förmlich zu verbieten, so wie auch die Annahme der Einladung des Generals *Miolli's* zu einem freundschaftlichen Mahle. Die päbstlichen Truppen wurden nunmehr unter die französischen gesteckt. Vergebens verwahrte sich der

heilige Stuhl auf das Feierlichste; auch das Verbot an die italienischen Kardinäle, ihren Weg fortzusetzen, falls sie nicht durch Gewalt dazu gezwungen werden sollten, hatte nur noch mehr Erbitterung zur Folge. Eben so war es mit dem Breve der Fall, worin der heilige Vater dem Kaiser mit dem Bannfluche drohte. Noch zu Ende des Märzen erhielt auch *Doria* seinen Nachfolger, in der Person des Kardinals *Gabrielli*. Derselbe benachrichtigte die fremden Gesandten von der gewaltthätigen Entfernung der Kardinäle; der Minister von Spanien aber erhielt von *Pius* aus die Aufforderung, Augenzeuge all' dessen zu bleiben, was fortan sich nun begeben würde.

Am 2. April erliess *Napoleon* die merkwürdige Verordnung, durch welche die drei Legationen und die Mark Ankona, als einverleibt mit dem Königreiche Italien, erklärt wurden. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten erhielt die Nachricht, dass seine Vollmachten erloschen seyen und begehrte seine Pässe. Dies war die förmliche Kriegserklärung. Die Forderung des Kaisers, dass künftig ein Dritttheil der Stellen des heiligen Kollegiums mit gebornen Franzosen besetzt werden sollte, goss noch mehr Oel in den Brand.

Sofort abermals ein neuer Staatssekretär in der Person des Kardinals *Pacca*, der jedoch nicht viel mehr wirken konnte, als alle frühern. Der Pabst erklärte (2. August) den Eintritt jedes seiner Unterthanen in das französische Heer für Felonie und Hochverrath; ebenso belegte er die Bürgergarden, welche aus der niedrigsten Volksklasse gebildet worden und groben Ausschweifungen in Rom sich überliesen, mit dem Banne. Er schützte *Pacca*, welcher, seines unzeitigen Fanatismus willen, auf *Miolli's* Befehl verhaftet werden sollte, mit seiner eigenen Person. Darauf schleuderte er gegen den Imperator neue Drohungen des Bannes, mittelst eines Breve's vom 3. April 1809. Umsonst; das Verhängte geschah.

Am 17. Mai sprach *Napoleon* das Aufhören der weltlichen Macht des Pabstes mit schneidendem Lakonismus und mit bitterer Ironie aus, wobei der bekannte Schrifttext „mein Reich ist nicht von dieser Welt" — die Hauptrolle spielte. Rom ward für eine der guten Städte des französischen Reichs erklärt. Der Pabst hatte nur Thränen, Gebete und die Stra-

fen des Himmels dagegen. Er verhängte also die letztern über das gewaltsame Kriegshaupt. Die berühmten Bannbullen gegen *Napoleon* und dessen Anhänger erschienen demnach (10. u. 11. Juni). Der Kirchenstaat wurde völlig einverleibt, und als *Pius*, das Geschehene durch freiwillige Zustimmung zu bekräftigen, männlich und fürstlich standhaft sich weigerte, ging die Abführung desselben aus Rom nach Savona und später von Savona nach Fontainebleau (1812) vor sich, worüber die Einzelnheiten, als weniger hieher gehörend, in der politischen Geschichte, so wie die weitläufigen, bald apologetischen, bald tadelnden Bemerkungen und Erörterungen *de Pradt's* in dem mehr angeführten Werke, und eben so *Napoleon's* Rechtfertigung und Aufschlüsse bei *O'Meara* und *Las Cases* zu vergleichen sind.

Hinsichtlich der Kardinäle wurden nicht minder scharfe Maassregeln ergriffen; die Unterthanen der Königreiche Italien und Neapel erhielten den Befehl, in ihr Vaterland zurückzukehren, und den betreffenden Regierungen den Eid der Treue zu schwören. Als sie dessen sich geweigert, zwang man sie Rom zu verlassen und berief sie nach Frankreich ein. Vierzehn unter ihnen wurden nach verschiedenen Städten dieses Landes verbannt und ihrer Würden und Güter verlustig erklärt. Die Kardinäle, welche nach Frankreich gegangen, und die Eingebornen des Landes, waren nach und nach so ziemlich in zwei Partheien unterschieden, je nachdem sie in Ausübung ihrer Würde und bei ihrem Auftreten im öffentlichen Leben mehr oder minder den alten Grundsätzen treu blieben. Die Verschiedenheit der Ansichten trat besonders bei Anlass der zweiten Vermählung des Kaisers im Jahre 1810 scharf hervor. Die Frage: ob sie der religiösen Ceremonie beiwohnen könnten oder nicht? machte viel zu schaffen; bei dem bürgerlichen Akte erschienen Alle bis auf *Caprara;* bei dem kirchlichen fehlten die meisten. Dafür traf sie von Seite des Beleidigten schwere Ahndung. Sie wurden, als sie des folgenden Tages in den Tuilerien erschienen, verhaftet, die Zeichen ihrer Würde ihnen untersagt, ihre Güter mit Beschlag belegt. Die Betroffenen sahen sich sofort als Märtyrer an und empfingen als solche von den empfindsamen Gläubigen Verehrung.

Nichts desto weniger fanden bald wiederum Unterhandlun-

gen zwischen *Napoleon* und *Pius* statt, zu Ausgleichung ihrer wechselseitigen Streitigkeiten. Die zwei kirchlichen Kommissionen vom Jahre 1809 u. 1810 und von 1811, zu diesem Zwecke eingesetzt, vermehrten sie jedoch in vielen Punkten, und die Geistlichkeit, besonders bei dem bekannten Charakter des Pabstes, befand sich oft in der peinlichsten Verlegenheit, da zwischen dem geistlichen und weltlichen Gebieter Entscheidung sie drängte, und die Verhältnisse der Politik, die eigene Gesinnung und die Stimmung des reinpäbstlichen Publikums gleich sehr zu berücksichtigen und die Verbindungen zwischen Haupt und Gliedern, sowohl durch den ausgeschleuderten Bann des Einen, als durch die Polizei-Interdikte des Andern erschwert waren.

Die erste Kommission suchte auf den Geist *Napoleon's* versöhnend einzuwirken, seine Vorurtheile gegen das Kirchthum zu zerstreuen und sein Vertrauen zu erwerben. Die Hauptschwierigkeit bildete stets die Trennung der weltlichen Territorialfrage von den reinkirchlichen Angelegenheiten. Der Minister *Regnaut de St. Jean d'Angely* leistete bei diesen Versuchen treffliche Dienste. So verzögerte er längere Zeit die Bekanntmachung des Senatuskonsults, welches mittelbare Verbindung mit dem Pabste untersagte. Inzwischen erschien eine Denkschrift der Kommission, welche den Kaiser über mehreres beruhigte. Dieselbe suchte bei ihren Untersuchungen Gegenstände, welche die ganze Christenheit, solche, welche Frankreich insbesondere, und endlich solche, welche allein die Angelegenheit des Tages betrafen, jederzeit zu trennen. Als diese erstere Kommission sich aufgelöst, waren gleichwohl die Kirchenverhältnisse, in Folge neuer Begebenheiten, verwickelter, als je, geworden. Die Breven des Pabstes, hinsichtlich der Kapitular-Vicarien von Paris und Florenz, und Unruhen, durch geistliche Betriebsamkeit in Frankreich angefacht, bewirkten, dass des Pabstes Gefangenschaft härter ward.

Im Jänner 1811 bildete sich, auf *Napoleon's* Befehl, eine neue Kommission. Man stellte an sie Begehren, welche weiter unten im Zusammenhange folgen werden, nebst den Antworten, welche sie zu erlassen sich bewogen fand. Die Kommission hatte drei Hauptaufgaben ihrer Thätigkeit: 1) das Interdikt der

Verbindung mit dem Pabste zu hintertreiben; 2) eine Maassregel, in Betreff der kanonischen Einsetzung und 3) dem Pabste Freiheit und Aussöhnung mit *Napoleon* zu erwirken. Zu Ende des Märzen 1811 endigten ihre Sitzungen. Die Mitglieder erhielten den Befehl, sich nicht von Paris zu entfernen. Zu Ende Aprils gingen der Erzbischoff von Tours und die Bischöffe von Nantes und Trier nach Savona. Der Patriarch von Venedig gesellte sich ihnen bei. Die Vollmachten, welche sie vom Kaiser erhalten hatten, waren folgende:

Die Zusammenberufung eines allgemeinen Konziliums (für den 9. Brachmond) soll angesagt werden.

Das Konkordat von 1801 besteht nicht mehr, weil der heilige Vater, einer der kontrahirenden Theile, wesentliche Klauseln desselben zu erfüllen sich weigert; die Bischöffe sollen künftig auf dieselbe Weise eingesetzt werden, wie vor dem Konkordate König's *Franz I.* Diese Weise soll vom Konzilium geregelt und vom Konzilium gut geheissen werden.

Gleichwohl erhalten die Abgeordneten allerlei Ermächtigungen zur Abschliessung eines Vergleichs, von denen aber nur Gebrauch gemacht werden soll, wenn der Pabst zur Versöhnung sich geneigt zeiget.

Zwei Uebereinkommnisse sollen, jedes vom andern unabhängig, getroffen werden. Das eine bezieht sich auf die Einsetzung der Bischöffe; hinsichtlich dieser kömmt der Kaiser auf das Konkordat vom Jahre 1801 zurück, unter zwei Bedingungen: 1) der Pabst wird die bereits ernannten Bischöffe einsetzen; 2) künftig sollen alle Ernennungen dem Pabste in der gewöhnlichen Form mitgetheilt werden, zum Behufe der kanonischen Bestätigung. Ist diese binnen eines Zeitraums von drei Monaten nicht erfolgt, so soll die geschehene Ernennung dem Metropolitan mitgetheilt werden; dieser setzt sodann seinen Suffragan und der Suffragan den Erzbischoff ein. Das andere Uebereinkommniss wird auf Regelung der allgemeinen Angelegenheiten sich beziehn.

Basen: Rückkehr des Pabstes nach Rom, im Falle er den durch das Konkordat vorgeschriebenen Eid zu leisten einwilligt. Im entgegengesetzten Falle wird er seinen Sitz zu Avignon nehmen und volle Freiheit haben, alles Rein-Geistliche zu ver-

walten und selbst in den Residenzen der verschiedenen christlichen Mächte Geschäftsträger zu unterhalten. Alle, Souveränen zukommenden Ehrenbezeigungen wird er fortgeniessen; zu seinem Unterhalte empfängt er zwei Millionen jährlicher Einkünfte. All' dies jedoch blos dann, wenn er verspricht, nichts im Reiche vorzunehmen, was den vier Artikeln von 1682 widerstreitet.

Die abgeordneten Bischöffe müssen am 1. Junius auf der Rückreise sich befinden.

Wenn vorstehende zwei Uebereinkünfte zu Stande gekommen, ist der Kaiser geneigt, über alle noch ferneren Punkte mit dem Pabste sich zu verstehn, als da sind: Die Errichtung von Bisthümern zu Herzogenbusch, Amsterdam, Rotterdam, Hamburg, Bremen, Montauban u. s. w.; Beschützung der Religiosen in Palästina, durch den französischen Hof; Wiedererbauung des heiligen Grabes; der Missionen; der Archive des heil. Stuhles u. s. w.

Die Abgeordneten sollten die Bulle vom 10. Juni 1809 und die gemachten Versuche, im Reiche Unruhen zu erregen, niemals aus den Augen verlieren. Sie hatten, dem Pabste alle Hoffnung des Wiedergewinns weltlicher Herrschaft abzuschneiden, ihn auf die Zusammenberufung des Konzils und die möglichen Beschlüsse desselben im Geiste früherer Zeiten aufmerksam zu machen.

Der Pabst, zuerst in grosser Unruhe über Charakter und Zweck dieser Gesandtschaft, empfing sie günstiger, als man erwarten konnte; er zeigte sich weder dem besprochenen Konzilium, noch einer Versöhnung ungeneigt; nur machte er, hinsichtlich der Beschlüsse des erstern über Einsetzung von Bischöffen und Punkte der allgemeinen Kirchenzucht, das Recht seiner Mitwirkung geltend; und bedauerte, in Bezug auf letztere, dass die gehörigen Mittel und Wege zum Erlass von Bullen in gültiger Form, besonders in Abgange eines Konseils, ihm abgeschnitten seyen. Er verhiess jedoch auf den Fall seiner Befreiung das Beste hierin. Am zehnten Tage endlich nach Ankunft der bischöfflichen Bothschaft, erliess er eine Note, welche versöhnenden Geistes und eine Einleitung zu endlichem Vergleiche, aber blos in seinem Kabinette verfasst und von

ihm gutgeheissen, keineswegs aber mit seiner Unterschrift versehen war *).

Man zog aus dieser Note nichts destoweniger folgende Schlüsse: 1) Die Note enthalte alles, was das Konzil verlange; 2) der Pabst habe dem Konzile das Recht, in der allgemeinen Kirchenzucht Veränderungen vorzunehmen, keineswegs bestritten; 3) der Pabst habe eingewilligt, den ersten Artikel der vier Sätze des Klerus vom Jahre 1682 zu unterzeichnen und mache hinsichtlich der übrigen nur Schwierigkeiten von solcher Art, welche leicht zu heben seyen; 4) er bestehe auf der Bannbulle nicht, als wolle er sie rechtlich geltend machen, sondern suche blos seine Ehre auf gute Weise heraus zu retten; 5) er habe auf alle Hoffnung der Rückkehr nach Rom verzichtet und behaupte blos noch das Recht der Ernennung von suburbican Bischöffen.

*) Sa sainteté, prenant en considération les besoins et le voeu des églises de France et d'Italie, qui lui ont été présentés par l'archevêque de Tours, et par les évêques de Trèves, de Nantes et de Faënza, et voulant donner à ces églises une nouvelle preuve de son affection paternelle, a déclaré aux archevêques et évêques susdits:

1. Qu'elle accorderait l'institution canonique aux sujets nommés par sa majesté impériale et royale, dans la forme convenue à l'époque des concordats de France et du royaume d'Italie;

2. Sa sainteté se prêtera à étendre les mêmes dispositions aux églises de la Toscane, de Parme et de Plaisance, par un nouveau concordat;

3. Sa sainteté consent qu'il soit inséré dans les concordats une clause, par laquelle elle s'engage à faire expédier des bulles d'institution aux évêques nommés par sa majesté, dans un temps déterminé que sa sainteté estime ne pouvoir pas être moindre de six mois; et dans le cas où elle différerait plus de six mois pour d'autres raisons que l'indignité personnelle des sujets, elle investit du pouvoir de donner en son nom les bulles, après les six mois expirés, le métropolitain de l'église vacante, et à son défaut le plus ancien évêque de la province ecclésiastique;

4. Sa Sainteté ne se détermine à ces concessions que dans l'espérance que lui ont fait concevoir les entretiens qu'elle a eus avec les évêques députés, qu'elles prépareraient les voies à des arrangemens qui rétablissent l'ordre et la paix de l'église, et qui rendent au saint-siége la liberté, l'indépendance et la dignité qui lui conviennent.

Savone, le 19 mai 1811.

Das Konzilium ward in der That für den 9. Junius einberufen*). Die Interessen der Katholiken aller der Länder, über welche *Napoleon* herrschte oder herrscherischen Einfluss übte, d. h. Frankreich, Italien und Teutschland sollten darauf berücksichtigt werden. Der Fürst Primas, *Karl v. Dalberg* und die Titular- oder Suffragan-Bischöffe von Teutschland wurden mit dazu eingeladen. Die Zahl aller gegenwärtigen Prälaten betrug hundert. Der Kardinal *Fäsch*, *Napoleon's* Verwandter, ein höchst intrikanter, dem Jesuitismus nachmals so sehr ergebener, Mann, führte den Vorsitz. Die Kultminister von Frankreich und Italien sassen als Bevollmächtigte des Kaisers und Königes bei.

*) Wir geben hier aus *de Pradt* das Formular der Einberufungsschreiben:

M. l'archevêque de — M. l'évêque de —

Les églises les plus illustres et les plus populeuses de l'empire sont vacantes. Une des parties contractantes du concordat l'a méconnu. La conduite que l'on a tenue en Allemagne depuis dix ans a presque détruit l'épiscopat dans cette partie de la chrétienté; il n'y a aujourd'hui que huit évêques, grand nombre de diocèses sont gouvernés par des vicaires apostoliques.

On a troublé les chapitres dans le droit qu'ils ont de pourvoir, pendant la vacance des siéges à l'administration des diocéses, et l'on a ourdi des manoeuvres ténébreuses, tendantes à exciter le désordre et la sédition parmi nos sujets; les chapitres ont rejeté des brefs contraires à leurs droits et aux saints canons.

Cependant les années s'écoulent, de nouveaux siéges viennent à vaquer tous les jours; s'il n'y était pourvu promptement, l'épiscopat s'éteindrait en France et en Italie comme en Allemagne. [Das heisst soviel als: die Leute waren nach und nach vernünftiger geworden.]

Voulant prévenir un état de choses si contraire au bien de la religion, aux principes de l'église gallicane et aux intérêts de l'Etat, nous avons résolu de réunir au 9 juin prochain dans l'église de Notre-Dame de Paris, tous les évêques de France et d'Italie en concile national.

Nous desirons donc qu'aussitôt que vous aurez reçu la présente, vous ayez à vous mettre en route afin d'être arrivé en notre bonne ville de Paris, dans la première semaine de juin. Cette lettre n'étant à autre fin.

Die Regelung der kanonischen Einsetzung bildete den vorzüglichsten und beinahe ausschliesslichen Gegenstand der Berathung, und die Hauptfrage drehte sich darum, vor zu sorgen, dass künftig keine andern Hindernisse, als rein kanonische, diese Einsetzung verzögern können sollten. Die Frage lag in der Natur der Dinge gegründet, und *Napoleon* verfocht zugleich die Sache aller Regierungen. Er hatte sich jedoch sehr in seiner Ansicht von der festen Anhänglichkeit des Klerus an seine Sache geirrt; der Klerus, zwischen Pabst und Kaiser in die unangenehme Wahl gestellt, neigte bald mehr zu dem erstern sich hin, dessen Drangsale zu dem Esprit de Corps der Kaste auch noch persönliche Hochachtung erweckt hatten. Ueberdies in die geheimern Unterhandlungen und nähern Vorgänge uneingeweiht, urtheilte er nur nach den vorliegenden, öffentlichen Akten, und seine Einfalt selbst war es, welche ihn desto mehr erbitterte und verwickelte. Er fürchtete Fallstricke und Gedankenhinterhalte, und die Vorurtheile von *Napoleon's* philosophischem Atheismus und geringer Liebe für die Religion bestärkten ihn noch in Furcht und Argwohn. Verschiedene andere Umstände, entsprungen aus Unkenntniss der Weltlage, ihrer eigenen Stellung, der Persönlichkeit des Kaisers und aus dem Glauben an drohende Gefahren und Verfolgungen, kamen noch hinzu und verwickelten die Sache.

Am 11. Brachmond ging die feierliche Eröffnung vor sich. Bald zeigten sich die grossen Verschiedenheiten der Nationalität in Charakter und Denkweise der versammelten Prälaten. Die französischen Bischöffe äusserten weit mehr ultramontanische Grundsätze, als Italiener und Teutsche, und beide letzten waren, wie *de Pradt* richtig bemerkt hat, mehr Gallikaner als erstere selbst. Verstimmung und Gährung offenbarten sich, nach langwierigen Reden und Erörterungen, von allen Seiten, und die Forderungen des Kaisers fanden beinahe sämmtlich ungünstige Aufnahme. Die Kommission der Bischöffe hatte vorgeschlagen: das Konzilium für kompetent zu erklären bei Entscheidung der Art und Weise der Einsetzung durch den Metropoliten, in vorkommendem, nothwendigen Falle. Allein in der Sitzung vom 9ten auf den 10ten Julius änderte sich ihre Gesinnung, mit Mehrheit einer einzigen Stimme. Man fand in der

fraglichen Note Sr. Heiligkeit die erforderlichen Formalitäten nicht, und diese entscheiden bei der römischen Priesterschaft natürlicherweise alles in Sachen der Kirche und der Religion, zu allen Zeiten und in allen Ländern. Ebenso fand man auch den Zusatz, hinsichtlich der durch Metropolitane vorzunehmenden Einsetzung, nicht wörtlich in den Zugeständnissen des Pabstes ausgedrückt.

Der Bischoff von Tournay war Berichterstatter. In den Grundsätzen eines fanatischen Theologen der Löwener Fakultät, des Abbé *Duvivier* *), und in dem Hasse belgischer Hartnäckigkeit wider alle Forderungen des Jahrhunderts auferzogen, wirkte er nicht wenig durch die Art der Abfassung auf die Gegenwärtigen. Ein teutscher *Don Quixote*, Baron *von Drost*, Coadjutor von Münster, redete keck von der Gefangenschaft des Pabstes. Andere mehr brachen in lange und heftige Erörterungen wider die vier gallikanischen Sätze aus. Der Erzbischoff von Bordeaux führte Beschlüsse des berüchtigten Konziliums von Trident an, welche dem Pabste zur Verhängung des Bannes über kirchenfeindliche Souveräne verlieh'n. Das Komödienspiel setzte noch lange mit ungewöhnlichem Feuer sich fort, bis die Rührung den höchsten Grad erreichte und auf den Vorschlag des letzgenannten Prälaten, die Versammlung in Masse nach St. Cloud ging, um vom Kaiser die Befreiung des Pabstes zu erflehn. Da fiel von des getäuschten *Napoleon's* Augen die Binde; er erkannte, in welch' gefährliches Spiel er sich eingelassen. Das Konzilium war natürlich schon vor diesem Schritte aufgelöst.

Napoleon verwünschte sein Konkordat, welches er als die Hauptquelle des Uebels ansah, und welches ihm seine Italiener verdorben; er äusserte sich gegen *de Pradt*, vor *Savary*, in bittern Worten über seine Missgriffe; er liess drei Prälaten, welche er, auf Kardinal *Fäsch's* Bezeichnung, für die Urheber des

*) Dieser Mensch gehörte zu den Urhebern der lächerlichen und unsinnigen Revolution in Brabant, des tollsten Produktes aristokratisch-pfäffischer Anmaassung in der Geschichte; und man schildert ihn als einen der Hauptverführer des damaligen Erzbischoff's von Mecheln.

hartnäckigen Widerstandes ansah, Tages darauf verhaften und vermehrte dadurch die Zahl der Märtyrer in der Meinung der Masse des Klerus. Er zwang die Mitglieder des Konzils, nach fünf und zwanzig Tagen noch einmal sich zu versammeln und nachstehendes Dekret ward mit Einmüthigkeit angenommen:

1) Das National-Konzilium ist vollberechtigt, über die Einsetzung der Bischöffe, im Falle der Noth zu entscheiden.

2) Die Bischoffsitze können, dem Geiste der Canones gemäss, nicht über ein Jahr erledigt bleiben; während dieser Zeit müssen Ernennung, Einsetzung und Weihung statt finden.

3) Das Konzilium wird den Kaiser ersuchen, in Ernennung der Bischöffe, den Konkordaten gemäss, fortzufahren. Die Ernannten werden an den Pabst sich wenden, um die kanonische Einsetzung zu erhalten.

4) Sechs Monate nach ertheilter Nachricht von der geschehenen Ernennung, soll Se. Heiligkeit gehalten seyn, in der von den Konkordaten vorgeschriebenen Form, die Einsetzung zu ertheilen. Wenn diese sechs Monate verstrichen, ohne dass solches geschehen, so hat der Metropolit, und in dessen Abgang, der älteste Bischoff der Provinz jene Einsetzung vorzunehmen. Das Letztere soll auch dann geschehn, wenn es um Einsetzung des Metropolitan sich handelt.

Eine Bothschaft, bestehend aus sechs Bischöffen, überbrachte dies Dekret, mit Erlaubniss des Kaisers, nach Savona an den heiligen Vater. Um demselben den Vorwand zu benehmen, dass er, aus Abgang eines Konseils, nichts in gehöriger Form beschliessen könne, schickte man ihm fünf Kardinäle zu. Diese waren: die Kardinäle *de Bayanno*, *Fabricio Ruffo*, *Roverella*, *Doria*, *Dugnanini* und der Erzbischoff von Edessa, des Pabstes Almosenier.

Am 1. September noch begannen zu Savona die Berathungen. Der Pabst zeigte sich willig in Allem und bestätigte das Dekret des Konzilium. Die ehrerbietige Adresse desselben beantwortete er ebenfalls mit freundlicher Huld*). Man suchte

*) *Bref de N. S. P. le pape*, *confirmatif du décret du concile national*, *du* 5 *août* 1811, *en date du* 20 *septembre* 1811.

Pie VII, Souverain Pontife,

A nos chers fils les Cardinaux de la sainte église romaine, et

nun auch *Pius* zur Verbesserung der Bullen für mehrere Sprengel, in denen *Napoleon's* Name ausgelassen worden, so wie zu

à nos vénérables frères les archevêques et évêques assemblés à Paris, salut et bénédiction en notre Seigneur.

Depuis le moment où, malgré l'insuffisance de nos mérites, la providence nous a élevés à la dignité de Souverain Pontife, nous avons toujours cherché avec une sollicitude paternelle à donner de dignes et bons pasteurs aux églises qui avaient eu le malheur de perdre leur évêque. Nous regrettions, et nous éprouvions une grande anxiété de coeur de n'avoir pu, dans ces derniers temps, pour des raisons qu'il est inutile de rapporter ici, remplir entièrement nos voeux, comme nous l'aurions désiré.

Dieu, dans sa bonté, a permis qu'avec l'agrément de notre très-cher fils, *Napoléon Ier*, Empereur de Français et Roi d'Italie, quatre évêques vinssent nous visiter et nous supplier respectueusement de pourvoir aux églises de France et du royaume d'Italie, qui sont privées de leurs propres pasteurs, et de fixer nous-mêmes le mode et les conditions convenables pour arriver à la conclusion d'une affaire si importante.

Nous avons reçu ces vénérables frères avec la bienveillance et l'affection paternelle qu'ils avaient droit d'attendre de notre part; nous leur avons fait connaître nos intentions, et nous les avons laissé partir d'auprès de nous dans l'espoir que, de retour à Paris, ils pourraient, en se conformant à nos instructions, ménager un accommodement général.

Nous rendons d'humbles actions de grâces au Dieu tout-puissant qui a daigné exaucer nos prières, et favoriser, dans sa miséricorde, l'heureux accomplissement de nos voeux. D'après une nouvelle autorisation de notre très-cher fils *Napoléon Ier*, cinq cardinaux de la sainte église romaine, et notre vénérable frère, l'archevêque d'Edesse, notre aumônier, se sont rendus auprès de nous. En outre trois archevêques et cinq évêques, députés par vous, nous ont remis la lettre que vous nous avez écrite le cinq des ides du mois d'août de la présente année, laquelle était signée par un grand nombre de cardinaux de la sainte église romaine, d'archevêques et d'évêques. Ils nous ont rendu un compte exact de ce qui s'est passé dans l'assemblée générale, tenue à Paris le 5 août 1811, et nous ont respectueusement supplié d'y donner notre approbation.

Après un mûr examen, nous avons éprouvé une véritable joie, en voyant que d'un commun accord vous vous étiez conformés à nos vues et à nos intentions, et que vous aviez renfermé en cinq articles ce que nous avions précédemment approuvé et déterminé. A l'exemple de tant d'illustres évêques qui vous ont précédés et qui étaient dignes de vous servir de modèles, vous nous avez adressé de

einem Briefe an dem Kaiser zu vermögen; und *Pius* gab in beiden Stücken nach. Er schrieb am 23. desselben Monats ei-

nouvelles prières, soit dans votre assemblée générale, soit par vos députés, pour nous engager à confirmer le tout d'une manière solennelle.

On ne peut douter de vos sentimens, en lisant la lettre que nous venons de citer. Vous êtes entrés avec nous dans les plus grands détails sur toute l'affaire, en nous témoignant avec une affection filiale votre inviolable attachement à la chaire de Pierre et au saint-siége, et ce respectueux dévouement que vous ont transmis, comme à titre d'héritage, vos plus anciens prédécesseurs.

Nous trouvons convenable de transcrire ici littéralement ces cinq articles que vous nous avez soumis, et dont la teneur suit:

Article premier. „Les archevêchés et évêchés, conformément aux saints canons, ne pourront rester vacans plus d'une année, dans lequel espace de temps la nomination, l'institution et la consécration devront avoir leur pleine et entière exécution."

Art. II. „Le concile suppliera l'empereur de continuer, en vertu des concordats, à nommer aux siéges vacans; et les évêques nommés par l'empereur auront recours, dans la forme accoutumée, au souverain pontife pour obtenir l'institution canonique."

Art. III. „Dans les six mois qui suivront la notification faite, selon l'usage ordinaire, au souverain pontife, sa sainteté donnera l'institution, conformément aux concordats."

Art. IV. „Si, au bout des six mois, sa sainteté n'a pas donné l'institution, le métropolitain sera chargé d'y procéder; et à son défaut, le plus ancien évêque de la province ecclésiastique. Ce dernier, s'il s'agit de l'institution d'un métropolitain, la donnera également.

Art. V. „Le présent décret sera soumis à l'approbation de sa sainteté, et en conséquence, sa majesté l'empereur et roi sera humblement suppliée d'accorder à six évêques qui seront députés, la permission de se rendre auprès du saint père, pour lui demander respectueusement la confirmation d'un décret qui offre le seul moyen de remédier aux maux des églises de France et d'Italie."

Voulant donc venir au secours de l'église, et éloigner autant qu'il est en notre pouvoir, et avec l'aide de Dieu, les grandes calamités qui la menacent, après en avoir mûrement délibéré avec nos vénérables fréres, les cinq cardinaux de la sainte église romaine, et notre vénérable frère l'archevêque d'Edesse, notre aumônier, et en nous attachant à la teneur des concordats, en vertu de notre autorité apostolique, nous approuvons et nous confirmons les articles rapportés ci-dessus, lesquels, comme nous venons de le remarquer, sont conformes à nos vues et à notre volonté.

genhändig und die besten Einleitungen zu völliger Aussöhnung schienen getroffen.

Mais dans le cas où après l'expiration des six mois, et en supposant qu'il ne se trouvât aucun empêchement canonique, le métropolitain, ou l'évêque le plus ancien de la province ecclésiastique, aurait à procéder à l'institution, conformément à l'article IV, nous voulons que le dit métropolitain, ou le plus ancien évêque de la province ecclésiastique, fasse les informations d'usage, qu'il exige de celui qui doit être institué et consacré, la profession de foi, et tout ce que l'on a coutume de demander, en observant les règles ordinaires, et ce qui est prescrit par les canons; enfin, qu'il l'institue expressément en notre nom, ou au nom du souverain pontife alors existant, et qu'il ait soin de transmettre le plutôt possible au saint-siége, les actes authentiques qui constatent que toutes ces choses ont été fidèlement accomplies.

Nous avons déja, nos très-chers fils et nos vénérables frères, donné des éloges à votre conduite et à vos sentimens; mais nous ne pouvons nous empêcher de vous louer de nouveau, de ce que, dans une affaire aussi importante, où il s'agit entre autres choses de matières qui regardent la discipline universelle, vous nous témoignez, comme il convient, à nous et à l'église romaine, qui est la mère et la maîtresse de toutes les autres, une soumission filiale et une véritable obéissance.

Il nous reste, nos très-chers fils et nos vénérables frères, à vous exhorter et à vous conjurer, par la grande miséricorde de notre Dieu, de donner tous vos soins et de faire tous vos efforts pour continuer à édifier l'église de Jésus-Christ par vos bonnes moeurs, vos bons exemples, et la pratique de toutes les vertus, et de tâcher, à l'aide d'une foi agissante par amour, de diriger, de soutenir, et de rendre de plus en plus parfait le peuple fidèle.

Dieu vous accordera, sans doute, les grâces nécessaires pour parvenir à un si noble but; car le même Dieu qui a jeté en vous le fondement d'une aussi bonne oeuvre, daignera la perfectionner, afin que les progrès du saint troupeau, dans la voie du salut, deviennent pour les pasteurs le sujet d'une récompense éternelle.

Continuez aussi, nos très chers fils et nos vénérables frères, continuez à donner à la sainte église romaine, au siége apostolique, de nouvelles preuves de votre amour et de votre respect filial, à le consulter, à lui être soumis et inviolablement attachés. „C'est à lui," pour terminer par les paroles de saint-Irénée, la plus brillante lumière de l'église de Lyon et même de toutes les églises de la Gaule, „c'est à lui qu'à raison de sa supériorité éminente, doivent recourir toutes les églises, c'est à dire, les fidèles de tous les pays, comme ayant toujours conservé la tradition qui vient des

Allein der Punkt, welcher die Suprematie des Konziliums über den Pabst berührte und welchen *Napoleon* in den Vollmachten*), welche er der Kommission ausgestellt, durchaus

apôtres." En tenant une pareille conduite, et en vous attachant à la pierre immuable, vous serez utiles à l'assemblée des fidèles, à la société civile, et à S. M. l'empereur et roi, auquel nous souhaitons en notre seigneur Jésus-Christ toute sorte de biens, et vous recevrez dans les Cieux, pour avoir dignement rempli votre ministère, la couronne éternelle.

Pleins d'amour pour vous, nos très chers frères, nous vous bénissons, et avec les sentimens d'une affection paternelle, nous donnons également notre bénédiction apostolique, au clergé et aux fidèles confiés à vos soins.

Donné à Savone, le 20 septembre 1811, la douzième année de notre pontificat. Signé, *Pie VII*, S. P.

*) *Instructions données à la seconde députation envoyée à Savone.*

Monsieur l'archevêque de —

Nous vous avons nommé pour porter au pape le décret du concile et lui demander son approbation. Cette approbation doit être pure et simple. Le décret s'étend sur tous les évêchés de l'Empire, dont Rome fait partie, et sur tous les évêchés de notre royaume d'Italie, dont Ancône, Urbin et Fermo font partie; il comprend également la Hollande, Hambourg, Munster, le grand duché de Berg, l'Illyrie et tous les pays réunis à la France et qui y seraient réunis. Vous refuserez de recevoir l'approbation du pape, si le pape veut la donner avec des réserves, hormis celles qui regarderont l'évêché de Rome qui n'est point compris dans le décret. Nous n'accepterons non plus aucune constitution ni bulle, desquelles il résulterait que le pape referait en son nom ce qu'a fait le concile.

Nous avons déclaré que le concordat a cessé d'être loi de l'Empire et du Royaume, nous y avons été autorisés par la violation de cet acte pendant plusieurs années de la part du pape.

Nous sommes rentrés dans le droit commun des canons qui confèrent au métropolitain le droit d'instituer les évêques. Nous rentrons donc dans le concordat; nous approuvons le décret du concile à condition qu'il n'aura éprouvé ni modification ni restriction ni réserve quelconque, et qu'il sera purement et simplement accepté par sa sainteté, à défaut de quoi vous déclarerez que nous sommes rentrés dans l'ordre commun de l'église et que l'institution canonique est dévolue au métropolitain, sans l'intervention du pape,

aufrecht erhalten wissen wollte, verdarb alles wiederum. Der Pabst, hartnäckig in dieser kirchenrechtlichen Ketzerei und Usurpation seiner Vorfahren, hatte in den ausgestellten Schreiben und Breven den Namen des Konzils ausgelassen; der Kaiser wollte die Abgeordneten bestimmen, noch einmal mit dem Pabste darüber zu verhandeln; aber sie trugen billige Scheu, dort vor dem heiligen Vater selbst einen so kitzlichen Punkt zu erörtern, bei welchem selbst das Konzilium von Basel einst gescheitert war, und mit dem die Hauptstärke des apostolisch-römischen Despotismus zusammenstürzt.

Der erzürnte *Napoleon* bestrafte die Zögernden dadurch, dass er sie zwang, den Winter über in dem langweiligen Savona zu bleiben. Alle während dieser Zeit erlassenen Bullen

comme il était d'usage avant le concordat de *François Ier*. et de *Léon X*. Aussitôt que sa sainteté aura approuvé le décret sans réserve ni modification, nous nous entendrons pour la circonscription des diocèses des départemens de Rome et de Trasimène, de la Toscane, de Hambourg, de la Hollande, du grand duché de Berg et de l'Illyrie.

Nous n'entendons pas conserver plus d'un évêché par cent mille ames de population dans les départements de Rome et de Trasimène; dane le reste de la France, il y a un évêché par 500,000 ames. Vous pouvez d'ailleurs, si le pape est disposé à faire cesser les querelles qui existent, lui faire connaître que nous sommes animés des mêmes principes qui nous ont dicté les instructions données aux évêques lors de leur dernière mission. Aussitôt que le pape aura donné son approbation au décret, vous l'enverrez par estafette à notre ministre des cultes; et vous resterez à Savone jusqu'à nouvel ordre pour servir au pape de conseil dans les affaires ultérieures que nous aurions à traiter.

Si le pape refuse l'approbation pure et simple du décret, vous lui déclarerez que les concordats ne sont plus loix de l'Empire et du Royaume qui rentrent dans le droit commun pour l'institution canonique des évêques, c'est-à dire, qu'il y sera pourvu par les synodes et par les métropolitains. Nous nous reposons sur votre zêle pour la religion, pour notre service et pour le bien de votre pays: nous comptons que vous ne montrerez aucune faiblesse et que vous n'accepterez rien que nous n'accepterions pas et qui serait contraire à la teneur des présentes, ce qui embarasserait les affaires au lieu de les arranger et de les simplifier.

durften daher, in Folge jener Umstände, nicht bekannt gemacht werden.

Der Winter 1811 auf 1812 verstrich ohne besonders merkwürdige Ereignisse in kirchlicher Hinsicht. Die Anstalten zum verhängnissvollen Feldzuge nach Russland nahmen alle Zeit und Aufmerksamkeit in Beschlag. Die Nachricht vom Erscheinen eines englischen Geschwaders auf der Rhede von Savona bestimmte *Napoleon*, den Pabst nach Fontainebleau abführen zu lassen. Das bisherige Betragen der eingesetzten Kommission gegen den Pabst und insbesondere auch des Präfekten von Montenotte, Grafen *von Chabrol*, war anständig und würdevoll gewesen, und man hatte sich gegenseitig unangenehme Aufträge und peinliche Stellungen bestmöglichst zu versüssen getrachtet.

Aber bald änderte sich Stimmung und Sprache, wie die Scene und die Spieler auf dem Weltschauplatze. *Napoleon*, von seinen riesenhaften Ideen in kriegerisch-politischer Hinsicht ganz erfüllt, suchte im Innern des grossen Reiches alles zuvor zu beruhigen und zu schlichten, ehe er ganz an die Ausführung derselben ging. Der Bischoff von Nantes eröffnete die Unterhandlungen, jedoch ohne Erfolg. Der Pabst hörte die Bothschaft nicht an. Da verfügte der Kaiser, welcher in der Nähe von Fontainebleau eine Jagd angestellt hatte, selbst sich dahin. Eine lebhafte Unterredung fand statt, über welche eine Reihe der abgeschmacktesten und nichtswürdigsten Einzelnheiten im Publikum verbreitet worden sind*). Nach einigen Stunden kam das neue Konkordat zu Stande, wie folgt:

Concordat.

Voulant mettre un terme aux différens qui se sont élevés entre eux, et pourvoir aux difficultés survenues sur plusieurs affaires de l'église, sont convenus des articles suivans, comme devant servir de base à un arrangement définitif.

Art. I^er^. Sa Sainteté exercera le pontificat en France et dans le royaume d'Italie, de la même manière et avec les mêmes formes que ses prédécesseurs.

*) Auch Herr *von Chateaubriant* hat zu solchen Dingen sich hergeliehn, welche zum Glücke gegenwärtig von keinem Unbefangenen mehr geglaubt werden.

2. Les ambassadeurs, ministres, chargés d'affaires des puissances près le Saint Père, et les ambassadeurs, ministres ou chargés d'affaires que le pape pourrait avoir près des puissances étrangères, jouiront des immunités et priviléges dont jouissent les membres du corps diplomatique.

3. Les domaines que le Saint Père possédait, et qui ne sont pas aliénés, seront exempts de toute espèce d'impôts; ils seront administrés par ses agens ou chargés d'affaires. Ceux qui seraient aliénés seront remplacés jusqu'à la concurrence de deux millions de francs de revenu.

4. Dans les six mois qui suivront la notification d'usage de la nomination par l'empereur aux archevêchés et évêchés de l'empire et du royaume d'Italie, le pape donnera l'institution canonique, conformément aux concordats, et en vertu du présent indult, l'information préalable sera faite par le métropolitain. Les six mois expirés, sans que le pape ait accordé l'institution, le métropolitain, et à son défaut, ou s'il s'agit du métropolitain, l'évêque le plus ancien de la province procédera à l'institution de l'évêque nommé; de manière qu'un siége ne soit jamais vacant plus d'une année.

5. Le pape nommera, soit en France, soit dans le royaume d'Italie, à des évêchés qui seront ultérieurement désignés de concert.

6. Les six évêchés suburbicaires seront rétablis; ils seront à la nomination du pape. Les biens actuellement existans seront restitués, et il sera pris des mesures pour les biens vendus. A la mort des évêques d'Anagni et de Ricti, leurs diocèses seront réunis auxdits six évêchés, conformément au concert qui aura lieu entre S. M. et le Saint Père.

7. A l'égard des évêques des Etats romains, absens de leurs diocèses par les circonstances, le Saint Père pourra exercer en leur faveur son droit de donner des évêchés *in partibus*. Il leur sera fait une pension égale au revenu dont ils jouissaient, et ils pourront être replacés aux siéges vacans, soit de l'empire, soit du royaume d'Italie.

8. Sa Majesté et Sa Sainteté se concerteront en temps opportun sur la réduction à faire, s'il y a lieu, aux évêchés de

la Toscane et du pays de Gênes, ainsi que pour les évêchés à établir en Hollande et dans les départemens anséatiques.

9. La propagande, la pénitencerie, les archives, seront établies dans le lieu du séjour du Saint Père.

10. Sa Majesté rend ses bonnes grâces aux cardinaux, évêques, prêtres, laïcs qui ont encouru sa disgrâce par suite des événemens actuels.

11. Le Saint Père se porte aux dispositions ci-dessus par considération de l'état actuel de l'église, et dans la confiance que lui a inspirée Sa Majesté qu'elle accordera sa puissante protection aux besoins si nombreux qu'a la religion dans le temps où nous vivons. —

III.

Das Konkordat vom Jahre 1817.

Kaiser und Pabst reichten sich, nach geschlossenem Vertrage, den Friedenskuss; aber *Napoleon* war dennoch im Ganzen der Betrogene; der Pabst hatte durch *Napoleon's* Hast für das neue Konkordat neuen Muth und neue Hoffnungen gefasst; die verhafteten Kardinäle wurden zwar augenblicklich freigegeben; aber *Pius* verweigerte die Annahme einer zu seiner Verfügung gestellten Summe, und die für die neuernannten Bischöffe gefoderten Bullen. Der Kaiser, in seiner Geduld ermüdet und von andern Sorgen gedrängt, fasste sich kurz und erliess ein Dekret, welches den Geist seines künftigen Systems verrieth *). Er hatte sich anheischig gemacht,

*) Le concordat signé à Fontainebleau, qui régle les affaires de l'église, et qui a été publié comme loi de l'état le 13 février 1813, est obligatoire pour nos archevêques, évêques et chapitres, qui seront tenus de s'y conformer. Aussitôt que nous aurons nommé à un évêché vacant, et que nous l'aurons fait connaître au Saint Père dans les formes voulues par le concordat, notre ministre des cultes enverra une expédition de la nomination au métropolitain, et, s'il est question d'un métropolitain, au plus ancien évêque de la province ecclésiastique; la personne que nous aurons nommée se pourvoira par-devant

das Konkordat nicht vor Berichtigung gewisser Punkte bekannt zu machen. Dennoch beeilte er sich, solches zu thun. Inzwischen trafen die Kardinäle ein. Der Bruch fand statt. Der Pabst, welcher nach Avignon inzwischen seinen Sitz verlegt, war wiederum zäher geworden. Das grosse Unglück in Russland gab neuen Schwung und Muth zum Widerstande und weckte den alten Hass. Die Feinde des Imperators wirkten von verschiedenen Punkten auf die Stimmung der Prälaten und des Klerus ein. Das Konkordat von Fontainebleau verlor mit der Macht des Urhebers täglich mehr an Kraft und Bedeutung. Allenthalben erhob der Klerus siegreich die Fahne. Mit den Kosaken zogen die Jesuiten wieder ein; mit den Bourbons alle Anmaassungen und Abgeschmacktheiten der Ultramontaner. Die Charte *Ludwig's XVIII.* gab den Franzosen einige Bürgschaften politischer Freiheit; ein neues Konkordat suchte die kirchlichen zu vernichten. Die Verräther der Nationalsache und die Feinde jeder Freiheit arbeiteten gemeinschaftlich mit den Enthusiasten des Pabstthums, die Ideen der Revolution auch in den Grundsätzen des Gallikanismus zu ersticken.

Ein gewisser Abbé *Salomon*, vom Pabste zum Bischoffe von Orthosia ernannt, der Kardinal *Pacca*, durch seine überspannten Grundsätze schon früher berüchtigt, und endlich der Graf *von Blaccas*, ein alter Intrikant der Emigration, spielten eine merkwürdige Rolle hiebei. Alles, was seit 1801 geschaffen, geschlichtet und von der Kirche anerkannt war, wurde als

le métropolitain, lequel fera les enquêtes voulues, et en adressera le résultat au Saint Père. Si la personne nommée était dans le cas de quelque exclusion ecclésiastique, le métropolitain nous le ferait connaître sur-le-champ; et, dans le cas où aucun motif d'exclusion ecclésiastique n'existerait, si l'institution n'a pas été donnée par le pape, dans les six mois de la notification de notre nomination, aux termes de l'art. 4 du concordat, lé métropolitain, assisté des évêques de la province ecclésiastique, sera tenu de donner ladite institution.

Nos cours connaîtront de toutes les affaires connues sous le nom d'appels comme d'abus, ainsi que de toutes celles qui résulteraient de la non-exécution des lois du concordat.

Notre grand juge présentera un projet de loi pour être discuté en notre conseil, qui déterminera la procédure et les peines applicables dans ces matières.

nicht geschehen betrachtet; — so sonderbar bewährte sich die Infallibilität —. Wir übergehen das ekle Gewirr all' der diplomatischen Finten und Betrügereien. Nachstehendes Konkordat aber liefert folgendes Endergebniss:

Concordat.

Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité.

Sa Sainteté le souverain pontife *Pie VII.*, et Sa Majesté très-chrétienne, animés du plus vif désir que les maux qui, depuis tant d'années, affligent l'église cessent entièrement en France, et que la religion recouvre dans ce royaume son ancien éclat, puisque enfin l'heureux retour du petit-fils de saint Louis sur le trône de ses aïeux permet que le régime ecclésiastique y soit plus convenablement réglé, ont en conséquence résolu de faire une convention solennelle, se réservant de pourvoir ensuite plus amplement, et d'un commun accord, aux intérêts de la religion catholique.

1. Le concordat passé entre le souverain pontife *Léon X*, et le roi de France François I^{er}., est rétabli.

2. En conséquence de l'article précédent, le concordat du 15 juillet 1801 cesse d'avoir son effet.

3. Les articles dits organiques, qui furent faits à l'insu de Sa Sainteté, et publiés sans son aveu le 8 avril 1802, en même temps que ledit concordat du 15 juillet 1801, sont abrogés en ce qu'ils ont de contraire à la doctrine et aux lois de l'église.

4. Les siéges qui furent supprimés dans le royaume de France, par la bulle de Sa Sainteté du 29 novembre 1801, seront rétablis en tel nombre qui sera convenu d'un commun accord, comme étant le plus avantageux pour le bien de la religion.

5. Toutes les églises archiépiscopales et épiscopales du royaume de France érigées par ladite bulle du 20 novembre 1801, sont conservées ainsi que leurs titulaires actuels.

6. La disposition de l'article précédent, relatif à la conservation desdits titulaires actuels dans les archevêchés et évêchés qui existent maintenant en France, ne pourra empêcher des exceptions particulières, fondées sur des causes graves et

légitimes, ni que quelques-uns desdits titulaires actuels ne puissent être transférés à d'autres siéges.

7. Les diocèses, tant des siéges actuellement existans que de ceux qui seront de nouveau érigés, après avoir demandé le consentement des titulaires actuels et des chapitres des siéges vacans, seront circonscrits de la manière la plus adaptée à leur meilleure administration.

8. Il sera assuré à tous lesdits siéges, tant existans qu'à ériger de nouveau, une dotation convenable en biens fonds et en rentes sur l'état, aussitôt que les circonstances le permettront, et, en attendant, il sera donné à leurs pasteurs un revenu suffisant pour améliorer leur sort.

Il sera pourvu également à la dotation des chapitres, des cures et séminaires, tant existans que de ceux à établir.

9. Sa Sainteté et Sa Majesté très-chrétienne connaissent tous les maux qui affligent l'église de France. Elles savent également combien la prompte augmentation du nombre des siéges qui existent maintenant sera utile à la religion. En conséquence, pour ne pas retarder un avantage aussi éminent, Sa Sainteté publiera une bulle pour procéder sans retard à l'érection et à la nouvelle circonscription de diocèses.

10. Sa Majesté très-chretienne, voulant donner un nouveau témoignage de son zèle pour la religion, emploiera, de concert avec le Saint Père, tous les moyens qui sont en son pouvoir, pour faire cesser, le plus tôt possible, les désordres et les obstacles qui s'opposent au bien de la religion et à l'exécution des lois de l'église.

11. Les territoires des anciennes abbayes, dites nullius, seront unis aux diocèses dans les limites desquels ils se trouveront enclavés à la nouvelle circonscription.

12. Le rétablissement du concordat qui a été suivi en France jusqu'en 1789 (stipulé par l'art. 1er. de la présente convention), n'entraînera pas celui des abbayes, prieurés, et autres bénéfices qui existaient à cette époque. Toutefois, ceux qui pourraient être fondés à l'avenir, seront sujets aux règlemens prescrits dans ledit concordat.

13. Les ratifications de la présente convention seront échangées dans un mois, ou plus tôt, si faire se peut.

14. Dès que lesdites ratifications auront été échangées, Sa Sainteté confirmera par une bulle la présente convention, et elle publiera, aussitôt après, une seconde bulle pour fixer la circonscription des diocèses.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

H.-C. Consalvi; Blaccas d'Aulps.

Rome, 11 juin 1817.

Die vier gallikanischen Sätze waren so gut als vernichtet und das famöse Konkordat von 1516 nur in veränderter Gestalt wiederhergestellt. Alle patriotischen Gemüther, die Mehrzahl der Nation, wie die bedeutendsten Glieder der Kammern erhoben sich dagegen; die Tribune und die Zeitblätter wiederhallten vom Geschreie der Missbilligung; Männer, wie *Gregoire* *), *Lanjuinais* **) und *de Pradt* ***) erhoben sich, um in eigenen Werken und Abhandlungen das Funeste der von der Regierung ergriffenen Maassregeln zu schildern und wo möglich zu vereiteln. Die Minister wagten nach all' diesem es nicht, das Machwerk in die Kammern einzuführen. Man schloss jedoch, damit nicht der Anschein erlittener Niederlage gewonnen werde, im Jahre 1819 eine einstweilige Konvention †) ab, welcher die meisten Bischöffe nach und nach beitraten. Zwei Jahre darauf erklärte der König, bei Anlass der Bekanntmachung einer päbstlichen Bulle, dass alle darin enthaltenen Klauseln und Formeln weder den Gesetzen des Reichs, noch den Rechten der Krone, noch den vier Sätzen der gallikanischen Kirche schaden sollten. In Praxi jedoch war die Sache für den römischen Hof gewonnen, besonders bei den bekannten Neigungen der Königsfamilie und den mächtigen Operationen der geheimen und weit verzweigten Kongregation. Nur in der siegreich verbreiteten Masse von Bildung und im öffentlichen Geiste des Volks ist bis jetzt noch ein Damm gegen die unseligen Wirkungen jenes Konkordats zu finden.

*) Essai historique sur les libertés de l'église gallicane. Paris 1818.

**) Appréciation de la loi rélative aux trois concordats. Paris 1817.

***) Les 4 concordats etc.

†) *De Pradt* l'Europe et l'Amérique. Paris 1821.

IV.

Erläuternde Aktenstücke zur Geschichte der neuern französischen Konkordate.

1.

Pabst Pius VII. Rede an die Kardinäle nach seiner Rückkehr von der Krönung Napoleon's *).

Venerabiles Fratres.

Ab illo usque temporis momento, quo e Gallia reduces Urbem ingressi sumus, Vos in Consistorium vocare, Ven. Fratres, ardenter optavimus, ut sicut de Nostro illuc proficiscendi proposito ad Carissimum in Christo Filium *Napoleonem* Imperialibus Insignibus decorandum Vos certiores feceramus, ita salutares fructus, quos ex eodem itinere, Deo iuvante, collegimus, absque mora Vobis exponeremus. Desideriis tamen Nostris obsequi adhuc non potuimus, quod multa pro Ecclesiis, quas mox proponemus, paranda, et Episcoporum, quibus eae committendae sunt, examen maturandum a Nobis esset. Laetamur autem Nostris hoc die Votis satisfacere Nos posse, qui solemni Sanctorum Apostolorum Petri, et Pauli Festo proximus est, ut scilicet bonis, quae praecipua illorum ope consequuti sumus, ad vestram cognitionem deductis, ardentiori pietate, gratissimoque plane animo gloriosi eorum Martirii memoriam recolamus.

Secunda Novembris anni proxime elapsi die Roma, ut scitis, discessimus, Votaque, et Auguria, quibus Populus Romanus Nostrum studiosissimus, ad plura passuum millia ex Urbe effusus, Nos prosequutus est, ut suavissimos paterni amoris sensus in Nobis excitarunt et felicem itineris exitum portenderunt. Etruriae fines ingressi, Florentiamque delati, satis explicare non possumus quo gaudio perfusi simus, cum affluentes undique Populos intueremur, ut in humilitate Nostra Petri Successorem, Christique in Terris Vicarium venerarentur. Inter omnes autem excelluit Carissima in Christo

*) Aus *S. Vaters* Anbau der neusten Kirchengeschichte.

Filia Nostra *Maria Aloysia* Etruriae Regina, quae splendidissimis, et amantissimis devotionis in Nos suae significationibus non solum excepit, sed morari etiam Nos voluit, ut Sacramentum Confirmationis dilectissimo Eius Filio *Ludovico* Etruriae Regi impertiremur. Sacra huiusmodi Caeremonia magnifico apparatu celebrata est, in eaque peragenda Matris, Filiique pietatem una cum omnibus, qui aderant, admirati sumus.

Festinato per Italiam itinere, ubi luculenta, et amplissima eximiae in Nos devotionis argumenta in omnibus, quos peragravimus, Locis, praesertim vero Mutinae, Regii, Parmae, Placentiae, Dertonae, Alexandriaeque Nobis oblata sunt, Augustam Taurinorum pervenimus, quo iam profecti erant Ven. Frater Noster S. R. E. Cardinalis *Cambaserius* Archiepiscopus Rotomagensis, dilectusque Filius Salmatorius obviam Nobis a Francorum Imperatore missi, qui Nostrum in Galliam ingressum felicem, faustumque suo nomine augurarentur, testarenturque simul vehemens illud, quo idem Imperator tenebatur, Nos videndi, habendique desiderium. Galliam itaque ingressi sumus, inclitaeque illius Nationis Populi adventu Nostro laetissimi palam intimos suae Religionis, pietatisque sensus, ore etiam, ipsoque corporis habitu ubique ostenderunt. Ubique Provinciarum Praefecti, quique Magistratu aliquo aut Civili, aut Militari fungebantur, orationes ad Nos habuerunt, observantiae in Nos ipsos, et Apostolicam Sedem, obsequiique plenissimas. Lugduni a Ven. Fratre Nostro S. R. E. Cardinali *Feschio* illius Urbis Archiepiscopo excepti sumus, qui liberalitate, magnificentia, impenso in Nos studio, omni denique officiorum genere Nos amplissime cumulavit. Tanta Lugdunensium pietas, tantaque frequentia fuit, ut vastum illud Metropolitanae Ecclesiae Templum, quo Nos ad Sacrum faciendum contulimus, capiendae optimorum Civium undique accurrentium multitudini satis non esset. Quo tum gaudio exultavimus! Quas misericordiarum Patri ob tantam rerum conversionem gratias egimus! Quem in modum nostra erga potentissimum Francorum Imperatorem charitas exarsit, cui Religionis per Concordatum ab ipso cum Nobis initum in publicam lucem revocatae, lateque in Gallia reflorescentis gloria debetur!

At Nobis Lugdunensi, ut ita loquamur, triumpho diutius

gaudere non licuit. Ardentissimo enim desiderio impellebamur ad Imperatorem conveniendum, et inaugurandum, pertractandaque cum Eo Religionis negotia, quas ob res tantum iter, omni difficultate posthabita, susceperamus.

Recta igitur in Fontis, ut dicitur, Bellaquei Arcem contendimus, ubi potentissimi, Nostrumque amantissimi Principis adspectu complexibusque frui denique Nobis datum fuit. Qua voluptate, quo gaudio completi sumus primo illo eius Imperatoris occursu, cuius Nomen fines Terrarum ultimos pervasit, et cuius opera Deus usus est, ut Catholica Religio in Gallis publicam rursus in lucem emergeret! Eum profecto diem, et quos alios in Arce Fontis Bellaquei, suadente humanissimo Imperatore, transegimus, ut ab itineris incommodo levaremur, memori, gratissimoque semper animo recolemus.

Praefata ex Arce, ubi maximam Imperatoris benevolentiam, et munificentiam experti, admiratique sumus, Lutetiam Parisiorum una perreximus. Ibi condicta die (quae fuit secunda Decembris, eademque prima Adventus Dominica) Imperatoris, et carissimae in Christo Filiae Nostrae *Josephinae*, optimae Eius Coniugis, inter illius Civitatis, totiusque Galliae, quae suis quasi sedibus mota illuc commigrasse videbatur, ovationes, ingenti supra modum pompa, et sacro, solemnique ritu consecratio, et coronatio peracta est.

Augusta huiusmodi Caeremonia expediti, animum ad pertractanda, ut diximus, Religionis negotia statim convertimus. Id autem eo maiori fiducia fecimus, quod Imperator ipse datis, ut compertum Vobis est, litteris significaverat, se familiares Nobiscum sermones habere velle, quibus Catholicae Religionis amplificandae, Divinique Cultus in pristinum splendorem restituendi ratio quaereretur. Atque hic sine gratissimi animi sensu commemorare non possumus hilaritudinem illam, comitatem, benevolentiam, animique propensionem, qua Nos apostolica libertate desideria Nostra exprimentes audivit, et Nostras pro Catholicae Religionis bono, Gallicanaeque Ecclesiae splendore, Sanctae demum huius Sedis auctoritate, ac dignitate petitiones excepit.

Nostra praecipuum in modum intererat de sincero paucorum Episcoporum in Catholicam unitatem reditu cognoscere, qui antequam canonicam a Nobis institutionem obtinerent, con-

gruo suae reconciliationis testimonio opus habuerant, illam tamen consequuti ita se gesserant, ut Nos de germanis eorum sensibus valde sollicitos redderent. Hanc vero sollicitudinem paucos post dies iidem sustulerunt. Verbis enim, et scriptis, quae Nobiscum attulimus, Apostolicae Sedis iudiciis circa Ecclesiastica Galliae negotia firmiter, atque ex animo se adhaerere, et subiicere declararunt. Qua tum consolatione impleti sumus! Ut illorum lacrymis dum paterna eos Charitate complecteremur, illacrymavimus! Ut vero consolatio haec nostra non solum diuturna sit, sed etiam augeatur, confidimus illos certa, et patentia argumenta daturos, quibus eorum declarationem sincero prorsus corde factam esse constet, omnisque de ipsis in posterum querendi occasio Nobis adimatur. Quod ut fiat, scrutatorem cordium Deum enixis precibus obsecramus, ut quod bonum opus praestiterunt, sua gratia roboret, atque perficiat.

Gravissimo huiusmodi negotio per Nos absoluto, alia statim suscepimus, quae ad Religionis bonum, ad Ecclesiae libertatem, ad Cleri decus, ad sacrorum Ministrorum numerum augendum, ad eos, qua decet ratione substentandos, pertinebant. Fiducia freti, quam Nobis humanissimus Imperator ingessit, eaque libertate usi, qua Ministerium Apostolicum exerceri oportet, Ecclesiae Gallicanae plagas, temporum iniuria, et opinionum pravitate eidem inflictas, et quas patitur angustias, verbo, scriptoque Illi exposuimus; et petitiones hac super re Nostras Eidem significavimus. Quae Nobis Imperator responsa dedit, ea quidem et officii erga Nos, licet immeritos, plenissima sunt, et magnam in spem Nos erexerunt fore, ut Gallicana Ecclesia sensim, et gradatim convalescens, pristinum denique vigorem, formamque recuperet. Quaedam profecto mala eius indolis sunt, ut licet repentino impetu ingruerint, si quis tamen extemplo sanare illa velit, ingravescant potius, quam tollantur.

Nec sola, Ven. Fratres, spe Nos ali putetis. Multa facta sunt, quae faciendorum quoddam quasi pignus, arrhamque praebent. Societates Sacerdotum Missionis, et Puellarum Charitatis, quas S. Vincentius a Paulo tam salutariter instituit, sacris, propriisque vestibus insignitae iam revixerunt: pecuniae Divino cultui exercendo, et Cathedralibus reparandis comparandae ratio publico Decreto statuta est: amplae, conspicuaeque aedes ape-

riendis ibidem Clericorum Seminariis attributae sunt; ut eadem Seminaria pecuniam, aut fundos sibi haereditate relictos consequi possint, permissum est: quae vero Seminaria ad Metropolitanas Ecclesias pertinent certis iam gaudent subsidiis a publico aerario subministratis: qui reditus praefatarum Ecclesiarum Cathedralium Episcopis, et Canonicis constituti erant, aucti sunt: Municipia, Provinciaeque sumptus facere iubentur conservandis templis, et sacra supellectile decorandis necessarios: Societas Missionum, ut dicitur, exterarum, propagandae in ultimas terras orthodoxae fidei destinata, Imperatore annuente, ita restituta est, ut, et bona, quibus potiebatur, recuperaverit, et novos acquirendi fundos potestatem adepta sit. Operarii ad spargendum apud gentes Evangelii semen missi, Imperatoris auctoritate iuvantur, et proteguntur. Nos ipsi praestantibus aliquot Congregationis Missionis Sacerdotibus ad Sinensium oras sanctissima Religione imbuendas proficiscentibus Apostolicam exultanti animo benedictionem impertiti sumus. Neque tot inter curas Patriarchalem Nostram Basilicam Lateranensem omnium Urbis, et Orbis Ecclesiarum Matrem, et Caput oblivisci potuimus, quae cum reditus, quos pridem in Gallia possidebat, ob praeteritas rerum vicissitudines amisisset, munificentia generosissimi Principis recreatur. Praeter haec, alia etiam maximi momenti facta sunt. In mandatis itaque datum est ut, quam habent Episcopi spirituales, ac disciplinares Ecclesiasticorum culpas iudicandi, inque eos, cum opus fuerit, canonicis poenis animadvertendi potestatem, libere exerceant; Ministrorum temporalium ad eamdem potestatem importunis, iniustisque vinculis coercendam conatus reprimantur; obstacula iuventuti in Clerum cooptandae obiecta imminuantur; christianae demum adolescentum institutionis, et spiritualis infirmorum, militum, agrestiumque salutis cura suscipiatur. Hi Nostrorum cum Maximo Principe colloquiorum fructus, uberiorum, quos ab eo petivimus, ab eiusque religione expectamus, pignus Nobis, et arrham, ut supra diximus, praebent.

Neque vero alia plura, quae Nostro in Galliam adventu Pater Misericordiarum Deus operari dignatus ibidem est, spiritualia bona silentio a Nobis praetereunda sunt. Quo animi fervore, quibus pietatis sensibus Galliarum Populi summum Ca-

tholicae Ecclesiae Pastorem in Nobis venerati sint, scitis. Quos accepistis ea de re nuntios, ii veritatem non aequant, tantum abest, ut superaverint. Nullis enim verbis excitatae apud Gallos Religionis amor, Zelus, exercitium exprimi possunt. Misericors profecto Deus tantis iter in Galliam Nostrum benedictionibus cumulare dignatus est, ut eodem itinere Christifidelium in Galliis spirituali bono supra omnem modum consultum fuisse Episcopi ipsi saepissime affirmare non dubitaverint. Nos admissione, et adloquio omnibus satisfacere, omnium preces audire, cum fieri potuit, explere, spiritualibus malis mederi, animos ad pietatem acuere numquam destitimus. Omnes Lutetiae Paraecias invisimus, ibique, uti et postea Lugduni, plura hominum millia eucharistico pane Ipsi refecimus. Hospitales item domos christianae charitati erga infirmos exercendae, aut Iuventuti informandae sacras, visitavimus. Ingens Catholicorum turba Nos ubique circumstabat, sequebatur, deducebat, suamque benedictionis apostolicae a Nobis accipiendae cupiditatem numquam satis explesse sibi videbatur.

Quid autem de praeclarissimo Ecclesiae Gallicanae Clero dicemus? Qui tantis in Nos studiis exarsit, cuiusque tanta fuerunt in Nos merita, ut ad Nostros grati animi sensus erga illum expromendos poene impares simus. Omnes autem dicendi vires excedunt amor, zelus, vigilantia, labor, quibus, Episcopi praesertim, commissum sibi Gregem pascunt, et Religioni, cuius Ministerium exercent, honori sunt, eique reverentiam apud ipsos illius hostes apprime conciliant. Cuius quidem rei cum Nos ipsi testes fuerimus, hinc debitis illum laudibus coram Universa Ecclesia ornandum a Nobis esse merito iudicavimus.

Quae item ad Nostri Ministerii officium pertinent, eadem Parisiis obire non omisimus. Ven. Fratres Nostros S. R. E. Cardinales, qui Nos comitati sunt, et eos, qui Lutetiae morabantur, in Consistorium vocavimus, pileumque, Cardinalitiae Dignitatis insigne, Cardinali *de Belloy* Archiepiscopo Parisiensi, nec non Cardinali *Cambaseres* Archiepiscopo Rotomagensi ea solemnitate, eoque ritu dedimus, quem Apostolicae Constitutiones praescribunt. Vacantes Ecclesias novis Episcopis instruximus, quorum aliquos in vasto S. Sulpitii Templo innumerabili Spectatorum multitudine circumsepti consecravimus. Paucis ante

diebus, quam Lutetia proficisceremur, Principem, *Napoleonem*, Imperatoris Fratris Filium, maximo apparatu, summaque Procerum splendissimae illius Aulae frequentia lustralibus Sacramenti Baptismatis aquis abluimus. Solemnis huiusmodi Caeremonia in suburbano Saint Cloud, ut dicitur, secessu peracta a Nobis est, Imperatorque ipse, et spectatissima eius Mater, Infantem sacro e fonte religiosissime susceperunt. Hae nostrae fuerunt in Galliis curae; hae gloriosissimi Francorum Imperatoris providentiae; haec devotae in Religionem Gallicae Nationis argumenta; hic denique suscepti a Nobis itineris exitus.

Rebus ita confectis, adventante iam veris tempestate, in urbem, et Sedem Nostram revertendum Nobis esse iudicavimus. Debitis itaque officiis cum invicto Imperatore perfuncti, a cuius latere divellebamur, novisque suae erga Nos voluntatis pignoribus gratissime acceptis, Nos itineri denuo commisimus. Cumque Cabillonum pervenissemus, solemnes dies Passioni, et Resurrectioni Dominicae recolendae sacros ibidem celebravimus. Qualis fuit Cabillonensium, et advenarum ex finitimis oppidis undique illuc concurrentium pietas! Quale in Nos studium pari cum observantia coniunctum! Inde Lugdunum profecti sumus Lugdunenses sui erga Nos, et Apostolicam Sedem amoris, et obsequii testimonia, quae Nobis iam dederant, maiore fortassis, quam antea, contentione renovarunt. Ven. autem Frater Noster Cardinalis *Feschius* Lugdunensium Archiepiscopus omnia magnificae hospitalitatis officia Nobiscum rursus exercuit. Oblatam hic Nobis esse illius ornandi, testandique grati animi erga ipsum Nostri occasionem plane gaudemus. Nec tacere volumus celeberrimum illud Beatissimae Virginis de Foro Iulii dictae sanctuarium, a Nobis, cum Lugduni versaremur, incredibili cum illorum civium exultatione reseratum esse, et publico, ut antea, cultui restitutum. Augustae Taurinorum, ubi eximia civium religio, maximusque in Nos amor iterum emicuit, Imperatorem *Napoleonem* revisere, et alloqui, summae Nobis voluptati fuit. Ecclesiasticas Galliae, Italiaeque res illi denuo, atque diligentissime commendavimus, et repetita pro singularibus Eius in Nos, et Catholicam Religionem meritis gratiarum actione, recta iter in Etruriam aggressi Florentiam pervenimus.

Splendidissimus, laetissimusque fuit Noster eam in urbem

ingressus. Praestantissima Etruriae Regina iteratis amplissimae munificentiae documentis, singularem erga Nos devotionem suam rursus testata est. Maioris autem iis omnibus, quas Florentiae cepimus, consolationis gratiam omnipotens, et misericors Deus Nobis ibidem praeparaverat. Primo Nostro in illam Urbem adventu iam praesenseramus, Ven. Fratrem Nostrum *Scipionem Riccium* Pistoriensem olim, et Pratensem Episcopum, de se cum Nobis, et Sancta Catholica Romana Ecclesia reconciliando, quod a longo Nos tempore optabamus, bonique omnes avidissime operiebantur, graviter cogitare. Iam vero cogitationem hanc suam Nobis in praefatam civitatem reversis egregio planeque imitando exemplo complevit. Filiali enim cum fiducia Nobis significavit, se formulae, quam ipsi proponere Nobis placuisset, sincero corde subscripturum. Nec fidei, quam Nobis dederat, defuit. Formulam enim per Ven. Fratrem Nostrum Archiepiscopum Philippensem ei missam legit, admisit, suaque manu signavit. Hac ergo Formula, quam reparando scandalo publicam in cognitionem deduci concupivit, declaravit, se pure et simpliciter, omninoque ex animo accipere, et venerari Constitutiones a Sede Apostolica factas, quibus errores *Baij*, *Jansenij*, *Quenelli*, et illorum, qui eos sectati sunt, proscribuntur, praesertim vero Bullam Dogmaticam: Auctorem fidei, qua octoginta quinque Propositiones damnantur e Synodo Pistoriensi, quam ipse coegerat, et publicari iusserat, excerptae: has propterea Propositiones omnes, et singulas se reprobare, et damnare iis qualificationibus, iisque sensibus, qui in praefata Bulla expressi sunt; denique in Sanctae Ecclesiae Catholicae Apostolicae Romanae fide, inque omnimoda subiectione, veraque obedientia Nobis, Nostrisque Successoribus tanquam in Petri Cathedra Sedentibus, et Iesu Christi Vicariis velle se vivere, et mori. Post solemnem adeo declarationem, Eum ad Nos accersivimus, Formulamque a se subscriptam Nobis denuo asserentem, et suorum sensuum sinceritatem, atque intimam Dogmaticis sanctae memoriae *Pii Sexti* decisionibus submissionem iteratis verbis testantem, addictumque suum Orthodoxae Fidei, Sedique Apostolicae mediis etiam in erroribus animum profitentem, paterne complexi sumus, meritaque ob actum, quem gessit, laude commendatum omni charitatis affectu Nobis, Catholicaeque Ecclesiae

reconciliavimus. Cum vero, datis nuper ad Nos litteris, quibus de felici, faustoque Nostro in Urbem reditu Nobis gratulatur, retractationem Florentiae factam, ratam se habere confirmaverit, paterno Cor Nostrum gaudio rursus affecit.

Haec erant Ven. Fratres, quae Vobis annuntianda esse iudicavimus. Reliquum est, ut Datoris bonorum omnium Dei Thronum cum fiducia adeamus, Eique per Beatissimos Apostolos Petrum, et Paulum humiliter supplicemus, ut quae ab infirmitate Nostra ad sui gloriam, ad Religionis incrementum, ad spiritualem animarum salutem, ad Catholicae Ecclesiae, Sedisque Apostolicae bonum inchoata sunt, miseratione sua tueatur, augeat, atque perficiat.

2.

Bref de N. S. P. le Pape *Pie VII**).

A notre cher fils Napoléon.

Depuis que par une disposition divine, nous avons été, sans aucun mérite de notre part, élevé au suprême pontificat, vous avez été témoin de nos désirs pour la paix de tous les peuples, et pour la paix de l'église catholique; vous avez été témoin de nos soins pour la paix spirituelle du peuple français et de notre condescendance paternelle; vous avez été témoin de nos faveurs à l'égard de l'Eglise Gallicane et de vos sujets; vous avez été témoin que nous nous sommes prêté, en toutes circonstances, jusqu'où pouvait s'étendre le pouvoir de notre ministère, dans les concessions, et les concordats avec l'empire Français et le royaume d'Italie; enfin vous avez été témoin des sacrifices immenses que nous avons faits et supportés pour le bien être et le repos de la nation Française et Italienne, au préjudice de notre peuple, quoique déjà réduit à la disette et à l'impuissance, par les vicissitudes qu'il avait souffertes.

Cependant, malgré tant de faveurs signalées, vous n'avez pas cessé de déchirer notre coeur, et de nous réduire, sous de vains prétextes, dans un état d'affliction la plus profonde, et de mettre à l'épreuve nos devoirs sacrés et notre conscience.

*) Aus *De Pradt* les quatre Concordats.

En compensation du concordat ecclésiastique, vous ne nous avez rendu que la destruction de ce même concordat, par les lois séparées, dites organiques. Vous nous avez fait des propositions étudiées à dessein, inconciliables avec la morale évangélique, avec les maximes de l'église universelle. En compensation de la paix et de nos faveurs, depuis long-temps le domaine du saint siége a dû supporter la charge énorme de vos troupes, et les vues ambitieuses de vos commandans, en sorte que, depuis 1807 jusqu'à présent, elles ont consommé à peu près cinq millions d'écus romains, sans maintenir la promesse solemnelle du remboursement du royaume d'Italie. En compensation de ces sacrifices, vous nous avez dépouillé du duché de Bénévent et de Ponte Corvo, tout en promettant au saint siége les récompenses les plus généreuses. Pour complément, vous avez présenté quelques articles à notre sanction, contraires au droit des gens, à l'unité et aux canons de l'église catholique, et au bien-être des catholiques dispersés dans les royaumes étrangers, destructifs de notre indépendance et de la liberté ecclésiastique; pour complément et compensation, vous avez envahi hostilement nos domaines qui furent donnés par la munificence et la piété des monarques, principalement français, au saint siége apostolique, et consacrés à l'indépendance et à la liberté des successeurs de Saint Pierre, et confirmés depuis plus de dix siécles jusqu'à présent, par tous les princes catholiques; afin qu'il pût demeurer au milieu des enfans premiers nés, dans une liberté et une indépendance absolue. Enfin vous avez envahi hostilement la capitale même, et vous avez rendu rebelle la milice; vous avez occupé les postes et les imprimeries; vous avez arraché de notre sein les conseillers intimes pour la direction des affaires spirituelles de l'église, les ministres de l'Etat, et vous nous avez constitués nous mêmes prisonniers dans notre résidence apostolique, en pesant militairement sur notre peuple. Nous en appelons pour la décision de cette manière d'agir de votre part, au droit de tous les peuples; nous en appelons à vous même, comme à un fils consacré et assermenté, pour réparer les dommages, et pour soutenir les droits de l'église catholique; nous en appelons enfin à la justice du très-haut. Vous abusez

de la force, foulant aux pieds tous les devoirs sacrés, et principalement au préjudice de l'église; vous nous forcerez ainsi, à ce que nous fassions dans l'humilité de notre coeur, usage de cette force que le Dieu tout puissant à mise en nos mains, si par la suite vous nous donnez des motifs ultérieurs de faire connaître à l'univers la justice de notre cause; car les maux qui pourront en résulter, tomberont sur votre responsabilité.

Contresigné au secrétariat de l'ambassade, le 27 mars 1808.

3.

*Lettres apostoliques en forme de bref, par lesquelles sont déclarés excommuniés, et de nouveau excommuniés, Buonaparte et tous les auteurs, exécuteurs, et fauteurs de l'usurpation de l'Etat de Rome, et des autres Etats appartenant au saint-siége *).*

Pie VII, Pape,

Pour en perpétuer le souvenir.

Lorsque dans la mémorable journée du 2 février, les troupes françaises après avoir envahi les plus riches provinces de l'Etat pontifical, ont fait une irruption soudaine dans Rome même, il nous a été impossible d'attribuer un pareil attentat uniquement aux raisons politiques et militaires que les usurpateurs mettaient en avant; c'est-à-dire de se défendre dans cette ville, et d'éloigner leurs ennemis du territoire de la sainte Eglise Romaine: nous n'y avons vu au contraire que le désir de tirer vengeance de notre fermeté et de notre constance à refuser de nous soumettre aux prétentions du gouvernement français. Nous avons vu sur-le-champ que cet attentat avait un objet bien plus étendu que de simples précautions militaires et momentanées, ou une simple démonstration de mécontentement envers nous. Nous avons vu revivre, renaître de leurs cendres, et reparaître au grand jour les complots impies, qui semblaient sinon reprimés, au moins assoupis, de ces hom-

*) Vergl. damit die Varianten und die lit. histor. Notizen über dieses denkwürdige Aktenstück in *S. Vaters* Anbau der neusten Kirchengeschichte.

mes trompés et trompeurs qui voulaient introduire des sectes de perdition, par le secours d'une philosophie vaine et fallacieuse, et qui tramaient ainsi depuis long-temps la destruction de notre sainte religion. Nous avons vu que dans notre personne, on attaquait, on circonvenait, on combattait le saint siége du bienheureux Prince des apôtres, dans l'espoir que sa chute, si toutefois elle était possible, entraînerait nécessairement avec elle la ruine de l'église catholique, fondée par son divin auteur sur ce siége, comme sur une pierre inébranlable.

Nous avions pensé, nous avions espéré naguères, que le gouvernement Français instruit par l'expérience des malheurs dans lesquels cette puissante nation s'était vue entraînée pour avoir lâché la bride à l'impiété et au schisme, et convaincu par le voeu unanime de la grande majorité des citoyens, s'était enfin véritablement et profondément pénétré de l'importance extrême dont il était pour la sûreté, ainsi que pour le bonheur public de rétablir de bonne foi le libre exercice de la religion catholique, et de le prendre sous sa protection particulière. Mus par cette opinion, animés par cette espérance, nous qui, tout indignes que nous sommes, tenons sur la terre la place de celui qui est le Dieu de paix, à peine nous fûmes-nous aperçus qu'il s'ouvrait une perspective de réparer les désastres de l'église en France, l'univers entier nous est témoin de l'empressement avec lequel nous nous sommes prêtés à des traités de paix, et combien il nous en a coûté, et à nous et à cette même église, pour conduire ces traités à la fin qu'il a été possible d'obtenir.

Mais grand Dieu! à quoi notre espoir a-t-il abouti? quel a été le fruit définitif de notre condescendence et de notre libéralité? Depuis le moment où cette paix a été promulguée, nous avons été réduits à faire entendre la plainte du prophète: voici que dans la paix mon amertume devient encore plus amère, nous n'avons pas dissimulé cette amertume à l'église, ni à nos frères les cardinaux de la sainte église romaine dans l'allocution que nous leur fîmes en consistoire le 24 de mai de l'an 1802, pour leur signifier que dans cette promulgation on avait ajouté à la convention que nous avions faite, quelques articles ignorés de nous, que nous improuvâmes dès qu'ils nous furent

connus. En effet, par ces articles, nonseulement on anéantit dans l'exercice de la religion catholique, dans les points les plus graves et les plus importants, la liberté qui avait été assurée verbalement, convenue, et solemnellement promise dans le préambule même de la convention, comme en étant la base et le fondement; mais encore dans quelques uns de ces articles la doctrine même de l'évangile se trouve attaquée de près. Le résultat de la convention que nous fîmes avec le gouvernement de la république Italienne, fut à-peu-près semblable: ces mêmes articles que nous avions pris tant de soins de garantir de toute interprétation arbitraire et équivoque, ayant été précisément interprétés d'une manière absolument arbitraire et la plus ouvertement frauduleuse.

Après avoir vu ainsi violer et dénaturer les conditions de l'une et de l'autre de ces conventions, qui avaient été stipulées en faveur de l'église, et la puissance spirituelle ayant été ainsi soumise à la volonté de la puissance laïque, bien loin quels effets salutaires que nous nous étions promis de ces conventions, eussent été obtenus, nous eûmes au contraire la douleur de voir les malheurs et les désastres de l'église de Jésus-Christ s'accroître et s'étendre chaque jour.

Nous ne nous arrêtons pas ici à rappeler et à énumérer, l'un après l'autre, ces maux et ces désastres, ils sont assez publiquement connus et déplorés de tous les gens de bien; nous les avons d'ailleurs suffisament exposés dans deux allocutions consistoriales que nous fîmes, l'une le 16 de mars de la même année 1808, et que nous avons cherché à faire connaître publiquement, autant que l'a permis l'état de contrainte dans lequel nous sommes placés. Par ce moyen, le monde saura, et la postérité verra, quels ont été nos sentimens au sujet de ces si nombreux et si grands attentats du gouvernement français sur les objets relatifs à l'Eglise: on reconnaîtra quelle patience et quelle longanimité il nous a fallu pour nous taire si long-temps; parce qu'ayant la paix à coeur, et ayant conçu le ferme espoir d'apporter un remède et de mettre une fin à tant de maux, nous avons de jour en jour différé d'élever la voix en public. On verra quelles ont été nos peines et nos sollicitudes, et combien par nos actions, nos prières, nos vives solli-

citations et nos gémissemens, nous nous sommés efforcés, sans relâche de guérir les plaies faites à l'Eglise, et d'empêcher qu'il ne lui fût porté de nouvelles atteintes. Mais c'est en vain que nous avons épuisé toutes les ressources de l'humilité, de la modération, et de la douceur avec lesquelles nous nous sommes étudié jusqu'à présent à défendre les droits et les intérêts de l'Eglise, auprès de celui qui s'était associé aux conseils des impies pour la détruire de fond en comble; de celui qui, à ce dessein, avait feint de lui être attaché, afin de la trahir plus aisément; et qui avait semblé lui accorder protection, afin de l'opprimer plus sûrement.

On nous avait souvent et long-temps fait concevoir de grandes espérances, surtout lorsque notre voyage en France fut désiré et sollicité. Bientôt on commença à éluder nos demandes et nos prières, par des tergiversations astucieuses, par des faux-fuyans et par des réponses ou dilatoires ou perfides; en un mot, il n'en fut tenu aucun compte, parce que le temps approchait de mettre en oeuvre les trames contre ce Saint-Siège et contre l'Eglise de Jésus-Christ; et l'on commença à nous attaquer et à nous accabler de demandes toujours nouvelles ou exorbitantes, ou captieuses, et dont la nature indiquait suffisamment et abondamment qu'on avait en vue deux objets également funestes et désastreux pour le Saint-Siège et pour l'Eglise; c'est-à-dire, de nous faire trahir honteusement notre ministère si nous y consentions; ou, si nous nous y refusions, de faire de notre refus un motif pour nous déclarer une guerre ouverte.

Mais comme notre conscience ne nous permettait pas d'accéder à ces demandes, on fit aussitôt de notre refus un motif de détacher d'une manière hostile des troupes contre cette ville sacrée; on s'empara du château Saint-Ange; on posa des détachemens dans les rues et dans les places; et même le palais quirinal que nous habitons, fut entouré avec menaces par de nombreuses troupes d'infanterie et de cavalerie et avec du canon. Mais avec l'aide de Dieu, par qui nous pouvons tout, et forts de l'importance de nos devoirs, nous ne nous sommes point laissé intimider, ni ébranler dans notre résolution par cette terreur subite, ni par cet appareil de guerre. Nous avons, paisiblement et avec calme, ainsi que nous le devions, célébré

les cérémonies sacrées et les mystères divins qui convenaient à la solemnité de cette très-sainte journée, et nous n'avons omis ni par crainte, ni par oubli, ni par négligence, rien de ce que notre devoir exigeait de nous dans ces conjonctures critiques.

Nous nous rappelions avec Saint-Ambroise (de Basilic. tradend. n. 17) que le saint homme Naboth, propriétaire de sa vigne, sommé de la donner au Roi, parce que celui-ci voulait y faire planter des légumes, avait répondu: Dieu me garde de céder ainsi l'héritage de mes pères. Bien moins avons-nous jugé qu'il nous fût permis de céder à autrui un héritage aussi ancien et aussi sacré (nous voulons dire la souveraineté temporelle de ce saint-siége, possédée depuis une si longue suite de siècles par les pontifes Romains nos prédécesseurs, d'après l'ordre évident de la divine Providence), ou de consentir tacitement à ce que qui que ce soit se mît en possession de cette capitale du monde chrétien; dans laquelle, après avoir renversé et détruit la très-sainte forme de gouvernement, qui a été laissée par Jésus-Christ à sa sainte église, et réglée par les canons sacrés établis par l'esprit divin, on substituerait à sa place un code contraire non-seulement aux canons sacrés, mais même incompatible avec les préceptes de l'Evangile; et qui introduirait, ainsi qu'il a déjà fait, un nouvel ordre de choses, qui tend manifestement à associer et à confondre toutes les sectes et toutes les superstitions avec l'église catholique.

Naboth défendit sa vigne au prix de son sang (St.-Ambr. ib.). Pouvions-nous, quelque chose qui dût en arriver, ne pas défendre les droits et les possessions de la sainte église romaine que nous nous sommes obligés, sous serment, et ne pas revendiquer la liberté du siége apostolique, qui est tellement liée avec la liberté et les immunités de l'église universelle? Eh! de quelle importance, en effet, n'est pas cette principauté temporelle, et de quelle nécessité n'est-elle pas pour assurer au chef suprême de l'Eglise le libre exercice de la puissance spirituelle que Dieu lui a accordée sur le monde entier? Si l'on manquait de preuves pour le démontrer, ce qui se passe maintenant ne le prouverait que trop clairement. Quoique nous ne nous soyons jamais complus ni dans les honneurs ni dans les revenus, ni dans la puissance de cette principauté souveraine,

dont le désir est bien éloigné et de notre caractère et du très saint institut que nous avons embrassé et toujours chéri dès nos plus jeunes ans, nous avons néanmoins senti qu'il était de notre devoir indispensable, à dater dudit jour, 2 février 1808, quelque critique que fût la position où nous nous trouvions, dè faire par le canal du Cardinal, notre secrétaire d'Etat, une protestation solemnelle à l'effet de rendre publiques les causes de tribulations auxquelles nous sommes livrés, et notre intention de maintenir dans leur intégrité les droits du saint-siége.

Voyant cependant que les menaces ne leur servaient de rien, les usurpateurs résolurent d'adopter envers nous un autre système: ils tentèrent par un certain genre de persécution plus lént, mais qui n'en était que plus fàcheux et plus cruel, d'ébranler peu-à-peu notre constance qu'ils s'apercevaient n'avoir pu abattre par une terreur subite. C'est pourquoi depuis le 2 février, dans ce palais où nous avons été détenus comme prisonnier, il s'est à peine écoulé un jour qui n'ait été marqué par quelque insulte au saint-siége, ou par quelque tribulation qui nous ait été infligée.

Tous les soldats qui nous servaient au maintien de l'ordre et de la discipline civile, nous ont été enlevés, et incorporés aux troupes françaises; nos gardes-du-corps, tous hommes choisis et de l'ordre de la noblesse, ont été envoyés à la citadelle de Rome; ils y ont été détenus plusieurs jours, et enfin licenciés et dispersés; on a mis des gardes aux portes et aux principaux endroits de la ville; on s'est emparé militairement de la poste aux lettres, de toutes les imprimeries, surtout de celle de notre chambre apostolique et de la propagande; on nous a encore enlevé la faculté de faire imprimer l'expression de nos volontés et celle de proclamer nos ordres. L'administration et la justice publique ont été troublées et arrêtées. Sollicités par la fraude, par la ruse, par toutes sortes d'artifices à former ce qu'on appelle des gardes nationales, nos sujets sont devenus rebelles envers leur légitime souverain. Les plus audacieux et les plus corrompus d'entre eux, portant la cocarde tricolore française et italienne, et protégés par ce signe de la révolte comme par un bouclier, se sont répandus de tous côtés, tantôt en troupes, tantôt seuls, et se sont portés à tous

les excès contre les ministres de l'église, contre le gouvernement, contre tous les gens de bien, soit qu'ils en eussent l'ordre ou la permission tacite. On a commencé, malgré nos réclamations, à imprimer dans Rome, et à répandre dans le public et dans l'étranger, des journaux, ou comme on dit, des feuilles périodiques, pleines d'injures, de sarcasmes, même de calomnies contre la puissance et la dignité pontificale; quelques déclarations de notre part ou signées de notre main ou par notre ministre, et affichées par notre ordre aux lieux accoutumés, en ont été arrachées par les plus vils satellites, mises en pièces et foulées aux pieds, malgré l'indignation et les gémissemens de tous les hommes de bien. Des jeunes gens imprudens et d'autres citoyens ont été invités, élus et inscrits dans des conventicules suspects, prohibés avec la plus grande sévérité par les lois civiles et ecclésiastiques, même sous peine d'excommunication par nos prédécesseurs *Clément XII.* et *Benoit XIV.*; plusieurs de nos ministres et officiers, tant de Rome que des provinces, hommes de la plus grande intégrité et fidélité, ont été ou vexés ou jetés en prison, ou exilés au loin. On a fait à main armée des recherches de papiers, ainsi que d'écrits de tout genre dans les bureaux des magistrats de l'Etat pontifical, sans exception, et jusque dans le cabinet de notre premier ministre: trois fois nous avons remplacé notre premier ministre secrétaire d'Etat; trois fois il a été enlevé de notre propre palais avec violence; enfin la plupart des cardinaux de la sainte-église romaine qui restaient près de nous, comme nos coopérateurs, ont été à main armée, arrachés de notre sein et déportés au loin.

Toutes ces choses, et d'autres attentats non moins indignes et audacieux, exécutés au mépris de tout droit divin et humain, sont si connus du public, qu'il est inutile de les retracer et de les énumérer. Et nous n'avons pas négligé, conformément aux devoirs de notre place, de faire de vives représentations sur chacun de ces actes, afin de ne jamais paraître y avoir connivé ou donné notre assentiment. Ainsi déjà dépouillés de presque tout l'éclat de notre dignité, et des soutiens de notre autorité, et privés de tous les secours nécessaires pour remplir les fonctions de notre ministère, et surtout partager notre sollicitude entre toutes les églises et, enfin accablés,

opprimés, tourmentés par tous les genres de terreur, d'injures, et de vexation, et entravés chaque jour davantage dans l'exercice de notre double puissance temporelle et spirituelle, si nous en avons encore conservé jusqu'à ce moment quelque ombre, quelque apparence, nous ne le devons, après le Dieu tout puissant dont la providence nous a donné tant de marques de protection, nous ne le devons qu'à notre fermeté, à la prudence de nos officiers, comme à celle du clergé; l'assujétissement de la puissance sacrée des évêques au pouvoir laïc, les violences de tous les genres faites à leurs consciences, et finalement leur expulsion de leurs propres siéges, leur déportation, et d'autres attentats sacriléges de ce genre contre la liberté, les immunités et la doctrine de l'église, commis aussitôt dans nos Etats, ainsi que dans les autres pays qui étaient tombés antérieurement au pouvoir de ce même gouvernement . . . Voilà, voilà les brillans gages, les monumens illustres de cet attachement merveilleux à la religion catholique, qu'il ne cesse pas même encore aujourd'hui de vanter et de promettre!

Pour nous, depuis long-temps abreuvés de tant d'amertumes par ceux-mêmes dont nous devions moins les attendre, et tourmentés de toute manière, nous nous affligeons moins de notre sort présent que du sort futur de nos persécuteurs. Cependant si la colère du Seigneur s'est légèrement allumée contre nous, il se réconciliera de nouveau avec ses serviteurs. Mais celui qui a cherché à nuire à l'église, comment pourra-t-il éviter la main de Dieu? Non Dieu n'exceptera personne, et il ne respectera la grandeur de qui que ce soit; car c'est lui qui a fait le petit et le grand, et c'est au plus fort qu'est réservé le plus fort châtiment. Et plût à Dieu que nous puissions, à quelque prix que ce fût, même à celui de notre vie, détourner la perdition éternelle et opérer le salut de nos persécuteurs que nous avons toujours chéris, et que nous ne cesserons jamais d'aimer de tout notre coeur! Plût à Dieu qu'il nous fût permis de ne jamais nous départir de cet esprit de charité et de douceur que la nature nous a donné, et que notre volonté a mis en pratique; et que nous puissions à l'avenir, comme nous l'avons fait jusqu'ici, nous abstenir d'employer la verge qui nous a été donnée en même temps que la garde

de tout le troupeau de Jésus-Christ, dans la personne du bienheureux Saint Pierre, par le prince des pasteurs, pour la correction des brebis égarées et obstinées, et pour l'exemple et la terreur salutaire des autres.

Mais le moment de l'indulgence est passé. Certes il n'y a que ceux qui veulent être aveugles qui puissent ne pas voir où tendent des attentats aussi nombreux, et quel en sera le résultat, si on n'y met opposition à temps, de la manière qu'il est possible de le faire. D'un autre côté, il n'est personne qui ne voie qu'il ne reste absolument plus d'espérances que leurs auteurs puissent être fléchis par les représentations, les conseils, les prières, ni les supplications, ni devenir plus favorables à l'église. Ils ne laissent plus d'accès à ces moyens; ils y sont sourds; ils n'y répondent qu'en accumulant injures sur injures. Il ne peut plus se faire qu'ils prêtent l'oreille et qu'ils obéissent à l'église comme des enfans à une tendre mère, et comme des disciples à leurs maîtres, ces mêmes hommes qui ne méditent rien, qui ne font rien, qui n'entreprennent rien si ce n'est pour se l'asservir comme une servante à son maître, et pour la renverser ensuite de fond en comble.

Que nous reste-t-il donc maintenant à faire si nous voulons ne pas encourir le reproche de négligence et d'inertie, et peut-être même celui d'avoir déserté honteusement la cause de Dieu! Que nous reste t-il à faire, disons-nous, si ce n'est de faire taire toute considération humaine, d'abjurer toute prudence de la chair, et de mettre à exécution ce précepte de l'Evangile: „Que celui qui n'écoute pas l'Eglise, soit pour toi comme le payen et le publicain (Matth. XVIII.).“ Qu'ils apprennent encore une fois qu'ils sont soumis par la loi de Jésus-Christ à notre trône et à notre commandement. Car nous exerçons, aussi, nous, une souveraineté „et une souveraineté bien plus noble; à moins qu'il ne faille dire que l'esprit doive céder à la chair et les choses du ciel à la terre.“ (Saint Grég. de Naz. or. XVII ad maur.) Tant de grands pontifes, illustrés par leur doctrine et leur sainteté, en sont venus autrefois à ces extrêmités pour défendre ainsi la cause de l'église contre des Rois et des Princes endurcis, tantôt pour l'un, tantôt pour l'autre de ces crimes que les saints canons frappent d'anathême!

Craindrons-nous donc de suivre leur exemple, après des forfaits si nombreux, si énormes, si atroces, si sacriléges, si connus partout, si manifestes aux yeux de l'univers! N'avons nous pas bien plus à redouter d'être accusés avec raison de l'avoir fait trop tard, au lieu de l'avoir fait témérairement et avec précipitation! surtout lorsque par ce dernier attentat, le plus grave de tous ceux qu'on ait commis jusqu'ici contre notre souveraineté temporelle, nous sommes avertis qu'il ne nous sera plus libre désormais de remplir ce devoir si important et si nécessaire de notre ministère!

C'est pourquoi, par l'autorité du Dieu tout puissant, par celle des saints apôtres Saint Pierre et Saint Paul, et par la nôtre, nous déclarons que tous ceux qui, après l'invasion de cette ville et des Etats ecclésiastiques, après la violation sacrilége du patrimoine du bienheureux Saint Pierre, prince des apôtres, commise par les troupes françaises (attentats qui ont excité nos justes plaintes dans les deux allocutions consistoriales déjà mentionnées ainsi que dans plusieurs protestations et réclamations qui ont été publiées par notre ordre) ont agi dans ladite ville et dans les provinces de l'Etat de l'Eglise contre les immunités ecclésiastiques et les droits temporels de l'Eglise et du saint siége, nous déclarons, disons-nous, que ceux qui ont commis quelques un de ces attentats, ou qui les ont ordonnés, favorisés, conseillés, ou y ont adhéré, ainsi que ceux qui les ont fait exécuter, ou qui ont servi eux-mêmes à les exécuter, ont encouru l'excommunication majeure, et les autres censures et peines ecclésiastiques fulminées par les canons sacrés, par les constitutions apostoliques, et les décrets des conciles généraux, notamment par celui de Trente (sess. XXII, cap. XI, de réforme.), et si besoin est, nous les excommunions et les anathématisons de nouveau, et déclarons qu'ils ont également encouru la perte de tous priviléges quelconques, grâces et indults qui leur ont été accordés, de quelque manière que ce soit, tant par nous que par les pontifes Romains nos prédécesseurs; et qu'ils ne pourront être absous et libérés des censures ainsi encourues par qui que ce soit, si non par nous, ou par le pontife Romain existant dans le

temps (excepté à l'article de la mort, et alors en retombant sous le poids des mêmes censures aussitôt qu'ils seront hors de danger) et de plus, les déclarons inhabiles et incapables d'obtenir le bénéfice de l'absolution, jusqu'à ce qu'ils aient rétracté publiquement, révoqué, cassé et aboli tous les effets quelconques de leurs attentats, et jusqu'à ce qu'ils aient rétabli pleinement et efficacement toutes choses dans leur ancien état; et qu'ils aient d'ailleurs fait à l'Eglise, à nous, et au saint siége, la juste satisfaction qu'ils nous doivent sur les chefs cidessus énoncés. C'est pourquoi, par les présentes, nous ordonnons pareillement que tous ceux déjà mentionnés, même ceux qui méritent une mention spéciale, et leurs successeurs en office, ne pourront jamais, sous aucun prétexte quelconque, se croire exempts et dispensés de rétracter, révoquer, casser et annuler tous leurs attentats; ni de satisfaire réellement et effectivement au préalable et comme il convient, à l'Eglise, au saint-siège et à nous; nous voulons au contraire que pour le présent et pour l'avenir cette obligation conserve sa force, si jamais ils veulent obtenir le bénéfice de l'absolution.

Cependant lorsque nous sommes obligés de tirer ainsi du fourreau le glaive de la sévérité de l'Eglise, nous n'oublions pas que nous tenons sur la terre, quelqu'indigne que nous en soyons, la place de celui qui, même lorsqu'il exerce sa justice, n'oublie pas de pardonner; c'est pourquoi nous commandons et ordonnons, d'abord à nos sujets, puis à tous les peuples chrétiens, en vertu de la sainte obéissance, que personne, à l'occasion ou sous le prétexte de nos présentes lettres apostoliques, ne présume apporter dommage, injure, préjudice, ou tort quelconque aux biens, aux droits, aux prérogatives, de ceux contre qui les présentes lettres sont dirigées, car en les punissant du genre de peine que Dieu a mis en notre pouvoir, et en vengeant tant et de si graves injures faites à Dieu et à la sainte Eglise, nous nous proposons, par dessus tout, que ceux qui nous tourmentent maintenant, se convertissent, et de même soient couronnés avec nous (St. Aug. in ps. 54, v. 1.), si heureusement Dieu leur accorde la pénitence; afin de connaître la vérité. (II ad Tim., cap. 11, v. 25).

C'est pourquoi, levant nos mains au ciel dans l'humilité

de notre coeur, tandis que nous remettons et recommandons à Dieu la juste cause que nous défendons, qui est plutôt la sienne que la nôtre, et tandis que nous confessons qu'avec le secours de sa grâce, nous sommes prêts à boire jusqu'à la lie, pour la cause de son Eglise, le calice qn'il a daigné boire le premier pour elle, nous lé prions et le conjurons par les entrailles de sa miséricorde, de ne point mépriser ni rejeter les oraisons et les prières que nous faisons jour et nuit pour leur repentir et leur salut. Qu'il sera beau et consolant pour nous le jour où nous verrons, par la grâce de la miséricorde divine, les mêmes enfans qui nous causent aujourd'hui tant de douleurs et de tribulations, se réfugier dans notre sein paternel, et s'empresser de revenir au bercail.

Nous voulons que les présentes lettres apostoliques et toutes les choses qu'elles contiennent, ne puissent, en aucun temps être attaquées, combattues, (même sous le prétexte que ceux qui y sont désignés et tous ceux qui ont, ou prétendent avoir intérêt au contenu desdites lettres, en quelque manière que ce soit, de quelque état, grade, ordre, prééminence et dignité qu'elles puissent être, ou quelque dignes d'ailleurs qu'on les suppose d'une mention ou dénomination spécifique et individuelle, n'y auraient pas consenti; ou qu'ayant été appelés, cités et entendus, ils n'auraient pas été suffisamment convaincus de la vérité et de la justice de la cause pour laquelle les présentes ont été rendues; ou pour tout autre cause, couleur ou prétexte que ce soit.) Ces mêmes lettres ne pourront, en aucun temps, être considérées comme entachées du vice de subreption, d'obreption, de nullité, de défaut d'intention de notre part ou de défaut de consentement des personnes qui y sont intéressées, ni de tout autre défaut quelconque; et sous ce prétexte elles ne pourront être attaquées, annulées, rétractées, mises en controverse ou réduites aux termes de droit; et l'on ne pourra alléguer contre elles, ni le droit de réclamation verbale, ni celui de restitution en entier dans son premier état, ni tout autre remède de droit, de fait, ou de grâce; ou que ce remède après avoir été sollicité, ayant été accordé, ou étant émané même de notre propre mouvement, science et pleine puissance, il ne puisse servir d'aucune manière à qui que ce soit en jugement ou hors de jugement: mais décrétons, que

ces présentes lettres doivent toujours demeurer fermes, valides et efficaces, avoir et obtenir leur plein et entier effet, et être inviolablement et inébranlablement observées par tous ceux qu'elles concernent et pendant tout le temps qu'elles les concerneront: et qu'elles doivent être ainsi et non autrement jugées soit par les juges ordinaires, soit par les juges délégués, même par les auditeurs des causes du palais apostolique et les cardinaux de la sainte église romaine, même les légats a latere et les nonces du saint-siége et tous autres quelconques qui jouissent et jouiront, de quelque prééminence et puissance que ce soit, leur ôtant à eux, et à chacun d'eux, la faculté et l'autorite de les juger et de les interpréter différemment; déclarant finalement nul et non avenu tout ce qui pourrait être fait et tenté contre elles, sciemment ou par ignorance, de la part de quelque autorité que ce soit.

Et malgré ce que dessus; et, en tant que de besoin, nonobstant notre règle, et celles de la chancellerie apostolique sur la conservation des droits acquis, et les autres constitutions et ordonnances apostoliques, et tous les autres statuts et coutumes corroborés par serment, autorisation apostolique, ou toute autre confirmation; nonobstant tous usages et styles même immémoriaux, tous priviléges, indults, lettres apostoliques publiées précédemment, et accordées à toutes autres personnes quelconques, de quelque haute dignité ecclésiastique ou séculière qu'elles puissent être revêtues, et quelque qualification qu'elles puissent avoir, et quand même elles prétendraient avoir besoin d'une désignation expresse et spéciale, sous quelque teneur et forme que ce soit; nonobstant encore toute autre cause dérogatoire, insolite, et irritante, et tous autres décrets qui sembléraient émanés du propre mouvement, science certaine, et pleine puissance, soit en consistoire, soit de toute autre manière, et qui serait en opposition à ce qui est enoncé ci-dessus, quand même ils auraient été rendus publics et réitérés plusieurs fois, et quelque nombre de fois qu'ils puissent avoir été approuvés, confirmés et renouvelés; nous déclarons que nous dérogeons par ces présentes, d'une façon expresse et spéciale, et pour cette fois seulement, à ces constitutions, clauses, coutumes, priviléges, indults et actes quelconques, et nous en-

tendons qu'il y soit dérogé, quoique ces actes ou quelques-uns d'eux n'aient pas été insérés ou spécifiés expressément dans les présentes, quelque dignes qu'on les suppose d'une mention spéciale, expresse et individuelle, ou d'une forme particulière en pareil cas. Voulant que les présentes aient la même force, que si la teneur des constitutions à supprimer, et celle des clauses spéciales à observer y étaient nommément et de mot à mot exprimées, et qu'elles obtiennent leur plein et entier effet, nonobstant toutes choses à ce contraire; et comme ces présentes lettres ne peuvent être publiées en sûreté partout, et principalement dans les lieux où il serait plus nécessaire qu'elles le fussent, ainsi qu'il conste notoirement, nous voulons que ces lettres, ou leurs exemplaires, soient affichés et publiés aux portes de l'église de Latran, et de la Basilique du prince des apôtres, ainsi qu'à la chancellerie apostolique et dans la grande cour au mont Citorio, et à l'entrée du Champ-de-Flore de cette ville, comme il est d'usage; et qu'étant ainsi affichées et publiées, elles fussent loi pour tous et chacun de ceux qu'elles concernent, comme si elles étaient intimées à chacun d'eux nominalement et personnellement.

Voulons de plus qu'à des copies transcrites ou imprimées des présentes lettres, signées par quelques notaires publics et munies du sceau de quelques personnes constituées en dignité ecclésiastique, foi soit ajoutée en tous lieux et dans tous les pays, soit en jugement soit ailleurs, ainsi qu'à l'original.

Donné à Rome, près Sainte-Marie Majeure, sous l'anneau du pêcheur, le dix juin dix huit cent neuf, l'an dix de notre pontificat.

Signé, *Pie VII*, Pape.

4.

Notification.

Pie VII, Pape.

Par l'autorité du Dieu tout-puissant, des saints apôtres Pierre et Paul, et par la nôtre, nous déclarons que vous et tous vos coopérateurs, d'après l'attentat que vous venez de commettre, avez encouru l'excommunication (comme l'ont annoncé nos bulles apostoliques qui, dans des occasions sembla-

bles, s'affichent dans les lieux accoutumés de cette ville). Nous déclarons avoir aussi encouru l' excommunication, tous ceux qui, depuis la dernière invasion violente de cette ville, qui eut lieu le 2 février de l'année dernière, ont commis soit dans Rome, soit dans l'Etat ecclésiastique, les attentats contre lesquels nous avons réclamé, non-seulement dans le grand nombre des protestations faites par nos secrétaires d'Etat, qui ont été successivement remplacés, mais encore dans nos deux allocutions consistoriales des 14 mars et 11 juillet 1808. Nous déclarons également excommuniés tous ceux qui ont été les mandataires, les fauteurs, les conseillers, et quiconque aurait coopéré à l'exécution de ces attentats ou les aurait commis lui-même.

Donné à Rome, à Sainte-Marie-Majeure, le 11 juin 1809, et l'an dixième de notre pontificat,

A la Place du sceau,

Pie VII, Pape.

5.

Lettres de N. S. père le Pape Pie VII, écrites de sa prison de Savone, concernant les élections capitulaires.

Première lettre.

A. M. le cardinal Caprara, Archevêque de Milan.

Monsieur le cardinal,

J'ai reçu ici le 19 du courant, votre lettre datée du 20 juillet, par laquelle, comme Archevêque de Milan, vous me dites que S. M. l'empereur des Français désire que j'accorde l'institution canonique aux évêques désignés pour remplir les siéges vacans dans ses Etats. Vous ajoutez que S. M. consent à ce que, dans mes bulles, je ne fasse aucune mention de sa nomination, pourvu que, de ma part, je supprime la clause *proprio motu*, ou toute autre équivalente.

Pour peu, M. le cardinal que vous réfléchissiez sur cette proposition, il est impossible que vous ne voyiez pas que je ne puis y acquiescer sans reconnaître le droit de nomination

de l'empereur, et la faculté de l'exercer. Vous dites que mes bulles seront accordées, non à lui, mais à l'instance du conseil et du ministre des cultes; d'abord la chancellerie apostolique n'admet pas de telles instances de la part des laïques: et puis, ce conseil, ce ministre, ne sont-ils pas l'empereur lui-même, sont-ils autre chose que les organes de ses ordres et les instrumens de ses volontés? Or, après tant d'innovations funestes à la religion, que l'empereur s'est permises, et contre lesquelles j'ai si souvent et si inutilement réclamé; après ces vexations exercées contre tant d'ecclésiastiques de mes Etats; après la déportation de tant d'évêques et de la majeure partie des cardinaux; après l'emprisonnement du cardinal *Pacca* à Fenestrelles; après l'usurpation du patrimoine de St.-Pierre; après m'être vu moi-même assailli à main armée dans mon palais, traîné de ville en ville sous une garde si étroite, que les évêques de plusieurs lieux qu'on m'a fait traverser, n'avaient pas la liberté de m'approcher et ne pouvaient pas me dire un seul mot sans témoin; après tous ces attentats sacriléges et une infinité d'autres qu'il serait trop long de rapporter, que les conciles généraux et les constitutions apostoliques ont frappé d'anathème, qu'ai-je fait! qu'obéir à ces conciles et à ces constitutions, ainsi que l'exige mon devoir. Comment donc aujourd'hui pourrais-je reconnaître dans l'auteur de toutes ces violences le droit en question, et consentir à ce qu'il l'exerçât? le pourrais-je sans me rendre coupable de prévarication, sans me contredire moi-même, et sans donner avec scandale aux fidèles, lieu de croire, qu'abattu par les maux que j'ai soufferts, et par la crainte de plus grands encore, je suis assez lâche pour trahir ma conscience et pour approuver ce qu'elle me force de proscrire? Pesez ces raisons, M. le cardinal, non à la balance de la sagesse humaine, mais au poids du sanctuaire, et vous en sentirez la force.

Dieu sait cependant, au milieu de ces cruelles agitations, combien vivement je désirerais pourvoir aux siéges vacans de cette église de France que j'ai toujours chérie de prédilection! avec quelle ardeur j'adopterais un expédient qui me permettrait de remplir mon ministère sans blesser mes devoirs! Mais comment, seul et sans secours, puis je prendre un parti dans

une affaire de cette importance? On m'a enlevé tous mes conseillers, on les a éloignés de moi; on m'a mis dans l'impuissance de communiquer librement avec aucun d'eux; il ne me reste personne, qui dans une discussion si épineuse puisse m'aider de ses lumières; on ne m'a pas même laissé la ressource d'un secrétaire. Mais si l'empereur a un véritable attachement pour l'Eglise catholique, qu'il commence par se réconcilier avec son chef; qu'il abroge ses funestes innovations religieuses contre lesquelles je n'ai cessé de réclamer; qu'il me rende ma liberté, mon siége, mes officiers; qu'il restitue les propriétés qui formaient, non mon patrimoine, mais celui de St.-Pierre; qu'il replace sur la chaire de St.-Pierre son chef suprême, dont elle est veuve depuis sa captivité; qu'il ramène auprès de moi quarante cardinaux que ses ordres en ont arrachés; qu'il rappelle à leurs diocèses tous les évêques exilés, et sur le champ l'harmonie sera rétablie. Au milieu de toutes mes tribulations, je ne cesse d'adresser mes plus ferventes prières au Dieu qui tient tous les coeurs en sa main, et de l'invoquer pour l'auteur de ces maux; je croirais mes prières pleinement exaucées s'il plaisait au Tout-Puissant de lui inspirer de plus salutaires conseils: mais si par un secret jugement de Dieu, il en arrive autrement, en déplorant tous ces malheurs, on ne pourra du moins me les imputer; je ne négligerai rien de ce qui sera en mon pouvoir pour les éviter et j'y apporterai toute l'attention et tous les ménagemens possibles. Quant à ce qu'on affecte de répandre, que je compromets les choses spirituelles pour des intérêts purement temporels, c'est une calomnie qu'il vous est aisé de confondre, M. le cardinal, qui jour par jour avez su tout ce qui s'est passé; vous savez très-bien que quand il ne serait question que de l'usurpation du patrimoine de St.-Pierre, je ne pourrais en abandonner la défense sans manquer à un devoir essentiel, et me rendre parjure.

A votre lettre en était jointe une de M. le cardinal *Maury*, et on m'en a remis en même temps une troisième de M. l'évêque de Cazal, tous trois pour le même objet. Accusez-en, je vous en prie, la réception à ces messieurs, et communiquez leur cette réponse; je me réserve d'écrire plus amplement à M. le cardinal *Maury*, dès que j'en aurai le loisir; en atten-

dant assurez-les de mes sentimens et recevez ma bénédiction paternelle et apostolique.

Savone le 26 août 1809.

Pie VII, Pape.

6.

Au vénérable frère le cardinal Jean Maury, évêque de Montefiascone et de Corneto, à Paris.

Vénérable frère, salut et bénédiction apostolique,

Il y a cinq jours que nous avons reçu la lettre par laquelle vous nous apprenez votre nomination à l'archevêché de Paris, et votre installation dans le gouvernement de ce diocèse. Cette nouvelle a mis le comble à nos autres afflictions, et nous pénètre d'un sentiment de douleur que nous avons peine à contenir, et qu'il est impossible de vous exprimer. Vous étiez parfaitement instruit de notre lettre au cardinal *Caprara,* pour lors archevêque de Milan, dans laquelle nous avons exposé les motifs puissants qui nous faisaient un devoir, dans l'état present des choses, de refuser l'institution canonique aux évêques nommés par l'Empereur: vous n'ignoriez pas que non seulement les circonstances sont les mêmes, mais qu'elles sont devenues et deviennent de jour en jour plus alarmantes par le souverain mépris qu'on affecte pour l'autorité de l'Eglise; puisqu'en Italie on a porté l'audace et la témérité jusqu'à détruire généralement toutes les communautés religieuses de l'un et de l'autre sexe, supprimer des paroisses, des évêchés, les réunir, les amalgamer, leur donner de nouvelles démarcations, sans en excepter les siéges suburbicaires; et tout cela s'est fait en vertu de la seule autorité impériale et civile; car nous ne parlons pas de ce qu'a éprouvé le clergé de l'église Romaine, la mère et la maitresse des autres églises, ni de tant d'autres attentats. Vous n'ignoriez pas, avons-nous dit, et vous connaissiez dans le plus grand détail, tous ces événemens: et d'après cela nous n'aurions jamais cru que vous eussiez pu recevoir de l'Empereur la nomination dont nous avons parlé, et que votre

joie en nous l'annonçant fût telle que si c'était pour vous la chose la plus agréable et la plus conforme à vos voeux.

Est-ce donc ainsi qu'après avoir si courageusement et si éloquemment plaidé la cause de l'église catholique dans les temps les plus orageux de la révolution Française, vous abandonnez cette même église, aujourd'hui que vous êtes comblé de ses dignités et de ses bienfaits, et lié étroitement à elle par la religion du serment? vous ne rougissez pas de prendre parti contre nous dans un procès que nous ne soutenons que pour défendre la dignité de l'église? Est-ce ainsi que vous faites assez peu de cas de notre autorité pour oser, en quelque sorte, par cet acte public, prononcer sentence contre nous à qui vous deviez obéissance et fidélité? Mais ce qui nous afflige encore davantage, c'est de voir qu'après avoir mendié près d'un chapitre l'administration d'un archevêché, vous vous soyez de votre propre autorité, et sans nous consulter, chargé du gouvernement d'une autre église; bien loin d'imiter le bel exemple du cardinal *Joseph Fesch*, archevêque de Lyon, lequel ayant été nommé avant vous au même archevêché de Paris, a cru si sagement devoir absolument s'interdire toute administration spirituelle de cette église, malgré l'invitation du chapitre.

Nous ne rappellons pas qu'il est inoui dans les annales ecclésiastiques qu'un prêtre nommé à un évêché quelconque, ait été engagé par les voeux du chapitre à prendre le gouvernement du diocèse avant d'avoir reçu l'institution canonique: nous n'examinons pas (et personne ne sait mieux que vous ce qu'il en est) si le vicaire capitulaire élu avant vous, a donné librement et de plein gré la démission de ses fonctions, et s'il n'a pas cédé aux menaces, à la crainte ou aux promesses, et par conséquent si votre élection a été libre, unanime et régulière; nous ne voulons pas non plus nous informer s'il y avait dans le sein du chapitre quelqu'un en état de remplir des fonctions aussi importantes; car enfin, où veut-on en venir? on veut introduire dans l'église un usage aussi nouveau que dangereux, au moyen duquel la puissance civile puisse insensiblement parvenir à n'établir pour l'administration des siéges vacans, que des personnes qui lui seront entièrement vendues: et qui ne voit évidemment que c'est nonseulement nuire à la li-

berté de l'Eglise, mais encore ouvrir la porte au schisme et aux élections invalides? Mais d'ailleurs qui vous a dégagé de ce lien spirituel qui vous unit à l'église de Montefiascone? ou qui est-ce qui vous a donné des dispenses pour être élu par un chapitre, et vous charger de l'administration d'un autre diocèse? Quittez donc sur le champ cette administration, non seulement nous vous l'ordonnons, mais nous vous en prions, nous vous en conjurons, pressés par la charité paternelle que nous avons pour vous; afin que nous ne soyons pas forcés de procéder malgré nous et avec le plus grand regret, conformément aux statuts des SS. Canons: et personne n'ignore les peines qu'ils prononcent contre ceux qui preposés à une église, prennent en main le gouvernement d'une autre église, avant d'être dégagés des premiers liens. Nous espérons que vous vous rendrez volontiers à nos voeux, si vous faites bien attention au tort qu'un tel exemple de votre part ferait à l'église et à la dignité dont vous êtes revêtu: nous vous écrivons avec toute la liberté qu'exige notre ministère; et si vous recevez notre lettre avec les mêmes sentimens qui l'ont dictée, vous verrez qu'elle est un témoignage éclatant de notre tendresse pour vous.

En attendant, nous ne cesserons d'adresser au Dieu bon, au Dieu tout puissant, de ferventes prières pour qu'il daigne appaiser par une seule parole les vents et les tempêtes déchainés avec tant de fureur contre la barque de Pierre; et qu'il nous conduise enfin à ce rivage si désiré où nous pourrons librement exercer les fonctions de notre ministère. Nous vous donnons de tout notre coeur notre bénédiction apostolique.

Donné à Savone, le 5 novembre 1810, la onzième année de notre pontificat.

Pie VII, Pape.

7.

A notre fils chéri, Evrard Corboli, Archidiacre de l'église métropolitaine de Florence, et vicaire capitulaire pendant la vacance du siége archiépiscopal, à Florence.

Notre cher fils, salut et bénédiction apostolique.

Il nous est très facile de répondre aux questions qui nous ont été faites tant en votre nom qu'en celui du chapitre métropolitain de votre ville. Toutes ces questions se réduisent à celles ci: 1. le vénérable frère évêque de Nancy, nommé depuis peu à l'archevêché de Florence, en vertu de quelle autorité l'a t-il pu être légitimement? car c'est un privilége dont ne jouissaient pas même les grands ducs de Toscane, auxquels nos prédécesseurs, en reconnaissance des services signalés qu'ils avaient rendus à l'Eglise, avaient seulement accordé la faveur de proposer pour chaque église vacante, trois sujets parmi lesquels le souverain pontife en choisissait un à son gré; (faveur que nous n'avons pas hésité d'accorder aussi nous mêmes au dernier Roi d'Etrurie et à la Reine régente, à cause de leur tendre piété.)

2. Le susdit évêque peut-il être, par le chapitre métropolitain de Florence, délégué, et élu comme vicaire capitulaire ou administrateur de cette église, après votre démission? peut-il, en vertu de cette délégation ou élection, être revêtu validement de quelque faculté, pouvoir, ou jurisdiction?

Nous avons d'abord un célèbre canon du saint concile oecuménique II, de Lyon, lequel dans sa prévoyance, défend que celui qui a été choisi pour une église, puisse avant l'institution canonique, se charger de l'administration ou gouvernement de cette église, sous le nom d'économe ou procureur, ou sous toute dénomination en aucune manière, soit en tout soit en partie, du gouvernement tant spirituel que temporel; qu'il puisse enfin régir et se charger de cela ou par lui-même ou par tout autre. Ces paroles sont si générales et si claires, quelles excluent toute exception et toute interprétation. A l'appui de ce canon, nous citerons les décrétales de *Boniface VIII*, (injuncta, insérée dans les extravag. comm.), et les constitutions des souverains pontifes *Alexandre V*, *Jules III*, *Clé-*

ment VII, *Jules III*, lesquelles confirment et donnent une nouvelle force à ce canon ; lesquelles, enfin, ont été reçues par l'église universelle avec tant de respect, quelles sont devenues la sanction et la base de cette discipline salutaire, qui a été en vigueur jusqu'à présent dans toute l'église.

Or le concile de Trente qui a déterminé et fixé les devoirs des chapitres cathédraux, lors de la vacance du siége, bien loin de deroger en rien au canon de Lyon et à tant de décrets des souverains pontifes, au contraire les suppose évidemment, quand il déclare que les chapitres n'ont d'autre fonction, et par conséquent d'autre pouvoir que celui de choisir dans la huitaine, un ou plusieurs économes avec un official ou vicaire capitulaire. Il déclare ensuite que ces mêmes économes et officiaux ou vicaires, une fois élus, ne dépendent plus du chapitre, mais de l'évêque futur, à qui après sa promotion au gouvernement de l'église vacante, il est ordonné d'exiger d'eux le rendement de compte de leur conduite, jurisdiction, administration et fonction quelconque, et de les punir s'ils avaient commis quelques fautes ; quand même ils auraient obtenu du chapitre l'absolution et l'entière décharge desdites fautes. D'où découlent deux conséquences évidentes : la première que les officiaux une fois établis, l'exercice du gouvernement ecclésiastique ne réside plus entre les mains du chapitre, mais entre celles des premiers : la seconde, que cet official capitulaire doit nécessairement être une personne distincte de l'évêque qui sera promu.

Ainsi donc, d'après les sanctions canoniques et pontificales, d'après la discipline qui est en vigueur dans l'église, et contre laquelle il ne peut exister aucune délégation légitime, le vénérable frère évêque de Nancy, dont il est question, est absolument inhabile aux fonctions de vicaire ou official capitulaire de l'église métropolitaine de Florence, par là même qu'il a été nommé archevêque de cette église.

Mais ce qui le rend surtout inhabile à cette élection, c'est qu'il a contracté avec une autre église, un mariage spirituel, qui ne peut être dissous que par une dispense expresse du siége apostolique, ce qui fait que l'évêque d'une église ne peut être transféré à une autre, sans une faveur spéciale du saint

siége, faveur que l'on n'accorde jamais que pour des raisons graves et légitimes.

Puisqu'il en est ainsi, vous comprendrez sans doute que vous vous rendriez coupable de témérité et d'une très grande faute, si vous vous démettiez de vos fonctions, pour ouvrir à un autre une entrée que l'église lui a fermée; vous comprendrez que toute délégation de ce genre, faite par le chapitre, non seulement est blâmable, mais encore qu'elle serait nulle et invalide: comme aussi, pour plus grande précaution, autant que besoin soit, nous la déclarons aujourd'hui et pour lors nulle et invalide, en vertu de notre autorité; parcequ'en cela on attenterait aux plus saintes loix de l'église et à sa discipline ordinaire, et que ce serait tendre évidemment à obscurcir et détruire les principes de la mission légitime, à mépriser et anéantir l'autorité du siége apostolique.

Voilà ce que nous avons cru devoir vous écrire en peu de mots, uniquement parceque vous nous avez demandé notre sentiment, et non point que nous soupçonnions que rien de semblable pût arriver, soit de votre part, ou de celle du chapitre métropolitain de Florence, soit de la part de notre vénérable frère l'évêque de Nancy. Nous avons de vous une si haute idée, que non seulement nous ne craignons pas que vous méprisiez les réglemens des SS. canons, mais au contraire nous sommes très-persuadés, que vous serez toujours prêts à les observer, à les faire connaître et à les défendre malgré les menaces et la flatterie.

C'est pourquoi, en notre nom et par notre ordre, vous ferez part de cette déclaration de nos sentimens à nos chers fils les dignitaires et les chanoines de l'église métropolitaine de Florence; et nous vous donnons à tous, du fond de notre coeur, notre bénédiction apostolique.

Donné à Savone, le 2 décembre 1810, la onzième année de notre pontificat.

Pie VII, Pape.

8.

Lettre adressée de Rome par M. l'évêque d'Orthosia.

A M. l'Archevêque de Rheims.

8. mars 1815.

Monseigneur,

Je n'ai reçu la lettre, dont votre excellence m'a honoré, du 29 janvier, que le 1er. mars, et encore par hasard, car le roi de Sardaigne arrête les courriers de France, je ne sais sous quel prétexte, depuis six semaines, et nous étions dans une véritable peine d'être si long-temps sans lettres de France.

Vos lettres, monseigneur, sont pour moi une véritable satisfaction, car je n'en ai pas d'ailleurs. Nous attendons, avec impatience, réponse à la note que vous a portée M. le comte *Jules de Polignac*; pour moi, je crois qu'elle est facile à faire, car je suis invariable dans ma façon de penser; et je crois même qu'il n'y a que l'avis que j'ai eu l'honneur de vous manifester qui puisse arrêter un schisme tant à craindre; car personne n'a plus le mot à dire, en regardant comme non avenu le concordat de 1801, et rétablissant l'ancienne circonscription des diocèses. Il a échappé à M. *de Sambucy* de me dire qu'il vous avait donné le conseil de demander le nombre des évêques que le roi désire, et qu'on envoyât en même temps la nomination des sujets destinés à remplir les siéges que vous aurez conservés; je lui ai répondu net qu'il avait donné un mauvais avis: car, si vous demandez seulement un certain nombre d'évêchés, ce sera abandonner le principe, et ce sera une nouvelle création d'évêchés: l'ancien clergé de France, si illustre, si distingué, ne peut pas être sujet à de pareilles vicissitudes; et, si vous envoyez les sujets avant la bulle, on se permettra des réflexions sur lesdits sujets; on ira jusqu'à dire qu'on supplie le roi qu'il en nomme d'autres, si quelques-uns ne plaisent pas. On veut toujours s'éloigner du point de la question; il ne s'agit pas de créer, il ne s'agit pas d'innover, il s'agit de rendre à l'Eglise de France son lustre; il s'agit que le roi conserve les droits de sa couronne. Rétablir les anciens diocèses dans leurs limites, c'est reconnaître le principe

qu'ils n'ont dû jamais être détruits. Quand la bulle sera rendue, c'est alors que le roi verra, dans sa haute sagesse, ce qu'il y a à faire; c'est alors que S. M. daignera interroger le clergé de France, pour voir s'il est expédient de réunir quelques évêchés pour le bien de l'Eglise de France, comme plusieurs fois on a voulu le faire pour Grasse, Vence et Sénez.

Votre excellence présentera ensuite, dans la forme accoutumée, à S. M., les sujets dignes d'être évêques, ce qui deman- le plus mûres réflexions, et ensuite on se présentera au pape dans les formes canoniques et usitées en France depuis François 1er. L'avis que M. *de Sambucy* avoue avoir donné, d'envoyer au pape la liste des sujets nommés avant la concession de la bulle, prouve évidemment à votre excellence qu'il s'est laissé influencer par les personnes qu'il voit ici, puisque c'est exactement ce qu'on a demandé au roi dans la note communiquée à votre excellence par le nonce du pape, en date du 16 septembre 1814, et dont vous avez bien voulu me donner copie. Je vous supplie, monseigneur, de vous en faire donner une seconde lecture; il y est dit: Sa Sainteté n'a pas lieu de douter que le roi se fera un plaisir de lui notifier confidentiellement les personnes qu'il a intention de nommer; innovation qui compromettrait les droits du roi; et comment M. *de Sambucy* a-t-il pu se prêter à vous donner un pareil avis? Dans la dernière note, vous ne devez vous arrêter qu'à un seul article, celui où il est dit que Sa Sainteté consent à rétablir l'Eglise de France, et tous les évêchés que le roi jugera à propos de demander. Eh bien! que le roi daigne dire: Je les demande tous. J'ai entendu parler sur le bref, à l'évêque de Bâle: Ils voudraient l'anéantir, s'ils le pouvaient. Et une personne en place m'a assuré que monseigneur *Testa*, secrétaire a latinis, qui l'a rédigé, pourrait bien être disgracié.

Vous avez bien raison de dire que les raisons qu'on donne pour ne pas l'étendre à toute l'Eglise de France, sont bien futiles. Enfin il existe; s'il existe pour une Eglise, il existe pour toutes les autres; si on était inébranlable sur le projet que j'avais indiqué, et dans lequel je persiste, on obtiendrait: avec

cette cour, il faut avoir de la ténacité, de la fermeté; on n'a jamais mis en avant une chose qui les ferait trembler: C'est que le concordat de 1801, ayant été fait sans le roi, il ne peut le lier en aucune manière; car pour qu'un acte lie, il faut qu'il ait été consenti par toutes les parties intéressées. Et le roi était furieusement intéressé à ce que son ancienne Eglise, si renommée, si belle, si illustre, ne fût pas bouleversée; le roi a beau jeu de s'en tenir à son avis; son droit est incontestable. Des trois commissaires qu'on nous a laissés, il n'y a que *Fontana* d'éclairé, mais il est de mauvaise foi; pourquoi l'ambassadeur ne dit-il pas à ce pape: Votre Sainteté m'a envoyé son pro-secrétaire d'état, pour me dire qu'elle traiterait avec moi ou avec le cardinal *Pacca;* d'après cela, je ne reconnais plus la commission; que Votre Sainteté la consulte si elle veut, mais nous ne la reconnaîtrons plus pour organe, mais seulement le cardinal pro-secrétaire d'état à qui Votre Sainteté a donné ordre de traiter avec nous, et dans le plus bref délai.

Oui, on dit ici en effet que *Consalvi* veut tout finir, et qu'il insinue des difficultés pour avoir le temps d'arriver.

Le pape a accordé tout au dernier gouvernement, et tout ce qu'il a demandé, parce qu'il a dit, je veux, et a été invariable dans ses demandes.

Nous avons négocié, voilà notre tort; il fallait dire au pape: Je ne veux que le concordat fait avec mes ancêtres et vos prédécesseurs, et je n'en veux pas d'autres; je n'en reconnais pas d'autres, ou il n'y en aura point comme auparavant; et je vais assembler le clergé de mon royaume pour aviser aux moyens à prendre.

Une pareille détermination ferme les aurait fait trembler; ils seraient à vos genoux, et vous êtes aux leurs; car ils vous disent: Demandez, l'on vous donnera. Qui est offensé, ici? c'est le roi.

Je connais cette cour, je connais les Romains; il faut parler ainsi; mais, plusieurs me l'ont dit, vous ne finissez rien, parce que vous ne voulez pas, vous ne demandez pas avec énergie. Voilà ce que des gens bien pensant m'ont dit: Oui, monseigneur. L'insouciance, l'irréligion ont gagné ce pays-ci; on ne pense qu'au temporel. Et les Italiens qui ont été en France, avouent que le bon Dieu y est mieux servi qu'ici, où il y a une grande dissolution de moeurs. Croiriez-vous que, dans le carême, il n'y a que les mercredi, jeudi et samedi saints de maigre, et que les vendredis et samedis ordinaires on apprête tout au saindoux et au lard, sous le prétexte que l'huile est chère! Il est vrai qu'on est mécontent ici; on a crié l'autre jour au pape, en sortant d'une église, et donnant sa bénédiction à l'ordinaire: Razionni, non benedizioni, du manger et non des bénédictions, et en secouant leurs bras en l'air.

Votre excellence a bien raison de dire que la France a toujours été la première à venir au secours du pape, et même à présent c'est la plus fidèle. Voyez ce qui se fait en Allemagne, où la religion catholique n'a pas le plus petit privilége plus que les autres, même les Juifs, à qui on va donner la qualité de citoyen. En Espagne, un envoyé du pape, nommé monseigneur *Nazali*, et trois religieux qui allaient dans ce royaume pour des affaires ecclésiastiques, mais dans le fond pour se mêler de l'intérieur de la discipline de cette Eglise, ont été renvoyés de Barcelone, et sont de retour. Je suis désolé monseigneur, de vous savoir si souffrant, et je conçois que notre incertitude, que la difficulté d'opérer le bien augmente vos souffrances.

J'ai été profondement affligé, monseigneur, de voir que, dans tout le royaume et même à l'étranger, on ait solennisé d'une manière si imposante l'affreux 21 janvier, qui réveille les souvenirs les plus amers, et que nous n'ayons rien fait ici. J'en ai eu l'idée; mais, comme la personne en question, l'am-

bassadeur, n'aime pas qu'on lui suggère des idées, je n'ai pas osé lui insinuer ce qu'on devait faire: je me suis contenté de dire la messe dans ma chapelle privée, et je ne suis pas sorti de tout le jour. Quant à moi, monseigneur, dont vous avez la bonté de vous occuper, mon affaire n'est pas une affaire, et elle finira quand le roi voudra; depuis le mois d'août, M. l'ambassadeur n'en a plus parlé, mais cela ne m'ôte nullement ma considération. M. le cardinal *Pacca*, prosecrétaire d'Etat, donnant un dîner d'Etat, c'est-à-dire diplomatique, m'invita avec le prince de Saxe-Gotha, les ambassadeurs, le lord *Holland* et le duc de *Bedford*; j'étais le seul évêque et le seul auditeur de rote. Rome ne fait nulle difficulté de dire que cela finira bientôt; au reste, j'ai une conduite noble, mesurée et discrète, et M. l'ambassadeur, s'il dit la vérité sur mon compte, dira que je jouis d'une considération méritée, et toute la légation en dira de même. Je tiens toujours le rang et l'état que doit avoir l'auditeur de rote français, en égard à mes revenus bornés.

L'empereur d'Allemagne vient de nommer le sien, monseigneur *Odescalchi;* il a eu son billet de la secrétairerie d'Etat pour être reçu. Voilà pourtant un jeune homme qui passe avant moi; il est vrai qu'on m'a dit qu'en ma qualité d'évêque j'aurais la préséance sur les autres, et surtout aux chapelles papales, où je serai assis sur un tabouret à côté du pape avec la mitre en tête, au lieu que les autres sont assis sur les gradins du trône. Monseigneur *de Grégori* vient de dire à l'évêque de Pergame qu'*Isoard* avait donné sa démission; on me l'a dit de plusieurs côtés, mais je ne vois pas arriver le billet de la secrétairerie d'Etat.

On dit qu'un archevêque a fait un ouvrage détestable et plein de faussetés. Je crois qu'il est intitulé Fragmens; je prierai votre excellence de me l'envoyer, s'il n'est pas volumineux. M. *Ferrand* mon ami me l'enverrait certainement. Ce monsieur

a fait beaucoup de mal dans l'Interrègne. Il confirmait *Buonaparte* dans toutes ses idées, et lui faisait croire tout facile et permis. Au reste, pour moi qui ai toujours été obligé de vivre à Paris ou dans les environs, je connais tout mon monde; et si votre excellence avait besoin de renseignemens sur tels ou tels individus, elle peut me les demander. Pendant mon administration apostolique en Normandie, j'avais pris des renseignemens exacts sur tous les prêtres de différens diocèses, et d'une manière fort impartiale, même sur les prêtres intrus; c'est ainsi que j'avais envoyé des notices très-vraies et très-exactes à *Pie VI*, sur tous les evêques intrus constitutionnels, qu'il m'avait demandées.

9.

Seconde lettre du même au même.

Rome, 15 mars 1815.

Monseigneur,

Vous savez à présent, à Paris, la fuite de *Buonaparte*; et nous apprenons qu'il était en Provence, à Digne, le 4 de ce mois.

Cette fuite nous a fait connaître encore plus les hommes avec qui nous vivons. D'abord, nous avons vu qu'il y a beaucoup de jacobins à Rome, qui se réjouissaient de cette fuite, et faisaient courir les bruits les plus absurdes; ensuite les Anglais, en paraissant nous plaindre ironiquement, mais ensuite en exaltant les moyens de *Buonaparte*, le grand nombre des mécontens en France; enfin, ils le regardaient déjà comme maître de la France; d'autres disaient: Pourquoi n'avoir pas eu toujours quelque vaisseau en observation? Et quand on leur répondait: Mais vous en aviez, vous autres, vous aviez même un commissaire dans l'île! Mais, vous disaient-ils, nous n'étions point chargés de l'arrêter. Et pourquoi y étiez-vous donc? dis-je avec vivacité au fils du fameux lord *North*, qui passe pour avoir beaucoup d'esprit. Je conçois que, si vous aviez vu *Buonaparte* seul de sa personne se promener sur mer,

vous auriez pu l'ignorer; mais, quand vous voyez une flottille de sept bâtimens avec quinze cents hommes armés, et de la cavalerie, le premier devoir des bâtimens qui la rencontraient, c'est de l'interroger: Qui êtes-vous? où allez-vous? Dites, monsieur, que vous êtes coupable; heureusement, le temps de la philantropie de vos souverains alliés est passé, c'est à nous à en faire justice; avouez, monsieur, que vous êtes jaloux de voir la prospérité de la France renaître. Il ne répondit pas un mot; et je changeai de discours.

D'un autre côté, la cour de Rome voyait déjà le gouvernement changé en France. *Buonaparte*, dans ses proclamations, appelle encore à la liberté les peuples; sa mère, encore à Porto-Ferrajo avec madame *Bertrand*, a dit à des Anglais qui sont allés la voir, que son fils ne combattrait plus pour conquérir; et, s'adressant aux Anglais, elle leur a dit: et il offrira une paix honorable à l'Angleterre. Ces Anglais sont détestables; presque tous ceux qui sont venus en Italie ont été voir *Buonaparte* dans l'île d'Elbe, et même ils y vont, quand il n'y est plus, visiter la mère. Ici, on laisse entrer quarante-six caisses que la mère a envoyées, sans les visiter.

Le cardinal *Fesch* a dit avant-hier, chez la marquise *Massimo*, soeur de la duchesse *d'Esclignac*, que *Buonaparte* avait déjà une armée de cinquante mille hommes; que *Masséna* était pour lui, et que trente départemens avaient envoyé des députations à l'île d'Elbe, pour l'inviter à venir en France, et était tout radieux. Dans toutes les occasions, cet homme se montre contre les *Bourbons*; il est indigne d'être archevêque de Lyon, et je crois bien que votre excellence trouvera un moyen de l'éconduire. C'est un ennemi du roi; il faut entendre ses domestiques. Il refusa en janvier, à l'ambassadeur, de venir à la messe qui se dit à Saint-Jean-de-Latran, le jour de Sainte-Lucie, en mémoire de *Henri IV*. Quoique l'ambassadeur l'ait trop bien traité, qu'il l'ait invité à dîner deux fois, à peine a-t-il rendu la visite une fois. Quant à moi, je ne lui ai jamais fait visite, et même, chez l'ambassadeur, je l'ai ignoré.

Lucien qui, jusqu'à ce moment, avait paru indifférent pour son frère, prend fait et cause pour lui. Avanthier, chez la princesse de *Galles*, qui arrivait de Naples, il a tenu les propos les plus indécens; il a donné l'itinéraire de *Buonaparte;* que, le 6, il serait à Grenoble; le 8, à Lyon, et le 15, à Paris; et qu'il doit avoir en ce moment quatre-vingt mille hommes.

Cette princesse de *Galles* est comme une folle; elle repart aujourd'hui sans avoir vu Rome, et va s'embarquer à Ancône. Hier et avant-hier, elle a eu constamment à sa droite et à sa gauche le cardinal *Fesch* et *Lucien* toute la soirée, et n'a vu que les Anglais et quelques ministres étrangers; aucun Français n'y a été. Au reste, le pape s'est raccommodé avec *Murat;* c'est-à-dire, qu'il a plié et fait un pas en arrière. Il y a un mois qu'il avait fait fermer la poste de Naples, et même avait fait enlever les lettres de force, pour les faire porter à la poste papale. Dès lors, toute communication fut interrompue; mais nous avons vu avant-hier, avec étonnement, rouvrir cette poste de Naples. Votre excellence voit qu'il n'y a que la France qui n'obtient rien. C'est que nous ne parlons pas ici avec la fermeté et la dignité qu'il convient à une grande puissance.

Lucien Buonaparte, le cardinal *Fesch*, *Louis* et madame *Létitia*, voilà les protecteurs zélés de cet *Isoard*, que cette cour poltronne voudrait conserver pour auditeur de rote de la France, qui est en correspondance suivie avec eux, qu'ils sollicitent d'arriver à Rome. Son valet de chambre, qui l'attend, le dit à tout le monde. Les envoyés plénipotentiaires d'Autriche, d'Espagne, obtiennent tout ce qu'ils demandent, parce qu'ils ont toujours la menace en bouche.

Qui a fait plier le pape avec *Murat?* C'est qu'il a ordonné à son consul de demander ses passe-ports, et qu'il a dit, dans une lettre qu'il a écrite au pape, qu'il demandait passage pour quelques troupes, qu'on a refusé pourtant, en indiquant une autre route.

Il ne serait pas hors de propos que Sa Majesté fût instruite de tout cela.

Cette lettre aurait dû vous arriver, monseigneur, plutôt; mais, à la légation, on n'a pas eu la bonté de me faire avertir que M. *Beaufremont* passait et demeurait huit heures à Rome; car il a dîné chez l'ambassadeur, où je n'étais pas.

Mille tendres respects à votre excellence

l'Evêque d'Orthosia.

P. S. Le pape n'a pas répondu à la lettre des évêques, remise à *Consalvi*, parce que vous l'aviez signée comme titulaires de vos siéges: du reste, on l'a trouvée très bien.

V.

Fernere Aktenstücke zur Geschichte des Konkordates von 1817.

10.

Lettre des Cardinaux, Archevêques et Evêques de France, à S. S. le Pape Pie VII.

Très Saint-Père, il nous est enfin donné de rompre un silence que les circonstances difficiles où nous nous trouvions exigeaient de nous, et dont la prudence, si fortement recommandée à ses disciples par le divin Maître, nous avait fait, jusqu'à ce jour, un devoir. Enfin, il nous est permis de déposer, dans votre sein paternel, les angoisses de notre âme, les amertumes de notre coeur, et les pénibles sollicitudes dont nous sommes agités; c'est la seule consolation qui nous reste dans notre abattement.

Elle a été de courte durée, très Saint-Père, la joie que nous avait fait éprouver la convention passée entre votre Sainteté et le Roi très chrétien, et que nous avions conçue des grands et heureux desseins qui avaient déjà en partie reçu leur exécution, et dont l'entier accomplissement promettoit pour l'avenir des avantages plus précieux encore; les anciens noeuds

qui existaient entre la France et le Saint-Siége resserrés de nouveau; les articles contraires à la doctrine et aux lois ecclésiastiques, qui avaient été faits à l'insu de votre Sainteté, et publiés sans son aveu, abrogés; une circonscription nouvelle des diocèses plus avantageuse au bien de la religion; leur augmentation proportionnée aux besoins des fidèles autant que les circonstances pouvaient le permettre, le rétablissement des siéges, dont l'origine remonte à la plus haute antiquité, et rappelle les plus beaux souvenirs; l'assurance d'une dotation convenable stipulée pour les églises; la résolution prise de travailler insensiblement à réparer les maux de la religion; la nomination des évêques, leur préconisation; l'union de l'épiscopat resserrée; tout nous annonçait que l'Eglise gallicane touchait à la fin de ses trop longues épreuves, et marchait vers une restauration tant désirée. Déjà le peuple chrétien commençait à louer le Seigneur, et toute la France chantait un cantique nouveau d'allégresse et d'actions de grâces.

Mais, helas! très Saint-Père, la joie de notre coeur s'est évanouie, et nos concerts ont été changés en lamentations, lorsque nous avons été témoins des contradictions qui se sont élevées autour de nous, et des difficultés sans nombre qu'on a multipliées sous toutes les formes, pour nous empêcher de goûter les fruits d'un bienfait qui devait faire refleurir, avec la foi, les bonnes moeurs conservatrices des trônes et de la société. Ce merveilleux accord a été suspendu; les bulles d'institution, données par votre Sainteté aux évêques, ont été retenues jusqu'à ce jour. En vain nous avons travaillé à dissiper tous les nuages, et à lever tous les obstacles; en vain nous avons réclamé. Nos efforts, nos représentations, nos prières, les sacrifices mêmes auxquels nous étions résignés, tout a été inutile. Le silence le plus absolu sur les affaires de notre Eglise a été la seule réponse à nos supplications; enfin, après tant et de si longs retardemens, nous avons presque perdu toute espérance de salut.

En effet, très Saint-Père, et nous ne pouvons le dire sans la plus profonde tristesse, depuis ce moment, où des jours plus sereins semblaient devoir succéder aux orages dont nous étions battus depuis tant d'années, l'état de l'Eglise, loin de s'amélio-

rer en France, est devenu et devient de jour en jour plus déplorable. Non-seulement nous n'avons point senti s'alléger le poids de nos douleurs, mais il s'est encore appesanti sur nous, et le temps n'est peut-être pas éloigné, où il sera comme impossible de relever nos ruines. La discipline ecclésiastique se relâche; un grand nombre de diocèses ne sont point suffisamment gouvernés; les fidèles errent comme des troupeaux sans pasteurs; les établissemens ecclésiastiques languissent; le sacerdoce s'affaiblit par des pertes que ne répare point un petit nombre d'élèves du sanctuaire, souvent entravés dans leur vocation, inquiétés dans leur instruction, ou découragés par l'aspect de la misère et des dégoûts qui les attendent dans l'exercice du saint ministère. La religion est attaquée de toutes parts; ses ennemis semblent réunir toutes leurs forces contre elle, et ne se proposent rien moins que de l'anéantir. Dans ce royaume, autrefois si chrétien et si fidèle, les livres impies vont et se répandent; les doctrines pernicieuses gagnent comme la gangrène; les dérisions, les satyres, les calomnies sont prodiguées à l'envi aux hommes apostoliques, aux missionnaires pleins de zèle, qui se consument, avec un succès si marqué, à prêcher le retour à la foi, et par suite à la paix et au bonheur. Pour comble d'affliction, nous avons vu bannir publiquement des lois répressives le nom de la religion, et rejeter ainsi la pierre angulaire sans laquelle il ne saurait y avoir d'édifice social. Les évêques qui gouvernent les diocèses, et ceux qui sont destinés aux siéges actuellement vacans, ne pouvant agir de concert, asservis, opprimés sous ces mêmes règlemens qu'avait imposés une domination étrangère et tyrannique, réduits à combattre à part, succomberont infailliblement; et dans un temps donné, plus court peut-être que celui qui avait marqué l'usurpation, l'Eglise de France tombera, pour ne plus se relever.

Ah! que nous avons bien sujet de gémir avec le prophète, et de dire, en pleurant comme lui: à quelle désolation sommes-nous donc réduits, et quelle est la confusion où nous sommes tombés? Les ennemis ont porté la main sur tout ce qu'il y a de plus saint et de plus désirable parmi nous; ils ont ouvert la bouche contre nous; ils ont sifflé, grincé des dents,

et ils ont dit, nous dévorerons. Notre force est épuisée; nos prêtres sont consumés; les vieillards tombent aux portes du sanctuaire, et les jeunes gens ne les remplacent point; notre Eglise, semblable à la fille de Sion, ne fait plus entendre qu'une voix mourante.

A de si cruelles douleurs se mêlent des inquiétudes aussi cruelles et des embarras extrêmes. Dans un tel état de dépérissement, nous sommes appelés pour chercher un remède à tant de maux; mais nous sommes obligés de le dire, quoiqu'à regret, cette confiance tardive n'est point elle-même assez entière pour nous offrir le moyen de l'appliquer efficacement.

Après nous avoir laissés dans l'ignorance des projets conçus pour changer les dispositions du concordat de 1817, et des bulles qui en sont la suite; après avoir proposé, l'année dernière, une réduction de siéges archiépiscopaux ou épiscopaux, dont le rétablissement semblait être la seule difficulté qui s'opposât alors à l'exécution des traités conclus entre Votre Sainteté et le Roi, on nous signale tout d'un coup maintenant cette exécution comme étant devenue impossible par des obstacles insurmontables; on nous annonce qu'il a fallu entamer de nouvelles négociations; mais on ne nous expose ni ces obstacles que nous n'avions jamais pensé pouvoir être insurmontables, ni l'objet de ces nouvelles négociations. On nous parle de faire cesser la viduité d'un grand nombre de siéges, ce que l'on regarde comme le plus pressant besoin de l'Eglise de France, tandis que ce qui nous paraît le plus pressant et le plus nécessaire pour elle, est d'obtenir un état ferme et convenable, qui lui permette d'affronter de nouvelles tempêtes, s'il en survenait, tel que serait, par exemple, l'état où l'aurait placée l'exécution du concordat de 1817; on se propose, au contraire, de lui donner un état provisoire, qui peut, si toutefois il ne devient pas définitif, la tenir un grand nombre d'années, sinon sur le penchant de sa ruine, du moins dans une pénible et humiliante incertitude, sur-tout si on la laisse même provisoirement sous le joug de ceux des articles organiques, qui sont contraires à la doctrine et aux lois de l'Eglise, contre lesquels Votre Sainteté a si souvent réclamé, et dont elle a stipulé l'abrogation dans le dernier concordat. D'ailleurs, en

ne nous faisant point connaître la forme à employer pour en venir à cet état provisoire, on ne nous laisse pas la faculté de juger de sa conformité aux règles canoniques.

Il n'est plus question, pour le moment, que de pourvoir aux cinquante siéges qui existaient avant le concordat de 1817; et cependant il est constant que l'étendue de la plupart de ces diocèses a été reconnue comme trop considérable pour les forces des évêques, et par conséquent comme nuisible au bien des fidèles. Nous-mêmes avions répondu à une consultation qui nous avait été faite, l'année dernière, qu'une réduction des siéges, au nombre des départemens, ne pouvait être que préjudiciable au bien de l'Eglise, quoique nous nous en fussions cependant rapportés, pour l'opérer, à la haute sagesse des deux augustes chefs, que tant de malheurs, de vertus et de prodiges, devaient nécessairement réunir. On nous assure à la vérité que Votre Sainteté est disposée à autoriser cet arrangement provisoire; mais, sous divers prétextes qu'il ne nous est pas donné de juger, on a cru devoir ne pas nous montrer aucune pièce, aucun acte, où cette disposition, ce consentement soient exprimés, en sorte que nous ne savons pas au juste ce que Votre Sainteté désire, ce qu'elle a cédé, et quelles sont peut-être les conditions qu'elle a mises à des concessions qu'elle n'a sans doute faites qu'à regret. Malgré nos demandes et nos instances, le bref que nous avons su avoir été écrit par elle à ce sujet, ne nous a point été remis.

Votre Sainteté comprend déjà sans doute, par ce simple aperçu, combien est épineuse la situation où nous nous trouvons, et combien il est difficile d'éviter à la fois les écueils qui se présentent de toutes parts. Mille pensées contraires se combattent dans notre esprit, le pressent, nous percent le coeur; l'avenir nous épouvante. De quelque côté que nous tournions nos regards, nous apercevons des dangers; quelque parti que nous prenions, nous tombons dans la nécessité ou de contrister le Roi, ou de contrarier le souverain Pontife, ou de laisser les fidèles sans secours, ou d'abandonner, avec trop de facilité, les plus chers intérêts de l'Eglise. Nous craignons de fournir à nos ennemis des armes terribles, et de provoquer leur haine, leurs vexations, leur censure; car ils ne demanderaient pas

mieux que de pouvoir nous attribuer, avec une sorte de raison, notre propre malheur, et de dire en nous insultant: ta perte, ô Israël, vient de toi-même. Nous redoutons encore plus, pour peu que l'on s'écarte des règles ordinaires, de nous exposer de nouveau à des divisions, de ressusciter des querelles religieuses, et des déchiremens plus déplorables que la persécution elle-même; du moins nous craignons de laisser se perpétuer une dissidence à laquelle la publication du dernier concordat auroit mis un terme.

Voilà, très Saint-Père, la triste position où nous sommes réduits. Tous les yeux sont ouverts sur nous; les fidèles sont attentifs; l'impiété observe. Les hommes de toutes les opinions ont, en quelque sorte, élevé contre nous un tribunal, d'où ils se préparent à juger notre conduite, et nous avons besoin, ainsi que le disait saint Jean Chrysostôme, parlant des apôtres, d'un secours puissant et extraordinaire, pour nous faire garder une juste mesure, afin de ne pas paraître intervertir les lois du royaume, lorsque nous prenons la défense de la doctrine et de la discipline ecclésiastiques; et aussi, afin de ne pas être accusés de corrompre la pureté de la foi, et d'énerver la discipline, en nous efforçant de montrer que nous ne voulons pas violer les lois de l'Etat, nous devons, à l'exemple des apôtres de Jésus-Christ, repousser l'un et l'autre soupçon, chercher à nous concilier, comme eux, l'estime et le respect; comme eux, travailler à acquérir et à conserver le titre de sauveurs, de conservateurs, de bienfaiteurs du genre humain.

Mais, très Saint-Père, il n'appartient ni à chacun de nous en particulier, ni même à nous tous ensemble, malgré l'union intime qui règne entre nous, de remplir une tâche aussi difficile, de soutenir un fardeau aussi pesant. Il ne dépend point de nous seuls de sortir, avec l'honneur qui convient à des évêques, d'une position aussi critique et aussi embarrassante. Une ressource nous reste; nous l'embrassons, nous la saisissons avec empressement, comme l'ancre immobile du salut. C'est, à l'exemple de nos prédécesseurs, de nous attacher avec plus de force, s'il est possible, à la chaire apostolique; c'est de marcher constamment sous l'influence et la direction de notre chef; c'est de demander avec confiance, de recevoir avec joie, d'exé-

cuter, avec unanimité, ce que le vicaire de Jésus-Christ sur la terre, le prince des évêques, croira devoir décider dans l'intérêt de la religion. Alors le Seigneur sera loué dans l'assemblée sainte; alors seulement nos plaintes finiront, nos larmes cesseront, nos travaux auront trouvé une récompense, et nos espérances seront accomplies.

Ainsi donc, très Saint-Père, pleins de la douleur qui nous presse et de l'inquiétude qui nous agite, nous crions vers vous, nous recourons à Votre Sainteté, afin qu'elle nous dise clairement et librement ce que nous devons penser, ce que nous devons faire dans ces circonstances. Il vous a été dit, en la personne de saint Pierre, avancez en pleine mer; c'est-à-dire, selon l'explication de saint Ambroise, „Enfoncez-vous dans les questions les plus profondes.“ Nous vous prions de nous aider de vos conseils, de nous éclairer de vos lumières, de nous affermir par votre autorité; nous vous en prions, non-seulement comme le chef de l'Eglise, en qui nous faisons profession de reconnaître et de respecter la primauté d'honneur et de juridiction que Jésus-Christ vous a confiée, mais encore que la vénération que nous avons pour vos vertus, nous permette de vous le dire, comme l'arbitre, le conciliateur, le médiateur, que, rassemblés en une seule famille, nous choisissons, à qui nous nous confions avec la plus grande sécurité, et dont l'avis, la décision, le jugement, feront notre force, notre sûreté et notre consolation.

Pour ce qui est de nos intérêts personnels, très Saint-Père, s'il faut appeler ainsi les restes de notre pauvreté, nous renouvelons ici la disposition dans laquelle ont toujours été les évêques français, de les remettre entre vos mains dès qu'il sera jugé nécessaire pour le bonheur de l'Eglise; et c'est avec d'autant plus de confiance, que nous avons la certitude que Votre Sainteté sait allier, quand il est nécessaire, la fermeté la plus courageuse à la plus imperturbable patience. Les sacrifices, quels qu'ils soient, nous les regardons pour peu de chose et même pour rien, pourvu que nos églises puissent jouir de la paix, et que nous procurions de notre mieux le salut des fidèles. Nous nous faisons gloire de ne point chercher ce qui est à nous, mais ce qui est à Jésus-Christ; et nous nous estimons

trop heureux, à l'exemple de l'apôtre, qu'il soit glorifié au milieu de nous, soit par notre vie, soit par notre mort.

Nous vous avons ouvert notre coeur, très Saint-Pére, avec tout l'abandon que nous inspirent notre piété filiale envers Votre Sainteté, le sentiment de nos besoins et l'amour de la vérité, à laquelle nous devions ce témoignage.

Il ne nous reste plus que d'adresser à Dieu tout-puissant des prières continuelles, afin qu'il vous communique cette sagesse qui préside à ses conseils suprêmes, et qui sait atteindre à son but avec autant de force que de douceur. Daigne encore le Seigneur, très Saint-Père, vous accorder de longues et paisibles années! daigne le Dieu des miséricordes, qui a opéré pour nous tant de merveilles, vous dédommager ici bas des épreuves auxquelles il a voulu mettre votre constance! puisse-t-il vous donner enfin la consolation de voir cette antique et célèbre Eglise relevée et nourrie par elle du lait de la doctrine, ranimée sous votre pontificat par un nouveau souffle de l'Esprit saint, resserrée de plus en plus dans les liens de l'unité catholique, et brillante d'une clarté semblable à celle qu'elle répandait dans ses plus beaux jours, lorsque, gouvernée par tant de saints et savans évêques, et protégée par ses rois très glorieux et très chrétiens, elle faisait la joie du Saint-Siége et l'ornement de l'Eglise universelle.

Prosternés aux pieds de votre Sainteté, nous lui demandons très instamment sa bénédiction apostolique.

De votre Sainteté, très Saint-Père,
les très humbles, très obéissans et
très dévoués fils et serviteurs.

Paris, 30 mai 1819.

11.

Lettre de N. S. P. le Pape Pie VII, à nos vénérables frères les Cardinaux de la sainte Eglise romaine, les Archevêques et Evêques du royaume de France.

(Moniteur du 30 septembre 1819.)

Pie VII, Pape.

Vénérables frères, salut et bénédiction apostolique. Nous avons reçu la lettre que vous nous avez adressée en commun,

le 30 mai, laquelle a été signée par quarante d'entre vous, soit placés sur les siéges actuels, soit déjà institués par nous, sans cependant avoir encore pris possession de leurs églises, soit seulement nommés par le Roi. La première chose que nous avons à vous dire dans notre réponse, c'est de vous manifester que les sentimens exprimés dans votre lettre et les assurances y contenues de votre excellente volonté, nous ont rempli d'une joie extrême. Nous avons connu par cette lettre que, ne cherchant pas ce qui est à vous, mais ce qui est à Jésus-Christ, par l'effet du zèle dont vous êtes enflammés pour le bien de la religion, vous êtes tout prêts à des sacrifices, quels qu'ils soient, et vous les regardez même pour rien, pourvu qu'ils puissent contribuer au salut éternel des fidèles, et que vous puissiez voir vos églises jouir enfin de la paix désirée. Nous avons aussi appris par cette lettre, avec un sentiment de reconnaissance, que, dans les nombreuses difficultés que la cause catholique éprouve en France, vous pensez, ainsi que vous le déclarez, qu'une seule ressource vous reste, savoir, à l'exemple de vos prédécesseurs, en saisissant avec empressement l'ancre sûre et immobile, de vous attacher encore avec plus de force, s'il est possible, à la chaire apostolique, et marcher constamment, ainsi que vous vous exprimez, sous l'influence et la direction de votre chef. Nous avons vu en outre que, dans la même lettre, vous avez expressément déclaré que vous recevrez avec joie et que vous exécuterez avec unanimité ce que le vicaire de Jésus-Christ sur la terre, le prince des évêques, croira devoir décider dans l'intérêt de la religion. Nous avons observé finalement dans votre lettre, que vous demandez très instamment que nous voulions vous aider de nos conseils, vous éclairer, comme vous le dites, de nos lumières, et vous affermir par notre autorité; et que vous déclarez reconnaître et respecter notre humble personne, non-seulement comme le chef de l'Eglise à qui Jésus-Christ a conféré la primauté d'honneur et de juridiction, mais encore nous regarder comme l'arbitre, le conciliateur et le médiateur que vous vous êtes choisi, à qui vous vous êtes confiés avec la plus grande sécurité, et dont l'avis, la décision, le jugement, feront, ainsi que vous vous exprimez de la manière la plus obligeante, votre force, votre sûrté et votre consolation.

Dans notre très ardent désir de remédier aux maux qui affligent la religion catholique en France, et d'écarter les obstacles qui se sont opposés à l'exécution du concordat de 1817, vos sentimens ci-dessus mentionnés et si hautement exprimés, nous ont fait poursuivre encore avec plus de confiance les négociations entamées à cette fin avec le Roi très chrétien, étant persuadé que l'union étroite des évêques entre eux, et avec le chef suprême de l'Eglise, aussi bien que leur résolution d'exécuter avec unanimité ce que, après nous être concerté avec votre Roi, nous aurions jugé convenable de résoudre dans le Seigneur, seront éminemment utiles à obtenir ces avantages que nous nous sommes proposés.

En attendant, après avoir pris en considération ce que vous nous avez exposé dans votre lettre, et avant de mettre à exécution ce que, pour applanir le chemin à l'arrangement total des affaires, nous avons cru devoir décider et exécuter sans délai, vu l'urgence que vous-mêmes reconnaissez des besoins présens et très graves de la religion catholique, nous avons résolu de vous instruire nous-même de ce que nous avons concerté avec le Roi, afin que vous puissiez le connaître les premiers, et qu'ayant pris pleine et parfaite connaissance de toute l'affaire, vous soyez en état de déposer la crainte dont nous avons vu par votre lettre que vous êtes agités.

En effet, ce que, dans l'état actuel des choses, nous avons jugé être uniquement possible de faire pour le moment, ne vous ayant pas été pleinement communiqué, ainsi que vous le dites, vous ne nous avez pas dissimulé votre crainte que ce qui ne sera d'abord qu'une disposition provisoire, ne devienne par la suite un état définitif, ou ne subsiste au moins durant longues années au détriment de l'Eglise, et que l'établissement temporaire de cet ordre de choses ne soit lié à des conditions qui vous sont inconnues. Or, il est juste, vénérables frères, que vous soyez entièrement délivrés de ces craintes.

Vous connaissez parfaitement l'empressement avec lequel nous avons travaillé à conclure une convention avec le Roi très chrétien, afin de pourvoir, moyennant un arrangement heureux des affaires de l'Eglise dans le royaume de France, au salut des fidèles qui y demeurent, selon que nos devoirs apo-

stoliques nous en font la loi, et de satisfaire aux voeux du Roi, que nous aimons tout particuliérement, et de tous les hommes de bien.

Mais vous n'ignorez pas non plus que l'exécution de cette convention est encore aujourd'hui suspendue, et que les fruits abondans que nous nous en promettions ont été contrariés et retardés, non sans nous causer la plus vive douleur.

En effet, il a été porté à notre connaissance, au nom du Roi très chrétien, que les siéges épiscopaux de France ayant été augmentés, selon les voeux de ladite Majesté, jusqu'au nombre de quatre-vingt-douze, par nos lettres apostoliques du 27 juillet 1817, les charges publiques du royaume de France ne permettent pas de soutenir le poids de tant de dotations, et demandent nécessairement quelque diminution du nombre desdits siéges, et que les circonstances dudit royaume avaient encore opposé d'autres obstacles à l'exécution du concordat de 1817, conclu avec le Roi très chrétien; et que par conséquent Sa Majesté, pour écarter ces obstacles, s'est trouvée dans la nécessité de s'entendre avec nous.

Comme nous n'avons rien plus à coeur que de recueillir ces fruits abondans que nous nous sommes promis de la convention sus-mentionnée, et de voir que les affaires ecclésiastiques soient réglées d'une manière stable dans le florissant royaume de France, dans notre désir de satisfaire aux voeux de Sa Majesté, autant que les devoirs de notre apostolat nous le permettent, nous lui fîmes savoir que nous ne nous serions pas refusé à quelque diminution du nombre des siéges, si les intérêts de l'Eglise et du royaume l'eussent absolument demandé. Cependant, connaissant que la détermination des nouvelles limites des diocèses selon la nature des lieux et la commodité des fidèles, et les opérations nécessaires pour exécuter la diminution demandée des siéges, nécessairement n'entraîneraient pas peu de temps, nous avons jugé que notre sollicitude apostolique exigeait que, dans l'intervalle, il fût pris quelque expédient temporaire, afin de rémedier au moins le plus tôt aux maux présens dont on nous a exposé que les églises de France, privées de la présence de leurs pasteurs, sont affligées.

Toute cette affaire ayant donc été mûrement et pendant long-temps examinée, et traitée durant l'espace de plusieurs mois encore par des lettres écrites et reçues d'une part et de l'autre, voici ce que, de l'avis encore d'une congrégation choisie de nos vénérables frères les cardinaux de la sainte Eglise romaine, après avoir imploré les lumières d'en haut, nous avons jugé de disposer pour la conduire à fin.

Par le moyen d'une allocution que nous prononcerons selon les formes ordinaires dans le consistoire que nous allons tenir bientôt, nous ferons connaître qu'il nous a été exposé, au nom du Roi très chrétien, que les charges qui pèsent actuellement sur le royaume, et qui ne permettent pas l'établissement de quatre-vingt-douze siéges épiscopaux, et d'autres empêchemens qui se sont opposés à l'exécution de la convention du 11 juin 1817, ont produit que Sa Majesté, pour les écarter, s'est trouvée forcée à s'entendre avec nous, et à demander quelque réduction dans le nombre des siéges dont elle avait demandé l'érection; que dans ce but, le Roi très chrétien s'est adressé à l'autorité apostolique pour que cette réduction fût effectuée de la meilleure manière possible, eu égard aux circonstances du royaume, selon les règles prescrites par les saints canons; que cependant cette opération devant entraîner un laps de temps considérable, et d'ailleurs, ayant été instruit du malheureux état des églises de France, et de la viduité de plusieurs de ses siéges, nous avons jugé que notre sollicitude apostolique nous faisait un devoir de venir en attendant à leur secours; qu'en prenant cette résolution, nous étant proposé d'écarter, par ce nouveau témoignage de l'indulgence apostolique, l'empêchement qu'on nous a exposé naître dans les circonstances actuelles du royaume, de l'établissement de quatre-vingt-douze siéges, et de pouvoir obtenir, en faveur de l'Eglise, les avantages que nous nous sommes promis de ladite convention, nous avons établi de concéder en attendant aux archevêques et évêques qui gouvernent actuellement l'Eglise de France, sans en excepter ceux que, dans notre consistoire du 1^er^ octobre 1817, nous avons transférés à d'autres siéges, la faculté de conserver les siéges dont ils sont en ce moment en possession, et de continuer à régir dans cet intervalle, leurs diocèses, sans qu'il soit fait au-

cun changement dans leurs limites ni dans les rapports métropolitains dans lesquels ils se trouvent actuellement, et de concéder pareillement aux évêques canoniquement promus aux siéges qui existaient avant la conscription de 1717, la faculté d'aller gouverner temporairement ces églises dans les limites et dans l'état où elles se trouvent. Les choses étant réglées ainsi, les évêques que, sur la nomination du Roi très chrétien, nous avons préposés aux siéges érigés par nos lettres apostoliques du 27 juillet de l'an 1817, devront nécessairement s'abstenir de l'exercice de l'institution canonique qu'ils ont reçue, jusqu'à ce que la réduction demandée des siéges soit déterminée.

Pour procéder à l'exécution de ce plan, nous nous y prendrons ainsi qu'il suit, savoir:

Nous écrirons des lettres en forme de bref, aux archevêques et évêques titulaires des diocèses existans avant la bulle de 1817, et les autoriserons à continuer l'exercice de leur juridiction dans tous les lieux de leurs diocèses respectifs, et dans l'étendue des limites qui circonscrivaient chacun de ces diocèses antérieurement à la bulle précitée; en donnant encore le pouvoir aux archevêques de reconnaître provisoirement pour leurs suffragans les évêques qui, avant ce temps, étaient sujets à leur droit métropolitain, et en enjoignant l'obligation aux évêques de reconnaître provisoirement l'autorité des archevêques desquels ils étaient suffragans avant ce temps.

Nous écrirons pareillement des lettres en forme de bref à chacun des archevêques et évêques auxquels, postérieurement au concordat de 1817, nous avons accordé l'institution canonique pour des siéges existans avant cette époque; et nous leur signifierons de prendre sans retard possession de leurs siéges, et de gouverner provisoirement ces diocèses dans l'étendue des limites, et avec les mêmes rapports métropolitains qui étaient en vigueur avant les susdites lettres apostoliques du 27 juillet 1817.

Et afin que les diocèses existans avant la circonscription de 1817, qui sont actuellement vacans, ne demeurent pas non plus privés plus long-temps de l'assistance des pasteurs, nous donnerons l'institution canonique, conformément à nos lettres apostoliques du 27 juillet 1817, aux individus nommés par le

Roi à ces siéges, après que leur procès aura été instruit en la forme ordinaire; et cette même méthode sera encore pratiquée envers les églises qui, dans cet intervalle, c'est-à-dire, jusqu'à ce qu'une nouvelle circonscription soit réglée d'une manière stable, viendront à vaquer.

Ensuite, chacun des évêques qui sera promu par nous aux siéges susmentionnés, ainsi que ceux que nous proposerons aux siéges qui viendront à vaquer à l'avenir, recevront également de nous des lettres en forme de bref, dans lesquelles nous leur signifierons que quoiqu'ils aient reçu l'institution canonique conformément aux lettres apostoliques du 27 juillet 1817, plusieurs fois citées, ils devront néanmoins régir provisoirement leurs diocèses dans les limites et avec les rapports métropolitains qui existaient avant la dernière circonscription que nous avons décernée. Finalement, pour ce qui regarde les évêques que, sur la nomination du Roi très chrétien, nous avons préposés aux siéges nouvellement érigés par nos lettres apostoliques du 27 juillet 1817, nous leur signifierons de s'abstenir, dans cet intervalle, c'est-à-dire jusqu'à ce que la diminution des siéges dont nous avons parlé plus haut, soit déterminée, de faire usage de l'institution canonique qu'ils ont reçue.

Quant à ce qui concerne l'Eglise d'Avignon, qui a été érigée en archevêché par les lettres apostoliques du 27 juillet, plusieurs fois mentionnées, comme il n'est pas possible, en prenant cette mesure provisoire, de la regarder comme épiscopale, par conséquent nous la laisserons sous le régime des vicaires capitulaires, ou bien, si le Roi très chrétien l'aime mieux, nous conférerons un titre *in partibus infidelium* à l'ecclésiastique que le Roi nous déclarera être dans l'intention de nommer à ce siége; et nous lui donnerons provisoirement l'administration de ladite Eglise, dans les limites diocésaines et avec les rapports métropolitains qui existaient avant nos lettres apostoliques du 27 juillet 1817.

Tel est le plan que, pour apporter quelque remède temporaire aux maux les plus pressans des églises de France, nous a suggéré notre affection signalée pour ces églises, pour le Roi très chrétien, et pour toute la nation française, plan que nous allons mettre bientôt à exécution.

Vous comprendrez facilement, vénérables frères, par ce que nous venons de vous exposer, que les dispositions provisoires que, vu la force des circonstances, nous avons jugé devoir prendre, ne sont liées à aucune condition, ainsi que vous semblez le soupçonner, et qu'il n'est nullement à craindre que cet état, temporaire de sa nature, devienne perpétuel, ou du moins dure longues années au préjudice des églises de France. Et afin que vous puissiez éloigner tout-à-fait cette crainte de vos coeurs, nous ne voulons pas que vous ignoriez non plus le témoignage solennel et éclatant de son excellente volonté, que Sa Majesté a bien voulu nous donner tout récemment; car, quoique Sa Majesté nous eût démontré, dans tout le cours de la négociation, sa volonté d'une manière si positive, que nous n'aurions pu même soupçonner ce que vous craignez, cependant, afin de ne laisser à personne aucun lieu à des doutes ou à des soupçons, elle nous a déclaré, moyennant une note officielle que nous possédons, que son intention est d'abréger le plus qu'il sera possible la durée des mesures provisoires qui ont été convenues entre nous et Sa Majesté, pour remédier aux maux les plus pressans des églises de France; que son intention est également d'employer, de concert avec nous, tous les moyens qui sont en son pouvoir pour faire jouir ces églises des avantages qui doivent résulter pour elles de l'état stable et définitif qu'elles doivent avoir, comme aussi de réaliser, suivant les formes constitutionnelles de son royaume, et à mesure que les ressources de l'Etat le permettront sans surcharge pour ses peuples, l'augmentation du nombre des siéges épiscopaux, selon qu'il sera reconnu nécessaire pour les besoins des fidéles.

Les témoignages éclatans que nous avons reçus de vos sentimens unanimes et de votre dévotion singulière envers la chaire de saint Pierre, et de la confiance que justement vous avez placée dans notre sollicitude apostolique, ne nous permettent pas de douter que vous verrez avec satisfaction ce que, dans cette difficile situation des affaires, nous avons jugé devoir décider. Et puisque, lorsque même vous ne connaissiez pas si distinctement nos intentions, vous nous avez expressément déclaré que vous recevriez avec joie et que vous exécuteriez avec unanimité ce que nous aurions décidé dans cette af-

faire, nous devons être d'autant plus certain qu'après avoir reçu de nous-même une pleine et parfaite notion de tous nos projets, vous vous maintiendrez encore plus fermes dans cette résolution.

Nous nous le promettons, vénérables frères, de votre très illustre ordre, à qui, pour ses mérites supérieurs et pour ses vertus éprouvées, nous portons une estime toute particulière, pour lequel nous sommes animé du plus grand intérêt, et que nous chérissons très affectueusement. Pour gage assuré de notre tendresse, nous vous donnons de tout notre coeur, vénérables frères, la bénédiction apostolique.

Donné à Rome, près Sainte-Marie-Majeure, le 19 août 1819, le 20ᵉ de notre pontificat.

Pie VII, Pape.

12.

Déclaration des Cardinaux, Archevêques et Evêques de France.

(Moniteur du 30 septembre 1819.)

Nous soussignés cardinaux, archevêques et évêques, après avoir lu avec la plus respectueuse attention le bref de notre très Saint-Père le Pape *Pie VII*, à nous adressé en réponse à la lettre que nous avions écrite à Sa Sainteté le jour de la Pentecôte, 30 mai 1819, et par laquelle nous l'avions priée de se rendre, dans les difficiles circonstances où nous nous trouvions, l'arbitre, le conciliateur et le médiateur que nous avions choisi, auquel nous nous étions confiés, et dont l'avis, la décision et le jugement devaient faire notre force, notre sûreté et notre consolation; gémissant sur le malheureux état où se trouve l'église de France, sur la viduité d'un grand nombre de ses siéges, sur les retards qu'ont éprouvés jusqu'à ce jour la publication et l'exécution des conventions passées en 1817 entre le souverain Pontife et le Roi très chrétien; desirant pourvoir au salut des fidèles, et, autant qu'il est possible, écarter tout prétexte de rompre l'unité catholique; nous confiant en la parole royale de Sa Majesté, concevant de son amour pour la religion l'espoir d'un prompt et meilleur avenir qui

doit résulter de l'état stable et définitif, promis d'une manière positive et solennelle; le saint nom de Dieu invoqué; avons unanimement résolu d'adhérer, comme nous déclarons adhérer pleinement aux mesures provisoires que Sa Sainteté a cru devoir être adoptées, et qu'elle nous a fait connaître par sa lettre devoir bientôt adopter pour apporter quelque remède temporaire aux maux pressans de l'Eglise de France. C'est pourquoi nous invitons, exhortons et conjurons, en notre seigneur Jésus-Christ, le clergé et les fidèles des diocèses de France, de demeurer à notre exemple étroitement unis, sous cette règle provisoire de discipline, les avertissant qu'ils ne pourraient s'en écarter, pour quelque cause que ce soit, sans rompre les liens de l'unité, et sans abandonner la voie du salut.

A Paris, ce treize septembre de l'an de notre Seigneur 1819.

† *A.* cardinal de Périgord.

† *C. G.* cardinal de la Luzerne.

† *L. Fr.* cardinal de Bausset.

† *François de Bernis*, ancien archevêque d'Albi, nommé à l'archevêché de Rouen.

† *Jean-Baptiste*, archevêque de Tours.

† *Gabriel*, archevêque de Besançon.

† *Anne-Louis-Henri de la Fare*, archevêque de Sens.

† *François*, archevêque de Toulouse.

† *Jean-Charles de Coucy*, archevêque de Reims.

† *Jean-Claude*, archevêque d'Arles.

† *Etienne-Antoine*, archevêque de Vienne.

† *Jean-Louis d'Husson de Bonnac*, ancien évêque d'Agen.

† *Anne-Antoine-Jules de Clermont-Tonnerre*, ancien évêque de Châlons-sur-Marne.

† *Charles*, ancien évêque de Trèves, nommé à l'évêché d'Auxerre.

† *Louis-Joseph-Siffren de Salamon*, évêque d'Orthosia, nommé à l'évêché de Belley.

† *Jean-Baptiste de Latil*, évêque de Chartres.

† *Hyacinthe-Louis*, évêque de Samosate.

Etienne-Jean-Baptiste-Louis des Gallois de la Tour, archevêque élu de Bourges.

Jean-Pierre de Chabons, évêque élu du Puy.

Marc-Marie de Bombelles, évêque élu d'Amiens.

Jean-Paul Gaston de Pina, évêque élu de Béziers.

Louis-Sylvestre de la Châtre, évêque de Beauvais.

Louis-Jules-François d'Andigné, évêque élu de Nantes.

Jean-Marie de Fontenay, évêque élu de Nevers.

Paul-Thérèse-David d'Astros, évêque élu d'Orange.

Alexandre Louis-Charles-Rose de Lostanges, évêque élu de Périgueux.

Jean-Baptiste de Bouillé, évêque élu de Poitiers.

Charles-André-Toussaint-Bruno Ramond de Lalande, évêque élu de Rodez.

Alexis Sessel, évêque élu de Séez.

Roch-Etienne de Vichy, évêque élu de Soissons, nommé à l'évêché d'Autun.

Augustin-Louis de Montblanc, évêque élu de Saint-Diez.

Claude-Magdeleine de la Myre-Mory, évêque élu de Troyes.

Guillaume-Aubin de Villèle, évêque élu de Verdun.

Jean-Baptiste Dubois, évêque nommé d'Aire.

Jean-Joseph-Marie-Victoire de Cosnac, évêque nommé de Meaux.

Claude-Joseph-Judith-François-Xavier de Sagey, évêque nommé de Saint-Claude.

Antoine-Xavier de Neyrac, évêque nommé de Tarbes.

13.

Allocution prononcée par le S. P. dans le Consistoire du 23 *août* 1819.

(Moniteur du 8 septembre 1819.)

Vénérables frères,

Vous connaissez parfaitement, vénérables frères, par ce que nous vous avons exposé dans l'allocution que nous vous avons adressée dans le consistoire secret du 8 juillet 1817, l'empressement avec lequel nous avons travaillé à conclure une convention avec le Roi très chrétien, afin de pourvoir, moyennant un arrangement heureux des affaires de l'Eglise dans le royaume

de France, au salut des fidèles de ce royaume, selon que nos devoirs apostoliques nous en font la loi, et aussi afin de satisfaire aux voeux du Roi très chrétien, que nous affectionnons d'une manière toute particulière, et à ceux de tous les hommes de bien. Mais vous n'ignorez pas non plus que l'exécution de cette convention conclue le 11 juin 1817, est encore aujourd'hui suspendue, et que les suites heureuses que nous nous en promettions ont été contrariées et retardées, non sans nous causer la plus vive douleur. En effet, il a été porté à notre connaissance, au nom du Roi très chrétien, que les charges qui pèsent sur le royaume, et qui ne permettent pas l'établissement des quatre-vingt-douze siéges épiscopaux, ainsi que d'autres empêchemens qui se sont opposés à l'exécution de ladite convention, ont forcé Sa Majesté, pour les écarter, à s'entendre avec nous et à solliciter quelque réduction dans le nombre de siéges dont elle avait demandé l'érection. Dans ce but, le Roi très chrétien s'est adressé à l'autorité apostolique pour que cette réduction fût effectuée de la meilleure manière possible eu égard aux circonstances dans lesquelles se trouve le royaume, et selon les règles prescrites par les saints canons. Comme nous n'avons rien tant à coeur que de recueillir ces fruits abondans que nous nous sommes promis de la convention sus-mentionnée, et de voir que les affaires ecclésiastiques soient enfin réglées d'une manière stable dans le florissant royaume de France; ayant d'ailleurs le désir de satisfaire aux voeux de Sa Majesté, autant que les devoirs de notre apostolat nous le permettent, nous lui fîmes savoir que nous ne nous refusions pas à quelque diminution du nombre des siéges si les intérêts de l'Eglise et du royaume le demandaient absolument.

Cependant, connaissant que la détermination des nouvelles limites des diocèses, selon la nature des lieux et la commodité des fidèles, et que les opérations nécessaires pour exécuter la diminution demandée des siéges, ne pourraient pas être terminées en peu de temps; ayant été instruit du malheureux état des églises de France, et de la viduité de plusieurs de ces siéges, nous avons jugé que notre sollicitude apostolique nous faisait un devoir de venir, en attendant, à leur secours, et de

prendre quelque expédient temporaire, afin de remédier, le plus tôt possible, aux maux dont les églises de France, privées de la présence de leurs pasteurs, sont actuellement affligées. Nous étant proposé, en prenant cette résolution, d'écarter par ce nouveau témoignage de l'indulgence apostolique, l'empêchement qui, ainsi qu'on nous l'a exposé, résulte de l'établissement de quatre-vingt-douze siéges dans les circonstances actuelles du royaume; ayant aussi pour objet d'obtenir en faveur de l'Eglise, les avantages que nous nous sommes promis de ladite convention, après avoir mûrement, et pendant long-temps, examiné toute cette affaire, et l'avoir traitée durant l'espace de plusieurs mois, soit dans les lettres que nous avons écrites et reçues à ce sujet, soit en consultant une congrégation formée de quelques-uns d'entre vous, et après avoir imploré les lumières d'en haut, voici les dispositions que nous avons jugé convenable d'adopter pour la conduire à fin. Nous sommes donc résolus d'accorder, en attendant, aux archevêques et évêques qui gouvernent actuellement les églises de France (et sans excepter ceux que, dans notre consistoire du 1^er^ octobre 1817, nous avons transférés à des siéges nouvellement érigés), la faculté de conserver les siéges dont ils sont en ce moment en possession, et de continuer à régir dans cet intervalle leurs diocèses, sans qu'il soit fait aucun changement dans leurs limites ni dans leurs rapports métropolitains dans lesquels ils se trouvent actuellement; nous concédons pareillement aux évêques canoniquement promus aux siéges qui existaient avant la circonscription de 1817, la faculté d'aller gouverner temporairement ces églises, dans les limites et dans l'état où elles se trouvent. Les choses étant réglées ainsi, les évêques que, sur la nomination du Roi très chrétien, nous avons préposés aux siéges érigés par nos lettres apostoliques du 27 juillet de l'an 1817, devront nécessairement s'abstenir de l'exercice de l'institution canonique qu'ils ont reçue jusqu'à ce que la réduction demandée des siéges soit déterminée.

Pour procéder à l'exécution de ce plan, nous nous y prendrons ainsi qu'il suit:

Nous écrirons des lettres en forme de bref aux archevêques et évêques titulaires des diocèses existans avant la bulle

de 1817, et leur manderons de continuer l'exercice de leur juridiction dans tous les lieux de leurs diocèses respectifs et dans l'étendue des limites qui circonscrivaient chacun de ces diocèses antérieurement à la bulle précitée, en donnant encore le pouvoir aux archevêques de reconnaître provisoirement pour leurs suffragans les évêques qui, avant ce temps, étaient sujets à leur juridiction métropolitaine, et en enjoignant l'obligation aux évêques de reconnaître provisoirement l'autorité des archevêques desquels ils étaient suffragans avant ce temps. Nous écrirons pareillement des lettres en forme de bref à chacun des archevêques et évêques auxquels postérieurement au concordat de 1817 nous avons accordé l'institution canonique pour des siéges existans avant cette époque, et nous leur signifierons de prendre sans retard possession de leurs siéges, et de gouverner provisoirement ces diocèses dans l'étendue des limites et avec les mêmes rapports métropolitains qui étaient en vigueur avant les susdites lettres apostoliques du 27 juillet 1817.

Et afin que les diocèses existans avant la circonscription de 1817, qui sont actuellement vaçans, ne demeurent pas plus long-temps privés de l'assistance des pasteurs, nous donnerons l'institution canonique, conformément à nos lettres apostoliques du 27 juillet 1817, sur la circonscription des diocèses de France, aux individus nommés par le Roi à ces siéges, après que leur procès aura été instruit en la forme ordinaire, et cette même méthode sera encore pratiquée envers les églises qui, dans cet intervalle, c'est-à-dire, jusqu'à ce qu'une nouvelle circonscription soit réglée d'une manière stable, viendront à vaquer.

Ensuite, chacun des évêques qui sera promu par nous aux siéges sus-mentionnés, ainsi que ceux que nous préposerons aux siéges qui viendront à vaquer à l'avenir, recevront également de nous des lettres en forme de bref, dans lesquelles nous leur signifierons que quoiqu'ils aient reçu l'institution canonique, conformément aux lettres apostoliques du 27 juillet 1817, plusieurs fois citées, ils devront néanmoins régir provisoirement leurs diocèses dans les limites et avec les rapports métropoli-

tains qui existaient avant la dernière circonscription que nous avons établie.

Finalement, pour ce qui regarde les évêques que, sur la nomination du Roi très chrétien, nous avons préposés aux siéges nouvellement érigés par nos lettres apostoliques du 27 juillet 1817, nous leur manderons de s'abstenir dans cet intervalle, c'est-à-dire, jusqu'à ce que la diminution des siéges dont nous avons parlé plus haut soit déterminée, de faire usage de l'institution canonique qu'ils ont reçue.

Quant à ce qui concerne l'église d'Avignon, qui a été érigée en archevêché par les lettres apostoliques du 27 juillet sus-mentionnées, comme il n'est pas possible, en prenant cette mesure provisoire, de la regarder comme épiscopale, nous la laisserons, par cette raison, sous le gouvernement des vicaires capitulaires; ou bien, si le Roi très chrétien l'aime mieux, nous conférerons un titre in partibus infidelium à l'ecclésiastique que le Roi nous déclarera d'être dans l'intention de nommer à ce siége, et nous lui donnerons provisoirement l'administration de ladite église dans les limites diocésaines et avec les rapports métropolitains qui existaient avant les lettres apostoliques du 27 juillet 1817. Tel est le plan que, pour apporter quelque remède temporaire aux maux les plus pressans des églises de France, nous a suggéré notre affection signalée pour ces églises, pour le Roi très chrétien, et pour toute la nation française, et, afin que personne ne puisse soupçonner que les dispositions provisoires, que, vu la force des circonstances, nous avons jugé devoir prendre dans cet intervalle, ne deviennent perpétuelles, ou du moins ne durent longues années, nous avons demandé au Roi très chrétien que, conformément aux intentions qu'il nous a manifestées dans tout le cours de la négociation, il voulût bien, au moment de l'exécution de la mesure provisoire sus-mentionnée, nous déclarer ces mêmes intentions d'une manière tellement positive, que personne ne puisse conserver de pareils doutes; le Roi, dans le désir de donner un témoignage solennel de son excellente volonté, nous a déclaré, par une note officielle, que son intention est d'abréger, le plus qu'il sera possible, la durée des mesures provisoires qui ont été convenues entre nous et S. M., pour remédier aux

maux les plus pressans de l'Eglise de France; que son intention est également d'employer, de concert avec nous, tous les moyens qui sont en son pouvoir pour faire jouir cette Eglise des avantages qui résultent pour elle de l'état stable et définitif qu'elle doit avoir, comme aussi de réaliser, suivant les formes constitutionnelles de son royaume, et à mesure que les ressources de l'Etat le permettront, sans surcharge pour ses peuples, l'augmentation du nombre des siéges épiscopaux, selon qu'il sera reconnu nécessaire pour les besoins des fidèles.

Les choses étant réglées ainsi, en mettant la main à l'oeuvre sans le moindre retard, nous allons proposer aux églises de Vannes, de Valence, de Saint-Brieux, d'Orléans, de Saint-Flour et de Strasbourg, les personnes nommées par le Roi, ayant déjà reçu les lettres de leur nomination et les procès sur les qualités des nommés étant prêts.

Dans les nombreuses difficultés que la cause catholique éprouve en France, nous espérons, vénérables frères, que les mesures que nous avons jugé être uniquement possible de prendre, pour le moment, pour apporter quelque remède temporaire aux maux plus pressans des églises de France, et pour applanir le chemin à l'arrangement total des affaires, seront éminemment utiles pour obtenir ces avantages que nous nous sommes proposés, et qu'il nous sera donné de voir, par la faveur du père des miséricordes, les églises susmentionnées jouir enfin de la paix désirée.

14.

Rapport au Roi.

(Moniteur du 4 septembre 1819.)

Sire,

Votre Majesté m'a ordonné de lui proposer l'emploi du million de réserve, compris au budget de mon ministère, dans le chapitre des dépenses ecclésiastiques; son intention a toujours été que cette somme, ainsi que les fonds restant libres sur les réserves antérieures, fussent répartis cette année en secours extraordinaires, ou en améliorations permanentes, dans toutes les parties essentielles du service religieux.

Mais afin que Votre Majesté puisse mieux apprécier l'utilité des mesures bienfaisantes qui l'occupent en ce moment, je lui demande la permission de mettre sous ses yeux la suite de celles qui, depuis son heureux retour au trône de ses pères, ont déjà signalé sa pieuse sollicitude dans le cours des quatre années qui viennent de s'écouler.

Votre Majesté a élevé de 500 francs à 750 et à 900 francs pour les septuagénaires, le traitement de vingt-six mille succursales; elle a accordé un supplément de 250 francs à quatre mille cinq cents vicaires, rétribués par les paroisses qui les ont demandés; elle a fixé une indemnité de 200 fr. pour plus de deux mille pasteurs, qui sont autorisés à célébrer une seconde messe dans les succursales vacantes et voisines de la leur.

Mille bourses de 400 francs ont été ajoutées à 1,350, qui étaient précédemment fondées pour les élèves des séminaires.

Le traitement des curés de première et seconde classe s'est augmenté en proportion de leur âge: 500 francs ont été ajoutés à celui des vicaires-généraux et membres des chapitres; 5,000 francs à celui des évêques titulaires; 10,000 francs à celui des archevêques.

Ainsi, de trente mille ecclésiastiques qui exercent actuellement leur ministère en France avec un traitement de l'Etat, il n'en est pas un qui n'ait ressenti les heureux effets de la présence de Votre Majesté au milieu de ses sujets.

Elle a fait en outre distribuer, par l'entremise des évêques, un secours annuel de 200,000 fr. aux anciens curés et desservans, que l'âge et les infirmités obligent de quitter leurs fonctions.

Une égale somme est répartie, par M. le grand-aumônier, à ceux que des causes semblables ont empêchés de reprendre un service actif.

300,000 francs sont encore confiés, chaque année, aux supérieurs diocésains, pour le soulagement des anciennes religieuses, âgées, infirmes, et n'ayant pas d'autres ressources que leur pension réduite des deux tiers.

Si tous ces actes de justice et de bienfaisance ont été possibles, c'est qu'ils étaient devancés par le voeu public; c'est que les deux chambres, secondant les désirs du monarque, ont accru de 10,000,000, en trois années, le budget du clergé. Il était borné, jusqu'en 1815, à 11,500,000 fr.; il dépasse aujourd'hui 22,000,000, sans y comprendre 11,000,000 de pensions ecclésiastiques, dont une partie est imputable sur les traitemens. Il est sans exagération de dire que ces sommes sont presque doublées chaque année: 1. par celles que les conseils-généraux de tous les départemens et des milliers de communes votent habituellement pour supplémens de traitemens ecclésiastiques, pour achat, construction et réparation d'édifices nécessaires au culte; 2. par les legs et donations autorisés; 3. par les revenus des fabriques; 4. par le casuel et les offrandes des fidèles.

Tant d'efforts sous le poids des charges les plus accablantes, ont attesté au monde chrétien les sentimens religieux de la France.

L'autorité suprême s'honore d'avoir présidé à ces efforts, et il peut n'être pas inutile d'en rappeler l'ensemble, afin que la bonne foi ne puisse plus méconnaître ni leur étendue ni leur évidente nécessité. Le sort des ministres de la religion était déplorable; Votre Majesté a tout fait pour l'adoucir, et dans une proportion telle qu'il eût été jusqu'ici presqu'impossible de faire davantage, et presque cruel de faire moins.

Les plaies de l'Eglise de France ont été si profondes, qu'elles ne pourront se fermer entièrement qu'avec celles de l'Etat; mais le temps n'est pas loin où les unes et les autres auront disparu sous l'influence d'un Gouvernement paternel et réparateur.

Renfermée dans ses devoirs qui sont autant de bienfaits envers la société, la religion est l'appui des Etats, parce qu'elle est la sauve-garde des moeurs et le supplément des lois. Etrangère à l'exercice du pouvoir civil, elle ne s'y mêle que par le secours qu'elle lui prête ou qu'elle en reçoit, en dont elle n'use qu'au profit du peuple même. La justice et la politique commandent de lui accorder tout ce qui est nécessaire pour remplir cette touchante et salutaire vocation. Dans un

état où les pouvoirs politiques et les droits des citoyens sont réglés par une charte constitutionnelle, donner à la religion, c'est donner aux malheureux qu'elle soulage, à la morale qu'elle élève, à la vertu qu'elle crée et qu'elle soutient; ce n'est point augmenter indiscrètement une autorité temporelle, que le voeu éclairé de l'Eglise ne réclame pas, c'est procurer seulement à cette influence toute spirituelle et toute morale que la religion conserve, dans l'intérêt même des gouvernemens, et dont ils voudraient vainement la dépouiller, le moyen de se montrer et d'agir, sans être discréditée par l'impuissance de faire le bien et de secourir ceux qu'elle doit consoler.

Honorée dans ses malheurs par les vertus qu'elle a déployées au milieu de la persécution, l'Eglise de France n'a pas besoin de grandes richesses pour être utile et respectée; mais longtemps elle a été opprimée et affaiblie par une pauvreté contraire à l'intérêt même de l'Etat, qui veut que toutes les parties dont il se compose jouissent des avantages qui leur appartiennent, et soient satisfaites, pour être unies et concourir également au bien public.

Votre Majesté veut que cette année de son règne soit encore marquée par de nouveaux et nombreux soulagemens appliqués aux divers besoins de la religion.

Le plus urgent est celui qu'éprouvent, depuis trop longtemps, les diocèses privés de premiers pasteurs. On saura bientôt que la sagesse royale, de concert avec le chef de l'Eglise, n'a rien épargné pour le faire cesser.

Les évêques ont été invités à faire connaître les besoins de leurs séminaires. Ces établissemens sont grevés de deux sortes de dépenses.

Celles relatives aux constructions et réparations, dépendaient auparavant du vote des conseils généraux des départemens; elles en sont désormais affranchies. Les préfets doivent en connaître la nécessité et les proposer. Le ministre de l'intérieur y pourvoit sur un crédit spécial.

Mais la dépense courante des séminaires varie dans chaque localité, suivant la cherté des subsistances et le nombre de leurs élèves; elle n'est jamais couverte par leurs revenus ordinaires, qui ne sont encore que le produit des bourses et celui

des faibles pensions, que peu de séminaristes sont en état d'acquitter. Si ce déficit est comblé, ce ne peut être que par la générosité persónnelle des évêques, ou par des collectes répétées dans les diocèses. Une ordonnance du 30 juin dernier a destiné 300,000 francs à diminuer cette gène partout où elle est plus sensible.

Je regrette que la lenteur de quelques diocèses à fournir les renseignemens qui leur étaient demandés, ne m'aient pas encore permis de les comprendre dans cette répartition, déjà faite en grande partie.

Les réparations des églises paroissiales et des presbytères sont à la charge des communes, mais trop souvent leurs faibles revenus n'y peuvent suffire. Votre Majesté a approuvé, par ses ordonnances du 30 mars et du 30 juin, qu'un fonds de 650,000 francs fût employé aux subventions qu'elles sollicitent pour cet objet.

Plusieurs congrégations religieuses de femmes, autorisées depuis long-temps et si recommandables dans les campagnes par l'instruction gratuite des enfans et le soin des malades dans les villes, par l'éducation chrétienne des jeunes personnes, verraient quelquefois périr leurs plus beaux établissemens ou renonceraient à en former de nouveaux là où ils sont le plus nécessaires, si le Gouvernement ne les aidait à supporter quelques frais extraordinaires, trop au-dessus de leurs modiques ressources. Votre Majesté m'a permis d'appliquer 200,000 fr. à ce genre de bienfait.

Pendant la dernière session, des voix se sont élevées dans la chambre des députés pour représenter l'insuffisance du secours annuel de 500,000 francs, divisé entre six à sept mille religieuses pauvres et accablées des infirmités de la vieillesse; on a proposé d'établir, en faveur des survivantes, la reversibilité des pensions qui s'éteignent par le décès de leurs compagnes. Ce voeu, que des motifs d'ordre dans le système général des finances n'ont pas permis d'accueillir, se trouve réalisé d'une autre manière par l'autorisation que Votre Majesté a daigné me donner d'ajouter, dès cette année, 150,000 francs à la subvention que les religieuses reçoivent sur les fonds du Ministère de l'intérieur.

Une legère augmentation dans celle de 200,000 francs accordée aux curés et desservans en retraite, et une répartition mieux faite, vont mettre les évêques à portée d'élever à 500 francs le maximum du secours aux octogénaires; à 400 fr. celui des septuagénaires; à 300 fr. celui des prêtres d'un âge inférieur.

Une décision du 27 brumaire an 11 (18 novembre 1802), avait établi que sur la présentation des évêques, et à titre d'indemnité ou de récompense, quelques curés de deuxième classe pourraient être personnellement promus au titre et au traitement de la première. Cette faveur si souvent méritée et si propre à entretenir une louable émulation dans l'esprit de sagesse et de charité qui convient au ministère pastoral, ne s'était étendue qu'à quelques diocèses et dans des proportions inégales; Votre Majesté a daigné permettre qu'elle devînt commune à tous et qu'elle s'y multipliât jusqu'à la concurrence du dixième des cures de deuxième classe.

Après tant de marques de la bonté royale, j'ose encore l'invoquer pour un bien plus général et plus essentiel à la religion, puisqu'il tend à porter ses lumières et ses consolations dans cette partie nombreuse de la population des campagnes, qui gémit du malheur d'en être privée.

Le but moral qui se présente dans un avenir éloigné, serait de placer, aux frais de l'Etat, un pasteur dans chaque commune rurale. Toutes en ont le même besoin, et toutes y ont le même droit par leur concours aux charges publiques; mais l'insuffisance du nombre des prêtres et la gravité de cette dépense, seront encore long-temps deux obstacles difficiles à surmonter. Ils forcèrent, lors du rétablissement du culte public en France, à choisir entre les communes celles qui, par leur population, leur importance et les avantages de leur situation, méritaient d'être érigées en chefs-lieux de paroisses, avec le titre de cures ou de succursales. Cette première opération fut faite en 1804; elle fut modifiée en 1807 par un acte du Gouvernement qui augmenta le nombre des succursales; il en résulta une nouvelle circonscription paroissiale qui subsiste encore aujourd'hui, et contre laquelle beaucoup de communes ont réclamé, parce qu'elles y perdirent le titre de succursales, dont leurs églises avaient joui depuis 1804, et qui fut alors

transporté ou nouvellement accordé à d'autres églises du même canton.

Ces communes, dépouillées de l'avantage d'être paroisses, l'ont redemandé avec instance. Elles ont représenté tantôt la difficulté de leurs communications avec un pasteur éloigné, tantôt la préférence due à une position plus centrale, à une église plus vaste et mieux réparée, à un presbytère racheté ou facile à rétablir. Ces faits étaient souvent attestés par les évêques et les préfets. Néanmoins le gouvernement passé n'eut aucun égard à ces plaintes; on les éloigna par la dure condition de n'ériger une succursale qu'autant qu'on en supprimerait une autre, afin que le nombre n'en fût pas augmenté.

Ces demandes se sont reproduites avec plus de confiance sous le gouvernement de Votre Majesté. Elle a daigné en accueillir plusieurs; mais aucune solution générale n'est intervenue.

Il est vrai que le décret du 30 septembre 1807, laissait aux communes réunies à d'autres paroisses la possibilité d'obtenir l'érection de leurs églises en chapelles, sous la condition d'assurer le traitement complet de leur chapelain, ou en annexes, pourvu que quelques particuliers s'accordassent à prendre le même engagement.

C'est en effet sous ces deux titres, que six cents églises non-paroissiales sont ouvertes et desservies dans le royaume. On a long-temps sollicité la même décision pour beaucoup d'autres; mais il était difficile d'accomplir toutes les formalités préalables, et la plupart de ces demandes n'ont eu aucune suite. Cependant Votre Majesté en a récemment accordé plusieurs, et j'aurai soin de lui soumettre, sans retard, toutes celles qui me parviendront.

Mais parmi les communes qui ont conservé leurs églises et qui désirent la présence d'un ecclésiastique pour les desservir, il en est qui n'ont aucun moyen de lui fournir un traitement, ou qui ne pourraient y suffire qu'en partie. Ce cas est sur-tout fréquent dans les pays pauvres et montagneux dont se composent plusieurs diocèses au centre et au midi de la France. C'est là que des chemins difficiles et impraticables durant l'hiver, souvent de grandes distances, séparent des ha-

meaux et des villages entiers de leur église paroissiale, tandis qu'une autre plus voisine pourrait leur être ouverte, ou comme succursale nouvelle, s'il y a des motifs suffisans pour leur accorder cette faveur, ou comme chapelle vicariale, si par quelques sacrifices joints au supplément de 250 francs que reçoit du Trésor le vicaire de leur paroisse, ces villages peuvent obtenir que son domicile soit fixé au milieu d'eux.

Les premiers articles du projet d'ordonnance que j'ai l'honneur de soumettre à Votre Majesté, ont pour objet de créer cette double ressource; ils satisfont aux plus constantes réclamations des supérieurs ecclésiastiques; dans le quart de la France, ils établissent en principe,

1. Que cinq cents succursales nouvelles pourront être érigées dans les diocèses qui n'ont que peu ou point de paroisses vacantes, et qui fournissent un nombre suffisant d'ecclésiastiques;

2. Que les vicaires accordés aux paroisses trop étendues, pourront être placés dans une autre commune que celle du chef-lieu paroissial, pourvu qu'elle ait une église en bon état, et qu'elle se charge de fournir au vicaire le traitement prescrit par l'acte du 30 décembre 1809.

Ainsi, l'administration des affaires ecclésiastiques sera dégagée de deux entraves qui lui avaient été précédemment données. 1. En exigeant la suppression d'une succursale, avant d'en ériger une autre, comme si la loi du 18 germinal an 10 (8 avril 1802), ne portait pas expressément qu'il y en aurait autant que le besoin le demanderait. 2. En supposant que le droit des vicaires à l'indemnité de 250 fr., fournie par le Trésor doit dépendre de leur résidence au chef-lieu de la paroisse, tandis que c'est précisément là où cette résidence peut être moins nécessaire, puisque le pasteur y habite lui-même.

Mais Votre Majesté ne peut se flatter que ces efforts suffisent pour pourvoir entièrement aux besoins des fidèles de son royaume.

Ce n'est pas assez en effet de rendre plus complète et plus égale la distribution des secours de la religion dans les diocèses où il est possible de se les procurer, la sollicitude de

Votre Majesté veut encore avoir égard à la position de ceux où ces secours manquent sur plusieurs points.

Tel est en effet le mal très grave qui afflige quelques portions des plus vastes diocèses, et qui s'étend jusque dans les plus riches contrées de la France; partout où les ressources plus faciles de l'agriculture et de l'industrie et le voisinage des grandes villes attirent la jeunesse, elle embrasse rarement une vocation aussi sérieuse que celle du sacerdoce. Les anciens pasteurs s'éteignent, et le nombre de ceux destinés à les remplacer va dans une proportion décroissante avec les besoins; plus de trois mille succursales restent vacantes, faute de ministres pour les desservir; qui croirait qu'au sein de la civilisation la plus avancée, et dans le royaume très chrétien, des cantons riches, des communes peuplées d'agriculteurs sont encore exposées à ne plus voir la trace du culte de leurs ancêtres, et pourraient en perdre jusqu'au souvenir, si l'on ne cherchait un moyen de faire pénétrer chez elles les premières notions de la morale évangélique.

C'est vers ce but que Votre Majesté veut diriger la sollicitude du zèle apostolique qui, dans ces derniers temps, a porté la puissance de ses efforts sur les villes déjà fournies d'un clergé nombreux, et dans la résidence même des évêques, tandis qu'un besoin plus réel, un succès plus modeste, mais impossible à calomnier, les attend sous le chaume, où la parole de Dieu ne retentit plus.

Un prélat vénérable, M. l'archevêque de Bordeaux, est déjà allé au-devant des vues de Votre Majesté, en donnant un exemple digne de sa longue expérience dans les vertus et les devoirs de l'épiscopat. Il a choisi, parmi les ecclésiastiques formés sous ses yeux, animés de son esprit, le petit nombre de ceux qu'il se propose d'envoyer, deux à deux, comme prêtres de secours, dans les campagnes privées de pasteurs, pour y annoncer l'évangile à la génération qui s'élève, et administrer les sacremens aux fidèles.

Votre Majesté a applaudi à cette institution, garantie par la sagesse de celui qui l'a formée; elle a, pour y subvenir, fait mettre à la disposition de M. l'archevêque de Bordeaux,

le dixième du traitement des quatre-vingt-dix succursales vacantes dans son diocèse.

L'art. 4 du projet d'ordonnance joint à ce rapport, offre le même avantage aux diocèses, qui éprouveraient le même besoin.

Il ne me reste, Sire, qu'à présenter à Votre Majesté l'aperçu des dépenses, qui résultent des nouvelles dispositions, que je viens de lui soumettre; l'érection des cinq cents succursales ne sera que successive; elle diminuera d'autant le nombre des vicariats, en partageant les grandes paroisses, où ils étaient nécessaires; elle présentera donc, à peu près partout, une économie de 250 fr., à côté d'une dépense de 750, ce qui réduira la dépense totale à 250,000 fr. ou 300,000 fr.

Le choix plus convenable du domicile des vicaires dans les arrondissemens paroissiaux, n'entraîne aucune charge nouvelle pour le Trésor.

L'allocation du dixième du traitement des succursales vacantes, ne pouvant être applicable qu'aux diocèses où ces vacances sont nombreuses, elle n'excèdera pas 250,000 fr.

Le million de réserve compris au budget du clergé suffira, non-seulement à ces dépenses, mais encore à celles qui n'étant pas prévues, pourraient se présenter dans le cours de l'année, et à l'allocation de 200,000 fr. que Votre Majesté vient d'accorder, pour l'accroissement si urgent du séminaire diocésain de Paris.

Ainsi, sans charge nouvelle pour ses peuples, Votre Majesté, par une constante progression, améliore l'état présent, et assure l'avenir du sacerdoce; de légers sacrifices pour le Trésor deviennent de grands bienfaits pour l'Eglise, en manifestant avec éclat tout ce que l'ordre public attend de la morale et de la religion, et tout ce que le souverain veut faire pour soutenir honorablement le clergé dans la pieuse modestie de ses besoins et de ses voeux. C'est dans les degrés inférieurs de la religion, si la sublimité d'une vocation partout également sainte permettait ce langage; c'est sur les ecclésiastiques les plus rapprochés du pauvre, par leur situation comme par l'objet de leurs soins, que Votre Majesté fait porter des bienfaits qui, loin d'être enlevés à la dignité de l'épiscopat, fourniront aux évêques de nouveaux moyens d'étendre, sur tous les points de

leurs diocèses, cette salutaire influence, par laquelle ils entrent en partage du devoir sacré de veiller au maintien du respect pour la paix publique et pour les lois de l'Etat.

Je suis, avec respect,

Sire,

De votre Majesté
Le très dévoué et très fidèle sujet,
le Ministre de l'Intérieur,

Signé le comte *Decazes.*

Paris, le 24 août 1819.

B.

Die Konkordate
der verschiedenen teutschen Staaten;
als: Baiern, Preussen, Hannover und der in der Oberrheinischen Kirchen-Provinz begriffenen Länder und Städte.

Allgemeine Einleitung.

Die Folgen der französischen Revolution, welche alle politischen Verhältnisse in mehr als einem europäischen Lande, zumal aber in Teutschland, durch einander gewirrt und geändert, waren nicht minder fühlbar im katholischen Kirchthume des heiligen römischen Reiches. Die Säkularisirungen waren sehr eifrig Hand in Hand mit den Mediatisirungen gegangen. Jeder neue Friedenschluss raubte neuen Bisthümern, Stiften oder Klöstern das Daseyn und dem päbstlichen Stuhle eine neue Stütze seiner Macht. Leider kam das von Seite der weltlichen Macht dadurch gewonnene Gut nicht immer zum Frommen in ihre Hände; der Leichtsinn und der Luxus, die Verschwendung und die Habgier schalteten oft frech und willkührlich genug mit ungeheuern Summen, und, an der Stelle von Priestern und Mönchen, bereicherten sich nicht selten Günstlinge und Maitressen, Kriegsknechte und Hofjuden mit dem, was die Nation billig für fromme und allgemein nützliche Zwecke verwendet wissen wollte. Nichts desto weniger war das Interim zwischen dem Aufhören geistlicher Gewalt und der Wiederherstellung derselben ein im Ganzen mehr wohlthätiger, als schädlicher Zeitraum — für die Kultur im Allgemeinen und den reinern Katholizismus insbeson-

dere. Die von ihren Hirten verlassenen Schaafe gewöhnten sich von freien Stücken mehr an einander und halfen sich selbst zurecht; der Verkehr der Katholiken mit Bekennern anderer christlichen Religionen wurde inniger, und ein neues Geschlecht, mit kirchlicher Zuchtruthe unbekannt, hatte Zeit zu einer reinmenschlichen und reinchristlichen Entwicklung erhalten. Freiere Forschung und edlere Andacht kehrten bei vielen Tausenden ein, deren Ueberzeugung das Uebergewicht pabistischen Einflusses früher in Banden gehalten hatte. Viele würdige Stellvertreter abgehender Hirten liessen den Mangel derselben kaum empfinden, und bereits ist man in neuesten Tagen von mehr als einer Seite durch trübe Erfahrungen zu dem Wunsche vermocht worden, dass das Provisorium doch noch recht lange gedauert haben möchte.

Die meisten Säkularisirungen wurden den betreffenden Reichsständen zur Entschädigung für Landstriche angewiesen, welche auf dem linken Rheinufer an Frankreich abgetreten werden mussten. Frankreich und Russland schützten den Vollzug dieser empfindlichen Maassregeln. Der Reichs-Deputationsschluss zu Regensburg vom 25. Hornung 1803, welcher so mancher lamaitischen Herrlichkeit ein Ende machte, war der Haupt-Todesstreich für die teutschen, katholischen Bisthümer, Stifte und Klöster. Diejenigen des Reichs-Erzkanzlers waren allein von der allgemeinen Verfügung ausgenommen.

Die Landesherren erhielten in Folge dieses diplomatischen Staatsstreiches alle säkularisirten Kirchengüter zu freier und unbeschränkter Befugniss; jedoch mit der Bedingung, die Domkirchen, deren Beibehaltung genehmigt werden würde, auszustatten, und die Ruhegehalte der Prälaten und Geistlichen aller aufgehobenen Kirchen zu bestreiten. Die strengen Anhänger des Katholizismus in seinen weltlichen, finanziellen Interessen erhoben zwar mit Macht ihre Stimme gegen diese Verfügungen; allein die allgemeine Reichsversammlung vom J. 1803 erklärte sie für das einzige Mittel, den für das Wohl des gesammten teutschen Vaterlandes und die Erhaltung des Reichsverbandes selbst so nothwendigen Ruhestand zu befestigen und eine gute Ordnung im Reiche herzustellen. Unter dem 1. Februar 1805 erfolgte die

Bulle Pabst *Pius VII.*, welche die Versetzung des erzbischöfflichen Stuhles von Mainz nach Regensburg genehmigte. *) Ein katholischer Publizist, welchem wir, mit einzelnen Bemerkungen, hier wörtlich folgen, und welcher diese Verweltlichungen als kein geringes Unrecht und Unheil betrachtet, entwirft von den fernern Vorgängen, bis zur Restauration, nachstehende Schilderung: **)

„Der westphälische Friede hatte für secularisirt erkannt, was für die katholische Kirche durch die Kirchen-Reformation ohnehin schon verloren war. Diessmal erfolgte eine ungleich bedeutendere Secularisation ohne Kirchenänderung, und die Haupturheber sammt ihren Helfern, die zu Paris und Regensburg zu Markt sassen, waren selbst Katholiken." ***)

„Was ausserhalb der zu Teutschland gehörigen Staaten Oestreichs und etlicher preussischen Provinzen gerettet ward, und doch nur für kurze Zeit, bestand in dem kleinen Rest von alten und in den neuen Besitzungen des Kurfürsten-Reichserzkanzlers, dann in den Besitzungen der beiden geistlichen Ritterorden. Der Stuhl zu Mainz, den *Innocenz III.* in der katholischen Christenheit für den nächsten nach dem heiligen Stuhl zu Rom erklärt hatte, ward übertragen auf die Domkirche zu Regensburg. Als ob das Oberhaupt der katholischen Kirche dabei unbetheiligt und unberechtigt sey, und es seiner Sanction nicht bedürfe, †) verfügte die Reichsdeputation, wörtlich

*) In demselben Jahre erschien darüber ein scharfer Kommentar, in Form einer anonymen Flugschrift.

**) Neueste Einrichtung des kathol. Kirchenwesens in den königl. Preussischen Staaten. Frankfurt a. M. 1822.

***) Diess ist ein ungeziemender Ausfall auf *Dalberg* und *Wessenberg*. Wollte Gott, dass alle, welche damals, aus gewissen Kabineten, zu Berlin und zu Paris gesessen, für teutsche Kultur und Nation eben so sehr gesorgt hätten, als jene beiden Männer. Dieser Vorwurf, jedoch, den man auch in *Görres* „Teutschland und die Revolution," nur etwas stärker ausgesprochen, findet, kann wenigstens nicht alle treffen, welche zu Paris mit den französischen Bischöffen rathschlagten. Der Abbé *de Pradt* lehrt uns ein anderes.

†) Der heilige Vater hatte leider schon lange durch Verletzung vorhandener Konkordate ein böses Beispiel gegeben, und alles auf die Spitze der Gewalt gestellt. Wer vertragsmässiges Recht nicht hält, dem ist man es zu halten ebenfalls nicht schuldig. Der heilige Vater ruft alte Verträge und Uebereinkommnisse stets nur an, wenn sie ihm selbst nützen; im entgegengesetzten Falle finden sich zu Rom hundert Ausflüchte, deren Wirkung zu paralysiren.

nach der von den vermittelnden Mächten erhaltenen Vorschrift, dass „die Würden eines Metropolitan-Erzbischofs und Primas von Teutschland auf ewige Zeiten mit dem Stuhl zu Regensburg vereinigt bleiben“ sollten. Sie verfügte, dass „der Kurfürst-Erzkanzler nach den Statuten seiner alten Metropolitan-Kirche solle gewählt werden;“ ferner, dass „seine Metropolitan-Gerichtbarkeit sich über alle auf der rechten Rheinseite liegenden Theile der ehemaligen geistlichen Provinzen von Mainz, Trier und Cöln erstrecken solle, jedoch mit Ausnahme der königlich-preussischen Staaten; ingleichen für die salzburgische Provinz, so weit sich dieselbe über die mit Pfalzbaiern vereinigten Länder ausdehnt.“ Zugleich ward die Ausstattung des Kur-Erzkanzlers begründet auf die Fürstenthümer Aschaffenburg und Regensburg, mit Inbegriff der in der Stadt Regensburg befindlichen mittelbaren und unmittelbaren Stifte, Abteien und Klöster, auf die Reichsstadt Wetzlar, das Haus Compostell zu Frankfurt, und auf eine Jahrrente von 350,000 Gulden von dem Ertrag des Rheinschifffahrt-Octroi.“

„Unterdessen hatte der heilige Vater am 10. Sept. 1801 das französische Concordat geschlossen, und, die durch den Lüneviller Frieden von Teutschland an Frankreich geschehenen Territorial-Abtretungen stillschweigend berücksichtigend, durch eine Bulle vom 1. Dec. 1801 verordnet, dass nicht nur in dem alten Frankreich, sondern auch in den neu hinzugekommenen Ländern eine neue Eintheilung der Diöcesen statt haben solle. Bei dieser ward, unter Anderem, mit Aufhebung der zeitherigen Mainzer, Cölnischen und Trierischen Metropolitan-Gerechtsame auf der linken Rheinseite, so wie der erzbischöflich-cölnischen Diöcesan-Gerechtsame auf derselben Seite, ein neues Bisthum, das von Aachen, errichtet, und dem Erzbisthum Mainz widerfuhr, nach tausendjähriger Dauer, eine wesentliche Veränderung.“

„Durch den Lüneviller Frieden waren die teutschen Staaten auf der linken Rheinseite an Frankreich gekommen. Nicht nur die Provinz oder der Metropolitan-Sprengel des Erzbischofs von Mainz, sondern auch die Diöces oder der bischöfliche Sprengel desselben, hatte sich auf beide Seiten des Rheins erstreckt. Dieses konnte bei der scharfen politischen Abgrenzung zwischen

Teutschland und Frankreich fernerhin nicht bestehen. In der neuen kirchlich-geographischen Eintheilung ward der uralte Sitz des heiligen Bonifacius, dieses Apostels von Teutschland, aus einem erzbischöflichen in einen bloss bischöflichen verwandelt, die Domkirche zu Mainz hörte auf, eine Metropolitan-Kirche zu seyn, und ihr Bischof ward, mit dem auf der linken Rheinseite gelegenen Theil der Mainzer Diöces, ein Suffragan des Erzbischofs von Mecheln."

„Auf solche Weise war der auf der linken Rheinseite gelegene Theil der bisherigen Mainzer Diöces, wie politisch durch den Lüneviller Frieden, also nun auch kirchlich geschieden von demjenigen Theil, welcher auf der rechten Seite des Rheins gelegen ist. Auf diesen bestanden noch unverändert die Rechte des zeitherigen Erzbischofs von Mainz, *Carl von Dalberg*, und seines Domcapitels. Auch hatte der Pabst in der genannten Bulle vom 1. Dec. 1801 ausdrücklich die verwahrende Clausel hinzugefügt, „dass die Rechte, Privilegien und Jurisdictionen der Erzbischöfe, Capitel und Ordinarien, in den zu Frankreich nicht gehörigen Landestheilen, fortbestehen sollten."

„Demnach hatte man auf der rechten Rheinseite noch einen Rest von vormaliger Mainzer Diöces und Provinz. Es bestand dafür noch ein Erz- und Bischof, mit einem Domcapitel. Aber für beide ermangelte es an einem Sitz, einer Residenz, und an einem Titel. Ward ein neuer Sitz dafür errichtet, so konnten auf solchen die Rechte und Vorzüge des Mainzer Erzstiftes übertragen werden."

„In dieser Erwägung richtete der heilige Vater sein Augenmerk auf die Domkirche zu Regensburg, bei welcher, durch das Ableben ihres Bischofs, im Jahr 1803 eine Sedisvacanz eingetreten war, und deren Administration er vorhin schon dem vormaligen Erzbischof von Mainz, *Carl von Dalberg*, übertragen hatte. In einem Consistorium, welches er am 1. Feb. 1805 in dem erzbischöflichen Palast zu Paris hielt, erhob er die vacante Domkirche zu Regensburg zu einer „Metropolitan-Kirche, mit erzbischöflicher Dignität, Jurisdiction und Superiorität, so wie mit denjenigen Privilegien und Vorrechten, Titeln, Ehren und Vorzügen, welche der Stuhl zu Mainz und dessen Erzbischöfe, rechtmässig und ruhig besessen hatten."

„Zugleich bestimmte Se. Heiligkeit zur bischöflichen Diöces dieses neuen Metropolitans, „einstweilen“: 1) denjenigen Theil der Mainzer Diöces auf der rechten Rheinseite, über welchen dem vormaligen Mainzer Erzbischof, *Carl von Dalberg*, die bischöfliche Jurisdiction unverrückt geblieben war; 2) denjenigen Theil der Regensburger Diöces, welcher (vermöge des Reichsdeputations-Hauptschlusses vom 25. Febr. 1803) der Landeshoheit des damaligen Reichs-Kurerzkanzlers, gewesenen Erzbischofs von Mainz, unterworfen war; der übrige, der Landeshoheit anderer Fürsten unterworfene, Theil dieser Diöces, sollte der, durch päpstliche Anordnung bereits bestehenden, geistlichen Administration desselben Erzbischofs anvertraut bleiben.“

„Als Suffragane der neu errichteten erzbischöflichen und Metropolitan-Kirche von Regensburg, wurden ihr von dem Papst angewiesen: 1) diejenigen Bischöfe und deren Kirchen auf dem rechten Rheinufer, welche vorhin zu dem Mainzer Metropolitan-Sprengel gehörten; 2) die übrigen Bisthümer auf der rechten Seite des Rheins, welche dem Metropolitanrecht der Erzbisthümer Trier, Cöln und Salzburg unterworfen gewesen waren, oder es damals noch waren, jedoch unter der Bedingung, dass hiezu die (von dem neuen Regensburger Erzbischof nachzusuchende) Einwilligung des Erzbischofs von Salzburg und des gewesenen Erzbischofs von Trier, so wie des Cölnischen Domcapitels, erfolge; im übrigen mit Ausnahme der unter östreichischer und preussischer Hoheit gelegenen Kirchen, und allenthalben unter Vorbehalt der Gerechtsame des heiligen Stuhls, in Absicht auf Diöcesan-Errichtung und Eintheilung der Provinzen.“

„Als Erzbischof ward dieser neuen Regensburger Metropolitan-Kirche vorgesetzt, der gewesene Erzbischof von Mainz, *Carl von Dalberg*, mit der Befugniss, dieselbe in spiritualibus et temporalibus zu regieren und zu verwalten.“

„Die Einrichtung eines neuen Metropolitan-Capitels für die Regensburger erzbischöfliche Kirche, und eigener Statuten für dasselbe, übertrug Se. Heiligkeit dem neuen Erzbischof, doch mit Berücksichtigung des allseitigen Interesse, und mit Vorbehalt der päpstlichen Genehmigung, auch, bis dahin, ohne Beeinträchtigung der Gerechtsame der Mainzer und Regensburger Domherren. Diesem Kapitel sollte, nach erhaltener päpstlicher

Genehmigung, im Fall einer Erledigung des erzbischöflichen Stuhls, die Erwählung eines neuen Erzbischofs von Regensburg zustehen, und zwar in Gemässheit der Rechte und Statuten der alten, nun supprimirten, Mainzer Metropolitan-Kirche. Würde jedoch, vor Errichtung und päpstlicher Bestätigung des Regensburger Metropolitan-Capitels, eine Regensburger Sedisvacanz eintreten, so sollten bloss die Domherren der vormaligen Mainzer Domkirche, innerhalb des gesetzmässigen Zeitraums, und zwar nach der Form und den Statuten der supprimirten Mainzer Metropolitan-Kirche, zu der Wahl eines neuen Erzbischofs von Mainz schreiten, mit Vorbehalt päpstlicher Genehmigung."

„Würde der neue Erzbischof von Regensburg sterben, ehe von dem römischen Hof über denjenigen Theil der Regensburger Diöces, welcher unter fremder Staatshoheit steht, und welcher der Administration des genannten Erzbischofs anvertraut war, verfügt wäre, so behielt sich der Papst desshalb beliebige Verfügung bevor."

„Alle diese Bestimmungen enthält ein päpstliches Breve, datirt Paris vom 1. Febr. 1805, welches, so viel man weiss, nirgend noch gedruckt ist. Unverkennbar ist darin der 25. §. des Reichsdeputations-Hauptschlusses zur Grundlage genommen, aber mit altrömischer Vorsicht, welche den Geist päpstlich-hierarchischer Machtvollkommenheit nie verläugnet *), ist darin jedes Wort vermieden, welches an die Secularisation in Teutschland erinnern könnte, an den Deputations-Recess oder an irgend eine andere von weltlichen Mächten getroffene Uebereinkunft. Die ganze Anordnung, selbst die Ernennung des neuen Erzbischofs, erscheint als freie Willensbestimmung des Papstes. Die

*) Diess hat man leider in neuester Zeit zur Genüge wieder erfahren. Die Bereitwilligkeit und Geschmeidigkeit des Pabstes jedoch, zu einer Zeit, wo er vom ersten Konsul, und dem Kaiser der Franzosen noch etwas zu hoffen oder zu fürchten hatte, ist ihres apostolischen Charakters wegen besonders bemerkenswerth. Nach dem Verf. dieser Schilderung selbst also scheint der Pabst hier doch ganz aus freiem Willen gehandelt zu haben. Die ewige Chamäleons-Natur der römischen Politik, welche ohne irgend einen innern, edlern Charakter, stets nur mit den Umständen buhlt, und niederträchtig und hochmüthig, je nach denselben, immer nur Profit, im gemeinen Sinne des Wortes, sucht, diese ist es, welche den aufgeklärten Katholiken längst jene Verachtung eingeflösst hat, mit welcher sie über den Missbrauch einer rein-geistigen Gewalt erfüllet sind.

Veranlassung dazu wird mit wenigen Worten im Eingang bloss von der neuen, durch die Bulle vom 1. Dec. 1801 erfolgten Diöcesan-Eintheilung Frankreichs hergeleitet. Aber eine Bestimmung des Reichsdeputations–Hauptschlusses ist nicht aufgenommen, mithin verworfen, diejenige, dass der Metropolitan-Erzbischof von Regensburg Primas von Teutschland seyn solle. Bemerkenswerth ist, dass dessen ungeachtet der Erzbischof in seinem Staats-Titel noch im Jahr 1807 sich „Erzbischof und Primas“ nannte, und diesen geistlichen Primat sorglich von seinen weltlichen durch den Beisatz unterschied, „Fürst-Primas der rheinischen Conföderation.“

„Nach den Berechnungen einer gewöhnlichen Politik hätte man vertrauen können, dass diese kirchliche Einrichtung von langer Dauer seyn werde, und dass das Secularisationswesen in Teutschland mit dem Reichsdeputations-Schlusse sein Ende erreicht habe. Aber schon die nächste Folgezeit belehrte vom Gegentheil.“

„Dem tausendjährigen Reich der Teutschen sprach der rheinische Bund (12. Jul. 1806) das Vernichtungsurtheil. Den neuen Erzbischof von Regensburg verwandelte die Bundes-Acte aus einem Kurfürsten-Erzkanzler und Landesherrn des teutschen Reichs, in einen Fürsten-Primas des rheinischen Bundes und souverainen Fürsten von Regensburg, Aschaffenburg, Frankfurt und Wetzlar; von Frankfurt, weil diese altehrwürdige, durch ihre Handelsbeziehungen für einen grossen Theil von Europa wichtige Reichsstadt, nebst ihrem Gebiet, seinem Scepter in der Bundes-Acte unterworfen ward.“ *)

„Auch diesem Verhältniss war nur kurze Dauer verliehen. Vermöge eines mit dem Protector des Bundes am 19. Febr. 1810 geschlossenen Vertrags führte seit dem 1. März 1810 der Fürst-Primas den Titel: Grossherzog zu Frankfurt, Fürst-Primas des rheinischen Bundes, Erzbischof zu Regensburg. Er musste nämlich, ausser der teutschen Hälfte des Ertrags vom

*) Fast sollte man aus dieser und aus andern Stellen mehr, schliessen, dass der Verfasser jener Schrift, woraus gegenwärtiger Auszug entnommen, ein geborner Frankfurter sey. Man weiss, wie viele Frankfurter den edlen Prälaten, längere Zeit ihren Fürsten, der ihnen nur Gutes erzeigte, im Uebermuthe nachmals behandelt haben.

Rheinschifffahrt-Octroi, das Fürstenthum Regensburg an *Napoleon* abtreten, der es sofort an Baiern überliess. Zwar erhielt er, als Ersatz, den grössten Theil des Fürstenthums Fulda und der Grafschaft Hanau, die, nebst seinen übrigen Ländern, von nun an das Grossherzogthum Frankfurt bildeten, aber zugleich erklärte *Napoleon* diesen Gesammtstaat, der nunmehr die Ausstattung des Erzbisthums hätte bilden sollen, eventuell für secularisirt."

„Durch eine Acte vom 1. März 1810 verordnete dieser Beschützer, dass nach dem Ableben des damaligen Grossherzogs, Primas und Erzbischofs, das Grossherzogthum, vereinigt mit der Würde eines Primas des rheinischen Bundes, als Erbstaat an seinen Stief- und Adoptiv-Sohn fallen solle, an den Prinzen *Eugen Napoleon*, damaligen Vicekönig von Italien. Dieser Erb-Souverain sollte dann, wenn der erzbischöfliche Stuhl, für welchen der damalige Erzbischof im Mai 1806, kurz vor Errichtung des rheinischen Bundes, den Cardinal *Joseph Fesch*, *Napoleons* Stiefoheim, von dem Papst zum Coadjutor und Nachfolger sich erbeten hatte, von Regensburg nach Frankfurt versetzt seyn werde, dem von ihm hiezu ernannten Prälaten eine Jahrrente von 60,000 Franken entrichten. So wäre der Stuhl von Regensburg, den der Reichsdeputations-Hauptschluss auf ein Staatsgebiet mit Landeshoheit gesetzt hatte, ohne Land unter fremde Herrschaft versetzt worden."

„Die Versetzung erfolgte nicht, wohl aber die Secularisation. *Napoleon* fiel, und mit ihm das Grossherzogthum Frankfurt, über dessen Bestandtheile die Schluss-Acte des Wiener Congresses verfügte. Nach der Völkerschlacht von Leipzig hatte der Grossherzog und Erzbischof, sein Schicksal ahnend, das Grossherzogthum verlassen, und sich in sein Bisthum Constanz zurückgezogen, wo er, vielleicht für das, was er in seinem engen Verhältniss mit *Napoleon* in den Augen des heiligen Vaters verschuldet haben mochte, *) in dem Seminarium zu Meersburg

*) Er hatte nicht mehr verschuldet, als Kaiser, Könige, Fürsten, Staatsmänner und Patrioten, welche binnen 20 Jahren so vielmal ihre Gesinnungen änderten und der Nothwendigkeit sich ergaben, ohne die grossartige Persönlichkeit zu retten, welche *Karl v. Dalberg* bis zu seiner Todesstunde begleitet hat.

etliche Monate lang nach päpstlicher Vorschrift Pönitenz that; *) er, dem acht Jahre früher das oben erwähnte Breve vom 1. Febr. 1805 „a censuris cum effectu“ absolvirt hatte. Kurz vor dem Wiener Congress verlegte er seinen Wohnsitz nach Regensburg, seine Wirksamkeit auf geistliche Angelegenheit beschränkend. Die Congress-Acte bewilligte ihm, als „vormaligem geistlichen Fürsten“, eine Jahrrente von 100,000 Gulden; sie nannte ihn „Fürst Primas“. Zu Regensburg am 10. Febr. 1817, starb dieser durch Würden, wie durch Geist und Gemüthlichkeit ausgezeichnete Prälat, ein denkwürdiger Gegenstand der Launen des Schicksals, denen in jenem Sturm der Zeit auch ein weniger bewegliches Gemüth nicht gänzlich würde entgangen seyn.“ **)

„Die beiden geistlichen Ritterorden, der Teutsche und der Johanniter-Orden, hatten auf dem Reichsdeputations-Tag zu Regensburg ihre teutschen Besitzungen, ebenfalls katholisches Kirchengut, das einzige reichsunmittelbare, welches neben dem kurerzkanzlerischen der Deputations-Schluss verschont hatte, aus dem Secularisations-Strudel noch gerettet. Sogar Entschädigung für ihren Verlust in dem teutschen Ländertheil der linken Rheinseite hatten sie erhalten. Aber in dem Zeitraum von dem Presburger Frieden von 1805 bis zu dem Wiener von 1809 ging auch für sie Alles verloren.“

„Dem Johanniter-Orden teutscher Zunge nahm der Presburger Friede die Grafschaft Bondorf für Wirtemberg, und verschiedene in andern teutschen Ländern zerstreut liegenden Besitzungen und Gefälle. Die rheinische Bundes-Acte entzog

*) Die Haupt-Pönitenz war wohl: das Gefühl erlittenen Undankes von Seite mancher Menschen, denen er Wohlthäter gewesen; die Gemeinheit des Betragens von Personnagen, welche mit patriotischen Sentimens ein Métier trieben. Es gab Leute, welche, wie gegen *Napoleon* selbst, also auch gegen *Dalberg*, den Tritt bei dem gefallenen Löwen sich erlaubten. Diese Subjecte, welche den edlen Mann selbst am Fuss des Altars mit Schmähungen verfolgten, hat die Zeit und der bessere Theil der Nation bereits gerichtet.

**) Wir danken dem guten Manne für dieses Epitaphium. Zum Glücke bedarf *Dalberg* weder sein Bedauern, noch sein Lob. Kompetentere Stimmen haben darüber entschieden. Das teutsche Volk wird, trotz jener Anhänglichkeit an *Napoleon*, das Andenken eines der edelsten Prälaten und Fürsten ehren, wenn alle Römlinge von ihm längst vergessen seyn werden. Die neuesten Begebenheiten haben uns den Werth von manchem Frühern erst recht fühlbar gemacht.

ihm für Baden auch den Rest seiner Besitzungen, das Fürstenthum Heitersheim und alle Zugehörungen desselben. Wirtemberg zog die in seinem Lande befindlichen Gefälle des Ordens ein, und bildete daraus eine Dotation seines Militär-Verdienstordens. Dasselbe that der König von Westphalen, durch ein Decret vom 16. Febr. 1810, zur Dotation des Ordens der westphälischen Krone. Die Güter der baierischen Zunge wurden, durch ein Edict vom 8. Sept. 1808, den Staatsdomainen einverleibt. Als schon die Grafschaft Bondorf abgerissen war, machte das Johannitermeisterthum oder das malteser Grosspriorat der teutschen Zunge, seine nahe gänzliche Auflösung ahnend, einen Versuch, durch einen Staatsstreich sich zu retten. Am 28. Jänner 1805 schlossen zu München die Bailli's von Pfürd und von Flachslanden einen Vertrag mit Baiern, durch welchen dem noch minderjährigen königlichen Prinzen *Carl* von Baiern, der schon Grossprior der baierischen Ordenszunge des Malteser-Ordens war, die Würde eines Coadjutors und Nachfolgers des fünf und achtzigjährigen Fürsten Johannitermeisters versprochen ward. Dagegen nahm der König unter seinen unmittelbaren Schutz nicht nur die alten Besitzungen des teutschen Grosspriorats; er versprach auch, allen seinen Einfluss anzuwenden, um ihm zu dem Genuss der im Deputations-Schluss zugesicherten Entschädigungen zu verhelfen. Der König eröffnete diese Maassregel den Höfen von Stuttgart und Carlsruhe, wider welche die zuletzt erwähnte Stipulation zunächst gerichtet war; er liess auch in Rom durch seinen Gesandten ein Breve zur Wahlfähigkeit und Dispensation von dem Gelübde der Ehelosigkeit für den Prinzen nachsuchen; aber der ganze Vertrag blieb ohne Folge." *)

„Nicht besser erging es dem Teutschen Orden. Die

*) Ueber den Johanniter-Orden und dessen letzte Verhältnisse vgl. die interessante Schrift eines der ausgezeichnetsten kathol. Kanonisten, *J. A. Sauter*, Verf. der Fundamenta Juris Ecclesiastici, welcher ebenfalls die Ehre genoss, exkommunizirt zu werden, und später angehalten wurde, Pönitenz zu thun. Der Hof bestimmte ihn, das Büchlein zu schreiben; als es gedruckt war, konfiszirte man es. „Diess ist Herrenlohn" — pflegte der würdige Greis mit ironischem Seufzer auszurufen, wenn er bei Erwähnung des Maltheser-Ordens in seinen Vorträgen auf die Schicksale jener Schrift zu sprechen kam.

Familienverhältnisse des Teutschmeisters, des Erzherzogs *Anton* von Oestreich, schienen ihm Anfangs einigen Halt zu verschaffen; doch blieb es bei dem Schein. Kaum hatte, im Herbst 1805, *Napoleon* den Feldzug wider Oestreich eröffnet, als Baiern, Wirtemberg und Baden die in ihren Gebieten befindlichen Ordensgüter in Besitz nahmen, um, jeder für sich, bei dem vermutheten nahen Schiffbruch des Ordens, wenigstens so weit das Zuvorkommungs- und Zurückbehaltungsrecht üben zu können. Der Presburger Friede (26. Dec. 1805) erklärte für erblich, im Mannstamm nach Erstgeburtrecht eines von dem Kaiser von Oestreich zu benennenden Prinzen seines Hauses, die Würde des Teutschmeisters, die Gerechtsame, Domainen und Einkünfte, die vor dem jetzigen Krieg nach Mergentheim, dem Hauptort des Ordens, gehörten, dessgleichen die übrigen Rechte, Domainen und Einkünfte, die in dem Zeitpunct der Auswechselung der Ratificationen des Friedens mit dem Teutschmeister würden verbunden seyn, endlich diejenigen Domainen und Einkünfte, in deren Besitz der Orden in demselben Zeitpunkt sich befinden werde. Zugleich ward die in dem Bodensee gelegene Commende Meinau an Baden abgetreten."

„Ueber den Sinn jener Stipulation erhob sich ein Streit zwischen dem Hoch- und Teutschmeister und denen Höfen, die in ihren Gebieten während des Kriegs Ordensgüter occupirt hatten. Aber, ehe noch dieser Streit geschlichtet war, erklärte *Napoleon*, im Anfang seines nächstfolgenden Kriegs mit Oestreich, durch ein von Regensburg datirtes Decret vom 24. April 1809, den Teutschen Orden für aufgehoben in allen rheinischen Bundesstaaten, indem er zugleich dessen ganzes Besitzthum den Bundesfürsten zuwies, in deren Gebiet es gelegen war. In dem Wiener Frieden vom 4. Oct. 1809, erkannte Oestreich diese Verfügung an, in Ansehung aller ausser dem östreichischen Gebiet gelegenen Ordensgüter. *Napoleons* Decret ward eine fruchtbare Mutter von Zwistigkeiten zwischen den Fürsten, die sich in das Ordensgut und die Schulden und Pensionen der Ordensglieder zu theilen hatten, zwischen Baiern, Wirtemberg, Baden, Hessen, Nassau und den Theilhabern des vormaligen Grossherzogthums Frankfurt, bis solche durch einen reichhaltigen Hauptvertrag, geschlossen zu Mergentheim am 18. Mai 1815,

beigelegt wurden. Vorher schon waren in der rheinischen Bundes-Acte einzelne Ordens-Commenden an Baiern, Wirtemberg, Baden und Hohenzollern-Hechingen, mit Proprietät und Souverainetät, gegeben worden. Endlich wendete, im Sept. 1811, auch der König von Sachsen die Teutschordens-Güter seines Landes den Universitäten Leipzig und Wittenberg, dann den Fürstenschulen Pforte, Meissen und Grimma, als unwiderrufliches Eigenthum zu. So ist denn diesem Orden von seinem reichen Erbtheil nichts übrig geblieben, als seine Besitzungen in Oestreich, und im Königreich der Niederlande die Güter der Ballei Utrecht. Das Ordenshaus in der freien Stadt Frankfurt, nebst den dazu gehörigen Gütern und Gefällen, besitzt Oestreich mit Souverainetät und Proprietät, kraft der Wiener Congress-Acte, Art. 51.“ *)

„So kann man mit Wahrheit sagen, dass auf dem Gebiet des teutschen Reichs, nach seinem Umfang von 1792, Niemand war, für welchen die französische Revolution Grundursache geworden ist, zu so grossem und allgemeinem Verlust, wie für die katholische Kirche. Man schätzt, ungefähr, den aus den vorerwähnten Secularisationen für sie hervorgegangenen Verlust, an Grundbesitzungen, Einwohnern und Einkünften (diese in rheinischen Gulden), den Werth der Landesherrlichkeit ungerechnet, auf beiden Seiten des Rheins: **)“

	Q. M.	Einw.	Einkünfte, Fl.
1) auf der linken Rheinseite, auf .	424.	800,600.	5,430,000.
2) auf der rechten Rheinseite, an			
a) unmittelbaren Besitzungen .	1,295.	2,361,176.	12,726,000.

*) Dieser in jede Art Gemeinheit und Schändlichkeit während der letzten Zeit seiner Dauer versunkene Orden hatte bloss das Schicksal erfüllt, dessen die öffentliche Meinung ihn längst würdig erklärt hatte. Wie Don Quixote die irrende Ritterschaft noch im 16. Jahrhunderte zu behaupten unternahm, so wollte der Maltheser-Orden lächerlicherweise noch im 19. Jahrhunderte die Welt von der Nothwendigkeit seiner Wiederherstellung überzeugen und in Griechenland ärndten, was er nicht gesäet hatte. Diess ist der grösste Fluch der Mittelmässigkeit und Nichtigkeit, dass sie ihren Tauf- und Sterbeschein nicht zu lesen versteht.

**) *Klüber's* Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des wiener Congresses, 3. Abth., S. 404.

	Q. M.	Einw.	Einkünfte Fl.
b) mittelbaren 78 Stifte und 209 Abteien, ohne die Mönchklöster . . .		. .	2,870,000.
Zusammen . .	1,719.	3,162,576.	21,026,000.

„Sonach blieb, da selbst päpstlicher Bannstrahl fruchtlos gewesen wäre, da Warnung und Beschwörung im Beichtstuhl ihre Wirkung verfehlt hatten, der katholischen Geistlichkeit, vom Höchsten bis zum Niedrigsten, Nichts übrig, als, nach einer bündigen Rechtsverwahrung, sich in die Härte des unerbittlichen Schicksals zu fügen, und sich der Hoffnung einer versöhnenden Zukunft unter Gebet und Seufzen zu überlassen.“ *)

„Preussens Länderverlust im Tilsiter Frieden, und die französische Eroberung der hannöverischen und kurhessischen Staaten war ein neues Missgeschick für die katholische Kirche Teutschlands; sie dienten grossentheils zur Ausstattung des neuen Königreichs Westphalen und des Grossherzogthums Berg. Hiezu kam, dass *Napoleon*, vom December 1806 bis in den October 1808, den teutschen Bund, angeblich nur für Südteutschland gestiftet, bis an die Küsten der Ost- und Nordsee, durch Aufnahme von drei und zwanzig Bundesstaaten zu den ursprünglichen sechzehn, erweiterte, ja dass er sogar, durch ein Senatus-Consult vom 13. Dec. 1810, sein eigenes Kaiserreich bis an eben diese Küsten ausdehnte, indem er die drei Hansestädte, die Staaten von Oldenburg, Salm-Salm und Salm-Kyrburg, und den grössten Theil der herzoglich-arenbergischen, so wie verschiedene Bezirke des Königreichs Westphalen und des Grossherzogthums Berg, unter dem Namen des hanseatischen und des Lippe-Departements, mit Frankreich vereinigte. Es ward nun auf diese neuen Provinzen das französische Konkordat von 1801 für anwendbar erklärt, und ihnen ein neues Bisthum, Münster, an die Stelle des alten, bestimmt.“

*) *Klüber's* Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des wiener Congresses, 3. Abth., S. 407.

„Der Reichsdeputations-Hauptschluss hatte (§. 62) festgesetzt, dass die erzbischöflichen und bischöflichen Diöcesen in ihrem bisherigen Zustande bleiben sollten, bis eine andere Diöcesan-Einrichtung auf reichsgesetzliche Art getroffen seyn werde, wovon dann auch die Einrichtung der künftigen Domcapitel abhange. Er hatte (§. 35) denen Landesherren, welche von der ihnen ertheilten allgemeinen Secularisations-Befugniss Gebrauch machen würden, eine Verwendung secularisirter Güter zur festen und bleibenden Ausstattung derjenigen Domkirchen zur Pflicht gemacht, welche würden beibehalten werden. An Ausführung dieser heilsamen Bestimmungen war nunmehr nicht zu denken, da mit der untergegangenen Reichsstaatsgewalt der Mittelpunkt, von welchem der nöthige Antrieb ausgehen musste, verschwunden war, der Beschützer des rheinischen Bundes Angelegenheiten dieser Art wenig oder nicht beherzigte, so viele Veränderungen der in dem Deputations-Schluss als wesentlich vorausgesetzten Umstände eingetreten, und noch täglich zu besorgen waren, so dass man fast allgemein sich gewöhnt zu haben schien, den ganzen politischen Zustand der Dinge als unsicher und vorübergehend, wenigstens nur als einstweilig oder provisorisch zu betrachten."

„Zu einem festen Zustande, auch in Hinsicht auf die katholisch-geistlichen Verhältnisse, konnten erst der Pariser Friede und die Schluss-Acte des Wiener Congresses verhelfen. Die teutschen Länder auf der linken Rheinseite wurden von Frankreich wieder getrennt, die preussische Monarchie ward wieder hergestellt und sogar bis an Frankreichs Gränzen ausgedehnt, Hannover, Braunschweig, Kurhessen und Oldenburg wurden in ihre Staaten wieder eingesetzt. Wirzburg und Aschaffenburg kamen an Baiern, Fulda grösstentheils an Kurhessen, Frankfurt ward wieder frei, Oldenburg, Coburg und Hessen-Homburg erhielten souveraine Landestheile links des Rheins, der teutsche Bund ward gestiftet, und teutsche Rechtlichkeit kehrte in den Schoos der Regierungen zurück."

„Der Wiener Congress, auf welchen die katholische Kirche in Teutschland hinblickte, fand die kirchlichen Stiftungsgüter, die Güter der Domcapitel, so viele andere Fonds für den Kultus, entweder veräussert, oder mit den Staatsdomainen vereinigt,

und fast nirgend davon für die Kirche gesorgt. Ihre alten Bischöfe, doch nur pensionirt, hatten noch Regensburg und Constanz, Hildesheim und Paderborn, Eichstädt, Passau und Corvei, alle, bis auf die beiden zuletzt genannten, schon über siebenzig Jahre alt. Der Bischof von Fulda starb an demselben Tage, wo der Congress eröffnet ward. Dieser und alle hier nicht genannten Bischöfesitze, mit Ausnahme des Mainzer, der nach dem französischen Concordat besetzt war, fand man erledigt, und dabei fehlten die Capitel, welche die erledigten Diöcesen hätten administriren können. Die noch übrigen Domcapitularen, meist sehr alt, waren pensionirt und zerstreut.“

„Unter diesen Umständen war zu erwarten, dass an den Congress auch für die katholische Kirche in Teutschland dringende Anträge gemacht würden. Die ausgedehntesten waren die, welche der heilige Vater unmittelbar, durch seinen Legaten, den Cardinal *Consalvi*, machte. Er forderte geradezu: Wiederaufrichtung des heiligen römischen Reichs, als eines Mittelpunctes der politischen Einheit (aller christlichen Staaten), consecrirt durch die Heiligkeit der Religion; Wiederherstellung der weltlichen Fürstenthümer, deren man die Kirche beraubt, und die man sogar weltlichen Fürsten, katholischen und nichtkatholischen, zugetheilt habe; Herausgabe der Güter und Einkünfte der Geistlichkeit, sowohl der weltgeistlichen, als auch der regulären, beiderlei Geschlechtes, und stiftungsmässige Verwendung derselben. Diese Anforderungen waren so weitgreifend, dass ein Umsturz der Dinge, demjenigen der französischen Revolution nicht unähnlich, dazu gehört hätte, sie zu befriedigen.“ *)

„Ueberdiess traten auf dem Congress für die teutsche katholische Kirche im Ganzen, drei Oratoren, wie sie sich nannten, gemeinschaftlich auf, alle drei für nicht aufgetragene Geschäftsführung in guter Absicht (negotiorum gestio); Freiherr

*) Ja wohl! Der Pabst forderte noch viele andere Dinge, welche in den Protokollen öffentlich zu nennen, den guten Freunden und Beschützern Politik verbot. Nachmals protestirte er gegen den Wiener Kongress, der ihm doch geistliche und weltliche Macht zurückgegeben, wie weiland sein Vorfahr gegen den westphälischen Frieden, führte den Jesuitism und die Inquisition ein u. s. w. Solche Glückseligkeiten brachte den katholischen Völkern die Beendigung des Provisoriums.

von Wambold, Domdechant von Worms, *Helfferich*, Präbendar bei der Domkirche zu Speier, und *Schies*, ein Weltlicher, vormals Syndicus des Andreasstiftes zu Worms. Sie bestrebten sich, die Ungültigkeit und Nichtigkeit der durch den Reichsdeputations-Schluss verfügten Secularisation darzuthun. Sie verlangten Zuziehung der Repräsentanten ihrer Kirche auf dem Congress, bei Berathung der teutschen Angelegenheiten, so weit die Kirche dabei interessirt sey. In der Hauptsache forderten sie für die Kirche zurück: alle ihre kirchlichen Besitzungen, welche noch nicht veräussert sind; ihre veräusserten Besitzungen, so weit sie nach Rechtsgrundsätzen einlösbar sind; in Ansehung des übrigen Kircheneigenthums: zureichenden Ersatz durch angemessene Entschädigung, in unbeweglichem Besitzthum, wenigstens so viel als zur Fundation der Bisthümer, der Domcapitel, der Seminarien, der Pfarreien, der kirchlichen und wohlthätigen Institute nöthig sey. Endlich begehrten sie, dass die Kirche in ihre eigenthümlichen Rechte wieder eingesetzt, und in dem Besitz ihrer Rechte, mit Inbegriff der freien Wahl der Bischöfe durch die Capitel, gesichert werde, dass man, in Absicht auf die Verhältnisse der Kirche zu dem Staat, den frühern Zustand wieder herstelle, und dass auch in allem Uebrigen der Grundsatz der alten teutschen Kirchenfreiheit als Grundlage aufgestellt werde. Endlich widersetzten sich diese Wortführer der Einrückung eines in Vorschlag gekommenen Artikels in die teutsche Bundes-Acte, worin der katholischen Kirche eine Verfassung bloss verheissen ward, „welche, unter der Garantie des Bundes, ihre Rechte und die zu Bestreitung ihrer Bedürfnisse nothwendigen Mittel sichern sollte."

„Neben diesen Oratoren entwickelte auf dem Congress, für die katholische Kirche im Ganzen, vorzügliche Thätigkeit der General-Vicar des Bisthums Constanz, Freiherr *von Wessenberg*, seitdem bekannter noch geworden durch ein Missverständniss mit der römischen Curie. Er verlangte unter Anderem, dass für kanonische Einrichtung und Ausstattung der Kirche, ihrer Erz- und Bisthümer, durch ein mit dem Papst ehestens abzuschliessendes Conkordat gesorgt werde; dass alle Bisthümer zusammen ein Ganzes bilden sollten, als teutsche Kirche, unter einem Primas; dass die Bisthümer und Domcapitel, so viel

möglich, möchten erhalten werden, doch mit Vorbehalt angemessener Berichtigung der Diöcesan-Gränzen; dass sie mit liegenden Gründen, verbunden mit Landstandschaft, möchten dotirt werden, unter eigener, selbstständiger Verwaltung; dass überhaupt die freie Wirksamkeit der Kirchenbehörden, von den Staatsbehörden nicht beeinträchtigt, vielmehr geschützt werde."*)

„Für particuläre Gegenstände, für die Sustentation der Mitglieder der secularisirten Erz-, Dom- und anderer geistlichen Stifte, auf beiden Seiten des Rheins, für die Pensionen der Mitglieder des teutschen Ordens und des Fürsten Primas, traten eigene Wortführer auf."

„Derjenige Theil der Congress-Bevollmächtigten, welcher sich mit der Errichtung des teutschen Bundes beschäftigte, widmete auch der katholischen Kirchenangelegenheit seine Aufmerksamkeit. Er fand bald, das eine mehr, als der oben angeführte Artikel, in das Einzelne gehende Bestimmung der Bundes-Acte unüberwindliche Schwierigkeiten finden werde. Ja, es kam sehr und wiederholt zur Erörterung, ob auch nur dieser, von Oestreich und Preussen in Vorschlag gebrachte, Artikel aufzunehmen sey? Am Ende siegte sogar, nach auffallendem Hin- und Herwanken, auf Baierns Antrag, die verneinende Meinung, obgleich der päpstliche Legat der Einrückung nicht abhold war. Es blieb also der ganze, hochwichtige Gegenstand in der Bundes-Acte unberührt."

„Der päpstliche Hof war mit Begehungs- und Unterlassungshandlungen des Congresses unzufrieden. Er fand weder die Territorial- oder weltlichen Ansprüche und Gerechtsame des heiligen Stuhls, noch die kirchlichen Angelegenheiten gehörig berücksichtigt. Daher übergab, am Schluss des Congresses, der Cardinal-Legat eine feierliche Protestation wider alle Verfügungen und Unterlassungen desselben, welche die römi-

*) Diess ist sehr wahr! Der Freiherr *von Wessenberg*, den man gleichwohl bald darauf als Feind der katholischen Kirche hinzustellen sich bemühte, hat damals fast nur zuviel gethan und den erfrornen Wolf in der Fabel grossmüthig aufwärmen helfen. Er wendete für die katholischen Kircheninteressen seinen eigenen und seines Bruders Einfluss an. Die Papiere des verstorbenen *Consalvi* könnten darüber Zeugniss geben. Aber die römische Kurie hat nie für Wohlthaten, nur für Beleidigungen ein Gedächtniss.

sche Curie der römisch-katholischen Kirche überhaupt, sodann dem Interesse der katholischen Kirche Teutschlands, wie auch den Territorial-Ansprüchen und Gerechtsamen des heiligen Stuhls insbesondere, für nachtheilig hielt." *)

„Hätte gleich der Congress ein leidendes Verhalten, in Absicht auf die katholisch-kirchlichen Angelegenheiten, für räthlich erachtet, so war doch einleuchtend, dass diese in dem Zustande, worin sie sich befanden, ohne wesentlichen Nachtheil der Kirche, und ohne Beunruhigung vieler Gewissen, in die Länge nicht bleiben konnten. Der Episcopat, dieser wesentliche Bestandtheil der katholischen Hierarchie, war in einem grossen Theil wo nicht seinem Untergang, doch seinem Verfall nahe, wenigstens war seine Existenz für die Zukunft nicht gesichert. Seit 1803 hatte der Erzbischof-Metropolit von Regensburg bei dem päpstlichen Stuhl dringende Vorstellungen desshalb eingereicht; es schien aber, dass man hier über die zu ergreifenden Maasregeln mit sich nicht einig werden konnte, und dem altrömischen, oft bewährt erfundenen Temporisirungs-System auch diessmal den Vorzug gab." **)

„Im Jahr 1810 sprach der Erzbischof-Metropolit seine Wünsche und Vorschläge sogar in einer eigenen Druckschrift aus. Der Friede der teutschen Kirche, meinte er, werde hergestellt, wenn das französische Concordat auch für die rheinischen Bundesstaaten aufgenommen würde. Dann werde jeder Staat einen oder mehrere Bischöfe zu ernennen haben, die, nach erhaltener päpstlicher Bestätigung, dieselbe geistliche Gewalt auszuüben hätten, wie die französischen Bischöfe. Die bischöfliche Dotation habe jeder Souverain zu geben. Kleinere Staaten würden sich zu abwechselnder Benennung des Bischofs zu vereinigen haben. Der Erzbischof erklärte sich sogar bereit, seine Metropolitan-Gerechtsame in den Bundesstaaten ganz aufzugeben, wenn der heilige Vater und der Protector dieses

*) Alle hier erwähnten Congressverhandlungen findet man ausführlich und nach ihrem Zusammenhang vorgetragen und beurtheilt in *Klüber's* angef. Uebersicht etc., Abth. 3, S. 397—503.

**) Der römische Hof wird so lange fortfahren zu temporisiren, bis die mächtige Tempus auch ihn mit allen seinen Prätensionen einst verschlingt.

Opfer für nothwendig erachten würden, zum Frieden der Kirche und zu Wiederherstellung des Episcopats. Diese wohlgemeinten Wünsche fanden, wie es scheint, auf keiner Seite Eingang; sie blieben ohne Erfolg."

„Unterdessen wurden, durch eingetretene Todesfälle, der Bischöfe in Teutschland immer weniger, selbst der Weihbischöfe, so dass insbesondere die Ausspendung des Sacramentes der Firmung an die Gläubigen, an vielen Orten mit bedeutenden Schwierigkeiten verbunden war. Dem König von Sachsen allein gelang für seine Staaten die Vermehrung des Episcopats, obgleich er schon einen Landesbischof in der Oberlausitz, den Bischof *Lock* zu Bautzen, hatte. Von diesem, durch den Papst hiezu aufgefordert, ward des Königs Beichtvater, der zeitherige apostolische Vicar, Doctor *Schneider*, in der Capelle der katholischen Hofkirche zu Dresden am 14. Jul. 1816 feierlich zum Bischof geweiht." *)

„Bald nach Auflösung der teutschen Reichsverbindung, schien man, von Seite des päpstlichen Hofes, einige Versuche machen zu wollen, durch Particular-Einverständnisse **), sey es unter dem Namen von Concordat oder in irgend einer andern Form, vorerst mit den mächtigeren Fürsten des rheinischen Bundes, die teutschen Kirchenangelegenheiten ordnen zu wollen. Aber auf beiden Seiten ward zu viel erwartet, und war man zu wenig geneigt nachzugeben, als dass ein günstiger Erfolg das Werk hätte krönen können. In jener Absicht hatte *Pius VII.* im Jahr 1807 an die Höfe von Baiern und Wirtemberg einen Nuncius gesendet, in der Person des Erzbischofs von Tyrus, *della Genga*. München verliess dieser Abgesandte ohne Zeitverlust, so bald ihm klar geworden war, dass gewissen Forderungen des Papstes nicht Genüge geschehen werde. Er begab sich nach Stuttgart, und erwirkte

*) Die Unternehmungen des Ultra-Katholizismus in Sachsen, besonders aber die industriöse Thätigkeit des Bischoffs *Mauermann* zu schildern, überlassen wir einem katholischen Sachsen. Ueber die Sächsischen katholischen Kirchenverhältnisse und deren Regulirung vgl. das Königliche Mandat bei *Droste-Hülshoff* Grundsätze des gemeinen Kirchenrechtes der Katholiken und Evangelischen. Münster 1828.

**) Die articular-Einverständnisse haben leider nur zu sehr und zu unheilvoll in den Konkordats-Unterhandlungen operirt.

bei dem König die Niedersetzung einer Commission zu Verhandlungen mit ihm. Kaum waren diese im Gange, so verliess er auch diesen Hof plötzlich; er begab sich nach Paris, um hier, in Gemeinschaft mit *Caprara* und *Bugarre*, den Forderungen des Gebieters von Frankreich die standhafte Weigerung des Papstes entgegenzusetzen. Dem König von Wirtemberg missfiel sehr diese schnelle Abbrechung der Unterhandlungen. Zu seiner Rechtfertigung liess er sofort die Actenstücke allen befreundeten Mächten mittheilen, auch dem Landammann der Schweitz, der, wegen einer Angelegenheit des Cantons Luzern, ohnediess gegen den Papst eingenommen war.“ —

Glücklicher fielen die Partikular-Einverständnisse und die Partikular-Unterhandlungen in Baiern aus, dessen Konkordats-Geschichte, als bei weitem vom aller nachtheiligsten und verhängnissvollsten Einflusse auf Teutschland und auf das Schicksal mehrerer anderer Konkordate, wir nun im Zusammenhange, begleitet mit geschichtlich-kirchenrechtlichen Bemerkungen über alle einzelnen Artikel des Vertrages, hier mittheilen. Eine reiche Blumenlese von den bisherigen Resultaten desselben hoffen wir, durch lauter beglaubigte Thatsachen an einem andern Orte mitzutheilen, Thatsachen, welche den schlagenden Beweis führen, dass Widerspruch in den Grundsätzen und Mangel an gesundem Sinne, an politischem Takte und staatsrechtlichen Kenntnissen, ferner gedankenlose Frömmelei, geistsiecher Mystizismus, raffinirte Jesuitik und romantischer Bombast zusammen eine solche Reihe von Don Quixotiaden herbei führen können, wie sie die Phantasie der humoristischsten Satyriker, den Verfasser des Katzensprungs mit eingerechnet, kaum zu erdichten vermag.

Zwölf Jahre sind bereits verstrichen, seit der Abschluss eines Konkordats von Seite der königlichen Regierung in Baiern mit der römischen Kurie über die Feststellung der kirchlichen Angelegenheiten der Katholiken, als der entschiedenen Mehrzahl der Einwohner dieses Königreichs, in Teutschland bekannt gemacht wurde, und sowohl in dem Lande, welches dasselbe zunächst berührte, als im übrigen Theile der teutschen Bundesstaaten grosses Aufsehen, hier und da, bei Frommen und Freun-

den des lieben Alten, jubelnden Beifall, bei den Meisten aber scharfen, ja selbst bittern, schneidenden Tadel erregte.

Von unvordenklichen Zeiten her galt Baiern für das Land, in welchem noch die stärkste Anhänglichkeit an den Altglauben, und hiermit auch an dessen sichtbares Oberhaupt in Rom, herrsche. Indess, so wenig auch der alte Kurfürst, *Karl Theodor*, ein Freund von Neuerungen war, und so grosses Gefühl von persönlicher Freundschaft für den damaligen Pabst *Pius VI.* im Herzen dieses Fürsten vorwaltete, so sehr auch dieser, und die ganze Priesterschaft, an ihrer Spitze der bekannte gefällige Beichtvater, Pater *Frank* *), aus dem Iesuiter-Orden, den Lieblings-Neigungen des Regenten zu schmeicheln wusste: so trat doch das durch der Zeiten Umschwung gesteigerte Bedürfniss der Staatsausgaben, während des Revolutionskrieges, und vorzüglich durch den Ueberzug vom Jahre 1796 herbeigeführt, so laut hervor, dass selbst der fromme Kurfürst zur Deckung der dringendsten Leistungen, welchen das Land in Folge seiner Verbindungen zum teutschen Reiche sich nicht entziehen konnte, seine Zuflucht nur zu dem Antrage auf Säkularisation einiger baierischen Klöster zu nehmen sich genöthigt fand, und auch dafür wirklich eine päbstliche Bewilligungs-Bulle erhalten hatte, die aber nie öffentlich bekannt wurde **).

Der Vollzug dieser Sache verzögerte sich, wie leicht vorauszusehen war, mehrere Jahre lang, und der alte Kurfürst starb darüber, den 16. Febr. 1799.

Uebrigens war im ganzen Umfange des Kurfürstenthums, mit welchem damals auch noch die Pfalz am Rhein und die Herzogthümer Jülich, Cleve und Berg verbunden waren, das Verhältniss der katholischen Religionsbekenner zum päbstlichen

*) Dieser baierische Pater Cyrillus bedeckte mit dem Schleier der Nachsicht von Seite der Mutter Kirche (qui est toujours une bonne mère) die gröbsten Schändlichkeiten und Ausschweifungen an jenem luxuriösen Hofe, wenn nur den neuen Ideen Zaum und Zügel angelegt ward.

**) Selbst der fromme König von Spanien steht jetzt im Begriffe, ein ähnliches Sakrilegium zu begehen.

Stuhle ungetrübt, wie es seit Jahrhunderten, und besonders durch den westphälischen Frieden bestimmt ward *).

Mit dem Regierungs-Nachfolger im Kurfürstenthume, dem Herzoge von Zweybrücken, *Maximilian Joseph II.*, der in einer sehr unruhigen Epoche an das Staatsruder trat, schien nun freilich im Gefolge der von ihm geschaffenen Ministerien eine andere Richtung der Dinge überhaupt, und somit auch der Kirchenangelegenheiten einzutreten. Der Zügel der Staatsgewalt wurde mit bewundernswürdiger Energie ergriffen, und es zeigte sich deutlich, dass nur der Zeiten Stürme, (es war eben damals der Krieg gegen Frankreich wieder ausgebrochen, und das Land mit österreichischen Truppen überschwemmt,) die Ausführung der aufgenommenen Entwürfe theils gänzlich hinderten, theils auf günstigere Tage auszusetzen zwangen.

Die unglückliche Wendung des Krieges und der zweite Einbruch eines französischen Heeres nöthigten im Jahre 1800 die Regierung, zu Deckung der feindlichen Brandschatzungen und des Unterhaltes der schleunig und bedeutend vermehrten Truppen, nach dem Kirchensilber zu greifen, welches durch eigne Kommissarien eingefordert, und nur das zum Gottesdienste unentbehrlichste Geräthe jeder Kirche gelassen wurde.

Der Drang der Zeitereignisse, und das damals auch eingetretene Ableben des Pabstes werden wohl schwerlich gestattet haben, mit dem päbstlichen Stuhle über die eben gemeldete Staatsregel Rücksprache zu nehmen, wenigstens verlautete nichts hiervon, und es erfolgte in kirchlicher Beziehung einige Zeit hindurch weder Neuerung noch Abänderung.

Bald nach dem Frieden von Luneville begann der neue Geist der baierischen Regierung sich in allen Zweigen derselben mit der preiswürdigsten Kraft zu entwickeln **). Zuerst wur-

*) Baiern war für Rom das europäische Peru. Dass es im Ultramontanismus knechtisch verblieb, dafür sorgte man durch Inquisitionen, Kerker und Blutgerüste, und von jesuitischer Seite durch planmässige Verwilderung des Unterrichts. Unter dem Kurf. *Max. Joseph I.* begann es zu tagen. Vrgl. über den Kulturzustand Baierns und die Kirchenverhältnisse, vom 16. bis zu Ende des 18. Jhdts. die Werke von *Westenrieder*, *Lang*, *Zschokke*, *Bucher* u. A.

*) Die Männer *Aranda, Choiseul*, *Pombal*, *Kaunitz*, *Montgelas* und *van Maanen*, was auch im Einzelnen über sie, ihre Maasregeln und deren

den die Klöster des Inlandes, Abteien sowohl, als die der sogenannten Bettelmönche, säkularisirt; und nach erfolgter Besitznahme sämmtlicher Entschädigungslande erfuhren auch die Domstifter, Abteien und übrigen Klöster das gleiche Loos.

Alle diese Verfügungen wurden mit seltener Uebereinstimmung im Ganzen, gleichsam nach einem tiefdurchdachten Plane und mit einem rastlosen Eifer ausgeführt. Es war für den unbefangenen Beobachter ein erhebendes Schauspiel, diesen Kampf auf Leben und Tod des Neuen mit dem Alten zu sehen, und den Triumph des Neuen zu feiern. Das Alte schien unter dem Drucke seiner eignen Last, und der vielen dasselbe begleitenden Unbequemlichkeiten, die bis zur starren Unbehülflichkeit angewachsen waren, zu erliegen. Das Neue kämpfte unter der Aegide der Macht, und so konnte sein Sieg, auch noch vom lebhaften Wunsche des bei weitem grössern Theils der Zeitgenossen begünstigt, nicht lange unentschieden bleiben. Das Mönchthum erhielt durch die Staatsgewalt den Todesstoss, die Freunde des Lichts freueten sich, je nach Verhältniss, Alter und Erfahrung mehr oder weniger laut, und jeder sah einer bessern Zukunft entgegen. Es liesse sich freilich wohl hier die Frage aufwerfen, ob dieser Eifer für die gute Sache der Aufklärung nicht oft zu weit ging, oder wenigstens in den Formen sich versah? Jedoch ist diess eigentlich nicht der Ort, diese Frage zu beantworten und wird wohl füglicher in einer eigenen umständlicheren Schilderung dieser für Baiern so denkwürdigen Periode mit erforderlicher historischer Würdigung von einem unbefangenen Geschichtschreiber einst erfolgen müssen. Es verlautete zwar, dass über alle diese Vorschritte einige Einleitungen bei dem römischen Hofe getroffen worden; aber wurde die Uebereinkunft verzögert, oder durch die, unwandelbare Stabilität athmenden, Grundsätze der Kurie gänzlich vereitelt, hiervon erfuhr man im Publikum nichts, und das einmal begonnene Geschäft

gesetzlichen und moralischen Werth gesagt werden mag, gehören zu den ersten Wohlthätern des Menschengeschlechts, zu den Tödtern der Drachen und Lindwürmer geistiger, somit viel schlimmerer, Natur, als jene des Mythos, nemlich solcher, die die Kultur und die Entwickelung aller edlen Kräfte gefährden, der Drachen des Aberglaubens, der Unwissenheit und der Pfafferei.

ging seinen Gang mit Riesenschritten. Die Klostergüter wurden als Staatsgut erklärt, und zum Vortheile der Staatskasse, zur Belebung der Industrie und Agrikultur einzeln oder nach Umständen und Gelegenheit auch in grössern Komplexen verkauft, die Kirchen, welche nicht unmittelbar zum pfarrlichen Gottesdienste gehörten, niedergerissen, und die übrigen Gebäude, die wegen Lage oder Umfang keinen Käufer finden konnten, dem Zahne der Zeit überlassen. Kurz es gewann das Ansehen, als ob alle diese Institute, auch bis auf ihr Andenken, der Vertilgung geweiht bleiben müssten, und der Gedanke an die Möglichkeit ihrer Restitution in's Reich der Unmöglichkeit verbannt werden sollte. Ein hoher Staatsbeamter, von dem der Antrieb zu allen diesen Dingen damals ausging, soll sich auch beinahe in solchen, den Vorgehenden ähnlichen Ausdrücken, vor dem Kreise seiner nähern Umgebungen geäussert haben. Aber ach! mit des Schicksals Mächten ist kein ew'ger Bund zu flechten, und das Unkraut wurzelt schnell. Die Reformationen gingen so fort, bis in kirchlichen Angelegenheiten bald nichts mehr zu reformiren übrig blieb; auch fingen nach und nach die von solchen in Eifer vollzogenen Unternehmungen fast unzertrennlichen Uebelstände an, sich einzufinden. Aus finanziellen Rücksichten wurden die Pensionaire der Mönchsklöster und jene der Abteien zur Seelsorge auf dem flachen Lande zugelassen, und so diesem moralischen Unkraute wieder ein weiter Raum zur üppigen Ausbreitung gestattet. Mit dem Gefühle erlittener Kränkung, neben der schon früher vorhandenen üblen Gesinnung, erfüllt, nahmen diese Mediokritäten der Neuzeit so viel möglich Rache an ihr und an dem Spiritus temporis, wie der Hauptobskurant *F. Geiger* zu Luzern einst sich ausgedrückt hat.

Die Verbindung mit Frankreich verstärkte natürlich die Kraft der Regierung im Innern, die sich im Jahre 1808 durch Einführung der damaligen Konstitution und Publikation des Religions-Edikts vollständig auszusprechen suchte. Dieser Jahrgang zeichnete sich auch durch Errichtung der allgemeinen Stiftungs-Administration aus, die vermöge des Organisations-Edikts alles Stiftungsvermögen ergreifen musste, es mochte nun dem Kultus, der Wohlthätigkeit oder dem Unterrichte gewidmet

seyn. Diese organische Verfügung, in ihrem Innern, an Ordnung, Klarheit und Folgerichtigkeit ein Meisterstück des Urhebers, machte jedoch im In- und Auslande viel Aufsehen, und blieb ganz vorzüglich dem katholischen Klerus ein ewiger Dorn im Auge und im Herzen. — Dieselbe hätte zwar in Folge ihrer innern Vortrefflichkeit eine wahre segensvolle Wohlthat des Vaterlands werden können, wenn nicht fast über sämmtlichen mit ihrem Vollzuge beauftragten Individuen ein unglücklicher Geist gewaltet hätte, der sie zur Erfüllung ihrer Geschäfte, sowohl in Beziehung auf das Materielle der ihnen vertrauten Stiftungen, als das Wohl der hierbei betheiligten Individuen, unfähig machte, und zur unversiegbaren Quelle der Beschwerden wurde.

Die Diözesan-Verhältnisse geriethen bei dieser Wirthschaft in immer tiefern Verfall. Ob hierüber Anzeigen, oder Beschwerden bei dem römischen Stuhle, als Oberhaupte der katholischen Kirche, gemacht wurden, ist bei aller Wahrscheinlichkeit nirgends mit Bestimmtheit bekannt geworden, und das Benehmen der Regierung zeigte klar, dass sie wenig geneigt seyn dürfte, auch den eifrigsten Interzessionen Seiner Heiligkeit Gehör zu geben, und dessen Anträgen Gewähr widerfahren zu lassen.

Es trat nunmehr die Periode ein, welche in des päbstlichen Rom's Jahrbüchern, mit einem Stillstande, oder gänzlicher Wirkungslosigkeit bezeichnet, und während welcher der Pabst selbst, vom Kardinalkollegium getrennt, nicht viel mehr als ein Gefangener Frankreichs und *Napoleons* war, wie oben erzählt worden ist. In diesem Zeitraume war für das Heil der katholischen Kirche und ihrer Geistlichkeit nicht viel zu hoffen, und diese musste sich im Gedränge der Zeiten entweder in Geduld fassen, oder sich zu helfen suchen, so gut sie immer konnte, was sie auch meistens that.

Der Sturz des Kaiserreiches in Frankreich und der Wiener Kongress fingen bald an, ihre Folgen auch in Baiern zu äussern, und der Pabst, dessen männlicher Muth im Unglücke ihm die Verehrung so vieler Herzen gewonnen, glaubte nun ernster auftreten zu müssen, und fand für nöthig, die Wiederherstellung des Iesuiter-Ordens zur Befestigung des Altars und der

Throne zu empfehlen, verrieth aber dadurch in den Augen der hellsehenden, so wie der ruhigen Beobachter zu bald und zu sehr den Geist seines Standes, und die Politik seiner Würde.

Dass Rom nie ganz ohne heimliche Freunde in Baiern geblieben, war zwar kein Geheimniss, aber eben so gewiss war bis auf diese Zeit ihre Unwirksamkeit, und gänzlicher Mangel an Ansehen und Vertrauen. Allein eben so gewiss kann behauptet werden, dass um diese Zeit sicherlich theils Aufforderungen und Anträge, theils heimliche und minder heimliche Annäherungs-Versuche von Seiten der römischen Kurie und ihrer Freunde, die sich nunmehr auch durch eine bedeutende Anzahl junger Schwärmer verstärkt betrachten konnten, an die Regierung oder eigentlich an die Person des allgemein geliebten Königs gemacht wurden. Allein sie waren von keinem bedeutenden Erfolge; denn dieser Monarch, wenn gleich von höchstmenschenfreundlicher, wohlthätiger Gesinnung, war kein Frömmler, und gewöhnt, in allen Angelegenheiten der Regierung seinen Ministerien, deren erster und oberster Chef zugleich sein vertrauter Freund war, zu vertrauen. So lange aber der ernste, geistvoll-kräftige *Montgelas* an der Spitze der Staatsgeschäfte stand, und der Geist, den er ihnen seit fünfzehn Jahren eingehaucht und sorgsam genährt hatte, in ihren Hallen wehte, liess sich, wenn derselbe gleich seit dem Rieder Vertrage in Etwas gelähmt war, an eine laut auszusprechende Vereinigung mit Rom über die Verhältnisse desselben zu den katholischen Kirchen und deren Glaubensgenossen nicht wohl denken.

Indess die heimlichen Insinuationen dauerten fort. Eine vorzügliche Triebfeder derselben hatte sich am Hofe und in der Nähe des Königs selbst seit langen Jahren eingeschlichen, und durch kluges Benehmen, gelehrte- und Menschenkenntniss sich auch zu erhalten gewusst. Es war Pater *Sambuga*, der Religionslehrer nicht nur des Kronprinzen und jetzt regierenden Königs, sondern auch der übrigen königlichen Kinder; denn es verdient hier bemerkt zu werden, dass König *Maximilians* beide Gemahlinnen, die erste aus dem Hause Hessen-Darmstadt und die jetzt noch lebende Königin Wittwe aus dem Hause Baden, der evangelischen Konfession zugethan waren, und doch

alle Kinder beiderlei Geschlechts in der katholischen Religion erzogen wurden. Dieser Mann nun, mit schönen Kenntnissen in seinem Fache vorzüglich ausgerüstet, ein gewandter Redner, auch in Philologie und in den schönen Wissenschaften nicht unbewandert, und mit dem seltensten Fleisse ausgestattet, war eine wahre und äusserst wirksame Stütze der Sache des römischen Hofes, und dürfte, seiner Würde als Mensch und Gelehrter unbeschadet, mit dem Ausdrucke Römling im vollen Sinne des Wortes bezeichnet werden. Ihm war die Sache Roms und der katholischen Kirche Eins, und alle seine Bemühungen in Schrift, Wort und That waren auf die Ausbreitung und Vergrösserung ihrer Macht berechnet.

Wer Zweifel hiergegen aufwerfen wollte, der müsste auf partheilose Einsicht der hinterlassenen Papiere, und besonders der in strengster Ordnung gehaltenen Aufsätze seiner Korrespondenz mit den königlichen Kindern, wie sie bei seinem Ableben vorgefunden worden, verwiesen werden *). Auch die vieljährigen Anstrengungen des nunmehrigen Bischoffs *Sailer* müssen hier mit in Erwägung gezogen werden. Die Wirksamkeit dieses Mannes auf einen Theil der katholischen Jugend, durch viele herrliche Schriften voll geistvoller Mystik, aber auch alle mit fein-jesuitischer Tendenz verfasst, ist unermesslich gewesen. Verfasser selbst erinnert sich noch recht gut daran, mit welch schwärmerischer Verehrung er einst an ihm gehangen, bis Thatsachen die Gesinnungen beleuchteten und die Binde ihm von den Augen fiel.

Der fromme Eifer des Königs *Ludwigs* für den katholischen Glauben ist rein die Frucht von *Sambugas* oft wiederholten und tief eingeprägten Ansichten. Wer wird sich nicht überzeugt halten, dass die öftern Reisen dieses Fürsten

*) Es war schon vor mehr als 16 Jahren durch heimliche Jesuiten und Jesuiten-Anhänger im Publiko ausgestreut worden, *Sambugas* hoher Zögling hätte ihm zugesichert: seine erste Handlung als König werde seyn, die Gesellschaft Jesu in Baiern wieder einzuführen. Wir hoffen, der königliche Dichter, welcher ächte Christus-Religion, Kultur und Freiheit so warm besungen, werde durch die neuesten Ereignisse hinlänglich über den moralischen und politischen Werth jenes Ordens nunmehr aufgeklärt seyn, und seine letzten Aeusserungen in Rheinbaiern beruhigen diessfalls gänzlich.

nach Rom, die ausgezeichnete Behandlung desselben von Seite des sonst durch seinen Stolz so ausgezeichneten römischen Hofes und seiner Dignitarien zu den vorbereitenden Einleitungen des später erfolgten Konkordats gehörten? *Montgelas* Feinden, — und er hatte deren ja wie Sand am Meere; denn der Ausdruck: ihr Name sey Legion, reicht hier nicht mehr hin, — gelang es endlich, ihn zwar nicht aus dem Herzen des Königs, aber doch von seiner Seite und von der obersten Leitung der Staatsgeschäfte zu entfernen. Bei den neuen Ministern wurden nun die Versuche Roms durch dessen Anhänger mit erhöhtem und verdoppeltem Eifer betrieben. Der König ward schon früher von der so leicht zugänglichen Seite seines väterlichen Herzens gefasst, indem man, was wenig, in München ziemlich allgemein bekannt war, schon bei der im Jahre 1816 vorgegangenen Vermählung seiner zweiten Tochter erster Ehe an den Kaiser von Oestreich, ihre in Rom nachgesuchte Entbindung von ihrem früheren mit dem Kronprinzen von Würtemberg bestandenen Ehebande, zu einer gleichfalls einleitenden Bedingung einer künftigen Uebereinkunft in kirchlichen Dingen gemacht hatte, und so einem Lieblingswunsche dieses edlen Vaters entgegen zu kommen suchte, den man, um sich dessen spätere Geneigtheit zu noch wichtigern Zwecken zu sichern, mit ächt römischer Gewandtheit zu benutzen wusste. Dieser König, von seinem ältesten Sohne in mehrfachen Vorstellungen vorbereitet, wurde nun auch anderer Seits von seinen übrigen Umgebungen zu der an Ueberzeugung gränzenden Meinung gebracht, eine die Unsicherheit des katholischen Kirchen- und Diözesan-Wesens bezweckende Bestimmung sey lebhafter Wunsch desjenigen Theils seines Volkes, der dieser Religion angehörte, und, wie schon im Eingange erwähnt, an Anzahl bei weitem der grössere Theil seiner Unterthanen war.

Bei seinem lebhaften, und wie man sich überzeugt halten darf, wahren Religionsgefühle konnte dieser Grund vor seinem sonst sehr klaren, wenn gleich wissenschaftlicher Bildung ermangelnden Geiste leicht das Uebergewicht gewinnen. Indess war diess blos Vorgeben, und in der Wirklichkeit nicht der Fall. Das Volk in Baiern sah all den seit achtzehn Jahren vorgegangenen Veränderungen in seinen kirchlichen Verhält-

nissen mit bescheidener Ergebenheit und Ruhe zu. Die als Jünglinge unter diesen Begebenheiten in's Leben und in Geschäftsthätigkeit eingetreten, waren inzwischen zu Männern von Tüchtigkeit und Erfahrung herangereift, und hatten das in der Jugend mit Liebe Umfasste, nun durch die Uebung mehrerer Jahre Bewährte, mit Kraft festhalten gelernt; der Sturm der Neuerungen war verhallt, und alles ging einen so ruhigen Gang, dass gewiss das Verlangen nach irgend einem Umschwunge und nun vollends einem solchen, der in jeder Beziehung als Rückschritt angesehen werden musste, in keiner andern, als in der Priester, und ihrer nicht immer aus lautern Absichten ihnen ergebenen Koryphäen Brust, noch einen Aufenthalt finden konnte. Mochte auch in den Provinzen, die ehemals zu Franken gehörten, und worin noch viele Herzen der Priesterherrschaft hold waren, hin und wieder ein anderer Wunsch verlauten: die dort ebenfalls in grosser Anzahl vorhandenen, und mit den Waffen hell- und scharfsichtiger wissenschaftlicher Bildung, Karakterfestigkeit und gediegener Erfahrung ausgerüsteten Freunde des wahren Lichtes wussten so gut zu wirken, dass solche Wünsche nie die Gestalt oder den Karakter einer öffentlichen allgemeinen Stimmung annehmen, oder auch nur dafür gelten konnten.

Trotz dieser Lage der Dinge kamen die Unterhandlungen mit dem römischen Hofe im Minister-Rathe zur Sprache, es wurden Vorträge hierüber gehalten, und endlich der als Gesandter von Baiern in Rom befindliche Titular-Bischoff von Cherson in partibus infidelium, Freiherr *von Häffelin*, mit der erforderlichen Vollmacht versehen.

Das Ergebniss der Verhandlungen zeigt sich nun in dem vor den Augen der Welt liegenden Konkordate vom 5. Juni 1817. Dasselbe musste von den vom Staatsrathe ausgegangenen Instruktionen bedeutend verschieden seyn, weil es beim Verlesen in demselben allgemeines Aufsehen, und einen solchen Grad von missbilligender Unzufriedenheit erregte, dass sich zuletzt Niemand als Verfasser des Entwurfes zu nennen wagte, und wirklich die Frage entstand, wessen Feder sich durch diesen Entwurf ein so würdiges Denkmal gesetzt habe. Die allgemeine Stimme nannte den damals

beim Ministerium des Innern für das Referat in geistlichen Angelegenheiten angestellten Ministerial-Rath und Zivil-Verdienst-Ordens-Ritter *von Holler* als Verfasser, und von diesem war zu erwarten, dass er im Geiste *Sambugas*, welcher schon im Jahre 1815 verstorben war, und somit diesen Triumph seiner Sache nicht mehr erlebte, handeln würde, nachdem er schon seit dem Jahre 1800 sich desselben Schutze empfohlen, und mit Geisteshuldigung ergeben hatte. Doch musste ja vor Absendung dieses Entwurfes Vortrag erstattet werden: oder sollte derselbe ganz untergeschoben, oder erst vor der Expedition mit so entstellenden Abänderungen versehen worden seyn? — Genug, das Konkordat bestand, und es konnte, ohne dass sich die Ministerien und der Staatsrath doch immer auf irgend eine Art kompromittirt hätten, nicht wohl dagegen protestirt werden. Jedermann, der die Sache aus dem Gesichtspunkte des Staats- und Kirchenrechts zu betrachten vermochte, wunderte sich, dass unter dem Ministerium eines der ersten und geprüftesten Kämpfer für Aufklärung und teutsche Geistes- und Kirchenfreiheit, eines Grafen *von Thürheim*, solch ein Vertrag zu Stande kommen konnte. Die Erscheinung desselben mit seinem vollen Inhalte musste auch um so auffallender seyn, als eben zur nämlichen Zeit die Konstitution mit ihren Edikten im Staatsrathe zur Diskussion vorlag, wovon so manche Bestimmung jenen des Konkordats schnur gerade entgegen stand, und mehrere Artikel desselben ganz aufzuheben drohte.

Bemerkungen zum Konkordate vom 5. Juni 1817. *)

Articulus I. Dieser Artikel, so einfach er an und für sich erscheint, steht doch mit demjenigen Theile der Konstitution des Königreiches, welcher den drei in Teutschland bestehenden christl. Religionskonfessionen gleiche Rechte im Staate

*) Wir bitten den geneigten Leser, die einzelnen Paragraphen, in welche diese Bemerkungen abgetheilt sind, mit den einzelnen Artikeln des unten im Zusammenhange abgedruckten Vertrages selbst, worauf sie sich beziehen, jedesmal vergleichen zu wollen. Da das baierische Konkordat für das ganze katholische Teutschland von unzuberechnenden Rückwirkungen war, und alle fraglichen Punkte klarer und schneidender als irgendwo in ihren Gegensätzen berührt sind, so rechtfertigt sich wohl von selbst die grössere Ausführlichkeit, die wir ihm hier gewidmet.

bewilligt, und somit dem schon im Jahre 1808 verkündeten, und also nahe an 10 Jahren in Kraft und Uebung bestandenen Religionsedikte entspricht, in völligem Widerspruche, um so mehr, als derselbe in Ausdrücken abgefasst ist, welche nach dem Sinne und der Auslegung, die ihnen die römische Kurie, in Folge ihres nie aufgegebenen Systems, geben kann und wird, diese vom Staats-Grundgesetze zugesicherte Gleichheit wenn nicht aufzuheben, doch möglichst zu beeinträchtigen vermögen. Was lässt sich aus den Worten: „cum iis juribus et praerogativis, quibus frui debet ex Dei ordinatione et canonicis sanctiobus", schliessen? Sobald von Prärogativen die Rede ist, kann wohl die gesetzliche Gleichheit auf unverkümmerten Bestand nicht zählen, da die Grundsätze Roms und seiner sich jetzt so allgemein verbreitenden Jünger hinlänglich bekannt sind. Man dürfte vielleicht erinnern, dass die Konstitution, dem Tage ihrer öffentlichen Bekanntmachung nach, fast um ein Jahr jünger sey, als das Konkordat; allein das Staats-Grundgesetz musste in seinen vorzüglichen Grundbestimmungen im Staatsrathe nicht nur bekannt, sondern zum grössten Theile damals schon erörtert worden seyn, als das Konkordat im Abschlusse erschien, und daher sollte billig die Fassung dieses ersten Artikels auf bestimmtere, alle gegentheilige Auslegung unmöglich machende Bestimmungen und Ausdrücke zu stellen gewesen seyn. In der dermaligen Stellung scheint er nicht nur gegen die Konstitution zu kämpfen, sondern auch die übrigen beiden christlichen Konfessionen nicht ohne Besorgniss zu lassen, für deren Beruhigung doch die Regierung zu garantiren sich selbst verbunden erklärt hat.

Art. II. Die Anzahl der hier ausgesprochenen Erzbisthümer, Bisthümer und Domkapitel ist wirklich für das Verhältniss der Bevölkerung katholischer Religion, so wie für den Flächen-Inhalt des Königreiches, viel zu gross. Schon im Jahre 1818 erschien eine kleine Schrift von einem Ungenannten *), welche mit äusserster Zweckmässigkeit zeigte, dass ein Erzbis-

*) Das Königlich Bairische Concordat mit dem römischen Stuhle. Erläutert nach den Grundsätzen des Kirchenrechts und den Bedürfnissen der Landeskirche. Frankfurt a. M. 8.

thum und vier Bisthümer den katholisch kirchlichen Bedürfnissen im Königreiche Baiern hinlänglich genügt hätten, und dass die Eintheilung derselben nach den bestehenden Kreisen ganz vorzüglich zur Erleichterung des Geschäftsganges mit den Regierungen sowohl, als auch mit den Ministerien gedient haben würde. Eine Rücksicht, die bei den Unterhandlungen gewiss gerechte Würdigung verdient, und die Unterhändler von dem Vorwurfe zu grosser Nachgiebigkeit gegen die Forderungen des Römischen Stuhls befreit haben würde, da dieselbe in der Beschränkung des Kirchen- und Staatsvermögens allein hinreichend rechtfertigenden Grund gefunden hätte.

Das Erzbisthum hätte seinen Sitz in München gehabt, und seine Diözese über den ganzen Isarkreis erstreckt.

Für den Regen- und Unterdonaukreis das Bisthum Regensburg mit dem Bischoffssitze daselbst.

Für den Ober-Main- und Rezatkreis das Bisthum Bamberg, mit dem Wohnorte des Bischoffs in Bamberg; für den Oberdonaukreis das Bisthum Augsburg, in welche Stadt auch der Sitz des Bischoffs zu stehen kommt.

Für den Unter-Main- und Rheinkreis das Bisthum Würzburg, in letzterer Stadt des Bischoffs Aufenthalt.

Die Vertheilung der Bisthümer und ihrer Sprengel auf die eben ausgesprochene Weise legt ihre Anwendbarkeit beim ersten Blicke vor Augen, und da man Römischer Seits die zum Grunde gelegte Maxime, kein altes Kircheninstitut eingehen zu lassen, mit ganz eigner hartnäckiger Anhänglichkeit am alten Herkommen fest gehalten hat: so wurde dieselbe sicher nicht laut vorgebracht, und die finanzielle Stellung des Vaterlandes hätte die Bevollmächtigten besser leiten sollen, weil in dieser Beziehung eine bedeutende Ersparung zu machen gewesen wäre.

Warum bestand der Römische Hof nicht im Jahre 1801 bei Frankreich auf dergleichen Maxime, und warum wurde dieselbe ungefähr um drei Jahre später bei den Verhandlungen mit der Krone Preussen nicht in Anregung gebracht, oder wenigstens von jedem bemerkbaren Einflusse auf das Resultat der Diözesan-Eintheilung für dieses Königreich ferne gehalten? —

Es war die allgewaltige Zeit, die nach ungefähr zwanzig Jahren einen solchen Umschwung in dem Aeussern und in dem

Umfange der europäischen und besonders der teutschen Staaten hervorgebracht hatte, welcher die alte, früher bestandene Kirchen-Geographie völlig unbrauchbar machte; und aus dieser Rücksicht allein schon hätte ihre von Rom aus in Vorschlag gebrachte Wiederanwendung hinwegfallen sollen.

Art. III. Dieser Artikel bestimmt das Personale der Erzbischöfflichen und Bischöfflichen Domkapitel viel zu zahlreich, indem gleich Eingangs die Stelle des Probstes oder ersten Dignitars als völlig überflüssig erscheint. Der eigentlich aus den Grundzügen ihrer Verfassung natürliche, und deshalb unentbehrliche Vorstand dieser Kapitel ist der Dekan. Er muss aus der freien Wahl der Kapitularen hervorgehen, und durch diesen Beweis ihres lebhaften Vertrauens sich die besste Qualifikation für die getreue Ausfüllung seines Wirkungskreises gewonnen haben. Die Zahl der Kapitularen, in ihrer Eigenschaft als Gehülfen und Räthe der Bischöffe für die Diözesan-Geschäfte, erscheinet, wenn man das Dienst- und Geschäfts-Verhältniss der Kreis-Regierungs-Räthe vor dem Auge behält, welches in dieser Beziehung ganz sicher den billigsten Maasstab bildet, zu gross, und könnte zum augenfälligen Vortheile der Staatskasse, oder für andere der Kirche und Schule noch näher liegende Zwecke, bei den Erzbisthümern auf sechs, und bei den Bisthümern auf vier Kapitularen zurückgebracht werden.

Das Institut der übrigen Präbendiaren, oder sogenannten Vikarien, deren jedes Kapitel künftighin sechs zählen soll, erinnert sehr unangenehm an die alte Wirthschaft der früher bestandenen Domstifter, wo die stets währende Abwesenheit der Grossen Präbententräger die Gegenwart dieser Aushülfe leistenden Individuen nothwendig machte, und schon diese Erinnerung hätte in unsern Tagen sorgfältig vermieden werden sollen. Auch ist ausser dem Besuche des Chores diesen Vikarien noch gar kein Wirkungskreis angewiesen, eine Bestimmung, die wahrlich ihre Entbehrlichkeit am deutlichsten an den Tag gibt. Die Domherrn sind verbindlich gemacht, alle ihre Funktionen selbst zu verrichten, und für die Stellen der Sekretaire oder zur Aufsicht der kirchlichen Registratur ist doch wohl die Anzahl von sechs Personen zu gross.

In einem Staate, wie Baiern, der noch so viel an alten

Wunden blutet, und der vaterländischen Industrie und übrigen, um das Wohl seiner Einwohner zu befördern, dringend nothwendigen Einrichtungen so nachdrückliche Unterstützung bringen muss, sollte auf diese ganz unnöthige Lastenvermehrung kräftig vorbeugende Rücksicht genommen worden seyn; indem (ein der Kirche selbst so nahe liegender Gegenstand) das Loos so mancher Pfarrer, und vor allem der Elementarlehrer auf dem Lande in vielen Gegenden noch so düster ist, dass es in der Brust jedes Vaterlandsfreundes den heissesten Wunsch der schleunigsten Abhülfe erregen muss.

Art. IV. Die Ausstattung der Domstifter mit liegenden Gründen ist wohl dem Geiste der katholischen Kirche und der aus den ältesten Zeiten derselben entsprungenen Uebung gemäss, und begründet allerdings die Selbstständigkeit und würdevolle Unabhängigkeit der Kirche auf die sicherste Weise; doch entsteht auch hierbei die so wichtige Frage: Ob Baiern in der Lage, in welcher es sich nicht allein zur Zeit des Konkordats-Abschlusses, als schon geraume Zeit vorher, und seit dem Abschlusse, befand, wirklich ohne Nachtheil für den Staat, eine solche Quantität von liegenden Gründen auch nur aufzubringen, viel weniger dieselben als entbehrlich darzustellen vermag? Diese Ausscheidung ist auch bisher, so viel davon bekannt geworden, nirgends erfolgt. Abgesehen nun von dieser Frage, dürfte es schon an sich in unsern Tagen den richtigen Grundsätzen einer wohlgeordneten Staatshaushaltung nicht gut zusagen, die Kirche, oder vielmehr die Priesterschaft mit liegenden Gründen zu dotiren, noch weit weniger aber auch die Verwaltung dieser und ihrer Renten den Händen der Priester selbst zu überlassen, und dadurch vor allem zur Verwirklichung der Idee des Staates im Staate so mächtigen Beitrag zu leisten.

Können und sollen die Priester in unsern Tagen Vorzüge und Vortheile vor den Staatsdienern ansprechen? Welche Gründe, wenn sie nicht aus den Ansichten des neunten und eilften Jahrhunderts sich entwickeln, können dafür aufgeführt werden? Und können sie sich über Zurücksetzung oder Mangel an gebührender Achtung beschweren, wenn sie nach den Verhältnissen ihres Ranges und Funktion den Staatsdienern gleich ge-

stellt und gehalten werden? Warum soll ihnen die Garantie des Staates für die Verabfolgung ihrer Besoldungen nicht genügen, wenn diese sich solche gefallen lassen und gefallen lassen müssen? Wie viele gleiche und noch heiligere Rechte sind im Sturme unserer Zeiten untergegangen, deren Unwiederbringlichkeit einleuchtet; wie dürfen sie daher die Rechte des allenfalls frühern Besitzes in Anspruch nehmen? Und endlich zugegeben, jedoch nicht anerkannt; wenn sie auch wirklich eine Realbürgschaft haben müssen, warum deren Administration in ihre Hand geben? — Die Geschichte rechtfertigt diese Ansicht vollkommen, und der Geist des Konkordats selbst dürfte den genügendsten Beweis hierzu liefern.

Die Dekane und Kapitularen sind verhältnissmässig fast gering ausgestattet; mit der Verminderung der Bisthümer, Hinweglassung der Pröbste, und möglichsten Beschränkung oder gänzlichen Entfernung der Vikarien würden die eigentlichen und nothwendigen Stellen mit einiger ergiebigen Ausstattung versehen werden können, wodurch nicht nur der Betheiligten besonderer Eifer belebt, und Würde und Ansehen ihres Standes erhöht werden könnte, sondern der Staat selbst, ungeachtet bedeutender Ersparniss, würdevoller und grösser in seiner Handlungsweise erscheinen müsste.

Von den vielen Kollisionen der geistlichen Administrations-Stellen und ihrer Beamten mit jenen des Staates, von der anfänglichen und vielleicht auch längere Zeit fortdauernden Unbehülflichkeit derselben, und der allgemein zu besorgenden Unsicherheit in Beitreibung der Renten soll hier nur vorübergehende Erwähnung gemacht werden.

Art. V. Welch grosse Probe von wirklich unverantwortlicher Nachgiebigkeit haben die baierischen Bevollmächtigten beim Zugeständnisse dieses Artikels an den Tag gelegt! Das Aufsichtsrecht über Standes-Aufnahmen, und über die Priesterseminarien wird ganz den Bischöffen übergeben! Ein Recht, welches so nahe an die Landeshoheit gränzt, und von ausgebreitetem Einflusse auf das Staatswohl ist.

Unbestritten bleibt zwar in jedem Falle, dass der Bischoff über die Eigenschaften der zum Priesterstande berufenen oder sich berufen haltenden Individuen zu urtheilen das vorzüg-

lichste Interesse habe, und dass die Anstalten für Bildung junger Geistlicher das ausschliessende Augenmerk desselben auf sich ziehen müssen, dass er am nächsten die geistigen Fähigkeiten und die Stimmung der Eintretenden, die Methode ihres Unterrichts und der zu beobachtenden Disziplin der Anstalt, auch die Eigenschaften ihrer Lehrer und Aufseher prüfen solle, weil diess alles Grundbedingung solcher Institute ist, die aus ihrer Natur sich ableitet; aber der Souverain und seine Staatsregierung hat wohl gleiches und in mancher Hinsicht sogar wichtigeres Interesse von der Modifikation dieser Einrichtungen stets genaue Einsicht zu besitzen, und augenblicklich ihre Harmonie mit dem wahren und höchsten Staatszwecke beurtheilen zu können. Was kann deutlicher für diese Ansicht das Wort reden, als das Beispiel Oestreichs, welches auf diese genaue Aufsicht durch seine Behörden über solche Anstalten niemals Verzicht geleistet hat, sondern dieselbe mit strenger Folgerichtigkeit ausübt?

Liegt es nicht dem Staate am nächsten, dass nur gut gebildete, sittlich reine Jünglinge in den Priesterstand treten, wenn das für die Würde der Religion so nothwendige, und leider! durch viele, ja unzählige Beispiele des Gegentheils so tief gesunkene Ansehen dieses Standes wieder gehoben werden soll? Wer kennt nicht die Arroganz unsittlicher, roher und eingebildeter Priester unserer Zeiten? Und wie sehr ist nicht die Tendenz zum Fanatismus zu fürchten, wenn man, aus der Geschichte unserer Tage belehrt, die Blicke von Spanien, Frankreich und Belgien abwenden muss? Hätte es dort so weit kommen können, wenn der Staat und seine Regierung ihre Rechte über diesen Punkt sorgsamer und energischer gewahrt hätte? Man sage nicht, dass solche Extreme sich in Baiern nicht wohl denken liessen. Weil der Kastengeist sich unter allen Zonen gleich bleibt: so spricht er sich, wo er kann, auch im Kleinen aus, um es später im Grossen zu wagen, und es dürfte so schwer nicht werden, den Fall beweisen zu können, dass ein bischöfliches Ordinariat bei Installation eines Pfarrers an seinen über diesen Vorgang Bericht erstattenden Kommissair die Frage stellte: warum er zugelassen, dass der bei dieser Feierlichkeit anwesende königliche Regierungs-

Kommissair seine Anrede in der Kirche gehalten habe, indem die Episkopalrechte dadurch beeinträchtigt wären, und dieser Kommissair damit vor die Kirchenthüre hätte verwiesen werden sollen. — Welche Früchte lassen sich von solchen Knospen erwarten? —

Art. VI. Die in diesem Artikel festgesetzte Errichtung eines Emeriten-Hauses für alte, in der Seelsorge ergraute, schwach und gebrechlich gewordene Priester, ist auch gewiss eine den Staat ganz unnöthig beschwerende Bürde, weil sie mit den bisherigen Gewohnheiten unsrer Priester nicht übereinstimmt, und den Hauptzweck, Ruhe und nöthige Pflege für das im Dienste der Kirche schwach und gebrechlich gewordene Alter, nicht erreicht. Nicht Unterordnung unter einen ebenfalls durch Alter, und die demselben anklebenden Launen oft unerträglichen Vorsteher, und die unzureichende Pflege bezahlter, meistens roher Miethlinge, sollen den verdienten, und oft noch mit wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigten Greis erwarten, wenn ihn seine vorgerückten Jahre und Gebrechlichkeit von seinem kirchlichen Wirkungskreise entfernen. Er soll vielmehr mit solcher Unterstützung versehen werden, um sich die Pflege liebender Verwandten, oder sonst nach seiner eignen Wahl bestimmter Personen verschaffen zu können, um wahre Ruhe des Körpers und des Geistes, von allem mönchischen Zwange befreit, zu geniessen. Auf teutschem Boden können Institute der Art weder Wurzel fassen, noch Gedeihen gewinnen, und zeigen sich nur für ihr mütterliches Land Italien geeignet.

Art. VII. Mehr im Widerspruche mit dem Bedürfnisse der Zeit und der beschränkten Lage der finanziellen Kräfte des Staates steht wohl nicht leicht ein Artikel dieses Konkordats, als der gegenwärtige VIIte, welcher die Wiedererrichtung von Klöstern beiderlei Geschlechts verspricht, und sogar von der Ueberzeugung redet, welche der König von dem Nutzen dieser Institute für Kirchen und Staat haben soll. Die Bestimmung dieser Klöster wird auf drei Punkte festgesetzt:

1) Erziehung der Jugend,
2) Aushülfe der Seelsorge, und
3) Pflege der Kranken.

Könnten diese Zwecke nicht auf eine andere dem Bedürfnisse der Zeit besser entsprechende Weise für Baiern erreicht werden, und sind sie nicht seit mehr als achtzehn oder zwanzig Jahren wirklich erreicht worden? Die Aufsicht der Elementarschulen ruht in den Händen der Seelsorger, und die höhern Studien-Anstalten sind grösstentheils den Weltgeistlichen anvertraut, die ihnen zur allgemeinen Zufriedenheit vorstehen, diesen Schulen den Ruhm bedeutender Fortschritte in allen Lehrgegenständen verschafft haben, und alle ihre Institute von dem Vorwurfe erniedrigender Verbrechen, die so gar berühmte Orden unter geschichtlichem Nachweise trafen, frei zu erhalten wussten. Von Gebrechen Einzelner bleibt keine menschliche Einrichtung frei, und genaue Aufsicht der Vorstände wird auch in diesem Falle genügende Abhülfe gewähren.

Die Seelsorge ist allenthalben den Weltpriestern übertragen, und nach dem Organismus der Bisthümer wird die Zahl der Weltgeistlichen so zweckmässig vertheilt seyn, dass keine Kirchen-Gemeinde über Verletzung oder Verkürzung in kirchlichen und religiösen Verrichtungen und dem geeigneten Gottesdienste zu klagen Gründe finden wird.

Zu dem, was sonst Ordensgeistliche geleistet haben: die Versorgung von Wallfahrtsorten, Brüderschaften und öffentlichen Prozessionen, ist durch mehrerer Jahre Gebrauch ausser Uebung gekommen, und wahres religiöses Bedürfniss nie, sondern reiner Ueberfluss gewesen. Auch kann die Regierung, ohne sich zu kompromittiren, so leicht nicht auf Wiederherstellung der Klöster eingehen, wenn sie die Motiven berücksichtigt, aus welchen sie im Jahre 1803 zur Aufhebung derselben schritt. Mönchsgeist und wahre Religion werden stets unvereinbar bleiben.

Der Dienst der Kranken — nun dieser hat von jeher die Menschheit zum Danke gegen die damit beschäftigten geistlichen Orden verpflichtet, und diese Anstalten haben sich auch im hellsten Strahle vollkommner Duldsamkeit aller Glaubensbekenntnisse gezeigt. Sie erlagen zuletzt, und nicht ganz, den Regierungsverfügungen, und für die vollständige Erhaltung oder Wiederherstellung solcher Klöster werden sowohl der Staat, als einzelne Individuen die möglichste Kraftanstrengung zu bewei-

sen trachten. Mit den übrigen Klöstern aber wird es der Schwierigkeiten mehrere geben, als selbst die leidenschaftlichsten Priester-Freunde sich jetzt träumen lassen.

Der vorzüglichste Anstand wird sich aus der Finanzlage des Staates ergeben. Die Realitäten der ehemaligen Klöster sind bis auf einige der unbedeutendsten und, so zu sagen, entlegensten verkauft, niedergerissen, verändert, zu technischem oder ökonomischem Gebrauche eingerichtet, Grundstücke und Waldungen in Privathänden, oder letztere mit dem Staatsgute verschmolzen. Woher soll also die Dotation der Klöster kommen? Aus dem Staatsvermögen dieselbe zu erwarten, dürfte vor der Hand in das Reich der Träume gehören; aus der Kabinetskasse ist auch eine solche ergiebige Unterstützung trotz all dem frommen Eifer des Königs nicht zu hoffen; und durch Beiträge der Privaten die Errichtung bewirken zu wollen, — da möchte wohl den Mönchen und der beschützenden römischen Kurie noch die Zeit lang werden, bis ihre Hoffnungen zur Erfüllung reifen können.

Die Wiederbelebung der Nonnenklöster ist nun vollends eine dem Fortschritte der Zeit und gesellschaftlichen Bildung widerstrebende Erscheinung. Der Verfasser nährt noch aus seiner Jugend Erinnerung an solche Kloster-Frauen, die gewiss bei ihrer gänzlichen Entfernung von allem Weltumgange, bei ihrer Neigung zur Klatschsucht und dem heftigsten Umtriebe der Leidenschaften, und Kleinigkeitskrämereien, auf gar keine Weise zur Erziehung weiblicher Jugend, welcher eine andere Bestimmung, als das Kloster, werden sollte, geeignet waren. Vom Beichtvater-Despotismus, und den nur zu oft sultanischen Verhältnissen dieser frommen Väter zu ihren geistlichen Töchtern soll alle nähere Schilderung umgangen werden. Allein, die drei oben angegebenen Zwecke sind wohl nur der schöne Aushängeschild für die Absichten des römischen Kabinets. Diess wollte durchaus den Gedanken des Wiederauflebens der Klöster in Teutschland und vor allem in Baiern auf die Bahn gebracht wissen, um seiner Zeit sehr leicht die Gelegenheit herbeiführen zu können, von Zurückführung des von Rom für die Religion so unentbehrlich anerkannten Ordens zu sprechen, dessen frühere Thätigkeit und Wirkungskreis *Voltaire* und *Montesquieu*

veranlasste, ihn die Janitscharen des päbstlichen Stuhls zu benennen. Dafür wird doch die Vorsehung das biedere Baiern gnädig bewahren!

Art. VIII. Der Staat sorgt für die Erhaltung des Kirchenguts. Es ist zu bewundern, dass die römischen Unterhändler über diesen Punkt keine festere und genauer ausgeschiedene Bestimmung verlangten. Daher gerathen sie beinahe in Verdacht, dass sie über ihre eigentlichen und verdeckten Zwecke, die nähere Kenntniss der Kirchenbedürfnisse in Baiern in's Auge zu fassen vergessen haben möchten. Wenn nun ein nach dem Inhalte dieses Konkordates geregeltes Kirchenwesen bestehen soll: so ist die Erhaltung des Kultusvermögens gesetzliches Rechtsbedingniss. Allein die ausschliessliche Verwaltung desselben darf nie in die Hände der Geistlichkeit gegeben werden, sondern ist vom Staate zu leiten, und der Priesterschaft nur die Einsicht vom Stande des Vermögens und der Art der Verwaltung frei zu geben, wobei sich von selbst versteht, dass alles Kirchengut dem Gesetze der allgemeinen Besteuerung des Grundeigenthums, der Realitäten und Dominikalien unterstellt werden muss.

Art. IX. In diesem Artikel disponirt der römische Hof über ein Recht, das ihm gar nicht gehört, sondern nach den Bestimmungen der Kanonen der Kirche, der Konzilien Aussprüche, und der Uebung mehrerer Jahrhunderte den Kapiteln zusteht, welche bisher stets ihre Wahlfreiheit unverkürzt erhielten. Wenn es gleich unverkennbar bleibt, wie viel der Krone Baiern daran liegen musste, mit welchen Männern, und von welchem Geiste die erste Besetzung der Erz- und Bisthümer erfolgen sollte: so hätte diess allerdings auf dem Wege des Zugeständnisses und einer vorläufigen Vergünstigung, keineswegs aber mit Umgehung der teutschen Kirchen-Wahlfreiheit geschehen sollen. Rom musste wohl am bessten wissen, dass ihm solch eine Disposition in frühern Zeiten nie zustand, und es solche durch die neuen Verhandlungen nicht gewinnen konnte, indem ihm die ausdrückliche Entsagung im Aschaffenburger Konkordate entgegen stehen musste. Der Schluss dieses Artikels nun spricht den Geist der römischen Kurie aus. Die neuen und alle künftigen baierischen Bischöffe sollen Annaten

bezahlen. Darum war Rom wohl so freigebig mit fremden Rechten an die unterhandelnde Krone Baiern, um sich seine Annaten, Palliengelder und päbstlichen Monate zu erhalten, oder vielmehr neu und für immer zu erwerben. Diese Missbräuche des Mittelalters sollen bewahrt bleiben; während in den Stürmen unserer Zeiten Alles, Staaten, Fürstenhäuser, Adel und Gemeinden Opfer gebracht haben, an deren Ersatz nicht mehr zu denken ist, will Rom allein Alles, was seinen Geldvortheil betrifft, uneingeschränkt hergestellt, und mit möglichster Sorgfalt erhalten wissen.

Art. X. Rom behält sich die Besetzung der Stellen des Probstes in jedem Kapitel vor, und überlässt dem Könige die Besetzung der Dekane, als ständig, dem Kapitel jedoch in mensibus papalibus. — Welche Nachgiebigkeit der königlichen Regierung oder vielmehr ihrer Bevollmächtigten! Wäre es nicht ihre strengste Pflicht gewesen, diess Wiedererwachen der alten päbstlichen Reservatrechte zu verhindern, und mit allen zu Gebothe stehenden Mitteln zu bekämpfen? Diese päbstlichen Monate gründen sich bloss allein auf das mit dem Kaiser und Reiche abgeschlossene Konkordat von Aschaffenburg, welches mit seinen Kontrahenten unterging, und auf den neuen Vertrag mit der Krone Baiern keine rechtliche Anwendung finden kann. Hier kann lediglich die uralte vom Baseler Konzilium bestätigte Kirchendisziplin als Richtschnur angenommen werden. Schon oben wurde die Entbehrlichkeit der Pröbste gezeigt, und dieses Mittel, für seine Freunde in Teutschland und Baiern zu wirken und sie zu belohnen, hätte dem römischen Hofe aus Gründen der Nothwendigkeit und mit allem Rechte entzogen werden sollen.

Auch kündet dieser Artikel die Ankunft des schon im vierten Artikel verheissenen Nunzius an. Wie nothwendig wäre es für die baierischen Unterhändler gewesen, dem Lande diese Erscheinung, die, wie bekannt, sehr kostspielig ist, zu ersparen. Baiern und vorzüglich München erinnert sich noch sehr gut des Thuns und Treibens des letzten dort anwesenden Nunzius, des nachmaligen Pabstes, *Leo XII.*, als Grafen *della Genga.* Dessen sittliches Betragen war wohl nicht sehr geeignet, den Ruf der Heiligkeit vorzubereiten, und nicht nur

seine, sondern aller übrigen Nunzien in Teutschland Beeinträchtigungen der Episkopal-Rechte, und die desshalb entstandenen unzähligen Streitigkeiten sind noch in Jedermanns lebhaftem Andenken.

Art. XI. Dieser Artikel, der vom Vergebungs- oder Besetzungs-Rechte der Pfarreien handelt, erscheint noch im besten Lichte einer den Rechtsgrundsätzen entsprechenden Ausgleichung zwischen Kirche und Staat in der vorhin bezeichneten Beziehung.

Die Wahl und Berufung zur Seelsorge muss natürlich wohl Sache der Ober-Kirchen-Vorstände, der Bischöffe, seyn, doch dürfen dieselben auch in dieser Hinsicht die Einwilligung des Regenten nicht umgehen, oder derselben wenigstens durch die Wahl solcher Individuen entgegen kommen, von denen man im Voraus überzeugt seyn kann, dass sie dem Könige angenehm oder seines Beifalls sicher seyen. Es liesse sich zwar nach den Ansichten des Staats- und Kirchenrechts auch gegen den Grundsatz, dass der Bischoff Collator ordinarius sey, sehr Bedeutendes einwenden; allein diess mag zu einer andern Zeit, und an einem andern Orte ausgeführt werden.

Art. XII. Der durch diesen Artikel ausgesprochene Wirkungskreis der neuen Bischöffe gibt zu verschiedenen Bemerkungen Veranlassung.

ad B) Hier wird denselben die Aufnahme der Theologischen Kandidaten in die Seminarien, und deren Beförderung zu den kirchlichen Weihen nach vorgängiger Berichtigung des Tischtitels unbedingt frei gegeben. Es wurde schon oben bei der Aufnahme in die Seminarien erinnert, wie nothwendig die vom Staate und seiner Regierung hiervon zu nehmende Einsicht erscheine, und man dürfte glauben, dass von Seite des Staats bei Ertheilung der Tischtitel das Erforderliche besorgt, und die Untersuchung der persönlichen Eigenschaften der Kirchen-Kandidaten vorgenommen werden könnte; allein diess ist im Allgemeinen der Fall nicht, die Ertheilung der Tischtitel geht nicht ausschliesslich vom Staate oder dem Souveraine aus, es gibt mehrere Standesherren, sonstige Private und Gemeinden, die solche Rechte besitzen und ausüben. Daher ist es allerdings nothwendig, dass das Ordinariat an jedem Quartale,

wo die Weihen vorgenommen werden, dem Ministerio oder den betreffenden Kreis-Regierungen ein Verzeichniss der Kandidaten vorzulegen habe, und keinem die Weihe ertheilen dürfe, bis nicht die Erklärung des Ministeriums über die Zulässigkeit der zu Weihenden erfolgt sey.

ad C) Es ist viel Dunkles und Unbestimmtes in diesen Ausdrücken enthalten. Zwar verzichtet hierin der römische Hof zum erstenmale in einer öffentlichen Urkunde auf das Privilegium des geistlichen Gerichts-Standes in Zivil-Sachen der Priester; aber dafür sollen auch die causae ecclesiasticae atque in primis matrimoniales ad forum ecclesiasticum gehören.

Was eigentlich zum Begriffe der causarum eccles. noch ausser der Ehestreitigkeiten gehöre, ist hier gar nicht ausgedrückt, und selbst die causae matrimoniales sind nicht mit vollständiger, zweifelsfreier Deutlichkeit angegeben. Bisher war über die Gränzen der geistlichen Gewalt in Ehesachen noch manch lebhafter Streit schwebend, bald sollte das geistliche Gericht nur auf Trennungen de vinculo entscheiden, bald wollte man ihm auch noch die Separationes a thoro et mensa überlassen. Verträge solcher Art, welche sich, wie weiter unten vorkommt, als Theile des Staats-Grundgesetzes darstellen wollen, sind vorzüglich mit logischer und juridischer Bestimmtheit und Deutlichkeit abzufassen, da sie für die Dauer einer langen Folgezeit berechnet sind.

Die ad D) dem Bischoffe zugestandene Befugniss, die Disziplinarvergehen der Priester zu bestrafen, liegt wohl in der Natur seines Wirkungskreises, und es wäre also hierbei nichts zu erinnern; aber da musste mit römischer Feinheit wieder der Zusatz beigefügt werden: „salvo tamen canonico recursu.“ Diese Berufung ist mit dem neuern Staatsrechte durchaus nicht vereinbar, das alle auswärtige Einmischung in Rechtssachen verwirft. Der Staat kann den Priester, der nie aufhört, Staatsbürger zu seyn, gegen Missbrauch der Amtsgewalt seines Vorgesetzten selbst schützen. Dieser Satz allein dient wieder zum unumstösslichen und karakteristischen Belege des Geistes der römischen Kurie, die nie eine Gelegenheit verlieren will, ihren frühern Einfluss auf fremde, besonders teutsche Staaten geltend zu machen. Frankreich hat sich hierin nie

seine Rechte vergeben, und dient daher zum wirksamen Beispiele.

ad E) Diese Stelle scheint wirklich das bisher bestandene und stets geübte landesherrliche Genehmigungsrecht für die Zukunft aufzuheben, und die unmittelbare Verbindung der Bischöffe mit dem römischen Hofe ohne alle Dazwischenkunft frei zu geben. Dieses Vertrauen der Staatsregierung sollte wohl natürlich dankbare Anerkennung fordern, ob aber diese von Rom und den Kirchen zu erwarten sey, ist eine durch die Geschichte nur zu oft schon verneinend gelöste Frage. Das Recht der Staatseinsicht in alle bischöffliche Verordnungen, ob nichts für den Staat und die Regierung nachtheiliges darin enthalten sey, quillt aus dem nach jeder Staatsrechtslehre dem Regenten zugesprochenen, und in allgemeine Uebung übergegangenen Oberaufsichtsrechte, nach welchem Niemand im Staate, und am wenigsten die Kirchenvorstände, ihren Einfluss zum Schaden der Regierung missbrauchen dürfen. In jedem Falle hätte auf strenger Ausübung dieses Rechtes bestanden werden sollen.

Art. XIII. Die in diesem Artikel den Bischöffen bewilligte Ausübung einer unbezweifelt im Geiste Roms geleiteten Zensur ist wirklich mehr, als man bei dem Zustande der Aufklärung im Vaterlande erwarten konnte. Die Regierung verspricht auf Anzeige der Bischöffe die von diesen gefährlich befundenen Bücher sogleich zu unterdrücken, und ihre Verbreitung möglichst zu verhindern.

Natürlich ist es wohl, dass die Bischöffe so wenig, als auch der Staat, Schriften gegen Religion und Sittlichkeit dulden können und wollen: nur soll diess nicht auf blosse Anzeige der geistlichen Behörden, sondern nach eigner vorher genommener Notiz und ergangener Entscheidung der Regierungen oder des Ministeriums erfolgen. Unterdrückung oder Hinwegnahme eines Buches ist Strafe, und diese, wenn sie nicht als willkührlich erscheinen soll, setzt ein Urtheil voraus, welches ebenfalls nur durch vorhergehende Untersuchung, Anhörung beider Theile, und reife Erwägung aller dafür und dagegen streitenden Gründe bedingt seyn kann. Man weiss nur zu gut, wie es mit den Ansichten der römischen Zensur, und ihres Katalogs der

libr. prohibit. steht, da selbst des frommen Bischoffs *Sailer* beinahe sämmtliche Schriften sich darauf verzeichnet finden.

Art. XIV. So viel Vertrauen von Seite des Königs von Baiern, während sämmtlicher Verhandlungen über dieses Konkordat, gegen Rom und die päbstliche Kurie bewiesen worden, so ungemessen, und bis zur Beleidigung anwachsend ist das Misstrauen des römischen Hofes, da solcher glaubt, sich im gegenwärtigen Artikel einen Schutzbrief und bürgende Versicherung ausstellen lassen zu müssen, dass künftighin die Religion, die Liturgie, und die Priester in ihren Amtsverrichtungen geschützt, und in besonderer Ehre erhalten werden sollen. Man fällt in Versuchung zu fragen, mit wem denn eigentlich unterhandelt werde, dass solche Bestimmungen sich als nothwendig ergeben, die allenfalls für die Zeiten und den Karakter eines *Attila* und *Mahomet II.*, aber nicht für das neunzehnte Jahrhundert und König *Maximilian Joseph*, passend gefunden werden dürften.

Art. XV. Der hier vorgeschriebene Eid der Bischöffe ist ganz nach demjenigen gebildet, den das im Jahre 1801 mit der damaligen Konsular-Regierung abgeschlossene Konkordat für die französischen Bischöffe festsetzt.

Art. XVI. Wie sehr leuchtet hier die Erbitterung Roms gegen die in Baiern seit mehrern Jahren bestandenen Gesetze und Verordnungen hervor, da dieselben durch diesen Artikel förmlich, wenn auch nicht widerrufen, doch als aufgehoben und ungültig erklärt werden mussten, während es in der Rechtslehre ohnehin ein unbestrittener Erfahrungssatz ist, dass das neuere und spätere Gesetz über einen und den nämlichen Gegenstand die frühern ausser Wirkung setzt. Da sich diess nun von selbst verstanden hätte: so hätte zur Ehre der Krone Baiern, die in diesen Verhandlungen so viele Nachgiebigkeit und Schonung an den Tag legte, dieser Artikel allerdings umgangen werden sollen.

Art. XVII. Gegen die Beilegung künftiger, auch über oder aus den Konkordats-Verfügungen entstehender, Streitigkeiten auf dem Wege freundschaftlicher Uebereinkunft wäre nichts einzuwenden, nur müsste den baierischen Bevollmächtigten hierbei mehr Karakterstärke und Festigkeit beiwohnen,

als diejenigen zeigten, die das Konkordat verhandelten, — um so offenbare Uebervortheilungen zu vermeiden.

Art. XVIII. In diesem Artikel versichern beide Kontrahenten die möglichste Stabilität aller Punkte des gegenwärtig abgeschlossenen Vertrages, und Baiern erklärt denselben als integrirenden Theil seines Staatsgrundgesetzes.

Wenn dadurch nun zugleich auch die Verschmelzung dieses Konkordats mit dem humanen Sinne und zeitgemässen Ansichten des übrigen Inhalts der Konstitution ausgesprochen seyn soll: so kann ihm das Schädliche, wozu der Keim in ihm liegt, wenn nicht ganz entzogen, doch bis zur gänzlichen Unschädlichkeit gemindert werden, was in jeder Hinsicht der Wunsch aller redlichen Vaterlandsfreunde seyn muss.

So viel könnte gegen die einzelnen Artikel bei der ersten flüchtigen Betrachtung derselben erinnert werden, und daraus allein schon mag die Ueberzeugung hervorgehen, dass beiden Theilen ihre darauf gebauten Hoffnungen schwerlich in Erfüllung gehen dürften, da einerseits noch die erforderliche wirksame Kraft, und andererseits der so unentbehrliche fromme oder gute Wille fehlt. Im Ganzen konnte das Resultat einer solchen Unterhandlung, als der ersten in unserer Zeit, nicht anders ausfallen, weil, wie vom Anfange bis zum Ende des Konkordats hervorgeht, die Berücksichtigung des vorzüglichsten Umstandes, des Geistes der römischen Kurie, vergessen oder wenigstens übersehen ward. Die Verhandelnden gingen von ganz entgegengesetzten Ansichten aus, und so musste es sich fügen, dass der abgeschlossene Vertrag nicht als wechselseitige Annäherung zu einer beiden Theilen angenehm gewordenen Uebereinkunft, auf gegenseitige Nachgiebigkeit gebaut ward, sondern in einer völligen Niederlage des Einen der Paziszenten endigte, welche natürlich bei den Künsten der römischen Politik, und bei der Unbeugsamkeit ihrer Grundsätze, nie auf diese Seite, sondern immer auf jene des Mitunterhandelnden fallen musste. Diese Grundsätze stehen da, den Elementen gleich, aus denen die Welt gebildet wurde; mit ihnen ist kein Bund zu flechten, denn wie die Elemente stets das Werk der Menschenhand hassen, so wird und muss das System der römisch-päbstlichen Politik aus ihren tiefsten Gründen die Schöpfungen und Fortschritte

des menschlichen Verstandes, wie dessen heissglühendes Verlangen und forschendes Ringen nach Aufklärung und der Menschheit nützlichen Wahrheiten hassen, und denselben entgegen zu arbeiten trachten. Von diesem Standpunkte aus betrachtet, wird die Uebervortheilung der königlichen Unterhändler leicht begreiflich gefunden werden, wenn man schon glauben sollte, dass der mehr denn achtzigjährige Bischoff *Häffelin*, nach so geraumem Aufenthalte in Italien und selbst in Rom, besser mit dem Terrain, auf welchem, und mit den Personen, mit welchen er zu handeln hatte, hätte bekannt und vertraut seyn müssen, um sich, als einem der ältesten Mitglieder des Illuminaten-Ordens, und einem der wirksamsten Häupter dieses Bundes schon seit seiner Entstehung, nicht die Schmach aufbürden zu lassen, dass er in einer der wichtigsten Angelegenheiten seines Vaterlandes von den Agenten der Kurie so vollständig überflügelt worden sey. Dass derselbe um des ihm späterhin zu Theil gewordenen rothen Hutes willen die gute Sache verrathen haben, und desshalb zur so besondern Nachgiebigkeit gestimmt worden seyn sollte, ist bei der übrigen Unbescholtenheit seines langen, stets thätigen Lebens nicht wohl und um so weniger anzunehmen, als in der Würde des „Cardinalis ad honores" kein bedeutender Gewinn liegt, und ein solcher weder das Ansehen noch die Macht und Einkünfte der andern wirklichen Kardinäle besitzt, auch selbst bei der Wiederbesetzung des erledigten päbstlichen Stuhls weder wahl- noch stimmfähig ist. Auf solche Weise hätte *Häffelin* ja die theuersten Interessen seines Vaterlandes noch unter dem Betrage von dreissig Silberlingen verschachert; diess ist doch nicht wohl von ihm zu vermuthen, da er von diesem Lande doch stets sehr mütterlich behandelt worden war.

Durch weitere Unterhandlungen zur Abänderung der drükkendsten Artikel, und durch Zögerung im Vollzuge wollte oder suchte man vielmehr zu gewinnen, was durch Uebereilung der eigentlichen Verhandlung verloren gegangen. Im Jahre 1821 kam es endlich dennoch zum Vollzuge, wenigstens in soweit derselbe die Errichtung der Erzbisthümer, Bisthümer und der hierzu gehörigen Domkapitel betraf. Der Geist der Regierungen in den Kreisen blieb aber diesen wiederauflebenden Institutionen abhold, und einige derselben gingen darin so weit,

dass bei dem Ausschreiben der Verkündigung der Cirkumscriptions-Bulle in allen katholischen Kirchen den weltlichen Beamten die Erscheinung hierbei in Amtstracht förmlich untersagt wurde. Sie stehen nun da diese Erzbisthümer u. s. w. wie fremde Pflanzen in einem Boden, wohin sie nicht mehr recht gehören, und dessen Zuträglichkeit zu ihrem Wachsthume und Gedeihen erst von der Zeit zu erwarten steht. Die Regierungen, im Sinne der Ministerien, kommen ihnen nicht weiter zu Hülfe, als nach ganz bestimmten Vorschriften und Befehlen geschehen muss, und so ist vor der Hand ihre Existenz nicht beneidenswerth. Indess die Priester aller Art wissen sich zu helfen, und sind um die Mittel selten in Verlegenheit. Selbst die Konstitution hat mehr, als nöthig gewesen wäre, dieselben bedacht, und ihnen einen befreiten Gerichtsstand zugesprochen, während ein grosser Theil der weltlichen Beamten dem gewöhnlichen Gerichtsstande folgen muss. Diese und ähnliche Dinge heben den Stolz dieser Herren zur Ungebühr empor, und da der grösste Theil derselben weder zu den Gebildetsten, noch zu den Mustern der Sittlichkeit gezählt werden kann, der Wandel im Geiste des Evangeliums auch jetzt schon zu ihren geringsten Sorgen zu gehören scheint: so ergeben sich hieraus der Inkonvenienzen mehr als billig ist.

Bei der Personal-Bestimmung der neuen Domkapitel ergab sich auch noch das besondere Ereigniss, was nicht ohne Bedeutung in der Geschichte unserer Tage seyn wird, dass die noch am Leben befindlichen Mitglieder der vormaligen Domkapitel, die Domherren mit Ahnenprobe, und dermaligen Pensionairen der Staatskasse nicht nur keinen Wunsch äusserten, in die neu formirten Domkapitel zu treten, sondern sogar die ihnen desshalb gemachten Anträge mit fester Weigerung zurückwiesen. Ein mitunter nicht wirkungsloser Grund dieser Weigerung mag wohl auch in der, gegen die frühern Bezüge eines Domherrn der alten Stifter, zu ärmlichen Ausstattung der neuen Präbenden gelegen haben, deren Missverhältniss wirklich auffällt, indem sich der Fall ergab, dass der Probst des ehemaligen Domstifts Bamberg 14,000 fl. jährliche Pension bezog, während die Rente des aktiven Erzbischoffs daselbst dermalen nur 15,000 fl. beträgt.

Das Volk sah diesen Erscheinungen ohne Theilnahme zu, ein grosser Theil konnte so ziemlich unterscheiden, und eine Aussaat, die seit 1799 gesäet, und so sorgsam, als es die Zeitumstände erlaubten, gepflegt wurde, konnte nicht wohl ohne Frucht bleiben, obschon dieselbe nicht sehr üppig gedeihen wollte. Die Feierlichkeiten bei Einführung der neuen Domkapitel gingen sehr still, ohne alles Gedränge, vorüber, und der bekümmerte Vaterlandsfreund dachte nur an die der Staatskasse zufallenden Lasten bei der Ausstattung dieser Bisthümer und Domkapitel. Glücklicherweise blieb es bisher bloss bei Abgabe der Renten in Gelde, von Ausmittlung und Uebergabe des im Konkordate ausgesprochenen Grundbesitzes, aus welchem die Renten unter eigner Administration der neuen Stifter fliessen sollten, wurde nichts mehr vernommen. Es scheint, die Ministerien haben die Unmöglichkeit der Ausführung dieser Maxime bei des Staates dermaliger Lage nachgewiesen, denn von der Nachgiebigkeit der Kurie dürfte bei diesen früher festgestellten Stipulationen nach dem unerschütterlichen Stabilitätssysteme schwerlich viel zu erwarten seyn.

Noch grössere Hindernisse werden der Errichtung der im siebenten Artikel erwähnten Klöster beiderlei Geschlechts entgegenstehen. Wer soll sie dotiren? Trotz der im Vertrage übernommenen Verbindlichkeit des Staates, ist derselbe hierzu ganz ausser Stand. Die Freigebigkeit des Königs wird sich bei all seiner religiösen Gesinnung schwerlich zu solcher Höhe aufschwingen, und von den Kräften der Privaten es erwarten, ist eben so gut, als die Sache dem Zufalle anheimstellen. Im Geiste der Priester selbst hat der Egoismus der Zeit so tiefe Wurzel geschlagen, dass, wenn auch noch hin und wieder auf dem Wege der Erbschleicherei irgend eine Acquisition zu machen ist, sie dieselbe mehr auf ihre eignen Personen, als auf Kirchen oder sonstige Stiftungen zu wenden wissen. Der sittliche Karakter dieser Priester, besonders jener auf dem flachen Lande wird die neuen Bischöffe, wenn diese anders ernstlich gesinnt sind, auf frommen Wandel zu sehen und Aergerniss erregende Vorfälle zu unterdrücken, hinreichend beschäftigen.

Was man an der Vollständigkeit des Konkordates noch vermisst, ist die Festsetzung des Appellationsganges in dritter

Instanz für die oben schon erwähnten causae ecclesiasticae. Zwei Konzilien, zu Basel und Trient, haben wohl in ihren Beschlüssen dafür gesorgt, und judices in partibus nationales ernannt, aber Rom wusste immer die Befolgung dieser Beschlüsse, trotz der mehrmals erneuerten Beschwerden zu vereiteln, und doch ist in diesem Punkte bei der Aktenversendung nach Rom und allen hiervon unzertrennlichen Umständen der Kostenaufwand für die Partheien ganz unerschwinglich. Wie nothwendig wäre also hierüber eine klare, deutliche und zweckgemässe Bestimmung gewesen!

Noch unentbehrlicher erscheint ein festes Regulativ über die römischen Dispensations-Taxen, die vorzüglich bei Ehehindernissen so reichlich erhoben werden. Der grösste Theil der katholischen Einwohner Baierns ist doch schon so weit fortgeschritten, dass ihm die Bewilligung einer geistlichen Erlaubniss für Geld etwas seltsam und unbegreiflich vorkommt, da er nicht einsehen zu können glaubt, wie es der kirchlichen Obergewalt möglich wird, Sachen des Gewissens und Geld in ein ausgleichendes befriedigendes Verhältniss zu bringen. Bei diesen Ansichten wäre es daher wohl sehr dringend nothwendig, eine genaue Vorschrift für diese Taxansätze zu haben, wenn auch diese Verschleppung des Geldes in das Ausland keiner staatswirthschaftlichen Rücksicht gewürdigt werden sollte.

Die Zahl der Gläubigen in Baiern, welche von den Früchten dieses Konkordates das Heil der katholischen Kirche im Vaterlande mit einiger Zuversicht erwarten, ist sehr klein, und selbst der allerhöchstselige König *Maximilian* schien nicht darunter zu gehören; denn als bei Ankunft des ersten päbstlichen Nunzius, die zur eintretenden Nachtzeit erfolgte, die Laternen am Reisewagen ausgegangen und dem Unteroffiziere an der Thorwache bei Aufzeichnung des Namens des Reisenden durch den Zug der Wagenfenster auch das herbeigebrachte Licht erloschen war, rief der König bei dieser Nachricht mit dem ihm eigenen kernbaierischen Humor aus: Nun! das wird was schönes werden; dieser Nunzius bringt kein Licht mit, und löscht das meinige auch noch aus! Dieses Bonmot ist das treffendste Epigraph zur Geschichte des baierischen Konkordates und seiner Folgen.

Wir kehren jedoch nunmehr zu den übrigen teutschen Staaten und ihren Unterhandlungen mit Rom von dieser betrübenden Episode zurück, und eine zweite, erfreulichere, bietet sich uns in dem würdevollen und besonnenen Benehmen Preussens dar, dessen Regierung allen übrigen ein Beispiel gegeben hat, auf welche Weise, nach welchen Grundsätzen und in welcher Sprache mit der päbstlichen Kurie zu reden sey. Das Berliner Kabinet, durch die bisherigen Erfahrungen überzeugt, dass an eine teutsch-katholische Kirche und an ein gemeinschaftliches Konkordat nicht zu denken, hatte ebenfalls wie Baiern, gleich nach geschlossenem Frieden, für sich insbesondre zu unterhandeln beschlossen, um so mehr, da die damalige Stimmung der Rheinprovinzen schnelle Uebereinkunft mit Rom nothwendig machte, und die Gemüther in dieser Hinsicht gar leicht von geschäftiger Intrike bearbeitet werden konnten. Die betreffenden Ministerien trafen kluge und verständige Einleitungen hierzu. Als den tauglichsten Mann zu einer ausserordentlichen Sendung nach Rom wählte man den geheimen Staatsrath *Niebuhr*, Gelehrter und Diplomat in einer Person, an dessen Namen im In- und Auslande Ruhm sich knüpfte, welcher durch patriotische Gefühle und aufgeklärte Gesinnungen bei allen Teutschen hoch verehrt, und durch einnehmende Persönlichkeit ganz dazu geeignet war, auch das Zutrauen des heiligen Vaters und die Achtung der Italiener zu gewinnen, insofern solches möglich oder nöthig war.

Der Staatsrath widmete sich dem hochwichtigen Geschäfte mit all dem Ernste eines teutschen Mannes, welcher so theure Interessen einer hellgebildeten Nation zu vertreten hatte. Die Regierung ihrerseits suchte mittlerweile ihre Rechte gegen kurialistische Eingriffe bestens zu verwahren. Die Verfügung, hinsichtlich des nach Rom zu nehmenden Recurses des Exequatur, (vom Oktober 1818) war Beweis dafür. Gleich zu Anfange des Jahres 1819 vermochte sie den Pabst, die katholische Bevölkerung Erfurts und der Umgegend, so wie auch die des Eichsfeldes, von der Regensburger Diözese zu trennen und der Verwaltung des Fürstbischoffs von Corvei zu übertragen. Ebenso wurden mehrere Bezirke, die bisher zu polnischen Bisthümern von Rom aus dem beliebten Fusions- und Konfusions-Systeme

gemäss, geschlagen worden waren, der mittlerweiligen Verwaltung eines apostolischen Vikariates zu Danzig übergeben. Eine vorläufige Diözesen-Umschreibung, welche dem künftig abzuschliessenden Vertrage als Formular dienen sollte, erhielt die königliche Genehmigung mittelst Kabinets-Schreibens vom 6. April 1820. *Friedrich Wilhelm* erklärte mit edler Würde: seinen katholischen Bischöffen keine verschwenderische, aber auch keine kärgliche Ausstattung verwilligen zu wollen. Das eine hätte die Leute nur übermüthig, das andere sie mürrisch gemacht. Es war nun ganz in der Ordnung, dass der Brodkorb mit Manna und die Fleischtöpfe weder zu hoch, noch zu niedrig gehängt wurden.

Der römische Ober-Bischoff war während der ganzen Restauration noch nie gegen Jemanden so höflich, als gegen die preussische Regierung, gewesen. Die persönliche Anwesenheit des Staatskanzlers, Fürsten *von Hardenberg*, zu Rom im Frühjahre 1821 verscheuchte die letzten Bedenklichkeiten, welche *Niebuhr* noch nicht hatte besiegen können. *Pius VII.*, dazumal von dem Carbonari-Schrecken überdiess erfasst, erklärte sich endlich zur Uebereinkunft oder Verabredung willig. Die preussische Regierung scheute den zweideutigen Namen eines Konkordates, welcher nichts anders, als das Eingeständniss einer Niederlage in wohlerworbenen Rechten ist. Am 25. März folgte seine Erklärung.

Die päbstliche Bulle erschien unter dem 16. Juli 1821. Der König, durch Kabinets-Ordre vom 23. August desselben Jahres, verlieh ihr seine „staatsoberhauptliche Bewilligung und Sanktion.“ Im Ganzen bestanden demnach durch das katholische Preussen zwei erzbischöffliche Sprengel: Köln und Gnesen-Posen: und sieben bischöffliche: die Bisthümer Gnesen und Posen; die zwei Exemten: Breslau und Ermeland; sodann: Trier, Münster und Paderborn. Die übrigen wesentlichen Bestimmungen enthält die Urkunde selbst deutlich genug. *)

*) Ueber die nächsten und weitern Folgen des preussischen Konkordates, die römischen Eingriffsversuche, das standhafte System der Regierung, die Umtriebe der Romanisten, die Verbindungen heimlicher Jesuiten, die Emanzipations-Versuche der schlesischen Katholiken und de-

Auch die Hannövrische Regierung war mittlerweile, nach allerlei Schwierigkeiten, hinsichtlich ihrer katholischen Unterthanen, zum Ziel gekommen. Diese, welche in politischer Beziehung so wenig Rechte geniessen, und ungefähr einige Grade schlechter, als bis dahin die Irländer, in der konstitutionellen Taxation, als Untergebene der Engländer, stehn, wurden auch kirchlich eben nicht sehr grossmüthig bedacht. Doch hatte man ja zur Konstitution nun auch ein Konkordat, und so war in geistlichen und weltlichen Angelegenheiten Alles auf das Beste geschlichtet. Die reiche Saat des grossen Befreiungskampfes, in welchem die teutsche Nation blos für brittisches Krämer-Interesse und den Ruin ihres Handels durch brittisches Uebergewicht ihr kostbarstes Blut verspritzt zu haben schien, sollte nun auch in den noch übrigen teutschen Staaten aufgehn. Noch waren die kirchlichen Freiheiten des Südens an Rom zu überliefern. Wir wollen sehen, wie es auch hier grösstentheils gelungen und alle Anstrengung der Bessern für Bewahrung alter Rechte an kurialistischer Praktike gescheitert ist.

Wenn von Seite mancher teutschen Bundesglieder in beinahe allen politischen Angelegenheiten nichts Erspriessliches erwirkt und selten etwas Rühmliches auch nur mit Ernst gewollt worden ist, so trifft diejenigen, welche fortan nun mit Rom es noch zu thun hatten, und kollektiv es thaten, doch nicht derselbe Vorwurf hinsichtlich der Kirchenangelegenheiten. Hier trieb der eigene Staatsvortheil auf der einen, und die Macht der öffentlichen Meinung, welche mit unbesieglichem Widerwillen die Wiederkehr römischer Anmassungen bei einer hellgebildeten und rüstig vorgeschrittenen Nation sah, auf der andern Seite allzustark zu muthigem Widerstande und besonnener Berathung. Das baierische Konkordat hatte diese Gesinnungen und Gefühle noch gemehrt. Man durfte dem Ueberreste der Nation nicht dasselbe anbieten.

Die meisten Stimmen der Bessern lauteten für die Vereinigung aller katholischen Staaten und Landestheile zu einer einzigen, teutschen National-Kirche, auch noch

ren Hindernisse, so wie viel anderes mehr, werden wir später an einem andern Orte uns herauslassen.

dann, als Preussen und Baiern verloren gegangen. Dawider hatte sich Rom, welches die Gewalt und den Einfluss der Nunzien über die einzelnen Bischöffe in Teutschland wie in der Schweiz herzustellen bemüht war, mit Händen und Füssen gesträubt. Die *Wessenberg'sche* Cause célèbre bildete nicht nur einen höchst interessanten Incidentpunkt, welcher den Geist der römischen Kurie und die Plane der Lichtgegner in ein helles Licht setzte, wenn etwa nach den baierischen Affairen noch gezweifelt werden konnte; sondern es hing von der Art und Weise der Erledigung derselben ein Theil der Verhandlungen wesentlich ab, da sowohl Baden die Sache des Freiherrn zu seiner eigenen Ehrensache machte, als auch alle aufgeklärten Katholiken, in richtiger Würdigung der dabei bekämpften und vertheidigten Grundsätze, das Schicksal der teutschen Kirche innig daran geknüpft sahn. Eine genauere Schilderung dieses Handels gehört somit zur Geschichte der teutschen Konkordate im Allgemeinen und desjenigen des oberrheinischen Metropolitanverbandes insbesondere.

Der Freiherr *von Wessenberg*, Bruder des, als K. K. östreichischer Minister hochverdienten, allgemein beliebten und bedauerten Diplomaten, war ein Zögling der Josephinischen Periode im katholischen Priesterthume, und hatte auf der Universität Freiburg im Breisgau und auf andern Lehranstalten besserer Art den Unterricht trefflicher und kenntnissreicher Männer genossen. *) Seine Familienverhältnisse und Standesverbindungen aber hatten ihn früher, als manch' andern seines Gleichen, in das Leben und dessen verschiedenartige grössere Beziehungen eingeführt und eingeweiht, und die Gaben des Glücks und des Zufalls, welche gemeinere Naturen wohl sonst zu verweichlichen und zu verwöhnen pflegen, gaben ihm bloss einen desto kräftigern Schwung des Geistes, und liessen ihn völlig und ungestört seinen schönen Idealen nachhängen. Religiösen Sinn und intellektuelle Freiheit, ächtes Christenthum und phi-

*) Der später nach ihm zum Erzbischoff designirte *Wanker* war sogar sein und seiner Brüder Hofmeister zu Feldkirch, (dem Familiengute der Herren *v. Wessenberg*,) gewesen. Zu Freiburg selbst wirkten die *Jakobi*, *Sauter*, *Petzeck*, *Hug*, *Schintzinger*, *Klüpfel* u. A. Vgl. meine Biographie *Karl's v. Rotteck* in den Zeitgenossen 1830. 2r Bd. Hft. 4.

losophische Forschung schwesterlich mit einander zu versöhnen, strebte er von früher Jugend an. In seinen geistlichen Verrichtungen war er bald allen ein Muster, und der Ernst seiner Seele, welcher durch ein von milder Freundlichkeit und heiterm Humor geleitetes Aeussere fortwährend hervorstrahlte, erwarb ihm bei Alten und Jungen unverkennbare Hochachtung. Im Jahre 1802 war er bereits Domdechant in Konstanz, als *Karl v. Dalberg* ihn zum Generalvikar des Bisthums ernannte. In dieser wichtigen Stellung leistete er eine Reihe von Jahren hindurch der Kirche, der Aufklärung und der Wissenschaft Ausserordentliches, er bekämpfte die Hauptfeinde des Christenthums: Unwissenheit und Unsittlichkeit, Aberglauben und Unglauben, Dinge, die der krasse absolute Katholizismus so lange hervorgebracht hat, und täglich noch hervorbringt. Was er für Erhebung des geistlichen Standes, für Veredlung des Volksunterrichtes, für Vereinfachung der Ceremonien und ästhetische Versinnbildlichung derselben, ferner für Verdrängung der Intoleranz und des Mönchsgeistes u. s. w. gethan hat, das alles ist in aller bessern Zeitgenossen Munde und wird in der Geschichte seines Volkes ein unzerstörliches Denkmal ihm gründen.

Allein, was sonst in der ganzen moralischen Welt für Tugend galt, ward von der römischen Kurie als Verbrechen gedeutet; jede Annäherung zum Urbilde des eigentlichen Christenthums, (des Katholizismus in seiner Reinheit,) ward noch immer und wird fortwährend als Abirrung vom „alleinseligmachenden Glauben" betrachtet. Die römische Kurie bekümmert sich um Christenthum und Sittlichkeit sehr wenig, wenn nur die Geldtruhe und die Kanzleigebühren fortwährend bedacht und gefüllt werden. Hic Rhodus, hic salta! — Es fehlte auch an niederträchtigen Seelen in Teutschland und in Helvetien nicht, welche der Stimme der Verführung und dem goldnen Sporn, dem Protonotariate und den Ducati's williges Ohr liehen, um die Sache der Kultur und der Nationalität an den Ultramontanismus zu verkaufen. Späher und Aufseher, von der Nunziatur in Luzern unterrichtet, geleitet und unterstützt, fanden sich in Menge, welche alle Schritte des Generalvikars [illegible] seiner Unterbehörden belauschten und über den Geist und

das Leben aller einzelnen Priester der Diözese regelmässige Berichte nach Luzern, später aber nach Rom sandten. Es fehlte ebenso auch an Fanatikern und Intrikanten nicht, welche das Gemüth des Volks über die wahren Absichten des Bisthumsverwesers, über die Reinheit seiner Lehre und die Gültigkeit seiner Handlungen mit Unruhe und Besorgniss erfüllten. Man suchte Studirende und Schuljungen sogar gegen die *Wessenberg'schen* Priester aufzuhetzen und den Bauern machte man glauben: der Freiherr sey mit Freimaurern, Freigeistern und Ketzern im Bunde, um entweder die Religion ganz zu vertilgen, oder doch wenigstens das Land lutherisch zu machen.

Die Verirrungen einzelner Geistlichen, welche *Wessenberg*, anderweitiger Verdienste wegen vielleicht allzu lange beschützte, oder deren Handlungen er selbst nicht genau kannte, wurden mit erfinderischer Tücke herausgehoben, und ihnen ein Karakter der Allgemeinheit gegeben, so dass man glauben sollte, die ganze Diözese sey in eine moralische Anarchie versunken.

Die Pastoral-Konferenzen, welche der Bisthumsverweser, als gemeinschaftliches Organ zu Besprechung religiöser und wissenschaftlicher Materien für seine Priester gegründet und bis zum Jahre 1827 fortgesetzt hatte; *) — die Stunden der Andacht, für deren Mitherausgeber, Beschützer und Verbreiter man den Freiherrn hielt; — die Affaire des berühmten *Dereser* zu Luzern; die Art und Weise der Handhabung der Bücher-Zensur von Seite der bischöfflichen Kurie; — die Streitfrage wegen der gemischten Ehen, welche *Wessenberg* nach Grundsätzen der Humanität und christlichen Duldung in Praxi entschied; — die teutsche Liturgie, welche den veralteten Rumpelkram eines dem Volke unverständlichen lateinischen Ritus ersetzte; — der Widerstand gegen friedenstörerische Anmassungen der Luzerner Nunziatur **) und vor allem die Schritte des Generalvikars, die Los-

*) Vgl. darüber meine Biographie: *Viktor Keller* in den Zeitgenossen, Neue Folge. I. B. 1tes Heft 1829.

**) Die Schultheiss *Keller'sche* Affaire, trotz des Herrn *Gizzis* diplomatischen Jeremiaden, ist noch unvergessen; von dieser wird es auch einmal heissen: „Nichts ist so fein gesponnen, es kömmt doch an die Sonnen.“

trennung der katholischen Schweizerkantone vom Bisthume Konstanz zu hindern, — ein Staatsstreich der Kurie, voll der verderblichsten Folgen für beide Theile, wie später gezeigt werden wird, — diess alles bildete die Hauptverbrechen *Wessenbergs.*

Gegen ihn arbeiteten ganz besonders einige Renegaten des Liberalismus, welche durch servile Hingebung an die Sache Roms und durch Verrath selbst des Freundes und Wohlthäters Kirchenwürden zu erhaschen hofften. Mehrere dieser Männer aber, welche damals über die Entsittlichung der Diözese so sehr schrieen und fanatische Anhänger des Zölibates waren, standen selbst in solchem Rufe der frechsten Immoralität und lebten in so schaamlosem notorischen Konkubinate, oft mit mehrern Personen zugleich, dass sie Gegenstände allgemeiner Verachtung und selbst der Satyre und des Hohnes in Volkskalendern und Volksliedern geworden sind. *)

Trotz aller dieser Umtriebe jedoch, blieb der Freiherr durch die Gewalt der öffentlichen Meinung stark, und ein Gegenstand der Liebe und Verehrung aller Bessern im In- und Auslande. Und als sein edler Oberhirt und Freund, *Karl von Dalberg*, niedergedrückt von der Last der Jahre und dem Undanke der Menschen, sein Ende nahen glaubte, ernannte ihn dieser zum Coadjutor und Nachfolger. Das Weitere enthält die offizielle Denkschrift der Regierung des unvergesslichen Grossherzogs *Karl* von Baden, welche im Jahr 1818 herausgekommen ist und eines der edelsten Denkmale fürstlicher Beharrlichkeit in Bekämpfung pfäffischer Usurpation bleiben wird.

Den Geist und Karakter der Noten des Kardinals Staatssekretaires zu schildern, halten wir für überflüssig. Ganz Teutschland war von dem sophistischen Betragen des römischen Hofes mit Unwillen und mit Hochachtung für den Mann erfüllt, welcher durch seine Reise nach Rom ein schweres Opfer persönlicher Entsagung gebracht und dem Feinde zu ehrenvol-

*) Ich werde in einer andern Schrift Gelegenheit haben, eine reiche Chronique scandaleuse von diesen und andern ultra-katholischen Geistlichen dem Publikum mitzutheilen.

lem Kampfe sich selbst gestellt hatte, ohne jedoch gleichen Edelmuth und apostolische Gesinnung bei demselben zu finden. Wie wird aber Teutschland erst erstaunen, wenn einmal die geheimen Beiträge zur Geschichte dieser Tage vollständig an's Licht treten und die Mittel und Wege bekannt gemacht werden, durch welche die bei *Wessenbergs* persönlicher Ankunft hochbetretene und in Verlegenheit gesetzte Kurie erst von allen Seiten her Beweise sich zu verschaffen suchte, welche die vagen und allgemeinen Beschuldigungen gegen den würdigen Mann beurkunden sollten. Diese Nothwendigkeit, erst von fern sich den Stoff zur Anklage herbeizuschaffen, war die Ursache des langen Verzuges, bis man den Freiherrn vorliess und die Punkte ihm vorlegte, worüber er sich vertheidigen sollte!

Es wird behauptet, der Kardinal *Consalvi*, ein Mann von heller Gesinnung und entschiedenen Verdiensten um den Kirchenstaat in politisch-administrativer, wie in kirchlicher Beziehung, sey *Wessenbergs* persönlicher Freund, und durch die Niederträchtigkeit mancher seiner Ankläger oft selbst tief entrüstet gewesen; es wird ferner sogar behauptet, *Consalvi* habe gegen *Wessenberg*, welchen er Abends bisweilen zu freundlichem Mahle eingeladen, nachdem er des Morgens ihn mit dem Schmerze des heiligen Vaters und den Vorwürfen der Kirche in donnernden Noten bekannt gemacht, — mehr als einmal mit den Worten sich entschuldigt: „Verzeihen Sie mir, lieber Freund! Es ist diess eine Farce, die ich von Amtswegen spielen muss.“

Der Bisthumsverweser hatte Alles gethan, was seine persönliche Gesinnung gegen das persönlich verehrte und verehrungswerthe Oberhaupt der Kirche ihm auferlegen konnte; ja er hatte mehr gethan, als der Regierung, seinen Freunden und den entschiedenen Katholiken bessern Schlages nur lieb gewesen war; und es fehlte nicht an gutgesinnten Männern, welche die ganze Reise für überflüssig und unpolitisch betrachteten. Was konnte auch in der That von einem Hofe Günstiges erwartet werden, welcher die Wahrheit also falschmünzen liess und solche Mittel nicht verschmähte, wenn sie nur zum Ziele führten? von einem Hofe, welcher die alten Freiheiten

und die Konkordate der teutschen Nation so wenig achtete und blinden Gehorsam für seine Breven foderte? *)

Die Sachen blieben nun einige Zeit hängen, und *Wessenberg* war zu sehr *Melanchthon*, um, als *Luther*, für Stiftung einer eigenen, teutsch-katholischen Kirche, nach dem Beispiele der Utrechter, aufzutreten, wie viele seiner Anhänger mit Feuer gewünscht hatten. Ein Beweis für die Reinheit seiner Gesinnungen und Handlungen; denn hätte die Sucht, eine Rolle jener Art zu spielen, ihn befallen gehabt, so würde er die für ihn so überaus günstige Periode, den Schutz der Regierungen und die Stimmung des Volkes benutzt, und seine Ansprüche, als Primas, oder Patriarch einer solchen Nationalkirche, geltend gemacht haben. Diese Idee war damals äusserst populär in Teutschland, und Viele konnten dem Freiherrn es lange hernach kaum verzeihen, dass er sich keine Mühe gab, sie auszuführen. Der Hass und die Verachtung gegen den römischen Hof, wegen der Unlauterkeit des in der fraglichen Sache eingeschlagenen Systemes, waren allgemein, und eine auch nur geringe Kraftäusserung würde, Regierungen und Völkern vielleicht zu hohem Gewinne, ein Schisma erzeugt haben, ohne die geistige Einheit der Kirche, die keineswegs von den Launen eines aus beinahe lauter Italienern gebildeten Kollegiums von Kardinälen, noch von den allen übrigen Nationen fast unzugänglichen vier Mauern des Laterans abhängt, dadurch aufzuheben **). Nichts desto weniger begnügte man sich, noch fortwährend in Schriften und Rechtsgutachten den merkwürdigen und hochwichtigen Handel zu beleuchten, und die teutsche Gutmüthigkeit liess sich herab, die Behauptungen

*) Ueber den *Wessenberg'schen* Handel vgl. ausser der oben erwähnten Denkschrift: *J. L. Koch*, Ausführliches Rechtsgutachten über das Verfahren des römischen Hofes in der Angelegenheit der Konstanzer Bisthumsverwaltung u. s. w.; die Schrift von *Fridolin Huber* u. s. w. Der Hermes Nro. VI. enthält eine sehr gründliche Kritik all der verschiedenen Werke und Flugschriften für und wider.

Manche höchst lehrreiche Mittheilungen, welche bis jetzt nur einem kleinen Kreise von Freunden des verehrten Mannes bekannt sind, dürften vielleicht erst nach seinem Tode erscheinen und das System eines Hofes beleuchten, welcher in Perfidie und Heuchelei von den Beispielen früherer Zeiten noch immer nicht abgewichen ist.

**) Die kathol. Kirche sey, wie sie seyn soll, oder sie sey gar nicht.

der Romanisten der Länge und Breite nach zu widerlegen, als wäre die Sache nicht längst schon ausgemacht, und als wäre es jemals den Gegnern Ernst gewesen, durch Gründe religiöser und kanonischer Art widerlegt zu werden.

Unter den würdigen Vertheidigern des angefochtenen Mannes und der bedrohten Kirchenfreiheiten zeichneten besonders *Fridolin Huber* und *J. L. Koch* sich aus, zwei Namen, deren die teutsche Nation immer mit Ehren eingedenk seyn wird und welche in dem Weinberge des Herrn jederzeit nach Kräften gearbeitet haben. Letztgenannter hat die *Wessenberg'sche* Angelegenheit, nach dem fehlgeschlagenen Erfolge des persönlichen Stellens in Rom, aus dem allgemein staatsrechtlichen Gesichtspunkte dargestellt, und folgende Schlussresultate daraus gezogen:

„Wenn aus allen kirchenrechtlichen Erörterungen hervorgeht, dass es für die vaterländische Kirche, ihre Rechte und ihr wahres Wohl, äusserst nachtheilig seyn würde, wenn man dem römischen Versuch, das System der kirchlichen Alleinherrschaft in Deutschland geltend zu machen, nachgeben würde, so wird es zur vollständigen Würdigung dieser Angelegenheit nicht undienlich seyn, diesen Versuch und die Art und Weise, wie er sich ausspricht, und auf welchen öffentlichen Zustand in Deutschland er hindeutet, auch noch unter den Gesichtspunkt des öffentlichen Rechts der deutschen Bundesstaaten zu stellen, um ihn auch noch, von Seiten des Verhältnisses dieser Staaten gegen Rom und gegen eine gewisse Parthei in Deutschland, zu beurtheilen und zu erforschen, ob die beiden oft genannten römischen Breven, nämlich das vom 15. März, und vorzüglich jenes vom 21. Mai 1817, nicht geeigenschaftet seyen, dass sie dem deutschen Bundestage zur förmlichen Kenntnissnahme der Vorschritte, welche ein fremder einflussreicher Hof in deutschen Ländern unternimmt, und des übrigen Inhalts jenes letztern, vorgelegt werden."

„Allen Deutschen ist es bekannt, dass die Beschwerden der deutschen Nation gegen den römischen Hof in der kaiserlichen Wahlcapitulation stets einen stehenden Artikel ausgemacht haben. Darauf hinzuweisen, wenn sich eine gegründete Veranlassung dazu vorfindet, dieses gehört ohne

Anstand zu den vaterländischen Rechten und Pflichten der Deutschen. Hierin wird also auch diese Darstellung, ohne gemissdeutet werden zu können, ihre Rechtfertigung finden."

„Der §. 1. des 14. Kapitels der jüngsten Wahlcapitulation sicherte dem deutschen Episcopat und den Domcapiteln die Aufrechthaltung ihrer Rechte und Gewohnheiten gegen Beschwerung durch römische Rescripte, Reservationen u. s. w. Im vorliegenden Falle wollen römische Breven dem Domcapitel zu Constanz sein Wahlrecht eines Capitular-Vicars, durch eine neue Reservation, nämlich eine vorgeblich nöthige römische Genehmigung des Gewählten, beschweren.

„Im §. 2. des gedachten Artikels versprach der Kaiser abzuwenden und vorzukommen: „dass die Erz- und Bischöfe „im Reiche, wenn wider dieselben von denen ihnen untergebe-„nen Geistlichen oder Weltlichen etwa geklagt werden sollte, „ohne vorherige genugsame Information über der Sachen Ver-„lauf und Beschaffenheit, (welche, damit keine sub- et ob-reptio „contra facti veritatem Platz greifen möchte, in parti-„bus einzuholen ist), auch ohne angehörte Verantwortung „des Beklagten, wenn zumal derselbe auctoritate pastorali zur „Vermehrung und Verbesserung des Gottesdienstes u. s. w. „Verfügungen getroffen habe, mit Monitoriis, Interdictis und „cominationibus oder declarationibus Censurarum nicht übereilt „und beschwert werden."

„Es ist aber bereits oben, in der Erörterung der 5. Frage, hinreichend auseinander gesetzt worden, dass und auf welche Art diese Uebereilung und Beschwerung des rechtmässig aufgestellten Verwalters der Diöcese Constanz, welcher, als Stellvertreter des Bischofs, gleich diesem geschützt werden muss, durch die beiden römischen Breven vorgenommen worden sind."

„Im §. 3. des gedachten 14. Artikels der Wahlcapitulation war festgesetzt, dass die deutschen Concordate namentlich auch jenes mit *Eugen IV.* *), (worin die im Acceptations-Instrument

*) Wenn auch dieses Concordat als solches nicht mehr gültig ist, so ist doch das Anerkenntniss des Pabstes, dass die deutsche Nation die Baseler Decrete wirklich acceptirt habe, immer noch wichtig, und beweist ihre Gültigkeit in Deutschland.

von 1439 enthaltenen Baseler Decrete als gültiges deutsches Nationalkirchenrecht erkläret sind) sodann auch die Privilegien, Statuten und Freiheiten der deutschen Kirche gehandhabt, und den schon lange dauernden Beschwerden der deutschen Nation gegen die Eingriffe des römischen Hofes überhaupt und besonders in Betreff der Nuntien gesteuert werde. Dass und wie die römische Curie, bei der Aufstellung des Herrn *von Wessenberg* zum Bisthums-Verwalter in Constanz, die ihr günstig scheinende Gelegenheit ergriffen und zu dem Entzweck zu benutzen gesucht habe, um die deutschen Kirchenrechte und Freiheiten völlig zu vernichten, ist in der obigen Beantwortung der dritten Frage hinreichend dargethan."

„Damit noch nicht zufrieden, sucht aber Rom auch noch die Diöcese Constanz unter die Nuntiatur zu Luzern zu ziehen, folglich deutsche katholische Unterthanen unter die kirchliche Gerichtsbarkeit und den Gehorsam eines, im Auslande wohnenden, römischen Vicarius zu bringen."

„Die Gefahr, welche hiermit dem Staate bereitet wird, ist offenbar, indem derselbe sich der Person dieses Vicarius, wenn dessen Verwaltungsmaassregeln es veranlassen sollten, nicht versichern und mit Nachdruck zurechtweisen kann."

„Durch die Auflösung des deutschen Reichs und seiner Verfassung ist freilich jeder deutsche Souverain in das volle Oberschützherrliche Recht der, in seinem Staate befindlichen, katholischen Landeskirche getreten, allein die deutschen Bundesstaaten haben in Art. 2. der Bundesacte als Zweck ihrer Verbindung ausgesprochen: die Erhaltung der äussern und innern Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten. Es dürfte daher den deutschen Staaten nicht ganz gleichgültig seyn, wenn es dem römischen Hofe gelingen sollte, über die Kirchen in einem deutschen Staate gegen die landesherrlichen Anordnungen, womit er die deutschen Kirchenrechte und Freiheiten zu schützen gedenkt, eine, jene Anordnungen nicht beachtende, sondern eigenmächtige Gewalt zu üben, und Aussprüche in Vollzug zu setzen, die weder von einem competenten Gericht, noch nach Verhandlung der Sache und angehörter Vertheidigung, sondern auf geheime Denunzia-

tionen erlassen sind. Würde ein deutscher Landesherr noch Souverain seyn, welcher auf eine nothwendig vorhergehende Untersuchung der Sache dringend, diese im Innlande nicht erlangen könnte, sondern nur der Vollzieher eines ihm unbekannten Urtheilsspruchs über einen angesehenen Staatsbürger und Kirchenvorsteher in seinem Lande seyn müsste, wie solches im römischen Breve vom 21. May 1817 angesonnen worden ist? — Und endlich, welcher Sinn und Deutung liegt den Worten dieses Breves unter, worin ausgesagt wird: „Diese „Hülfe, (nämlich zur Absetzung des Herrn *von Wessenberg*) „verlangen Wir nicht blos wegen der katholischen Kirche, son„dern auch aus Rücksicht Deiner katholischen Unterthanen „und selbst Deiner Herrschaft Nutzen und Wohl, „denn welches Ansehen kann dieser Mann bei den Gläubigen „haben, den alle Guten verabscheuen, den sie verach„ten, von dem sie aus sichern und öffentlichen Urkun„den wissen, dass Wir ihn nicht bestätigen, so dass „sich auf ihn keine Hoffnung, die öffentliche Ruhe zu erhalten, „bauen lässt, sondern vielmehr zu befürchten steht, dass die „Gemüther der Katholiken, wegen ihm, abgeneigt und viel„mehr aufgebracht werden und eine Störung des Friedens „und der Ordnung erfolge?“

„Der ganzen Welt ist die edle Gesinnung *Pius VII.* bekannt, dass er weit entfernt sey, die Ruhe der Staaten wegen kirchlichen Differenzen gestört zu sehen. Hat ja dieser äusserst gewissenhafte Pabst der Excommunications-Bulle, die er unterm 10. Juny 1809. gegen den Kaiser *Napoleon* erliess, ausdrücklich das Verbot beigefügt, die Rechte oder Vorzüge der in dieser Censur begriffenen Personen anzutasten. Die angezogene Stelle des Breve vom 21. Mai spricht also, ihrem natürlichen Sinne nach, die Besorgniss aus: ein Theil der Katholiken in der Constanzer Diözese, nämlich die Guten, welche den Herrn *von Wessenberg* verabscheuen, dürften wohl so aufgebracht werden, dass eine Störung der Ordnung und des Friedens erfolge, wenn der Staat dem Pabste keine Hülfe leiste, ihn von dem Amte eines Capitular-Vicars auszuschliessen. Da der biedere Sinn des deutschen Volkes allgemein bekannt, und die Treue der katholischen, seit der Säkularisation unter den

Scepter nichtkatholischer Landesherren gekommenen, Unterthanen in mehreren wichtigen und kritischen Zeitpunkten sich rühmlich erprobt hat, und in dieser Angelegenheit von einer Religionskränkung derselben nicht einmal die Rede ist, so kann die Meynung von einer solchen Besorgniss wohl durch niemanden anders in Rom erweckt worden seyn, als durch deutsche, unredliche Berichtsteller, welche sich selbst mit dem Prädicate: gute Katholiken, beehren.“

„Die Umtriebe dieser, wie sie sich zeigen, Feinde der deutschen vaterländischen Kirche und Staaten, dürften allerdings die Aufmerksamkeit nicht blos eines, sondern aller deutschen Bundesstaaten verdienen, um überall die geeigneten Massregeln zu ergreifen gegen die staatswidrige Absicht, durch Aufreizung des Volks den innern Frieden der Staaten zu stören. Da übrigens auch die strenge Gerechtigkeitsliebe der Deutschen allgemein bekannt ist, mithin in Deutschland Niemand, der seines Amtes nicht förmlich durch richterlichen Spruch entsetzt ist, in der mindesten Gefahr schwebt, gewaltthätig in dessen Ausübung gehindert zu werden, so konnte seitdem der Herr *von Wessenberg*, wenn und so weit er es für gut fand, sein Amt ruhig ausüben, und wird es auch ferner ohne Bedenken ausüben können.“

„Sollte es aber auch wirklich an dem seyn, dass einige sogenannte Guten, das ist, Feinde des Herrn *von Wessenberg*, ihn desswegen nicht anerkennen wollten, weil er von Rom aus als Capitular-Vicar nicht genehmigt ist, so fragt es sich, wem dieses Verhältniss zuzuschreiben sey? und ob ihm nicht damit am sichersten vorgebeugt worden wäre, wenn die, gegen ihn in Rom eingekommenen, Beschwerden vor ein deutsches Synodalgericht gebracht, untersucht und abgeurtheilt worden wären? wie es der rechtlichen Ordnung der deutschen Kirche gemäss ist. Immerhin wird auch jenes Missverhältniss auf die voreilige Publication jenes Breve vom 15. März 1817 und die Umtriebe einiger verfolgungssüchtiger deutschen Gegner des Herrn *von Wessenberg* zurückfallen. Doch die bessere Mehrheit steht mit der Regierung auf der Seite des Rechts, welches gehandhabt werden wird.“

„Die Schlussresultate,

aus dem seither Abgehandelten zusammengestellt, sind folgende:

„1) Das Domcapitel zu Constanz war berechtigt, unter dem Zutritt der landesherrlichen Genehmigung, einen Bisthums-Verwalter aufzustellen.“

„2) Dasselbe hat in der Person des Herrn Domcapitularen von Wessenberg einen solchen rechtsförmlich aufgestellt; wozu auch das landesherrliche Placet ertheilt worden ist. Dass das Domcapitel den Herrn *von Wessenberg* vorzüglich wählte, war ganz natürlich, da er bereits zum Coadjutor ernannt war. War gleichwohl die päbstliche Confirmation zur Coadjutorie noch nicht erfolgt, so war doch auch der Informativprocess nicht vorgenommen, folglich über dessen Würdigkeit noch nicht erkannt worden. Es für sich hielt ihn für würdig, und wählte ihn daher mit Recht zum Administrator.“

„3) Zu der Aufstellung eines Bisthums-Verwalters ist eine päbstliche Bestätigung nicht erforderlich.“

„4) Wenn aber der Pabst über einen rechtlich aufgestellten Bisthums-Verwalter so erhebliche Beschwerden hat, dass er zu der Verwaltung für unwürdig erklärt werden soll, so kann die Untersuchung hierüber nur in Deutschland, und nur von deutschen Richtern vorgenommen und in Form Rechtens die Entscheidung ausgesprochen werden.“

„5) Die römischen Breven, welche, ohne vorhergegangene Untersuchung nach rechtlicher Form, ergangen sind, um den Herrn *von Wessenberg* von der Bisthums-Verwaltung auszuschliessen, verstossen gegen die allgemeinen und besonders gegen die deutschen Kirchenrechtsgrundsätze und gültigen Gesetze. Sie enthalten

„6) zu gleicher Zeit anmassende Vorschritte gegen die Staatsgerechtsame, und berechtigen daher

„7) den Staat, nicht nur das Placet zu verweigern, sondern, erforderlichen Falls, auch eine förmliche Cassation dieser römischen Breven eintreten zu lassen.“

„8) Das Grossherzoglich Badische Ministerium ist jedoch zur Zeit noch bei der blossen Verweigerung des Placet stehen geblieben, weil der Herr *von Wessenberg* sich entschlossen

hatte, in Rom selbst eine Ausgleichung der entstandenen Differenzen zu versuchen."

„9) Die bei dieser Gelegenheit ihm vorgelegten Beschwerden sind, wie aus der hier mit strenger Rechtlichkeit vorgenommenen Prüfung derselben erhellet, nicht von der Art, dass sie zur Ausschliessung vom Bischofsamte hinreichen. Es haben sich vielmehr die Verdienste des Herrn *von Wessenberg*, in unerschrockener Behauptung der deutschen Kirchenrechte, in dem schönsten Lichte gezeigt, und ansehnlich erhöht und vermehrt. Da

„10) in dieser Sache, selbst auch in der dritten Note des Herrn Cardinal-Staatssecretär, an kein päbstliches Urtheil gedacht werden kann und

„11) der Herr *von Wessenberg* weder der Angesinnung zur Niederlegung seines Amts, noch auch zu einem Widerruf oder Missbilligung seines seitherigen amtlichen Benehmens sich willfährig zeigen konnte, indem er seine Lehre (welche im Constanzer Catechismus und Gesangbuch ächt zu finden ist), seine Verwaltung und sein Betragen einem richterlichen Urtheil in gesetzlicher Form willig unterwirft, so folgt, dass die ganze Streitsache sich jetzt noch in der nämlichen Lage befindet, wie sie vor dem Erscheinen des ersten Breve's vom 15. März 1817, welches eben so, wie das zweite, ohne alle rechtliche Wirkung ist, gestanden hat, und demnach dem Herrn *von Wessenberg* die Rechte eines Bisthums-Verwalters zustehen, worin er auch bis zu einer rechtlichen Entscheidung, oder gütlichen Ausgleichung um so mehr zu schützen ist, weil hiermit die Aufrechthaltung mehrerer Rechte, und selbst die Existenz der deutschen Kirche, in Hinsicht auf die deutschen National-Kirchenrechte und Freiheiten, innigst verbunden ist. Deswegen ist denn auch die Handhabung des Herrn *von Wessenberg* in dem Rechte der Bisthumsverwaltung als eine Sache der deutschen Nation anzusehen."

„12) Jeder deutsche Katholik, welcher die Rechte seiner vaterländischen Kirche kennt, und an ihrer Erhaltung Antheil nimmt, wird es dankbar anerkennen, dass die Grossherzoglich Badische Regierung die deutschen Kirchenrechte, so wie die Rechte des Domcapitels und in diesen, jene der Geistlichkeit,

deren Repräsentanten die Domherren sind, nicht minder jene des Staats vollkommen gewahrt hat, indem sie durch eigene Manutenenzdecrete den Herrn *von Wessenberg* in dem Besitze seiner Würde und Rechte, als wirklichen und rechtmässigen Capitular-Vicar des Bisthums Constanz, geschützt und gehandhabt hat.“

„13) Da die beiden oft erwähnten römischen Breven ihrem Inhalte nach nichtig sind, so hängt es lediglich von der Grossherzoglich Badischen Regierung ab, ob sie, in Hinsicht auf dieselben, bei der blossen Verweigerung des landesherrlichen Placet (Verweigerung aller Wirkung) stehen bleiben, oder, bewandten Umständen nach, sie förmlich cassiren, d. h. als völlig nichtig erklären will. Die Cassation würde zur Folge haben, dass sich nicht nur niemand auf sie beziehen, sie anführen, oder sich auf sie stüzen könne, sondern dass auch jeder, welcher dieselben verbreiten, für gültig ausgeben, und sie vertheidigen würde, um die Gemüther zu beunruhigen, der Auflehnung gegen die rechtmässige geistliche, vom Staate als solche anerkannte, Obrigkeit sich schuldig und strafbar machen würde.“

„14) Der Grossherzoglich Badischen Regierung dürfte es wohl nicht zu verdenken seyn, wenn sie aus den im 13. Abschnitt dieses Gutachtens entwickelten Gründen sich veranlasst fände, bei dem deutschen Bundestage über die, in Deutschland statt findenden, Umtriebe einer Parthei, welche von dieser Streitsache Veranlassung nimmt, Beunruhigungen der Gewissen und der Gemüther zu verbreiten, eine beschwerende Anzeige zu machen, und dessen Aufmerksamkeit auf diesen Gegenstand zu lenken. Im Gefühle ihrer Kraft und der Würde der deutschen Nation werden die Staaten hinreichende Mittel finden, die deutschen Kirchenrechte und Freiheiten zu schützen und ihren katholischen Unterthanen den innern Kirchenfrieden gegen Partheisucht zu bewahren, so wie ihnen eine den Staats- und Culturverhältnissen angemessene, und mit der ächten Kirchenverfassung übereinstimmende kirchliche Einrichtung zu verschaffen.“

Wir führen die Geschichte dieser Streitsache bis zu Ende, um sodann die Verhandlungen über die katholischen Kirchen-

angelegenheiten im Allgemeinen ununterbrochen fortsetzen zu können.

Die öffentliche Meinung forderte für und für gebieterisch den Freiherrn *von Wessenberg* zum Bischoffe, und, als das Schicksal der Oberrheinischen Kirchenprovinz, in Folge des eingegangenen Vertrages endlich entschieden war, zum Metropolitan-Erzbischoffe. Allein die diplomatischen Verhältnisse und Gesichtspunkte hatten unter der neuen Badnischen Regierung bedeutend sich geändert und Rücksichten von zu zarter Natur, als dass wir sie zu berühren wagten, traten ein, an die man zuvor niemals gedacht hatte *). Es war vergebens, dass in den Kammern der Badnischen Ständeversammlung, Männer, wie *Rotteck* und *Duttlinger*, ihre Stimmen mit Nachdruck und Beredtsamkeit gegen römische Anmaassung und für den Nationalwunsch erhoben; es war vergebens, dass die Mehrzahl der Geistlichen, durch alle Verführungen und Drohungen unerschüttert, treu an der Sache des bisherigen Oberhirten hing und die Mehrzahl der Kapitel *Wessenberg*, gemäss verfassungsmässigem Rechte, wählte; es war vergebens, dass selbst andere Regierungen Schritte für den Besitz des verehrten Mannes thaten: die römische Kurie blieb ihrem Hasse getreu, und man opferte andrerseits das Individuum den diplomatischen Umständen **), d. h. da der Freiherr erklärte, dass seine Verhältnisse zu Rom noch immer dieselben seyen, ein Ausweg der Versöhnung nicht ersichtlich war, und die Stimmung des Jahres 1822 von Seite der weltlichen Macht nicht mehr einen so energischen Karakter zu seinen Gunsten, wie jene des Jahres 1818, trug, so entsagte er freiwillig der angebotenen Würde.

*) Der Herausgeber der Konkordate kennt diese Rücksichten sehr gut und in ihrem ganzen Umfange. Er hat eine reichhaltige Sammlung von Briefen und Daten Lebender und Gestorbener in Händen, und wäre er wirklich die bösartige politische Natur, zu welcher manche Agenten des Absolutismus ihn stempeln wollten, so würde er gegenwärtige Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um, durch Mittheilung von Memoiren in Betreff dieser Angelegenheit, eine Reihe von hohen und niedern, geistlichen und weltlichen Personen zu compromittiren. Doch — wir haben *Wessenbergs* Nikodemus gelesen und schweigen, wenigstens für jetzt. Ob für immer? — das hängt von Umständen ab. Der Wahrheit gehört ihr geschichtliches Recht.

**) Viele Stimmen sagen: persönlichen Leidenschaften.

Er ging, mit der Achtung teutscher Nation, mit dem Segensgrusse vieler tausend durch ihn gebildeter Priester, mit der Freundschaft hochangesehener Verfechter der Freiheit und des Rechts, mit den Thränen geretteter Armen, Waisen und Wittwen, denen er so lange Vater und Wohlthäter war, endlich aber auch mit dem schmerzlichen Gefühle über Undank und Verrath von Männern, die er, wie Schlangen, an seinem Busen genährt, und welche, statt für ihn, nur für sich zu Rom gearbeitet hatten, in den Privatstand über; ein Reicher und Hoher in und durch sich selbst. Sein Abschied *), welchen Teutschland nicht ohne tiefe Rührung in öffentlichen Blättern gelesen, war das Requiem der letzten Hoffnungen zu einer teutschen Nationalkirche. Die erste Leichenrede hatte der Kardinal *Häffelin* gehalten.

Wir kehren jedoch nunmehr zu den diplomatischen Verhandlungen im Allgemeinen zurück. Bereits ist von den Bemühungen die Rede gewesen, welchen mehrere teutsche Bundesfürsten für Reglung der Verhältnisse ihrer katholischen Unterthanen schon früher sich unterzogen. Es ward im Jahre 1818 zu Frankfurt eine eigene Kommission niedergesetzt, bestehend aus Abgeordneten der Höfe von Würtemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, Kurhessen, Nassau, Oldenburg, Meckelnburg, Schwarzburg, Anhalt, Waldeck, Lippe, Schauenburg-Lippe, beiden Hohenzollern und Reuss, so wie der Städte Frankfurt, Lübeck und Bremen.

Am 24. März 1818 wurde die erste Sitzung gehalten und man stellte in derselben die Grundsätze fest, nach welchen in teutschen Staaten ein Konkordat abgeschlossen werden dürfte. Mehrere der folgenden Sitzungen beschäftigten sich mit den Gegenständen eines solchen Konkordates. Der Freiherr *von Wangenheim*, K. Würtembergischer Staatsminister und Bevollmächtigter bei dieser Kommission, ein Mann von tiefen Kenntnissen und edler teutscher Gesinnung, hatte durch eine sehr merkwürdige Rede die Geister in Bewegung gesetzt und auf die besondere Wichtigkeit der zu verhandelnden Sache

*) „Des Bisthums Constanz letzter Oberhirt an seine Geistlichkeit." 1827.

aufmerksam gemacht *). Endlich, in der siebenzehnten Sitzung, vom 30. April desselben Jahres, verstand man sich über die „Grundzüge zu einer Vereinbarung über die Verhältnisse der katholischen Kirche in teutschen Bundesstaaten.“ Alle diese Verhandlungen wurden durch den Druck bekannt gemacht und dem Urtheile der öffentlichen Meinung unterstellt **).

Unmittelbar darauf gingen die Freiherren *von Türkheim* und *Schmitz-Grollenburg* als Gesandte der für ein Konkordat vereinigten teutschen Höfe und Städte nach Rom. Sie setzten den heiligen Vater von den bisherigen Verhandlungen und Beschlüssen in Kenntniss. Allein der heilige Vater fand diese letzten Dinge sämmtlich mit den Grundsätzen der römischen Kurie unverträglich und genehmigte bloss eine neue Begränzung der Diözesen. Er bestand auch darauf, dass ehe zu einer neuen Eintheilung derselben in den würtembergischen, badnischen, hessischen und nassauischen Staaten geschritten würde, die Gebiete der übrigen Fürsten und Städte fester bestimmt werden müssten. Der Umstand, dass die Territorien der unterhandelnden Staaten bequemen und angenehmen Sprengeln einverleibt würden, beschäftigte die Sorgfalt des heiligen Vaters ganz vorzüglich.

In der Hauptsache war demnach so viel als nichts ausgerichtet. Die Erörterungen der Frankfurter Kommission erneuerten sich im Frühjahre 1820, jedoch nahmen nicht alle im Eingange genannten Bevollmächtigten Theil daran. Die von der Kurie begehrten Ermässigungen wurden geprüft und ein neuer „provisorischer Organisations-Entwurf für die Einrichtung der bischöfflichen Sitze, Diözesen und Domkapitel, so wie in Betreff der Verhältnisse der Kirche zu deren Oberhaupte und den weltlichen Regierungen, nach Rom gesendet. Der Kardinal-Staatssekretär schickte ihn mit Andeutung abermaliger Veränderungen zurück und das Endergebniss war also, nachdem die sämmtlichen Hindernisse aus dem Wege geräumt worden, von

*) Vgl. Kirchen- und Staatsfreund, Jena 1818. *A. J. Onymus* über die Verhältnisse der teutschen katholischen Kirche, Würzburg 1818.

**) Die neuesten Grundlagen der teutsch-katholischen Kirchenverfassung. Stuttgart, 1821.

Seite Würtembergs und Badens, im Namen und aus Auftrag aller übrigen Theilnehmer, dem Pabste zur Sanktion übermacht.

Pius VII. erliess unter dem 16. August 1821 die bekannte Bulle: Provida solersque etc.; die eigentliche Konkordats-Urkunde, welche den langen Wirren und Intriken ein Ende machte. Sie war an den Bischoff von Evara, *J. B. von Keller*, K. Würtembergischen General-Vikar zu Rothenburg am Neckar, gerichtet, und derselbe erhielt den Auftrag der Vollziehung cum facultate subdelegandi.

Die Hauptbestimmungen dieser Bulla Erectionis et Circumscriptionis waren folgende:

Es sollen in den Staaten der südteutschen protestantischen Fürsten nachstehende fünf Bisthümer errichtet werden:

I. Das Erzbisthum Freiburg.

Der Sitz des Erzbischoffs ist Freiburg im Breisgau. Sein bischöfflicher Sprengel erstreckt sich über das Grossherzogthum Baden und die beiden Hohenzollernschen Fürstenthümer.

Das Domkapitel besteht aus einem Domdechant, sechs Domherren und sechs Vikaren.

Die Ausstattung ist folgende: Für den Erzbischoff 14,710 Gulden; für den Domdechant 4,000 fl., für den ersten Domherrn 2,300 fl., für die übrigen fünf Domherren jedem 1,800 fl. und den sechs Vikaren jedem 900 fl. jährlich.

II. Das Bisthum Mainz.

Der Sitz des Bischoffs ist in Mainz und seine Diözes umfasst das Grossherzogthum Hessen.

Das Domkapitel soll bestehen aus einem Domdechant, sechs Domherren und vier Vikaren.

Die Ausstattung ist: für den Bischoff 8,000 fl., für den Domdechant, welcher zugleich General-Vikar ist, 2,500 fl., für jeden der sechs Domherren 1,800 fl., dem ersten Vikar 900 fl., und jedem der drei übrigen Vikare 800 fl.

III. Das Bisthum Fulda.

Der bischöffliche Sitz ist Fulda, und der Umfang des bischöfflichen Sprengels geht über das ganze Kurfürstenthum Hessen.

Das Domkapitel soll bestehen aus einem Domdechant, vier Domherren und vier Vikaren.

Die Ausstattung ist: dem Bischoff 6,000 fl., dem Domdechant 2,500 fl., jedem der vier Kapitularen 1,800 fl., und jedem Vikar 800 fl.

IV. Das Bisthum Rotenburg.

Der bischöffliche Sitz ist Rotenburg an der Tauber, und der bischöffliche Sprengel erstreckt sich über das Königreich Würtemberg.

Das Domkapitel soll bestehen aus einem Domdechant, sechs Domherren und sechs Vikaren.

Die Ausstattung besteht: für den Bischoff 10,000 fl., für den Domdechant 2,400 fl., für jeden der sechs Domherren 1,800 fl., dem ersten Vikar 900 fl., und jedem der fünf andern Vikare 800 fl.

V. Das Bisthum Limburg.

Der Sitz des Bischoffs ist zu Limburg an der Lahn, und der bischöffliche Sprengel erstreckt sich über das Herzogthum Nassau und das Gebiet der freien Stadt Frankfurt.

Das Domkapitel hat einen Domdechant, fünf Domherren und zwei Vikare.

Die Ausstattung ist: dem Bischoff 6,000 fl., dem Domdechant 2,400 fl., dem ersten Domherrn, zugleich Pfarrer in Limburg, 1,800 fl., dem zweiten 1,800 fl., dem dritten, zugleich Pfarrer in Ditkirchen, 1,800 fl., dem vierten, zugleich Pfarrer in Alta-Villa, 2,300 fl., und dem fünften, zugleich Pfarrer in Frankfurt, seine bisherige Pfarrbesoldung, jedem der beiden Vikare 800 fl.

Durch den Vertrag vom 8. Februar 1822 nahmen sämmtliche Fürsten und Städte die päbstliche Bulle an und es ward sogleich zur Wahl der Bischöffe geschritten. Die Landkapitel der katholischen Geistlichkeit des Grossherzogthums vereinigten, nach *Wessenbergs* Rücktritte, ihre Stimmen auf den Dr. *Ferdinand Wanker*, Professor der Moral an der Hochschule zu Freiburg, als Erzbischoff; einen Mann, der als öffentlicher Lehrer und Schriftsteller durch freisinnige, philosophische, ächtchristliche und gemässigte Grundsätze jederzeit sich ausgezeichnet hatte; den alten Jugendfreund *Wessenbergs;* Zögling des

Josephinischen General-Seminariums und Mitredakteur des bekannten Gutachtens für den Eid der Priester zu Gunsten der Assemblée constituante. Diese Wahl erhielt die Genehmigung der Regierung. Würtemberg, dessen Hof den Freiherrn *von Keller*, *Wessenbergs* alten Freund und Anhänger, in neuester Zeit Rom allzusehr sich annähernd erfunden hatte, entschied sich für den freigesinnten Dr. *Drei*, Professor zu Tübingen, einen Mann von umfassenden Kenntnissen und vielfachen Verdiensten. Nassau für den Dr. *J. Brand* zu Wiesbaden, einen Mann, welcher als Philolog und Mensch in gleich vortheilhaftem Rufe stand und auch seither darin sich erhalten hat; Hessen-Darmstadt für den Herrn *von Wrede*, zeitherigen General-Vikar. Kurhessen allein zögerte fortwährend, weil über die Ausstattungs-Urkunde sich Anstände erhoben. Eine Sendung des Baron *von Plittersdorf*, bekannt als delegirter Scharfrichter des teutschen Beobachters von Stuttgart, räumte alle Schwierigkeiten bei jenem tief-politischen und anständevollen Hofe weg und der Stadtpfarrer Dr. *Rieger* *) zu Kassel ward als Bischoff zu Fulda bestimmt. Man legte übrigens den ernannten Bischöffen zu gleicher Zeit die entworfene Kirchen-Pragmatik, oder Provinzial-Kirchen-Verfassung vor, zu deren genauen Befolgung sie sich verbindlich machen mussten. Dunkeln Berichten zu Folge, war die Wahl des würdigen *Wankers* dem römischen Hofe nichts weniger als angenehm. Dieser Theolog schien viel zu freisinnig, zu teutsch und zu altchristlich gesinnt, ja viel zu sehr Moralist im eigentlichen Sinne des Wortes, als dass er zur bedeutsamen Würde eines Erzbischoffes sich geschickt hätte. Mannigfache Anstände erhoben sich demnach, welche die Regierung bestens zu beseitigen suchte. Zum Glück befanden sich bei derselben, im katholischen Kirchen-Departement, Männer von aufgeklärten Gesinnungen, welchen Ultra-Romanismus durchaus nicht zur Last

*) Mit dem Augsburger Bischoffe *Rieg* nicht zu verwechseln, welchen ein neuerer baierischer Dichter in dem bekannten romantischen Liede:

„Ignaz Albertus so heisst der Gesandte,
Ignaz Albertus der wohlbekannte,
Freut euch, ihr Lämmlein, und springet um ihn! u. s. w."

verherrlicht hat.

gelegt werden konnte, und welche selbst an *Wessenbergs* Schicksal, persönlich, einen aufrichtigen Antheil genommen hatten; ja einen aufrichtigeren, als manche Protestanten, welche die Sache der katholischen Kirche bloss als einen diplomatischen Handelsartikel betrachteten, den man, je nach den Erfordernissen des politischen Staatsinteresses, erledigen könne, da mit den Katholiken in der Hauptsache doch nichts vernünftiges angefangen werden könne. Der Tod *Wankers*, von seinen zahlreichen Schülern und Verehrern, von der Stadt Freiburg, ja von dem ganzen Lande tief gefühlt, befreite die Regierung und die Kurie von unangenehmen Verlegenheiten. Jedermann erwartete nun, dass die neue Wahl auf den anerkannt ersten katholischen Theologen Teutschlands, den geistlichen Rath und Professor, Dr. *Leonhard Hug*, fallen werde, einen Mann von immenser Gelehrsamkeit, geschmeidigem Wesen, höfischen Manieren, aufgeklärten Gesinnungen, anti-jesuitischer, aber auch anti-konstitutionneller Tendenz, von Erasmischem Witz und Geist, von europäischer Berühmtheit, tief vertraut mit allen Partheien und Nüançen wie mit den Bedürfnissen und Leidenschaften derselben, eine litterarische Zierde der Stadt, des Landes, der Nation und der Kirche. Aber ein solcher Mann schien ebenfalls allzu gefährlich für jene Stelle; die bureaukratische Mittelmässigkeit vertrug sich mit einem ausgezeichneten Talente nicht; man rieth darum lange hin und her über das Subjekt, dem die hohe Sendung anzuvertrauen sey. Gegen die meisten neuen Bewerber erhob entweder das Land, oder der Hof, oder die Kurie Einwendungen.

Die lächerlichsten Illusionen hatte ein Theolog des Schwarzwaldes sich gemacht, welcher seit einer Reihe von Jahren durch unbedingten Sklaven-Dienst für die Sache der Kurie allerdings von derselben eine stattliche Belohnung erwarten konnte; welcher als fanatischer Verfolger *Vikt. Kellers* und *Wessenbergs*, als Libellist gegen die Stunden der Andacht, (von ihm ein Werk des Satans betitelt), die allgemeine Verachtung der Bessern sich zugezogen und sein schätzbares wissenschaftliches Talent und seine Verdienste als katholischer Hofprediger K. *Friedrichs I.* von Würtemberg zu Stuttgart, durch Anmaassung, Renegatismus und Denuncirsucht erniedrigt und

verdunkelt hatte. Dieser Mann, welcher gegen den Verfasser selbst einmal, in der Bitterkeit des Gefühls über fehlgeschlagene Hoffnungen, voll Spott und Hohn gegen gewisse Personen und die undankbare Kurie sich herausliess, und die Wohlfeilheit des Preises für den Erwerb „goldener Sporen“ (er selbst hatte die seinigen unter dem Grossherzoge *Karl* niemals tragen dürfen) und „apostolischer Proto-Notariate“ beschrieb *), wendete alles mögliche an, um zu seinem Ziele zu kommen; aber von oben und von unten war die Stimmung zu sehr wider ihn, als dass Rom es gewagt hätte, die Ansprüche eines solchen Bewerbers zu unterstützen, und er hatte dasselbe Schicksal, welches etwa 10 Jahre zuvor den Fürsten von Hohenlohe, den wunderthätigen orthopädischen Magus, betroffen haben soll. Ein Spassvogel hatte — wenn die uns mitgetheilten Nachrichten anders ächt sind — diesem Koryphäen des Obskurantismus geschrieben: man gehe Badnischer Seite ernstlich damit um, zum Bischoffe von Konstanz ihn zu postuliren. Der Heilige, durch die Zuversicht, welche allen mittelmässigen Köpfen so sehr eigen ist, in diesem Wahne leichtlich bestärkt, liess sich allsogleich Listen von allen Geistlichen des Sprengels verfassen, worin über ihre Gesinnungen und Grundsätze und über ihr Thun und Treiben berichtet und eine Art Klassifikation ihrer Schädlichkeit oder Brauchbarkeit vorgenommen war. Er dachte schon auf Beförderungen und Absetzungen, mittelst seiner Verbindungen mit Rom; und vielleicht war dem ehrbaren *Martin Michel*, seinem bekannten Kollegen und Badersgesellen im Mirakelmachen, bereits die Stelle eines Generalvikars

*) Es erfahre denn die katholische und protestantische Welt, dass die Taxe für ein Diplom letzterer Eigenschaft selten mehr als 6 Louisd'or beträgt, und ein solches Diplom einst von einem ganz gewöhnlichen Menschen, welcher katholischer Pfarrer hiess, aus Geiz, zurückgesandt wurde, da man ohne seine vorherige Einwilligung dazu ihn creirt hatte. Bei diesem Anlasse theilen wir auch mit, dass die theologische Fakultät der nach München transportirten Hochschule Landshut einem jungen Menschen aus dem Frickthale, welcher in ein paar Jahren Gymnasium, Lyzäum und Universitäten zusammen absolvirte und ein über alle Maassen elendes Examen bestand, der ganzen Geistlichkeit und allen wissenschaftlich gebildeten Männern zum Skandal, als Doctor Theologiae promovirte, bloss weil er das Glück hatte, Kostgänger eines der Mitglieder jener Fakultät gewesen zu seyn.

zugedacht. Man stelle sich nun aber die Bestürzung Sr. geistlichen Durchlaucht vor, als von Karlsruhe ihm geschrieben ward: man wisse nicht, wie er auf solche Gedanken gekommen, und niemals sey der Regierung Sr. Königlichen Hoheit auch nur im Traume eine Postulation des Prinzen von Hohenlohe eingefallen.

Die Wahl der Regierung fiel endlich auf den ersten Stadtpfarrer zu Freiburg, Dr. *Bernard Boll*, ehemals Konventual der Bernardiner-Abtei zu Salem, und nachher Professor an der Universität Freiburg während mehrerer Jahre; einen Mann von redlicher Gesinnung und wissenschaftlichen Kenntnissen, welcher zwar den Erwartungen Vieler von Ausfüllung einer Stelle, die *Wessenberg* und *Wanker* zu Kandidaten gehabt, nicht ganz genügte, aber durch seinen sanften, bescheidenen und gemässigten Karakter, wie durch den Umstand, dass er die bekannte Erklärung der Geistlichen des Bisthums Konstanz zu Gunsten *Wessenbergs*, an der Spitze derselben, mit unterzeichnet hatte, Bürgschaft für seine künftige Richtung zu geben schien. Als Weihbischoff und Domprobst ward der Pfarrer von Kappel-Rodeck, Dr. *Vitus Burg* ihm beigegeben; in der *Wessenberg'schen* Sache ein verhängnissvoller Name; der Aeneas Sylvius der Badnischen Geistlichkeit, si magnis parva componere licet. Die ausserordentliche Reise nach Rom, welche er einige Zeit früher zu Lösung der Verwickelungen seines Freundes unternommen, hatte für ihn selbst so glückliche Folgen gehabt, dass er, ausser der Würde eines Domprobstes, ominös genug, diejenige eines Bischoffs in partibus infidelium, zu Rhodiopolis und nachmals die eines Bischoffs von Mainz erhielt. Die meisten übrigen Mitglieder des erzbischöfflichen Kapitels waren Männer von moralischem Werthe und hohen Verdiensten; entschiedene Anhänger des Guten, und alte Freunde *Wessenbergs*. Die Namen *von Vicari*, *Flad*, *Martin* haben einen guten Klang bei der Nation. Auch den berühmten *Hug* erblickte man mit Vergnügen in ihrer Mitte. Es hatte derselbe, um der guten Sache zu dienen, Selbstverläugnung und Muth genug gehabt, die Rolle eines thätigen Ministers da zu übernehmen, wo die Meinung ihn als Principem vor allen bezeichnet hatte. Bei dem Nationalschmerze über *Wessenbergs*

Verdrängung gereichte es auch den sämmtlichen Verehrern des würdigen Mannes zu besonderem Troste, den vieljährigen Freund und Rathgeber desselben, als Generalvikar ernannt und im alten Geiste fortwirken zu sehen. Mit Bedauern jedoch vermisste man in der Reihe der Kapitelsglieder einen Namen, an welchen sich die Erinnerung ausgezeichneter Verdienste knüpfte, den geistlichen Rath und zweiten Stadtpfarrer Dr. *Biechele*, als Lehrer, Prediger und Seelsorger, Direktor der Alumnen, als Schriftsteller und Mensch gleich achtungswerth, und bei mancher bizarren Persönlichkeit liebenswürdig. Es heisst, dass das Gefühl mannigfach erlittener Kränkung zu dem frühen Tode dieses Mannes nicht wenig beigetragen. Die Leidenschaft des Hasses gegen ihn ging so weit, dass man seinen Leichengang als Zeitmoment auswählte, wo die herzerhebende teutsche Liturgie, *Wessenbergs* Werk und *Biecheles* Lieblingsgedanke, durch die altrömisch-lateinische wieder verdrängt wurde.

Der Geschichtschreiber der teutschen Konkordate ist allen jenen Edlen dankbare Erwähnung schuldig, welche unter mannigfachen Zeit- und Meinungswechseln die Sache der Aufklärung und Geistesfreiheit mit Muth und Beharrlichkeit verfochten, und in beschränkten Amtsverhältnissen einen reichen Saamen des Bessern für eine würdigere Zukunft ausgestreut haben.

Würtemberg, nachdem der römische Hof seine Abneigung gegen *Drei* *) nicht überwinden gekonnt, kam endlich doch auf den Freiherrn *von Keller* zurück, einen Prälaten von vieler Gelehrsamkeit und liebenswürdigen Eigenschaften, auch keineswegs Finsterling, welcher jedoch in der letzten Zeit das Zutrauen der öffentlichen Meinung in minderm Grade als früher besass, vielleicht bloss desshalb, weil er mit allzu geringer Energie, um seine Sachen nicht ganz zu verderben, in den Verhandlungen der Kammern, wie in diplomatischem Briefwechsel und in seinen Amtsverrichtungen aufgetreten war. Die öffentliche Meinung ist jedoch gegen alle sonstigen Verdienste von Männern nicht ungerecht, welche so glücklich waren, die

*) Die gleich gründlich als gemässigt redigirte Tübinger katholische Quartalschrift hatte dazu nicht wenig beigetragen. Rom liebt überall nur Fanatiker und Verdunkler.

Braut heimzuführen und wird über manches sich mit ihnen versöhnen, wenn sie nur von jetzt an die Sache ihres Volkes für höher halten, als das Huldlächeln der römischen Kanzlei und als das Interesse einer von dem Jahrhunderte verworfenen Parthei.

Die bisherige Wirksamkeit des Erzbischoffs *Bernard* und seines Kapitels erregt freudige Hoffnungen, dass der Geist der Verfinsterung und der Zwietracht, des Jesuitismus und der Intoleranz niemals in die oberrheinische Kirchenprovinz sich einschleichen werde. Viele Einrichtungen der *Wessenberg'schen* Periode sind beibehalten, oder durch ähnliche ersetzt worden. Der Erzbischoff *Bernard* hat sich durch mehrere Züge und Thatsachen Anspruch auf bleibende Achtung aller seiner Glaubensgenossen erworben; und man wird sich stets mit Rührung erzählen, wie er den evangelischen Mitbürgern, beim Verfall ihres Gotteshauses, die ehemalige Jesuiter-Kirche einräumte; dieselbe Kirche, von der aus einst durch die Jünger *Loyolas* Hass und Verfolgung wider die Bekenner andern Glaubens erschollen; ferner, wie er den altehrwürdigen Tempel von Thennenbach ihnen zudachte und an der Spitze seiner Kapitularen der feierlichen Eröffnung der neuen evangelischen Kirche beiwohnte. Solche Dinge verstehen sich, den Grundsätzen des Christenthums gemäss, zwar von selbst; aber, verglichen mit dem Betragen anderer Seelenhirten und mit so vielen Urkunden von Unduldsamkeit in andern Staaten, erregen sie bei dem bessern Menschen bewunderungsvolle Theilnahme und die Zuversicht, dass in dem katholischen Süden Keime ächt-christlicher Kultur noch genug vorhanden sind und, gepflegt von Männern, wie *Alexander Müller*, *Theiner*, *Carové*, *Amann*, *Zell* u. A., selbst durch schlechte Konkordate, nicht ganz erstickt werden können.

I.

Urkunden über die Aufrichtung des Erzbisthums Regensburg und seines Kapitels.

1805 und 1806. *)

1.

Déclaration de S. A. Monseigneur l'Electeur Archichancellier de l'Empire Germanique, à Sa Majesté l'Empereur des Français.

Comblé des bontées de Votre Majesté Impériale, et sur le point de retourner en Allemagne je prens la liberté de lui exposer dans une confiance respectueuse ce qui va m'occuper relativement aux affaires Ecclésiastiques d'Allemagne.

Il s'agit d'obtenir par le concordat une dotation solide et convénable pour les Evèques et leur clergé dans les païs Ecclésiastiques données en dédommagement; Votre Majesté a declaré qu'elle ne se meloit pas des affaires internes de l'Allemagne; toutes fois l'expression bienveillante des sentimens justes et magnanimes qui caracterisent Votre Majesté, fera surement à cet égard une bonne impression sur l'esprit des Princes d'Allemagne qui lui sont devoués par la reconnaissance et la profonde vénération.

2) La formation du chapitre Metropolitain doit se faire selon le sistème de l'Eglise, et l'usage établie et selon la justice et l'equité par la réunion des deux chapitres; Il s'agit pour moi d'y mettre aussitôt la main en observant toute foi les formes légales et préscrites par les Canons pour que personne ne soit fondé de porter plainte ni réclamation fondées.

Transferer l'ancien chapitre Metropolitain a Ratisbonne, donner à celui de Ratisbonne les mêmes droits qu'avoit l'ancien chapitre Metropolitain, tel sera incessament mon ouvrage.

3) Dans une état élective il est utile que le successeur soit designé d'avance dans un tems calme. L'Archichancellier de l'Empire doit joindre aux autres qualités nécessaires à sa place l'avantage de posseder la confiance des grandes puissances

*) Zum erstenmale mitgetheilt von *Vater:* Anbau der neusten Kirchengeschichte.

qui peuvent influer sur le maintien et le salut de la Constitution germanique.

Des qu'il me sera possible d'obtenir avec certitude un tel Coadjuteur, et qui possède décidément la confiance de Votre Majesté, cette affaire sera faite, et ne se fera que dans un tel cas.

Tel est, Sire, l'expression fidèle des fermes resolutions que mon intime conviction et l'amour des devoirs m'a dicté.

2.

Vorschlag zur Errichtung des Metropolitan-Kapitels zu Regensburg, eingereicht an Pabst Pius VII.

1$^{\underline{mo}}$. Capitulum antiquae metropoleos Moguntinae et capitulum antiquae cathedrae Ratisb. ad componendum novum capitulum metropol. Ratisbon. concurrunt.

2$^{\underline{do}}$. Sede metropolitan. in civitate Ratisbon. collocata templum antiquae cathedral. ecclesiae Ratisbon. nunc templum metropolitanum est.

3$^{\underline{tio}}$. Antiquae metropol. Mogunt. canonicis nullas Ratisbonae curias obtinentibus atque ad exiguas ex pristinae suae dotationis residuis praebendas reductis liberum erit in hac Urbe residere aut dispensatione sibi ab Archiepiscopo concedenda pro circumstantiarum suaeque positionis exigentia uti.

4$^{\underline{to}}$. Quando metropolitani ejusque coadjutoris electio peragenda erit, omnes canonici Ratisbonae convenient. Praecedentiam inter eos determinabit tempus, quo quisque in suo antiquo capitulo receptus aut ad dignitatem promotus est.

5$^{\underline{to}}$. Quisque iisdem, quibus nunc fruitur, reditibus frui perget.

6$^{\underline{to}}$. Canonici domicellares in alterutraque antiqua ecclesia actu iam investiti ad capitulum metropolitanum successive admittantur, prout cuique per mortem antiquae suae ecclesiae capitularis locus vacaverit. Novi domicellares non amplius recipientur.

7$^{\underline{mo}}$. Dotatio capituli metropolitani consistit in reditibus bonorum antiqui capituli Moguntini, quae Electoris Archican-

cellarii dispositioni adhuc relicta fuerunt, atque ex reditibus bonorum, quae antiquum Ratisbonense capitulum possidebat.

Elector Archicancellarius sibi suisque successoribus conservat ius, haec omnia bona administrandi, eorumque redituum partem decimam piis fundationibus beneficiisque ecclesiae impendendi.

* * *

a) In futurum non amplius quam viginti quatuor canonici existent, duodecim dinastae et duodecim doctores.

b) In electione metropolitani omnes quidem dabunt votum; eligi vero non poterunt, nisi dinastae.

c) Duodecim hi dinastae sic dictas probationes in antiquo capitulo Moguntino usitatas facient. In classe comitum regnantium aut imperii nobilium ad hucdum immediatorum nati sint oportet, neque igitur principes erunt nec subditi etc.

d) Duodecim doctores constituent consistorium metropolitanum.

e) Ad canonicatus intra sex menses capitulis hactenus assignatos vacantes Metropolita jure novae dotationis nominabit; quoad sex alios menses vi antiqui concordati ad S^tam^ Sedem pertinentes omnino confidit, fore ut Sua Sanctitas consuetum indultum pro continua observantia inde ab isto concordato vigente sibi ac suis successoribus gratiose impertiri pergat.

f) Archiepiscopus facultatem sibi reservat in prima capituli sui formatione viros aliquos pro ecclesia bene meritos aut sorte tetra saecularisationum omni auctoritate privatos absque detrimento redituum ceterorum canonicorum adoptandi etc.

* * *

Electio coadjutoris proxima videtur.

Ob difficultates innumeras vero compromissum in personam Metropolitani, cum Sanctitas Sua vix se hujusmodi negotio subducere vellet, exoptando etc.

3.

Päbstliche Bulle zur Aufrichtung des Regensburger Erzbisthums.

Nos *Joannes Baptista* Tituli Sancti Honuphrii, S. R. E. Presbyter Cardinalis *Caprara*, Archiepiscopus Mediolanensis.

Universis fidem facimus atque testamur, Ssmum Dnum No-

strum *Pium* Divina Providentia Papam *VII.* in Consistorio secreto habito Lutetiae Parisiorum in Archiepiscopali Palatio die prima Februarii 1805. Cathedralem Ecclesiam Ratisbonensem in Metropolitanam erexisse, deque illa providisse Em$^{\underline{mum}}$ et R$^{\underline{mum}}$ D$^{\underline{num}}$ *Carolum Theodorum de Dalberg*, Archiepiscopum, Episcopum Constantiensem S. R. I. Principem Electorem et Archicancellarium, prout fusius constat ex Schedula Consistoriali, tenoris sequentis videlicet:

Cum per Apostolicas Nostras sub Plumbo Litteras sub Datum Romae III^{d} Calendas Decembris MDCCCI. quarum initium „Qui Christi Domini" ob gravissimas causas in iisdem expressas novam fieri jusserimus Dioecesium Circumscriptionem, non in veteri Galliarum Territorio tantum, sed in ea etiam Regionum parte, quae Francorum accesserat Dominationi, factum inde est, ut Moguntina Ecclesia, quae antea honorem Metropolis et jura habebat, Cathedralis evaserit Suffraganea Archiepiscopi Mecliniensis, ex antiqua Dioecesi sua eam tantum retinens partem, quae ad sinistram Rheni ripam jacens, Gallorum Imperiis in Temporalibus paret. Hujusmodi Ecclesia in novum licet statum erecta, suoque Episcopo ac Pastore donata, nihil tamen detractum est juri Venerabilis Fratris *Caroli Theodori de Dalberg*, nuper Archiepiscopi Moguntini, nec non antiqui suppressae illius Ecclesiae Capituli, quoad eam Dioecesis partem, quae ad dexteram Rheni ripam manet, siquidem in praecitatis Litteris nostris constituimus, ut firma remanerent jura, privilegia, ac jurisdictiones Archiepiscoporum, Capitulorum, et Ordinariorum in ea parte Territoriorum, quae Dominationi Gallicanae non subjacent. Haec ipsa vero Dioecesis Moguntinae pars, etsi per hujusmodi ordinationem nostram suo in Spiritualibus Rectore minime destituta sit, caret tamen sede, Titulo, ac Residentia proprii Pastoris. Quoniam igitur in praedictis sub Plumbo Litteris curam Nobis reservavimus prospiciendi in posterum partibus illarum Dioecesium, quae in aliorum Principum ditione constitutae sunt, muneris ac solicitudinis nostrae esse duximus, providere, ut illa veteris Moguntinae Dioecesis pars, quae a tam praeclara atque antiqua sede a Sancto ipso Bonifacio, Germaniae Apostolo, illustrata antea pendebat, aliam in posterum sedem Antistitis sui agnoscat, in quam jura, honores,

ac privilegia Moguntinae, de quibus infra constituetur, nostra Authoritate conferantur.

Ratisbonensi porro Ecclesia ab anno 1803 per obitum p. m. *Josephi Conradi de Schroffenberg* suo viduata Pastore, dum ea, qua par erat, maturitate consilii deliberaremus, quid statuendum nobis esset de supra dicta parte Dioecesis Moguntinae ad dextram Rheni ripam constitutae, quae regimini in Spiritualibus sui Episcopi adhuc suberat, et quo pacto Ecclesiae Ratisbonensi providendum esset, ne interea Fidelibus illius Dioecesis cura Pastoris deesset, eidem Venerabili Fratri *Carolo Theodoro de Dalberg* antea Episcopo Moguntino ejus commisimus administrationem. Postea vero cunctis, tum quae ad eandem Ratisbonensem Ecclesiam pro ratione temporum ordinandam, tum quae ad constituendum de Moguntinae Dioecesis parte ad Rheni Dextram posita pertinerent, diligentissime perpensis, eodem *Carolo Theodoro* nuper Episcopo coram audito, exquisitaque sententia nonnullorum ex venerabilibus Fratribus nostris S. R. E. Cardinalibus de eorum consilio, et potestatis nostrae plenitudine hodie in Consistorio nostro secreto, ut moris est, praedictam Ecclesiam Ratisbonensem ut supra vacantem, in Metropolitanam perpetuo ereximus, et instituimus, cum Archiepiscopali dignitate, Jurisdictione, et superioritate, nec non privilegiis et praerogativis Titulis, honoribus, ac praeeminentiis, quibus Moguntina sedes, ejusque Archiepiscopi legitime ac pacifice potiebantur. Eidem vero Ratisbonensi Ecclesiae pro Dioecesi et Territorio interim assignavimus Moguntinae Dioecesis partem ad Rheni Dexteram, in quam praefati *Caroli Theodori*, utpote olim Archiepiscopi Moguntini, integra adhuc manet Jurisdictio, praetereaque eam tantum Dioecesis Ratisbonensis partem, quae temporali Dominio subjacet ipsius *Caroli Theodori*, pro reliqua vero parte ejusdem Dioecesis Ratisbonensis, quae aliorum Principum subest Dominationi, eundem *Carolum Theodorum* ad nostrum et sedis Apostolicae beneplacitum confirmavimus administratorem tantum, quemadmodum per nostras Apostolicas Litteras fuerat deputatus et constitutus. Interim autem eidem Archiepiscopali et Metropolitanae Ecclesiae Ratisbonensi pro suis Suffraganeis assignavimus Episcopos, eorumque Ecclesias ad dexteram Rheni ripam sitas, quae antea Metropolitico juri Moguntti-

nae Ecclesiae subjiciebantur, nec non exteras, similiter ad Dexteram Rheni positas, quae pariter jure Metropolitico Archiepiscopum Ratisbonensem postulant, tum Archiepiscoporum Salisburgensis, tum olim Trevirensis, nec non Capituli Coloniensis, exceptis semper iis Ecclesiis, quae in Austriae, et Borussiae Dominiis existunt, in omnibus Sanctae Sedis Apostolicae Authoritate circa Erectiones Dioecesium et divisionem Provinciarum.

Quibus in antecessum constitutis Ratisbonensi Ecclesiae sic in Metropolitanam erectae providimus de Persona Venerabilis Fratris *Caroli Theodori de Dalberg* olim Archiepiscopi Moguntini praeficientes eum in Archiepiscopum et Pastorem, Curam, Regimen, et Administrationem illius Ecclesiae in Spiritualibus et Temporalibus eidem committendo. Et quoniam novum quoque Metropolitanum Ratisbonense Capitulum nobis erigendum fuisset, nec tamen perficere id potuerimus, cum plures locorum ac rerum circumstantiae Nobis exploratae non sint, propterea voluimus, et eidem *Carolo Theodoro* Archiepiscopo commisimus, ut servatis servandis, et auditis, quorum interest, praedictum Metropolitanum Capitulum erigat, et constituat, ejus statuta et constitutiones opportunas, qua praestat, prudentia ac fide condat, omniaque, cum primum poterit, Apostolicae nostrae approbationi subjiciat. Interea, donec novum Capitulum Metropolitanum constitutum, et cum Statutis suis a Nobis approbatum sit, nihil ex utraque parte innovandum esse, nullumque praejudicium juribus Canonicorum tam Moguntinorum, quam Ratisbonensium inferendum esse praecepimus et mandavimus. Constituimus quoque, ut Metropolitanum Capitulum Ratisbonense postquam constitutum, et authoritate Nostra approbatum erit, jus habeat eligendi in vacationibus Sedis illius novum Archiepiscopum Ratisbonensem, ad formam juris et statutorum antiquae et a Nobis suppressae Metropolitanae Ecclesiae Moguntinae. Quodsi forte accidat, ut ante constitutum et a Nobis approbatum Ratisbonense Capitulum Metropolitanum vel per obitum ejusdem *Caroli Theodori* (quod Deus avertat) vel alio quocunque modo eadem Metropolitana Ratisbonensis Ecclesia suo pastore orbata sit, cum maximi intersit, ut ad electionem novi Archiepiscopi quam expeditissime procedi possit, decrevimus et mandavimus, ut suspenso in hoc tantum casu omni et quocun-

que jure eligendi praeprimum Episcopum, quod ad Ratisbonense Capitulum spectare posset, soli Canonici antiquae Moguntinae Ecclesiae intra tempus a jure praefinitum, et juxta formam ac statuta suppressae Moguntinae Ecclesiae ad novi Archiepiscopi Ratisbonensis electionem deveniant, a Nobis vel a successoribus Nostris deinceps confirmandi. Pari modo, si forte praefatus *Carolus Theodorus* Archiepiscopus humanis rebus eripiatur, antequam ab Apostolica Sede aliquid constituatur de ea parte Dioecesis Ratisbonensis, quae alterius Principis Imperio paret, quamque eidem *Carolo Theodoro* in administrationem duntaxat commisimus, curam Nobis et huic Sanctae Sedi reservavimus rationem praescribendi, qua hujus Territorii Administrationi in Spiritualibus provideatur constitutionibus et ordinationibus Apostolicis, nec non dictae Ecclesiae Ratisbonensis aliisque quibusvis etiam juramento, confirmatione Apostolica, aut quavis firmitate alia roboratis statutis et consuetudinibus, exterisque contrariis quibusque nequaquam obstantibus, Absolventes eundem *Carolum Theodorum* Archiepiscopum Electum a censuris ad effectum. Datum Parisiis sub annulo Piscatoris die prima Februarii MDCCCV. Pontificatus nostri anno quinto.

In quorum fidem praesentes manu nostra subscriptas ac pontificio Sigillo munitas per Apostolicae Legationis Secretarium expediri mandavimus.

Datum Parisiis ex aedibus Residentiae Nostrae hac die 4. Februarii 1805.

J. B. Card. *Caprara.*

J. A. Sala, Apostolicae Legationis Secretarius.

(L. S.)

4.

Aufrichtung der Dotation des ehemaligen Regensburger Cathedral-, nunmehrigen Theils des Metropolitan-Kapitels.

Wir *Carl* von Gottes Gnaden, des heiligen Stuhls zu Regensburg Erzbischof und Primas, der rheinischen Conföderation Fürst Primas, souverainer Fürst und Herr von Regensburg, Aschaffenburg, Frankfurt und Wetzlar etc. etc.

Nach reifer Erwägung der gegenwärtigen Zeitverhältnisse finden Wir Uns verpflichtet, als Erzbischof von Regensburg,

dafür zu sorgen, dass noch nach Unserm tödtlichen Hintritt derjenige Theil Unsers Metropolitan-Capitels, welcher in Regensburg residirt, mit Sicherheit, Anstand und Würde, nach dem Geist der katholischen Kirchenverfassung fortbestehe.

In dieser Absicht ertheilen wir demselben als sein Grundeigenthum diejenige Güter, Gilten, Zehenden, Rechte und Gefälle (desgleichen auch diejenige Häuser, über welche Wir noch nicht disponirt haben) welche das Regensburger ehemalige Cathedral- nunmehrige Theil des Metropolitan-Kapitels von ältern Zeiten her besessen hat, und deren Eigenthum Uns durch den Reichsschluss von 1803 zugetheilt worden. Ausdrücklich und im ganzen Umfang müssen Wir Uns doch diejenige Souverainitäts-Rechte vorbehalten, die Uns nach dem Sinne des rheinischen Bundes zustehen, dessgleichen auch die erzbischöfliche Befugniss, die Vereinigung des hiesigen Theils Unsers Metropolitan-Kapitels mit demjenigen Theil, der in Aschaffenburg residirt, zu Stande zu bringen, und Denenselben eine gemeinsame Verfassung zu geben, unter päpstlicher Mitwirkung und nach dem Inhalt der päpstlichen Bulle.

Zur Bekräftigung dessen haben Wir diese Urkunde eigenhändig unterschrieben, und Unser grösseres geheime Hofkanzley-Innsiegel beydrucken lassen.

So geschehen Regensburg am 19ten des Decembers 1808.

Carl,

Erzbischof von Regensburg, Fürst Primas

(L. S.) des rheinischen Bundes.

II.

Urkunde des Baierischen Konkordats und darauf Bezug habende Aktenstücke.

1.

Conventio inter Sanctissimum Dominum Pium VII. Summum Pontificem et Majestatem suam Maximilianum Josephum Bavariae Regem.

In nomine Sanctissimae Trinitatis.

Sanctitas Sua Summus Pontifex *Pius VII*, et Majestas Sua *Maximilianus Josephus* Bavariae Rex debita sollicitudine cu-

pientes, ut in iis, quae ad res Ecclesiasticas pertinent, certus stabilisque in Bavariae Regno terrisque ei subjectis constituatur ordo, solemnem propterea Conventionem inire decreverunt. Hinc Sanctitas Sua Summus Pontifex *Pius VII.* in Suum Plenipotentiarium nominavit Eminentissimum Dominum *Herculem Consalvi* sanctae Romanae Ecclesiae Cardinalem diaconum Sanctae Agathae ad Suburram Suum a Secretis Status; et Majestas Sua *Maximilianus Josephus*, Bavariae Rex Excellentissimum Dominum Baronem *Casimirum de Haeffelin*, Episcopum Chersonesi, Suum Ministrum Plenipotentiarium apud Sanctam Sedem. Qui post sibi mutuo tradita respectivae Plenipotentiae Instrumenta in sequentes articulos convenerunt. Articulus 1. Religio Catholica Apostolica Romana in toto Bavariae regno terrisque ei subjectis sarta tecta conservabitur cum iis juribus et praerogativis, quibus frui debet ex Dei ordinatione et canonicis sanctionibus. Art. 2. Sanctitas sua servatis servandis, Bavariae Regni Dioeceses sequenti ratione constituet: Sedem Frisingae Monachium transferet, eamque eriget in Metropolitanam, quae pro Dioecesi sua habebit territorium actuale Frisingensis Dioecesis, ejus tamen ecclesiae antistes, ejusque Successores Archiepiscopi Monachii et Frisingae nuncupandi erunt. — Eidem Antistiti Episcopales Ecclesias Augustanam, Passaviensem et Ratisbonensem praevia Metropoliticae qualitatis suppressione, in Suffraganeas assignabit. Antistes tamen Passaviensis Ecclesiae actu vivens exemtionis privilegio, quoad vixerit, gaudebit. — Bambergensem Cathedralem Ecclesiam in Metropolitanam eriget, illique in Suffraganeas assignabit Ecclesias Episcopales Herbipolensem, Eichstettensem et Spirensem. — Territorium Aschaffenburgense olim ad Moguntinam, nunc ad Ratisbonensem Dioecesim pertinens, et partem Bavaricam Fuldensis Dioecesis Herbipolensi Dioecesi adjungit. Partem autem Bavaricam Constantiensis Dioecesis cum exempto Territorio Campidunensi Augustanae Dioecesi uniet. Simili modo partem Bavaricam Dioecesis Salisburgensis et territorium exemtae Praepositurae Berchtolgadensis partim Passaviensi, partim Monacensi Dioecesi uniet, cui quidem Dioecesi, praevia suppressione Sedis Chiemensis, hujus quoque Ecclesiae Dioecesim assignabit. Novi singularum Dioecesium fines, in quantum necesse erit, designabuntur.

Art. 3. Capitula Metropolitanarum Ecclesiarum habebunt duas Dignitates, nempe Praepositum, ac Decanum, et decem Canonicos: Capitula vero Cathedralium Ecclesiarum habebunt pariter duas Dignitates, scilicet Praepositum, ac Decanum, et octo Canonicos. Quodlibet praeterea Capitulum tam Metropolitanum, quam Cathedrale habebit Praebendatos seu Vicarios saltem sex. Si vero in posterum Ecclesiarum istarum reditus per novas fundationes aut bonorum augmentationes incrementum tale perceperint, ut plures Praebendae erigi possint, Canonicorum et Vicariorum numerus ultra augebitur. — In quovis Capitulo Archiepiscopi et Episcopi ad formam sacri concilii Tridentini duos ex Canonicis designabunt, qui partes Theologi et partes Poenitentiarii respective agent. — Dignitates et Canonici omnes, praeter Chori servitium, Archiepiscopis et Episcopis in administrandis Dioecesibus Suis a consiliis servient. Archiepiscopis tamen et Episcopis plane liberum erit ad specialia munia et negotia, officii sui illos pro beneplacito applicare. Simili modo Vicariorum officia Archiepiscopi et Episcopi assignabunt. — Majestas tamen Regia iis qui officio Vicarii Generalis fungentur, quingentos florenos annuos, iis vero, qui Secretarii Episcopalis partes agent, biscentos florenos assignabit. — Art. 4. Reditus Mensarum Archiepiscopalium et Episcopalium in bonis fundisque stabilibus liberae Archiepiscoporum et Episcoporum administrationi tradendis constituentur. — Simili bonorum genere et administrationis jure gaudebunt capitula Metropolitanarum et Cathedralium Ecclesiarum et Vicarii seu Praebendati praedictarum Ecclesiarum Servitio addicti. — Quantitas redituum annuorum, deductis oneribus, erit ut sequitur: Dioecesis Monacensis. Pro Archiepiscopo florenorum viginti millium, pro Praeposito florenorum quatuor millium, pro Decano florenorum quatuor millium, pro quolibet e quinque canonicis senioribus florenorum bis millium, pro quolibet e quinque Canonicis junioribus florenorum mille sexcentorum, pro quolibet e tribus Vicariis senioribus florenorum octingentorum, pro quolibet e tribus Vicariis junioribus florenorum sexcentorum; — Dioecesis Bambergensis. Pro Archiepiscopo florenorum quindecim millium, pro Praeposito florenorum trium millium quingentorum, pro Decano florenorum trium millium quingentorum, pro quolibet e quinque

Canonicis senioribus florenorum millium octingentorum, pro quolibet e quinque Canonicis junioribus florenorum millium quadrigentorum, pro quolibet e tribus Vicariis senioribus florenorum octingentorum, pro quolibet e tribus Vicariis junioribus florenorum sexcentorum; — Dioeceses Augustana, Ratisbonensis et Herbipolensis. Pro quolibet Episcopo florenorum decem millium, pro quolibet Praeposito florenorum trium millium, pro quolibet Decano florenorum trium millium, pro quolibet e quatuor Canonicis senioribus florenorum mille sexcentorum, pro quolibet e quatuor Canonicis junioribus florenorum mille quadrigentorum, pro quolibet e tribus Vicariis senioribus florenorum octingentorum, pro quolibet e tribus Vicariis junioribus florenorum sexcentorum; — Dioeceses Passaviensis, Eichstettensis et Spirensis. Pro quolibet Episcopo florenorum octo millium, pro quolibet Praeposito florenorum bis mille quingentorum, pro quolibet Decano florenorum bis mille quingentorum, pro quolibet e quatuor Canonicis senioribus florenorum mille sexcentorum, pro quolibet e quatuor Canonicis junioribus florenorum mille quadrigentorum, pro quolibet e tribus Vicariis senioribus florenorum octingentorum, pro quolibet e tribus Vicariis junioribus florenorum sexcentorum. Quorum omnium redituum summae salvae semper et integrae conservandae erunt, et bona fundique, ex quibus provenient, nec distrahi, nec in pensiones mutari poterunt. Tempore autem vacationis Archiepiscopalium et Episcopalium Sedium, Dignitatum, Canonicatuum, Praebendarum seu Vicariatuum, praedictae redituum Summae in utilitatem respectivarum Ecclesiarum praecipiendae et conservandae erunt. — Habitatio insuper tam Archiepiscopis et Episcopis quam Dignitatibus, Canonicis senioribus et Vicariis pariter senioribus, illorum dignitati et statui respondens assignabitur. Pro curia Archiepiscopali et Episcopali pro capitulo et Archivio Majestas Sua domum aptam assignabit. — Ad negotium hujusmodi redituum, fundorum et bonorum assignationis intra trimestre post ratificationem praesentis Conventionis si fieri poterit, vel ad summum intra semestre perficiendum utraque Contrahentium pars Commissarios nominabit, ac de formali praedictae assignationis actu tria exemplaria in authentica forma expediri jubebit Regia Majestas, unum

pro Archivio Regio, alterum pro Nuntio Apostolico, tertium denique pro Archivio singularum Ecclesiarum. — Alia Beneficia, ubi exstant, conservabuntur. — Quod pertinet ad Dioecesim Spirensem, quoniam ob speciales circumstantias ei nunc fundi ac bona stabilia assignari non possunt, interea usque dum haec assignatio fieri valeat, providebitur a Majestate Sua per assignationem praestationis annuatim solvendae in summa: Pro Episcopo florenorum sex millium, pro Praeposito florenorum mille quingentorum, pro Decano florenorum mille quingentorum pro quovis ex octo Canonicis florenorum mille, pro quovis e sex Vicariis florenorum sexcentorum. — Fabricarum denique ipsarumque Ecclesiarum fundi, reditus, bona mobilia et immobilia conservabuntur et nisi pro Ecclesiarum manutentione, pro divini cultus expensis et inservientium necessariorum salariis sufficiant, Sua Majestas supplebit. — Art. 5. Sua singulis Dioecesibus Seminaria Episcopalia conserventur et dotatione congrua in bonis fundisque stabilibus provideantur; in iis autem Dioecesibus in quibus desunt, sine mora cum eadem pariter dotatione in bonis fundisque stabilibus fundentur. — In seminariis autem admittentur atque ad normam Sacri Concilii Tridentini efformabuntur atque instituentur adolescentes, quos Archiepiscopi et Episcopi pro necessitate vel utilitate Dioecesium in iis recipiendos judicaverint. Horum Seminariorum ordinatio doctrina, gubernatio et administratio Archiepiscoporum et Episcoporum auctoritati pleno liberoque jure subjectae erunt juxta formas canonicas. — Rectores quoque et Professores Seminariorum ab Archiepiscopis et Episcopis nominabuntur, et quotiescunque necessarium aut utile ab ipsis judicabitur, removebuntur. — Cum Episcopis incumbat Fidei ac morum doctrinae invigilare, in hujus officii exercitio etiam circa Scholas publicas nullo modo impedientur. — Art. 6. Majestas Sua Regia, collatis cum Archiepiscopis et Episcopis consiliis, assignabit pariter cum sufficienti dote domum, in qua infirmi ac senes clerici benemeriti solamen et asylum reperiant. — Art. 7. Insuper Majestas Sua considerans, quot utilitates Ecclesia atque ipse status a religiosis ordinibus perceperint ac percipere in posterum possint, et ut promptam suam erga Sanctam Sedem voluntatem probet, aliqua Monasticorum ordinum utriusque sexus Coenobia ad instituendam

in religione et litteris juventutem, et in parochorum subsidium, aut pro cura infirmorum inito cum sancta Sede consilio, cum convenienti dotatione instaurari curabit. — Art. 8. Bona seminariorum, parochiarum, beneficiorum, fabricarum, omniumque aliarum Ecclesiasticarum fundationum semper et integre conservanda erunt, nec distrahi, nec in pensiones mutari poterunt. — Ecclesia insuper jus habebit, novas acquirendi possessiones, et quidquid de novo acquisierit, faciet suum, et censebitur eodem jure ac veteres fundationes ecclesiasticae, quarum, uti et illarum, quae in posterum fient, nulla vel suppressio vel unio fieri poterit absque Sedis Apostolicae auctoritatis interventu, salvis facultatibus a Sacro Concilio Tridentino Episcopis tributis. — Art. 9. Sanctitas sua, attenta utilitate, quae ex hac conventione manat in ea, quae ad res Ecclesiae et Religionis pertinent, Majestati Regis *Maximiliani Josephi* ejusque Successoribus Catholicis per Litteras Apostolicas statim post ratificationem praesentis Conventionis expediendas in perpetuum concedet Indultum nominandi ad vacantes Archiepiscopales et Episcopales Ecclesias Regni Bavarici dignos et idoneos ecclesiasticos viros iis dotibus praeditos, quas sacri canones requirunt. Talibus autem viris Sanctitas Sua canonicam dabit institutionem juxta formas consuetas. Priusquam vero eam obtinuerint, regimini seu administrationi Ecclesiarum respectivarum, ad quas designati sunt, nullo modo sese immiscere poterunt. Annatarum vero et cancellariae taxae proportionabiliter ad unius cujusque Mensae annuos reditus de novo statuentur. — Art. 10. Praepositures tam in Metropolitanis quam in Cathedralibus Ecclesiis conferet Sanctitas Sua; ad Decanatus nominabit Regia Majestas, quae etiam ad Canonicatus in sex mensibus Apostolicis sive Papalibus nominabit. Quoad alios autem sex menses, in eorum tribus Archiepiscopus et Episcopus, in reliquis vero tribus Capitulum nominabit. — In capitula ecclesiarum tum Metropolitanarum quam cathedralium in posterum alii non admittentur, quam indigeni, qui praeter qualitates a Sacro Concilio Tridentino requisitas, in animarum cura et sacris ministeriis cum laude versati sint, aut Archiepiscopo vel Episcopo in administranda Dioecesi adjutricem operam praestiterint, vel virtutis ac scientiae meritis conspicuos sese reddiderint. Vicariatus vero in iis-

dem Metropolitanis et Cathedralibus ecclesiis libere ab Archiepiscopo vel Episcopo conferentur. — Pro hac vice tamen, quoniam, capitulis nondum constitutis, omnia ea, quae hoc articulo statuta sunt, servari non possunt, Nuntius Apostolicus, collatis cum Majestate Sua consiliis et auditis interesse habentibus, nova capitula constituet. Idem circa vicarios seu praebendatos observabitur. — Dignitates, Canonici et Beneficiati omnes residentiales uti a pluralitate beneficiorum et praebendarum juxta sacros Canones prohibentur, ita ad residentiam secundum eorum Canonum rigorem, salva semper Sedis Apostolicae auctoritate, adstringuntur. — Art. 11. Rex Bavariae ad ea beneficia tam parochialia quam curata ac simplicia praesentabit, ad quae ex legitimo jure patronatus sive per dotationem sive per fundationem, sive per constructionem acquisito ejus antecessores Duces et Electores praesentabant. — Praeterea Majestas Sua praesentabit ad ea beneficia, ad quae corporationes ecclesiasticae actu non existentes praesentabant. — Subditi Majestatis Suae, qui jure patronatus legitime, ut supra, gaudent, ad beneficia respectiva tam parochialia quam curata ac simplicia hujusmodi juri patronatus subjecta praesentabunt. — Archiepiscopi vero et Episcopi praesentatis debita requisita habentibus, praemisso circa doctrinam et mores examine ab ipsis Ordinariis instituendo, si de parochialibus aut de curatis beneficiis agatur, canonicam dabunt institutionem. — Praesentatio autem ad omnia ista beneficia intra tempus a canonibus praescriptum fiet, secus ea libere ab Archiepiscopis et Episcopis conferentur. — Reliqua vero beneficia omnia tam parochialia quam curata ac simplicia, quae antecessores Antistites octo ecclesiarum Regni Bavariae conferebant, libere ab Archiepiscopis et Episcopis personis Majestati Suae gratis conferentur. — Art. 12. Pro regimine Dioecesium Archiepiscopis et Episcopis id omne exercere liberum erit, quod in vim pastoralis eorum ministerii sive ex declaratione, sive ex dispositione Sacrorum canonum secundum praesentem et a Sancta Sede adprobatam Ecclesiae disciplinam competit, ac praesertim: a) Vicarios Consiliarios et Adjutores administrationis Suae constituere Ecclesiasticos quoscumque, quos ad praedicta officia idoneos judicaverint; b) Ad statum clericalem assumere et approbatis a Sacris canonibus titulis ad ordines

etiam majores, praevio examine ab ipsis Archiepiscopis et Episcopis aut eorum Vicariis cum Examinatoribus synodalibus instituendo, promovere, quos necessarios aut utiles suis Dioecesibus judicaverint, et e contrario, quos indignos censuerint, a susceptione ordinum arcere quin ab ullo quovis obtentu impediri queant; c) causas ecclesiasticas atque in primis causas Matrimoniales, quae juxta canonem 12. sess. 24. Sacri Concilii Tridentini ad judices ecclesiasticos spectant, in foro eorum cognoscere, ac de iis sententiam ferre, exceptis causis mere civilibus Clericorum, exempli gratia contractuum, debitorum, haereditatum, quas Laici judices cognoscent et definient; d) in Clericos reprehensione dignos aut honestum clericalem habitum eorum ordini et dignitati congruentem non deferentes, poenas a sacro Concilio Tridentino statutas, aliasque quas convenientes judicaverint, salvo canonico recursu, infligere, eosque in seminariis aut domibus ad id destinandis custodire: censuris quoque animadvertere in quoscumque fideles ecclesiasticarum legum et sacrorum canonum transgressores; e) cum Clero et Populo Dioecesano pro munere officii pastoralis communicare, suasque instructiones et ordinationes de rebus ecclesiasticis libere publicare; praeterea Episcoporum Cleri et Populi communicatio cum Sancta sede in rebus spiritualibus et negotiis ecclesiasticis prorsus libera erit; f) collatis cum Regia Majestate, praesertim pro convenienti redituum assignatione, consiliis, parochias erigere, dividere vel unire; g) praescribere vel indicare preces publicas aliaque pia opera, cum id bonum Ecclesiae vel Status aut Populi postulet, et invigilare, ut in ecclesiasticis functionibus praesertim autem in Missa et in Administratione Sacramentorum Ecclesiae formulae in lingua latina usurpentur. — Art. 13. Quoties Archiepiscopi et Episcopi libros aut in Regno impressos aut in illud introductos Gubernio indicabunt, qui aliquid fidei, bonis moribus, aut ecclesiae disciplinae contrarium contineant, Gubernium curabit ut eorum divulgatio debito modo impediatur. — Art. 14. Majestas Sua prohibebit, ne catholica Religio ejusque ritus vel liturgia sive verbis, sive factis, sive scriptis contemnatur aut ecclesiarum antistites vel ministri in exercendo munere suo, pro custodienda praesertim fidei ac morum doctrina et disciplina ecclesiae

impediantur. Desiderans praeterea ut debitus, juxta divina mandata, sacris ministris honor servetur, non patietur quidquam fieri, quod dedecus ipsis afferre, aut eos in contemtum adducere possit, imo vero jubebit, ut in quacumque occasione ab omnibus Regni Magistratibus peculiari reverentia atque honore eorum dignitati debito cum ipsis agatur. — Art. 15. Archiepiscopi et Episcopi coram Regia Majestate juramentum fidelitatis emittent sequentibus verbis expressum: „Ego juro et promitto „ad sancta Dei Evangelia obedientiam et fidelitatem Regiae Ma„jestati; idem promitto, me nullam communicationem habitu„rum, nullique consilio interfuturum, nullamque suspectam unio„nem neque intra neque extra conservaturum, quae tranquilli„tati publicae noceat, et si tam in Dioecesi mea quam alibi „noverim aliquid in Status damnum tractari, Majestati Suae ma„nifestabo." — Art. 16. Per praesentem Conventionem leges, ordinationes et decreta in Bavaria huc usque lata, in quantum illi adversantur, abrogata habebuntur. — Art. 17. Caetera quae ad res et personas ecclesiasticas spectant, quorum nulla in his articulis expressa facta est mentio, dirigentur omnia et administrabuntur juxta doctrinam Ecclesiae, ejusque vigentem et approbatam disciplinam. Si vero in posterum supervenerit difficultas, Sanctitas Sua et Regia Majestas secum conferre et rem amice componere sibi reservant. — Art. 18. Utraque Contrahentium pars spondet, Se, successoresque Suos omnia, de quibus in his Articulis utrinque conventum est, sancte servaturum, et a Majestate Regia praesens Conventio lex status declarabitur. — Praeterea Majestas Sua Regia spondet, nihil unquam Se, successoresque Suos, quavis de causa, articulis hujus conventionis addituros, neque in iis quidquam immutaturos, vel eosdem declaraturos esse absque Sedis Apostolicae auctoritate et cooperatione. — Art. 19. Ratificationum hujus conventionis traditio fiet intra quadraginta dies ab ejusdem data, aut citius, si fieri poterit.

Datum Romae, die 5. Jun. anni 1817.

Hercules, Cardinalis *Consalvi*.

Casimirus Häffelin, Episcopus Chersonensis.

Nos praefatam Conventionem cum omnibus suis articulis acceptamus, ratihabemus, et confirmamus, simulque firmiter pro-

mittimus, Nos omnia, de quibus ita conventum est, sancte servaturos, atque curam habituros, ut ab omnibus subditis Nostris stricte observentur. — In quorum fidem praesentes hasce litteras propria manu subscripsimus et Sigillo Regio Nostro muniri jussimus.

Dabantur Monachii in Palatio Nostro Regio die vigesima quarta octobris anno Domini millesimo octingentesimo decimo septimo, regni autem Nostri duodecimo.

Maximilianus Josephus. (L. S.)

2.

Bestimmungen der Baierschen Verfassungs - Urkunde über kirchliche Gegenstände.

Titel IV. §. 9. Jedem Einwohner des Reiches wird vollkommene Gewissensfreiheit gesichert; die einfache Hausandacht darf daher Niemanden, zu welcher Religion er sich bekennen mag, untersagt werden. — Die in dem Königreiche bestehenden drei christlichen Kirchengesellschaften geniessen gleiche bürgerliche und politische Rechte. — Die nicht christlichen Glaubensgenossen haben zwar vollkommene Gewissensfreiheit; sie erhalten aber an den staatsbürgerlichen Rechten nur in dem Masse einen Antheil, wie ihnen derselbe in den organischen Edikten über ihre Aufnahme in die Staatsgesellschaft zugesichert ist. — Allen Religionstheilen ohne Ausnahme ist das Eigenthum der Stiftungen und der Genuss ihrer Renten nach den ursprünglichen Stiftungs-Urkunden und dem rechtmässigen Besitze, sie seyen für den Kultus, den Unterricht oder die Wohlthätigkeit bestimmt, vollständig gesichert. — Die geistliche Gewalt darf in ihrem eigentlichen Wirkungskreise nie gehemmt werden, und die weltliche Regierung darf in rein geistlichen Gegenständen der Religionslehre und des Gewissens sich nicht einmischen, als in so weit das oberstlioheitliche Schutz- und Aufsichtsrecht eintritt, wornach keine Verordnungen und Gesetze der Kirchengewalt ohne vorgängige Einsicht und das Placet des Königs verkündet und vollzogen werden dürfen. — Die Kirchen und Geistlichen sind in ihren bürgerlichen Handlungen und Beziehungen wie auch in Ansehung des ihnen zustehenden Vermögens den Gesetzen des Staates und den welt-

lichen Gerichten untergeben; auch können sie von öffentlichen Staatslasten keine Befreiung ansprechen. — Die übrigen näheren Bestimmungen über die äussern Rechtsverhältnisse der Bewohner des Königreichs in Beziehung auf Religion und kirchliche Gesellschaften sind in dem der gegenwärtigen Verfassungs-Urkunde beigefügten besondern Edikte *) enthalten. — §. 10. Das gesammte Stiftungsvermögen nach den drei Zwecken des Kultus, des Unterrichts und der Wohlthätigkeit, wird gleichfalls unter den besonderen Schutz des Staates gestellt; es darf unter keinem Vorwande zu dem Finanzvermögen eingezogen und in der Substanz für andere, als die drei genannten Zwecke ohne Zustimmung der Betheiligten und bei allgemeinen Stiftungen ohne Zustimmung der Stände des Reiches veräussert oder verwendet werden.

3.

Beilage II. zu Titel IV. §. 9. der Baierschen Verfassungs-Urkunde.

Edikt über die äussern Rechtsverhältnisse des Königreichs Baiern, in Beziehung auf Religion und kirchliche Gesellschaften.

I. Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen über Religions-Verhältnisse.

Erstes Kapitel.

Religions- und Gewissens-Freiheit.

§. 1. Jedem Einwohner des Reiches ist durch den 9ten §. des IVten Titels der Verfassungs-Urkunde eine vollkommene Gewissens-Freiheit gesichert.

§. 2. Er darf demnach in Gegenständen des Glaubens und Gewissens keinem Zwange unterworfen, auch darf Niemanden, zu welcher Religion er sich bekennen mag, die einfache Hausandacht untersagt werden.

§. 3. Sobald aber mehrere Familien zur Ausübung ihrer Religion sich verbinden wollen, so wird jederzeit hiezu die Königliche ausdrückliche Genehmigung nach den im II. Abschnitte folgenden nähern Bestimmungen erfordert.

*) Sieh die folgende Beilage II.

§. 4. Alle heimlichen Zusammenkünfte unter dem Vorwande des häuslichen Gottesdienstes sind verboten.

Zweites Kapitel.
Wahl des Glaubens-Bekenntnisses.

§. 5. Die Wahl des Glaubens-Bekenntnisses ist jedem Staats-Einwohner nach seiner eigenen freien Ueberzeugung überlassen.

§. 6. Derselbe muss jedoch das hiezu erforderliche Unterscheidungs-Alter, welches für beide Geschlechter auf die gesetzliche Volljährigkeit bestimmt wird, erreicht haben.

§. 7. Da diese Wahl eine eigene freie Ueberzeugung voraussetzt, so kann sie nur solchen Individuen zustehen, welche in keinem Geistes- oder Gemüths-Zustande sich befinden, der sie derselben unfähig macht.

§. 8. Keine Parthei darf die Mitglieder der andern durch Zwang oder List zum Uebergang verleiten.

§. 9. Wenn von denjenigen, welche die Religions-Erziehung zu leiten haben, eine solche Wahl aus einem der obigen Gründe angefochten wird, so hat die betreffende Regierungs-Behörde den Fall zu untersuchen, und an das Königliche Staats-Ministerium des Innern zu berichten.

§. 10. Der Uebergang von einer Kirche zu einer andern muss allezeit bei dem einschlägigen Pfarrer oder geistlichen Vorstande sowohl der neugewählten, als der verlassenen Kirche persönlich erklärt werden.

§. 11. Durch die Religions-Aenderung gehen alle kirchlichen Gesellschaftsrechte der verlassenen Kirche verloren; dieselbe hat aber keinen Einfluss auf die allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte, Ehren und Würden; ausgenommen, es geschehe der Uebertritt zu einer Religions-Parthei, welcher nur eine beschränkte Theilnahme an dem Staatsbürger-Rechte gestattet ist.

Drittes Kapitel.
Religions-Verhältnisse der Kinder aus gemischten Ehen.

§. 12. Wenn in einem gültigen Ehevertrage zwischen Eltern, die verschiedenen Glaubens-Bekenntnissen zugethan sind, bestimmt worden ist, in welcher Religion die Kinder erzogen werden sollen, so hat es hiebei sein Bewenden.

§. 13. Die Gültigkeit solcher Eheverträge ist sowohl in Rücksicht ihrer Form, als der Zeit der Errichtung lediglich nach den bürgerlichen Gesetzen zu beurtheilen.

§. 14. Sind keine Ehepacten oder sonstige Verträge hierüber errichtet, oder ist in jenen über die religiöse Erziehung der Kinder nichts verordnet worden, so folgen die Söhne der Religion des Vaters; die Töchter werden in dem Glaubens-Bekenntnisse der Mutter erzogen.

§. 15. Uebrigens benimmt die Verschiedenheit des kirchlichen Glaubens-Bekenntnisses keinem der Eltern die ihm sonst wegen der Erziehung zustehenden Rechte.

§. 16. Der Tod der Eltern ändert nichts in den Bestimmungen der §§phen 12. und 14. über die religiöse Erziehung der Kinder.

§. 17. Die Ehescheidungen, oder alle sonstigen rechtsgültigen Auflösungen der Ehe können auf die Religion der Kinder keinen Einfluss haben.

§. 18. Wenn ein das Religions-Verhältniss der Kinder bestimmender Ehevertrag vorhanden ist, so bewirkt der Uebergang der Eltern zu einem andern Glaubens-Bekenntniss darin in so lange keine Veränderung, als die Ehe noch gemischt bleibt; geht aber ein Ehegatte zur Religion des andern über, und die Ehe hört dadurch auf, gemischt zu seyn, so folgen die Kinder der nun gleichen Religion ihrer Eltern, ausgenommen sie waren — dem bestehenden Ehevertrag gemäss — durch die Confirmation oder Communion bereits in die Kirche einer andern Confession aufgenommen, in welchem Falle sie bis zum erlangten Unterscheidungsjahre darin zu belassen sind.

§. 19. Pflegkinder werden nach jenem Glaubens-Bekenntnisse erzogen, welchem sie in ihrem vorigen Stande zu folgen hatten.

§. 20. Durch Heirath legitimirte natürliche Kinder werden in Beziehung auf den Religions-Unterricht ehelichen Kindern gleich geachtet.

§. 21. Die übrigen natürlichen Kinder, wenn sie von einem Vater anerkannt sind, werden in Ansehung der Religions-Erziehung gleichfalls wie die ehelichen behandelt, sind sie aber

von dem Vater nicht anerkannt, so werden sie nach dem Glaubens-Bekenntnisse der Mutter erzogen.

§. 22. Findlinge und natürliche Kinder, deren Mutter unbekannt ist, folgen der Religion desjenigen, welcher das Kind aufgenommen hat, sofern er einer der öffentlich eingeführten Kirchen angehört, oder der Religions-Parthei des Findlings-Instituts, worin sie erzogen werden. Ausser diesen Fällen richtet sich ihre Religion nach jener der Mehrheit der Einwohner des Findungs-Orts.

§. 23. Die geistlichen Obern, die nächsten Verwandten, die Vormünder und Pathen haben das Recht, darüber zu wachen, dass vorstehende Anordnungen befolgt werden. Sie können zu diesem Behufe die Einsicht der betreffenden Bestimmungen der Eheverträge und der übrigen auf die Religions-Erziehung sich beziehenden Urkunden fordern.

II. Abschnitt.

Von Religions- und Kirchen-Gesellschaften.

Erstes Kapitel.
Ihre Aufnahme und Bestätigung.

§. 24. Die in dem Königreiche bestehenden drei christlichen Glaubens-Confessionen sind als öffentliche Kirchen-Gesellschaften mit gleichen bürgerlichen und politischen Rechten, nach den unten folgenden näheren Bestimmungen, anerkannt.

§. 25. Den nicht christlichen Glaubens-Genossen ist zwar nach §§. 1. und 2. eine vollkommene Religions- und Gewissens-Freiheit gestattet; als Religions-Gesellschaften und in Beziehung auf Staats-Bürger-Recht aber sind sie nach den über ihre bürgerlichen Verhältnisse bestehenden besonderen Gesetzen und Verordnungen zu behandeln.

§. 26. Religions- oder Kirchen-Gesellschaften, die nicht zu den bereits gesetzlich aufgenommenen gehören, dürfen ohne ausdrückliche Königliche Genehmigung nicht eingeführt werden.

§. 27. Sie müssen vor der Aufnahme ihre Glaubens-Formeln und innere kirchliche Verfassung zur Einsicht und Prüfung dem Staats-Ministerium des Innern vorlegen.

Zweites Kapitel.

Rechte und Befugnisse der aufgenommenen und bestätigten Religions- und Kirchen-Gesellschaften.

§. 28. Die mit ausdrücklicher Königlicher Genehmigung aufgenommenen Kirchen-Gesellschaften geniessen die Rechte öffentlicher Corporationen.

§. 29. Die zur Ausübung ihres Gottesdienstes gewidmeten Gebäude sollen, wie andere öffentliche Gebäude, geschützt werden.

§. 30. Die zur Feier ihres Gottesdienstes und zum Religions-Unterrichte bestellten Personen geniessen die Rechte und Achtung öffentlicher Beamten.

§. 31. Ihr Eigenthum steht unter dem besondern Schutze des Staats.

§. 32. Eine Religions-Gesellschaft, welche die Rechte öffentlich aufgenommener Kirchen-Gesellschaften bei ihrer Genehmigung nicht erhalten hat, wird nicht als eine öffentliche Corporation, sondern als eine Privat-Gesellschaft geachtet.

§. 33. Es ist derselben die freie Ausübung ihres Privat-Gottesdienstes gestattet.

§. 34. Zu dieser gehört die Anstellung gottesdienstlicher Zusammenkünfte in gewissen dazu bestimmten Gebäuden, und die Ausübung der ihren Religions-Grundsätzen gemässen Gebräuche, sowohl in den Zusammenkünften, als in den Privat-Wohnungen der Mitglieder.

§. 35. Den Privat-Kirchen-Gesellschaften ist aber nicht gestattet, sich der Glocken oder sonstiger Auszeichnungen zu bedienen, welche Gesetze oder Gewohnheit den öffentlichen Kirchen angeeignet haben.

§. 36. Die von ihnen zur Feier ihrer Religions-Handlungen bestellten Personen geniessen als solche keine besonderen Vorzüge.

§. 37. Die ihnen zustehenden weiteren Rechte müssen nach dem Inhalte ihrer Aufnahms-Urkunde bemessen werden.

§. 38. Jeder genehmigten Privat- oder öffentlichen Kirchen-Gesellschaft kömmt unter der obersten Staats-Aufsicht nach den im III. Abschnitte enthaltenen Bestimmungen die Befugniss zu, nach der Formel und der von der Staats-Gewalt

anerkannten Verfassung ihrer Kirche, alle inneren Kirchen-Angelegenheiten zu ordnen.

Dahin gehören die Gegenstände:
a) der Glaubenslehre, b) der Form und der Feier des Gottesdienstes, c) der geistlichen Amtsführung, d) des religiösen Volks-Unterrichts, e) der Kirchen-Disciplin, f) der Approbation und Ordination der Kirchendiener, g) der Einweihung der zum Gottesdienste gewidmeten Gebäude und der Kirchhöfe, h) der Ausübung der Gerichtsbarkeit in rein geistlichen Sachen; nämlich des Gewissens und der Erfüllung der Religions- und Kirchen-Pflichten einer Kirche, nach ihren Dogmen, symbolischen Büchern und darauf gegründeten Verfassungen.

§. 39. Den kirchlichen Obern, Vorstehern oder ihren Repräsentanten kömmt demnach das allgemeine Recht der Aufsicht mit den daraus hervorgehenden Wirkungen zu, damit die Kirchen-Gesetze befolgt, der Cultus diesen gemäss aufrecht erhalten, der reine Geist der Religion und Sittlichkeit bewahrt, und dessen Ausbreitung befördert werde. Der Antheil, welcher jedem Einzelnen an dieser Aufsicht zukömmt, wird durch seine Amtsvollmacht bestimmt.

§. 40. Die Kirchengewalt übt das rein geistliche Corrections-Recht nach geeigneten Stufen aus.

§. 41. Jedes Mitglied einer Kirchen-Gesellschaft ist schuldig, der darin eingeführten Kirchenzucht sich zu unterwerfen.

§. 42. Keine Kirchengewalt ist daher befugt, Glaubensgesetze gegen ihre Mitglieder mit äusserm Zwange geltend zu machen.

§. 43. Wenn einzelne Mitglieder durch öffentliche Handlungen eine Verachtung des Gottesdienstes und der Religions-Gebräuche zu erkennen geben, oder andere in ihrer Andacht stören, so ist die Kirchen-Gesellschaft befugt, dergleichen unwürdigen Mitgliedern den Zutritt in ihre Versammlungen zu versagen.

§. 44. Die in dem Königreiche als öffentliche Corporationen aufgenommenen Kirchen sind berechtigt, Eigenthum zu besitzen, und nach den hierüber bestehenden Gesetzen auch künftig zu erwerben.

§. 45. Die Eigenthumsfähigkeit der nicht öffentlichen Kir-

chen-Gesellschaften wird nach ihrer Aufnahm-Urkunde, oder wenn in dieser darüber nichts festgesetzt ist, nach den Rechten der Privat-Gesellschaften bestimmt.

§. 46. Allen Religionstheilen ohne Ausnahme ist dasjenige, was sie an Eigenthum gesetzmässig besitzen, es sey für den Cultus oder für den Unterricht bestimmt, es bestehe in liegenden Gütern, Rechten, Capitalien, baarem Gelde, Prätiosen, oder sonstigen beweglichen Sachen durch den §. 9. im IV. Titel der Verfassungs-Urkunde des Reiches garantirt.

§. 47. Das Kirchenvermögen darf unter keinem Vorwande zum Staatsvermögen eingezogen und in der Substanz zum Besten eines andern als des bestimmten Stiftungszweckes ohne Zustimmung des Betheiligten, und sofern es allgemeine Stiftungen betrifft, ohne Zustimmung der Stände nicht veräussert oder verwendet werden.

§. 48. Wenn bei demselben in einzelnen Gemeinden, nach hinlänglicher Deckung der Lokal-Kirchenbedürfnisse, Ueberschüsse sich ergeben, so sollen diese zum Besten des nämlichen Religionstheiles nach folgenden Bestimmungen verwendet werden: a) zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Kirchen und geistlichen Gebäude in andern Gemeinden, die dafür kein hinreichendes eigenes Vermögen besitzen; b) zur Ergänzung des Unterhaltes einzelner Kirchendiener, oder c) zur Fundation neuer nothwendiger Pfarrstellen; d) zur Unterstützung geistlicher Bildungs-Anstalten; e) zu Unterhaltungs-Beiträgen der durch Alter oder Krankheit zum Kirchendienst unfähig gewordenen geistlichen Personen.

§. 49. In soferne für diese Zwecke vom Kirchenvermögen nach einer vollständigen Erwägung etwas entbehrt werden kann, wird dieser Ueberschuss im Einverständnisse mit der betreffenden geistlichen Ober-Behörde vorzüglich zur Ergänzung von Schul-Anstalten, dann der Armen-Stiftungen (wohin auch jene der Krankenpflege zu rechnen sind) verwendet werden.

III. Abschnitt.

Verhältnisse der im Staate aufgenommenen Kirchen-Gesellschaften zur Staats Gewalt.

Erstes Kapitel.

In Religions- und Kirchensachen.

§. 50. Seine Majestät der König haben in mehreren Ver-

ordnungen Ihren ernstlichen Willen ausgesprochen, dass die geistliche Gewalt in ihrem eigentlichen Wirkungskreise nie gehemmt werden, und die königliche weltliche Regierung in rein geistliche Gegenstände des Gewissens und der Religionslehre sich nicht einmischen solle, als in soweit das Königliche oberste Schutz- oder Aufsichtsrecht dabei eintritt. Die Königlichen Landesstellen werden wiederholt zur genauen Befolgung derselben angewiesen.

§. 51. So lange demnach die Kirchen-Gewalt die Grenzen ihres eigentlichen Wirkungskreises nicht überschreitet, kann dieselbe gegen jede Verletzung ihrer Rechte und Gesetze den Schutz der Staats-Gewalt anrufen, der ihr von den Königlichen einschlägigen Landesstellen nicht versagt werden darf.

§. 52. Es steht aber auch den Genossen einer Kirchen-Gesellschaft, welche durch Handlungen der geistlichen Gewalt gegen die festgesetzte Ordnung beschwert werden, die Befugniss zu, dagegen den Königlichen Landesfürstlichen Schutz anzurufen.

§. 53. Ein solcher Recurs gegen einen Missbrauch der geistlichen Gewalt kann entweder bei der einschlägigen Regierungs-Behörde, welche darüber alsbald Bericht an das Königliche Staats-Ministerium des Innern zu erstatten hat, oder bei Seiner Majestät dem Könige unmittelbar angebracht werden.

§. 54. Die angebrachten Beschwerden wird das Königliche Staats-Ministerium des Innern untersuchen lassen, und, eilige Fälle ausgenommen, nur nach Vernehmung der betreffenden geistlichen Behörde das Geeignete darauf verfügen.

§. 55. Der Regent kann bei feierlichen Anlässen in den verschiedenen Kirchen Seines Staates durch die geistlichen Behörden öffentliche Gebete und Dankfeste anordnen.

§. 56. Auch ist Derselbe befugt, wenn er wahrnimmt, dass bei einer Kirchen-Gesellschaft Spaltungen, Unordnungen oder Missbräuche eingerissen sind, zur Wiederherstellung der Einigkeit und kirchlichen Ordnung unter Seinem Schutze Kirchen-Versammlungen zu veranlassen, ohne jedoch in Gegenstände der Religionslehre Sich selbst einzumischen.

§. 57. Da die hoheitliche Oberaufsicht über alle innerhalb der Grenzen des Staats vorfallende Handlungen, Ereignisse

und Verhältnisse sich erstreckt, so ist die Staats-Gewalt berechtigt, von demjenigen, was in den Versammlungen der Kirchen-Gesellschaften gelehrt und verhandelt wird, Kenntniss einzuziehen.

§. 58. Hiernach dürfen keine Gesetze, Verordnungen oder sonstige Anordnungen der Kirchen-Gewalt nach den hierüber in den Königlichen Landen schon längst bestehenden General-Mandaten ohne Allerhöchste Einsicht und Genehmigung publicirt und vollzogen werden. Die geistlichen Obrigkeiten sind gehalten, nachdem sie die Königliche Genehmigung zur Publication (Placet) erhalten haben, im Eingange der Ausschreibungen ihrer Verordnungen von derselben jederzeit ausdrücklich Erwähnung zu thun.

§. 59. Ausschreiben der geistlichen Behörden, die sich blos auf die ihnen untergeordnete Geistlichkeit beziehen, und aus genehmigten allgemeinen Verordnungen hervorgehen, bedürfen keiner neuern Genehmigung.

§. 60. Die Ausübung der geistlichen Gerichtsbarkeit kömmt zwar nach §. 38. lit. h. der Kirchen-Gewalt zu; die dafür angeordneten Gerichte, so wie ihre Verfassung müssen aber vor ihrer Einführung von dem Könige bestätigt werden. Auch sollen die einschlägigen Königlichen Landesstellen aufmerksam seyn, damit die Königlichen Unterthanen von den geistlichen Stellen nicht mit gesetzwidrigen Gebühren beschwert, oder in ihren Angelegenheiten auf eine für sie lästige Art aufgehalten werden.

§. 61. Die vorgeschriebenen Genehmigungen können nur von dem Könige selbst, mittelst des Königlichen Staats-Ministeriums des Innern ertheilt werden, an welches die zu publicirenden kirchlichen Gesetze und Verordnungen eingesendet, und sonstige Anordnungen ausführlich angezeigt werden müssen.

Zweites Kapitel.

In ihren bürgerlichen Handlungen und Beziehungen.

§. 62. Die Religions- und Kirchen-Gesellschaften müssen sich in Angelegenheiten, die sie mit anderen bürgerlichen Gesellschaften gemein haben, nach den Gesetzen des Staats richten.

§. 63. Diesen Gesetzen sind in ihren bürgerlichen Beziehungen sowohl die Obern der Kirche als einzelne Mitglieder derselben auf gleiche Art unterworfen.

§. 64. Zur Beseitigung aller künftigen Anstände werden nach solchen Beziehungen als weltliche Gegenstände erklärt: a) alle Verträge und letztwillige Dispositionen der Geistlichen; b) alle Bestimmungen über liegende Güter etc. fahrende Habe, Nutzung, Renten, Rechte der Kirchen und kirchlichen Personen; c) Verordnungen und Erkenntnisse über Verbrechen und Strafen der Geistlichen, welche auf ihre bürgerlichen Rechte einen Einfluss haben; d) Ehe-Gesetze, in sofern sie den bürgerlichen Vertrag und dessen Wirkungen betreffen; e) Privilegien, Dispensationen, Immunitäten, Exemtionen, zum Besten ganzer Kirchen-Gesellschaften, einzelner Gemeinden oder Gesellschafts-Genossen, oder der dem Religionsdienste gewidmeter Orte und Güter, in soferne sie politische oder bürgerliche Verhältnisse berühren; f) allgemeine Normen über die Verbindlichkeit zur Erbauung und Erhaltung der Kirchen und geistlichen Gebäude; g) Bestimmungen über die Zulassung von Kirchen-Pfründen; h) Vorschriften über die Einrichtung der Kirchen-Listen, als Quellen der Bevölkerungs-Verzeichnisse, als Register des Civilstandes und über die Legalität der pfarrlichen Dokumente.

§. 65. In allen diesen Gegenständen kömmt der Staats-Gewalt allein die Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit zu.

§. 66. Hiernach sind alle Geistlichen in bürgerlichen Personal-Klagsachen, in allen aus bürgerlichen Contracten hervorgehenden Streitsachen, in den Verhandlungen über ihre Verlassenschaften etc. einzig den weltlichen Gerichten übergeben.

§. 67. Sie geniessen nach Titel V. §. 5. der Verfassungs-Urkunde in bürgerlichen und strafrechtlichen Fällen den befreiten Gerichtsstand.

§. 68. Bei Sterbfällen der Geistlichen soll darauf Rücksicht genommen werden, dass die geistlichen Verrichtungen, wenn der Verstorbene dergleichen versehen hat, nicht gehemmt werden; alles, was darauf Bezug hat, und zum Gottesdienste gehört, als heilige Gefässe etc. soll von der Sperre ausgenommen, und mittelst Verzeichnisses entweder dem Nachfolger im

Beneficium sogleich verabfolgt oder andern sichern Händen einstweilen übergeben werden, wenn nicht zu ihrer Uebernahme ein Abgeordneter der geistlichen Behörde sich einfindet, welche zu diesem Ende von dem weltlichen Richter bei jedem Sterbfalle eines im Beneficium stehenden Geistlichen davon in Kenntniss zu setzen ist.

§. 69. Die Criminal-Gerichtsbarkeit auch über Geistliche kömmt nur den einschlägigen Königlichen weltlichen Gerichten zu.

§. 70. Diese sollen aber die einschlägige geistliche Behörde jederzeit von dem Erfolge der Untersuchung in Kenntniss setzen, um auch von ihrer Seite gegen die Person des Verbrechers in Beziehung auf seine geistlichen Verhältnisse das Geeignete darnach verfügen zu können.

§. 71. Keinem kirchlichen Zwangsmittel wird irgend ein Einfluss auf das gesellschaftliche Leben und die bürgerlichen Verhältnisse, ohne Einwilligung der Staats-Gewalt im Staate gestattet.

§. 72. Das Verfahren der weltlichen Gerichte in Gegenständen, welche nach den obigen Bestimmungen zu ihrer Gerichtsbarkeit gehören, darf durch die Einschreitungen geistlicher Stellen weder unterbrochen noch aufgehoben werden.

§. 73. Die Kirchen und Geistlichen können in Ansehung des ihnen zustehenden Vermögens weder von Landes-Unterthänigkeit, weder von Gerichtsbarkeit noch von öffentlichen Staats-Lasten irgend eine Befreiung ansprechen.

§. 74. Alle älteren Befreiungen, die hierüber mögen verliehen worden seyn, werden als nichtig erklärt.

§. 75. Die Verwaltung des Kirchen-Vermögens stehet nach den hierüber gegebenen Gesetzen unter dem Königlichen obersten Schutze und Aufsicht.

Drittes Kapitel.
Bei Gegenständen gemischter Natur.

§. 76. Unter Gegenständen gemischter Natur werden diejenigen verstanden, welche zwar geistlich sind, aber die Religion nicht wesentlich betreffen, und zugleich irgend eine Beziehung auf den Staat und das weltliche Wohl der Einwohner

desselben haben. Dahin gehören: a) Alle Anordnungen über den äussern Gottesdienst, dessen Ort, Zeit, Zahl etc.; b) Beschränkung oder Aufhebung der nicht zu den wesentlichen Theilen des Cultus gehörigen Feierlichkeiten, Processionen, Neben-Andachten, Ceremonien, Kreuzgängen und Brüderschaften; c) Errichtung geistlicher Gesellschaften und sonstiger Institute und Bestimmung ihrer Gelübde; d) organische Bestimmungen über geistliche Bildungs-, Verpflegs- und Straf-Anstalten; e) Eintheilung der Diöcesen, Dekanats- und Pfarr-Sprengel; f) alle Gegenstände der Gesundheits-Polizei, in soweit diese kirchliche Anstalten mit berühren.

§. 77. Bei diesen Gegenständen dürfen von der Kirchen-Gewalt ohne Mitwirkung der weltlichen Obrigkeit keine einseitigen Anordnungen geschehen.

§. 78. Der Staats-Gewalt steht die Befugniss zu, nicht nur von allen Anordnungen über diese Gegenstände Einsicht zu nehmen, sondern auch durch eigene Verordnungen dabei alles dasjenige zu hindern, was dem öffentlichen Wohle nachtheilig seyn könnte.

§. 79. Zu ausserordentlichen kirchlichen Feierlichkeiten, besonders wenn dieselben an Werktagen gehalten werden wollen, muss allezeit die specielle Königliche Bewilligung erholt werden.

IV. Abschnitt.

Von dem Verhältnisse verschiedener Religions-Gesellschaften gegeneinander.

Erstes Kapitel.

Allgemeine Staatspflichten der Kirchen gegeneinander.

§. 80. Die im Staate bestehenden Religions-Gesellschaften sind sich wechselseitig gleiche Achtung schuldig; gegen deren Versagung kann der obrigkeitliche Schutz angerufen werden, der nicht verweigert werden darf; dagegen ist aber auch keiner eine Selbsthülfe erlaubt.

§. 81. Jede Kirche kann für ihre Religions-Handlungen von den Gliedern aller übrigen Religions-Partheien vollkommene Sicherheit gegen Störungen aller Art verlangen.

§. 82. Keine Kirchen-Gesellschaft kann verbindlich gemacht werden, an dem äussern Gottesdienste der andern An-

theil zu nehmen. Kein Religions-Theil ist demnach schuldig, die besonderen Feiertage des andern zu feiern, sondern es soll ihm freistehen, an solchen Tagen sein Gewerbe oder Handthierung auszuüben, jedoch ohne Störung des Gottesdienstes des andern Theiles, und ohne, dass die Achtung dabei verletzt werde, welche nach §. 80. jede Religions-Gesellschaft der andern bei Ausübung ihrer religiösen Handlungen und Gebräuche schuldig ist.

§. 83. Der weltlichen Staats-Polizei kömmt es zu, in soweit, als die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zwischen verschiedenen Religions-Partheien es erfordert, Vorschriften für äussere Handlungen, die nur zufälligen Bezug zum kirchlichen Zwecke haben, zu geben.

§. 84. Religions-Verwandte einer öffentlich aufgenommenen Kirche, welche keine eigene Gemeinde bilden, können sich zu einer entfernten Gemeinde ihres Glaubens innerhalb der Grenzen des Reiches halten.

§. 85. Auch ist ihnen freigestellt, von dem Pfarrer oder Prediger einer andern Confession an ihrem Wohnorte jene Dienste und Amts-Funktionen nachzusuchen, welche sie mit ihren eigenen Religions-Grundsätzen vereinbarlich glauben, und jene nach ihren Religions-Grundsätzen leisten können.

§. 86. In dergleichen Fällen sollen dem Pfarrer oder Geistlichen der fremden Confession für die geleisteten Dienste die festgesetzten Stolgebühren entrichtet werden.

§. 87. Diesen auf solche Art der Orts-Pfarrei einverleibten fremden Religions-Verwandten darf jedoch nichts aufgelegt werden, was ihrem Gewissen oder der jedem Staats-Einwohner garantirten Hausandacht entgegen ist.

§. 88. Den Mitgliedern der öffentlich aufgenommenen Kirchen-Gesellschaften steht die Bildung einer eigenen Gemeinde aller Orten frei, wenn sie das erforderliche Vermögen zum Unterhalte der Kirchendiener, zu den Ausgaben für den Gottesdienst, dann zur Errichtung und Erhaltung der nöthigen Gebäude besitzen, oder wenn sie die Mittel hiezu auf gesetzlich gestattetem Wege aufzubringen vermögen.

§. 89. Das Verhältniss der Staats-Einwohner, welche einer Religion angehören, deren Mitgliedern nur eine Hausandacht

oder nur ein Privat-Gottesdienst gestattet ist, muss aus dem Inhalte der Confessions-Urkunde beurtheilt werden. Sie dürfen von den Dienern der Kirchen-Gewalt des Ortes, wo sie wohnen, gegen den Sinn und Zweck der Confession weder beschränkt noch beeinträchtiget werden. Da sie mit der Ortskirche in keiner Verbindung stehen, so können von derselben keine pfarrlichen Rechte gegen sie ausgeübt werden; dagegen haben sie aber auch keinen Antheil an den Rechten und dem Eigenthume der Kirche.

Zweites Kapitel.
Vom Simultan-Gebrauche der Kirchen.

§. 90. Wenn zwei Gemeinden verschiedener Religions-Partheien zu einer Kirche berechtigt sind, so müssen die Rechte einer jeden hauptsächlich nach den vorhandenen besonderen Gesetzen oder Verträgen beurtheilt werden.

§. 91. Mangelt es an solchen Bestimmungen, so wird vermuthet, dass eine jede dieser Gemeinden mit der andern gleiche Rechte habe.

§. 92. Die Entscheidung der über Ausübung dieser Rechte entstehenden Streitigkeiten, wenn die Betheiligten sie durch gemeinschaftliches Einverständniss nicht beizulegen vermögen, gehört an das Staats-Ministerium des Innern, welches die Sache nach Verhältniss der Umstände vor den Staatsrath bringen wird.

§. 93. Wird aber darüber gestritten, ob eine oder die andere Gemeinde zu der Kirche wirklich berechtiget sey, so gehört die Entscheidung vor den ordentlichen Richter.

§. 94. Wenn nicht erhellet, dass beide Gemeinden zu der Kirche wirklich berechtiget sind, so wird angenommen, dass diejenige, welche zu dem gegenwärtigen Mitgebrauche am spätesten gelangt ist, denselben als eine widerrufliche Gefälligkeit erhalten habe.

§. 95. Selbst ein vieljähriger Mitgebrauch kann für sich allein die Erwerbung eines wirklichen Rechtes durch Verjährung künftig nicht begründen.

§. 96. Wenn jedoch ausser diesem Mitgebrauche auch die Unterhaltung der Kirche von beiden Gemeinden bestritten worden, so begründet dies die Vermuthung, dass auch der später

zum Mitgebrauch gekommenen Gemeinde ein wirkliches Recht darauf zustehe.

§. 97. So lange eine Gemeinde den Mitgebrauch nur bittweise hat, muss sie bei jedesmaliger Ausübung einer bisher nicht gewöhnlichen gottesdienstlichen Handlung die Erlaubniss der Vorsteher dazu nachsuchen.

§. 98. Den im Mitgebrauche einer Kirche begriffenen Gemeinden steht es jederzeit frei, durch freiwillige Uebereinkunft denselben aufzuheben, und das gemeinschaftliche Kirchen-Vermögen unter Königlicher Genehmigung, welche durch das Staats-Ministerium des Innern eingeholt werden muss, abzutheilen, und für jede eine gesonderte gottesdienstliche Anstalt zu bilden.

§. 99. Auch kann eine solche Abtheilung von der Staats-Gewalt aus polizeilichen oder administrativen Erwägungen, oder auf Ansuchen der Betheiligten verfügt werden.

§. 100. Wenn ein Religionstheil keinen eigenen Kirchhof besitzt, oder nicht bei der Theilung des gemeinschaftlichen Kirchen-Vermögens einen für sich anlegt, so ist der im Orte befindliche als ein gemeinschaftlicher Begräbnissplatz für sämmtliche Einwohner des Orts zu betrachten, zu dessen Anlage und Unterhaltung aber auch sämmtliche Religions-Verwandte verhältnissmässig beitragen müssen.

§. 101. Kein Geistlicher kann gezwungen werden, das Begräbniss eines fremden Religions-Verwandten nach den Feierlichkeiten seiner Kirche zu verrichten.

§. 102. Wird derselbe darum ersucht und er findet keinen Anstand, dem Begräbnisse beizuwohnen, so müssen ihm auch die dafür hergebrachten Gebühren entrichtet werden.

§. 103. Der Glocken auf den Kirchhöfen kann jede öffentlich aufgenommene Kirchen-Gemeinde bei ihren Leichen-Feierlichkeiten gegen Bezahlung der Gebühr sich bedienen.

Dieses allgemeine Staats-Grundgesetz bestimmt in Ansehung der Religions-Verhältnisse der verschiedenen Kirchen-Gesellschaften, ihre Rechte und Verbindlichkeiten gegen den Staat, die unveräusserlichen Majestäts-Rechte des Regenten, und die jedem Unterthan zugesicherte Gewissens-Freiheit und Religions-Ausübung.

In Ansehung der übrigen inneren Kirchen-Angelegenheiten sind die weiteren Bestimmungen, in Beziehung auf die katholische Kirche, in dem mit dem päbstlichen Stuhle abgeschlossenen Concordat vom 5. Junius 1817, und in Beziehung auf die protestantische Kirche in dem hierüber unterm heutigen Tage erlassenen eigenen Edicte enthalten.

München, den 26. May 1818.

(L. S.)

Zur Beglaubigung:

Egid von Kobell,
Königl. Staatsrath und General-Secretair.

4.

Anhang zu dem 103ten §. des Ediktes über die äusseren Rechts-Verhältnisse der Einwohner des Königreichs Baiern, in Beziehung auf Religion und kirchliche Gesellschaften, in der Beilage II. zu dem Titel IV. §. 9. der Verfassungs-Urkunde des Königreichs.

Nro. II.

Edikt über die innern kirchlichen Angelegenheiten der protestantischen Gesammt-Gemeinde in dem Königreiche.

I.

Verfassung des protestantischen Kirchen-Regiments.

§. 1. Das oberste Episcopat und die daraus hervorgehende Leitung der protestantischen inneren Kirchen-Angelegenheiten soll künftig durch ein selbstständiges Ober-Consistorium ausgeübt werden, welches dem Staats-Ministerium des Innern unmittelbar untergeordnet ist.

§. 2. Dasselbe besteht: a) aus einem Präsidenten des protestantischen Glaubens-Bekenntnisses; b) aus vier geistlichen Ober-Consistorialräthen, unter welchen einer der reformirten Religion ist; c) aus einem weltlichen Rathe; d) aus dem nothwendigen Unterpersonal, mit Einschluss eines Rechnungsverständigen zur Super-Revision der Pfarr-Fassionen und der Rechnungen über die Pfarr-Unterstützungs- und Wittwen-Cassen.

§. 3. Die Ober-Consistorialräthe haben den Rang der Central-Räthe; die Gehalte und respective Funktions-Zulagen des Gesammtpersonals werden auf die Staats-Casse übernommen.

§. 4. Statt der bisherigen General-Dekanate sollen drei Consistorien, in Ansbach, Baireuth, und für den Rheinkreis zu Speyer errichtet werden.

Diese sollen künftig bestehen: a) aus einem Vorstande der protestantischen Confession; diese Funktion soll dem Regierungs-Direktor, oder dem ältesten Regierungsrathe derselben Confession übertragen werden; b) aus zwei geistlichen und einem weltlichen protestantischen Rathe, dann c) aus dem nothwendigen Unterpersonal.

§. 5. Die Consistorialräthe haben den Rang der vormaligen Kreis-Kirchenräthe. Die Besoldungen und respective Funktions-Zulagen des Consistorial-Personals werden gleichfalls auf die Staats-Casse übernommen.

§. 6. Die bisherige Verfassung der Distrikts-Dekanate und Distrikts-Schul-Inspectionen, so wie der übrigen Mittelorgane wird beibehalten.

§. 7. Zur Handhabung der Kirchen-Verfassung soll in jedem Dekanate eine jährliche Visitation, und am Dekanats-Sitze jährlich eine Diöcesan-Synode, dann alle vier Jahre eine allgemeine Synode am Sitze des Consistoriums, unter der Leitung eines Mitgliedes des Ober-Consistoriums, zur Berathung über innere Kirchen-Angelegenheiten, in Gegenwart eines Königlichen Commissarius, welcher jedoch an den Berathungen keinen Antheil zu nehmen hat, gehalten werden.

§. 8. Die theologische Prüfungs-Commission für die Aufnahms-Prüfung der protestantischen Pfarramts-Candidaten bleibt in Ansbach mit dem Consistorium daselbst, so wie in Speyer mit dem dortigen Consistorium für die Candidaten aus dem Rheinkreise, verbunden. Derselben sind auch die Anstellungs-Prüfungen in den jährlich auszuschreibenden Concurs-Terminen übertragen.

Es soll dabei rücksichtlich der Fragen und Aufgaben der Censur und Classification ein analoges Verfahren, wie bei den Prüfungen der Candidaten für den Staatsdienst, nach der Verordnung vom 9. December 1817 beobachtet und eingeleitet werden. Im Uebrigen verbleibt es bei der Instruction über die Prüfung der protestantischen Pfarramts-Candidaten und deren

Beförderung vom 23. Jänner 1809, und deren Modification vom 8. November 1813.

§. 9. Die allgemeine Unterstützungs-Anstalt für protestantische Geistliche des Ober-Main-, Rezat-, Ober- und Unter-Donau-, Isar- und Regen-Kreises, dann die Versorgungs-Anstalt für Pfarrers-Wittwen dieser Kreise, bleibt mit ihrer Administration in Nürnberg, unter der Leitung des Consistoriums zu Ansbach und der Oberaufsicht des Ober-Consistoriums, nach der bisherigen Verfassung dieser beiden Institute.

II.

Wirkungskreis des Ober-Consistoriums und der diesem untergeordneten Consistorien.

§. 10. Alle Gegenstände, welche die Aufrechthaltung der Religions-Edicte und der Verordnungen über die öffentlichen und bürgerlichen Verhältnisse der religiösen Gemeinden und Körperschaften; die Handhabung der gesetzlichen Grenzen zwischen weltlicher und geistlicher Gewalt; die Bewahrung und Vertretung der landesfürstlichen Rechte und Interessen in Bezug auf die Kirchen aller Confessionen und deren Anstalten und Güter; die Handhabung der gesammten Religions- und Kirchen-Polizei in allen Beziehungen, und besonders in Rücksicht auf alle äusseren Handlungen der Kirchengemeinden und ihrer Angehörigen betreffen, gehören zur Competenz der Kreis-Regierungen und des Staats-Ministeriums des Innern, nach den näheren Bestimmungen der hierüber erlassenen besonderen Verordnungen über die Formation und den Wirkungskreis der obersten Verwaltungs-Stellen in den Kreisen vom 27. März 1817, dann über den Geschäftskreis der Staats-Ministerien vom 15. April 1817.

§. 11. Der Wirkungskreis des Ober-Consistoriums so wie der ihm untergeordneten Consistorien in den Kreisen ist demnach beschränkt auf die Gegenstände der innern Kirchen-Polizei, auf die Ausübung des mit der Staats-Gewalt verbundenen Episcopats und die Leitung der inneren Kirchen-Angelegenheiten; es steht ihnen hiernach zu: die Aufsicht über Kirchen-Verfassung, Kirchen-Ordnung, Disciplin, Lehrvorträge, Amtsführung und Betragen der Geistlichen, Prüfung, Ordination, An-

stellung und Beförderung der Candidaten, Ertheilung des Religions-Unterrichts in den Schulen, Cultus, Liturgie und Ritual, Purificationen und Dismembrationen der Pfarreien, Erledigung und Wiederbesetzung der Pfarrstellen und anderer Kirchendienste, Investitur der Geistlichen, Synodal- und Diöcesan-Verhältnisse, Dispensationen, Pfarr-Wittwen- und Pfarr-Pensions-Anstalten, Fatirung und Veränderung der Pfarr-Einkünfte.

In Ansehung des Geschäftskreises des Ober-Consistoriums und der unteren Consistorien wird es im Allgemeinen bei den Bestimmungen belassen, welche hierüber in den früheren Edicten, nämlich: a) in der Anordnung einer Section in Kirchen-Gegenständen vom 8. September 1808, insbesondere im §. VI.; b) in den Instruktionen für das General-Consistorium und für die General-Kreis-Commissariate, in Beziehung auf das Kirchenwesen der protestantischen Gesammt-Gemeinde des Königreichs Baiern vom 8. September 1809; c) in dem Edicte über die Bildung der Mittelstellen für die protestantischen Kirchen-Angelegenheiten vom 17. März 1809 enthalten sind.

§. 12. In Ansehung der Verwaltung des Stiftungs-Vermögens und der Oberaufsicht über die Erhaltung und zweckmässige Verwendung des Vermögens der protestantischen Kirche und Kirchen-Stiftungen verbleibt es bei den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen.

§. 13. Dem Ober-Consistorium ist die Aufsicht über das protestantisch-theologische Studium auf der Universität Erlangen in Ansehung der Lehren übertragen, auch wird bei Besetzung der theologischen Lehrstellen dasselbe mit seinem Gutachten vernommen.

§. 14. Demselben, so wie den unteren Consistorien in ihren Bezirken, verbleibt, wie schon in den früheren Edicten verordnet war, die Aufsicht über den protestantischen Religions-Unterricht in den Schulen. Die Aufsicht und die Anordnungen über den übrigen Unterricht, sowohl in den Volksschulen als Studien-Anstalten, gehören als ein Staats-Polizei-Gegenstand lediglich zur Competenz der Regierungen und des Staats-Ministeriums des Innern, nach den darüber bestehenden gesetzlichen Einrichtungen. In den Kreisen, in welchen die grössere Mehrheit der Einwohner protestantischer Confession ist, soll jedoch

das Referat in Schul-Angelegenheiten einem Rathe von dieser Confession übertragen, auch soll unter den Ober-Studienräthen jederzeit Einer der protestantischen Confession angestellt werden.

III.

Verhältnisse des Ober-Consistoriums zu den unteren Consistorien, und dieser zu den Regierungen und anderen weltlichen Behörden.

§. 15. Die Consistorien behalten in allen Beziehungen gegen das Ober-Consistorium dasselbe Verhältniss, in welchem die zeitherigen General-Dekanate zu den General-Consistorien gestellt waren.

§. 16. Die Consistorien sind in ihrem Wirkungskreise gegen die Regierungen als coordinirte Stellen zu betrachten, wonach sie sich wechselseitig gegen einander zu benehmen haben; in Staats-Polizei und anderen, nach dem Edicte über die äusseren Rechts-Verhältnisse zur weltlichen Regierung gehörigen, Gegenstände aber sind sie den Regierungen untergeben; diese haben jedoch in ihren Ausfertigungen an dieselbe sich jederzeit einer geziemenden Schreibart zu bedienen.

§. 17. Den Consistorien sind in Gegenständen ihres Wirkungskreises die Districts-Dekanate und Pfarrer untergeordnet; Verfügungen an weltliche Behörden können sie nur durch die Regierung bewirken, welche ihnen zur Unterstützung in der Ausübung ihrer Amtsbefugnisse nicht verweigert werden dürfen, so lange sie in den gesetzlichen Schranken ihres Wirkungskreises verbleiben; auch werden die Landgerichte und übrigen Polizeistellen hierdurch angewiesen, denselben hiezu jederzeit den erforderlichen Beistand zu leisten.

IV.

Verhältnisse des Ober-Consistoriums zu dem Staats-Ministerium des Innern.

§. 18. Das Ober-Consistorium ist ein dem Staats-Ministerium des Innern unmittelbar untergeordnetes Collegium; es empfängt hiernach vom demselben Aufträge und Befehle durch Rescripte und erstattet an dasselbe Berichte.

§. 19. Dasselbe hat hiernach an genanntes Staats-Ministerium gutachtliche Berichte zu erstatten und durch dieses die Allerhöchste Entschliessung zu erholen: a) In allen Gegenstän-

den neuer organischer kirchlicher Einrichtungen und allgemeiner Verordnungen; b) bei Anordnungen allgemeiner öffentlicher Gebete und ausserordentlicher Kirchenfeste, oder Abschaffung bestehender Feste und Feiertage; c) in Fällen, wo es auf Bestimmung der Verhältnisse zwischen katholischen und protestantischen Pfarreien und einzelner Einwohner verschiedener Glaubens-Bekenntnisse ankömmt, nach §§. 47. und 48. der Consistorial-Ordnung, wohin insbesondere die Purificationen gemischter Pfarreien gehören; d) bei Dispensations-Gesuchen wegen verbotener Verwandtschafts-Grade; e) über alle Anstellungen und Beförderungen in geistlichen Amtsstellen, Versetzungen, Degradationen, Suspensionen vom Amte, Pensionirungen, Entsetzungen oder Ausschliessung vom geistlichen Amte; f) bei Eintheilung der Pfarrsprengel und Errichtung neuer Pfarreien, oder Vereinigung mehrerer Gemeinden in eine Pfarrei; g) bei Anordnungen ausserordentlicher Synodal-Versammlungen; h) über die Resultate gehaltener allgemeiner Synodal-Versammlungen; i) über die Annahme neuer Stiftungen zu kirchlichen Zwecken, mit Vorbehalt der Competenz der Kreis-Regierungen in Ansehung der administrativen Beziehungen; k) in Fällen, wo ein Benehmen mit anderen Staats-Ministerien erforderlich ist. Nebst dem hat dasselbe am Schlusse eines jeden Jahres eine allgemeine Uebersicht des kirchlichen Zustandes der protestantischen Gesammt-Gemeinde mit den im Laufe des Jahres darin vorgegangenen wichtigen Veränderungen mit gutachtlichen Bemerkungen vorzulegen.

V.

Geschäftsgang.

§. 20. Die Leitung der Geschäfte liegt bei dem Ober-Consistorium dem Präsidenten, und bei den unteren Consistorien dem Vorstande, und in Abwesenheit oder Verhinderung desselben dem ersten Rathe ob.

§. 21. Aller Einlauf wird von dem Vorstande geöffnet und präsentirt. Derselbe hat zu sorgen, dass alsbald die Eintragung in das mit dem Geschäfts-Protocolle verbundene besondere Einlaufs-Journal bewirkt, und die Producte mit den Vor-Acten an diejenigen Referenten vertheilt werden, welche

er entweder durch eine allgemeine Repartitions-Vorschrift, oder in einzelnen Fällen besonders benannt hat.

§. 22. Sämmtliche Gegenstände werden mittelst gemeinschaftlicher Berathung in förmlichen Sitzungen behandelt; in jeder Woche soll eine Sitzung nach den Bestimmungen des Vorstandes gehalten werden.

§. 23. Der Vorstand hält, wie in anderen Collegien, die Umfrage, spricht die Beschlüsse nach der Einheit oder Mehrheit der Stimmen aus, und lässt dieselben in das Sitzungs-Protocoll eintragen. Bei sich ergebender Stimmen-Gleichheit ist die Stimme des Vorstandes entscheidend.

§. 24. Sämmtliche Entwürfe werden von dem Proponenten unterzeichnet, und von dem Vorstande mit dem Expediatur versehen; der Sekretair bemerkt auf demselben den Tag der Sitzung mit Hinweisung auf die Nummer des Sitzungs-Protocolls, und sorgt sodann für die Reinschrift.

§. 25. Die Eingaben geschehen unter der Aufschrift: An „das Königl. Baier. protestantische Ober-Consistorium“ oder in den Kreisen: An „das Königl. Baier. protestantische Consistorium zu N.“

Die Berichte des Ober-Consistoriums an das Staats-Ministerium werden in der allgemein vorgeschriebenen Form abgefasst, und mit der Unterschrift des Vorstandes, des Referenten und Sekretairs bezeichnet; die Berichte der unteren Consistorien an das Ober-Consistorium erhalten die ebenbemerkte Aufschrift, unter Beobachtung der Unterordnung; ein gleiches geschieht von den Distrikts-Dekanaten und Pfarrämtern an die Consistorien. Die Anrede ist: „Königliches Ober-Consistorium“ oder „Königliches Consistorium.“

Die Unterschrift an das Ober-Consistorium: „Gehorsamstes N.“ an die Consistorien: „Gehorsames N.“

§. 26. Die Form der Ausfertigung ist folgende:

a) jene an die untergeordneten Stellen geschehen mit der Ueberschrift: „Im Namen Seiner Majestät des Königs.“

Die Schreibart ist befehlend, und die Unterschrift: „Königlich protestantisches Ober-Consistorium.“

b) die Schreiben an coordinirte Stellen fangen mit der Bezeichnung der Behörde an, von welcher und an welche ge-

schrieben wird: Das „Königliche Consistorium zu N.“ An etc. etc. etc. etc.

Die Schreibart ist gesinnend, der Inhalt wird in der dritten Person gefasst, den Schluss bildet die Unterschrift des Vorstandes; der Sekretair contrasignirt.

§. 27. Die Consistorien bedienen sich bei ihren Ausfertigungen eigener Siegel mit der Umschrift: „Königl. Baier. protestantisches Ober-Consistorium,“ oder: Königl. Baier. protestantisches Consistorium zu N.“

§. 28. Der Sekretair hat die Führung des Journals und der Protocolle, so wie die Expedition zu besorgen. Die Aufsicht über die Canzley- und Registratur-Geschäfte führt der Vorstand; sie kann auch einem Rathe aufgetragen werden.

§. 29. Der Präsident des Ober-Consistoriums darf ohne Anzeige und Genehmigung des Staats-Ministeriums des Innern von den Geschäften sich niemals entfernen; der Vorstand der unteren Consistorien muss davon die Anzeige bei dem Ober-Consistorium machen, und dessen Genehmigung erholen. Der Vorstand ist befugt, den Räthen und dem übrigen Personal, mit vorsorglicher Rücksicht auf den Dienst, einen Urlaub auf 14 Tage zu bewilligen; bei Urlaubs-Gesuchen in das Ausland, in die Residenz, oder auf längere Zeit als 14 Tage, sind die bestehenden Vorschriften zu beobachten.

München, den 26. Mai 1818.

(L. S.)

Zur Beglaubigung:

Egid von Kobell,
Königl. Staatsrath und General-Sekretair.

III.

Urkunde des Preussischen Konkordats und darauf Bezug habendes Aktenstück.

1.

Bulla papalis

concernens

ordinationem rei ecclesiasticae catholicae in regionibus dominatui Regis Borussorum subditis sub datum Romae die 16. *Julii* 1821.

(Aus der Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten, Num. 12, 1821, mit der daselbst stehenden teutschen Uebersetzung.)

Pius Episcopus Servus Servorum Dei. Ad perpetuam rei memoriam. De salute animarum, deque Catholicae Religionis incremento pro Apostolicae servitutis officio impense solliciti curas Nostras continuo intendimus ad ea omnia, quae Christi fidelium Spirituali regimini procurando magis apta, et utilia comparare posse dignoscamus. Hoc sane consilio jamdiu cogitationes Nostras praecipue intendimus in regiones illas, quae actu Dominatui subsunt Serenissimi Principis *Friderici Guilelmi* Borussorum Regis, ut illius intercedente ope, ac liberalitate rem sacram ibidem meliori, qua fieri posset, methodo componere valeremus.

Päpstliche Bulle

betreffend

die Einrichtung des katholischen Kirchenwesens in den königlich-preussischen Staaten, datirt Rom den 16. *Juli* 1821.

Uebersetzung.

Pius, Bischof, Knecht der Knechte Gottes, zu ewigem Gedächtniss. Indem wir das Heil der Seelen und die Wohlfahrt der katholischen Religion, wie Unser apostolischer Beruf es fordert, eifrig zu Herzen nehmen, trachten Wir beständig, Alles zu bereiten, was irgend zur geistlichen Führung der Christen tauglich und nützlich ist. In solcher Gesinnung hatten Wir längst Unsere Gedanken auf jene Gegenden gerichtet, die der Durchlauchtigste Fürst *Friedrich Wilhelm* König von Preussen dermalen beherrschet; Wir wünschten, mit Hülfe Seiner Macht und Freigebigkeit die Angelegenheiten der Religion daselbst auf die bestmöglichste Weise zu ordnen.

Probe siquidem Nobis ante oculos versabatur praesens Regionum illarum ratio, nec unquam deplorare cessaveramus ingentia damna promanata ex praeteritis rerum perturbationibus, quae florentissimas olim, atque ditissimas Germaniae Ecclesias a veteri, quo praestabant, splendore dejectas, ac bonorum praesidio spoliatas, ad miserrimum redegerant statum, ex quo summa in Catholicam Religionem, et in Catholicos ipsos pernicies promanavit.

Cumque temporum conditio minime pateretur inclytae nationis Germanicae Ecclesias ad splendidum antiquum statum aspicere revocatas, omne studium diligentiamque adhibuimus, ut tantis malis ea saltem pararemus remedia, quae ad conservandam illis in regionibus Catholicam fidem, et ad animarum Christi fidelium salutem procurandam inprimis necessaria, et opportuna esse viderentur.

Hujus modi autem votis Nostris mirifice obsecundavit laudatus Borussorum Rex, cujus propensam admodum invenimus, et grato animo prosequimur voluntatem in Catholicos magno numero sibi subditos, praesertim ex Ei attributa grandi parte Provinciarum ad Rhenum, ita ut omnia tandem fausto, felicique exitu componere, ac pro Locorum positione, atque Incolarum

Denn jener Gegenden jetziger Zustand schwebte Uns vor Augen; und Wir hatten nicht aufgehört, die Unfälle zu beweinen, die aus der allgemeinen Zerrüttung hervorgegangen, jene einst so blühenden, so reichen Kirchen von Deutschland, ihres alten Glanzes und Besitzthums beraubt, und sie in das tiefste Elend herabgestürzt hatten; woraus für den katholischen Glauben und seine Bekenner grosses Unheil entstanden ist.

Da nun die Umstände nicht vergönneten, diese Kirchen der ruhmvollen deutschen Nation in vorigen Glanz hergestellt zu sehen, so haben Wir alle Mühe und Fleiss angewandt, Uns wenigstens jene Mittel zu verschaffen, die Wir als nöthig oder diensam erachteten, um in jenen Gegenden den katholischen Glauben zu erhalten und das Seelen-Heil der Christen zu befördern.

Diesem Unserem Verlangen hat der vorbelobte König von Preussen sich überaus günstig erwiesen, dessen geneigten Willen gegen die zahlreichen, seinem Zepter unterworfenen Katholiken, besonders in den Ihm zugetheilten Provinzen am Rhein, Wir mit dankbarem Herzen erkennen. So vermögen Wir denn nun endlich Alles zu einem guten und heilsamen Ausgang zu leiten, nach Lage der Orte und Bequem-

commoditate novum in Borussiae Regno Ecclesiarum Statum, et Dioecesium limites nunc constituere, singulasque deinde Sedes, ubi deficiant, propriis, dignis, et idoneis Pastoribus donare valeamus.

Pro expressis igitur, ac de Verbo ad Verbum insertis habentes, omnibus iis, quae respiciunt infra dicendas, vel Ecclesiarum, et Capitulorum, eorumque peculiarium anteriorum jurium, ac praerogativarum extinctionem, aut immutationem seu reordinationem ac respectivarum Dioecesium dismembrationem, seu novam applicationem, nec non cujuscumque praecedentis juris metropolitici annullationem, et insuper quorumcumque interesse habentium consensui plenarie supplentes ex certa scientia, et matura deliberatione Nostris, deque Apostolicae potestatis plenitudine, praevia ex nunc omnimoda suppressione, extinctione, et annullatione vacantis Episcopalis Sedis Aquisgranensis, cum illius Cathedrali Capitulo ad statum simplicis Collegiatae ut infra reducendo, atque alterius Episcopalis Ecclesiae, et Capituli Cathedralis Corbejensis, nec non Monasterii Abbatiae nuncupati Neocellensis, vulgo Neuenzell, ex nunc itemque alterius Monasterii Abbatiae pariter nuncupati Olivensis ex nunc pro tunc, quando scilicet ex Persona Venerabilis Fratris *Josephi de*

lichkeit der Inwohnenden einen neuen Zustand der Kirchen des preussischen Reichs, mit neuer Begränzung der Sprengel, einzurichten, und den einzelnen Stühlen da, wo es daran mangelt, würdige und tüchtige Hirten zu verleihen.

Derohalben, indem Wir als ausdrücklich erwähnt und von Wort zu Wort hier eingeschaltet ansehen alles dasjenige, was die Aufhebung, Umwandelung oder Einrichtung der unten namhaft zu machenden Kirchen und Kapitel, wie auch deren besonderer früheren Rechte und Vorrechte, imgleichen die Theilung und Zusammensetzung der Sprengel und die Vernichtung jedes früheren Metropolitanrechts betrifft — indem Wir ferner durchaus ergänzen die Zustimmung aller derer, die irgend zur Sache betheiligt sind — aus sicherer Unserer Erkenntniss, nach reifer Ueberlegung, aus Fülle apostolischer Gewalt, und in Vorgang gänzlicher Aufhebung, Erlöschung und Vernichtung, schon jetzt der bischöflichen Kirche von Aachen (deren Domkapitel in ein Kollegiatstift verwandelt werden soll), wie auch der bischöflichen Kirche und des Domkapitels zu Corvei, und der Abtei Neuzell, dereinst aber (nämlich nach dem Abgange des jetzigen Abts, Unsers ehrwürdigen

Hohenzollern Episcopi Warmiensis moderni Abbatis Olivensis quomodocumque vacaverit; ut communia quoque Germanorum vota Regiis etiam aucta commendationibus benigno favore prosequamur, ad Omnipotentis Dei gloriam, et ad honorem Beati Petri Apostolorum Principis Coloniensem Ecclesiam, jam antea inter Germaniae Sedes nulli antiquitate ac splendore secundam, sub Invocatione laudati Principis Apostolorum ad Metropolitanae Ecclesiae gradum restituimus, ac in illo perpetuo constituendam esse decernimus, eidemque Metropolitanae suffraganeas assignamus Episcopales Ecclesias Trevirensem, Monasteriensem, atque Paderbornensem.

Episcopalem pariter Ecclesiam Posnaniensem sub Invocatione Sanctorum Petri et Pauli Apostolorum ad Sedis Metropolitanae gradum extollimus, ac constituimus, eamdemque alteri archiepiscopali Ecclesiae Gnesnensi sub Invocatione Sancti Adalberti per dimissionem Venerabilis Fratris *Ignatii Raczinski* ultimi illius Archiepiscopi in manibus Nostris libere factam, et per Nos admissam ad praesens vacanti, aeque principaliter perpetuo unimus, et aggregamus, ac Venerabili Fratri *Timotheo*

Bruders, *Joseph von Hohenzollern*, Bischofs von Ermland), auch der Abtei Oliva — willfahrend dem allgemeinen Wunsche von Deutschland, welcher Uns durch die Empfehlung des Königs doppelt werth geworden ist — dem allmächtigen Gott zur Verherrlichung, und zur Ehre des Haupts der Apostel, des heiligen Petrus, setzen Wir hierdurch wieder ein in den Rang einer Metropole, die, jenem Haupt der Apostel geweihte, Kirche zu Cöln, die an Glanz und alterthümlicher Würde keinem andern Stuhle von Deutschland nachgiebt, und verfügen, dass sie zu ewigen Zeiten solcher Ehre geniessen, und ihr die bischöflichen Kirchen von Trier, Münster und Paderborn als Suffragane untergeben seyn sollen.

Die bischöfliche Kirche zu Posen, auf den Namen der seligen Apostel Petrus und Paulus geweiht, erheben Wir gleichfalls zum Range einer Metropole. Wir vereinigen sie für beständig mit jener andern, dem Namen des seligen Adalbert geweihten, gleichfalls erzbischöflichen, Kirche zu Gnesen, die durch freiwillige, zu Unseren Händen geschehene und von Uns genehmigte Entsagung Unsers ehrwürdigen Bruders *Ignatz Raczynski*, ihres letzten Erzbischofs, dermalen erledigt ist. Die Obhut, Weide und Verwaltung dieser Kirche zu Gnesen übertragen Wir gänzlich Unserm ehrwürdigen Bruder *Timotheus Gorzenski*, Bi-

Gorszenski moderno Episcopo Posnaniensi curam, regimen, et administrationem ipsius Ecclesiae Gnesnensis plenarie committimus, eundemque Archiepiscopum Gnesnensem, ac Posnaniensem constituimus, et deputamus, ac Archiepiscopum Gnesnensem, ac Posnaniensem semper esse, et appellari mandamus, ejusque juri Metropolitico Episcopalem Ecclesiam Culmensem Suffraganeam assignamus.

Episcopales vero Ecclesias Wratislaviensem, ac Warmiensem huic sanctae sedi perpetuo immediate subjectas esse, ac remanere debere declaramus.

Singulis autem Archiepiscopis et Episcopis omnia et singula jura, praeeminentias, praerogativas, ac privilegia aliis illarum Partium Archiepiscopis et Episcopis legitime competentia tribuimus, et confirmamus.

Quod spectat Capitulum Metropolitanae Ecclesiae Coloniensis, in eo Duas erigimus Dignitates, Praepositurам videlicet, quae Major erit post Pontificalem, ac Decanatum secundam, decem Canonicatus Numerarios, et quatuor Canonicatus Honorarios, ac praeterea, octo Vicarias, seu Praebendatus.

Archiepiscopalis Ecclesiae Gnesnensis Capitulum constabit inposterum ex unica dumtaxat Praepositi Dignitate, et ex nu-

schofe zu Posen, welchen Wir hierdurch zum Erzbischofe von Gnesen und Posen bestellen. Wir wollen, dass er für immer Namen und Würde eines Erzbischofs von Gnesen und Posen annehme und führe. Seinem Metropolitanrecht unterordnen Wir die bischöfliche Kirche von Culm.

Anlangend die bischöflichen Kirchen von Breslau und Ermland, so sind und bleiben dieselben Unserm heiligen Stuhle unmittelbar unterworfen.

Diesen Erzbischöfen und Bischöfen allen verleihen und bestätigen Wir den vollen Inhalt jener Gerechtsame, Ehren, Vorzüge und Freiheiten, deren sich andere Erz-Bischöfe und Bischöfe jener Gegenden rechtmässig erfreuen.

Was anlangt das Kapitel der Metropolitan-Kirche zu Kölln, so errichten Wir in demselben zwo Würden, nämlich die Probstei, welche den Rang hat nächst dem Erzbischofe, und zur zweiten Würde die Dechantei, sodann zehn wirkliche und vier Ehren-Kanonikate, auch acht Vikarien oder Pfründen.

Das Kapitel der erzbischöflichen Kirche zu Gnesen wird künftig nur aus einer Würde bestehen, nämlich der probsteilichen, und aus

mero sex Canonicatuum, alterius vero Posnaniensis Archiepiscopalis Ecclesiae Capitulum efformabunt duo Dignitates, Praepositi videlicet, ac Decani, octo Canonicatus Numerarii, et alii quatuor Canonicatus Honorarii, nec non octo Vicariae, seu Praebendatus.

Cathedralium Ecclesiarum Trevirensis, atque Paderbornensis respectivum Capitulum constabit ex Duabus Dignitatibus, una nempe Praepositi, ac altera Decani, ex octo Canonicatibus Numerariis, et quatuor Canonicatibus Honorariis, atque e sex Vicariis, seu Praebendatis.

In Cathedrali Ecclesia Monasteriensi Capitulum constituent binae Dignitates, Major nempe praeposíturae, ac secunda Decanatus, octo Canonicatus Numerarii, quatuor Honorarii Canonicatus, et octo Vicariae, seu Praebendatus.

Culmensis Cathedralis Ecclesiae Capitulum constabit ex binis Dignitatibus, Praeposíturae videlicet, ac Decanatus, ex octo Canonicatibus Numerariis, ex quatuor Honorariis Canonicatibus, et e sex Vicariis, seu Praebendatis.

Cathedralis Ecclesiae Wratislaviensis Capitulum efformabunt duo Dignitates, una videlicet Praeposíturae, et altera Decanatus, decem Canonicatus Numerarii quorum primus Scholastici

Kanonikaten sechs an der Zahl; dahingegen bilden das Kapitel der anderen erzbischöflichen Kirche zu Posen zwo Würden, Probstei und Dechantei, acht wirkliche und vier Ehren-Kanonikate, auch acht Vikarien oder Pfründen.

Die Kapitel der beiden bischöflichen Kirchen von Trier und Paderborn werden ein jedes bestehen aus zwo Würden, nämlich Probstei und Dechantei, aus acht wirklichen und vier Ehren-Kanonikaten, und sechs Vikarien oder Pfründen.

In der bischöflichen Kirche zu Münster werden das Kapitel ausmachen zwo Würden, nämlich als Erste die Probstei, und als Andere die Dechantei, sodann acht wirkliche und vier Ehren-Kanonikate, auch acht Vikarien oder Pfründen.

Das Kapitel der bischöflichen Kirche zu Kulm wird bestehen aus zwo Würden, Probstei und Dechantei, aus acht wirklichen und vier Ehren-Kanonikaten, auch aus sechs Vikarien und Pfründen.

Das Kapitel der bischöflichen Kirche zu Breslau werden bilden zwo Würden, nämlich die Probstei und Dechantei, dann zehn wirk-

Praebendam adnexam habebit, sex Canonicatus Honorarii, atque octo Vicariae, seu Praebendatus.

Demum quod attinet ad Episcopalem Ecclesiam Warmiensem, illius Cathedrale Capitulum in eo, quo nunc reperitur, statu consistet; reservata tamen Nobis, ac Romanis Pontificibus Successoribus Nostris facultate Capitulum ipsum ad aliarum in Regno Borussico existentium Ecclesiarum normam imposterum conformandi.

Porro in qualibet ex antedictis Ecclesiis tam Archiepiscopalibus quam Episcopalibus Animarum Parochianorum cura habitualis residebit penes Capitulum, actualis vero ab uno e Capitularibus ad hoc expresse designando, et praevio examine ad formam sacrorum Canonum ab ordinario approbando cum Vicariorum auxilio exercebitur; ac in unoquoque ex iisdem Capitulis duo ab ordinario stabiliter deputandi erunt idonei Canonici, a quorum uno Poenitentiarii, ab altero vero sacram scripturam statis diebus Populo exponendo Theologi respective munera fideliter adimpleantur.

Singulis profecto ex primodictorum Capitulorum Canonicis Honorariis, quos ad personalem residentiam et ad Servitium

liche Kanonikate, deren Erstes die Schulpräbende mit sich führt, und sechs Ehren-Kanonikate, auch acht Vikarien oder Pfründen.

Was endlich angeht das Kapitel der bischöflichen Kirche von Ermland, so bleibet solches für jetzt in seiner bisherigen Verfassung, jedoch so, dass Uns und Unsern Nachfolgern, den Päbsten zu Rom, vorbehalten sey, dasselbige in Zukunft nach der Weise anderer Kapitel des preussischen Reichs umzugestalten.

Ferner soll in allen den vorgenannten erzbischöflichen und bischöflichen Kirchen die Seelsorge über die Pfarrgemeinen zwar ein Recht des Kapitels seyn; sie soll jedoch einem, eigens dazu bestellten, von dem Erzbischofe oder Bischofe in Vorgang gehöriger Prüfung, nach Vorschrift der kanonischen Satzung bestätigtem Mitgliede anvertraut und von demselben mit Hülfe der Vikarien ausgeübt werden. Auch sollen in jedem der gedachten Kapitel von dem Erzbischofe oder Bischofe zwei Chorherren für immer angewiesen werden, deren der Eine des Beichtvater-Amtes, der Andere hingegen des Amtes eines Gottesgelehrten, welcher an bestimmten Tagen dem Volke die heilige Schrift erkläret, treulich zu warten hat.

Die Ehren-Kanonici vorgedachter Kapitel sollen zur persönlichen Residenz und Abwartung der Chorstunden durchaus nicht verpflichtet,

Chori minime obligatos esse declaramus, idem cum Residentibus Canonicis aditus ad Chorum et ad caeteras Ecclesiasticas Functiones patebit; Nosque ad majus praedictarum Ecclesiarum decus, ac splendorem omnibus antedictis Dignitatibus, et Canonicis Indultum utendi iisdem Insigniis, quibus antea fruebantur, expresse confirmamus, et quatenus opus sit de novo concedimus, et elargimur.

Cuilibet similiter ex supradictis Capitulis Cathedralibus nunc, et pro tempore existentibus, ut ipsi capitulariter congregati pro novo, et circumstantiis magis accommodato earumdem Archiepiscopalium, et Episcopalium Ecclesiarum, earumque Chori quotidiano servitio, nec non rerum, ac jurium tam spiritualium, quam temporalium prospero felicique regimine, gubernio, ac directione, onerumque iis respective incumbentium supportatione, distributionum quotidianarum, et aliorum quorumcumque emolumentorum exactione, ac divisione, et poenarum incurrendarum a non interessentibus Divinis Officiis incursu, singulorum praesentiis, et absentiis notandis, caeremoniis, ac ritibus servandis et quibusvis aliis rebus circa praemissa necessariis, et opportunis quaecumque Statuta, Ordinationes, Capitula, et Decreta, licita tamen, atque honesta, et Sacris Canonibus, Constitutioni-

aber dennoch berechtigt seyn, an diesen Stunden und allen gottesdienstlichen Verrichtungen, gleich den wirklichen Kanonicis, Theil zu nehmen. Und zu Zier und grösserem Glanze jener Kirchen bestätigen und nach Unterschied verleihen Wir allen Würden und Kanonicis, solcher Auszeichnungen zu gebrauchen, als bisher üblich gewesen sind.

Zugleich ermächtigen Wir die vorgenannten Domkapitel, so jetzt als künftig, dass sie zu neuer und angemessener Ordnung des Dienstes ihrer Kirchen und des täglichen Stundengebets darin, auch zu heilsamer Leitung, Führung und Verwaltung geistlicher und zeitlicher Angelegenheiten und Gerechtsamen, zu Erfüllung ihrer Obliegenheiten, zu Einziehung und Vertheilung der täglichen und übrigen Hebungen und Nutzungen, zu Anordnung der Strafen wider solche, so im Gottesdienste säumig sind, zu Aufzeichnung der Anwesenden und Abwesenden, zu Haltung der Zeremonien und Gebräuche, und was sonst zu allem diesem irgend nützlich und nöthig ist — Satzungen, Ordnungen, Kapitel und Beschlüsse, ehrbaren und erlaubten Inhalts, so den heiligen Kanons, den apostolischen Verordnungen und den Beschlüssen der

bus Apostolicis, Decretisque Concilii Tridentini minime adversantia sub praesidentia, inspectione, et approbatione respectivorum Archiepiscoporum, et Episcoporum edere, atque edita declarare, et interpretari, ac in meliorem formam redigere, et reformare, seu alia de novo, ab illis ad quos spectat, et pro tempore spectabit inviolabiliter observanda, sub poenis in contrafacientes statuendis pariter condere, atque edere libere, ac licite valeant, facultatem perpetuo concedimus, et impertimur.

Dignitatum, Canonicorum, et Vicariorum, seu Praebendatorum numero tam in Metropolitanis, quam in Cathedralibus Capitulis ut supra praefinito, ad ea tam pro hac prima vice, quam pro futuris temporibus componenda statuimus, ut imposterum quilibet ad Dignitates, et Canonicatus assequendos infrascriptis ornatus esse debeat requisitis, nempe, quod majores sacros ordines susceperit, utilemque Ecclesiae operam saltem per quinquennium navaverit, vel in Animarum Cura exercenda, aut adjuvanda sese praestiterit, vel Theologiae, aut Sacrorum Canonum Professor extiterit, vel alicuique in Regno Borussico existenti Episcopo in Dioecesanae administrationis munere inservierit, vel demum in Sacra Theologia, aut in Jure Canonico Doctoratus Lauream rite fuerit consequutus; postremae tamen hujusce conditionis effectu ex justis, gravibusque causis per De-

Versammlung von Trient nicht widersprechen, unter Vorsitz und mit Gutheissung ihrer Ordinarien, aufrichten, erklären, auslegen, in bessere Fassung bringen, abändern, auch deren ganz neue, so von allen, die es jetzo angeht und dereinst angehen wird, zu beobachten sind, abfassen und ausgehen lassen mögen.

Und nachdem Wir eines jeden Metropolitan- und Domstifts Würden, Kanonikate, Vikarien oder Pfründen der Zahl nach, wie vorstehet, festgestellt, als setzen Wir zu deren jetziger und zukünftiger Einrichtung hierdurch fest, dass, wer immer zu vorgedachten Würden und Kanonikaten gelangen will, mit nachstehenden Erfordernissen begabt seyn soll; nämlich: dass er die höheren heiligen Weihen empfangen, zum mindesten fünf Jahre lang in dem Haupt- oder Hülfsseelsorgeramte, oder in dem Lehramte der Gottesgelahrtheit oder des kanonischen Rechtes, oder in eines preussischen Bischofes Diöcesan-Verwaltung gestanden und der Kirche mit Nutzen gedient, oder die höchste gelehrte Würde in der Gottesgelahrtheit oder in dem kanonischen Rechte gehörig erworben haben müsse. Dieses letzteren Erfordernisses bindende Kraft wird jedoch aus erheblichen Gründen für den

cennium a Data praesentium computandum in suspensum remanente. Cujuscumque vero conditionis ecclesiasticos Viros aequali jure ad Dignitates, et Canonicatus obtinendos gaudere debere decernimus. Itemque statuimus unam in Monasteriensi, ac alteram in Wratislaviensi Cathedralibus Ecclesiis Canonicalem Praebendam designandam, et ab eo ad quem juxta mensium alternativam pertinebit, semper, et quandocumque conferendam esse uni, et alteri canonica requisita habentibus ex Professoribus Universitatum in dictis respectivis Civitatibus existentium; atque ulterius decernimus, tam Praepositum Parochialis Ecclesiae Sanctae Hedwigis Civitatis Berolinensis, quam Decanum commissarium Ecclesiasticum in Comitatu Glacensi pro tempore existentes inter Honorarios Canonicos Wratislaviensis Cathedralis Capituli esse cooptandos; ita ut pari cum iis fruantur jure, locum illum, atque Ordinem tenentes, qui secundum respectivae Nominationis tempus ipsis competere dignoscatur. Quilibet autem ex Canonicis Honorariis in unumquodque ex antedictis Capitulis cooptandus sumendus erit ex numero Archipresbyterorum Animarum curam in respectiva Dioecesi laudabiliter exercentium.

Quod vero attinet ad novam Supradictorum Capitulorum

Verlauf der nächsten zehn Jahre von diesem Tage ab noch ausgesetzt. Uebrigens sollen Stand und Geburt der Geistlichen in Erlangung der Würden und Kanonikate von nun an keinen Unterschied des Rechts weiter begründen. Zugleich verfügen Wir hierdurch, dass in dem Kathedral-Kapitel zu Münster, wie auch zu Breslau, Ein Kanonikat auserlesen werde, um von demjenigen, dem es nach der Monate Wechsel gebühret, je allezeit einem öffentlichen Lehrer an den hohen Schulen gedachter Städte, der jedoch mit den kanonischen Erfordernissen begabt sey, verliehen zu werden. Gleichermaassen verordnen Wir, dass der jeweilige Probst an der Pfarrkirche der heiligen Hedwig zu Berlin, wie auch der jeweilige Landdechant der Grafschaft Glatz, den Ehren-Kanonicis der Domkirche zu Breslau sollen zugezählt werden, also dass sie durchaus mit den übrigen gleiche Rechte geniessen, und ihre Stelle und Ordnung einnehmen nach dem Alter ihrer Ernennung. Ein Jeglicher aber der Ehren-Kanonici vorgedachter Kirchen insgemein soll aus der Zahl der Erzpriester genommen seyn — derer, die sich in der Seelsorge mit Ehren versucht haben.

Was aber für jetzo die neue Zusammensetzung vorgedachter Ka-

pro hac prima vice ea qua convenit celeritate explendam compositionem, infra nominando harum Literarum Nostrarum Exequutori potestatem facimus, ut in unaquaque Ecclesia tam Dignitates, et Canonicatus, quam Vicarias, seu Praebendatus áctu vacantes, quae ad aequandum numerum ut supra designatum fortasse deficient, dignis et idoneis Ecclesiasticis Viris ex delegata sibi speciali Apostolica facultate, ac hujus sanctae sedis nomine conferat; ita tamen ut ii dumtaxat, qui de Dignitatibus et Canonicatibus ab ipso provisi fuerint, Apostolicas novae Provisionis, et Confirmationis Literas infra sex menses ex tunc proximos a Dataria Nostra impetrare, et expedire facere teneantur. Et si contingat, quod in aliqua ex Metropolitanis, vel Cathedralibus in Borussiae Regno existentibus Ecclesiis Dignitates, Canonici, et Vicarii, seu Praebendati legitime, et canonice instituti adhuc viventes respectivum numerum a Nobis ut supra praefinitum excedant, praedictus Exequutor Apostolicus, vocatis auditisque interesse habentibus, aut per voluntarias jurium abdicationes ab illis, vel ab illorum aliquibus emittendas rem componat, proviso insimul per congruas vitalitias Pensiones, jam a Serenissimo Rege pollicitas Dimittentium substentationi,

pitel betrifft, welche allerbaldest zu bewirken ist, so ertheilen Wir Unserm, unten zu benennenden Vollzieher die Gewalt, in einer jeden der vorgenannten Kirchen, solche Würden, Kanonikate und Vikarien, als wirklich erledigt sind, und bis zur Erfüllung vorgedachter Zahl, an würdige und geschickte Geistliche, aus besonderer ihm übertragener apostolischer Macht und im Namen dieses heiligen Stuhls, zu verleihen; dergestalt indess, dass jene, welche durch ihn zu Würden und Kanonikaten befördert werden, gehalten seyn sollen, innerhalb den nächsten sechs Monaten nach ihrer Beförderung bei Unserer apostolischen Datarie neue Verleihungs- und Bestätigungs-Briefe einzuholen und ausfertigen zu lassen. Und, da sich zutrüge, dass in einem oder andern Metropolitan- oder Kathedral-Kapitel des preussischen Reichs, von den Würden, Kanonicis und Vikarien oder Pfründnern, rechtmässig und kanonisch eingesetzt, noch mehr am Leben wären, als Unsere oben erwähnte Anzahl feststellet; so soll vorgedachter apostolischer Vollzieher, nach vorgängiger Ladung und Anhörung der Betheiligten, durch freiwilligen Verzicht Aller oder Einiger von ihnen, die Sache abthun, vorsorgend, dass durch angemessenes lebenslängliches Jahrgeld, wie der durchlauchtigste König versprochen hat, derselben

aut si abdicationes hujusmodi minime habeantur, vel sufficientem numerum non attingant in hoc casu, qui numerum in supradicta Nostra dispositione praefinitum excedentes Dignitatum, Canonicatuum, et Vicariatuum possessionem postremo Loco adepti fuerint, si apud Ecclesias suas resideant, Capitulares quidem, et Vicarii respective esse pergent, juribus, et praerogativis nunc iis competentibus fruentur, suosque redditus in ea quantitate percipient, qua in praesens gaudent. Sed quando Beneficia ab iis obtenta quocumque modo vacaverint, aliis conferri minime poterunt, atque ex nunc pro tunc suppressa, et extincta debeant intelligi, ad hoc ut deinceps praefixus ut supra numerus in respectivis Capitulis ad amussim observetur. Quod si in aliquo Capitulo Canonici minoribus in praesentiarum fruantur redditibus, quam qui futuris eorum loco assignantur, nullum isti reddituum augmentum consequentur, nisi ab Exequutore Apostolico singillatim similibus amplioribus redditibus donati fuerint.

Futūro autem tempore, ac successivis vacationibus a Nobis, et Romanis Pontificibus Successoribus Nostris Praepositura, quae

Unterhalt gesichert werde. — Wo aber solche Verzichtungen, entweder gar nicht oder nicht in genügender Anzahl, zu erhalten wären, sollen alsdann die überzähligen Würden, Kanonici und Vikarien oder Pfründner, welche später zum Besitze gelangt sind, falls sie bei ihren Kirchen wohnen, und fortfahren wollen, Kapitularen und Vikarien zu seyn, in dem Genusse der Rechte und Vorzüge, die ihnen dermalen zukommen, nicht gestört werden, und sollen ihre Einkünfte nach dem Maasstabe, wie jetzt, fortfahren zu beziehen. Wenn aber ihre Pfründen, die sie jetzt besitzen, dermaleinst, gleichviel auf welche Weise, zur Erledigung gelangen: so können solche keineswegs wieder besetzt, sondern sollen nun alsdann für aufgehoben und erloschen angesehen und in den unterschiedlichen Kapiteln die oben festgesetzte Zahl genau gehalten werden. Wo aber in irgend einem Kapitel die Kanonici bisher geringere Einkünfte bezogen hätten, als diese Verordnung ihren Nachfolgern bestimmt, sollen sie keinen Anspruch auf diesen Zuwachs haben, es wäre denn, dass der apostolische Vollzieher ihnen einzeln und ausdrücklich solche grössere Einkünfte beigelegt hätte.

Zukünftig aber, bei sich ereignenden Erledigungen in den gedachten erzbischöflichen und bischöflichen Kirchen, auch in der Kirche

Major post Pontificalem Dignitas in suprarememoratis Archiepiscopalibus, et Episcopalibus Ecclesiis, nec non in Ecclesia Aquisgranensi in Collegiatam ut infra erigenda, itemque Canonicatus in Mensibus Januarii, Martii, Maii, Julii, Septembris, ac Novembris in praefatis Ecclesiis vacantes conferentur quemadmodum in Capitulo Wratislaviensi hactenus factum est: quo vero ad Decanatus in praedictis Metropolitanis, et Cathedralibus Ecclesiis, et ad Canonicatus tam in ipsis, quam in dicta Aquisgranensi Ecclesia in Collegiatam erigenda, in aliis sex mensibus vacantes ab Archiepiscopis et Episcopis respective conferentur. Vicariatus autem, seu Praebendatus in praedictis Ecclesiis quocumque mense vacaverint respectivorum Archiepiscoporum et Episcoporum collationi relinquimus.

Rem denique Germaniae gratissimam, simulque praelaudato Borussiae Regi acceptissimam, Nos esse facturos judicantes, si electionum jure in Transrhenanis Ecclesiis retento, ac confirmato, et in Cisrhenanis cessato per Apostolicas Dispositiones anni millesimi octingentesimi primi nunc in ipsis Cisrhenanis Dioecesibus praefati Regis Temporali Dominio subjectis, idem jus

zu Aachen (die, wie schon erwähnt, in ein Kollegiatstift verwandelt werden soll) werden Wir und Unsere Nachfolger, die Päbste zu Rom, nicht nur die Probstei, welches die erste Würde nächst der bischöflichen ist, sondern auch die in den Monaten Januar, März, Mai, Julius, September und November zur Erledigung gelangenden Kanonikate verleihen, und zwar in derselbigen Art und Weise, wie bisher zu Breslau geschehen ist. Was aber die Dechanteien an gedachten Metropolitan- und Kathedral-Kirchen anbelangt, desgleichen die Kanonikate, so daselbst und in dem künftigen Kollegiatstifte zu Aachen, in den übrigen Monaten des Jahrs erledigt werden: so fallen solche der Vergebung der betreffenden Erzbischöfe und Bischöfe anheim. Die Vikarien aber oder Pfründen, in was für einem Monat sie ledig werden mögen, überlassen Wir gänzlich zur Verleihung der betreffenden Erzbischöfe und Bischöfe.

Endlich glauben Wir der deutschen Nation etwas Angenehmes und dem vorbelobten Könige von Preussen etwas Wohlgefälliges zu erweisen, wenn Wir das Recht der Wahlen, welches in den überrheinischen Kirchen erhalten und bestätigt, in den diesseits Rheins belegenen aber, durch apostolische Verfügung vom Jahre 1801 ausser Gang gebracht worden ist, in jenen diesseits Rheins belegenen Sprengeln, die dem Zepter des genannten Königs im Zeitlichen unterworfen sind, wieder her-

electionis redintegretur, quoad Capitula Ecclesiarum ad Germaniam pertinentium, nempe Coloniensis, Trevirensis, Wratislaviensis, Paderbornensis et Monasteriensis, decernimus, ac statuimus, quod alia quacumque ratione vel consuetudine, nec non electionis, et postulationis discrimine, nobilitatisque natalium necessitate sublatis Capitulis praedictis, postquam supradicta methodo constituta, et ordinata erunt facultatem tribuimus, ut in singulis illarum sedium vacationibus per Antistitum respectivorum obitum extra Romanam Curiam, vel per earum sedium resignationem, et abdicationem (excepto tamen praesenti casu vacationis Coloniensis, ac Trevirensis Ecclesiarum) infra consuetum Trimestris spatium Dignitates, ac Canonici capitulariter congregati, et servatis Canonicis regulis novos Antistites ex Ecclesiasticis quibuscumque viris Regni Borussici incolis, dignis tamen, et juxta Canonicas sanctiones idoneis servatis servandis ad formam sacrorum Canonum eligere possint; Ad hujusmodi autem Electiones jus suffragii habebunt Canonici, tam Numerarii, quam Honorarii, ne exclusis quidem illis, qui ultra Capitularium numerum in hac reordinatione praefinitum, quoad vixerint in ipsis Capitulis conservabuntur.

stellen. Daher verordnen und verfügen Wir, in Ansehung der zu Deutschland gehörigen Kirchen von Kölln, Trier, Breslau, Paderborn und Münster: dass mit Aufhebung jeder andern bisher bestandenen Weise und Gewohnheit, auch jedes Unterschiedes von Wahl und Postulation, und des Erfordernisses adlicher Geburt, besagte Kapitel (sobald sie auf vorerwähnte Weise eingerichtet und zusammen gesetzt seyn werden) sich solchen Rechts sollen zu erfreuen haben. Es sollen nämlich bei jeder Erledigung jener Stühle, es sey durch Todesfall extra Romanam curiam, oder durch Abdankung und Entsagung (mit Ausnahme jedoch der jetzigen Erledigungen von Kölln und Trier) innerhalb der gewöhnlichen Frist von drei Monaten, die Würden und Kanonici kapitularisch versammelt und mit Beobachtung der kanonischen Vorschriften, aus der gesammten Geistlichkeit des preussischen Reichs sich einen würdigen, und mit den kanonischen Erfordernissen begabten Mann zu ihrem Vorgesetzten kanonisch zu erwählen, ermächtiget seyn. Bei dergleichen Wahlen aber sollen nicht blos die wirklichen, sondern auch die Ehren-Kanonici eine Stimme führen, selbst jene, die über die, in dieser Verordnung festgesetzte Anzahl, auf ihre Lebzeit in den Kapiteln beibehalten werden, sollen nicht davon ausgeschlossen seyn.

Nihil vero in Capitulis Episcopalium Ecclesiarum Warmiensis, et Culmensis, nec non Archiepiscopalium Gnesnensis et Posnaniensis invicem perpetuo unitarum, innovantes mandamus dumtaxat ut Gnesnenses, et Posnanienses Capitulares ad Archiepiscopi electionem conjunctim debeant procedere. Quod autem spectat vacantem Episcopalem Ecclesiam Wratislaviensem, specialem potestatem facimus quinque actu in illa existentibus Dignitatibus, nempe Praeposito, Decano, Archidiacono, Scholastico, et Custodi, octo Canonicis residentibus, et sex Canonicis Honorariis, qui nunc ejus Ecclesiae Capitulares habentur, ut ad novi Episcopi electionem Canonicam modo, et forma praemissis, hac etiam prima vice procedere possint, et valeant.

Quaelibet vero Electionum hujusmodi Instrumenta in authentica forma exarata, ad Sanctam Sedem de more mittentur, a qua si Electio Canonice peracta agnoscetur, et ex processu Inquisitionis deinde a Romano Pontifice in singulis casibus alicui ex Archiepiscopis, vel Episcopis intra fines Regni Borussici existentibus committendo, et ad formam instructionis jussu San. Mem. *Urbani Octavi* Praedecessoris Nostri editae diligenter exarando de electi idoneitate constiterit, electiones hujusmodi a

In Ansehung der Kapitel der bischöflichen Kirchen von Ermland und Kulm, und der erzbischöflichen von Gnesen und Posen (die beständig vereinigt sind), enthalten Wir Uns etwas Neues zu verfügen, ausser, dass die Kapitularen von Gnesen und Posen bei der Wahl ihres Erzbischofes gemeinschaftlich verfahren sollen. Was aber die erledigte bischöfliche Kirche von Breslau betrifft, so ertheilen Wir den dermalen in ihr bestehenden fünf Würden, nämlich dem Probste, Dechant, Archidiakon, Scholaster und Custos, wie auch den acht residirenden und den sechs Ehren-Kanonicis, die gegenwärtig das Kapitel jener Kirche vorstellen, die besondere Befugniss, dass sie zur kanonischen Wahl ihres neuen Bischofs, in der Art und Weise, wie vorgemeldet ist, auch für dieses erstemal vorschreiten können.

Es soll jedoch über jede solche Wahl eine in beglaubigter Form abgefasste Urkunde an Unsern heiligen Stuhl eingesendet werden. Wenn dieser dann die Wahl für kanonisch vollzogen anerkennet, und Kraft der Untersuchung, die der römische Pabst jederzeit einem preussischen Erzbischofe oder Bischofe auftragen, und dieser nach Vorschrift der Dienstanweisung Unseres Vorfahrs *Urban's VIII.* seeliger Gedächtniss mit allem Fleisse führen wird, sich von des Erwählten Tüchtigkeit überzeugt; so werden Wir und Unsere Nachfolger, die Päbste zu Rom,

Nobis, et Romanis Pontificibus Successoribus Nostris juxta statutum morem per Apostolicas Literas confirmabuntur.

In singulis praeterea Civitatibus, tam Archiepiscopalibus, quam Episcopalibus unum Clericorum Seminarium, vel conservandum vel de novo quamprimum erigendum esse statuimus, in quo is Clericorum numerus ali, atque ad formam Decretorum Sacri Concilii Tridentini institui, ac educari debeat, qui respectivarum Dioecesium amplitudini, et necessitati respondeat, quique ab Exequutore praesentium Literarum congrue erit praefiniendus: Archiepiscopi tamen Gnesnensis, et Posnaniensis judicio, et prudentiae relinquimus, vel in utraque Civitate proprium, ac distinctum, vel unum tantum in Posnaniensi Civitate, quia amplis aedibus constat, pro Clericis ambarum Dioecesium Seminarium constabilire prout Ecclesiarum ipsarum utilitas postulaverit.

Volentes nunc praevia dismembratione, separatione, atque immutatione nonnullorum Locorum et Paraeciarum a priorum Ordinariorum jurisdictione subtrahendarum ad effectum illa, et illas Dioecesibus infrascriptis noviter aggregandi, atque incorporandi, prout magis in Domino opportunum visum fuerit, et auditis etiam Venerabilibus Fratribus Nostris S. R. E. Cardinalibus

jede solche Wahl, bestehendem Gebrauche gemäss, durch apostolische Briefe bestätigen.

Es soll überdem in jeder erzbischöflichen und bischöflichen Stadt ein geistliches Seminar erhalten oder neu gegründet werden, damit darin eine solche Anzahl angehender Kleriker unterhalten und nach Vorschrift der Beschlüsse von Trient unterrichtet und gebildet werden möge, als es der Umfang und Bedarf der Sprengel fordern, und der Vollzieher dieses gegenwärtigen Briefes genau anordnen wird. Dem Erzbischofe von Gnesen und Posen überlassen Wir: ob er in beiden Städten ein besonderes oder in der Stadt Posen, wo die Gebäude besser sind, für beide Sprengel, ein gemeinsames Seminar zu haben vorziehe, nach dem, was zum grösseren Wohl der Kirche gereichet, zu bestimmen.

Indem Wir nun, nach vorgängiger Theilung, Trennung und Veränderung einiger Oerter und Pfarreien, die der Jurisdiction ihrer bisherigen Ordinariate entzogen, und den unten nahmhaft zu machenden Sprengeln neu hinzugefügt und einverleibt werden sollen; — gemäss Unserer besten Erkenntniss in dem Herrn, auch nach angehörtem Rath Unserer ehrwürdigen Brüder, jener Kardinäle der heiligen

Congregationi de Propaganda Fide Praepositis ad novam Dioecesium circumscriptionem procedere, ut singularum distinctis finibus quaestiones omnes auferantur circa Spiritualis jurisdictionis exercitium, earum Distributionem, ac Divisionem de Apostolicae potestatis plenitudine decernimus, praescribimus, et constituimus juxta eum, qui sequitur, modum, videlicet:

Metropolitanae Ecclesiae Coloniensis Dioecesis efformabitur ex Paraeciis sexcentum octoginta sex partim in sinistra, partim in dextera Rheni ripa positis. Et in sinistra quidem complectetur Paraecias omnes pridem in suppressa ad praesens Aquisgranensi Dioecesi contentas, quae ad Provincias pertinent Coloniensem, Dusseldorphinam, et Aquisgranensem, nempe ultra Paraecias Civitatum Coloniae, et Aquisgrani Ecclesias cantonales nuncupatas — Bergheimerdorff — Bonna, vulgo Bonn — Brehl — Kerpen — Lechenich — Lessenich — Loevenich — Meckenheim — Münstereiffel — Zolbiacum, vulgo Zülpich — Crefeld — Dahlen — Dormagen — Elsen — Gladbach — Neuss — Urdingen — Viersen — Burtscheid — Marcodurum, vulgo Düren — Erkelenz — Eschweiler — Geilenkirchen — Gemünd — Heinsberg — Juliacum, vulgo Jülich — Linnig — Montjoie — et Niddeggen — una cum earum Ecclesiis succur-

Kirche zu Rom, die der Versammlung von der Verbreitung des Glaubens vorstehen, zu neuer Umschreibung der Diözesen übergehen: so ordnen, setzen und verfügen Wir, damit bei genauer Grenzbestimmung allen Irrungen in Betreff der Ausübung der geistlichen Jurisdiction vorgebeuget werde, wegen deren Vertheilung in nachfolgender Weise:

Der Sprengel der Metropolitan-Kirche von Kölln soll gebildet werden aus sechshundert sechs und achtzig Pfarreien, welche theils am rechten, theils am linken Ufer des Rheins belegen sind. Und zwar am linken Ufer begreift er alle Pfarreien der aufgelösten Diözes Aachen unter sich, die zu den Regierungsbezirken Kölln, Aachen und Düsseldorf gehören; nämlich neben den Pfarreien der Städte Kölln und Aachen auch die sogenannten Kantonpfarreien Bergheimersdorf, Bonn, Brühl, Kerpen, Lechenich, Lessenich, Löwenich, Meckenheim, Münstereiffel, Zülpich, Krefeld, Dahlen, Dormägen, Elsen, Gladbach, Neuss, Urdingen, Viersen, Burtscheid, Düren, Erkelenz, Eschweiler, Gemünd, Heinsberg, Jülich, Linnig, Montjoie und Niedeggen sammt ihren innerhalb des Preussischen Reichs und gedachter Regierungsbe-

salibus, et adnexis, quae in dictis Provinciis intra Borussici Regni fines modo inveniuntur, a Cantonalibus disjungendo Paraecias succursales, et adnexas extra Regnum positas, et viceversa succursales, et adnexas pridem pendentes a Cantonalibus positis extra Regnum aggregando Cantonalibus in Regno existentibus. Complectetur praeterea Cantonales Ecclesias ad Leodiensem Dioecesim pertinentes, ac temporariae administrationi moderni Vicarii Capitularis Aquisgranensis ab Apostolica Sede commissas videlicet Ecclesias Cantonales nuncupatas — Cronemburg — Eupen — Malmedy — Niederkrüchten — Schleiden — et St. Vith — una cum earum succursalibus, et adnexis in Borussica ditione sitis, ac sex Paraeciis succursalibus, nuncupatis — Afden — Alsdorff — Merkstein — Rolduc — Ubach, — et Welz — modo dependentes a Cantonali — Herckraede — posita extra Regnum Borussicum. Insuper complectetur novemdecim Provinciae Aquisgranensis ad Trevirensem Dioecesim usque nunc pertinentes Paraecias nuncupatas — Allendorff — Blankenheim — Dollendorff — Hollerath — Lommersdorff — Manderfeld — Marmagen — Mülheim — Nettersheim — Reifferscheid — Rescheid — Rigsdorff — Rohr — Schmittheim — Schönberg — Steinfeld — Tondorff — Udelhoven — et Wildenburg — cum suis adnexis Ecclesiis. In

zirke belegenen Hülfspfarreien und Nebenkirchen; dergestalt: dass die ausserhalb des Reichs belegenen Hülfs-Pfarreien und Nebenkirchen getrennt, umgekehrt die innerhalb desselben belegenen, welche zu ausländischen Kantonal-Kirchen bisher gehörten, mit inländischen Kirchen dieser Art vereinigt werden sollen. Ausserdem wird dieser Sprengel in sich fassen jene Kantonpfarreien des Bisthums Lüttich, deren Verwaltung dem Kapitular-Vikariat zu Aachen vom apostolischen Stuhle übertragen war, namentlich: Kronenburg, Eupen, Malmedy, Nieder-Krüchten, Schleiden und St. Veith mit ihren eignen Hülfspfarreien und Nebenkirchen auf Preussischem Gebiete; wie auch mit den Hülfs- und Nebenkirchen, Namens Afden, Alsdorf, Merkstein, Roldau, Ubach und Welz, so dermalen zu der, in dem Königreiche der Niederlande belegenen Kantonkirche, Namens Herkerad gehören: Ferner die in dem Regierungs-Bezirke Aachen belegenen, zum Bisthum Trier gehörigen Pfarreien, Namens: Allendorf, Blankenheim, Dollendorf, Hollerath, Lommersdorf, Manderfeld, Marmagen, Mühlheim, Nettersheim, Reifferscheid, Rescheid, Rigsdorf, Rohr, Schmittheim, Schönberg, Steinfeld, Tondorf, Wellhofen und Wildenburg mit ihren

dextera autem Rheni ripa, Provinciisque Coloniensi Dusseldorphiana, et Confluentina Paraecias complectetur Regionum — Juiliensis — Dusseldorphianae — Essensis — et Siegburgensis — cum earum succursalibus, et adnexis, demptis tamen Paraecia — Römershagen — Paderbornensi Dioecesi ut infra applicanda, nec non Paraeciis — Hachenburg et Marienstadt — nuncupatis, quae in Ducatu Nassaviae reperiuntur.

Dioecesis Episcopalis Ecclesiae Trevirensis, ab omni Metropolitico jure Archiepiscopi Mechliniensis subtractae, ac Metropolitanae Coloniensis suffraganeae adsignatae, constabit infra Regni Borussici fines ex Paraeciis Sexcentum Triginta quatuor, scilicet in sinistra Rheni ripa, ex iis omnibus, quae actu ad illam Dioecesim pertinent, et provincia Trevirensi continentur. Tum vero ex ea suppressae nunc Dioecesis Aquisgranensis parte, quae in Confluentina Provincia continentur, videlicet civitate ipsa Confluentiae, et Ecclesiis Cantonalibus nuncupatis — Adenau — Ahrweiler — Andernach — Boppard — Castellaun — Cochem — Creuznach — Kaysersesch — Kirchberg — Kirn — Lutzerath — Mayen — Munstermayfeld — Niederzissen — Oberwesel — Polch — Pünderich — Remagen — Rübenach

angehörigen Kirchen. An dem rechten Ufer des Rheins hingegen, innerhalb der Regierungs-Bezirke Kölln, Düsseldorf und Koblenz: alle Pfarreien der Regionen Deutz, Düsseldorf, Essen und Siegburg mit allen angehörigen Kirchen, jedoch mit Ausnahme der Pfarrei Römershagen, die zu dem Bisthume Paderborn geschlagen werden soll, und der Pfarreien Hachenburg und Marienstädt, die in dem Herzogthume Nassau liegen.

Der Sprengel der bischöflichen Kirche von Trier, die Wir allem Metropolitan-Einflusse des Erzbischofs von Mecheln entziehen, und der Metropolitan-Kirche zu Kölln überweisen, wird innerhalb der Gränzen des Preussischen Reichs aus sechs hundert und vier und dreissig Pfarreien bestehen. Nämlich, auf dem linken Ufer des Rheins aus den in dem Regierungs-Bezirke Trier belegenen, welche jetzt ihren Sprengel bilden; dann aber von dem aufgehobenen Bisthum Aachen, innerhalb des Koblenzer Regierungs-Bezirks folgende: als die Stadt Koblenz und die Kantonal-Kirchen Ahdenau, Ahrweiler, Andernach, Boppard, Kastellauen, Cochem, Kreuzenach, Kaisersesch, Kirchberg, Kirn, Lützerath, Mayen, Münstermayenfeld, Niederzissen, Oberwesel, Polch, Punderich, Remagen, Rübenach, Simmern, So-

— Simmern — Sobernheim — St. Goar — Stromberg — Treiss — Ulmen — Wanderath, — et Zell — cum suis succursalibus, et adnexis. Porro autem ex centum triginta duabus Paraeciis tum Cantonalibus, tum succursalibus, cum suis adnexis, quae in circumscriptione Anni millesimi octingentesimi primi Dioecesi Metensi fuerant attributae, ac deinde temporariae administrationi Vicarii Capitularis Trevirensis ab apostolica sede commissae. In dextra vero Rheni ripa ex cunctis Ecclesiis ditionis Borussicae, quae pridem ad ipsam Trevirensem Dioecesim spectabant, quaeque per Gallicanarum Dioecesium circumscriptionem anno millesimo octingentesimo primo a Nobis factam ab illa fuerant dismembratae, ac in praesens a Vicario Apostolico in oppido Ehrenbreitstein residente ad Nostrum beneplacitum administrantur. Tandem vero extra praedictum Paraeciarum sexcentum triginta quatuor numerum, Regnique Borussici fines cunctis illis, quae in Territoriis Principum Coburgensis, Homburgensis, et Oldenburgensis inveniuntur, jam ipsi Dioecesi Trevirensi pertinentibus.

Dioecesim Episcopalis Monasteriensis Ecclesiae Suffraganeae Metropolitanae Coloniensis efformabunt biscentum octoginta septem Paraeciae intra fines Regni Borussici sitae et aliae quoque extra ejusdem Regni fines in eodem Dioecesano Territorio actu

bernheim, St. Goar, Stromberg, Treiss, Ulmen, Wanderath und Zell mit ihren Hülfspfarreien und Nebenkirchen. Weiter aber aus hundert und zwei und dreissig, theils Kantonal- theils Hülfskirchen, die nach der Umschreibung vom Jahre 1801 zum Bisthume Metz gehörig, auf Verfügung des apostolischen Stuhls dem Kapitular-Vikariat zu Trier einstweilen waren anvertrauet worden. Ferner am rechten Rheinufer alle Kirchen des Preussischen Gebiets, die vordem zum Trierschen Sprengel gehörig, durch Umschreibung vom Jahr 1801 davon getrennt worden, und dermalen dem apostolischen Vikar zu Ehrenbreitstein untergeben sind. Endlich aus allen den bereits jetzt zum Sprengel gehörigen Pfarreien in den angränzenden Gebieten der Fürsten von Koburg, Homburg und Oldenburg belegen.

Den Sprengel der bischöflichen Kirche zu Münster, die der Metropole von Kölln angehört, bilden ihre innerhalb der Gränzen des Preussischen Reichs belegenen zwei hundert sieben und achtzig Pfarreien sammt mehreren, ausserhalb dieser Gränzen belegenen,

comprehensae de quibus in aliud tempus disponendi Nobis, et Romanis Pontificibus successoribus Nostris prout opportunum in Domino judicabitur facultatem reservamus. Adjungimus praeterea Regiones nuncupatas — Recklinghausensem — Sterkrathensem — et Reesensem — pridem antiquae Coloniensis Dioecesis, exclusa tamen ab hac postrema Regione Paraecia Oeffelt sub Temporali Belgici Regni dominio existente, nec non ex Dioecesi Aquisgranensi nunc suppressa Cantonales Ecclesias nuncupatas — Calcar — Cleve — Cranenburg — Dulken — Geldern — Goch — Kempen — Meurs — Rheinberg — Wonkum — Wesel — et Xanten — cum suis succursalibus, et adnexis, exceptis tamen iis Dominio Regis Belgarum in temporalibus subjectis. Adjungimus insuper Paraecias nuncupatas — Elten, et Emmerich — cum sua filiali huc usque sub missionibus Hollandicis extantes, itemque Paraeciam — Damme — quam ab Osnabrugensi Dioecesi separamus, et Paraeciam — Oldenburgensem — quam sejungimus a Missionibus septemtrionalibus, quaeque pertinent ad ditionem Ducis Oldenburgensis. Denique moderno, ac pro tempore existenti Episcopo Monasteriensi perpetuo regendas, et administrandas committimus quinque Paraecias nuncupatas — Brochterbeck — Ibbenbühren — Mettingen

und zu ihrer Diözes gehörigen, über die Wir Uns und Unsern Nachfolgern, den Päbsten zu Rom, die Macht vorbehalten, in Zukunft, wie es Uns in dem Herrn wohlgefallen wird, zu verfügen. Ausserdem vereinigen Wir mit ihr die Regionen Rechlinghausen, Sterkerath und Rees, sonst zur Köllner Diözes gehörig, jedoch mit Ausschluss der Pfarrei Oeffelt auf Belgischem Staatsgebiet; sodann von der gegenwärtig aufgehobenen Aachner Diözese die Kantonpfarreien Calcar, Cleve, Cranenburg, Dülken, Geldern, Goch, Kempen, Meurs, Rheinsberg, Wankum, Wesel, Xanten mit ihren Hülfspfarreien und Nebenkirchen, jedoch mit Ausnahme der auf dem Gebiete des Königs der Niederlande belegenen. Wir fügen ferner hinzu die Pfarreien Elten und Emmerich mit ihrer Tochterkirche, so bisher unter der holländischen Mission gestanden, desgleichen die Pfarrei Damme, die Wir von der Diözes Osnabrück trennen, und die Gemeine zu Oldenburg, die Wir von der Nordischen Mission ausscheiden lassen, und welche zum Gebiete des Herzoges von Oldenburg gehören. Endlich übergeben Wir dem jetzigen und künftigen Bischofe von Münster zu beständiger Leitung und Verwaltung die fünf Pfarreien, Namens Brochterbeck, Ibbenbühren, Mettingen, Recke und

— Recke — et Halverde, quae suffraganei Osnabrugensis Administrationi ad Apostolicae sedis beneplacitum erant commissae.

Paderbornensis Episcopalis Ecclesiae, Coloniensis Metropolitanae Suffraganeae, Dioecesis iisdem, quibus nunc reperitur, manebit circumscripta limitibus. Illi praeterea adjungimus alteram nunc suppressam Dioecesim Corbejensem cum integro suo Territorio a venerabili Fratre *Ferdinando* Episcopo Monasteriensi administratam, nec non ex Transrhenano antiquae Coloniensis Dioecesis Territorio Decanatus — Meschedensem — Altendornensem — Brilonensem — Wormbachensem — Medebachensem — et Wettenscheidensem — nuncupatos cum suis Parochialibus, et Filialibus Ecclesiis, pariterque Commissariatum — Haarensem, — et Paraeciam — Römershagen, — et ulterius — Rittbergensem, — et Wiedenbrückensem — Decanatus, cum suis respective Parochialibus, et Filialibus Ecclesiis ab Osnabrugensi Dioecesi separandos, nec non a Dioecesi olim Moguntina, postea Ratisbonensi disjungendas Paraecias — Siegen — et Obernetphen — nuncupatas, Civitatem Heiligenstadt — cum suo Decanatu, et Decanatus — Beurensem — Bischoferodensem — Kirchworbensem — Külstädtensem — Langefeldensem — Neuendorfensem — Nordhausensem — Rüstenfeldensem — Wiesenfeldensem — cum suis Parochialibus, et Filiali-

Halverde, die der Verwaltung des Weihbischofs von Osnabrück widerruflich anvertrauet waren.

Der Sprengel der bischöflichen Kirche von Paderborn, deren Metropole ebenfalls die Kirche von Kölln ist, behält seinen bisherigen Umfang. Mit ihm vereinigen Wir den ganzen Sprengel des gegenwärtig aufgehobenen Bisthums Corvey, ausserdem aber noch von dem überrheinischen Gebiet der vormaligen Erz-Diözes Kölln: die Dekanate Meschede, Altendorn, Brilon, Wormbach, Medebach und Wattenscheid, mit ihren Pfarr- und Tochterkirchen, ferner das Commissariat Haaren und die Dekanate Rietberg und Wiedenbrück mit ihren Pfarreien und Tochterkirchen, welche von der Diözes Osnabrück abgelöst werden; sodann, mit Ablösung von der Diözes Maynz, nachher Regensburg: die Pfarreien Siegen und Obernepfften, sammt der Stadt Heiligenstadt mit ihrem Dekanate und den Dekanaten Beuren, Bischofbrode, Kirchworben, Kühlstädt, Langerfelde, Neuendorf, Nordhausen, Rüstenfelde, Wiesenfelde mit ihren Pfar-

bus Ecclesiis, et Civitatem Erfurti — cum tribus Paraeciis suburbanis atque Paraecias in Territorio Magni Ducis Saxoniae Wimarensis existentes, nec non Paraeciam Eppensem extra Borussiae Regnum in Principatu Waldeccensi ab antiqua Coloniensi Dioecesi segregandam, et demum a Missionum septemtrionalium Vicariatu Apostolico separandas, et a futuris, ac pro tempore existentibus Paderbornensibus Episcopis perpetuo administrandas Paraecias — Mindensem — scilicet in Westphalia, et in Provincia Saxoniae — Adersleben — Althaldensleben — Ammensleben — Aschersleben — Hadtmersleben, — Ecclesias Sti. Andreae, et Sanctae Catharinae Halberstadii — Hamersleben — Hedersleben — Huysburg — Magdeburg — Marienbek — Marienstuhl — Meyendorf — Stendal — Halle et Burg. — Attentis autem grandaeva aetate, ac egregiis de Ecclesia, et de Catholica Religione meritis, Venerabilis Fratris *Francisci Egonis a Fürstemberg*, praestantissimi Hildesiensis, ac Paderbornensis Praesulis, ac Missionum septemtrionalium Vicarii Apostolici, ne ipsi novae administrationis onus adjungatur decernimus, et mandamus nihil circa talem Antistitem in praesens esse innovandum, sed cuncta in eo, quo nunc reperiuntur, statu interea relinquendo, antedictam Paderbornensis Dioecesis ampliationem eo

reien und Tochterkirchen, und der Stadt Erfurt mit den drei vorstädtischen Pfarreien, wie auch die Pfarreien des Grossherzogthums Weimar; nicht minder die Pfarrei Eppe im Fürstenthume Waldeck, sonst zum köllnischen Sprengel gehörig. Endlich übergeben Wir, mit Ablösung vom apostolischen Vikariat der nordischen Missionen, dem jetzigen und künftigen Bischöfen von Paderborn zu beständiger Verwaltung die Pfarreien Minden in Westphalen, und Adersleben, Althaldensleben, Ammensleben, Aschersleben, Hatmersleben, St. Andreas und St. Katharina zu Halberstadt, Hamersleben, Hedersleben, Huisburg, Magdeburg, Marienbeck, Marienstuhl, Mayenhof, Stendal, Halle und Burg. In Erwägung aber des hohen Alters Unsers ehrwürdigen Bruders, des trefflichen Bischofs von Paderborn und Hildesheim und apostolischen Vikars in Norden, *Franz Egon von Fürstenberg*, wie auch seines ausgezeichneten Verdienstes um die Kirche und katholische Religion, und um ihn mit neuer Bürde der Verwaltung zu verschonen, verfügen und verordnen Wir, dass aus Rücksicht dieses höchstwürdigen Hirten einstweilen keine Veränderung vorgenommen, vielmehr alles in dem Stande, worin es dermalen sich befindet, belassen, und die vorgedachte Erweiterung der Diözese Pa-

dumtaxat tempore suum effectum sortiri debere, cum Episcopali sedi Paderbornensi de laudati Antistitis *Francisci Egonis* Persona quomodocumque vacanti novus Episcopus Apostolicae sedis auctoritate instituetur. Interea vero omnia Loca, et Paraeciae, quae a Coloniensi, et Osnabrugensi Dioecesibus ut supra dismembrantur, administrationi peculiaris Vicarii Apostolici a Nobis committentur, ut inibi usque ad Paderbornensis Episcopalis sedis vacationem, ac futuri novi Episcopi institutionem, exerceat spiritualem jurisdictionem: atque insuper alia loca, et Paraeciae a Dioecesi olim Moguntina postea Ratisbonensi disjuncta, et ab Episcopo pridem Corbejensi, nunc Monasteriensi administratà temporaneae pariter Vicarii Apostolici Administrationi tradentur.

Archiepiscopalium Gnesnensis et Posnaniensis invicem perpetuo aeque principaliter unitarum Dioeceses efformabunt ea ipsa loca, quae actu in iisdem continentur, post novissimam Dioecesium Regni Polonici a Nobis peractam Circumscriptionem, exceptis tamen Decanatibus Schlochaviensi — Tuchelensi, — et Camenensi, Culmensi Dioecesi ut infra adjiciendis, ac praeterea Decanatus Kruszwicensis, Junivladislaviensis, et Gniewkowensis

derborn erst dann zur Vollziehung gelangen soll, wenn nach dem Abgange des vorbelobten Bischofs *Franz Egon* auf den erledigten Stuhl zu Paderborn ein neuer Bischof durch Autorität des apostolischen Stuhls eingesetzt seyn wird. Indess sollen alle von den Diözesen Kölln und Osnabrück, wie vor besagt, getrennten Orte und Pfarreien einem, von Uns zu bestellenden, apostolischen, Vikar überwiesen werden, um selbige bis zur Erledigung des Stuhls von Paderborn und des neuen Bischofs Einsetzung einstweilen zu verwalten. In gleicher Art sollen auch die, von der Diözes Maynz, später Regensburg, abgelösten Orte und Pfarreien, die von dem vormaligen Bischofe von Corvey, jetzt Bischofe von Münster, verwaltet werden, der einstweiligen Leitung eines apostolischen Vikars anvertraut werden.

Den Sprengel der beiden erzbischöflichen und für immer zu gleichen Rechten vereinigten Kirchen von Gnesen und Posen werden jene Orte ausmachen, die dazu jetzo, seit der letzten Diözesan-Umschreibung des Königreichs Polen, gehören, jedoch mit Ausnahme der Dekanate Schlochau, Tuchel und Kamin, die, wie unten angeführt werden soll, zur Diözese Culm abgetreten werden. — Dazu kommen die Dekanate Kruswitz, Gniewkowo und Inowraclaw, bisher

a Dioecesi Wladislaviensi separandi, qui ad praesens a Vicario Apostolico Gedanensi administrantur nec non Decanatus Ostrszeszowensis et Kempnensis disjungendi a Dioecesi Wratislaviensi. Divisionem autem et assignationem Territorii Dioecesani pro una, et altera Dioecesi statuendam infradicendo praesentium Literarum Exequutori peragendam expresse committimus.

Dioecesis Episcopalis Ecclesiae Culmensis, suffraganeae Archiepiscopi Gnesnensis, et Posnaniensis, constabit ex biscentum quindecim Paraeciis nempe cum suis respective Succursalibus, et Filialibus Ecclesiis ex Decanatibus Lessensi, Rhedensi, Neumarkano, Loebaviensi, Lautenburgensi, Strasburgensi, Gollubensi, Thorunensi, Culmensi, Culmseensi, et Gurcznensi cum Paraecia Bialutten nuncupata: quae postremae duo olim Dioecesis Plocensis a suffraganeo Culmensi in praesens administrantur; itemque ex Decanatibus Gedanensi, Putzigensi, Mirchaviensi, Dirschaviensi, Stargardensi, Moewensi, Neuenburgensi, Schwetzensi, Lauenburgensi, Schlochaviensi, Tuchelensi, Camenensi, et Fordonensi; qui Decanatus pridem Dioecesis Wladislaviensis, nunc ab antedicto Vicario Apostolico Gedanensi administrantur, nec non ex Territorio Monasterii Abbatiae nun-

zur Diözes von Wrazlawek gehörig und einstweilen unter die Verwaltung des apostolischen Vikariats zu Danzig gestellt; sodann: die Dekanate Ostrzeszow und Kempen, die von der Diözes Breslau abgelöst werden. Was aber die Vertheilung dieses Sprengels an die beiden vereinigten Metropolitan-Kirchen anlangt: so überlassen Wir dem unten zu benennenden Vollzieher dieses Briefs, darüber die näheren Verfügungen zu treffen.

Der Sprengel der bischöflichen Kirche zu Culm, die Suffragan ist des Erzbischofs von Gnesen und Posen, wird bestehen, aus zwei hundert und funfzehn Pfarreien, nämlich aus den Dekanaten: Lessen, Rehden, Neumark, Löbau, Lautenburg, Strasburg, Gollup, Thorn, Culm, Culmsee und Gurzno, mit ihren Hülfspfarreien und Tochterkirchen, sammt der Pfarrei Bialluten (die, wie Gurzno vormals zur Diözes Plock gehörig, dermalen vom Weihbischof zu Culm verwaltet werden) — sodann aus den Dekanaten: Danzig, Putzig, Mirchau, Dirschau, Stargard, Möwe, Neuenburg, Schwez, Lauenburg, Schlochau, Tuchel, Kamin und Fordon, die vormals zur Diözes Wrazlawek gehörig, jetzt von dem vorerwähnten apostolischen Vikar zu Danzig beaufsichtigt werden — endlich aus dem Gebiete der Abtei Oliva, je-

cupatae Olivensis ut supra suppressi ex nunc pro tunc quando ex Persona moderni Abbatis quomodocumque vacaverit. Et quoniam expositum Nobis fuit aptas Culmae deficere Domos pro Episcopi, et capituli decenti habitatione, facultatem tribuimus Apostolico harum literarum Exequutori, ut auditis interesse habentibus, ac re mature perpensa, firmo remanente Titulo, ac denominatione Episcopatus Culmensis, et opportunis assignatis Ecclesia atque aedibus, residentiam Episcopi, et Capituli Culmensis, si ita in Domino expedire judicaverit, Pelplinum transferre libere, ac licite possit, et valeat proviso insimul congruae Cathedralis Culmensis manutentioni.

Wratislaviensis Episcopalis Ecclesiae huic Apostolicae Sedi immediate subjectae Dioecesim efformabit actuale illius Territorium, exceptis dumtaxat Decanatibus Ostrszeszowensi, Kempnensi Dioecesi Posnaniensi ut supra incorporatis, at insuper Decanatus Plessensis, et Bythomiensis a Cracoviensi Dioecesi disjuncti, nec non sequentes Paraeciae in Lusatia, videlicet Neocellensis Monasterii Nullius ut supra suppressi, et aliae nuncupatae — Wittichenau, Guntersdorf, Hennersdorf, Pfaffendorf, Ullersdorf a Decano Collegiatae Ecclesiae Sancti Petri Oppidi Buddissinae in

doch erst nach dem Abgange ihres gegenwärtigen Besitzers. Und da Uns vorgetragen ist, dass es zu Culm an Gebäuden zur angemessenen Wohnung des Bischofs und Kapitels fehle: so geben Wir dem Vollzieher dieses apostolischen Schreibens hierdurch die besondere Macht, nach vorgängiger Anhörung der Betheiligten und reifer Erwägung, jedoch unter Beibehaltung des Titels und Namens des Bisthums Culm, und mit Ueberweisung von Kirche und Gebäuden, wenn es ihm in dem Herrn also gut zu seyn bedünken wird, den Bischof und das Domkapitel von Culm nach Pelplin zu versetzen, dergestalt jedoch, dass für die Erhaltung der Kirche zu Culm auf angemessene Weise Sorge getragen werde.

Den Sprengel der bischöflichen Kirche zu Breslau, welche dem apostolischen Stuhle unmittelbar unterworfen ist, bildet deren dermaliges Gebiet, mit Ausschluss der Dekanate Ostrzeszow und Kempen, welche mit der Diözes Posen vereinigt sind. Ferner die Dekanate Beuthen und Pless, die von dem Bisthume Krakau abgesondert werden. Sodann nachstehende, in der Lausitz belegene Pfarreien, als: Neuzell (gegenwärtig aufgehobenes vormals exemtes Kloster), Wittichenau, Guntersdorf, Hennersdorf, Pfaffendorf, Ullersdorf, die bisher von dem Dechant des Kollegiatstifts von St. Peter zu Bautzen in der

Lusatia superiori, hactenus administratae: quae omnes insimul intra fines Borussici Regni Paraeciae ad sexcentum viginti unius numerum ascendent. Conservabit item illas, quas actu habet in Austriaca Ditione Paraecias. Futuri praeterea, ac pro tempore existentis Wratislaviensis Episcopi Administrationi perpetuo subjicimus eas, quae a Vicario Apostolico Missionum septentrionalium fuerunt hucusque administratae Paraeciae in Civitatibus Berolini, Potsdamii, Spandaviae, Francfurti ad Viadrum, Stettini, et Stralsundiae, quaeque imposterum vi subdelegationis Episcopi Wratislaviensis a supramemorato Praeposito Parochialis Ecclesiae sanctae Hedwigis dictae Civitatis Berolinensis erunt administrandae.

Denique Warmiensis Episcopalis Ecclesiae, Apostolicae sedi pariter immediate subjectae, Dioecesis ex proprio actuali Dioecesano Territorio constabit, atque insuper ex Decanatibus — Fürstenwerdensi — Neuteichensi — Mariaeburgensi — Stumensi, — et Christburgensi — cum suis Ecclesiis tam succursalibus, quam Filialibus a Dioecesi Culmensi disjungendis, ita ut integra Dioecesis Centum novemdecim Paraecias complectatur.

Praedictas itaque Civitates, et Ecclesias Archiepiscopales et Episcopales, itemque Paraecias et Loca respectivis Ecclesiis pro

Oberlausitz verwaltet worden. Ueberhaupt sechs hundert ein und zwanzig Pfarreien innerhalb der Gränzen des Preussischen Reichs. Ausserdem behält dieser Sprengel seine auf Oesterreichischem Gebiet belegenen Pfarreien. Endlich unterordnen Wir den Bischöfen zu Breslau für jetzt und künftig die von dem apostolischen Vikariat der nordischen Missionen zu trennenden Pfarreien der Städte: Berlin, Potsdam, Spandau, Frankfurt an der Oder, Stettin und Stralsund, welche von dem vorerwähnten Probste zu St. Hedwig in Berlin, als Delegaten des Bischofs von Breslau, verwaltet werden sollen.

Den Sprengel der bischöflichen Kirche von Ermland, welche ebenfalls dem apostolischen Stuhle unmittelbar unterworfen ist, bildet ihr dermaliges Gebiet, nebst den von dem Bisthume Kulm getrennten Dekanaten: Fürstenwerder, Neuteich, Marienburg, Stuhm und Christburg mit ihren Hülfspfarreien und Tochterkirchen, so dass der ganze Sprengel ein hundert und neunzehn Pfarreien in sich fasset.

Vorgedachte Städte nun und Kirchen, erzbischöfliche und bischöfliche, sammt Pfarreien und Orten, ihnen zum Sprengel beigelegt, auch Einwohnern beiderlei Geschlechts, sowohl geistlichen als weltlichen Standes, überweisen Wir den Kirchen und deren Hirten zu

Dioecesi attributa, eorumque Incolas utriusque Sexus tam Clericos, quam Laicos iisdem Ecclesiis earumque Praesulibus pro suis respective Civitate, Territorio, Dioecesi, Clero et Populo perpetuo assignamus, et in spiritualibus omnimode subjicimus ad hoc ut cuilibet Antistiti vel jam promoto, vel in futurum Apostolica auctoritate promovendo liceat per se vel per alios eorum nomine (postquam tamen supramemoratus *Josephus* Episcopus Warmiensis praesentes Literas debitae executioni mandaverit, et quoad nonnullas dispositiones nunc pro tunc a Nobis factas cum tempus pro illarum executione ut supra definitum advenerit) veram, realem, actualem et corporalem possessionem regiminis, administrationis, et omnimodo Juris Dioecesani, et Ordinarii in praedictis Civitatibus, ac earum Ecclesiis, et Dioecesibus, nec non bonis, aliisque redditibus ad ipsarum dotationem, ut infra assignandis vigore literarum Apostolicarum Canonicae Institutionis libere apprehendere, apprehensamque retinere; propterea que statim, ac in locis per hanc Nostram dispositionem singulis Dioecesibus nunc attributis possessionem sumpserint, illarumque Regimen actu consecuti fuerint, omnis antiquorum sub quocumque Ordinariorum, seu Vicariorum, vel Administratorum Titulo jurisdictio cessare debebit, omnesque facultates in Partibus, et locis ab eorum jurisdictione subtractis nullius erunt amplius roboris vel momenti.

ewigen Zeiten als Stadt, Sprengel, Diözes, Geistlichkeit und Gemeine, und unterwerfen sie ihnen im Geistlichen dergestalt und also: dass, nachdem vorerwähnter Bischof *Joseph* von Ermland diesen Brief gehörig wird vollzogen haben, und einiger, in der Form: dann als nun, getroffenen besonderen Verfügungen Zeit gekommen seyn wird, sie selbst oder durch andere in ihren Namen, wahren, wesenhaften, und wirklichen Besitz der geistlichen Leitung und Verwaltung, und jegliches Diözesan- und Ordinariatrechts, in gedachten Städten und deren Kirchensprengeln, wie auch Gütern und Einkünften, zu ihrer Ausstattung, wie unten folgt, ausgesetzt, Kraft kanonisch-apostolischer Einsetzungsbriefe, frei ergreifen, auch in dem ergriffenen Besitze sich erhalten mögen. Daher denn auch, von dem Augenblicke, da sie nach dieser Unserer Verordnung von den einzelnen ihnen beigelegten Sprengeln werden Besitz ergriffen und deren Leitung mit der That angetreten haben, alle Jurisdiction der vorigen Vorgesetzten, gleichviel, ob Ordinarien oder Vikarien, aufhört, und alle denselbigen ertheilte Fakultäten, in den ihrer Jurisdiction entzogenen Distrikten und Orten sofort ihre Kraft und Gültigkeit verlieren.

Nos enim ad respectivorum Dioecesanorum utilitati consulendum praescribimus, et injungimus, ut omnia et singula Documenta respicientia Ecclesias, Dioeceses, Paraecias, et loca ut supra dismembrata, ac de novo applicata a veteribus Cancellariis extrahi, et Cancellariis Dioecesium quibus erunt incorporata opportuna forma tradi, atque in iis perpetuo debeant asservari.

Vicissim autem Venerabiles Fratres moderni, ac pro tempore existentes Pragensis, et Olomucensis Archiepiscopi, nec non Episcopi Reginorhadecensis et Litomericensis eamdem, quam nunc exercent, Spiritualem Jurisdictionem in Regno Borussico etiam inposterum conservabunt.

Filiales vero, et Parochiales Ecclesias earumque Fractiones in hac Nostra Dispositione non comprehensas, et extra Regnum Borussiae existentes a Matricibus, et Parochialibus in eodem Regno positis disjungimus, et a proximioribus ordinariis aliis Matricibus, et Parochialibus Ditionum, quibus in temporalibus subjacent, applicandas esse mandamus, ac vicissim de Paraeciis, et Filialibus Ecclesiis cum suis Fractionibus intra Borussicum Regnum positis, quae a Matricibus extra idem Regnum existen-

Auch wollen Wir zum Nutzen der unterschiedlichen Sprengels-Einsassen hierdurch vorschreiben und verfügen: dass alle, auf die abgetrennten und anderweitig einverleibten Kirchen-Sprengel, Pfarreien und Orte sich beziehenden Beweisthümer aus den alten Kanzleien ausgezogen, und an die derjenigen Bisthümer, dahin die Einverleibung geschehen ist, zu beständiger Aufbewahrung abgeliefert werden sollen.

Inzwischen werden Unsere ehrwürdigen Brüder, die Erzbischöfe von Prag und Ollmütz, wie auch die Bischöfe von Königingrätz und Leutmeritz, ihre Jurisdiction, so sie bisher im Preussischen Gebiet ausgeübt, auch ferner behalten.

Hingegen werden die in dieser Unserer Verordnung nicht mit einbegriffenen und ausserhalb des Preussischen Reichs belegenen Tochterkirchen, Pfarreien und Brüche von Pfarreien, von ihren Mutter- und Pfarrkirchen, so innerhalb desselben Reichs belegen sind, hierdurch abgeschieden; und es sollen die nächsten Ordinariate dafür Sorge tragen, dass dieselben mit andern Mutterkirchen und Pfarreien von einerlei Staatsgebiet vereinigt werden; gleichwie Wir es umgekehrt mit den innerhalb des Preussischen Reichs belegenen, zu ausländischen Müttern gehörigen Pfarreien, Tochterkirchen und Pfarrbrüchen, eben so

tibus pendent, idem observandum esse decernimus; reservata Nobis, et huic Apostolicae sedi cura de Spirituali Regimine aliis Partibus, et Locis si opus fuerit providendi.

Inspectis autem Dioecesium Borussici Regni amplitudine, ac magno Dioecesanorum numero, cum difficile admodum esset Archiepiscopis, et Episcopis Confirmationis Sacramentum Christi fidelibus administrare, aliaque Pontificalia munera sine alterius Episcopi opera, et auxilio exercere; hinc Nos confirmantes Suffraganeatus in Dioecesibus Regni Borussiae in quibus constituti reperiuntur, eos in Coloniensi, ac Trevirensi Dioecesibus redintegramus, et de novo constituimus: atque idcirco quilibet Archiepiscopus, et Episcopus Nos, et Romanos Pontifices Successores Nostros juxta praescriptum morem supplicabit, ut aliquis Ecclesiasticus Vir opportunis praeditus requisitis, ad Suffraganei munus designetur, ac praevio Canonico processu, servatisque consuetis formis de Episcopatu Titulari in Partibus Infidelium cum assuetae congruae [dotationis] adsignatione provideatur.

Quoniam vero praeclaram antiquissimam Coloniensem Se-

gehalten wissen wollen. Und behalten Wir Uns und diesem apostolischen Stuhle vor, was die geistliche Führung anderer Bezirke und Orte angeht, wenn es nöthig ist, besondere Fürsorge zu thun.

In Erwägung aber des grossen Umfangs der Kirchensprengeln des Preussischen Reichs, und der grossen Anzahl der Eingewidmeten, wie auch: dass es hiernach den Erzbischöfen und Bischöfen überaus schwer fallen dürfte, allen Gläubigen das Sakrament der Firmung auszuspenden, und ohne Beistand eines fremden Bischofs alle gottesdienstlichen Handlungen des bischöflichen Standes zu verrichten, wollen Wir die weihbischöfliche Würde in denjenigen Sprengeln des Preussischen Reichs, in denen sie bereits besteht, nicht allein hierdurch bestätigen, sondern auch in den Sprengeln von Trier und Kölln herstellen und von neuem errichten; demzufolge dann jeder Erzbischof und Bischof an Uns und Unsere Nachfolger, die Päbste zu Rom, die Bitte zu bringen hat, dass ein mit den gehörigen Erfordernissen versehener Mann, geistlichen Standes, zu der weihbischöflichen Würde bestimmt, und in Vorgang des kanonischen Prozesses, auch mit Beachtung hergebrachter Formen, und nach Anweisung eines anständigen Auskommens zu einem Titular-Bisthum in Landen der Ungläubigen erhoben werden möge.

Und weil Wir die Herstellung des berühmten, uralten erzbi-

dem Archiepiscopalem duximus redintegrandam, potius quam Episcopalem Sedem Aquisgranensem illius quodammodo loco viginti dumtaxat ab hinc annis erectam conservare; aliquam tamen Civitatis Aquisgranensis rationem habendam esse existimantes, cognita etiam in id propensa Serenissimi Borussici Regis voluntate, decernimus, ac statuimus, quod Ecclesia sub Titulo Beatae Mariae Virginis antea Cathedralis in Collegiatam immutetur, ejusque Collegiale Capitulum constet ex unica tantum Praepositi dignitate, et Sex Canonicatibus cujus, et quorum Collatio semper quoad Praeposituram Apostolicae Sedi, et quoad Canonicatus eidem Sedi Apostolicae alternatim cum Coloniensi Archiepiscopo spectare debeat ac pertinere. Hujusmodi autem Capitularibus, ex peculiari gratia licentiam deferendi Cappam magnam sericam, violacei coloris cordulis sericis subsutam cum pellibus armellinis hyemali, aestivo autem tempore Mozzettam supra Rocchettum concedimus et indulgemus, atque ulterius facultatem condendi statuta iisdem modo, et forma quibus de Capitulis Cathedralium Ecclesiarum supra eluculenter dictum est tribuimus, et impertimur.

In exequutorem itaque praesentium Nostrarum Literarum praedictum Venerabilem Fratrem *Josephum* Episcopum Warmien-

schöflichen Stuhls zu Kölln, der Erhaltung des vor zwanzig Jahren, gleichsam an seiner Statt, errichteten Bisthums Aachen vorgezogen haben, aber auch, in Uebereinstimmung mit des Durchlauchtigsten Königs von Preussen Wunsch und geneigtem Willen, der Stadt Aachen etwas Angenehmes erweisen wollen: so beschliessen und verfügen Wir, dass die bisherige Kathedrale zur heiligen Jungfrau Maria daselbst in ein Kollegiatstift umgewandelt werden soll, bestehend aus der einzigen Würde eines Probstes und aus sechs Kanonikaten, deren Verleihung, was die Probstei betrifft, dem heiligen Stuhle ausschliesslich, was hingegen die Kanonikate angeht, ihm in Abwechselung mit dem Erzbischofe zu Kölln, gebühren wird. Diesen Kapitularen verleihen Wir aus besonderer Gnade die Erlaubniss, violettseidene Grosstalare zu tragen, mit seidenen Schnüren aufgeschürzt, und im Winter Hermelin-Fell, im Sommer Mozetten über die Chorhemden. Ferner: die Befugniss, eigne Satzungen aufzurichten, in derselbigen Form und Weise, wie oben von den Kathedral-Kapiteln gesagt worden ist.

Zum Vollzieher dieses Unseres Briefes ernennen, wählen, setzen und verordnen Wir Unsern ehrwürdigen Bruder, *Joseph* Bischof von

sem, de cujus prudentia, doctrina, atque integritate plurimam in Domino fiduciam habemus, expresse nominamus, eligimus, constituimus, et deputamus eidemque committimus, ut supradicta omnia, et singula a Nobis disposita ad praestitutum finem perducat, atque pariter ad effectum vacantes Ecclesias de idoneis Pastoribus, quae Prima necessitas est, cito providendi, et cunctas res Ecclesiasticas ad meliorem statum, et ordinem revocandi quaslibet Ecclesias congrua, et firma dotatione muniri studeat, media ad hoc necessaria benevolentissime, ac liberaliter exhibente praelaudato Serenissimo Borussiae Rege, qui magnanimi Principis animum, et propensissimam erga Catholicos ejus Imperio subjectos voluntatem pro ordinandis absque ulla mora Dioecesibus omnibus Regni Borussiae aperte declaravit, et sequentibus ratione ac modo stabilienda, et applicanda proposuit.

Super publicis Regni Sylvis nominatim designandis tot Census auctoritate Regia imponentur, quot erunt Dioeceses dotandae, et in respectiva quantitate, ut ex iis annui fructus ab omnibus cujuscumque generis, oneribus prorsus libere percipi possint qui satis sint, vel ad integram ipsarum Dioecesium do-

Ermland, auf dessen Einsicht, Gelehrsamkeit und Rechtlichkeit Wir in dem Herrn ein grosses Zutrauen setzen. Ihm überlassen Wir, alles und jedes Vorbesagte und von Uns Verfügte zum vorgesetzten Ziel zu leiten, und (damit die erledigten Stühle, wie es die Noth erfordert, des baldigsten mit tüchtigen Hirten versehen und die kirchlichen Angelegenheiten in besseren Stand und Ordnung gebracht werden mögen) die Kirchen mit angemessener und fester Ausstattung zu versorgen. Die dazu erforderlichen Mittel wird der vorgepriesene Durchlauchtigste König von Preussen, seiner Huld nach, freigebig bewilligen, als welcher Fürst Uns Gesinnungen der höchsten Grossmuth und Güte gegen die seinem Zepter unterworfenen Katholiken, zu erkennen gegeben und zu unverzüglicher Herstellung aller Diözesen seines Reichs folgende Art und Weise der Ausstattung dargeboten hat:

Es sollen auf die, namentlich dazu angewiesenen Staats-Waldungen so viel Grundzinse errichtet werden, als auszustattende Sprengel da sind; und zwar zu solchem Betrag: dass die davon jährlich zu erhebenden reinen, von jeglicher Belästigung freien Einkünfte ausreichen, entweder zu gänzlicher Ausstattung der Sprengel,

tationem si nullam actu habeant, vel ad Supplementum ejusdem dotationis si partem aliquam suorum Bonorum adhuc possideant, ita ut Singulae Dioeceses eos annuos redditus imposterum habeant, qui redditibus pro Archiepiscopali, vel Episcopali mensa, pro Capitulo, pro Seminario Dioecesano, proque Suffraganeo statutis in quantitate singulis inferius designanda perfecte respondeant, atque hujusmodi Censuum proprietas per Instrumenta in legitima, validaque Regni forma stipulanda, et a praelaudato Rege subscribenda unicuique Ecclesiae conferetur. Et quoniam enunciatae Sylvae, prout et publica Bona omnia Regni Borussiae, ob aes alienum, a Gubernio, bellorum causa contractum, hypotheca gravata sunt, atque ob id super nulla earum parte Census imponi eorumque fructus percipi, salva fide, possunt, antequam imminuta, per solutiones a Gubernio Creditoribus hypothecariis factas, aeris alieni summa, sufficiens sylvarum quantitas hypothecae vinculo liberata fuerit; cumque secundum legem, qua Serenissimus Rex Creditoribus publicis cavit, anno millesimo octingentesimo trigesimo tertio a Magistratibus definiendum sit, qui agri ab eo vinculo soluti, quique adhuc nexi

wenn es durchaus daran gebricht, oder zur Ergänzung der Ausstattung, wenn Sprengel einen Theil ihrer Güter noch besitzen, so dass jede Diözes zukünftig ein solches Jahr-Einkommen haben möge, welches die für die erzbischöfliche oder bischöfliche Tafel, für das Domkapitel, für das Seminar und für den Weihbischof ausgesetzten, unten aufzuführenden Einkünfte vollkommen decke; und dass das Eigenthum solcher Grundzinsen durch Urkunden, in bündiger, den Gesetzen jenes Reichs entsprechender Form abgefasst und von dem vorgepriesenen Könige selbst vollzogen, einer jeden Kirche übertragen werde. Und weil vorgedachte Waldungen, wie die Staatsgüter [des Königreichs Preussen] überhaupt, aus Anlass der, im Kriege gemachten, Schulden mit Hypothek belastet sind, denselben daher kein Grundzins auferlegt, auch ihr Einkommen nicht bezogen werden kann, bevor durch Zahlungen, welche die Regierung den Hypothekar-Gläubigern geleistet, der Betrag der Staatsschuld vermindert, und ein zureichender Theil der Staats-Waldungen von der Hypothek frei geworden ist; ferner, da nach dem Gesetze, wodurch der Durchlauchtigste König den Staats-Gläubigern diese Sicherheit gewährt hat, im Jahre Tausend, achthundert, drei und dreissig durch die Behörden sich entscheiden wird, was für Grundstücke von der Hypothek erledigt

remanebunt, hinc decernimus praedictos Census, super sylvis supramemoratis, dicto Anno millesimo octingentesimo trigesimo tertio, et citius etiam si prius antedictae sylvae ab hypotheca saltem pro rata Censuum imponendorum liberatae fuerint, esse imponendos, proptereaque a singulis Dioecesibus immediate saltem post annum millesimum octingentesimum trigesimum tertium praedictorum Censuum fructus esse percipiendos ex nunc autem usque ad totum annum millesimum octingentesimum trigesimum tertium, vel usque ad celeriorem dictorum Censuum impositionem, eamdem argenti summam fructibus Censuum respondentem ab Aerariis Provincialibus unicuique Dioecesi esse numerandam. Ne vero ullo modo numerationis prorogatio ultra annum millesimum octingentesimum trigesimum tertium timeri possit, quum forte Magistratus intercesserint, ne Census imponantur, non satis diminuta publici aeris alieni quantitate, laudatus Rex ultro promisit, conceptisque verbis sese obligavit, si praeter omnem expectationem id accidat, se curaturum esse, ut tot agri Regiis impensis emantur pleno dominii jure singulis Ecclesiis tradendi, quot necessarii sint, ut eorum redditus annuas illas summas exaequent, quae a Censibus percipiendae es-

oder noch damit beschwert bleiben werden: so beschliessen Wir, dass die Eintragung gedachter Grundzinsen in dem erwähnten Jahre Tausend, achthundert, drei und dreissig, oder auch theilweise früher, wenn nämlich ein Theil der Waldungen von jener Hypothek befreiet würde, Statt finden soll. Es werden demnach, wenigstens vom Jahre Tausend, achthundert, drei und dreissig ab, jene Grundzinsen von den einzelnen Diözesen unmittelbar erhoben; von nun an aber bis zu gedachtem Jahre hin, oder bis dahin, da die Errichtung des Grundzinses früher zu Stande käme, soll eine, dem Ertrag der Grundzinsen gleichkommende Baarschaft aus den Regierungshauptkassen der Provinz einer jeglichen Diözes ausbezahlt werden. Und um jede Besorgniss zu heben, dass diese Art der Zahlung auch über das Jahr Tausend achthundert drei und dreissig hinausreichen könne, wenn vielleicht die Behörde der Errichtung gedachter Grundzinsen widerspräche, weil die Staatsschuld noch nicht genugsam vermindert worden sey; so hat der belobte König sich erboten und fest zugesagt und verheissen: wenn wider alle Erwartung sich solches zutragen möchte; dass dann mit baarem Gelde des Staats so viel Grundstücke erkauft und den Kirchen zu eigenthümlichem Besitze übergeben werden sollen, als erforderlich sind, um durch ihr jährliches Einkommen den Betrag jener Grundzinsen zu erreichen.

sent, nisi impedimentum illud intercessisset. Quae omnia cum Serenissimus Rex per Diplomata in valida Regni forma a se subscribenda in tuto ponere, sit pollicitus, ut plenum, et integrum effectum suo tempore sortiantur; hinc supradictus *Josephus* Episcopus Diplomata hujusmodi singulis Ecclesiis tradet in respectivis Archivis asservanda.

Similes autem redditus ad formam promissionis Regiae, deductis oneribus, constare debebunt sequentes annuas dotationum summas, nempe pro Archiepiscopo Coloniensi, ac pro Archiepiscopo Gnesnensi, et Posnaniensi duodecim millium thalerorum Borussicorum, pro Episcopis Trevirensi, Monasteriensi, Paderbornensi, et Culmensi octo millium thalerorum ejusdem monetae, pro Episcopo vero Wratislaviensi duodecim millium thalerorum dictae monetae, ultra redditus fundi Würbeniani ad ejus Episcopalem mensam spectantis pro parte Dioecesis in Regno Borussico, salvis manentibus illis redditibus, quos percipit ex reliqua Dioecesis parte temporali Dominio Charissimi in Christo Filii nostri *Francisci* Austriae Imperatoris, atque Hungariae, et Bohemiae Regis Apostolici subjecta; quod vero ad Warmiensis Episcopalis mensae dotationem pertinet, firmis bonis, ac red-

Da nun der Durchlauchtigste König verheissen hat, über dieses Alles bündige, in seinem Reich zu Recht bestehende, von Ihm selbst zu vollziehende Urkunden zu desto sicherer Vollführung ausstellen zu lassen: so soll gedachter Bischof *Joseph* verpflichtet seyn, jeder Kirche eine dergleichen Urkunde zur Aufbewahrung in ihrem Archiv zu überliefern.

Es haben aber die Einkünfte dieser Art, der Königlichen Verheissung gemäss, frei von allen Lasten, folgenden Betrag jährlicher Ausstattung zu erreichen, als: Für den Erzbischof von Kölln, auch für den Erzbischof von Gnesen und Posen Zwölf Tausend Preussische Thaler. Für die Bischöfe von Trier, Münster, Paderborn und Kulm Acht Tausend Thaler selbiger Währung. Für den Bischof von Breslau Zwölf Tausend Thaler selbiger Währung, ausser seinem Gute Würben im Preussischen und ausser seinen Einkünften aus demjenigen Theil der Diözes, welcher dem Zepter Unseres geliebtesten Sohnes in Christo, des Kaisers von Oesterreich und apostolischen Königs von Hungarn und Böhmen, *Franz*, unterworfen ist. Anlangend die Ausstattung des bischöflichen Tisches von Ermland, so erklären Wir, dass, da dieser

ditibus, quibus actu illa mensa gaudet, nihil in praesens innovandum esse declaramus, sed aliquando ad aliarum in Regno Borussico mensarum normam Apostolica interveniente auctoritate fore conformandam.

Pari methodo Metropolitanae Ecclesiae Coloniensis Capitulum dotabitur in annua Summa pro Praeposito thalerorum Borussicorum bismille, pro Decano thalerorum item bismille, pro quolibet ex duobus primis Canonicis numerariis thalerorum mille biscentum, pro quolibet ex sequentibus sex Canonicis thalerorum mille, pro quolibet ex duobus postremis Canonicis thalerorum octingentorum, pro quolibet ex quatuor Canonicis Honorariis thalerorum centum, pro quolibet demum ex octo Vicariis, seu Praebendatis thalerorum biscentum.

In Archiepiscopali Ecclesia Gnesnensi pro Praeposito, et sex Canonicis quibus illud Capitulum imposterum constabit, ea reddituum quantitas conservabitur, qua Praepositus, et sex Capitulares Seniores actu fruuntur. In Capitulo Archiepiscopalis Ecclesiae Posnaniensis redditus praedicto modo assignabuntur in annua Summa pro Praeposito thalerorum mille octingentorum, pro Decano thalerorum pariter mille octingentorum, pro quoli-

Stuhl Güter und festes Einkommen besitzt, vor der Hand keine Veränderung Statt finden soll. Es wird jedoch zu seiner Zeit eine ähnliche Einrichtung, wie in Ansehung der übrigen Stühle, durch apostolische Autorität getroffen werden.

Gleichermaassen wird das Metropolitankapitel zu Kölln ausgestattet werden zum jährlichen Betrage: für den Probst von Zwei Tausend Preussischen Thalern; für den Dechant ebenfalls Zwei Tausend Thaler; für die beiden ersten wirklichen Kanonici mit Eintausend Zweihundert Thalern; für jeden der sechs folgenden wirklichen Kanonici mit Eintausend Thalern; für die beiden jüngsten wirklichen Kanonici mit Achthundert Thalern; für jeden der vier Ehren-Kanonici Einhundert Thaler; für jeden der acht Vikarien oder Pfründner Zweihundert Thaler.

Bei der erzbischöflichen Kirche zu Gnesen werden der Probst und die sechs Kapitularen, welche in Zukunft deren Kapitel ausmachen, fortfahren, dasselbe Einkommen zu beziehen, welches der Probst und die sechs ältesten Kapitularen gegenwärtig geniessen. Als Einkommen der erzbischöflichen Kirche zu Posen werden in der vorerwähnten Weise angewiesen werden: dem Probste Eintausend achthundert Thaler; dem Dechant ebenfalls Tausend achthundert

bet ex duobus primis Canonicis thalerorum mille biscentum, pro quolibet ex quatuor sequentibus thalerorum mille, pro quolibet ex duobus postremis thalerorum octingentorum, pro quolibet ex quatuor Canonicis Honorariis thalerorum centum, et pro quolibet ex octo Vicariis, seu Praebendatis thalerorum biscentum.

In Capitulis Cathedralium Ecclesiarum tam Trevirensis, quam Paderbornensis pro Praeposito thalerorum mille quatuor centum, item pro Decano thalerorum mille quatuor centum, pro quolibet ex duobus primis Canonicis thalerorum mille, pro duobus sequentibus thalerorum noningentorum,*) pro quolibet ex quatuor Canonicis Honorariis thalerorum centum, et pro quolibet e sex Vicariis, seu Praebendatis thalerorum biscentum.

In Episcopali Ecclesia Monasteriensi, pro Praeposito thalerorum mille octingentorum, ac pariter pro Decano thalerorum mille octingentorum, pro quolibet ex duobus primis Canonicis thalerorum mille biscentum, pro quolibet ex sequentibus quatuor, thalerorum mille, pro quolibet ex duobus postremis thalerorum octingentorum, pro quolibet ex quatuor Canonicis Honorariis thalerorum centum, et pro quolibet ex octo Vicariis seu Praebendatis thalerorum biscentum.

Thaler; jedem der beiden ältesten Kanonici Eintausend zweihundert Thaler; jedem der vier folgenden Eintausend Thaler; jedem der beiden jüngsten Achthundert Thaler; jedem Ehren-Kanonico Einhundert Thaler; jedem Vikar oder Pfründner Zweihundert Thaler.

In den Domkapiteln Trier und Paderborn dem Probste Eintausend vierhundert Thaler; dem Dechant ebenfalls Eintausend vierhundert Thaler; den beiden ältesten Kanonicis jedem Eintausend Thaler; den beiden folgenden jedem Neunhundert Thaler; den übrigen jedem Achthundert Thaler; jedem der vier Ehren-Kanonici Einhundert Thaler; jedem der sechs Vikarien oder Pfründnern zweihundert Thaler.

In dem Domkapitel zu Münster dem Probste Eintausend achthundert Thaler; dem Dechant Eintausend achthundert Thaler; jedem der beiden ältesten Kanonici Eintausend zweihundert Thaler; jedem der vier nachfolgenden Eintausend Thaler; jedem der beiden jüngsten Achthundert Thaler; jedem der vier Ehren-Kanonici Einhundert Thaler; jedem der acht Vikarien oder Pfründnern Zweihundert Thaler.

*) Die Bestimmung des Gehaltes der übrigen wirklichen Canonici dieser Domkapitel fehlt in dieser Bulle, nicht allein nach den späteren Ausgaben bei *Droste-Hülshoff* u.A., sondern selbst nach ihrer Bekanntmachung durch die Gesetzsammlung für die Königl. Preuss. Staaten 1821. S. 144.

In Ecclesia Cathedrali Culmensi pro Praeposito thalerorum mille biscentum, item pro Decano thalerorum mille biscentum, pro primo Canonico thalerorum mille, pro secundo thalerorum noningentorum, pro quolibet ex reliquis sex, thalerorum octingentorum, pro quolibet e quatuor Canonicis Honorariis thalerorum centum, et pro quolibet e sex Vicariis, seu Praebendatis thalerorum biscentum.

In Cathedrali Ecclesia Wratislaviensi, pro Praeposito thalerorum bismille, pro Decano similiter thalerorum bismille, pro primo Canonico Praebendam Scholastici obtinente thalerorum mille quingentorum, pro quolibet e duobus sequentibus thalerorum mille centum, pro quolibet ex aliis septem, thalerorum mille, pro quolibet e sex Canonicis Honorariis thalerorum centum, et pro quolibet ex octo Vicariis, seu Praebendatis thalerorum biscentum.

In Ecclesia vero Episcopali Warmiensi, nihil circa ejus Capituli dotationem, et formam ad praesens immutandum esse declaramus, reservata tamen Nobis, et Romanis Pontificibus successoribus Nostris facultate illos aliquando ad reliquarum Borussici Regni Ecclesiarum normam conformandi.

In der Kathedral-Kirche zu Kulm dem Probste Eintausend zweihundert Thaler; dem Dechant ebenfalls Eintausend zweihundert Thaler; dem ältesten Kanonico Eintausend Thaler; dem zweiten Neunhundert Thaler; jedem der übrigen sechs Achthundert Thaler; jedem der vier Ehren-Kanonici Einhundert Thaler; jedem der sechs Vikarien oder Pfründnern Zweihundert Thaler.

In der Domkirche zu Breslau dem Probste Zweitausend Thaler; dem Dechant ebenfalls Zweitausend Thaler; dem ersten Kanonico, der die Scholasterpfründe hat, Eintausend fünfhundert Thaler; jedem der beiden nächstfolgenden Kanonici Eintausend Einhundert Thaler; den übrigen sieben Kanonicis jedem Eintausend Thaler; den sechs Ehren-Kanonicis jedem Einhundert Thaler; jedem der acht Vikarien oder Pfründnern Zweihundert Thaler.

Anlangend das Domkapitel des Bisthums Ermland, erklären Wir, dass für jetzt eine Veränderung seiner Ausstattung nicht eintreten soll, behalten aber Uns und Unsern Nachfolgern, den Päbsten zu Rom, vor, ihm in Zukunft eine ähnliche Einrichtung, als den übrigen Domkapiteln, angedeihen zu lassen.

Aquisgranensis praeterea Ecclesiae per Nos in Collegiatam ut supra constitutae Capitulum, constans ex unica Praepositi Dignitate, et sex Canonicatibus eamdem annuorum redditumm Summam conservabit, qua actu gaudet.

Committimus pariter antedicto *Josepho* Episcopo Warmiensi, ut Clericorum Seminariis in qualibet Dioecesi opportune constabiliendis firma remanente possessione Bonorum, quae ad praesens obtinent eas vel partiales, vel integras prout necessitas, atque utilitas postulabit, Bonorum dotationes attribuet, quae ab adpromissa Serenissimi Borussiae Regis liberalitate suppeditabuntur.

Mandamus quoque eidem *Josepho* Episcopo, ut pro cujuslibet Antistitis decenti residentia, vel vetera Episcopia, si commode fieri poterit, vel alias Domos ad id a praefato Rege in respectivis Civitatibus, atque etiam alteras Ruri, si facile possit concedendas; itemque Domos pro Dignitatibus Canonicis, et Vicariis, seu Praebendatis, nec non pro Curia Ecclesiastica, pro Capitulo, et Archivo tribuendas opportune statuet, atque assignet.

Ad manutentionem vero Fabricarum tam Metropolitanarum, quam Cathedralium Ecclesiarum, comprehensis quoque suppres-

Das Kollegiatstift zu Aachen, aus einem Probste und sechs Kapitularen bestehend, wird jenen Betrag des Einkommens behalten, den das bisherige Domkapitel daselbst bezog.

Ferner soll gedachter Bischof *Joseph* von Ermland, zu angemessener sicherer Ausstattung der Seminarien jeder Diözes, diesen Anstalten, mit Beibehaltung der Güter, die sie etwa schon haben, jene ganz neue oder ergänzende Ausstattung überweisen, zu welcher der Durchlauchtigste König in seiner Freigebigkeit sich erboten hat.

Desgleichen tragen Wir ihm, dem Bischofe *Joseph*, hierdurch auf: dass er den Erzbischöfen und Bischöfen zu ihrer anständigen Wohnung entweder die alten bischöflichen Residenzen, wenn dieses füglich geschehen kann, oder andere Häuser in den Städten, auch, wo die Umstände es begünstigen, einen Sommeraufenthalt, Alles, wie die Gnade des Königs es verleihen wird, fest bestimme und anweise. Ein gleiches gilt in Betreff der Wohnungen und des Gelasses für die Würden, Chorherren, Vikarien oder Pfründner, wie auch für die bischöfliche Kanzlei, das Domkapitel und Archiv.

Zu baulicher Unterhaltung der Metropolitan- und Kathedral-Kirchen (mit Einschluss der als Kathedrale supprimirten, übrigens

sis Cathedralibus Corbejensi, et Aquisgranensi, atque ad divini cultus, ac Inservientium expensas ea Bona, ac redditus etiam in futurum conservabuntur, quae iis usibus jam sunt destinata, quaeque Serenissimus Rex diligentissime servaturum est pollicitus; et in casu extraordinariae necessitatis confidimus fore, ut rebus hisce de Thesauro Regio liberaliter provideatur.

Antedicto *Josepho* Episcopo praeterea injungimus, ut cujuslibet Archiepiscopalis, et Episcopalis Ecclesiae suffraganeatus assuetae congruae Dotationi provideat, utque singulis Archiepiscopis et Episcopis ad satisfaciendum expensis Vicariorum Generalium, et Curiae eam reddituum tribuat quantitatem, quae a praelaudato Borussiae Rege juxta liberalem, ac providam suam promissionem hisce titulis factam constituetur.

Et quoniam Serenissimus Borussiae Rex ultro Nobis pollicitus est se non modo Domos illas tam ad alendos emeritos senes, vel infirmos sacerdotes, quam ad coercendos Ecclesiasticos discolos, ubi existunt, conservaturum, sed etiam novas, ubi desunt, constabiliturum, propterea ipsi *Josepho* Episcopo committimus, ut cognitis iis, quae de hac re statuerit praelaudatus Rex, auditisque respectivis Locorum Ordinariis, sub quorum

aber beibehaltenen Kirchen zu Corvei und Aachen) wie auch Behufs des Aufwandes für den Gottesdienst und für die Kirchenbedienten, sollen alle jene Güter und Einkünfte auch künftig gewidmet bleiben, welche es gegenwärtig bereits sind, und deren sorgfältigste Erhaltung der Durchlauchtigste König Uns verheissen hat. Im Fall ausserordentlicher Noth vertrauen Wir, dass für dieses Bedürfniss aus dem Vermögen des Königlichen Schatzes mit Freigebigkeit werde gesorgt werden.

Dem vorgedachten Bischofe *Joseph* legen Wir überdies auf, dass er bei jedem Erzbisthum und Bisthum für herkömmlich angemessene Ausstattung der weihbischöflichen Würde sorge; auch den Erzbischöfen und Bischöfen die erforderlichen Einnahmen zur Besoldung des General-Vikars und zum Unterhalte der Behörde, nach der höchst freigebigen und fürsorglichen Verfügung des Königs überweise.

Und da der Durchlauchtigste König von Preussen verheissen hat, dass jene Häuser, die zur Versorgung ausgedienter, alter und kranker Priester, wie auch zur Zähmung ungerathener Geistlichen, bereitet sind, nicht eingehen; vielmehr da, wo es noch daran gebricht, deren neue errichtet werden sollen; so überlassen Wir Ihm, dem Bischofe *Joseph*, in vorgängiger Erkenntniss dessen, was der vorbelobte König

jurisdictione hujusmodi Domus manere debebunt, omnia quae opus erunt circa memoratas Domos, earumque congruam dotationem disponat.

Cum vero in suppressis Corbejensi, et Aquisgranensi Cathedralibus Ecclesiis Sacra reperiantur suppellectilia ad Pontificalia in illis exercenda non amplius necessaria, facultatem praedicto *Josepho* Episcopo concedimus ea in usum, et commodum Archiepiscopalis Ecclesiae Coloniensis, si opus fuerit, sin minus in usum aliarum Regni Ecclesiarum, quae iis indigeant, libere valeat convertere.

Habita nunc ratione redditium supramemoratis Archiepiscopalibus, et Episcopalibus Regni Borussiae Ecclesiis ad praesens respective adsignatorum, in Libris Camerae Apostolicae prout sequitur, nempe Ecclesiam Coloniensem in Florenis Mille auri de Camera, Ecclesias invicem unitas Gnesnensem, et Posnaniensem in Florenis pariter Mille, Ecclesiam Wratislaviensem in Florenis Mille centum sexaginta sex cum duobus tertiis, Ecclesiasque Trevirensem, Monasteriensem, Paderbornensem, Culmensem, et Warmiensem in Florenis sexcentum sexaginta sex cum duabus tertiis taxari mandamus.

dieserwegen verfügt hat, auch nach eingezogenem Gutachten der betreffenden Ortsordinarien, unter deren Aufsicht dergleichen Häuser bleiben müssen, alles, was zu deren Ausstattung gehört, anzuordnen.

Da sich aber in den Domkirchen zu Aachen und Corvei heiliges Geräthe befindet, dessen dieselbigen zur Ausübung der Pontifikal-Handlungen in Zukunft ferner nicht bedürfen; so ertheilen Wir dem erwähnten Bischofe *Joseph* die Macht, solches zum Gebrauche und Nutzen der Metropolitankirche zu Kölln, wenn solches nöthig ist, sonst aber zum Nutzen anderer Kirchen des Preussischen Reichs zu verwenden.

Ferner, mit Rücksicht auf den Betrag des Einkommens, welches den erzbischöflichen und bischöflichen Sitzen des Preussischen Reichs dermalen beigelegt worden ist, wollen Wir, dass sie in den Büchern der apostolischen Kammer in Zukunft geschätzt seyn sollen, wie folget: die Kirche zu Kölln mit Tausend Goldgulden des Kammersatzes; die vereinte Kirche von Gnesen und Posen ebenfalls mit Tausend Gulden; die Kirche zu Breslau mit Tausend Einhundert [sechs und sechzig] und Zweidrittel Gulden; die Kirchen von Trier, Münster, Paderborn, Kulm und Ermland, jede zu Sechshundert sechs und sechzig und Zweidrittel Gulden.

Ut autem cuncta a Nobis ut supra disposita rite, feliciter, ac celeriter ad optatum exitum perducantur supradicto *Josepho* Episcopo Warmiensi harum Literarum Exequutori deputato omnes, et singulas ad hujusmodi effectum necessarias, at opportunas concedimus facultates, ut praeviis respectivis dotationibus per Instrumenta in valida Regni forma exaranda ad uniuscujusque Ecclesiae cum suo Capitulo, sive erectionem, sive novam ordinationem, ac respectivi Territorii Dioecesani circumscriptionem procedere, aliaque omnia ut supra ordinata peragere, atque statuere delegata sibi Apostolica auctoritate libere, et licite possit et valeat; atque ulterius ipsi *Josepho* Episcopo facultatem pariter tribuimus, ut ad plenam rerum omnium in Locis praesertim ab ejus residentia remotis executionem unam, seu plures, personam vel personas in simili, vel alia Dignitate Ecclesiastica constitutam, vel constitutas subdelegare, et tam ipse *Josephus*, quam persona, vel personae ab eo sic subdeleganda, vel subdelegandae super quacumque oppositione, in actu executionis hujusmodi quomodolibet forsan oritura, servatis tamen de jure servandis etiam definitive, et quacumque appellatione remota pronunciare libere item, ac licite possint, et valeant, ac quilibet eorum respective possit et valeat.

Auf dass aber Alles, was hier verordnet worden, gehörig, gut und bald ins Werk gerichtet werde, ertheilen Wir dem mehrgedachten Bischofe *Joseph* von Ermland, als angeordneten Vollzieher dieses Briefes, alle und jede Vollmachten, so zu diesem Geschäfte nöthig oder dienlich sind, auf dass er, nach vorgängiger Ausstattung mittelst der, in rechtsgültiger Form abzufassenden Urkunden, zur Errichtung oder neuen Gestaltung einer jeden Kirche, wie auch ihres Kapitels, desgleichen zur Umschreibung ihres Sprengels vorschreiten, auch alles Uebrige, wie vorbeschrieben ist, ausrichten und ordnen möge, als wozu Wir ihm hiermit Unser apostolisches Ansehen leihen. Ferner legen Wir Ihm, dem Bischofe *Joseph*, die Befugniss bei: zu desto vollkommener Vollziehung dieser Sachen, zumal an Orten, die von seinem Aufenthalte weit entlegen sind, Eine oder auch mehrere Personen, die in gleicher oder anderer kirchlichen Würde stehen, statt seiner mit Vollmacht zu versehen. Und sowohl er selbst als jene Person oder Personen, so er mit Vollmacht versehen haben wird, sollen ermächtigt seyn, über jeden Einwand, der vielleicht bei Gelegenheit der Vollziehung dieses Briefs gemacht werden dürfte, mit Beobachtung jedoch der Formen des Rechts, schliesslich und ohne Verstattung einiger Berufung zu erkennen.

Eidem vero *Josepho* Episcopo expresse injungimus, ac mandamus ut exempla singulorum actorum tam per se, quam per ab eo Subdelegatos in praesentium Literarum executionem conficiendorum intra Quadrimestre ab expleta ipsarum executione ad hanc Apostolicam Sedem in authentica forma transmittat in Archivio Congregationis rebus Consistorialibus praepositae de more asservanda.

Praesentes autem Literas, et in eis contenta, ac statuta quaecumque, etiam ex eo quod quilibet in praemissis, vel in eorum aliquo jus, aut interesse habentes, vel quomodolibet etiam in futurum habere praetendentes cujusvis status, ordinis, conditionis, et praeeminentiae, ac etiam specifica, expressa, et individua mentione digni sint, illis non consenserint, seu quod aliqui ex ipsis ad praemissa minime vocati, vel etiam nullimode, aut non satis auditi fuerint, sive ex alia qualibet etiam laesionis, vel alia juridica privilegiata, ac privilegiatissima causa, colore, praetextu, et capite etiam in corpore juris clauso, nullo unquam tempore de subreptionis, vel obreptionis, aut nullitatis vitio, seu intentionis Nostrae, vel interesse habentium consensus, aliove quolibet defectu quantumvis magno, inexcogitato,

Wir machen aber auch dem besagten Bischofe *Joseph* zur Pflicht und gebieten ihm, dass er Abschriften aller Verhandlungen, so sich auf die Vollziehung gegenwärtigen Briefes beziehen, sowohl seiner eignen als derer, die er statt seiner bevollmächtigt haben wird, innerhalb vier Monate nach vollbrachter Vollziehung, in beglaubigter Gestalt, an diesen apostolischen Stuhl überschicke, damit solche in dem Archiv der Versammlung, die über die Konsistorial-Angelegenheiten gesetzt ist, altem Gebrauche gemäss, aufbewahrt werden mögen.

Es soll aber dieser Brief und Alles was darin enthalten und beschlossen ist, weder darum: dass die, oder die, so an dem Vorbesagten, ganz oder theilweise, berechtigt oder betheiligt sind, oder auch erst künftig zu seyn behaupten (sie mögen seyn, wes Standes oder Ranges sie wollen, selbst ausdrücklicher und namentlicher Meldung würdig) nicht darein gewilligt; oder dass Einige aus ihnen nicht dazu gerufen, oder gar nicht, oder nicht genugsam angehört; noch selbst um Verletzung Willen, oder aus einem andern in den Rechten noch so sehr begünstigtem Grunde, Anschein, Vorwand, oder Verfügung, selbst des geschlossenen kanonischen Gesetzbuchs, weder als erschlichen, oder nichtig, oder Unserer wahren Willensmeinung und der Beistimmung der Betheiligten ermangelnd, oder mit einem andern, noch so grossen

substantiali, ac substantialissimo, sive etiam ex eo quod in praemissis Solemnitates, et quaecumque alia forsan servanda, et adimplenda, minime servata, et adimpleta, seu causae propter quas praesentes emanaverint non sufficienter adductae, vereficatae, et justificatae fuerint, notari, impugnari, aut alias infringi, suspendi, restringi, limitari, vel in controversiam vocari, seu adversus eas restitutionis in integrum, aperitionis oris, aut aliud quodcumque Juris, facti, vel justitiae remedium impetrari, aut sub quibusvis, contrariis constitutionibus, revocationibus, suspensionibus, limitationibus, decretis, aut declarationibus, generalibus, vel specialibus quomodolibet factis minime posse comprehendi, sed semper ab illis exceptas esse, et fore, ac tamquam ex Pontificiae Providentiae Officio certa scientia, et potestatis plenitudine Nostris factas, et emanatas, omnimoda firmitate perpetuo validas, et efficaces existere, et fore, suosque plenarios et integros effectus sortiri, et obtinere, ac ab omnibus ad quos spectat, et spectabit quomodolibet in futurum perpetuo, et inviolabiliter observari, ac supradictarum Ecclesiarum Episcopis, et Capitulis aliisque, quorum favorem praesentes Nostrae Literae concernunt perpetuis futuris temporibus ple-

und wesenhaften Gebrechen, wie es immer ausgedacht werden möge, behaftet; noch auch darum: dass die Feierlichkeiten und Formen nicht gehörig beobachtet und vollbracht; oder dass die Ursachen, um derentwillen Vorgedachtes ergangen ist, nicht genugsam angeführet, nachgewiesen und gerechtfertigt worden, jemals können in Anspruch genommen, angefeindet, entkräftet, ausgesetzt, beschränkt, beschnitten, in Zweifel gezogen, noch dagegen Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Erlaubniss zu reden, oder irgend ein anderes Rechtsmittel der Form oder des Thatbestandes zugestanden werden. Auch soll dieser Brief unter die Verfügung der ihm etwa widerwärtigen Verordnungen, Widerrufe, Suspensionen, Beschränkungen, Aufhebungen, Veränderungen, Verfügungen und Erklärungen, allgemeinen und besonderen, keineswegs begriffen, vielmehr gänzlich davon ausgenommen seyn und bleiben, und als von Uns, aus päbstlicher Fürsorge, gewisser Erkenntniss und Fülle apostolischer Gewalt erlassen, sich durchaus vollkommner Kraft und Gültigkeit erfreuen, mithin zu seiner vollen Wirksamkeit gelangen, und zukünftig von Allen, die es angeht und angehen wird, beständig und unverbrüchlich beobachtet werden; auch den Bischöfen und Kapiteln vorgedachter Kirchen und anderen darin mit Gunst bedachten Personen zu ewigen Zeiten in alle Wege zum

nissime suffragari debere, eosdemque super praemissis omnibus, et singulis, vel illorum causa ab aliquibus quavis auctoritate fungentibus quomodolibet molestari, perturbari, inquietari, vel impediri, neque ad probationem, seu verificationem quorumcumque in iisdem praesentibus narratorum nullatenus unquam teneri, neque ad id in judicio, vel extra cogi, seu compelli posse, et si secus super his a quoquam quavis auctoritate scienter vel ignoranter contigerit attentari irritum, et prorsus inane esse, ac fore volumus, atque decernimus.

Non obstantibus de jure quaesito non tollendo, de suppressionibus committendis ad partes vocatis quorum interest, aliisque Nostris, et Cancellariae Apostolicae regulis, nec non dictarum Ecclesiarum etiam confirmatione Apostolica, vel quavis firmitate alia roboratis statutis, et consuetudinibus etiam immemorabilibus privilegiis, quoque Indultis, et Concessionibus quamvis specifica, et individua mentione dignis, omnibusque et singulis Apostolicis, ac in Synodalibus, Provincialibus, et Universalibus Conciliis editis specialibus, vel generalibus Constitutionibus, et ordinationibus, quibus omnibus, et singulis eorumque totis tenoribus, ac formis, etiam si specialis, specifica, et indi-

Nutzen gereichen. Sie sollen daher, in Betreff des Vorgedachten und aus dessen Anlass von Niemanden, er sey welches Ansehens er wolle, belästiget, gestöret, beunruhigt oder gehindert werden; auch nicht zum Beweise oder zur Bekräftigung dessen, was in diesem Briefe geschichtlich angeführt ist, verpflichtet seyn, und dazu weder im Gerichte noch aussergerichtlich jemals können angehalten werden. Und falls es sich zutrüge, dass Jemand, welches Ansehens er auch sey, wissentlich oder unwissentlich hiergegen handelte; soll solches als null und nichtig angesehen werden.

Auch soll nicht dawider seyn: „dass wohlerworbene Rechte nicht aufzuheben,“ ferner: „dass bei Suppressionen die Betheiligten zu hören“ und was dergleichen Unserer und der apostolischen Kanzlei Regeln mehr sind. So auch nicht der gedachten Kirchen mit päbstlicher oder sonstiger Bestätigung versehene Statuten, uralte Gewohnheiten, auch Privilegien, Indulte und Verleihungen von noch so besonderem Inhalt, selbst ausdrücklicher Meldung Würdige. Auch nicht die von den Päbsten und in den Provinzial- oder General-Synoden ausgegangene Verordnungen und Beschlüsse aller Art, die Wir vielmehr sammt und sonders, ihrem ganzen Inhalte und ihrer Form nach, und (dafern deren

vidua mentio, seu quaevis alia expressio habenda, aut aliqua alia exquisita forma ad hoc servanda foret illorum tenores, ac si de verbo, ad verbum, nihil penitus omisso, et forma, in illis tradita, observata, inserti forent, praesentibus pro expressis habentes ad praemissorum omnium, et singulorum effectum latissime, et plenissime, ac specialiter, et expresse ex certa scientia, et potestatis plenitudine paribus derogamus, et derogatum esse declaramus, caeterisque contrariis quibuscumque.

Volumus praeterea, ut harum Literarum Nostrarum Transumptis, etiam impressis, manu tamen alicujus Notarii Publici subscriptis, et Sigillo Personae in Ecclesiastica Dignitate constitutae munitis, eadem prorsus fides ubique adhibeatur, quae ipsis praesentibus adhiberetur si forent exhibitae vel ostensae.

Nulli ergo omnino hominum liceat hanc paginam Nostrae suppressionis, extinctionis, annullationis, restitutionis, erectionis, unionis, dismembrationis, disjunctionis, separationis, aggregationis, applicationis, circumscriptionis, concessionis, Indulti, elargitionis, assignationis, suppletionis, subjectionis, attributionis, statuti, declarationis, commissionis, deputationis, Mandati, Decreti, derogationis, et voluntatis infringere, vel ei ausu temera-

besondere ausdrückliche und eigentliche Erwähnung nöthig oder dazu eine andere besondere Weise erforderlich wäre) gleich als ob ihr Inhalt von Wort zu Wort, nichts ausgelassen, hier eingetragen, und in jener Form genau beobachtet worden wäre, aus apostolischer Gewalt, soweit es dessen zur Vollziehung und Ausführung alles Vorgedachten bedarf, hierdurch gänzlich entkräften; wie auch in gleicher Weise alles Uebrige, was Obigem entgegenstehet.

Auch wollen Wir, dass den Abschriften dieses Briefes, selbst Abdrücken, die durch Unterschrift eines öffentlichen Notars beglaubigt, und mit dem Siegel einer Person, die in kirchlicher Würde steht, versehen sind, überall, wo sie dargereicht und vorgezeigt werden, gleicher Glaube, wie der Urschrift, zu Statten kommen soll.

Niemand also, wer er auch seyn möge, soll diesen Unsern Brief der Aufhebung, Erlöschung, Vernichtung, Herstellung, Errichtung, Vereinigung, Theilung, Trennung, Absonderung, Beifügung, Zuwendung, Umschreibung, Verleihung, Verstattung, Gewährung, Ueberweisung, Ergänzung, Unterwerfung, Beilegung, Satzung, Erklärung, Ueberlassung, Abordnung und Beauftragung, Beschliessung, Aufhebung und Willensäusserung, auf irgend eine Weise brechen oder fre-

rio contraire, si quis autem hoc attentare praesumpserit Indignationem Omnipotentis Dei, ac Beatorum Petri et Pauli Apostolorum ejus se noverit incursurum.

Datum Romae apud Sanctam Mariam Majorem Anno Incarnationis Dominicae millesimo octingentesimo Vigesimo primo Decimo Septimo Kalendas Augusti. Pontificatus Nostri Anno Vigesimo secundo.

ventlich dagegen handeln. Wer aber solches zu thun wagt, soll wissen, dass er die Ungnade des allmächtigen Gottes und seiner heiligen Apostel Petrus und Paulus auf sich lenke.

Gegeben Rom an der Kirche der heiligen Maria, der Aelteren, im Jahre nach der Menschwerdung d. H. 1821. den 16. Tag des M. Julius. Unseres Oberhirten-Amtes im 22. Jahre.

2.

Königliche Sanction vorstehender päpstlichen Bulle, datirt Berlin den 23. August 1821 *).

Da die Mir von Ihnen vorgelegte päbstliche Bulle, welche mit den Worten: de salute animarum anhebt, und aus Rom vom 16ten Juli d. J. (XVII. Cal. Aug.) datirt ist, nach ihrem wesentlichen Inhalte mit jener Verabredung zusammenstimmt, die unter dem 25sten März d. J. in Betreff der Einrichtung, Ausstattung, und Begränzung der Erzbisthümer und Bisthümer der Katholischen Kirche des Staats, und aller darauf Bezug habenden Gegenstände, getroffen, auch von Mir bereits unter dem 9ten Juni d. J. genehmigt worden ist; so will Ich, auf Ihren Antrag, auch dem wesentlichen Inhalt dieser Bulle, nämlich dem, was die auf vorerwähnte Gegenstände sich beziehenden sachlichen Verfügungen betrifft, hierdurch Meine Königliche Billigung und Sanction ertheilen, Kraft deren diese Verfügungen als bindendes Statut der Katholischen Kirche des Staats von allen die es angeht zu beobachten sind.

Diese Meine Königliche Billigung und Sanction ertheile Ich, vermöge Meiner Majestätsrechte, und diesen Rechten, wie auch

*) Aus der Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preussischen Staaten, Num. 12, 1821.

allen Meinen Unterthanen Evangelischer Religion, und der Evangelischen Kirche des Staats, unbeschadet.

Demnach ist ein Abdruck dieser Bulle in die Gesetzsammlung aufzunehmen, und für die Ausführung derselben durch das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten zu sorgen.

Berlin, den 23sten August 1821.

Friedrich Wilhelm.

An
den Staats-Kanzler Herrn Fürsten
von Hardenberg.

IV.

Urkunde des Hannövrischen Konkordats. *)

Bulla circumscriptionis Dioecesium Regni Hannoverani.

Leo Episcopus, Servus Servorum Dei.

Ad perpetuam rei memoriam.

Impensa Romanorum Pontificum sollicitudo, qua in universae Catholicae Ecclesiae bonum advigilant, ad ea procuranda ipsos compellit, quibus fidelis Populi commoditati consulatur, ut pro locorum, ac temporum ratione facilius ad ea pertrahatur, quae sint Divini Cultus, quaeque ad aeternam animarum salutem valeant conducere. Hinc assiduis ipsi studiis in id semper connisi sunt, ut Dominico Gregi nunquam deessent Pastores, qui eum in salutaria pascua deducerent, et in justitiae semitis retinerent.

Id sane potissimum intendit Praedecessor Noster felicis recordationis *Pius Septimus* pro cura, quam in Religionis utilitates, ubi maxime de ipsius discrimine metuendum videbatur, enixe impendebat, quando post teterrimas praeteritorum temporum calamitates omnibus in tota Germania Episcopalibus Sedibus opportune prospicere studuit, cogitationesque suas pariter convertit ad duas antiquitate, et dignitate praestantes Ecclesias Hildesimensem scilicet, atque Osnabrugensem, quae usque a

*) Aus *Droste-Hülshoff*: Grundsätze des gemeinen Kirchenrechts der Katholiken und Evangelischen. Münster, 1828.

Caroli Magni aevo suam ducunt originem, quaeque nunc intra fines Hannoveriani Regni continentur.

Re propterea collata cum Serenissimo *Georgio Quarto* Regnorum Magnae Brittaniae, et Hiberniae unitorum, nec non Hannoverae Rege, ac Brunswicensi, et Luneburgensi Duce, laudatus pontifex, auditis etiam nonnullis ex Venerabilibus Fratribus Nostris Sanctae Romanae Ecclesiae Cardinalibus, de faciliori ratione deliberandum censuit, quae in tanta rerum conversione occurrebat, unice ad binas illas Episcopales Sedes cum suis Capitulis aliquo pacto conservandas, atque ad dotem ipsis, ac Dioeceses, quo posset aptius praefiniendas.

Cumque Nos, meritis licet imparibus, ad Summi Pontificatus apicem Divina sic disponente benignitate fuerimus evocati, in id etiam sedulo incumbere debuimus, ne de illa Catholici Gregis portione minus solliciti videremur. Perspeximus quidem a Sacrorum Canonum rigore haud mediocriter temperandum fuisse, multumque locorum, temporum, ac personarum conditioni, aliisque id genus peculiaribus adjunctis tribuendum: Ast cum maxime congruat, Praedecessorum vestigiis inhaerere, atque ad exitum perducere, quae *Pius Septimus* morte praeventus nequivit Apostolicae Auctoritatis munimine roborare, novum in Hannoveriano Regno Ecclesiarum, et Capitulorum statum novosque Dioecesium limites ad eorum normam, quae laudatus Praedecessor duxerat admittenda, constitui necessarium conspeximus.

Habentes igitur pro expressis, ac de verbo ad verbum prolatis iis omnibus, quae praedictarum Ecclesiarum, et Capitulorum anteriora jura, privilegia, ac praerogativas respiciunt, et consensui supplentes eorum omnium, quorum intersit, de Apostolicae potestatis plenitudine, praevia omnimoda suppressione, extinctione, et cessatione prioris status earundem Ecclesiarum, et Capitulorum, decernimus, quod ex nunc in posterum Capitulum Cathedralis Ecclesiae Hildesimensis efformetur ab unica Decanatus Dignitate, et Sex Canonicis, ac quatuor Vicariis, seu Praebendatis.

Mensae Episcopalis annui redditus erunt in Summa Quatuor mille thalerorum monetae conventionalis, ut infra perci-

piendorum, ac insuper aedes pro decenti habitatione, si non adsint, noviter Episcopo erunt attribuendae.

Decanus Capituli Cathedralis annuo redditu Thalerorum mille quingentorum monetae conventionalis, duo Canonici Seniores mille quatuorcentum, tertius, et quartus Canonicus mille, postremi duo Canonici octingentorum, ac quatuor Vicarii, seu Praebendati quatuorcentum ut infra percipiendorum, respective gaudebunt, atque insuper Decanus, quilibet Canonicus, et duo Vicarii in ordine priores Domos habebunt, unicuique eorum Praebendae assignandas.

Ad hujusmodi autem redditus constituendos praefatus *Georgius* Rex spopondit intra quadriennium a data praesentium numerandum tot Fundos, ac bona stabilia, Decimas, et Census reales iisdem Episcopo, et Capitulo ea, qua singulis par est quantitate, se traditurum, quot praedictis annuis adsignatis redditibus ab omni cujuscumque generis onere prorsus liberis et immunibus respondeant, ita tamen, ut antea per infrascriptum harum Literarum Exequutorem Apostolicae Sedis judicio subjiciantur, quo accurate perpensa necessariam ab ipsa adprobationem nanciscantur. Interea vero, donec isthaec reddituum adsignatio in Fundis ac Bonis stabilibus, Decimis, Censibusque Realibus locum habeat, memoratae Summae Episcopo, et Capitulo a Thesauro Regio quotannis in pecunia numerata integre, ac libere erunt persolvendae.

Quod vero spectat Ecclesiam Osnabrugensem, quoniam praesentes rerum circumstantiae utramque Ecclesiam dotari posse non sinunt, nova ipsius Osnabrugensis Episcopalis Mensae, Capituli, ac Seminarii dotatio suspensa perstet: usquedum necessaria ad id suppetant media, quo casu in fundis, bonis stabilibus, decimis, censibusque realibus erit perficienda. Atque tunc Osnabrugensis Episcopus non secus ac Episcopus Hildesimensis annuo redditu Quatuor millium Thalerorum monetae conventionalis in supramemoratis bonis gaudebit, Capitulum eodem, ac Hildesimense Capitularium, et Vicariorum numero constabit, paresque redditus annui eisdem respective assignabuntur; nec non Episcopali Seminario ea reddituum annua summa tribuetur, quae necessitatibus, et utilitati Dioecesis valeat respondere.

Quamdiu autem Episcopatus Osnabrugensis dotatio suspensa manebit, Episcopali Mensae Hildesimensi augmentum bismille Thalerorum e Bonis Ecclesiasticis in Provincia Osnabrugensi sitis percipiendorum, itemque Decano Hildesimensis Capituli augmentum tercentum Thalerorum assignabitur, ab ipsis annuatim respective percipiendorum, perdurante tantummodo praedicta dotationis Episcopatus Osnabrugensis suspensione.

Atque interea, ne Dioecesis Osnabrugensis, cui ob eas rationes designari in praesens Antistes nequit, legitimo careat Rei Sacrae regimine, mandamus, ut Venerabilis Frater *Carolus de Gruben*, Episcopus Parensis in partibus Infidelium, ejusdemque Osnabrugensis Ecclesiae suffraganeus Dioecesim ipsam, quoad vixerit, gubernare prosequatur, eoque defuncto Hildesimensis pro tempore Episcopus Dioecesim quoque Osnabrugensem facultatibus ad id ab Apostolica Sede qualibet vice sibi speciatim delegandis administrare, suumque Vicarium in Spiritualibus Generalem, qui in Civitate Osnabrugensi resideat, debeat adsciscere. Qui quidem Vicarius, dummodo vere dignus, et idoneus judicatus fuerit, a Romano Pontifice titulo alicujus Episcopalis Ecclesiae in partibus Infidelium, servatis omnibus servandis, decorabitur ad hoc, ut Pontificalia in ipsa Civitate, et Dioecesi Osnabrugensi exercere possit, et valeat. Eidem idcirco Vicario Generali Osnabrugensi pro sua, et Episcopalis Curiae dotatione annua persolvenda erit summa trium millium Thalerorum monetae conventionalis a praelaudati Serenissimi Regis liberali munificentia promissa, quae in ipsius Vicarii Generalis congruam, et in annuam laboribus respondentem mercedem Ecclesiasticorum, qui suam eidem in ea procuratione operam commodabunt erit impendenda.

Donec autem proprium Osnabrugense Seminarium erigi potuerit, hujusce Dioecesis Clerici alentur, atque educabuntur in Episcopali Seminario Hildesimensi, cui propterea bona, ac redditus, quibus actu gaudet, integre conservabuntur: quod idem dictum volumus de bonis ac redditibus in tuitionem Aedium Sacrarum, tam Hildesimensis, quam Osnabrugensis, atque in sumptus Divini Cultus, ac Ministrorum mercedem adsignatis.

Quotiescumque vero aliqua ex supradictis Sedibus Episcopalibus, tam Hildesimensi, quam Osnabrugensi, quae ambae per-

petuis futuris temporibus immediate subjectae erunt Apostolicae Sedi, vacaverit, illius Cathedralis Ecclesiae Capitulum intra Mensem a die vacationis computandum Regios Ministros certiores fieri curabit de nominibus Candidatorum e Clero totius Regni selectorum, quorum unusquisque trigesimum suae aetatis annum ad minimum compleverit, et indigenatu praeditus sit, studia in Theologia, et Jure Canonico cum laude absolverit, curam animarum, aut munus Professoris in Seminariis egregie exercuerit, aut in administrandis negotiis Ecclesiasticis excelluerit, optima fama gaudeat, sana doctrina, et integris sit moribus. Ac si forte aliquis ex Candidatis ipsis Gubernio sit minus gratus, Capitulum e catalogo eum expunget, reliquo tamen manente sufficienti Candidatorum numero, ex quo novus Episcopus elegi valeat. Tunc vero Capitulum ad Canonicam Electionem in Episcopum unius ex Candidatis, qui supererunt, juxta consuetas formas procedet, ac documentum electionis in forma authentica intra mensem ad Summum Pontificem perferri curabit.

Confectio autem Processus informativi super qualitatibus Promovendorum ad regimen Episcopalium Ecclesiarum Regni Hannoveriani, vel Episcopo alterius Sedis non vacantis, vel Ecclesiastico illius Regni Viro in Dignitate constituto a Romano Pontifice committetur, et ad formam Instructionis ab Apostolica Sede in singulis casibus transmittendae exarabitur, quo accepto Summus Pontifex, si compererit Promovendum instructum iis dotibus, quas Sacri Canones in Episcopo requirunt, eum, quocitius fieri poterit, juxta statutas formas per Apostolicas Litteras confirmabit.

Si vero, aut Electio minime fuerit Canonice peracta, aut Promovendus praedictis dotibus instructus non reperiatur, ex speciali gratia indulgemus, quod Cathedrale Capitulum ad novam Electionem ut supra Canonica methodo valeat procedere.

Novus Episcopus ab altero Regni Episcopo jam consecrato, atque facultatem expresse ad id ab Apostolica Sede habente, assistentibus duobus aliis Episcopis ad hoc rogatis, et in eorum defectum duobus Praelatis Pontificalium usum Habentibus, vel his quoque deficientibus duobus Presbyteris e Regni Clero in Ecclesiastica Dignitate constitutis, consecrabitur.

In Capitularium numerum alii non admittentur, nisi qui

indigenatu, et qualitatibus a Sacris Canonibus requisitis praediti sint, triginta saltem annorum aetatem habeant, et in Presbyteratus Ordine sint constituti, quique in exercenda cura Animarum, vel in alio obeundo Ecclesiastico Ministerio, vel Professoris munere in Seminario Episcopali conspicuos sese reddiderint.

Quotiescumque vero Decanatus, aut Canonicatus, vel Vicariatus in Cathedralibus vacaverit, Episcopus, et Capitulum alternis vicibus intra sex hebdomadas a die vacationis proponent quatuor Candidatos supraenuntiatis praeditos qualitatibus. Quod si forte aliquis ex ipsis Candidatis Gubernio invisus, aut suspectus sit, id quamprimum Episcopo respective, aut Capitulo indicari poterit, ut expungatur: tunc autem Episcopus ad collationem Decanatus, Canonicatus, aut Vicariatus, vel respective Capitulum intra quatuor hebdomadas procedet ad nominationem unius ex Personis Gubernio non invisis, nec suspectis, cui Episcopus canonicam dabit Institutionem.

Ad novam nunc procedendo circumscriptionem Dioecesium Episcopatus Hildesimensis, qui actu a Venerabili Fratre *Francisco Egone a Fürstenberg* moderno ejus Episcopo gubernatur, et Osnabrugensis, qui suo a pluribus annis orbatus Pastore a supramemorato *Carolo* Episcopo Parensi, ac ejusdem Osnabrugensis Ecclesiae Suffraganeo cum Apostolicis sibi delegatis facultatibus administratur, praevia dismembratione, separatione, ac immutatione a quorumcumque Metropolitanorum, Episcoporum, seu Ordinariorum, ac Vicariorum Apostolicorum jurisdictione, superioritate, ac potestate omnium, et singularum Civitatum, Terrarum, ac Paraeciarum intra Regni Hannoveriani limites comprehensarum decernimus, prout a *Pio VII.* Praedecessore Nostro designatum fuerat, ut Regnum ipsum in duas omnino Dioeceses a cursu fluminis Visurgis vulgo — Weser — nuncupati tanquam suis limitibus separatas dividatur, ita ut Paraeciae ad dexteram ejusdem Fluminis partem sitae Dioecesi Hildesimensi, Paraeciae autem ad sinistram Visurgis Ripam positae Dioecesi Osnabrugensi respective assignentur, prout sequitur, videlicet:

Dioecesis Hildesimensis efformabitur a sequentibus quinquaginta quinque Parochialibus Ecclesiis ad ipsam Hildesimensem Dioecesim jam pertinentibus, nempe — Achtum — Adlum —

Ahrbergen — Gross-Algermissen — Asel — Bauenstedt — Bettmar — Bilderlah — Bokenem — Bolzum — Borsum — Dettfurt — Dingelbe — Dinkler — Dorstadt — Gross-Düngen — Emmerke — Gross-Giesen — Grasdorf — Grauhoff — Gronau — Goslar — Harsum — Heinig — Ecclesiae Cathedralis — S. Godehardi — S. Magdalenae — SSmae Crucis — in Civitate Hildesheim sitae — Hennekenrode — Himmelsthür — Hohenhameln — Hunnesrück — Itzum — Lamspringe — Liebenburg — Marienrode — Moritzberg — Ottbergen — Peina Poppenburg — Ringelheim — Ruthe — Schladen — Söder — Söhre — Sorsum — Soltrum — Steinbruck — Vienenburg — Gross-Vörste — Westfeld — Wiedelah — Winzenburg — Wöhle — Woldenberg —; Atque insuper a viginti Parochialibus, ac tredecim Curatis Succursalibus nuncupatis Ecclesiis in Provincia Eichsfeldiae positis, et antiquae Metropolitanae Ecclesiae Moguntinae, seu Ratisbonensi olim subjectis, quae in praesentiarum a Venerabili Fratre *Carolo Friderico de Wendt* Episcopo Basinopolitano in partibus Infidelium, ac Hildesimensis Ecclesiae Suffraganeo uti Vicario Apostolico administrantur, videlicet Paraecia — Duderstadt — cum tribus Succursalibus Ecclesiis — Gerblingerode — Fisslingerode, et — Westerode — nuncupatis, ac Paraeciis — Breitenberg — Desingerode — cum duabus succursalibus Ecclesiis — Werxhausen, — et Esplingerode — denominatis, nec non Paraeciis — Immingerode — Nesselroeden — Seulingen — Seeburg — Bernshausen — cum succursali Germershausen — atque Paraeciis — Lindau — Bilshausen — Crebeck — cum succursali — Bodensee, et Parochialibus Ecclesiis — Wolbrandshausen — Gieboldehausen — Rollshausen — Rudenshausen — Rhumspringe — cum succursali Hilkerode: — Paraecia quoque — Fuhrbach — cum duabus succursalibus — Langenhagen, — et Brochthausen, — nec non Paraecia — Oberfeld — cum succursali — Mingerode: — Paraecia quoque — Noerthen cum duabus Ecclesiis succursalibus, ac Paraecia — Renshausen — Denique a tribus Paraeciis — Hannover — Göttingen, — et Celle — vulgo nuncupatis, quae hactenus a supradicto moderno Episcopo Hildesimensi Missionum septemtrionalium Vicario Apostolico fuerunt spiritualiter gubernatae.

Dioecesis Osnabrugensis constabit ex sequentibus Decanatibus, videlicet Ex Decanatu Ecclesiae Cathedralis, et Civitatis Osnabrugensis septem continente Paraecias, quarum duae reperiuntur in Civitate ipsa Osnabrugensi, reliquae vero in ipsius Territorio, nuncupanturque — Bellm — Bissendorf — Rulle — Schledehausen, — et Wallenhorst — ex Decanatu — Iburg — vulgo denominato septem pariter complectente Paraecias, ut sequitur nuncupatas, id est — Borgloh — Glandorf — Glane Hagen — Iburg — Laer, — et Oesede; — Ex Decanatu — Fürstenau — undecim sequentes complectitur Paraecias, nempe — Berge — Fürstenau — Merzen — Neuenkirchen — Schwagsdorf — Volthlage — Alshausen — Ankum — Badbergen — Berssenbrück, — et Quakenbrück: — Ex Decanatu — Vörden — nuncupato, qui undecim sequentes complectitur Paraecias, videlicet — Lage — Malgarten — Vörden — Bomte — Hunteburg — Osterkappeln — Sanctae Annae — Gesmold — Melle — Riemsloh — Wellingholthausen; — nec non partes illas Paraeciarum — Damme, — et Neuenkirchen, — quae intra limites Regni Hannoveriani reperiuntur; Ex Archipresbyteratu inferioris Comitatus — Lingen — duodecim continente Paraecias, videlicet — Bawinkel — Beesten — Freren — Lengerich - Messingen — Schapen — Thuine — Baccum — Bramsche — Lingen — Plantlünne, — et Spelle; — nec non ex Viginti septem Paraeciis in Districtu de — Meppen — comprehensis, et ad Monasteriensem Dioecesim jam pertinentibus videlicet — Aschendorf — Beesen — Bokeloe — Börger — Dörpen — Emsbüren — Haren — Haselünne — Heede — Herzlake — Hesepe — Holte — Laten — Lorup — Meppen — Papenburg — Ecclesia Principalis, ac alia ejusdem nominis Ecclesia Succursalis — Rhede — Ruttenbrock — Steinbild — Sögel — Schepsdorff — Salzbergen — Twiest — Twiestingen — Werlte, — et Wesuwe. — Tres quoque adjunguntur Paraeciae in Frisia Orientali positae, et praefatae Monasteriensi Dioecesi jam subjectae, quae — Emden — Leer, — et Norden — vulgo nuncupantur. Et postremo octo Paraeciae, quae reperiuntur in Comitatu — de Bentheim — actu a Regno Hannoveriano in temporalibus dependentes, et hactenus a praefato Monasteriensi Episcopo gubernatae, nempe — Bentheim — Brandlecht

— Emblicheim — Laerwalde, — seu Wolda — Nordhorn — Neuenhaus — Schüttorf, — et Wiltmarschen. —

Praedictos vero Decanatus, Paroecias, et Loca Episcopis pro tempore Hildesimensi, et Osnabrugensi pro eorum respective Dioecesibus attributa, eorumque Incolas utriusque sexus, tam Clericos, quam Laicos iisdem Ecclesiis, eorumque Praesulibus pro suis respective Territorio, Dioecesi, Clero, et Populo perpetuo assignamus, et in spiritualibus omnimode subjicimus, propterea que statim ac praesentes Litterae plenariae fuerint Exequutioni mandatae, omnis Antiquorum Metropolitanorum, Ordinariorum, Vicariorum Apostolicorum, seu Administratorum jurisdictio in supradictis locis, Decanatibus, et Paroeciis cessare debebit, omnesque tunc facultates in Locis, et Partibus ab eorum jurisdictione subtractis nullius roboris, vel momenti amplius futuras declaramus.

Ut insuper commoditati Populorum sic ut supra respectivis Episcopis subjectorum consulatur, praescribimus, ut omnia, et singula documenta respicientia Ecclesias, et Loca ut supra dismembrata, et de novo applicata a veteribus Cancellariis extrahi, et Cancellariis Dioecesium, quibus erunt incorporata, debeant opportuna forma tradi, atque in iis perpetuo asservari.

Habita modo ratione reddituum Episcopalis Mensae Hildesimensis de more taxari in Florenis septingentis quinquaginta sex auri de Camera, et hujusmodi Taxam in libris Camerae Nostrae Apostolicae describi mandamus. Quod vero spectat Episcopalem mensam Osnabrugensem, quando locus factus fuerit illius dotationi ut supra enuntiatae, Ecclesiam ipsam de more taxari in Florenis sexcentum sexaginta sex Auri de Camera cum duobus tertiis, eamdemque Taxam in Libris Apostolicae Camerae similiter describi mandamus.

Denique, ut cuncta a Nobis ut supra disposita rite ad suum perducantur effectum, supradictum *Franciscum Egonem* Episcopum Hildesimensem in harum Litterarum Apostolicarum Exequutorem cum omnibus, et singulis necessariis, et opportunis facultatibus deputamus, ut praeviis respectivis dotationibus in valida forma perficiendis ad uniuscujusque Ecclesiae cum suo Capitulo novam Ordinationem, ac respectivi Territorii Dioecesani Circumscriptionem procedere, aliaque omnia ut supra or-

dinata peragere, et statuere, delegata sibi Apostolica Auctoritate libere, ac licite possit, et valeat, atque ulterius ipsi *Francisco Egoni* Episcopo facultatem pariter tribuimus, ut ad plenam rerum omnium in locis praesertim ab ejus residentia remotis Exequutionem quamcumque Personam, seu Personas in Ecclesiastica Dignitate constitutam, vel constitutas subdelegare, ac tam ipse, quam Persona, vel Personae ab eo sic subdelegandа, vel subdelegandae super quacumque oppositione in Actu Exequutionis hujusmodi quomodolibet forsan oritura, servatis tamen de jure servandis, etiam definitive, et quacumque appellatione remota pronunciare, libere item, ac licite possint, et valeant, ac quilibet eorum respective possit, et valeat.

Eidem insuper *Francisco Egoni* Episcopo expresse iniungimus, ut exempla singulorum Actorum, tam per se, quam suos subdelegatos in harum litterarum Exequutionem conficiendorum, intra quadrimestrem ab ipsarum expleta Exequutione ad Apostolicam Sedem in authentica forma transmittat in Archivio Congregationis rebus Consistorialibus praepositae de more asservanda.

Praesentes autem Litteras, et in eis contenta, ac statuta quaecumque, etiam ex eo quod quilibet in praemissis, vel in eorum aliquo jus, aut interesse habentes, vel quomodolibet etiam in futurum habere praetendentes, cujusvis status, ordinis, conditionis, et praeeminentiae ac etiam specifica, expressa, et individua mentione digni sint, illis non consenserint, seu quod aliqui ex ipsis ad praemissa minime vocati, vel etiam nullimode, aut non satis auditi fuerint, sive ex qualibet etiam laesionis, vel alia juridica, privilegiata, ac privilegiatissima causa, colore, praetextu, et capite etiam in corpore juris clauso, nullo unquam tempore de subreptionis, vel obreptionis, aut nullitatis vitio, seu intentionis Nostrae, vel interesse habentium consensus, aliove quolibet defectu quantumvis magno inexcogitato, substantiali, ac substantialissimo sive etiam ex eo, quod in praemissis solemnitates, et quaecumque alia forsan servanda, et adimplenda minime servata et adimpleta, seu causae, propter quas praesentes emanaverint, non sufficienter adductae, verificatae, et justificatae fuerint, notari, impugnari, aut alias infringi, suspendi, restringi, limitari, vel in controversiam vocari, seu

adversus eas restitutionis in integrum, aperitionis oris, aut aliud quodcumque juris, vel facti, aut justitiae remedium impetrari, aut sub quibusvis contrariis Constitutionibus, Revocationibus, Suspensionibus, limitationibus, derogationibus, modificationibus, decretis, aut declarationibus generalibus, vel specialibus quomodolibet factis minime posse comprehendi, sed semper ab illis exceptas esse, et fore, ac tamquam ex Pontificiae providentiae Officio, certa scientia, et potestatis plenitudine Nostris factas, et emanatas omnimoda firmitate perpetuo validas, et efficaces existere, et fore, suosque plenarios et integros effectus sortiri et obtinere, ac ab omnibus, ad quos spectat et spectabit quomodolibet in futurum, perpetuo et inviolabiliter observari, ac supradictarum Ecclesiarum Episcopis, et Capitulis, aliisque, quorum favorem praesentes Nostrae Litterae concernunt, perpetuis futuris temporibus plenissime suffragari debere, eosdemque super praemissis omnibus, et singulis, vel illorum causa ab aliquibus quavis auctoritate fungentibus quomodolibet molestari, perturbari, inquietari, vel impediri, neque ad probationem, seu verificationem quorumcumque in eisdem praesentibus narratorum nullatenus unquam teneri, neque ad id in Judicio vel extra cogi, seu compelli posse; et si secus super his a quoquam quavis auctoritate scienter, vel ignoranter contigerit attentari, irritum, et prorsus inane esse, ac fore volumus, atque decernimus.

Non obstantibus de jure quaesito non tollendo de suppressionibus committendis ad partes vocatis, quorum interest, aliisque Nostris et Cancellariae Apostolicae regulis, nec non dictarum Ecclesiarum etiam confirmatione Apostolica, vel quavis firmitate alia roboratis, statutis, et consuetudinibus, etiam immemorabilibus, privilegiis quoque, Indultis, et Concessionibus quamvis specifica, et individua mentione dignis, omnibusque, et singulis Apostolicis, ac in Synodalibus, Provincialibus, et Universalibus Conciliis editis, specialibus, vel generalibus Constitutionibus, et Ordinationibus: Quibus omnibus, et singulis, eorumque totis tenoribus ac formis, etiamsi specialis, specifica, et individua mentio, seu quaevis alia expressio habenda, aut aliqua alia exquisita forma ad hoc servanda foret, illorum tenores ac si de verbo ad verbum nil penitus omisso, et forma

in illis tradita observata inserti forent, praesentibus pro expressis habentes ad praemissorum effectum latissime, et plenissime, ac specialiter et expresse derogamus, et derogatum esse declaramus, caeterisque contrariis quibuscumque.

Volumus item, ut harum Litterarum Nostrarum Transsumptis etiam impressis manu tamen alicujus Notarii publici subscriptis, et sigillo Personae in Ecclesiastica Dignitate constitutae munitis, eadem prorsus fides adhibeatur, quae ipsis praesentibus adhiberetur, si forent exhibitae vel ostensae.

Nulli ergo omnino hominum liceat hanc paginam Nostrae Suppressionis, Extinctionis, Annullationis, Dismembrationis, Separationis, Unionis, Circumscriptionis, Assignationis, Indulti, Subjectionis, Suppletionis, Declarationis, Deputationis, Commissionis, Mandati, Decreti, Derogationis, et Voluntatis infringere, vel ei ausu temerario contraire: Si quis autem hoc attentare praesumpserit, Indignationem Omnipotentis Dei, ac Beatorum Petri et Pauli Apostolorum ejus se noverit incursurum.

Datum Romae apud Sanctam Mariam Majorem Anno Incarnationis Dominicae Millesimo Octingentesimo Vigesimo Quarto Septimo Kalendas Aprilis. Pontificatus Nostri Anno Primo.

A. G. Card. Pro-Datarius.
J. Card. *Albanus.*

Visa de Curia:

D. Testa.

Loco † Plumbi.

F. Lavizzarius.

V.

Urkunden des Konkordats für die in der Oberrheinischen Kirchenprovinz begriffenen Länder und Städte: Würtemberg, Baden, beide Hessen, Nassau, Frankfurt u. A., und darauf Bezug habende Aktenstücke.

1.

Bulla Erectionis et Circumscriptionis de decimo septimo Kalendas Septembris 1821.

Pius Episcopus servus servorum Dei. Ad perpetuam rei memoriam. Provida solersque Romanorum Pontificum sollicitudo in iis componendis, et ordinandis, quae ad aptiorem Dominici gregis custodiam ac procurationem ex ipsa etiam temporum ac locorum natura magis expedire dignoscantur, eos adigit ad novas Episcopales sedes quandoque constituendas, et quandoque illarum aliquas transferendas, ut Domino messis benedicente, aptiora exinde in fidelis Populi spirituale bonum praesidia queant comparari. Statim ac itaque reddita fuit Germaniae tranquillitas, Nos ad componendas res Ecclesiasticas in praeterita temporum calamitate perturbatas continuo direximus curas Nostras, iisque in Bavariae regno, quatuor abhinc annis opportune ordinatis, Nostras pariter sollicitudines absque mora convertimus ad illos omnes Orthodoxae fidei Cultores, qui actu subsunt dominationi serenissimorum Principum statuumque Germaniae, nempe Regis Wirtembergiae, Magni Ducis Badensis, Electoris Hassiae, Magni Ducis Hassiae, Ducis Nassoviae, liberae civitatis Francofurtensis, Magni Ducis Megalopolitani, Ducum Saxoniae, Ducis Oldenburgensis, Principis Waldeccensis, ac Liberarum Civitatum Hanseaticarum Lubeccensis et Bremensis, qui sese paratos ostendendo ad omnem operam dandam pro Episcopatuum ab Apostolica sede vel erigendorum, vel instaurandorum convenienti dotatione Legatos communi nomine Romam hujus rei causa miserunt. Ast cum res omnes Ecclesiasticae, de quibus actum fuit, conciliari minime potuerint, spe tamen non decidentes fore, ut pro eorundem Principum, ac statuum sapientia valeant illae in posterum com-

poni; ne interea Christi fideles in dictis Regionibus commorantes, quos in maxima spiritualis regiminis necessitate agnoscimus constitutos, diutius propriis destituantur Pastoribus, ad nonnullarum in praecipuis ipsorum Principum et statuum Civitatibus ac territoriis Sedium Erectionem, ac Dioecesium circumscriptionem procedendum esse decrevimus, ut celerrime Ecclesiis illis de suis Episcopis providere valeamus: reservata Nobis cura, Catholicos aliorum principum subditos, iis Dioecesibus, quas commodiores judicabimus, in posterum adjungendi. Audito igitur consilio nonnullorum Venerabilium fratrum Nostrorum sanctae Romanae Ecclesiae Cardinalium, ex certa scientia, ac matura deliberatione Nostris, denique Apostolicae potestatis plenitudine, supprimimus, annullamus et extinguimus titulum, denominationem, naturam et essentiam totumque praesentem Statum vacantium tam Episcopalis Ecclesiae Constantiensis, quam Praepositurae vere nullius Sti. Viti Elvacensis, una cum suis Capitulis, ad effectum libere procedendi ad infra dicendas novas Ecclesiarum Erectiones ac Dioecesium circumscriptiones, atque ulterius immutamus praesentem Statum Episcopalium Ecclesiarum Moguntinae ac Fuldensis, ita ut illa a quocunque Metropolitico jure Archiepiscopi Mechliniensis omnino subtracta, et non amplius dispositioni nostrarum Literarum Apostolicarum incipientium: Qui Christi Domini, datarum tertio Kalendas Decembris anni millesimi octingentesimi primi subjecta remaneat, atque ista a regulari statu per alias Apostolicas literas fel. mem. *Benedicti decimi quarti* Praedecessoris Nostri, quarum initium: In Apostolice constituto ad Statum secularem translata intelligatur, ac Scientia, deliberatione et potestate similibus ad omnipotentis Dei gloriam, orthodoxae fidei exaltationem et Catholicae Religionis incrementum, Friburgum Brisgoviae Civitatem Principem, studiorum Academia aliisque fundationibus insignem, atque a novem mille at amplius Civibus inhabitatam, in civitatem Archiepiscopalem ac celeberrimum Templum sub Titulo Assumtionis Beatae Mariae Virginis in Ecclesiam Archiepiscopalem et Parochialem; pariterque Rottenburgum ad Nicarum olim caput Ducatus Hohenbergensis in medio Regni Wirtembergiae, in quo Tribunal Provinciae existit, quodque incolae quinque mille quingenti inhabitant, in Civitatem Episcopalem, in eaque peramplum

Templum sub invocatione Sti. Martini Episcopi, et Confessoris in Ecclesiam Episcopalem, nec non Limburgum ad Lahnam fertili solo, in medio Ducatus Nassovici situm et bis mille septingentos continens habitatores in Civitatem similiter Episcopalem, et in illa existens Templum sub invocatione Sti. Georgii in Ecclesiam item Episcopalem cum omnibus juribus, jurisdictionibus, praeeminentiis, honoribus et privilegiis Archiepiscopali et Episcopalibus respective sedibus legitime competentibus perpetuo erigimus et constituimus. Antedictae vero Metropolitanae Ecclesiae Friburgensi praefatas quatuor Episcopales Ecclesias Moguntinam, Fuldensem, Rottenburgensem, ac Limburgensem Suffraganeas assignamus. Porro quodlibet Capitulum tam Metropolitanae Friburgensis, quam Cathedralium Ecclesiarum Moguntinae ac Rottenburgensis ex unica Decanatus dignitate et sex Canonicatibus, Fuldense vero ex dignitate Decanatus et quatuor Canonicatibus, ac Limburgense ex Decanatus Dignitate ac quinque Canonicatibus, respective constabunt; ac insuper ad ministrorum numerum aliquantulum augendum, sex in Friburgensi, et Rottenburgensi, quatuor in Moguntina, et Fuldensi, ac duo in Limburgensi respective Ecclesiis Praebendae seu Vicariae pro totidem Praebendatis seu Vicariis erunt constabiliendae. Unicuique autem ex memoratis Capitulis, ut pro Chori servitio, pro distributionum et aliorum quorumlibet emolumentorum divisione, pro onerum supportatione, pro rerum ac jurium tam spiritualium quam temporalium prospero felicique regimine ac directione, quaecunque Statuta Capitula et decreta, licita tamen et honesta et Canonicis regulis minime adversantia sub respectivi pro tempore existentis Antistitis praesidentia, inspectione et adprobatione condere atque edere, nec non gratiis, insignibus ac privilegiis, quibus alia Cathedralium Ecclesiarum in illis partibus Capitula legitime fruuntur et gaudent, frui et gaudere libere ac licite possint et valeant, licentiam et facultatem concedimus ac impertimur. Cuilibet profecto Antistiti supradictarum Ecclesiarum expresse injungimus, ut servatis servandis deputet ex Canonicis unum qui munus Poenitentiarii stabiliter exerceat; ac alterum a quo S. Scriptura statis diebus populo exponatur, vel si minus commode Canonici ad haec munera deputari possint, curabunt Episcopi, ut muneribus hujusmodi

ab aliis idoneis Presbyteris satisfiat utque media ad congruam laborum mercedem Presbyteris ipsis comparandam opportune conquirantur. Cumque ad praescriptum sacri Concilii Tridentini pro Cleri educatione ac institutione seminarium puerorum ecclesiasticum ab Episcopo libere regendum et administrandum existere debeat in singulis ex praedictis tam Archiepiscopali quam Episcopalibus Ecclesiis, ubi is alumnorum alatur numerus, quem respective Dioecesis necessitas et utilitas postulat; cumque in quatuor ex illis jam adesse sciamus, in reliqua Ecclesia, quamprimum poterit, congrue erigendum mandamus. Volentes nunc ad quinque supradictarum Dioecesium circumscriptionem procedere, ut distinctis singularum finibus nulla quaestio inter respectivos Episcopos circa Ecclesiasticae jurisdictionis exercitium exurgere possit, praevia dismembratione infra nominandorum locorum a Dioecesibus et Ecclesiis, a quibus actu dependent, de simili Apostolicae potestatis plenitudine sequentia decernimus, praescribimus et constituimus. Metropolitana Friburgensis ecclesia pro dioecesano suo territorio habebit cunctam ditionem Magni Ducatus Badensis, nempe Paroecias intra limites hujusce Ducatus positas, quae partim ad Constantiensem, partim etiam ad Argentinensem, Spirensem, Wormatiensem, Herbipolensem, Basileensem et Ratisbonensem Dioeceses vel pertinent vel jam pertinebant; alias quatuordecim Paroecias cum sua filiali positas in Principatu Hohenzollern Hechingen ad praefatam Dioecesin Constantiensem pertinentes, nec non viginti quatuor paroecias in Principatu Hohenzollern Sigmaringen existentes eidem Constantiensi Dioecesi spectantes, atque insuper octodecim Paroecias Decanatus Vehringen ac Paroecias septemdecim Decanatus Haigersloch in dicto sitas Principatu et ad praedictam Dioecesin pertinentes. Episcopalis Ecclesia Moguntina pro suo territorio Dioecesano habebit universam Ditionem Magni Ducatus Hassiaci, nempe Paroecias omnes Dioecesi Moguntinae reliquas post separationem locorum sub ditione Bavarica existentium, aliaque loca et Paroecias ex Ratisbonensi ac Wormatiensi Dioecesibus, nec non unicam Paroeciam loci Herbstein ex Dioecesi Fuldensi ad magnum Ducatum praedictum in temporalibus pertinentes, ac denique Paroecias in locis Darmstadt, Giessa, et Offenbach ejusdem Magni Ducatus Hassiaci, ita tamen, ut

a primo futuro Episcopo in locis, qui maxima in parte ab Acatholicis inhabitantur, novae Parochiales Ecclesiae pro Catholicis fundentur, si ipsi in magno sint numero, si vero in exiguo, Paroeciis Catholicis vicinioribus adscribantur. Ecclesia Episcopalis Fuldensis pro Dioecesano suo Territorio habebit totum Electoratum Hassiae, videlicet quadraginta Paroecias actu in ipsa Dioecesi comprehensas, Paroecias viginti ex antiqua Metropolitana Dioecesi olim Moguntina, postea Ratisbonensi atque unam in loco Wolkmarsen ex dioecesi Paderbornensi, demptis illis Paroeciarum fractionibus, quae in Bavarico Regno existentes proximioribus aliis Paroeciis Dioecesium Regni Bavariae aut jam applicatae fuerunt aut brevi ex apostolica delegatione applicabuntur. Paroeciarum autem exterarum fractiones in ditione Hassiaca existentes proximiori alicui Dioecesis Fuldensis Paroeciae vel Paroeciis erunt applicandae. Eidem interea Fuldensi Dioecesi unitas relinquimus novem Paroecias in Magno Ducatu Saxonico-Vimariensi sitas, de quibus aliter, si opus fuerit, disponendi Nobis et Romanis Pontificibus Successoribus Nostris facultatem libere reservamus. Rottemburgensis Episcopalis Ecclesia pro suo territorio Dioecesano habebit integrum Regnum Wirtembergense cum Paroeciis omnibus, quae jam ab anno millesimo octingentesimo decimo sexto ab Augustana, Spirensi, Wormatiensi et Herbipolensi Dioecesibus fuerunt separatae, nec non Paroeciis ad suppressam Praeposituram Sti. Viti Elvacensis nullius Dioecesis antea pertinentibus. Episcopalis demum Ecclesia Limburgensis pro Dioecesano suo territorio habebit totum Ducatum Nassovicum, in quo comprehenduntur quinquaginta octo Paroeciae ad antiquam Ratisbonensem, et Paroeciae quinquaginta duo ad antiquam Freviensem, olim Dioeceses Metropolitanas spectantes, nec non viginti quatuor Paroeciae in Provincia Dillemburg et Weilburg existentes, ac insuper Territorium liberae civitatis Francofurtensis, in quo cum tribus Filialibus unica existit Parochialis Ecclesia sub Invocatione Sti. Bartholomaei Apostoli, ad quam Catholici omnes dictae civitatis ac Territorii pertinent, quaeque a supradicta Ratisbonensi Dioecesi pendebat. Supradictas idcirco Civitates et Ecclesias in Archiepiscopalem et Episcopales erectas cum praedictis Locis et Paroeciis quinque supranumeratis Ecclésiis pro respectivo

Dioecesano Territorio attributis illorum incolas utriusque sexus tam Clericos quam Laicos pro Clero et Populo perpetuo assignamus et cujuslibet Antistitis jurisdictioni spirituali omnimode subjicimus, ita ut Personis juxta Canonicas Sanctiones dignis et idoneis ad easdem Archiepiscopalem et Episcopales Ecclesias regendas tam pro hac prima vice, quam futuris temporibus Apostolica autoritate praevio Inquisitionis processu a Romano Pontifice ad formam instructionis Piae memoriae *Urbani* Papae *Octavi* Praedecessoris Nostri jussu editae in singulis casibus committendo praeficiendis liceat, quemadmodum nos praecipimus, et mandamus per se ipsos vel per alios eorum nomine, postquam tamen praesentes literae debite atque integre fuerint executae et Praesules ipsi Apostolicae Provisionis Literas consecuti fuerint, veram, realem et corporalem possessionem regiminis, administrationis, et omnimodi juris Dioecesani in supra dictis Ecclesiis, Civitatibus ac Dioecesibus et bonis aliisque redditibus pro dotatione assignatis vel assignandis libere apprehendere, apprehensamque perpetuo retinere. Decernimus interea, ut omnia et singula loca supra memorata ab iisdem sive vicariis sive administratoribus legitime deputatis temporarie pergant gubernari, quibus actu subduntur. Ut autem omnia et singula superius a Nobis disposita celerem, felicemque sortiantur effectum, Venerabili Fratri *Joanni Baptistae de Keller* Episcopo Evariensi, quem nominamus, eligimus, ac deputamus praesentium Literarum Nostrarum Exequutorem, committimus et mandamus, ut ad supradictarum ecclesiarum, capitulorum et seminariorum in bonis fundisque stabilibus aliisque redditibus cum jure hypothecae specialis et in fundos postmodum ac bona stabilia convertendis, ab iis in proprietate possidendis et administrandis respectivam dotationem procedat modo et forma, quibus a Serenissimis Principibus, quorum sub ditione singulae Dioeceses sunt positae, oblata et expressa fuerunt per infra memoranda instrumenta legitima forma exarata et ad Nos transmissa, quae servantur in actis hujus congregationis rebus consistorialibus praepositae, et quorum authentica exempla a praedicto Exequutore singulis Ecclesiis tradentur in eorum respective Archivis asservanda. Videlicet Archiepiscopali Ecclesiae Friburgensi in Brisgovia assignabit Dominatum Lincensem, vulgo

Linz aliosque redditus, quae bona redditusque in totum septuaginta quinque millium tercentum sexaginta quatuor Florenorum Rhenensium annuam summam producunt, prout clare, ac distincte describitur in Instrumento ex speciali mandato Magni Ducis Badensis die vigesima tertia Decembris anni millesimi octingentesimi vigesimi confecto. Fundos vero dictus *Joannes Baptista* Episcopus ita distribuet, ut ex iis obveniant quotannis Archiepiscopali mensae floreni tresdecim mille quatuor centum, quibus addendo eas praestationes, infra enarrandas, a tribus Cathedralibus Ecclesiis annuatim persolvendas ejusdem Friburgensis mensae Archiepiscopalis annui redditus erunt florenorum quatuordecim millium septingentorum et decem. Decano Capituli floreni quatuor mille; Primo ex Canonicis floreni bismille tercentum, cuilibet ex aliis quinque Canonicis floreni mille octingenti; unicuique demum ex sex Praebendatis floreni nongenti; Seminario insuper Dioecesano floreni vigintiquinque mille; Fabricae Cathedralis Ecclesiae floreni quinque mille ducenti sexaginta quatuor, Cancellariae Archiepiscopali floreni termille, domibus denique Ecclesiasticorum emeritorum vel jam existentibus vel ab Ordinario, cujus jurisdictioni subdentur, erigendis, floreni octomille. Praeterea pro Archiepiscopi habitatione assignabit palatium in civitate Friburgensi, foro Ecclesiae Metropolitanae adjacens, antea statibus provincialibus Brisgoviae destinatum, cum suis adnexis pertinentiis, atque horto ante portam civitatis et pro habitatione tam Decani quam sex Canonicorum et sex Praebendatorum alias domos in praedicto instrumento descriptas. Episcopali Ecclesiae Moguntinae firmis redditibus et proventibus, quibus actu gaudet, annuam tribuet summam viginti mille florenorum Rhenensium percipiendam ex proventibus, ac redditibus Praefecturae Moguntinae ad exigenda vectigalia redditusque dominicos constitutae solvendam quotannis praedictae Ecclesiae ea lege, ut memorata summa gaudeat jure hypothecae in bonis fundis et redditibus dominicis ejusdem Praefecturae Moguntinae utque hujusmodi dispositio firma, stabilis et inconcussa maneat, donec ipsi Episcopali Ecclesiae Moguntinae praedia et fundi, quorum fructus viginti millium florenorum summam annuatim producant, pleno jure ab ea possidenda, assignentur, prout expresse cavetur in Instrumento ex speciali

mandato Magni Ducis Hassiae et ad Rhenum die vigesima sexta Augusti anni millesimi octingentesimi vigesimi exarato. Hac autem summa viginti millium florenorum annuorum adjuncta redditibus, qui dotem modo exstantem Moguntinae Ecclesiae constituunt tanquam supplementum dotationis, tota quantitas reddituum, quae inde exurget, ita Exequutore distribuenda erit, ut Episcopo florenorum octo millium, vicario ejus Generali florenorum bismille quingentorum, cuilibet ex sex Canonicis florenorum mille octingentorum; primo vero ex quatuor Praebendatis nongentorum florenorum, et cuilibet ex aliis tribus Praebendatis octingentorum florenorum annuos redditus liberos praebeant. Haec tamen dispositio quoad Decanum, Canonicos, et Praebendatos suum non sortietur effectum, nisi cum Moguntinae Cathedralis Ecclesiae Canonicorum numerus ad senarium fuerat redactus, in quem finem decernimus, ut quatuor ex decem illius capituli actualibus praebendis primo quomodocunque vacaturae, aliis non conferantur, ad hoc, ut idem Capitulum ex Decano et sex Canonicis inposterum constet. Interea tamen decem viventes Canonici eosdem annuos redditus percipient, quos ante avulsam ac Spirensi Ecclesiae attributam portionem antiquae Moguntinae Dioecesis percipiebant, quique post novam circumscriptionem Dioecesium territorii olim Galliarum per alias Nostras litteras sub plumbo datas tertio Kalendas Decembris anni millesimi octingentesimi primi statutam illis attributi fuerunt. Quoad Praebendatos autem in Moguntina Ecclesia Cathedrali actu non existentes, quoniam eorum vice funguntur Presbyteri habentes redditus partim praebendae ex officio fabricae minutae praesentiarum nomine nuncupatae, partim pensionum, quae a Gubernio solvuntur in praesens, hinc hujusmodi Presbyteri idem servitium cum dictis redditibus Cathedrali Ecclesiae praestare pergent, donec iis decedentibus quatuor supra memoratae Praebendae ex nunc pro tunc erigendae constitui possint, cum supra enunciata dotatione annuorum florenorum nongentorum pro primo et florenorum octingentorum pro quolibet ex aliis tribus Praebendatis. Pro Episcopi autem habitatione domus illa cum adjacente horto inserviet, qua huc usque gavisus fuit, idemque peragendum erit tam pro praesentibus quam pro futuris Canonicis, pro quorum habitatione jam assignatae reperiuntur decem domus, quarum quatuor hortos etiam habent

adjacentes. Ad Fabricam Cathedralis Ecclesiae manutenendam et ad sustinendos sumptus ad divinum cultum necessarios conservabuntur fundi, praedia, aliique redditus a praedicta Ecclesia ab antiquo possessa, quae ad annuam termille tercentum triginta quinque florenorum summam pertingunt. Idem disponimus circa Seminarium Dioecesanum, quem praevia suppressione Coenobii olim a Religiosis viris Ordinis Fratrum Eremitarum Sti. Augustini inhabitati in ipso Coenobio cum adnexis Ecclesia atque horto stabiliter erigendum constituimus, ipsique assignandos decernimus annuos redditus partim ex antiquis ejus fundis Anno millesimo octingentesimo sexto restitutis, partim ex posterioribus donationibus et Legatis provenientes ac termillium septingentorum florenorum summam constituendis, firma etiam recentissima et uberrima donatione ipsius favore facta, nec non aliis in posterum forsan faciendis, quarum redditus eidem Seminario perpetuo erunt addicendi. Idem demum disponimus de domo Emeritorum Pfaffenschwabenhemii existente ac destinata fovendis et sustentandis Cleris aut senio fessis aut morbo fractis, quam praevia suppressione Coenobii olim a Canonicis Regularibus Ordinis sancti Augustini inhabitati in hujusque Coenobii fabrica constitui mandamus, et cujus dotatio annuam profert summam florenorum mille octingentorum viginti duorum ultra ea, quae subsidii Charitativi nomine veniunt, collecta in parte antiquae Dioecesis Moguntinae, postea Ratisbonensis, quaeque solvi hucusque solita non exigua capient incrementa. Fuldensis Ecclesia Episcopalis habebit agros, prata, et silvas aliosque redditus annuam summam florenorum Rhenensium viginti, sex millium tercentum et septuaginta constituentes, prout latius describitur in Instrumento ab antedicto Electore Hassiae sub die quarta decima Martii anni millesimi octingentesimi vigesimi primi confecto. Hanc autem dotationem praefatus exequutor ita distribuet, ut Episcopo sex mille floreni, Decano Capituli bismille sexcenti floreni, unicuique ex quatuor Canonicis mille octingenti floreni, cuilibet ex quatuor praebendatis Octingenti floreni annuatim obveniant, fabricae Cathedralis Ecclesiae duo florenorum millia, Seminario Dioecesano septem millia florenorum, et Archiepiscopo Friburgensi tanquam Metropolitano centum septuaginta floreni annuatim persolvantur. Insuper pro

habitatione Episcopi, proque curia Episcopali statuimus domum Cathedrali Ecclesiae proximam ad Montem Sti. Michaëlis cum duobus adjacentibus hortis et pertinentiis suis, pro habitatione Decani, quatuor Canonicorum et quatuor Praebendatorum alias domos in memorato Instrumento descriptas, ac denique pro Seminario aedificium proximum Cathedrali Ecclesiae jam ad hunc usum destinatum cum horto adjacente. Rottemburgensis Ecclesia Episcopalis gaudebit redditibus singulatim descriptis in Instrumento ex Speciali mandato antedicti Regis Wirtembergensis die decima Novembris Anni millesimi octingentesimi vigesimi confecto, qui quidem ita a praedicto Exequutore dividendi erunt, ut Episcopali mensae decem mille floreni, Decano Capituli bis mille quatuor centum floreni, unicuique e sex Canonicis floreni mille octingenti, primo e sex Praebendatis floreni nongenti, cuilibet ex aliis quinque Praebendatis floreni octingenti, fabricae Cathedralis Ecclesiae et manutentioni aliorum aedificiorum floreni mille quatuor centum, Seminario Dioecesano floreni octo mille nonaginta duo, Cancellariae Episcopali floreni sex mille nongenti et sexdecim, Cathedrali Ecclesiae pro divini cultus expensis floreni bismille centum et quinquaginta, pro edituo aliisque Ecclesiae inservientibus floreni octingenti, et Archiepiscopo Friburgensi tanquam Metropolitano octingenti sexaginta quatuor floreni annuatim obveniant. Quod si Decanus ad munus etiam Vicarii Generalis ab Episcopo eligatur, alii floreni mille et centum ipsi erunt persolvendi; si vero simplex Canonicus Capitularis ad praedictum Vicarii Generalis munus ab Episcopo designabitur, eidem florenorum mille septingentorum augmentum attribuetur. Praeterea pro habitatione Episcopi proque curia Episcopali domum in civitate Rottemburgi versus Vallem Nicari sitam Praefecturae Regiae antea destinatam cum adjacente horto ac pertinentiis suis pro habitatione Decani, Capituli, sex Canonicorum, et sex Praebendatorum alias domos in praedicto Instrumento pariter descriptas, nec non pro seminario Episcopali praevia suppressione Conventus olim inhabitati a Fratribus Ordinis Beatae Mariae Virginis de Monte Carmelo domum ipsius quondam Coenobii ad Nicarum sitam in Seminarii Clericorum usum respectivè addici mandamus. Episcopalis Ecclesia Limburgensis gaudebit bonis fundi, censibus, decimis

aliisque redditibus annuam summam constituentibus viginti unius millium sexcentum sex florenorum, prout apparet ex Instrumento de speciali mandato Ducis Nassoviae die tertia Januarii currentis anni millesimi octingentesimi vigesimi primi confecto, quos quidem redditus Exequutor praedictus ita distribuet, ut in singulos annos obveniant Episcopo floreni sex mille, Decano Capituli bismille quatuor centum floreni, primo Canonico, qui simul Parochus Limburgensis erit, floreni mille octingenti, secundo Canonico pariter mille octingenti, tertio Canonico, qui simul erit Parochus Ecclesiae Dietkirchensis, floreni item mille octingenti, quarto Canonico, qui simul Parochus erit in Alta Villa floreni bismille tercentum, et quinto Canonico, simul Parocho in Libera Civitate Francofurtensi ejusque territorio, ea ipsa summa, quam uti Parochus actu jam percipit super dictarum retentione Paroeciarum cum memoratis quatuor Canonicis Apostolica delegata auctoritate dispensando cum hoc tamen, quod cum [curae] Animarum Paroeciarum hujusmodi per idoneos Vicarios ab Ordinario servatis servandis ad formam Canonicarum Sanctionum approbandos et instituendos opportune provideatur. Primo Sacellano, qui Canonicum Parochum Limburgensem in animarum cura adjuvabit, floreni octingenti, secundo Sacellano, cui Missas in Sacello Stochii Limburgensis satisfacere incumbet, floreni octingenti, Archiepiscopo Friburgensi, uti Metropolitano pro rata augmenti ejus dotationis biscentum septuaginta floreni, Seminario intra Provinciam constituto vel constituendo pro Clericorum Limburgensis Dioecesis educatione et instructione, floreni mille quingenti, Cancellariae denique Episcopali ac pro caeteris sumptibus administrationis tam Ecclesiasticae, quam bonorum floreni bismille centum triginta. Pro Episcopi praeterea habitatione, praevia suppressione Monasterii seu coenobii olim a Fratribus Ordinis Sti. Francisci inhabitati, partem ipsius Monasterii, quam huc usque obtinuit Praefectus Ducalis cum finitimo horto muris septo, pro Decano vero, quinque Canonicis, et duobus sacellanis, alias domos in praedicto Instrumento descriptas, respective assignandas decernimus. Antedicto insuper *Joanni Baptistae* Episcopo injungimus, ut animarum curae in Metropolitana et Cathedralibus Ecclesiis opportune consulat, statuatque, a quibus Presbyteris praevio concursu ad normam Canonicarum sanctionum a respectivo Ordi–

nario approbandis ac instituendis et qua cum congrua dotatione in Ecclesiis ipsis debeat exerceri; utque designet in quod Seminarium provinciae Ecclesiasticae Friburgensis Clerici Dioecesis Limburgensis recipi valeant, cum assignatione annua supradictorum mille quingentorum florenorum usquedum proprium Limburgense Seminarium erigatur; atque ut ulterius summam determinet a respectivis principibus territorialibus subministrandam, qua divini cultus impensis in suppressis tam Episcopali Constantiensi, quam Praeposuturali Elvacensi Ecclesiis opportune ac stabiliter provideatur, ac demum curet, quod suppressorum Capitulorum actu existentibus Canonicis annua praestatio ad eorum vitam integre ac fideliter persolvatur. Ad consulendum praeterea respectivorum Dioecesanorum bono et commoditati praescribimus, ut omnia et singula documenta respicientia paroecias et loca ab antiquis Dioecesibus dismembrata novisque applicata a veteribus Cancellariis extrahantur, atque opportuna forma tradantur novis Archiepiscopali et Episcopalibus respective Cancellariis, in quibus perpetuo erunt asservanda. Habita vero ratione redditûum supra memoratis Archiepiscopali et Episcopalibus Ecclesiis, respective assignatorum in libris Camerae Apostolicae, prout sequitur: nempe Ecclesiam Friburgensem in florenis sexcentum sexaginta octo cum uno tertio, Ecclesiam Moguntinam in florenis tercentum quadraginta octo cum uno sexto, Ecclesiam Fuldensem in florenis tercentum triginta duobus, Ecclesiam Rottemburgensem in florenis quatuor centum nonaginta, et Ecclesiam Limburgensem in florenis tercentum triginta duobus taxari mandamus, atque ut cuncta a Nobis, ut supra, disposita, rite ad exitum producantur, supradicto *Joanni Baptistae* Episcopo Evariensi harum Litterarum Exequutori deputato omnes et singulas ad hujusmodi effectum necessarias et opportunas concedimus facultates, ut praeviis respectivis dotationibus per instrumenta in valida diversorum statuum forma exaranda, ad uniuscujusque Ecclesiae cum suo Capitulo sive erectionem sive novam ordinationem, ac respectivi territorii Dioecesani circumscriptionem procedere, cunctaque alia, ut supra, ordinata, peragere ac statuere delegata sibi apostolica auctoritate libere ac licite possit et valeat; atque ulterius ipsi *Joanni Baptistae* Episcopo facultatem pariter tribuimus, ut ad plenam

rerum omnium in locis praesertim ab ejus resistentia remotis executionem unam, seu plures personam vel personas in dignitate Ecclesiastica constitutam vel constitutas subdelegare et tam ipse *Joannes Baptista*, quam persona vel personae ab eo sic subdeleganda vel subdelegandae super quacunque oppositione in actu executionis hujusmodi quomodolibet forsan oritura, servatis tamen de jure servandis etiam definitive et quacunque appellatione remota pronuntiare libere, item ac licite possint, et valeant, ac quilibet eorum respective possit et valeat. Eidem porro *Joanni Baptistae* Episcopo expresse injungimus et mandamus, ut exempla singulorum actorum tam per se, quam per subdelegatos suos in harum litterarum executionem conficiendorum intra quadrimestre ab expleta ipsarum executione ad Apostolicam sedem in authentica forma transmittat, in Archivo praedictae congregationis consistorialis de more asservanda. Praesentes autem litteras et in eis contenta ac statuta quaecumque etiam ex eo, quod quilibet in praemissis vel in eorum aliquo jus aut interesse habentes vel quomodolibet etiam in futurum habere praetendentes, cujusvis status, ordinis, conditionis, et praeeminentiae, ac speciali quoque specifica, expressa et individua mentione digni sint illis non consenserint, seu quod aliqui ex ipsis ad praemissa minime vocati vel etiam non satis, aut nullimode auditi fuerint, sive ex alia qualibet juridica, privilegiata ac privilegiatissima causa, colore, praetextu, et capite etiam in corpore juris clauso, nullo unquam tempore de subreptionis vel obreptionis aut nullitatis vitio seu intentionis Nostrae aut interesse habentium consensus, aliove quolibet defectu, quantumvis magno et substantiali sive etiam ex eo quod solemnitates et quaecumque alia forsan servanda et adimplenda, in praemissis minime servata et adimpleta seu causae, propter quas praesentes emanaverint, non sufficienter adductae, verificatae, et justificatae fuerint, notari, impugnari, aut alias infringi, suspendi, restringi, limitari, vel in controversiam vocari, sive adversus eas restitutionis in integrum, aperitionis oris, aut aliud quodcumque juris, facti vel justitiae remedium impetrari, aut sub quibusvis contrariis constitutionibus, revocationibus, limitationibus, modificationibus, decretis ac declarationibus generalibus, vel specialibus quomodolibet factis, minime posse comprehendi, sed semper

ab illis exceptas esse et fore ac tanquam ex Pontificiae providentiae officio, certa scientia et potestatis plenitudine Nostris factas et emanatas perpetuo validas et efficaces existere, et fore suosque plenarios et integros effectus sortiri, et obtinere, ac ab omnibus, ad quos spectat et quomodolibet spectabit, in futurum perpetuo, inviolabiliter observari; ab supradictarum Ecclesiarum Episcopis et Capitulis aliisque, quorum favorem praesentes Nostrae Litterae concernunt, perpetuis futuris temporibus plenissime suffragari debere, eosdemque super praemissis omnibus et singulis, vel illorum causa ab aliquibus quavis auctoritate fungentibus quomodolibet molestari, perturbari, inquietari, vel impediri nec ad probationem, seu verificationem quorumcunque in iisdem praesentibus narratorum unquam teneri, neque ad id in judicio, vel extra cogi seu compelli posse, et si secus super his a quoquam quavis auctoritate scienter vel ignoranter contigerit attentari, irritum et prorsus inane esse ac fore volumus atque decernimus. Non obstantibus de jure quaesito, non tollendo, de suppressionibus committendis ad partes vocatis, quorum interest aliisque nostris et Cancellariae Apostolicae regulis, nec non Ecclesiarum etiam confirmatione Apostolica, vel quavis firmitate alia roboratis statutis, privilegiis et indultis quamvis specifica et individua mentione dignis, omnibusque et singulis Apostolicis ac in synodalibus, provincialibus et universalibus conciliis editis specialibus vel generalibus Constitutionibus, et Ordinationibus, quibus omnibus et singulis illorum tenores praesentibus pro insertis habentes, ad praemissorum effectum latissime ac plenissime specialiter et expresse scientia et potestatis plenitudine paribus derogamus, caeterisque contrariis quibuscunque. Volumus insuper, ut praesentium litterarum transumptis etiam impressis, manu tamen alicujus Notarii publici subscriptis, et sigillo personae in ecclesiastica dignitate constitutae munitis, eadem prorsus fides ubique adhibeatur, quae ipsis praesentibus adhiberetur, si forent adhibitae vel ostensae. Nulli ergo omnino hominum liceat hanc paginam nostrae suppressionis, extinctionis, annullationis, reordinationis, erectionis, dismembrationis, unionis, aggregationis, applicationis, concessionis, indulti, circumscriptionis, assignationis, attributionis, statuti, commissionis, deputationis, mandati, decreti, derogationis et vo-

luntatis infringere, vel ei ausu temerario contraire; si quis autem hoc attentare praesumpserit, indignationem omnipotentis Dei ac Beatorum Petri et Pauli Apostolorum ejus se noverit incursurum. Datum Romae apud sanctam Mariam Majorem, Anno Incarnationis Dominicae millesimo octingentesimo vigesimo primo, decimo septimo Kalendas septembris, Pontificatus Nostri Anno vigesimo secundo. Loco † Plumbi.

2.

Kirchen - Pragmatik.

Die zur Herstellung der Diöcesanverfassung der katholischen Kirche in ihren Staaten vereinten Regierungen haben beschlossen, die äussern Verhältnisse der oberrheinischen Kirchenprovinz und der sie bildenden Bisthümer näher zu bestimmen, und möglichst gleichförmig zu ordnen. Zu dem Ende haben sie folgende Grundbestimmung als bleibende Norm festgesetzt.

I. Verhältnisse der katholischen Kirche zum Staate.

§. 1. Der katholischen Kirche steht das freie Bekenntniss ihres Glaubens und die öffentliche Ausübung ihres Cultus zu, und sie geniesst auch in dieser Hinsicht mit den andern im Staate öffentlich anerkannten christlichen Kirchengesellschaften gleiche Rechte.

§. 2. Der volle Genuss dieser Rechte steht allen katholischen Kirchengemeinden, so wie auch den einzelnen Katholiken zu, welche zeither in keinem Diöcesanverbande standen. Es kann in keinem der eben erwähnten Bisthümer irgend eine Art von kirchlicher Exemtion statt finden.

§. 3. Jeder Staat übt die ihm als unveräusserliche Majestätsrechte zustehenden Rechte des Schutzes und der Oberaufsicht über die Kirche in ihrem vollen Umfange aus.

§. 4. Die von dem Erzbischofe und den übrigen kirchlichen Behörden ausgehenden allgemeinen Anordnungen, Kreisschreiben an die Geistlichkeit und die Diöcesanen, durch welche dieselben zu etwas verbunden werden sollen, so wie auch alle besondere Verfügungen von Wichtigkeit, unterliegen der Genehmigung des Staats, und können nur mit der ausdrücklichen Bemerkung der Staatsgenehmigung (placet) kund gemacht oder erlassen werden.

Auch solche allgemeine kirchliche Anordnungen und öffentlichen Erlasse, welche reingeistliche Gegenstände betreffen, sind den Staatsbehörden zur Einsicht vorzulegen, und dürfen nur nach erfolgter Staatsgenehmigung kund gemacht werden.

§. 5. Alle römische Bullen, Breven und sonstige Erlasse müssen, ehe sie kund gemacht und in Anwendung gebracht werden, die landesherrliche Genehmigung erhalten.

Die Staatsgenehmigung ist aber nicht nur für alle neu erscheinende päbstliche Bullen und Constitutionen, sondern auch für frühere päbstliche Anordnungen nothwendig, sobald davon Gebrauch gemacht werden will.

Auch die mit Genehmigung der Regierung publicirten päbstlichen und sonstigen kirchlichen Erlasse behalten nur so lange Kraft, als der Staat seine Bewilligung nicht zurücknimmt.

§. 6. Eben so wie die weltlichen Mitglieder der katholischen Kirche stehen auch die geistlichen als Staatsgenossen unter den Gesetzen und der Gerichtsbarkeit des Staats.

II. Bildung der oberrheinischen Kirchenprovinz.

§. 7. Die Bisthümer Rottenburg, Freiburg, Mainz, Fulda und Limburg stehen in einem Metropolitanverband und bilden die oberrheinische Kirchenprovinz.

Da die erzbischöfliche Würde auf den bischöflichen Stuhl zu Freiburg bleibend übertragen ist, so stehet der dortige Bischof der Provinz als Erzbischof vor.

§. 8. Die ihrer ursprünglichen Bestimmung gemäss wieder hergestellte Metropolitanverfassung steht unter dem Gesammtschutz der vereinten Staaten.

§. 9. Provinzial-Synoden können nur mit Genehmigung der vereinten Staaten, welche denselben Commissarien beiordnen, gehalten werden. Da die wichtigeren den Zeitumständen und der fortschreitenden Cultur entsprechenden Verbesserungen in Kirchensachen von denselben erwartet werden, so soll in der Regel alle zehn Jahre eine solche Synode statt finden, die erste aber im Laufe der nächsten fünf Jahre gehalten werden. Ausserdem soll zur Erledigung aller, die Kirchenprovinz betreffenden Verwaltungs-Angelegenheiten, jährlich eine Synodal-Conferenz statt finden, wozu mit Genehmigung der Regierungen, der Erzbischof, so wie auch jeder Bischof, einen Bevollmächtigten absendet.

§. 10. Es wird unverzüglich ein Synodalgericht (judices in partibus) gebildet, wozu aus jeder der fünf Diözesen der Provinz ein Mitglied abzuordnen ist; die Wahl dieses Mitgliedes hat auf dieselbe Weise und von demselben Wahl-Collegium zu geschehen, wie bei der Bischofswahl angeordnet worden ist. Diese Behörde behandelt, unter dem Vorsitz eines aus ihrer Mitte von ihr selbst gewählten Directors, als Synodal-Gericht, sowohl die Beschwerden höherer Art, welche gegen Geistliche erhoben werden, als auch solche Appellationssachen, welche an eine dritte Instanz gelangen können.

§. 11. Es können daher in keinem Falle kirchliche Streitigkeiten der Katholiken ausserhalb der Provinz und vor auswärtigen Richtern verhandelt werden.

III. Vom Erzbischof.

§. 12. Der Erzbischof wird sich, bevor er in seine Amtsverrichtungen eintritt, gegen die Regierungen der vereinten Staaten eidlich reserviren, dass er sein Amt zur Beförderung des Seelenheils der Katholiken in der Provinz verwalten und nichts unternehmen werde, was auf irgend eine Art zum Nachtheil der Rechte der Staaten und der Bischöfe gereichen könnte.

§. 13. Der kirchlichen Provinzialverfassung gemäss wird der Erzbischof vorzüglich folgende Metropolitanrechte ausüben; er wird a) den Vorsitz und das Directorium bei Provinzialsynoden führen; b) die persönlichen Klagen gegen die Bischöfe mit den Conprovinzial-Bischöfen untersuchen, in den Fällen aber, wo auf Deposition oder Privation des Angeklagten zu erkennen wäre, die Sache an das Synodalgericht (judices in partibus), welches im Namen des Pabstes spricht, zur Fällung des Erkenntnisses überweisen; c) für die in geeigneten Fällen an das Metropolitan-Gericht gehende Appellation sein Kapitel in zweiter Instanz aufstellen, für die Behandlung der Streitsachen in der eigenen Diözese aber sein Kapitel in 2 Senate, wovon der eine in der ersten, und der andere in der zweiten Instanz zu entscheiden hat, abtheilen; d) die Bischöfe im canonischen Wege zu Erfüllung ihrer Amtspflichten anhalten, und erforderlichen Falls nach vorhergegangener Rücksprache mit dem betreffenden Staate das jus supplendi ausüben; e) die bischöfli-

chen Diöcesen der Provinz jedoch nur aus wichtigen Gründen, und mit Genehmigung des betreffenden Staates, welcher nach Gutbefinden einen landesherrlichen Commissär beiordnen wird, visitiren; f) für die verwaisten Kirchen, jedoch unbeschadet der Rechte der Domkapitel, sorgen, daher auch in Nothfällen, wenn der päbstliche Stuhl erledigt oder der Pabst unzugänglich oder auf welche Art es auch sey, gehindert seyn sollte, allen Bedürfnissen seiner Provinz vorzustehen; g) namentlich aber seine ursprünglichen Confirmationsrechte und Pflichten ausüben, wenn die geistliche Bestätigung eines neuen Bischofs innerhalb der Zeit von 6 Monaten, binnen welcher die bischöflichen Sitze wieder besetzt seyn sollen, nicht erfolgt, es sey, dass keine Gründe der Verweigerung angegeben oder dass die angegebenen von dem Synodalgericht auf unrichtigen Thatsachen beruhend, oder unerheblich befunden worden, oder dass der päbstliche Stuhl selbst in dieser Zeit erledigt oder gehindert seyn sollte.

§. 14. In Erledigungs- oder Hinderungs-Fällen des erzbischöflichen Stuhls tritt der älteste Bischof der Provinz von Rechtswegen in die Verwaltung der Metropolitanrechte und Verrichtungen ein, und das bestehende Metropolitangericht wird von ihm bevollmächtigt.

IV. Bildung der Diöcesen.

§. 15. Die fünf Bisthümer der oberrheinischen Kirchenprovinz sind in Gemässheit der festgesetzten Regel gebildet, dass sich die Grenzen der Diöcesen auf die Grenzen der Staaten, für welche Bisthümer errichtet sind, erstrecken.

§. 16. Eine jede Diöcese wird in Dekanatsbezirke eingetheilt, deren Umfang, so viel thunlich, mit jenen der Verwaltungsbezirke übereinstimmen soll.

§. 17. Die Katholiken, welche seither in keinem oder mit einem Geistlichen anderer Confessionen im Pfarrverbande standen, werden einer der im Bisthum bestehenden Pfarreien zugetheilt.

§. 18. Da, wo es zweckmässig erscheint, soll mit Einverständniss der bischöflichen Behörde eine neue Pfarreintheilung zur bessern Regulirung der Pfarrsprengel vorgenommen werden.

V. Vom Bischof.

§. 19. Die bischöflichen Stühle in der Provinz werden sämmtlich durch die Wahl besetzt. Die Wahl ist folgende: a) das Wahlkollegium bildet sich bei jedem vorkommenden Wahl-Akt aus den sämmtlichen Mitgliedern des Domkapitels und einer der gesetzlichen Zahl der Domkapitularen gleichen Anzahl hiezu (s. §. 33.) eigens gewählten Dekane; b) das Wahlkollegium wählt durch absolute Stimmenmehrheit drei Geistliche aus dem Diöcesan-Clerus. Unter diesen wird derjenige als Bischof proclamirt, den das landesherrliche Veto nicht ausschliesst; c) der ganzen Wahlverhandlung wird ein landesherrlicher Commissär beiwohnen.

§. 20. Zum Bischof kann nur ein Geistlicher gewählt werden, welcher ein Deutscher von Geburt und Staatsbürger des Staats, worin sich der erledigte Bischofssitz befindet, oder einer der Staaten ist, welche sich zu dieser Diöcese vereinigt haben. Nebst den vorgeschriebenen canonischen Eigenschaften ist erforderlich, dass derselbe wenigstens acht Jahre lang entweder die Seelsorge, ein akademisches Lehramt oder sonst eine kirchliche Stelle mit Verdienst und Auszeichnung verwaltet habe, so wie auch der inländischen Staats- und Kirchenverfassung, der Gesetze und Einrichtungen kundig sey.

§. 21. Der Gewählte hat sich alsbald nach der Wahl wegen seiner Bestätigung an das Oberhaupt der Kirche zu wenden. Vor der Consekration, die der Erzbischof selbst oder mit seinem Einverständniss ein anderer Bischof in der Provinz vorzunehmen hat, legt derselbe dem Landesherrn folgenden Eid ab: Ich schwöre und verspreche bei den heiligen Evangelien Gottes, Sr. königl. Majestät (Sr. königlichen Hoheit dem Grossherzoge etc.) und Allerhöchstdero Nachfolgern, so wie den Gesetzen des Staats Gehorsam und Treue. Ferner verspreche ich, keine Einverständnisse zu unterhalten, an keiner Berathschlagung Theil zu nehmen, und weder im Inn- noch im Auslande Verbindungen einzugehen, welche die öffentliche Ruhe gefährden; vielmehr, wenn ich von irgend einem Anschlage zum Nachtheile des Staates, sey es in meiner Diöcese oder anderswo, Kunde erhalten sollte, solches Sr. königl. Majestät (Sr. königl. Hoheit) zu eröffnen.

§. 22. Nach erlangter Consecration tritt der Bischof in die volle Ausübung der mit dem Episcopate verbundenen Rechte und Pflichten, und er wird hierin vom Staate nicht nur nicht gehindert, sondern vielmehr gegen alle äussere Beschränkung geschützt.

Zugleich wird aber auch der Staat darüber wachen, dass der Bischof seine Amtswirksamkeit den Diözesanen geistlichen und weltlichen Standes in der Absicht, sie an auswärtige geistliche Behörden zu verweisen, nicht versage.

§. 23. Diözesan-Synoden können vom Bischofe, wenn sie nöthig erachtet werden, nur mit Genehmigung des Landesherrn zusammenberufen und im Beiseyn landesherrlicher Commissarien gehalten werden. Die darin gefassten Beschlüsse unterliegen der Staatsgenehmigung nach Maasgabe der in den §§. 4. u. 5. festgesetzten Bestimmungen.

§. 24. Jeder Bischof oder Bisthumsverwalter steht in freier Verbindung mit dem Oberhaupte der Kirche, jedoch müssen dieselben die aus dem Metropolitanverbande hervorgehenden Verhältnisse jederzeit berücksichtigen.

VI. Vom Domkapitel.

§. 25. Die Besetzung der Domkapitularstellen geschieht bei künftigen Erledigungen durch die Wahl, und zwar auf die nämliche Art, wie sie oben §. 19. lit. a. b. und c. bestimmt ist.

§. 26. Der Landesherr bezeichnet nach Vernehmung des Bischofs und Kapitels den Domkapitularen, welcher zum Domdekan zu befördern ist, und der Bischof setzt ihn in sein Amt ein.

§. 27. Zu Domkapitularstellen können nur Diözesangeistliche gelangen, welche Priester, dreissig Jahre alt und tadellosen Wandels sind, vorzügliche theologische Kenntnisse besitzen, wenigstens sechs Jahre ein öffentliches Kirchen- oder akademisches Lehramt mit Auszeichnung verwaltet haben, und mit der Landesverfassung genau bekannt sind.

§. 28. Das Domkapitel einer jeden Cathedralkirche tritt in den vollen Wirkungskreis der alten Presbyterien, und bildet unter dem Bischof die oberste Verwaltungsbehörde der Diözese. Der Dekan führt die Direktion. Die Verwaltungsform ist kollegialisch.

§. 29. Das Domkapitel sorgt auf gesetzliche Weise für die Diözesan-Verwaltung, wenn der Bischofssitz gehindert oder erledigt ist; im letzten Falle hat jedoch der Neuerwählte das Recht, zugleich an die Spitze der Diözesanverwaltung zu treten.

§. 30. Die ganze Diözesanverwaltung wird für die Diözesanen geistlichen und weltlichen Standes unentgeldlich geführt, und es können nur mässige Expeditionsgebühren angesetzt werden, daher auch ausser diesen Expeditionsgebühren weder von innländischen, noch von ausländischen Behörden Taxen oder Abgaben, von welcher Art sie auch seyn mögen, erhoben werden können.

VII. Von den Dekanen.

§. 31. Die Dekanate werden unter gemeinschaftlichem Einverständnisse der Regierung und bischöflichen Behörden mit würdigen Pfarrern, welche auch in Verwaltungsgeschäften geübt sind, besetzt.

§. 32. Die Dekanen sind die unmittelbaren kirchlichen Vorgesetzten der in ihren Dekanatsbezirken angestellten Geistlichen. Sie haben über die geeigneten Gegenstände an die Regierungs- und bischöflichen Behörden zu berichten, und die ihnen von daher zugehenden Weisungen zu vollziehen. Eine eigene Instruction zeigt ihnen den Kreis ihrer Amtswirksamkeit vor.

§. 33. Eine der gesetzlichen Zahl der Domkapitularen gleiche Anzahl von Dekanen, durch die sämmtlichen Dekane der Diözese aus ihrer Mitte gewählt, bildet mit den Domkapitularen nach Bestimmung des §. 19. das Wahlkollegium, und hat in der daselbst festgesetzten Form bei der Wahl sowohl des Bischofs als auch der Domkapitularen mitzuwirken.

VIII. Von der Geistlichkeit im Allgemeinen.

§. 34. Ein jeder der vereinten Staaten wird, wo dieses nicht bereits statt findet, für die zweckmässige Bildung der Candidaten des katholischen geistlichen Standes dadurch sorgen, dass entweder eine katholische theologische Lehranstalt errichtet, und als Facultät mit der Landes-Universität vereinigt werde, oder dass die Candidaten nöthigenfalls aus dem allgemeinen katholischen Kirchenfond der Diözese unterstützt wer-

den, um eine auf diese Art eingerichtete Universität in der Provinz besuchen zu können.

§. 35. Die Candidaten des geistlichen Standes werden nach vollendeten dreijährigen theologischen Studien ein Jahr im Priesterseminar zum Praktischen der Seelsorge ausgebildet, und zwar in so weit unentgeltlich, als die in Dotations-Urkunden für die Seminarien ausgesetzten Summen hinreichen.

§. 36. In das Seminar werden nur diejenigen Candidaten aufgenommen, welche in einer durch die Staats- und bischöflichen Behörden gemeinschaftlich vorzunehmenden Prüfung gut bestanden und zur Erlangung des landesherrlichen Tischtitels, der ihnen unter obiger Voraussetzung ertheilt wird, würdig befunden worden sind.

§. 37. Der landesherrliche Tischtitel giebt die urkundliche Versicherung, dass im eintretenden Falle der nicht verschuldeten Dienstunfähigkeit der dem geistlichen Stande angemessene Unterhalt, wofür ein Minimum von jährlich 3 bis 400 Gulden festgesetzt wird, so wie die besondere Vergütung für Kur- und Pflegkosten subsidiarisch werde geleistet werden. Von den Titulaten kann nur ein billiger Ersatz gefordert werden, wenn er in bessere Vermögensumstände kommt, oder in der Folge eine Pfründe erhält, welche mehr als die Congrua abwirft.

§. 38. In jeder Diözese wird jährlich von einer durch die Staats- und bischöflichen Behörden gemeinschaftlich anzuordnenden Commission eine Concursprüfung mit denjenigen Geistlichen vorgenommen, welche zu einer Pfarrei, oder zu sonst einer Kirchenpfründe befördert zu werden wünschen. Zu dieser Prüfung werden nur Geistliche zugelassen, welche wenigstens zwei Jahre lang in der Seelsorge als Hülfspriester angestellt waren, und gute Zeugnisse ihrer Vorgesetzten über ihren Wandel vorlegen.

§. 39. Die in Folge dieser Prüfung sich ergebende Classifikation wird bei künftigen Beförderungen der Geprüften berücksichtigt.

§. 40. Ebenso wird eine Classen-Eintheilung der Pfarreien und sonstigen Kirchenpfründen nach dem Grade ihrer Wichtigkeit und ihres Ertrags gefertigt, damit auch die Patrone, wel-

che nur Diözesan Geistliche präsentiren können, ihre Auswahl hiernach einzurichten vermögen.

§. 41. Kein Geistlicher kann zu gleicher Zeit 2 Kirchenpfründen, deren eine jede die Congrua erträgt, besitzen, von welcher Art sie auch seyen, und unter welchem Vorbehalte es auch geschehen wolle. Ein jeder muss an der Spitze seiner Pfründe wohnen, und kann sich nur mit Erlaubniss auf einige Zeit von derselben entfernen.

§. 42. Kein Geistlicher kann ohne Einwilligung seines Landesherrn Würden, Pensionen, Orden oder Ehrentitel von Auswärtigen annehmen.

§. 43. Jeder Geistliche wird, bevor er die kirchliche Institution zu einer ihm verliehenen Kirchenstelle erhält, dem Oberhaupte des Staates den Eid der Treue ablegen, dem Bischof aber den canonischen Gehorsam geloben.

§. 44. Der Staat gewährt den Geistlichen jede zur Erfüllung ihrer Berufsgeschäfte erforderliche gesetzliche Unterstüzzung, und schützt sie in dem Genusse der ihrer Amtswürde gebührenden Achtung und Auszeichnung.

§. 45. Den Geistlichen, so wie den Weltlichen bleibt, wo immer ein Missbrauch der geistlichen Gewalt gegen sie statt findet, der Recurs an die Landesbehörde.

IX. Vom Kirchenvermögen.

§. 46. Die Verwaltungsweise der für den bischöflichen Tisch, das Domkapitel und Seminar angewiesenen Dotationen, so wie des dem Erzbischofe bestimmten Beitrags, wird jeder Staat nach seiner Verfassung und den hierüber bestehenden Vorschriften anordnen.

§. 47. Die Güter der katholischen Kirchenpfründen so wie alle allgemeine und besondere kirchliche Fonds werden unter Mitaufsicht des Bischofs in ihrer Vollständigkeit erhalten, und können auf keine Weise zu andern als katholischen kirchlichen Zwecken verwendet werden. Die Congrua der Pfarrpfründen soll, wo diese weniger als 5 bis 600 Gulden ertragen, nach und nach auf diese Summe erhöhet werden. Die Verwaltung der niedern Kirchenpfründen wird in den Händen

der Nutznieser, welche sich hierbei nach den in jedem Staate bestehenden Vorschriften zu richten haben, gelassen.

§. 48. In jedem der vereinten Staaten wird, so bald es thunlich ist, ein allgemeiner katholischer Kirchenfond gebildet, aus welchem solche katholische kirchliche Bedürfnisse aushülfsweise zu bestreiten sind, zu deren Befriedigung Niemand eine gesetzliche Verbindlichkeit hat, oder keine Mittel vorhanden sind.

3.
Formular des Fundations-Instruments.

Wir etc. etc.

Totus titulus.

(Hier sind nach §. 2. des Protocolls der 37. Zusammenkunft lit. B. a. die frühern rechtlichen Verhältnisse der kirchlichen Einrichtung jedes Landes, und die bisherige Sorge für einen bleibenden Zustand derselben kurz aufzuführen und dann fortzufahren:)

Um zu diesem Zwecke zu gelangen, haben Wir uns mit mehreren Fürsten und Regierungen freier Städte des deutschen Bundes vereinigt, und über diesen wichtigen Gegenstand überhaupt, insbesondere aber zur Begründung einer eignen kirchlichen Provinz Berathungen gepflogen.

In Folge derselben haben Wir mit diesen Fürsten und freien Städten zu Frankfurt am Main durch Bevollmächtigte unter dem 7ten October 1818 einen Vertrag abgeschlossen, auch durch eine nach Rom abgeordnete Gesandtschaft mit dem Oberhaupt der katholischen Kirche Verabredungen getroffen, worauf unter dem 16ten Aug. 1821 die Bulle: Provida solersque etc. etc. erfolgt ist. Nachdem wir nun mit denjenigen der vereinten Staaten, welche Bisthümer theils errichten, theils neu einrichten, unter dem 8ten Febr. d. J. einen weitern Vertrag abgeschlossen haben und diese Bisthümer in eine Kirchenprovinz, welcher der Bischof zu Freiburg als Erzbischof vorstehet, vereinigt werden, so wollen Wir für Uns und Unsere Nachfolger zum Bessten und zur vollkommenen Beruhigung der Katholiken Unserer Lande hiermit und in Kraft dieser Urkunde ein Landesbisthum (neu) begründet, gestiftet und ausgestattet haben, so wie Wir hiermit dieses Landesbisthum dermassen be-

gründen, stiften und ausstatten, dass es alle diese Theile Unserer Lande enthalten, welche in der dessfalls ausgefertigten, dieser Urkunde beigeschlossenen Diözesan-Beschreibung verzeichnet sind, so dass von nun an auch die Katholiken, welche früher in keinem Diözesan-Verbande standen, diesem Landesbisthum, mit Aufhebung aller Art von kirchlicher Exemtion einzelner Personen oder ganzer Körperschaften, zugetheilt sind.

Der Sitz des Bischofs und seines Kapitels ist in unserer Stadt wo die Kirche (bisherige Pfarrkirche) zum heiligen N. N. als bischöfliche Kathedrale besteht (zur bischöflichen Kathedrale erhoben wird).

Zur bleibenden Begründung dieses Bisthums und seiner Anstalten haben Wir (nach Vernehmung Unseres Geheimen Raths), und unter Zustimmung Unserer getreuen Stände (als Ausstattung angewiesen): 1) An Häusern etc. etc. 2) an liegenden Gründen etc. etc. 3) an weiteren jährlichen Einkünften a) an Früchten b) an Gold bei dem Kameral-Amte N. zu beziehen.

Aus dieser Dotation wird bestimmt 1) für den bischöflichen Tisch jährlich —

(Hier ist der Inhalt einer jeden Dotations-Urkunde für die Kirchenstellen, und kirchlichen Anstalten einzeln einzuschalten.)

in Summa:

Alle Theile dieser Dotation an Gebäuden, Grundstücken und Einkünften, sollen unter der Mitaufsicht des Bischofs in ihrer Vollständigkeit erhalten werden, und sind auf keine Weise zu anderen, als zu katholisch-kirchlichen Zwecken zu verwenden. Für die auf Kameral-Aemter jährlich angewiesenen Einkünfte haften die Domänial-Güter dieser Aemter als Unterpfand. Wir behalten aber Uns und Unseren Nachfolgern vor: diese Einkünfte nach ihrem Werthe in Grund-Eigenthum oder Einkünfte aus demselben umzuwandeln.

Die Verwaltung dieser Ausstattung wird nach den von Uns hierüber (im Einverständnisse mit Unsern getreuen Ständen) festzusetzenden Vorschriften geführt werden.

Indem Wir durch diese Stiftung und Ausstattung des Landesbisthums Unsere vorzügliche Sorgfalt für die Mitglieder der katholischen Kirche Unseres Landes kund thun, und den blei-

benden Zustand ihrer kirchlichen Einrichtungen begründen, setzen Wir als Beschützer der Kirche und Stifter des neuen Bisthums fest, dass die von Uns zugleich gegebene Kirchenpragmatik von dem Erzbischof, von Unserem Landesbischof, und von seinem Domkapitel, genau befolgt werde.

Als Bedingniss obiger Unserer Stiftung wollen Wir insbesondere hiermit genehmigt und festgesetzt haben, dass

1) der bischöfliche Stuhl durch die Wahl besetzt werde, die Wahlform aber folgende sey: a) das Wahlcollegium bildet sich in jedem vorkommenden Wahlakt aus den sämmtlichen Mitgliedern des Domkapitels, und einer der gesetzlichen Zahl der Domkapitulare gleichen Anzahl hierzu eigens gewählter Decane. b) Das Wahlcollegium wählt durch absolute Stimmen-Mehrheit drei Subjecte aus dem Diözesan-Klerus; unter diesen wird derjenige als Bischof proclamirt, den Unser landesherrliches Veto nicht ausschliesst. In dieser Hinsicht behalten Wir Uns vor, von dem Uns zustehenden Rechte, exclusivam zu geben, vor der Wahl Gebrauch zu machen, nach geschehener Wahl aber, welche nur in Gegenwart eines von Uns eigens dazu beauftragten Kommissärs vorzunehmen ist, durch Ausübung des Veto entweder aus den drei gewählten Subjecten durch Verwerfung der zwei andern denjenigen, welchen Wir als Gewählten anerkennen, sogleich zu bezeichnen, oder im Falle Wir Uns zur Verwerfung aller drei Gewählten veranlasst finden sollten, eine neue Wahl eintreten zu lassen; im letztern Falle werden Wir jedoch die Gründe der Rekusation anzugeben nicht anstehen. c) Das Resultat der vorgenommenen Wahlen wird zwar, sobald die drei Subjecte vorschriftmässig gewählt sind, dem Wahlcollegium eröffnet, und sofort zu Unserer Kenntniss gebracht, der Wahlakt selbst aber soll erst nach Unserer darauf erfolgten Erklärung als vollendet angesehen, und dann die getroffene Wahl promulgirt werden.

2) Zum Bischof kann nur ein Geistlicher gewählt werden, welcher ein Deutscher von Geburt und Bürger Unseres Staates, oder eines der Staaten ist, welche sich an Unser Landesbisthum angeschlossen haben. Nebst den vorgeschriebenen kanonischen Eigenschaften ist erforderlich, dass derselbe wenigstens 8 Jahre lang entweder die Seelsorge, ein akademisches Lehramt, oder

sonst eine kirchliche Stelle mit Verdienst und Auszeichnung verwaltet habe, so wie auch der inländischen Staats- und Kirchengesetze und Einrichtungen kundig sey.

3) Der gewählte Bischof, der sogleich nach vollendetem Wahlakte an die Spitze der Diözesan-Verwaltung zu treten das Recht hat, wird alsbald nach der Wahl solche dem Oberhaupte der katholischen Kirche anzeigen, und um die Bestätigung ansuchen, zugleich wird er sich auch wegen des Informativ-Prozesses an den Erzbischof wenden.

Vor der Consekration, die der Erzbischof selbst, oder mit seinem Einverständniss ein anderer Bischof in der Provinz vorzunehmen hat, legt derselbe Uns den in der Kirchen-Pragmatik vorgeschriebenen Eid ab.

4) Nach erlangter Consekration tritt der Bischof in die volle Ausübung der mit dem Episcopat verbundenen Rechte und Pflichten, und Wir werden Sorge tragen, dass er hierin nicht nur nicht gehindert, sondern vielmehr gegen alle äusseren Beschränkungen kräftig geschützt werde. Zugleich aber werden Wir darüber wachen, dass der Bischof seine Amtswirksamkeit den Diözesanen geistlichen und weltlichen Standes, in der Absicht, sie an auswärtige geistliche Behörden zu verweisen, nicht versage.

5) Da in keinem Falle kirchliche Streitsachen der Katholiken unserer Lande ausserhalb der Kirchenprovinz und von auswärtigen Richtern verhandelt werden, sondern zu Erledigung solcher Appellations-Sachen, welche an eine dritte Instanz gelangen können, so wie der Beschwerden höherer Art gegen Geistliche, ein Synodalgericht (judices in partibus) gebildet werden soll, wozu aus jeder Diözese der Provinz ein Mitglied abzuordnen ist, so hat die Wahl dieses Mitgliedes auf dieselbe Weise und von demselben Wahlcollegium zu geschehen, wie oben bei der Bischofswahl angeordnet worden ist. Den Director werden die Synodalrichter aus ihrer Mitte wählen. Ausserdem soll zur Erledigung aller, die Kirchenprovinz betreffenden, Verwaltungsangelegenheiten jährlich eine Synodal-Conferenz von Abgeordneten aus jeder der fünf Diözesen Statt haben. Die Bevollmächtigung und Instruirung des Abgeordneten aus Unserem Landesbisthum bleibt, nach vorausgegangener Rück-

sprache, und eingeholter landesherrlichen Genehmigung dem zeitherigen Bischof überlassen.

6) Die Besetzung der Domkapitular-Stellen geschieht bei künftigen Erledigungen auf die nämliche Weise, wie die des bischöflichen Sitzes, durch das Wahl-Collegium, welches drei Individuen erwählt, aus denen Wir eines ernennen, jedoch mit der Bestimmung, dass Uns frei stehe, alle drei Gewählte ohne Angabe der Gründe zu verwerfen. Ueber die Ernennung der Domcapläne behalten Wir Uns und Unsern Nachfolgern die jederzeitige Verständigung mit dem Bischofe vor.

7) Zur Stelle eines Domkapitularen können nur Diözesan-Geistliche gelangen, welche Priester, dreissig Jahre alt, tadellosen Wandels sind, vorzügliche theologische Kenntnisse besitzen, und wenigstens sechs Jahre ein öffentliches Kirchen- oder akademisches Lehr-Amt mit Auszeichnung verwaltet haben, zugleich aber mit der Landes-Verfassung genau bekannt sind.

8) Wir werden nach Vernehmung des Bischofs und des Kapitels den Domkapitularen, welcher zum Domdecan zu befördern ist, bezeichnen, und der Bischof setzt ihn in sein Amt ein.

9) Das Domkapitel der Kathedral-Kirche tritt in den vollen Wirkungskreis der alten Presbyterien, und bildet unter dem Bischof die oberste Verwaltungs-Behörde der Diözesen; sorgt auch auf gesetzliche Weise für die Diözesan-Verwaltung, wenn der Bischofsitz gehindert oder erledigt ist. Der Dekan führt die Direction; die Verwaltungsform ist kollegialisch.

10) Die ganze Diözesan-Verwaltung für die Diözesanen geistlichen und weltlichen Standes wird unentgeldlich geführt; nur mässige Expeditions-Gebühren sind verstattet. Demnach dürfen auch ausser dergleichen Expeditions-Gebühren weder von inländischen, noch von ausländischen geistlichen Behörden Taxen oder Abgaben, von welcher Art sie auch seyen und wie sie auch Namen haben mögen, erhoben werden.

11) Zufolge der ihrer ursprünglichen Verfassung gemäss wieder hergestellten Metropolitan-Verfassung, welche, soweit es Unsere katholischen Unterthanen angeht, unter Unserem besondern Schutze stehet, übt der Erzbischof folgende Metropolitan-Rechte aus: a) Er führt den Vorsitz und das Directorium bei

Provinzial-Synoden. b) Er hat die persönlichen Klagen gegen die Bischöfe mit den Conprovinzial-Bischöfen zu untersuchen; in den Fällen aber, wo auf Deposition oder Privation des Angeklagten zu erkennen ist, die Sache an das Synodal-Gericht (judices in partibus), welches im Namen des Pabstes spricht, zur Fällung des Erkenntnisses zu überweisen; dann c) für die in geeigneten Fällen an das Metropolitan-Gericht gehenden Appellationen sein Kapitel als Gericht zweiter Instanz aufzustellen (für die Behandlung der Streitsachen in der eigenen Diözese aber sein Kapitel in zwei Senate, wovon der eine in der ersten und der andere in der zweiten Instanz zu entscheiden hat, abzutheilen); ferner d) die Bischöfe im kanonischen Wege zur Erfüllung ihrer Amtspflichten anzuhalten, und erforderlichen Falls, nach vorhergegangener Rücksprache mit dem betreffenden Staate, das jus supplendi auszuüben. e) Er wird die bischöflichen Diözesen der Provinz, jedoch nur aus wichtigen Gründen und mit Genehmigung des betreffenden Staates, welcher nach Gutbefinden einen landesherrlichen Kommissär ihm beiordnen wird, visitiren. f) Er hat für die verwaisten Kirchen, jedoch unbeschadet der Rechte der Domkapitel, zu sorgen, daher auch in Nothfällen, wenn der päbstliche Stuhl erledigt, oder der Pabst unzugänglich, oder, auf welche Art es auch sey, gehindert seyn sollte, allen Bedürfnissen der Provinz vorzusehen; g) namentlich aber seine ursprünglichen Confirmations- und Consecrations-Rechte und Pflichten auszuüben, wenn die päbstliche Bestätigung eines neuen Bischofs innerhalb der Zeit von sechs Monaten, binnen welcher die bischöflichen Sitze wieder besetzt seyn sollen, nicht erfolgt; es sey, dass keine Gründe der Verweigerung angegeben, oder dass die angegebenen von dem Synodalgerichte auf unrichtigen Thatsachen beruhend oder unerheblich befunden wurden, oder dass der päbstliche Stuhl selbst in dieser Zeit erledigt oder gehindert seyn sollte.

12) Im Erledigungs- oder Hinderungs-Falle des erzbischöflichen Stuhls tritt der älteste Bischof der Provinz von Rechtswegen in die Verwaltung der Metropolitan-Rechte und Verrichtungen ein, und das bestehende Metropolitan-Gericht wird von ihm bevollmächtigt.

Zugleich haben Wir für die wissenschaftliche Bildung der zum geistlichen Stande bestimmten Individuen durch (hier werden die in jedem einzelnen Staate in dieser Beziehung getroffenen oder zufolge der Kirchen-Pragmatik noch zu treffenden Einrichtungen eingeschaltet) gesorgt, und werden durch die Ertheilung der Tischtitel an die zu weihenden, auf den Fall der nicht verschuldeten Dienst-Unfähigkeit, für dieselben sorgen.

Zu mehrerer Bekräftigung und zur Sicherung der genauen Vollziehung des Vorbesagten, haben Wir von gegenwärtigem Stiftungs-Briefe zwei gleichlautende Urschriften fertigen lassen, wovon die Eine in Unserem Staats-Archive, die Andere in dem Archive des Landesbisthums zu hinterlegen ist. Urkundlich Unserer höchsteigenhändigen Namens-Unterschrift und des beigedruckten grösseren Insiegels.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt den Im Jahre von Unseres Herrn Geburt, dem Unserer Regierung.

4.

Grundzüge zu einer Vereinbarung über die Verhältnisse der katholischen Kirche in teutschen Bundesstaaten.

(Beilage zum Protokoll der siebenzehnten Zusammenkunft vom 30. April 1818.)

Berichtigt in Gemässheit der neuesten Instruktionen, und der hiernach in der 18ten und 19ten Zusammenkunft gefassten Beschlüsse.

§. 1. 7te Zusammenkunft. No. 1. Der katholischen Kirche, als einer religiösen Gesellschaft im Staate, steht das freie ungehinderte Bekenntniss ihres Glaubens und die freie öffentliche Ausübung ihres Kultus mit allen Rechten zu, wie sie aus den wesentlichen Grundsätzen ihrer Konfession fliessen, und wie sie dieselben in Gemässheit jener Grundsätze bisher besessen hat.

§. 2. Der Staat hat daher die Pflicht, nicht nur die Hindernisse möglichst zu beseitigen, welche die katholische Kirche in der Ausübung ihrer von ihm garantirten Rechte stören könn-

*) Vrgl. Die neuesten Grundlagen der deutsch-kathol. Kirchenverfassung in Actenstücken. Stuttgart 1821.

ten, sondern ihr auch diejenigen Mittel zu gewähren, welche zur Erreichung obiger Zwecke wesentlich nöthig sind.

§. 3. 1ste Zusammenkunft Beil. Ziff. 2. Eine nähere rechtliche Bestimmung erhält dieser Satz durch den 35. und 62. §. des Reichs-Deputations-Hauptschlusses, durch welchen die Güter der Stifter, Abteien und Klöster zwar der freien und vollen Disposition der Landes-Herren, jedoch unter dem bestimmten Vorbehalt überlassen wurden, den Aufwand für den Gottesdienst, Unterricht und andere gemeinnützige Anstalten daraus zu bestreiten, und insbesondere den Domkirchen eine feste und bleibende Ausstattung zu verschaffen.

§. 4. Es muss demnach der Staat A) die wesentlichen Erfordernisse und Bedürfnisse der Kirche reguliren, und B) ihre rechtlichen Verhältnisse bestimmen.

§. 5. Jene wesentlichen Erfordernisse und Bedürfnisse der Kirche sind: a) die Eintheilung der Diöcesen. b) Die Errichtung und Besetzung der Bisthümer. c) Die Konstituirung der Domkapitel, Generalvikariate, und anderer bischöflichen Behörden. d) Erziehungs- und höhere Lehranstalten, auch Priester-Seminarien. e) Einrichtungen in Beziehung auf die Seelsorge. f) Die Wiederherstellung der Metropolitan-Verhältnisse, und g) Die Dotation.

§. 6. Die rechtlichen Verhältnisse der Kirche sind festzusetzen: a) In Beziehung auf den Staat. b) In Beziehung auf das Oberhaupt der Kirche. c) In Beziehung auf andere christliche Konfessions-Verwandte.

A) Erfordernisse und Bedürfnisse der Kirche.

a) Eintheilung der Diöcesen.

§. 7. 2te Zusammenkunft. A. 1. Auf die bisherigen Bisthümer in Teutschland und ihre Grenzen kann im Allgemeinen keine Rücksicht genommen werden, sondern die politischen Grenzen einzelner teutschen Staaten bezeichnen auch die Grenzen der darin befindlichen oder neu zu errichtenden Bisthümer.

§. 8. Ibid. 2. Sollte daher in der Folge ein teutscher Staat einen Zuwachs an katholischen Unterthanen erhalten, so sollen auch diese dem inländischen Bischoffe oder, wenn deren meh-

rere im Staate sind, dem nächsten untergeordnet, und von aller Verbindung mit dem bisherigen Bischoffe, nach kanonischer Form, getrennt werden.

§. 9. Ibid. 3. In der Voraussetzung, dass bei stark bevölkerten, oder in ihren einzelnen Theilen geographisch zu sehr getrennten Bisthümern durch bischöffliche Vikariate oder Kommissariate die kirchliche Verwaltung hinlänglich gefördert werden müsse, wird das Maximum der Seelenzahl eines Bisthums (es gehöre nun Einem Staate oder mehreren Staaten gemeinschaftlich an) auf 800,000 Seelen festgesetzt.

§. 10. Ibid. 4. Die Bestimmung der Zahl der Bisthümer, der bischöfflichen Sitze, und der Grenzen einzelner Erz- und Bisthümer hängt von dem Landesherrn ab, theils als solchem, theils als Dotator derselben, jedoch unter Beobachtung der kanonischen Formen.

§. 11. 4te Zusammenkunft. A. 12. Staaten, welche keinen eigenen Bischoff aufzustellen gedenken, können sich unter besonders zu verabredenden Bestimmungen an einen anderen Bundesstaat anschliessen.

§. 12. 2te Zusammenkunft. 4. Diesem zufolge haben Seine Königliche Majestät von Würtemberg die Absicht, für die katholischen Landestheile Ihres Staats mit einer Bevölkerung von Seelen ein Bisthum, mit dem Sitze in Rotenburg, zu errichten, und haben hiezu bereits die wesentlichsten Anordnungen getroffen.

Seine Königliche Hoheit der Grossherzog von Baden werden für die katholischen Landestheile Ihres Staats mit einer Bevölkerung von Seelen ein Bisthum, nebst den nöthigen bischöfflichen Kommissariaten, errichten, und behalten Sich die Bestimmung des bischöfflichen Sitzes vor.

Seine Königliche Hoheit der Grossherzog von Hessen werden für eine Seelenzahl von das bereits bestehende Bisthum zu Mainz erhalten und ihre sämmtlichen katholischen Landestheile mit demselben vereinigen.

Seine Königliche Hoheit der Kurfürst von Hessen mit katholischen Unterthanen. . . .

Seine Hochfürstliche Durchlaucht der Herzog von Nassau mit Seelen, erklären vorläufig sich bereit, sich dem in

Mainz bestehenden Bisthum, unter dem Vorbehalt eigener, an schicklichen Orten zu errichtender, bischöfflicher Vikariate oder Kommissariate und unter den im vorigen §. enthaltenen Bestimmungen anzuschliessen.

Seine Hochfürstliche Durchlaucht der Herzog von Oldenburg behalten es sich vor, unter der Bedingung eines für Oldenburg zu errichtenden eignen bischöfflichen Vikariats, an ein demnächst geeignet befundenes Bisthum sich anzuschliessen.

Aehnliche Erklärungen über die künftige Verbindung mit bischöfflichen Diöcesen haben sich alle übrigen Theilnehmer an diesen Verhandlungen ebenfalls vorbehalten.

b) Besetzung der Bisthümer.

§. 13. 4te Zusammenkunft. B. 1. Wenn der bischöffliche Sitz behindert oder erledigt ist, führt das Domkapitel, unter dem Vorsitz des Domdechants, auf die durch die Kirchengesetze bezeichnete Weise, die Diöcesan-Verwaltung. Die Wiederbesetzung eines erledigten bischöfflichen Sitzes geschieht durch eine kanonische Wahl auf folgende Art:

Sämmtliche Landdekane der Diöcese wählen aus ihrer Mitte und zwar für jeden Fall einer Bischoffswahl auf's neue eine der gesetzlichen Zahl der Domkapitularen gleiche Anzahl von Dekanen. Diese werden dem Domkapitel beigegeben und bilden mit den Domherrn das Wahl-Kollegium.

Vor der Wahl steht dem Landesherrn das aus dem jure circa sacra fliessende Recht zu, die exclusivam zu ertheilen; die Wahl selbst geschieht aber nur in Gegenwart eines landesherrlichen Kommissärs, auf die gewöhnliche Art des kanonischen Scrutiniums, und jedes Mitglied der Diöcesan-Geistlichkeit ist, unter Voraussetzung seiner Tauglichkeit, wählbar.

Das Wahlkapitel erwählt drei taugliche Personen, aus welchen der Landesherr denjenigen benennt, welcher die bischöffliche Würde erhält, falls er nicht von dem ihm, jedoch nur unter Angabe der Gründe, zustehenden Rekusationsrecht Gebrauch macht; in welchem letzteren Falle das gebildete Wahlkollegium eine neue Wahl vorzunehmen hat.

§. 14. 5te Zusammenkunft. B. 4. Bischoff kann nur ein Geistlicher werden, der ein Teutscher von Geburt und Staatsbürger des Staats ist, worin der Bischoff seinen Sitz hat,

oder eines der Staaten, die einen gemeinschaftlichen Bischoff haben, das kanonische Alter, und die theologischen Studien mit ausgezeichnetem Erfolge vollendet hat. Er muss vor seiner Ernennung wenigstens 8 Jahre lang, entweder sich der Seelsorge gewidmet, oder ein höheres Lehramt versehen, oder sich sonst in kirchlichen Geschäften geübt haben, und der einländischen Staats- und Kirchenverfassung, Gesetze und Einrichtungen kundig seyn. Zudem muss er gute Zeugnisse der Sitten, des Eifers und religiöser Verträglichkeit für sich haben.

§. 15. Ibidem 5. Wenn der Bischoff ernannt ist, macht das Kapitel dem Erzbischoff, und durch die Staatsbehörde dem Pabste die vorläufige Anzeige davon. Ersterer führt den Informativprozess, und schickt denselben zur päbstlichen Bestätigung des Ernannten auf dem nämlichen Wege nach Rom, welche Bestätigung längstens binnen vier Monaten erwartet wird. Sollte in dieser bestimmten Zeit keine Entschliessung erfolgen, so tritt der Erzbischoff in seine ursprünglichen, zum Theil in Teutschland noch üblichen Konfirmations-Rechte und Pflichten ein.

Erhebt aber der Pabst über die Person des Ernannten innerhalb jener Zeit Anstände, so wird er dieselben in der Provinz, unter dem Vorsitz eines Bischoffs und unter landesherrlicher Mitwirkung durch ein eigenes dafür gebildetes Gericht, dessen Anordnung einem jeden Staat zu überlassen ist, untersuchen und prüfen lassen. Wenn sich die Anstände unbegründet finden, so wird der Pabst innerhalb zwei Monaten nach dem Erkenntniss die Bestätigung ertheilen, und wenn sie nicht erfolgt, so tritt die erzbischöffliche Bestätigung auf oben angezeigte Weise ein; sind aber die Anstände begründet, so findet eine neue Wahl statt.

§. 16. Ibidem. Nachdem der neu ernannte Bischoff bestätigt ist, wird er vom Erzbischoff konsekrirt.

§. 17. Ibidem. Vor der Konsekration legt der Bischoff dem Landesherrn folgenden Eid ab: „Ich schwöre und verspreche bei den heiligen Evangelien Gottes, Seiner Königlichen Majestät (Seiner Königlichen Hoheit dem Grossherzoge etc.) und Allerhöchstdero Nachfolgern, so wie den Gesetzen des Staats Gehorsam und Treue. Ferner verspreche ich, kein Einverständ-

niss zu unterhalten, an keiner Berathschlagung Theil zu nehmen, und keine verdächtige Verbindungen weder im In- noch im Auslande zu haben, welche die öffentliche Ruhe gefährden, und wenn ich von irgend einem Anschlage zum Nachtheile des Staats, sey es in meiner Diöcese oder anderswo, Kunde erhalten sollte, so werde ich es Seiner Königlichen Majestät (Seiner Königlichen Hoheit) eröffnen."

§. 18. Ibidem 8. Dem Pabste haben die Erz- und Bischöffe folgende schriftliche Angelobung durch die Staatsbehörde nach Rom zu schicken: „Ego N. electus et nominatus Ecclesiae N. archiepiscopus (episcopus) promitto, Sanctissimo Domino N. Papae ejusque successoribus canonice intrantibus obedientiam canonicam juxta decreta universalis ecclesiae me exhibiturum, jura et autoritatem ecclesiae catholicae defendenda et promovenda curabo, et divinum munus regendae ecclesiae N. mihi commissum in animarum populique salutem pro viribus me executurum spondeo."

Ibid. 9. Da die von den Erz- und Bischöffen, so wie von allen Geistlichen abzulegende Glaubensprofession billig einfacher gefasst werden sollte, so erwartet man von der ersten Synodal-Versammlung eine zweckmässige Abänderung.

§. 19. 7te Zusammenkunft. 5. Sobald ein neu ernannter Bischoff bestätigt und konsekrirt ist, tritt er in sein Amt und in den Genuss seiner Einkünfte ein. Er kann von nun an, aus eigenem Rechte, seine Diöcese frei, wie es der katholischen Kirchenverfassung gemäss ist, verwalten, und er wird hierin vom Staat nicht nur nicht gehindert, sondern vielmehr gegen alle äusseren Beschränkungen geschützt werden. Er hat das Recht, alles dasjenige zu thun, was, zur Erhaltung der katholischen Lehre, zur Beförderung der Disciplin und der Liturgie, sein Amt von ihm fordert.

§. 20. Ibidem 6. Es findet demnach keine Exemtion einzelner Personen oder ganzer Körperschaften vom Diöcesan-Verbande und der bischöfflichen Jurisdiktion statt.

§. 21. 9te Zusammenkunft. 13. Dem Bischoff steht das kirchliche Censur- und Strafrecht gegen Laien und Geistliche zu. Es kann aber in folgenden Fällen nur unter Mitwir-

kung und Zustimmung der Staatsbehörde von ihm ausgeübt werden: 1) wenn Laien wegen solcher Vergehungen gegen die Kirchenzucht in Untersuchung gerathen, dass wider sie Exkommunikation auszusprechen wäre. Andere Vergehungen der Laien gegen die Kirchenzucht sind, wenn die in den pfarramtlichen Befugnissen liegenden Belehrungen, Ermahnungen und Verweise nicht zur Besserung führen, von dem Pfarramte an die Staatsbehörde zu bringen und allein von dieser zu ahnden und zu bestrafen; 2) wenn gegen Geistliche wegen schwerer Versäumung oder Verletzung ihrer Dienstpflichten, oder wegen unsittlichen Lebenswandels, strengere Straferkenntnisse nothwendig werden, als: Suspension vom Amte, Gefängniss, Dimission, Absetzung, und, bei erwiesener Unwürdigkeit oder Untauglichkeit zum geistlichen Stande, Entlassung aus demselben etc.

In diesem letzteren Falle liegt es dem Bischoffe ob, den verurtheilten Geistlichen mit Aufhebung aller aus den Weihen entspringenden Vortheile und Verbindlichkeiten, und mit Verlust des Tafeltitels, in den Laienstand zurückzusetzen. Geringere Vergehungen der Geistlichen, und solche, welche kein öffentliches Aergerniss veranlasst haben, können von der bischöfflichen Behörde, durch Ermahnungen, Verweise, Bussübungen und andere dergleichen Disciplinarstrafen, ohne Mitwirkung der Staatsbehörde geahndet werden; hingegen bleibt auch hier dem Geistlichen der recursus ab abusu an die Staatsbehörde offen.

Haftet Gefahr auf den Verzug, so ist der Bischoff oder sein Vikariat zwar befugt, Suspension vorläufig zu erkennen, jedoch verpflichtet, davon der Staatsbehörde sofort Anzeige zu machen.

§. 22. Vermöge dieser Disciplinar-Gewalt steht dem Bischoffe das Recht zu, von den gegen die rein katholische Lehre anstossenden Druckschriften den Gebrauch bei öffentlichen Religionsvorträgen in Kirche und Schule, jedoch nur mit Vorwissen und Bewilligung des Staats, zu verbieten.

§. 23. Ibidem 15. Auch ertheilt der Bischoff in allen kirchlichen Angelegenheiten ohne Ausnahme, wenn dringende Ursachen vorhanden sind, die erforderlichen Dispensationen. Namentlich kann er einen Welt- oder Ordensgeistlichen, wenn

derselbe hinlängliche, das Seelenheil fördernde, Gründe hat, aus dem geistlichen Stande auszutreten, mit Aufhebung aller diesem Stande anklebenden Vortheile und Verbindlichkeiten, in den Laienstand zurückversetzen.

§. 24. 10te Zusammenkunft. D. 3. Der eigentliche Amts-Einfluss des Bischoffs auf höhere und niedere Lehranstalten beschränkt sich blos auf das religiöse, die übrige Leitung derselben und namentlich die Bestimmung der Lehrgegenstände geht aber lediglich vom Staate aus.

12te Zusammenkunft. §. I. C. Sollte der Bischoff eine Untersuchung in Beziehung auf die Lehre der Universitäts-Professoren für nöthig erachten, so kann solche nicht anders als auf Verfügung der Regierung statt finden.

c) Konstituirung der Domkapitel, Generalvikariate und anderer kirchlichen Behörden.

§. 25. 2te Zusammenkunft. A. 6. Bei jeder bischöfflichen Kirche soll ein Domkapitel bestehen, welches nach der Grösse des Sprengels mit einer verhältnissmässigen Anzahl von Kapitularen und Domkaplanen besetzt werden soll; jedoch werden bei dem grössten Bisthum 8 Kapitulare und 6 Domkaplane als zureichend erkannt. Dem Domkapitel, als solchem, steht ein Domdechant vor, welcher die Oeconomica nach gemeinschaftlichem Bedürfnisse des Kapitels zu leiten hat, und, so wie alle Domherren, unter Aufsicht und Leitung des Bischoffs steht.

§. 26. 14te Zusammenkunft. Die Stellen des Generalvikars und eines Weihbischoffs werden so viel thunlich in einer Person vereinigt, und beide Stellen, so wie die des Dompfarrers und des Seminarium-Vorstehers, aus der Mitte des Domkapitels besetzt.

§. 27. 6te Zusammenkunft. B. 11. Die Ernennung der Domkapitulare, mit Ausnahme des Domdechants, geschieht abwechselnd von dem Landesherrn und dem Bischoffe. Dieser ist jedoch verbunden, vorher das Gutachten seines Kapitels einzuholen, und keine dem Regenten missfällige Personen zu ernennen. Die geschehene Ernennung unterliegt der landesherrlichen Bestätigung.

§. 28. Ibid. 11. Die erste Konstituirung des Kapitels

geschieht ausnahmsweise nur von dem Landesherrn aus dem katholischen Klerus des Landes und nach eingezogenem Gutachten der zu den kirchlichen Angelegenheiten verordneten Staatsstelle, so wie der in der Diöcese allenfalls schon bestehenden kirchlichen Behörde.

§. 29. Ibid. 11. Bei der Ernennung der Domkapitulare wird kein Unterschied der Geburt berücksichtigt, und es ist besonders darauf zu sehen, dass das Domkapitel, dieser Senat des Bischoffs, mit Männern besetzt werde, die sich in den verschiedenen Fächern der theologischen Wissenschaften, des Schulwesens, der Sprachen und des Kirchenrechts auszeichnen, und mit der Landesverfassung genau bekannt sind. Sie sollen Unterthanen eines zur Diöcese gehörigen Staats, nicht unter 30 Jahre alt, von ganz untadelhaftem Wandel seyn, und 6 Jahre in der Seelsorge oder sonst in einem Kirchen- oder öffentlichen Lehramte sich ausgezeichnet haben.

§. 30. Ibid. 14. und 14te Zusammenkunft. Den Domdechant ernennt der Landesherr aus der Mitte des Kapitels. Mit seinem Amte ist auch das des Generalvikars und das des Weihbischoffs vereinbar.

§. 31. Ibid. 13. Die Domherren sollen, um ihre Stellen mit Würde auszufüllen, nicht nur das bischöffliche General-Vikariat bilden, sondern auch den aus ihrer Mitte genommenen Dompfarrer durch Predigen und andere pfarrliche Dienstverrichtungen unterstützen, und durch thätige Theilnahme an der Seelsorge Vorbilder des übrigen Klerus seyn.

§. 32. 3te Zusammenkunft. A. 8. und 6te Zusammenkunft 24. Dem Domkapitel als General-Vikariat, soll ein hinlängliches Dienstpersonal beigegeben, und dessen kollegialische Geschäftsordnung nach kirchlichen Grundsätzen bestimmt werden. Der Vorstand dieser Behörde ist der General-Vikar, Mitglieder aber sind die Domkapitularen, und wenigstens Ein weltlicher katholischer Rath. Dieser letztere muss hinreichende Kenntnisse der Landesverfassung und Verwaltung haben, und bei den Verhandlungen des Kollegiums, dessen Sizzungen er ohne Unterschied beiwohnt, besonders sein Augenmerk darauf richten, dass die Gesetze und allgemeinen Verwaltungs-Grundsätze des Staates niemals ausser Acht gelassen wer-

den. Rein geistliche Sachen ausgenommen, hat er mit den übrigen Mitgliedern des Kollegiums ein gleiches Stimmrecht auszuüben. Er wird, nach vorher vernommenem Gutachten des Bischoffs, vom Landesherrn ernannt. Bei den erzbischöfflichen Vikariaten ist zugleich jedem der an der Provinz theilnehmenden Staaten zu überlassen, für die Metropolitan-Geschäfte einen besondern weltlichen Rath auf seine Kosten beizuordnen.

§. 33. 6te Zusammenkunft 14. und 14te Zusammenkunft. Wenn die Stellen des General-Vikars und eines Weihbischoffs in Erledigung kommen, so wird der Bischoff innerhalb 4 Wochen dem Landesherrn das Mitglied aus dem Domkapitel anzeigen, welchem diese Stellen zu übertragen wären, und ist die Person dem Landesherrn angenehm, so legt der Bischoff die Ernennung demselben zur Bestätigung vor.

§. 34. 6te Zusammenkunft. 13. Die Domkaplaneyen werden, so wie die Dompräbenden, abwechselnd vom Landesherrn und dem Bischoffe vergeben. Die Domkapläne sind verpflichtet, sich bei kirchlichen Funktionen, besonders bei Pontifikalverrichtungen, auch zur Aushülfe in der Seelsorge, dem Krankenbesuche, Unterricht in der lateinischen Sprache u. s. w. gebrauchen zu lassen, vorzüglich aber die Kirchenmusik zu besorgen, und junge Leute in der Musik zu unterrichten.

2te Zusammenkunft. 6. 4. Da hienach das sonst üblich gewesene tägliche Absingen der kanonischen Tagszeiten nicht mehr möglich ist, so kann einem allenfalsigen Ansinnen um dessen Wiederherstellung auch nicht entsprochen werden.

d) Erziehungs- und höhere Lehranstalten, auch Priester-Seminarien.

§. 35. 12te Zusammenkunft. §. 1. Um den Kandidaten des katholischen geistlichen Standes eine, sowohl den allgemeinen als auch eigenthümlichen Bedürfnissen ihrer Konfession entsprechende Bildung möglich zu machen, wird jeder Staat entweder eine höhere katholische theologische Lehranstalt bilden, und solche als Fakultät mit seiner Landesuniversität vereinigen, oder seine Kandidaten aus den katholischen Kirchen-Fonds in den Stand setzen, eine der Universitäten in den vereinten Diöcesen, welche mit einer katholischen Fakultät ver-

sehen ist, besuchen zu können. In letzterem Falle werden die festgesetzten Kollegiengelder an die Professoren, und alle übliche Gebühren von den betreffenden Staaten entrichtet; der Rektor und die Professoren der Fakultät haben in besonderen Fällen an die verschiedenen Staatsbehörden der Kandidaten zu berichten, und sowohl die jährlichen als die absolutorischen Zeugnisse dahin einzusenden, auch bleibt es jedem Landesherrn überlassen, zu der jährlichen, besonders zu der letzten Hauptprüfung, am Schlusse des 3ten theologischen Kursus, wovon die Entlassung von der Universität und die Aufnahme in das Priester-Seminarium abhängt, entweder einen Kommissär abzuordnen, oder diese Hauptprüfung in seinem Lande besonders vornehmen zu lassen, wornach er mit dem Bischoffe Rücksprache nimmt, und sich mit demselben über die Aufnahme in das Seminarium, oder über die Anweisung zur Ergänzung der bei der Prüfung bemerkten Mängel durch fortgesetztes Studium auf der hohen Schule, oder auch über gänzliche Ausschliessung von dem geistlichen Stande vereinigt.

Der Bischoff, welcher bei Besetzung der Lehrstellen gehört wird, und der jährlichen, so wie der letzten Hauptprüfung bei der theologischen Fakultät selbst, oder durch Abgeordnete beiwohnt, wird bei der Verhandlung über die Aufnahme in das Priester-Seminar auch Rücksicht auf die während der 3 Kurse beobachteten Fortschritte des Kandidaten, und auf die Zeugnisse des Rektors und der Professoren der theologischen Fakultät nehmen.

§. 36. 4te Zusammenkunft. 13. und 12te Zusammenkunft. §. I. Nro. II. Bei jedem bischöfflichen Sitze soll ein Priester-Seminar bestehen, in welchem die Kandidaten des geistlichen Standes nach vollendeten dreijährigen theologischen Studien auf der Universität, ein Jahr lang in dem Praktischen der Seelsorge ausgebildet und zu dem Empfang der höheren Weihen vorbereitet werden.

Die Aufnahme in das Priester-Seminar entscheidet für den Eintritt in den geistlichen Stand und hängt daher von einem dreijährigen Studium auf einer höheren Lehr-Anstalt, sodann von der geprüften Würdigkeit der Kandidaten ab, über welche der Staat und die Kirche gemeinschaftlich zu erkennen haben.

§. 37. 6te Zusammenkunft. 15. Der Bischoff ernennt die Vorsteher und Angestellten des Seminars. Da jedoch dem Staate alles daran liegen muss, die Bildung angehender Geistlichen und Volkslehrer tüchtigen Händen anvertraut zu wissen, so wird der Bischoff über die Auswahl der Vorsteher mit derjenigen Staatsstelle kommuniciren, welche die landesherrlichen Rechte in Kirchensachen ausübt. Diese Stelle hat die von dem Bischoffe gemachten Vorschläge zu begutachten, und erst wenn dieses geschehen ist, kann die landesherrliche Bestätigung eingeholt werden, deren Verweigerung aus erheblichen Gründen dem Landesherrn vorbehalten bleibt.

§. 38. 12te Zusammenkunft. §. I. Nro. II. Der Bischoff, welchem in Hinsicht des Unterrichts und der Disciplin unter der Aufsicht des Staates die Leitung des Seminars zusteht, wird auch die mit Genehmigung des Staats, in welchem sich das Seminar befindet, getroffenen Einrichtungen ausführen; und diesem werden sich die anderen Staaten der Diöcese, welche daran Theil nehmen, vertrauend anschliessen. In gleichem Vertrauen überlassen sie auch den betreffenden Landesherrn die vorbehaltene Bestätigung oder Rekusation der von dem Bischoffe zu ernennenden Seminariums-Vorsteher.

Die theilnehmenden Staaten haben aber das Recht, von dem Regens Seminarii gleiche Berichte und Prädikaten-Tabellen etc. über ihre Landesangehörigen zu fordern, wie derselbe solche an seine eigene Staatsbehörde verfassungsmässig zu erstatten hat.

§. 39. Ibid. In der Regel hat jeder Kandidat nur ein Jahr in dem Seminar zu verweilen, und kann als geweihter Priester sogleich zur Aushülfe in der Seelsorge in seinem Lande verwendet werden, wozu ihm der Bischoff die nöthige Approbation ertheilt.

§. 40. 12te Zusammenkunft. §. I. Nro. III. Die zu dem Eintritt in das Priester-Seminar und dem Empfang der höheren Weihen erforderlichen Tischtitel versichert jeder Staat für seine Kandidaten durch eine jedesmal eigends auszufertigende Urkunde auf den für die Bedürfnisse der katholischen Kirche bestimmten Fonds in der Art, dass im eintretenden Falle der lebenslängliche, dem geistlichen Stande angemessene Unterhalt,

wofür ein Minimum von 3 bis 400 Gulden festgesetzt wird, so wie besondere Vergütungen der Kur- und Pflegekosten zureichend gedeckt sind, und es kann nur in dem Falle ein Ersatz unter billigen Bedingungen von dem Titulanten gefordert werden, wenn derselbe in bessere Vermögensumstände kommen sollte. Denn die Verbindlichkeiten des Tischtitelgebers treten nur insofern ein, als der Geistliche kein eigenes oder kein zureichendes Vermögen besitzt, und von seiner Familie die nöthige Unterstützung gar nicht oder nicht zureichend erhalten könnte, und erlöschen, sobald der Titulat eine Pfründe erhalten hat.

§. 41. 10te Zusammenkunft. D. b. 4. Da es offenbare Verletzung der dem geistlichen Stande gebührenden Achtung ist, wenn die Priester-Seminarien, diese Pflanzschulen des Klerus, zugleich zu Korrektionshäusern für straffällige Geistliche missbraucht würden, so soll für eine zweckmässigere Einrichtung in dieser Hinsicht gesorgt werden.

§. 42. 10te Zusammenkunft. D. a. In Ansehung der übrigen Unterrichts- und Unterstützungsanstalten, insonderheit der Elementarschulen, Schullehrer-Seminarien, lateinischen Schulen, Gymnasien und Lyceen, Konvikte oder Stipendien etc. etc. wird in jedem Staate, nach dessen eigenthümlichen Verhältnissen und Einrichtungen, auf die Bedürfnisse der katholischen Konfession Rücksicht genommen und für deren Befriedigung gewissenhaft gesorgt werden.

e) Einrichtung in Beziehung auf die Seelsorge.

§. 43. 8te Zusammenkunft. 8. In Hinsicht der Verleihung kirchlicher Pfründen bleibt es bei den bisherigen Rechtsverhältnissen. Es steht demnach:

a) Dem Landesherrn das Vergebungsrecht aller Pfarreyen und sonstigen geistlichen Pfründen zu, welche derselbe bisher verliehen hat, und zwar vermöge des Patronatrechtes; es mag dieses durch Fundation, Dotation, Augmentation oder Herkommen erworben worden seyn, oder vermöge irgend eines anderen Rechtstitels. Auch fallen in diesen Kreis landesherrlicher Verleihungsrechte alle diejenigen kirchlichen Pfründen, zu welchen vormals geistliche Korporationen, die nicht mehr be-

stehen, wie Domkapitel, Stifter, Abteyen, Klöster etc. nominirt haben.

b) In Rücksicht der von dem Bischoffe, als solchem, sonst ausgeübten Kollaturen, soll einem jeden Bischoffe die Ernennung zu einer bestimmten Anzahl von Pfründen überlassen, und diese Zahl nach den, in jedem Staate besonders vorwaltenden Verhältnissen und nach Billigkeit bestimmt und kann dabei die Ernennung zur Dompfarrey in die Kollaturen des Bischoffs eingerechnet werden. Die Bischöffe sind bei Ausübung dieses Rechts an alle diejenigen Normen gebunden, an welche die Ausübung des Patronatrechts überhaupt hiernächst geknüpft ist.

c) Desgleichen sollen alle Privaten, welche im gesetzmässigen Besitz des Patronatrechtes sich befinden, bei demselben geschützt und erhalten werden. Damit jedoch

d) denselben die Ausübung dieses Rechts erleichtert, und der kirchliche Zweck befördert werde, sollen jährlich Generalkonkurse nach den in den Kirchensatzungen enthaltenen Vorschriften, gehalten, die fähig befundenen Konkurrenten nach dem Maass ihrer Kenntnisse und sittlichen Eigenschaften in mehrere Klassen collocirt, und die Patrone gebunden seyn, den zu präsentirenden aus der Zahl der im Konkurse als fähig und würdig befundenen zu entnehmen. Da auch in verschiedenen Staaten zweckmässig befunden ist, sämmtliche Pfarrstellen, nach dem Grade ihrer Wichtigkeit, womit, wenigstens der Regel nach, auch das mehrere oder mindere Erträgniss in Verhältniss steht, in mehrere Klassen abzutheilen; so werden da, wo diese Einrichtung besteht oder eingeführt wird, demnächst die Patrone bei Verleihung der wichtigeren Stellen an die Kandidaten der ersten Klasse des Konkurses zu binden, bei Mittelstellen zur Auswahl in den beiden oberen Klassen anzuweisen, bei geringeren oder sogenannten Anfangsstellen zu einer ganz freien Auswahl unter sämmtlichen Klassen zu berechtigen seyn. Da übrigens sowohl der Staat, als die Kirche bei der Besetzung der kirchlichen Stellen und Anordnung der Volkslehrer das wichtigste Interesse, folglich beide die Befugniss haben, die Aspiranten zu geistlichen Stellen einer Prüfung zu unterwerfen, diese doppelte Prüfung jedoch mehrere Beschwernisse mit sich führt, so ist ein von Staat und Kirche gemeinschaftlich abzu-

haltender Konkurs, dessen nähere Organisation sich übrigens nach eines jeden Landes Verfassung modifiziren wird, einer doppelten Prüfung vorzuziehen.

e) Wie die Bewerbungen auf geistliche Stellen, auf welche der Landesherr oder Privatpatronen zu nominiren haben, geschehen sollen, wird jeder Staat im Einverständniss mit der Kirchenbehörde bestimmen. Sollte ein Privatpatron die gesetzliche Frist unbenutzt vorbei gehen lassen, so übt der Staat für diesen Fall die Nomination aus.

f) Wäre es wünschenswerth, die Einrichtung allgemein zu treffen, dass kirchliche Behörden durchaus keine Sporteln mehr erheben.

§. 44. 8te Zusammenkunft. 9. Ehe ein Geistlicher die kanonische Institution erhält, muss er dem Staat den Eid der Treue schwören, dem Bischoff aber den kanonischen Gehorsam angeloben. Der Staat wird darauf halten, dass den Geistlichen die zur Ausführung ihrer wichtigen Berufgeschäfte erforderliche Achtung und Auszeichnung erwiesen werde.

§. 45. Ibid. 10. Der Bischoff kann, jedoch nur unter Mitwirkung des Staates, zweckmässige Veränderungen mit den Dekanaten und Pfarrsprengeln vornehmen. Es ist zu wünschen, dass zur Erleichterung des gemeinschaftlichen Geschäftganges der Dekanatsitz in oder doch nahe an dem Orte seyn müsse, in welchem der weltliche Bezirksbeamte wohnt.

§. 46. Ibid. Die Ernennungsart der Dekane ist von den in jedem Staat bestehenden Einrichtungen abhängig. Da sie aber nicht anders als unter gemeinschaftlichem Einverständniss des Staats und der Kirche geschehen kann, so soll in Zukunft die Anstellung besonderer landesherrlichen und besonderer bischöfflichen Dekane nicht mehr statt finden.

§. 47. 11te Zusammenkunft. Nro. 10. Die Aufstellung und Versetzung der Kapitels-Vikarien, wo solche bestehen, so wie aller Hülfspriester, steht dem Bischoffe zu, der der Staatsbehörde jedesmal Nachricht giebt.

§. 48. 11te Zusammenkunft. Nro. 11. Die Pfarr-Verweser ordnet der Dekan, und zwar, wo nicht besondere, hierzu bestimmte Kapitels-Vikarien vorhanden sind, aus den Mitgliedern seines Rural-Kapitels, nach den bestehenden Lan-

desgesetzen provisorisch an, und erstattet hiervon an den Bischoff sowohl, als an die Staatsbehörde berichtliche Anzeige. Die weitern Anordnungen sind sodann von dem Vikariat unter Kommunikation mit der Staatsbehörde zu treffen.

§. 49. 6te Zusammenkunft. 22. Kein Geistlicher, vom höchsten bis zum niedrigsten Rang, kann zu gleicher Zeit zwei Pfründen besitzen, von welcher Art sie auch seyen und unter welchem Vorwand es auch geschehe.

§. 50. Ibid. 23. Jeder Geistliche ist nicht weniger verpflichtet, an dem Sitz seiner Stelle zu wohnen, und kann nur mit Erlaubniss der Obern, aus wichtigen Ursachen, auf kurze Zeit abwesend seyn.

§. 51. Ibid. 25. Den Geistlichen jedes Rangs ist verboten, ohne Einwilligung des Landesherren, Würden, Pensionen, Orden oder Ehrentitel von Auswärtigen anzunehmen.

f) Wiederherstellung der Metropolitan-Verhältnisse.

§. 52. 3te Zusammenkunft. A. 10. Wenn in einem teutschen Staate mehrere Bisthümer nöthig sind, so können sie unter einem inländischen Erzbischoff, als Metropolitan, eine kirchliche Provinz bilden.

§. 53. Ibidem. 11. Staaten, die nur einen Bischoff nöthig haben, oder solche, die zwar mehrere Bischöffe haben, von der nach dem vorigen §. ihnen zustehenden Befugniss aber keinen Gebrauch machen wollen, und übrigens nicht zu weit entfernt sind, vereinigen ihre einzelnen Bisthümer unter einem gemeinschaftlichen Erzbisthum zu einer kirchlichen Provinz, und stellen einen ihrer Bischöffe als Erzbischoff auf.

§. 54. Ibidem. Damit der erzbischöffliche Stuhl nicht lange offen bleibe, ist am zweckgemässesten befunden, dass nach dem Ableben des Metropoliten, immer der älteste der Kronprovinzialbischöffe, d. i. der, so die meisten Dienst-Jahre als Bischoff zählt, in diese Würde eintrete, jedoch in der Art, dass die erzbischöffliche Würde nur dann auf einen bischöfflichen Stuhl zurückkehrt, wenn sämmtliche bischöffliche Stühle der Provinz diesen Vorzug genossen haben.

§. 55. 5te Zusammenkunft. 2. In diesem Falle ist kein Informativ-Prozess nöthig, da derselbe bei der Ernennung

zum Bischoffe bereits statt fand, und es kann daher die Bestätigung ohne weitere Förmlichkeiten geschehen.

§. 56. Ibid. 7. und 3te Zusammenkunft. 11. Der Erzbischoff, welcher unter seinem Metropolitan-Sprengel Bischöffe mehrerer Territorien vereinigt, hat allen betreffenden Landesherren schriftlich anzugeloben, dass er gegen die landesherrlichen Rechte nichts unternehmen, die Rechte des Landesbischoffs nicht beeinträchtigen, und überall das Beste der Landeskirche besorgen wolle. Auch ist derselbe, wie die Bischöffe, rücksichtlich seiner Verfügungen an das placitum regium gebunden.

§. 57. 3te Zusammenkunft. 11. in fine. Die Gerechtsame des Erzbischoffs sind: 1) Vorsitz und Direktorium bei Provinzialsynoden. 2) Das Recht, bei Wahlen der Bischöffe den Informativ-Prozess zu führen. 3) Das Konsekrationsrecht der Bischöffe seiner Provinz. 4) Das Recht, die Bischöffe zur Residenz anzuhalten, und das Jus supplendi, wenn der Bischoff seine Amtspflichten versäumt; auch für sie, mit Zuziehung der übrigen Bischöffe der Provinz, die erste Instanz, und die zweite Instanz bei Appellationen von bischöfflichen Erkenntnissen zu bilden. Da jedoch der Fall eintreten kann, dass von seinen eigenen bischöfflichen Erkenntnissen die Appellation ergriffen werde; so hat er zu dem Ende sein General-Vikariat in zwei Senate abzutheilen. 5) Das Visitationsrecht der ihm untergeordneten Bischöffe, jedoch nur aus wichtigen Gründen, und mit Genehmigung des Staates, welcher der Visitation selbst einen landesherrlichen Kommissär beizuordnen die Befugniss hat. 6) 6te Zusammenkunft. 17. Die Fürsorge für verwaiste Kirchen, weshalb er in Nothfällen, wenn der päbstliche Stuhl erledigt, oder der Pabst unzugänglich oder behindert ist, Fürsorge für alle Bedürfnisse seiner Provinz trifft. 7) 5te Zusammenkunft. 5. Auch übt er die §. 15. ihm vorbehaltene Bestätigung der Bischöffe in dem, oben als möglich vorgesehenen Falle aus.

§. 58. 6te Zusammenkunft. 19. Der Erzbischoff wird die ihm untergeordneten Bischöffe in dem Kirchenregiment ihrer Diöcesen nicht stören.

§. 59. Ibidem. 21. In der Regel sollen alle wichtigeren

Verbesserungen in Kirchensachen auf Diöcesan-, Provinzial- oder Nationalsynoden berathen und entschieden werden. Provinzialsynoden sollen nicht über 10, Diöcesansynoden nicht über 5 Jahre verschoben werden, und die erste Provinzialsynode soll wenigstens innerhalb 5, die ersten Diöcesansynoden sollen binnen 3 Jahren gehalten werden, welcher jedesmal landesherrliche Kommissarien beizuwohnen haben.

g) Dotation der Kirche.

§. 60. 3te Zusammenkunft. 9. Die Besoldung der Erzbischöffe und Bischöffe, der Domherren und Domkapläne, so wie der Aufwand für die Seminarien, wird besonders fundirt, und die Fonds werden auf liegende Gründe, wo es nur immer geschehen kann, angewiesen.

Die Kirche verwaltet diese selbst, und es muss bei Ausscheidung derselben auch auf die Unterhaltung der Verwaltungsbeamten Rücksicht genommen werden. Die Administration unterliegt übrigens den wirthschaftlichen und polizeylichen Gesetzen des Staates, und steht unter dessen Oberaufsicht.

§. 61. Ibidem. Wo jedoch der durchgängigen Anwendung dieses Grundsatzes der Dotation durch liegende Gründe Hindernisse im Wege stehen, und besondere Verhältnisse eine Ausnahme von der Regel nothwendig machen, soll auf anderen Wegen für die Erhaltung der freien, bloss durch den Zweck beschränkten Benutzung des Vermögens, und dafür gesorgt werden, dass mit den steigenden Bedürfnissen der Kirche auch die Mittel, sie zu befriedigen, sich mehren können.

§. 62. Ibidem. Diese Bedingung, unter welcher eine Ausnahme von der Regel allein gerechtfertiget werden kann, tritt ein, wenn a) ein für die wesentlichen Zwecke der Kirche vollkommen hinreichendes Grundvermögen der Kirche zwar vom Staatsvermögen ausgeschieden, dessen Verwaltung aber dem Staate überlassen wird; b) wenn die wesentlichen Zwecke der Kirche, da, wo eine solche Ausscheidung und Dotirung derselben mit liegenden Gründen unmöglich ist, oder doch nicht ohne grosse Nachtheile statt finden kann, wenigstens durch, auf Domänen oder Aemter radicirte Renten sicher gestellt werden; in beiden Fällen aber dafür gesorgt wird, dass 1) die der Kirche be-

stimmten Einkünfte nicht bloss in Geld, sondern zum Theil in Naturalien ausgeworfen werden, dass 2) auf den Etat der Kirche auch eine verhältnissmässige Summe für ausserordentliche Ausgaben und einen Meliorationsfond gebracht werde; die Summe aller dieser kirchlichen Einkünfte aber 3) von den einzelnen Recepturen, worauf sie radicirt sind, in eine allgemeine Kirchenkasse geliefert werde, und 4) die Detail-Verwendung für die Kirchenzwecke aus dieser allgemeinen Kirchenkasse durch die geistlichen Behörden, jedoch immer unter der Oberaufsicht der Staatsbehörden, geschehe.

§. 63. 2te Zusammenkunft. A. 2. Die Dotation selbst soll übrigens nach einem in der Provinz gemeinschaftlich angenommenen Normalfuss, und einer möglichst annähernden Gleichstellung geschehen.

§. 64. Ibidem. 7. Der Gehalt des Bischoffs wird in der besonderen Rücksicht, dass dem Bischoffe obliegt, Dürftige zu unterstützen und geistliche Zwecke zu befördern, auf 8 bis 12,000 fl. festgesetzt. Derjenige Bischoff, der in die erzbischöffliche Würde eintritt, erhält 3,000 fl. mehr als seine bisherige bischöffliche Kompetenz betrug.

§. 65. Ibid. Die Competenz der Weihbischöffe, wo solche für nöthig erachtet werden, wird auf 3,000 fl., jene der General-Vikarien auf 2,500 fl., wenn aber diese beide Stellen in Einer Person vereinigt sind, auf 3,500 — 4,000 fl., die Kompetenz der Domdekane auf 2,400 fl., jene der Domherrn auf 1,800 fl., der Gehalt des Kapellmeisters unter den Domkaplänen auf 900 fl., und jener der übrigen Domkapläne auf 800 fl. festgesetzt, wobei es sich jedoch von selbst versteht, dass bei der für Weihbischöffe, General-Vikarien und Domdechanten ausgeworfenen Kompetenz, denselben der Ertrag ihrer Dompräbende mit eingerechnet werde.

§. 66. Ibidem. Alle diese Individuen werden zugleich eine ihrem Range angemessene Wohnung, und wo möglich auch einen Garten erhalten.

§. 67. Ibidem. Wo diese Besoldungen bloss in Geld bestimmt sind, wird dafür gesorgt werden, dass sie nach Maassgabe der wechselnden Getreidepreise, von Zeit zu Zeit, und

zwar wenigstens alle 5 Jahre, neu regulirt werden, ohne dass jedoch diese oben festgesetzten Normal-Kompetenzen je verringert werden können.

§. 68. Zu demjenigen, was der Erzbischoff, als solcher, ausser seiner bischöfflichen Kompetenz, erhält, tragen alle betheiligte Staaten nach dem Maasstab der Seelenzahl ihrer katholischen Unterthanen bei.

§. 69. 4te Zusammenkunft. 12. Diejenigen Staaten, welche keinen eigenen Bischoff aufstellen, und sich an die Diöcese eines benachbarten Staates anschliessen, tragen nach eben demselben Verhältniss zu deren Dotation bei. Es werden in diesem Falle die Kosten nach dem Maasstab der Seelenzahl der katholischen Landesunterthanen auf die an dem Bisthum theilnehmenden Staaten, nach einer besonderen Uebereinkunft derselben, vertheilt, und diesen auch die Bestimmung wegen der Kosten der Lokalkommissariate überlassen.

§. 70. Ibidem. 13. In einem Bisthum, welches mehreren Staaten gemeinschaftlich ist, vereinigen sich dieselben ein für allemal über einen Aufwands-Etat des Priester-Seminars, und vertheilen den ganzen Betrag unter sich nach der Zahl der in jedem Staate befindlichen katholischen Pfründen; die resultirende Summe wird sodann in Quartal-Raten, jedesmal voraus, an den für das Institut aufgestellten Kassa-Beamten eingeschickt.

§. 71. 10te Zusammenkunft. 1. Es soll unter den oben §. 62. bemerkten Modifikationen möglichst Bedacht darauf genommen werden, in jedem teutschen Staate neben der Dotation der Bisthümer und der dazu gehörigen Institute, einen eigenthümlichen, von dem Staatsgut abgesonderten allgemeinen Kirchenfond neu zu bilden, und von weltlichen katholischen Kirchengliedern unter der Aufsicht des Staats und der Kirche verwalten zu lassen, damit aus demselben diejenigen kirchlichen Bedürfnisse bestritten werden können, für deren Befriedigung örtliche Fonds entweder gar nicht vorhanden, oder doch nicht zureichend sind.

§. 72. Ibidem. B. Dieser allgemeine Kirchenfond hat den Zweck, die kirchlichen Lehr- und Wohlthätigkeits-Anstalten zu unterstützen. Vorzugsweise gehören hieher: Errichtung

neuer Pfarreien in zu weit entlegenen bisherigen Filialien, Verbesserung zu gering dotirter Pfarreien und Kaplaneien etc., welche die festgesetzte Congrua noch nicht haben, und zu deren Aufbringung kein Rechtstitel besteht, oder nicht zur Ausführung gebracht werden kann. Anstalten zur Unterhaltung dienstuntüchtiger oder kranker, auf Pfründen wirklich angestellter, Geistlichen, Stipendien für studirende Theologen, Aufzugsgelder für Hülfs-Priester etc.

§. 73. 11te Zusammenkunft. 3. Aus den Interkalar-Gefällen aller erledigten geistlichen Stellen, ohne Ausnahme, soll ein besonderer Fond errichtet, und auf eine Art verwaltet werden, die ihn sicher stellt, dass er nur zu Kirchenzwecken, und unter diesen auch nicht zu solchen verwendet werde, welche der Staat zu erfüllen hat. Alle geistliche Besoldungen hören hiernach mit dem Tage der Erledigung der Stellen auf, und der Termin der Pfarrabkurungen wird mit dem des in jedem Staate bestehenden Rechnungsjahrs gleichgestellt.

Der Ertrag dieses Fonds soll nach Abzug der Pfründverwesungskosten vorzüglich verwendet werden a) zur Unterstüzzung kranker, oder auf einige Zeit dienstunfähig gewordener, für die Seelsorge verwendeter Hülfspriester, bei welchen die Verpflichtung des Tischtitelgebers noch nicht eintritt, wobei das Minimum zum Unterhalt auf Einen Gulden täglich gesetzt und die allenfalsigen Kurkosten noch besonders vergütet werden, jedoch unter Berücksichtigung der Vermögensumstände und der schuldigen Unterstützung von Seiten der Familien; b) zur zeitigen Unterstützung der Pfarrer, deren Pfründen überhaupt, oder bei besondern Unglücksfällen zu ihrem Unterhalt, oder zur Aufstellung eines Hülfspriesters nicht zureichen; c) zur Aufmunterung ausgezeichnet fähiger Geistlichen durch Bewilligung von Preisen für gelieferte und würdig erkannte Arbeiten, und von Reisegeldern zu ihrer weitern Ausbildung.

Die weitere Art der Verwendung hängt nach Zeit und Umständen von den Verabredungen zwischen Regierung und Bischoff ab.

§. 74. 10te Zusammenkunft. Nro. 1. Lokalstiftungen bleiben nach wie vor für Lokalzwecke bestimmt, wodurch jedoch nicht ausgeschlossen ist, dass die reicheren Stiftungen

den ärmeren, nach dem Grundsatze des brüderlichen Verbands, und mit Beobachtung der schon in den Kirchengesetzen enthaltenen näheren Bestimmungen, und mit Rücksicht auf die bestehenden Staatseinrichtungen hülfreiche Hand bieten.

§. 75. Ibid. D. B. 3. Die jeder kirchlichen Stelle zu ertheilende Congrua hängt zwar von allzuvielen Lokalitäten und Umständen ab, als dass eine allgemeine Norm möglich wäre, da man jedoch bei Verbesserung der bestehenden und Errichtung neuer Pfründen einen Maasstab zu haben wünscht, nach welchem hierbei zu Werk gegangen werden könnte, so ist man übereingekommen: die Congrua der den Pfarrern zur Aushülfe beigegebenen Geistlichen, auf dem Lande auf 365 fl., in der Stadt auf 400 fl., die Congrua selbstständiger Kaplaneypfründen auf 500 fl., jene der Dorfpfarreyen auf 5 bis 700 fl., jene der städtischen Pfarreyen auf 800 fl. und wenn mit derselben ein Dekanat verbunden ist, auf 1,000 fl. festzusetzen. Diese Congrua wird jedoch nur als Minimum für die hier aufgezählten Stellen angesehen, und sind weder die freie Wohnung und der Garten, wo man solchen haben kann, noch die Stolgebühren dabei einzurechnen. Wo vormals Klöster durch ihre zur Verwaltung klösterlicher Einkünfte exponirten Ordensglieder die Seelsorge für einen gewissen Distrikt verwalteten, ist darauf zu sehen, dass von den dermaligen Klosterbesitzern, Pfarreyen oder Lokalkaplaneyen, nach dem Geiste des Reichsdeputations-Hauptschlusses, gestiftet und auf vorerwähnte Art dotirt werden.

§. 76. 10te Zusammenkunft. C. 3. und 5. Die Güter der katholischen Kirchenpfründen, so wie alle allgemeinen und besondern Kirchenfonds sollen in ihrer Vollständigkeit erhalten, und auf keine Weise zu fremdartigen Zwecken verwendet werden. Erstere bleiben übrigens in der Verwaltung der Nutzniesser, unbeschadet der hergebrachten Rechte der Patronen, unter der Aufsicht des Staates und des Bischoffs.

§. 77. Ibidem. 4. Die Verwaltung des katholischen Kirchenfabrik-Brüderschaft- oder sonstigen Vermögens soll so einfach und wenig kostspielig als möglich eingerichtet werden. Die Pfarrer und Dekane nehmen an deren Verwaltung Theil, der Staat und der Bischoff führen aber die Oberaufsicht darüber.

§. 78. Ibidem. 6. Veräusserungen einzelner Vermögenstheile können nur in Fällen anerkannter Noth oder unverkennbarer Vortheile mit Bewilligung des Bischoffs und Genehmigung des Staats statt finden.

§. 79. Ibidem. C. 7. Der Regel nach sind in den teutschen Staaten Kirchengüter von der Konkurrenz zu Steuern zwar frei, da sie entweder Besoldungstheile der Kirchendiener, oder zu Bestreitung kirchlicher Bedürfnisse bestimmt sind, und nur ausserordentliche Fälle der Noth, die den ganzen Staat betreffen, machen Ausnahmen für die Dauer des Nothstandes zulässig; wo sie aber nach der Verfassung eines Landes in die Steuer gelegt sind, muss wenigstens dann, wenn die Congrua dadurch verletzt wird, oder der Stiftungszweck nicht mehr erreicht werden kann, eine andere hinlängliche Entschädigung statt finden.

B. Rechtliche Verhältnisse der Kirche.

a) In Beziehung auf den Staat.

§. 80. 7te Zusammenkunft. C. 2. Nach den natürlichen Verhältnissen zwischen Staat und Kirche sind die Mitglieder der katholischen Kirche, sowohl Laien als Geistliche, Unterthanen und Bürger des Staats, in welchem sie sich befinden, und stehen als solche unter dessen Gesetzen und der Gerichtsbarkeit.

§. 81. Ibidem. 3. Dem Landesherrn, zu welcher Konfession er sich auch bekennen mag, stehen daher jene Rechte über die katholische Kirche zu, die aus dem Jure majestatico circa sacra fliessen, und in dem Jure cavendi, supremae inspectionis und advocatiae liegen.

§. 82. Ibidem. 4. Der Landesherr wird diese seine Rechte über die katholische Kirche, da wo die Anzahl katholischer Unterthanen eine solche Einrichtung gestattet, entweder durch ein eigenes aus katholischen Mitgliedern bestehendes Kollegium, oder durch eine andere Staatsstelle, welcher katholische Räthe in verhältnissmässiger Zahl beigegeben sind, ausüben.

§. 83. Ibidem. 5. Da die Kirche in ihrem Aeusseren den Staat auf mannigfache Art berührt, so hat der Bischoff bei

allen seinen Amtsverrichtungen, welche einen Bezug auf den Staat haben, oder haben können, z. B. bei Versammlung von Synoden, Visitationen in den Diöcesen, Ausschreiben von Feier- und Festtagen, neu zu verordnenden Prozessionen, Erbauung neuer Kirchen, Errichtung, Suppression, Union oder Dismembration von Pfarreien und Pfründen, nicht minder bei Erlassung von Verfügungen und Kreisschreiben an die Geistlichkeit etc., wenn er dieselbe dadurch zu etwas verbinden will, seine Verfügungen vorerst der Genehmigung des Staats zu unterwerfen, und dieselben, wenn diese erfolgt seyn wird, nicht anders als mit der Bemerkung der ertheilten Staatsgenehmigung (placitum regium) kund zu machen.

Bei allen anderen kirchlichen Verfügungen aber, welche auf den Staat und die politische Ordnung der Dinge keinen Bezug haben, z. B. wenn sie rein moralischen oder dogmatischen Inhalts sind, folglich an und für sich einer Genehmigung des Staates nicht unterliegen können, hat er dieselbe vor der Publikation den Staatsbehörden nur zur Einsicht vorzulegen, und selbe nicht eher als wenn sie mit dem landesherrlichen Vidit versehen sind, bekannt zu machen.

Die blosse Ausführung, Erneuerung oder Anwendung bereits genehmigter und noch gültig bestehender Verordnungen unterliegt diesen Beschränkungen um so weniger, als der dem bischöfflichen General-Vikariat beigegebene weltliche Rath in dergleichen Fällen ohnehin die Gesetze und allgemeinen Verwaltungsgrundsätze des Staats nicht ausser Acht lassen wird.

§. 84. 11te Zusammenkunft. §. II. 6. Die Geistlichen stehen zwar in allen bürgerlichen Angelegenheiten unter der Gerichtsbarkeit des Staats. Bei Sterbefällen derselben soll jedoch zur Absonderung des Kirchen-Eigenthums, sowohl bei der Obsignation als Reseration der Dekan, oder ein Bevollmächtigter desselben zugezogen werden, damit er die Kirchen- und Pfründakten und Paramente etc. in Empfang nehme.

§. 85. Bei Führung der Civilstandsregister werden die Geistlichen, wo ihnen dieselbe anvertraut ist, als Civilstandsbeamten betrachtet, und sind in dieser Hinsicht lediglich den Gesetzen des Staates untergeordnet. Es liegt ausserdem dem

Pfarrgeistlichen ob, eigentliche Kirchenbücher, nämlich abgesonderte Tauf-, Trau- und Sterberegister zu führen.

§. 86. In wie fern die Disciplinargewalt der Kirche die Mitwirkung des Staates bedürfe, ist oben ad §. 21. näher bestimmt worden.

§. 87. 9te Zusammenkunft. Nro. 14. Wo immer ein Missbrauch der geistlichen Gewalt statt finden sollte, bleibt es allen, die sich gekränkt fühlen, unbenommen, den Rekurs an den Staat zu nehmen. (recursus ab abusu.)

§. 88. Ibidem. 15. Wo gegenwärtig noch Mönchs- oder Frauenklöster bestehen, kann der Staat, wie schon durch den Reichsdeputationsschluss verstattet worden, dieselben aufheben oder aussterben lassen; keine Regierung wird die Verbindlichkeit übernehmen, Klöster zu erhalten, wiederherzustellen, oder neu zu errichten. Auch werden die Regierungen die Aufnahme und Wiederherstellung keiner im vormaligen teutschen Reiche aufgehobenen Ordensgesellschaften zulassen.

§. 89. Ibidem. 16. In den Kirchen können keine Staats- oder polizeyliche Gesetze verkündet, und keine weltlichen Handlungen vorgenommen werden, es wäre denn, dass die Verkündung von den Kanzeln, in Fällen, wo die Mitwirkung der Geistlichen selbst in Anspruch genommen wird, besonders vorgeschrieben wäre.

§. 90. 13te Zusammenkunft. §. 1. Die Behandlung der Ehesachen wird in jedem Staate durch besondere Verordnungen festgesetzt, durch welche die Einwirkung des Staats und der Kirche möglichst genau ausgeschieden, und was hiernach bei den einer gemeinschaftlichen Behandlung vorbehaltenen Gegenständen, den kirchlichen Behörden überlassen bleibt, fest bestimmt wird.

Die Hauptpunkte sind folgende: (worüber jedoch der Gesetzgebung der verschiedenen Staaten die Entscheidung vorbehalten wird) a) da nach katholischen Konfessionsgrundsätzen die Ehe ein Sakrament ist, so muss sie auch als solches nach den Dogmen dieser Kirche behandelt werden. b) Die Eheversprechungen, wo solche noch bestehen, unterliegen als blosse Verträge, sammt den etwa daraus entspringenden Klagen, ganz

allein der Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit des Staats. c) Die Eheschliessung muss vor dem Pfarrer eines der Verlobten, oder vor dessen Stellvertreter geschehen, sie darf aber ohne obrigkeitlichen Trauschein, bei Strafe der Nichtigkeit, nicht vorgenommen werden. d) Der Staat nimmt in seiner Gesetzgebung über die Ehe, und insonderheit über die Ehehindernisse, nichts auf, was den übereinstimmenden Lehrsätzen der christlichen Konfessionen entgegen ist. Die Ehe, als Vertrag, ist durchaus Gegenstand der bürgerlichen Gesetzgebung. Die bloss kanonischen, die Ehe als Vertrag nicht bezielenden Ehehindernisse, erkennt der Staat insofern an, als er nicht erlaubt, dieselben willkührlich zu überschreiten. Er wird es sich aber angelegen seyn lassen, gemeinschaftlich mit der Kirche die Gesetzgebung über die Ehehindernisse möglichst gleichzustellen, um alle Störungen in den bürgerlichen und kirchlichen Verhältnissen zu vermeiden. e) Wenn keine Vereinigung zwischen Staat und Kirche zu Stande kömmt, so bleibt der Gesetzgebung eines jeden Staats anheim gegeben, ob und in wie fern die in die Civil-Gesetzgebung nicht aufgenommenen, bloss kirchlichen Ehehindernisse bürgerliche Wirkung haben sollen. f) Dispensations-Gesuche über Ehehindernisse, welche dem Staat und der Kirche gemeinschaftlich sind, werden bei der bürgerlichen und kirchlichen Behörde angebracht, welche beide über die zu ertheilende Entschliessung sich vereinigen. Es werden dafür, so viel thunlich, keine Taxen erhoben. g) Die Klagen auf Ehescheidung von Tisch und Bett können, als den Grundsätzen der katholischen Kirche an sich widerstrebend, nur von dem bürgerlichen Gerichte behandelt und entschieden werden. Es sollen aber die Seelsorger veranlasst werden, auf alle Weise dahin zu wirken, damit in vorkommenden Fällen eine solche Scheidung abgewendet, oder doch durch Versöhnung der getrennten Eheleute wieder aufgehoben werde. h) Die Klagen auf Nichtigkeits-Erklärung der Ehe werden gleichfalls vor dem weltlichen Gerichte angebracht, und von diesem die den Klagegrund ausmachenden Thatsachen und Rechtsverhältnisse untersucht und erörtert. Ist die Sache zum Spruche reif, so gehen die Akten an die kirchliche Behörde, welche auf den Grund der vollständig geschehenen Untersuchung die Entscheidung zu geben hat.

Die Vollziehung des von ihr ausgesprochenen Urthels steht den einschlagenden Staatsbehörden zu. Die Appellation von einem solchen Urthel geht an das Metropolitangericht, und, bewandten Umständen nach, der Rekurs an die Staatsbehörde. i) Bei gemischten Ehen können in Rücksicht auf die Verschiedenheit der Religions-Grundsätze, Klagen auf Trennung der Ehe nur vor dem weltlichen Richter angebracht, und von demselben entschieden werden. Nichtigkeitsklagen hingegen werden, in Beziehung auf den katholischen Theil, wie oben Artikel 8. [h] bestimmt ist, behandelt. k) Die Bestimmung, in welcher christlichen Konfession die Kinder aus gemischten Ehen, auf den Fall, wenn die Aeltern sich darüber vor der Eheschliessung nicht vereinigt haben, erzogen werden sollen, hängt von der bürgerlichen Gesetzgebung eines jeden Staats ab, und es kann wegen dieses Gegenstands von keinem Geistlichen die Trauung verweigert werden. Zu Erhaltung des Friedens in den Familien und der Ruhe der Gewissen wäre die Bestimmung zu wünschen, dass sämmtliche Kinder nur in einer und derselben Konfession zu erziehen seyen.

b) In Beziehung auf den Pabst.

§. 91. Alle römische Bullen, Breven, oder sonstigen Erlasse können nur mit Bewilligung des Staats publizirt und in Anwendung gebracht werden, und haben ohne diese keine rechtliche Wirkung.

§. 92. Ibidem. Die Genehmigung ist nicht nur für alle früheren päbstlichen Bullen und Konstitutionen, sondern auch für alle früheren päbstlichen Anordnungen nothwendig, sobald von neuem Gebrauch davon gemacht werden soll. Selbst die mit Genehmigung der Regierung publizirten päbstlichen Erlasse haben nur so lange Kraft, als der Staat seine frühere Bewilligung nicht zurücknimmt.

§. 93. 6te Zusammenkunft. 16. Es kann in den teutschen Staaten nie ein päbstlicher Nuntius für immer residiren. Sein Erscheinen in ausserordentlichen Fällen wird vorher im diplomatischen Wege eingeleitet werden.

§. 94. Ibidem. 18. Wenn von einem erzbischöfflichen Urthel eine Appellation nach Rom statt findet, darf keine Evo-

kation ausser Teutschland, oder an päbstliche in Teutschland allenfalls bestehende Nunziaturen Platz greifen, sondern der Pabst wird nach Maassgabe der Baseler Konzilienschlüsse und der älteren teutschen Konkordate, Synodalrichter in der Provinz zum Spruche bevollmächtigen, und es können demnach in keinem Falle die Streitigkeiten der Katholiken ausser der Metropolitanprovinz und vor auswärtigen Richtern verhandelt werden. Dem zufolge wird gleich nach Konstituirung der Bisthümer für Aufstellung dieser Synodalrichter, welche vom Pabste ad generalitatem causarum zu bevollmächtigen sind, gesorgt werden.

Beschwerden, welche über teutsche Geistliche bei dem Pabste angebracht werden, sind allezeit zuerst an ihre unmittelbaren geistlichen Vorgesetzten und ordentlichen Richter zurück zu verweisen, und in keinem Falle anders als in der eben festgesetzten Art durch bevollmächtigte inländische Richter zu untersuchen und zu entscheiden. Rücksichtlich der Ernennung der Synodalrichter wäre es nach Artikel XIV. §. 5. der Wahlkapitulation Kaiser *Franz II.* zu halten, wo diese Wahl den Synoden, in deren Ermanglung aber dem Bischoff unter Beirath des Kapitels, überlassen wird, ohne jedoch der päbstlichen Prüfung zu bedürfen. Die Landesherren werden die gewählten, von ihnen genehmigten, Richter kräftig schützen.

§. 95. 6te Zusammenkunft. 24. Bei Bestätigung der Erzbischöffe und Bischöffe sollen keine Taxen oder Abgaben, von was immer für einer Art, an den römischen Hof bezahlt werden. Wenn aber Kanzleygebühren entrichtet werden sollen, sind diese vorher nach einem mässigen Anschlag besonders zu bestimmen.

c) In Beziehung auf andere christliche Konfessions-Verwandte.

§. 96. Ueberall ist der allgemeine Grundsatz der Gleichheit aller christlichen Konfessionen in wirkliche Ausübung zu bringen, und dafür zu sorgen, dass die Bekenner der verschiedenen christlichen Konfessionen friedlich und im Geiste der Liebe und Duldung, welche der Grundzug des Christenthums ist, neben einander leben. Dieses ist zwar Gegenstand der Ge-

setzgebung jedes Landes; indessen verdienen doch einzelne Bestimmungen eine besondere Erwähnung.

§. 97. In Hinsicht der in protestantischen Ländern wohnenden Katholiken, soll die im westphälischen Frieden begründete Suspension der bischöfflichen Gerichtsbarkeit aufgehoben werden.

§. 98. 12te Zusammenkunft. §. III. Nro. 5. Sämmtliche von dem Zustand des Normaljahrs sich herschreibende Parochialrechte katholischer Seelsorger über protestantische, und protestantischer Pfarrer über katholische Filialgemeinden sollen aufgehoben, diese Aus- und Ein-Pfarrungen aber gemeinschaftlich mit den kirchlichen Behörden vorgenommen werden.

§. 99. 11te Zusammenkunft. §. II. 4. Da es die bürgerliche Ordnung stört, und auf die Eintracht ganzer Gemeinden nachtheilig wirkt, wenn ein christlicher Religionstheil einen Feiertag begeht, während der andere sich seinen gewöhnlichen, die Ruhe eines solchen Tages unterbrechenden, Geschäften widmet, so soll in diesem Punkt Gleichförmigkeit hergestellt werden. Das leichteste Mittel zu diesem Zwecke zu gelangen wäre, wenn a) alle, beiden Theilen bisher gemeinschaftliche, Feiertage, von beiden beibehalten, b) die von Katholiken oder Protestanten allein begangenen Festtage auf den nächstfolgenden oder vorhergehenden Sonntag verlegt würden, und c) der Charfreitag, bei welchem eine solche Verlegung nicht statt finden kann, und der von den Protestanten bisher als Fest- von den Katholiken aber als Trauertag, von beiden jedoch feierlich begangen wurde, von beiden Konfessionstheilen den Festtagen beigezählt würde.

§. 100. Schluss-Satz. Für alle in diesen Grundzügen über die Verhältnisse der katholischen Kirche in den teutschen Bundesstaaten nicht enthaltenen Bestimmungen, wird das Acceptations-Instrument der Baseler Konziliar-Beschlüsse und das österreichische Kirchenrecht als weitere Grundlage angenommen.

5.

Note verbale des envoyés des princes et états réunis de la confédération germanique.

Les Princes et Etats réunis de la Confédération Germanique avoient jugé, que si leurs Envoyés, après un séjour de 5 mois, n'eussent point reçu de reponse officielle à la Déclaration soumise le 24. Mars, il seroit assez clair, que le St. Père y refusoit son assentiment, et que d'après cela la prolongation de leur séjour à Rome seroit sans objet.

Les Envoyés après diverses sollicitations se trouvoient presqu'au terme prescrit de leur séjour, et au point d'en devoir faire l'ouverture confidentielle à Son Eminence le Cardinal Secrétaire d'Etat *Consalvi*, lorsqu'ils furent honorés de la Note du 10. Août, par laquelle Son Eminence leur communiqua l'Exposé des sentiments de Sa Sainteté sur le contenu de la Déclaration présentée par eux. Mais cet Exposé étant de nature à rejeter ou directement, ou moyennant des clauses et reserves tout à fait inattendues, presque toutes les propositions des Princes et Etats réunis, leurs Envoyés resteroient à leurs plus vifs regrets dans le même cas de devoir se mettre en route pour retourner chez eux, si les instructions les plus récentes ne leur laissoient quelqu' espoir, qu'en présentant la Déclaration de leurs Hauts Commettans sous son unique et véritable point de vue, et en consentant à quelques modifications conformes aux premières remarques confidentielles de Son Eminence le Cardinal Secrétaire d'Etat *Consalvi*, il seroit possible, que par son intervention bienveillante le St. Père se détermineroit encore à coopérer de la manière proposée aux vues bienfaisantes des Princes et Etats réunis.

Les Envoyés s'empressent de soumettre l'un et l'autre à Son Eminence dans la Note officielle, qu'ils ont l'honneur de lui présenter, mais en même temps ils n'osent lui laisser ignorer, que cette Note contient le point extrême de la condescendance de leurs Commettans, qui ne sauroient abandonner les principes enoncés dans leur Déclaration, sans déroger aux droits des gouvernemens et de leurs sujets catholiques.

Les Envoyés n'ayant rien plus à coeur, que de conduire la chose à un heureux résultat, espèrent tout de la sagesse

et de la bienveillance de Son Eminence, et s'y reposent entièrement.

Ils adressent donc à sa franchise et loyauté éprouvées la prière très instante de vouloir bien leur apprendre confidentiellement, si la Note qu'ils viennent d'avoir l'honneur de lui remettre, seroit dans le cas d'engager le St. Père à changer d'avis, et à sanctionner encore la Déclaration des Princes et Etats réunis dans les points essentiels et avec les modifications proposées.

Si malheureusement Son Eminence ne pouvoit nourrir cet espoir, les envoyés saisiroient avec empressement l'offre faite par le St. Père à la fin de l'Exposé de Ses sentiments, pour le cas que les modifications proposées par lui ne seroient point acceptées de la part des Princes et Etats réunis. Dans ce cas Sa Sainteté se déclare disposée d'approuver la nouvelle circonscription des diocèses, et de passer ensuite, de bonne intelligence avec les gouvernemens, au pourvoi des églises; mais comme le St. Père déclare en même temps de persister dans les modifications par Lui exigées relativement à ces mêmes objets, les envoyés désirent vivement, que Son Eminence veuille bien leur faire connoître le mode, comment cette organisation pourroit s'effectuer séparement.

Ils espèrent de retrouver par là une nouvelle occasion de prouver l'empressement de leurs Commettans, avec lequel ils désirent pouvoir assurer à leurs sujets catholiques tous les avantages, qu'ils peuvent attendre d'un état definitivement cònstitué de l'église.

Fidem Copiae.

T. König, Secret. legat.

6.

Note officielle des envoyés.

A Son Eminence Monseigneur le Cardinal Consalvi, Secrétaire d'Etat et des Brefs de Sa Sainteté.

Les Soussignés Envoyés extraordinaires et Ministres plenipotentiaires des Princes et Etats réunis de la Confédération Germanique ont eu l'honneur de recevoir la Note de Monseigneur le Cardinal Secrétaire d'Etat *Consalvi* du 10. du mois

d'Août, par laquelle Son Eminence a bien voulu leur communiquer l'Exposé des sentiments de Sa Sainteté sur la Déclaration presentée par eux le 24. Mars.

C'est avec la plus vive douleur, que les Soussignés ont vu par cet Exposé, que la Cour de Rome n'est point entrée dans les vues des Princes et Etats réunis, qui ne vouloient qu'établir des bases simples, justes et solides, pour terminer l'état incertain dans lequel se trouvent déjà trop long-temps les rapports de l'église catholique dans leurs Etats.

Evitant toute question sur les différents pouvoirs ecclésiastiques, et la jugeant subordonnée au bienêtre religieux de leurs sujets catholiques, lequel ne reclame que des evèchés et les institutions qui en dependent, ils vouloient laisser au droit commun et aux authorités de l'église à régler ces points tout à fait étrangers aux gouvernements protestans, sauf néanmoins leurs droits et leur devoir de protéger les églises de toute confession reçues dans leurs états.

La Déclaration des Princes et Etats réunis ne peut et ne doit donc avoir d'autre but, que d'assurer par un acte solennel à leurs sujets catholiques la liberté de leur conscience et le libre exercice de leur culte, ainsi que de pourvoir à leur premier besoin religieux en établissant et dotant un nombre suffisant d'évêchés, et en assurant aux évêques une liberté dans l'exercice de leurs fonctions et dans leur communication avec le St. Siège, qui surpasse celle, dont jouissent les évêques dans d'autres pays soumis à des Chefs catholiques.

C'est sur cette Déclaration, que doit être basé le bienêtre religieux d'un million et demi de Catholiques qui y trouvent la reconnoissance solennelle de leurs droits.

Sous ce point de vue cette déclaration ne pouvoit embrasser des matières purement ecclésiastiques, et devoit se borner à des dispositions, qui interessent l'ordre public, et qui dérivent des droits d'inspection et de protection essentiellement liés aux droits de Souveraineté.

Pour la forme cette Déclaration est une Magna Charta libertatis ecclesiae catholicae romanae, qui ne peut être susceptible d'aucune variation ou addition, qui lui seroit étrangere.

24

Les Soussignés prient Son Eminence le Cardinal Secrétaire d'Etat *Consalvi*, de vouloir présenter à Sa Sainteté la chose sous ce point de vue, et ils aiment à croire, que le St. Père en reconnoissant les avantages, qui en resultent pour les intérêts de la religion catholique, n'insistera pas sur ce que des Princes protestans de l'Allemagne soumettent le clergé de leurs états ainsi que leurs sujets à des clauses et reserves, qui y sont tout-à-fait inconnues.

La Cour de Rome, sans faire mention des droits et libertés de l'église germanique, paroit leur faire prévaloir exclusivement les dispositions du Concile de Trente, qui, comme il est de notoriété publique, n'a point été généralement reçu en Allemagne, que pour ce qui concerne le dogme. Les Allemands ne renonceront point aux droits et libertés de leur église, dont ils aiment d'être redevables à leurs princes. La loyauté des Princes allemands ne leur permettra jamais de sacrifier les droits de leurs sujets catholiques, et ils ne peuvent oublier qu'avec la Souveraineté ils sont entrés dans les rapports des Empereurs romains de la Germanie, tels qu'ils ont été stipulés par tant de capitulations successives jusqu'à la dissolution de l'empire.

La cour de Rome semble exiger des Princes protestans, qu'ils admettent pour toutes les institutions ecclésiastiques, qu'ils viennent d'assurer à leurs sujets catholiques, la réserve suivante: „Secundum Canones nunc existentes et vigentem ec„clesiae disciplinam," mais comment ces Princes pourroient-ils entrer dans une discussion, pour savoir lesquels sont les canons maintenant en vigueur?

Pour engager les Princes et Etats à imposer eux mêmes à leurs sujets catholiques des Ordonnances ecclésiastiques, il faudroit leur en exposer le denombrement et le contenu, et alors ils auroient s'en rapporter avant tout aux Evèques futurs et aux Synodes prescrits par les lois de l'église catholique; mais comme ils n'ont voulu que poser les élémens d'une nouvelle organisation devenue nécessaire, et fonder les institutions essentielles, ils ne pourroient ni entrer dans cette question, ni con-

sentir, qu'on transforme leur Charte dans une ordonnance disciplinaire. Et quelle pourroit être cette discipline maintenant en vigueur, dont il est question dans l'Exposé du St. Père? La discipline n'est pas invariable comme le dogme, elle doit naturellement suivre les changemens des temps et des circonstances, et s'accommoder aux rapports civils des gouvernements; elle est différente dans chaque diocèse et depend essentiellement des ordonnances épiscopales. Dans les états réunis il n'y a point d'Evêques, comment pourroit il exister dans ce moment une discipline, qui y serviroit de modèle? D'ailleurs si une telle clause étoit inserée dans la Déclaration, le St. Père aussi bien que les Princes se lieroit pour tout l'avenir, ce qui certes ne peut être leur intention. Si par la discipline en vigueur on vouloit entendre celle des églises d'Italie, elle ne pourroit jamais convenir à tous les pays et surtout pas aux états de la confédération germanique, où les différentes confessions sont si entremêlées et jouissent toutes de la même liberté et d'une entière égalité des droits. Il suffira de citer un seul exemple pour en prouver l'impossibilité. Les mariages mixtes sont defendues dans quelques états de l'Italie, et ne peuvent pas avoir lieu que par une dispense de la Cour de Rome. Les tribunaux romains exigent ordinairement de la partie non catholique le serment d'élever les enfants des deux sexes dans la religion catholique. En outre le Curé n'ose ni proclamer les parties, ni leur donner la bénédiction; l'acte doit se faire en secret hors de l'église, et le Curé est tenu d'enjoindre à la partie catholique comme une obligation grave, de faire tous ses efforts pour convertir la partie catholique.

Une discipline pareille ne pourroit jamais être suivie en Allemagne; elle est contraire aux dispositions du Congrès de Vienne et aux lois organiques de la Confédération germanique, qui établissent une entière liberté des consciences.

La desunion dans les familles et le trouble dans l'ordre civil en seroient les suites funestes mais infaillibles.

Les Princes et Etats réunis en s'occupant du retablissement de l'épiscopat conjointement avec le St. Père, ont dû fixer leurs regards sur l'état des choses présent en Allemagne, comme il a été formé par les derniers événemens. Jamais l'ancien

ordre ne se retablira tel qu'il a été. Si les institutions proposées ne sont pas conformes à la discipline telle qu'elle existoit en Allemagne avant les derniers événemens, elles ne sont sûrement pas contraires à la discipline en général, et dans l'impossibilité de retablir la première, rien ne paroit plus naturel, que de recourir autant que possible aux Constitutions primitives de l'église. A la manière franche et loyale avec laquelle les Princes et Etats réunis se prononcent, on ne peut pas préférer qu'ils se prêtent à des stipulations, qui peut-être dans les rapports constitutionnels, où ils se trouvent, ne pourroient jamais être réalisées, et — ils sont accoutumés de tenir la parole une fois donnée.

Les Soussignés, après avoir exposé, conformement à leurs instructions, les intentions de leurs hauts Commettans, ainsi que l'unique point de vue, sous lequel a été conçue et redigée leur Déclaration, se flattent d'autant plus que le St. Père voudra bien y prêter son assentiment, que les Princes et Etats réunis viennent de donner une nouvelle preuve de leur ardent désir de s'entendre avec le Chef de l'église, en consentant aux modifications suivantes fondées sur les premiéres ouvertures confidentielles de Son Eminence: Ad Introitum Declarationis. 1) Les Princes et Etats réunis consentant, qu'après les mots: „ut Episcopatus," ceux: „quibus ecclesia ca-„tholica regitur," soient omis. Ad Art. I. Declarationis. 2) Ils se prêtent très volontiers à la demande, de mettre le mot: „Romana," après les mots: „ecclesia catholica „apostolica," ainsi que 3) d'omettre les mots: „secundum „principia suae religionis fundamentalia," mais sous la Déclaration expresse, que, comme ici il ne peut pas être question de dogmes, la différence entre l'essentiel et l'accidentel dans la religion catholique est trop fondée dans la nature des choses et trop généralement reconnue, pour qu'il soit nécessaire d'en faire mention. Ad Art. III. 4) Les mots: „Episcopum in ad-„ministranda Dioecesi adjuvare," n'ont d'autre but, que celui d'empêcher, que les chanoines ne puissent plus, comme jadis, mener une vie oisive, mais devront être versés dans les sciences et dans toutes les affaires ecclésiastiques, pour pouvoir former le Conseil de l'évêque et le Sénat de l'église; afin qu'il

ne soit pas nécessaire d'employer d'autres personnes. Les Princes et Etats réunis désirant cependant de pouvoir rassurer le St. Père sur l'appréhension énoncée, proposent de substituer aux mots: „quorum muneris est," les mots: quibus in-„cumbit," mais la clause: „juxta ea, quae Canones praeci-„piunt, aut legitima exigit consuetudo," ne peut être insérée dans la Charta des Princes et Etats, parcequ'elle ne touche que des rapports purement ecclésiastiques. D'ailleurs les lois, qui fixent les droits et les devoirs des chapitres, sont trop reconnues, pour qu'il soit nécessaire de les citer, et quant aux coutumes, il ne pourroit pas en être question, puisque depuis le Recès de l'empire de 1803. il n'existe presque plus de chapitres en Allemagne, et dans la plus grande partie des états Réunis il n'en a jamais existé. Ad Art. V. 5) Jadis le nombre des chanoines a pû paroître suffisant pour l'élection d'un évêque, surtout parceque ces chanoines avoient le droit d'éligibilité exclusif. Cette prérogative d'une classe n'existe plus, le choix de 3. individus doit d'autant plus se faire parmi tout le clergé du diocèse que le nombre des chanoines sera trop borné. Voilà aussi la raison toute simple et claire, pourquoi ce nombre des électeurs ne pourroit suffire, pour gagner la confiance et assurer sa tranquillité du clergé et du peuple sur l'élection de leurs pasteurs. Les événemens susmentionnés, après avoir changé l'ancien état des choses, rendoient nécessaire de trouver un expédient. Rien ne paroit plus naturel, que de le puiser, autant que possible, dans les institutions primitives de l'église, dès que les gouvernemens ont renoncé à la nomination des évêques.

Les Doyens ruraux comme les supérieurs des Curés de tout le Diocèse sont sans doute les plus propres à porter le collège électoral au nombre convenable, et à fonder la confiance, qui lui est essentiellement nécessaire. Jamais leur nombre ne devra surpasser celui des chanoines. C'est en faveur de leurs sujets catholiques et pour faciliter l'assentiment de Sa Sainteté, que les Princes et Etats réunis ont adopté ce mode de pourvoir aux Sièges épiscopaux, en ne reservant pour euxmêmes que le droit du Veto.

Les mots: „designabit eum, qui fiat episcopus," n'ont dû indiquer autre chose.

Ils ne pouvoient s'attendre aux difficultés non plus qu'aux prétensions qu'a fait naître cette disposition. La religion des Princes n'est qu'un rapport purement personnel, et ne peut jamais empêcher l'exercice des droits de Souveraineté, qui embrassent toutes les confessions reçues, ni annuller les droits de propriété tels pr. ex. que celui de patronage fondé en Allemagne sur des réalités. Le St. Père lui-même avoit déjà consenti en 1807. à la nomination de deux évêques par Sa Majesté le Roi de Wurttemberg. Jamais le droit du Veto n'avoit trouvé de difficulté pour les gouvernemens, dont les Chefs ne professent point la religion catholique. Le Veto, que le St. Père s'est montré prêt d'accorder au Roi d'Angleterre pour les églises catholiques de l'Irlande, et qu'il vient de proposer aux gouvernemens réunis, est même plus étendu que celui demandé par les Princes, mais il ne peut convenir à l'Allemagne non plus que l'autre mode énonce dans l'Exposé. En Irlande il n'y a point de chapitres, dont il ne peut point y avoir d'élection canonique. La liste des individus proposés pour les sièges soumise au Veto du Prince et aux choix du St. Père, ne peut s'accorder avec le scrutin stipulé pour les élections canoniques.

Nos hauts Commettans ont soumis leur Veto à l'élection et l'ont limité à deux Individus. Néanmoins pour épuiser leur condescendance ils proposent de changer la redaction contestée de la manière suivante: „ex his fiet episcopus, quem summus „territorii Princeps, caeteros recusando, pro tali agnoscit."

6) Pour ce qui concerne le terme de la confirmation des évêques élus, il paroit qu'il y a un malentendu. Comment les Princes et Etats voudroient-ils prescrire au Chef de l'église un terme pour faire ce qui est abandonné à Sa haute dignité, et ce que Ses soins paternels pour le bien des églises l'engageront de hâter tant que possible!

Mais sur ce point de la plus haute importance les Princes et Etats réunis ont dû être d'autant plus jaloux de s'en tenir à des lois de l'église déjà existantes et très précises, qu'ils se sont convaincu de leur utilité ainsi que de leur nécessité. Dans

une nouvelle organisation, dont le but est de terminer l'état incertain, qui existoit jusqu'ici, pourquoi le St. Père — en se conformant aux lois de l'église sanctionnées par Son Chef — ne conviendroit-il point avec les gouvernemens sur un terme, qui paroît assez étendu pour tout ce qu'exige le pourvoi aux Sièges, surtout parcequ'à l'avenir rien n'empêche que les élections ne se fassent de suite, sans attendre le terme accordé de 3 mois? D'ailleurs le procès informatif, ainsi que la confirmation pontificale se trouveront naturellement facilités par l'élection canonique faite de la manière proposée, puisqu'elle renferme un temoignage éminent de la capacité du merite, et des titres de confiance réunis dans la personne choisie par le Collège électoral et approuvée par le prince.

D'après cet exposé les Princes et Etats réunis se flattent que le St. Père approuvera la modification suivante: „Cum „juxta Canones Sedes episcopales ultra terminum sex mensium „vacare non debeant, electio intra temporis brevissimi spatium „absolvenda et ab electo deinde confirmatio petenda est, quam „Sua Sanctitas, processu intra Provinciam per metropolitanum „aliumve Provinciae episcopum instructo, concedere non de„dignabitur.“ Ad Art. VI. Les Soussignés sont chargés de communiquer ci jointe la formule du serment, que devront prêter les évêques à leurs Souverains. Ad Art. VII. 7) Pour l'élection des chanoines on consent à la même modification, qui a été consentie à l'Art. V. concernant l'élection des évêques. 8) La désignation de celui d'entre les membres du Chapitre, auquel la charge de Doyen sera confiée, ne peut jamais être envisagée comme une nomination à un bénefice ecclésiastique, parcequ'il ne s'agit ici que d'un emploi à conférer à une personne, qui a déjà passée par le scrutin du Clergé. Le chapitre, qui a le droit d'élire les évêques et les chanoines, ne contestera pas au Souverain la faculté de choisir un homme de confiance et de connoissance dans l'administration des fonds, que le gouvernement, qui les a fournis, est interessé de conserver. Néanmoins les Princes et Etats réunis sont très disposés d'énoncer, ce qu'ils étoient sans cela intentionnés de faire, en ajoutant les mots: „audito Episcopi et Canonicorum consilio,“ et ils ne doutent pas, que cela ne reponde aux désirs

du St. Père. 9) Pour rassurer Sa Sainteté au sujet de la nomination des Vicaires généraux ainsi que des évêques in partibus, les Princes et Etats consentent à la modification suivante: „Episcopus ex Canonicorum numero Vicarios tam in spirituali- „bus quam in pontificalibus, ubi necessarii fuerint visi, eliget, „supplicabitque Sanctitati Suae, ut ei, quem ad munus Vicarii „in pontificalibus promoveri cupit, titulum in partibus assignet, „quo obtento consecrabitur.“ Ad Art. VIII. La charge de Vicaire Général devra ordinairement être conférée au Doyen du chapitre, mais dans le cas, que cela ne pourroit se faire, l'évêque s'entendra avec le Souverain à ce sujet, surtout pour ce qui regarde les appointemens.

Les Soussignés après toutes les preuves de déference de la part des Princes et Etats, qu'ils viennent d'exposer, ne doutent pas, que le St. Père ne trouve sa coopération facilitée, et qu'en passent sur d'autres remarques moins importantes, il ne laisse librement agir son empressement exprimé à plusieurs reprises, de s'entendre avec les Princes et Etats réunis.

Pour ce qui concerne quelques points de la plus haute importance insérés dans l'Exposé des sentiments du St. Père, les Soussignés doivent les reserver d'autant plus au jugement de leurs hauts Commettans, qu'ils touchent essentiellement les rapports des Gouvernemens. C'est particulièrement la contestation des droits de Souveraineté circa Sacra, dont les Soussignés auroient bien desiré, qu'il n'eut pas été fait mention.

Ces droits sacrés ne peuvent jamais être mis en question, et il n'y a lieu de traiter à leur égard, parcequ'il n'y a aucun pouvoir, qui puisse les accorder ou les refuser. Aussi le St. Père ne voudra-t-il surement pas priver les catholiques dans les pays réunis des avantages de la protection, que viennent leur accorder leurs Princes, et par laquelle ceux-ci se chargent de l'obligation d'assurer à jamais la liberté des consciences et le libre exercice du culte de leurs sujets catholiques.

Pour ce qui est de l'appréhension enoncée par le St. Père, que dans l'organisation des élections les Princes n'aient embrassé des Principes trop démocratiques, elle ne sera pas partagée par les Princes et Etats, parcequ'ici il ne peut être que-

stion, que des institutions de Jesus Christ et de ses apôtres, sur lesquelles se fonda le choix des premiers pasteurs.

Les Princes, qui confient aux Curés Catholiques la surveillance de l'éducation élémentaire de leur peuples, ne pourront jamais s'inquiéter du concours de 6 ou 8 membres du Clergé à un acte, qui se borne à l'élection d'un évêque, lequel devra avoir en outre l'assentiment du Souverain et la confirmation du Chef de l'église.

Enfin pour les imputations graves faites aux Universités dans les pays réunis, les Soussignés doivent se borner à l'assurance, qu'ils ne connoissent point de raisons, qui puissent les appuyer, et qu'ils croient, que le St. Père peut parfaitement se reposer sur les soins et sur la vigilance des Princes, ainsi que sur la vigueur, avec laquelle ils sauraient réprimer les excès de toute espèce.

Il ne reste aux Soussignés, que de prier Son Eminence le Cardinal Secrétaire d'Etat, de vouloir bien leur accorder Sa bienveillante intervention, pour conduire la négociation au resultat désiré de part et d'autre. Leurs instructions récentes les mettent à même de pouvoir la terminer aussi promptement, que l'état des choses le paroît exiger, et comme le St. Père partage l'empressement des Princes et Etats réunis à cet égard, ils se flattent d'apprendre bientôt une resolution, qui y soit conforme, et qui reponde ainsi à leurs voeux les plus sincères.

Les Soussignés saisissent cette occasion, pour réitérer à Son Eminence le Cardinal Secrétaire d'Etat *Consalvi* l'assurance de leur plus haute considération.

Rome, ce 3. Septembre 1819.

Le Baron *de Schmitz-Grollenburg*. Le Baron *de Türkheim*.

étant indisposé
y joint sa Déclaration.

Fidem Copiae.

T. König, Secret. legat.

7.

Note vom 10. August 1819, oder Darstellung der Gesinnungen Seiner Heiligkeit über die Erklärung der vereinten protestantischen Fürsten und Staaten des teutschen Bundes.

Nachdem der heilige Vater die Leiden, welche die katholische Religion in Teutschland zur Zeit der nun vorübergegangenen Drangsale erduldete, voll Schmerzen mit angesehen hat, bemerkt derselbe mit dem lebhaftesten Vergnügen, dass, nachdem eine neue öffentliche Ordnung bei der achtbaren teutschen Nation eingetreten ist, die vereinten protestantischen Fürsten und Staaten des teutschen Bundes nun auch ihre Sorgfalt dem Besten der katholischen Kirche in ihren Staaten widmeten.

Mit Dank nahm daher Se. Heiligkeit die Deputation auf, welche durch Se. Majestät den König von Würtemberg und durch Se. Königliche Hoheit den Grossherzog von Baden von den erwähnten Fürsten und Staaten an ihn abgesendet wurde, und erhielt die Erklärung, welche die Deputirten zur Kenntniss Sr. Heiligkeit zu bringen wünschten, um für dieselbe die Beistimmung und Sanktion des Oberhauptes der katholischen Kirche zu erwirken. Der heilige Vater, von dem entschiedensten Geiste der Vereinigung und von dem aufrichtigsten Wunsche beseelt, den vereinten protestantischen Fürsten und Staaten des teutschen Bundes gefällig zu seyn, kann, indem er geneigt ist, von seiner Seite die grösste Willfährigkeit zu beweisen, welche mit den Pflichten seines apostolischen Amts verträglich ist, nicht zweifeln, dass die genannten Fürsten und Staaten in der Billigkeit und Mässigung, welche sie auszeichnen, auch ihrer Seits erkennen werden, dass der Pabst schon in der Natur und in der Einrichtung der katholischen Kirche, deren Oberhaupt er ist, gewisse Grenzen findet, die er nicht überschreiten darf, ohne sein eigenes Gewissen zu verrathen, und jene höchste Gewalt zu missbrauchen, welche Jesus Christus ihm übertragen hat, um sich derselben zur Erbauung, aber nicht zur Zerstörung seiner Kirche zu bedienen. Unverletzbare Grenzen für das Oberhaupt der Kirche sind die Dogmen des katholischen Glaubens, welche der römische Bischoff weder direkt noch indirekt verletzen kann, und obschon man in der

katholischen Kirche immer den Glauben für unwandelbar, die Disciplin aber für wandelbar gehalten hat, so haben doch die römischen Bischöffe in der Disciplin selbst ihrem Benehmen immer heilige Grenzen gesetzt, sowohl dadurch, dass sie die Verbindlichkeit anerkannten, in gewissen Theilen derselben nie irgend eine Neuerung vorzunehmen, als auch dadurch, dass sie andere Theile nicht Abänderungen unterwarfen, wenn nicht die wichtigsten und unerlässlichsten Gründe es geboten.

In Beziehung auf diese Grundsätze haben die römischen Bischöffe nie geglaubt, dass sie je irgend eine Abänderung in jenen Theilen der Disciplin zulassen könnten, welche unmittelbar von Jesus Christus angeordnet sind, oder in jenen, welche ihrer Natur nach mit dem Dogma zusammen hängen, oder in jenen, welche von den Irrgläubigen angefochten werden, um ihre Neuerungen zu unterstützen, oder auch in andern Theilen dieser Art, in welchen die römischen Bischöffe wegen der Folgen, die zum Nachtheile der Religion und der katholischen Grundsätze daraus hervorgegangen wären, keine Veränderungen zulassen zu können sich verpflichtet glaubten; welche Vortheile man ihnen auch immer anbieten, oder mit welchen Uebeln man sie auch bedrohen mochte.

Was sodann die andern Theile der Kirchendisciplin betrifft, welche in den berührten Klassen nicht begriffen sind; so fanden die römischen Bischöffe keinen Anstand, manchmal Abänderungen in einigen derselben vorzunehmen, aber immer geleitet von den Grundsätzen, auf welchen jede gutgeordnete Gesellschaft beruht, haben sie zu diesen Abänderungen nur dann ihre Einwilligung gegeben, wenn die Nothwendigkeit oder der Nutzen der Kirche es erforderte.

Da nun hiernach der heilige Vater gerne annimmt, die vereinten protestantischen Fürsten und Staaten des teutschen Bundes werden die Ueberzeugung haben, dass Er ungeachtet seines lebhaften Wunsches, ihnen willfährig zu seyn, in seiner Eigenschaft als Oberhaupt der katholischen Kirche von den eben auseinandergesetzten Grundsätzen nicht abweichen kann, ohne sich vor Gott schuldig zu machen und ohne der Kirche zum Aergerniss zu seyn; so hat derselbe befohlen, dass den Herren Abgeordneten der besagten Fürsten und Staaten mit

der grössten Offenheit und Redlichkeit seine Gesinnungen über den Inhalt der ihm übergebenen Deklaration eröffnet werden sollen.

1) Der Entschluss der vereinten protestantischen Fürsten und Staaten des teutschen Bundes, eine neue Begrenzung der Diöcesen in ihren Staaten zu grösserer Bequemlichkeit und zum Nutzen der Katholiken hergestellt zu sehen, wurde von dem heiligen Vater mit Wohlgefallen aufgenommen, und in der Ueberzeugung, dass man alles nach den kanonischen Vorschriften und mit der gebührenden Abhängigkeit von seiner höchsten Gewalt vornehmen werde, nimmt Er keinen Anstand, solche zu genehmigen.

2) Er kann indessen die Bemerkung nicht unterdrücken, dass jene Worte in dem Eingange der Deklaration, wo ohne der Gewalt des Pabstes in der Kirchen-Regierung auch nur im mindesten zu erwähnen, gesagt wird: „Episcopatus, quibus Ecclesia Catholica regitur" am gelindesten genommen, unvollständig sind.

Die Bischöffe wurden allerdings von dem heiligen Geiste eingesetzt, um die Kirche Gottes zu regieren, aber Jesus Christus, der göttliche Stifter dieser Kirche, ernannte, in der Person des heiligen Petrus, den römischen Bischoff zu seinem Stellvertreter auf Erden, und übertrug ihm das Primat nicht nur allein der Ehre, sondern auch der Jurisdiktion, Kraft dessen er als Oberhaupt die allgemeine Kirche beherrscht und regiert. Seine Heiligkeit sieht sich daher in diesen Zeiten, wo alle Bemühungen der Feinde der katholischen Religion hauptsächlich gegen das Primat der Jurisdiktion des römischen Bischoffs gerichtet sind, besonders verpflichtet, nun, da seine Sanktion von ihm verlangt wird, zu fordern, dass jene Worte, welche den Bischöffen die Regierung der katholischen Kirche zuerkennen, ohne des Pabstes auch nur zu erwähnen, gehörig rectificirt werden, welches dadurch geschehen könnte, dass entweder die Worte: „quibus Ecclesia Catholica regitur." weggelassen, oder solche auf irgend eine andere Art, worüber man sich mit den Herren Abgeordneten verständigen könnte, berichtigt werden.

3) Seiner Heiligkeit scheint es ferner angemessen zu seyn,

dass, während man zu einer neuen Eintheilung der Diöcesen in den Staaten Sr. Majestät des Königs von Würtemberg, Sr. Königl. Hoheit des Grossherzogs von Baden, Ihrer Königl. Hoheiten des Kurfürsten und des Grossherzogs von Hessen, Sr. Durchlaucht des Herzogs von Nassau, und der freien Stadt Frankfurt schreitet, die Gebiete der andern Fürsten und Staaten nicht ohne eine feste Bestimmung gelassen werden dürfen; und dass das Seelenheil der Gläubigen erfordert, dass gleich jetzt festgesetzt werde, zu welchen Diöcesen die Gebietstheile jener Souveräne gehören sollen, von denen in dem Eingange gesagt wird, dass sie terrarum suarum incolas catholicos opportunis Dioecesibus jungendos censent.

4) Während Se. Heiligkeit mit Dank erkennen muss, dass die vereinten protestantischen Fürsten und Staaten des teutschen Bundes in dem ersten Artikel der Deklaration der katholischen Religion die öffentliche und freie Ausübung des eigenen Kultus gestatten; kann dieselbe zu gleicher Zeit nicht bergen, dass dieses Zugeständniss in der Erklärung auf eine Weise angekündigt wird, welche von Sr. Heiligkeit nicht gebilligt werden kann.

5) Ohne sich dabei aufzuhalten, die Neuheit der Ausdrücke „Ecclesia Romano-Catholica et Apostolica“ bemerkbar zu machen, indem solche, wie der heilige Vater nicht zweifelt, ohne irgend einen Anstand von Seite der Fürsten und Staaten leicht in die durch den Gebrauch geheiligten Ausdrücke: „Ecclesia Catholica Apostolica Romana,“ umgeändert werden können, kann Se. Heiligkeit nicht unterlassen, auf die Worte des besagten Artikels aufmerksam zu machen, wo gesagt wird, dass die katholische Kirche „in terris Principum „pleno jure fidem suam libere profitendi, cultumque publicum „exercendi secundum principia suae religionis fun„damentalia . . . gaudebit.“ Wenn etwa man mit den Worten: „Secundum principia suae religionis funda„mentalia“ auf den berüchtigten Unterschied zwischen fundamentellen und nicht fundamentellen Glaubens-Artikeln anspielen will, welcher von *Jurieu* und andern Protestanten angenommen wird, um den Beweis zu ver-

suchen, dass bei den Protestanten mitten unter ihren religiösen Zwistigkeiten doch die Einheit der Kirche sich erhalte; so ist die Distinktion den Grundsätzen der katholischen Religion entgegen, welche alle ihre Dogmen als fundamentell betrachtet, in so fern keines derselben weder bestritten noch geläugnet werden kann, ohne dass man aufhöre Katholik zu seyn. Wenn man aber, wie es wahrscheinlich zu seyn scheint, auf die unter den teutschen Reichs-Publicisten jetzt so gemeine Distinktion der wesentlichen und zufälligen Religions-Grundsätze anspielen will; so kann der heilige Vater, welcher weiss, dass diese Distinktion den Zweck hat, unter dem Vorwand, dass es sich von zufälligen Sachen handle, die ganze Kirchen-Disciplin und die gesetzgebende Gewalt der Kirche der weltlichen Gewalt zu unterwerfen, nicht zugeben, dass in einer Deklaration, welche von dem heiligen Stuhle sanktionirt werden soll, ein solcher Grundsatz anerkannt werde.

Da man nun nicht fordern kann, dass das Haupt der Kirche selbst dazu mitwirke, um es mit seinen eigenen Händen unter das Joch der Civil-Gewalt zu bringen, so wird man auch nicht läugnen können, dass Se. Heiligkeit mit allem Recht verlangen kann, dass die Worte: „secundum principia suae religionis fundamentalia,“ aus der Deklaration weggelassen werden, wenn man anders haben will, dass diese Deklaration von dem heiligen Vater genehmigt und sanktionirt werde.

6) Aus der nämlichen Ursache kann auch der heilige Vater nicht zugeben, dass in der Erklärung die — übrigens auch nicht nothwendigen — Worte: „secundum suprema, quae „Imperantium sunt protectionis jura,“ welche gleich darauf in dem ersten Artikel der Deklaration vorkommen, beibehalten werden. Sr. Heiligkeit ist, andere Gründe gar nicht zu berühren, bekannt, wie weit von den teutschen Rechts-Publicisten diese landesherrlichen Schutz-Rechte gegen die Kirche ausgedehnt werden. Ihr ist bekannt, dass man unter dem Titel eines solchen Schutzes den Souverains eine unumschränkte Gewalt circa sacra zutheilen will, welche un-

sern Vorfahren gänzlich unbekannt war, und den göttlichen Vorrechten der Hierarchie zuwider läuft. Da folglich Se. Heiligkeit wohl einsieht, zu welch grossem Unheil die erwähnten — in einer von dem Kirchen-Oberhaupte genehmigten und sanktionirten Erklärung enthaltenen — Worte führen könnten; so verlangt sie, dass solche weggelassen werden.

7) Nach den oben vorgetragenen Bemerkungen, in Betreff der neuen Begränzung der Diöcesen, welche in den Territorien der vereinten protestantischen Fürsten und Staaten des teutschen Bundes vorgenommen werden soll, ist bei dem zweiten Artikel der Erklärung nichts zu erinnern, ausser der Neuerung hinsichtlich der Benennung der katholischen Religion, welche in dem letzten §. des erwähnten Artikels Christkatholisch genennt wird, eine Benennung, in Betreff welcher der heilige Vater verlangt, dass sie in Uebereinstimmung mit dem in der Kirche von jeher und allgemein ausgeübten Gebrauche in jene von katholisch umgeändert werde.

8) In dem dritten Artikel der Deklaration, wo von den Chorherren der Domstifte die Rede ist, heisst es, dass sie den Bischoff in der Verwaltung der Diöcese unterstützen sollen. Hierüber hat der heilige Vater bemerkt, dass, da der Antheil, welchen das Domkapitel an der Unterstützung des Bischoffs in der Verwaltung der Diöcese haben könne, in dem kanonischen Rechte vorgeschrieben, und durch die gesetzlichen Gewohnheiten festgesetzt sey, um den Streitigkeiten, welche zwischen den Bischöffen und den Kapiteln entstehen könnten, vorzubeugen, den Worten: „Episcopum in administranda Dioecesi adjuvare," noch folgende beigefügt werden müssten, nämlich: „juxta ea, quae Canones praecipiunt, „aut legitima exigit consuetudo."

9) Da die verbündeten Fürsten in den Diöcesen ihrer Staaten Seminarien zur Bildung des Klerus errichten wollen, wie aus dem vierten Artikel der Deklaration hervorgeht, so muss der heilige Vater seiner Seits darauf bestehen, dass die Seminarien in jener Form errichtet werden, welche mit so grosser Weisheit von dem heiligen Koncilium zu Trient vorgeschrieben wurde, und deren grossen Nutzen für die katholische

Kirche eine Erfahrung von ungefähr drei Jahrhunderten beurkundet hat. Deswegen kann Se. Heiligkeit vor allem sich nicht versagen, Ihren lebhaften Wunsch zu erkennen zu geben, dass in jeder Diöcese ein Seminar nach den Anordnungen des Tridentiner Concils errichtet werde, welches, wenn es erlaubt, dass in einem oder mehreren Seminarien Knaben von verschiedenen Diöcesen aufgenommen werden, solches nur in dem Falle gestattet, wenn die Kirchen so arm sind, dass es nicht möglich sey, ein Seminar daselbst zu errichten, und so lange eine solche Errichtung noch nicht geschehen sey. Se. Heiligkeit schmeichelt sich, dass die vereinten protestantischen Fürsten und Staaten des teutschen Bundes in ihrer Grossmuth und in den geistlichen Gütern, die sie gegenwärtig besitzen, die Mittel finden könnten, ausser den drei in dem vierten Artikel angezeigten Seminarien, welche gegenwärtig bestehen, auch die zwei für die andern Diöcesen zu errichten, denen solche noch abgehen.

10) Was aber am meisten die Sorgfalt des heiligen Vaters in Hinsicht der Seminarien, welche der Gegenstand der zärtlichsten Sorge für die katholische Kirche sind, in Anspruch nimmt, ist die Form, welche man diesen Seminarien anpassen will.

Aus dem letzten §. des vierten Artikels hat Seine Heiligkeit ersehen, dass die Schulen der heiligen Wissenschaften auf den Universitäten errichtet werden sollen, und dass folglich in den Seminarien nur erwachsene Jünglinge aufgenommen werden sollen, welche nach geendigtem Studienkurs auf den Universitäten nur auf einige Zeit in den Seminarien aufgenommen werden, um daselbst das Praktische ihres heiligen Amtes, die Pastoralpflichten, die Liturgie und andere dergleichen Gegenstände zu erlernen. In dieser Idee wurde der heilige Vater durch die Bemerkung bestärkt, dass in dem sechsten §. Lit. (g.) den Bischöffen nichts anderes zugestanden wird, als die Ernennung des Seminar-Rektors, der Professoren aber gar nicht erwähnt wird. Eine Gestaltung indessen, welche jener von dem Trienter Concil festgesetzten geradezu entgegen ist, welche dem Zwecke widerstreitet, den die Kirche bei Errichtung der Seminarien sich vorsteckte, und welche die Rechte der Bischöffe in

Anordnung der Erziehung und des Unterrichts der Weltgeistlichen in den ihrem Stande nothwendigen Kenntnissen verletzt, kann von dem heiligen Vater nicht genehmigt werden.

Das heilige Koncilium zu Trient, welches in der 23sten Session von den Seminarien redet, bestimmt, dass in denselben eine bestimmte Anzahl Knaben: „certus puerorum numerus" unterhalten, religiös erzogen, und in den kirchlichen Disciplinen unterrichtet werden solle. Und wirklich ist der Zweck, welchen die Kirche bei Errichtung der Seminarien hatte, gerade dieser gewesen, diejenigen, welche Diener der Kirche werden wollen, schon von ihrer zartesten Jugend an unter der Aufsicht und gänzlichen Abhängigkeit von den Bischöffen in der Uebung der ihrem Stande eigenen Tugenden, und besonders in den heiligen Wissenschaften zu erziehen und zu bilden.

Welcher Missbrauch auch in irgend einem, auch katholischen, Staate Teutschlands, hinsichtlich der Seminarien, eingerissen seyn mag, so wird dieser doch nie dem heiligen Stuhle zum Vorwurfe werden können, welcher solchen weder anerkannt noch sanktionirt hat, sondern vielmehr ihn tadelt; und man wird vernünftiger Weise nie behaupten können, dass der heilige Stuhl selbst einen Missbrauch billige, weil er in irgend einem katholischen Lande eingeführt ist.

Der Zustand des Verfalls, in welchem der Klerus in Teutschland sich befindet, wird sowohl von Seiner Heiligkeit, als von den Bischöffen, hauptsächlich den Missbräuchen zugeschrieben, welche daselbst hinsichtlich der Seminarien eingeführt worden sind, und besonders dem Umstand, dass in denselben nur erwachsene Jünglinge aufgenommen werden, nachdem sie ihren Studienkurs auf den Universitäten vollendet, und in dem Genusse einer zu grossen Freiheit die schädlichsten Grundsätze eingesogen haben. Man muss die Natur des Menschen nicht kennen, wenn man sich bereden will, dass in den Zeiten so grosser Verderbniss, in denen unglücklicher Weise wir leben, schon reife Jünglinge, in wenigen Monaten in jenen starken Tugenden sich bilden können, welche dem geistlichen Stande eigen sind, ohne von ihrer ersten Jugend an dieselben

fleissig geübt und in denselben sich gestärkt zu haben, oder dass sie sogar zu den richtigen Grundsätzen zurückkehren, nachdem sie vorher Maximen eingesogen haben, welche mit jenen, nach denen das Betragen eines Geistlichen sich richten soll, nicht übereinstimmen.

11) Deswegen hält der heilige Vater, dem die Seminarien, welche die schönsten Hoffnungen der Kirche bilden, vorzüglich am Herzen liegen müssen, es für seine Pflicht, darauf zu bestehen, dass sie auf die von dem heiligen Koncil zu Trient vorgeschriebene Weise eingerichtet und dass besonders in denselben die heiligen Wissenschaften unter gänzlicher Abhängigkeit von den Bischöffen gelehrt werden. Diesen kommt es nach göttlichem Rechte zu, die ihrer Sorge anvertrauten Gläubigen entweder selbst oder durch andere zu unterrichten, nicht allein dadurch, dass sie das Volk im Christenthum unterrichten und demselben predigen, sondern auch dadurch, dass sie diejenigen, welche in den geistlichen Stand treten wollen, in der Theologie und in den andern heiligen Wissenschaften unterweisen, oder von Lehrern, die ihr Vertrauen haben, unterweisen lassen; und dieses Recht kann nach katholischen Grundsätzen von der Civilgewalt weder gestört noch beschränkt werden. Der heilige Vater darf sich nur auf Thatsachen berufen, welche leider zu neu und zu bekannt sind, um dem unbefangenen Urtheile der vereinten und protestantischen Fürsten und Staaten des teutschen Bundes zu überlassen, ob das Oberhaupt der Kirche gleichgültig dabei seyn kann, dass die Jünglinge, welche sich dem heiligen Dienste widmen, besonders in den heiligen Wissenschaften lieber auf den Universitäten, deren Lehren nur zu sehr bekannt sind, unterrichtet werden sollen, als in den Seminarien und unter der beständigen Aufsicht der Bischöffe. Seine Heiligkeit und die Bischöffe können sich nicht für gesichert halten, weder durch das Zeugniss, welches man vielleicht von den Bischöffen selbst für diejenigen fordern wird, welche zu Lehrern der heiligen Wissenschaften bestimmt werden sollen, noch durch die Inspektion, welche man nach dem 6ten Artikel der Deklaration §. Lit. (e) den Bischöffen zugestehen will, damit in den katholischen Schu-

len nichts gelehrt werde, was der Reinheit des Glaubens und der katholischen Lehre zuwider sey. Diese Mittel müssen von Sr. Heiligkeit für absolut unzulänglich angesehen werden, um die Rechtgläubigkeit der Lehre zu erhalten. Die Geschichte unserer Zeiten, die falschen und gefährlichen Lehren, welche trotz der wiederholten Vorstellungen des heiligen Vaters auf einigen katholischen Universitäten Teutschlands gelehrt werden, geben deutlich zu erkennen, dass diese den Bischöffen zugestandene Aufsicht über die Professoren gewöhnlich nur ein leerer ganz unwirksamer Ausdruck ist, eine Waffe, von welcher auch die bestgesinntesten Bischöffe keinen Gebrauch machen können.

12) Endlich heisst es in dem 4ten Artikel der Deklaration, wo von jenen die Rede ist, welche in den Seminarien aufgenommen werden, und zu den höhern Weihen gelangen sollen, dass diesen von dem Landesherrn der titulus mensae werde angewiesen werden, welcher nothwendig sey, die heiligen Weihen zu erhalten. Der heilige Vater sieht sich in der Nothwendigkeit, hinsichtlich dieser Anordnung die nöthigen Aufklärungen zu verlangen, weil daraus, dass man diesen titulum mensae als nothwendig anführt, um die heiligen Weihen zu erhalten, hervorzugehen scheint, dass man jeden andern kanonischen Titel der Ordination ausschliessen wolle, durch welchen die zu Weihenden, auch abgesehen von der Unterstüzzung des Fürsten, mit dem was den titulum mensae ausmacht, sich erhalten und ihre Bedürfnisse befriedigen könnten; in diesem Falle würde der Pabst seine Einwilligung hierzu nicht geben können.

13) Der 5. Artikel der Deklaration betrifft die Wahl und die kanonische Einsetzung der Bischöffe. Während dem im Anfang dieses Artikels angekündigt wird, dass man die alte Disciplin der teutschen Kirche bei der Erhebung zur Bischoffswürde per viam electionis beibehalten wolle, werden in der Wahl selbst die wesentlichsten Abänderungen eingeführt. Man will, dass eben so viel Glieder des Diöcesanklerus, als die gesetzliche Anzahl der Domherren ausmacht, daran Theil nehmen sollen; man will ferner, dass die Wahl lediglich durch das

Skrutinium geschehe; man will endlich, dass 3 Subjekte gewählt werden sollen.

Diese Bestimmungen sind aber der Disciplin der teutschen Kirchen zuwider, welche man beibehalten will. Dieser Disciplin gemäss sollen, den sehr seltenen Fall eines apostolischen Indults oder einer unfürdenklichen Gewohnheit ausgenommen, zur Wahl der Bischöffe und Erzbischöffe nur allein die wirklichen Domherren der bischöfflichen und erzbischöfflichen Kapitel zugelassen werden. Daher kam es, dass, obschon in den Kapiteln von Mainz, Regensburg und in andern, ausser den Domherren auch noch einige andere Chorherren, Domizellaren (Domicelli o Domicellarj) genannt, bestanden, diese jedoch in keinem Falle, am allerwenigsten aber bei der Wahl der Bischöffe oder Erzbischöffe das Recht hatten, in dem Kapitel das Votum zu geben. Ferner beschränkt die Disciplin der teutschen Kirchen, welche man beibehalten zu wollen angibt, die Wahlform nicht allein auf das Skrutinium, sondern lässt auch die Wahl durch die Inspiration und durch das Compromiss zu, und bestimmt endlich, dass nur Ein Subjekt gewählt werden soll.

Unter den angezeigten 3 Abänderungen könnte der heilige Vater die zweite auch in dem Betrachte zulassen, dass in Teutschland gewöhnlich nur allein das Skrutinium bei den kanonischen Wahlen in Anwendung gebracht wurde, und könnte nach dem Wunsche der Fürsten die Unterlassung der beiden andern Wahl-Arten zugestehen, ungeachtet des Vorzugs einer grössern Schnelligkeit, welche manchmal durch dieselbe bewirkt werden kann.

14) Der heilige Vater glaubt indessen, dass er, ohne der Kirche empfindlichen Schaden zu bringen, die erste der vorgeschlagenen Veränderungen, nämlich, die Rural- oder Distrikts-Dekane zu den Wahlen zuzulassen, in die Wahl-Disciplin nicht aufnehmen kann. Se. Heiligkeit bemerkt vorerst, dass diese Abänderung nicht nur allein der alten Disciplin der teutschen Kirchen zuwiderläuft, welche man beizubehalten behauptet, und in welcher, wie oben gesagt worden ist, nur die wirklichen Domherren der bischöfflichen und erz-

bischöfflichen Kapitel Theil an der Wahl der Bischöffe oder Erzbischöffe nehmen durften, sondern sie gibt auch den Pfarrern bei dieser Wahl ein entschiedenes Uebergewicht über die Domherren selbst. Denn da die Anzahl der Rural-Dekane der gesetzlichen Anzahl der Domherren gleich seyn muss, so könnte die Abwesenheit irgend eines Domherrn bei dem Wahlakte wohl möglich seyn, nie aber könnte es geschehen, dass die Anzahl der Rural-Dekane geringer wäre.

Der heilige Vater hat alle Liebe und Achtung für die Klasse der Pfarrer. Nichts destoweniger musste er in der neuen Wahlart, welche eingeführt werden will, die bestimmte Tendenz bemerken, in der Kirche einen Geist der Demokratie einzuführen, und konnte nicht verkennen, dass dies der erste Schritt ist, zu welchem man das Oberhaupt der Kirche veranlassen möchte, um nach und nach dem ganzen Klerus und dann vielleicht auch dem Volke zu den Bischoff-Wahlen Zugang zu verschaffen, und alle die Unordnungen wieder zurückzurufen, welchen eben abzuhelfen, die Kirche gezwungen war, ihre Disciplin in diesem äusserst wichtigen Gegenstande abzuändern.

In den gegenwärtigen Zeiten, in welchen die demokratischen Grundsätze in den Gemüthern der Jugend, besonders aus den vergangenen Revolutionen entwickelt, verbreitet, und denselben eingeflösst worden sind, kann der heilige Vater nicht unterlassen, die Fürsten auf diese Neuerung aufmerksam zu machen, welche sie in der Kirche einführen wollen, und welche einst den Regierungen selbst nicht wenig schädlich werden könnte.

Da nun ferner der heilige Vater auf der einen Seite nicht sieht, dass die Nothwendigkeit oder der Nutzen der Kirche eine solche Veränderung der Disciplin erheische, dagegen er auf der andern Seite sogar überzeugt ist, dass ein solches System der Kirche selbst gefährlich werden könne, indem es, wie oben angedeutet ist, jene Missbräuche wieder herbeiführen könnte, weswegen es abgeschafft wurde; so sieht sich derselbe veranlasst, es nicht zu genehmigen.

15) Was nun die dritte Abänderung betrifft, welche bei der Wahldisciplin eingeführt werden will, nämlich, dass das

Kapitel statt Eines Subjektes deren drei wähle, so nimmt der heilige Vater, um den Wünschen der vereinigten Fürsten und Staaten des teutschen Bundes zu entsprechen, keinen Anstand, solche zu genehmigen und zu sanktioniren. Dagegen kann aber der heilige Vater sich nicht dazu verstehen, bei den besagten Fürsten und Staaten das Recht anzuerkennen, denjenigen zu bezeichnen, welcher unter den drei von dem Kapitel gewählten Personen Bischoff seyn soll.

Der heilige Stuhl gesteht bekanntermassen dieses Recht sogar den katholischen Fürsten nicht als ein der Krone anklebendes Recht zu.

Eben so wenig könnte er es den vereinten protestantischen Fürsten und Staaten des teutschen Bundes als eine Folge des Patronat-Rechts zugestehen, welches aus der den Bisthümern ausgesetzten Dotation entspringt. Denn es ist, wenn auch jede andere Betrachtung unberücksichtigt gelassen wird, ein gemeiner und sehr bekannter Grundsatz bei den Katholiken, ein Grundsatz, von welchem der heilige Vater sich nicht entfernen könnte, ohne der ganzen Kirche das grösste Aergerniss zu geben, und ohne gerade im Gegensatz mit der von seinen Vorfahren standhaft beobachteten Handlungsweise zu verfahren, dass die Akatholiken, welche nicht zur Kirche gehören, des Patronat-Rechts nicht theilhaftig seyn können, welches die Kirche nur allein den Katholiken ertheilt.

Es würde demnach Seiner Heiligkeit, um den besagten Fürsten und Staaten gefällig zu seyn, nichts anders übrig bleiben, als ihnen im Wege der Koncession dieses Privilegium zu ertheilen. Aber ausserdem, dass man nach der Deklaration weit entfernt ist, ein solches Privilegium als eine Koncession des heiligen Stuhles erkennen zu wollen, und auch abgesehen von der Betrachtung, welche aus dem Umstande hervorgehen könnte, dass die vereinten Fürsten nicht Katholiken sind, so wünscht der heilige Vater, in dem sehnlichen Verlangen, den erwähnten Fürsten und Staaten etwas Angenehmes zu erzeigen, sie möchten überzeugt seyn, dass sobald die Kapitel dem heiligen Stuhle den in Gemässheit der oben

angezeigten Koncession vorgenommenen Wahl-Akt der drei Subjekte übermacht haben werden, damit Se. Heiligkeit aus denselben den neuen Bischoff auswähle, er mit Beobachtung der ihm obliegenden Pflichten alle Rücksicht auf denjenigen nehmen werde, zu dessen Gunsten die respektiven Souverains ihm ihre Wünsche zu erkennen geben werden.

Der heilige Vater bittet die vereinten protestantischen Fürsten und Staaten des teutschen Bundes, bedenken zu wollen, dass dieses nicht der erste Fall ist, wo er Kirchen in solchen Staaten, die nicht katholischen Fürsten unterworfen sind, Bischöffe giebt, und dass so wie bis jetzt keiner dieser Fürsten über wenige Rücksichtnahme von Seiten Sr. Heiligkeit hat klagen können, auch gewiss die vereinten protestantischen Fürsten und Staaten des teutschen Bundes wegen der Bischöffe in ihren Staaten nie eine Veranlassung dazu haben würden.

16) Wenn aber dieser ebengenannte Vorschlag von den erwähnten Fürsten und Staaten nicht beliebt werden sollte, so glaubt der heilige Vater, es werde jede gegründete Besorgniss dieser Fürsten und Staaten dadurch beseitigt werden können, wenn er ihnen zugesteht, dass sie, ehe das Kapitel zu der Wahl schreitet, jene gemässigte Ausschliessung ausüben können, welche Se. Heiligkeit der brittischen Regierung, hinsichtlich der Bisthümer in Irland, in Gegengabe des äusserst wichtigen Vortheils der Emancipation der Katholiken, zugestehen wollte. In dieser Voraussetzung würde das Kapitel, ehe es zur kanonischen Wahl schreitet, der Regierung die Liste der Kandidaten überreichen, von welcher die Regierung diejenigen Subjecte streichen könnte, die ihr nicht angenehm wären, wenn nur in der Liste so viele stehen blieben, als zur freien Wahl des Bischoffs hinreichend wären.

17) Um nun jetzt von den Eigenschaften zu reden, welche man in dem 5ten Artikel der Deklaration von einem Geistlichen fordert, um zum Bischoff erwählt werden zu können, so wurde von Sr. Heiligkeit bemerkt, dass die Bedingungen, acht Jahre lang die Seelsorge oder das Amt eines

Lehrers ausgeübt zu haben, die Anzahl der wählbaren Personen zu sehr beschränken, und besonders diejenigen ausschliessen, welche entweder durch ihre adeliche Geburt oder durch die Wohlhabenheit ihrer Familie von dem einen oder dem andern Amte entfernt gehalten wurden. Der heilige Vater kann, ohne das Interesse der Kirche zu verrathen, sie nicht des Vortheils berauben, welcher ihr auch von der Eigenschaft und von den Mitteln dieser Personen zugehen kann, wenn sie anders die nothwendigen Erfordernisse besitzen, um das Bisthum mit Nutzen zu verwalten.

Se. Heiligkeit kann deswegen nicht zugeben, dass die vorgelegten Bedingungen, wodurch die adelichen oder wohlhabenden Personen von dem Bisthum selbst ausgeschlossen werden, nothwendiger Weise bei den Geistlichen erforderlich seyen, um von dem Kapitel erwählt werden zu können.

18) In Beziehung auf die Personen, welche die Prozesse derjenigen zu machen haben, die zum Bisthum erhoben werden sollen, ist zwar der heilige Vater eines Theils geneigt, zuzugeben, dass der Prozess von jenem Bischoff der Provinz gemacht werde, welchem dieses zusteht, in Beziehung auf die weisen Bestimmungen der Konstitution des Pabstes *Gregors XIV.*: „Cum onus" und auf die Instruktion des Pabstes *Urbans VIII.* in jenen Theilen, welche in den gegenwärtigen Umständen anwendbar seyn können; auf der andern Seite aber kann er sich hiezu nicht so strenge verbinden, dass er davon nicht wieder sollte abgehen können, wenn er es für absolut nothwendig erachtet. Der heilige Vater ist Gott für die Einsetzung der Bischöffe verantwortlich. Das heilige Koncilium zu Trient erinnert den Pabst zwar mit ehrerbietigen, aber mit kräftigen, Worten an seine strenge Pflicht: „ut bonos maxime atque idoneos Pastores singulis Ecclesiis praeficiat" indem es ihm den schrecklichen Ausspruch vor Augen legt: „quod ovium Christi sanguinem, quae ex malo negligentium et sui officii immemorum Pastorum regimine peribunt, Dominus Noster Jesus Christus de manibus ejus sit requisiturus." Sodann muss die Person, welche den Prozess über die Eigenschaften des zu Befördernden formirt, das volle Ver-

trauen des Kirchen-Oberhauptes haben, welches für die Tüchtigkeit desselben verantwortlich ist. Wenn daher der Fall eintreten sollte, dass der Bischoff, welchem nach der in der oben angeführten Institution und Instruktion festgesetzten Anordnung die Formirung des Prozesses zukäme, das Vertrauen des Kirchen-Oberhaupts nicht hätte, so könnte dieses durch kein Gesetz verbunden seyn, Vertrauen in eine Person zu haben, in welche es nun einmal ein solches nicht haben kann. Der heilige Vater sieht sich deswegen zu der Erklärung veranlasst, dass, indem er die vorliegende Anordnung der Declaration in der oben erwähnten Art genehmigt, er nicht unterlassen kann, diesen ganz gerechten Vorbehalt beizufügen.

19) Seine Heiligkeit erklärt hierauf freimüthig, dass er nie einwilligen werde, dass man dem römischen Bischoffe einen Termin vorschreibe, innerhalb dessen er dem Erwählten die kanonische Institution zu geben habe.

Es ist schon gesagt worden, dass der Pabst Gott strenge verantwortlich ist für die Tüchtigkeit der Seelenhirten, welchen die Regierung besondere Kirchen anvertraut.

Daraus folgt, dass der Pabst nicht nur allein das Recht hat, von der Tüchtigkeit derjenigen sich zu überzeugen, denen er die kanonische Institution ertheilt, sondern er ist auch verbunden, über dieselbe möglichst genaue Erkundigungen einzuziehen, wenn er etwa durch den Prozess selbst oder auf irgend eine andere Art veranlasst werden sollte, gegründete Zweifel über die Eigenschaften des Erwählten zu schöpfen. Dieses Recht aber und diese Pflicht des römischen Pabstes erheischen, dass keine Zeit ihn fessle, während deren er verbunden sey, den Erwählten die kanonische Institution zu ertheilen.

Welches auch die Gesetzgebung der Kirche in Betreff der Zeit gewesen seyn mag, innerhalb welcher die vakanten Bisthümer wieder besetzt werden mussten, so ist doch gewiss, dass die römischen Bischöffe sich nie an einen Termin gebunden glaubten, um den Erwählten die Bestätigung zu ertheilen. Und man könnte nur mit dem grössten Unrechte voraussetzen, dass der Pabst, ohne die erheblichsten und gerechtesten Ursachen die Erfüllung seiner Pflicht, den vakanten Kirchen ihre Vorsteher zu geben,

verzögern wolle. Wenn eine solche Verzögerung manchmal eingetreten ist, so ist es auch bekannt, dass solche gerade durch die wichtigsten Ursachen veranlasst wurde, welche sie unerlässlich machten. Und welches Interesse könnten auch die Päbste haben, den Erwählten die kanonische Institution zu verzögern oder solche zu verweigern?

Die Würde des heiligen Vaters und des heiligen Stuhles, so wie die ihm obliegende Pflicht, sich nicht Fesseln anlegen zu lassen, welche die Ausübung seiner Pflichten ihm unmöglich machen würden, erfordern, dass der befragte Punkt der Deklaration entweder ganz hinweggenommen oder modifizirt werde. Zu diesem Ende macht der heilige Vater, von dem entschiedensten Geiste der Vereinigung beseelt, und nichts eifriger wünschend, als schleunig die vakanten Stühle zu besetzen, den Vorschlag, in dem besagten Punkte der Deklaration statt der Worte: „intra terminum sex mensium" zu setzen: „quam citius fieri poterit."

20) Was den 6ten Artikel der Deklaration betrifft, so hat der heilige Vater vor allem bemerkt, dass dasjenige nicht richtig ist, was man in diesem Artikel anzunehmen scheint, nämlich, dass der bestätigte, aber nicht konsekrirte, Bischoff, die bischöffliche Jurisdiktion nicht ausüben könne. Wenn der Bischoff eingesetzt worden ist, so hat er die apostolischen Bullen erhalten, in Kraft welcher er, nach deren vorläufigen Präsentation bei dem Kapitel, von seiner Kirche Besitz genommen hat; er kann demnach auch, wenn er nicht konsekrirt ist, die bischöffliche Jurisdiktion ausüben, obgleich er jene Akte nicht vornehmen kann, welche von der Weihe abhängen.

21) In Betreff des Eides der Treue, welchen die neuen Bischöffe dem Souverain ablegen sollen, erwartet der heilige Vater, um darüber urtheilen zu können, dass man ihm die Formel mittheile, und er will glauben, dass in derselben nichts enthalten sey, was das Gewissen der Bischöffe, welche ihn leisten sollen, beleidigen könne.

22) In Beziehung auf die Konsekration der Bischöffe muss der heilige Vater dasjenige ausheben, was gleichsam incidenter in diesem Artikel davon gesagt wird, nämlich, dass es

dem Metropoliten zukomme, solche vorzunehmen. Nach der gegenwärtigen Disciplin ist die Konsekration der Bischöffe dem römischen Pabste vorbehalten, und Niemand kann sich das Recht anmassen, die neuen Bischöffe zu konsekriren, wenn er nicht vom Pabste selbst hierzu bevollmächtigt ist.

Der heilige Vater sieht nicht nur gar keine Ursache ein, warum er diesen Theil der allgemeinen Disciplin abändern soll, sondern er glaubt auch, dass die Abänderung desselben der Kirche selbst Schaden bringen würde. Das System, welches der heilige Stuhl befolgt, die Konsekration der neuen Bischöffe, die ausserhalb Rom geweiht werden, jenem Bischoffe zu übertragen, welchen der zu Konsekrirende in Einverständniss mit dem heiligen Stuhl gewählt hat, beleidigt auf der einen Seite nicht nur allein nicht das Recht des Pabstes, sondern ist auch auf der andern Seite dahin gerichtet, den Erwählten die Kosten zu ersparen, die sie haben würden, wenn sie sich ihrer Weihe wegen an den Metropoliten wenden müssten, indem es oft geschehen kann, dass der Metropolit zu weit von dem Wohnorte der Erwählten entfernt ist.

23) Sonst wird in Betreff der Konsekration weiter nichts mehr angefügt, weil ausser dem, was bereits berührt worden ist, in der Deklaration, hinsichtlich dieses Aktes, sonst nichts mehr vorkommt. Der heilige Vater will deswegen nicht zweifeln, dass nach den Absichten der vereinten protestantischen Fürsten und Staaten des teutschen Bundes, hinsichtlich des Glaubensbekenntnisses, welches die neuen Bischöffe in der gewöhnlichen von der Kirche genehmigten Formel ablegen müssen, keine Neuerungen gemacht, und dass alles das genau erfüllt werden soll, was in Bezug auf die erhabene Ceremonie der Konsekration in dem römischen Pontificale vorgeschrieben ist.

24) Bei dem Aufzählen der Rechte der Bischöffe fängt man damit an, bei dem 6ten Artikel zu sagen, dass der Bischoff „omni exemptione per Dioecesin suam sublata libere ac „pleno jure fungetur munere Episcopali.“ Diese Worte deuten an, dass die Bischöffe die bischöfflichen Rechte in ihrer ganzen Ausdehnung geniessen sollen, mit Ausschluss jeder Befreiung oder Vorbehalts. Hinsichtlich dieser Worte der Deklaration

hat der heilige Vater bemerkt, dass, wenn man damit so viel sagen zu wollen glaubt, dass die Bischöffe in die Ausübung dieser Gewalt aus eigenem vollen Rechte eintreten sollen, man etwas behauptet, was den katholischen Grundsätzen entgegen ist.

Nach den katholischen Grundsätzen ist es ausser Zweifel, dass die Bischöffe in dem Gebrauche und in der Ausübung ihrer Iurisdiktion dem römischen Bischoff, dem Oberhaupt der Kirche, untergeordnet sind. Deswegen erklärte das Concilium zu Trient, dass die römischen Bischöffe, kraft der höchsten Gewalt, welche ihnen von Jesus Christus über die ganze Kirche ertheilt worden sey, mit Recht einige Gegenstände ihrem Ausspruche vorbehalten können, was nicht geschehen konnte, ohne die Ausübung der bischöfflichen Gewalt zu beschränken. Wenn demnach das Oberhaupt der Kirche nach den katholischen Grundsätzen die Iurisdiktion der Bischöffe in ihrer Ausübung beschränken konnte; wenn die römischen Bischöffe, wenn die allgemeinen Koncilien, bisweilen sogar auf Ansuchen der Bischöffe selbst, sie wirklich beschränkten, so könnten jetzt die Bischöffe nicht fordern, dieselbe nach ihrem vollen Rechte über die festgesetzten Grenzen zu gebrauchen, ohne auf die katholischen Grundsätze zu verzichten und der gesetzlichen Gewalt der Kirche sich zu entziehen.

Wenn man mit den oben angeführten Worten der Deklaration die Absicht hätte, den heiligen Vater zu ersuchen, dass er seine Gefälligkeit so weit ausdehnen möchte, zuzugeben, dass die Bischöffe, welche für die Verwaltung der Diöcesen gesetzt werden, die in den Gebietstheilen der vereinten Fürsten und Staaten des teutschen Bundes errichtet werden sollen, die bischöfflichen Rechte in ihrer ganzen Ausdehnung geniessen, ohne allen Vorbehalt oder irgend eine Beschränkung, so erklärt Se. Heiligkeit, dass Sie, ohne Ihre Pflichten auf das empfindlichste zu verletzen, solches nicht zugeben kann.

Die Beschränkungen der Ausübung der bischöfflichen Iurisdiktion wurden gewiss nicht eingeführt, ohne dass es entweder die Nothwendigkeit oder der offenbare Nutzen der Gläubi-

gen erfordert hätte: ausserdem würden sie gewiss nicht so friedlich, als es geschehen, in der Kirche aufgenommen worden seyn. Und wirklich haben die eingerissenen Missbräuche die Päbste veranlasst, verschiedene Gegenstände zurückzunehmen, welche zuerst auch von den Bischöffen behandelt wurden, und hierdurch wurden die Missbräuche abgeschnitten. Wollte nun der heilige Vater den Bischöffen diese Rechte wieder zugestehn, so würde er die Kirche der Gefahr aussetzen, neuerdings in ihrem Innern, wenn nicht ganz — doch wenigstens theilweise — jene groben Missbräuche wieder aufleben zu sehen, zu deren Abschneidung die Vorbehalte eingeführt wurden, und so würde das Oberhaupt der Kirche durch eine unüberlegte Nachgiebigkeit seine höchste Gewalt nur zum Schaden der Kirche gebrauchen.

Aber auch abgesehen von so erheblichen Betrachtungen, so wird doch der heilige Vater sich nie dazu verstehen, einem solchen Ansinnen zu entsprechen, weil es mittelbar und unmittelbar dahin abzweckt, jene Bande zu lösen, wodurch in der gegenwärtigen Kirchendisciplin die Bischöffe und die Gläubigen an den obersten Hirten gebunden werden. In dem gegenwärtigen Zeitalter, in welchem die Feinde der Religion, um ihre gottlosen Absichten zu erreichen, angefangen haben, das Primat des römischen Bischoffs von allen Seiten zu bekämpfen, um, wenn es möglich wäre, das göttliche Gebäude der katholischen Kirche durch die Trennung des Hauptes von den Gliedern niederzureissen, kann der heilige Vater in Ausübung seiner unerlässlichen Pflichten und in Befolgung des Beispiels seiner Vorgänger nicht zugeben, dass in dieser Zeit, in welcher es so sehr nothwendig wäre, die Bande enger zu knüpfen, welche die Bischöffe und die Gläubigen mit dem Kirchen-Oberhaupte verbinden, und welche ein praktischer Beweis des Primates des Iurisdiktion des römischen Bischoffs sind, diese Bande aufgelöst werden, aufgelöst zum Nachtheile der Kirche von eben derselben Hand, von welcher sie mit Recht Unterstützung und Vertheidigung erwarten könnte.

25) Was nun die Aufzählung der bischöfflichen Rechte angeht, welche in dem 6ten Artikel der Deklaration

enthalten ist, so wurde von dem heiligen Vater nicht ohne Befremden bemerkt, dass man zu derselben Zeit, wo man alles auf die alte Disciplin zurückzuführen sucht, und wo man will, dass die Bischöffe ihre alten und auch vorgeblichen Rechte in ihrer ganzen Ausdehnung ausüben, ihre Gewalt auf pfarramtliche Zurechtweisungen gegen die Laien beschränkt, und ihnen überlässt, ihren Rekurs an die Civil-Gewalt zu nehmen, ohne der Kirchenstrafen auch nur im geringsten zu erwähnen, deren doch die Kirche von ihrem Entstehen an fortwährend sich bedient hat. Der heilige Vater glaubt daher, dass die Erwähnung derselben nicht unterlassen werden dürfe, und macht den Vorschlag, dass in den angeführten Paragraphen nach den Worten: „ad corrigendos quoque Laicos“ hinzugesetzt werde: „admonitiones et Ecclesiasticas Censuras adhibere.“

26) In dem Paragraphen Litt. (d.) dessen Sinn ein wenig dunkel ist, scheint es, dass von den Pfarreien die Rede ist, welche dem kirchlichen Patronat-Rechte unterliegen, und welche gerade diejenigen sind, bei denen die Prüfung des Bischoffs und die Präsentation an denselben statt findet. Aber wie man auch diese Anordnung auslegen wird, so ist doch gewiss, dass es das Ansehen der Kirche und die Rechte der Bischöffe beleidigt, wenn man, wie hier geschieht, die Vergebung der Pfründen, in welche der Bischoff einsetzen soll, andern zueignen will. Es ist bekannt, dass dem Bischoff, welcher die Einsetzung ertheilt, auch die Vergebung der Pfründen zusteht, dem Patron aber nur die Präsentation.

27) Bei den Bemerkungen zu dem 4ten Artikel wurde bereits von der Unzulänglichkeit der blossen Inspektion der Bischöffe über die katholischen Schulen gesprochen, um die Rechtgläubigkeit der Lehre zu erhalten; es bleibt also in Beziehung auf den §. Litt. (e.) nur noch übrig, von dem zu reden, was Bezug auf das Verbot verderblicher Bücher hat.

Der heilige Vater hat auch hier nicht ohne Verwunderung bemerken müssen, dass man das Recht, welches den Bischöffen unabhängig von der Civil-Gewalt zusteht, sogar unter Verhängung der Kirchenstrafen den

Gebrauch der erwähnten Bücher überall zu verbieten, blos auf den Gebrauch derselben in den Kirchen und in den Schulen beschränken will. Nach den katholischen Principien kann der heilige Vater diese Beschränkung weder anerkennen noch sanktioniren.

28) Auch hat Se. Heiligkeit bemerkt, dass der Paragraph Litt. (g.) des besagten Artikels die Rechte der Bischöffe hinsichtlich der Seminarien nicht hinlänglich auseinander setzt. Der heilige Vater in Uebereinstimmung mit dem, was er in dieser Beziehung in den Bemerkungen zu dem 4ten Artikel gesagt hat, muss darauf bestehen, dass nach der Vorschrift des tridentinischen Concils und der hergebrachten Disciplin dem Bischoff die vollständige Leitung des Seminars, die Verwaltung der Güter desselben, die Wahl nicht nur allein des Rektors, sondern aller Lehrer und der andern Beamten, als wozu er das Recht hat, überlassen werde.

29) Bei näherer Prüfung des 6ten Artikels der Deklaration hat der heilige Vater bemerkt, dass man in dem Paragraphen Litt. (i.) die Absicht hat, den Bischöffen das ihnen zustehende Recht zu rauben, über die kirchlichen Sachen, und insbesondere über die Ehesachen zu erkennen. Der heilige Vater kann nicht verbergen, dass er hinlängliche sichere Beweise habe, die ihn nicht zweifeln lassen, dass man den Bischöffen das Recht, den grössten Theil der kirchlichen Sachen zu entscheiden nicht zugestehen, sondern sie der Kompetenz der Civil-Gewalt unterwerfen will. Seine Heiligkeit musste sich in dieser Idee durch die Bemerkung bestärken, dass man in dem besagten Punkte der Deklaration nicht nur allein das Wort „Ecclesiasticis" vermieden, und dafür „Spiritualibus" gesetzt hat, welches nach den jetzt herrschenden Begriffen sich lediglich auf Gewissenssachen bezieht, sondern dass sogar auch das Wort „causis" vermieden, und dafür das Wort „Rebus" substituirt worden ist.

Wenn die protestantischen Fürsten und Staaten nicht als Princip anerkennen wollen, dass die Entscheidung der kirchlichen und besonders der Ehesachen den Bischöffen zusteht, so kann der heilige Vater dies nur beklagen, und es missbilligen; aber wenn man so weit geht, zu verlangen, dass selbst das

Oberhaupt der Kirche die Rechte des Episkopats zerstören, das kanonische Recht gänzlich über den Haufen werfen und die Vertheidigung eines dogmatischen Kanons des tridentinischen Concils aufgeben soll, so wird Se. Heiligkeit um keinen Preis sich hierzu verstehen. Da es nun ein Dogma des katholischen Glaubens ist, dass die Ehesachen vor die geistlichen Richter gehören, so kann der heilige Vater weder von der durch das tridentinische Concil in Canon. 12. der 24. Sitzung geheiligten Benennung „Causas matrimoniales“ noch von der andern „Causas Ecclesiasticas“ abgehen, und dafür jene „Res spirituales“ annehmen, welche, wie jeder aufrichtige Mann wird bekennen müssen, dahin geht, die Rechte des Episcopats zu zerstören und wie schon oben gesagt worden ist, das kanonische Recht über den Haufen zu werfen.

30) Eben so kann der heilige Vater nicht als Prinzip annehmen, dass die Civilsachen der Geistlichen vor die weltlichen Richter gehören, wie dies in demselben Paragraphen Litt. (i.) des 6ten Artikels der Deklaration gesagt wird. Das Einzige, was der heilige Vater thun kann, um seine Willfährigkeit so weit auszudehnen, als es seine Pflichten erlauben, besteht darin, dass er den Vorschlag macht: statt des oben angezeigten Paragraphen den zweiten Paragraphen des 20sten Artikels des Konkordats zwischen dem heiligen Stuhle und Sr. Majestät dem König von Sicilien, oder den Paragraphen Litt. (c.) des 12ten Artikels des Konkordats zwischen dem heiligen Stuhle und Sr. Majestät dem Könige von Baiern zu substituiren, in welchen in Betreff der Civilsachen der Geistlichen sich ausgedrückt wird: quas Laici Judices definient.

Der heilige Vater verhehlt sich nicht, dass man zur Unterstützung der Anordnungen des Paragraphen Litt. (i.) des 6ten Artikels der Deklaration vielleicht die Missbräuche anführen wird, welche man in irgend einem katholischen Staate hat einführen wollen; aber Se. Heiligkeit wiederholt auch bei diesem Umstande, dass es vergebens ist, Missbräuche anzuführen, welche der heilige Stuhl nie gebilligt, und gegen welche er immer geeifert hat.

31) In dem 7ten Artikel der Deklaration, wo von der

Wahl der Domherren bei Erledigung der Dompfründen die Rede ist, heisst es, dass sie auf dieselbe Weise gewählt werden sollen, wie die Bischöffe, und dass der Landesherr „Decanum . . . e gremio Capituli . . . designabit."

Nach dem, was bereits oben in Betreff der Bischoffswahl vorgekommen ist, hält es der heilige Vater für überflüssig, dieselben Betrachtungen hier zu wiederholen, welche ihn veranlassen, diese Anordnungen nicht zu genehmigen. Das Einzige, was Se. Heiligkeit thun kann, um so viel als möglich den Wünschen der vereinten protestantischen Fürsten und Staaten des teutschen Bundes zu entsprechen, beschränkt sich auf die Erlaubniss, dass die Domherren, eben so wie bei der Bischoffswahl, den Landesherren die Liste der Subjekte überreichen, aus welcher sie wählen wollen, damit wenn irgend einer darin vorkommen sollte, der ihnen nicht angenehm wäre, das Kapitel ihn bei der Wahl unberücksichtigt lassen könnte. Auch könnte Se. Heiligkeit, wenn dies eher beliebt werden wollte, die Ernennung den Bischöffen mit der Bedingung überlassen, dass Sie würdige und zugleich den Landesherren angenehme Personen wählen sollen.

32) Der heilige Vater sieht ferner nicht ein, warum man dem heiligen Stuhle jenes Recht entziehen will, welches ihm in den Konkordaten von *Nikolaus V.* vorbehalten und von ihm in jenen Kirchen Teutschlands ausgeübt wurde, in welchen spätere Indulte nichts anderes bestimmt haben, nämlich die Ernennung zur ersten Würde, welche bei der neuen Einrichtung, die man den Kapiteln geben will, jener des Dekanats entsprechen würde. Der heilige Vater hat sich diese Ernennung auch bei den Kapiteln der Kirchen des Königreichs Baiern vorbehalten. Se. Heiligkeit hätte demnach das Recht, zu verlangen, dass die Ernennung zum Dekanate dem heiligen Stuhle vorbehalten bliebe. Da aber dieses der Vereinigung ein Hinderniss in den Weg stellen könnte, so ist Se. Heiligkeit bereit, in diesem Falle die Ausübung dieses — dem heiligen Stuhle zustehenden — Rechtes dem Seelenheile der Gläubigen zum Opfer zu bringen, und solches den Bischöffen zu übertragen.

33) In dem dritten Paragraph des angezeigten Artikels wird bestimmt, dass der Bischoff nicht nur allein seinen General-Vikar, sondern auch seinen Weihbischoff aus den Domherren zu wählen habe.

Der General-Vikar des Bischoffs, welcher in dem, was die Iurisdiktion betrifft, als Eine Person mit dem Bischoff selbst, betrachtet wird, muss schon nach der Natur des Amtes, welchem er vorsteht, ein Mann seyn, der das volle Vertrauen des Bischoffs besitzt. Deswegen glaubt der heilige Vater, welcher weder das Gewissen der Bischöffe beunruhigen, noch ihre Freiheit hierin beschränken kann, dass er ihnen nicht vorschreiben müsse, ihren General-Vikar unter den Domherren zu wählen. Nur um so viel wie möglich den Wünschen der vereinten protestantischen Fürsten und Staaten des teutschen Bundes gefällig zu seyn, wird er zugeben können, dass, wenn der Bischoff nicht einen Domherrn zu seinem General-Vikar wählt, er verbunden sey, aus seinen eigenen Mitteln ihn zu besolden.

34) Dagegen kann in Betreff der Ernennung des Weihbischoffs weder dem Bischoff noch den Kapiteln irgend ein Recht zukommen, dass einer aus ihrer Mitte zu dieser Würde erhoben werde. Diese Ernennung hängt hauptsächlich von dem heiligen Stuhle ab, und der Bischoff kann nur den Pabst bitten, dass er geruhe, ihm einen Weihbischoff zu bestimmen, wobei er ihm höchstens das Subjekt anzeigen kann, von dem er wünscht, dass es bestimmt werden möchte; übrigens ist die Tüchtigkeit dieses Subjektes durch den gewöhnlichen kanonischen Prozess zu beweisen, wenn der heilige Vater es annehmen soll! Se. Heiligkeit, welche gar keinen Grund findet, diese Disciplin abzuändern, welche unbestritten nicht nur allein in allen Staaten der katholischen Fürsten, sondern auch in jenen der akatholischen Fürsten ausgeübt wird, hält sich für verpflichtet, darin keine Abänderung vorzunehmen.

35) Aus den Bestimmungen des 7ten Artikels in Betreff der Ertheilung der Pfründen geht hervor, dass man die monatliche Alternative, dessen sich der heilige Stuhl erfreute, aufheben will, und dass die protestantischen

Souverains gern alle jene Pfründen verleihen möchten, von denen sie glauben, dass sie von den alten Bischöffen Teutschlands, nicht als Bischöffe, sondern als Patrone verliehen worden seyen, und welche den grössten Theil von denen ausmachen, welche von den besagten Bischöffen verliehen wurden; ferner geht hervor, dass ausserdem die erwähnten Fürsten auch alle die Pfründen verleihen möchten, hinsichtlich deren das Patronat-Recht den geistlichen Korporationen zustand, welche wirklich supprimirt worden sind.

Der erste dieser 3 Punkte ist zwar dem Konkordate *Nikolaus V.* entgegen. Indessen wird der heilige Vater von dem aufrichtigsten Wunsche beseelt, die kirchlichen Gegenstände in den Gebieten der vereinten protestantischen Fürsten und Staaten des teutschen Bundes wieder in Ordnung zu bringen, auch dieses Opfer bringen, indem er den Bischöffen die Verleihung der Pfründen in den dem heiligen Stuhle vorbehaltenen Monaten zugestehen will, insofern hierdurch die gegenwärtigen Verhandlungen zu einem glücklichen Ausgange geleitet werden können.

36) In Beziehung auf die übrigen angezeigten Bestimmungen hat der heilige Vater bemerkt, dass es nicht schwer seyn würde, zu beweisen, dass dieses vorgebliche Patronat-Recht der alten Bischöffe Teutschlands auf den grössten Theil der Pfründen ihrer Diöcesen nicht stichhaltig sey, besonders in Betracht der Handlungsweise der Bischöffe selbst, von denen viele die Alternative der Monate, welche ihnen in dem Konkordate von *Nikolaus V.* angeboten wurde, annahmen, einige aber das Indult zur Verleihung der Pfründen auch in den päbstlichen Monaten nachsuchten und erhielten, welches die Bischöffe gewiss nicht gethan haben würden, wenn sie in sich selbst ein Patronat-Recht zur Verleihung dieser Pfründen anerkannt hätten. Aber indem wir diese Untersuchung, welche ausserordentlich weitläufig seyn könnte, bei Seite setzen, und indem wir ferner auch die Bemerkung über die Unrichtigkeit der Ausdrücke: „conferet Beneficia“ unterdrücken, welche nicht einmal bei katholischen Laien gebraucht werden könnten, geschweige denn bei protestantischen Laien; so erklärt der heilige Va-

ter, dass er, da er die Succession in das Patronat-Recht der alten Bischöffe, und in jenes der wirklich aufgehobenen geistlichen Korporationen den nicht-katholischen Fürsten nicht zugestehen kann, sich in der Nothwendigkeit befindet, weder die eine noch die andere der angeführten Bestimmungen in dem 7. Artikel der Deklaration genehmigen zu können, und er kann von seiner Seite nichts anders thun, als den Bischöffen die Verleihung dieser Pfründen unter der Bedingung zu überlassen, sie nur solchen Personen zu verleihen, welche, ausserdem dass sie deren würdig, auch noch den respectiven Regierungen angenehm sind.

37) In Beziehung auf die Kapitel muss dem heiligen Vater die kärgliche Anzahl der Domherren, aus welchen sie bestehen sollen, missfallen. So wie aus dem 8. Artikel hervorgeht, soll kein Kapitel mehr haben, als 6 Domherren, und eines, nämlich das Kapitel von Fulda, hätte deren nur vier. Dem heiligen Vater scheint, dass eine so knappe Anzahl demjenigen nicht entspreche, was in dem 3. Artikel der Deklaration gesagt wird, nämlich dass „quodlibet Capitulum e sufficienti numero Canonicorum erit constitutum," weil die Anzahl von 4 oder 6 Domherren in den Domkirchen für die Würde des göttlichen Dienstes und für die Besorgung der andern Funktionen nicht zureichend genannt werden kann.

38) Der heilige Vater kann ferner nicht verbergen, dass ihm die Anweisung der Einkünfte, welche den Bischöffen besonders aber denen zu Fuld und zu Limburg zugedacht ist, zu erbärmlich vorkommt. Wenn man auch die Reichthümer vergessen könnte, welche Teutschlands Bischöffe vor den letzten traurigen Ereignissen besassen, so sollte man doch immer bedenken, dass den Bischöffen die Mittel verschafft werden müssen, um standesmässig ihre Würde zu behaupten, und den Dürftigen Unterstützung reichen zu können.

Dieser gerechten Betrachtungen ungeachtet, erklärt der heilige Vater, dass, wenn die Fürsten und Staaten des teutschen Bundes nicht im Stande seyn sollten, die Dotation der Bisthümer zu erhöhen, um die Zahl der Domherren und die Einkünfte der Bischöffe zu vermehren, dieses kein Hinderniss

seyn soll, die neuen Bisthümer zu errichten, welches der heilige Vater ohne weitern Aufhalt zu thun sehnlich wünscht.

39) Endlich wird, ehe zur Prüfung des 9. Artikels der Deklaration geschritten wird, die Bemerkung nicht zur Unzeit seyn, dass, indem von den Diöcesen die Rede ist, welche in dem Grossherzogthum Baden und in dem Kurfürstenthum Hessen errichtet werden sollen, man dabei vergessen hat, die Präbende auf den Fall zu bestimmen, wenn der Dechant nicht Generalvikar seyn sollte, und dass man unterlassen hat, bei den Gliedern des Kapitels des Dechants zu erwähnen.

40) Die Bestimmung eines Erzbisthums, um der neuen kirchlichen Provinz vorzustehen, welche in dem Gebiet der vereinten Fürsten und Staaten des teutschen Bundes errichtet werden soll, und wovon in dem 9. und letzten Artikel der Deklaration die Rede ist, hat vorzüglich die Aufmerksamkeit des heiligen Vaters auf sich gezogen. Seine Heiligkeit hat in diesem Betreff bemerkt, wie wenig passend es sey, dass bei Gründung einer neuen kirchlichen Provinz der Hauptgegenstand, nämlich der erzbischöffliche Sitz, unbestimmt bleibe, und dass man eine so würdevolle Stiftung, welche ihrer Natur nach bleibend seyn muss, mit einem provisorischen Zustand anfange, welcher entweder vielleicht nicht so bald aufhören, oder doch Veranlassung zu einer Inkonvenienz geben könnte, welcher der heilige Vater sich entgegen setzen müsste, wenn nämlich ein Erzbisthum errichtet würde, welches von einem Sitze zum andern zum grössten Nachtheile des regelmässigen Ganges der kirchlichen Geschäfte der Provinz wandern müsste. Nebst dem scheint es Seiner Heiligkeit, dass das Andenken an die alte kirchliche Pracht in Teutschland, so wie die grössere Bequemlichkeit der Gläubigen es erfordern, unter den 5 Kirchen, welche die neue Provinz bilden sollen, die Ehre des Erzbisthums dem sehr alten und berühmten Sitze in Mainz einzuräumen, welcher nebstdem, dass er den Vortheil hat, mehr in der Mitte der 5 Diöcesen zu liegen, welche die neue kirchliche Provinz bilden sollen, mit so viel Ruhm durch eine Zeit von mehr als tausend Jahren bestanden hat, welcher an das Apostelthum des heiligen Bonifacius und die erzbischöf-

fliche Würde erinnert, die er bis auf unsere Zeiten erhalten hat, und welcher dessen durch Seine Heiligkeit nur mit lebhaftem Schmerze und gezwungen durch die Macht der Umstände, beraubt worden ist.

41) Der heilige Vater hat überdies in Betreff des besagten Artikels der Deklaration bemerkt, dass in demselben, indem die Rede von der Jurisdiktion des Metropoliten ist, gesagt wird, dass er die Jurisdiktion, welche nach den Kirchensatzungen ihm zusteht, ausüben werde, ohne irgend einen Unterschied zwischen den gegenwärtigen und den alten Kirchensatzungen zu machen, und ohne der gegenwärtigen Disciplin Erwähnung zu thun. Der heilige Vater hat daher alle Ursache zu glauben, dass durch die angeführten Worte der Deklaration zu Gunsten des neuen Erzbischöffs die alte Disciplin wieder hervorgerufen werden soll, welche den Metropoliten die Ausübung sehr ausgebreiteter Rechte zugestand, die aber nachher durch die gesetzliche Gewalt und aus sehr erheblichen Gründen beschränkt wurden.

Seine Heiligkeit glaubt daher, in Betracht ebenderselben Gründe, welche in den Bemerkungen zu dem 6ten Artikel der Deklaration in Betreff der Iurisdiktion der Bischöffe auseinandergesetzt sind, dass sie, ohne ihre Pflichten zu verletzen, in die Abänderung der Disciplin nicht eingehen könne, welche allem Anschein nach, hinsichtlich der Ausübung der erzbischöfflichen Jurisdiktion, eingeführt werden will; deswegen macht Seine Heiligkeit, um im Stande zu seyn, die Deklaration zu genehmigen und zu sanktioniren, den Vorschlag, dass nach den Worten: „antequam jurisdictionem Metropolicam," folgende Worte gesetzt werden: „juxta Canones nunc vigentes et „praesentem Ecclesiae disciplinam exerceat."

42) Se. Heiligkeit bemerkte hierauf weiter, dass der Erzbischoff vielmehr dem Oberhaupt der Kirche in der Eigenschaft des gesetzlichen Obern, als den weltlichen und nicht-katholischen Fürsten, versprechen müsste, sein erhabenes Amt zu dem Ende auszuüben, um den Katholiken zu dem ewigen Seelenheil zu verhelfen, und die Rechte der Bischöffe nicht anzutasten; ferner dass das Versprechen, nichts zu unternehmen, was auf irgend eine Weise

den Rechten der Fürsten und der Bischöffe zum Nachtheil gereichen könnte, ein neues Versprechen sey, welches das Gewissen der Erzbischöffe in Verlegenheit bringen müsse, und ihre Würde beleidige.

Ohne von der Neuheit dieses Versprechens zu reden, indem dieses eine sehr bekannte Wahrheit ist, zieht der heilige Vater in Ueberlegung, dass, wenn die Rechte der Fürsten, von denen in dem gegenwärtigen Artikel der Deklaration die Rede ist, nicht auf die weltliche Verfassung beschränkt würden, sondern wenn man die angeblichen Rechte circa Sacra darunter verstehen, und diese nach der Ausdehnung bemessen wollte, welche denselben von den teutschen protestantischen oder auch von katholischen von irriger Lehre angesteckten Rechts-Publicisten gegeben werde, so würden die Erzbischöffe mit ihrem Gewissen oft sehr in Verlegenheit kommen, um das gegebene Wort zu halten, und oft könnten sie sogar durch ihre eigenen Pflichten gezwungen werden, es nicht zu halten.

Der heilige Vater könnte daher ohne den Erzbischöffen Unrecht zu thun nicht einwilligen, dass von ihnen versprochen werde, den Rechten der Bischöffe — ihren Weihbischöffen nicht zu nahe zu treten. Se. Heiligkeit will nie annehmen, dass die Erzbischöffe ihre Gewalt missbrauchen; wenn aber auch ein Erzbischoff sich irgend etwas gegen die gesetzlichen Rechte der Bischöffe erlauben sollte, so würde das Oberhaupt der Kirche, welchem zusteht, über diese zu urtheilen, mit der ihm zustehenden Gewalt dergleichen Eingriffen Zügel anlegen.

Se. Heiligkeit will sich indessen, wenn die vereinten protestantischen Fürsten und Staaten des teutschen Bundes wünschen, dass der Erzbischoff verspreche, ihre gesetzliche Rechte in allem dem, was Bezug auf die bürgerliche Ordnung hat, nicht zu stören, dagegen nicht setzen; zu gleicher Zeit glaubt aber auch Seine Heiligkeit aus den oben aus einander gesetzten Gründen, diese Bestimmung in der Art, wie sie in der Deklaration ausgedrückt ist, nicht genehmigen zu können.

43) Wenn, wie der heilige Vater sich gerne bereden will,

man so weit kommen wird, die Deklaration auf eine Weise zu modificiren, dass sie von Seiner Heiligkeit approbirt werden kann, dann könnte solche — mit der Sanktion Seiner Heiligkeit versehen — von den vereinten protestantischen Fürsten und Staaten des teutschen Bundes publicirt, und von den respektiven landesherrlichen Behörden als ein Staatsgesetz promulgirt werden, ohne dass es nöthig ist, derselben die vorgeschlagene Benennung zu geben, welche zu erneuern sehr viele Gründe abrathen.

44) Endlich muss Se. Heiligkeit bemerken, dass, obschon es scheint, als sollte die Deklaration eine vollständige Einrichtung der kirchlichen Dinge der Katholiken in den Staaten der vereinten protestantischen Fürsten und Staaten des teutschen Bundes darstellen, nichts desto weniger in derselben viele Artikel vermisst werden, welche zu dem Zwecke wesentlich nothwendig sind, den die Deklaration zu haben scheint.

So wurde z. B. unterlassen, von der freien Kommunikation aller Gläubigen mit dem heiligen Stuhle, sowohl in Gewissens- als in andern geistlichen Sachen zu reden. Es wurde unterlassen, auszudrücken, dass dem heiligen Stuhle die Entscheidung der wichtigern, und andern ihm vorbehaltenen Gegenstände zustehe. Es wurde ferner unterlassen, von dem Rechte der Appellationen und andern wichtigen Gegenständen zu reden.

Der heilige Vater indessen, damit dadurch, dass man die oben erwähnten Gegenstände in der Deklaration nicht zur Sprache gebracht hat, dem heiligen Stuhl und der Kirche selbst kein Nachtheil zugehen möge, hält für nothwendig, dass entweder dadurch, dass man der Deklaration einen allgemeinen — zugleich aber bestimmten Artikel beifügt, oder durch eine andere leichter auszuführende Weise erklärt werde, dass alle andern Gegenstände, welche in der Deklaration nicht berücksichtigt sind, nach der bestehenden Kirchendisciplin geregelt werden.

Dieses sind die Gesinnungen des heiligen Vaters über die Deklaration, welche von den vereinten protestantischen Fürsten

und Staaten der Genehmigung und Sanktion Seiner Heiligkeit vorgelegt worden ist. Der heilige Vater, welcher nicht annehmen kann, dass die erwähnten Fürsten und Staaten in der Billigkeit und Mässigung, welche sie auszeichnet, verlangen werden, dass das Oberhaupt der Kirche auf seine Grundsätze verzichte, sich schuldig vor Gott und zum Gegenstand der Aergerniss bei der katholischen Kirche mache, indem er die Pflichten seines apostolischen Amtes verletzt und Bestimmungen sanktionirt, welche er für die Kirche selbst nachtheilig hält, kann deswegen nicht zweifeln, dass sie, von der Billigkeit der Bemerkungen Seiner Heiligkeit überzeugt, dazu sich verstehen werden, in ihrer Deklaration jene geeigneten Abänderungen zu machen, welche unerlässlich sind, um für dieselbe die Genehmigung und die Sanktion des Kirchenoberhauptes zu erhalten. Sollte Se. Heiligkeit gegen alles Erwarten das Missvergnügen haben, zu sehen, dass von den vereinten Fürsten und Staaten des teutschen Bundes die billigen Modifikationen, welche in diesen Blättern aus einander gesetzt sind, zurückgewiesen werden, so macht in diesem Falle der heilige Vater, in seinem lebhaften Wunsche, dem dringendsten Bedürfnisse der Gläubigen, nämlich dem, ihre Seelenhirten zu haben, abzuhelfen, und in beständiger Beziehung auf das, was in Betreff der regelmässigen Einrichtung der kirchlichen Sachen in diesen Staaten bis jetzt gesagt worden ist, den Vorschlag, einstweilen die bezeichnete neue Begrenzung der Diöcesen in Vollzug zu setzen, um hernach in gutem Einverständnisse den Kirchen weiter vorzusehen.

C. Card. *Consalvi.*

Die Richtigkeit der Abschrift:

T. Legations-Sekretair,

König.

8.

Bulla Leonis XII., Pont., d. d. Romae III. Idus April. MDCCCXXVII. *)

Leo Episcopus, servus servorum Dei.

Ad perpetuam rei memoriam.

Ad Dominici Gregis custodiam Pastores praeficere, qui et sacrorum procuratione et ministerio Verbi in semitis illum regant justitiae, ac salutis maxima semper assiduaque contentione, Romani Pontifices adnisi sunt, probe gnari id sibi ex muneris sui Officio a Pastorum Principe inprimis commendari. Hoc proinde consilio pro summo, quo in Ecclesiae bonum flagrabat studio, felicis Recordationis Praedecessor Noster *Pius Septimus* maxime sibi religioni duxit, intentas in eos Orthodoxae fidei cultores sollicitudines convertere, qui Serenissimorum Principum Statuumque Germaniae, Regis nempe Würtembergiae, Magni Ducis Badensis, Electoris Hassiae, Magni Ducis Hassiae, Ducis Nassoviensis, Liberae civitatis Francofurtensis, Magni Ducis Megalopolitani, Ducum Saxoniae, Ducis Oldenburgensis, Principis Waldecensis, ac liberarum Civitatum Hanseaticarum Lubecensis et Bremensis **) Dominationi subsunt; ac proinde diligentissime iis omnibus perpensis, quae magis ex re esse visa sunt, praesides Sacrorum iisdem assignandos curavit. Datis idcirco ad diem [decimam] septimam CalendasSeptembris Anno Millesimo Octingentesimo Vigesimo [Primo] Apostolicis Literis, quarum initium „Provida Solersque,“ Archiepiscopalis Friburgensis Sedes, ejusque suffraganeae quatuor, Rottemburgensis nimirum, Moguntina, Limburgensis ac Fuldensis constitutae sunt, cunctis opportune in id operis sancitis, quae ad Antistitum Censum, ad Canonicorum Collegia, ad Seminaria, ad Paraecias, ad Cathedrales aedes erant praefinienda. Quin imo Deo bene juvante, qui Pater est luminum et Auctor totius consolationis, in eo jam sumus, ut iis sedibus suos quamprimum Pastores praeficiamus.

*) Aus *Droste-Hülshoff*: Grundsätze des gemeinen Kirchenrechts u. s. w. Münster 1828.

**) Ueber Hamburg, Waldeck und Sachsen-Hildburghausen, in Beziehung auf diese kirchlichen Verhältnisse, s. *Weiss*: Grundriss der deutschen Kirchenrechtwissenschaft. Mainz, 1829. Ste. 217., *Klübers* öffentliches Recht, §. 420. d. Not. a.

Verum nonnulla adhuc concilianda desiderabantur, quibus in futura tempora de Antistitum praesertim electione opportuna pro locorum ratione esset consultum, ut integra in id causae perstent Apostolicae Sedis jura, et omnia, quae idcirco erunt ibidem peragenda, communis opinionis testimonio commendentur. Nostras in id curas impense appulimus, id unice in gravissimo hoc et difficili Negotio revolventes Animo, ut ea omnia adimerentur, quibus adhuc praepediuntur maxima Animarum lucra, per memoratae Bullae dispositiones procurata, et optatum exitum tandem nanciscantur, quae in Religionis commodum fuerant constituta. Omni itaque Negotii ratione in examen deducta, iisque susceptis consiliis, quae ex rei natura ejusque adjunctis universis occurrerunt, auditis nonnullis ex venerabilibus Fratribus Nostris sanctae Romanae Ecclesiae Cardinalibus, atque ex certa scientia et matura deliberatione Nostris, deque Apostolicae potestatis plenitudine haec, quae sequuntur, decernimus et mandamus. Primo: Quotiescumque Sedes Archiepiscopalis vel Episcopalis vacaverit, illius Cathedralis Ecclesiae Capitulum intra mensem a die vacationis computandum Summos respectivi Territorii Principes certiores fieri curabit de nominibus Candidatorum ad Clerum Dioecesanum spectantium, quos dignos et idoneos juxta Sacrorum Canonum praescripta judicaverit ad Archiepiscopalem vel Episcopalem Ecclesiam sancte sapienterque regendam; si forte vero aliquis ex Candidatis ipsis summo Territorii Principi minus gratus extiterit, Capitulum e Catalogo eum delebit, reliquo tamen manente sufficienti Candidatorum numero, ex quo novus Antistes eligi valeat; tunc vero Capitulum ad canonicam electionem in Archiepiscopum vel Episcopum unius ex Candidatis, qui supererunt, juxta consuetas canonicas formas procedet, ac documentum electionis in forma authentica intra mensem ad summum Pontificem perferri curabit. Secundo: Confectio Processus informativi super qualitatibus Promovendorum ad Archiepiscopalem vel Episcopales Ecclesias a Romano Pontifice ad formam instructionis piae memoriae *Urbani* P. P. *octavi* jussu editae uni Episcoporum Provinciae vel Ecclesiastico respective Dioecesis viro in Dignitate constituto committetur, quo accepto, si Summus Pontifex compererit Promovendum iis dotibus instructum, quas sacri Cano-

nes in Episcopo requirunt, eum, quantocitius fieri poterit, juxta statutas canonicas formas per Apostolicas Literas confirmabit. Tertio: Si vero aut electio minime fuerit canonice peracta, aut promovendus praedictis dotibus instructus non reperiatur, ex speciali gratia Summus Pontifex indulgebit, ut Capitulum ad novam electionem, ut supra, canonica methodo valeat procedere. Quarto: Capitula, tam Metropolitanum, quam Cathedralia pro prima vice eo, qui sequitur, modo efformabuntur. Postquam Archiepiscopus, vel Episcopus cum respectivo Capitulo alternis vicibus intra sex hebdomades a die vacationis proponent Summo Territorii Principi quatuor Candidatos in sacris ordinibus constitutos iisque praeditos qualitatibus, quas sacri canones in Capitularibus requirunt. Quod si forte aliquis ex ipsis Candidatis Summo Territorii Principi minus sit gratus, id quamprimum Archiepiscopo, vel Episcopo, vel respectivo Capitulo idem Summus Princeps indicari curabit, ut ab Elencho Candidatorum deleatur; tunc vero Archiepiscopus aut Episcopus ad collationem Decanatus, Canonicatus aut Praebendae, vel Vicariae, seu respective Capitulum intra quatuor hebdomades procedet ad nominationem unius ex reliquis Candidatis, cui Archiepiscopus aut Episcopus Canonicam dabit institutionem. Quinto: In Seminario Archiepiscopali, vel Episcopali, is Clericorum numerus ali, atque ad formam Decretorum Sacri Concilii Tridentini institui, ac educari debebit, qui Dioecesis amplitudini et necessitati respondeat, quique ab Episcopo congrue erit definiendus. Sexto: Liberum erit, cum Sancta Sede de Negotiis Ecclesiasticis communicare, atque Archiepiscopus in sua Dioecesi et Provincia Ecclesiastica, uti et Episcopi in propria quisque Dioecesi pleno jure Episcopalem jurisdictionem exercebunt, quae juxta Canones nunc vigentes et praesentem Ecclesiae disciplinam eisdem competit. Haec porro, quae tenore praesentium Apostolicae Sanctionis robore communimus, districte mandamus, ut Antistites ac Capitula memoratarum Sedium in iis, quae ad ipsos spectant, accurate ac diligenter exequantur, et servent. Id vero et ab Serenissimis Principibus certa jucundaque spe praestolamur, ut animo, quo sunt magno et excelso atque ad populorum felicitatem operandam intento, animadvertentes, quonam Nostra toto hoc in Negotio sese protule-

rit indulgentia, benevolos se in dies magis praebeant erga Catholicos subditos, quos certe et fide, et obsequio, et obediendi studio sibi quamque maxime devinctissimos tempore quolibet nanciscentur. Decernentes easdem praesentes Literas nullo unquam tempore de subreptionis et obreptionis aut nullitatis vitio notari, aut impugnari posse, sed semper firmas, validas et efficaces existere, et fore, non obstantibus Apostolicis generalibus, vel specialibus constitutionibus, et ordinationibus, ac nostris ac Cancellariae Apostolicae regulis praesertim de jure quaesito non tollendo ceterisque etiam speciali mentione dignis contrariis quibuscumque. Quibus omnibus et singulis illorum tenores pro expressis et ad verbum insertis habentes illis alias in suo robore permansuris ad praemissorum effectum dumtaxat specialiter et expresse derogamus. Volumus insuper, ut praesentium Literarum transsumtis, etiam impressis manu tamen alicujus Notarii Publici subscriptis et sigillo Personae in Ecclesiastica Dignitate constitutae munitis, eadem prorsus fides ubique adhibeatur, quae ipsis praesentibus adhiberetur, si forent exhibitae, vel ostensae. Nulli ergo omnino hominum liceat, hanc paginam nostrae concessionis, adprobationis, derogationis, statuti, mandati et voluntatis infringere, vel ei ausu temerario contraire; si quis autem hoc attentare praesumserit: indignationem omnipotentis Dei, ac Beatorum Petri et Pauli, Apostolorum ejus, se noverit incursurum.

Datum Romae apud Sanctum Petrum, anno Incarnationis Dominicae Millesimo Octingentesimo Vigesimo Septimo, Tertio Idus Aprilis. Pontificatus Nostri Anno Quarto.

Loco † Plumbi.

Cum per expressa verba harum Litterarum Apostolicarum perantiqua et celeberrima Sedes Episcopalis Constantiae cum suo Capitulo atque Episcopali Dioecesi supprimatur, et pro novo Archiepiscopatu Friburgensi nova Sedes novaque circumscriptio consistens ex partibus extinctorum Episcopatuum Constantiensis, Argentinensis, Spirensis, Wormatiensis, Wirceburgensis et Ratisbonensis ordinetur, ex mandato Nobis commisso ad erectionem Metropolitanae Archiepiscopalis Sedis Friburgi cum suo Capitulo et Archiepiscopali Dioecesi procedimus, atque declaramus hisce: Hanc Sedem in Summo Templo ejusdem Civitatis, hucusque parochiali, Beatae Mariae Virgini in Coelos assumtae

dedicato, cum suo Capitulo Metropolitano esse erectam, et pleno jure in perpetuum existere. Eidem tanquam Metropoli Provinciae Ecclesiasticae superioris Rheni assignamus ceu suffraganeas quatuor Sedes Episcopales iisdem Literis Apostolicis tum restauratas tum neoerectas Rottenburgi pro Regno Würtembergiae, Moguntiae pro Magno Ducatu Hassiae, Fuldae pro Electoratu Hassiae, et Limburgi pro Ducatu Nassoviae, simulac Libera Civitate Francofurtensi; atque idcirco executorio hoc decreto novam constituimus Provinciam Ecclesiasticam, quam supradictorum Statuum finibus circumscriptam declaramus. Pro Dioecesi autem Archiepiscopali eidem dictae Sedi Metropolitanae Friburgi erectae omnes Parochias Catholicorum subditorum, quae limitibus tum Magni Ducatus Badensis, tum Principatuum Hohenzollern-Hechingen, et Hohenzollern-Sigmaringen circumscribuntur, assignamus. Porro eidem dictae Sedi Metropolitanae cum suo Capitulo, Seminario, aliisque ad eandem pertinentibus institutionibus pro perpetua dotatione tradimus, adscribimus et assignamus omnia illa aedificia, fundos, bona et redditus tum in pecunia numerata, tum in naturalibus consistentes, quae in Litteris Apostolicis exprimuntur, atque assignantur, expressis vero verbis in Protocollo Executionis, cujus unum exemplar Archiepiscopo in Archivo Archiepiscopali asservandum, alterum vero Nobis ad Sanctissimam Sedem mittendum tradetur, describuntur, pleno jure possidenda, ita quidem, ut Archiepiscopatus Friburgensis dotatus, fundatus, atque erectus cum omnibus juribus suis in perpetuum habeatur.

Jurisdictio autem Ecclesiastica, quae in Sedibus nunc extinctis Episcopalibus radicata fuerat, atque hucusque ab Episcopalibus Vicariatibus generalibus Constantiae et Bruchsaliae exercebatur, transibit ad novam Sedem Archiepiscopalem Friburgi erectam, et in posterum exercebitur a Reverendissimo Metropolitano Archiepiscopo Domino *Bernardo Boll*, a Sanctissimo Patre Nostro *Leone* P. P. *XII.* confirmato, ab illa die, qua post solemnem consecrationem in Ecclesia Metropolitana inthronisatus fuerit, cui exinde Clerus populusque Catholicus dioecesanus tanquam vero et legitimo suo Pastori successorique Apostolorum canonicam exhibebit obedientiam atque venerationem.

Caetera omnia, quae Nobis in Apostolicis Litteris exequen-

da mandata sunt, reservamus Nobis, per alia decreta provideri. Haec autem omnia tam in praefatis Apostolicis Litteris, quam in praesenti decreto executorio contenta ab iis, ad quos spectat, observari volumus, non obstantibus quibuscunque in contrarium facientibus, caeterisque, quae Sanctitas Sua in dictis praeinsertis Litteris voluit, non obstare.

In quorum fidem praesentes manu Nostra signatas Nostroque Sigillo munitas dedimus ex aedibus Nostris Rottenburgi ad Nicarum, die decima quinta Octobris, anno millesimo octingentesimo vigesimo septimo.

(L. S.) *Joannes Baptista de Keller*,
Episcopus Evariensis.

9.

Königlich Würtembergische Bestätigung der Bullen: Provida solersque und: Ad Dominici Gregis custodiam.

Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Würtemberg. Da die päbstliche Bulle vom 16. August 1821, welche mit den Worten: Provida solersque, und diejenige vom 11. April 1827, welche mit den Worten: Ad Dominici Gregis custodiam beginnt, in so weit solche die Bildung der oberrheinischen Kirchenprovinz, die Begrenzung, Ausstattung und Einrichtung der dazu gehörigen fünf Bisthümer, mit ihren Domkapiteln, so wie die Besetzung der erzbischöflichen und bischöflichen Stühle und der Domstiftischen Praebenden zum Gegenstand haben, von Uns angenommen worden, und Unsere landesherrliche Staatsgenehmigung erhalten, ohne dass jedoch aus denselben auf irgend eine Weise etwas abgeleitet werden könnte, was Unseren Hoheitsrechten schaden oder ihnen Eintrag thun möchte, oder den Landesgesetzen und Regierungsverordnungen, den erzbischöflichen und bischöflichen Rechten, oder den Rechten der evangelischen Konfession und Kirche entgegen wäre; so wird solches hiermit unter dem Vorbehalte, dass wegen der Vollziehung weitere Anordnungen werden getroffen werden, zur Nachachtung bekannt gemacht.

Stuttgart, den 24. October 1827.

Wilhelm.

10.

Grossherzogliche Badensche Bestätigung derselben Bullen.

Ludwig, von Gottes Gnaden, Grossherzog zu Baden, Herzog zu Zähringen, Landgraf zu Nellenburg, Graf zu Salem-Petershausen und Hanau, etc. etc. Wir geben gnädig zu vernehmen: da die Bulle vom 16. August 1821, welche mit den Worten: Provida solersque und diejenige vom 11. April 1827, welche mit den Worten: Ad Dominici Gregis custodiam beginnt, in so weit solche die Bildung der oberrheinischen Kirchenprovinz, die Begrenzung, Ausstattung und Einrichtung der dazu gehörigen fünf Bisthümer mit ihren Domkapiteln, so wie die Besetzung der erzbischöflichen und bischöflichen Stühle und der Domstiftischen Präbenden zum Gegenstand haben, von Uns angenommen worden, und Unsere landesherrliche Staatsgenehmigung erhalten, ohne dass jedoch aus denselben auf irgend eine Weise etwas abgeleitet oder begründet werden kann, was Unsern Hoheitsrechten schaden oder ihnen Eintrag thun könnte, oder den Landesgesetzen und Regierungsverordnungen, den erzbischöflichen und bischöflichen Rechten, oder den Rechten der evangelischen Konfession und Kirche entgegen wäre, so wird solches hiermit unter dem Vorbehalte, dass wegen der Vollziehung weitere Anordnungen werden getroffen werden, zur Nachachtung bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 16. October 1827.

Ludwig.

v. St. Freiherr *von Berstett.*

Auf Befehl seiner königl. Hoheit:

von Kettner.

Von Seiten der herzoglich-nassauischen Regierung ist (gegeben zu Biebrich den 9ten October 1827.) eine ähnliche Bestätigung publicirt worden. S. Verordnungsblatt des Herzogthums Nassau. Neunzehnter Jahrg. 1827. Nro. 16. Ste. 63. Diplomatisches Archiv für die Zeit und Staaten-Geschichte. XVI. Band. Stuttgart, 1828. Ste. 153.

11.

Beschluss über die Errichtung und Begränzung des Bisthums Limburg. *)

Wir *Hubert Corden*, General-Vikar, Landdechant und Pfarrer zu Limburg, *Jakob Brand*, geistlicher Rath, Landdechant und Pfarrer zu Weiskirchen, *Johann Wilhelm Bausch*, geistlicher Rath, Landdechant und Pfarrer zu Hadamar, zum Vollzug der Bulle vom 16. August 1821, welche anfängt mit den Worten: Die umsichtige und eifrige Sorgfalt, [Provida solersque], so weit solche die Errichtung und Begränzung des Bisthums Limburg betrifft, von dem hochwürdigsten Herrn Bischof von Evara, *Johann, Baptist von Keller*, päbstlichen Vollzieher der ebengedachten Bulle, ermächtigt, der katholischen Geistlichkeit und den sämmtlichen Katholiken des Herzogthums Nassau, der freien Stadt Frankfurt und deren Gebiets, Heil in dem Herrn!

Nachdem Seine Heiligkeit, Pabst *Pius VII.*, seligsten Andenkens, von den heilsamen Absichten Sr. herzoglichen Durchlaucht, des Herzogs zu Nassau und anderer vereinigten Fürsten Deutschlands, nämlich des Königs von Würtemberg, des Grossherzogs von Baden, des Grossherzogs und des Churfürsten von Hessen und der freien Stadt Frankfurt, in deren Staaten die vorhandenen Bisthümer theils neu einzurichten, theils neue Bisthümer zu errichten, in Kenntniss gesetzt worden waren; so erliessen Se. Heiligkeit, *Pius VII.*, die angeführte, bereits besonders bekannt gemachte Bulle, zur Errichtung einer kirchlichen Provinz, bestehend aus dem Erzbisthum zu Freiburg und den Suffragan-Bisthümern zu Limburg, Rottenburg, Mainz und Fulda.

Nach dem Befehle Sr. päbstlichen Heiligkeit, von dem Hochwürdigsten Herrn Bischof von Evara bevollmächtigt, schreiten Wir nunmehr zur Errichtung des bischöflichen Stuhls zu

*) S. das Verordnungsblatt des Herzogthums Nassau. 1827, Nro. 17. Die landesherrliche Bestätigung dieses Vollziehungsdekrets erfolgte in einer aus Wiesbaden am 7. Decmbr. 1827 erlassenen, vom Freiherrn *von Marschall* unterzeichneten Verordnung, durch welche zugleich das erzbischöfliche Generalvikariat zu Limburg am 11. Decmbr. d. J. aufgelöst und die bischöfliche Verwaltung eingesetzt ward.

Limburg mit seinem Kathedral-Kapitel und zur Begränzung der bischöflichen Diözese, und erklären hiermit:

Jede geistliche Gerichtsbarkeit auswärtiger Erz- und Bischöfe über die Katholiken des Herzogthums Nassau und der freien Stadt Frankfurt ist gänzlich erloschen und aufgehoben, die vormalige Stifts- und Pfarrkirche zum heiligen Märtyrer Georg ist zu einer Kathedralkirche erhoben, in welcher der Sitz des Bischofs zu Limburg mit dem Kapitel errichtet ist, und mit vollem Rechte für immer fortbestehen soll.

An diesen hiermit förmlich errichteten bischöflichen Sitz weisen Wir alle katholischen Pfarreien und Katholiken, welche innerhalb der Grenzen des Gebiets des Herzogthums Nassau und der freien Stadt Frankfurt bestehen und sich befinden. Diese Diözese ist daher gebildet aus folgenden Pfarreien: nämlich aus acht und funfzig Pfarreien zur ehemaligen erzbischöflichen regensburgischen Diözes gehörig: Asmannshausen, Bleidenstadt, Daisbach, Eibingen, Eltville, Erbach, Frauenstein, Geisenheim, Hallgarten, Hattenheim, Johannisberg, Kiderich, Lorch, Lorchhausen, Mittelheim, Neudorf, Niedergladbach, Niederwalluf, Oberwalluf, Oestrich, Presberg, Ransel, Rauenthal, Rüdesheim, Stephanshausen, Winkel, Eddersheim, Flörsheim, Hattersheim, Hochheim, Höchst, Hofheim, Kriftel, Marxheim, Münster, Schwanheim, Sindlingen, Sossenheim, Weilbach, Wickert, Bommersheim, Kransberg, Kronberg, Dornassenheim, Fischbach, Harheim, Heddernheim, Königstein, Neuenhain, Oberhöchstadt, Oberjosbach, Oberursel, Pfaffenwiesbach, Reifenberg, Schlossborn, Schwalbach, Weiskirchen, und Frankfurt zum heiligen Bartholomäus.

Ferner besteht sie aus ein und funfzig Pfarreien, welche zur ehemaligen Erzdiözese Trier gehörten, als: Arnstein, Kamp, Filsen, Kestert, Schönau, Wellmich, Osterspai, Balduinstein, Berod, Kamberg, Dietkirchen, Eisenbach, Elz, Grossholbach, Hahn, Haintchen, Hasselbach, Hundsangen, Limburg, Lindenholzhausen, Meudt, Möllingen und Schönberg, Nentershausen, Niederbrechen, Niedererbach, Niederselters, Oberbrechen, Salz, Villmar, Weidenbahn, Werschau, Wirges, Arzbach, Breitenau, Hartenfels, Heiligenroth, Helferskirchen, Herschbach Hillscheid, Höhr, Kirchähr, Marienrachdorf, Montabaur mit

Holler, Nauort, Niederlahnstein, Nievern, Oberelbert, Oberlahnstein, Ransbach, Spies, Winden.

Endlich aus fünf und zwanzig Pfarreien jener Provinzen, in welchen die bischöfliche Gerichtsbarkeit in Folge des westphälischen Friedens suspendirt war, als: Kaub, Dillenburg, Elsoff, Frickhofen, Hachenburg, Hadamar, Höhn-Schönberg, Idstein, Lahr, Laufenselten, Marienstadt, Mengerskirchen, Nastätten, Niederhadamar, Niederzeuzheim, Obertiefenbach, Oberweyer, Offheim, Rennerod, Langenschwalbach, Rotzenhahn, Seck und Irmtraut, Wehrheim, Weilburg, Wiesbaden.

Was nun die Ausstattung dieses bischöflichen Stuhls zu Limburg, seines Kathedralkapitels, des Seminariums und sonstiger dazu gehöriger Einrichtungen betrifft, welche sich, ausser den Gebäuden und Häusern, auf ein jährliches Einkommen von 21,606 Gulden 45 kr. beläuft, so bilden die Gebäude, Häuser, Gärten, Güter, Höfe, Zehnten, Zinsen und sonstige Renten, wie solche durch die auf besonderen Befehl Seiner herzoglichen Durchlaucht zu Nassau ausgefertigte Dotations-Urkunde näher bestimmt und beschrieben sind, die bleibende Ausstattung des Bisthums Limburg für ewige Zeiten.

Aus den Einkünften dieser Dotation sind, neben der einem jeden zugetheilten freien Wohnung, zu jährlichen Einnahmen angewiesen: 1) dem hochwürdigsten Herrn Bischof der Betrag von 6000 fl.; 2) dem Domherrn und Dechant der Betrag von 2,400 fl.; 3) dem Domherrn und Stadtpfarrer zu Limburg 1,800 fl.; 4) dem Domherrn, zugleich Pfarrer zu Dietkirchen 1,800 fl.; 5) dem Domherrn und zugleich Stadtpfarrer zu Eltville, auch bischöflichen Kommissarius daselbst 2,300 fl.; 6) der Domherr und Stadtpfarrer zu Frankfurt, auch bischöflicher Kommissarius daselbst, bezieht seine Einkünfte in Frankfurt; 7) der sechste Domherr bezieht den Betrag von 1,800 fl.; der erste Domkaplan 800 fl.; der zweite Domkaplan 800 fl.

Die noch übrigen Einkünfte der Ausstattung sind für das Seminarium, die bischöfliche Kanzlei, die geistliche Verwaltung und jene der Güter bestimmt, und sollen für immer lediglich dazu verwendet werden.

Nachdem auf diese Weise das neue Bisthum Limburg mit seinem Kathedral-Kapitel, zugleich mit der Begränzung seiner

Diözese errichtet ist, und von Uns als errichtet und für alle Zukunft mit vollem Rechte bestehend, erklärt ist; so geht die seither von dem erzbischöflichen Vikariat zu Limburg ausgeübte Gerichtsbarkeit auf den neuen bischöflichen Stuhl zu Limburg mit seinem Kathedral-Kapitel über, und erlischt mit der kanonischen Besitznahme des neuen Bischofs und der Installation seines Kapitels.

Da nun der hochwürdigste Bischof, Herr *Jakob Brand*, von Seiner päbstlichen Heiligkeit, *Leo XII.*, bestätigt und auch feierlich zum Bischof eingeweiht ist; so ermahnen Wir die katholische Geistlichkeit und die Gläubigen der ganzen Limburger Diözese, denselben als ihren rechtmässigen Bischof, Seelenhirten und Nachfolger der Apostel anzuerkennen, und ihm die gebührende Verehrung und Folgsamkeit zu erzeigen.

Zur Beglaubigung Alles dieses haben Wir diesen gegenwärtigen Beschluss mit Unserer eigenen Hand unterzeichnet und mit Unserem Siegel bekräftigt.

Limburg an der Lahn, den 23. Novbr. 1827.

(L. S.) *Corden.* (L. S.) *Jakob Brand.*

(L. S.) *W. Bausch.*

C.

Das Niederländische Konkordat.

Einleitung.

Von welchen Gesinnungen der belgische Klerus in seiner Mehrzahl vom 16. Jahrhunderte an in seinen Verhältnissen zur weltlichen Macht beseelt gewesen, zeigt eine grosse Reihe von schlagenden Beispielen. Er verhinderte im Fortgange jener glorreichen Revolution, die der schweigende *Wilhelm* begonnen, theils aus Mangel an intellektueller Bildung, theils aus vorherrschendem Fanatismus, theils aus allzu materiellen und egoistischen Kasten-Rücksichten, die Unabhängigkeit der Gesammtnation der Niederlande, und brachte zwischen Nord und Süd eine so scharfe Spaltung hervor, wie sie vorher niemals vorhanden gewesen; sie ging von da an in das innerste Leben der Provinzen über, und fortan hassten sich tödtlich Holländer, Flamänder und Wallonen.

Der belgische Klerus hatte zur Zeit der Reformation und nach derselben, ganz besonders aber zu Ende des 18. Jahrhunderts, Ansprüche, der Staatsregierung gegenüber, gemacht, welche die bitterste Satyre auf die geringe Aufklärung, verglichen mit dem Klerus der übrigen Nationen, selbst in Spanien und Portugal, bildeten und seinen aufrührerischen Sinn zur Genüge offenbarten; Ansprüche, welche überdies durch urkundliche Beweise, aus der burgundischen sowohl als österreichischen Zeit, gehörig beleuchtet werden können, wie der Verfasser der „Ob-

servations sur les Libertés de l'Eglise Belgique" es auch gründlich gethan hat.

Derselbe Klerus reizte wider den helldenkendsten und freisinnigsten Monarchen des Jahrhunderts Hochadel und Masse in die Waffen, und trug einer gleich blutigen als unsinnigen und lächerlichen Revolution das Bannier voran. Er erhob überall die Mittelmässigkeit, sobald sie nur das Rauchfass verehrte, und kündigte dem Talente einen Vertilgungskrieg an. Der Arm der fränkischen Umwälzung, mit deren wildesten Jakobinern er, im Hass des Herzens wider milde Herrscher, liebäugelte, und deren Beistand er zu erbetteln sich anschickte, zerschlug auch ihn, und Napoleons eisernes Scepter hielt nachmals die Assassinen Belgiens nieder. Die organischen Artikel zum ersten Konkordate, in Belgien bis zur Restauration verbindendes Gesetz, waren Zügel, in welche er knirschend biss.

Kaum war der grosse Held des Zeitalters gefallen, als die Mehrzahl der belgischen Priester, bereits in genauem Einverständnisse und Verbande mit dem über Frankreich sich verzweigenden Jesuitismus, und mit den ersten Elementen der nachmaligen Kongregation, mächtig sich aus bisheriger Dunkelheit erhob, und, während alle Freunde der gesetzlichen Ordnung und vernünftigen Freiheit dem neuen Zustande der Dinge und der Dynastie Oranien zujauchzten, oder doch mit ruhigem Gemüthe sich schmiegten, friedenmörderisches Geschrei erhob. Man wartete nicht einmal völlig die Entscheidung des Wiener Kongresses ab, sondern der Bischoff von Gent und seine Agenten übergaben der Versammlung jener höchsten und hohen Häupter eine Denkschrift (im Oktober 1814), welche an Unverschämtheit (etwa die Schriften von *La Mennais* und *Haller* ausgenommen) alles übertrifft, was in dieser Art zu unsern Tagen von Seite des Ultramontanismus gewagt worden ist. Ja, noch mehr; der Bischoff von Gent, von Geburt ohnehin Ausländer, und daher zu doppelter Rücksicht verpflichtet, reizte förmlich zum Ungehorsam wider die gemeinsam zwischen König und Volk beschworne Staatsverfassung auf und bestärkte alle fanatischen Priester im Lande durch das selbst gegebene Beispiel, wodurch er den Schwur auf das „Grondwet" verweigerte, in ihrem gesetzwidrigen Treiben. Es erschien zugleich das berüch-

tigte Jugement doctrinal *), als würdiges Gegenstück zum Mémoire au Congrès de Vienne; Gesellschaften mit anti-monarchi-

*) Vgl. über das Mémoire vom 8. Octbr. 1814 und dieses Jugement doctrinal, welche beide Aktenstücke wir beifügen, die Aletheia. Haag, bei Gebrüder *Hartmann*. 1830. 1tes und 2tes Heft.

Mémoire, adressé le 8 *Octobre* 1814, *aux Hautes Puissances, assemblées dans le Congrès de Vienne.*

Depuis l'établissement de la Religion Protestante, en divers pays de l'Europe, on ne connoit aucun peuple, qui, devant être gouverné par un Prince d'une Religion différente de la sienne, n'ait pris auparavant toutes les précautions possibles pour mettre l'exercice libre de son culte, tous les droits et privilèges qui y étoient attachés, hors de toute atteinte de la part du Souverain. Tous ont compris, combien il étoit facile à un Prince même le mieux intentionné d'introduire peu à peu dans ses nouveaux Etats la Religion qu'il professe, et qu'il est censé préférer à toute autre; et combien la plupart de ceux qui aspirent à sa faveur et aux places distinguées, sont d'ordinaire disposés à sacrifier les vrais intérêts de la Religion de leur pays, à leur insatiable ambition. Il est remarquable que les Protestans ont en quelques endroits poussé à cet égard leurs précautions jusqu'au plus haut dégré. Nous en avons des preuves multipliées dans l'Histoire d'Allemagne. L'Electeur de Saxe, *Frédéric Auguste*, ne put monter sur le Trône de la Pologne qu'après avoir abjuré le Luthéranisme. Les Etats de la Saxe Electorale redoutant pour leur pays les résultats de ce changement de Religion, l'obligèrent à signer le 25 juillet 1697 un acte d'assurance, où il déclara authentiquement „que ce changement n'étoit „que pour sa personne, et n'auroit aucune influence préjudi- „ciable quant à la Religion, les droits et libertés de ses sujets, des „Eglises, des universités, etc.“ Les successeurs du Roi de Pologne, simples Electeurs de Saxe, mais catholiques, n'ont pu se dispenser de renouveller cet engagement solennel lors de leur Inauguration, il est notoire que depuis cette époque les Luthériens ont seuls droit aux places des différentes administrations civiles et religieuses. L'Exercice de la Religion Catholique n'y est pas public; il n'y a pas même de cloche dans la chapelle Electorale. Le Duc *Charles-Alexandre* de Wurtemberg ayant faite en 1712 abjuration du Luthéranisme, s'engagea par un acte solennel, lorsqu'il prit les rênes du gouvernement en 1733, à laisser la Religion Luthérienne dominante dans ses Etats, et à garantir à ses sujets la libre jouissance de tous les droits et prérogatives qui y étoient attachés. Mais ce qui se passa dans le Landgraviat de Hesse-Cassel en pareille occasion est encore plus digne d'attention.

Frédéric II., Landgrave de Hesse, avoit, du vivant de son père *Guillaume VIII.*, embrassé la Religion Catholique en 1749, et il y persistoit

scher und intoleranter, revolutionnairer Tendenz bildeten sich unter Leitung jenes Mannes, des Herrn *Barrett* und Consorten,

lorsqu'il succéda aux droits de son père en 1754. Il n'est pas de moyen que les Etats alarmés n'aient pris pour mettre leur Religion et leurs privilèges à l'abri de l'influence du Prince Catholique. D'abord on l'obligea à signer le 1er Octobre 1754, un acte d'assurance, Religions Assecurationsact. Ce premier acte ne parut pas suffire pour rassurer les esprits. Le Prince en souscrivit un autre le 28 du même mois, qui étoit beaucoup plus ample. Il s'y engageoit par serment à ne rien innover dans l'état actuel de la Religion, „wegen des Religionsstatuts," ni dans l'exercice de la dite Religion, ni en tout ce qui en dépend, comme les Eglises, les universités, les écoles, les hopitaux même et les fondations, soit qu'on les considère en elles mêmes, soit qu'on les regarde sous les rapports qu'elles ont avec la constitution de la Religion Evangelique, „mit dem evangelischen Wesen überhaupt." Le Prince s'engagea en outre à employer les revenus des dits établissements, à l'usage auquel ils étoient primitivement destinés, et à en exclure tous les Catholiques. Quant à l'exercice de la jurisdiction Ecclésiastique, il y renonça formellement et la laissa aux consistoires. Il jura aussi de maintenir les universités de Marburg et de Rinteln, les collèges et les écoles, telles qu'elles existoient d'après leurs statuts et constitutions, d'en conserver tous les revenus, et de n'y laisser admettre pour professeurs dans quelque faculté que ce soit, que des Luthériens ou Réformés. Il promit enfin de la manière la plus solennelle, de ne jamais rien innover dans l'état de la Religion Evangélique ni directement ni indirectement, sous quelque prétexte que ce fut, et de ne souffrir dans ses Etats aucun exercice de la Religion Catholique, si ce n'est dans sa chapelle privée qu'il feroit bâtir et entretenir à ses frais.

Pour rassurer encore davantage ses sujets protestants, le Landgrave envoya le 6 décembre des reversales au corps Evangélique près la diète de l'Empire. Tout y fut enregistré et ce corps y prit un conclusum analogue le 23 du même mois. Le Prince signa encore un acte ultérieur d'assurance et les Etats du pays, c'est à dire les prélats, les nobles et le tiers état, Prälaten, Ritter und Landschaft, assemblés dans la ville de Cassel, y firent un recès conforme le 11 janvier 1755: cet acte avec toutes les pièces relatives à cet affaire a été inprimé en 1765, dans un volume in 4°. intitulé: Unpartheyische Geschichte der im Jahr 1754 bekannt gewordenen Religions-Veränderung des Herrn Landgrafen von Hessen-Cassel. Enfin cette mémorable transaction, qui eut lieu il n'y a pas encore 60 ans, fut ensuite garantie par la Prusse, l'Angleterre, la Suède, le Da-

und alte Jakobiner, wie *van Meenen*, berüchtigt als Verfasser des Observateur Belge, u. A., solchen Zwiespalt für politische

nemark et la république de Hollande, ainsi que par le corpus Evangelicorum en Allemagne.

Voilà ce qu'ont fait les Protestans pour se garantir le libre exercice de leur Religion, pour s'assurer la jouissance de tous les droits, de toutes les prérogatives qui y étoient attachés; et leurs princes Catholiques, quoique Souverains naturels du Pays par le droit de la naissance, ont cru qu'il n'étoit pas prudent de leur refuser ce qu'ils exigeoient d'eux. Les habitans de la Belgique pourroient-ils être moins empressés à obtenir par une transaction publique les mêmes avantages, en faveur de leur Sainte Religion, d'un Prince Protestant appelé à les gouverner, non par les droits de la naissance, mais par suite d'une convention à laquelle ils sont absolument étrangers. Des peuples aussi fermement attachés à la Religion Catholique que le sont ceux de la Belgique, ne peuvent pas être moins zélés et courageux pour en défendre les intérêts sacrés, que ne l'ont été jusqu' ici les Protestans, et leurs efforts pour la conserver plus louables et plus dignes d'attention aux yeux des puissances Catholiques, qu'ils ont pour objet le maintien de la seule vraie Religion. N'est-ce donc pas leur devoir de solliciter auprès des Hautes Puissances réunies dans le Congrès, l'autorisation de se réunir en Etats, suivant la forme qui sera jugée la plus convenable, et, autant que possible, analogue à l'ancienne constitution des peuples Belges, enfin de traiter ensemble de leurs plus chers intérêts et de conclure avec le Prince, qui doit régner sur eux, un pacte solennel qui ait pour principal objet le maintien inviolable de la Religion Catholique, Apostolique et Romaine, et ensemble de tous les droits et privilèges dont elle a constamment joui dans ce pays avant l'invasion des Français.

Les Belges sont d'autant plus fondés à solliciter des Hautes Puissances cet acte de justice que:

I. La Religion Luthérienne et la Réformée ne sont, à proprement parler, que tolérées en Allemagne par les constitutions de l'Empire, ainsi que la Religion Catholique, attendu qu'il répugne au bon sens d'approuver des Religions qui se contredisent les unes les autres. Aucune d'elles n'est donc approuvée, dans la force du terme, par les constitutions Germaniques. Mais dans la Belgique, la Religion Catholique a été constamment et authentiquement approuvée de tout tems. Si donc les peuples d'Allemagne n'exerçant qu'une Religion tolérée ont été admis à la protéger contre l'influence d'un Prince Catholique, et à la protéger par les actes les plus coërcitifs; si la plupart des Hautes Puissances ont

Zwecke benutzend, schienen zum Theil das Unwesen in Zeitschriften, wie der Observateur Belge und seines Gleichen, zu

reconnu en eux et protégé ce droit; pourquoi les Belges ne seroient ils pas admis à invoquer le même droit de garantie en faveur d'une Religion, qui n'a jamais cessé d'être la leur, depuis leur conversion au Christianisme, et dont l'exercice exclusif leur a été constamment assuré par les traités les plus solennels? On sait en effet que durant les troubles qu'occasionna au seizième siècle l'établissement de la Religion réformée dans les Pays-Bas, des commissaires nommés par le Roi d'Espagne à l'effet de conclure un accommodement dans le Congrès de Breda 1575, demandèrent comme une des premières bases, le maintien de la Religion Catholique dans tous les Etats de Sa Majesté, sans qu'on put en empêcher l'exercice, ni la troubler en aucune manière; qu'ils déclarèrent le premier avril suivant, qu'en matière de Religion il étoit impossible d'admettre aucun changement, attendu que le Roi, dans l'acte de son Inauguration, s'étoit engagé par serment à maintenir cette Religion de tout son pouvoir; que ces négociations ayant été interrompues, et les Etats généraux s'étant assemblés à Bruxelles en 1577, ils s'engagèrent, non obstant leurs griefs contre l'Espagne, à conserver inviolablement la Religion Catholique ainsi que les droits, privilèges et usages du pays. Enfin l'Espagne fut forcée de conclure en 1609 une trève qui mit fin à la guerre, et dans un des articles secrets du traité signé le 9 avril, il est stipulé que dans les terres du Brabant qui passeroient sous la domination des Etats de Hollande aucun changement ne seroit fait au sujet de la Religion. — (Negotiations de Jeannin. Tom. 4. Pag. 77.)

Le gouvernement Espagnol, ainsi que remarquent les Historiens du temps, profita de l'attachement inviolable des dix Provinces Méridionales à la Religion de leur pères pour les faire rentrer sous son obéissance, et il fut statué dans le célèbre traité de paix conclu à Utrecht en 1713, „que la Religion Catholique Romaine sera maintenue dans les Pays-Bas Autrichiens sur le même pied où elle étoit avant la guerre." (art. 23.) Les mêmes dispositions se trouvent dans le traité de la Barrière en 1715, même en faveur des Catholiques de la Gueldre et de la Flandre dans les contrées cédées à la Hollande. On y lit en effet art. 17. „Il est convenu que la Religion Catholique Romaine sera „conservée dans les lieux cedés sur le pied où elle étoit du tems du „Roi *Charles II.*, et qu'on conservera tous les privilèges des habitans;" et art. 18. il est statué: „que les Etats généraux maintiendront les „communes de ce district, soit civiles, soit ecclésiastiques, de même „que le droit diocésain de l'Evêque de Ruremonde, les cérémonies, ou „l'exercice public de la Religion Catholique sur le pied où elle étoit du „temps du Roi *Charles II.*, sans pouvoir donner les charges de magi-

begünstigen, so wenig sonst diese Leute dem Priesterthume hold waren. Der Adel und der Pöbel wurde auf alle Weise für

„strature et autres de police qu'à des personnes qui soient de la même „Religion que le droit de collation des Bénéfices appartenant au „Souverain, appartiendra désormais à l'Evêque de Ruremonde qui „ne pourra les donner qu'à des personnes qui ne soient pas désa„gréables aux Etats généraux." Ces avantages assurés aux Catholiques de ces pays par le traité de la Barrière furent encore étendus par celui conclu à la Haye en decembre 1718, (Neny, Mémoires des Pays-Bas. Tom. I.) enfin les Empereurs de la Maison d'Autriche, conformément à l'ancien pacte synallagmatique, s'engageoient par serment, lors de leurs Inaugurations dans ces provinces, à maintenir de tout leur pouvoir la Religion Catholique. Pourquoi ces promesses, ces sermens, ces pactes stipulés avec tant de précautions par nos pères pour le maintien de la Religion du pays, ne seroient-ils plus exigés aujourd'hui? Les véritables intérêts des peuples auroient-ils changé à cet égard? Ils ont pu changer ailleurs: ils sont toujours les mêmes à cet égard dans la Belgique. Un Prince Catholique étoit obligé de garantir solennellement à un peuple Catholique le libre et entier exercice de sa Religion avec tous les droits et prérogatives y attachés: à plus forte raison convient-il donc qu'un Souverain Protestant y soit tenu.

II. Tel est d'ailleurs le véritable intérêt de Son A. R. le Prince d'Orange; car, on ne peut le dissimuler, une assez longue expérience a prouvé combien les Belges sont attachés à leur Religion et en même-tems très chatouilleux sur cet article. L'on peut dire hardiment que de tous les peuples de l'Europe, parmi lesquels une secte impie s'est efforcée depuis plus d'un demi siècle de propager le poison du philosophisme, il n'en est pas qui l'ait repoussé avec plus de constance et d'horreur: aussi d'Alembert et autres coryphées de la secte les ont-ils plus d'une fois honorés de leurs imprécations. Dès le regne de *Marie-Thérèse* ils eurent à se plaindre plusieurs fois de l'influence de la philosophie moderne sur les mesures de l'administration. On sait que *Joseph II*, n'ayant plus gardé de ménagement, employa inutilement les voies d'autorité, pour obliger les Belges à adopter ses nouveaux plans inconciliables avec l'indépendance de la jurisdiction Ecclésiastique, et qu'après une assez longue lutte, ils en vinrent enfin jusqu'à secouer ouvertement le joug. Un Prince plus puissant et plus rédoutable ne réussit pas mieux à subjuguer leurs esprits. La terreur de son nom et la multitude de ses troupes aguerries maintinrent les Belges dans la plus dure oppression; mais il ne parvint jamais à leur faire recevoir les institutions impériales, celle de l'université, le ca-

diese Ideen bearbeitet. Ersterer hatte ohnehin jederzeit mit dem Klerus gemeinschaftliche Sache gemacht; das Volk, mit

techisme de l'Empire et même les quatre articles du Clergé de France, qui quoique adoptés ailleurs, furent constamment proscrits dans la Belgique. Il est donc évident que les habitans de ces Provinces soumis à un Prince réformé sans aucune garantie solennelle et en termes précis de l'exercice de leur Religion et des droits, qui en résultent, se regarderont toujours comme livrés pieds et poings liés sur le fait de la Religion à un Souverain Protestant et seront continuellement en alarmes sur cet objet; que la moindre apparence d'une invasion du spirituel, ou de ce qui semble y toucher, excitera des plaintes, des murmures, et aliénera infailliblement les coeurs; et il est moralement impossible que cela n'arrive pas, tant que le Prince lui même ne saura pas, jusqu'où il peut aller en cette matière; tant qu'un pacte convenu entre le Souverain et ses sujets ne fixera pas les droits et prérogatives de ces derniers au sujet de la Religion, ainsi qu'il fut *réglé* dans le Landgraviat de Hesse-Cassel 1755. On ne peut nier que S. A. R. le Prince d'Orange, ne réunisse en sa personne toutes les qualités propres à lui concilier les coeurs de ses nouveaux sujets. Son extrême affabilité a charmé déjà tous les Belges, et tout annonce en ce Prince une grande bonté de coeur: heureux présages d'une administration toute paternelle. Mais les qualités les plus distinguées et les plus aimables dans un Souverain ne sauroient être pour le peuple qu'il doit gouverner une garantie suffisante de la conservation de ses droits en matière de Religion. Il n'est pas impossible que ses Successeurs ne soient pas aussi favorablement disposés que lui. D'ailleurs les principaux dépositaires de son autorité, les Conseillers, les Ministres qu'il honorera de sa confiance, ne peuvent-ils pas exercer sur l'esprit du Prince une influence très-pernicieuse aux vrais intérêts de la Religion du pays, tant que cette influence ne sera pas circonscrite sous ce rapport, dans de certaines bornes fixées rigoureusement par les articles précis d'un pacte inaugural. Quoique la plénitude de l'exercice de la Religion Catholique et la jouissance de tous les droits qui en résultent, aient été garanties de siècle en siècle à ces Provinces par tant de traités, de pactes Inauguraux, de capitulations et de constitutions, un Souverain Catholique lui même, mais aveuglé par le philosophisme, a bien trouvé le moyen de la violer: ce qui a occasionné un incendie général dans cette partie de ses Etats. La même cause peut encore aujourd'hui produire les mêmes effets, parceque les habitudes religieuses des Belges n'ont pas changé comme celles de plusieurs autres peuples de l'Europe. Une invasion quelconque des droits, qui tiennent à la Religion ou aux coutumes religieuses de ce pays, pourroit produire d'autant plus de ravages qu'elle auroit lieu de la part d'un Souverain Protestant, semblerait naitre de la différence de sa Religion d'avec

Ausnahme der Lütticher, ohnehin immer in Demuth die Orakelsprüche desselben verehrt. Nur wo der Materialismus der

celle de ses sujets, et qu'enfin on n'y trouveroit aucun remède dans la constitution. Il faut l'avouer franchement, des abus de ce genre sont d'autant plus à craindre aujourd'hui, que, graces à la propagation des principes philosophiques, la plupart des hommes d'état n'attachent plus de nos jours au maintien de la Religion dans leurs pays la même importance qu'on y attachoit autrefois. Combien ne s'en trouvent-ils pas qui ignorent que la Religion publique est la première et la plus importante des lois fondamentales de la société civile, et qui moins occupés à la faire fleurir qu'à aggrandir l'autorité du Souverain, étendent le pouvoir politique sur des actes qui ne doivent être que du ressort du pouvoir Religieux? Au lieu de se borner à protéger la Religion et ses Ministres, à faire exécuter les loix de l'Eglise, à punir les actes extérieures nuisibles à la société religieuse, ils s'immiscent témérairement dans toutes les affaires de la Religion, ne respectent aucun droit et rendent ainsi le Prince odieux au Clergé et à la plupart de ses sujets.

Le véritable intérêt de S. A. R. le Prince d'Orange est donc qu'un pacte inaugural assure aux peuples de la Belgique la conservation de leur Religion dans toute l'étendue que les anciens pactes inauguraux, capitulations, chartes et constitutions la leur ont garantie depuis tant de siècles.

III. C'est aussi l'intérêt de l'Europe; car l'intention des Hautes Puissances alliées, en conférant à S. A. R. le Prince d'Orange la souveraineté de ces Provinces, a été sans doute d'établir par ce moyen un certain équilibre de puissance dans les divers Etats de l'Europe. Il importe donc infiniment au succès du nouveau systême politique, que la Belgique soit aussi tranquille, aussi heureuse qu'elle peut l'être, et que par conséquent on ne laisse point germer dans l'esprit des habitans des semences de défiance, de division et de trouble, dont il seroit un jour extrêmement difficile d'arrêter le funeste développement, si l'on ne pourvoit d'avance à la stabilité inaltérable de l'état de la Religion, tel qu'il existoit autrefois. Les Belges ne sont certainement pas moins attachés aujourd'hui à la Religion Catholique, que ne l'étoient les Anglais à celle de leur pays lors de la révolution de 1688, qui a forcé le Roi *Jacques II* à abandonner son Royaume. La situation de la monarchie Française peut devenir moins orageuse à l'avenir. L'état de la Religion y sera peut-être un jour plus florissant qu'il ne l'est maintenant. Les limites de ce Royaume sont munis d'excellentes forteresses du coté de la Belgique, et celle-ci ne pourra de longtems lui en opposer de semblables. Rendre ses habitans con-

französischen Revolution und der Geist der teutschen Philosophie, hier zu Lande der Josephismus genannt, hingedrungen,

tens et heureux seroit sans doute le plus sûr moyen de défense. Pour cet effet, il entreroit dans le plan d'une saine politique de retablir dans ces Provinces les anciennes constitutions dont une si longe expérience a prouvé les merveilleux effets, et telles qu'elles furent garanties dans le traité de la Haye du dix décembre 1790, par leurs Majestés Brittannique et Prussienne et par les Etats-généraux des Provinces unies. Par une telle concession on attacheroit invariablement les Belges à l'auguste maison d'Orange, et en peu d'années cette nation industrieuse s'éleveroit au plus haut dégré de prospérité. Nous ne pouvons calculer les résultats d'un autre système; mais si l'on ne jugeoit pas à propos de rendre à la Belgique ces antiques et vénérables institutions, il paroît au moins indispensable, comme nous l'avons déjà montré, de lui assurer de la manière la plus authentique et la plus précise l'ancien état de Religion avec les droits et prérogatives qui y étoient attachés.

Il est sans doute de la plus grande importance que cet acte solennel d'assurance soit donné par le Prince souverain dans un pacte inaugural et renouvellé par chacun des Princes de sa maison à son avénement au trône; mais supposé que pour des raisons que nous ne pouvons prévoir, on ne croie pas cette formalité aussi nécessaire, que nous jugeons l'être véritablement pour la tranquillité du pays, nous supplions les Hautes Puissances assemblées dans le congrès de Vienne, de stipuler dans le traité définitif de cession de ces Provinces à S. A. R. le Prince d'Orange les articles suivant de garantie en faveur de notre Sainte Religion.

1°. Tous les articles des anciens pactes inauguraux, constitutions, chartes, etc., que les anciens Souverains ont juré d'observer, seront également maintenus en ce qui concerne le libre exercice, les droits, privilèges, exemptions et prérogatives de la Religion Catholique, Apostolique et Romaine, des Evêques, Prélats, Chapitres, Maisons-Dieu et des autres institutions religieuses, établissemens et fondations quelconques, avec cette exception que le Prince souverain et son auguste famille seront libres de professer leur Religion et d'en exercer le culte dans leurs palais, châteaux et maisons Royales, où le souverain et les Seigneurs de sa Cour auront des chapelles et des Ministres de leur Religion, sans qu'il soit permis d'eriger des temples hors de l'enceinte de ces Palais, sous quelque prétexte que ce soit.

2°. Comme les rapports ne peuvent être les mêmes en matière d'affaires Ecclésiastiques avec un Souverain d'une Religion différente, qu'avec tous les précédens Souverains Catholiques, auxquels ces Pro-

gab es einige Emanzipation von seinem Joche. Das Urtheil, welches den Prinzen *Broglio* als Hochverräther an König und

vinces ont été constamment soumises jusqu'à présent, le décret du gouvernement général de la Belgique du 7 mars 1814, relativement aux affaires Ecclésiastiques approuvé par leurs Excellences les Commissaires-généraux des Hautes Puissances alliées, sera adopté comme loi fondamentale de l'Etat. Il sera donc reconnu que les affaires Ecclésiastiques resteront en mains des autorités spirituelles qui soigneront et surveilleront en tout les intérêts de l'Eglise, et que ce sera aux autorités Ecclésiastiques que l'on devra s'adresser pour tout ce qui concerne la Religion, sauf à recourir dans les affaires mixtes au conseil d'Etat.

3°. Le conseil d'Etat auquel on s'addressera pour les affaires mixtes, et qui agira sous ce rapport au nom du Souverain, ne sera par conséquent composé que de Catholiques, et il sera extrêmement important, pour ne pas dire nécessaire, qu'il s'y trouve au moins deux Evêques. Ce conseil étoit autrefois composé des Evêques et des principaux nobles du Pays, des principaux chefs des dicastères, tribunaux et magistratures.

4°. Le libre recours au Père commun des fidèles a toujours été permis au Clergé et aux habitans de ces Provinces. Pour le faciliter, le Souverain Pontife y avoit constamment un Nonce près du gouvernement général des Pays-Bas, résidant à Bruxelles. La nonciature y sera donc rétablie, et le Prélat qui sera revêtu de ce caractère, sera en même tems Ministre diplomatique auprès du Souverain pour tout ce qui pourrait concerner les intérêts temporels des Etats respectifs. Le conseil d'Etat traitera seul avec le Nonce, au nom du Souverain, des affaires Ecclésiastiques dont ce Prélat devra connoître, des nominations aux Evêchés etc.

5°. Il y aura un nouveau Concordat entre le saint Siége et S. A. R. le Prince d'Orange pour la nomination aux Evêchés, la fixation de nouveaux limites pour les diocèses de la Belgique, la détermination des regles à suivre désormais pour la collation des dignités et autres bénéfices, qui étoient jadis de nomination Royale, etc. etc.

Il seroit convenable d'établir par ce Concordat, que lors de la vacance d'un siége, un conseil formé du Métropolitain et de tous les Evêques cosuffragans de celui qui est décédé, auquel on pourroit joindre le chapitre de l'église vacante, éliroit trois sujets, suivant les formes prescrites par les canons, et les présenteroit au Souverain par la voie du Conseil d'Etat. Les Dignitaires des Eglises Cathédrales pourroient être nommés par les Chapitres qui présenteroient trois sujets au dit Conseil. Quant aux Canonicats de nomination Royale et tous autres bénéfices, prébendes de Chapitres, de Chanoinesses etc., elles

Nation hinstellte, und sein Bildniss zwischen zwei groben Verbrechern auf den Pranger stellen liess, wirkte wie ein Donner-

seroient désormais conférées au nom du Souverain par le Conseil d'Etat sur une présentation de trois sujets par le conseil privé.

6°. Pour que le Clergé demeure à jamais libre dans l'exercice de ses fonctions, conformément aux saints Canons, il ne suffit pas que les Evêques puissent agir librement dans le for extérieur par leurs officiaux et prendre toutes les mesures qu'ils jugeront nécessaires pour maintenir dans leurs diocèses la discipline Ecclésiastique, reformer les abus, surveiller l'enseignement de la doctrine Chrétienne dans toutes les maisons d'éducation, avec l'autorité que lui assurent les Conciles etc., ainsi qu'ils le faisoient autrefois; il est encore absolument nécessaire que la dotation du Clergé soit irrévocablement fixée et qu'elle soit indépendante de l'autorité civile. Pour cet effet *il suffiroit de* r é t a b l i r l a d î m e; elle avait été considérée de tout tems comme un fonds inaliénable et sacré, lorsque les révolutionnaires l'abolirent pour rendre le culte divin et ses Ministres dépendans de tous les caprices des démagogues, qui n'avoient d'autre but que de renverser l'autel et le trône. Il est juste de la rétablir, parceque c'est aujourd'hui l'unique moyen de doter le Clergé et les Eglises; parceque toutes les propriétés territoriales ont été acquises de tems immémorial jusqu'à l'époque de la révolution Française avec la charge de la prestation de la dîme, et que délivrer les propriétaires de cette charge, c'est leur livrer le bien de décimateurs sans aucun titre et sans aucune indemnité. Il n'y a rien de plus manifestement injuste; parceque s'il suffit d'une révolution pour anéantir les droits les plus sacrés, et qu'au retour de l'ordre, ces usurpations soient néanmoins maintenues, les corporations et les individus spoliés restant seuls victimes, ne seroit ce pas proclamer en quelque sorte le triomphe du crime et de la scélératesse, et engager dans la suite les gens hardis sans principes et sans moralité à tout oser, tout bouleverser dans l'espérance d'obtenir le même succès? Ce qui se passe maintenant en France à cet égard, ne peut être raisonnablement appliqué à la Belgique; car la révolution y a pris naissance et le corps de la nation y a plus ou moins participé; mais les Belges ont constamment témoigné la plus grande horreur pour ces excès. La loyauté et la bonne foi qui les ont caractérisés de tout tems, leur a sans cesse inspiré une extrême aversion pour toutes les injustices et vexations révolutionnaires. Il est important pour le Prince et pour l'Etat de consolider ce caractère national, et de remettre en honneur les anciens principes. Ce seroit bien certainement s'assurer une garantie contre des événemens qu'on auroit lieu de craindre devoir résulter du voisinage de la France; car enfin si les Belges sont toujours gouvernés par les principes Français, que leur importe-t-il d'être

schlag auf die Empörer, unterhielt aber desto heisser im Stillen die Gluten des Hasses. Der Dynastie Oranien und ihrem Regierungssystem ward blutige Rache geschworen.

détachés de la France? mais s'ils recouvrent leurs anciennes institutions religieuses et politiques, leurs propriétés et tout ce qu'ils chérissent de juste et de sage dans lerus anciens usages, leurs moeurs, leurs inclinations deviendront une barrière naturelle contre une invasion que les Français pourroient dans la suite projetter.

On ne peut dissimuler que le rétablissement de la dîme ne doive être une charge onéreuse aux cultivateurs, toute juste qu'elle est; quelle nécessitera une diminution dans la masse des contributions foncières et que les finances en souffriront un peu: mais la justice qu'on doit rendre au caractère du Prince destiné à nous gouverner, ne permet pas qu'on lui suppose des vues assez intéressées pour sacrifier l'intérêt de la Religion du pays, à des vues financières. D'ailleurs, supposé qu'en considération de l'établissement de la dîme, diminuer d'un cinquième les contributions foncières, cette perte seroit à-peu-près compensée par l'imposition d'un cinquième sur la dîme, (car c'étoit l'usage en Belgique qu'elle fut imposée) et par la suppression des traitemens, pensions ecclésiastiques etc., dont le trésor public seroit entièrement déchargé, ainsi que les Départemens, pour ce qui les concerne.

7°. L'université de Louvain sera rétablie. Il est plus urgent que jamais de rendre à cette célèbre Ecole son antique splendeur, dans un siècle où on a vu les principes orthodoxes sur le point d'être ensévelis sous les décombres des Empires Chrétiens. Il est à remarquer qu'il s'en trouve trois ou quatre rétablies en Hollande, pour les Protestans. Une grande partie des collèges de l'ancienne université de Louvain et plusieurs de ses proprietés ne sont pas aliénes. S. M. l'Empereur d'Autriche sera suppliée de donner main levée des fonds que la dite université et plusieurs établissemens religieux possèdent sur la banque de Vienne.

8°. L'entier rétablissement de la Religion Catholique avec tous les droits et prérogatives y attachés suppose la liberté donnée aux corporations religieuses de se réunir et de vivre suivant leur vocation. Un des plus excellens moyens et peut-être le seul qui existe aujourd'hui d'assurer aux jeunes gens une éducation qui réunit tout à la fois l'esprit de la Religion et les talens les plus éminens, seroit de rétablir les Jesuites dans la Belgique. C'est le voeu du chef de l'Eglise, c'est celui de tous les bons citoyens zélés pour leur Reli-

Die neue Regierung suchte inzwischen einerseits die billigen Forderungen der Katholiken nach Kräften zu befriedigen,

gion, pour la régénération de la jeunesse et pour le progrès des belles Lettres.

Pour copie conforme:
Sécrétaire de l' Evêché,
F. Boussen, Chan.

Jugement Doctrinal des Evêques du Royaume des Pays-Bas sur le serment prescrit par la nouvelle Constitution.

Un des principaux devoirs des Evêques, qui sont dans leurs diocèses les gardiens du dépôt de la foi et de la morale de l'Evangile, est d'enseigner aux peuples la doctrine de l'Eglise catholique, de censurer les erreurs qui y sont contraires, et d'empêcher, autant qu'il est en eux, que les ouailles, qui leur sont confiées n'en soient infectées. C'est ainsi qu'ils exercent leurs fonctions de juges, de pasteurs et de docteurs de fidèles. Ils ne sauroient se dispenser de remplir ce devoir, quelque difficiles que soient les circonstances où ils se trouvent, sans se rendre coupables d'une grande prévarication aux yeux de l'Eglise; sans se rendre responsables, devant le Souverain-juge, de tous les maux qui peuvent résulter de leur silence, lorsqu'ils sont obligés de faire entendre leur voix; sans violer enfin le serment solennel qu'ils ont fait lors de leur consecration *); c'est donc à eux que s'adressent spécialement ces paroles de l'Esprit-Saint: Combattez jusqu'a la mort pour la justice et Dieu combattra pour vous (Eccl. 4. 3). Ainsi un des plus illustres et des plus saints Defenseurs de la saine Doctrine, le grand Athanase, animé de cet esprit de zèle, de charité et de devouement, écrivoit à l'évêque d'Apamée „je pense que celui à qui le „troupeau de J. C. à été confié, s'il connoit toute la dignité des fonc-

*) On lit dans la profession de foi, prescrite par la Bulle de *Pie IV.* et que font les Evêques avant leur sacre: „je reçois aussi et je professe hautement tous les autres points prescrits, définis et statués par les SS. Canons, par les conciles oecumeniques et specialement par le S. Concile de Trente; par consequent je rejette tout ce qui y seroit contraire, toutes les erreurs que l'Eglise a condamnées, proscrites et frappées de ses foudres, je les condamne et je leur dis anathème; enfin je promets, Dieu aidant de toujours conserver et de professer constamment, entièrement et inviolablement jusqu'au dernier souffle de cette vie, cette même foi catholique que je professe actuellement, sans contrainte et aussi donner tous mes soins pour que ceux qui dependront de moi et dont le soin me sera confié la conservent, la professent et en defendent les dogmes. Je N. promets, avoue et jure le même, ainsi m'aide Dieu et les saints Evangiles."

andererseits den bald öffentlichen Angriffen, bald geheimen Ränken der feindseligen Faktion gehörigen Damm entgegen zu stel-

„ctions qu'il remplit, ne peut, sans se rendre coupable d'une grande „infidelité, ne pas faire tous ses efforts pour s'en acquitter dignement, „au péril même de sa vie.“ (Ep. 3. ad Ep. ap.). St. Basile, menacé de tout le poids de la colère de l'empereur Valens par le Préfet du Prétoire, lui repondit en ces termes: „faites-moi, si vous le pouvez, „quelqu'autre menace, car rien de tout cela ne m'épouvante. Dans „toutes les autres choses nous sommes les plus doux, les plus humbles „de tous les hommes et nous ne voudrions pas nous élever, je ne dis „pas contre un si grand Empereur, mais même contre le plus vil et le „plus méprisable des particuliers; mais dès qu'il s'agit de Dieu et de „sa gloire, nous n'envisageons que cet objet, nous meprisons tout le „reste“. (Basil. Ap. Greg. Orat. 20.)

Graces à la Divine Providence, nous ne sommes plus au temps des Valens et des autres persécuteurs de l'Eglise de J. C. Le Prince, qui nous gouverne aujourd'hui, nous a déclaré plusieurs fois que son intention étoit de proteger de tout son pouvoir l'exercice de notre sainte Religion, quoique donc par son Arrêté du 24 de ce Mois, sa Majesté ait jugé convenable de défendre à tous les habitans de ces pays, d'ebranler par des actions ou des écrits, les sentimens de soumission, d'attachement et de fidélité, que tout Citoyen doit à la Constitution, sous peine de s'attirer une sévère application des lois établies pour de pareils delits. Nous ne croirons jamais que notre Auguste Monarque ait en l'intention de priver les Evêques de son royaume du pouvoir qu'ils tiennent de J. C. d'instruire les peuples, confiés à leur sollicitude pastorale, sur les devoirs que leur impose l'Eglise Catholique dans les circonstances actuelles. S. M. qui a bien voulu, par sa proclamation du 18 juillet, assurer à l'Eglise Catholique son Etat et ses libertés, n'ignore certainement pas que la première et la principale de ces libertés, c'est d'enseigner aux peuples la doctrine et les maximes de l'Evangile, les loix d'Eglise, ainsi que toutes les obligations qui en resultent pour les fidèles dans les différentes situations où ils se trouvent. Telle est l'importance et la nécessité de cette liberté pour le maintien de la Religion Catholique, que dans le cas même où le Gouvernement empêcheroit les Evêques d'exercer publiquement les fonctions de cette nature, ils n'en seroient pas moins tenus de s'en acquitter par tous les autres moyens, qui sont en leur pouvoir, s'ils ne vouloient pas être considérés comme de lâches Ministres de l'Evangile, comme des gardiens infidèles qui laissent ravir le depôt sacré qui leur a été confié.

C'est donc pour remplir un des devoirs les plus essentiels de l'Episcopat; pour nous acquitter envers les peuples, sur lesquels le St

len. Sie verbesserte das Loos der Geistlichen und der Kirchen, und wirkte für Veredlung des öffentlichen Unterrichtes, den

Esprit nous a établis Evêques pour gouverner l'Eglise de Dieu (Act. 20. V. 28); de l'obligation qui nous a été strictement imposée par l'église, que nous avons jugé nécessaire de déclarer qu'aucun de nos diocésains respectifs ne peut, sans trahir les plus chers intérêts de sa Religion, sans se rendre coupable d'un grand crime, prêter les différens sermens prescrits par la Constitution, par lesquels on s'engage à observer et à maintenir la nouvelle Loi fondamentale, ou à concourir au maintien et à l'observation de la dite Loi.

En effet, on s'oblige par les dits sermens à observer et à maintenir tous les articles de la nouvelle Constitution, et par conséquent ceux qui sont opposés à l'esprit et aux maximes de la Religion Catholique, ou qui tendent évidemment à opprimer et à asservir l'Eglise de J. C.

Or, tels sont les articles suivans.

Art. 190. La liberté des opinions religieuses est garantie à tous.

Art. 191. Protection égale est accordée à toutes les Communions religieuses qui existent dans le royaume.

Art. 192. Tous les sujets du Roi, sans distinction de croyance religieuse, jouissent des mêmes droits civils et politiques, et sont habiles à toutes dignités et emplois quelconques.

Art. 193. L'exercice public d'aucun Culte ne peut être empêché, si ce n'est dans le cas où il pourroit troubler l'ordre et la tranquillité publique.

Art. 196. Le Roi veille à ce que tous les Cultes se contiennent dans l'obéissance, qu'ils doivent aux lois de l'Etat.

Art. 226. L'instruction publique est un objet constant des soins du Gouvernement, le Roi fait rendre compte tous les ans aux Etats-Généraux de l'état des écoles superieurs, moyennens et inferieures.

Art. 145. Les Etats (provinciaux) sont chargés de l'execution des lois relatives à la protection des différens Cultes et à leur exercice exterieur, à l'instruction publique, etc.

Art. 2. Additionel. Toutes les lois demeurent obligatoires, jusqu'à ce qu'il y soit autrement pourvu.

Nous nous bornerons à faire sur chacun de ces articles quelques courtes observations.

(Art. 190 et 191) 1° Jurer de maintenir la liberté des opinions religieuses et la protection égale accordée à tous les Cultes, qu'est-ce autre chose que de jurer, de maintenir, de protéger l'erreur comme la vérité, de favoriser le progrès des doctrines anti-catholiques; de semer, autant qu'il est en son pouvoir, dans le champ du père de famille, l'ivraie et le poison qui doivent infecter la génération présente et les générations futures, de contribuer ainsi, on ne peut plus effica-

sie, in beharrlichem Ankampfe gegen den seine Leitung ausschliessend fodernden Klerus, natürlicherweise und einem Ar-

cement, à éteindre peu-à-peu dans ces belles contrées le flambeau de la vraie foi, l'église Catholique qui a toujours repoussé de son sein l'erreur et l'hérésie, ne pourroit regarder comme ses vrais enfans ceux qui oseroient jurer de maintenir ce qu'elle n'a jamais cessé de condamner.

Il est notoire que cette dangereuse nouveauté n'a été introduite, pour la première fois, dans une Eglise Catholique, que par les révolutionnaires de France, il y a environ vingt-cinq ans, et qu'à cette époque le chef de l'Eglise la condamna hautement; „la Religion,“ dit-il: „a déjà été fortement attaquée par les décrets qui sont émanés de „cette assemblée nationale Les maux, que nous déplorons, ont „été occasionnés par les fausses doctrines qu'on a répandus depuis „longs-temps dans une multitude d'écrits empoisonnés qui se trouvent „dans les mains de tout le monde, et c'est afin que cette funeste con„tagion se propageât avec plus de hardiesse et de rapidité par le moyen „de la presse, qu'une des premières operations de l'assemblée Nationale „a été de décréter la liberté de penser ce qu'on voudroit en matière de „Religion, d'exprimer librement et impunément ces opinions à cet „égard, de ne suivre, en un mot, d'autres règles et d'autres lois en „cette manière, que celles qu'on voudroit se prescrire. On a ensuite „délibéré si l'on devoit conserver, ou non dans le Royaume la Religion „Catholique comme dominante. Les Protestans ont été rendus habiles „à remplir tous les emplois municipaux, civiles etc. Informés de ces „événemens, pouvons-nous garder le silence sur tant de maux, et ne „pas élever notre voix Apostolique contre ces funestes décrets qui ont „pour but d'anéantir la Religion?“ (Allocution du 29 Mars 1790).

(Art. 192.) 2e Jurer de maintenir l'observation d'une loi qui rend tous les sujets du Roi, de quelque croyance religieuse qu'ils soient, habiles à posséder toutes les dignités et emplois quelconques, ce seroit justifier d'avance et sanctionner les mesures qui pourront être prises pour confier les intérêts de notre Sainte Religion dans ces Provinces si éminemment Catholiques, à des fonctionnaires Protestans. Il est facile d'en calculer tous les déplorables résultats aujourd'hui que les Ministres de l'Evangile sont considerés et traités, suivant l'expression du vénérable *Pie VII*, comme autant de fonctionnaires publics, non moins dépendans du gouvernement que les fonctionnaires civils et militaires, puisque le Gouvernement met la Réligion au rang des autres branches de l'administration politique, comme si c'étoit un département d'institution humaine, sujet à l'inspection d'un Ministre d'Etat, non moins que les ministères des finances et de la guerre. (Lettre du *Pie VII*, aux Cardinaux, du 30 Avril, 1808.)

tikel der Verfassung gemäss an sich zog *). Eine eigene Generalcommission, unter dem Departement des Ministeriums

(Art. 193.) 3[e] Jurer d'observer et de maintenir une loi qui met dans les mains du Gouvernement le pouvoir de faire cesser l'exercice du Culte catholique, lorsqu'il aura été une occasion de trouble, n'est ce pas faire dependre à l'avenir autant qu'il est en soi, l'exercice de notre sainte Religion de la volonté de ses ennemis et de la malice des méchans? Certes, l'existence d'une Loi aussi vague ne peut qu'affliger profondément tous les fidèles Catholiques.

(Art. 196.) 4[e] Jurer d'observer et de maintenir une Loi, qui suppose que l'Eglise Catholique est soumise aux lois de l'état, et qui donne au Souverain le droit d'obliger le clergé et les fidèles à obéïr à toutes les lois de l'Etat, de quelque nature qu'elles soient, c'est s'exposer manifestement à coopérer à l'asservissement de l'Eglise catholique, c'est au fond soumettre, suivant l'expression de notre Saint Père le Pape, la puissance spirituelle aux caprices de la puissance seculière. (Bulle du 10 Juin 1809). En effet, nous n'avons pas, d'après la Loi fondamentale, et nous ne pouvons avoir l'assurance qu'aucune de ces lois ne sera opposée aux droits inaliénables de l'Episcopat, aux lois et aux libertés essentielles de l'église. Au contraire, ne sommes-nous pas très-fondés à craindre, que, puisque le clergé catholique n'est point admis à defendre légalement les droits de son Eglise qu'il est même exclus des assemblées des laiques, composées d'un très-grand nombre de protestans on n'établisse, dans le sein des Etats-Généraux des lois aux quelles il ne pourroit se soumettre, sans violer tous ses devoirs? il seroit donc alors censé rebelle à son Roi parce qu'il n'auroit pas voulu être infidèle à son Dieu.

(Art. 226.) 5[e] Jurer d'observer et de maintenir une loi qui attribue au Souverain, et à un Souverain qui ne professe pas notre sainte Religion, le droit de régler l'instruction publique, les écoles supérieures, moyennes et inférieures, c'est lui livrer à discrétion l'enseignement public dans toutes ses branches, c'est trahir honteusement les plus chers intérêts de l'église catholique. En effet, au moyen d'une loi conçue dans des termes aussi généraux jusqu'où ne doivent pas s'étendre les droits du Monarque à ce sujet, et quel Evêque ne craindra pas, avec fondement, d'apres le texte de la Loi, l'invasion de ses droits sacrés sur l'enseignement dans son diocése, et spécialement sur les hautes et moyennes écoles, destinées à recevoir et à former le coeur et l'esprit

*) Vgl. über diesen Gegenstand des Herausgebers Schrift: „Ueber die Freiheit des Unterrichts, mit besonderer Beziehung auf das Königreich der Niederlande“ u. s. w. Bonn 1829.

des Innern, ward für das katholische Kirchenwesen (Roomsch Katholijken Eeredienst) geschaffen und zwei Männer von gros•

des élèves au sanctuaire? Le pouvoir qu'ont les Evêques de surveiller l'enseignement de la foi, et de la morale Chretienne dans toute l'étendue de leurs diocèses, comme celui de remplir toutes les autres fonctions de leur ministère, émane de la volonté et de l'autorité de J. C. lui même. On ne peut le leur ôter ni le limiter sans soumettre la doctrine de la foi et toute la discipline ecclesiastique à la puissance séculière, sans renverser, par conséquent, tout l'édifice de la Religion Catholique.

(Art. 145.) 6e Jurer d'observer et de maintenir une Loi qui autorise les Etats provinciaux à exécuter les Lois relatives à la protection des différens cultes, à leur exercice extérieur, à l'instruction publique, n'est ce pas confier les plus grands intérêts de la Religion à des laiques qui n'ont, et ne peuvent avoir, aux yeux de l'Eglise Catholique, aucune qualité, soit pour reconnaitre la justice des Lois de ce genre qui leur seront envoyées, soit pour en diriger l'application, soit pour en ordonner l'exécution dans les diocéses respectifs? S'il arrivoit (et nous devons tout prévoir) que la plupart des membres de ces Etats ne fussent pas favorablement disposés envers le Clergé, on verrait certainement renaître, sous différens prétextes, tout l'arbitraire, tout le même genre de vexations et d'oppressions qu'ont fait éprouver, tant de fois, au Clergé Catholique les autorités locales sous l'ancien Gouvernement François, et l'Eglise se trouveroit, de nouveau, asservie, en vertu des Lois de l'Etat, et selon les caprices des membres des Etats provinciaux. A Dieu ne plaise qu'aucun enfant de l'Eglise concoure par un serment solennel à maintenir un tel ordre de choses.

(Art. 2. Addit.) 7e Jurer de regarder toutes les lois comme obligatoires, jusqu'à ce qu'il y soit autrement pourvu, et de maintenir toutes les Lois qui sont maintenant en vigueur, ce serait coopérer évidemment à l'exécution éventuelle de plusieurs Lois anti-Catholiques et manifestement injustes, que renferment les Codes civil et pénal de l'ancien Gouvernement François et notamment de celles, qui permettent le divorce, qui autorisent légalement des unions incestueuses, condamnées par l'Eglise, qui decernent, contre les Ministres de l'Evangile, fidèles à leurs devoirs, les peines les plus sévères etc. toutes lois, qu'un vrai Catholique doit avoir en horreur.

Il est encore d'autres articles qu'un véritable enfant de l'Eglise ne peut s'engager par serment, à observer et à maintenir, et dont l'urgence des circonstances ne nous permet pas de nous occuper en ce moment; tel est, en particulier, le 227me, qui autorise la li-

sem Talente und den rechtlichsten Gesinnungen traten an die Spitze derselben: der Baron *Goubau d'Hervorst* als Generaldirektor, und Herr *P. G. van Ghert*, gebildet auf teutschen sowohl als holländischen Hochschulen, als Generalsekretär und Aviseur. Beide (Belgier und Katholiken von Geburt) erwarben sich in der fünfzehnjährigen Dauer ihres Amtes unsterbliche Verdienste um ihr Vaterland und sind, in ihrer gemeinschaftlichen Wirksamkeit mit des kenntnissreichen, hellen und thatkräftigen Monarchen eigener Person, als wahre geistige Wohl-

berté de la presse, et ouvre la porte à une infinité de désordres, à une déluge d'écrits anti-Chrétiens et anti-Catholiques. Il nous suffit d'avoir prouvé que la nouvelle Loi fondamentale contient plusieurs articles opposés à l'esprit et aux maximes de notre Sainte Religion, et qui tendent évidemment à opprimer et à asservir l'Eglise de J. C.; que par conséquent, il ne peut être permis aux fidèles catholiques de s'engager, par serment, à les observer et à les maintenir.

Nous avons dû considérer ces articles en eux-mêmes, et sous le rapport des funestes effets qui doivent, tôt ou tard, résulter de leur exécution. Le caractère connu de notre auguste Monarque nous donne, sans doute, un juste motif d'espérer qu'il daignera, par sa royale sollicitude, en préserver, autant que possible, ses provinces Catholiques qui forment la majeure partie du nouveau Royaume; mais dès qu'une Loi humaine est intrinsèquement mauvaise et opposée à la Loi divine et aux Lois de l'Eglise, l'on ne peut sous aucun prétexte, s'engager à y obéïr.

Après avoir instruit nos diocésains des motifs réligieux qui doivent les empêcher de jurer d'observer et de maintenir la nouvelle Loi fondamentale, nous devons les avertir qu'ils ne doivent jamais oublier qu'un des principaux caractères d'un vrai Chrétien, d'un fidèle enfant de la sainte Eglise Catholique, apostolique et romaine, c'est l'amour de la paix, la soumission aux Puissances, la parfaite résignation à la volonté divine touchant l'issue des évènemens les plus affligeants pour son coeur; pour nous, qui vous devons ces avis salutaires, nous dirons avec un des plus éloquens Docteurs de l'Eglise, ,,Sans doute que tout homme sage qui considérera notre conduite, ne nous accusera pas d'avoir été portés à écrire ceci par la vicieuse impulsion de quelque passion humaine. Il sera convaincu, que nous y avons été déterminés par la fidélité, que nous devons à J. C., à raison de la liberté qu'il nous a donnée. Car il est impossible de nous soupçonner d'élever la voix pour notre intérêt personnel, c'est pour la cause de J. C. que nous vous adressons ces instructions et nous avons compris qu'il

thäter desselben anzusehn. Der blinde und wüthige Hass, welcher fortan jede ihrer Maassregeln verfolgte, ist das glänzendste Zeugniss ihrer Anstrengungen. Mit ihnen arbeitete auch, je nach den Umständen mehr oder minder siegreich, die Gesellschaft Tot Nut van het Algemeen, welche in einer Reihe von Filialen durch das ganze Königreich sich ausbreitete, und viele angesehene und gelehrte Männer aus allen Konfessionen unter ihren Mitgliedern zählte.

Der König suchte die der Mässigung anfänglich nicht ganz verschlossene Ueberzeugung des Grafen *v. Mean*, Bischoffs zu Mecheln, zu gewinnen, welcher Prälat nachmals (an die Stelle des schon früher verschmähten Abbé *de Pradt*) als Erzbischoff und Primas an die Spitze des belgischen Klerus trat. Bald auch traf man Anstalten, mit dem Oberhaupte der katholischen Kirche, *Pius VII.*, zum Behufe der Reglung der verworrenen geistlichen Angelegenheiten und des Abschlusses eines neuen, billigen Konkordates, in Unterhandlung zu treten.

Mit welch grossen Schwierigkeiten die Regierung jedoch unter freiwilligen und unfreiwilligen Centauren zu kämpfen gehabt, hatte schon der Vorfall bewiesen, als für das Wohlseyn der Prinzessin von Oranien, geb. Grossfürstin von Russland, in den Kirchen gebetet werden sollte, und die Bischöffe von Gent, Doornik und Namur ärgerliche Anstände erhoben, solches zu Gunsten einer Ketzerin und Schismatikerin zu thun. Der römische Hof, als Schiedsrichter aufgerufen, hatte sich auf feine

étoit de notre devoir de ne pas garder le silence dans les circonstances actuelles. (S. Hilar. cont. Const. Imper. T. 2.)"

Sign. Le Prince *Maurice de Broglio*, Evêque de Gand.
Charles François Joseph Pisani de la Gaude, Evêque de Namur.
François Joseph, Evêque de Tournay.

J'adhère au Jugement doctrinal ci-dessus porté par Messeigneurs les Evêques du Royaume des Pays-Bas.

J. Forgeur, Vicaire Général de l'Archevêque de Malines.

J'y adhère également.

J. A. Barrett, Vicaire Génér. Gendr. Cap. de Liège.

ja etwas sophistische Weise aus dem unangenehmen Dilemma gezogen, und in den Formen die grösste Artigkeit bewiesen, ohne dem bekannten Prinzip in etwas zu vergeben.

Während der Jahre 1816, 1817 und 1818 hatte mehr als ein betrübendes Beispiel der unaufhörlichen Einwirkungen des Jesuitismus und fremder Propaganden (besonders der de fide) in die belgischen National- und Kirchenangelegenheiten und auf Volksstimmung und Unterricht sich gezeigt. Auf Kanzeln und in Flugblättern, in Journalen und Lesevereinen suchte man Flandern, Lüttich und Brabant aufzuwiegeln. Verschiedene Priester mussten ihres Amtes entsetzt oder mit aller Strenge der Gesetze in Schranken zurückgewiesen werden. Die päbstliche Kurie spielte ihre Rolle so politisch, als möglich, und der geistvolle Kardinal *Consalvi* suchte die Interessen des heiligen Stuhles auf eine schickliche Weise mit gebieterischen Umständen in Einklang zu bringen. Auf der andern Seite fuhr der König in Unterstützung und Verbesserung des Zustandes der katholischen Priester fort, ohne jedoch die Mehrzahl und die Häupter günstiger für das System seiner Regierung zu stimmen. Unter den Fanatikern, welche, selbst öffentlich, auf jede Weise den schon vorhandenen Saamen des Missvergnügens weiter auszustreuen bemüht waren, befand sich besonders der Pastor *Verheylewegen*, Generalvikar zu Mecheln, welcher auch gezwungen war, (im J. 1821) eine Rechtfertigung seines ärgerlichen Benehmens im Drucke erscheinen zu lassen *).

Die Priester, in ihren öffentlichen Angriffen durch die Wachsamkeit des Regimentes, durch eine kräftige liberale Parthei und die öffentliche Meinung der Vernünftigern zurückgeschlagen, versuchten nun mancherlei andere Wege, um zu ihrem Ziele zu gelangen.

Zuerst trachtete man, die Regierung selbst für ein System von Nachgiebigkeit zu gewinnen, und mit den Liberalen, welche aus mehreren Ursachen, wenigstens theilweise, ihr grollten, abzuwerfen. Verschiedene Wahlen von Beamten, Stadtbehörden und Abgeordneten zu Provinzial- und Generalstaaten gin-

*) Jaerboeken van het Koningrijk der Nederlanden, door *M. Stuart* 1814—1821.

gen, im Interesse der apostolischen Parthei, und begünstigt von der Regierung, vor sich. Die Mehrzahl der Gouverneure in den südlichen Provinzen stand im Solde der erstern. Heuchlerisch fing man zugleich nun an, einige ihrer Schritte in Zeitblättern zu lobpreisen, und anbei die sonst überall vernünftige und billige, hier aber ganz unanwendbare, Idee gangbar zu machen, dass von einem protestantischen Gouvernement noch grössere Nachsicht gegen bestehende Vorurtheile statt finden müsse, als von Seite irgend eines katholischen.

Jeder Akt von solcher Grossmuth flösste jedoch den leitenden Häuptern nur grössere Zuversicht ein, und während man öffentlich ihn dankbar anzuerkennen schien, lehrte man den Hass gegen die ketzerische Staatsgewalt desto eifriger im Geheimen.

Eine Hauptwaffe in den Händen der Faktion war die Verdächtigung wirklich überspannter oder ihnen sonst vorzüglich gefährlicher Freunde neuer Ideen in den Augen der Regierung. Man legte ihnen republikanische oder gar anarchische Richtungen bei, und verbreitete unter den Augen eines Königs und einer Nation, welche gegen religiöse Indifferenz oder Verachtung des Glaubens ihrer Väter nicht unempfindsam seyn konnten, die Meinung, dass die meisten dieser sogenannten Liberalen Religions-Spötter von Profession und Verächter jeder Art von Kultus seyen, somit nicht nur unter dem Volke die staatsgefährlichsten Grundsätze in politischer Hinsicht aussäeten, sondern auch den geheiligten Anker, an welchem zuletzt die Fortdauer und Sicherheit aller Staaten, von welchem Bekenntniss sie auch immer seyen, ruhe, zerstören hülfen. Damit suchten sie die Angriffe der Geistvollern und Kräftigern gegen ihr eigenes Werk der Nacht zum voraus unschädlich zu machen und der Regierung den Wahn beizubringen, sie schwäche sich im Vertrauen des Volkes, wenn ihre Wahl auf Personen, wie die beschriebenen, falle.

Die Regierung, welche in ihrer unklugen Grossmuth fortfuhr, lieferte durch häufige und grosse Pensionen, welche sie katholischen Priestern von höherm und niederm Range zufliessen liess, denjenigen bedeutende Finanzmittel selbst in die

Hände, welche an ihrem Umsturze mit geschäftiger Hand fortarbeiteten.

Eine andere Hauptwaffe war die Leitung des Gymnasial-Unterrichtes und der Bildung der Geistlichen, dessen die Faktion sich zu bemächtigen gewusst hatte. Nicht nur allein wurden die Kandidaten des Priesteramtes von aller Theilnahme an den Universitäten (nach dem Beispiele in andern Staaten) abgehalten und in eigenen, aller Aufsicht und Kontrole entzogenen Seminarien für die herrschenden Zwecke geformt, sondern man errichtete nebenbei eine Menge sogenannter kleiner Seminarien und Pensionate, worin man auch viele andere Zöglinge, besonders aus angesehenen und reichen Häusern Belgiens aufnahm. Lüttich, Alost, Soignies, Floressé, St. Trond, St. Roche u. A. prangten vorzüglich darunter. Diese Winkelanstalten, aus grossen Summen, welche der bigotten Leichtgläubigkeit des gemeinen Volkes oder der berechnenden Politik vornehmer Geschlechter abgelockt worden, bestritten und gehalten, erhielten bald das Uebergewicht über die Schulen der Regierung, auf welche man den Ruf der Oberflächlichkeit und Freigeisterei zu bringen wusste. Wie schlecht vorbereitet die Subjekte oft auch waren und wie schlimme, kaum versteckte Gesinnungen sie auch mit sich brachten, so drang man sie doch den Universitäten auf und lieferte denselben zugleich die Cadres einer jugendlichen Opposition, welche gegen das Ansehen der Lehrer, die Reglements der Regierung und den Geist besserer Wissenschaft gleich sehr thätig war und in neuester Zeit bewiesen hat, welch tüchtiges Werkzeug zu Ausführung *van der Noot'scher* Plane sie werden konnte.

Die allzu unvorsichtig ertheilte Lehrfreiheit machte den Einfluss des Jesuitismus in den Niederlanden täglich siegreicher. Damit verband sich die fortdauernde Stiftung von sogen. katholischen Lesegesellschaften und Vereinen, welche ausschliesslich durch Anhänger des Ultramontanismus geleitet wurden und in welchen die schändlichsten und verachtetsten Doktrinen wider Toleranz und Freiheit, Staatsgewalt und Aufklärung täglich gelehrt wurden. Ferner eine unerbittliche Strenge in Aufrechthaltung veralteter, auch der minutiösesten, krassesten und lächerlichsten Kirchengebräuche. Zum

Erstaunen der Welt sah man im 19ten Jahrhunderte, unter dem Scepter eines Oraniers, und in der Nachbarschaft von aufgeklärten katholischen Nationen, Ablässe, Prozessionen, Wallfahrten, Portiuncula, Bruderschaften, Theaterverbote u. dgl. in ekelhafter Menge sich wiederholen. Die Direktoren der Sodalitäten theilten, gleich Königen, an die frommsten und thätigsten Zeloten St. Rochus- und St. Lambertus-Orden aus, besonders an Leute aus den gemeinern Klassen. Dadurch reizte und gewann man die Eitelkeit in Sold. Man versagte die Beerdigung von Protestanten auf katholischen Friedhöfen, man ächtete die Lankaster'schen Schulmethoden; man hetzte den Pöbel auf Bekenner fremder Religionen und auf die Vernachlässiger der katholischen Kirchenformen. Die Priester schlichen sich in die Häuser der Reichen und der Aristokraten, leiteten mystische Andachtsübungen junger Damen, wie hysterischer Matronen, und gewannen damit unbeschränkten Einfluss auf die Männer selbst, die der eigene Eifer bisher noch nicht zugeführt. Die Pater *Kornelis* und *Gersen* waren wieder auferstanden. Trunkenheit und Unzucht, Bordelle und Orgien wurden zugegeben, ja beschützt, wenn nur der Andachtssinn der Betreffenden sich treu erzeigte. So gingen Unsittlichkeit und Unwissenheit schwesterlich mit einander Arm in Arm.

Noch hatten die Ignorantins im eigentlichen Sinne gefehlt, wiewohl sie faktisch unter den Eingebornen in reicher Menge vorhanden gewesen; auch diese wusste man einzuschwärzen. Adeliche und Kaufleute gaben bedeutende Geldsummen dafür. In wenig Tagen stiegen sie oft auf achtzig und hunderttausende. Die Mission der Jesuiten arbeitete thätiger als je; förmliche Kollegien wurden in der wiederhergestellten Provinz Belgien insgeheim errichtet, und Mitglieder mit wirklichem Ordenskleide wie mit der Robe courte, gleich denen in Frankreich, der gemeinsamen Mutterloge aller Loyoliten, darin aufgenommen. Das allgemeine Gerücht bezeichnete zu Lüttich den Dr. *Hyacinth Dejaer* als Präfekt der Provinz, und den bekannten Abgeordneten *de Gerlache* als dessen Nachfolger. Die Herren *von Barrett* und *van Bommel*, jener gegenwärtig noch Generalvikar, dieser wirklicher Bischoff von Lüttich, wurden für nicht wenig thätige Häupter der Jesuitenparthei im Allge-

meinen betrachtet. Hauptniederlagen bestanden zu Löwen, Gent, Herzogenbusch und in andern holländischen wie belgischen Städten.

Mit besonderer Wuth griff man allenthalben die Grundsätze des Gallikanismus und der Nationalkirchen an. Als unmittelbare Statthalter des absoluten Pabstes hofften die ultrarömischen Bischöffe und Grossvikare am leichtesten, einerseits von der Regierung sich unabhängig, anderseits zu Herrn der öffentlichen Meinung des Volkes sich zu machen. In allem, was die Leitung und Reglung katholischer Kirchensachen betraf, ward die Regierung blindlings und ausschliesslich nach Rom verwiesen. Ueber die fernern Ereignisse bis zum J. 1825, besonders die, welche auf das beabsichtigte Konkordat sich bezogen, lassen wir einen Augenzeugen reden, welcher aus ziemlich guter Quelle geschöpft und einen Theil der Folgen schmählich aufgegebener Grundsätze an seiner eigenen Person deutlich genug gefühlt hat.

„Ein neues Konkordat sollte alle solche Ansprüche auf eine entscheidende Weise befestigen. Auf ihre Veranlassung kam der päbstliche Legat *Nasalli*, im Jahre 1823, nach den Niederlanden. Der Einheimischen geheime Instruktionen dienten ihm zur Basis der Unterhandlungen mit der königl. Kommission. Dass dieselben zu keinem Resultate führten, ist bekannt; allein die Ursache der plötzlichen Abreise des Kardinals (im J. 1824) ist es nicht. Das Gerücht lief: dass er die Wiederherstellung der geistlichen Gerichtsbarkeit verlangt habe, so wie die Dotation der Bisthümer durch Staatsdomainen. Als über die letzte Foderung der König bemerkte, dass der Staat keine habe, soll er eine Liste der Besitzungen überreicht haben, welche die Geistlichkeit wünschte. Deshalb habe man ihn entlassen."

Nach diesem Vorfalle herrschte eine Weile die Neigung vor, gar kein Konkordat zu schliessen, weil das Vorhandenseyn solcher Verträge stets ein nachtheiliges Vorurtheil von Unterordnung der Staatsgewalt unter eine noch höhere mit sich bringt; das österreichische Staats- und Kirchenrecht, so wie das Beispiel des Widerstandes der Teutschen, solchem Begriffe

so feindselig, dienten besonders dazu, in jener Neigung zu bestärken.

Unterdessen fuhr die Faktion der Obskuranten und Romanisten fort, durch Reizmittel jeder Art den Sieg über und durch die Massen und den Einfluss auf die Anti-Oranisten zu organisiren. Es entstand die berüchtigte Societé catholique, als künftiges Comité directeur der öffentlichen Meinung auf theoretischem Wege. Die bonnes doctrines wurden mit Profusion hier ausgeschüttet. *La Mennais*, *Le Maistre*, *Bonald*, *Haller*, *de Feller*, *de Foore* waren die auserwählten Lieblinge, mit denen man den Zeitgeist zu bekämpfen suchte; sodann ward auch der berufene Courier de la Meuse, als Hauptorgan unter den Zeitungen, gegründet, dessen Redaktion aus einem abtrünnigen Liberalen von Maestricht, aus einem abentheuernden teutschen Baron und aus mehrern scheinbar fanatischen, jedoch geistreichen und wider ihr eigenes Gewissen schreibenden Belgiern bestand und von dem Grossvikar *Barrett* mit besonderer Zärtlichkeit gepflegt wurde. Die Mitglieder der katholischen Gesellschaft, sich selbst Les hommes bien pensants nennend, entrichteten jährliche Beiträge und setzten mit den Kongregationisten in Frankreich sich in genaue Verbindung, ja man behauptet, dass ein grosser Theil der von den Gläubigen Belgiens eingetriebenen Summen in die Hauptkasse nach Paris gewandert. Es gehörte zu den wesentlichen Verpflichtungen jedes Mitgliedes, die incendiarischen Bullen Unigenitus und in coena Domini zu unterzeichnen. Man behauptet, dass die Gesellschaft der Richtung des Volkes so gewiss war, dass sie den französischen Jesuiten die Zahl ihrer Anhänger im Niederlande ganz genau nach Paris berichten konnte, wohin, zumal in den letzten Zeiten, die Grafen *Robiano de Borsbeek* und *d'Outremont* regelmässig von Zeit zu Zeit Reisen machten, oder Bulletins über die Arbeiten der honnêtes gens einsandten.

Diese jesuitischen Affilirten befanden sich bereits nun auch im Staatsrathe und gewannen sogar auf einzelne Individuen im Ministerium Einfluss. Die Veränderungen im Wahlgesetze vom J. 1824 und die lebenslängliche Ernennung der Staatsräthe waren grossentheils ihr Werk. Mehrere ihrer bisherigen kräftigsten Gegner im Conseil wurden dadurch für lange Zeit ausge-

schlossen. Die Gewissheit des Sieges steigerte den Uebermuth. Bald hörte man die unverschämtesten Lobreden auf *Ludwig XVIII*, jemehr dieser in den letzten Jahren seiner Regierung den Zudringlichkeiten der Coterie St. Marsan und der Kongregation nachgegeben hatte, und damit waren stets indirekte Schmähungen auf König *Wilhelm I.* verbunden. Man vertheidigte ohne Scheu mit Feuer die neue französische Politik. Endlich sandte man sogar offen die Söhne vornehmer Geschlechter nach Montrouge und St. Acheul, und die ersten Missionäre wagten es, ihre Freiheitmeuchlerischen Buden im Süden der Niederlande aufzuschlagen.

Als das Unwesen auf solche Weise immer mehr zu-, die Wissenschaftlichkeit in den niedern und Mittelschulen und dadurch auch auf den höhern abgenommen; als Intoleranz und Unwissenheit, Proselytenmacherei und Jesuitismus Hand in Hand gingen, und die Söhne einflussreicher Staatsbeamten die Formation in fremden Ländern und für staatswidrige Zwecke erhielten, erschrak endlich die Regierung, welche schon im J. 1823 die Societé catholique aufgehoben, ohne ihren Saamen für Wiederaufblühen in anderer Gestalt vernichtet zu haben, sie erschrak, sage ich, wie billig, und suchte den vorhandenen Uebeln und noch drohenden Gefahren nach Vermögen zu steuern. Der König, in diesem Augenblicke wieder ganz Er selbst, und berathen von einsichtsvollen, energischen Männern, erliess die berühmten Arrêtés vom Juni 1825 *), vermöge welcher die kleinen Seminarien geschlossen wurden, und die Errichtung eines philosophischen Kollegiums zu Löwen für Bildung künftiger Priester angeordnet ward. Das ganze aufgeklärte Europa, die französischen Liberalen voran, erhoben das unbedingteste Jubelgeschrei. Alle Finsterlinge aber trauerten und wehklagten. Die royalistischen Journale donnerten in den maaslosesten Invektiven gegen den ketzerischen und freigeisterischen Monarchen der Niederlande, welcher an den Säulen der Kirche schüttle und die Heiligen des Herrn betrübe.

*) Vgl. Sophronizon VIII. 1., wo die Aktenstücke zu finden.

Mit diesen Arrêtés war zugleich eine Veränderung im Conseil vorgegangen und der vom Könige selbst gebildete bisherige Privatsekretär, *L. van Gobbelschroy*, trat als Minister des Innern an die Spitze des Kultus und Unterrichts. Ein eigener Administrator für den letztern, in der Person des redlichen, eifrigen und kenntnissreichen *van Ewyck*, setzte die Bemühungen des unvergesslichen Kultministers *Falk* weiter fort, während *Goubau* und *van Ghert* das Civilisirungswerk im reinkirchlichen für und für wie ehemals leiteten.

Die Gesinnungen und Leidenschaften der überrömischen Faktion traten sofort unverhüllter an das Tageslicht; die Regierung lernte die Getreuen und die Heuchler besser als zuvor kennen. Der Bischoff von Namur und die Grossvikare von Gent und Lüttich traten, in Verbindung mit dem apostolischen Internuntius zu Münster, Monsignore *Ciamberlani*, zusammen, und bestimmten den gutmüthigen aber schwachgeistigen und, wie es heisst, durch persönliche Kränkung aufgeregten Erzbischoff von Mecheln, Graf *Mean*, die ihm angetragene Kuratel über das philosophische Kollegium, deren anfänglich er sich nicht geweigert zu haben schien, förmlich abzulehnen, und er that es aus keinem andern Grunde, als weil sein Gewissen es ihm verbiete. Die Fanatiker bestürmten darauf auch den römischen Hof, mit welchem von Zeit zu Zeit über das Konkordat wieder unterhandelt worden war, römischer sich zu zeigen, als er selbst vielleicht Lust haben mochte. Man verdächtigte die niederländische Regierung der Tendenz, Belgien zu protestantisiren. Die französischen Ultrajournale, die damalige Etoile und nachmalige Gazette de France, wütheten auf die frechste Weise und Erd und Himmel wurden in Bewegung gesetzt, um die „neuen Saaten des Unglaubens, der Ketzerei, der Indifferenz, der Neologie und der teutschen Philosophie“ zu zerstören *).

Allein die Regierung ging ihren festen Weg, begleitet von den Segnungen aller Bessern im Lande und der Achtung von Europa. Der Besuch der Schulen des Auslandes, darunter einzig die der Jesuiten gemeint waren, blieb verboten; die Mis-

*) Sophronizon, VIII. 2.

sionäre und Ignorantins wurden, nicht selten auf barsche und originelle Weise, und gleichsam auf dem Schube, über die Gränzen gebracht. Der Generalsekretär des öffentlichen Unterrichts, Herr *Walther*, erwarb sich dabei nicht geringe Verdienste und lud zugleich den Hass der betheiligten Familien in reichlichem Maasse auf sich. Es heisst, dass die Herren *Kersten* und *Stas*, Redakteure und Eigenthümer des Courier de la Meuse und Direktoren eines zahlreich besuchten Jesuiten-Instituts zu Lüttich, dem Gouvernement grosse Summen angeboten, um den Fortbestand des einträglichen Gewerbes sich zu erhalten, aber ohne Erfolg. Von solch energischem und zeitgemässem Systeme ersah man bald die wohlthätigsten Früchte, besonders was das philosophische Kollegium betraf. Männer, wie *Dumbeck*, *Seeber*, *Greuve*, *Winsinger*, *Becker*, *v. Reiffenberg*, *Moné* u. A. streuten den besten Saamen aus, und er wäre auch reichlich aufgegangen, wenn nicht ungeschickte Füsse in der Folge ihn zertreten hätten.

Die Partheien, je nachdem Ueberzeugung oder Vortheil sie trieben, traten nunmehr in Schriften und Zeitblättern, auf Kanzeln und Lehrstühlen, im Conseil und in den Generalstaaten mit Macht wider einander auf und bestritten oder vertheidigten die neuen Maassregeln, welche dem Einen ein unberechenbarer Fortschritt zum Bessern, dem Andern aber ein willkührlicher Eingriff in die Rechte der Kirche und der Familien schienen. Der Kampf dauerte so bis zum J. 1827 fort, in welchem die langverhandelte Konkordatsfrage endlich entschieden wurde.

Die bisherigen Hauptunterhandlungen zu Rom selbst hatte der Graf *von Reinhold*, nachmals Gesandter zu Florenz und in späterer Zeit bei der schweizerischen Eidgenossenschaft, ein Mann von rechtlichem Karakter, liebenswürdigen Sitten und hohem Talente, geführt, jedoch ohne seinen Zweck zu erreichen. Glücklicher war der Graf *Fiacre Vischer de Celles*, ehemaliger Präfekt der Maasmündungen unter *Napoleon*, ein den Holländern verhasster und verhängnissvoller Name. Dieser Diplomat brachte das schwierige Geschäft bald in's Reine, jedoch auf eine Art, wobei das Interesse Rom's mehr als dasjenige der Niederlande, berücksichtigt schien. Es ist noch nicht

an der Zeit, die Details dieser merkwürdigen Negotiation völlig publici juris zu machen. Aber jedes Individuum und jede Thatsache findet an der Geschichte einen genauen, strengen und unerbittlichen Richter. Bis dahin hat aber die öffentliche Meinung bereits provisorisch entschieden und den Faiseur du Concordat noch nicht einmal ab instantia losgesprochen.

Während der Staatsrath zu Brüssel über das vom Grafen eingeschickte und mit voreiliger Hast unterzeichnete Projekt des Konkordates noch in Berathschlagungen sich zerquälte, unterzeichnete der Monarch, surpris dans sa religion, wie es hiess, im Kabinete. Somit war die Hauptsache gelöst und der Knoten zerhauen, aber auf eine Weise, dass das Schwert sprang und die Splitter der Niederländischen Freiheit in's Auge fuhren.

Die Umschreibung der Gränzen des neuorganisirten Kirchthums war folgende: der Erzbischoff von Mecheln bleibt Primas der niederländisch-katholischen Kirche, und zugleich Diözesan-Bischoff von ganz Süd-Brabant und der Provinz Antwerpen. Die sieben Suffragankirchen sind: Lüttich, Namur, Doornik und Gand; sodann Brügge, Amsterdam und Herzogenbusch. Die Seminarien werden unter unmittelbarer und alleiniger Aufsicht der Bischöffe gelassen und die Theologen ausschliesslich darin unterrichtet. Der Besuch des philosophischen Kollegiums ist fortan fakultativ.

Die Verkündung des abgeschlossenen Konkordates erfüllte Europa, welches bisher bewundernd dem kräftigen Widerstande des niederländischen Gouvernements gegen Rom's Anmaassungen gefolgt war, mit Staunen, die Freigesinnten im Lande, Liberale und Ministerielle, mit Trauer, die Apostolischen aber mit jubelnder Schadenfreude. Feste und Beleuchtungen aller Art verherrlichten den Sieg über den Zeitgeist. Doch ward dieser Jubel bald auf unangenehme Weise gestört und eine reiche Saat neuer Zerwürfnisse für mehrere Jahre wieder ausgestreut.

Hatten schon die übertriebenen Triumphäusserungen dem Monarchen und seinem Kabinete Besorgniss und Misstrauen in das eigene Werk eingeflösst, so that es in noch höherem Grade das Benehmen des heiligen Vaters. Pabst *Leo XII.*, welcher das Ansehen sich gegeben, als hätte des belgischen Königs liebenswürdige Persönlichkeit ganz besonders zum Nachgeben und

zu günstigern Bedingungen ihn gestimmt, verhehlte, in diesem Augenblicke der altrömischen gravitas morum und politischen Feinheit ganz uneingedenk, die Empfindungen des Herzens über glücklich vollbrachte Täuschung eines sonst einsichtsvollen und hartnäckigen Gegners, so wenig, dass er sie in der berühmten Allocution im geheimen Konsistorium vom 17. September zu Rom förmlich zu erkennen gab, und durch die sophistische und hinterlistige Art, mit der er mehrere Punkte des Vertrages, besonders aber denjenigen, der den Besuch des philosophischen Kollegiums betraf, auslegte, die Besorgnisse der Gegner des Konkordates völlig rechtfertigte.

Der Inhalt dieser Allocution, welche schnell nach Belgien gebracht wurde, erregte Unwillen und Missvergnügen, und der Minister des Innern erliess unter dem 5. Oktober desselben Jahres die bekannte vertrauliche Rundnote *), worin der wahre

*) *Circulaire confidentielle, adressée du cabinet du ministère de l'intérieur aux gouverneurs des diverses provinces du royaume.*

Bruxelles, 5 octobre 1827.

J'ai pensé qu'il ne serait pas inutile d'accompagner l'envoi que je vous fais ci-joint d'un exemplaire de la convention conclue entre le Roi et Sa Sainteté, le 18 juin dernier, de quelques communications confidentielles sur l'ensemble de la négociation, dont cette convention est le principal résultat.

Vous en ferez l'usage, que vous croirez convenable d'après les circonstances.

La convention fixe, dans son 3e article, le mode de nomination des évêques. Toutefois l'intervention royale dans cette nomination ne se bornera pas à la part que cet article détermine; il est convenu qu'un bref spécial du Saint-Père aux chapitres leur enjoindra de demander d'abord à S. M. quelle est la personne, qu'Elle désirerait voir passer au siége vacant, afin que les chapitres puissent avoir les égards dûs pour les désirs du Roi. De cette manière, l'influence du Roi sur les nominations des évêques a paru satisfaisante, et le Roi a bien voulu reconnaître cette concession du Saint-Père par une modification aux principes adoptés pour l'instruction des jeunes gens, qui se destinent au ministère des autels. S. M. a daigné consentir à ce que la fréquentation du collége philosophique, d'obligatoire qu'elle avait été jusqu'à présent, deviendrait simplement facultative. Non pas que par-là S. M. ait prétendu renoncer à la pensée principale qui a présidé à la création

Sinn des Konkordates auseinander gesetzt, die Deutung des Pabstes berichtigt und das Recht der Regierung in den betref-

du collége philosophique; loin de là. Elle est plus que jamais convaincue de l'utilité, ou pour mieux dire de la nécessité de connaissances fortes et approfondies dans les diverses branches des sciences humaines, pour les jeunes gens, qui se vouent au saint ministère: et plus que jamais aussi Elle est convaincue du devoir qui repose sur Elle, de veiller à cette partie importante de l'instruction publique; mais Elle a pensé surtout que de nouveaux chefs ecclésiastiques, mieux pénétrés des véritables besoins des jeunes élèves, s'entendraient facilement avec son gouvernement pour régler, de commun accord, le mode et la direction de leur instruction.

C'est principalement sous ce point de vue qu'Elle attachait tant de prix à une coopération réelle à la nomination des évêques. Dans l'allocution du Saint-Père au consistoire secret du 17 Septembre, que les journaux ont rapportée, et que vous y aurez sans doute remarquée, le pape parle de la concession à l'égard du collége philosophique, mais il ajoute que l'enseignement des jeunes élèves sera désormais entièrement indépendant entre les mains des évêques. Cette dernière assertion est moins exacte et a besoin d'explication. La bulle du 16 des calendes de septembre règle l'enseignement dans les séminaires, et tend à le placer en effet entièrement et exclusivement dans les mains des évêques; mais cette bulle n'est admise par S. M. qu'avec les réserves, que les lois de l'Etat exigent. L'exécution de cette bulle sera donc aussi subordonnée aux principes que ces lois ont consacrés, restera en harmonie avec eux, et ne pourra de quelque manière que ce soit leur porter atteinte. Rien donc à cet égard n'est changé à l'ordre de choses existant. L'allocution au surplus est un acte en dehors de la convention: c'est le fait d'une seule des parties contractantes, qui ne peut être d'aucun effet pour l'autre.

De ce que le Roi a placé son espoir de la tranquillité future en ces matières, dans la coopération franche et loyale d'évêques sages et éclairés, suit nécessairement que l'exécution de la convention sera retardée jusqu'à la nomination aux siéges épiscopaux actuellement vacants; c'est aussi de quoi l'on est tombé d'accord. Je ne crois pas surabondant de vous informer que, dans l'intervalle de temps qui s'écoulera d'ici là, toutes les dispositions existantes relatives à l'enseignement dans les séminaires et au collége philosophique sont maintenues, et que vous aurez à tenir la main à leur exécution de la même manière que vous l'avez fait jusqu'à présent.

J'ajouterai encore, avant de terminer cette lettre, une observation qui n'est pas sans importance, et dont vous pourrez dans l'occasion faire usage, pour faire sentir que ce collége philosophique, en

fenden Punkten verwahrt wurde. Der Sinn und die Summe des Ganzen war, dass man mit der einen Hand gewaltsam wieder zu nehmen bemüht war, was man mit der andern unvorsichtig gegeben hatte. Der Vollzug des Konkordates verzögerte sich in Folge neuer Erörterungen, Spannungen und Reibungen; ein unangenehmer provisorischer Zustand, viel schädlicher als der bisherige, trat ein.

Der Schritt der Regierung ward von den verschiedenen Partheien mit verschiedenartigen Empfindungen aufgenommen und brachte jene in eine ganz eigene Stellung. Die Katholiken (oder vielmehr die sie leitende apostolische Faktion) beklagten sich, und zwar juristisch nicht ohne Grund, dass ein feierlich abgeschlossener Vertrag gleichwohl nun nicht gehalten werde, und man schrie unison über Unterdrückung des belgischen Katholizismus durch die holländischen Protestanten. So sehr man die wahren Ursachen ihrer Klagen kannte und in ihre eigentlichen Absichten, geleitet von höhern Staatsinteressen, nicht eingehen konnte, so hatten die Schreier dennoch den Buchstaben des Rechts für sich. Die liberalen Ver-

butte dans notre pays à tant d'attaques de la part de notre clergé, n'est pas si défavorablement envisagé par le saint-siége.

Le Saint-Père a accepté une note officielle de nos négociateurs, dans laquelle ils déclaraient l'intention de S. M. de permettre que désormais la fréquentation du collége philosophique fût seulement facultative avant l'entrée dans les séminaires. De l'acceptation de cette note par la cour de Rome résulte que le Saint-Père ne frappe pas le collége philosophique de réprobation, comme les chefs actuels de notre clergé veulent le faire croire; il permet même implicitement qu'on le fréquente, car autrement il aurait également repoussé toute disposition qui, dans le fond, fait présupposer l'existence et le maintien de cet établissement: ce qu'il dit à ce sujet dans l'allocution précitée est dans le même sens. Il ne blâme donc réellement que la mesure par laquelle la fréquentation du collége philosophique était forcée et obligatoire pour les jeunes élèves. L'établissement en lui-même n'est donc pas condamné par le Saint-Père.

Je vous engage, M. le Gouverneur, à parler et à agir conformément à l'esprit de cette lettre.

Le Ministre de l'intérieur,
L. van Gobbelschroy.

bündeten der Regierung im Lande fühlten das Nachtheilige des Konkordates, wenn es im Sinne der Kurie vollzogen würde, eben so sehr, als das Gefährliche, welches aus dem Nichtvollzuge moralisch-politisch hervorgehen werde. Sie beklagten die Regierung, deren Unvorsichtigkeit in ein solches Dilemma sie gestürzt, einerseits ihr eigenes Recht aufzuopfern, andererseits zu scheinen, ein anerkanntes Anderer zu schmälern; aber sie wussten keinen Rath in den gegenwärtigen Umständen, als feste Leitung des Unterrichts und so günstige Interpretation der angenommenen Artikel aus Prinzipien eines freisinnigen Kirchenrechts der Katholiken und aus dem alten belgischen Staatsrechte selbst, als möglich. Dies versuchte besonders der Verfasser der „Bemerkungen über die Freiheiten der belgischen Kirche" *), in welchen man die geübte und gründliche Feder des Herrn *van Ghert* erkennen wollte. Diese Schrift, eine Art Manifest, erlassen, um das System der Regierung zu rechtfertigen, war besonders gegen die Angriffe eines Zeloten, des Pfarrers *van Lottom*, gerichtet, welcher mit vieler Bitterkeit und nicht ohne Talent gegen ersteres aufgetreten war. Andere Schriften, wie jene von *Lanjuinais* und *Winsinger*, wie die „Le Concordat, le Code pénal et les Turcs" u. s. w., bald ernsthaft, bald scherzweise gehalten, folgten. Die ganze Reihe der Schriften über Konkordat, Collège philosophique u. s. w. findet man an andern Orten angezeigt, z. B. in der Schrift „Ueber die Freiheit des Unterrichts etc. vom Herausgeber. Die apostolische Parthei überschwemmte in ihren Journalen, wie in besondern Pamphlets, das Land mit bittern Beschwerden über Unterdrückung, und fand getreuen Nachhall in den Generalstaaten, wo mehrere ihrer angesehensten Häupter, wie z. B. *de Secus*, *Sasse v. Ysselt*, *de Gerlache* u. s. w., an der Spitze der Opposition standen. Unter den Publizisten, welche besonders den Grimm der Ultra-römischen, als Verfechter des aufgeklärten Katholizismus, erfuhren, befanden sich die Herren *Steven* und *Winsinger*, in Schriften und Pasquillen jeder Art gehöhnt, *Warnkönig* und *Hauss*,

*) Observations sur les Libertés de l'Eglise Belgique. Bruxelles 1827. 8.

entweder im Lehrsaale, oder auf der Kanzel, oder auf den Strassen gemisshandelt, und endlich der Herausgeber der Konkordate selbst, welchen die verläumderische Rotte gleich bei seinem Auftreten bald für einen entsprungenen Mönch, der wider sein Gelübde sich verehelicht, bald für einen apostasirten Priester, welcher im Konkubinate lebe, geltend zu machen und dem Hasse des Volkes preis zu geben bemüht war *).

Es ist nicht unsere Absicht, diese maaslosen Diatriben und Partheikämpfe weiter zu verfolgen, nachdem wir den Abschluss des Konkordates und die Vorgänge angezeigt **), und wir bemerken nur, dass die Nichtvollziehung die Apostolischen mit besonderer Stärke in den letzten zwei Jahren waffnete und einer der wirksamsten Griefs nationaux war, welche die Regierung mehr oder minder zu Ermässigungen in ihrem Systeme gezwungen haben. Die Arrêtés vom zweiten Oktober 1829, die Aufhebung des philosophischen Kollegiums und die Ernennung des Herrn Baron *Pelichy de Lichtervelde*, eines Mannes von redlicher Gesinnung, aber bigotten Grundsätzen, zum Generaldirektor der katholischen Kultkommission, und des Advokaten *van ter Horst*, eines Individuums von ziemlich zweideutigem, durch die eigene Parthei anerkannten Wesen, zum Generalsekretär desselben Ausschusses, beurkunden den Sieg der Romanisten in diesem Lande, die Ueberlistung der Staatsgewalt und die traurigen Folgen eines schwankenden Systems; Folgen, welche in noch schlimmern Nachwehen sich zeigen und die Heuchler mit der Religion, die Mäk-

*) Vgl. über das niederländische Konkordat und die darauf sich beziehenden Fragen folgende interessante Flugschriften aus neuerer Zeit: Le Collège Philosophique en opposition avec la loi fondamentale, par un Patriot père de famille. Bruxelles 1829. Allocutions au Clergé Catholique. Amsterdam 1830. (vermuthlich von *d'Herbigny*, Verf. der Destinées de l'Europe; Satyre.) Lettres sur la Liberté de Religion et sur les Théo-Democrates, ou les Jesuites modernes. Amsterdam 1829 (fast scheint es vom Chevalier *de Liaño*). Les Arrêtés du 2. Octobre. Brux. 1829 (wie es heisst von *van Bommel* und *de Gerlache*).

**) Von der schismatischen Utrechter-Kirche und ihren Verhältnissen zum Pabste kann erst dann gesprochen werden, wenn letztere einmal geregelt sind. Leider muss man befürchten, dass auch sie preisgegeben werden.

ler mit dem Volksvertrauen, die Verräther der National-freiheiten in ein grelles Licht vor Mit- und Nachwelt stellen werden.

Urkunden des Niederländischen Konkordates.

1.

Conventio inter Guilielmum I, Belgarum Regem, et Leonem XII., Summum Pontificem, init. d. XVIII. Jun. MDCCCXXVII.

Willem, bij de gratie Gods, Koning der Nederlanden, Prins van Oranje-Nassau, Groot-Hertog van Luxemburg, enz., enz., enz. Op het rapport der permanente commissie uit den raad van staten voor de zaken van de R. C. Eeredienst,

Hebben besloten en besluiten:

De overeenkomst, den 18 junij tusschen Ons en den Paus aangegaan, en door Ons den 25 julij 1827, bekrachtigd, zal worden bekend gemaakt en afgekondigt, gelijk hier onder volgt.

Wij *Willem*, bij de gratie Gods, Koning der Nederlanden, Prins van Oranje-Nassau, Groot-Hertog van Luxemburg, enz., enz., enz. Gezien en onderzocht de overeenkomst te Rome den achtienden junij des jaars duizend achthonderd zeven-en-twintig, geteekend en gesloten door den heer *Antonius*, *Philippus*, *Fiacre*, *Ghislain* Graaf *de Celles*, lid der tweede kamer van de Staten-Generaal in het koningrijk der Nederlanden. Onzen buitengewonen gezant en gevolmagtigde bij den pausselijken-stoel, en door Z. Em. *Maurus Cappellari*, priester-kardinaal van de H. roomsche kerk, praefect der H. congregatie ter voortplanting des geloofs; zijnde beiden geadsisteerd, de eerste door den referendaris der 1e klasse bij Onzen raad van state *Johan*, *Pieter*, *Ignatius Germain*, legatieraad, en de andere door den substituut van de secretarij der breven *Franciscus Capaccini*, van wêerskanten en tot dat einde benoemd en aangewezen; welke overeenkomst van woord tot woord luidt als volgt:

In nomine sanctissimae, et individuae trinitatis.

Conventio inter serenissimum *Guilielmum I.*, Belgarum Regem, et sanctissimum dominum *Leonem XII.*, Summum Pontificem.

Majestas Sua *Guilielmus I.*, Belgarum Rex, princeps Arausiacus Nassoviensis, Magnus dux Luxemburgi, etc., etc., et Sanctitas sua Summus Pontifex *Leo XII.*, cupientes, ecclesiae catholicae apostolicae romanae negotia componere in universo Belgico regno, in suos plenipotentiarios nominarunt, videlicet:

Majestas Sua Rex Belgii, excellentissimum dominum *Antonium*, *Philippum*, *Fiacrum*, *Ghislenum* comitem *de Celles*, equitem regii ordinis Leonis Belgici, ex altero ordine comitiorum generalium regni, etc., etc., suum apud sanctam sedem oratorem extraordinarium et plenipotentiarium.

Et Sanctitas sua Summus Pontifex, eminentissimum dominum *Maurum* sanctae romanae ecclesiae presbyterum Cardinalem *Cappellari*, sacrae congregationis de propaganda fide praefectum.

Qui plenipotentiarii, auxiliariis primo: *Joanne*, *Petro*, *Ignatio Germain*, referendario primae classis ad consilium status, et legationis consiliario; et secundo: praesule *Francisco Capaccini*, secretariae brevium substituto.

Post sibi mutuo tradita legitima, et authentica suae quisque plenipotentiae instrumenta, de sequentibus articulis convenerunt:

Articulus 1. Conventio anno 1801 inita inter summum pontificem *Pium VII.* et gubernium gallicanum, quae in meridionalibus regni Belgici provinciis viget, ad septentrionales provincias applicabitur.

Art. 2. Quaelibet dioecesis suum capitulum, suumque seminarium habebit.

Art. 3. Quoad casum in art. 17. conventionis anno 1801 initae antevisum, id statuitur:

Quotiescumque sedes archiepiscopalis, vel episcopalis vacaverit, illarum ecclesiarum capitula intra mensem a die vacationis computandum, Serenissimum Regem certiorem fieri curabunt de nominibus candidatorum ad clerum regni Belgici spectantium, quos dignos et idoneos ad archiepiscopalem, vel epi-

scopalem ecclesiam regendam judicaverint, quosque ea pietate, doctrina, ac prudentia praeditos esse cognoverint, quae juxta ecclesiae leges in episcopis requiruntur.

Si forte vero aliqui ex candidatis ipsis Serenissimo Regi minus grati extiterint, capitula e catalogo eos delebunt, reliquo tamen manente sufficienti candidatorum numero, ex quo novus archiepiscopus, vel episcopus eligi valeat. Tunc vero capitula ad canonicam electionem in archiepiscopum, vel episcopum unius ex candidatis, qui supererunt, juxta consuetas canonicas formas procedent, ac documentum electionis in forma authentica intra mensem ad summum pontificem perferri curabunt.

Confectio processus informativi super statu ecclesiae, et qualitatibus promovendi ad archiepiscopalem, vel episcopalem ecclesiam a romano Pontifice ad formam instructionis fel. rec. *Urbani* PP. *VIII.* jussu editae committetur, quo accepto, si Summus Pontifex compererit promovendum iis dotibus instructum, quae a canonibus in episcopo requiruntur, eum quantocius fieri poterit juxta statutas formas per apostolicas litteras confirmabit.

Si vero aut electio minime fuerit canonice peracta, aut promovendus praedictis dotibus instructus non reperiatur, ex speciali gratia summus Pontifex indulgebit, ut capitulum ad novam electionem, ut supra, canonica methodo valeat procedere.

Ratificationes praesentis conventionis mutuo tradentur Romae sexaginta dierum spatio, aut citius si fieri poterit.

Datum Romae die 18 junii 1827.

L. S.	Comte *de Celles.*
L. S.	*Germain.*
L. S.	D. *Maurus* Card. *Cappellari.*
L. S.	*Franciscus Capaccini.*

Wij keuren bovengemelde overeenkomst, en elk artikel daarin vervat, goed, verklaren dat een en ander is aangenomen, bekrachtigd en bevestigd en beloven dat hetzelve, volgens form en inhoud zal worden ten uitvoer gebragt en nagekomen.

In teeken der waarheid hebben wij deze afgevaardigd, eigenhandig onderteekend, gekontrasigneerd en van Ons koninklijk zegel voorzien, te Brussel den vijf-en-twintigste Julij

van het jaar Onzes Heeren duizend acht honderd zeven-entwintig, het veertiende van Onze regering.

(Was geteekend) *Willem.*

Van wegen den Koning.

(Was geteekend) *J. G. De Mey van Streefkerk.*

Lager stond,

De minister van buitenlandsche zaken.

(Was geteekend) *Verstolk van Soelen.*

Voor vertaling:

De secretaris der permanente commissie uit den raad van State voor de zaken van de R. C. Eeredienst.

(Was geteekend) *P. G. van Ghert.*

Lasten en bevelen dat deze in het Staats-Blad zal worden geplaatst.

Gegeven te Laeken, den 2 October 1827, het veertiende van Onze regering.

2.

Bulla Leonis XII., Pontif., d. d. Romae XVI. Kal. Septbr. MDCCCXXVII.

Wij *Willem*, bij de gratie Gods, Koning der Nederlanden, Prins van Oranje-Nassau, Groot-Hertog van Luxemburg, enz., enz., enz. Op het rapport der permanente commissie, uit den Raad van state voor de zaken van de R. C. eeredienst,

Hebben besloten en besluiten:

Art. 1. De bulle, den 16e der kalenden van september 1827, te Rome afgevaardigt en bevattende de bekrachtiging der overeenkomst tusschen Ons en den Pausselijken stoel den 18 junij 1827, aangegaan zal worden afgekondigd, zonder echter goed te keuren, de clausen, formulieren of uitdrukkingen in die bulle voorkomende en die strijdig zijn, of zouden kunnen wezen met 's landswetten,

2. Gemelde bulle zal in de latijnsche, nederlandsche en

fransche talen *) in de registers der permanente commissie uit den Raad van state voor de zaken van de R. C. eeredienst overgeschreven en daarvan door den secretaris dier commissie melding worden gemaakt op het origineel; zullende dezelve bulle almede in voornoemde talen geplaatst worden in het staatsblad.

Gegeven te Laeken, den 2 october 1827, het veertiende van Onze regering.

Geteekend, *Willem.*

Leo episcopus, servus servorum dei ad perpetuam rei memoriam. Quod jamdiu maximis erat in votis, nimirum ut Ecclesiasticae res in Regno Belgico opportune componerentur, id juvante Deo, qui Pater est misericordiarum et Deus totius consolationis, demum feliciter effectum gratulamur. Nihil enim jucundius accidere Nobis poterat, utpote qui in summo Apostolatus apice meritis licet imparibus constituti, pro illa, qua dies noctesque urgemur, omnium Ecclesiarum sollicitudine, dolebamus vehementer de gravissimis malis, quae ex ingentibus praeteritorum temporum calamitatibus redundarunt in ejusdem inclytae Nationis Catholicos, quos ceteroquin et fidei constantia et in hanc Apostolicam Sedem devotio summopere commendant. Porro saluberrimum opus istud, quod fel. record. Praedecessor Noster *Pius VII.* aggressus est, et Nos deinde vestigiis ejus inhaerentes tandem absolvimus, caeptum perfectumque est, accedente ope, ac munificentia Serenissimi Principis *Guilielmi* Belgarum Regis, cujus proinde propensam erga Catholicos magno numero Sibi subditos voluntatem grata semper memoria prosequemur. Ergo ad Omnipotentis Dei gloriam, atque ad honorem Deiparae Virginis Mariae, quam ut Patronam Belgae praecipuo honorant cultu, sed et ad ipsorum Belgarum spirituale bonum, nos istamque sedem apostolicam inter, et laudatum Serenissimum Regem *Guilielmum* rite Conventio habita est, quam praesentium litterarum vigore Apostolica Auctoritate duximus confirmandam. Hujusce autem Conventionis tenor est, qui sequitur, videlicet.

*) S.: Convention entre S. M. le Roi des Pays-Bas, et S. S. Léon XII., S. P. etc. Bruxelles, 1827, wo diese Uebersetzungen sich finden.

(Repetivit haec Bulla Conventionem inter *Guilielmum I.*, Belg. Reg., et *Leonem XII.*, Summum Pontific., initam die 18 Junii 1827., quam vid. supra pag. 457.)

Hanc igitur conventionem, quam cum serenissimo Belgarum rege inivimus, quaeque suprascriptis articulis continetur, motu nostro proprio, atque ex certa scientia, ac matura deliberatione nostra, deque apostolicae potestatis plenitudine, audita selecta venerabilium fratrum nostrorum sanctae Romanae ecclesiae cardinalium congregatione, praesentium tenore denuo approbamus, ac ratam habemus, illique apostolici muniminis, et firmitatis robur, et efficaciam adjungimus.

Quocirca illud in primis declaramus, atque decernimus, ut conventio inter sanctam sedem et gubernium gallicanum, inita die XV. julii anni 1801, et a praedecessore nostro *Pio* P. P. *VII.* confirmata, per suas apostolicas litteras XVIII. Kalend. Septembris ejusdem anni datas, ad quas habenda sit ratio, quaeque in meridionalibus regni belgici provinciis viget, septentrionalibus quoque provinciis applicetur, ut in uno eodemque regno universae ecclesiasticae res una eademque ratione regantur, et pertractentur.

Deinde vero quoniam ad plenam novissimae conventionis executionem necessarium est, quemadmodum necesse fuit tempore conventionis anni 1801, dioecesium numerum constituere, easque suis finibus circumscribere, nos, collatis cum serenissimo rege *Guilielmo* consiliis, ad catholicae religionis incrementum, atque ad animarum salutem, praeter quinque jam actu existentes, tres alias pro nunc episcopales sedes restituere, vel de novo erigere, sicque universum Belgicum regnum in octo dioeceses dividere, totidemque inibi cathedrales ecclesias constabilire decrevimus, quarum una metropolitana, reliquae interim ejusdem sint suffraganeae. Harum autem dioecesium limites hic tantum generaliter per provincias indicamus. Itaque ecclesia Mechlinensis erit metropolitana ecclesia, cujus dioecesanum territorium ex integris provinciis Brabantiae meridionalis, et Antverpiensi constabit. Septem vero ecclesiae suffraganeae erunt ecclesia Leodiensis, Namurcensis, Tornacensis, Gandavensis, quatuor illae videlicet, quae jam extabant, et insuper aliae tres, quas ad praesens statuimus erigendas, nempe Brugensis, Amstelodamensis, et Boscoducensis. Habebit autem Leodiensis eccle-

sia integras provincias Leodiensem, et Limburgensem; ecclesia Namurcensis provinciam Namurcensem, et Magnum ducatum Luxemburgensem; ecclesia Tornacensis Hannoniam; ecclesia Gadavensis universam Flandriam orientalem: ecclesia Amstelodamensis provincias Hollandiae septentrionalis, Hollandiae meridionalis, Ultrajecti, Overhyselii, Frisiae, Groninguae, et Drenthae; ecclesia Brugensis universam Flandriam occidentalem; ac demum ecclesia Boscoducensis provincias Brabantiae septentrionalis, Gueldriae, et Seelandiae. Jam vero in qualibet ecclesia cathedrali suum quoque aderit Capitulum. Dotem autem congruam, atque perpetuam unumquodque Capitulum habebit, et congrua similiter, ac perpetua dos unicuique ex sedibus episcopalibus assignabitur: quarum quidem sedium status per serenissimi regis munificentiam, ut firmiter confidimus, melior in dies feliciorque evadet. Ceterum ea omnia, quae ad accuratiorem dioecesium circumscriptionem, atque ad perfectam ordinationem vel episcopalium sedium, vel Capitulorum Belgici regni spectant per alias apostolicas litteras, quas brevi erimus daturi distincte praescribentur.

At vero posteaquam Capitula ecclesiarum omnium, quas commemoravimus, fuerint constituta, facultatem eisdem Capitulis tribuimus, ut perdurantibus rerum adjunctis in articulo XVII. conventionis anno 1801 initae antevisis, quoties archiepiscopalis sedes vel episcopalis vacaverit, capitulares illius vacantis ecclesiae, unumquodque scilicet Capitulum pro ecclesia sua, capitulariter congregati, et servatis canonicis regulis novos antistites ex ecclesiasticis Belgici regni viris, dignis tamen, et juxta ecclesiasticas sanctiones idoneis ad formam articuli III. novissimae conventionis eligere possint.

Verum pro hac prima vice nobis reservamus ecclesias regni Belgici de pastoribus providere, quemadmodum pro Mechliniensi ecclesia a fel. rec. *Pio VII.* Praedecessore nostro factum est; ac pari modo si ob dioecesium vastitatem contingat, ut episcopi dioecesani alieno indigeant ministerio in iis etiam, quae characterem requirunt episcopalem, Nobis, et successoribus nostris reservamus ejusmodi dioecesium episcopis, prout necessarium judicaverimus, auxiliares episcopos concedere, qui eis, tamquam suffraganei, adjumento in pontificalibus muniis

explendis; quibus episcopis Serenissimus Rex, eveniente casu, dotationem, eorum statui convenientem assignabit.

Annuimus autem, ut archiepiscopus, et episcopus quisque supradictarum regni Belgici ecclesiarum postquam ab hac apostolica sede canonicam acceperit institutionem, et antequam suum gerendum munus suscipiat coram serenissimo Rege juramentum fidelitatis emittat prout fuerat constitutum in articulo VI. conventionis anni 1801, sequentibus verbis expressum:

„Ego juro et promitto ad sancta Dei Evangelia obedien-„tiam, et fidelitatem majestitati suae Regi Belgarum, meo legitimo „principi. Item promitto, me nullam communicationem habitu-„rum, nulli consilio interfuturum, nullamque suspectam unio-„nem neque intra neque extra conservaturum, quae tranquilli-„tati publicae noceat, et si tam in dioecesi mea, quam alibi, no-„verim aliquid in status damnum tractari, domino meo regi „manifestabo.“

Similiter annuimus, ut hoc idem juramentum praestent ecclesiastici quoque viri secundi ordinis coram auctoritatibus civilibus a Rege designatis, quemadmodum statutum fuerat in articulo VII ejusdem conventionis.

Pari modo ut omnis solvatur ambiguitas circa modum, quo formula precum, in articulo VIII. conventionis anni 1801 statuta, ad praesentem rerum statum applicari valeat, declaramus eamdem sic esse immutandam: „Domine salvum fac Regem nostrum *Guilielmum*.“

Episcopi autem liberam habebunt suorum vicariorum in spiritualibus generalium nominationem, et electionem.

Porro tum archiepiscopi tum episcopi cujusque praecipua cura versabitur circa seminaria. In illis enim adolescentes, qui in sortem domini vocantur, opportuno tempore ad pietatem morumque integritatem, et ad ecclesiasticam omnem disciplinam sicut novellae plantationes in juventute sua informandi sunt. Enim vero boni, ac strenui in vinea domini operarii non nascuntur, sed fiunt; ut autem fiant, ad episcoporum solertiam, industriamque pertinet. In executionem itaque articuli II novissimae conventionis a nobis cum serenissimo Rege *Guilielmo* initae seminaria in qualibet dioecesi, eo, qui sequitur modo, constituentur, regentur, et administrabuntur. Ac primo

quidem is adolescentium numerus in iisdem ali, institui, atque educari debebit, qui necessitatibus cujusque dioecesis, et populi commoditati plane respondeat, quique ab episcopo congrue erit definiendus. Quum vero maxime intersit, ut qui sacris se ministeriis addicunt, non solum in ecclesiasticis, verum etiam in philosophicis disciplinis, aliisque ad ecclesiasticas conducentibus rite instituantur, ut forma gregis fiant, et semper parati sint rationem reddere omni poscenti; idcirco episcopi in seminariis eas omnes cathedras constituent, quas ad completam clericorum suorum institutionem necessarias judicabunt. Doctrinae denique ac disciplinae institutio, educatio, et administratio seminariorum subjiciuntur auctoritati episcoporum respectivorum juxta formas canonicas. Hinc libera erit episcopis tum clericorum in seminariis admissio, et ab eisdem expulsio, tum etiam rectorum, et professorum electio, eorumque, quoties id necessarium, aut utile judicabunt, remotio.

Quae autem necessaria sunt pro his seminariis vel instituendis, vel conservandis, ea liberaliter a Serenissimo Rege suppeditabuntur, qui magnanimi principis animum ostendens congrue se providere velle iis omnibus, quae ad ecclesiasticam instructionem necessaria sunt, atque eo modo, qui nobis sit gratus per extraordinarium suum apud nos oratorem professus est.

Denique dioecesibus ut jam supra praescriptum est, et mox per alias apostolicas litteras clarius a nobis praescribetur, constitutis, episcopi juxta ea, quae in articulo IX. et X. conventionis anni 1801, continentur, ad novam, ubi opus fuerit, paraeciarum circumscriptionem procedent, atque ad paraecias dignos plane, ac idoneos ecclesiasticos viros eligent. Serenissimus autem Rex juxta ea, quae in articulo XIV. ejusdem conventionis fuerunt statuta omnium parochorum, quos etiam ob novam paraeciarum circumscriptionem creare contigerit, sustentationi, quae cujusque statum deceat, quaeque par sit illi, qua parochi dioecesium in meridionalibus regni Belgici provinciis fruuntur, pro regali sua munificentia providebit.

In spem autem erigimur fore, ut inter istarum regionum catholicos inveniantur, qui libertate, quae eis in articulo XV. saepe dictae conventionis anni 1801. ecclesiis consulendi asseritur, liberaliter uti velint: propensa vero

Regis voluntas Nos dubitare non sinit, quod protectionem fundationum vel elargitionum, quas in favorem istarum ecclesiarum fieri contigerit, uti et acquisitionum, quae ab iisdem ecclesiis fieri poterunt, Majestas sua non sit susceptura.

Restat nunc, ut plurimas domino Deo nostro gratias agamus propter id, quod hactenus pro ecclesiasticis rebus in universo regno Belgico ordinandis actum est, eumque enixis obtestemur precibus, ut id ipse confirmet solidetque: omne enim datum optimum, et omne donum perfectum de sursum est: neque qui plantat est aliquid, neque qui rigat, sed qui incrementum dat Deus.

Decernentes has praesentes litteras nullo unquam tempore de subreptionis, et obreptionis, aut nullitatis vitio, vel intentionis Nostrae, aut alio quocumque defectu, notari vel impugnari posse, sed semper firmas, validas, et efficaces existere, et fore, suosque plenarios, et integros effectus sortiri et obtinere, ac inviolabiliter observari debere, Non obstantibus apostolicis, ac in synodalibus, provincialibus, et universalibus conciliis editis generalibus, vel specialibus, constitutionibus, et ordinationibus, nec non quarumcumque ecclesiarum, et piorum locorum statutis, et privilegiis aliisque contrariis quibuscumque. His enim omnibus tametsi pro sufficienti illorum derogatione specialis facienda mentio esset, vel alia exquisita forma servanda, quatenus praemissis obstare aliquo modo possint, expresse derogamus. Irritum quoque et inane decernimus, si secus super his a quoquam quavis auctoritate scienter vel ignoranter contigerit attentari.

Volumus autem, ut harum litterarum exemplis, etiam impressis, manuque publici notarii subscriptis, et per constitutum in ecclesiastica dignitate virum suo sigillo munitis, eadem habeatur fides, quae nostrae voluntatis significationi ipso hoc diplomate ostenso, haberetur.

Nulli ergo omnino hominum liceat hanc voluntatis nostrae paginam infringere, vel ei ausu temerario contraire. Si quis autem hoc attentare praesumpserit indignationem omnipotentis Dei, ac beatorum Petri et Pauli apostolorum ejus, se noverit incursurum.

Datum Romae apud Sanctum Petrum anno incarna—

tionis dominicae millesimo octingentesimo vigesimo septimo, sexto decimo kalendas septembris, pontificatus Nostri anno quarto.

B. Card. *Pacca*, Pro-Datarius.
Pro domino Cardinali *Albano*
F. Capaccini, Substitutus.

Visa de curia

D. Testa.

Loco † Plumbi.

V. *Cugnonius.*

D.

Die Konkordate der katholischen Kantone der schweizerischen Eidgenossenschaft.

I.

Dokumentirte und aus Quellen bearbeitete Geschichte der Schweizerkonkordate, nebst historischen Rückblicken auf die vorangegangenen Verhältnisse Helvetiens zum heiligen Stuhle, in älterer und neuerer Zeit.

> Majorum gloria posteris lumen est; neque bona, neque mala eorum in occulto patitur.
>
> Sallust.

Das, was seit 1813 in der Schweiz vorging, — die Zerstörung alter kirchlicher Verhältnisse und die Gründung neuer in römischer Abhängigkeit, die Revolution in der Denkart und den Grundsätzen des Klerus, die Eingriffe in das Gebiet der öffentlichen Erziehung, die Einführung der Jesuiten u. s. w. — bildet einen wichtigen Theil in dem Systeme der römischen Kurie, die alten Usurpationen wieder geltend zu machen. Diese Vorgänge sind um so wichtiger, da sie uns meistens gelungene Unternehmungen Roms vorführen, und da die Schweiz durch Lage und vielfache Verbindungen so bedeutend für Teutschland ist. Gleichwohl sind die Ereignisse noch äusserst unvollkommen in Teutschland bekannt. Wir hoffen daher unsern Lesern eine willkommene Belehrung zu gewähren, wenn wir ihnen einen vollständigen und umfassenden Auszug eines Manuscripts

mittheilen, dessen Verfasser aus den besten Quellen geschöpft, die Akten, die besten Druckschriften und Zeitblätter, die Mittheilungen wichtiger, handelnder Personen, und die vielfachen sonstigen Aufschlüsse, welche der Aufenthalt an Ort und Stelle gewährt, hat benutzen können*).

*) Die Geschichte der Konkordate führt uns nun in ein Land, welches, lange Zeit ein reiches Saamenhaus der Freiheit und der Biederkeit, das theuer erworbene Gut durch mehr als ein priesterliches Attentat gefährdet sieht, und zwar um so mehr, weil Häupter des Volkes um schnöden Lohn oder eitles Lob, aus Beschränktheit oder Feigheit, die Sache desselben dem Fremdlinge preisgegeben und die Geissel selbst mit bereitet haben, welche der republikanischen, wie der kirchlichen Freiheit, schimpfliche Behandlung droht. Um aber das ganze Arsenal der römischen Strategie bei Ueberlistung der weltlichen Macht, mittelst nachtheiliger Konkordate, völlig zu durchsuchen und alle Waffen den erstaunten Freunden der Wahrheit vor Augen zu halten; um die diplomatische Offizin, wo die Höllenlatwerge zu Erwürgung der geistigen Freiheit bereitet wurde, völlig aufzuhellen, haben wir den schweizerischen Kirchenverhältnissen, Unterhandlungen und Resultaten von unglückseligen Verträgen einen, zu den übrigen, bisher behandelten Staaten, scheinbar unverhältnissmässigen, Raum vergönnt, welcher jedoch durch die Gewichtigkeit des Gegenstandes, durch die Reichhaltigkeit der nirgend so, wie hier, zu Gebote stehenden Materialien und aufgeschlossenen Quellen, endlich durch die Natur und die Umstände sechszehnjähriger langwieriger Unterhandlungen, durch die besondere Weitschweifigkeit, die die Diplomatie der Schweizer ohnehin mit sich führt und durch das Interesse von zwei und zwanzig, zwar kleinen, aber sämmtlich dabei mehr oder minder hochbetheiligten, souveränen Staaten sich entschuldigen lässt. Wir geben zugleich diese Abhandlung als ein ex uno disce omnes, als den „il Principe“ des kurialistischen Macchiavellismus. Die monarchischen Kabinette halten das Interessanteste und Wichtigste genau versteckt; aber der unbescheidene Republikanismus hat sie aus den halberhellten Sälen der „grossen Räthe“, aus den schlecht verschlossenen Schreinen der „Heimlichen“, der „Staatsräthe“ und der „kleinen Räthe“ mühsam hervor- und zusammengesucht. Der gesunde Sinn eines durch fremde Staatskunst, Söldnerei, Verführung und Gewaltthätigkeit noch nicht ganz verdorbenen Gebirgvolkes, welches zum Theil die Alpen h a t, zum Theil s i e h t, entzifferte mit seinem schlichten, aber schneidenden Witze, gar leicht die Hieroglyphik in den Depeschen der Nuntiatur, der verkappten Mönche und der jesuitirenden After-Protestanten, welche auch hier um zeitlichen Vortheil die Sicherheit ihrer eigenen Kirchen mit den kanonischen Rechten ihrer katholischen Brüder zugleich preis gaben. Mehr als irgendwo, die Niederlande vielleicht abgerechnet, ist der entscheidende Sieg dem Ultramontanismus h i e r gelungen; aber eine entscheidendere Niederlage als irgendwo, bereitet ihm auch der über die tiefe Schmach erröthende und mit Berserkerwuth aufzürnende Nationalstolz in der nächsten Zukunft. Die Eidgenossen werden das Beispiel ihrer Väter vom 13. Jahrhunderte wieder befolgen und ihre geraden männlichen Seelen den gnädigen Herren und Obern und den Nuntien und Legaten frei heraussagen:

„Kein gnäd'ger Herr kann das, was unser ist, verschenken.“

Das Hauptverdienst bei diesem geschichtlichen Traktate, wovon Bruchstücke in der Allgem. Kirchen-Zeitung, von Nr. 51 des Jahrg. 1829 an, mit-

E i n l e i t u n g.

1) Altes historisches Verhältniss der Schweiz zu Rom.

Wir wollen die Bisthumsverhandlungen in der Schweiz, seit 1813 bis jetzt, als Theil der gesammten Usurpationen Roms in der katholischen Schweiz, die wir daher nothwendig in unsere Darstellung mit aufnehmen müssen, erzählen. Durch diese Usurpationen ist aber die alte Unabhängigkeit der Kirche in der Schweiz von Rom zerstört, die wichtigsten Staatsrechte verletzt und die ganze geistige Kultur des katholischen Theils dieses Landes in Gefahr gebracht worden, unter römische Vormundschaft zu gerathen. Zur deutlichen Entwickelung dieses Resultates ist daher ein Blick auf die alte historische Stellung der Schweiz zu Rom durchaus nothwendig. — Ein tiefes religiöses Gefühl, das sich in besonderer Ehrfurcht gegen geistliche Institute und Personen ausdrückte, verbunden mit einem schlichten, aber lebendigen und scharf durchdringenden Rechtssinne und einer unvertilgbaren Liebe für Freiheit und Unabhängigkeit, machten von jeher den eigenthümlichen Geist der Schweizer aus.

Das kirchliche System der Schweiz war zwar nicht ein Ausfluss dieses Geistes; es war lange vorhanden, ehe er in eigenthümlichen Bildungen auf dem Schauplatze der Geschichte auftrat, aber diese kirchlichen Verhältnisse waren eines freien Volkes würdig und seinen Bedürfnissen angemessen. Daher wurden sie bald ein vorzüglicher Gegenstand ihrer erhaltenden Sorge.

Seit den ältesten Zeiten war die Schweiz eingetheilt in die Bisthümer Lausanne (späterhin Freiburg), Sitten, Como, Basel,

getheilt worden sind, gebührt einem ausgezeichneten Manne, der seinen Ueberzeugungen mehrfach grosse Opfer gebracht hat, und dessen Name mit gerechter Anerkennung seines Werthes später einst erfolgen soll, sobald er selbst es verlangen dürfte.

Anmerk. des Herausg.

Chur und Konstanz; letzteres begriff die ganze östliche Schweiz bis an die Aar (mit Ausnahme von Graubündten, wo das Bisthum Chur war), somit die eigentlichen Kernlande der Schweiz in sich, wo der Sitz und die Wiege ihrer Freiheit und die zeugende Kraft ihrer Geschichte war. Dieses Bisthum hatte in den frühesten Zeiten seinen Sitz in Windisch (Vindonissa), in dem jetzigen Aargau, bis 560 nach Christus, wo diese vormals berühmte Stadt zerfiel und das Bisthum der oberteutschen Lande in das neue aufblühende Konstanz verlegt wurde. Jedoch blieb in Windisch ein geistlicher Gerichtshof (Mallstadt) bis ins vierzehnte Jahrhundert für die schweizerischen Lande; da erst verschwand er, vorzüglich weil die Bewohner dieser Gegenden, empört durch ihren Missbrauch, sich von der geistlichen Gerichtsbarkeit losrissen.

Diese Bisthümer waren sämmtlich durch einen Metropolitanverband in ihrer Unabhängigkeit von Rom gesichert. Die wichtigsten derselben, welche die eigentliche Schweiz befassten, standen entweder, wie Chur und Konstanz, unter der Metropolitangewalt von Mainz, oder, wie Basel und Lausanne, unter dem Erzbischoffe von Besançon (die andern unter Mailand). Durch diese kirchliche Unterordnung ruhten sie, geschirmt vor dem durch die falschen Dekretalen erzeugten Papalsysteme, auf den Grundsätzen des Episkopalsystems; die letzteren vermöge der Freiheiten und Konkordate der gallikanischen Kirche; die erstern durch die teutschen Konkordate, und später auch die Emser Punktationen, kaiserl. Rescripte und Wahlkapitulationen von Leopold II. und Franz II.[1])

1) Den wichtigen Unterschied des Episkopal- und Papalsystems müssen wir bei unsern Lesern voraussetzen; jedoch wegen häufiger Hindeutung darauf im folgenden einige Worte darüber. Nach dem letzteren ist der Pabst allein das von Christus verordnete unbeschränkte Subjekt der Kirchengewalt; in ihm ruht allein die höchste gesetzgebende und vollziehende Gewalt; die Bischöffe sind nur seine Vikarien, die er nach Belieben ein- und absetzen, in deren Gerichtsbarkeit er selbst, oder durch seine Stellvertreter, die Nuntien, wann er will, eingreifen kann. Dieses System ist durch die isidorischen Dekretalen, durch *Gregor VII.* und seine Nachfolger, auf dem Ruine der alten Koncilien errichtet worden. Ein Auswuchs desselben waren die Nuntien, die Exekutoren desselben ausserhalb Italien. — Nach dem Episkopalsysteme, oder der ursprünglichen Kirchenverfassung, auf den alten Koncilien beruhend, sind alle Bischöffe und Erzbischöffe eben so gut, wie der Bischoff in Rom, von Christus verordnet

Diese Einrichtungen gewährten kirchliche Freiheit und eine Grundlage, auf welcher die päbstlichen Usurpationen immer wieder in ihre Schranken zurückgewiesen werden konnten.

Was zweitens die Gründung der Staatsrechte in Kirchensachen betrifft, wodurch die Staatsgewalt von der kirchlichen frei gemacht und ihre oberherrliche Hoheit über die letztere errungen wurde; so war sie das Werk der Eidgenossen selbst. Der Kampf begann etwa 1150 n. Chr., zuerst gegen den Gerichtszwang der Pfaffengerichte in den Hochwalden der Urkantone, wo die Keime aller schweizerischen Freiheit waren; dauerte mehrere Jahrhunderte im Innern, gleichzeitig mit dem grossen Kampfe um Unabhängigkeit nach Aussen; und endete mit der Vindikation aller wesentlichen Rechte des Staates über die Kirche. Ihre Ausmittelung war nicht die Frucht der Wissenschaft, sondern eines einfachen, unverkünstelten und tiefen Sinnes für Recht und bürgerliche Freiheit, und darum richtiger vielleicht als durch jene. — In vielfachen Verordnungen und Verträgen unter sich bestätigten, sicherten und verwahrten sich die Eidgenossen mit gemeinsamer Kraft diese kostbaren Rechte; wie in dem Vertrage der Vierwaldstädte mit Zürich 1351, in dem ersten Pfaffenbriefe (1370), bestätigt im Stanzer Verkomm-

und eingesetzt, sind nicht Vikarien des letztern, sondern selbstständige Kirchengewalten, in deren Diözesanrechte er nicht eingreifen darf; in der Gesammtheit der Bischöffe, nicht im Pabste, ruht die gesetzgebende Gewalt für die gesammte Kirche (allgemeine Synoden, Koncilien) und einzelne Provinzen (Provinzialsynoden); dem Pabste kommt bloss die oberste vollziehende und dirigirende Funktion zu, aber beschränkt durch die Kirchengesetze. Dieses System ist eine republikanisch-kollegialische Verfassung, jenes eine monarchisch-despotische Bureaukratie. Nur mit dem ersteren sind Rechte des Staats in Kirchensachen vereinbar, nach dem letztern ist alle Staatsgewalt dem Pabste subordinirt. — Auf den Grundsätzen des Episkopalsystems bildeten sich die Nationalkirchen und ihre Synoden, und suchten später durch eigene Konkordate gegen die päbstliche Usurpation sich zu sichern, welche alle Nationalkirchen nur in römische Kirchenprovinzen zu verwandeln strebte. Die ungeheuren Missbräuche, aus den falschen Dekretalen entsprungen, veranlassten die zur Reform an Haupt und Gliedern bestimmten Koncilien zu Kostnitz und Basel. Die Beschlüsse des Letzteren, das durch die frühern Koncilien die Dekretalen zu verdrängen suchte, wurden auf der Nationalsynode zu Bourges (1438) die Grundlage der gallikanischen, auf dem Reichstage zu Mainz die Basis der teutschen Kirche und Konkordate (von Wien und Aschaffenburg). Freilich suchten die Päbste stets diesen Nationen, besonders durch das Tridentinum, wieder die falschen Dekretalen aufzudrängen und die bischöffliche Gewalt herabzuwürdigen. Daher der ewige Kampf.

niss (1481); im Basler Statut (1515); in den Reformationsartikeln der katholischen Stände (1524); in dem Berner Kirchengesetze (1525) u. a. Sie nannten diese Rechte ihre alten Uebungen und Gewohnheiten, an denen sie mit wunderbarer Beharrlichkeit und Energie festhielten; stets hatten sie das Verfahren ihrer Altvordern und die in ihren Jahr- und Landbüchern verzeichneten Thatsachen vor Augen. Vergebens widerstrebte die Kirchengewalt in den vielfachen Streitigkeiten der Staatsgewalt mit Priestern und Bischöffen, besonders den von Konstanz, den wichtigsten unter allen. Oft wurden Verträge mit ihnen über einzelne dieser Rechte für kürzere oder längere Zeit geschlossen, dann tobten sie wieder über diese Uebungen als Missbräuche, endlich aber fügten sie sich in den starken Willen, mit dem die Landesobern sie handhabten.

Demnach behaupteten sie sowohl das Schutz- und Schirmrecht über die Kirche (jus advocatiae), als auch das der Oberaufsicht, gegründet auf das Recht der Vorsorge gegen Eingriffe in die bürgerliche Ordnung (jus supremae inspectionis et cavendi). Dem gemäss wachten sie über die Erhaltung des reinen Lehrbegriffs und der Kirchenzucht und Ordnung, und wo die Kirchenobern lässig waren, schritten sie selbst ein, wie z. B. die Berner durch das Spitalgesetz 1413 und das Kirchengesetz von 1525. Sie übten stets die oberste Leitung über alle Kirchenanstalten, die eine nahe Beziehung aufs Gemeinwesen haben, wie z. B. der geistlichen Seminarien. Mitwirkung forderten sie bei allen kirchlichen Einrichtungen, die nicht rein geistlich waren und die Seele betrafen, z. B. bei Bestimmung der Eigenschaften für die Weihe, bei Einrichtung der geistlichen Orden und ihrer Lebensweise, deren Klöster sie öfter beschränkten, reformirten oder ganz aufhoben, wenn sie dem gemeinen Wohle entgegen waren; bei den Bestimmungen über Aufnahme der Novizen, über ihre Zahl, die Aussteuerungsgebühren u. s. w. Mitwirkung und Einwilligung forderten sie bei allen neuen kirchlichen Einrichtungen oder Abänderung bestehender. Von Kirchen und Klöstern forderten sie jährliche Rechnungsablegung über die Verwaltung ihres Haushaltes, und schützten ihr Vermögen gegen raubgierige Weltliche, verschwenderische Kirchenvorsteher und die Plünderungen der römischen

Kurie. Ohne Einwilligung der Landesobern durften die Kirchenobern keine Verordnungen erlassen (placitum regium): eben so prüften, bewilligten und vernichteten sie jeden Vertrag und jedes Gelübde eines Bürgers, wenn diese auf die Kirche Bezug hatten; überall hatten sie das Staatsbeste vor Augen. Jeder Geistliche, niedere und hohe, musste den Bürgereid schwören und ihn nie ungerechtem Verlangen der Kirche aufopfern, sonst wurde er entsetzt. Die Kollatur der Pfründen (Patronatrecht) übte der Staat überall aus, wo sie nicht aus besondern Gründen Aebten oder andern Personen zustand. Auch die Protestanten übten es später, nach Fug und Recht, über katholische Pfründen, und als der Nuntius *Accaioli* 1744 ungerechte Klage erhob, wurde es ihnen auf den Tagleistungen zu Baden und Frauenfeld (1745) durch einen unabänderlichen Kanon zugesichert. — Früh schon 1413 in Luzern, später in allen Kantonen, suchten die Eidgenossen den Hang der Kirche und der geistlichen Korporationen, sich in den Besitz unbeweglicher Güter zu setzen, durch Amortisationsgesetze zu zügeln, „umbe dass unser Stat nüt gerade eigen den Pfaffen werde", sagt das Gesetz. Kraft dieser Gesetze wurde die Befugniss zu einem solchen Erwerbe dem Willen des Staates unterworfen und eingeschränkt.

Das einmal erworbene Kirchengut anlangend, so stand es, wie oben bemerkt, unter der Kastenvogtei des Staats. Realimmunität, oder Befreiung der Güter der Kirche und der geistlichen Personen von bürgerlichen Lasten und Abgaben, wurde nie gestattet. Der Eidgenossen strenger Rechtssinn ertheilte dem Geistlichen alle, einem freien Bürger zukommenden Rechte, legte ihm aber von jeher auch alle Lasten desselben auf. Kraft des Obereigenthumsrechtes des Staates hielten sich die Eidgenossen berechtigt, Kirchengüter bei dringender Noth des Gemeinwesens zu veräussern, oder, wo sie nutzlos seyen, dahin zu übertragen, wo sie zum Heile der Kirche und der Seelen besser frommen möchten, also neue Pfarreien, Krankenhäuser u. s. w. zu stiften. Zwar erkannte das Tridentinum dieses Recht nur den Bischöffen zu, als Aushelfern des Pabstes, aber die Schweizer nahmen die Kirchenverordnungen dieses Konciliums nicht an, wovon unten mehr.

Die persönliche Immunität des Klerus wurde früh aufge-

hoben und im Pfaffenbriefe streng untersagt. „Welcher Pfaff fremd Gericht nimmt (bischöffliches oder in Rom), dem ist der Genuss aller gesellschaftlichen Dinge, der Schirm und Schutz der Gesetze versagt u. s. w.“ Der Geistliche, als Glied der Bürgergemeinde, stand in allen peinlichen, Civil- und Polizeisachen unter weltlichem Gerichte, nur in reingeistlichen Dingen unter dem Bischoffe. Lange und heiss war der Kampf um dieses Recht, aber die Eidgenossen blieben standhaft. Wurde je aus Begünstigung dem geistlichen Gerichte die Bestrafung eines fehlbaren Subjektes überlassen, so wurde das Staatsrecht feierlich vorbehalten, wie in Luzern (1578) [2]).

Diese Rechte, und somit die bürgerliche Freiheit der Eidgenossen, gleichwie ihre vorhin beschriebene kirchliche Freiheit, strebte Rom, durch gleiche List und Gewalt, aber mit weniger Glück, wie in andern Ländern, zu untergraben und in diesem Lieblingssitze der Freiheit römische Knechtschaft zu pflanzen. Ehe wir dies betrachten können, bedarf es einiger Bemerkungen über die alten Bünde der Schweiz mit Rom und die Nuntiatur in diesem Lande.

Die streng abgeschlossene Eigenthümlichkeit dieser Gebirgsvölker, ihr tiefes religiöses Gefühl, ihr thatkräftiger Rechtssinn und die unüberwindliche Tapferkeit, die sie eben erst durch so viele unsterbliche Thaten in Erkämpfung ihrer Unabhängigkeit bewährt hatten, veranlasste die Päbste im fünfzehnten Jahrhunderte, zur Erreichung ihrer politischen Zwecke in Italien, Hülfe bei dem Volke der Schweizer zu suchen, unter dem Vorwande, als sey der heilige Vater und die christliche Kirche in Gefahr. In den Thälern von Unterwalden, Uri, Schwyz, den Städten Bern, Luzern und Zürich erschienen die päbstlichen Legaten und klagten, „wie der heil. Vater und die

2) Die Hauptschriften über diese Rechte sind: *Felix Balthasars* de juribus Helvetiorum circa sacra, d. i. kurzer historischer Entwurf der Freiheiten der Eidgenossen in geistlichen Dingen. Zürich 1768. Versuch einer pragmatischen Geschichte der staatsrechtlichen Kirchenverhältnisse der Eidgenossen. Germanien. 1816 (von *Ild. Fuchs.*). Dazu füge man das Schriftchen: Auch etwas über die Kirchengüter u. s. w. gegen *Geiger* und *Görres*. Zürich 1828. An einer umfassenden historischen Entwickelung dieses Gegenstandes fehlt es noch; vielleicht hat die gelehrte Welt sie vom Herrn D. *Kasimir Pfyffer* in Luzern zu erwarten.

Kirche, die allgemeine Mutter aller Christen, dem Spotte eigener Kinder (der Franzosen), die ihre Feinde geworden, preis gegeben, einzig noch vertraue auf den Schutz und starken Arm des frommen Volks der Schweizer.“ Diese Klagen weckten den religiösen Enthusiasmus dieser frommen Hirtenvölker; vermehrt wurde er durch schmeichelhaftes Lob ihrer alterprobten Treue, als des apostolischen Stuhls ergebensten Verfechter und Beschützer; zum Ungestüm entflammt durch das Versprechen geistlicher Gnaden, Freiheiten, Indulgenzen und Ablässe, womit der Stuhl Petri sie bereichern wolle [3]). So entstanden die Schutzbündnisse der Schweizer mit dem apostolischen Stuhle unter einer Reihe von Päbsten, *Sixtus IV.*, *Innocenz VIII.*, *Julius II.*, *Leo X.*, *Adrian VI.*, *Clemens VII.*, von 1479 bis 1533; ein eigenes Verhältniss, das bei keinem anderen Volke der Christenheit statt fand, knüpfte sie diese ganze Zeit hindurch an Rom; sie waren die Beschützer und Beschirmer (ihrem frommen Glauben nach) des apostolischen Stuhls. Durch ihren Muth demüthigte *Julius II.* zwei französische Könige; mehrmals befreiten sie Italien von fremden Herren, und die Riesenschlachten von Novara und Marignano wurden für Rom geschlagen. Zum Lohne bewilligte ihnen *Sixtus IV.* ihre Kriegsfahnen mit heiligen Religionszeichen zu schmücken, ertheilte den Hauptkirchen zu Zürich, Bern, Luzern den grossen Ablass des Jubiläums der St. Peterskirche in Rom, und erklärte die Eidgenossen für die besten Christen. *Julius II.* schenkte ihnen zwei geheimnissvolle Panner, ein mit Gold und Perlen ausgestattetes Schwert, einen Herzogshut und den Titel: „Vertheidiger der Kirchenfreiheit [4]).“ Das, behaupteten die Päbste in den spätern Zeiten, seyen die Privilegien und Freiheiten, welche die Schweizer vom apostolischen Stuhle empfangen hätten. Sie liessen sich aber nicht täuschen.

Die Erfahrung von dem unschätzbaren Werthe der Ergebenheit dieses treuen Volkes, dazu die Reflexion, welch' eine unüberwindliche Veste der Ultramontanismus habe, wenn er in

3) S.: *Fuchs* Mailändische Feldzüge II. Th. S. 56. f.

4) S.: Pragmatische Geschichte der staatsrechtlichen Kirchenverhältnisse u. s. w.

den Gemüthern dieses Volkes gegründet sey, die Wichtigkeit der Schweiz endlich, zwischen Teutschland und Frankreich, für alle römische Plane nach diesen Ländern hin, waren die Ursache, dass es in Rom eine beständige Aufgabe ward, auch als die politische Bedeutung der Schweiz für Rom längst aufgehört hatte, diese Völker durch ultramontanische Art, Grundsätze und Einrichtungen dem römischen Stuhle eigen und unterwürfig zu machen, und ihr Land gleichsam in eine römische Provinz zu verwandeln. Daher war es eine herrschende Ansicht in Rom, „dass die Nuntiatur in der Schweiz keiner der vielen vorhandenen an Ansehen und Wichtigkeit weiche.“ [5]). Römische Fesseln sollten der Lohn seyn für die grossen Verdienste um den Stuhl Petri. Das Mittel war die Nuntiatur. — Der allgemeine Zweck der Nuntiatur in allen Ländern war bekanntlich, die Isidorischen Dekretalen durchzuführen, d. h. die Bischöffe in abhängige Diener des römischen Stuhls zu verwandeln, und ausser diesem jede andere selbstständige Kirchenautorität zu vernichten; die Rechte der weltlichen Macht in Kirchensachen aufzuheben, oder in blosse Schenkungen und Koncessionen Roms umzustempeln; jede freiere Geisteskultur zu unterdrücken und Völker und Könige unter das päbstliche Joch zu beugen. Die Nuntien selbst traten nicht als Gesandte einer Macht, sondern als eine eigene furchtbare Kirchengewalt, wie römische Unterpäbste, auf [6]).

Dieser allgemeine Zweck modificirte sich in den einzelnen Ländern und brachte eigenthümliche Erscheinungen hervor.

Die früheren Nuntien in der Schweiz, etwa von 1213 bis 1579, ehe die Nuntiatur ständig wurde, waren nicht bloss kirchliche Gewalten, sondern auch politische Geschäftsträger, Lägerherrn (Werbofficiere), die ein schweizerisches Heer nach dem

5) S.: des Italieners *Scotti* kurzer Bericht über die Geschichte der Nuntiatur in der Schweiz, im schweizerischen Museum (1816 2tes Heft) übersetzt. Er selbst war 1640 Nuntius daselbst. Eine merkwürdige Schrift! *Felix Balthasar*, der Verfasser der jura circa sacra, hat eine treffliche Geschichte der Nuntiatur in der Schweiz, in Handschrift, der Bibliothek zu Luzern vermacht. Warum ist sie noch nicht gedruckt?

6) S.: *Mosers* Geschichte der Nuntiatur in Teutschland 1788 und: Versuch einer pragmatischen Geschichte der staatsrechtlichen Kirchenverhältnisse der Eidgenossen. S. 148. ff.

andern über die Alpen führten, und nicht selten Feldherrn, besonders in den Zeiten der kriegerischen Verbindungen der Eidgenossen mit Rom. Sie erschienen bei einzelnen Veranlassungen; ihrer waren oft fünf zugleich in der Schweiz. Das wilde Treiben dieser kriegerischen Legaten, so viel man auch dem Zeitgeiste beimessen mag, übersteigt dennoch allen Glauben. Zwar schonten sie klug die Staatsrechte der Eidgenossen (alte Uebungen und Gewohnheiten genannt) damals so ziemlich, weil sie diesen wunden Fleck kannten und kriegerische Hülfe suchten; aber die Schätze, die sie durch Ablass, Taxen und andere Erpressungen aus der Schweiz schleppten; die Zerstörung aller bischöfflichen Rechte und Gewalt; die Auflösung aller kirchlichen Ordnung und die entsetzliche Sittenverwilderung, die sie dadurch unter dem Klerus herbeiführten, erregen Erstaunen. Die Vollmachten, mit denen ein *Gentilis a Spoleto*, *Pucci*, *Philonardo*, der stürmische *Matthäus Schinner* und der schamlose *Bernardin Sanson* u. A., in die Schweiz kamen, waren wahre Freibriefe gegen alles Gesetz und alle Ordnung, und auf die ausschweifendste Ausübung der Dekretalen gegründet. *Kapizinus de Aureolo* erhielt die Vollmacht: „auszureissen und zu zerstören, zu zerstreuen und zu verderben, zu pflanzen und zu bauen, wie er es für gut fände [7].“ Am merkwürdigsten ist die Vollmacht des *Ennio Philonardo* und *B. Sanson*. Die Frechheit dieser Legaten, der schamlose Unfug mit den römischen Kanzleikünsten und der gänzliche Verfall aller Kirchenzucht und Ordnung, welche ihr Werk war, „schienen der Liebe und Achtung, welche das fromme Volk der Schweizer noch für den allgemeinen Vater der Christenheit hegte, den letzten Stoss zu versetzen [8].“ Die vorher dem römischen

7) S.: *Hottingers* Kirchengeschichte II. Bd. *Fassbinds* Alterthümer von Schwyz ad 1479. *Philonardo* erhielt die Vollmacht, „allen Koncilien, Synodalgesetzen, Statuten, Gebräuchen, auch wären sie mit Eid oder päbstlicher Bekräftigung bestätigt, Abbruch zu thun; er kann alle Appellationen an den Bischoff an sich reissen, alle geistlichen Processe an sich ziehen, ohne gerichtliche Form verhören, schlichten, vollziehen; einer Person so viel Pfründen verleihen, als er will; erlauben, Pfründen zu verkaufen, zu vertauschen, auf Wucher auszuleihen u. s. w. Solcher Raritäten findet man 10 Seiten bei *Hottinger* meth. legendi hist. Helvet. p. 515 — 525.

8) Worte eines Katholiken, des Verfassers des „Versuchs einer pragmatischen Geschichte etc.“

Stuhle so ergebenen Städte Bern, Zürich, wo die Nuntien sich aufhielten, und andere, fielen durch die Reformation vom Pabste ab.

Als der apostolische Stuhl durch das Tridentinische Koncilium und die Jesuiten sich von der schweren Niederlage, die er erlitten hatte, zu erholen suchte, rieth der staatskluge Erzbischoff von Mailand, *Karl Borromeo*, dem Pabste *Pius V.* (Urheber der Bulle coena dei), eine ständige Nuntiatur in der Schweiz zu errichten. Als Zweck wurde angegeben: „damit die Kirchenzucht, die wegen der Nähe des ketzerischen Giftes zerfallen sey, wieder in Flor gebracht und der Ketzerei ein Damm entgegengesetzt werden möge." Acht Jahre lang sträubten sich die Eidgenossen gegen dieses verhängnissvolle Institut, im Vorgefühle der Uebel, die es bringen würde. Ihr Gesandter *Walther Roll*, erklärte dem Pabste: „sie wollten keinen Anlass geben, dass der heilige Vater einen Legaten zu ihnen schicke; sollte aber einer kommen, so wollten sie wissen, was er vorzutragen habe; auch erwarteten sie fest, dass Nichts begehrt werde, was ihren Freiheiten und Gerechtigkeiten entgegen sey [9])." Endlich erhielt der Pabst durch geheime Agenten, besonders vermittelst der Vorspiegelung, wie sehr die Kirchenzucht durch einen ständigen Nuntius gewinnen könne, die Einwilligung der Eidgenossen (1579). Ausser jenen Zwecken aber war es die Aufgabe dieser Nuntiatur, die Beschlüsse des Tridentinischen Konciliums, welche die Schweizer nicht angenommen hatten, in Ausführung zu bringen; die bischöffliche Gewalt und die Kirche unbedingt von Rom abhängig zu machen; die Rechte des Staats in Kirchensachen zu untergraben und soviel als möglich Gewissenszwang und römische Grundsätze zur Herrschaft zu bringen [10]). Zum Glück begann der erste ständige Nuntius *Buonhuomo* sein Geschäft mehr mit italienischer Hitze, als mit Schlauheit. Unter dem Vorwande, die Kirchenzucht herzustellen, suchte er mittelst seiner Visitationen den Grund zu einem förmlichen Inquisitionstribunale in den Thälern der Alpen zu errichten. Empört trieben ihn die Schweizer

9) *Balthasar* l. l.

10) S.: Versuch einer pragmatischen Geschichte u. s. w.

über ihre Gränzen [11]). Seitdem haben die Nuntien unverrückt jenes Ziel vor Augen gehabt und suchten es bald durch kecke Anmassung, Gewalt und Bann, bald durch Schmeichelei und List, durch Parteistiftung und geheime Umtriebe, Bestechung und religiöse Vorspiegelungen zu erreichen. Besonders vergassen sie nie, die Schweizer als die treuesten Söhne der Kirche darzustellen, an deren unbedingten Hingebung an den römischen Stuhl, der sie mit so schätzbaren geistlichen Freiheiten beschenkt habe, nicht zu zweifeln sey [12]).

Trotz der grossen Uebel, welche die Nuntien in der Schweiz stifteten, konnten sie dennoch weder die kirchliche, noch weltliche Unabhängigkeit der Schweizer von Rom zerstören. Die wichtigsten jener Uebel waren, besonders seit der ständigen Nuntiatur, ausser dem beständigen Konflikte mit geistlichen und weltlichen Oberbehörden, Aberglaube und ultramontanische Meinungen, besonders unter dem Klerus; Intoleranz, Religionshass und tiefes Misstrauen zwischen Reformirten und Katholiken, alle Religionskriege der Schweiz waren ihr Werk; endlich die Einführung der Jesuiten sogleich mit der Ankunft des ersten ständigen Nuntius. Alle diese Uebel haben eine ernste Beziehung auf die Gegenwart.

Indessen gelang es den Nuntien erstens nicht, die schweizerische Kirche in die gewünschte Abhängigkeit von Rom zu bringen; der Metropolitanverband mit der gallicanischen und teutschen Kirche und die historischen Garantien gegen die päbstliche Gewalt boten stets eine mächtige Schutzwehr dar. Uns interessirt hier vorzüglich das Bisthum Konstanz. Vor den Beschlüssen der Synode zu Rheinau (1235), die unter die frühesten Versuche, sich gegen römische Eingriffe zu schützen, gehören, bis in die spätesten Zeiten kämpften diese Bischöffe unablässig gegen die Exemtionen, Provisionen, Reservationen, Mandate der Nuntien und die vielfachen andern Eingriffe in die bischöffliche Gerichtsbarkeit und Diözesanrechte, wodurch sie die Selbstständigkeit der Episkopalgewalt zu zerstören trach-

11) *Hottingers* Kirchengeschichte, und Versuch einer pragmatischen Geschichte u. s. w. S. 171.

12) *Scotti* l. l.

teten. Eins der kräftigsten Beispiele energischer Abwehr der Usurpation der Nuntien gab 1712 der Bischoff *J. Franz* in seiner Anklage gegen den berüchtigten Nuntius *Carracioli* bei dem heiligen Vater; er reichte eine Reihe von Beschwerden ein, drang auf Abstellung derselben und berief sich auf die ursprünglichen Rechte seiner bischöfflichen Gewalt [13]). Durch diesen fortgesetzten Widerstand, in welchem die Schweizer ihrem Bischoffe oft den kräftigsten Beistand gewährten, wurde die Selbstständigkeit ihrer Kirche erhalten. Nur die Klöster in der Schweiz fingen die Nuntien früh, schon im dreizehnten Jahrhunderte, an, durch Ertheilung von vielfachen Freiheiten, von der bischöfflichen Jurisdiktion loszureissen. Es gelang ihnen endlich, sie allein und unmittelbar dem römischen Stuhle zu unterwerfen, welchem die Aebte einen eigenen Eid unbedingten Gehorsams schwören [14]).

Eben so wenig vermochten die Nuntien und die römische Kurie zweitens die Staatsgewalt zu unterjochen. Immer wussten die Eidgenossen diesen Legaten durch das eine oder das andere Mittel Schranken zu setzen; an ihren Staatsrechten hielten sie aber mit unerschütterlichem Willen. Beides, sowohl jene (positive) Abwehr, wie diese (negative) Beharrlichkeit sind von hoher Bedeutung für die Gegenwart und erfordern einige Worte der Erläuterung.

a) Nie bezeigten die Schweizer bei dem Unfuge der Legatengewalt die gleichgültige Indolenz, wie andere Völker. In früheren Zeiten trieben sie dieselben gewöhnlich, ohne weitere Umstände, aus ihrem Lande hinaus, als unbefugte Einmischer in ihre Angelegenheiten, wie unter *Leo X.* Des Legaten *Sanson* Abberufung forderten sie gebieterisch vom heiligen Vater, „weil die Irrlehren desselben zu ihrer Seelen Untergang und öffentlicher Schande der Religion gereichten“ (1519). Als *Buonhuomo*, der erste ständige Nuntius, Glaubensgerichte und Gewissenszwang einzuführen begann, wurde auf Tagsatzungen der Schluss gefasst: „da diese Legaten jederzeit in der Eidgenossenschaft

13) S.: *Hottingers* Kirchengeschichte IV. S. 130.

14) S.: *v. Arx* Geschichte von St. Gallen.

Unruhe gestiftet, soll man ihnen in Zukunft keine listigen Umtriebe in ihrem Geschäftsgange gestatten; ihre Geschäfte sollen sie nicht hinterrücks, sondern vor öffentlichen eidgenossischen Landestagen führen. Daher soll man dem gegenwärtigen Nuntius seine Neuerungen, welche die Ruhe ihres Landes stören, untersagen und das Wohl des Vaterlandes den Vorspiegelungen eines in alt-eidgenossischen Gebräuchen und Gewohnheiten unkundigen Legaten vorziehen [15]).“ Eine goldene Lehre für die Nachkommen! Als der Nuntius seinen Unfug fortsetzte, wurde er, wie oben bemerkt, des Landes verwiesen, nicht ohne Schmach und Lebensgefahr. Die folgenden Nuntien, *Paravicini* und *Gantano*, erbitterten abermals den Stolz der Schweizer so sehr, dass sie ihren Nachfolger, *Ludovico*, an den Gränzen abwiesen, und der Graf *von Thurn*, der neue Botschafter, nur durch grosse Klugheit und Stiftung einer Partei die stehende Nuntiatur aufrecht erhielt [16]). Immer verlangten sie zu wissen, mit welchen Aufträgen diese Legaten kämen, wie schon *Walther Roll* dem Pabste erklärt hatte [17]); wohl wissend, dass in einem geordneten Kirchensysteme, wo die weltliche und kirchliche Gewalt (Bischöffe) jede ihre bestimmte Rechtssphäre habe, Nuntien nur diplomatische Personen mit einzelnen Aufträgen seyn könnten; in die römische Idee von Nuntiatur konnten sie sich nicht finden. — Rechtlich hatten die Nuntien in der Schweiz keine andere Befugniss, als die von politischen Gesandten, die zugleich die Primatialrechte, welche dem Pabste zugestanden waren, ausüben mochten; jede Jurisdiction versagten ihnen die teutschen Konkordate [18]). Aber diese Schranken überschritten sie stets. Als der Legat *Carracioli* 1712 den letzten Religionskrieg anfachte, „dessen blutige Ereignisse noch jetzt in Erinnerung brandmarken,“ sagt *Ild. Fuchs* [19]), schrieben die Luzerner voll Schaam und Reue an

15) S.: *Hottinger* Kirchengeschichte.

16) S.: *Scotti* l. l.

17) *Balthasar* l. l.

18) S.: „Versuch einer pragmatischen Geschichte etc.“

19) S.: pragmatische Geschichte etc. S. 175.

den heiligen Vater, und forderten die Abberufung eines Legaten, „der die Geistlichen zum Religionshasse aufgehetzt, mit einem aufrührerischen Janhagel, der keine Stimme habe, den Krieg betrieben, auf den Rath der Weiseren nie gehört und der Republik unersetzlichen Verlust zugefügt habe [20]).“ Der Pabst musste sich fügen. Nie fehlte den Eidgenossen der entschlossene Wille, die Legaten in Schranken zu halten.

b) Was fürs andere die Beharrlichkeit betrifft, mit welcher sie an den Rechten des Staats in Kirchensachen festhielten, so verdienen sie in der That die grösste Bewunderung, weil sie einen beständigen Kampf mit Rom zu führen hatten.

Wir haben oben gesehen, wie diese Rechte zum Theil erst der Kirchengewalt abgerungen werden mussten; desgleichen wie die Bischöffe, namentlich von Konstanz, sich allmählich in die Oberhoheit des Staats in allen zeitlichen Verhältnissen der Kirche fügten. Nicht so Rom. Nie hat Rom in einem kirchlichen Konkordate oder Vertrage, dergleichen die Schweizer überhaupt nie bis auf die neuesten Zeiten mit Rom abschlossen, jene Rechte anerkannt. Aber in die politischen Bündnisse, die sie früher als „Beschirmer der römischen Kirche“ mit den Päbsten abschlossen, rückten sie jederzeit einen Artikel zur Sicherung ihrer Rechte ein. So verpflichtete sich *Sixtus IV.* feierlich (1479) mit den Worten: „Wir werden Sorge tragen, dass in eueren Gebieten, Personen, Jurisdiction, Gütern, Uebungen, Freiheiten und Gewohnheiten, die ihr von alten Zeiten bis hieher erworben, kein Abbruch geschehe [21]).“ Der Sinn ist klar; kamen aber diese Bündnisse zur Sprache, so bekannten die Päbste nach römischer Hermeneutik nie unter jenen Worten die Staatsrechte der Schweizer verstanden zu haben [22]). Desto eifriger wachten die Eidgenossen über jene Rechte; vorzüglich Luzern, der katholische Vorort, wo die Schützung derselben als eine Maxime pabistischer Selbsterhaltung betrachtet wurde.

20) S.: *Simmler*, Sammlungen. Th. II.

21) *Hottinger II.* S. 473.

22) Ein merkwürdiges Beispiel weiter unten.

Nie erkannten sie Beschlüsse von Koncilien oder päbstliche Bullen an, welche diesen Rechten Eintrag thaten. Als das Koncilium zu Konstanz (1416) eine Vorschrift zu Gunsten der Bischöffe in Konstanz erliess, wodurch die gerichtliche und Realimmunität des Klerus von Neuem anbefohlen wurde, ward diese Vorschrift in der Schweiz gänzlich ignorirt; ebenso die bulla coenae. Die Beschlüsse des Kirchenraths zu Trident nahmen sie nur in Absicht der Glaubensartikel (quoad dogmata et sacramentalia), nicht aber der Kirchenverordnungen an (temporalia et disciplinalia), welche den Rechten der Bischöffe und des Staats zuwider und nur eine zeitgemässe Aufstutzung der falschen Dekretalen waren; ebenso wenig, als die teutsche und gallicanische Kirche. Bei diesem Unterschiede beharrten sie und liessen dem heiligen Vater mehrmals ihren festen Willen erklären; alle Versuche Roms, den tridentinischen Kirchenverordnungen in der Schweiz Boden zu gewinnen, waren umsonst [23].

Die helvetische Kirchengeschichte erzählt eine Reihe von Kämpfen, welche die Eidgenossen um jener Rechte willen, mit Rom und der Nuntiatur zu bestehen hatten, vorzüglich über die Real- und Personalimmunität, welche Rom für den Klerus verlangte; sie berichtet von einer Reihe von Bannbullen, welche die Päbste in diesen Kämpfen gegen die Eidgenossen schleuderten von 1150 an, wo die Urkantone 40 Jahre, ohne nachzugeben, den Bann aushielten, bis in die neueren Zeiten herab [24]. Nie zündete der Bannstrahl in den Alpen; von ihren Geistlichen verlangten sie in solchen Fällen immer, dass sie ihren Bürgereid höher, als missbrauchte Kirchengewalt achteten; stellten sie den Gottesdienst ein, so wurden sie ohne Rücksicht jederzeit des Landes verwiesen. Sie wollten allein Herren in ihrem Lande seyn, und hassten fremden Drang ärger, als den Tod. Einige neuere Fälle sind folgende: Im Jahre 1573 that *Gregor XIII.* Luzern in Bann, weil zwei strafbare Priester waren enthauptet worden. Da erhoben sich sämmtliche katho-

23) S.: *Balthasar* l. l. *Hottinger* l. l. Versuch einer pragmatischen Geschichte etc. S. 52. ff.

24) S.: Versuch einer pragmatischen Geschichte etc. S. 99. ff.

lische Stände, erklärten dem Pabste, unter Berufung auf das Koncilium in Basel, dass sie vest auf ihren alten Rechten halten würden. Da stand der heilige Vater vom Banne ab. Gleich erfolglos tobte der Nuntius 1657 gegen Uri. — Im Jahre 1725 entsetzte der Rath von Luzern einen ungehorsamen Priester, *Andermatt* von Udlingenschwyl, woraus der berüchtigte Udlingenschwyler Handel erwuchs. Der stürmische Nuntius *Passionei* verliess Luzern; der Pabst drohte mit dem Banne, erinnerte an die Ehrentitel und geistlichen Freiheiten, die der apostolische Stuhl den Eidgenossen vormals geschenkt, und beschwor sie, von der frevelhaften Antastung der Kirchenfreiheit abzulassen. Umsonst; der Priester blieb entsetzt. Damals musste der heilige Vater sehr ernsthafte Erörterungen über die Rechte der Staatsgewalt in Kirchensachen vernehmen [25]). — Als *Felix Balthasar*, Seckelmeister zu Luzern, im Jahre 1768 seinen öfter erwähnten „kurzen historischen Entwurf der Freiheiten und Gerichtsbarkeit der Schweizer in geistlichen Dingen" herausgab, tobte der Nuntius, und der Pabst *Clemens XIII.*, berüchtigten Andenkens, liess jenes Buch auf die Liste der verbotenen Bücher setzen, „weil es Lehren enthalte, die falsch, verwegen, scandalös, die Rechte, Immunität und Freiheit der Kirche zerstörend und schon längst vom römischen Stuhle verdammt seyen." Allein die katholischen Stände, eingedenk der hohen Wichtigkeit dieses Buchs, in welchem zum erstenmale die alten Rechte der Eidgenossen, gleichsam im Namen der Eidgenossen, gründlich erörtert und deducirt waren, protestirten feierlich gegen dieses Anathema [26]). In der muthvollen Behauptung dieser Rechte übertrafen die Eidgenossen viele andere Völker.

Wir hoffen durch unsere bisherigen Bemerkungen das alte historische Verhältniss der Schweiz zu Rom hinlänglich bezeichnet zu haben. Es lässt sich kurz in folgenden Sätzen zusammenfassen: Durch das Metropolitanverband mit der teutschen und französischen Kirche und die Wachsamkeit der Bischöffe

25) *Hottingers* Kirchengeschichte IV. B.

26) S.: die energische Rede des damaligen Schultheissen *Keller* in Luzern, in der Helvetia 1823. 2. Heft. S. 198 ff.

wurde die Kirche, durch die beharrliche Vertheidigung der alten Rechte in Kirchensachen die Staatsgewalt vor der Abhängigkeit von Rom bewahrt. Auf diese Abhängigkeit arbeiteten aber unablässig die Kurie und die Nuntiatur hin.

Dieses alte historische Verhältniss war der neuen, gänzlich veränderten Stellung, welche das achtzehnte Jahrhundert gegen die päbstliche Gewalt annahm, trefflich angemessen. Dieses Jahrhundert, das man mit Recht das Jahrhundert der Aufklärung und grosser Reformen nennt, hatte es zu seiner Lieblingsaufgabe gemacht, Völker und Regenten von dem päbstlichen Joche zu befreien. Dass trotz des Baseler Konciliums und der darauf gegründeten Konkordate die Isidorischen Dekretale noch so viel Unfug trieben, war hauptsächlich die Schuld der Jesuiten, welche alle Kanzeln des Kirchenrechts in Besitz genommen hatten, und so, als die eifrigsten Vertheidiger des Papalsystems, durch ihre Lehren, die sie dem heranwachsenden Klerus einprägten, die Praxis beherrschten. Auch dem Orden der Jesuiten hatte daher der Genius dieses Jahrhunderts den Untergang geschworen. Durch eine treffliche Vereinigung von historischer Forschung und philosophischer Untersuchung war, wie in andern Gebieten grosser menschlicher Interessen, so auch auf dem Gebiete des katholischen Kirchenrechts, der Morgen einer neuen Zeit angebrochen: die Blösen in dem bisherigen Systeme, welche der Nimbus der Autorität verborgen hatte, wurden aufgedeckt, und die falschen Dekretale als ein Werk des Truges und der Finsterniss erfunden. Der lange Kampf, welcher mit einer seltenen Einstimmung und Gemeinschaft der Schriftstellerwelt und Kabinette, von den grössten Forschern und Gelehrten, — den Teutschen: *Febronius*, *Lebret*, *Peter von Osterwald*, *H. Braun*, dem Spanier *Campomanes*, dem Portugiesen *Pereira* und Venezianer *Contini* — und einer Reihe grosser Minister — *Pombal*, *Carvalho*, *Choiseul*, *Aranda*, *Kaunitz*, *Tanucci* in Neapel — gegen *Clemens XIII.* geführt wurde, endigte mit dem Untergange der Jesuiten und der falschen Dekretale, und der Entstehung eines neuen Kirchenrechts. In Teutschland insbesondere war diese Entwicklung befördert worden durch die Auffindung eines echten Exemplars der Aschaffenburger Konkordate, durch den Kongress und die Punkta-

tionen der vier teutschen Erzbischöffe in Ems, gegen den Missbrauch der päbstlichen Gewalt, das Rescript *Josephs II.*, und die Artikel in den Wahlkapitulationen *Leopolds II.* und *Franz II.* — So war eine gänzliche Revolution in den Ansichten der Völker, der Regenten und des Klerus über die Bedeutung des päbstlichen Stuhls vorgegangen; durch die Vereinigung der Gewalt der Denker und Regenten war ein neues Kirchenrecht entstanden und sogleich durch grosse Reformen practisch ausgeübt worden; dieses Kirchenrecht beruht auf dem Unterschiede der römischen (pabistischen) Kirche, die auf dem Lügencodex des falschen *Isidors*, und der allgemeinen katholischen Kirche, die auf die Kirchengesetze der alten Koncilien gegründet ist. Indem es die Kirchenverfassung, von den falschen Decretalen gereinigt, wieder auf die alten Koncilien zurückführt, stellt es die bischöffliche Gewalt in die ursprünglichen Rechte des Episcopats und die Unabhängigkeit von Rom wieder her, und erklärt die päbstliche Nuntiatur für einen blossen Missbrauch; indem es endlich die kirchliche und die Staatsgewalt in ihre Grenzen weisst, erkennt es die natürliche Oberhoheit der letzteren über die erstere in allen zeitlichen Beziehungen an. Das erste Konkordat auf der Grundlage dieses neuen Codex war das französische, 1811. —

Das historische Verhältniss der Schweiz zu Rom war in dem Lichte dieses auf geschichtliche Kritik und Philosophie gegründeten Kirchenrechts vollkommen gerechtfertigt; die alten Uebungen der Schweizer enthielten Keime, welche nach den Lehren jenes Codex trefflicher Entwicklungen fähig waren. Diese fanden denn auch in neueren Zeiten statt, begünstigt durch die neuen politischen Verfassungen in der Schweiz und die ausgezeichnete kirchliche Verwaltung des Erzbischoffs von Regensburg und Bischofs von Konstanz, *v. Dalberg* und seines Generalvikars, *v. Wessenberg*. Durch die politischen Umwälzungen in der Schweiz gingen die alten Aristokratien und mit ihnen die Unterschiede von regimentsfähigen und dienstbaren Klassen unter; die Mediationsverfassung vereinigte alle Bürger unter gleichen Gesetzen in Einem Rechtsverein. Mit den Grundsätzen dieser Verfassung, eines Werkes der Aufklärung und Humanität, das schnell in allen Zweigen der Kultur, besonders in dem öffentlichen Erziehungswesen neue Lebenskräfte entwickelte,

stand die bischöffliche Verwaltung jener zwei Seelenhirten von seltener Vortrefflichkeit in dem vollkommensten Einklange; denn diese Verwaltung beruhte ganz auf den Principien des neuen Kirchenrechts, das gleichfalls ein Werk der Humanität und Aufklärung war. So wurden denn durch Uebereinkünfte (Konkordate) zwischen den Schweizerregierungen und dem Konstanzischen Stuhle die Verhältnisse der Staats- und Kirchengewalt nach jenem Codex durchaus bestimmt regulirt; der Kultus wurde veredelt, die Liturgie und Ritualien von dem Roste alter Barbarei gereinigt, die Verhältnisse der beiden Konfessionen in den paritätischen Kantonen nach dem Geiste christlicher Liebe und ächter Humanität geordnet und zwischen beiden Religionsparteien der vorher unbekannte Friede wahrer Toleranz mit allen seinen Segnungen gepflanzt [27]. Vorzüglich merkwürdig ist das 1806 zwischen dem Bischoffe und Luzern abgeschlossene Konkordat über die Veredlung des geistlichen Standes, Verbesserung der Pfarrbesoldungen und würdigere Bildung des Klerus [28].

Durch den geistigen Einfluss der Oberhirten und der ausgezeichneten bischöfflichen Kommissarien in den einzelnen Kantonen wich allmählich das römische Schulsystem aus den Köpfen der Geistlichen, und das Episcopalsystem, als Grundsatz der katholischen Kirche, im Gegensatze zu der römisch-isidorischen, ward das herrschende bei dem Klerus in der Schweiz.

Zwar protestirte der Pabst und der Nuntius *Sieberras Testaferrata* gegen alle Anordnungen des Bischoffs von Konstanz, und die ganze bischöffliche Verwaltung wurde später als ketzerisch und ruchlos bezeichnet, weil sie die Rechte der römischen (ultramontanischen) Kirche verletzt habe [29]. Allein die Regierungen nahmen durchaus keine Rücksicht darauf.

27) Das Einzelne, was wir in der Folge zum Theil berühren werden, siehe in der merkwürdigen „Denkschrift über das Verfahren des römischen Hofes gegen *Wessenberg*“ 1818; desgleichen siehe „Sammlung aller Hirtenbriefe und Verordnungen für das Bisthum Constanz; von 1801 — 1813. Constanz 1813.

28) S.: Denkschrift über *Wessenberg* S. 102 ff.

29) S.: Denkschrift etc. die Noten von *Consalvi*.

Im Stillen aber bildete sich der Nuntius und sein verschlagener Auditor eine ultramontanische Partei, besonders unter der Geistlichkeit von Luzern, um mit ihr zu gelegener Zeit die neuen Schöpfungen wieder zu vertilgen. Es war ein grosser Fehler, dass man den Plan, die Nuntiatur abzuschaffen, nicht ausführte; in dem neuen kirchlichen und politischen Systeme passte der Nuntius so wenig, als ein persischer Fakir.

2) Losreissung der Schweiz von dem Bisthum Konstanz.

Als man nach dem Sturze *Napoleons* anfing wieder aufzubauen, was der fünfundzwanzigjährige Sturm an dem alten Staatsgebäude Europas zertrümmert hatte, versuchten auch die Päbste, das verfallene Werk der Hierarchie wieder zu reorganisiren. Unter „die Greuel der Revolution" rechnete man in Rom nicht bloss, was wirklich Folge derselben war; alle Akte der Regentenmacht, der Schriftstellerwelt und der Bischöffe, wodurch die Emancipation der Staatsgewalt, der Kirche und der Völker von den Fesseln des lügenhaften *Isidors* war bewirkt worden, fielen in Rom in dieselbe Kategorie. Mit erstaunenswürdiger Kühnheit reichte *Pius VII.* über eine ungeheure Kluft in dem Geiste *Clemens XIII.* und seinen treuen Mitstreitern, den Jesuiten, brüderlich die Hand; Nichts von dem neuen Kirchenrechte wurde zugegeben, Nichts von den alten Anmassungen aufgeopfert; alle Usurpationen eines rein untergegangenen Zeitalters sollten von neuem in Kraft gesetzt und organisirt werden [30]). Um diesen Zweck zu erreichen war die Wiederherstellung der Jesuiten, als Lehrer des Kirchenrechts und Bildner der aufwachsenden Generationen durchaus nothwendig, aber dieser monströsen Geburt des Mittelalters fehlte überall die Lebensluft; wie schattenähnliche Gespenster irrten die Spätlinge Loyolas im neunzehnten Jahrhunderte unter den Nationen, mit Ausnahme weniger Länder umher, und in Absicht der Regenten fand Rom bald, dass sie das neue Kirchenrecht, welches von ihren Vätern aus den alten Koncilien de-

30) Wer an unserer vielsagenden Behauptung zweifelt, den verweisen wir auf die neuere Zeitgeschichte; er lese nur die Denkschrift über *Wessenberg* und die Noten von *Consalvi* daselbst.

ducirt worden war, nicht vergessen hatten; die Staatsgewalt nahm, mit wenigen Ausnahmen gegen den päbstlichen Stuhl wieder dieselbe Stellung ein, in welche sie zu *Josephs II.* Zeiten getreten war, und die neuen Konkordate wurden auf der Basis des neuen Kirchenrechts geschlossen.

Es ist aus dem Gesagten erklärlich, wie nun in Rom auch das alte Projekt, das in der Einleitung bezeichnet wurde, die Schweiz zu ultramontanisiren, wieder aufgegriffen wurde; ja es musste bei dem durchaus veränderten Verhältnisse der Päbste zu den meisten anderen katholischen Staaten, namentlich den Teutschen, eine noch weit höhere Bedeutung, als vormals, für die römische Kurie gewinnen. Für den Plan, den falschen Dekretalen, die aus den übrigen Ländern verbannt worden waren, eine Zufluchtsstätte zu bereiten, die in der Folge wichtig werden könnte, mitten unter den abtrünnigen Staaten eine päbstliche Factorei für die isidorischen Principien zu gründen, von wo aus ihnen bei günstigeren Umständen wieder in den Nachbarstaaten Boden gewonnen werden möchte [31]), war kein Punkt im europäischen Staatensysteme geeigneter, als die Schweiz.

Die wesentlichen Theile dieses Planes waren: die Kirche in der Schweiz unmittelbar unter Rom und die Nuntiatur zu stellen, und sie mithin von jedem Metropolitanverbande oder Diöcesanverbande mit teutschen Bischöffen abzulösen; dem Klerus wieder die römischen Schulmeinungen einzuimpfen und das neue Kirchenrecht zu anathematisiren; die Schulen unter den Klerus und die Jesuiten zu bringen, und so die ganze geistige Kultur der katholischen Schweiz unter römische Vormundschaft

31) Wer an der Richtigkeit dieser Ansicht zweifelt, dem halten wir von vielen nur e i n e schlagende Instanz vor. Im Jahre 1817 schickte der Pabst den Nuntius *Carlo Zeno* nach Baden „weil Konstanz einer jener Kirchsprengel sey, welche zur Nuntiatur in Luzern gehören.“ Se. königliche Hoheit, der Grossherzog, antworteten dem Pabste: „Die Konstanzische Diöcese, wie sie dermalen besteht, im Genusse der teutschen Kirchen- und reichsgesetzlichen Freiheit, war nie einer Nuntiatur untergeben,“ und wies hiermit das päbstliche Geschenk zurück. Die Denkschrift über *Wessenberg* bemerkt hierbei, dies sei ein Versuch gewesen, eine Strasse nach Teutschland einzuebnen. Die Exkursion des Nuntius aus der römischen Burg, woran er in der Schweiz bauete, war misslungen. S.: Denkschrift über *Wessenberg*.

zu setzen; die Staatsrechte in Kirchensachen, wo nicht ganz aufzuheben, doch practisch so oft als möglich zu verletzen, um so neben dieser verhassten Theorie eine entgegengesetzte Praxis zu begründen, auf die man sich dann berufen könnte; endlich der Nuntiatur wieder eine möglichst ausschweifende Gewalt zu erringen. Mit dem ersten und letzten Punkte musste das Werk begonnen werden, dann gaben sich die übrigen leicht im Laufe einer kurzen Zeitfrist.

In Absicht des ersten Punktes hatte die französische Revolution, die in jedem andern Betrachte dem Pabstthume so verderblich war, durch die Erlöschung so mancher Erzbisthümer treffliche Vorarbeiten geliefert. So waren die schweizerischen Bisthümer Chur, Freiburg, Basel, Sitten, Como (für Tessin) von den früheren Metropolitanverbanden abgelöst worden. Da wir in der Folge diesen Gegenstand nicht wieder berühren, so wollen wir sogleich hier, wiewohl dem historischen Gange etwas vorgreifend, bemerken, dass in der Folge für diese Bisthümer gegen alle kanonische Ordnung der früheren Koncilien, selbst gegen die ausdrückliche Bestimmung des Tridentinums, der Metropolitanverband nicht wieder hergestellt wurde. Denn das Tridentinum fordert ihn bestimmt für jedes Bisthum (Sessio 24. de reform. c. 2.); nach ihm ist die Entbindung von demselben nur eine durch Dispens bestehende Ausnahme von den allgemeinen Kirchengesetzen; wer aber die Dispense nicht sucht, dem können sie nicht aufgedrungen werden [32]). Den Schweizern wurden sie aufgedrungen, und es entstand so die in der Kirchengeschichte unerhörte, aus dem Umsturze der kanonischen Ordnung hervorgehende Erscheinung, dass alle Bisthümer eines Landes in römische Immediatbisthümer unter der Nuntiatur verwandelt wurden.

Die Kernlande der katholischen Schweiz (d. h. der ganze östliche Theil des Landes bis an die Aar, ausser Chur) waren indessen dem teutschen Bisthume Konstanz subordinirt, das früher dem Mainzer, damals dem Regensburger Erzbisthume unter dem Fürstbischoffe *Dalberg* unterworfen war. Zufolge

32) S.: *Feers* Schrift über das Bisthum Basel. Aarau 1828. S. 12. und 42.

des Planes mussten auch diese schweizerischen Länder von dem teutschen Bisthume und Erzbisthume losgerissen und durch Errichtung neuer Bisthümer unmittelbar der römischen Kurie und der Nuntiatur untergeben werden. Manche haben die Losreissung dieser Länder von Konstanz bloss aus dem Hasse der römischen Kurie gegen die Principien der teutschen Kirche, namentlich gegen die Konstanzische Verwaltung und den Generalvikar *Wessenberg* erklären wollen. Allerdings war dieser Hass vorhanden, und zwar in so hohem Grade, dass es in Rom beschlossen war, möglichst alle Anordnungen jener bischöfflichen Verwaltung in der Schweiz wieder auszutilgen. Gleichwohl ging diese Losreissung aus einem höhern Principe hervor, wie bemerkt worden; die Schweiz sollte für alle Zukunft in eine unmittelbare römische Kirchenprovinz verwandelt werden. Wäre der Bischoff von Konstanz auch der fügsamste römische Kurialist gewesen, dennoch wäre die Losreissung erfolgt.

Diese Abtrennung der schweizerischen Diöcesanstände von dem Bisthume Konstanz soll uns in dem gegenwärtigen Abschnitte beschäftigen. Wir haben sie als integrirenden Theil eines umfassenderen Ganzen von Bestrebungen, als Theil eines höheren Planes bezeichnet; diese Beziehung werden wir vest halten, und die Entwicklung dieses höheren Planes in den folgenden Abschnitten erzählen.

Diesen Plan und jeden einzelnen Theil desselben nur zu fassen, vielmehr noch die Ausführung desselben für möglich zu halten, würde bloss das Werk einer chimärischen Einbildungskraft gewesen seyn, wenn man hätte annehmen müssen, dass die Mediationsregierung in der Schweiz von Dauer seyn würde. Denn die Interessen der Humanität und Aufklärung, welche die theuersten und höchsten Staatsinteressen dieser Regierung bildeten, und die Staatsmänner, die am Ruder waren, würden ein unüberwindliches Hinderniss gewesen seyn. Selbst an die Ausführung des ersten Theiles dieses Planes, der Losreissung der Diöcesanstände von Konstanz, war dann nicht zu denken, mochte dieses Vorhaben auch unter einem noch so täuschenden Titel angerathen werden; denn die liberalen politischen Grundsätze erheischten eine veste Garantie für die Erhaltung der liberalen kirchlichen Principien, und diese konnte nur in dem

Diöcesanverbande mit Konstanz gefunden werden. Der Nuntius wusste bestimmt, dass Aargau und Luzern, die zwei bedeutendsten Kantone, die hier die Entscheidung gaben, und mehrere kleinere dieser Ansicht folgten. Die Staatsmänner in diesen Kantonen kannten sehr wohl aus der älteren und neuesten Geschichte ihres Vaterlandes und aus dem Hasse der römischen Kurie gegen *Wessenberg* die Grundsätze Roms.

Allein der Nuntius wusste auch, dass dieses Hinderniss wahrscheinlich sehr bald würde beseitigt werden. Er wusste, dass die alten aristokratischen (regimentsfähigen) Familien in den ehemals aristokratischen Kantonen (Bern, Luzern, Freiburg, Solothurn) nur auf ein äusseres Ereigniss warteten, um ihre verlorenen politischen Vorrechte wieder zu gewinnen und die Mediationsverfassung zu stürzen; und dieses Ereigniss schien mit den Unglücksfällen *Napoleons* (des Stifters und Bürgen der Mediationsverfassung) zu reifen. Der Nuntius selbst und sein gewandter und verschlagener Auditor, *Cherubini*, waren mit dieser Partei in Luzern eng verbunden; sie halfen ihre Pläne im Stillen entwickeln und die Hülfsmittel zu ihrer Ausführung vorbereiten. Diese Partei war mit dem Projecte der Losreissung der Schweiz von Konstanz vertraut und für dasselbe gewonnen; es ist aber nicht glaublich, dass ihr der Nuntius den letzten Zweck desselben (die Ultramontanisirung der Schweiz einzuleiten) enthüllte; es ist wahrscheinlich, dass er ihr, wenigstens den meisten Mitgliedern, dasselbe nur unter der glänzenden Firma vortrug, unter welcher es hernach öffentlich aufgestellt wurde. Uebrigens konnte er mit Grund voraussetzen, dass diese Partei nach ihrem Siege die in solchen Fällen gewöhnliche Maxime der Aristokraten, wenn auch nur für den Anfang, annehmen würde: sich mit der geistlichen Gewalt zu verbinden [33]). Dann konnten entscheidende Schritte für die Gesammtentwickelung seines Planes gethan werden. Grossen Vortheil gewährte ihm noch sein langer Aufenthalt in der Schweiz und die innige Bekanntschaft mit der Persönlichkeit der wichtigsten Männer in Luzern. Er machte unter andern

33) Aus der Einleitung erhellt, dass die alten Aristokratien der Eidgenossen jedoch nie diese Maxime annahmen.

noch vorzüglich die empfehlende Seite geltend, welche jenes Project den höchst mässig begüterten Patriziern durch die Aussicht auf wohlausgestattete Domherrenstellen darbot [34]).

Die Stimmung der drei Urkantone war nicht ungeeignet, ihnen dieses Project (der Trennung von Konstanz) zu empfehlen. Die vielfachen Leiden, welche diese tapferen Alpenbewohner in dem heldenmüthigen Kampfe von 1798, der bei ihnen zugleich ein Religionskrieg war, von den Franzosen erduldet hatten, machte sie der Mediationsakte, als einem Werke *Napoleons*, abgeneigt; zugleich hatten sie sich enger an Rom angeschlossen. Die vielen aufgeklärten Staatsbehörden in diesen Kantonen waren zwar den liberalen Interessen ihres Vaterlandes vollkommen befreundet; aber ihr Hinneigen zu Rom machte es nicht schwer, sie für jenes Vorhaben, wenn es nur als im Einklange mit der Wohlfahrt und Freiheit der Schweiz dargestellt wurde, durch geschickte Insinuationen zu gewinnen. Durch sie konnte es daher am füglichsten angebahnt werden.

Auch die Thätigkeit der Klöster, die, wie in der Einleitung bemerkt wurde, unmittelbar unter Rom und der Nuntiatur stehen, und die Wirksamkeit der ultramontanischen Partei unter dem Klerus von Luzern, welche sich die Nuntiatur in den letzten Jahren der Mediationsregierung gebildet hatte, und deren Wichtigkeit erst später eintrat, konnte mit Vortheil dazu gebraucht werden.

Diese Anbahnung der Trennung von Konstanz beschloss also der Nuntius schon im Jahre 1812, als der Stern *Napoleons* zu sinken begann, wohl wissend, dass die Ausführung erst nach dem Untergange der Mediationsakte möglich sey. Er verbreitete daher in den Waldkantonen die Idee: „dass, gleichwie die politische Unabhängigkeit und Freiheit der Schweiz auf ihrer vollkommenen Unabhängigkeit in politischen Dingen von anderen Staaten beruhe, ebenso die geistliche Gerichtsbarkeit von auswärtigen Bisthümern möglichst getrennt und von inländischen Prälaten verwaltet werden müsse; es sey daher rath-

34) Es ist daher dieses Project von einem geistvollen Schweizer in einem Aufsatze in der Revue trimestrielle 1828 nicht unpassend mit dem Reize, den der Fremdendienst für die Patrizier hat, verglichen worden.

sam, ein grosses **schweizerisches Nationalbisthum** zu errichten und die Schweiz vom Bisthume Konstanz zu trennen [35])." Diese Idee konnte nicht fehlen, eine zauberische Wirkung gerade auf die edelsten Gemüther auszuüben und noch ein Haupthinderniss zu beseitigen, das auch nur auf diese Art zu heben war, nämlich die Liebe der Schweizer zu alten Verhältnissen und die ehrfurchtsvolle Anhänglichkeit an den Fürstbischoff. Wo ein so hohes Gut, dachte man, wie eine schweizerische Nationalkirche (gleich der teutschen und gallicanischen) zu erringen ist, muss jede andere Rücksicht weichen. Denn nicht bloss ein einheimisches, von einem einheimischen Prälaten verwaltetes, sondern zugleich ein auf einer nationalen Basis, d. h. auf eigenthümlichen Freiheiten beruhendes, eben dadurch von Rom unabhängiges, für die Interessen der Schweiz bestimmtes und somit eine Nationalkirche bedingendes Bisthum dachten sich Viele unter einem Nationalbisthume [36]); das Wort war glücklich von der Nuntiatur gewählt! Die Hauptpunkte in dieser Idee waren freilich unbestimmt gelassen worden; desto mehr hatte die Einbildungskraft in ihrer Ausmahlung zu thun. Davon mehr in der Folge. So hatte also die Nuntiatur gerade das Gegentheil von dem hingestellt, was sie im Schilde führte.

Der Landschreiber (Staatssecretär) *Lusser* in Uri, ein staatskluger und gewandter Mann, einer der Gewichtigsten in den Waldkantonen und nicht ohne Ansehen bei den übrigen, wurde veranlasst, zuerst öffentlich mit jenem Plane, ein Nationalbisthum zu stiften, hervorzutreten. Leicht gewann er Uri, dieses leicht Schwyz und Unterwalden, besonders durch den berühmten General *Aloys Reding* in Schwyz, einen mit dem Lorbeere des Krieges und der Bürgerkrone geschmückten Patrioten, dessen edler Charakter allein schon beweist, dass jene Idee nur von ihrer schönen Seite aufgefasst wurde. Nach einigen Vorverhandlungen vereinigten sich am 20. Januar 1813.

35) Die ipsissima verba.

36) Die Folge wird zeigen, dass man das neue Bisthum unter diesem hohen Gesichtspunkte auffasste. Daher die geschickte Zusammenstellung mit der politischen Unabhängigkeit. Hier haben wir es nur mit der ersten Anregung dieser Idee zu thun.

diese drei Kantone in den Beschluss: „Der Nuntiatur ihr Anliegen um Absonderung der schweizerischen Diöcesanstände von Konstanz, auf den Fall der Erledigung des bischöflichen Stuhles vorzutragen." Weiter ging, was wohl zu bemerken ist, ihr Vorhaben nicht. Die Regierung von Uri theilte im Namen der drei Urkantone diesen Wunsch und Beschluss den sämmtlichen Diöcesanständen mit und lud sie zur Vereinigung mit ihnen ein. Die Gründe, worauf dieser Vorschlag gestüzt wurde, waren genau die oben angegebenen. Diesem Antrage entsprachen aber die wenigsten Diöcesanstände, und alle stellten ihm vielfache Bedenklichkeiten entgegen. Die Sache ruhte also bis zur nächsten Tagsatzung in Zürich, den 24. Juni (1813). Als hier die Konstanzischen Diöcesanstände die Rechnungsablage der bischöflichen Sustentationsgelder beendigt hatten, erneuerten die genannten drei Kantone ihre Vorschläge mit denselben Gründen, und stützten sie ausserdem noch auf folgende Reflexion [37]: „Durch die Auflösung des Konstanz. Domcapitels, aus dessen Schoosse sonst der Bischoff gewählt worden, sey beim Absterben des jetzigen Bischoffs die Wiederbesetzung des bischöflichen Stuhls einem ungewissen Schicksale, und die diesem Hirtenstabe unterworfene Heerde der Gläubigen in der Schweiz der bangen Besorgniss preisgegeben, entweder als Verwaiste auf unbestimmte Zeit, ohne regelmässige obere Kirchenleitung, zu bleiben, oder einen Nachfolger sich aufdringen zu sehen, der den hierseitigen Begriffen von Legalität und dem so nothwendigen geistlichen Zutrauen nicht entspreche (diese Worte bezogen sich auf Herrn *von Wessenberg*; man erkennt hierin die Eingebungen des Nuntius). Es sey also nothwendig, zweckmässige Vorkehrungen zu treffen, die um so weniger bedenklich seyen, da es nicht um plötzliche (via facti) Trennung, sondern um vorbereitende Massnahmen für den Fall des Absterbens des Fürstbischoffs zu thun sey."

Bei der Umfrage kam zunächst das Wort an den Luzer-

37) Wir folgen bei unserer Erzählung den Urkunden (abgedruckt in *Tzschirners* Archiv für alte und neue Kirchengeschichte; zum Theil in der Denkschrift über *Wessenberg*) und authentischen mündlichen Mittheilungen. Ein bedeutender Theil der Akten ist auch in dem schweizer. Museum 1816 abgedruckt. Diese Quellen reichen nur bis 1816.

nischen Abgesandten, den Schultheissen *Krauer*, eine der Hauptstützen der Mediationsregierung, voll Erfahrung und Einsicht und von einem hellen Blicke, den nicht so leicht trügerische Vorspiegelungen irre führen konnten. Er bemerkte, tief die römischen Projecte durchschauend, dass die Ansicht, als erwachse aus der Trennung der Schweiz von dem auswärtigen Bisthume Konstanz grössere Unabhängigkeit, auf Schein und Täuschung beruhe; diese Absonderung werde eine Vermehrung der Bisthümer im Innern zur Folge haben; dadurch aber werde die römische Hierarchie, stets geneigt, durch alle ihr zu Gebote stehenden Mittel ihre Gewalt zu verstärken, einen dem Geiste der bestehenden Verfassungen gefährlichen Einfluss gewinnen. Diese Besorgniss sey aus der Geschichte, die deutlich rede, geschöpft. Ein solcher unter der Nuntiatur stehender Bischoff werde dann durch seine bedeutenden Einkünfte und Familienverbindungen neue Mittel erlangen, staatsverderblichen Einfluss zu gewinnen. Diese Gefahren seyen nicht von einem auswärtigen Bischoffe, der nur seine geistlichen Interessen vor Augen habe, am wenigsten von der liberalen bischöfflichen Verwaltung von Konstanz zu fürchten. Darauf erinnerte er an die treffliche Amtsführung des Fürstbischoffs, für welchen das Begehren um Absonderung von den schweizerischen Diözesanständen, für die er stets so grosse Vorliebe gehegt, eine tiefe Kränkung seyn müsse, und schloss dann, dass Luzern auf der Fortdauer der Diözesanverbindung mit Konstanz beharren und die angetragene Absonderung als schädlich verwerfen müsse.

Glarus, Appenzell und Solothurn, die schon von der Nuntiatur gewonnen waren, letzteres durch das Versprechen, den neuen Bischoffssitz zu erhalten, traten den Urkantonen bei. Die Gesandten aller anderen Stände erklärten sich ohne Verhaltungsbefehle; der von St. Gallen setzte hinzu: „der veste Wille seiner Regierung sey, dass keinem Kantone ein Bischoff weder ab- noch aufgedrungen, kein provisorischer Zustand und keinerlei Zwischengewalt eingeführt und kein voreiliger Schritt gethan werde.“

Jedoch traten die sämmtlichen anwesenden Deputirten, die von Luzern, Aargau und Thurgau ausgenommen, dem Antrage bei, eine Kommission zu ernennen, welche ein Gutachten über

die Frage ausstellen sollte: „Ob und was schon dermalen über den im Wurfe liegenden Gegenstand gemeinschaftlich eingeleitet, beschlossen und den hohen Ständen hinterbracht werden solle?“ Die Kommission, die aus fünf Mitgliedern bestand, stattete am 3. Juli ihren Bericht dahin ab: „dass ein fürsorglicher Schritt zu thun sey,“ und gründete diesen Antrag vorzüglich auf das allmähliche Erlöschen des Domkapitels zu Konstanz und auf die Besorgniss einer kritischen Zukunft in kirchlichen Dingen. Wir heben folgende merkwürdige Stelle aus: „Wenn die löblichen Diözesanstände, ohne unter sich einverstanden zu seyn, durch den Todesfall des Fürsten Primas überrascht würden, was liesse sich dann ohne misslichen Zeitverlust Einträchtiges von ihnen erwarten? Welche Spaltungen zwischen ihnen, welche Beunruhigungen in ihrem Inneren dürften sich dann äussern! und welch' ein provisorischer Zustand, welch' eine Ungewissheit seiner Andauer, welche äussere Einflüsse, welche Beschränkungen ihres Willens, man möchte sagen — welche späte Reue, welche Schmach, welche Verantwortlichkeit gegen die Nachkommen möchten dann besorglich hervorgehen!“ Merkwürdige Worte, in welchen diese Kommissarien eine dunkle Ahnung von den Folgen eigener Verschuldung und nicht von dem Tode des Fürsten Primas schienen ausdrücken zu wollen [38]).

Die Kommission legte sodann ein an den Fürstbischoff gerichtetes Entwurfschreiben vor, worin, nach abgestattetem Danke für desselben liebevolle Sorgfalt für die Schweizer während seiner Amtsverwaltung, die Mittheilung gemacht wurde: „Die eidgenössischen Diözesanstände sähen sich durch die schwankende Lage des Domstiftes zu Konstanz bewogen, jetzt schon auf Errichtung neuer bischöfflicher Gewalt und Würde im Schoosse der Nation bedacht zu seyn und eine nähere und bestimmte Fürsorge dem Ereignisse vorangehen zu lassen, wozu Se. k. Hoheit um gütige Beistimmung und Mitwirkung ersucht werde.“ Dieses Entwurfschreiben wurde von den Gesandten

38) Vgl. die vorige Note. (Wir müssen hier bemerken, dass, wenn im Folgenden auf eine frühere Note zurückgewiesen wird, meistens die Stelle im Texte selbst gemeint ist.)

der Stände (ad referendum et ratificandum) nach Hause genommen, um es ihren Regierungen vorzulegen. In der angeführten dunkeln und andeutenden Stelle war freilich immer nur noch von Vorbereitungen die Rede; gleichwohl musste die wirkliche Absendung dieses Schreibens an den Fürstbischoff der erste entscheidende Schritt werden. Der Nuntius bot daher alle Mittel, über die er verfügen konnte, auf, um die Regierungen zu diesem Schritte zu bestimmen. Auch war er überall glücklich, ausser in Luzern und Aargau. Der erstere Kanton beharrte vest bei seiner Weigerung, und der letztere trat, höhere Rücksichten den Interessen des Nuntius vorziehend, durchaus den Ansichten Luzerns bei. So wurde denn jenes Entwurfschreiben im Herbstmonate 1813, von allen Ständen, ausser den genannten, genehmigt und unterzeichnet, durch die Regierung von Uri an seine Aufschrift abgeschickt. Die Antwort des Fürstbischoffs war zwar verbindlich, aber gleich unbestimmt, wie die an ihn gestellte Bitte. „Er werde," sagte er darin, „als Bischoff und Metropolit mit Vergnügen Alles beitragen, was die verlangte Diözesaneinrichtung, die das Beste der Religion und das Wohl des Vaterlandes zugleich so nahe berühre, in Liebe und Eintracht vorbereiten und berichtigen könne."

Wir bemerken hier, dass bei allen bisherigen Verhandlungen und den darauf Bezug habenden Schreiben immer nur von vorbereitenden Schritten die Rede ist, und zwar auf den Todesfall des Fürstbischoffs; von einer Trennung während der Lebzeiten desselben war noch nicht die Sprache, vielweniger von einer gesetzlosen faktischen Trennung.

Indessen näherte sich der Kriegssturm im Jahre 1813 auch den Gränzen der Schweiz, und eine ausserordentliche Tagsatzung versammelte sich im Wintermonate in Zürich. Der Nuntius wusste, dass mit dem Einrücken der fremden Heere, trotz der Neutralitätserklärung, die Mediationsregierung fallen und somit das grösste Hinderniss, welches der Ausführung seines Planes im Wege stand, verschwinden würde. Er beschloss demnach, schon jetzt einen Schritt einzuleiten, der nach jener Katastrophe unfehlbar zum Ziele führen müsste. In Folge seiner Eingebungen, beschloss auf jener Tagsatzung die Mehrheit von zehn Gesandten der betreffenden Diözesanstände, in der

32*

Sitzung vom 19. Nov., eine Deputation an den Fürstbischoff *von Dalberg*, der durch die Ereignisse gezwungen, Teutschland für den Augenblick zu verlassen, sich damals in Zürich aufhielt, mit der Bitte abzusenden: „er möge eine schriftliche Einwilligung ertheilen zur wirklichen Trennung von Konstanz, wenn der Pabst den von ihnen getroffenen Diözesaneinrichtungen seine Sanction würde ertheilt haben.“ Luzern, Aargau und Zug nahmen keinen Antheil an diesem Schritte. Der Fürstbischoff gab zu Handen der Versammlung die schriftliche Erklärung: „Er werde ein verehrungsvolles Schreiben an Se. Heiligkeit erlassen und sich der väterlichen Entscheidung desselben unterwerfen in Betreff der Frage: ob und welche Kantone von dem Bisthume Konstanz wirklich zu trennen seyen?“ Dann drückte er noch den Wunsch aus, lebenslänglich noch den bischöfflichen Beruf in der Schweiz, für die er so viel Liebe hege, zu verwalten. Diese Erklärung des erlauchten Prälaten, der die ungetrübte Achtung der ganzen gebildeten Welt genoss, hätte, sollte man denken, die Stände bewegen müssen, den ausgedrückten Wunsch, der den Willen desselben deutlich genug aussprach, in soweit zu berücksichtigen, dass sie bei seinen Lebzeiten von ihrem Vorhaben abstanden. Sie hatte aber die entgegengesetzte Wirkung. Die Stände folgten den Vorstellungen des Nuntius, der ungesäumt auf Entwerfung eines Schreibens an den heil. Vater drang, in welchem die Wünsche in Absicht der Trennung von Konstanz und der Errichtung eines Nationalbisthums sollten vorgetragen werden. Dieses Schreiben wurde von den Gesandten der zehn Stände Uri, Schwyz, Unterwalden, Solothurn, Glarus, Zürich, Appenzell, St. Gallen, Schafhausen und Thurgau entworfen, ihren Regierungen vorgelegt und von diesen genehmigt. Luzern, Aargau und Zug hatten von aller Theilnahme an diesen Verhandlungen abstrahirt.

Ehe dieses Schreiben aber nach Rom abgehen konnte, war bereits der politische Zustand Helvetiens gänzlich verändert Wir können dieses wichtige Ereigniss nicht ganz unbeachtet lassen; wir müssen es, wenn auch nur mit wenigen Worten, wenigstens in der allgemeinen Beziehung, die es auf den Gegenstand unserer Erzählung hat, auffassen.

Mit dem Einmarsche der fremden Heere in die Schweiz war in den Kantonen Bern, Solothurn, Freiburg und Luzern von den alten Herrscherfamilien die Mediationsverfassung durch eine Revolution gestürzt und die vor 1798 bestehenden Aristokratieen der regimentsfähigen Familien mit ihren politischen Vorrechten wieder restaurirt worden. Dieses Ereigniss führte für die Schweiz, als Bundesstaat, die Aufhebung der Mediationsakte herbei. Aber die Verfassungen aller anderen Kantone blieben entweder, wie sie seit 1798 nach dem politischen Codex des achtzehnten Jahrhunderts sich entwickelt hatten, oder wurden doch im Wesentlichen auf die Basis der Mediationsakte, Gesetzesgleichheit und gleiche politische Berechtigung für alle Bürger, gebaut. So wurden also in das neue Föderativverband der Schweiz zwei entgegengesetzte politische Systeme aufgenommen; das eine bildete die Gruppe der erwähnten restaurirten Aristokratieen; das andere die Gruppe aller anderen Kantone. Natürlich hegten diese verschiedenartigen Gruppen verschiedene Interessen, und entwickelten sich zu entgegengesetzten Tendenzen. Aus diesem inneren Bruche in dem föderalistischen Systeme der Schweiz erklären sich die meisten politischen Erscheinungen seit jener Zeit [39]).

Jene drei katholischen Aristokratieen vergassen nun ganz, besonders im Anfange, die Weisheit ihrer Vorfahren in der Stellung gegen Rom und die geistliche Gewalt; sie verbanden sich mehr oder weniger, am meisten Freiburg, mit dieser Macht gegen die zurückgesetzten Volksklassen, und machten es dadurch den Nuntien möglich, rasch nach allen Seiten hin ihren Plan zu entwickeln [40]). In Luzern, das nun vorzüglich wichtig für unsere Geschichte wird, hatte der Schultheiss *Rüttimann*, an der Spitze der alten Aristokraten, die Mediationsverfassung gestürzt und den Schultheissen *Krauer*, so wie die anderen liberalen Staatsmänner, verdrängt. Der kleine Rath (Regierung) der neuen aristokratischen Verfassung wurde von den alten Jun-

39) Trefflich ist dies entwickelt in der Schrift: Ueber die Schweiz von einem schweizer. Vaterlandsfreund. Stuttgart 1815.

40) Wir bitten die Leser, diese und die folgenden Bemerkungen, als den Schlüssel zu Vielem, wohl zu beachten.

kerfamilien besetzt. Die Mehrheit der Mitglieder des kleinen Raths trat in Allianz mit dem Nuntius und seiner Partei. Auch der Schultheiss *Rüttimann* neigte sich zu dieser Partei hin. Anfangs ergriff er die ganze Leitung des Bisthumsgeschäftes im Sinne des Nuntius. Wie weit er hierbei die höheren Interessen seines Vaterlandes im Auge behielt, mag die Geschichte selbst verkünden. Vielfach gehindert und beengt wurde diese Partei von dem zweiten Schultheissen, *Keller*, auch einen Aristokraten, aber von der edelsten Art. Was in der Verfassung Nationelles blieb (allerdings mehr, als in den drei anderen Aristokratieen), war ihm zu verdanken. Auch in dem Volke erkannte er Rechte an. In Absicht des Klerus nahm er ganz die weisen Maximen der Vorfahren an; die Usurpationen der Priesterschaft fanden an ihm einen entschlossenen und unbeugsamen Gegner; darum hassten sie und der Nuntius ihn von ganzer Seele. Der Bisthumssache war er gram und nahm keinen Theil an ihr.

Wir ergreifen nun wieder den Faden der Erzählung. Luzern trat, wie bemerkt, nun an die Spitze der Verhandlungen und sandte das oben erwähnte Schreiben nach Rom ab (unterm 16. April 1814.). Nachdem das Anliegen, ein Nationalbisthum zu errichten, vorgetragen war, heisst es in diesem Schreiben weiter: „dass sich vorerst das Ansuchen der Diözesanstände dahin beschränke, dass sie das, was ihnen nach reifer Ueberlegung, gemäss den kanonischen Vorschriften, nöthig erscheine, der klugen Einsicht Sr. Heiligkeit vorlegen dürfen; seyen diese Vorschläge von Hochderselben gebilligt, dann möchten Se. Heiligkeit erklären, dass die unterzeichneten Stände vom Bisthume Konstanz getrennt seyen. Durch gegenwärtiges Schreiben bitten sie also nicht, nun gleich in diesem Augenblicke vom Bisthume Konstanz losgerissen zu werden, wohl aber um die Zusicherung der väterlichen Gnade, dass, sobald das Obenbezeichnete in gehörige Ordnung gebracht sey, die Trennung bewilligt werde.“ In demselben Geiste war auch die Antwort des Pabstes abgefasst. „Er ertheile,“ sagt er darin, „dem Gesuche der Stände seine Einwilligung; jedoch wolle er im Voraus erinnern, dass erst Mehreres vorhanden seyn müsse, nämlich eine Kathedralkirche, ein Domkapitel, ein Seminarium, ein Dotationsfond, kurz Alles, was die heiligen Kirchengesetze weis-

lich und fromm verordnen. Deswegen habe er seinen klugen Nuntius beauftragt, Alles vorzubereiten, was auf die Behandlung der Sache Bezug habe."

Aargau und Zug hatten weder jenes Schreiben unterzeichnet, noch an der ganzen Sache ferneren Theil genommen.

Die Stände hatten also gebeten, dass erstens die Trennung erst vollzogen werden solle, wenn alle Requisiten für das neue Bisthum vorhanden seyen, weil sie auf jeden Fall ein Provisorium vermeiden und unmittelbar aus dem alten Verbande in das neue Bisthum übergehen wollten; zweitens, dass die Trennung selbst nach kanonischen Gesetzen und in der rechtlichen Procedur erfolgen solle. Dasselbe versprach und besagte denn auch das päbstliche Antwortschreiben.

Das päbstliche Antwortschreiben war schon unterm 7. Oktober erlassen, aber erst am 31. December 1814. den Ständen von der Nuntiatur mitgetheilt worden. Ihm war ein Begleitschreiben des Nuntius beigelegt, das von der entscheidendsten Art war. Er sagte darin: „dass er bereit sey, Alles zu erfüllen, was Se. Heiligkeit ihm aufgetragen habe. Er mache anbei noch die Anzeige, dass er ein apostolisches Breve über die bereits vollzogene Trennung der Schweiz von Konstanz schon an den Bischoff *von Dalberg* abgeschickt habe. Auch habe der heilige Vater durch ein anderes apostolisches Breve für jetzt den Probst von Beromünster, *Fr. Bernh. Göldlin* von Tiefenau, zum apostolischen Vikare der abgesonderten Diözesanstände ernannt."

Noch mehr; kaum waren diese Schreiben an die Stände abgeschickt (am 31. December), als der Nuntius schon am folgenden Tage (1. Januar 1815.), folglich noch ehe die Regierungen jene Schreiben empfangen, geschweige denn beantwortet haben konnten, ein Kreisschreiben an die sämmtliche Geistlichkeit der Konstanz. Diözesanstände erliess, worin mit grossem Jubel die Trennung verkündigt, die „aus mehr zu beweinenden, als wieder anzuführenden Ursachen herbei geführt worden sey" (er meint die bischöffliche Konstanz. Verwaltung), und der Probst *Göldlin* als Vikar proclamirt wurde. Noch an demselben Tage stellte ihm der Nuntius die Ernennungsakte zu, und

setzte ihn schon am 10. Januar feierlich in seine Würde ein. So liess der Nuntius, während die Regierungen staunend da standen, einen Schlag auf den anderen folgen.

Durch dieses Verfahren war der ruhige, gesetzlich vorbereitende Gang der Verhandlungen verlassen und die Schweiz plötzlich und gewaltsam von Konstanz losgerissen worden. Diese Losreissung stand nicht allein mit dem Willen der Diözesanstände, wie von selbst erhellt, sondern auch mit dem päbstlichen Breve (vom 7. Oktober 1814.) im Widerspruche. Der letztere Widerspruch war indessen bloss scheinbar; der Nuntius handelte in völligem Einverständnisse mit Rom [41]).

Diese gewaltsame Losreissung war in dem Plane der Nuntiatur nothwendig. Hätte man die Eidgenossen nach ihrem Willen auf dem Wege ruhiger Verhandlung unter der fortdauernden Bisthumsverwaltung des Fürstbischoffs *von Dalberg* die neuen Bisthumseinrichtungen mit Besonnenheit vorbereiten lassen, so war für die Nuntiatur zu befürchten, dass die Grundverhältnisse des neuen Bisthums nach denselben Principien, auf welchen das alte beruhte, möchten regulirt werden, d. h. auf den Principien des Episkopats und der alten Gerechtsame der Schweizer in Kirchensachen. Das wollte Rom nicht. Auch war zu befürchten, dass ein umfassendes Nationalbisthum ge-

41) Der angedeutete Widerspruch mit dem Breve vom 7. Okt. musste den Uneingeweihten um so auffallender erscheinen, als das Begleitschreiben der Nuntiatur vom 31. Dec. von zwei Breven sprach (das eine an den Bischoff von Konstanz, das andere die Ernennung des Generalvikars betreffend), deren keines den Ständen zu Gesichte gekommen war; ja, später wies es sich aus, dass das letztere damals (am 31. Decbr. 1814) noch nicht existirte, indem es erst am 11. Jan. 1815 in Rom ausgefertigt und im Laufe des Februar den Ständen mitgetheilt wurde. Gleichwohl handelte der Nuntius im Einverständnisse mit Rom. Ihm lag Alles daran, die Herbeiführung eines Provisoriums möglichst zu beschleunigen. So wie er daher erkannte, dass durch die politische Umwälzung in der Schweiz eine Lage eingetreten sey, welche geeignet wäre, durch einen gewaltsamen schnellen Akt jenes Ziel zu erreichen, behielt er das Breve vom 7. Okt., das zu diesem Plane nicht mehr ganz passte, zurück, bis jener Akt vorbereitet, d. h. bis in der Schweiz mehreres eingeleitet und dem Bischoffe von Konstanz das Trennungsdecret zugeschickt worden war. Dann erfolgte der Schlag, wobei das Ernennungsdecret des Generalvikars anticipirt werden durfte. Die päbstlichen Nuntien haben immer die weite Vollmacht, nach der Lage der Dinge und der Beschaffenheit der Umstände zu handeln. S. Versuch einer pragmatischen Geschichte u. s. w. S. 184.

stiftet würde; auch dass wollte Rom nicht. Das Alles zu vereiteln, diente trefflich das Provisorium, zumal in einem Zeitpunkte, wo, in Folge der neuen politischen Ereignisse, Spannung und Misstrauen unter den Ständen herrschte. Endlich war dieses Provisorium nothwendig, um die oben angedeuteten übrigen Theile des römischen Plans zu entwickeln. Denn es trat nun eine Art kirchlicher Anarchie ein; der Generalvikar und die andern kirchlichen Autoritäten wurden zu Nullen; der Nuntius wurde überall die bestimmende Gewalt und verfolgte mitten in dieser Anarchie mit kluger und vester Hand seine Plane.

Dieser Akt gewaltsamer Losreissung der Schweiz von Konstanz war indessen nicht allein in seinen Folgen verderblich; er, so wie die darauf folgenden Schritte (die Ernennung des Generalvikars, das Kreisschreiben an die Geistlichkeit u. s. w.), war auch an sich eine Verletzung des wichtigsten landesherrlichen Rechts in Kirchensachen, des Rechts der Einwilligung und Mitwirkung des Staats bei allen Verfügungen der Kirche; er war endlich völlig unkanonisch, eine Verletzung der Rechte des Episkopats, ein Akt gesetzloser Willkür, wie die Folge zeigen wird.

Es war vorauszusehen, dass sich von Seiten der Stände Widersprüche gegen dieses Verfahren erheben; dass sie aber so unbedeutend seyen und so leicht beschwichtigt würden, als wirklich der Fall war, kann nur aus dem begriffen werden, was wir oben über den innern Bruch der Eidgenossenschaft und über das veränderte Verhältniss der neuen Aristokratieen zur geistlichen Gewalt bemerkt haben.

Pflichtmässig musste Luzern, das seit 1814 wieder katholischer Vorort geworden war, mit seinen Beschwerden auftreten. In einem Kreisschreiben (vom 11. Jan. 1815) an die Diözesanstände tadelte dieser Stand, dass die Regierungen, als Landesherren, bei dem Verfahren der Nuntiatur nicht seyen berücksichtigt worden; er gestand, dass ihm weder ein päbstliches Breve über die Ernennung des Probstes *Göldlin* zum apostolischen Vikar [42]), noch eine Rückäusserung des Bischoffs von Konstanz über die erfolgte Trennung zu Gesicht gekommen sey;

42) Natürlich; es wurde erst zu dieser Zeit in Rom ausgefertigt. Sollte das Herr *Rüttimann* nicht gewusst haben?

er glaubte indessen zur Vermeidung grösserer Verwirrung den Generalvikar „in Betracht der erhabenen Eigenschaften und der vaterländischen Gesinnungen desselben (er gehörte zur ultramontanischen Partei unter dem Klerus in Luzern) anerkennen" und das angeordnete Provisorium genehmigen zu müssen. „Jedoch wolle er den Ansichten der anderen Stände hiermit nicht vorgreifen, und dringe auf die schleunige Eröffnung einer Konferenz, damit der Zwischenzustand sobald als möglich aufhöre." So wollte demnach Luzern den Zwischenzustand bald möglichst beendigt haben, und gab doch das einzige Mittel, wodurch dieses Ziel erreicht werden konnte, die Nichtanerkennung des angeordneten Provisoriums, aus der Hand! Inzwischen musste der Glaube an die Aufrichtigkeit dieser Beschwerdeführung gänzlich verschwinden durch ein, schon vier Tage vorher, von demselben Stande erlassenes Kreisschreiben. In diesem Schreiben hatte Luzern die Diözesanstände aufgefordert, ihren Gesandten für die Tagsatzung in Zürich Instruktionen zu ertheilen über einen von Uri gemachten und von Luzern genehmigten Antrag, der dahin ging, dem heil. Vater unverweilt zu danken für die erfolgte Trennung der Diözesanstände von Konstanz. Jenes Schreiben berichtete ferner, dass Luzern bereits eine Zuschrift an den Nuntius (unterm 4. Januar) abgesandt habe, welche „die lebhaftesten Dankgefühle gegen den Oberhirten für die gewährte Trennung von Konstanz und die hierdurch mittelbar erzeugte unbegränzte Hochachtung gegen die päbstlichen Botschafter" ausdrückte.

Weit ernstlicher und bedeutender war der Widerstand der meisten andern Diözesanstände. In den Zuschriften unter sich, an das Domkapitel zu Konstanz und an die Nuntiatur[43]) erklärten sie — und besonders Aargau, das an der Spitze der Opposition stand — wie sehr der Akt der gewaltsamen Losreissung und das darauf angeordnete Provisorium ihren Absichten zuwider sey. Nach kirchenrechtlichen Grundsätzen habe das Ordinariat in Konstanz so lange fortdauern müssen, bis der Uebertritt in eine geordnete Bisthumsverwaltung habe statt finden können. Eine förmliche Einwilligung und Mitwirkung

43) S. die Akten l. l.

der souveränen Landesbehörden; die ausdrückliche und förmliche Zustimmung des Fürstbischoffs und des Domkapitels; die feierliche Entbindung der Bisthumsangehörigen von ihren Pflichten gegen ihre bisherigen geistlichen Oberen seyen wesentliche Bedingungen, welche der Trennung von Konstanz und der Anordnung eines Provisoriums hätten vorausgehen müssen. Selbst bei der Einsetzung des Generalvikars habe man die Rechte der Landesbehörden umgangen. Man könne daher diese Schritte der Nuntiatur nicht anerkennen, zumal sie dem päbstlichen Breve vom 7. Oktober widersprächen.

Diese Beschwerden suchte der Nuntius dadurch zu heben, dass er den Hergang der Sache theils durch Unwahrheiten beschönigte, theils durch Grundsätze sanktionirte, welche aus dem Codex der falschen Dekretale genommen und viel bedenklicher waren, als alle bisherigen Thathandlungen. Er erklärte nämlich in mehreren Schreiben an den Kanton Aargau [44]): „In dem päbstlichen Breve vom 7. Okt. sey allerdings einer wirklich vollzogenen Trennung keine Erwähnung geschehen; allein ein späteres Rescript des heil. Vaters an die Nuntiatur und ein gleiches an den Bischoff von Konstanz spreche die wirklich geschehene Trennung aus. Wenn das päbstliche Breve an den Bischoff *Dalberg* den Ständen nicht mitgetheilt worden sey, so liege der Grund darin, dass es wegen seines Inhaltes nicht kund gemacht werden könne [45]). Indessen sey die Mittheilung dieser Rescripte an die Diözesanstände gar nicht nöthig gewesen, weil durch den Minister (den Nuntius) der Fürst (Pabst), spreche, und daher das Schreiben des erstern vom 1. Jan. an die Regierung und Geistlichkeit eine hinlängliche Bürgschaft für die Willensmeinung des heil. Vaters sey [46]). Indessen sey es gar nicht nöthig, dass dem Uebergange aus einer bischöfflichen Verwaltung in eine andere eine förmliche öffentliche Erklärung des bisherigen Bischoffs vorangehe; sondern

44) Schreiben der Nuntiatur an den Stand Aargau vom 20. Januar und 4. Hornung 1815.

45) Wir werden später sehen, worauf sich dieses bezieht.

46) In dieser Passage wird also das Recht der Einwilligung und Mitwirkung der Regierung in Kirchensachen geläugnet; es sey genug, wenn ihr, der unterworfenen, der Minister des Pabstes den höheren Willen Sr. Heiligkeit mittheile.

nach kirchenrechtlichen Gesetzen müsse der Oberhirt in solchen Fällen das Geschäft untersuchen, d. h. er lasse sich die Gründe und Dokumente der einen Partei vorlegen und verhöre dann auch den Bischoff, gebe darauf den Ausspruch und mache die Entscheidung beiden Parteien bekannt. Dieser Gang sey in dem vorliegenden Geschäfte genau befolgt worden." Nach diesen Grundsätzen steht es mit den Rechten der Landesherrn nicht besser, wie mit den Rechten der Bischöffe. Ferner heisst es in dem gedachten Schreiben: „Zudem habe der Herr *von Dalberg* auf das ihm zugeschickte apostol. Rescript, welches das Erlöschen aller geistlichen Gerichtsbarkeit des Konstanz. Ordinariats in den schweizerischen Diözesankantonen ausspreche, am 2. Jan. dieses Jahrs geantwortet und die Nuntiatur seiner Ehrfurcht und der vollkommenen Unterwerfung unter die Verfügungen des heil. Vaters versichert[47]). Indessen sey auch diese Erklärung überflüssig da, wo der Pabst in Folge seiner kirchenrechtlichen Machtfülle den Ausspruch gethan habe. Die Gewissheit von diesem Ausspruche müsse gänzlich die Gewissen derjenigen beruhigen, welche die göttliche Einsetzung der Kirche und ihre göttliche Hierarchie kennen. Weniger noch habe der Widerstand der Officialität und des Domkapitels von Konstanz zu bedeuten, weil diese nur bischöffliche Beamten seyen, die bischöffliche Gewalt aber allein in dem Bischoffe ruhe, der sie durch sich selbst oder seine Beamten ausübe[48]). Von diesem Gesichtspunkte aus müsse die Trennung von Konstanz beurtheilt werden, und daher falle nothwendig der Theil der Schweiz, welcher sich der Vollziehung der Verordnung der Nuntiatur vom 1. Jan. widersetze, in einen schismatischen Zustand, und alle Geistlichen, die sich durch die Bande, welche sie an die Konstanzische Officialität knüpfen, mit der Kirche verbunden glauben, seyen wirklich

47) Dies war eine Unwahrheit, wie die Folge zeigen wird.

48) Hiermit waren also auch die Rechte des Domkapitels über den Haufen geworfen. Mit dem Episkopalsysteme ist das Kollegialsystem wesentlich verbunden, d. h. das Domkapitel bildet nicht eine Anzahl von blossen Dienern des Bischoffs, sondern ein Kollegium, das seine eigenen Rechte hat, und ohne dessen Einwilligung der Bischoff keinen wesentlichen Akt verrichten kann. Nach dem Papalsysteme, von dem der Nuntius ausgeht, ist das Domkapitel nur ein Bureau des Bischoffs.

Schismatiker (d. i. Ketzer), und müssen von dem Nuntius als solche erklärt werden."

Dies war ein kühner und gelungener Versuch, die isidorischen Dekretale wieder in Ansehen zu bringen. Nach alter Form schliesst dieses Schreiben mit der Drohung der Exkommunikation. Dieses Schreiben war aber um so bedenklicher, als es im Wesentlichen auch die Grundsätze aufstellte, nach denen das neue Bisthum errichtet werden würde. Gleichwohl schwiegen die Stände und kamen aus Mangel an Eintracht zu keinem entscheidenden Resultate. Selbst Aargau, das am längsten Widerstand geleistet hatte, unterzog sich zuletzt dem Provisorium „um seinen Mitständen einen Beweis freundschaftlicher Gesinnungen zu geben." Indessen müssen wir bemerken, dass dieser Stand, sowie die andern, die gleich mit ihm dachten, nicht so leicht sich gefügt hätten, wenn sie nicht durch die ausdrücklichen Versicherungen des Generalvikars, „dass er seine Vollmachten nie anders, als in den, von dem Fürstbischoffe von Konstanz zum Staate und den katholischen Kantonen beobachteten, altbestandenen Verhältnissen getreulich ausüben werde[49])." Freilich hätte man dieser Versicherung, deren Erfüllung Aargau ausdrücklich zur Bedingung der Annahme des Provisoriums machte[50]), nicht trauen sollen; denn diese altbestandenen Verhältnisse, oder mit andern Worten, die auf den Grund der alten Rechte der Schweizer in Kirchensachen und nach den Grundsätzen des gereinigten Kirchenrechts geordneten kirchlichen Verhältnisse mit Konstanz, widersprachen geradezu den römischen Grundsätzen in dem erwähnten Schreiben der Nuntiatur, und waren in Rom als ketzerisch betrachtet worden. Noch müssen wir bemerken, dass Aargau nie eingestand, dass es rechtlich vom Diözesanverbande mit Konstanz getrennt sey. Noch am 17. Mai 1816 erklärte dieser Stand in einem Schreiben an den Generalvikar, „dass der Stand Aargau noch keineswegs vom Konstanzer Sprengel getrennt sey[51])."

49) Schreiben des Generalvikars *Göldlin* an den Stand Aargau vom 28. Jan. und 3. Februar 1815.

50) Schreiben von Aargau an den Generalvikar vom 30. Jan. 1815.

51) Abgedruckt in der Zürcher Monatschronik 1816.

Wir wollen nun einen Blick auf das würdige und energische Betragen des Fürstbischoffs und des Domkapitels von Konstanz werfen.

Der Fürstbischoff (*von Dalberg*) hatte den Wunsch, welchen ihm die Diözesanstände der Schweiz im November 1813 mitgetheilt hatten, dem Pabste vorgetragen, und seine Einwilligung in die Trennung derselben von Konstanz, um ein eigenes Nationalbisthum zu errichten, unter der Bedingung ausgesprochen, dass diese Trennung nach kanonischen Gesetzen erfolge, und die Einwilligung aller betheiligten Behörden vorhanden sey [52]). Darauf folgte das päbstliche Breve vom 2. Nov., das die gewaltsame faktische Trennung aussprach, und das wir sogleich anführen werden. Gegen diese Art der Trennung protestirte der Fürstbischoff in einem Schreiben an den heil. Vater (wovon sogleich das Nähere) und gab davon den Diözesanständen in einer Zuschrift an den Altlandammann *Grimm von Wartenfels*, zu Handen aller betheiligten Stände (vom 16. Jan. 1815) Nachricht, desgleichen von dem Geiste, in welchem er die Verhandlungen geleitet habe. So kam also die Unwahrheit der Behauptung des Nuntius, als habe sich der Fürstbischoff dem Trennungsdekrete unterworfen, an den Tag.

Zu derselben Zeit erliess der Fürstbischoff ein Schreiben an seine geistliche Rathsstelle in Konstanz, und ein anderes an das Domkapitel daselbst. In dem ersteren dieser beiden Schreiben erwähnt er zuvörderst des Trennungsbreve, das er (unterm 2. Nov. 1814) von dem heil. Vater empfangen habe. Die Stelle dieses merkwürdigen Breve, welche auf die Schweizerangelegenheiten sich bezieht, lautet also: „Durch augenscheinlichen Nutzen bewogen, haben Wir für gut gefunden, die schweiz. Kantone von dem Konstanzer Sprengel zu trennen, wie Wir denn auch selbe aus apostolischer Machtfülle hiermit faktisch (de facto) trennen, um in diesen Gegenden hernach neue Bisthumssitze zu errichten (episcopales sedes)“ [53]). Dar-

52) Siehe: Vorstellung des Domkapitels an den Pabst gegen die Trennung der Schweizerkantone von Konstanz vom 1. Februar 1815 in der Denkschrift über *Wessenberg*. S. 89 ff. Hier sind einige wichtige Aktenstücke, die in den anderen Sammlungen fehlen.

53) Also nicht Ein Bisthum, sondern mehrere sollten errichtet wer-

auf erwähnt er seine Antwort auf dieses Breve, die folgendermassen abgefasst ist: „Es sey mir erlaubt, Ihnen, heiligster Vater, zu bemerken, dass meine Meinung allein nicht hinreicht, eine solche Zerstückelung dauerhaft zu begründen; alle hierin Betheiligten müssen gehört werden; nämlich 1) die schweizerischen Freistaaten; 2) der Grossherzog von Baden, als Schirmherr der Kathedralkirche; 3) das Domkapitel zu Konstanz, das rücksichtlich der geistlichen Gerichtsbarkeit, laut Inhalt der Kirchenverordnungen, von den Rechten des Bischoffs nicht getrennt werden kann; 4) die konstanzisch - bischöffliche Regierung.

So hatte demnach der Fürstbischoff keineswegs in die faktische Trennung eingewilligt, sondern sich ihr widersetzt, und Se. Heiligkeit an die rechtliche Procedur erinnert. — Wie konnte also der Nuntius behaupten, er habe sich dem Breve unterworfen?!

Das Schreiben des Fürstbischoffs an das Domkapitel hatte im Wesentlichen denselben Inhalt, und schloss mit der Bemerkung: „dass, nach kanonischem Rechte, es nothwendig sey, dass dasselbe im Falle einer solchen Trennung gehört werde.“

Diese Schreiben des Fürstbischoffs übergab das Domkapitel in einem an die Kantonsregierungen und die schweizerische Geistlichkeit gerichteten Kreisschreiben (dat. 31. Jan. 1815), welchem noch eine eigene energische Erklärung des Domkapitels beigefügt war, in der Person des Konstanzischen Generalprovikars Dr. *Reininger* am 8. Febr. der Tagsatzung, den kathol. Diözesanständen und allen Kapitelsdekanaten. In dieser Erklärung protestirte das Domkapitel auf das feierlichste gegen das Nuntiaturschreiben vom 1. Januar 1815 und gegen alle demselben nachgeschickte Dekrete und Verfügungen, und ver-

den. Das war Ein Grund, warum dieses Breve nicht den Ständen mitgetheilt werden sollte; um sie nicht aus ihrer Täuschung über das Nationalbisthum zu wecken. Ein anderer war, dass in diesem Breve (das sich vollständig in der Denkschrift über *Wessenberg* S. 123 ff. findet) dem Fürstbischoffe *Dalberg* die bittersten Vorwürfe über die Irrthümer gemacht werden, die er in Teutschland gegen die Lehre des Heils (isidorische Dekretale) verbreitet habe, und dass klar gesagt ist, man wolle die Schweiz von Konstanz trennen, um sie durch passende Heilmittel wieder von den eingesogenen Irrthümern zu kuriren.

langte, dass nach Recht und Gesetz der Zustand der Dinge unverzüglich wieder so eingeführt werden solle, wie er vor dem 1. Jan. gewesen. Der Fürstbischoff, behauptete das Kapitel, habe, wie die beigefügten Schreiben bewiesen, keineswegs auf seine Rechte verzichtet, und wenn dies auch geschehen wäre, so sey die Verzichtung ohne Rechtskraft, weil sie ohne Wissen und Willen des Domkapitels geschehen wäre, da nach dem kanonischen Rechte keine Veräusserung bischöfflicher Rechte ohne Einwilligung des Domkapitels statt finden könne. Nur vermöge einer rechtlichen Berathung, Einwilligung und Uebereinkunft des Fürstbischoffs, des Konstanz. Domkapitels, der souverainen Schweizerregierungen und anderer höchsten Behörden habe die Trennung des schweizerischen Bisthumsantheils von Konstanz vorgenommen und neue Bisthümer errichtet werden können. Die bischöfflichen Rechte seyen Personen (dem Probste *Göldlin*) übertragen worden, welche sie nach Kirchengesetzen durchaus nicht mit gutem Gewissen hätten annehmen können, da sie des Eides der Treue und des Gehorsams, den sie bei ihrer Ordination dem Bischoffe und dem Domkapitel geleistet, noch nicht entbunden seyen, auch so lange nicht würden entbunden werden, bis nicht durch eine rechtliche Übereinkunft der betreffenden Behörden der schweizerische Bisthumsantheil von dem Bischoffe zu Konstanz, mit Einwilligung des Domkapitels, unmittelbar in die Hände eines ordnungs- und rechtmässig eingesetzten Bischoffs würde übergeben werden. Da also durch den Nuntius die mehr als tausendjährigen, von weltlichen und geistlichen Oberbehörden anerkannten, kanonischen Rechte des Bischoffs und Domkapitels über den Haufen geworfen seyen[54]), so lege das Domkapitel eine feierliche Protestation ein, und erkläre hiermit vor der ganzen katholischen Kirche, dass es bereits an Se. Heiligkeit, unter dem kanonischen Rechtstitel: „von dem übel berichteten an den besser zu berichtenden Pabst“ (a papa male informato ad melius informandum) appellirt habe, und sofort gewärtige, dass man ihm alle jene Rechtswohlthaten werde angedeihen lassen, welche die kanonischen Rechte der Appellation zuerkennen.

54) Es ist hier von den Rechten des Episkopalsystems die Rede.

In einem gleich energischen Schreiben gab das Domkapitel dem heiligen Vater von diesem Schritte Nachricht, und verwahrte aufs Neue seine Rechte durch Berufung auf die Kirchengesetze und Dekrete der früheren Päbste selbst. Der heil. Vater erklärte aber, in dem betretenen Wege apostolischer Machtsprüche fortfahrend, die Schritte des Kapitels nebst dessen Schreiben für ketzerisch, verdammlich und höchst sträflich [55]).

Der Anblick dieser kraftvollen Rechtsvertheidigung weckte in den meisten der betheiligten Stände ein grosses Gefühl, der Vorzeit würdig. Zwar war die Antwort, welche Luzern und andere Kantone auf die Protestation des Domkapitels ertheilten, weitschweifig, unbestimmt, matt und nichtssagend [56]). Mehrere Stände aber, an deren Spitze das Aargau stand, drangen nun ernstlich auf die schon früher projectirte allgemeine Versammlung der Diözesanstände, „um über die Gründe der so höchst wichtigen Konstanzischen Reklamation, über die von dem Nuntius getroffenen Anordnungen in der Bisthumssache, über die bedingte oder unbedingte Anerkennung des Provisoriums und die ungesäumte Einleitung neuer Verhältnisse auf eine, die Rechte des Landes nicht gefährdende, Art zu berathen.“ Eine Zeit lang blieb der Gedanke an diese Konferenz ein ernsthafter Entschluss; dann aber erstarb er wieder, als jenes Gefühl, aus dem er entsprungen, in den Seelen der Meisten wieder erloschen war, eingeschläfert vorzüglich durch mehrere Schreiben von Luzern, das gänzlich des in vorigen Zeiten so ehrenvoll verwalteten Berufes, die Rechte der Schweiz gegen Rom zu schützen, uneingedenk, sich immer willenloser der Nuntiatur hingab.

Zwar hatte im Laufe des Januars und Anfangs Februar auch Luzern auf die Beschleunigung der allgemeinen Konferenz in mehreren Kreisschreiben gedrungen, „damit der unentschie-

55) S. diese beiden Schreiben in der Denkschrift über *Wessenberg*. S. 89 ff.

56) Schreiben vom Schultheiss und Rath der Rep. Luzern an das Domkapitel zu Konstanz vom 17. Hornung 1815. Hier werden die bisherigen Vorgänge halb gerechtfertigt, halb getadelt, Alles belassen, wie es war, um die so nöthige Gewissensruhe nicht noch mehr zu verkümmern, und jeder Beschluss auf die nächste Konferenz der Stände verschoben.

dene Zustand beendigt, neue kirchliche Verhältnisse eingeleitet, die Gewissensruhe gesichert und die wichtigsten Interessen des Vaterlandes gerettet würden"[57]). Allein seit dem Bekanntwerden der Konstanzischen Reklamation änderte es plötzlich die Sprache, und suchte den Zusammentritt der Stände zu einer gemeinsamen Berathung möglichst zu vereiteln, weil die Nuntiatur natürlich eine Erörterung der Konstanzischen Reklamation nicht wünschen konnte. Schon an demselben Tage, an welchem dieser Stand seine Antwort nach Konstanz abschickte (17. Hornung), erliess er ein Kreisschreiben an seine Mitstände, worin er zuvörderst denselben von dieser Antwort Nachricht ertheilte; sodann bemerkte: „dass im Laufe der Diözesanangelegenheiten der Regierung von Luzern die päbstlichen Anordnungen und Instruktionen näher bekannt geworden, nach welchen der Generalvikar angewiesen sey, die bischöffliche Verwaltung in den altbestandenen Verhältnissen zu führen." Das war aber nur die Wiederholung eines schon früher ausgesprochenen erheuchelten Vorgebens des Generalvikars. Dann setzte jenes Schreiben „zur gänzlichen Beruhigung der Gemüther" hinzu: „auch der Fürstbischoff *von Dalberg* habe in einer Zuschrift vom 6. Hornung seinen Einspruch gegen die Trennung der Diözesanstände von Konstanz aufgegeben." Diese Zuschrift war aber nichts, als ein Geschäftsregulativ[58]), wodurch der Fürstbischoff die Behörden in Konstanz benachrichtigt, Geschäfte, welche die Schweiz betreffen, auch dorthin zu verweisen, um Verwirrung zu vermeiden, weil die Trennung nun einmal faktisch vollzogen sey. Wie in aller Welt konnte man ein solches Geschäftsregulativ, an eine subordinirte Behörde erlassen, als ein Aufgeben der Protestation interpretiren? Gleichwohl liess es der Generalvikar besonders abdrucken und verbreiten. So greift das beunruhigte Gemüth in einer bösen Sache nach jedem Halm! — Trotz dieses Schreibens von Luzern beharrten die Stände auf der Konferenz, konnten sich

57) Kreisschreiben von Luzern vom 7., 11. und 23. Jan. und 10. Hornung 1815.

58) Es steht im schweizerischen Museum von 1816. 3. Heft. Es enthält auch nicht eine Sylbe von aufgehobener Protestation.

aber über den Ort nicht vereinigen. Indem die Regierung Luzern in einem Kreisschreiben vom 1. März (1815) über diese Verschiedenheit der Ansichten in Betreff des Ortes Nachricht gab, wiederholte sie die Versicherung über die päbstlichen Instruktionen in Betreff der altbestandenen Verhältnisse, zog daraus abermals den Schluss, dass die besprochene Konferenz nun nicht mehr so dringend sey; bemerkte aber, dass ein Dankschreiben an den heil. Vater, ohne den Respekt und die schuldige Erkenntlichkeit gegen denselben zu verletzen, nicht länger verschoben werden könne; zugleich legte sie den Entwurf eines solchen Dankschreibens bei [59]). Schon hatte der augenblickliche Schwung nachgelassen, und, statt der Konferenz über die Verleztung so grosser und heiliger Rechte, kam nun gar ein Dankschreiben nach Rom über diese Verletzung zur Tagesordnung. Nur Aargau beharrte mit männlicher Konsequenz auf der Berathung.

Das Dankschreiben, ein Muster von Submission in einer solchen Lage, wurde nach und nach von eilf Ständen unterzeichnet, und dann (datirt 24. Mai 1815. Luzern) dem Nuntius, zu Handen Sr. päbstlichen Heiligkeit, durch eine feierliche Deputation überbracht. Nur Aargau und Zürich verweigerten ihre Unterschriften, „weil sie dem ganzen Gange der bischöfflichen Angelegenheiten nicht ihre Zustimmung geben und ein Schreiben unmöglich unterzeichnen könnten, das im Voraus die unbedingteste Anerkennung aller in der bischöfflichen Trennungsangelegenheit gethanen Schritte in Wesen und Form auszusprechen schien“ [60]). Mit dieser wiederholten Rechtsverwahrung mussten sich diese Stände begnügen; mehr war nicht zu erwirken. Wir wollen nun dieses Dankschreiben etwas näher kennen lernen.

Dieses wichtige Aktenstück beginnt mit dem Ausdrucke der innigsten Dankgefühle gegen den heil. Vater, „dass er den demüthigsten Bitten derselben um Trennung von Konstanz und Errichtung eines neuen Bisthums mit dem gütigsten [61]) Wohl-

59) Schreiben von Luzern an die Stände vom 1. März 1815.

60) Schreiben von Aargau an Luzern vom 8. und 22. März 1815.

61) Humillimis precibus — benignissimo favore — lauter Superlative!

wollen entsprochen, das Geschäft der vorliegenden Bisthumsorganisation dem wegen seiner hervorragenden Tugenden und seiner Liebe zur Schweiz hochverehrten Herrn Nuntius *Sieberras Testaferrata* übertragen, und dem religionseifrigen und überaus kenntnissreichen Herrn Probst *Göldlin von Tieffenau* die provisorische Bisthumsverwaltung in den früheren Verhältnissen getreulich zu versehen anvertraut habe. Diese so grossen Wohlthaten des heil. Vaters gegen die Eidgenossen flössten diesen das Vertrauen ein, dass die eigenthümlichen Rechte und Freiheiten der Schweizer in geistlichen Dingen, diese ihnen kostbaren und von ihren frommen und tapferen und um Kirche und Staat so wohl verdienten Vätern erworbenen Gegenstände, bei Gründung eines neuen Bisthums keine Aenderung erleiden würden."

In diesem Schreiben war über die vielfachen Verletzungen der landesherrlichen Rechte, welche sich der Nuntius durch Schrift und That hatte zu Schulden kommen lassen, auch nicht ein Wort der Beschwerde geführt; im Gegentheil war derselbe Nuntius, insbesondere wegen seiner Liebe zur Schweiz, gepriesen. Gleichwohl suchte dieses Schreiben ängstlich die Anerkennung der nämlichen Rechte zu erwirken.

Das Antwortschreiben, unterm 29. Juli aus Rom erlassen und am 9. August von dem Nuntius den Ständen mitgetheilt, belobt in dem Eingange die ausgezeichnete Liebe und Anhänglichkeit der drei Urkantone und Solothurns gegen den heiligen Stuhl, weil sie schon früher besondere Danksagungsschreiben wegen der Trennung eingeschickt hätten[62]); dann erwähnt es mit Wohlgefallen des kindlichen Gehorsams und dankbaren Sinnes, welchen die 11 Stände in dem Schreiben vom 24. Mai dem heil. Vater bezeugten. Hierauf sucht das ganze übrige Schreiben die Schweizer zu belehren, was sie unter den früheren Verhältnissen, in welchen sie die provisorische Bisthumsverwaltung getreulich versehen wissen wollten, und unter den Rechten und Freiheiten der Schweizer in geistlichen Dingen,

62) Diese Kantone hatten eigene Danksagungsschreiben nach Rom erlassen, aber auch das allgemeine unterzeichnet. — Man sieht, wie Rom diesen Umstand hervorhebt, weil es von den Ständen nur devoten Dank und weiter Nichts hören wollte.

warum sie in ihrem Schreiben gebeten, zu verstehen hätten. „Da Ihr“ — heisst es darin — „zur auserwählten Heerde Christi gehört und treue Söhne der Kirche seyd, so können und sollen Wir unter dem Ausdrucke: „frühere Verhältnisse,“ deren Ihr in Euerem letzten Schreiben erwähnet, nur solche verstehen, die mit den Gesetzen der Religion und der Kirche zusammenstimmen; in dieser Berücksichtigung haben Wir bereits Unserem apostolischen Vikar zu wissen gethan, welche Handlungsweise er zu befolgen habe. Und wenn Ihr erklärt, dass Euch Euere Freiheiten in kirchlichen Dingen so sehr am Herzen liegen, so hegen Wir aus dem angeführten Grunde die Ueberzeugung, dass Ihr da nicht von jenen Freiheiten redet, die von jeher vom apostolischen Stuhle verdammt und von Unserem Vorfahren, *Klemens XIII.*, sel. Andenkens, verworfen wurden [63]). Die Freiheiten, deren Heilighaltung Ihr von Uns erwartet, werden sich auf jene Privilegien beziehen, welche Euere Stände durch die Verfügung kirchlicher Gesetze oder durch die Freigebigkeit der Päbste geniessen [64]). Diese Vorrechte genehmigen Wir, und sie sollen unverletzt bleiben. Euere Voreltern haben diese Privilegien sich durch ihre Verdienste erworben; denn nie würde der apostolische Stuhl sie mit dem ruhmvollen Titel „Vertheidiger der Kirchenfreiheiten“, geschmückt haben, hätten sie nicht einzig und allein jene Freiheit eifrig und tapfer verfochten, welche Christus, der Herr, seiner Kirche auf immerwährende Zeiten verlieh. In Vertheidigung dieser [65]) Freiheit wer-

63) Wir haben in der Einleitung diese Freiheiten und Rechte der Schweizer in Kirchensachen (jura circa sacra) aufgestellt und gezeigt, wie standhaft sie von ihnen ausgeübt und (besonders von Luzern) gegen Rom behauptet wurden. Auch haben wir dort gesehen, wie *Klemens XIII.* diese Rechte auf Veranlassung von *Balthasars* Werk: „Kurzer historischer Entwurf u. s. w.“ proscribirte, wie aber die Schweiz die Proscriptionen dieses Pabstes (der bekanntlich den halben Erdball in den Bann that) so wenig achtete, als die andern Mächte, sondern feierlich dagegen protestirte.

64) Die Privilegien, welche die Schweiz durch die Freigebigkeit der Päbste erhielt, (einige Zeichen auf ihren Fahnen, mehrere Titel, 2 Panner, 1 Schwert, 1 Hut u. s. w.) sind oben specificirt worden.

65) Es scheint, man hoffte in Rom die jetzige zahme Generation überreden zu können, die alten Eidgenossen hätten nicht ihre eigenen Rechte und Freiheiten (die sie, wie unsere Einleitung zeigte, standhaft behaupteten), sondern die der röm. Kirche, d. h., nach dem Zusammenhange, die falschen Dekretale vertheidigt.

det Ihr ohne Zweifel die Fusstapfen Euerer Vorfahren standhaft und unverdrossen betreten."

Diese väterliche Zurechtweisung musste nun vollends die schwachsinnige Täuschung zerstreuen, als ob das Provisorium in den altbestandenen Verhältnissen mit Konstanz, oder, was dasselbe ist, auf der Basis der alten Freiheiten und Rechte der Schweizer in Kirchensachen solle verwaltet und auf dieser Basis das neue Bisthum errichtet werden; über diese Rechte wurden die verrufenen Klementinischen Proscriptionen — auf die man sich nur in den Verhandlungen mit der Schweiz, sonst nirgends, zu berufen wagte — nochmals ausgesprochen; dagegen wurden die Schweizer an die Handlungsweise der Nuntiatur, d. h. die isidorischen Dekretale, verwiesen.

Hiermit schliesst sich der erste Akt der Bisthumsverhandlungen, welcher die Losreissung der Schweiz von Konstanz darstellt — ein für jeden denkenden Beobachter höchst interessantes Schauspiel! Die neuere Geschichte enthält kein Seitenstück zu diesem kühnen und glücklichen Versuche, die alten Usurpationen der *Gregore* und *Innocenze* wieder in Kraft zu setzen, und zu dieser beispiellosen Unterwürfigkeit der Regierungen unter die Machtsprüche Roms.

Das mehr als zwölfhundertjährige Diözesanverband der Kernlande der katholischen Schweiz mit dem Bisthume Konstanz, unter welchem die Schweizer Unabhängigkeit ihrer Kirche von Rom, mehr und mehr Sicherung ihrer Staatsrechte in Kirchensachen, und in neueren Zeiten die vollkommenste Vereinigung der theuersten Socialinteressen, der Humanität und Aufklärung mit denen der Religion und Kirche gefunden hatten, und zwar fast ohne alle Kosten [66]), wurde durch eine Reihe falscher Vorspiegelungen, hinterlistiger Vorgeben und offener Gewaltstreiche, die Erstaunen abnöthigen, zerrissen, der Codex der landesherrlichen Rechte, ohne welche der Staat zum Vasallen der Kirche wird, proscribirt und ein anarchisches Provisorium eingeführt, wie es allein geeignet war, den Plan, die Schweiz zu ultramontanisiren, in Vollziehung zu setzen.

66) Die Beiträge der Schweizer zur Unterhaltung des Bisthums Konstanz waren äusserst unbedeutend, daher die ökonomische Verlegenheit nach der Trennung, in Absicht der Fonds für das neue Bisthum.

3) Erste Entwürfe und Versuche zur Errichtung des Nationalbisthums bis zum Tode des Generalvikars *Göldlin* 1819.

Dieser Abschnitt stellt die mancherlei Organisationsversuche der Diözesanstände zur Errichtung eines Nationalbisthums dar[67]). Das Provisorium hätte, wie Aargau in einem seiner Protestationsschreiben gegen die Losreissung von Konstanz bemerkte, zu keiner fataleren und ungeeigneteren Zeit eintreten können; kein Zeitpunkt war, wie dieser Stand sich ferner äusserte, ungünstiger für eine einträchtige Anordnung neuer kirchlicher Verhältnisse. Denn die aristokratischen Kantone, besonders Bern und Luzern, behaupteten fortdauernd, in Folge der tiefen inneren Zerwürfnisse in der Schweiz, bei dem Umsturze der Mediationsakte eine feindselige Stellung gegen Aargau, Zürich und mehrere östliche Kantone; das Verhältniss der aristokratischen Partei in Luzern zur Nuntiatur, und die Art und Weise, wie sie in fortdauernder Abhängigkeit von der Nuntiatur die Verhandlungen leitete, waren völlig ungeeignet, den liberalgesinnten Kantonen Vertrauen einzuflössen; endlich traten gleich Anfangs Luzern und Solothurn einander entgegen, weil jeder dieser Stände die Ehre, und, wie man damals glaubte, den Vortheil des Bischoffsitzes sich zuwenden wollte. Daher immer weniger Einheit und Zusammenstimmung; dagegen wachsende Zwietracht und Eifersucht, genährt und unterhalten durch die Nuntiatur, die mit umsichtiger Besonnenheit und kluger Benutzung aller Mittel, welche diese Lage darbot, auf ihr Ziel hinarbeitete. So wurde der ursprüngliche Hauptzweck der Stände — Errichtung eines umfassenden Nationalbisthums — gänzlich vereitelt, und Rom in den Stand gesetzt, einen Theil seiner Plane vollständig zu erreichen.

Die katholische Konferenz, die der Vorort (Luzern) so lange aufgeschoben hatte, kam endlich durch ein Kreisschreiben desselben (vom 29. Nov. 1815) am 9. Jan. 1816 in Luzern

67) Von den vielfach verwickelten Erscheinungen dieses Zeitraums, welche dieser geschichtliche Traktat im einzelnen erzählt, können wir nur eine allgemeine Uebersicht geben. Jedoch werden wir nichts Bedeutendes übergehen und stets den Zusammenhang im Auge behalten.

zu Stande. Am 10. Jan. eröffnete der Schultheiss *Rüttimann* von Luzern, als Präsident der Versammlung, die Konferenz mit einer weitläufigen Rede, worin er sich über die Nothwendigkeit, dem Provisorium ein Ende zu machen, ausbreitete, „damit endlich einmal die Verhältnisse zwischen den geistlichen und weltlichen Behörden vestgestellt würden" (Luzern hatte aber selbst die Konferenz so lange aufgeschoben); dann sprach er von den günstigen Auspizien, unter welchen das wichtige Werk der Bisthumsorganisation begonnen werde, dem religiösen Sinne der Eidgenossen, den freundbrüderlichen (?) Gesinnungen der Stände, der trefflichen Grundlage (?), die bereits durch das Dankschreiben der Stände an den heil. Vater (vom 24. Mai) und dessen Antwort (vom 28. Juli 1815) für das aufzuführende Gebäude gelegt sey, dem edlen Charakter des heiligen Vaters und den seltenen Eigenschaften seines Legaten, „mit welchem die Versammlung in unmittelbare Berührung zu kommen die Ehre habe" — und schloss darauf seine Anrede mit dem Vorschlage, den Herrn Nuntius durch eine Deputation von der Konstituirung der Versammlung in Kenntniss zu setzen, welches sofort geschah. Nachdem die Versammlung sich nochmals die beiden Schreiben, welche „die treffliche Grundlage für das neue Gebäude bilden sollten," bei tiefem Schweigen hatte vorlesen lassen, wurde die Sitzung geschlossen. In der zweiten Sitzung (vom 11. Januar) ging man zur eigentlichen Berathung über. Aber nun zeigte sich eine unvereinbare Meinungsverschiedenheit unter den freundbrüderlichen Ständen. Die meisten Gesandten erklärten sich nur zum Anhören und Berichterstatten an ihre Regierungen bevollmächtigt; an ihrer Spitze stand Schwyz. Nur wenige, wie Unterwalden und Luzern, stimmten für unverweiltes Einschreiten. Der Gesandte von Schwyz erklärte: „dass es für jetzt noch gänzlich an Fonds zur Errichtung eines Bisthums fehle; der Konstanzische Sustentationsfond sey viel zu gering; das Fehlende müsse erst ausgemittelt werden." — Hätte man das nur bedacht, ehe man in das Provisorium einging! — „Ringsum in den Nachbarstaaten rege sich das Bestreben, durch gemeinsames Zusammenwirken die verfallenen kirchlichen Verhältnisse neu zu gestalten; es sey klug, in der Schweiz erst das Resultat dieser wich-

tigen Bemühungen abzuwarten. Endlich sey es noch ganz ungewiss, wie viele der von Konstanz getrennten Kantone sich zu Einem Bisthume vereinigen wollten. Die Meinung seiner Regierung gehe daher dahin, einstweilen die Angelegenheiten in dem gegenwärtigen Zustande (d. h. dem Provisorium) zu belassen."

Dagegen erinnerte der Präsident: „Es sey der Eidgenossen würdig, selbstständig vorzuschreiten, ohne fremden Einfluss [68]), und ohne den Ausgang des Kampfes in kirchlichen Dingen in anderen Ländern abzuwarten. Die Vermeidung jeder Zerstückelung der von Konstanz getrennten Kantone sey in politischer und religiöser Hinsicht von der höchsten Wichtigkeit. Das neue Gebäude brauche nicht auf einmal ganz vollendet, sondern könne allmählig aufgeführt werden." Wenn man in dem Provisorium darum nichts Gefährdendes erblicken wolle, weil man glaube, dass der Generalvikar durchgehends in die Verhältnisse des Bischoffs von Konstanz getreten sey, so müsse er bemerken, dass der Herr Nuntius erklärt habe: „Weder er (Nuntius), noch der römische Hof, kenne jene altbestandenen Verhältnisse, worauf man sich berufe." Es folge daraus, „dass die Scheidelinie noch nicht gezogen sey, und dass somit ein Provisorium nicht bloss in der Person, sondern in der Sache selbst stattfinde, dessen Unleidliches die Regierung in täglichen, schwierigen Berührungen fühle, und welches die Stellung des Herrn Generalvikars selbst höchst peinlich mache." Ein merkwürdiges Geständniss von der Falschheit der früheren Versicherungen [69])!

Der Präsident trug dann darauf an, wenigstens eine Kommission zur Entwerfung eines Gutachtens über die künftigen Bisthumseinrichtungen zu ernennen. Dieser Antrag wurde genehmigt und sofort eine Kommission von fünf Gliedern (den

68) Hätte man nur vom Anfange an diese Maxime befolgt und sich insbesondere vor dem Einflusse der Nuntiatur bewahrt. S. oben die Lehren der Vorfahren (bei *Buonhuomos* Versuchen) Note 15 und Text.

69) S. Note 60. Damals verlangte die Geistlichkeit in Luzern, vom Nuntius angetrieben, die Aufhebung aller Anordnungen des Bischoffs von Konstanz (s. Note 27), wie wir im folgenden Abschnitte erzählen werden. Daher der Wunsch der Regierung das Provisorium zu beenden.

beiden Abgesandten von Luzern, dem Schultheiss *Rüttimann* und seinem Schwager, dem Rathsherrn *Meier*, und denen der drei Urkantone) ernannt und beauftragt, während der Abfassung des Entwurfes „mit dem Herrn Nuntius auf schickliche Weise in konsultative Besprechung zu treten.“ (!)

Schon in der dritten Sitzung (vom 16. Jan.) trug die Kommission ihr Gutachten und einen Bisthumsentwurf vor, der von den Luzerner Abgeordneten verfertigt worden war. Die wichtigsten Punkte desselben waren folgende: die sämmtlichen Diözesanstände von Konstanz bleiben vereinigt und bilden ein gemeinsames Bisthum. Die zehn Chorherrn des Leodegaristifts in Luzern machen die Grundlage des Domkapitels aus; dazu wählt jeder der übrigen zehn Stände noch einen Domherrn. In Luzern ist der Sitz des Bischoffs. Die Wahl des Bischoffs, so wie der Domherrn, steht den Regierungen zu. (Diese Wahlart des Bischoffs war eine herrschende Ansicht in Luzern und erhielt sich lange; sie war aus dem Begriffe eines Nationalbisthums abgeleitet). „Die Verhältnisse zwischen Staat und Bischoff und diesem zur Geistlichkeit, bedürfen keiner nähern Vestsetzung, da kein Grund vorhanden ist, Abänderungen zu verlangen und Neuerungen zu suchen, und keine Besorgniss, dass die katholische Schweiz in den bisher bestandenen Verhältnissen beeinträchtigt werde.“

Dieser Punkt, der unerörtert blieb, war der wichtigste von allen. Der Herr Präsident schien vergessen zu haben, was er selbst am 11. Januar[70]) gesagt hatte, desgleichen, welche vielfachen Verletzungen die alten Rechte der Schweizer erlitten und wie bestimmt Rom sie geläugnet hatte. Man erkennt hier „die konsultative Besprechung mit dem Herrn Nuntius.“ Der Rathsherr *Meier* war ein Bruder des Chorherrn *Meier* in Luzern, eines der Häupter der Priesterpartei.

Dieses Gutachten nahmen die Gesandten zur Berichterstattung an ihre Regierungen mit nach Haus, und die Versammlung löste sich ohne alles weitere Resultat auf.

Der innere Zwiespalt trat nun bald bestimmter hervor.

70) S. Note 69.

Solothurn nämlich, das an dieser Versammlung keinen Antheil genommen hatte, hegte besondere, mit den Planen Luzerns unvereinbare Ansprüche. Zum Verständnisse dieses Punktes müssen wir Folgendes bemerken:

Die Besitzungen des ehemaligen Fürstbischoffs von Basel (das Fürstenthum Pruntrut), die früher Frankreich einverleibt worden waren, hatte die Wiener Kongressakte (1815) der Schweiz zugetheilt; den grössten Theil dem Kantone Bern, einen kleinen (den Bezirk Birseck) dem Kantone Basel. Das Bisthum Basel, als geistliche Autorität — das, wie früher bemerkt, die westlichen Länder der Schweiz bis an die Aar, der Scheidelinie zwischen den Bisthümern Basel und Konstanz, in sich begriff — bestand zwar vor der Hand noch fort unter seinem hochbetagten Bischoffe, der in Offenburg lebte; aber die Wiener Kongressakte enthielt einen Artikel [71]), der besagt, dass die schweiz. Tagsatzung entscheiden werde, ob dieses Bisthum in Zukunft fortbestehen, oder mit demjenigen vereinigt werden solle, welches die von Konstanz getrennten Diözesanstände zu errichten Willens seyen. Auf diesen Artikel gestützt, und den Fortbestand des Bisthums Basel im Wesentlichen voraussetzend, entwarf Solothurn den Plan zu einem Solothurn-Baselschen Bisthume (wie es im Entwurfe hiess), welches das Bisthum Basel und einige Theile der vormals Konstanzischen Diözesangebiete in sich fassen und seinen Sitz in Solothurn haben sollte. Der Kanton Solothurn und die katholischen Länder, der Kanton Aargau, Bern und Basel, sollten dieses Bisthum konstituiren. Diesen Ständen wurde daher der Entwurf, der in 12 Artikeln abgefasst war, mitgetheilt. Auch hier waren die Verhältnisse der geistlichen und weltlichen Gewalt entweder unbestimmt gelassen, oder auf eine für die letztere nachtheilige Art vestgesetzt worden. Diesen Entwurf hatte die Nuntiatur verfertigt; nach ihm sollte der Bischoff vom Kapitel gewählt werden; nach dem Luzernischen von den Regierungen. Gleichwohl war auch der letztere, wie es ausdrücklich in ihm gesagt ist, unter dem unmittelbaren Einflusse der Nuntiatur entstanden. Der Widerspruch ist leicht zu heben.

71) S. Erklärung des Wiener Kongresses, die schweiz. Angelegenheiten betreffend; Art. IV. 6.

Der Nuntiatur galt es vor der Hand nur, die Zahl der Entwürfe und Ansprüche möglichst zu vervielfältigen, um ihre Zwecke zu erreichen.

Auf diesen Antrag von Solothurn erwiederte Bern, dass es vor allen Dingen darauf beharren müsse, dass nicht Solothurn, sondern Pruntrut (der vormalige Sitz des Bisthums Basel) zum Sitze für das neue Bisthum bestimmt werde. Daraus entstand sogleich ein unvereinbarer Widerspruch in den Bestrebungen dieser beiden Stände. In einem, durch ungewohnte Huldigungen und besondere Rücksichten gegen den apostolischen Stuhl sich empfehlenden Schreiben wandte sich Bern mit seinem Gesuche unmittelbar an den heil. Vater, der, geschmeichelt durch diese Sprache des protestantischen Berns, und um einem Projecte, das wir bald kennen lernen werden, im Voraus einen Vertreter zu gewinnen, denn auch vorläufig entschied, dass der Sitz des Bisthums Basel nebst Domkapitel und Seminarium nach Pruntrut verlegt werden sollte. Der Stand Solothurn, welchem der Nuntius (oder Minister des heil. Vaters, wie er sich nannte) dasselbe versprochen hatte, kam nun dagegen mit ernsten Remonstrationen bei dem Pabste ein. Die Stellung, welche damals Bern gegen den apostolischen Stuhl nahm und eine zeitlang behielt, von den Zeitblättern jener Epoche „demüthig“[72] genannt, konnte unter jenen Umständen nur von schädlichen Folgen seyn.

Wir haben hiermit die Hauptdivergenzen dargestellt, die schon bei den ersten Versuchen, das neue Bisthum zu gestalten, hervorgetreten waren; wir werden bald sehen, wie sie sich noch vervielfältigen. Die allerdings grosse Idee eines einigen Nationalbisthums war in partielle Entwürfe, aus besonderen Kantonalinteressen entsprungen, zerfallen, wobei die Gesammtinteressen des Vaterlandes fast ganz vernachlässigt wurden.

Mit diesen Erscheinungen bildet das Bestreben des Kantons Aargau einen höchst ehrenvollen Kontrast. In einem eigenen umfassenden Entwurfe suchte dieser Stand das Verdienst

72) Zum Beispiel im Schweizer-Boten und Wegweiser.

des Luzernischen Entwurfes, das Beisammenbleiben aller Stände, mit einer vesteren Berücksichtigung der höheren vaterländischen Interessen zu vereinigen. Dieser Entwurf, welcher den Konstanzischen und Baselschen Diözesanständen mitgetheilt wurde, beruhte auf 6 Bestimmungen, auf welchen Aargau erklärte, durchaus beharren zu müssen. Diese waren folgende: 1) „Alle Kantone oder Kantonstheile, die bis dahin zur Konstanzischen und Baselschen Diözese gehörten, sollen zu einem gemeinsamen Gesammtbisthume vereinigt werden, unter dem Namen des Bisthums Windisch.“ Der bedeutende Umfang eines solchen Bisthums müsste das kirchliche Ansehen desselben erhöhen. 2) „Die Diözesanstände nehmen nach Verhältniss ihrer katholischen Bevölkerung an den Kosten und den Ernennungen der Domherren Theil; das Domkapitel soll daher an kein bestehendes Kollegiatstift (weder zu Luzern noch zu Solothurn) angeschlossen, sondern für sich und unabhängig gebildet werden.“ 3) „Zum Sitze des Bischoffs soll kein Hauptort eines Kantons gewählt, derselbe dagegen möglichst in die Mitte des neuen Bisthums verlegt werden.“ Diese beiden Bestimmungen sollten jedem ungebührlichen Einflusse eines einzelnen Kantons vorbeugen. 4) „Die Wahlbarkeitsbedinge der Kapitularen sollen auf eine Art bestimmt werden, welche für die Zusammensetzung eines, durch Fähigkeiten, Kenntnisse und wahrhaft religiösen Sinn ausgezeichneten Domkapitels Gewähr geben; desshalb sollen sie auch auf teutschen Universitäten ihre Studien machen; die Wahl der Domherren geschieht durch die Regierungen, in Folge des Patronatrechtes.“ Ein wichtiger Punkt gegen die Versuche der römischen Kurie, ein Domkapitel nach ihrem Sinne zu machen! 5) „Der Bischoff wird, unter Vorbehalt der Bestätigung durch die Stände, von dem Domkapitel gewählt.“ 6) „Bei Vestsetzung der Verhältnisse zwischen der geistlichen und Staatsgewalt werden der letzteren feierlich alle diejenigen Rechte vorbehalten, welche die Regierungen in der Schweiz seit Jahrhunderten ausgeübt haben [73].“

73) Die Akten, auf die wir uns bisher bezogen, sind zum Theil in der früher angezeigten Sammlung, zum Theil in dem schweizerischen Museum vom Jahre 1816. abgedruckt.

Dieser Entwurf entsprach unstreitig einigen Hauptforderungen, die bei der Stiftung eines neuen und zwar Nationalbisthums zur Sprache kamen, vollkommen. Durch die gewaltsame Losreissung des grössten Theils der katholischen Schweiz von Konstanz, ehe ein neues Gebäude aufgeführt war, so wie durch die darauf folgenden Schreiben des Nuntius und des Pabstes, war die ganze Grundlage, worauf die kirchlichen Verhältnisse ruhten, entweder zerstört oder doch in Zweifel gerufen worden. Zwei Hauptverhältnisse waren bei einer neuen Schöpfung sorgfältig zu bestimmen: erstens das Verhältniss der geistlichen Gewalt zum Staate, das suchte der sechste Punkt des Aargauischen Entwurfs vestzusetzen; zweitens das Verhältniss des Bischoffs und seiner Gewalt zum päbstlichen Stuhle, denn die Rechte des Episkopats [74]) und die Unabhängigkeit der Kirche von Rom (die durch die alten, nun für die Schweiz erloschenen teutschen und französischen Konkordate, und durch Metropolitanverbande gewahrt wurden) müssten gesichert werden, die letzteren entweder durch Erhebung des neuen Bisthums zu einem Erzbisthume, oder doch wenigstens zu erzbischöfflichen Rechten. Dieser zweite Gesichtspunkt war in dem Aargauischen Entwurfe nicht genug ins Auge gefasst, jedoch liessen sich die fehlenden Garantieen noch sehr gut aus ihm entwickeln. Ausgezeichnete Gottesgelehrte in der katholischen Schweiz waren um diese Zeit beschäftigt, auf die angegebene Art die Vorarbeiten für eine nationale Basis des neuen Bisthums zu liefern [75]). Wir werden in der Folge mehr über diese wichtigen Punkte zu reden haben.

Die uneigennützigen Bestrebungen des Standes Aargau blieben ohne Erfolg; theils weil die andern ihre egoistischen Ansprüche nicht aufgeben wollten, theils weil die Nuntiatur diesem Plane entgegenwirkte. Der Stiftung eines Nationalbisthums nach dem Aargauischen Entwurfe war Rom durchaus entgegen.

74) Wer an der Nothwendigkeit einer förmlichen Garantie der Rechte des Episkopats für das neue Bisthum zweifelt, der lese die Denkschrift über *Wessenberg*; dass er diese Rechte in der Schweiz ausübte, wurde ihm in Rom zum Verbrechen gemacht.

75) Unter andern verdienen vorzüglich mehrere treffliche Aufsätze in dem schweizer. Museum und die Schrift: Versuch einer pragmat. Geschichte der staatsrechtl. Kirchenverhältnisse in der Schweiz 1816 (von *Ild. Fuchs*) erwähnt zu werden.

Auch lag es gar nicht in seinen Absichten, ein Bisthum von so bedeutendem Umfange, das sich leicht zur Selbstständigkeit erheben konnte, aufkommen zu lassen; es arbeitete vielmehr dahin, so viele kleine Bisthümer, als möglich, nach römischem Kirchenrechte zu stiften, und diese möglichst abhängig von Rom zu machen, sie mithin als Immediatbisthümer unter die Nuntiatur zu stellen. Daher säete der Nuntius Eifersucht, Misstrauen und Zwietracht unter die Stände; daher hatte man Solothurn einen Bischoffssitz versprochen, die Hoffnungen Luzerns genährt und den Ansprüchen Berns ein geneigtes Ohr geliehen.

Zu diesem Plane passte nun vortrefflich das Lieblingsproject, mit welchem Rom im Brachmonate dieses Jahres (1816) hervortrat. Die ehemaligen Fürstäbte von St. Gallen waren bekanntlich weltliche Herren des schönsten Theils des nachmaligen Kantons St. Gallen, und besassen zugleich bischöfflichen Charakter und übten bischöffliche Gerichtsbarkeit aus. Als zur Zeit der politischen Regeneration der Schweiz (1798) die Unterschiede von regimentsfähigen und dienstbaren Klassen, von freien Eidgenossen, zugewandten Orten, Landvogteien u. s. w. verschwanden, und sich aus dem Gesammtgebiete Helvetiens ein System gleich freier, auf Einen Codex bürgerlicher und politischer Rechte gegründeter Kantone bildete, waren auch die Tage der fürstlichen Abtey St. Gallen abgelaufen; grösstentheils aus den Ländern des Fürstabts *Pankratius Forster* entstand der freie Kanton St. Gallen. Als im Jahre 1814 die Mediationsakte aufgehoben wurde, erklärte der Abt: „dass auch sein, nur in Scheintod versetztes Stift nun zu seinen alten Rechten wieder auflebe,“ und forderte diese Rechte, Landesherrlichkeit und Bichoffswürde, zurück. Seine Reclamationen bei der Regierung des Kantons St. Gallen, der Tagsatzung und dem Kongresse in Wien waren gleich erfolglos. Da wandte er sich an den heiligen Vater. In Rom fand man die Wiederherstellung des Abtes in seine landesherrlichen und bischöfflichen Rechte vollkommen zusammenstimmend mit dem Plane, mehrere kleine Bisthümer unter der Nuntiatur zu prägen; als Abt eines Klosters war dieser Bischoff noch insbesondere unmittelbar und unbedingt dem Pabste unterworfen (s. die Einleitung). Im Juni erliess daher der heilige Vater ein Schreiben an die Regierung

nach St. Gallen, ein anderes an die Tagsatzung (in Zürich) und ein drittes an alle katholische Stände. In diesen Schreiben erklärte er, dass es seine Willensmeinung sey, dass der Abt wieder in seine landesherrlichen und bischöfflichen Rechte eingesetzt werde. Die Tagsatzung entschied, nicht sowohl aus dem Gefühle der Nothwendigkeit gegen Rom, das nun selbst in den politischen Zustand der Schweiz Eingriffe wage, eine andere Stellung anzunehmen, als vielmehr aus einem geheimen, von den jüngsten Versuchen vor einigen Jahren (z. B. das Aargau und Waadt wieder zu Bernischen Landvogteien umzustempeln) noch frisch erhaltenen Grauen vor allen Restaurationsversuchen, dass dem Begehren des heiligen Vaters nicht willfahrt werden könne, und theilte ihm diesen Beschluss mit. Einige Gesandte auf der Tagsatzung, worunter auch der von Bern, hatten ihre Stimme über den päbstlichen Antrag nicht abgegeben, sondern denselben zur Berichterstattung an ihre Regierungen genommen, offenbar um den Pabst zu schonen. Dieses Verfahren hatte die Folge, dass es zu einem zweiten Versuche ermuthigte. Ehe wir diesen berühren, müssen wir zuvörderst den weitern Gang der Bisthumsverhandlungen ins Auge fassen.

In diesem Jahre war der Nuntius *Testaferrata* abberufen worden; er hatte getreulich die Vollmacht des Legaten *Kapizinus de Aureolo* ausgeübt, „zu zerstören und auszureissen, zu zerstreuen und zu verderben, wie er es für gut fände [76].“ Der neue Nuntius *Carlo Zeno*, der im November eintraf, von einem alten venetianischen Geschlechte, hochfahrend und gebieterisch, hatte den Auftrag, durch eine, allen Fortgang der Bisthumssache lähmende, übermüthige Beharrlichkeit die Genehmigung des päbstlichen Antrags in Betreff St. Gallens zu erzwingen.

Noch eine andere Person, die wir bei einer andern Reihe von Ereignissen weiter unten öfter erwähnen werden, war in diesem Jahre vom Schauplatze getreten, der Schultheiss *Keller* von Luzern. Ihm folgte in seiner öffentlichen Würde *Amrhyn*,

76) S.: Einleitung Note 7. und Text.

ein Mann, ausgezeichnet durch gereifte Ansichten über Kirche und Staat, und einen uneigennützigen humanen Charakter, aber von minder furchtloser Energie als *Keller*. Er und der Staatsrath *Ed. Pfyffer* bildeten den Kern einer liberalen Partei, die in der Folge, und zwar in beständigem Kampfe mit der rein aristokratischen und Priesterpartei, dennoch die Stifterin von manchem Guten wurde.

Im Mai 1817. versammelten sich die Abgesandten der Konstanzischen und Baselschen Diözesankantone in einer Konferenz zu Luzern, welche den Zweck hatte, die Gutachten der verschiedenen Regierungen über den Kommissionalentwurf der Versammlung von 1816 zu vernehmen. Der Präsident dieser Konferenz, der Schultheiss *Amrhyn*, war von dem ernstlichen Streben beseelt, die isolirten Stände wieder zu einer gemeinsamen Handlungsweise zu vereinigen. Auch war der ganze bisherige Gang der Verhandlungen und alle einzelne Schritte der Nuntiatur und der römischen Kurie, bis auf die jüngsten Versuche herab, vollkommen geeignet, den Schweizern die Augen zu öffnen und sie zur Ueberzeugung zu führen, dass nur in vereintem Handeln eine Schutzmauer gegen fernere Usurpationen zu gründen sey. Dazu kam noch folgender Umstand. Im Laufe des Februars wurde die Nuntiatur bestimmt befragt, ob die provisorische Bisthumsverwaltung, laut der Aeusserungen des Generalvikars, nach den altbestandenen Verhältnissen mit Konstanz solle geführt werden? weil in den meisten Kantonen sehr gegründete Besorgnisse entstanden waren. Die Nuntiatur antwortete, dass die Behauptung, jene Verhältnisse seyen je anerkannt worden, grundfalsch sey [77]). Hierüber erstaunt, verlangte die Regierung von Luzern von dem G. V. *Göldlin* eine Erklärung über diesen Punkt, da er so oft und am bestimmtesten gegen den Stand Aargau eine bloss in den altbestandenen Verhältnissen mit Konstanz zu führende Bisthumsverwaltung versprochen habe. Die Antwort des Generalvikars vom 4. April war: Jene

77) Unterm 26. Hornung 1817. „L'assertion — sagte der Kanzler der Nuntiatur, *Vully*, ein Geistesverwandter des Nuntius — que ces relations ont été reconnues par sa Sainteté elle même, est parement et simplement fausse." S.: Note 50 und 60.

Erklärung habe eigentlich nur den Sinn gehabt, dass ihm bei der provisorisch übertragenen Verwaltung des Konstanzischen Bisthumsantheils in Gemässheit der apostolischen Instruktionen nur und lediglich obliege, die geistlichen Angelegenheiten getreulich zu besorgen, und dass ihm desshalb, zu desto ungestörterer Verwaltung derselben, die Befugniss benommen sey, sich in die Angelegenheiten der neuen Bisthumseinrichtungen, die bloss dem Nuntius vorbehalten seyen, zu mischen. — Eine Interpretation, die ebenso unlauter, als beunruhigend war!

Trotz aller dieser Umstände war es eine schwere Arbeit, die verschiedenartigen Ansprüche zu vermitteln. Der Präsident eröffnete die Konferenz mit einem, von der Eröffnungsrede des Schultheissen *Rüttimann*, in der Versammlung vom Jahre 1816 in Geist und Tendenz gänzlich verschiedenen Vortrage, der eben so geeignet war, Vertrauen, wie jene, Misstrauen einzuflössen. Trefflich entwickelte er den bisherigen Verlauf der Sache, verweilte mit einer vesten und entschlossenen Sprache bei den kirchlichen Rechten der schweizerischen Staaten und gedachte absichtlich des in Rom verdammten Buches von *Balthasar* über diesen Gegenstand mit vielem Lobe. In gleichem freisinnigen Geiste sprachen sich viele andere Kantone, vorzüglich diejenigen aus, welche ein grosses Nationalbisthum wünschten. Indessen waren durch den verschlagenen *Testaferrata* die Spaltungen zu glücklich eingeleitet worden, als dass sie so leicht hätten aufgehoben werden können. Vorzüglich standen Bern und Solothurn einander gegenüber. Dazu kam, dass die Hartnäckigkeit des Nuntius, der, wie oben bemerkt, die Stände nöthigen wollte, in die Plane des Pabstes mit dem Abte *Pankratius* einzugehen, jedes Voranschreiten der Verhandlungen hinderte; sogar zog er Koncessionen, die sein Vorgänger bereits gemacht hatte, wieder zurück. Ein besonderer Gräuel war ihm die Idee und der Ausdruck eines Nationalbisthums, das an eine Nationalkirche erinnerte. Er ruhte daher nicht eher, bis in das für das glückliche Gedeihen der Sache gehaltene übliche Gebet statt des Wortes „Nationalbisthum“ der Ausdruck „einheimisches Bisthum für die von der Diözese Konstanz getrennten Bisthumstheile“ gesetzt wurde.

Nach der vierten Sitzung löste sich die Konferenz wieder

auf, nachdem ein Kommissionalentwurf, der auf die Grundlage des früheren gebaut war, den Gesandten zur Berichterstattung an ihre Regierung übergeben worden war. Ausserdem hatten sich mehrere Stände, wie Aargau, Thurgau, Solothurn, St. Gallen, Basel, Zug, von der einen oder andern Besorgniss bewogen, förmlich im Protokolle verwahrt, dass sie ihrer besonderen Konvenienz in der Anschliessung an das eine oder andere Bisthum, das sich etwa gestalten würde, folgen würden, indem es keine Machtvollkommenheit gebe, welche einem Volke einen, nicht durch eigenen landeshoheitlichen Willen gewählten Hirtenstab aufdringen könne.

Die nächste Sitzung wurde auf den Monat August dieses Jahrs in Bern angesetzt.

So wenig durch diese Zusammenkunft in dem eigentlichen Geschäfte der Bisthumseinrichtung gethan worden war, so hatte sie doch ihren grossen Nutzen. Luzern hatte wieder durch den Schultheiss *Amrhyn* das Vertrauen der anderen Stände gewonnen; die Ansichten der Parteien waren ausgetauscht, und die Nothwendigkeit eines freieren und beherzteren Auftretens gegen die Nuntiatur allgemein fühlbar geworden. Wäre das Geschäft auf diesem Wege von demselben Präsidium mit gleicher Einsicht noch eine Zeitlang fortgeführt worden, und hätten andere Stände gleiche Rücksicht auf das Wohl des Ganzen genommen, so wäre noch eine glückliche Beendigung der Sache leicht zu bewirken gewesen.

Es mag nicht undienlich seyn, noch zu bemerken, dass in derselben Versammlung dem Generalvikar *Göldlin* 4000 Franken für seine Verwaltung ausgeworfen wurden, weil die Nuntiatur mit ebenso schamloser, als emsiger Geschäftigkeit alle Bischoffssporteln an sich gezogen hatte.

Eine ganz eigene Schwierigkeit verursachte die Einmischung der Diözese Basel in die bisherigen Verhandlungen, und die schon oben berührte, in der Wiener Kongresserklärung der Tagsatzung zur Entscheidung überlassene Frage: ob das Bisthum Basel fortdauern, oder mit dem neu zu errichtenden Bisthume vereinigt werden solle. Die hierbei betheiligten, d. h. mit Theilen ihres Gebiets zu dem Bisthume Basel gehörigen Kantone

waren: Bern (mit seinen neuen ehemals dem Fürstbischoffe von Basel gehörenden Besitzungen), das jenen Fortbestand und den Bischoffssitz in Pruntrut wünschte, und zur Betreibung seiner Sache sogar einen Agenten in Rom unterhielt [78]); über die eigentlichen Gründe, auf welchen die Plane Berns beruhten, werden wir unten mehr sagen; Basel (mit dem Bezirke Birseck), das sich an Bern anschloss; Aargau (mit dem Bezirke Frickthal über der Aar), das, wie oben bemerkt, eine Vereinigung beider Diözesen, ein Gesammtbisthum vorschlug; Solothurn (mit dem grössten Theile seines Gebiets; der kleinere auf der Ostseite der Aar gehörte zu Konstanz), das nur die bedingte Fortdauer jenes Bisthums zugab, weil es auf jeden Fall den Sitz eines Bisthums verlangte, sich mithin für die Zukunft solche Anordnungen offen behalten musste, von denen die Verwirklichung jenes Verlangens abhing. Schon im Jahre 1816, und abermals im Jahre 1817 war Bern in der Tagsatzung mit dem Antrage aufgetreten: „dass diese höchste Behörde den Fortbestand des Bisthums Basel dekretiren möge;“ beidemal aber hatte die Tagsatzung die Entscheidung verschoben, damit nicht durch einen voreiligen Beschluss in dieser Sache die allenfalsigen Konvenienzen, welche für die Konstanzischen Diözesanstände bei Anordnung ihrer weit wichtigern Angelegenheit von Bedeutung seyn könnten, im Voraus beschränkt würden. Bern begnügte sich mit dem Aufschube bis nach Verlauf der Konferenz, die, wie oben bemerkt, auf den August dieses Jahres (1817) in Bern angesetzt war. Ehe wir des Resultates dieser Konferenz gedenken, müssen wir zuvor der Erneuerung des päbstlichen Gesuches, um Wiederherstellung der Abtei St. Gallen, Erwähnung thun.

Unterm 8. Mai dieses Jahres wurde nämlich von dem Kreisorte Bern den Ständen ein neues päbstliches Breve, datirt vom April, zugesandt, in welchem der heilige Vater auf unbedingte und schleunige Wiederherstellung des Abtes in seine Rechte drang. Dieses Breve war nicht allein an die katholische, sondern an alle eidgenössische Stände gerichtet. Der

78) So erzählen die schweizerischen Blätter jener Zeit.

Eingang dieses Breve enthält Beschwerden über den Tagsatzungsbeschluss vom Jahre 1816, die auf der, aus Unkunde oder Klugheit gemachten Annahme beruhen, dass jene Tagsatzung das frühere, an dieselbe gerichtete Breve nicht den betreffenden Regierungen mitgetheilt, sondern eigenmächtig, und ohne Instruktion von diesen erhalten zu haben, über den päbstlichen Antrag entschieden, und sich durch ihren Beschluss von dem ersten Grundgesetze aller Staaten, der Gerechtigkeit, entfernt hätte. Darum, fährt der heilige Vater fort, lege er das vorjährige Breve dem diesjährigen wieder bei, als sey es durch jenen unregelmässigen Beschluss ganz und gar nicht erledigt; dann entwickelt er abermals sein Begehren und schliesst mit den Worten: „Wir vertrauen übrigens, Ihr werdet Unserem Schreiben um so eher entsprechen, als Wir, um der Uns obliegenden Pflicht Genüge zu leisten, von Unserem gefassten Vorhaben nicht abgehen können [79]).“

Ein eigenes Breve hatte der heilige Vater an den Stand Bern erlassen, worin er das Benehmen seines Gesandten auf der vorigen Tagsatzung belobte und ihm die Angelegenheit bestens empfahl. Ohne Zweifel hatte ihm der Umstand, dass Bern im Jahre 1814 an der Spitze derer stand, welche die dreizehnörtige Eidgenossenschaft, als wohin der Abt *Pankratius* eigentlich gehörte, „wieder aus dem Scheintode erwecken wollten,“ ein besonderes Vertrauen zu diesem Stande eingeflösst.

Der Kanton St. Gallen entwickelte nochmals in einem eigenen Kreisschreiben die Nichtigkeit der Ansprüche des Abtes und ihren Widerspruch mit allen Grundgesetzen, worauf das neue politische System der Schweiz beruhte. Dagegen wiederholte der Abt in einem besondern Schreiben die in dem ersten päbstlichen Breve enthaltenen Deduktionen seiner Ansprüche, die mit „St. Gallus und seinen Schülern, den wahren Aposteln der Schweiz“ anheben.

Am 21. Juli wies die Tagsatzung, unter Berufung auf die Ge-

79) Dieses Breve und die anderen dahin gehörigen Akten finden sich in mehreren schweizerischen Blättern, z. B. im „Wegweiser“ von 1817.

währleistungen der Integrität aller Kantone in der neuen Bundesakte und den Beschlüssen des Wiener Kongresses abermals den päbstlichen Antrag zurück.

Die Regierung von St. Gallen aber war durch die wiederholten päbstlichen Breven geschreckt worden; es fehlte ihr das rechte Vertrauen in den Geist, der damals in der Eidgenossenschaft herrschte. Sie eilte daher, mit dem römischen Stuhle über die Stiftung eines eigenen Bisthums Unterhandlungen anzuknüpfen und die reichen Fonds der Abtei, durch welche viel Erspriessliches zur Beförderung der Kultur hätte geleistet werden können, zur Dotation dieses besondern Bisthums, dessen dieser Kanton durchaus nicht bedurfte, zu verwenden. So waren die Zwecke Roms im Wesentlichen erreicht; ein besonderes kleines Bisthum entstand und die Schätze der Abtei fielen wieder in die Hände der Kirche zurück.

Unter solchen Auspicien versammelten sich am 4. August (1817) die Konstanzischen und Baselschen Diözesanstände in Bern. Misstrauen in die eigennützigen Absichten mehrerer Stände, Besorgnisse vor römischen Projekten (gleich dem St. Gallischen); Abneigung gegen den übermüthigen Nuntius, der allen Fortgang der Sache lähmte, erfüllten die meisten Stände. Dazu kam, dass das Präsidium diesmal nicht von dem Schultheissen *Amrhyn* geführt wurde, sondern von dem Schultheissen *Rüttimann*, der die Versammlung in Luzern (1816), wo zuerst der Zwiespalt ausgebrochen war, geleitet hatte. Bei dieser Stimmung der Stände darf man sich nicht wundern, wenn anstatt der Neigung, gemeinsam zu verhandeln, das Bestreben, sich einzeln zu verwahren, den herrschenden Geist dieser Versammlung ausmachte. Nachdem das Präsidium auf die Eröffnung der Instruktionen über das in der vorigen Versammlung (zu Luzern im Monate Mai) entworfene Konferenzialgutachten angetragen hatte, erklärten sich nur die Kantone von geringerem Umfange bereit, auf die Grundlage jenes Gutachtens weiter einzugehen. Der Gesandte von St. Gallen theilte die Absicht seiner Regierung mit, sich von den gemeinsamen Verhandlungen zu trennen und mit Rom über die Errichtung eines eigenthümlichen St. Gallischen Bisthums zu unterhandeln.

Aargau beharrte auf einem, die Baselschen und Konstanzischen Diözesanstände umfassenden Bisthume. Sollte das nicht zu Stande kommen, so wolle es die weitere Entwickelung abwarten und sich nach Konvenienz anschliessen. An Aargau schloss sich Zug an.

Bern beharrte auf seinem Verlangen, dass ein eigenes Bisthum in dem schweizerischen Landen des Bisthums Basel beibehalten und dass der Sitz desselben nach Pruntrut verlegt werde. Auch Solothurn wollte ein Bisthum von dieser Beschaffenheit, aber den Sitz desselben in Solothurn. Der Abgesandte von Basel, der bekannte Staatsmann, *Peter Ochs*, erklärte sich im Sinne Berns, jedoch nicht entscheidend; denn er sprach sehr bündig und kraftvoll über die wichtigen Vortheile eines umfassenden Bisthums und entwickelte den seiner würdigen grossen Gedanken, dass die Schweiz streben müsse, zu einer auf bestimmte Rechte gegründeten schweizerischen Kirche (gleich der germanischen und gallikanischen) zu gelangen. Auch die meisten anderen Deputirten drangen mit Nachdruck auf die bei den Unterhandlungen stets im Auge zu behaltende Sicherung der landesherrlichen Rechte. Der Eifer für diese Rechte war durch die vorige Konferenz und die neueren Vorfälle lebendig geworden, zu spät, um jeden Verlust zu ersetzen, aber Sicherheit für die Zukunft verbürgend, wäre er nur wach und regsam geblieben.

Ausserdem verwahrten sich abermals die meisten Stände feierlich im Protokoll gegen eigenmächtiges Aufdringen einer kirchlichen Einrichtung, von welcher Seite sie komme.

Luzern hatte bis dahin darauf bestanden, dass die Baselschen und Konstanzischen Diözesanstände getrennt erhalten, dass aus den letzteren in ihrer Vereinigung ein sogenanntes Nationalbisthum errichtet und der Sitz desselben nach Luzern verlegt würde. Nach den erwähnten Eröffnungen der Stände erklärte das Präsidium, dass der heute gemeldete Rücktritt oder Stillestand mehrerer Kantone der Konstanzischen Diözese darthue, dass man vom Ziele weiter, als je entfernt sey; nur einträchtiges Benehmen der Kantone vermöge die landesherrlichen Rechte

gegen Eingriffe der geistlichen Gewalt zu schützen [80]); bei den aus weiterer Zögerung hervorgehenden Gefahren müsse nun Luzern lediglich seiner eigenen Konvenienz folgen.

Der Präsident übernahm es nun, den Nuntius, *Carlo Zeno*, zu dessen grosser Freude von dem negativen Ausgange der Berathung in Kenntniss zu setzen.

Nach dieser Konferenz brach der Vorort Luzern die bisherigen Verhandlungen ab. Dieser Schritt war höchst übereilt und lässt sich nur daraus erklären, dass er bereits seinen Gedanken auf einen andern Plan, der uns sogleich beschäftigen wird, gerichtet hatte. Diese Konferenz war mithin die letzte gemeinsame Berathung aller Stände über die neuen Bisthumsangelegenheiten.

Unmittelbar nach dieser Konferenz trat Bern wieder mit dem Antrage in der Tagsatzung auf, dass der Fortbestand des Bisthums Basel möchte dekretirt werden. Der eigentliche Grund dieses Antrags lag in dem §. 6. des Art. IV. der Wienerischen Kongresserklärung, vom 20. März 1815. (kraft dessen, wie oben schon erwähnt wurde, die Tagsatzung über den Fortbestand des Bisthums Basel, oder dessen Vereinigung mit dem neuen, aus den Konstanzischen Diözesanständen zu bildenden Bisthume entscheiden, und kraft dessen Bern nebst den anderen Diözesanständen die Unterhaltungskosten des Bisthums, im Falle von dessen Fortdauer, bestreiten sollte) und in den Art. 1. 2. 3. und 23. der Vereinigungsurkunde der Besitzungen des ehemaligen Fürstbischoffs von Basel mit Bern (nur ein unbedeutender Theil war an Basel gefallen) vom 14. Wintermonat 1815. Denn da Bern, nach diesen Artikeln der Vereinigungsurkunde, die Grundsteuer, welche als Ersatz der Zehnten und Dominialeinkünfte des ehemaligen Fürstbischoffs von Basel eingeführt worden war, beibehalten hatte, so hatte es sich zum Voraus für die Herstellung und Fortunterhaltung des Bisthums Basel verbindlich gemacht und zum Voraus für die Erfüllung dieser Verbindlichkeit entschädigt; hätte dieses Bisthum nicht fortgedauert,

80) Was dieser Ausspruch für eine Bewandtniss habe, erhellt aus Note 74. und Text.

so hätte jene Grundsteuer aufgehoben werden müssen. Im Interesse dieses Standes lag es also, dass eines theils der Fortbestand dieses Bisthums beschlossen wurde, und dass anderntheils sich eine Anzahl anderer Stände diesem Bisthume anschliessen möchten, damit er in der Bestreitung der Kosten, die er ohne diesen Beitritt allein hätte übernehmen müssen, durch die Theilnahme Anderer erleichtert würde. — Die Absicht Berns ging also auf die Fortdauer des Bisthums Basel, nicht in seinem beschränkten, sondern in einem erweiterten Umfange, mochte auch ein ganz neues Bisthum daraus entstehen (wie denn wirklich der Fall war), wenn nur der Name blieb; das Bisthum Basel sollte nur der Kern zu einem grössern und das Mittel seyn, andere Stände zu einer Anschliessung zu bewegen und eine Vereinigung von mehreren zu Stande zu bringen. In diesem Sinne war denn auch der Tagsatzungsbeschluss, den Bern mit Hülfe Luzerns noch in demselben Monate (August) durch eine grosse Mehrheit der Stimmen (Aargau, Solothurn und einige andere Stände waren dagegen) erwirkte, abgefasst und ausgedrückt. Er lautete: „dass in den schweizerischen Landschaften des Bisthums Basel ein Bisthum solle beibehalten werden.“

Wir haben bemerkt, dass Bern mit Hülfe Luzerns seinen Antrag in der Tagsatzung durchgesetzt habe. Zwischen beiden Ständen war nämlich um diese Zeit eine Vereinigung für die Ausführung eines neuen Projectes, mit welchem jener Tagsatzungsbeschluss zusammenhing, zu Stande gekommen. Nach der erwähnten Diözesankonferenz in Bern (vom 4. August) verzweifelte nämlich Luzern, den bis dahin verfolgten Plan, sämmtliche Konstanzische Diözesanstände in Ein gemeinsames, von der Baselschen Diözese getrenntes Nationalbisthum zu vereinigen, dessen Sitz Luzern wäre. Dass der Ausdruck Nationalbisthum für die Nuntiatur nichts, als ein grosses leeres Wort war, um zur Trennung von Konstanz zu bewegen, haben wir oben bemerkt. Wie weit aber der Begriff „Nationalbisthum“ damals unter den Staatsmännern Luzerns entwickelt war, liegt im Dunkeln; in den bisherigen Entwürfen war wenig davon sichtbar geworden. Gewiss ist, dass man im Gegensatze

gegen mehrere kleinere Bisthümer, welche das Ziel der Nuntiatur waren, nach den Ansichten von Luzern, noch mehr nach denen vom Stande Aargau, eine möglichst grosse Diözese bilden wollte, um so durch die Vereinigung und das Zusammenhalten aller Regierungen die Kraft zu gewinnen, die man durch jenes Isolirsystem verlieren musste. Wie weit man später, hätte man erst auf einem solchen Boden gestanden, die eigentlichen Bedingungen für ein Nationalbisthum und eine Nationalkirche bei der Unterhandlung eines Konkordats mit Rom würde realisirt haben, ist unbekannt, da man nie mehr einen solchen Boden gewinnen konnte, da von nun an alle Unterhandlungen mit Rom nur von einzelnen Ständen, oder gar von wenigen Kommissarien, geführt wurden.

Luzern gab also den ersten Plan auf, und vereinigte sich mit Bern zur Stiftung eines besonderen, wenn auch eines beschränkteren Bisthums, unter dem Namen „Bisthum Basel,“ um so wenigstens einen Bischoffsitz zu gewinnen. Den Stand Bern bewog gleichfalls die Ueberzeugung, nur auf diesem Wege seine hinlänglich von uns entwickelten Absichten erreichen zu können, zur Allianz mit Luzern. Die ersten Eröffnungen wurden von dem geheimen Rathe von Bern, durch Herrn *D.*, gemacht. — Die Hauptzüge dieses Bern-Luzernischen Entwurfs waren folgende:

Das Bisthum (Basel genannt) wird gebildet von den Basel'schen und einem Theile der Konstanzischen Diözesanstände. Das Wieviel? der letzteren konnte noch nicht genau bestimmt werden; jedoch rechnete man ausser Luzern auf Zug und die drei Urkantone; die östlichen wurden sämmtlich ausgeschlossen, ohne Zweifel hatte auch hier die Nuntiatur die Hand im Spiele. — Sitz des Bisthumskapitels etc. ist Luzern (wie im frühern Luzernischen Entwurfe). Die Regierungen wählen den Bischoff und die Domherrn (wie im früheren Entwurfe). Eigenthümlich waren folgende zwei Bestimmungen: 1) Die Bevölkerung der Kantone ist der Massstab für ihre Theilnahme an der Ernennung der Domherren und für ihren Einfluss auf die Wahl des Bischoffs, desgleichen für den Betrag der Lasten. 2) Bern, wiewohl an (kathol.) Einwohnerzahl weit unter Luzern stehend, wird dennoch in allen Vortheilen diesem gleichgestellt, zum Ersatze für die aufgegebenen

Ansprüche auf den Bischoffsitz. Auch Luzern geniesst noch einige Vorrechte vor den andern Kantonen [81]).

Die aristokratische Natur dieses Entwurfs, desgleichen die aristokratische Entstehungsart desselben, — nicht durch gemeinsame Berathung und Einwilligung aller betreffenden Stände, sondern durch einen einseitigen Beschluss von Bern und Luzern, ungeachtet der wiederholten Verwahrung der Stände gegen eigenmächtiges Aufdringen einer kirchlichen Einrichtung, — machte von Anfang an die Meisten diesem Plane abgeneigt.

Nach Vollendung des Entwurfes knüpften die alliirten Stände (Bern und Luzern) Unterhandlungen mit Rom an, das auch diesmal freundlich entgegen kam, ohne jedoch bestimmten Entscheid zu geben; zugleich forderten sie die anderen zum Beitritte auf. In die kleinen Kantone wurde der Rathsherr *Stürler* von Bern gesandt, um sie zur Annahme zu stimmen; andere Deputirte in die Basel'sche Diözese.

Basel zeigte sich nicht abgeneigt, forderte jedoch, dass auch an Zürich —; Aargau forderte, dass an Zürich, Thurgau und Schaffhausen (die als östliche Kantone ausgeschlossen waren), Anträge zum Beitritte gemacht würden; ausserdem noch, dass Luzern und Bern ihren Vorrechten entsagen sollten. Man sieht, Aargau hatte die Idee eines grossen allgemeinen Bisthums nicht aufgegeben. Diese Forderungen blieben aber unberücksichtigt; die Alliirten hofften, wenn sie mit Rom im Reinen wären, durch das Gewicht eines päbstlichen Breve die anderen Stände zur Annahme zwingen zu können. Die öffentlichen Blätter jener Zeit erblickten hier den Einfluss der politischen Abneigung Berns gegen Aargau und Zürich, das an der Spitze der Partei stand, die im Jahre 1814 das Projekt Berns, die dreizehnörtige Eidgenossenschaft wieder herzustellen, vereitelte. So brach, um die Entzweiung zu vollenden, auch die schlecht verharschte Wunde des politischen Misstrauens wieder auf. Aargau neigte sich darauf zu den Planen Solothurns hin.

81) Bern (mit 39,000 kathol. Einw.) ist Luzern (mit 102,000) an Rechten gleich, und Aargau (mit 70,000) und Solothurn (mit 47,000) überlegen nach diesem Principe; nach ihm haben die sämmtlichen kleinen Kantone weniger Gewicht, als Bern oder Luzern, die eigentlich das Bisthum konstituiren.

Solothurn hatte seinen früheren Plan vestgehalten, und daraus entwickelte sich die zweite Hauptpartei unter den Diözesanständen, nach der letzten gemeinsamen Konferenz (vom 4. August 1817) in Bern. Im Januar 1818 fasste der grosse Rath in Solothurn den Beschluss, die Aufforderung von Bern und Luzern, ihrem Plane beizutreten, abzulehnen; dagegen auf den Grund des bestehenden Bisthums Basel einen neuen Entwurf aufzusetzen, und die Nachbarkantone unter den annehmlichsten Bedingungen zur Annahme desselben einzuladen. Diesen Plan eröffnete die Regierung dem Internuntius *Belli* in Luzern, der ihn mit sichtbarer Zufriedenheit anhörte, übrigens beiden Parteien schmeichelte. Im Oktober des Jahres 1817 war nämlich der Nuntius *Carlo Zeno*, nachdem er alle Verhandlungen gelähmt und vielfache Verwirrung gestiftet hatte, nach Rom zurückgereist, und hatte den Kanonikus, *Francesco Belli*, als Internuntius zurückgelassen.

Solothurn theilte nun ungesäumt den andern Basel'schen Ständen seinen Entwurf für die Stiftung eines Solothurn-Basel'schen Bisthums mit, das die Basel'schen Diözesanstände und mit ihrer Zustimmung, auch andere ehedem zum Konstanzischen Sprengel gehörenden Kantone umfassen und seinen Sitz in Solothurn haben sollte. Dieser Entwurf [82]) stimmt im Wesentlichen mit dem früheren überein, und enthält die Grundlinien desjenigen, der im Jahre 1827 zur Ausführung kam. So freigebig sich die Regierung in den Beiträgen zur Bestreitung der Kosten (besonders in der Hergabe der nöthigen Gebäulichkeiten) zeigte, so ist die dunkle Hand der Nuntiatur darin nicht zu verkennen. Kein Wort von den Staatsrechten in Kirchensachen, von einer Kontrole der geistlichen Macht, der Leitung des Seminars durch die Regierungen, einem Einflusse der Regierung auf die Bischoffswahl etc.

Durch eigene Deputationen wurden im Monate März die betreffenden Stände zum Beitritte und zu ferneren Verhandlungen eingeladen. Basel, wiewohl es sich schon Bern genähert

82) Er steht in den öffentlichen Blättern jener Zeit (z. B. Schweizerboten 1818 Nr. 13.) so wie der Bern-Luzernische (z. B. Wegweiser von 1818.).

hatte, gab doch keine völlig verneinende Antwort; Aargau zeigte sich geneigt; Bern, das man Anstandes halber nicht hatte übergehen wollen, lehnte natürlich jeden Antrag ab.

Beide Parteien, Solothurn auf der einen, Bern und Luzern auf der andern Seite, unterliessen Nichts, um ihre Projekte durchzusetzen. Beide sandten unter andern auch Deputationen an den hochbetagten Bischoff von Basel, der in Offenburg residirte, um ihn für ihre Entwürfe günstig zu stimmen, — ohne Zweifel zur Belustigung der Nuntiatur. Denn die Stimme dieses sanften Prälaten verschwand in der Wagschale gegen die leiseste Andeutung Roms. Auch gab er beiden Parteien gefällige, auf jenen Sitz des Heils hinweisende Antworten.

Weit bedeutender war ein anderer Schritt, den Bern und Luzern thaten. Statt der bisherigen Weise der Unterhandlungen mit Rom, beschlossen sie eine wirksamere zu wählen, um ihren Wünschen Folge zu geben. Man kam überein, eine Deputation nach Rom abzusenden, gebildet von den Standeshäuptern beider Republiken, folglich mit dem höchsten Ansehen bekleidet, das man einer Gesandtschaft zu geben im Stande war. Diese Deputation, bestehend aus dem Schultheissen *Rüttimann* von Luzern, dem Schultheissen *Wattenwyl* von Bern und dem Legationssecretär *Fischer*, reisete wirklich im Monat März über die Alpen, um aus Italien die kirchliche Ordnung Helvetiens abzuholen, wie die politische früher aus Paris und Wien gebracht worden war. Der G. V. *Göldlin* in Luzern verordnete, dass während dessen jeden Tag ein Gebet für die glückliche Einleitung der Bisthumsangelegenheiten sollte verlesen werden. Die Zeitschriften jener Tage bemerkten, dass bei den völlig widerstreitenden Planen der verschiedenen Parteien der Himmel in diesem Gebete ganz unvereinbare Wünsche empfangen habe. Dieser Schritt erschien damals gleich parteilosen Beobachtern höchst bedenklich. Schon an sich sey die Rolle eines Geschäftsträgers, einer diplomatischen Person bei einem auswärtigen Hofe, unvereinbar mit der Würde eines höchsten Staatshauptes; bei dem römischen Hofe sey diese Rolle aus bekannten Gründen auch äusserst gefährlich, und Rom könne in dieser Hinsicht den Grad geistiger Gewalt, den es in der Schweiz erreicht habe, nebst der Sicherheit, mit welcher es kühne Schritte ferner wa-

gen dürfe, getrost aus dem Umstande entnehmen, dass aus diesem Lande ihm eine Huldigung gebracht werde, die ihm nirgends in der neueren Geschichte geworden sey, — dass die Repräsentanten der höchsten Staatsgewalt persönlich erschienen, um in den wichtigsten Interessen sich um die Gunst des apostolischen Stuhles zu bemühen. Wie aber, sagte man ferner, wenn dem röm. Hofe nach dem Triumphe gelüstete, die Oberhäupter dieser Republiken vergebens suppliciren zu lassen, die demüthige Stellung, die sie annahmen, mit einem vornehmen Blicke zu erwiedern, und sie zuletzt mit dem Gefühle, dass diese Demüthigung noch dazu umsonst gewesen sey, wieder abziehen zu lassen[83].

Während dessen näherten sich Aargau und Solothurn immer mehr, und suchten die östlichen und nördlichen Stände, welche von Bern und Luzern waren ausgeschlossen worden, zum Beitritte zu den Solothurnschen Planen zu bewegen. Noch im Vorsommer dieses Jahres (1818) hielten Solothurn, Aargau und Thurgau eine Konferenz zu Schönewerth, und schlossen einen gemeinsamen Bisthumsvertrag. Auf welche Aenderungen in jenem (Soloth.) Entwurfe Aargau drang, blieb unbekannt; denn dass er bedeutender Aenderungen und Zusätze bedurfte, um gefahrlos zu seyn und mit Aargaus früheren Ansichten übereinzustimmen, fällt in die Augen.

Durch die beiden entgegenstehenden Parteien — Bern und Luzern auf der einen, und Solothurn, Aargau und Thurgau auf der andern Seite, die es beide nicht an gehässigen Anschuldigungen in öffentlichen Blättern fehlen liessen — schien, nach der allmählig sich entwickelnden Lage der Dinge, ein doppeltes Bisthum sich gestalten zu wollen; ein nordöstliches, die Stände Solothurn, Aargau, Zürich, Schaffhausen, Thurgau u. s. w. in sich fassend; und ein südliches, Bern, Luzern und die kleinen Kantone in sich begreifend, vorausgesetzt, dass es der letzteren Partei nicht gelang, durch die Macht des röm. Hofes die andern zur Annahme ihres Entwurfes zu zwingen.

Es ist Zeit, dass wir nun auch auf die Verhandlungen in den kleinen Kantonen, auf welche Bern und Luzern

83) Siehe die Aargauer und Züricher Blätter jener Zeit.

in ihren Projekten wesentlich gerechnet hatten, einen Blick werfen.

Auf die oben berichtete Einladung von Bern und den Antrag der Regierung von Zug, hatten sich am 21. Januar (1818) Abgesandte von Uri, Schwyz, Unterwalden und Zug in Gersau zur Berathung versammelt. Hier entwickelte der Deputirte von Schwyz, der berühmte *Aloys Reding*, das Projekt, das bekannte Kloster Maria Einsiedeln zu einem eigenen Bisthume für die demokratischen Kantone zu erheben. Zur Entstehung dieses merkwürdigen Planes wirkten mehrere Ursachen zusammen. Die Idee aristokratischer Bevorrechtung, von welcher Bern und Luzern sich bei der Entwerfung der neuen Bisthumsorganisation, bei der Vestsetzung der wesentlichen Bestimmungen desselben, endlich in der Behandlung der anderen Kantone hatten leiten lassen, war von den Urkantonen nicht minder, als von anderen Orten, mit Empfindlichkeit und Unwillen aufgenommen worden, vorzüglich von Schwyz, das, stolz auf alten Ruhm, durch seine neueren Kriegsthaten die ganze übrige Schweiz verdunkelte. *Reding* und seine Freunde dachten daher an ein eigenes demokratisches[84]) Bisthum. Dabei leitete sie noch besonders die Erwägung, dass durch die Erhebung der Abtei Einsiedeln zu dieser Dignität und durch die Verwandlung derselben in eine bischöffliche Dotation dem ewigen Streite und Hader, in welchem dieses Kloster durch seine Eingriffe, Forderungen und Nichtanerkennung der Schirmvogteirechte mit der Regierung von Schwyz lag, ein Ende gemacht werden könne. Auch der Ehrgeiz des damaligen Abtes *Tanner*, eines Freundes von *Reding*, hatte bedeutenden Einfluss in dieser Angelegenheit. Endlich trug die Nuntiatur nicht wenig dazu bei, jene Idee anzuregen und zur Reife zu bringen.

Indessen fand *Reding* auf der Konferenz zu Gersau bei den andern Ständen unerwarteten Widerstand mit seinem Vorschlage. Weder die Regierungen der übrigen demokratischen Kantone — äusserte man — seyen diesem Entwurfe geneigt, noch würde sich auch die Weltgeistlichkeit den Bischoffsstab

84) So nannte man, seltsam genug, das für die demokratischen Kantone projektirte Bisthum.

in der Hand eines Klosterbruders und Ordensmannes gefallen lassen, der dem röm. Stuhle unbedingt unterworfen sey. Einen vorzüglichen Gegner fand Schwyz an Zug, welcher Kanton sich vor anderen durch einsichtsvolle und freigesinnte Staatsmänner, wie die *Andermatte*, *Sydler*, u. A. waren, auszeichnete, und in dieser ganzen Angelegenheit, meistens vereint mit Aargau, stets eine selbstständige Rolle gespielt hatte, wie der Leser bemerkt haben wird.

Für einen Augenblick wandten darauf diese Stände ihre Gedanken auf die Errichtung eines eigenen Bisthums, dessen Bischoff aus der Weltgeistlichkeit genommen wäre. Diese Idee scheiterte aber sogleich an der Betrachtung, dass die Fundationsgelder für dieses Bisthum fehlten. Die Schwierigkeiten, die sich auf allen Seiten zeigten, flössten nun diesen Ständen den Entschluss ein, sich mit Bern und Luzern in Unterhandlungen einzulassen, unter der Bedingung, dass die kleinen Kantone ein gleiches Stimmrecht, wie die grossen, bei der Wahl des Bischoffs und bei der Besetzung des Domkapitels haben, und nicht die Bevölkerung oder die Dotationsbeiträge einen Maassstab für dieses Recht abgeben sollten; ferner, dass Luzern, weil es den Vortheil des Bisthumssitzes geniesse, grössere ökonomische Verpflichtungen übernehmen solle. Diese Vorschläge überschrieb Uri im Namen der drei Kantone an Luzern; aber der Antrag fand kein Gehör. Schwyz hatte sich getrennt, und den oben erwähnten Plan mit Einsiedeln an den apostolischen Stuhl gelangen lassen. Bald nach der Gersauer Konferenz starb der Hauptverfechter desselben, *Aloys Reding*. Mit ihm schied einer der edelsten Staatsmänner und der grösste Kriegsheld Helvetiens in neueren Zeiten von dem Schauplatze der Geschichte.

Die Unterhandlungen, welche die drei andern demokratischen Kantone mit Bern und Luzern pflogen, dauerten zwar fort, führten aber trotz mehrerer Konferenzen, die noch gehalten wurden, zu keinem Resultate, weil die letzteren Stände nicht nachgaben.

Der Vorschlag von Schwyz hatte unterdessen in Rom, wo ohne Zweifel seine eigentliche Geburtsstätte war, grosse Freude erregt. Plötzlich, am 6. Juni, erhielt die Nuntiatur in Luzern

ein päbstliches Breve, durch welches der Abt von Einsiedeln zum Bischoffe der Vierwaldstädte — Uri, Unterwalden, Zug und Schwyz — ernannt wurde, ohne dass die drei ersten gehört wurden, ja ganz gegen ihren Willen. Noch in der Nacht ging ein Bote mit der Nachricht nach Schwyz und Einsiedeln, und schon am 9. Juni verfügte sich eine Deputation von Rath und Geistlichkeit des Standes Schwyz nach Einsiedeln. Der Abt hatte unterdessen das Kapitel versammelt, und dieses hatte einmüthig beschlossen:" den Antrag zum Bisthume und Bisthumssitze nicht anzunehmen, und diesen Beschluss, auf den wichtigsten Beweggründen beruhend, dem heil. Vater einzuberichten. Sollte aber der Herr Abt für seine Person die bischöffliche Würde annehmen wollen, so möge er es können, aber nicht als Klosterabt und im Kloster residirend; und man werde ihm einen Vikarius bis zu seinem Absterben setzen." Die Abtei zog die Sicherheit, die sie genoss, dem ungewissen Loose vor, dem sie, wenn sie einmal in Bisthum und Domkapitel, und ihre Güter in eine bischöffliche Fundation verwandelt wären, möglicherweise ausgesetzt werden könnte.

Durch den vesten Entschluss der Abtei wurde der röm. Hof in Verlegenheit gesetzt, aber nicht zurückgeschreckt. Der Plan, Klosterbisthümer in der Schweiz zu errichten, war zu reizend, und versprach, wenn er verwirklicht wurde, zu grosse Vortheile, um ihn so leicht aufzugeben; in Folge desselben würde, da sämmtliche Schweizerklöster unbedingt unter Rom stehen, das ganz neue Schauspiel sich in Europa ereignet haben, dass die katholische Geistlichkeit dieses Landes unmittelbar unter den Nuntien, als wandelnden Oberbischöffen, gestanden hätte. Im Laufe des Monates August kam ein erneuter Antrag von Rom an die Nuntiatur, und der Internuntius *Belli* ging selbst nach Einsiedeln, um durch seine Beredtsamkeit und diplomatische Kunst den Willen der Ordensgeistlichen zu ändern. Zweimal wurde das Generalkapitel versammelt; aber jedesmal endigte sich die Berathung mit demselben Beschlusse, der im Monat Juni gefasst worden war. Die röm. Hierarchie lernte an diesem Beispiele, dass der Wille der Geistlichkeit, der in ihrem eigenen Schoosse gross gezogen war, viel vester sey, als der der weltlichen Macht. Die Vereitelung war zwar schmerzlich, aber doch lag viel Beruhigung darin.

Die Regierung von Schwyz versuchte nochmals, die Abtei zu bewegen, wenigstens Bedingungen zur Annahme vorzuschlagen. Das Kloster that darauf absichtlich solche Vorschläge, dass weder die Regierung noch die Weltgeistlichkeit sie annehmen konnte. Da nun auch die letztere mit einem Memorial einkam, in welchem sie gegen die Errichtung eines Klosterbisthums protestirte und rieth, sich an ein anderes Bisthum, ausserhalb des Kantons, anzuschliessen; so beschloss die Regierung am 23. Okt., wiewohl ungern, diesen Plan aufzugeben, mit den Bisthumsangelegenheiten abzuwarten, bis der neue Nuntius auftrete, und von Rom aus, wohin man einen gründlichen Bericht machen wolle, der sofort auch abgeschickt wurde, ein neues Gutachten mitbringe.

Es ist nun Zeit, dass wir eine Frage beantworten, die ohne Zweifel unsere meisten Leser werden aufgeworfen haben, die Frage: was haben Bern und Luzern zu dem röm. Projekte mit Einsiedeln gesagt? Diese Frage ist natürlich, weil die Theilnahme der vier Waldkantone eine wesentliche Bestimmung in dem Bern-Luzernischen Entwurfe war, mithin die Angelegenheiten jener Stände nicht abgesondert behandelt werden durften. Gleichwohl wussten die Herrn *Rüttimann* und *Wattenwyl* in Rom kein Wort von den Planen Roms mit Einsiedeln; kein Antrag — nicht einmal eine simple Mittheilung — war ihnen darüber gemacht worden. Erst durch Briefe von Luzern erfuhren sie, dass ein päbstliches Breve angelangt sey, welches Einsiedeln zu einem Bisthume der vier Waldstädte erhebe. So wurde demnach, während die Staatshäupter von Luzern und Bern in Rom über das Bisthum unterhandelten, ohne ihr Wissen und Zuthun die Sache in der Schweiz abgemacht! So viel durfte Rom wagen! Nun erst erwachten die Regierungen aus ihrem Traume. Mit Unwillen wurden die Gesandten zurückgerufen; am 1. August (1818) reiseten sie unverrichteter Sache ab.

Dass sie ihren Zweck nicht erreichten, erhellt schon sattsam aus dem Gesagten. Sie hatten gehofft, in Betracht ihrer Würde, in einer mehr unmittelbaren Berührung mit dem heil. Vater ihre Verhandlungen zu führen. Sie wurden aber an eine Kommission gewiesen, von welcher auch der berüchtigte

ehemalige Nuntius *Zeno*, der schon einmal alle Anträge abgelehnt hatte, ein Mitglied war. Diese Kommission sollte die Vorschläge untersuchen und ihren Bericht an den Kardinal *Consalvi* abstatten. Im Laufe der Verhandlungen wurden darauf von Seiten Roms unbedeutende Einräumungen gemacht, aber alle wichtigeren Punkte, vornehmlich die Ernennung des Bischoffs von den Regierungen, verneinend beantwortet. Die letzte Note in diesem Sinne wurde den Gesandten gegen Ende Julius zugestellt, darauf reiseten sie nach Abbruch der Unterhandlungen, wie wir eben erzählt haben, wieder über die Alpen zurück; mit welchen Gefühlen? kann der Leser leicht errathen.

Ein Privatschreiben aus Rom, das damals in mehreren öffentlichen Blättern erschien, sagte, man erkläre sich die Art, wie Rom die schweiz. Angelegenheiten behandelte, daraus, dass es Teutschland habe ein Beispiel geben wollen.

Von allen Seiten waren nun die Bisthumsverhandlungen mit Rom in Stillstand gerathen; die Wiederanknüpfung derselben erwartete man mit dem Eintreffen des neuen Nuntius, *Machi*, eines alten, freundlichen und schlauen Prälaten. Bei seiner Annäherung fiel in dem täglichen Rathe zu Luzern, nach einem Antrage des Staatsraths, eine merkwürdige Debatte vor. Der Antrag ging dahin, die altüblichen Empfangszeremonien, die sich mehr einer Huldigung, als einem Grusse näherten, nach dem veränderten diplomatischen Stande des Kantons gehörig zu vereinfachen; eine solche Feierlichkeit werde keinem Kaiser und Könige. Der Antrag, der aus dem frischen Unwillen über die Begegnung, welche die Gesandtschaft erfahren hatte, entsprungen war, wurde nur mit 13 Stimmen gegen 12 verworfen. Weit wichtiger war der Vorschlag einer beträchtlichen Partei in Luzern und in andern Kantonen, dem heil. Vater zu erklären, dass kein künftiger Nuntius ferner eine geistliche Gerichtsbarkeit in der Eidgenossenschaft ausüben, sondern nur als diplomatische Person eines befreundeten Hofes betrachtet werden solle. Der Vorschlag kam aber nicht zur Ausführung, so nothwendig diese auch war.

Am 9. des Christmonats zog der neue Nuntius unter den gewöhnlichen Feierlichkeiten in Luzern ein.

An ihn wandten sich nun die verschiedenen Parteien zur

Fortsetzung der Unterhandlungen. Der Kanton Schwyz hatte schon vorher beschlossen, dass er seine Diözesanangelegenheiten unbedingt der Nuntiatur überlassen wolle. Die übrigen Waldkantone jedoch waren weniger hingebend. In ihren Zuschriften an Schwyz (im Jan. 1819), worin sie den Wunsch, dass die alte Einigkeit unter den Waldkantonen fortblühen möge, und ihre Abneigung gegen Klosterbisthümer wiederholt ausdrückten, erklärten sie, dass sie im Sendschreiben an den heil. Vater in der Bisthumssache ihre Konvenienz und Freiheit, sich nach Berathung ihres ökonomischen und religiösen Interesse anzuschliessen, sich vorbehalten hätten [85].

Der Nuntius aber erklärte allen Parteien, dass er durchaus keine Vollmacht zu weiteren Unterhandlungen in der Bisthumsangelegenheit habe. So trat ein völliger Stillstand ein. Der Grund dieser merkwürdigen Erklärung lag in dem Umstande, dass der bisherige Generalvikar *Göldlin* sichtbar seinem Lebensende sich näherte. Dieses Ereigniss aber wollte Rom abwarten und zu seinen Zwecken benutzen. Der Generalvikar verschied endlich im Monat September 1819. Als Probst zu Münster wurde er geschätzt; als Generalvikar zeigte er sich schwach, unfrei und willenlos der Nuntiatur gehorchend. Mit diesem Ereignisse beschliessen wir den gegenwärtigen Abschnitt. Wir wollen nun noch einen Rückblick auf den durchlaufenen Abschnitt werfen.

Nachdem das heillose Provisorium mit der Zertrümmerung eines alten Bischoffstuhls begonnen, Rom die Rechte und Freiheiten der Schweizer geläugnet hatte, — so dass, wie Herr *R.* in einer wahrhaft lichtvollen Stunde bemerkte, ein Provisorium nicht allein in der Person, sondern auch in der Sache eingetreten war — nachdem Nuntius und Generalvikar ihre Instruktionen aus dem Codex der Dekretalen empfangen, und — das Schlimmste von Allem — der erstere beauftragt war, Alles zu leiten, vorzubereiten, sich in Alles zu mischen; sollte unter solchen unseligen Auspizien das neue kirchliche Gebäude aufgeführt werden.

85) Sendschreiben aus Nidwalden an Schwyz vom 10. Januar; aus Obwalden vom 20. Januar 1819. etc.

In dem ersten sollten die Grundlagen für das neue Bisthum entworfen werden; daher die Konferenz in Luzern (1816). Wir haben oben[86]) die grossen Gesichtspunkte berührt, die vestgehalten werden mussten; die Grundbedingung von Allem war Eintracht und Einheit unter den Ständen. Wie wenig auf jener Konferenz geschah, ist erzählt worden. Wie hätte auch die Hand, aus welcher die Wirren hervorgingen, den Knäuel aufzulösen vermocht! Zudem wirkten noch Bern und Solothurn störend ein; vorzüglich Letzteres, das, ohne weder durch historischen Besitz, noch einen andern Grund berechtigt zu seyn, einen Bischoffssitz verlangte, und dadurch von Anfang bis zu Ende Verwirrung stiftete. In diesem Stadium bildeten sich also Parteien, anstatt der Grundzüge zu einem Nationalbisthume.

Das war grossentheils das Werk der Nuntiatur, die wie ein unheilbringender Dämon im Hintergrunde arbeitete, den Saamen der Zwietracht säete und den Trank der Berückung mischte, um, nicht ein Nationalbisthum — schon der Name war verhasst — sondern kleine Bischoffsstühle auf römischer Basis zu schaffen[87]). Daher wurde allen Parteien der Bischoffssitz versprochen, um sie alle zu täuschen. Nur mit Solothurn war es Ernst, das, sich kaum über den intellektuellen Höhepunkt von Freiburg erhebend, zur Einführung der Jesuiten erwählt und darum als gedeihlicher Boden für ein römisches Bisthum erfunden wurde.

Das zweite Stadium charakterisirt das ernstliche Streben des Schultheissen *Amrhyn*, die getrennten Stände wieder zu vereinen. Indessen waren die Parteileidenschaften noch zu scharf gespannt; zudem trat der Nuntius *Carlo Zeno*, als das Prinzip absoluter Verneinung jeder positiven Schöpfung entgegen. Auch Aargau beging damals einen grossen Fehler. So löblich es war, im Anfange die Idee einer möglichst vollkommenen Schöpfung aufzustellen, so nachtheilig war es, noch damals darauf zu verharren und nicht das Beste zu erzielen,

86) S.: Note 74. und Text.

87) Hätten doch die Eidgenossen die weise Lehre ihrer Vorfahren gegen die Nuntien, als *Buonhuomo* „hinterrucks handelte“ und „Vorspiegelungen machte“, beachtet. S. Note 16. Einleitung.

was nach den gegebenen Umständen möglich war, d. h. sich mit Luzern zu verbinden, um den schädlichen Einfluss von Solothurn zu überwältigen.

Hätte Luzern in gleichem Geiste fortgearbeitet, so war es immer noch möglich, ein glückliches Ziel zu erreichen. Allein, der alten Leitung wieder folgend, verliess es den betretenen Weg und verband sich mit Bern zu einem Projekte, in Folge dessen, durch die aristokratisch - egoistische Behandlungsweise der gemeinsamen Angelegenheiten, die übrigen Stände abgestossen, die bisherigen Trennungen bevestigt und noch vervielfacht, der Grund zur nachherigen Zersplitterung der Stände unter verschiedene Bisthümer gelegt und alle Bedingungen zur Gründung eines Nationalbisthums von Rom vereitelt wurden. — Das ist der Geist des dritten Stadiums. Diese dritte Periode begann mit hochfliegenden Planen, und endigte mit einem gänzlichen Stillstand aller Verhandlungen.

4) Versuch zu einer geistigen Revolution der katholischen Schweiz.

Ehe wir in der Erzählung der Bisthumsverhandlungen weiter gehen, müssen wir eine Reihe anderer gleichzeitiger Bestrebungen der ultramontanischen Partei ins Auge fassen, die, aus gleichem Geiste, wie die Bisthumsveränderung, entsprungen, darauf berechnet waren, die anderen Theile des römischen Planes mit der Schweiz, den wir am Anfange des zweiten Abschnittes in seinen allgemeinen Umrissen bezeichnet haben, zur Ausführung zu bringen. Wenn die bisher erzählten Ereignisse vorzugsweise den Umsturz des äusseren kirchlichen Gebäudes, um ein neues im römischen Style aufzuführen, bezweckten, so gingen die Bemühungen, mit denen wir uns jetzt beschäftigen, vorzugsweise darauf hin, die katholische Schweiz auch in geistiger Hinsicht in römisch-hierarchischem Sinne zu revolutioniren und ultramontanisiren[88]. Es ist klar, dass beide Reihen

88) Wir sagen absichtlich revolutioniren; denn auch diese Bestrebungen waren, wie die bisherigen, auf gewaltsame Veränderung bestehender Anordnungen und Vernichtung aller Rechte der neuern Kultur gerichtet.

von Bestrebungen sich wechselseitig erläutern und ergänzen, als Theile eines umfassenden Systems.

Diese Bestrebungen betrafen theils die Verhältnisse des geistlichen Standes und die Stellung der Geistlichkeit in der bürgerlichen Gesellschaft; theils die Erziehung; und theils waren sie auf den Glauben und die Ueberzeugungen des Volkes und des Klerus gerichtet. Wenn wir zum Behufe der Darstellung diese Abtheilungen machen, so bedarf es kaum der Bemerkung, dass in der Wirklichkeit sehr häufig in einer und derselben Erscheinung diese dreifache Beziehung aufs engste vereinigt war.

Ehe wir die wichtigsten Erscheinungen der ersten Klasse zusammenstellen, müssen wir einen Blick auf den Geist werfen, der die religiösen Anordnungen und die Einrichtungen des geistlichen Wesens während der Mediationsregierung charakterisirte. Dadurch allein wird eine gehörige Würdigung der späteren Vorfälle möglich; auch erklärt sich erst dadurch vollständig der zelotische Eifer, mit welchem die Nuntiatur auf schleunige Trennung der Schweiz von dem teutschen Kirchenverbande hinarbeitete und die rasche und entscheidende Wendung, welche die Dinge nach der Aufhebung der Mediationsakte nahmen.

Durch die politische Umgestaltung der Schweiz war ein System gleichartiger Verfassungen entstanden, die, nach Aufhebung aller Feudal- und Hörigkeitsverhältnisse, auf den Prinzipien gleicher bürgerlicher Freiheit und politischer Rechte aller Volksklassen beruhten. Wir haben den Geist dieses politischen Systems oben näher geschildert. Es war natürlich, dass die Regierungen dieser Staaten lebendig das Bedürfniss fühlten, mit den grossen Gesellschaftszwecken und Lebensinteressen dieser Verfassungen — Aufklärung, freie geistige Entwickelung, sittliche und intellektuelle Kultur — auch die Wirksamkeit und Bedeutung des geistlichen Standes und den religiösen Kultus, so wie die öffentliche Erziehung, in eine vollkommnere Uebereinstimmung, als bisher der Fall war, zu setzen. Diese Sorge der Regierungen bildet eine der glänzendsten Seiten der Epoche der Mediationsverfassung. Von den Veranstaltungen für Erziehung werden wir unten reden; was aber den ersten Punkt betrifft, so fanden die Regierungen in der Lösung ihrer hohen Aufgabe

überall die grössten Hindernisse in der Rohheit, Ignoranz, dem Aberglauben, dem Mangel aller wissenschaftlichen Bildung und dem Sittenverfalle eines grossen Theiles der Geistlichkeit, der seine Bestimmung nur in das Abhalten eines mechanischen Ceremoniendienstes setzte; in dem veralteten, abergläubischen Kirchenrituale und in der geistlosen und geisttödtenden Beschaffenheit so mancher andern Theile des öffentlichen Kultus; in vielen dem Staats- und Kirchenwohle schädlichen Einrichtungen des geistlichen Wesens; endlich in der Intoleranz der Religionsparteien [89]). Diese Uebel hatten vorzüglich in der letzten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts überhand genommen; die plötzliche Einwirkung der französischen Revolution auf die Schweiz, hatte hier und da gleichfalls Verirrungen in dem geistlichen Stande hervorgebracht [90]).

Die nothwendigen Reformen des geistlichen Wesens hätten die Regierungen ohne die Hülfe der geistlichen Oberbehörden nicht bewirken können; der Fürstbischoff kam ihnen aber mit gleichen Grundsätzen entgegen. Am 5. Okt. 1801 übergab der Generalvikar Herr *von Wessenberg* im Namen des Bischoffs der helvet. Regierung (damals in Bern) eine Denkschrift, welche den Geist entwickelte, in welchem derselbe in seinem bischöfflichen Berufe zur Beförderung des gemeinen Wohls mitzuwirken entschlossen sey [91]). Vorzüglich verweilt diese Denkschrift bei der Art, wie die Geistlichkeit ihre Bestimmung — Erleuchtung und Veredlung des Gesellschaftsvereins — erfüllen solle. Dies geschehe 1) durch Würde und Reinheit der öffentlichen Gottesverehrung im ursprünglichen Geiste des Evangeliums, mit

89) In den Klagen über diese Uebel stimmen die Schreiben der Regierungen, die Schriften der Geschichtschreiber und die Verfügungen der oberen geistlichen Behörden überein. Wir werden im Folgenden noch nähere Belege anführen.

90) Selten erträgt der Mensch einen plötzlichen Uebergang von körperlicher oder geistiger Sklaverei zur Freiheit ohne Ausschweifungen. Es gab damals religiöse Sanskülotten (wie der Dekan *H.* im Kanton Luzern), die von dem Bürger Jesu und der Bürgerin Maria predigten. Zu bemerken ist, dass diese, beinahe Alle, später wieder in den unbedingtesten Ultramontanismus verfielen.

91) S.: Schweiz. Republikaner. Okt. 1801. S. 714 und einen Auszug in der Denkschrift über *Wessenberg*.

Abstellung eingeschlichener Missbräuche; 2) durch stetes Hinstreben auf sittliche Bildung des inneren Menschen; 3) durch ächt christliche Erziehung der Jugend. Zur Erreichung dieser Zwecke müssen aber Pflanzschulen für künftige Seelsorger, woran es in der Schweiz gänzlich fehle, gestiftet, und die Erziehungsanstalten der Jugend verbessert werden; desgleichen seyen Prüfungen und Konkurse erforderlich, um die Unwürdigen, denen es an Sittenreinheit und Kenntnissen fehle, auszuschliessen; — 4) durch das ernste Bemühen, christliche Liebe, den Geist der Eintracht und wahrer Toleranz unter den Staatsgenossen zu pflanzen; die Geistlichen selbst müssen hierin mit ihrem Beispiele vorangehen; 5) durch stetes Bestreben, Liebe zur Verfassung, Folgsamkeit gegen die Gesetze und Achtung gegen die Obern zu gründen, nach dem Geiste des Evangeliums. — In dieser hohen Bestimmung der Geistlichkeit bestehe der Verband, der die christliche Kirche und den Staat in ein Ganzes zusammenknüpfe; mit Treue und Eifer habe er (der Bischoff) immer gearbeitet und werde fortan dahin arbeiten, dass der Klerus im Geiste dieser Bestimmung thätig sey, und für die grossen Interessen der Gesellschaft wirke. Indessen werde er stets innerhalb der Grenzen seines bischöfflichen Berufes bleiben; er kenne und ehre die Rechte des Staats in Kirchensachen. Dagegen erwarte er von der Einsicht der Staatslenker erstens ernstliche Unterstützung und Mitwirkung der politischen Gewalten für diese wohlthätigen Zwecke; zweitens, dass das Vermögen der Kirche unversehrt erhalten und feierlich bestätigt werde[92]). Die Art, wie die Einkünfte desselben zur Erhaltung kirchlicher Anstalten und Personen, desgleichen im Geiste der Stiftung der Kirchengüter, zu Lehranstalten, Armenhäusern und andern frommen und wohlthätigen Zwecken zu verwenden seyen, könne in einer Uebereinkunft verabredet werden.

Diese Erklärung, deren Grundgedanken wir hier mitgetheilt haben, machte tiefen Eindruck auf die Regierungen; die beschlossene Veräusserung eines Theils der Kirchengüter für die

92) Mit dem Kirchengute in den meisten Theilen der katholischen Schweiz sah es damals sehr zweifelhaft aus; es war unter Sequester gelegt; auch das Staatswohl erforderte Hülfsquellen.

genannten und ähnliche Zwecke, für welche alle Fonds fehlten, unterblieb, man war zufrieden, einen Theil des Ertrags derselben dazu verwenden zu können.

Nach diesen reinen und einfachen Grundsätzen wurde, in dem vollkommensten Einverständnisse mit der politischen Gewalt, das Oberhirtenamt von Konstanz unter dem Fürstbischoffe *von Dalberg* von dem Generalvikare *von Wessenberg* so geführt, dass man diese Bisthumsverwaltung mit Recht eine philosophische genannt hat. Die vielen trefflichen Anordnungen desselben, um den geistlichen Stand „für das gemeine Beste wirksam zu machen", den Kultus zu läutern und zu veredeln, und Missbräuche auszurotten — einzeln anzuführen, liegt ausser unserem Zwecke; nur einige derselben müssen wir zum Verständnisse des Folgenden namentlich bezeichnen. Dahin gehören die Verordnungen zur Minderung der Feiertage (im Jahre 1806) „um den Ausschweifungen, dem Müssiggange und der Verarmung des Volkes in dieser Hinsicht ein Ziel zu setzen," nach den Vorschriften, die schon der Pabst *Klemens XIV.* erlassen hatte [93]; die Dispensen vom Verbote der Fleischspeisen an Samstagen und andern Tagen — der treffliche Hirtenbrief (vom Jahre 1804), über den Geist des kirchlichen Fastengebots, das nicht leibliche Kasteiung, sondern innere Weihe und Reinigung des Gemüths beabsichtige — die Anordnungen und die Erlaubniss der Haustaufen (vom Jahre 1806) — die Anordnung vernunftgemässer, gesetzlicher Formalitäten für Eheverlöbnisse, um leichtsinnigen Ehen, die alles Familienglück zerstören, vorzubeugen — das Reskript über gemischte Ehen, in Folge dessen die Kinder männlichen Geschlechts die Religion des Vaters, die Mädchen den Glauben der Mutter annehmen sollen. Vorzügliche Sorgfalt verwandte er, nach Uebereinkünften mit den Regierungen (z. B. des Aargaues 1801), auf Veredlung und Vergeistigung des Kultus, Läuterung der Liturgie und Belebung des Rituals durch Einschränkung des Brevierbetens, Einführung teutscher Gesänge und Kirchengebete, statt der lateinischen Formeln, zweckmässiger Andachtsübungen, statt des

93) In Rom wählte man sich aber *Klemens XIII.* zum Vorbilde.

mechanischen Rosenkranzbetens, Vorlesung der Episteln und Evangelien in teutscher Sprache u. s. w. [94]). Durch Anordnung von Pastoralkonferenzen, Prüfungen, Lesegesellschaften, schriftlichen Aufsätzen und vorzüglich durch das treffliche „Archiv für Pastoralkonferenzen“ verbreitete er unter den Geistlichen eine gereinigtere Theologie und ein Streben nach wissenschaftlicher Bildung, Eifer für Kanzelberedtsamkeit, Verbesserung der Volksschulen, Aufklärung und Toleranz; eine immer reinere Ansicht von der Würde und dem Berufe des evangelischen Seelsorgeramtes.

So schwanden allmählig die Nebel des Aberglaubens und erleuchtend und wohlthätig trat die Kirche in den Thälern der Schweiz wieder in den ursprünglichen Bund mit dem Staate zur Beglückung des Menschengeschlechts.

Alle diese Anordnungen (und noch vieles Andere) wurden dem Generalvikare in Rom zum Verbrechen gemacht. Mit Hass und Ingrimm beobachtete die Nuntiatur in Luzern die Entfesselung des Bisthums Konstanz von dem Geiste des Papismus, und machte mit eigenen boshaften Entstellungen ihre Berichte nach Rom. Auf mehrere Anordnungen folgten sogleich heftige päbstliche Breven, z. B. auf die Dispensazion vom Verbote der Fleischspeisen ein Breve [95]), worin es heisst: „durch die philosophische Toleranz wolle man allen Unterschied zwischen den Katholiken und Ketzern aufheben.“

Vorzügliche Beachtung verdient die Regierung von Luzern, welche, wie sie später der Mittelpunkt aller regressiven Bewegungen ward, so während der Mediationsverfassung die Vorgängerin aller heilsamen Reformen war; auch zeichnete sich keiner der vielen trefflichen bischöfflichen Kommissarien so durch philosophische Bildung und Gelehrsamkeit aus, wie derjenige zu Luzern, *Thaddäus Müller*. Unter den vielen vor-

94) Die Veredlung des Kultus war ein Gegenstand fortgehender Sorgfalt; wir erinnern an die Preisaufgabe, welche der Gen. Vik. im J. 1810 für den besten Entwurf eines möglichst vollkommenen Rituals für das Bisthum Konstanz stellte. S. über das Alles: Sammlung bischöfflicher Verordnungen und Hirtenbriefe des Bisthums Konstanz, 1813, und die Denkschrift über *Wessenberg*.

95) S. l.l. Seite 187.

züglichen kirchlichen Anordnungen dieser Regierung verdient das sogenannte Konkordat oder „die Uebereinkunft in geistlichen Dingen, abgeschlossen zwischen dem Fürstbischoffe von Konstanz und dem Kanton Luzern, im Jahre 1806, unter dem Amtsschultheissen *Krauer*", einer besondern Erwähnung. Die Hauptbestimmungen waren folgende: 1) Es wird zur Bildung der Geistlichen ein Priesterseminarium errichtet, das Alle, die ein geistliches Amt erhalten wollen, nach Vollendung ihrer Studien auf einer öffentlichen Schule besuchen müssen. Die innere Einrichtung des Seminariums, Lehrplan und Studien dirigirt der Bischoff; aber sie wird der Regierung zur Genehmigung vorgelegt. Die zeitliche Verwaltung besorgt der Regens, legt aber der Regierung jährlich Rechenschaft ab. Bei den Prüfungen führt der bischöffliche Kommissär den Vorsitz. 2) Die Kollegiatstifte Münster und St. Leodegar zu Luzern sind nicht ferner Wohnungen des Müssigganges, sondern Ruhesitze, jenes für altersschwache und verdiente Geistliche, dieses für betagte würdige Schulmänner, welche dann Chorherrn werden und den Gottesdienst in dem Stifte versehen helfen. — Dieses einzige Denkmal des humanen *Dalberg* würde seinen Namen in der Schweiz unvergesslich machen! Durch zweckmässige Einrichtung wird für bessere Besoldung, sorgenfreies Alter und verdiente Ruhe auch der Professoren an den niederen Schulen gesorgt! 3) Die Pfarrsprengel werden für bessere Seelsorge und zur Erleichterung des Volkes zweckmässig ausgeglichen und gerundet; wo es nöthig ist, werden neue Pfarreien errichtet, sobald die gehörigen Fonds vorhanden sind. Kapellaneien — die blosse Sinekurstellen waren, — Missbräuche des Nepotismus — werden mit Pflichten der Seelsorge, der Schulführung oder der Aushülfe für andere Geistliche verbunden. 4) Das Recht der Veränderung und Versetzung der Benefizien durch die Regierung[96]) wird anerkannt; in der Ausführung findet aber eine Uebereinkunft mit dem Bischoffe statt. 5) Die Pfarreien werden in drei Klassen getheilt, deren Besoldungen mit

95) S. Einleitung. Nie hat der Pabst, auch nicht das Tridentinum, den Regierungen dieses Recht eingeräumt; es war aber ein altes Recht der Schweizer.

der Arbeit und dem Umfange der Seelsorge im Verhältnisse stehen. Nur verdiente Geistliche steigen zu den höher besoldeten Pfründen auf; während bisher das Verdienst nur zu häufig darbte und das Unverdienst „mit reichen Pfründen Wucher trieb.“ Der Ueberschuss der Einkünfte der Pfarreien über die in der Klassifikation stipulirte Besoldung fliesst in die geistliche Kasse, aus welcher die geringeren Pfarreien ihre Zuschüsse erhalten. 6) Die Geistlichen sind den allgemeinen Steuern aller Bürger unterworfen. 7) Es wird eine geistliche Kasse gebildet; die Kommission, die sie verwaltet, steht unter der Regierung, legt ihr jährlich Rechenschaft ab und trägt ihr ihre Gutachten vor. Geistliche und weltliche Mitglieder, unter ersteren stets der bischöffliche Kommissarius, bilden jene Kommission. Diese Kasse ist bestimmt zur Unterstützung schlechter Pfarreien, des Seminars, neuer Pfarreien, der Hülfspriester, Erziehungsanstalten und anderer Anstalten zur Versittlichung.

Die Quellen dieser Kasse sind: die Ueberschüsse der reichen Pfründen über die stipulirten Besoldungen; Beiträge von allen Pfarreien nach Massgabe der Einkünfte, von reichen Kapellen, Kongregationen oder Bruderschaften des Kantons; die Fonds eingehender Bruderschaften und die Zuschüsse der Kollegiatstifte.

Es lässt sich leicht erachten, mit welchen schwarzen Farben die Schilderung dieses Konkordats entworfen war, welche die Nuntiatur nach Rom schickte.

In diesem Konkordate war bestimmt, dass das Kloster Werthenstein und dessen Fonds zur Bildung des Priesterseminariums verwandt werden sollten, wenn der heil. Vater es erlaube (weil die Klöster der Schweiz unmittelbar unter dem apostolischen Stuhle stehen). Dies führte zu einer höchst interessanten und merkwürdigen Verhandlung der Regierung von Luzern mit dem Pabste. In ihrem Schreiben an den Pabst (vom Jahre 1806) berührte sie zugleich noch einige andere Wege, auf welchen sie die Mitwirkung der Klöster zur Beförderung des gesellschaftlichen Wohles wünschte. Sie ersuchte also die Genehmigung des Pabstes für folgende Punkte:

1) Dass das Kloster Werthenstein zur Errichtung eines geistlichen Seminars verwandt würde, so dass die noch leben-

den Mönche in das Minoritenkloster zu Luzern versetzt werden sollten. Das Frauenkloster Rathausen solle zu einer Armen-, Waisen- und Erziehungsanstalt, die durchaus nothwendig sey, wofür aber alle Fonds mangelten, benutzt werden. Beide Klöster, bemerkte die Regierung, seyen im Verfall durch ihre eigne Schuld, und erforderten zu ihrem Fortbestehen beträchtliche jährliche Zuschüsse vom Staate.

2) Das Kloster St. Urban solle durch Beiträge und Bildung von Professoren zum gemeinen Besten mitwirken. Bisher wurden Landschullehrer daselbst gebildet, aber der Abt wollte es aus Hochmuth nicht länger dulden.

3) Andere Klöster, die benannt waren, sollen der Besserung strafbarer Personen oder der Verpflegung von Kranken ihre Dienste widmen.

„So werden die Klöster zu ihrer ursprünglichen Bestimmung: Besserung, Veredlung und Versittlichung der Menschheit, Milderung des Elends und Erhebung des Priesterstandes zurückgeführt, keinesweges aber für unmittelbare Staatszwecke benutzt."

Dieses Schreiben war ein Muster würdiger Sprache und trefflicher Entwickelung des Grundsatzes, dass — und der Art, wie die Klöster sich an die höheren praktischen Zwecke der Menschheit anreihen sollen. Dieser Grundsatz war herrschend bei der Mediationsregierung; er war durch die oben erwähnte Denkschrift des Fürstbischoffs eingeleitet[97]), und durch ihn allein waren die Klöster vor der Auflösung bewahrt worden, die man deswegen vornehmen wollte, weil man das Mark des Landes zu wichtigeren Zwecken bedürfe, als die Stätten der Faulheit zu füttern. Durch einen Tagsatzungsbeschluss (vom 26. Heumonat 1804) war jener Grundsatz feierlich bestätigt worden.

In dem Breve, das der heil. Vater (vom 21. Hornung 1807) auf dieses Schreiben erliess, beginnt er mit der Versicherung, dass er einen Strom von Thränen über die Ruchlosigkeit der Luzerner vergossen habe. Dann wird das Haupt-

97) S.: Denkschrift über *Wessenberg* 1818, 8. S. 255.

gesuch, die Klöster Werthenstein und Rathausen betreffend, rund abgeschlagen, „die Erhaltung so heiliger Orte, wo so viele Pilgrime hin wallfahren und so viele Messen gelesen würden, sey wichtiger, als Armen- und Waisenanstalten und Seminarien. Die übrigen Punkte wurden nur unter solchen Bedingungen gestattet, dass die Staatsgewalt sie nicht eingehen konnte; z. B.: im Kloster St. Urban möchten Jünglinge gebildet werden, aber dann müsse Aufsicht, Lehre und Leitung allein unter dem Abte stehen. Dann wird das Konkordat bitter getadelt, vorzüglich die Bestimmung, welche die Kollegiatstifte zu St. Leodegar und Münster betrafen, und der durch die liberalen Staatsansichten eingeführte Loskauf der Zehnten. „Alle diese Anordnungen seyen nur auf den Umsturz der katholischen Kirche und Religion gerichtet, und könnten den Luzernern nur von den Feinden dieser Religion (Gen. Vik. *Wessenberg*) eingegeben seyn.“ Ausserdem enthielt das Breve noch eine Menge von Entstellungen, die von den Verläumdungen des Nuntius herrührten.

In der Antwort der Regierung (vom 20. Mai 1807.) auf dieses Breve verlangte sie eine volle Genugthuung für die verläumderischen Beschuldigungen, womit der heilige Vater getäuscht worden sey; entwarf eine weitläufige Schilderung von dem Verfalle des geistlichen Wesens und der Erziehung und der physischen Verarmung des Volkes bei ihrem Regierungsantritte, und rechtfertigte die Nothwendigkeit ihrer Forderung in der siegreichen Sprache, welche das Bewusstsein eingiebt, für höhere, weit über dem Systeme des Papismus liegende, Zwecke der Menschheit zu arbeiten. Vest beharrte sie auf dem Rechte des Staats, die Oberaufsicht über die Klöster, ihre ökonomischen Verhältnisse, Zucht, Novizenannahme u. s. w. zu führen [98]; alle Rechte ihrer Vorfahren in Kirchensachen werde sie entschlossen ausüben; sie kenne keine anderen Feinde der Religion als heuchlerische Verläumder und solche, welche Feinde der Gesetze und der Verfassung seyen.

Dieses Schreiben sandte die Regierung nicht durch den Nuntius *Testaferrata*, mit dem sie gänzlich zerfallen war, son-

98) Die geistlichen Verhältnisse der Klöster stehen unter dem Pabste; aber ihre zeitlichen unter dem Staate. S.: die Einleitung.

dern durch den Regierungssecretär *Kopp* geradezu nach Rom. Aber der Pabst beharrte auf seiner Weigerung. Mit weiser Mässigung verzichtete darauf die Staatsgewalt auf die Sekularisation der beiden Klöster, setzte aber das ganze Konkordat ohne alle Rücksicht in Vollzug [99]).

Eine ähnliche Korrespondenz war auch von dem Fürstbischoffe mit dem Pabste geführt worden. Mit Berufung auf die Kirchengesetze hatte der erstere um die Aufhebung des Klosters Werthenstein zum Besten des Seminars nachgesucht. Darauf folgten zwei Breve. Das erstere (vom 21. Februar 1807) enthielt bittere Klagen und Vorwürfe über die Aufhebung der Klöster — harte Ausfälle über das damalige Erziehungswesen in Luzern (wovon weiter unten) und die Anmassung, dasselbe unter die Gewalt der Kirche zu stellen. In dem zweiten (vom 28. Febr. 1807) wird der Fürstbischoff aufgefordert, „das ganze Konkordat für ungültig zu erklären und zu vertilgen," „in diesem Konkordate seyen geistliche Sachen der Gewalt und dem Willen der Laien unterworfen worden" — „der Generalvikar habe in ihm die Rechte und die Gewalt der Kirche mit Füssen getreten und schändlich verrathen." (S.: Denkschrift über *Wessenberg*.)

Der Hass gegen dieses Konkordat rührte her von dem humanen Inhalte desselben, von der Anerkennung der Rechte der Staatsgewalt in demselben und von dem Umstande, dass es der Nuntiatur nicht zur Genehmigung war vorgelegt worden. Das war aber nach den Rechten des Episkopats durchaus nicht nöthig.

Das Konkordat trat in Vollzug. Das Seminarium wurde, aber mit grossen, Kosten in Luzern eingerichtet. Der Generalvikar entwarf einen trefflichen Lehrplan, in welchen als Gegengift gegen Mystik auch die physikalischen Wissenschaften aufgenommen waren, und stellte helldenkende und gelehrte Männer, als Regens desselben aber den durch seine Schriften

99) S. über diese Vorfälle: Faktische Darstellung der Unterhandlungen der Regierung von Lucern mit dem Papste *Pius VII.* u. s. w., gedruckt auf Befehl der Regierung. Lucern. 1808.

berühmten Professor *Dereser* an. Mit Hass und Ingrimm betrachtete der Nuntius dieses Institut, und denuntiirte sogleich die Professoren wegen Irrlehren. Diese Denuntiation blieb natürlich ohne Erfolg. Endlich wurden sogar Zöglinge als Werkzeuge missbraucht, um den Professor *Dereser* und den bischöfflichen Kommissarius *Müller* öffentlich bübischerweise zu beschimpfen. Der Fürstbischoff selbst und die Regierung verschafften ihnen eine strenge Genugthuung.

So wie der Generalvikar die hohe Aufgabe, den geistlichen Stand zu seiner Bestimmung für das Gesellschaftswohl hinzuführen, stets im Auge hatte, so suchte er auch die kirchenrechtliche Stellung des Bisthums gegen die päbstliche Gewalt durch konsequente Ausübung der Rechte des Episkopats nach dem neueren Kirchenrechte thatkräftig zu behaupten. Ohne vorherige Genehmigung der Kurie von Konstanz erkannte er keine Dispense und Exemtionen von Rom an; er widersetzte sich den Privilegien — und dem Reservatenunfuge, den die römische Kurie nicht vergessen konnte; jede Antastung der ursprünglichen Rechte des Episkopats, jeden Eingriff in seine Jurisdiktion, jeden Versuch der Nuntiatur in Luzern, ihren Sprengel auch über Teutschland auszudehnen, wies er mit kräftiger Hand zurück; die Dispense von allgemeinen Kirchengesetzen ertheilte er selbst, trotz der heftigen Beschwerden des Nuntius, der darauf Anspruch machte, in einem Schreiben, worin er behauptete, „dass er die Stelle des Pabstes in der Schweiz vertrete, und nicht allein mit ordentlichen, sondern auch mit ausserordentlichen Fakultäten versehen sey [100]).“ In gleichem Geiste verfuhren die Regierungen; wir erinnern nur an die kräftige Art, mit welcher die Regierung von Luzern den Abt zu St. Urban, welchen die Nuntiatur bewog, sich der schuldigen Rechnungsablage zu widersetzen, gefangen nach Luzern führte und absetzte. Durch eine konsequente Durchführung der Rechte des Episkopats und der Regierung war also

100) Denkschr. über *Wessenberg* (8.) S. 266. Nie haben die Bischöffe von Konstanz eine solche Nuntiatur anerkannt; sie war in den teutschen Konkordaten förmlich proscribirt.

die Nuntiatur ganz bei Seite geschoben worden; sie hatte Nichts zu thun, als ohnmächtige Intriguen zu schmieden.

So wurde durch die vereinte Wirksamkeit der Regierungen und der bischöfflichen Verwaltung nicht allein ein aufgeklärtes katholisch-evangelisches Religionssystem, im Gegensatz mit dem papistischen, sondern auch das geläuterte, auf dem Episkopalsystem beruhende, Kirchenrecht, im Gegensatze zu den falschen Dekretalen, zu der herrschenden Denkart des Klerus in der Schweiz erhoben.

Mit dem Falle *Napoleons* und der Aufhebung der Mediationsakte brach nun die römische Kurie — diese unwandelbare Offizin der Finsterniss — in die bittersten Klagen gegen den Fürstbischoff [101]) und in Hass und Verfolgung gegen den Generalvikar aus. Die Erzählung dieser Intrigue, einer der schwärzesten der neuern Kirchengeschichte, gehört nicht hierher; allein wir können nicht unbemerkt lassen, dass die ganze gebildete Welt erstaunt war, wie die schweizerischen Regierungen schweigen konnten, als man im Jahre 1817 dem Generalvikar alle Anordnungen, die doch unter ihrer Mitwirkung zu Stande kamen, zum Verbrechen machte und ihn desshalb für einen Ketzer und Apostaten erklärte.

Allein mit dem Falle der Mediationsakte verschwand die frühere Einheit aus dem Föderativsysteme der Schweiz; die Staatsmänner der Mediationsregierung wurden verdrängt und die Aristokraten verbanden sich in unbegreifflicher Verirrung mit der Partei des Nuntius [102]).

Mit der Losreissung der Schweiz von Konstanz trat eine Anarchie in der Kirche ein, und der Nuntius erhob sich als Legat mit ausserordentlichen Fakultäten — bekanntlich einer unbegränzten Vollmacht, die nie vorher und jetzt zum erstenmale in der Schweiz geduldet wurde. Es bedarf kaum der Bemerkung, dass sogleich sein Bestreben auf den Umsturz aller

101) S.: das Breve vom 2. Nov. 1814. Denkschr. über *Wessenberg*. S. 121.

102) S.: Note 39 und 40.

kirchlichen Anordnungen und Vertilgung des ganzen geistigen Resultats der Konstanzischen Bisthumsverwaltung gerichtet war.

Unmittelbar nach Aufhebung der Mediationsverfassung (im J. 1814.) gab die jesuitisch-römische Partei in Luzern, die sich im Stillen der Nuntius gebildet hatte, und wovon mehr weiter unten, unter der Anleitung der Nuntiatur eine Bittschrift an die neue Regierung ein, in welcher sie auf die Wiederherstellung des ganzen geistlichen Wesens des Kantons in seinen vorigen Zustand drang [103]). Diese Schrift verräth eben so durch ihren barbarischen Styl, wie durch die Anmassungen, die sie aufstellt, ihren Ursprung. Nach der Aeusserung einer aufrichtigen Freude, dass die vorige Regierung „die ohne Fromm- und Gerechtigkeitssinn gewesen“ gestürzt sey, und dem Ausdruck der Hoffnung, dass jetzt die Priesterschaft wieder zu ihren alten Rechten gelangen werde, beginnt die Bittschrift mit den bittersten Vorwürfen gegen das im Jahre 1806 mit dem Bischoffe von Konstanz abgeschlossene Konkordat, als jenen Rechten zuwider. Das Seminar sey verderblich, weil es keine wahrhaft geistliche Bildung gegeben habe; den Lehrern habe es „an warmem priesterlichen Eifer gefehlt.“ Die jetzige Einrichtung der Erziehungsanstalten sey unvollkommen; sie müssen mehr im Geiste der Kirche eingerichtet werden, „weniger Tendenz auf pur Zeitliches haben“ und in die Hände des Klerus (der Priesterkaste) gegeben werden. Die Kollegiatstifte zu Münster und Luzern seyen durch ihre neue Bestimmung „Invalidenhäuser“ geworden; bei der jetzigen Verderbtheit des Volkes seyen die priesterlichen Uebungen, die dadurch leiden, die Hauptsache; sie sollen daher ihre vorige Bestimmung (d. h. Stätten des Müssigangs zu werden) wieder erhalten. Es sey hohe Zeit, dass der Klerus die geistliche Gerichtsbarkeit (die er doch nie gehabt hatte) wieder erhalte, damit „die Ausspender der göttlichen Geheimnisse“ mehr Ansehen gewinnen, um der Verderbtheit des Volkes zu begegnen; dessgleichen die Realimmunität, indem Kirchengut kein Staatsgut sey und den Staat nichts angehe. Die geistliche Kasse, dessgleichen die Klassifi-

103) Dieses Aktenstück steht vollständig im schweizerischen Wegweiser vom Jahre 1817.

kation der Pfarreien soll aufgehoben und Alles ins Alte gebracht werden; „wir erschrecken, heisst es in der Schrift, über die Folgen dieser Verirrung;“ der Staat habe seine Befugniss überschritten; die Kirche, der geistliche Stand und seine Pfründen, sollen unabhängig vom Staate seyn; beziehe sein Einkommen der Geistliche vom Staate, „so sinke er zu einem niedrigen Söldner des Staates herab,“ „er werde in seinen und des Volkes Augen niedrig gemacht;“ — die Zehnten müssen wieder hergestellt werden; „die Erhaltung der priesterlichen Würde und des Ansehens der Kirche und der Religion verlangt es“ — die Klagen über die Verderbtheit des Volkes (von der sonst kein Mensch etwas wusste) und der Gedanke, dass der Gehorsam gegen Obrigkeit und Gesetze (als ob sie für sich ohne alle Kraft seyen) erst durch die Priesterschaft, und zwar erst jetzt (als ob während der Konstanzer Verwaltung Ungehorsam sey gepredigt worden) müsse hergestellt werden, kommen in tausend Wendungen vor [104]. Daher die Forderung, ihre Gewalt möglichst zu vermehren; daher am Schlusse das Begehren einer schleunigen Wiedereinführung der Kirchenstrafen, „damit durch die Amtsdiener der Religion den Gesezzen Kraft ertheilt würde,“ indem durch die Gerichts- und Polizeistellen (die trefflich eingerichtet waren) „das Seelenverderbniss mehr befördert als gemindert würde.“ Unterzeichnet war diese Schrift von *Göldlin*, dem Probste des Stiftes Münster, der Probstei des Stiftes Luzern und den Dekanen (von Hochdorf, Willisau und Sursen) *Häfliger*, *Schallbreter* und *Stalder*. — Diese Forderungen, die auf einen Staat nicht in, sondern über den Staat hinzielten, setzten die Regierung in grosse Verlegenheit. Welche Miene sollte man gegen die annehmen, mit welchen man gemeinsam gegen die Mediationsregierung zu Felde gezogen war? Mitten in der Regierung fand diese befehlende Bittschrift ihre Verfechter. So in sich gespalten und von der Nuntiatur gedrängt, konnte diese Behörde solche Forderungen nicht sogleich und für immer abweisen,

104) Dies war ächt pfäffisch und schlau; sie wussten wohl, was in der Regel Aristokratieen, nach dem Umsturze einer Verfassung, von den Priestern wollen. Aber diese verlangten denn doch etwas zu viel.

wie sie hätte thun sollen; sondern liess sich in Unterhandlungen ein. Ja, der Klerus schöpfte die Hoffnung, dass, ohne den Widerstand des Schultheissen *Keller*, der Versuch gelingen werde. Oft, aber vergeblich, bestürmten sie ihn mit Deputationen; am meisten im Sommer 1816. Da erklärte er, die Hand auf die Brust legend, so lange er Schultheiss sey, werde nie aus der Sache Etwas werden. Sogleich wurde eine dunkele Prophezeihung verbreitet, die Strafe des Himmels werde ihn für seine Ruchlosigkeit treffen; im September desselben Jahrs wurde er todt in den Fluthen der Reus gefunden. Er hatte den Abend vorher sich in den Schooss seiner Familie nach einem, nahe bei Luzern gelegenen, Landhause begeben wollen. Ein schwerer Verdacht fiel auf einige Anhänger der Nuntiatur, und es entstand eine berüchtigte peinliche Untersuchung, die aber nicht beendigt werden konnte [105]). Ein tiefes Dunkel ruht auf diesem tragischen Ereignisse, das wahrscheinlich kein menschliches Gericht je verscheuchen wird. In treuer Erinnerung setzten seine Mitbürger dem unglücklichen Schultheissen an den Ufern der Reus ein Denkmal, dessen er nicht unwürdig war.

So war dieser Gegner zwar verschwunden; aber in seinem Nachfolger *Amrhyn* und seinen Anhängern fand der Klerus eine gleiche Abneigung gegen seine Anmassungen. Daher die Rechte des Staates auf der Konferenz in Luzern (1817) so sehr zur Sprache, (— wenn nur auch zur That! —) kamen.

Der grössere Theil des Klerus fügte sich endlich; nur das Stift Münster, von welchem die Petition ausgegangen war, beharrte fortdauernd auf der Weigerung, die Abgaben zu entrichten, die bis in die letzten Jahre der Mediationsregierung bezahlt worden, von da an aber mit 60,000 Franken rückständig waren. Am skandalösesten wurde der Streit im Jahre 1817 — wo unter Hungersnoth und Theurung so viele Menschen

105) Während der Untersuchung wurden von dem Verhörrichter *Escher* in Zürich die Verhörakten öffentlich bekannt gemacht; worauf das Appellationsgericht in Luzern erklärte, dass der Prozess der unzeitig eingetretenen Offenkundigkeit wegen nicht gehörig vervollständigt werden könne; daher denn das Endurtheil mehr eine absolutio ab instantia der Angeklagten als eine förmliche Lossprechung von der Schuld enthielt.

erlagen — von dem reichen Stifte durch den Kanonikus *Meier* geführt. Ein Beschluss der Regierung hatte Zahlung auferlegt; da wandte sich das Stift an den täglichen Rath mit einer Denkschrift, in welcher die Regierung — obwohl sie nach bestehenden Gesetzen verfügt hatte — angeklagt wurde, ihre Befugniss überschritten und die Rechte des gesetzgebenden Körpers usurpirt zu haben. Die Klage blieb fruchtlos und der ganze Versuch misslang vor der Hand.

Ein ähnlicher Versuch wurde im Jahre 1816 von den sämmtlichen Klöstern der Schweiz gemacht. Im Monat Juni hielten sie durch Abgeordnete im Kloster Einsiedeln, berüchtigt in der Schweiz durch seinen Hang zu Anmassungen, eine Berathung, in welcher beschlossen wurde, einen beständigen Geschäftsführer in Rom anzustellen und zu unterhalten, und den heiligen Vater zu ersuchen, dass ihre Güter als Erbtheil Petri erklärt und die betreffenden Prälaten somit als apostolische Gutsverwalter (vicarii administratores) angesehen und behandelt würden. Der Zweck liegt am Tage. Die Regierungen wurden aufmerksam und vorzüglich durch die Wachsamkeit der Aargauischen wurde der Plan vereitelt. — Diese Beispiele, deren die Zeitgeschichte noch eine Menge ähnlicher erwähnt, mögen genügen, das plötzliche heftige Streben, die Kirche in römischem Sinne vom Staate unabhängig zu machen, zu bezeichnen. Man gab Herrn *Rüttimann* mehr Ursache, als er früher ahnete, zu dem Wunsche, auf der Konferenz zu Luzern (1816) das Provisorium zu beenden.

Gleich bezeichnend, wie die bisher angeführten Schritte, ist ein Hirtenbrief, welcher durch Autorität der Nuntiatur verfertigt wurde, und welchen der Generalvikar im Jahre 1816 in seinem Vikariate cirkuliren liess. Jene waren gegen die Staatsrechte, dieser gegen den in den meisten Kantonen durch die Konstanzische Verwaltung veredelten Kultus gerichtet, und zielte auf nichts Geringeres ab, als einen grossen Theil desselben wieder in jenes geistertödtende Ceremonienwerk zurückzuführen, unter dem Unwissenheit und blinder Glaube so üppig aufwachsen, und bleibt daher ein merkwürdiges Aktenstück in dem grossen Processe, den der Geist des Lichts mit dem Dämon

der Finsterniss führt [106]). Wir können hier nur eine allgemeine Charakteristik desselben geben. Er beginnt, wie alle Dokumente dieser Partei, mit bitteren Klagen über den entsetzlichen Verfall von Zucht und Sitte in der Schweiz, das Verschwinden des wahren Glaubens und der apostolischen Dogmen, das Einreissen der Aufklärung u. s. w., ergiesst sich sodann in harte Vorwürfe über die Geistlichkeit, welche diesen Geist der Aufklärung in sich aufgenommen, und eifert mit der Heftigkeit eines Zeloten über die liturgischen Anordnungen, welche der Konstanzer bischöffliche Stuhl gemacht hatte. Es ist eine wichtige Bemerkung für den Menschenbeobachter, dass, wenn eine Priesterkaste auf Unterjochung des menschlichen Geistes ausgeht, sie stets mit einem Jammergeschrei über den Verfall der Sitten und die Verderbtheit der menschlichen Natur beginnt, als ob der Mensch als missrathenes Geschöpf aus den Händen der Allmacht komme und erst unter ihren Händen das wahre Heil empfange.

Dann weisst der erwähnte Hirtenbrief auf die Constitutiones synodales dioecesis von 1761 und 1762 (die wegen des abergläubischen Ritus antiquirt wurden) als der wahren Quelle des Heils hin, und empfiehlt besonders das Tragen der Tonsur, die Brevierstunden, die Abschaffung der teutschen und Wiedereinführung der lateinischen Liturgieen, die Exorcismen bei der Taufe, kurz, den ganzen Ornat des Aberglaubens, als die kräftigsten Mittel gegen das Verderbniss der Zeit an, kraft seiner apostolischen Vollmacht. Die Regierungen konnten bei dieser Umstossung der gemeinschaftlich von ihnen und dem bischöffl. Konstanzischen Stuhle getroffenen Einrichtungen und der beabsichtigten Wiedereinführung der Const. synodales nicht gleichgültig bleiben. Die Regierung von Luzern gab ihr Missfallen zu erkennen, aber ohne mit Energie zu handeln; die vom Aargau erliess eine Zuschrift an den Generalvikar, in welcher sie die bestimmte Erklärung gab, dass sie die im Jahre 1801 von dem bischöfflichen Stuhle in Konstanz getroffenen, wohlthätigen und heilsamen Vorschriften in Kraft halten und keineswegs

106) S.: Monatschronik (herausgegeben in Zürich) von 1816.

zugeben werde, dass der bischöfliche Vikar während seines Provisoriums neue Einrichtungen in dem Kantone treffe. Im Grunde sey der Kanton Aargau noch gar nicht von dem Bisthume Konstanz getrennt, und nur um den andern Ständen einen Beweis freundlicher Gesinnung zu geben, habe er das Provisorium angenommen [107]).

Auf diese kräftige Erklärung, die Aeusserungen des Unwillens vieler Geistlichen und die scharfen Kritiken, welche der Hirtenbrief in mehreren, besonders der Aarauer Zeitschriften, veranlasste, beeilten sich die Dekane in den Kantonen Aargau und Luzern, auf höhere Eingebung, von den Geistlichen ihrer Kapitel Unterschriften für Huldigungsschriften zu sammeln, in welchen die Gefühle der Ergebenheit und des Gehorsams gegen den Generalvikar, tiefes Bedauern, dass seine heilsamen Absichten Widerstand gefunden, und die Versicherung vollkommener Uebereinstimmung mit seinen Ansichten ausgedrückt waren. Am unverschämtesten trieben, zum Trotz der Regierungen, dieses unwürdige Addressenspiel die Dekane *Häfliger* zu Hochdorf im Kantone Luzern, und *Hausherr* zu Wohlen, früher ein Jesuit, im Kantone Aargau.

Der Generalvikar aber, ohne Zweifel in der Voraussetzung, dass seine Handlungen keiner öffentlichen Prüfung unterworfen seyen, nahm die Rügen, welche sein Hirtenbrief in den Zeitungen erfahren hatte, als eine Beleidigung seines apostolischen Charakters auf, und kam bei der Tagsatzung mit einer Beschwerde ein. Diese fasste einen Beschluss, in welchem die betreffenden Stände angewiesen wurden, die geeignetesten Massregeln zur Ahndung und Zurechtweisung der Redaktoren der verklagten Zeitschriften zu ergreifen; zugleich drückte der Beschluss das Bedauern der Tagsatzung aus, wenn durch die erwähnten Schriften der Achtung gegen den apostolischen Charakter des Generalvikars zu nahe getreten worden sey. Der Angriffe, welche diese apostolische Person gegen die bestehenden Anordnungen der Regierungen sich erlaubt hatte, ist in diesem Beschlusse mit keinem Worte Erwähnung gesche-

107) S.: die Monatschronik vom Mai 1816.

hen[108]). Man kann fragen, ob solche Tagsatzungsbeschlüsse geeignet waren, den Unternehmungsgeist der ultramontanischen Faktion zu schwächen?

Dieser Hirtenbrief leitete die allmählige Wiederherstellung des alten dunkeln Kultus in dem grössten Theile der katholischen Schweiz ein.

Denselben Geist, wie dieser Hirtenbrief, athmeten die Fastenmandate des Generalvikars. Das Christenthum wird in äussere Werke der Busse und Kasteiung und in Ceremonieen gesetzt; das Fleischessen an den Freitagen und Samstagen strenge verboten und das Gewissen der Uebertreter im Voraus beschwert; des innern Christenthums aber wird nicht erwähnt. Von gleicher Art waren die Fastenmandate des Bischoffs von Lausanne. Mit diesen bildeten diejenigen des bischöffl. Verwesers *Wessenberg* durch ihren reinen sittlich religiösen Sinn einen solchen Kontrast, dass die öffentlichen Blätter jener Zeit häufig diese so höchst verschiedenartigen bischöfflichen Erlasse neben einander stellten, nicht ohne wehmüthiges Bedauern.

Nicht umsonst hatte die Bittschrift des Luzernischen Klerus auf Kirchenstrafen hingedeutet; auch diese, aus allen gesitteten Staaten verbannten, Monstrositäten dunkler Jahrhunderte hielt die Geistlichkeit dieses Kantons für nöthig zur Restauration des schweizerischen Volkes; obschon sie während der Konstanz. Bischoffsverwaltung abgeschafft waren. Menschen, die im Trunke gegen die Geistlichkeit geschimpft hatten, wurden „wegen gotteslästerlicher Blasphemien" verurtheilt, durch Landjäger in die Kirche geführt, in einen eigenen Stuhl verwiesen zu werden und daselbst, mit brennenden Kerzen in der Hand, Strafpredigten anzuhören; junge Ehepaare, die vor der Ehe zu vertraut geworden waren, mussten mit brennenden Kerzen vor dem Altare knieen und durch eine Busspredigt ihr Verbrechen vernehmen[109]).

Der bezeichnete Geist der Rückkehr zu den falschen De-

108) S.: die Monatschronik vom J. 1816. Auch über die Fastenmandate siehe dieses Repertorium.

109) S.: den Schweizerboten vom J. 1819.

kretalen hatte zwar seinen Mittelpunkt in Luzern; allein die Vorsteher aller andern Bisthümer in der Schweiz handelten, unter der Kuratel der Nuntiatur, die nun eine vollkommene geistliche Diktatur ausübte, in demselben Geiste, wie die Folge noch lehren wird; selbst der alterschwache Bischoff von Basel fühlte seine Regungen. In einem Schreiben an diesen Stand (im Jahre 1817) erklärte er, der heil. Vater habe sich aus höchst wichtigen Gründen bewogen gefunden, ihm (dem Bischoffe von Basel) die bischöffliche Gerichtsbarkeit über die katholischen Bewohner des jenseits des Rheins im Bisthume Konstanz gelegenen Antheils des Kantons Basel (Kleinbasel und einige Dörfer) zu übertragen, und somit diese Gegenden vom Bisthume Konstanz loszureissen. So gross war der Hass gegen Konstanz! Die Regierung zu Basel schlug diese Forderung ab. Nun begann der Bischoff aus apostolischer Machtvollkommenheit den katholischen Geistlichen in Kleinbasel Befehle und Verordnungen zu ertheilen. Nur die gemessenste Sprache der Regierung endigte diesen Unfug.

Wir wenden uns nun zu einer andern Reihe von Erscheinungen, nämlich solchen, die unmittelbar auf die Erziehung gerichtet waren. Priesterkasten, die auf Herrschaft ausgingen, haben sich überall und zu allen Zeiten an die heranwachsende Generation gewendet.

Wir fassen hier vorzüglich die drei wichtigsten katholischen Kantone, Luzern, Solothurn und Freiburg und unter ihnen besonders den ersten ins Auge; bemerken jedoch, dass eine ausführliche Entwickelung der wichtigen Gegenstände, die hier zur Sprache kommen, ausser unserem Zwecke liegt; nur Darstellung der Beziehungen derselben zu dem Hauptgegenstande dieses Abschnittes: geistige Ultramontanisirung der Schweiz, ist unsere Aufgabe.

In den genannten drei Kantonen war die öffentliche Erziehung, fast von den Zeiten ihrer Stiftung an, in den Händen der Jesuiten; denn was vorher da war, ist kaum nennenswerth. Wohl zu bemerken ist, dass das Wohnhaus der Konventualen und Schulgebäude vom Staate oder für den Staat, der Fond gleich-

falls vom Staate oder anderen Stiftern für den Zweck der öffentlichen Erziehung gegründet, mithin die ganze Stiftung eine Staatsstiftung für Staatszwecke war; ein wichtiges Faktum [110]. Von den Jesuiten wurde also bis zum Jahre 1774, wo der Orden aufgehoben wurde, in den Kollegien zu Solothurn, Luzern und Freiburg der Unterricht geleitet; denn diese Kollegien bildeten in diesen Kantonen den Mittelpunkt aller öffentlichen Erziehung, weil die anderen Anstalten in dem erbärmlichsten Zustande waren.

Diese Kollegien waren im Wesentlichen auf folgende Art eingerichtet: In den untern Klassen, latein. Schule oder Gymnasium genannt, wurde vorzugsweise Latein und Rhetorik; in den oberen, Lyceum genannt, Philosophie und Theologie gelehrt. Der ganze Unterricht bewegte sich in dem geistlosesten Klassensysteme durch eine Reihe mechanischer Exercitien und Gedächtnissthätigkeiten. Bildung zum Priesterthume war schon frühe der überwiegende Zweck derselben, obschon sie für allgemeine öffentliche Erziehung gestiftet waren. Jeden Vorschlag zur Verbesserung wussten die Väter mit Hülfe der Nuntiatur zu vereiteln. So interessant es wäre, eine nähere Schilderung ihrer Pädagogik in der Schweiz zu geben, so müssen wir doch aus Mangel an Raum, auf *Glutz-Blotzheims* Schrift verweisend, uns mit der allgemeinen Bemerkung begnügen, dass hier, wie überall, die Macht ihres Ordens und der römischen Hierarchie der Hauptzweck, Erziehung nur Nebensache und Aussenseite war; dass traditionelle Weisheit und blinder Glaube das Ziel ihrer Bildung und darauf auch die klösterliche Zucht, die orbilische Lehrart und das priesterlich ceremonielle, mit den geistlosesten Andachtsübungen aller Art überladene, Schulritual berechnet war. — Bei der Aufhebung des Ordens wusste die Nuntiatur wiederum die Vorschläge, die, zumal in Luzern, zur Errichtung vollkommnerer Anstalten gemacht wurden, zu hintertreiben. Die Väter gingen auf einige Tage zu ihren Ver-

110) S.: *Troxlers* Geschichte des Gymnasiums und Lyceums zu Luzern 1823; und *R. Glutz-Blotzheims* Nachrichten über die Lehranstalten in Solothurn 1818. — Die zwei Hauptschriften über diesen Gegenstand.

wandten, wurden Weltpriester, und kehrten dann als Exjesuiten, an Geist und Gesinnung aber als unbeschnittene alte Jesuiten in die Kollegien zu ihrem alten Geschäfte zurück; Form und Einrichtung der Kollegien blieb unverändert. So erhielt sich nicht nur der Schuljesuitismus, sondern auch die Partei der Jesuiten in der Schweiz. So blieb es bis in die neuesten Zeiten hinein. Nur in Luzern nahm die Sache einen etwas verschiedenen Gang.

In Luzern hatte man beim Erlöschen der Exjesuiten (im Jahre 1785) wieder den Franziskanern, die vor jenen die Erziehung geleitet hatten, das Kollegium übergeben. Während die Jesuiten mit dem eitlen Schimmer ihres Wissens prunkten, war in den einsamen Mauern des Franziskanerklosters durch Beschäftigung mit den Alten, durch das Studium neuerer Werke der Theologie und der Systeme eines *Leibnitz*, *Wolf* und *Kant* ein wahres wissenschaftliches Leben erwacht, von dem die Aristokraten keine Ahnung hatten. Die Franziskaner *Braunstein*, *Walser*, *Förster*, *Felix Schell* u. A., sowie die würdigen Männer *Regis Crauer*, *Lottenbach*, *Flüglistaller*, *Thad. Müller*, *Dereser* u. A., die nach und nach neben einander vor und während der Mediationsregierung auftraten, pflegten die Keime besserer wissenschaftlicher und religiöser Bildung. Jedoch blieb Gestalt und Form der Lehranstalten noch unverändert.

Nach der politischen Umwälzung in der Schweiz 1798 und dem Eintritte der Mediationsverfassung konnten die alten Lehranstalten nicht mehr genügen; man verlangte Bildung zum Civismus. Die vielfachen Reformen im Gebiete des Erziehungswesens, vorzüglich die neuen Schöpfungen für allgemeine Volksbildung (Elementar-Bürger-Sekundärschulen) gehören bekanntlich zu den Zierden dieser Epoche in der Schweiz. Auch die höheren Schulanstalten sollten nun verbessert werden. Aber es fehlte an wissenschaftlicher und Erfahrungskenntniss der Kunst, sie zu organisiren [111]). Daher beschränkte sich in Solothurn und Freiburg das Verbessern nur auf die Aufnahme neuer, mehr auf die Bedürfnisse des Lebens berechneter Lehr-

111) S.: *Troxler* l. l.

gegenstände, zweckmässiger Lehrweisen u. s. w.; eine Umänderung der ganzen Gestalt und Form der Jesuiteninstitute erfolgte nicht. So blieb das Gerüste stehen, in das zu günstiger Zeit auch der Geist der Loyoliten wieder einziehen konnte. Doch bildete sich unter den Lehrern eine Partei, die den Jesuiten von Herzen abgeneigt war; ihre geheimen Anhänger mussten vor der Hand schweigen. — In Luzern schien die Sache eine bessere Wendung nehmen zu wollen, scheiterte aber zum Theil an derselben Klippe. Nachdem man in fruchtlosem Experimentiren mehrmals das Gymnasium umgegossen hatte, ohne je das rechte Verhältniss zwischen Humanioren- und Realkenntnissen, dem gelehrten Elemente und der Bildung fürs Leben so aufgefunden zu haben, wie es sich aus der Idee einer Erziehung für Humanität ergiebt, wurde im Jahre 1806 diese Anstalt wieder zur lateinischen Schule in dem alten jesuitischen Klassensysteme bestimmt, zur Erziehung für Gelehrte, Geistliche und Staatsmänner. So sehr die Lehrart verbessert, Disziplin und Schulritual gänzlich verändert wurden; so war dieses lateinische Klassengerüste dennoch geeignet, für heimliche und offene Jesuiten zur bösen Stunde den Schuljesuitismus wieder einzuführen.

Mit dem Lyceum ging es besser; die Sphäre der Lehrobjekte wurde erweitert. Dem dogmatischen Theile der Theologie wurde die Kirchengeschichte, dem moralischen die Pastoraltheologie beigefügt. Die Exegese erhielt an dem trefflichen *Deresen* einen eigenen Lehrer; die Logik wurde von der Physik, welches beides zusammen die Jesuiten Philosophie nannten, geschieden, und jeder Lehrzweig von einem besonderen Lehrer vorgetragen, folglich das Fachsystem an die Stelle des jesuitischen Klassensystems gesetzt. Freilich war die Unterrichtssphäre noch enge. Jedoch wurden die Humanioren, die nach dem Gesetze auf das Gymnasium beschränkt waren, von wackeren Lehrern ausser den Berufsstunden, noch in einer trefflichen Weise fortbetrieben. Die Hauptsache war der freiere wissenschaftliche und veredelte Geist, der jetzt den ganzen Unterricht durchdrang. Die Philosophie, die von den Jesuiten, wie *Troxler* bemerkt, nur als eine Art Kuhpocken oder Eselsmauke betrachtet wurde, um durch ihre Einimpfung den menschlichen

Geist vor dem Gifte der natürliche Vernunft zu bewahren, wurde zuerst von dem Franziskaner *Schell*, dann auch von Andern nach Kantianischen Grundsätzen vorgetragen.

Unterdessen hatte sich unter den Flügeln der Nuntiatur eine Partei in Luzern gebildet, welche darauf hinarbeitete, die Schulen in ihre Hände zu bekommen und den alten Schuljesuitismus wieder herzustellen. Als Vorspiel kann die feierliche Proscription „der Lehre der Professoren am Lyceum, als verderblich und ketzerisch" betrachtet werden, welche der Pabst in dem oben erwähnten Breve an den Fürstbischoff in Betreff des Klosters Werthenstein (1806) aussprach. Die Regierung nahm durchaus keine Rücksicht auf dieses Verdammungsurtheil. Allein gegen das Ende der Mediationsregierung ward jene Partei kühner. Wir haben oben die Intrigue gegen *Dereser*, *Thad. Müller* (im Jahre 1813) u. A. angeführt. Im Jahre 1814 wurde eine Untersuchung durch die Nuntiatur eingeleitet, gegen den Franziskanerorden, besonders den berühmten Pater *Girard*, wegen Kantianischer Ketzereien. Mit dem Sturze der Mediationsverfassung erhob jene Partei der Obskuranten kühn ihr Haupt. Selten war eine Priesterverbindung in der Schweiz einflussreicher und verderblicher, als diese im Kantone Luzern. Sie bestand theils aus alten unveränderten Ultramontanisten; theils aus Menschen, die mit den Zeiten Farbe und Fahne gewechselt hatten; theils aus einem jüngeren Nachwuchse, der unter *Sailer* zu Landshut seit seiner Rückwendung zu Rom gebildet, als Erzieher und Geistliche in der Schweiz wirkten. Diese Partei behauptete im Widerspruche mit Geschichte und Staatsrecht, das Kollegium (Gymnasium und Lyceum) in Luzern sey Kirchengut; die Lehrstellen dürften daher nur mit dem Klerus besetzt werden, und Priestererziehung sey die Hauptsache. Diese Partei, welche stets als ein geheimes Comitée der Jesuiten betrachtet wurde, verband bei dem Mangel aller gründlichen wissenschaftlichen Kenntnisse, die bodenloseste Mystik mit dem unbedingtesten Papismus; abgetrennt von allen Sozialinteressen predigten sie nichts als Hierarchie, Intoleranz und Vernunfthass. (S. *Troxler* l. l.) Unterstützt von einem Theile der Aristokraten, welche das Volk in der Dummheit zu halten wünschen, und darum siegreich gegen die Be-

mühungen der liberalen Staatsmänner — hatte diese jesuitisch-römische Zunft bis zum Jahre 1819 die höheren Lehranstalten von Luzern in Besitz genommen. Ihre weiteren Unternehmungen in der folgenden Periode. — Die Einführung der Jesuiten in Luzern hielt der Nuntius vor der Hand noch nicht gerathen; auch waren sie durch dieses jesuitische Comitée vollkommen ersetzt.

Wenden wir uns nun nach Solothurn. Auch dort erhob sogleich nach dem Sturze der Mediationsregierung die Partei der heimlichen Jesuiten ihr Haupt, und die Regierung begünstigte sie auf verschiedene Weise. Deswegen richtete der Nuntius seine Blicke auf diese Stadt.

Im Jahre 1814 sah das 19. Jahrhundert das Skandal, dass ein Orden, der sich gegen seine Lieblingsinteressen verschworen hatte, restaurirt wurde. Die Ignatiuskirche in Rom wurde wieder geöffnet, und schon am 17. August verkündete der Nuntius allen Kantonen die Restitution dieses Ordens. Bald darauf zogen sie in Spanien und in die Schweiz — in Sitten und Brieg in Wallis — ein. Dort eröffneten sie Erziehungsinstitute, und der Bischoff von Sitten war angewiesen, sie auf alle Art zu unterstützen. Von da hielten sie Missionen in benachbarte Kantone, und Schriftchen, welche die Nützlichkeit dieses Ordens priesen, wurden allenthalben verbreitet. In mehreren Gegenden wurden Werbdepots veranstaltet; fähige Jünglinge wurden nach Sitten geschickt, um dort eingeweiht zu werden. — Vorzüglich thätig zeigten sich die Pfarrer *Hausherr* in Wohlen und der Professor *Günther* in Solothurn, beide alte Exjesuiten [112]).

Nach diesen Vorarbeiten schritt der Nuntius zum Werke. Ehe wir fortfahren, müssen wir noch eines eigenen Umstandes erwähnen. Im Jahre 1805 hatte ein gewisser Abbé *Rumpler* im Elsass dem Kantone Solothurn ein ansehnliches Legat für die Wiederherstellung der Jesuiten vermacht. Die damalige Regierung beging die Unbesonnenheit, diese Summe anzunehmen und den Zweck ihrer Verwendung zu genehmigen. Die späte-

112) S. über diese Punkte: die Monatschronik vom Jahre 1816.

ren Ereignisse führten diesen Vorfall in Vergessenheit. Aber im Jahre 1815 erliess der Nuntius ein Schreiben an die Regierung, und erinnerte sie an das frühere Versprechen, die Wiedereinführung der Jesuiten. Die Regierung entschied sich sogleich für den Antrag, und das war ohne Zweifel ein Hauptgrund des Entschlusses des röm. Hofes, den Sitz des neuen Bisthums nach Solothurn zu verlegen. Inzwischen traten nun die entgegenstehenden Parteien auf; die meisten Professoren erklärten der Regierung, sie würden eher ihre Stellen aufgeben, als sich den Jesuiten in dem Unterrichte anschliessen. Die Sache wurde vor die gesetzgebende Behörde, den grossen Rath, gebracht, der am 15. Juni 1816 beschloss, dass die Jesuiten nicht in Solothurn sollen eingeführt werden[113]). So wurde dieses Projekt zwar vor der Hand vereitelt, aber nicht aufgegeben. Auch ist kein Zweifel, dass es später gelingen werde; unsere Gründe für diese Behauptung werden wir weiter unten anführen.

Der Nuntius wandte sich nun nach Freiburg. Inzwischen hatte er gesorgt, die Meinung des Publikums durch eine Menge von kleinen Schriften vortheilhaft für die Väter zu stimmen. Früher waren schon gewichtige Gegenstimmen über diese wiederauflebenden Patrone der Finsterniss laut geworden[114]). Der Bischoff von Sitten musste nun im Zuger Blatte und in andern Schweizerblättern eine Ehrenrettung der Väter gegen die Verleumdung, und eine Lobpreisung ihres Betragens und ihrer Verdienste um Wallis einrücken. Zugleich hielten die Väter mit Gepränge und fanatischen Reden verbundene Missionen in Freiburg, um die dunkelsten religiösen Gefühle zu wecken. Endlich wurde — und das ist eins der schwersten Zeichen der Zeit — der Sieg der Katholiken in der Religionsschlacht bei Villmergen (im Jahre 1656), wo Schweizer gegen Schweizer

113) Die beste Nachricht über diesen Vorfall enthält die Monatschronik vom Jahre 1816.

114) Die wichtigsten Schriften dieser Art sind: Briefe über den gefährlichen Einfluss der Jesuiten auf Erziehung. Zürich 1814. und ein Abdruck des Compte rendu des Constitutions des Jesuites, von *Chalotais* in Lausanne; etwas später: „die Jesuiten im Verhältnisse zu Staat und Kirche“ in Zürich.

fochten und sich mordeten, vom Jahre 1817 an in Freiburg wieder gefeiert. Im Jahre 1798 war dieses scheussliche Fest abgeschaft worden; jetzt fanden es die Ausspender der göttlichen Geheimnisse zum Besten der Religion wieder nöthig, durch Processionen mit Kreuz, Fahnen und fanatischen Reden die unwürdigsten Leidenschaften des Religionshasses und der Verfolgung in der Menge bis zur Wuth zu entflammen. — Nach diesen Einleitungen, und nachdem eine grosse Partei im grossen Rathe gewonnen war, wurden zuerst die Ligorianer (unter dem bekannten Rektor *Passerat*) in Valsainte, und dann die Jesuiten in Freiburg eingeführt, am 15. September 1818, vermittelst eines Beschlusses des grossen Raths. Noch am Morgen des 15. Sept. lief ein Schreiben aus Bern ein, worin die Regierung, entrüstet über die verunglückte abenteuerliche Gesandtschaft nach Rom, vor dem gefährlichen Schritte umsonst warnte; besser hätte Bern behütet, hätte es den römischen Unternehmungsgeist nicht, wiewohl unabsichtlich, genähret, wie es that.

Die Geschichte dieses Herganges, die unwürdige Art, wie Stimmen erkauft, durch Drohungen erpresst und Versprechen erschlichen wurden, die Auftritte von Anfeindung, Zwietracht, Parteiung, Verfolgung und militärischen Schrecken, unter welchen die Jesuiten einzogen, die Weise, wie der Nuntius, der Bischoff von Freiburg und die Geistlichkeit wirkten, — diese ganze, jedes menschliche Gefühl empörende Scene gehört nicht hierher, es genügte, mit diesen Zügen ihren Charakter angedeutet zu haben; man kann sie in den Schweizerblättern jener Tage und den „Ueberlieferungen" lesen[115]). — Nur noch einige Bemerkungen. — Während der Verhandlungen wurde eine Schrift in Cirkulation gesetzt, worin geradezu der Satz aufgestellt wurde: jeder wahre Katholik müsse die Jesuiten lieben und für ihre Wiederherstellung wirken; das Kollegium in Freiburg sey durch Philosophie vergiftet worden, die Jesuiten müssten es reinigen und zum Heile des Volkes leiten. In den Debatten des grossen Raths entwickelten mehrere Gegner, beson-

115) Vollständig mit den Aktenstücken ist sie im Schweizerboten zu finden. Siehe auch die Schriften von *Landerset*, besonders: Opinions, prononcées dans le Grand Conseil de Fribourg.

ders *Alexander Stutz* trefflich „die Gefahren, in die man sich stürze, wenn man das Heiligste des Volkes, die Erziehung der Jugend, und somit seine ganze Zukunft in die Hände eines Ordens gäbe, der, laut seiner neuesten Institution, allein vom Pabste abhängig sey, der nur auf Unterdrückung des menschlichen Geistes ausgehe, und auf den Rom zum zweitenmale seine Herrscherplane gründe." Dann zeigte er: „welchen Menschen man in der Person der Jesuiten von Wallis dieses Heiligste anvertraue; fanatisch-mystischen Menschen, Zöglingen des Schwärmers *Baccanari*, die nicht einmal die Kenntnisse der früheren Jesuiten besitzen; einem Gesindel von zusammengelaufenen Italienern und Franzosen, die ohne Wissenschaft, Kultur und Vaterland, voll Hass gegen Freiheit, Aufklärung und Geist, nur Dummheit und Aberglauben befördern; Menschen, die sich in Alles mischen, Regierungen, Haushaltungen, Geistlichkeit und Klöster, und über Alles den Meister spielen wollen, alle ihre Gegner Ketzer und Ungläubige schimpfen u. s. w." Was *Stutz* und seine Freunde sprachen, waren Stimmen in der Wüste. Die Scham dieser aufgeklärten Männer über die Einführung einer solchen Bande als Erzieher in Freiburg war so gross, dass sie es zur Rettung der Ehre, wo nicht ihres Vaterlandes, doch ihres eigenen bürgerlichen und menschlichen Charakters für nöthig hielten, eine öffentliche Bekanntmachung des Widerstandes, den sie geleistet, mit ihrer Namen Unterschrift herauszugeben. Bald nach dem Einzuge der Gesellschaft Jesu wurde über einen Theil der Gegner eine Inquisition verhängt, und eine ganze Menge von Büchern verboten, — Beides gegen alle bestehenden Gesetze; der Friede war entwichen und die Zwietracht eingezogen. Die dunkle Kohorte der päbstlichen Prätorianer nahm nun unter ihrem Präfekten, *Sines de la Tour*, Besitz von den Lehranstalten, dem Gymnasium und Lyzeum, mit einem Fond von 1 Million Schweizerfranken; das viele Treffliche und Gute, was wackere Männern in dem Erziehungsrathe und Staatsrathe, seit einer Reihe von Jahren, hier gestiftet, wurde vertilgt, und beide Anstalten wieder durchaus in das finstere Kuttengewand metamorphosirt. Wir werden in der folgenden Periode sehen, wie auch die edlen Pflanzungen, welche der unermüdete Fleiss und die liebevolle

Sorgfalt des trefflichen *Girard* in den Bürger- und Volksschulen des Kantons angelegt und gepflegt hatte, von diesen Priestern der Finsterniss zertreten wurden. Das war der finstere Gang, den das Erziehungswesen in diesen Kantonen in wenig Jahren genommen hatte, das die Sünden, die verübt waren, durch Verbindung der aristokratischen Familien mit der römischen Hierarchie! —

Von Brieg, dem Kollegium zu Sitten und Freiburg aus, hielten die Jesuiten nun häufige Missionen in diesen und den benachbarten Kantonen, besonders Solothurn, um bei dem vornehmen und gemeinen Pöbel Aberglauben, Dummheit und Intoleranz zu befördern. Denn in dieser Hinsicht wollen wir jetzt noch einige andere sprechende Erscheinungen dieser Periode zusammenstellen. Diese Prozessionen glichen oft wahren Possen und Farcen. Umgeben von Fackelträgern, helltönenden Glöcklein und Kreuzen, zogen sie zu Thal und Berg, predigten Busse und Bekehrung, und knieeten oft, um die menschliche Demuth zu veranschaulichen, in den tiefsten Koth nieder[116]. Diese Farcen hatten gleiche Tendenz mit der Feier der Villmerger Religionsschlacht — dunkle Leidenschaften zu wecken.

Sogar den krassesten Aberglauben verschmähete die Geistlichkeit nicht. Im Jahre 1816 bildete sich im Kantone Luzern eine Gesellschaft von Wunderthätern und Teufelsbannern, welche mit Hülfe von Zauberformeln und Weihwasser Krankheiten heilen und den Teufel vertreiben wollten. Pfarrer, Kaplane und Professoren waren Mitglieder dieser Gesellschaft; an ihrer Spitze stand ein Bauer, Namens *Nik. Wolf*, welchem — im 19. Jahrhunderte! — der apostolische Generalvikar folgendes Patent ausfertigte: „Dem geneigten Leser zum Grusse im Herrn. — Nachdem wir den *Nik. Wolf* von Ripperschwand wohl geprüft und seine gute Absicht vernommen haben, so ertheilen wir ihm die Erlaubniss benedicendi et exorcitandi, nach seiner löblichen Gewohnheit dabei zu belehren. Es geschehe aber jedesmal mit Bewilligung des Ortspfarrers, und ohne dass Volksauflauf verursacht werde. — Beromünster den 18. Brachm.

116) S.: den Schweizerboten. 1818.

1816. *I. B. Göldlin*"[117]). Wer es weiss, welche Wirkung der Wunderthäter *Hohenlohe* auf die undenkenden Köpfe aus den höchsten Ständen ausgeübt hat, wird diese Manipulationen nicht so ganz unzweckmässig finden.

Unablässig war diese Partei — vorzüglich die Abtheilung in Luzern, beschäftigt, bei jeder Gelegenheit, bei Schulfeiern, Prämienvertheilungen, Volksfesten u. s. w. unter den Schülern, Bürgern und Landleuten Bücher zu verbreiten, deren einziger Zweck war, den Verstand mit dem dichtesten Aberglauben zu umnebeln; z. B. „des Menschen Herz, ein Tempel Gottes oder eine Satanswohnung" (voll der entsetzlichsten Teufelsfiguren); „die Stunden der Andacht, ein Werk des Satans"; „*Mennes* Sakramentalien" (eine Anleitung, vermittelst der Sakramente Wunder zu thun, deren praktische Anwendung wir eben erzählt haben); „katholisches Gebetbuch vom Pfarrer *Sigrist*"; „Landestrost und gnadenreiche Hülfe unserer lieben Frau im Hergottswalde unweit Luzern" (vom Theologen *Salzmann* in Luzern, und voll des hirnlosesten Aberwitzes) u. s. w.[118]). Sprach Jemand öffentlich sein Aergerniss über diese Umtriebe aus, so erklärten diese Herrn im Zuger Wochenblatte — dem Hauptorgane ihres „Amtseifers für das Heil der Seelen" — „dass solche Schriften das geeignetste Mittel gegen den Zeitgeist seyen, der überall unberufen und zudringlich aufklären wolle." Wer Lust hat, lese z. B. Nr. 28 und 29 dieses Blattes vom Jahre 1816, wo *Widmer*, Professor in Luzern, der mit den Zeiten, wie das Chamäleon mit dem Steine, worauf es sitzt, die Farbe änderte, sich hören lässt. Solche Bücher waren ihnen daher wie Wetterableiter, die sie überall anbrachten, damit nicht aus den Schriften des gefürchteten Zeitgeistes ein Gedankenblitz in die unbewahrten Gemüther fahren möchte, der ihr ganzes Gebäude in einer Stunde aufzehren könnte. Dabei liessen sie es aber nicht; diese verhassten Schriften suchten sie auf alle Art zu vertilgen. In Freiburg wurden *Rousseaus* Schriften aus

117) S.: den Wegweiser von 1817.

118) Die Wirkung dieser Bücher auf die Einbildungskraft war so verderblich, dass Beispiele von Verrücktheit, welche sie hervorbrachten, nicht selten waren.

dem Nachlasse eines Geistlichen feierlich verbrannt. (S. Monatsschrift 1816). Die Zionswächter in Luzern untersagten ihren Schülern förmlich, keine andern, als die ihrigen, oder von ihnen bezeichnete Schriften zu lesen. Dabei liessen sie ein ewiges Geschrei gegen Pressfreiheit, von der Nothwendigkeit der Censur, und gewaltsamer Einschreitung der Obrigkeit, damit die Religion nicht verfalle, ertönen. Vorzüglich geschickt heuchelten sie die Besorgniss, der Landfriede würde durch die Schriften, welche sie hassten, gestört werden[119]. Diese gehässigen Insinuationen blieben nicht ohne Wirkung; der Schweizerbote wurde in mehreren Kantonen verboten. Der Generalvikar ersuchte die Regierung von St. Gallen, den Wegweiser, um der Erhaltung der Ruhe und Einigkeit willen, zu unterdrücken; und als es geschehen war, dankte er ihr im Namen des Landfriedens und der Religion. Der Wegweiser indessen setzte in Konstanz, wohin er wanderte, seinen Kampf gegen die Finsterniss fort. Diese Freunde der Ruhe und Einigkeit waren es aber, welche unaufhörlich Intoleranz, Glaubenshass und Verfolgung predigten!

Eine andere Heuchelei, die sie häufig ausübten, war, dass sie Jedem, der nicht für sie war, allen religiösen und christlichen Sinn absprachen; Aufklärung und wahre Religion — Ketzerei; und Zweifel an den papistischen Usurpationen — Unglauben und Impietät nannten. Auch damit erreichten sie häufig ihre Zwecke; die Regierungen, die sich bei den Bisthumsverhandlungen in eine traurige Abhängigkeit von Rom begeben hatten, dachten: man muss den Klerus schonen, die Politik erfordert es. Was es mit dieser erheuchelten Liebe zur Religion für eine Bewandtniss hatte, erhellt am besten daraus, dass jene Partei kein Buch so sehr verfolgte, als das, welches die Quelle des ganzen Christenthums ist — die Bibel und demnach auch die Bibelgesellschaften und Bibelverbreitung. In Gemässheit eines päbstlichen Breves, das in jenen Zeiten an den Erzbischoff von Gnesen erlassen wurde, und worin gesagt wird,

119) Wer sich davon überzeugen will, lese z. B. die Nachrichten in der Monatschronik jener Jahre — etwa S. 55 und 56. 1817., oder im Wegweiser — oder das Zuger Blatt auf jeder Seite.

dass die Bibelgesellschaften „die Grundvesten der Kirche untergrüben“ und dass schon über die Mittel berathschlagt worden sey, „dieser Pestilenz soviel als möglich abzuhelfen“ [120]), ertönten nun durch alle Organe der römischen Kurie in der Schweiz die heftigsten Deklamationen gegen dieses Institut. Natürlich fing man nun auch an, die *van Essische* Uebersetzung dieses Buches zu verbieten.

Gleiches Schicksal hatten die Stunden der Andacht; vorzüglich aber *Wessenbergs* Schriften — diese Zierden der katholischen Kirche. Am meisten erregte dessen „Archiv für Pastoralconferenzen“ den Abscheu dieser Partei. Selbst der bischöffliche Baselsche Provikar *Tschan* [121]) verfuhr auf gleiche Art; er liess die unter den Pfarrern cirkulirenden Exemplare dieses Archivs einziehen, und stellte in jedem Kapitel einen Censor auf, ohne dessen Bewilligung keine Schrift von einem Geistlichen gelesen werden durfte. „Besser“, sagt der Wegweiser bei dieser Veranlassung, „man verbiete ihnen das Lesen überhaupt.“

Dass man bei diesen Verfinsterungsanstalten vorzüglich den Klerus, dessen Erziehung und kirchliche Ansichten im Auge hatte, ergiebt sich zur Genüge aus dem Gesagten. Indessen wollen wir aus einer Menge von Erscheinungen, die hierher gehören, noch einige hervorheben. Zwei Punkte waren es besonders, auf welche die Luzerner Zunft unablässig hinarbeitete: Hass gegen die teutsche Kirche und deren Vertheidiger, und unbedingte Annahme des auf die falschen Dekretalen gebauten Papalsystems. Die ganze Reihe von Verfolgungen, welche *Wessenberg* zu jener Zeit von Rom erlitt, die Annullirung von dessen Wahl zum Vikar, dessen Anklage bei der badischen Regierung durch den Nuntius *Zeno*, seine Reise nach Rom etc., wurde von einer gleichlaufenden Reihe von Schmähungen und Lästerungen begleitet, theils im Zuger Wochenblatte, theils in eigenen Schriften. Unter den letzteren ist vorzüglich bemerkenswerth: „Piso, oder die Religion tröstet den Frommen, von *J. Probst* 1817,“ gegen *Hubers* Schrift: „*Wessenberg* und das

120) S.: Monatschronik 1817.

121) S.: Monatschronik 1317.

päbstliche Breve" gerichtet. Der Verf. sucht *Wessenberg* herabzuwürdigen, den Unterschied zwischen römischer und katholischer Kirche aufzuheben, und zu beweisen, dass die teutschen katholischen Theologen, welche jenen Unterschied machten, verkappte Protestanten seyen. — Weit wichtiger war die Schrift: „Apostolische Sendschreiben an katholische Christen, gedruckt in der Schweiz 1817." Diese Schrift enthielt den Wiederabdruck von zwei Hirtenbriefen zweier französischer Bischöffe im Anfange der französischen Revolution 1789, über die geistliche Gewalt, worin der krasseste Ultramontanismus entwickelt und vor allem Vernünfteln und Klügeln gewarnt wird. Dieses Sendschreiben wurde „aus Auftrag" (der Nuntiatur) in der Kanzlei des Generalvikars *Göldlin* ausgefertigt und an alle Geistliche des Vikariats versandt. In einem Vorworte werden die Schweizer, besonders der Klerus, auf diese wahre Quelle des Kirchenrechts hingewiesen und vor der teutschen Ketzerei gewarnt. Auf eine Kritik dieses Sendschreibens im Wegweiser, erschien ein Aufsatz im Zuger Blatte, worin „die thörichte Priesterschaft, die nicht an die Rechte des Pabstes, und noch an einen Bischoff von Konstanz glaubt," gescholten, und gedroht wird: „Wenn einmal die strafende Gerechtigkeit der römischen Kirche erwacht, so wird diese Priesterschaft aus ihr, wie die Spreu aus dem Weizen, geschieden werden [122])."

Derselbe Geist spricht aus der von der erwähnten Zunft seit 1816 herausgegebenen Zeitschrift: „Der christliche Beobachter oder Wächter Jerusalems." Verfechtung des Papalsystems, Verleumdung der teutschen katholischen Kirche und ihrer Anhänger in der Schweiz, Intoleranzpredigten, Lamentationen über das Verderben der Zeit und der christlichen Lehrer, „deren Reden den römischen oder griechischen Klassikern, also heidnischen Schriften gleichen, so dass man einen Sokrates oder Cicero zu hören glaubt" — Hass gegen Vernunft und Wissenschaft, — sind das ewig wiederkehrende Thema dieser Zeitschrift. — Derselben Zunft fiel es im Jahre 1816 ein, die alte, von den Jesuiten eingeführte „Brüderschaft zur unbefleckten

122) S.: Monatsschrift 1817. Wegweiser 1817.

Empfängniss der Jungfrau Maria" auf eine eigene Art zu celebriren. Bei der jährlichen Feier dieser Institution ertönte ein Geschrei von dem Chorherrn *Geiger*, Professor der Theologie in Luzern, von den Zeitblättern „römischer Hahn" genannt — zum wahren Skandal aller Vernünftigen. Im Jahre 1817 z. B. trat er in einer lateinischen Rede mit einer pöbelhaften Invektive gegen die Protestanten und die Schismatiker in der katholischen Kirche auf, worüber die paritätischen Kantone sich laut beschwerten [123]). — Der eigentliche literarische Tummelplatz dieser römischen Innung in der Schweiz und der Klopffechterboden ihrer Polemik wurde das Zuger Wochenblatt, — eine wahre Schmach für die aufgeklärte und in vielen Hinsichten rühmlichst bekannte, aber von den Pfaffen eingeschüchterte Regierung von Zug. In der gemeinen pöbelhaften Sprache roher Leidenschaftlichkeit wurden hier die Skandale des Mittelalters gegen die Interessen des 18. Jahrhunderts verfochten und alle Säulen der neuern Civilisation mit dem Geifer finsterer Zeloten besprützt.

Wir glauben durch das Bisherige, wie die gesammte Tendenz dieser Partei, so auch ihr literarisches Treiben und den Charakter ihrer Schriften bezeichnet zu haben. — Eine Seite derselben verdient jedoch noch besonders ausgehoben zu werden. Diess ist die bodenlose, inhalt- und gestaltleere Mystik, die im Grunde den Mittelpunkt ihres ganzen geistigen Seins und Treibens ausmacht, und wodurch sie sich wesentlich von den ältern Jesuiten unterscheidet. Dieses Spielen mit dunklen Religionsgefühlen, mit Bildern vom innern Lichte und Offenbarung, vom Entzücken in den Urgeist — im Gegensatze mit wissenschaftlichem, in klaren Begriffen fortgehenden Denken und Gelehrsamkeit, welche sie hassten und verachteten, erfüllt alle ihre Schriften. Man lese z. B. die Schriften der Luzerner Professoren *Gügler* und *Widmer* — derer, die noch einige ästhetische Bildung haben; man lese *Güglers* Erklärung der heiligen Schriften aus ihnen selbst," oder *Widmers*, „das Göttliche in irdischer Entwickelung, nachgewiesen im Leben des

123) S.: Schweizerboten, Monatsschrift, Wegweiser u. a.

seligen *Nikolaus von der Flühe* [124]); mit Beilagen über Mystik" 1819, oder dessen: „das unwandelbare Vorbild des katholischen Priesters etc." 1820, welchen sinnlosen Galimathias trifft man hier überall an! Diese Mystik steht nun durch ein inneres Band mit den dunkelsten fanatischen Leidenschaften in der engsten Verknüpfung; daher der Fanatismus überall bei diesen Neujesuiten — in Sitten, Freiburg, Luzern etc. — den Grundcharakter und die wahre Waffe gegen den Zeitgeist bildet. Als philosophische Schule gedacht, beginnt diese Mystik also mit dem Anschauen des Göttlichen im inneren Lichte, — schreitet fort zu dem philosophischen Aberwitze von Entzükkung, Inspiration und Weissagung — und endet mit dem stinkendsten Aberglauben, mit Wunderthäterei, Geisterbannen und Beschwören (wie wir erzählt haben). Als kirchliches System beginnt diese Mystik mit abgöttischer Verehrung des Pabstes, als Organs der Gottheit, geht fort zu den verabscheuungswürdigsten Lehren von Vernunfthass, von Verketzerung und Intoleranz, und schliesst mit den Gräueln der Inquisition, Tortur und Scheiterhaufen. Durch diese doppelte Reihe von sauberen Stationen laufen fast alle Schriften dieser Zunft, wie ihr *Schulthess* in Zürich nachgewiesen hat; und das ist denn auch der Geist, mit dem sie die heranwachsende Jugend und die ganze Masse des Volkes — „als Wächter Jerusalems" und nicht „unberufen und zudringlich, wie der Zeitgeist" zu taufen suchen.

Wir haben nun die Angriffe der ultramontanischen Partei auf die Kirchenverhältnisse, ihre glücklichen Versuche, die Erziehung an sich zu reissen und ihren steigenden Einfluss auf die gesammte Volkskultur — während die Regierungen um das Konkordat handelten — erzählt. Die Folgerung aus jenen entscheidenden Siegen auf das Konkordat, oder vielmehr den Geist aller Kirchenverhältnisse in der Schweiz, werden wir weiter unten betrachten.

124) *Nikolaus v. d. Flühe* — diese einfach grosse Natur, in dessen Vaterlandsliebe, Menschlichkeit und thatkräftigem Sinne für Gemeinwohl sich allerdings das Göttliche schön entwickelt hatte, wird hier zu einem Anhänger dieser Mystiker gemacht.

5) Zersplitterung der Diözesanstände unter verschiedene Bisthümer.

> „Hält man nicht vest an den Rechtsamen und Freiheiten eines Staats, so lässt man allmählig das Gebäude, dessen Aufführung so viel Mühe gekostet hat, in Trümmer gehen."
>
> *Balthasar* de jur. circa sacra.

Da wir die letzten Konkordatsverhandlungen in einem eignen Abschnitte darstellen wollen, so umfasst dieser Abschnitt den Zeitraum von 1819 (dem Tode des G. V. *Göldlin*) bis 1827; — ein langer Zeitraum, der gleichwol, ausser den St. Galler Verhandlungen, wenig Interessantes darbietet. Er zeigt uns Anfangs einen gänzlichen Stillstand der bisherigen Verhandlungen; dann die Zersplitterung der Konstanzischen Diözesanstände unter verschiedene Bisthümer, die alle auf gleichen Principien beruhten — überall aber das konsequent und klug fortgeführte System der Nuntiatur, das bis dahin einen Theil der Römischen Absicht zur Erfüllung gebracht, jede entgegenstehende aber vereitelt hatte.

Nach dem Tode des G. V. *Göldlin*, wodurch das bisherige Provisorium sein Ende erreichte, war ein Zusammentritt der Stände durchaus nothwendig, um gemeinsam zu berathen, was das gegenwärtige Bedürfniss erheische, wie sie aus dem fatalen Provisorium heraustreten, ihre landesherrlichen Rechte jetzt wenigstens sicher stellen könnten und was sie von Rom verlangen wollten. Die Regierung des Vororts Luzern fühlte diese Nothwendigkeit; aber sie befürchtete Mangel an Einverständniss, weil sie die Missstimmung der demokratischen und anderer Kantone gegen das bisher von ihr befolgte System kannte. Sie begnügte sich also — und auch hier hatte die Nuntiatur die Hand im Spiele — in einem Kreisschreiben die Wichtigkeit der eingetretenen Krise und die Nothwendigkeit des einverstandenen Handelns zu entwickeln; berief aber keine Versammlung, sondern wollte die Meinung der Stände darüber vernehmen. Einige antworteten schnell, andere zögernd; einige hielten den Zusammentritt für nöthig, andere nicht; die Ur-

kantone riethen, vor Allem möge Luzern ein besseres Verständniss mit der Nuntiatur herstellen.

Da wandte sich die Regierung von Luzern unterm 11. Oktober mit dem Gesuch nach Rom, einstweilen unter die Bischoffsverwaltung von Basel aufgenommen zu werden, unbeschadet jedoch der Fortsetzung der begonnenen Verhandlungen zur Errichtung des neuen Bisthums.

Allein es lag keineswegs in der Absicht Roms, schon das Provisorium zu enden; die Schweiz und vorzüglich der Klerus sollte erst noch vollständiger in den Geist des Ultramontanismus eingeweiht werden [125]). Gegen Ende Septembers (1819) hatte der Nuntius eine Zusammenkunft mit dem Bischoffe von Chur im Kloster Einsiedeln. Der Bischoff von Basel schien wegen Mangel an Charakter und Eigenwillen und wegen seines hohen Alters untauglich zur Leitung des Provisoriums. Das Bisthum Chur dagegen hatte, ungeachtet es durch die ihm entrissenen Diözesantheile in den östreichischen Landen (Brixen, Veltlin, Kleve u. a.) gesunken und verarmt war, dennoch das ultramontanische System und die Grundsätze römischer Politik treu bewahrt [126]); seine Kapitularen waren meistens Nichtschweizer; der Kanzler *Baal* ein Mann von grossen Talenten und vestem Willen nach römischen Principien; der Bischoff von *Buol-Schauenstein* in voller Manneskraft und ein Liebling Roms. Dieses Bisthum ward daher tauglich erfunden, das wichtige Provisorium zu übernehmen.

Am 22. Oktober erhielt der Nuntius ein päbstliches Breve (dat. 9. Okt.), in welchem das Oberhirtenamt über alle von dem Bisthume Konstanz getrennten Diözesankantone, mit den ausgedehntesten Gewalten, der Weihe sowohl, als der geistlichen Gerichtsbarkeit, dem Bischoffe von Chur übertragen wurde; inzwischen solle damit der Fortsetzung der angehobenen Verhandlungen zur Errichtung neuer Bischoffssitze, wenn die Kantone es für gut fänden, kein Hinderniss in den Weg gelegt werden. Diesen Beschluss Roms theilte der Nuntius so-

125) Wie dies bewirkt wurde, zeigt die folgende Abtheilung.

126) Siehe die folgende Abtheilung.

gleich, und unterm 4. November auch der Bischoff von Chur in eignen Schreiben allen Diözesanständen mit; zugleich erliess der Nuntius Schreiben an die Geistlichkeit, in welchen er ihr befahl, sich dem Provisorium des Bischoffs von Chur zu unterwerfen — eine grosse Anmassung!

Der Stand St. Gallen nahm die Bulle willfährig an, weil er wenige Tage vorher das Gesuch um die Zuordnung der katholischen Einwohner des Kantons zum Bisthume Chur, unter dem Titel: „Chur-St. Gallen" an den heil. Vater erlassen hatte; jedoch wurden die Verhandlungen in Betreff eines definitiven Abschlusses fortgesetzt. Glarus (für seine katholischen Einwohner) Appenzell Innerrhoden und Thurgau nahmen gleichfalls die Hinweisung auf Chur an; letzteres verwahrte sich ausdrücklich die Fortsetzung seiner Verhandlungen mit Solothurn und Aargau. Uri, Schwyz und Unterwalden eben so; mit dem Bemerken, dass bei einer endlichen Abschliessung ja nicht das Vierwaldstätter Kapitel möge getrennt werden.

Zug, Aargau, Luzern, Zürich und Schaffhausen protestirten gegen das Churische Provisorium (den ultramontanischen Geist jenes Bisthums fürchtend) und gegen das Breve, weil keine Berathung und Einwilligung der landesherrlichen Gewalt vorausgegangen sey; dagegen verlangten sie einstweilige Vereinigung mit dem Bisthume Basel, bis die Organisation des neuen Bisthums zu Stande gekommen sey. Nur Luzern erreichte seinen Zweck; erhielt aber an dem Baselschen Provikar *Salzmann* einen geistlichen Vorstand, der nicht weniger als *Göldlin* unbedingt von der Nuntiatur abhing. Die übrigen Stände nahmen zwar ihre Protestation nicht zurück, liessen aber zu, dass faktisch bei ihnen die Churische Administration eintrat, auf eine Art, die von der frühern gar nicht abwich. Denn die Fastenmandate wurden z. B. ohne Mittheilung oder das placet der Regierung publicirt.

Ein neuer wichtiger Sieg Roms! Ohne Anerkenung der landesherrlichen Rechte hatte Rom die wichtigste kirchliche Verfügung getroffen, den früher ausgesprochenen Grundsätzen gemäss! Nach

Anordnung dieses Provisoriums liefen nun die Bisthumsverhandlungen in drei völlig getrennten Richtungen aus einander; St. Gallen arbeitete auf ein eignes mit Chur verbundenes Bisthum; die Waldkantone auf Vereinigung mit Chur; Aargau, Luzern, Solothurn, Bern, Zug, Thurgau, Basel, Zürich und Schaffhausen, auf ein neues Bisthum, wie bisher, hin. Wir beschäftigen uns zuerst mit St. Gallen.

Wir haben bereits früher die wahre Ursache angegeben, welche die Regierung von St. Gallen veranlasste, sich von den andern Diözesanständen zu trennen und unverweilt in eigne Bisthumsunterhandlungen mit Rom einzugehen. Es war die Furcht vor der Restitution des Abtes *Pankratius* und der Mangel an Zuversicht, in der Abwehrung dieses gefürchteten Prätendenten von der Eidgenossenschaft hinlänglich unterstützt zu werden. Man hoffte also durch Zurückgabe des Abteifonds an die Kirche, in der Form eines neuen Bisthums, wodurch zugleich das durch Verluste verarmte Bisthum Chur entschädigt würde, um so mehr Rom zu befriedigen, als eine solche Anordnung vollkommen in seinen Plan, an die Stelle eines grossen viele kleine Bisthümer zu setzen, zu passen schien.

Die Verhandlungen und Erörterungen, welche gegen sechs Jahre dauerten, wurden von dem katho l. Administrationsrathe[127]) geleitet, und nicht von der Regierung, welche sich darauf beschränkte, sie zu beaufsichtigen, damit die Rechte des Staats nicht darunter litten. Am 2. Juli 1823. traf die päbstliche Bulle wegen Errichtung des Bisthums St. Gallen ein und erhielt die landesherrliche Bestätigung (am 14. April 1824) ohne allen Vorbehalt, weil sie nichts den Staatsrechten zuwiderlaufendes enthalte. Mit Auslassung unwichtiger Bestimmungen oder solcher, die sich von selbst verstehen, heben wir mit einigen Bemerkungen folgende Punkte dieser Bulle aus:

127) Der katholische Administrationsrath in St. Gallen besorgt zugleich die reinkirchlichen Dinge und verwaltet das Kirchenvermögen; auch das Erziehungswesen steht unter demselben Kollegium.

Da Rom mit keiner paritätischen Regierung unterhandeln will, so liess die Regierung in den erwähnten Negotiationen dieses Kollegium an ihre Stelle treten. Dies war eine unverzeihliche Schwäche.

Den Geist dieses Administrationsrathes charakterisirt das, in dessen Auftrag verfasste, weiter unten näher bezeichnete, Buch von Herrn *Henne*.

1) Der kathol. Theil des Kantons wird zu einem eignen Bisthume erhoben und soll gleich selbstständig mit dem Bisthume Chur unter dem Nahmen: Chur und St. Gallen existiren.

Ein solches Doppelbisthum ist ohne Beispiel und eine ominöse Einrichtung, wodurch die Willkühr für ähnliche Fälle einen weiten Spielraum erhält.

2) Das vereinigte Bisthum von Chur und St. Gallen soll immer unmittelbar unter dem heiligen Stuhle stehen und von einem und demselben Bischoffe unter dem Titel eines Bischoffs von Chur und St. Gallen regiert werden.

Der Herstellung eines Metropolitanverbandes, was das Episkopalsystem nothwendig fordert, ist also im Voraus begegnet und somit dieses Bisthum nach ultramontanischen Grundsätzen zu einem römischen Immediatbisthume gestempelt worden.

3) Die katholische Kirche in St. Gallen wird unter dem Nahmen Domkirche von St. Gallen zur Kathedralkirche bestimmt, die Stadt St. Gallen zum Range und den damit verbundenen Ehren und Vorzügen einer bischöfflichen Stadt erhoben, und der Bischoff verpflichtet, so viel als möglich, die eine Hälfte des Jahres in Chur, die andere in St. Gallen zuzubringen.

In Rom wusste man wohl, dass die Stadt St. Gallen seit 300 Jahren protestantisch ist; der ihr beigelegte Titel bischöffliche Stadt, deren Vorstand der Bischoff sey, gibt daher für die Zukunft Raum für gefährliche Folgerungen, auch wenn diese Stadt katholisch wäre, nach der bekannten Stärke der Römischen Kurie in der Kunst der Interpretation. Die Protestation, welche die Stadt (im Julius 1824) dagegen einlegte, würde dann, bei den deutlichen Worten der Bulle, wenig helfen.

4) Der Bischoff wird im Erledigungsfalle von beiden Domkapiteln (Chur und St. Gallen) aus ihrer Mitte gewählt, und vom Pabste bestätigt.

Von irgend einem Einflusse der Regierung auf die Wahl ist nichts erwähnt.

5) Das neue Kapitel besteht aus einem Domprobste und Dekane (den beiden Dignitarien), 5 residirenden Domherrn, 8 Titular Domherrn und 5 Kaplänen. Dieses ganze Kapitel wählt für dieses erstemal der römische Stuhl aus Geistlichen des Kantons St. Gallen, die dem katholischen Senate nicht unangenehm sind. Für die Zukunft vergiebt die erste Dignität (Präpositor oder Probstei, welche die wichtigste ist,) der röm. Stuhl; die Dechanei das Kapitel (beide ohne allen Einfluss der Regierung); in die Ernennung der übrigen Domherrn und Kapläne theilen sich, je nach dem Monate der Erledigung, das Kapitel und der Bischoff; der jedesmal wählende Theil muss dem katholischen Senate 7 wählbare Subjekte, aus dem Kanton St. Gallen, nennen, von denen dieser, so viele er will, bis auf drei, ausschliessen darf. Die vom Kapitel Ernannten erhalten die kanonische Einsetzung vom Pabste.

6) In der Diözese St. Gallen wird ein abgesondertes Seminar errichtet mit drei Professoren; es steht unter der unmittelbaren Leitung des Bischoffs.

7) Die Dotirung für den Unterhalt des Bischoffs, Kapitels, Seminars u. s. w. soll 510,000 fl. in Grundstücken und sichern Kapitalien ausmachen „deren freier jährlicher Betrag 25,500 fl. Zinsen abwerfen soll." (Eine schöne Summe!)

8) „Die Fonds sollen vom Bischoffe und Kapitel mit ihren andern Einkünften frei verwaltet werden" und wiederum: „Diese ganze Fundation wird der Bischoff und das Kapitel auf eigne Unkosten nach kanonischen Gesetzen verwalten [128]."

Dieses Konkordat stimmt vollkommen mit den ultramontanischen Grundsätzen überein; noch hatte der römische Stuhl in neuern Zeiten kein so günstiges abgeschlossen. Da das für das Solothurnisch-Baselsche Bisthum auf denselben Grundsätzen beruht, so versparen wir eine genauere Prüfung bis dorthin, und bemerken hier nur noch, dass der röm. Hof, durch die

128) Das Konkordat, nebst den Unterhandlungen siehe im St. Gallischen Erzähler 1823 und 24; auch neue Zürcher Zeitung. Die zwischen dem Landrichter *Riedi* und dem Bischoffe von Chur gewechselten Briefe sind vollständig in der Monatschronik abgedruckt.

erste alleinige Ernennung des ganzen Kapitels diese Korporation nach seinen Interessen zu bilden; und durch die Wahl des Probstes und Dechanten, durch den nichtsbedeutenden Einfluss des Staats auf die Wahl der andern Domherrn, und durch die ausschliessende Leitung des Seminars durch den Bischoff den ursprünglichen Geist auch für die Zukunft fortzupflanzen im Stande ist; dass, wo von kanonischen Rechten die Rede ist, stets das Konzilium zu Trident, welches doch die Schweiz in Absicht der Kirchenverordnungen nicht anerkannt hat, angeführt wird; dass eine Verwahrung der landesherrlichen Rechte nirgends vorkommt, ja dass solche Ausdrücke gewählt sind, wodurch das Recht der Besteuerung (siehe Nr. 7.) und das Recht der Oberaufsicht des Staats über die Verwaltung des Fonds, und der Abforderung der jährlichen Rechnungsablage (Nr. 8.) leicht bestritten werden kann; dass endlich auch das Episkopalsystem im Gegensatze mit dem Papalsysteme nirgends verwahrt, ja diesem aufgeopfert ist. Auch ist höchst bedenklich, dass stets der katholische Administrationsrath an der Stelle der Regierung in dieser Bulle erscheint, wo von Verhältnissen des Klerus zur weltlichen Macht die Rede ist. Der Grund ist einleuchtend: weil die Regierung paritätisch (aus Reformirten und Katholiken zusammengesetzt) ist, und Rom solche Behörden gar nicht als kompetent in katholischen Kirchensachen anerkannte. Alle diese grossen Rechtsvergebungen erklären sich aus der oben bezeichneten gepressten Lage der Regierung; vergebens aber suchte sie dieselben in dem St. Gallischen Erzähler zu beschönigen. Die Folge dieses übereilten Konkordats ist eine endlose Reihe von Streitigkeiten, die sich jedes Jahr zwischen der römischen Kurie und der Regierung dieses Standes entspinnen.

Aus dieser Vereinigung von St. Gallen mit dem Bisthume Chur entsprang nun ein höchst interessanter Streithandel des Bischoffs mit der Regierung von Graubündten. Seit undenklichen Zeiten stand dem Gotteshausbunde das Recht der Kastenvogtei und obersten landesherrlichen Aufsicht über das Bisthum Chur zu und fiel in neuern Zeiten der Regierung des Kantons anheim; so dass jene landesherrlichen Rechte in Kirchensachen durch das Corpus catholicum (Gesammtheit der

katholischen Bevölkerung) vermittelst seines Vorstandes unter der Aufsicht der höchsten Staatsgewalt ausgeübt werden[129]). Sobald demnach die Unterhandlungen wegen Vereinigung eines Bisthums von St. Gallen mit dem zu Chur ihren Anfang nahmen, legte die Regierung von Chur eine Protestation bei dem Stande St. Gallen und dem Bischoffe von Chur ein, worin sie erklärte, „dass das Oberhaupt der röm. Kirche oder, unter dessen Namen und Schutz, der Bischoff von Chur, nicht berechtigt sey, ohne Vorwissen und Einwilligung des Souverains, in dessen Lande die Residenz, das Einkommen und der grösste Theil des bischöfflichen Sprengels liege, mit diesen die wesentlichsten, auf Besetzung des Stuhls, den Aufenthaltsort des Bischoffs u. s. w. den entschiedensten Einfluss habenden, Veränderungen vorzunehmen.“ Diese Protestation blieb aber unbeachtet. Als endlich die päbstliche Bulle erschien, erneuerte der Präsident des Corporis catholici, der Landrichter *Riedi*, in einem gemessenen Schreiben an den Bischoff jene Protestation und ersuchte um offizielle Mittheilung der getroffenen Uebereinkunft „unter welchen Namen und welcher Form sie immer erscheinen möge“ (dat. 18. Juni 1824). Das Antwortschreiben des Bischoffs vom 23. Juni ist ohnstreitig die stärkste Probe ultramontanischer Ansprüche in neueren Zeiten; die Oberherrlichkeit des Standes Chur wird auch in solchen Verhältnissen, wo jeder andere Bischoff die Rechte des Staats anerkennt, abgeläugnet. Zuerst empfängt der „Konzipient“ (Landrichter *Riedi*) eine harte Strafpredigt wegen gänzlichen Mangels an aller Achtung gegen den Bischoff; dann heisst es weiter: „Mit welchem Rechte konnte der katholische Landestheil — denn von einer Theilnahme der aus zwei Drittheilen einer andern Konfession bestehenden Staatsbehörde kann in einem religiösen Geschäfte ohnehin gar keine Rede seyn, da der Bischoff derselben eben so fremd, als diese ihm seyn muss[130]) — eine Vorkenntniss über Unterhandlungen

129) Trefflich entwickelt ist dies in der Schrift: Bemerkungen über die Beiträge des St. Galler Erzählers zur Geschichte der neuen Bisthumseinrichtung in St. Gallen. Chur bei *A. T. Otto*. 1825.

130) Hiermit ist der grosse Rath und die Regierung gemeint. An diese Staatsbehörde waren aber die Rechte des Gotteshausbundes gefallen, und

verlangen, die als rein geistlich(?) ausser dem Einflusse des obersten Kirchenhauptes, des Bischoffs und des betreffenden, das neue Bisthum dotirenden, Kantons keines vierten Theilnehmers empfänglich waren?" Darauf werden die Grundsätze entwickelt, nach welchen der heil. Vater in solchen Angelegenheiten zu verfahren pflege; er verhöre beide Theile, die weltliche Behörde (Kanton St. Gallen) und den Bischoff, der im Einverständnisse mit seinem Domkapitel, dem einzigen Stande, der in solchen Dingen von ihm zu berathen ist, in schuldigem Gehorsam sich der Einrichtung des kirchlichen Oberhauptes fügt;" dann erhalte das rechtlich Vorgenommene durch eine päbstliche Bulle die souveraine oberhirtliche Bestätigung; die Bulle könne mithin nicht als Einkleidung eines Abkommnisses dargestellt werden, wie der Konzipient sich unehrerbietig ausgedrückt habe, sie sey höchster Beschluss des apostolischen Stuhles [131]). Der Bischoff habe mithin durchaus keine vorläufige Abfindung mit dem kathol. Landestheile von Bündten bedurft; er stehe unter keinem politischen Einflusse, habe sich keine Art von Erlaubniss zu erbitten, das Beste seiner Kirche, die zu regieren der heilige Geist ihn gesetzt habe, zu befördern. Dann geht das Schreiben zu einigen historischen Betrachtungen über: „das Bisthum sey nie ein Kantonalbisthum gewesen, habe weder aus dem Titel seiner Stiftung, noch irgend einem andern, je die geringste Abhängigkeit vom Staate anerkannt," jeder Beschränkung habe es sich entweder selbst oder durch den Schutz des heil. Stuhls zu Rom widersetzt, und nie ein Recht des Staats anerkannt [132]). Das Corpus catholicum sey in paritätischen Kantonen nur da, um sich gegen Eingriffe der andern Konfessionen zu schützen (!?), dem Bischoffe gegenüber habe es keine eigne Existenz; man müsste denn sagen, dass die Glieder ihr Haupt, das Schaaf den Hirten, das Kind

unter ihr verwaltet sie der kathol. Landestheil. Siehe die, Note 129. genannte Schrift.

131) Dieselben Grundsätze hatte der Nuntius *Testaferrata* in seinem Schreiben von 1815 entwickelt.

132) Diese Behauptung ist grundfalsch; der Gotteshausbund — das spätere Corpus catholicum — hat stets die Kastenvogtei ausgeübt: Siehe das obige Buch „Bemerkungen."

den Vater, der Untergebene seine Obrigkeit zu regieren berechtigt seyen. — Allein eben ein solches Absurdum enthält die Anzeige, dass der versammelte grosse Kantonsrath über die Vereinigung von St. Gallen mit Chur ein Urtheil zu fällen sich vorbehalte. Wie! über eine von dem Statthalter Christi durch eine Bulle ausgesprochene Bisthumsaufrichtung wagt es in unfassbarer Verblendung eine kleine Anzahl kathol. Laien ein Urtheil aussprechen zu wollen? Was Gottes Stellvertreter gutgeheissen, soll seine Gültigkeit von Bündtens kathol. Session erwarten? Ich finde keinen Ausdruck, dieses irreligiöse Ansinnen zu bezeichnen. Jene, die sich einer solchen Anmassung nicht scheuen, haben für diesen Punkt aufgehört, Katholiken zu seyn, und nicht über den päbstlichen Ausspruch, sondern über sich, wenn sie ihre Gesinnungen nicht ändern, das Urtheil für die Ewigkeit gesprochen" u. s. w.

Das sind Grundsätze und Sprache eines *Hildebrand!* Man bemerkt übrigens, dass dieselben Grundsätze, welche in dem Schreiben des Pabstes von 1814, und des Nuntius von 1815, verkündet wurden, von den Bischöffen, dem Generalvikar, allen Dekanen, Leutpriestern und Kaplänen — nur in verschiedener Form — wiederholt wurden.

Darauf gab der Kanton Chur ein leuchtendes Beispiel von Energie, das mit der furchtsamen Schmiegsamkeit St. Gallens und anderer Stände einen glänzenden Kontrast bildet. Der Vorstand des katholischen Landestheiles des Kantons versammelte sich und verwahrte sich feierlich gegen die Rechtsverletzungen von Seiten des Bischoffs in angemessenen Beschlüssen; dann wandte er sich an die höchste schützende Gewalt des ganzen Standes (den grossen Rath), welcher folgende, mit den erstgenannten übereinstimmende Beschlüsse fasste:

1) Der grosse Rath erklärt, dass, so lange der Herr Fürstbischoff und die mit ihm über bischöffliche Verhältnisse in Unterhandlung getretenen Stände den, auf Landesgesetzen und Einverständnissen gegründeten, Rechten unsers Standes und den gerechten Forderungen des katholischen Bündtens, nicht entsprechen, er die ganze Unterhandlung nicht genehmigen, mithin auch kein Doppelbisthum Chur und St. Gallen anerkennen und bei allfälliger Erledigung des bischöfflichen Stuhls kein Indivi-

duum von den Weltlichkeiten werde Besitz nehmen lassen, welches nicht durch einheimische Canonici, mit Anerkennung und Berücksichtigung früherer Landesgesetze und der, ehemals dem Gotteshausbunde, dermalen aber dem Kantone zustehenden, Rechte erwählt worden. Daher ist der dannzumahlige kleine Rath beauftragt, sogleich nach Erledigung des bischöfflichen Stuhles, die Residenz und sämmtliches Vermögen des Churer Bischoffs zu Gunsten dieses Bisthums unter Verwaltung zu setzen und alsdann unverweilt den grossen Rath ausserordentlich einzuberufen, um das Weitere zu verfügen.

2) Der kleine Rath ist beauftragt, bei Zustellung dieses Beschlusses an den Herrn Fürstbischoff, demselben schriftlich zu erklären, es sehe der Stand den jeweiligen Bischoff von Chur, sowohl nach staatsrechtlichen Grundsätzen als nach den besondern Einverständnissen mit dem Bisthume und den bestehenden Gesetzen, in allem Weltlichen eben so sehr als von sich abhängig an, als andere christliche Souveräne ihre Bischöffe.

3) Die Gesandtschaft an der Tagsatzung wird beauftragt, öffentlich zu erklären: Da der Bischoff sich habe beigehen lassen, ohne Vorwissen und Einwilligung seiner Standesregierung zur Errichtung eines Doppelbisthums Abkommnisse abzuschliessen, so werde der Stand Graubündten solche nicht respektiren, und falls die Rechte der katholischen Kantonsangehörigen dabei verletzt seyen, keine Rücksicht auf jene Einverständnisse nehmen, selbst wenn sie in Form päbstlicher Bullen eingekleidet wären, sondern wolle seine Rechte feierlichst verwahrt haben. Es seyen der Bischoff und die betreffenden Stände davon bereits in Kenntniss gesetzt, und der Gesandte verlange die Aufnahme dieser Erklärung zu Jedermanns Kunde in das Protokoll der Tagsatzung.

So brachen sich diesmal, wie so oft in frühern Zeiten [133]), die römischen Usurpationen an dem vesten Muthe der Bewohner Rhätiens! — Die Zukunft wird lehren, ob diese Beschlüsse gehalten werden.

133) Siehe: *Eichhorn* Episc. Curiens. und Cod. probat. Die oben angeführte Schrift: „Bemerkungen etc." gibt eine gute Uebersicht dieser usurpatorischen Versuche.

Gleichzeitig mit St. Gallen unterhandelten auch die drei Urkantone Schwyz, Uri und Unterwalden über eine definitive Vereinigung mit dem Bisthume Chur. Im Jahre 1822 schienen die Verhandlungen ihrem Abschlusse nahe; die Uebereinkunft scheiterte aber an den, allen frühern Gewohnheiten zuwiderlaufenden Forderungen der Nuntiatur in Betreff der Wahl der Canonici und der Verwaltung des Diözesanfonds. In Folge dieser Forderungen sollte den Regierungen aller Einfluss auf die Wahl der Canonici benommen, und der Fond in die Hände des Bischoffs von Chur gelegt und durch ihn verwaltet werden, wodurch den Regierungen, gleichwie in dem St. Galler Konkordate, das Recht der Kastenvogtei wäre entwunden worden. Die Unterhandlungen zerschlugen sich also wieder; und Uri und Unterwalden, so wie Glarus und Appenzell blieben bis auf diesen Tag provisorisch unter Chur — zur grossen Freude der Nuntiatur, welche überall gemeinsame Verhandlungen in parzielle Konventionen aufzulösen und grosse Diözesen in kleine Bisthümer zu zerschlagen suchte. Der Kanton Schwyz aber knüpfte die Verhandlungen wieder an und schloss endlich im Jahre 1824 eine Uebereinkunft ab, nach welcher dieser ehemals Konstanzische Bisthumstheil mit Chur vereinigt wurde; die Bedingungen sind ziemlich ungünstig [134]). Vorzüglich bemerkenswerth ist der Artikel, dass ausnahmsweise die Verwaltung der Dotation der Regierung überlassen bleibt, aber unter der Bedingung, dass die Dotation auf ewige Zeiten Eigenthum der Kirche bleiben soll. Die Regierung sprach in einer Kundmachung vom 17. Julius ihren Schmerz über ihre Trennung von den seit Jahrhunderten unzertrennlich vereinten Bundesbrüdern von Schwyz, Uri und Unterwalden aus; hoffte jedoch, dass diese Absonderung die alten Gefühle der Freundschaft nicht schwächen werde. Allerdings ein demüthigender Augenblick für die Häupter dieser stolzen Demokratieen! Sie waren es, die zuerst im Jahre 1813 auftraten und riethen, die mehr als tausendjährigen Bande, die sie an Konstanz knüpften, aufzulössen, um das hochfliegende Projekt eines

134) Die Kanzleitaxe für die Bulle betrug 70 Louisdor — eine etwas theure Taxe für die alten Lieblinge Roms!

grossen schweizerischen Nationalbisthums zu realisiren; wie tief standen nun ihre kirchlichen Angelegenheiten unter den glänzenden Erwartungen, mit denen sie sich damals wiegten! Zuerst waren sie durch den Bern - Luzernischen Entwurf zu einer Inferiorität herabgedrückt worden, die weder mit ihrem Gewichte in der Tagsatzung, noch mit ihren unvergleichlichen Verdiensten um die Freiheit der Schweiz im Laufe der Jahrhunderte, noch mit ihrer hohen Bedeutung auf dem Felde der Waffen, bis in die neuesten Zeiten, übereinstimmte. Als sie dann in bitterm und gerechtem Unmuthe sich von den allgemeinen Verhandlungen abwandten, hegten sie den Wunsch, dass wenigstens die alte Vereinigung des Vierwaldstätter Kapitels möchte gerettet werden (siehe oben). Auch dieser Wunsch wurde vereitelt. Anstatt sich als Glieder eines Nationalbisthums zu erblicken, wurden sie zersplittert und selbst die uralten kirchlichen Bande, welche diese Kantone — die Wiege der schweizerischen Freiheit — durch die schweren Jahrhunderte grosser Kämpfe mit dem hohen Gefühl gemeinsamer Religionsgenossenschaft begeistert hatten, waren zerstört worden[135]). So lohnt Rom seinen treuesten Freunden, den „Vertheidigern des Glaubens.“

Auch die übrigen, zur Errichtung eines neuen Bisthums vereinigten Kantone suchte die Nuntiatur, wo möglich, zu trennen. In das Einzelne dieser Intriken einzugehen, liegt ausser dem Zwecke dieser Schrift; nur zur Probe führen wir an, dass die römische Partei, noch im Jahre 1825, als die Vereinigung der Diözesanstände schon erfolgt war, im grossen Rathe zu Luzern den Vorschlag zur Errichtung eines eignen Luzernischen Kantonalbisthums machte, der aber abgewiesen wurde.

Diese Kantone machten die dritte von den verschiedenen Parteien aus, in welche sich die ehemaligen Konstanzischen und Baselschen Diözesanstände geschieden hatten. Die Spaltung und Entzweiung auch dieser Gruppe ist in dem vorigen Abschnitte geschildert worden; wir haben dort gesehen, wie die beiden

135) In keinem Lande hat die Religion die hohe politische Bedeutung, wie in jenen Kantonen; sie hat alle ihre Siege und Thaten, Denkmäler und Volksheiligthümer geweiht. Siehe: *Zchokkes* Geschichte des Kampfes der Vierwaldstädte.

Abtheilungen, (Bern und Luzern auf der einen, und Solothurn, Aargau und Thurgau auf der andern, Seite) in getrennte Unterhandlungen mit Rom traten, wie keine ihren Zweck erreichte und zuletzt ein gänzlicher Stillstand aller Verhandlungen eintrat. Nachdem nun Rom das neue ominöse Provisorium verhängt hatte, bemühte sich Luzern, die getrennten Stände wieder zu vereinigen, was freilich viel besser früher geschehen wäre. Die Verhandlungen dieser Stände wollen wir, wie bemerkt, abgesondert erzählen, nachdem wir zuvor in einem eignen Abschnitte die im vorigen Abschnitte charakterisirten Bestrebungen Roms (Erziehung, Klerus, Volksgeist u. s. w. zu ultramontanisiren) bis auf die gegenwärtige Zeit werden fortgeführt haben.

6) Geistige Ultramontanisirung der Schweiz; von 1819 bis 1829. (Fortsetzung des 4ten Abschnittes.)

Der erste Paroxismus der römischen Partei in den Angriffen auf die staatsrechtlichen Kirchenverhältnisse hatte zwar nachgelassen; aber nicht als Folge einer Rückkehr zur Rechtlichkeit und Mässigung, sondern aus Klugheit; sie sah, dass sie durch unkluge Heftigkeit die Regierungen gereizt hatte und beschloss, eine erstere Fortsetzung dieses Theiles ihrer Bestrebungen bis zur Stiftung des neuen Bisthums zu versparen. Indessen liess sie diesen Kampf keineswegs ruhen; auch dieser Zeitraum liefert auffallende Beispiele von Ansprüchen der Klöster und Stifte auf Immunität und der Geistlichkeit auf eigne Gerichtsbarkeit, von rechtloser Erweiterung ihrer Einkünfte (wie z. B. des Kl. Einsiedeln noch im Jahre 1828), von Nichtanerkennung der Rechte des Staats bei Ernennungen (Investitur) (z. B. von Seiten des Bischoffs von Basel bei der Wahl des bisch. Kommissarius für Luzern) u. s. w. Wie bedeutend war endlich die fortdauernde Umgehung des landesherrlichen Placet bei den wichtigsten kirchlichen Angelegenheiten, wie wir gesehen haben! Genug war also schon gewonnen; die Ideen von der Suprematie der Kirche und ihrer Unabhängigkeit vom Staate und die Verwerfung der Rechte der Schweizer in Kirchensachen waren durch die Schreiben des Pabstes und der Nuntiatur förmlich aufgestellt, zum Theile faktisch durchgesetzt und

auch in diesem Zeitraume in eignen Schriften verfochten worden; das Publikum wurde immer vertrauter mit diesen Ideen und der Einfluss des Klerus auf die Regierungen immer entscheidender, wie wir bald sehen werden. Die ganze Kraft dieser Partei war übrigens, was die kirchenrechtlichen Verhältnisse betrifft, auf die Durchsetzung des römischen Konkordatsentwurfes, der in dieser Hinsicht entscheidend war, gerichtet.

Das zweite Hauptziel, auf das sie hinarbeitete, war fortschreitende Gewalt in der Beherrschung des Volksgeistes und der öffentlichen Erziehung; auf dieser Bahn stand sie daher keinen Augenblick stille. Da wir diese Seite ihrer Thätigkeit schon hinlänglich charakterisirt haben, so können wir nun kürzer seyn.

In Luzern — der bedeutendsten höhern Bildungsanstalt für die katholische Schweiz, weil sie auch für die kleinen Kantone und den grössten Theil der östlichen Schweiz dient — hatte die kryptojesuitische Partei [136]) in diesem Zeitraume eine gefährliche Krise zu bestehen und sie glücklich bestanden. Diese Partei, deren Aufwachsen und Erstarken wir bereits erzählt haben, fand in dem Erziehungsrathe, einer Abtheilung der Regierung, eine gefährliche Gegenkraft. Der kenntnissreiche und einsichtsvolle Staatsrath *Ed. Pfyffer*, die Seele dieser Behörde, erkannte die gänzliche Unangemessenheit des Lyzeums und Gymnasiums zu dem Geiste der neuern Kultur; es traten also im Jahre 1819 an dem Lyzeum folgende Veränderungen ein: Der Unterricht in der Physik ward erweitert und mit Mathematik verbunden und dieser Lehrstuhl einem wackern Schulmanne, *Flüglistaller*, übertragen. Für die Rhetorik, in einer weitern Sphäre, ward *Brandstetter* von St. Gallen berufen. Der Vortrag der Philosophie und, was vorher nie gelehrt wurde, der Geschichte, ward dem geistvollen Dr. *Troxler* anvertraut; ein zweiter neuer Lehrstuhl ward in dem Unterrichte des Rechts geschaffen und dem später durch seine Schriften und Staatsreden ausgezeichneten Dr. *Kasimir Pfyffer* übertragen. Endlich ward für das Studium der alten Sprachen, welchen wichtigen Unterrichts-

136) Man kann die Jesuiten in der Schweiz in die offnen und Kryptojesuiten oder in benannte und unbenannte Jesuiten eintheilen.

zweig man am Lyzeum ganz ausgehen liess, während er am Gymnasium fast allein betrieben wurde, ein eigner Lehrer in der Person des Professors *Kopp* angestellt. Ueber diese Anordnungen war die Jesuitenpartei in hohem Grade erbittert; einmal, weil drei der vier letzt genannten Lehrer keine Geistlichen waren und somit das vermeintliche Recht des Klerus auf alle Lehrstellen angetastet wurde; dann, weil nun die Theologie mit ihren drei Lehrstellen nicht mehr, wie früher, als einziger Zweck der Anstalt, auf welchen sich alles andere bezog, erschien; endlich, weil die bisherige Tendenz zur Mystik gefährdet wurde. Denn durch das Studium der Alten, durch die Rechtswissenschaften, vorzüglich durch die Vorträge *Troxlers* über Philosophie und Geschichte, wurde schnell und glücklich das Prinzip des geistigen Lebens, im Gegensatze mit Mechanismus, Mystik und Autoritätsglauben, entfesselt und durchdrang nun alle Lehrgebiete.

Dies war der Anfang zu einer glücklichen Reform; aber auch nur der Anfang; denn noch fehlte viel, dass die Lehranstalten Luzerns denen anderer civilisirten Länder gleich kamen. Das Lyzeum sollte die Zwecke eines Instituts für Fachbildung mit denen einer Anstalt für Erziehung zur Humanität (also Fortsetzung eines Gymnasiums, das nur die allgemeine Grundlage aller einzelnen Fächer erzielt) in sich vereinigen. In beiden Hinsichten war es immer noch höchst unvollkommen, vorzüglich in der erstern, wegen der unverhältnissmässigen Berücksichtigung der Theologie und des Priesterstandes und der Vernachlässigung der Naturwissenschaften — des gemeinschaftlichen Mittelpunktes so vieler einzelnen Fächer — indem, ausser Physik, weder Naturlehre noch Chemie, noch Physiologie u. s. w. gelehrt wurden. Allein diese Wissenschaften, die von jeher das sicherste Bollwerk gegen Mystik und Aberglauben waren, hasste die jesuitische Partei so sehr, dass, als Dr. *Crauer* unangestellt und unentgeltlich Vorlesungen über Botanik hielt, sie ihn förmlich der Impietät anklagte und ein Interdikt gegen seine Vorlesungen auswirkte [137]); solche Vorlesungen, sagten sie, zerstören die Glaubensfähigkeit!!

137) Oeffentliche Blätter jener Zeit haben diesen Vorfall erzählt; auch

In noch weit kläglicherer Gestalt stand das Gymnasium da; noch als wahre Vorschule für eine jesuitische Priesterkaste, während alle andern Stände unbeachtet blieben. In sechs Klassen, in deren jeder Ein Lehrer Alle Unterrichtszweige zu besorgen hatte, wurde vorherrschend Latein getrieben, und selbst hierin, wegen der absoluten Unmethode, wenig geleistet, wie sich faktisch ergab; in der teutschen Sprache, Mathematik, Geschichte, Geographie u. s. w., was Alles jesuitisch zugeschnitten war, fast Nichts erlernt, wie sich abermals faktisch aus den Prüfungen ergab. Am traurigsten sah es mit der religiösen und sittlichen Bildung aus, die sich bloss auf ein mechanisches Einprägen des Katechismus in Einer Stunde wöchentlich, und den geistlosesten Zeremoniendienst beschränkte, wesswegen die Disziplin in den tiefsten Verfall gerieth.

Der Erziehungsrath beschloss demnach, diese Anstalten, nach dem Standpunkte der öffentlichen Erziehung in neuern Zeiten, allmählig umzuschaffen, und zuerst das Gymnasium einer Reform zu unterwerfen. Der neue Organisationsplan macht den Herrn *Ed. Pfyffer* und Dr. *Troxler* grosse Ehre; er schliesst sich an die besten Gymnasien in den Rheinländern und in Preussen an[138]. Der Entwurf beruhte auf einer geschickten Verbindung des Fach- und Klassensystems, und bestand seinem Wesen nach in Folgendem: Ein Religionslehrer besorgt den sittlich religiösen Unterricht durch alle Klassen und übernimmt zugleich die Seelsorge für die Studirenden. Ein Lehrer der Physik und Mathematik trägt diese Wissenschaften stufenweise aufsteigend in allen Klassen vor; eben so ein Fachlehrer für Geschichte und Geographie. Die alten Sprachen — griechisch lag bisher gänzlich darnieder — die teutsche Sprache und die ästhetischen Bildungszweige werden von sechs Klassenlehrern besorgt. Dieser Entwurf war von dem täglichen Rathe gebilligt und dessen Ausführung beschlossen worden.

siehe *Troxlers* „Offne Antwort gegen Prof. *Gügler*“ etc. Seite 68. Man traut kaum seinen Augen, wenn man die Anklagepunkte, welche der Idiot *Ineichen* gegen *Crauer* vorbrachte, liest.

138) Wer die von dem Preuss. Kultministerium erlassene Grundlage für die Organisation der rheinischen Gymnasien kennt, wird in ihr dieselben Grundsätze finden.

Da erhob sich die Jesuitenzunft, die nur mit Ingrimm sich den bisherigen Veränderungen unterworfen hatte, und beschloss, nicht allein die projektirte Reform des Gymnasiums zu vereiteln, sondern auch was am Lyzeum verbessert worden war, wieder zu zerstören, und die Laien von dieser Anstalt zu verdrängen. Vor allen traf ihr Hass den Dr. *Troxler* und den Staatsrath *Ed. Pfyffer*. Sie stellten den regimentsfähigen Familien die Gefahr vor, welche ihnen aus den bisherigen Reformen im Erziehungswesen drohe und diese gingen, den Schultheissen *Rüttimann* und Seckelmeister *Meier* an ihrer Spitze, vollkommen in ihre Insinuationen ein; es zeigte sich bei dieser Veranlassung abermals die innere Einhelligkeit von Priesterkasten und aristokratischen Parteien in dem Hasse gegen freie Geistesentwickelung und den Fortschritt des Volkes zu höherer Kultur. Dann traten die, theils am Gymnasium, theils am Lyzeum angestellten, Professoren *Salzmann*, *Gügler*, *Widmer*, *Schmidt*, *Kaufmann*, *Schlatt* und *Ineichen*, die eine Opposition gegen die andern Lehrer bildeten, mit einer Denkschrift an den täglichen Rath auf[139]), in welcher sie den Plan zur Reform des Gymnasiums, mit einer seltenen Bosheit als die Religion gefährdend darstellten, obschon eine wesentliche Tendenz dieses Planes eine bessere religiöse Bildung war. Zugleich rückten sie einen Artikel in ein franz. Ultrablatt[140]), in welchem sie jenen Plan als „berechnet für das System der Impietät und Revolution" erklärten. Man kann beide Aktenstücke nicht ohne die grösste Indignation über die tiefe Bosheit und die gleissnerische Heuchelei, die sich in ihnen ausdrückt, lesen.

Jene Denkschrift wurde auf den Rathstisch gelegt; der tägliche Rath schämte sich, seinen Beschluss in Betreff der projektirten Reform zurückzunehmen, schämte sich aber nicht, die Reform — unausgeführt zu lassen. Zu derselben Zeit wurde Dr. *Troxlers* Sturz von jener Partei glücklich vollbracht. Die Veranlassung war die Uebersetzung einiger politischen Schriften von *Buchanan* und *Milton* (Fürst und Volk), die er her-

139) Sie ist abgedruckt in *Troxlers*, „Luzerns Gymnas. und Lyzeum."

140) Den Drapeau blanc; abgedruckt in: „Nachschrift zu *Troxlers* Fürst und Volk."

ausgegeben hatte; der wahre Grund aber: der höhere wissenschaftliche und wahrhaft sittlich-religiöse Geist, den er unter den Studirenden geweckt hatte und seine unermüdete Thätigkeit für die Reform der Lehranstalten. Dies erhellt deutlich genug aus den oben erwähnten Aktenstücken. Er wurde unverhört seines Amtes entsetzt[141]). Der Lehrstuhl, den er so trefflich ausgefüllt hatte, wurde dem Fanatiker *Kaufmann* übertragen, dessen Buch, „Rangordnung der himmlischen Heerschaaren", dem 12. Jahrhunderte keine Schande machen würde. Nicht lange darauf ward auch *Kasimir Pfyffer* von dem Lehrstuhle des Rechts verdrängt und dieser Lehrstuhl kurz darauf eingezogen. Auch die übrigen Verbesserungen am Lyzeum sanken bald in Nichts zurück und diese beiden Lehranstalten erhielten, nach Austreibung des fremdartigen Geistes ihre vollständige jesuitische Einheit wieder, die von nun an streng bewahrt wurde[142]).

Wir dürfen nicht unerwähnt lassen, dass eine Minorität von acht Gliedern (*Amrhyn*, der Schultheiss, *Ed. Pfyffer*, *Kottmann*, *Crauer*, *Jos. Pfyffer*, *Wolmann*, *Scherer*, *Felder*) eine ehrenvolle aber erfolglose Opposition gegen diese verderblichen Rückschritte zum Obskurantismus bildeten.

Der Klerus war mit diesem Triumphe noch nicht zufrieden; sondern wandte sich nun auch gegen die Bürger- und Landschulen. Wir haben früher erwähnt, welche Verdienste sich die Mediationsregierung in Luzern in diesem Gebiete der öffentlichen Erziehung erworben habe, durch konsequente Durch-

141) *Troxlers* ungerechte Absetzung ist ein wichtiger Beitrag zur Erläuterung unserer frühern Behauptung, dass die Restauration der vier alten Aristokratieen einen innern Zwiespalt in das politische System und in den Kulturzustand der Schweiz gebracht habe — der frischgeweckte Hass der Aristokraten ging so weit, dass der Schweizerbote, weil er jene Verhandlungen erzählte, im Kantone Luzern verboten wurde. Gerade wie 1822 *Troxler*, wurde 1814 *Dereser* ohne Recht und Urtheil seines Amtes entsetzt — beidemale Opfer, die man dem Hasse der Priesterzunft brachte. Als daher im Jahre 1829, bei den Debatten über diesen Gegenstand in Luzern, Herr *Rüttimann* von Justizmorden sprach, die durch die Verbindung der Justiz und Verwaltung geschehen, lagen Beispiele sehr nahe.

142) Noch einige Züge, die zum vollständigen Bilde dieser Partei gehören, werden wir bei Erwähnung ihrer Brüder in Freiburg nachliefern.

führung des Grundsatzes, dass die Erziehung Sache des Staats und nicht Sache der Kirche sey. In diesem Geiste hatte der Staatsrath *Ed. Pfyffer* segensvoll fortgewirkt. Nicht zufrieden mit dem Schullehrerseminar, hatte er auch für einen praktischen Kursus der Kandidaten gesorgt, indem er zehn Musterschulen bezeichnete, an welchen jeder, vor dem Eintritte in ein Amt, sich hinreichende praktische Uebung erwerben solle.

Auf diese Veranstaltungen für allgemeine Bildung blickte seit geraumer Zeit mit scheuen Augen die finstere Zunft des Mittelalters, und arbeitete unablässig, auch hier die Pflegstätten neuerer Kultur zu vertilgen. Die jesuitische lateinische Wirthschaft suchte sie auch auf die Sekundär- oder Munizipalschulen so zu verpflanzen, wie sie an dem Gymnasium glücklich erhalten worden war, und sie zu dem Ende dem Landesmutterklerus von Landshut in die Hände zu spielen, was allmählig gelang; die Landschulen suchte sie unter die Leitung dieser Behörde zu stellen (in der bekannten Form der Monachal - Parochial - Kanonikalverwaltung) und wo es gelang — wie bei dem Stifte Münster — sanken die Schulen sogleich in die elendeste Verfassung herab [143]); dem Erziehungswesen suchte sie seine Hülfsquellen abzuschneiden, wie denn der Probst zu Münster, *Meier* von Schauensee, und die Klosterfrauen in Brug wiederholt gegen die fernere Entrichtung der stiftmässigen Beiträge zu Erziehungszwecken einkamen, „weil diese Beiträge nicht zu kirchlichen Zwecken verwandt würden, und nur zu viel Aufklärung im Lande sey"; endlich — und das war die Hauptsache — arbeiteten sie mit aller Macht, das Schulwesen seiner bisherigen Leitung zu entziehen, und dies gelang ihnen bei folgender Veranlassung. Der unermüdete *Ed. Pfyffer* hatte auf eigne Kosten eine Sammlung von zweckmässigen Büchern veranstaltet, welche er unter den Landschullehrern, zum Behufe ihrer Bildung, zirkuliren liess. Es waren allgemein bekannte und geschätzte Schriften, wie *Heims* Angelegenheiten des Volksschulwesens, *Stephanis* Schulfreund, *Schlez* und *Wagners* System des Unterrichts, *Zschokkes* Schweizergeschichte u. s. w. Da erhob sich der Klerus, der Dekan

143) Siehe: *Troxlers* Lyzeum und Gymnas. von Luzern. S. 101.

Häfliger (bekannt wegen seines vielfachen Wechsels der Parteien und seiner elenden Volkslieder) an seiner Spitze, hielt ein Kapitel und verklagte dann den Staatsrath *Pfyffer* zuerst beim bischöfflichen Kommissarius und dann bei dem täglichen Rathe. In der Denkschrift an den letztern wurden jene Schriften als ketzerisch erklärt, weil sie Jansenismus und Sozinianismus predigten, und das Verbot ihrer fernern Verbreitung verlangt; *Ed. Pfyffer* wurde ein „ketzerischer Reformationsheld“ genannt, „welcher die Christusreligion aus dem Kantone Luzern zu verdrängen suche“ und dessen Entfernung vom Schulwesen gebieterisch gefordert; endlich wurde der ganze Versuch, die Schullehrer noch mehr aufzuklären, heftig angegriffen; die Schullehrer, heisst es darin, gehörten zum gemeinen Volke, dürften nicht unter die Gebildeten gezählt und müssten fortdauernd gehütet werden; übrigens seyen sie (die Geistlichen) die Männer, welche das Volk leiten müssten [144]).

Der tägliche Rath, der in jenen Zeiten den krassesten Grundsätzen des Aristokratismus folgte, gewährte alle diese Forderungen; *Ed. Pfyffer* ward aus dem Erziehungsrathe verdrängt, und an seine Stelle trat ein mit den Jesuiten innig verwandtes Gemüth, der Seckelmeister *Meier*, *Rüttimanns* Schwager und des Probstes zu Münster Bruder, bekannt durch die Aeusserung, „dass die Volksschulen nur zu viel Aufklärung gebracht hätten“ [145]). Von nun an gewannen sie den entscheidendsten Einfluss auf die gesammte Volksbildung, die sie in bestimmte Gränzen (als blinde Anhänger von *Hallers* Lehren) einzuschliessen und in Aberglauben aufzulössen suchten. Man erinnere sich, welche Schriften sie unter das Volk verbreiteten.

Das Schicksal, das diese Freunde einer edleren Bildung in Luzern hatten, traf auch den berühmten Franziskaner, Pater *Girard*, in Freiburg. Dieser, als Kanzelredner, Schriftsteller und Schulmann ausgezeichnete Mann, — ehrwürdig durch die reinste Menschenliebe und den erleuchtetsten Patriotismus

144) Siehe: Schweizerbote 1822, Monatschronik.

145) Siehe: Nachschrift zu *Troxlers* „Fürst und Volk“. Herr *Meier* war auch ehedem ein Jakobiner, so wie fast alle Zeloten in Luzern.

und, durch die schöne Vereinigung einer milden Wärme des Gemüths mit einem erleuchteten Verstande, ein wahrer Seegen überall, wo er verweilte, — hatte eine Reihe von Jahren hindurch über den Kanton Freiburg seine geistigen Wohlthaten verbreitet. Durch eine geschickte Anwendung des wechselseitigen Unterrichts in einer vollkommneren Gestalt hatte er die Land- und Stadtschulen dieses Kantons in wahre Pflanzstätten der Religiosität, ächter Geistesbildung und aller Socialtugenden umgeschaffen. Nicht ohne eine wahre Erquickung zu fühlen, verweilt das Gemüth des Geschichtsforschers, nach den widrigen Eindrücken, womit das eckelhafte Treiben der allem Guten feindseligen Parteien es erfüllt hat, bei den Nachrichten über die Fortschritte und öffentlichen Schulfeste der jenem Menschenfreunde anvertrauten Anstalten. Allein schon ward die Besorgniss der Aristokraten über die steigende Volksbildung rege; und bei dem Nahen der Jesuiten ahndete *Girard* das kommende Unglück. Beides sieht man aus seiner, im Jahre 1818 gehaltenen, Schulrede. Nach dem Einzuge der Jesuiten ward sein Fall von diesen Priestern der Finsterniss, in Gemeinschaft mit dem Bischoffe beschlossen. Man begann die unwürdigsten Verläumdungen gegen ihn auszustreuen und dem Landvolke zuzuflüstern, er sey ein Ketzer, Atheist, Lutheraner, auch Luther sey ein Franziskaner gewesen u. s. w. *Girard* sey der Freiburgische *Voltaire*. Am 25. Febr. 1823 reichte der Bischoff ein Schreiben beim Staatsrathe ein, worin auf die Einstellung von *Girards* Unterrichte gedrungen ward: 1) weil die Religion vernachlässigt und zu viel Zeit auf zeitliche Dinge (Naturgeschichte, Technologie, Mathematik u. s. w.) verwandt werde; 2) weil dieser Unterricht für alle Sekten sich eigne und nicht einzig auf die Bildung wahrer Katholiken ausgehe (!!); 3) weil er desshalb und auch wegen der Unabhängigkeit der Schulen von den Geistlichen diesem Stande missfalle; 4) weil er zu liberal sey. — Die Familienväter in Freiburg, ihre Stimmen mit denen ihrer Kinder vereinigend, stellten dem Staatsrathe in einer Denkschrift vor, dass der Tag, wo *Girards* Schulen geschlossen würden, der Tag eines allgemeinen Unglücks seyn werde; die Oberämter reichten, auf Verlangen des Erziehungsrathes, Berichte ein, welche alle Be-

schuldigungen widerlegten und besonders zeigten, dass der steigende Gewerbfleiss, Industrieeifer und Wohlstand des Kantons aus jenen Schulen hervorgegangen sey; *Girard* selbst zeigte in einer Denkschrift (vom 18. April), dass die Religion den Mittelpunkt in seinem ganzen Bildungssystem einnehme[146]. Das Alles half nichts; hatten doch die Kryptojesuiten in Luzern aus dem Umstande, dass man einen eignen Lehrer des Religionsunterrichts anstellen wollte, bewiesen, dass der neue Lehrplan Atheisten bilde! Durch den Schultheiss *Gottrau* (ein Schooskind der Jesuiten) wurde im Staatsrathe das Verlangen des Bischoffs durchgesetzt und dann durch eine Reihe der unwürdigsten Mittel, die ein passendes Seitenstück zu den Umtrieben bilden, wodurch die Einführung der Jesuiten bewirkt wurde[147], am 4. Juni im grossen Rathe der Beschluss herbeigeführt, dass der gegenseitige Unterricht geschlossen und das alte System der Volksschulen, der Geist- und Herz ertödtende Schlendrian[148], restituirt werden solle.

Die ehrliebende Minorität, welche der Einführung der Jesuiten widerstanden hatte, suchte auch, wiewohl umsonst, diesen tödtlichen Streich, den sie den edelsten Interessen ihres Vaterlandes versetzten, abzuhalten. Der Pater *Girard* schloss seine Schule und ging zurück nach Luzern; das Licht, das seit 20 Jahren erleuchtend und erwärmend ein Seegen des Landes war, wurde ausgelöscht und nun mit Macht und wachsendem Glücke die Finsterniss kultivirt.

Die Volkserziehung kam in Folge dieses wichtigen Ereignisses ebenso unter den Einfluss der Jesuiten, wie die höhern

146) Dies erhellt aus allen seinen Schulschriften und Schulreden, z. B. Discours prononcé en 1822; aber er setzt Religion in Einsicht, daher nennt er die Naturwissenschaften la theologie des yeux et du coeur.

147) Die öffentlichen Blätter von 1823, z. B. der Schweizerbote, haben diesen Hergang erzählt.

148) Der Pater *Girard* machte, nach dem N. T. als christlicher Lehrer, die Liebe zum Prinzip seines Unterrichts und aller Socialpflichten. „Lasset die Kindlein zu mir kommen und wehret ihnen nicht". Dagegen eifert der Bischoff in seiner Denkschrift und dringt auf Stock und Ruthe in den Schulen „pour accoutumer les enfans au joug dès leur bas age" und beweist dies durch eine Reihe von Zitaten (z. B. Sprüchw. 13, 24. 23, 13. 29, 15.) aus dem A. T.

Bildungsanstalten. Es wurden im grossen Rathe Anträge gemacht: den Erziehungsrath ganz abzuschaffen, die Ernennung und Absetzung der Schullehrer, so wie die gesammte Unterrichtsweise allein dem Bischoffe zu überlassen u. s. w., mithin das ganze Erziehungswesen allein unter die geistliche Gewalt zu stellen. Diese Anträge wurden zwar vor der Hand abgelehnt, zeigen aber das Ziel, nach dem man mit so viel Glück hinarbeitete. Im Grunde ist eine Kontrolle des Erziehungswesens, wie sie der Klerus in Freiburg und Luzern über die Volksschulen ausübte, identisch mit einer vollkommnen Leitung desselben.

Das System des gegenseitigen Unterrichts, das bei dem Mangel an Fonds und der grossen Unwissenheit des Landvolks in vielen Kantonen, für einen bedeutenden Theil der Schweiz eine wahre Wohlthat seyn würde und desshalb auch im Westen und Süden sich sehr ausgebreitet hatte, fand am Klerus und allen Bischöffen entschiedene Gegner. Der Bischoff von Chur war stets diesem System, so wie der Kantonsschule in Chur abgeneigt; der Bischoff von Sitten erklärte es für ein den Katholizismus zerstörendes System; der Bischoff von Como erliess im Jahre 1826 ein Anathema gegen diesen Unterricht, wodurch alle Achtung gegen die Regierung von Tessin, die ihn eingeführt hatte, aus den Augen gesetzt war. Dieses System wird daher, wie in Freiburg, so auch in den andern kathol. Kantonen bald ausgetilgt seyn.

In Freiburg dehnten sich die Jesuiteninstitute immer weiter aus, und die Gesellschaft der Väter wuchs an Macht und Einfluss. Durch ihre offenen und geheimen Anhänger in fast allen Kantonen zählten sie schon im Jahre 1820 Schüler aus dem Aargau, St. Gallen, Solothurn, Luzern u. s. w.; vergebens suchten die Regierungen zu wehren, die Kräfte, die für jene in Thätigkeit traten, waren zu mächtig. Alle Schriftsteller der ultramontanischen Partei liessen ohne Unterlass ihr Lob ertönen; der wichtigste Bestandtheil z. B. in den polemischen Schriften *Güglers*, des bedeutendsten jener Schriftsteller gegen *Troxler*, ist die Rechtfertigung der Jesuiten alter und neuer Zeit; fremde Gesandten, die sich in der Schweiz aufhielten, warben für sie, und von allen Seiten flossen ihnen Geldbei-

träge zu. Der Abt *Pankrazius* stiftete Stipendien für Zöglinge in Freiburg. Die Regierung in Freiburg erhöhte den Fond von 80,000 auf 130,000 Fr. Die Schüler der Jesuiten erhielten den Vorzug in allen bischöfflichen Seminarien. Im Jahre 1825 waren in den Kollegien 80 Väter; im Jahre 1826 begannen sie ein eignes, einem Pallaste ähnliches Pensionatgebäude zu errichten; die Kosten wurden von Beiträgen der Regierung von Freiburg, der Geistlichkeit des Kantons[149]), von Subskriptionen in der Schweiz, der grösste Theil aber von einer fremden Kasse bestritten, die schon früher bedeutende Opfer brachte. Dieses Gebäude ist nun vollendet und beherbergt mehr als 1,200 Zöglinge aus der Schweiz und allen Ländern in Europa; es ist ein gemeinsames Erziehungshaus für alle Freunde des Mittelalters in diesem Welttheile. Unter diese Jesuiten — so wie in Wallis — sind nur wenige Schweizer; der ursprüngliche Stock bestand, wie oben bemerkt, aus Franzosen und Italienern; später kamen Proselyten aus Teutschland, auch im Jahre 1823 eine Abtheilung von Brüdern aus Polen hinzu[150]).

Auch in Wallis nahm der Orden bedeutend zu und die Erziehungsinstitute erweiterten sich beträchtlich. In Solothurn sind sie zwar bis jetzt noch nicht aufgenommen worden; wer aber die Konsequenz dieser Partei und die Natur der Aristokratieen in der Schweiz kennt, zweifelt nicht an ihrer baldigen Einkehr in jene Stadt. Die Frage ist, ob sie fortdauernd den Willen haben, sich auch hier vestzusetzen; die letzten Konkordatsverhandlungen werden aber zeigen, dass sie und der rö-

149) Der gesammte Klerus in diesem Kantone, der 71,000 Einwohner zählt, beträgt 284 Weltgeistliche, 200 Mönche und 204 Nonnen; die Jesuiten sind die Prytanen. Ein ähnliches Verhältniss ist fast in allen Kantonen. Die katholische Schweiz zählt aber 750,000 Katholiken, gegen 3,600 Mönche und Nonnen, 65 männliche, 58 weibliche Klöster; fast jeder Geistliche hat einen Kaplan und Vikar.

150) Die pädagogischen Restaurationen im Jahre 1823 zogen im folgenden Jahre eine Menge priesterlicher Abentheurer in den Kanton Freiburg; einige nahmen die Jesuiten auf; andere stellte der Bischoff als Geistliche an, mehrere wurden als Gauner weggewiesen, einer fiel der Kriminaljustiz, ein anderer dem Militär zu u. s. w. Siehe: Monatschronik. Solche Erzieher — Fremdlinge aus den Haiden von Bordeaux, den Pontinischen Sümpfen und den Wäldern Polens — restauriren die Schweiz!!

mische Hof wirklich diesen Willen haben; ja im Jahre 1826 waren die desshalb gepflogenen Umtriebe in Solothurn so bedeutend, dass man schon damals ihre Einwanderung fürchtete. Ferner liegt das *Rumplerische* Kapital, diese Unglücksgabe, fortdauernd in jener Stadt; endlich haben die Jesuiten unter den Professoren und der Geistlichkeit bereits eine starke Partei; die Opposition eines Theils der Professoren wird bald aufhören, da in Solothurn alle Lehrer Geistliche seyn müssen, mithin von dem Bischoffe, d. h. dem Nuntius abhängen; die Majorität des kleinen Rathes, das Centrum der Aristokratie, ist wegen Einheit der Prinzipien ihnen längst befreundet. Aber die Majorität des grossen Rathes ist dagegen? Nie hat, wegen Fehler in der Verfassung, wovon weiter unten, auf die Dauer der grosse Rath irgend eines Kantons dem kleinen Rathe widerstanden[151]). Und ist es glaublich, dass Bischoff und Domkapitel einst dort unthätig seyn werden? Die antijesuitische Partei, den hochverdienten Chorherrn *Glutz*, den Sachwalter der bessern Erziehung, an ihrer Spitze, wird unterliegen, wie die Vaterlandsfreunde in Luzern, wie *Girard* in Freiburg.

Es bedarf kaum der Bemerkung, dass dieser Orden in seiner Unterrichtssphäre nach einer immer grössern Unabhängigkeit von der weltlichen Gewalt strebt, so wie er denn im Jahre 1820, von der Regierung aufgefordert, Rechenschaft von seinem Unterrichte abzulegen, erklärte: „er sey keiner weltlichen Obrigkeit, sondern allein dem Pabste unterthan.“

Nach diesen, gleichsam geographischen Umrissen ihrer Herrschaft, möchten wir gerne eine Schilderung der innern Einrichtung des Unterrichts der Jesuiten versuchen, allein sie liegt ausser den Gränzen dieser Schrift. Geist und Tendenz desselben haben wir hinlänglich charakterisirt und bemerkt, dass er in dem mystisch-fanatischen Elemente, das ihn ganz durchdringt, die Bildungsweise der Altjesuiten weit übertrifft. Auch die Disziplin und Erziehung im engern Sinne hat einen weit finsterern und klösterlichern Charakter als in den Instituten ihrer Vorgänger und steht mit dem Gesammtbildungs-

151) Ueberall sind Beispiele da; in Luzern, in Freiburg, eben bei der Einführung der Jesuiten und bei der Sache *Girards*, und neuerlich im Aargau.

ziele, das sie erstreben, im vollkommensten Einklange. So wie ihr Unterricht nicht auf Entwickelung geistiger Kraft, Selbstdenken und freien Vernunftgebrauch, sondern auf Gedächtnisswerk und blinden Autoritätsglauben an scientifische und priesterliche Tradition; so ist ihre praktische Erziehung nicht auf sittliche Selbstständigkeit und freies Handeln aus Einsicht, sondern auf blinden Gehorsam gegen eine Tradition von Pflichten berechnet. Daher ist ihre Disziplin schwer und drückend; eine Reihe von Büssungen, Andachtsübungen, Strafen und peinlicher Entsagungen; die Jugendwelt mit ihrem Blüthenkranz von Freuden wird zerstört und an ihre Stelle das Bild des Grabes und des Todes gesetzt[152]). Ihre Disziplin ist durchaus inhuman; aus dieser auf Abtödtung und Siechheit berechneten Ascetik wächst Menschenhass, Tyrannensinn und die vollkommenste Tauglichkeit für ihr Priesterthum. Den frischen Ausdruck eines kräftigen, aus der Harmonie von Geist und Sinnlichkeit entspringenden Lebens hassen sie, weil es ihr Reich zerstören würde; sie nennen es den Unrath von Vernunft und Freiheit, der Sinne und natürlichen Kräfte. Daher haben sie die Gymnastik ein Werk des Teufels genannt[153]). So ist es in Freiburg, Wallis und Luzern.

Noch eine Seite dieser Partei müssen wir, wenn auch nur mit wenigen Worten, berühren, nämlich ihr Verhältniss zur Nationalität und Politik und zwar nicht allein in Hinsicht auf Erziehung, sondern im Allgemeinen.

Es liegt im Wesen dieses Systems, dass es, wie eine inhumane, so auch eine antinationale Tendenz haben muss. Ablössung von den Banden, die an das Vaterland knüpfen, ist daher eine natürliche Erscheinung in den Erziehungsstätten dieser Partei, vorzüglich in den Gemüthern des heranwachsenden Klerus. Denn der Klerus soll nie Interessen des Vaterlandes denen der Prie-

152) Nur mit Mühe haben Eltern fur ihre an frohe Häuslichkeit gewöhnten Kinder einen Nachlass von dieser Ascetik erlangt.

153) Trefflich hat *Troxler* am Ende seiner Schrift: „das Lyzeum und Gymnasium von Luzern“ diese Disziplin geschildert. Der Hass gegen die Gymnastik geht so weit, dass der Bischoff eines paritätischen Kantons den Seminaristen verbot, nur in die Nähe des Turnplatzes sich zu wagen. In Luzern verbot der Präfekt der Schule selbst das Baden — eine wahre Anstalt für arme Sünder!

terkorporation, die mit jenen in beständigem Widerspruche stehen, vorziehen. Diesem Grundsatze gemäss haben wir alle Personen, die auf den Schauplatz traten, vom Generalvikar bis zum Vielschreiber *Geiger* herab, handeln sehen; sie fühlten sich als Glieder eines hierarchischen Kosmopolitismus. Die offene, unverhüllte Darlegung dieser Denkart aber und die Höhe, zu welcher sie getrieben wurde, ist nur aus dem gesunkenen Volksgeiste in der Schweiz zu erklären. Die Kryptojesuiten in Luzern eiferten gegen alle Schweizervereine, vorzüglich gegen den Zofinger — einen Verein der studirenden Jugend, dessen einziger Zweck ist, das Andenken und die Liebe schweizerischer Nationalität zu erhalten; die Jesuiten in Freiburg verboten ihren Zöglingen jede Theilnahme an ihm; dessgleichen der Bischoff von Basel dem studirenden Klerus in Solothurn. Als *Haller* in seiner Restauration der Staatswissenschaft *Wilhelm Tell* einen Meuchelmörder, *Winkelried* einen Rebellenhauptmann, die grossen Kämpfe der Vorzeit Aufruhr und Empörung nannte und die heiligsten Erinnerungen der Schweizergeschichte schamlos schmähte, tönten diese Schmähungen in allen Schriften der Luzerner und Freiburger Jesuiten wieder, wie in den Hörsälen, worin die Jugend ihre Bildung empfing [154]).

Nach dem Gesagten bedarf es kaum der Erwähnung, dass das genannte Buch von *Haller* — welches ein teutscher Staatsminister einen Schandfleck der neuern Litteratur nannte — den politische Katechismus dieser Partei ausmachte. *Haller* selbst, der bald zu ihr überging, wurde das Schooskind derselben. Denn dieses politische, wie jenes kirchliche System sind im Prinzip — dass ein Akt der Gewalt und des Betrugs vergangener Jahrhunderte, vermittelst der Heiligkeit der Tradition, für alle künftigen Geschlechter Gesetz seyn soll — und im Zweck — die Menschen, nach Unterdrückung von

154) „Die alte Helvetia fühlte ein Erröthen auf ihren Wangen und einige leise Schauer" sagt ein Schriftsteller jener Zeit. Wir fordern keinen Presszwang, keine Verfolgung auch dann nicht, wenn die Heiligthümer eines Volkes so gelästert werden. Aber wo Nationalgefühl herrscht, wagt es der Verläumder nicht laut zu reden, aus Furcht unter der Last der öffentlichen Schande zu erliegen; allein siehe Note 39 u. 40 und Text — Jene Schmähungen der Nationalehre waren im Lyzeum zu Luzern üblich; sie bildeten einen Theil des stehenden Unterrichtssystems.

Freiheit in Lastthiere von Priester- und Familienkasten zu verwandeln[155]), vollkommen einhellig. Daher konnte es für diese, jede Spur von Menschenrecht, Freiheit und Vernunft für ruchlos, unchristlich und heidnisch erklärende, wir möchten sagen, ultra römische, Partei[156]) kein willkommneres Buch geben, als das *Hallersche*; es gab dem unentwickelten Embryo ihres politischen Ideals bestimmte Gestalt und Klarheit. Demnach wurde jenes Buch und die in ihm enthaltenen Lehren, welche alle auf Recht und Nationalglück gegründeten Monarchieen mit Abscheu verworfen haben, in den Republiken der Schweiz mit brennendem Eifer vertheidigt, erklärt und überall verbreitet. Solche Lehrsätze sind: dass Freiheit der Keim alles Bösen; dass gesetzliche Verfassungen schon eine Art Revolution; dass die ungebundenste Willkühr der Herrscher das wahre Prinzip der Staaten; dass Eidschwüre der Regenten nicht verpflichtend für sie; dass Republiken nur Allmenden (Viehweiden) grosser Erbherrn; dass der Pabst der Weltmonarch und Souverän aller Souveräne; dass Nichtkatholiken Kezzer und Abtrünnige, die Jesuiten das Heil der Welt seyen u. s. w. Dieses Buch und diese Lehrsätze wurden von dem Jesuiten *Van Wyenberg* in Freiburg, von *Gügler*, *Widmer*, *Geiger*, *Segesser* u. A. in Luzern in eignen Schriften und Journalen[157]) entwickelt und gepriesen; sie wurden von den Kanzeln (wie im Entlibuch) verkündet; sie wurden in den Schulen erklärt und der Jugend eingeimpft[158]).

Am kühnsten und ungescheutesten trat die bezeichnete Tendenz in den Jahren 1823, 1824 und 1825 hervor, als einige wenige teutsche Regierungen glaubten — ob mit Recht oder Un-

155) hommes bêtes, hommes plantes, hommes machines.

156) Wir sagen absichtlich: diese ultra römische Partei: denn es gab Jahrhunderte, wo die römische Kirche (die wir immer von der katholischen auf Christi Lehre gegründeten unterscheiden) und die Päbste die Freiheit der Völker gegen Unterdrückung vertheidigten.

157) Z. B. *van Wyenbergs* kritische Briefe zur Rechtfertigung *Hallers*; *Geigers* Vertheidigung *Hallers* gegen *Krug* und *Paulus*. Die Zeitschrift: Zeichen der Zeit, von *Haller*, *Segesser* und *Gügler* herausgegeben, war eigentlich der Entwicklung dieses hierarchisch-politischen Allmendensystems gewidmet.

158) Siehe: *Troxlers* Gymnas. und Lyz. von Luzern.

recht? gehört nicht hierher — wegen einer republikanischen Partei Besorgnisse hegen zu müssen, und die Jesuiten und Ultras in Frankreich alle Kraft gegen die immer mächtiger werdende Nationalpartei aufboten. Ohne Mass und Ziel ergossen sie damals ihre Schmähungen über ihr eignes Vaterland. Die würdigsten Männer und verdienstvollsten Vaterlandsfreunde bezeichneten sie als Häupter von Jakobinergesellschaften; überall witterten sie Verschwörungen und geheime Umtriebe. Mit wissentlicher Bosheit interpretirten sie die Feier der Nationalsiege in Mittel, die Errichtung von Denkmälern ruhmvoller Waffenthaten in Ausbrüche, die liberalen Zeitschriften in Organe, die vielfachen (z. B. Sempacher, Zofinger, Schinznacher u. s. w.) Schweizervereine in Brennpunkte des revolutionären Geistes, der auf die Verführung der Jugend und den Umsturz aller Ordnung ausgehe[159]). Die Hauptniederlage ihrer Verläumdungen waren französische Ultrablätter (die Etoile und der Drapeau blanc) und *Pfeilschifters* Staatsmann, so wie die Zeichen der Zeit in Luzern[160]). Mit würdevoller, edler Indignation bezeichnete der Präsident der Tagsatzung am 7. Julius in seiner Eröffnungsrede „diese Menschen, welche durch vorgebliche Aufdeckung selbsterfundener Komplotte und Verschwörungen nur darauf ausgingen, ihr Vaterland zu verdächtigen, um ihre eignen feindseligen Absichten zu erreichen.“

Indessen haben sie einen Theil dieser feindseligen Absichten — Verfolgung liberaler Männer und Grundsätze — nur zu gut erreicht. Das zwiefache politische System in der schweiz. Konföderation[161]) ist seit 1814 nur schärfer und auffallender hervorgetreten, als in jenen unrühmlichen Zeiten. Die Aristokratieen wirkten jedem liberalen Streben feindselig entgegen;

159) Man lese nur das Zuger Wochenblatt jener Zeit.

160) Siehe: z. B. die Etoile Nr. 21. Nov. 1824. *Pfeilschifters* Staatsmann 3. Bandes, 1. Heft, wo auch die obenangeführte Rede des Präsidenten der Tagsatzung verläumdet wird. Nur Ein Beispiel jener frechen Lästerungen. Der Zofinger Verein, sagten diese Verläumder, habe sich in Aarau, einem Centralpunkte der Revolution, Dolche machen lassen, mit der Umschrift: ad sanctum impium foedus mors, hominum liberorum ultima ratio, ad Europam salus — libertas aut mors. Nie hat aber dieser Verein den Argwohn irgend einer Regierung erregt.

161) Siehe: Note 39 und 40.

auch Zürich, unwissend, welchem Geiste es diene, liess sich in denselben dunkeln Pfad hinabziehen; alle Kantone aber liessen sich einschüchtern. Jene politische Intoleranz arbeitete, sey es mit Wissen und Willen oder unabsichtlich, nur der triumphirenden ultramont. Partei in die Hände. Die Gesetze gegen die Fremden, die inhumane Polizei, vor Allem aber die Beschränkungen der Pressfreiheit, die von jener Wunde noch bis auf diesen Tag siech darnieder liegt, waren eben so viele Eroberungen für jene Partei; ihre eignen geheimen Umtriebe, ihre eignen noch so schmähligen Schriften gegen Vernunft, Freiheit und die Ehre ihres eignen Vaterlandes waren keinen Schranken unterworfen, weil sie dieselben für legitim erklärte. Vergebens arbeiteten tieferschauende Männer, wie *Usteri* in Zürich und *Kasimir Pfyffer* in Luzern[162]) dieser ominösen Richtung der schweizer. Politik entgegen. Ungern blickten wir auf jene dunkeln Schattenjahre der neuen Eidgenossenschaft; wir schweigen daher gern, jedoch nicht ohne die wichtige Bemerkung zu machen, dass in jenen Jahren die römische Faktion einen grossen Zuwachs an innerer Kraft, Ansehen und Einfluss gewann.

Dass diese Partei auch in den übrigen, im vorigen Abschnitte bezeichneten Richtwegen ihrer Thätigkeit, bei so günstigen Zeitumständen ihre Anstrengungen in diesem Zeitraume verdoppelte, ist nach dem bisher Gesagten wohl zu erwarten. Wir können indessen, auf jene Charakteristik verweisend, hier kürzer seyn und uns mit einigen Zügen begnügen.

Die intolerante Wirksamkeit dieser Partei, ihre Proselytenmacherei, Polemik gegen Vernunft, Philosophie und Aufklärung hat in dieser Periode noch mehr innern Zusammenhang und systematische Einheit gewonnen, vorzüglich durch Errichtung einer geheimen Gesellschaft, auf welcher jedoch noch einiges Dunkel ruht. Im Jahre 1822 u. f. durchreiste ein gewisser *Van den Wyenberg*, ein Preusse, der in Freiburg Jesuit

162) Im grossen Rathe, als der Schultheiss *Rüttimann* mit dem Kreuze der französischen Ehrenlegion geschmückt — das er wegen seiner legitimen Grundsätze kurz nach der ohne Verhör und Urtheil erfolgten Absetzung *Troxlers* empfangen hatte — die Debatten über die Pressbeschränkung leitete.

wurde, die Schweiz, um eine katholische Gesellschaft (oder Klubb) zu stiften, deren angeblicher Zweck bloss litterarisch seyn sollte und im Zuger Wochenblatte (von 1822) angegeben ist. Durch Verbreitung guter Bücher und durch Abfassung eigner Schriften soll das Ansehen der römischen Kirche immer mehr erhöht, die Angriffe der Gegner niedergeschlagen und die Neuerer bekämpft werden. Auch auf das Gebiet der Politik soll sich die litteräriscbe Thätigkeit dieser Gesellschaft nach *Hallerschen* Prinzipien ausdehnen; sie ist organisirt und hat eine eigne Kasse. So viel ist eingestanden; und das ist schon sehr viel! Nach öffentlichen Blättern[163]) indessen ist dies nur eine Seite ihrer Thätigkeit; Proselytenmacherei, Verbreitung, der Jesuiten, Errichtung neuer Kollegien, Verfolgung aller Gegner und Einfluss auf die Staatsgewalt, sind gleich wesentliche Zwecke derselben. Ihre drei Hauptpunkte hat sie in Luzern, Freiburg und Chur; ausserdem eine Menge Zwischenpunkte, vorzüglich in den Klöstern der paritätischen Kantone. Sie ist in verschiedene Grade eingetheilt; der höchste begreift nur Männer von bedeutendem Einflusse auf die öffentlichen Angelegenheiten in sich. Sie stand mit dem grossen Centrum in Paris, das von Rom abhängig war, in Verbindung. Die Gesellschaft dieser Konsistorialen, wie sie sich nennen, ist eine Kamarilla im höhern Sinne des Wortes und das, was die weltlichen Mitarbeiter der Altjesuiten waren. Welche Gewalt eine solche Gesellschaft ausüben muss, leuchtet in die Augen. Von klugen Obern mit vester Hand geleitet, weiss sie genau, wo sie rasch und keck und wo sie langsam vorsichtig arbeiten muss. Der Leser wird in Vielem, was bisher erzählt worden ist, dessgleichen in dem Gange der Bisthumsverhandlungen die ominöse Hand dieser Kamarilla entdecken.

An der Verbreitung von Büchern der früher bezeichneten Art und ähnlichen Gelichters ward rastlos fortgearbeitet, besonders in Luzern, Solothurn und Freiburg[164]). Die

163) Monatschronik 1824. Allgem. Zeit. Dec. 1824 u. a.

164) Ein Seitenstück zu diesen Propaganden des Aberglaubens liefern die Traktatengesellschaften der Pietisten in Basel unter den Protestanten.

Verbote und Verketzerungen der Bibel und anderer Bücher von demselben Geiste dauerten fort, z. B. die *van Essische* Uebersetzung der Bibel ward überall verfolgt und im Amte Daksberg 1822 öffentlich verbrannt. In St. Gallen ward vom Bischoffe das Verbot, die Bibel zu lesen, 1825, laut einer Verordnung von Rom, verkündigt. Im Jahre 1827 ermahnte der Bischoff von Basel die Geistlichkeit in Solothurn, die Gläubigen vor dem Lesen gefährlicher Bücher, zumal der heiligen Schrift und der Stunden der Andacht zu verwahren [165]. Im Jahre 1825 klagte der Baselsche Provikar bei der Regierung in Luzern, dass diese Bücher immer noch im Kanton gelesen würden. In den Jesuiterkollegien trugen diese Feldzüge gegen die Schriften des Zeitgeistes, wie billig, das vollständige Inquisitionskostüme; bei feierlichen Autodafes wurden sie, unter schweren Verwünschungen, den Flammen übergeben.

Die litterärische Thätigkeit dieser Partei erhielt in diesem Zeitraume, unter Leitung der Häupter der katholischen Gesellschaft eine höhere Zweckmässigkeit und schärfere Beziehung auf das letzte Ziel. Die wichtigsten Stapelorte ihres litterarischen Verkehrs waren Luzern, Freiburg und, für die Nordwestliche Schweiz, Solothurn; in diesen Orten waren zugleich die Hauptfabriken für die Produktion ihrer litter. Erzeugnisse.

An Volksschriften war dieser Zeitraum so reich, wie der vorige. Die „Rangordnung der himmlischen Heerschaaren" von *Kaufmann* und der „Landestrost und gnadenreiche Hülfe im Herrgottswald u. s. w." von *Salzmann*, die wir beide schon erwähnten, fallen eigentlich in diese Zeit; von gleicher Art wurden noch unzählige verfertigt. Daneben wurden alte zweckmässige Schriften der Art wieder neu aufgelegt, wie der Pater Kochem; der geistliche Schild (gegen den Satan); die Offenbarungen Gertruds (welche der Heiland fleissig besuchte); die sieben Schloss; die sieben Himmelsriegel (mit denen einst ein Priester von der Gesellschaft Jesu 300 böse Geister auf einmal aus einem Besessenen trieb); der

165) Damals hielt ein Geistlicher eine Kontroverspredigt gegen das N. T., welche einer Judensynagoge Ehre gemacht hätte; dagegen empfahl er andere Bücher zur Lektüre, welche sich auch Juden schämen würden zu lesen. Siehe Monatsschrift.

Benediktuspfenning; *Humperts* Gedanken über die wichtigsten Religionswahrheiten u. s. w. Diese Bücher, voll der abgeschmacktesten Legenden, der krassesten Dogmatik, des stupidesten Aberglaubens und marktschreierischer Anpreissung der römischen Kirche wurden mit beiden Händen unter die Menge ausgetheilt. Gleichen Zweck hatten die fortgesetzten Missionen, die, mit ihrem ewigen Geschrei über Sünde, Busse, Bekehrung und Ketzer, Bigotismus und Religionshass nährten [166]), und förmliche Mirakel verrichteten; Beförderung des Wunderglaubens durch Wunderkuren, Wunderdoktoren, Wirksamkeit der Gnadenbilder und Teufelsbanner; Anpreissung und Anbefehlung des Wallfahrens nicht nur zu den privilegirten Gnadenorten in der Schweiz, sondern auch nach Rom, besonders in den Jahren 1824, 1825 und 1826, wo die Geistlichkeit überall Kollekten sammelte, damit ein Haufen Gesindel, seine eignen und, um einen vertragsmässigen Lohn, fremde Sünden über die Alpen schleppen möchte.

Aus denselben Offizinen in Solothurn, Luzern und Freiburg gingen fortdauernd auch für die höhern Stände die geeigneten Präservative gegen den Zeitgeist aus: die mystisch-religiösen und historisch-fantastischen Schriften der Herrn *Gügler*, *Widmer*, *Kaufmann*, *Blum* u. s. w. Es waren in dieser Litteratur im Grunde dieselben Ingredienzen, wie in den Volksschriften; nur war der Aberglaube etwas raffinirter, mit Hohenlohischer Tinktur und Mesmerianischen Verzuckungen versetzt, aber eben darum das Gift noch verderblicher und die Wirkungen dieser siechen, kränkelnden Mystik auf die gänzliche Abspannung der Naturkraft des Geistes und die Verfinsterung der Vernunft noch sicherer. Und so wie die Volks-

166) Zur Erhohlung für unsere Leser folgende Nachricht über die Unkosten einer Mission der Jesuiten in einem Dorfe des Kantons Freiburg (aus dem Schweizerboten 1827.): für ein eichen Kreuz 24 Schw. Frank. 8 Batzen; Beichtstühleverschönerung 8 Fr. 4 Btz.; die Missionarien hin und her zu führen 10 Fr.; Kanonenpulver für die Salven 22 Fr. 1 Btz.; Wein für die Soldaten 7 Fr. 2 Btz.; Ehrenwein für die heil. Väter (Gewächs von 1815 u. 19. die Bouteille zu 8, 15 u. 28 Btz.) 32 Bouteillen zu 51 Fr.; die heiligen Väter scheinen grossen Durst gehabt zu haben. — Wie sehr das Wallfahren und der Wunderglaube im Innern der Schweiz in neuern Zeiten zugenommen hat, können sich Ausländer kaum vorstellen.

schriften ihren praktischen, gleichsam angewandten Theil in den Wallfahrten, Missionen, Wunderkuren eines *Nikol. Wolf* fanden (siehe das ihm ausgefertigte Patent durch den G. V. *Göldlin* oben Seite 579.); so lief jene Litteratur, zwar zum Theil auch in das eben bezeichnete niedere Gebiet der gemeinen Mirakel, zum Theil aber in die höhere Sphäre der vornehmen Wunderthäter, *Hohenloh* (von dem Herr *Salzmann* bedauerte, dass ihm die Polizei verboten habe, Wunder zu thun) und seiner Adepten in Luzern aus.

Unausgesetzte grosse Sorgfalt wurde auf den nöthigen Vorrath passender Schulschriften für Landschulen, Bürgerschulen, Gymnasien u. s. w. verwandt. Mit welchen Argusblicken man gegen das Einschleichen ketzerischer Schriften wachte, haben eine Menge Beispiele zur Genüge gezeigt. An neuen Lehrbüchern für den Unterricht in Gymnasien war das St. Michaelkollegium der Jesuiten in Freiburg besonders fruchtbar. Diese wurden als ungemein zweckmässig überall empfohlen [167]). Erwähnung verdient noch in dieser Hinsicht die, zum Behuf des Gymnasialunterrichts, von *Henne* in Auftrage des kathol. Administrationsraths von St. Gallen, kürzlich herausgegebene Schweizergeschichte — ein Buch, das wegen der groben Ignoranz und des blindesten Pfaffengeistes — des passenden Musengespanns des Verf. — nur eine historische Kapuzinerpredigt genannt werden kann.

Mit gleicher Emsigkeit sorgte man für heilsame Lektüre des Klerus. Diesen hatte man bei der ganzen litterarischen Thätigkeit dieser Partei vorzüglich im Auge, insbesondere bei den polemischen Schriften, worüber sogleich noch einige Worte. Einzelne Schriften auszuzeichnen, ist daher unnöthig; indessen sind insonderheit die litter. Journale zu bemerken, die man mit grossem Eifer in Zirkulation setzte [168]); den nachtheiligen Wirkungen zu begegnen, die etwa die früher genannte Schrift

167) Sie erschienen in der *Pillerschen* Offizin in Freiburg, meist unter dem Titel: positiones. So wurden positiones philosophicae, theologicae, hermeneuticae, historicae und eine Menge anderer positiones zu Tage gefördert.

168) Solche Journale sind der Zionswächter, die Zeichen der Zeit, der Religionsfreund, die *Feldersche* Litteraturzeitung u. a.

— die letzte ihrer Art von einem Geistlichen in der Schweiz —: „Versuch einer pragmat. Geschichte der staatsrechtlichen Kirchenverhältnisse in der Schweiz“ möchte hervorgebracht haben, schrieb Hr. *Blum* einen „Versuch einer Geschichte der Kirche Jesu in der Schweiz“ und dienten andere sogleich zu nennende polemische Schriften. — Mit welchem Späherblick man ausserdem wachte, dass keine ketzerischen Bücher (z. B. die *Wessenbergischen*) sich in die Bücherschränke der Pfarrherrn einschleichen möchten, wie man in dieser Absicht öffentliche und geheime Censuren anordnete, in Hirtenbriefen und apostolischen Sendschreiben vor den Irrlehren der teutsch-katholischen Kirche warnte und auf die wahren Quellen des Heils hinwies, ist oben erzählt worden. Wir bemerken nur noch, dass man selbst förmliche, höchst empfindliche Strafen über Geistliche verhängte, bei welchen solche geächtete Bücher gefunden wurden, wie z. B. in St. Gallen geschah, als man die Stunden der Andacht hier und da entdeckte.

Gewisse Centralideen kommen in der verschiedenartigsten Form in allen Schriften dieser Partei vor, als die Lehre von der römischen, als der alleinseligmachenden Kirche, von der Verdammung aller ihrer Gegner — Katholiken und Protestanten —, mitunter ein feuriges Lob der Inquisition und Religionskriege; von der Verwerflichkeit der Vernunft, Freiheit und Philosophie, als Quelle des Heidenthums, u. s. w., endlich auch die politischen Ideen *Hallers*. Diese Kardinalpunkte ihres Systems verfochten sie aber fortdauernd durch eine Reihe eigner polemischer Schriften; ja ihre Polemik wurde seit der Bildung des katholischen Klubbs mit erhöhtem Eifer betrieben. Am fruchtbarsten waren in diesem Gebiete der Jesuit *Van den Wyenberg*, *Haller* und der Chorherr *Geiger*, allein auch die andern Choragen dieser Zunft rasteten nicht. Unter den vielen Erzeugnissen dieser Art wollen wir nur einige hervorheben. Die Zeitschrift Zeichen der Zeit (herausgegeben von *Haller*, *Gügler*, und *Segesser*) hat, wie schon früher bemerkt, ausdrücklich zum Zweck, das hierarchisch politische Allmendensystem zu vertheidigen. Um ihren Geist zu würdigen, genügt es zu wissen, dass in einem Aufsatze *Haller* die Zehnten und Grundzinse als von Gott eingesetzt in Schutz nimmt und desshalb ihren

Loskauf ruchlos nennt; in einem andern *Geiger* „von dem Rationalismus, als dem Princip des alten und neuen Heidenthums“ handelt.

Neben dem Zuger Wochenblatte wurden noch zwei andere Tagblätter, der schweizer. Korrespondent von *Wyenberg* und der Vierwaldstätterbote, von der Luzerner Innung herausgegeben, errichtet. Ihr Charakter ist durchaus polemisch; sie haben einen politischen und hierarchischen Theil, in beiden werden die neusten Zeitereignisse und litterarischen Erscheinungen vor das geistliche Hochgericht gestellt und dann, entweder mit dem Brandmal der Verdammniss oder mit dem Siegel des Himmels gestempelt, zum Nutz und Frommen der gläubigen Seelen und zur Abwehr gegen das Gift der Zeit öffentlich bekannt gemacht. Diesen Eulenstimmen hat man ein grösseres Publikum, als alle liberale Zeitblätter der Schweiz geniessen, zu verschaffen gewusst.

In Schriften dieser Art hat man in den letzten Zeiten, als die Konkordatsunterhandlungen gepflogen wurden, unter andern — denn die übrigen Richtungen der Polemik dieser Partei übergehen wir hier, weil sie früher sattsam charakterisirt worden sind — vorzüglich die Rechte des Staats in Kirchensachen zu untergraben gesucht. Im Jahre 1827 gab der Chorherr *Geiger* einen Traktat über die Kirchengüter heraus, worin er dem Staate alle Rechte in Absicht auf die Kirchengüter absprach. Zugleich wurde diese Materie in allen jenen Tagsblättern behandelt. Als darauf eine gediegene Gegenschrift: „Auch etwas über die Kirchengüter etc.“ von einem Rechtsgelehrten erschien [169]), wurde der Verfasser derselben in einer eignen Schmähschrift „Noten zu einem neujuristischen Text über die Kirchengüter; von *Geiger* 1828“ so wie in dem Vierwaldstätter Boten als Revolutionair, *Robespierre* und Ungeheuer bezeichnet. Im Jahre 1825 hatte ein Staatsmann in der Schrift: „Der Udligenschwiler Handel, ein Bruchstück aus Luzerns Geschichte“ die Gerichtsbarkeit des Staats über den Klerus vindizirt; sogleich wurde das ganze Wörterbuch von Schimpfnamen über den Urheber dieser Schrift ausgegossen, ausserdem aber noch

169) Siehe: allgem. Kirchenzeitung 1828. Nr. 95 fgg.

ein Heros des Ultramontanismus, der seine römischen Studien in der Schweiz gemacht hatte, *Görres*, aufgefordert, die Personalimmunität des Klerus zu vertheidigen, was er in der mystisch-orakelmässigen Schrift that: „Die Kirchenfreiheit im Kampfe mit der Staatsgewalt in der kathol. Schweiz 1826." Vorzüglich ist der eigenthümliche Charakter dieser Polemik, wodurch die ultramontanische Partei so viel Einfluss auf das Volk und zum Theil auch auf die Staatsbehörden erlangt hat, wohl zu bemerken; anstatt die Sache zu untersuchen, greifen sie die Gesinnung aller derer an, welche der Anmassung des Klerus entgegentreten und werfen ihnen Atheismus, Illuminatismus, Blasphemie und Empörung gegen die Obrigkeit vor.

Ausdrücklich müssen wir zuletzt noch des unausgesetzten eifrigen Bemühens dieser Partei, Religionshass und Intoleranz zu nähren, gedenken. Denn auch dieser Zeitraum ist reich an eckelhaften Beispielen dieser Art. Es ist klar, dass dieser feindseelige Geist von ihrem ganzen System nothwendig gefordert werde; er bildet den psychischen Kordon, die geistige Scheidewand, durch welche allein in dem Lebensverkehr mit den Protestanten eine Gewähr gegen die geistigen Einwirkungen von dieser Seite geleistet wird. Der wahre, mit der neuern Kultur im Einklang stehende Katholizismus schämt sich des alten Kampfes gegen Häresie; er hat ihn auch nicht nöthig: für das römisch-papistische System ist er eine Lebensidee. Nicht als eine seit Jahrhunderten bestehende, von der Staatsgewalt anerkannte Konfession betrachten jene, welche die blutige Fahne der Villmerger Religionsschlacht wieder erhoben haben, den Protestantismus; wie eine verworfene Sekte betrachten sie diese Konfession, mit dem fanatischen Eifer eines *Pucci*, *Philonardo*, *Borromäus*, *Buonhuomo* im sechzehnten Jahrhunderte! Natürlich tritt dieser Geist überall da am stärksten hervor, wo die nächsten Berührungen statt finden. Daher die Weigerung des Klerus paritätische Ehen zu genehmigen, was noch neuerlich im Frickthal geschehen ist, und das Unheil, das er überall in solchen Familien stiftet; daher die Skandale, welche in Freiburg und Wallis (z. B. in Truttmann, 1827) die Verbannung verstorbener Reformirten von den Kirchhöfen, ja wiederhohltes Ausgraben und Herumschleppen der Leichen ver-

ursachte; daher die Schwierigkeiten, welche diese Fanatiker dem Gottesdienste der Reformirten in katholischen Kantonen entgegensetzten. Als die Reformirten in Luzern 1827 um die Erlaubniss baten, eine Kirche zu erbauen; verlangten sie ein anderes Recht als das, welches die Katholiken in Bern, Zürich und Basel geniessen? gleichwohl, welche Intoleranzpredigten ertönten damals von den Kanzeln bis ins Entlibuch hinein! Die Geistlichkeit erliess ein Schreiben an ihre Brüder in Zug und warnte sie vor den Gefahren der Häresie, die auch diesem Kantone drohten, und der bischöffl. Vikar *Salzmann* übergab der Regierung ein Memorial voll der unduldsamsten Gesinnungen — ein wahres Seelenhirten-Angstgeschrei, als ob der Satanas im Anzuge sey, während die ganze Gefahr darin bestand, dass „einige Menschen" — um mit dem trefflichen *Türgot* zu reden — „auf ihre eigne Art auf die Kniee fielen, um anbetend ihre Hände zu ihrem Schöpfer zu erheben [170])."

Die bisher beschriebene unermüdete und auf Ein Ziel gerichtete Thätigkeit dieser Partei konnte nicht fehlen, zuletzt entscheidende Resultate herbeizuführen. Das Zusammenfassen derselben versparen wir indessen bis zu Ende unserer Erzählung.

7) Geschichte der letzten Konkordatsverhandlungen.

Die dritte Gruppe von Ständen, welche durch die gewaltsame Losreissung von Konstanz in ihren kirchlichen Verhältnissen gestört und dadurch genöthigt wurden, neue zu schaffen, bildeten Luzern, Solothurn, Aargau, Thurgau, Zug und die östlichen, mit ihrer geringen kathol. Bevölkerung, Zürich und Schaffhausen. Wir haben oben erzählt, wie Luzern, als es an der Ausführung der vaterländischen Idee eines Nationalbisthums verzweifelte, sich mit Bern und Basel vereinigte, den Fortbestand des Bisthums Basel dekretiren liess, und wie Bern und Luzern, unter diesem Namen, allein und ohne die andern Stände, mit besondern Vorrechten für sich, das neue

170) Ueber diese Fakten siehe die Monatsschrift und den Schweizerboten.

Bisthum zu gestalten suchten, wie aber an dem Widerspruche der andern Stände und der Unwillfährigkeit Roms dieses Bern-Luzernische Projekt scheiterte, unter einer allgemeinen Spannung der Stände unter sich.

Die Vereitelung dieses Planes benutzte die liberale Partei in Luzern, um zu bewirken, dass der Bischoffssitz, auf welchen dieser Stand bis dahin stets Anspruch gemacht hatte, nicht nach Luzern, sondern nach Solothurn verlegt würde. Die Gründe zu diesem Plane lagen in der Besorgniss, die man vor den nachtheiligen Einwirkungen dieser oberhirtlichen Behörde auf die Regierung hegte, wenn sie in dem Kantone selbst ihren Sitz hätte. Man war also auf die Ansichten zurückgekommen, die *Crauer* 1813 in Zürich ausgesprochen hatte. Man beschloss also, auch Bern für diesen Plan geneigt zu machen und dann mit Solothurn, nach Aufhebung der bisherigen Spannung, freundschaftliche Berathungen anzuknüpfen. Herr *Rüttimann*, nachdem er abermals seine Ansichten geändert hatte, war mit diesem Plane einverstanden. Im Oktober 1819 reiste der Staatsrath *Ed. Pfyffer* nach Landshut, einem Landgute des Schultheissen *von Wattenwyl* in Bern. Dort fanden sich die Mitglieder des geheimen Rathes von Bern ein und die Grundlinien des neuen Projektes wurden hier entworfen. Im November kam man mit der Regierung von Solothurn überein und im Dezember fand die Eröffnung einer vorläufigen Konferenz statt, in welcher man sich über die Hauptpunkte der neuen Bisthumsorganisation einverstand. Diese Wendung der Dinge stimmte mit den Ansichten Roms überein, das theils aus andern Gründen, die im Laufe unserer Erzählung berührt wurden, theils weil es die Nuntiatur und den bischöfflichen Stuhl nicht gern an demselben Orte sah, den letztern stets lieber nach Solothurn, als nach Luzern verlegt wünschte.

Nach diesen Vorbereitungen fand im Jahre 1820 eine offizielle Konferenz der Abgesandten von Luzern, Bern, Solothurn und Aargau in Langenthal, vom 1 — 3. März statt. Hier wurden die wesentlichen Punkte eines Entwurfs für ein gemeinsames Bisthum, in welches die genannten vier Stände vereinigt werden sollten, vorgelegt; die Zulassung von Zug und Thurgau sollte nach Abschluss der Verhandlungen, vorbehalten

werden; den Beitritt der östlichen Kantone wollte man, nach Beendigung des Geschäftes, nicht verweigern.

Darauf wurden der Schultheiss *Amrhyn* von Luzern und der Staatsrath *von Roll* von Solothurn zu Kommissarien erwählt, um mit der Nuntiatur die Verhandlungen zu einer Uebereinkunft zu führen.

Ehe wir weiter gehen, müssen wir die leitenden Ansichten und den Geist, in welchem sowohl jener Entwurf abgefasst war, als auch die Verhandlungen mit der Nuntiatur geführt wurden, näher bezeichnen.

Es ist einleuchtend aus der Natur der Sache und mit der allgemeinen, in den grossen Räthen der Diözesanstände später ausgesprochenen, Meinung übereinstimmend, dass, wenn man auch die hohe Idee eines Nationalbisthums aufgab, dennoch bei einer neuen Begründung der kirchlichen Angelegenheiten sich die Uebereinkunft mit Rom nicht auf den blossen Entwurf einer Cirkumskriptionsbulle (d. h. über Umfang und Sitz des Bisthums, Einrichtung des Kapitels, Dotation u. s. w.) beschränken durfte, sondern dass diesem eine umfassendere allgemeine Grundlage vorausgehen musste, auf die sich jener stützte. Durch die gewaltsame Losreissung von Konstanz und die spätern wichtigen Handlungen der römischen Kurie und die Unterdrückung des Bisthums Basel [171]) war die ganze Basis alter Verträge und Ordnungen, worauf der grösste Theil der kathol. Kirche in der Schweiz ruhte, aufgehoben; eine neue Basis musste geschaffen werden. Dass sich diese aus den allgemeinen Kirchengesetzen und Konzilien (etwa des Tridentinums?) nicht von selbst ergab, wissen alle Unterrichtete; das Unbestimmte, Schwankende und Widersprechende in denselben, so wie die Nichtanerkennung vieler ihrer Beschlüsse haben zu allen Zeiten die Staaten bewogen, in bestimmten allgemeinen Konkordaten mit Rom die Grundlagen ihrer Kirchen vestzusetzen und die Gewalt der Päbste zu beschränken [172]); die Errichtung

171) „Basileensis ecclesiae et Capituli prioris status omnimodo suppressione, extinctione et annullatione“ heisst es nachher in der Bulle.

172) Man vergleiche hiermit den trefflichen Aufsatz im schweizer. Museum II. H. 1816. S. 161. fl.

neuer Bisthümer bedurfte dann freilich nur einer Cirkumskriptionsbulle auf dieser Basis. Auch die Kirche in der Schweiz hatte durch den Verband mit Teutschland und Frankreich ihre veste historische Basis [173]). Diese war zerstört; in einem schweizerischen Konkordate mussten mithin die Grundverhältnisse sowohl der innern Kirchenverfassung als auch der kirchlichen zur Staatsgewalt von neuem erörtert und vestgesetzt werden. Wir haben früher bemerkt, wie mehrere Gelehrte, besonders im schweizerischen Museum und in der Schrift: „pragmatische Geschichte der staatsrechtlichen Kirchenverhältnisse der Eidgenossen," die Vorarbeiten zu einer solchen neuen Grundlage, auf das Wesen der alten Verhältnisse mit zeitgemässer Vervollkommnung gebaut, zu liefern suchten.

Ein solches allgemeines schweizerisches Konkordat, ein solcher kirchlicher Fundamentalvertrag mit Rom hatte mithin erstens: die Grundverhältnisse der Kirchenverfassung in allen den Punkten, wo die päbstliche Gewalt durch ihre Usurpationen die Kirchengesetze der frühern Konzilien umzustürzen suchte, zu bestimmen, vorzüglich die Rechte und Selbstständigkeit des Bischoffs gegen die Römische Kurie und die Nuntiatur zu sichern; davon weiter unten — zweitens: die Rechte und Freiheiten des Staats in Kirchensachen, so wie die besondern Verträge mit Konstanz in neuern Zeiten und die Rechte des Frickthals, feierlich zu verwahren. Diese alten Rechte der Schweizer waren zwar niemals auch in alten Zeiten in einem kirchlichen Vertrage, wohl aber, wie erzählt worden, in Bündnissen mit den Päbsten gesichert worden; und die Vorfahren fanden eine hinreichende Bürgschaft für dieselben in dem Bewusstsein ihrer unbiegsamen Kraft, die neuern Regierungen der Schweiz in der vestgeregelten Ausübung derselben durch die Diözesanverhältnisse mit Konstanz [174]). Beide Bürgschaften waren verloren; eine bestimmte Auseinandersetzung der geistlichen und weltlichen Gewalt in der Gesetzgebung, wie die neuern Staaten überall gethan haben, hatte man aber, bei der friedlichen Eintracht mit dem humanen Geiste der letzten Seelenhirten in Konstanz,

173) Siehe: die Einleitung.

174) Siehe: die Einleitung.

für unnöthig erachtet [175]. Nothwendig war es also, dass jene Rechte zur Sprache gebracht wurden und zwar in einem **Grundvertrage** mit Rom, das stets in alten Zeiten, wiewohl umsonst, sie zu vernichten strebte, in den neuern aber in Sendschreiben der Päbste und Erklärungen der Nuntien verläugnet und proskribirt und die wichtigsten in einer Reihe von Verfügungen mit Füssen getreten hatte [176].

Allein diese wichtigen Punkte und Erörterungen, welche die **kirchliche** und **staatsrechtliche** Grundlage für das neue Bisthum bilden mussten, wurden bei Seite gesetzt, sowohl in dem Entwurfe, als auch in den Verhandlungen. „Solche Punkte," sagte man, „gehören unter die Dinge, über welche sich mit Rom nicht austragen lässt; Rom geht von seinen alten Anmassungen nicht ab und die Staaten müssen sich auf andere Art zu helfen suchen [177]." „Allein hiermit" — erwiederte ein Rechtsgelehrter in einer Beleuchtung dieses Entwurfs — „ist die Erörterung nur verschoben. Welche Kämpfe, und das ist die unseligste Folge der Lostrennung von Konstanz, werden sich über jene Verhältnisse erheben [178]!"

In Folge jener Ansicht, welche man als den ersten leitenden Grundsatz bei den Verhandlungen ansehen muss und welche natürlich die Maxime erzeugte „Alles möglichst zu vermeiden, was ernsthafte Diskussionen herbeiführen könnte," suchte man der, gleichwohl bestimmt gefühlten, Nothwendigkeit, die so sehr misshandelten landesherrlichen Rechte auf irgend eine Art zu verwahren, durch einen Vertrag Genüge zu leisten, in welchem die konkordirenden Stände sich wechselseitig jene Rechte verbürgten. Dies ist der, später so oft erwähnte **Langenthaler Vertrag**, auf der ersten Langenthaler Konferenz 1820 abgeschlossen. Zur Ergänzung wurde unter

175) Siehe: „Stimmen über das Konkordat."

176) Siehe: *Kas. Pfyffers* Rede im grossen Rathe zu Luzern. Zürcher Zeitung 1828. Nr. 6. Schweizer. Museum 3tes Heft 1816.

177) Diese Ansicht wurde überall in den grossen Räthen von den Freunden des Konkordats ausgesprochen. Siehe: Monatschr. 1828. Febr.; Zürcher Zeitung Nr. 7. 1828. u. s. w.

178) Dr. *Kas. Pfyffer.*

gleichem Datum noch ein Nebenvertrag hinzugefügt. Diese Verträge waren aber in Form und Materie höchst unvollkommen. Die wichtigsten und wesentlichsten Staatsrechte in Kirchensachen, z. B. das Recht des landesherrlichen Placet, die Beschränkung der Officialität auf geistliche Sachen, die Mitwirkung des Staats bei allen kirchlichen Verfügungen u. s. w. waren entweder nicht berührt oder unbestimmt gelassen; mehrere Bestimmungen wurden durch das spätere Konkordat abgeändert, andere ganz aufgehoben, andere in späteren Konferenzen der Stände unter sich erläutert, modifizirt oder ganz aufgehoben; im Jahre 1824 entstanden noch geheime Zusatzartikel des Langenthaler Vertrags: so dass dieser Vertrag nur in Bruchstücken existirte, die zum Theile widersprechende Bestimmungen enthielten. „Wenn ein Vertrag eine bestimmte Willenserklärung sey“ — bemerkten die Gegner des Konkordats über dieses Aktenstück — „so verdiene dieser gar nicht den Namen eines Vertrags; da er bei der ersten Anwendung vor Allem einen Interpretationsstreit herbeiführe; es sey unbegreiflich, wie man nur einen Schatten von Garantie in diesen Fragmenten finden könne; die grossen Räthe könnten aber, ohne ihrer Würde zu vergeben, sich gar nicht über ein solches Aktenstück aussprechen. Endlich, welche Sicherheit denn überhaupt gegen Rom ein Vertrag gewähre, den man insgeheim hinter seinem Rücken abgeschlossen habe[179])?“

Die zweite leitende Ansicht war: „man müsse annehmen, was nach den Umständen möglich sey; bessere Bedingungen seyen nun einmal nicht zu erlangen und Rom gebe seine Forderungen nicht auf;“ diese Meinung hatte ihren Grund in einer Gemüthsstimmung, welche die natürliche Folge von dem ganzen Gange dieser Angelegenheit seit 1816 und dem Bewusstsein der vielfachen Rechtsverletzungen war, die man von Rom erduldet hatte. Rom übte das so oft mit Glück gebrauchte, auf einer tiefen Kenntniss der menschlichen Natur beruhende Mittel, durch

179) Siehe die Reden im grossen Rathe zu Aarau — „Stimmen über das Konkordat“ und Dr. *Feer* „über das Bisthum Basel.“ Aarau 1828. Diese treffliche Schrift, die, ganz aus den Akten gezogen, den Werth eines Aktenstückes hat, enthält die zwei Kommissionalberichte dieses Mitgliedes des grossen Rathes vom Aargau, welche er, wie wir unten erzählen werden, bei den Berathungen dieser Behörde über das Konkordat, vortrug.

fortgesetzten Kampf auch entschiedenen Widerstand zuletzt abzuspannen. Der veste Wille der Eidgenossen der Vorzeit hielt freilich aus. Diesen vermissten die Gegner des Konkordats. „Durch Beharrlichkeit, Konsequenz und Einigkeit, die jetzt bei den gemeinsamen Absichten der Stände weit eher möglich gewesen, hätte man ein ganz anderes Ziel erreichen können [180]).“

Die Nuntiatur aber war nicht unthätig, jene Stimmung eben so durch geschickte Insinuationen zu verstärken, als mit Klugheit zu benutzen. Daher ging jede Anmassung von dieser Seite, wenn sie entschieden hervortrat, zuletzt durch; daher der Vorwurf in den grossen Räthen: „Die Regierungen seyen nur aktiv im Geben, in allem übrigen passiv bei diesen Verhandlungen gewesen; je länger sie gedauert, desto mehr Rückschritte seyen erfolgt; jede neue Negotiation habe sich mit einem neuen Opfer geschlossen [181]).“

Ein dritter Grundsatz war, sich gegen nachtheilige Bestimmungen des Konkordats durch vertrauliche Noten oder gar mündliche Zusicherungen der Nuntiatur, dass es mit ihrer Erfüllung nicht ernstlich gemeint sey, dessgleichen durch Vorbehalte, unter welchen man zuletzt den Vertrag ratifiziren wolle, eine, freilich höchst sonderbare, Sicherheit zu verschaffen. „Versprechungen,“ erinnerte man später dagegen, „sind für Rom nur ein Mittel der Politik geworden, um zu überlisten. Das lehrt die ganze Geschichte, das lehren unsere Bisthumsverhandlungen selbst [182]). Diese Bedingungen und Vorbehalte haben ausserdem gar keinen Werth. Entweder stimmen sie mit dem Inhalte des ratifizirten Vertrages überein und dann sind sie überflüssig; oder sie weichen davon ab, welche juristische Gültigkeit haben sie dann nach förmlicher Abschliessung und Ratifikation eines zweiseitigen Vertrages? Wie ist ferner zu hoffen, dass man eine Sache, die man zu verweigern den Muth nicht hatte, so lange man sie zu leisten nicht schuldig und Niemand sie zu fordern berechtigt war, dann hinter der Schutzwehr solcher Vorbehälte zu vertheidigen den Muth

180) *Feer* l. l.

181) Siehe: Monatschr. 1828. Nr. 2. S. 38. 45. u. s. w.

182) Siehe: l. l.

haben werde, wenn man sich ausdrücklich dazu verpflichtet und dem andern Theile das Recht, sie anzusprechen, in die Hände gegeben hat[183])?."

Endlich wurden diese Verhandlungen, so wie alle früheren seit 1813, geheim geführt und entbehrten somit gänzlich der nationalen Basis und des sichern Kompasses, den sie in der Publizität und der Theilnahme des ganzen gebildeten Theiles der Eidgenossenschaft finden mussten. Es war eine alte Staatsmaxime, welche in den Aristokratieen der dreizehnörtigen Eidgenossenschaft sich allmählig entwickelt hatte und dann allgemein geworden war, die ganze Staatsverwaltung in das Dunkel des Geheimnisses zu hüllen; die Regierungskunst wurde als ein Mysterium betrachtet, für welches nur die regimentsfähigen Familien durch ihre Geburt die Weihe empfangen hatten. Mit dem Sturze der dreizehnörtigen Eidgenossenschaft verschwand, mit dem Sturze der Mediationsakte kehrte zurück das geheime Verwaltungssystem dieser Republiken[184]). So blieben demnach diese Verhandlungen in die verschlossenen Regierungssäle eingebannt; ohne die Kraft, den Schwung und die Haltung, die allen Verhandlungen, sobald sie Angelegenheiten des öffentlichen Lebens werden, eigenthümlich ist; die Nation, die Schriftstellerwelt, selbst die grossen Räthe, kannten diese labyrinthischen Negotiationen nur aus einzelnen Notizen, Vereitelungen oder Niederlagen, die nicht zu verbergen waren.

Das ist der Geist, in welchem diese Verhandlungen geführt wurden. Wir haben zugleich die spätern Beurtheilungen

183) *Feer* l. l. p. 21.

184) Alle Regierungshandlungen, somit die ganze eigentliche Staatsverwaltung, werden insgeheim betrieben; selbst die Debatten der grossen Räthe dürfen, mit Ausnahme weniger Kantone, nicht publizirt werden. Durch die Tagsatzungsbeschlüsse von 1823, welchen sich vergeblich die wackersten Verfechter der Publizität, wie die Hrn. *Usteri* und *Kas. Pfyffer* (man sehe deren treffliche Reden vom Jahre 1828) widersetzten, wurde die Oeffentlichkeit in vaterländischen Angelegenheiten fast gänzlich vernichtet. Erst im Jahre 1828 rang die liberale Partei mit einigem Erfolge gegen jenes Mysterium, das man indessen, aus begreiflichen Gründen, so lieb gewonnen hatte, dass mehrere Abgesandte auf der Tagsatzung, selbst gegen ihre Aufträge von den grossen Räthen, den Presszwang und das Geheimniss, statt der Pressfreiheit, empfohlen.

der Gegenpartei beigefügt, weil wir glaubten, so am Besten unser Geschäft der Berichterstattung zu erfüllen.

Lange indessen fanden diese Verhandlungen, zum Verdrusse der übrigen Stände und zum besondern Aerger des Internuntius *Gizzi* ein fast unüberwindliches Hinderniss in dem energischen Widerstande, welchen der Kanton Aargau leistete. Wie er nie in die Losreissung von Konstanz eingewilligt, ja, wie erzählt worden, noch im Jahre 1816 die alte Diözesanverbindung als fortdauernd erklärt hatte; so wollte er auch in keine neue eintreten, in welcher Recht und Würde verloren gingen. Bei der Langenthaler Konferenz beharrte er auf den frühern, im Jahre 1816 aufgestellten, Grundbedingungen, wovon seine Theilnahme an dem neuen Bisthume abhing, soweit ihre Erfüllung noch möglich war. Die Folge war, dass Aargau mit den übrigen Ständen in Missverhältnisse trat. Da indessen dieser paritätische Kanton wegen seiner katholischen Bevölkerung von 70,000 Seelen, die zweite Stelle unter den Diözesanständen einnimmt, so wollten die übrigen ohne ihn nicht abschliessen. Man lud ihn daher von Luzern aus zu einer neuen Konferenz in Langenthal (der sogenannten zweiten Langenthaler Konferenz), auf den 30. Junius 1824 ein. Hier liess die Regierung ihr Ultimatum, in welchem sie besonders auf dem Rechte, die Domherrn zu wählen, welches die Nuntiatur nach einem alten Grundsatze der römischen Kurie nicht anerkannte, vest beharrte. „Der Stand Aargau," heisst es darin, „werde an dem neu zu organisirenden Domstifte nur unter der Bedingung Domherrnstellen errichten und dotiren, wenn ihm das unmittelbare oder mittelbare Patronatrecht derselben überlassen werde, im entgegengesetzten Falle aber auf die Errichtung von Domherrnstellen seinerseits verzichten, aber auch jeglichen Geldbeitrag dazu verweigern. Auf dieser Erklärung müsse er beharren, es sey das wenigste, was man für so grosse Opfer verlangen könne [185]."

Diese Erklärung wurde zu wiederhohltenmalen den Diözesanständen und Bisthumskommissarien mitgetheilt. In dem Allen handelte die Regierung stets im Einverständnisse und nach dem

185) *Feer* l. l. p. 75.

Gutachten des kathol. Kirchenraths, derjenigen Behörde, welche die reinkirchlichen Angelegenheiten des Kantons besorgt, und aus den ausgezeichnetsten Geistlichen und Rechtsgelehrten besteht. Noch in einer Berichterstattung vom 13. Junius 1825, als die Regierung sich bereit erklärte, für die nicht residirenden Domherrn des Kantons eine mittelbare Wahlart (nach Art der in dem Konkordate mit Preussen von 1821 befolgten, die auch später 1827 in dem Konkordate mit Nassau angenommen wurde) eintreten zu lassen, so dass die Domherrnstellen mit Pfründen aus der landesherrlichen Kollatur verbunden würden, deren Bestimmung der Regierung überlassen bliebe, den residirenden Domherrn dagegen unmittelbar zu ernennen, erklärte sich der katholische Kirchenrath mit gleicher Stärke für die Behauptung des Kollaturrechtes; er und die Regierung hielten es für unverantwortlich, dieses wichtige Recht der Anmassung der Nuntiatur aufzuopfern [186]). Die Regierung verstand sich später sogar einmal zu dem Vorschlage, zur Wahl der Domherrnstellen einen katholischen Ausschuss aus den Regierungsmitgliedern niederzusetzen. Darauf erwiederte aber der Nuntius „dass auch die katholischen Mitglieder des kleinen Raths (der Regierung) von einem paritätischen grossen Rathe erwählt, mithin unfähig seyen, die Domherrn zu bestimmen.“ Rom erkennt bekanntlich die Protestanten, ohne die äusserste Noth, nicht rechtlich an.

Im Jahre 1826 luden die übrigen Diözesanstände nochmals Aargau auf eine Konferenz, die den 20. November in Luzern sollte gehalten werden, ein. Kurz zuvor hatte die Regierung von Aargau erklärt, und beschlossen: „dass sie aus den Unterhandlungen austreten wolle und sich den endlichen Beitritt zu dem Konkordate oder den gänzlichen Rücktritt aus der Diözesanverbindung nach Konvenienz vorbehalte.“ Auf diese wichtige Erklärung an die Kommissarien und die Regierung von Luzern, sandte die letztere den Staatsrath *Ed. Pfyffer* von Luzern nach Aarau, welcher dann durch persönliche Verwendung und Einfluss die Zurücknahme jenes Beschlusses und die

186) Trefflich ist dieses Recht für den Kanton erwiesen in der angeführten Schrift von *Feer* S. 66. Note 16.; 67. Note 17.

Beschickung der ausgeschriebenen Konferenz bewirkte. Hiermit begann Aarau seinen bisherigen Standpunkt zu verlassen. Auf jene Konferenz sandte die Regierung darauf den Regierungsrath *Reding*, jedoch mit der bestimmtesten Instruktion, „durchaus keine aktive Theilnahme an allen Verhandlungen zu nehmen, sondern nur Bericht zu erstatten" [187]). Herr *Reding* aber verliess seine Instruktion gänzlich; nahm aktiven Theil an allen Verhandlungen und ging in alle Punkte ein. Dann kehrte er nach Haus zurück, und ging im Februar 1827 neuerdings mit Reg. R. *Friedrich* nach Luzern und unterhandelte hier mit der Nuntiatur einen besondern Vertrag über die Domherrn, der den §. 12. k. des Konkordats bildet, worin das Kollaturrecht des Aargaues aufgegeben und die Wahl der Domherrn dem Bischoffe und Domkapitel, d. h. dem Nuntius überlassen ist; nicht einmal das armselige Ausschliessungsrecht, das Bern verstattet, von Aargau aber stets als nutzlos war verworfen worden, behielt man sich als Ersatz vor. Auf spätere Angriffe vertheidigte der Abgeordnete diese gänzliche Verzichtleistung des Kollaturrechts damit, dass nach den Zusicherungen der Nuntiatur (wovon aber im Konkordate nichts steht) ein Exhortationsbreve erlassen werde, nach welchem keine der Regierung unangenehme Personen zu Domherrn erwählt werden sollen [188]). Ein Deputirter in der grossen Rathssitzung am 14. Febr. 1828 sagte aber „mit den heiligsten Rechten und Freiheiten des Kantons sey gespielt worden" [189]).

Indessen hatte nicht allein der erwähnte Abgeordnete, sondern auch die Regierung des Kantons den bisher behaupteten Standpunkt verlassen. Unmittelbar nach der Konferenz zu Luzern gab sie den so lange geleisteten ehrenvollen Widerstand auf und trat dem Konkordatsentwurfe vollständig bei. Da in der eigenthümlichen Lage des Kantons Aargau keine Gründe für

187) „sich bloss ad audiendum et referendum bevollmächtigt zu erklären und in einer bloss passiven Stellung zu halten."

188) Siehe drittes Extrablatt zum Schweizerboten über das Konkordat. Die bisher erzählten Thatsachen sind aus *Feers* angeführter Schrift geschöpft.

189) S.: Monatschronik l. l.

die Annahme, die wichtigsten aber für die Verwerfung dieses Vertrags mit Rom liegen, so misst man allgemein die Aenderung der Regierungsansichten persönlichen Gründen bei, die ins Spiel getreten seyen.

Eine Entstehungsgeschichte der wichtigsten einzelnen Punkte des Konkordats würde, bei dem Mangel lebhafter und geistvoller Debatten, gänzlich uninteressant seyn; um indessen das, was wir oben über den Geist dieser Verhandlungen gesagt haben, näher zu charakterisiren, mögen folgende Züge dienen.

Als die Kommissarien gegen die Bestimmung, die Dotation des Bisthums sobald als möglich in liegenden Gründen anzuweisen, Einwendungen machten, erhielten sie von dem Internuntius die mündliche Zusicherung, man dürfe nicht besorgen, dass jemals mit Ernst auf die Erfüllung dieses Punktes gedrungen würde. Dieser Punkt ward nun vor der Hand in das Konkordat aufgenommen (§. 11.). Am 12. März (1827), dem Tage des Abschlusses, gaben die Kommissarien das Missfallen ihrer Kommittenten an jenem §. in ihrer letzten Note zu erkennen. Da antwortete der Internuntius schriftlich (am 16. März), „dass er auf dem Buchstaben und Geist des Vertrags beharre und jede Einwendung gegen jenen §. zurückweise [190]). Auf die Beschwerden der Kommissarien, dass den Regierungen gar kein Einfluss auf die Bischoffswahl gestattet werde, versprach Herr *Gizzi*, es werde eine Exhortationsbulle an das Domkapitel ergehen, keine den Ständen unangenehme Person zu wählen, wünschte aber nicht, dass diess Versprechen in das Konkordat aufgenommen werde, damit für Rom kein Präjudiz beim Abschlusse von Konkordaten mit andern Staaten entstehe [191]), während doch schon in diesen Konkordaten genau die Einwirkung der Regierungen auf die Bischoffswahl ausgemittelt war.

Die Bedenklichkeiten der Kommissarien über die Weigerung des Internuntius: einen Wahltermin bei erledigtem Bi-

190) *Feer* l. l.

191) Rede von *Kasimir Pfyffer*.

schoffssitze zu bestimmen, beseitigte er abermals durch ein Versprechen: „nach drei Monaten solle jedesmal der neue Bischoff gewählt werden.“ Das sind die Hauptversprechungen, welche dem Vorbehalte zum Grunde liegen, wozu man noch die angenehmen Domherrn rechnen kann, die dem Kantone Aargau verheissen waren.

Von den beständigen Rückschritten in den Verhandlungen folgende Beispiele. Im Jahre 1821 äusserte der Nuntius *Naşalli* versuchsweise: „man könne wohl zutrauensvoll die erste Ernennung der Domherrn dem heil. Vater überlassen.“ Als die Kommissarien nicht sogleich dieses Begehren ablehnten, beharrte 1825 der Internuntius *Gizzi* vest darauf, „als einem Zeichen des dem heil. Vater gebührenden Respektes.“ So entstand dieser fatale Artikel in dem Konkordate [192]). Die Besoldung des Bischoffs ward zuerst auf 8,000, dann durch Herrn *Gizzi* auf 10,000 Fr. gesetzt. Ein wahrhaft lächerliches Beispiel, wie weit zuletzt die Scheu vor Erörterungen bei den Kommissarien ging, enthält eine Zuschrift derselben an die Regierung des Kantons Aargau (vom Jahre 1825), worin sie sagen: „man habe die letzte Redaktion (des Artikels über die Domherrn) so gefasst, dass nichts von dem gesagt werde, was Erörterungen veranlassen könnte.“ „Eine wunderliche Art zu unterhandeln“ — bemerkte der Kirchenrath dazu — „dass man in Dingen, worüber noch verschiedene Ansichten walten, Erörterungen vermeiden und um dieser zu entgehen, lieber gar nicht von der Sache reden will!“

Wir fügen nun hier das Konkordat selbst bei.

Konkordat zur Wiederorganisirung des Bisthums Basel, nach der auf der Konferenz vom November 1826 genehmigten Redaktion.

§. 1. Die Kantone Luzern, Bern, Solothurn, Aargau, der durch den Wiener-Kongress abgetretene Theil des Kantons Ba-

192) *Feer* l. l.

sel, und die Kantone Zug und Thurgau, werden künftighin mit ihrer katholischen Bevölkerung das Bisthum Basel bilden.

§. 2. Die Residenz des Bischoffs und des Domkapitels wird in die Stadt Solothurn verlegt werden; demzufolge wird die Kollegiatkirche zu St. Urs und Viktor (welche jedoch fortwährend Pfarrkirche bleiben wird) zur Domkirche, und das Kollegiatkapitel zum Domkapitel des Bisthums Basel erhoben werden.

§. 3. Das Domkapitel wird aus 21 Domherrn bestehen, wovon wenigstens 13 werden zur Residenz verpflichtet seyn, sowohl zur Aushülfe beym Gottesdienste, als um dem Bischoffe behülflich zu seyn.

Aus der Zahl der 21 Domherrn werden 14 auf alle den Bisthumssprengel bildenden Kantone vertheilt, als konstituirende Domherrn angesehen, mit dem Titel von Domkapitularen.

Unter diesen 21 Domherrn sind die noch lebenden Mitglieder des ehemaligen Baselschen Domkapitels mitbegriffen; sie haben das Recht der Residenz, und sollte sich unter ihnen ein Würdeträger befinden, so wird ihm die Dekanswürde übertragen werden.

Das Domkapitel wird 2 Würdeträger haben, einen Probst und einen Dekan.

§. 4. Die Domkapitularen werden den geistlichen Rath des Bischoffs bilden; ihnen steht bei Erledigung des bischöfflichen Stuhls die Wahl des Bischoffs nach den Vorschriften des §. 12. zu.

§. 5. Das Bisthum Basel wird einen Suffragan oder Weihbischoff haben.

§. 6. Die 10 Kapläne der Kollegiatkirche zu St. Urs und Viktor werden für den Gottesdienst und andere religiöse Verrichtungen dem Domkapitel angeschlossen.

§. 7. Die Fabrik des gleichen Kapitels, deren jährliches Einkommen auf ungefähr 2000 Schw. Fr. geschätzt werden kann, wird den Kirchenschmuck, die Verzierungen und überhaupt die zum Gottesdienste nöthigen Geräthschaften herbeischaffen und unterhalten.

Um für die erwähnten Gegenstände auf angemessene Weise sorgen zu können, werden die für den Unterhalt des Bischoffs

angewiesenen Einkünfte während der Erledigung des bischöfflichen Stuhls der gleichen Fabrik zugewendet.

§. 8. Der Bischoff wird die erforderlichen Seminarien errichten; die Regierungen werden dazu im Einverständnisse mit ihm die Aussteuer und die Gebäude hergeben.

Vereint mit 4 Domherrn verschiedener Kantone, wovon 2 durch den Bischoff und 2 durch das Domkapitel ernannt werden, leitet und verwaltet dieser die Seminarien.

§. 9. Die Einkünfte des Bischoffs sind auf zehntausend Schweizerfranken vestgesetzt, die seines Suffragans auf zweitausend Franken.

Die Einkünfte des Probstes des Kollegiatstifts zu St. Urs und Viktor sind dem Domprobste angewiesen.

Die Pfründe des Domdekans erhält einen jährlichen Zuschuss von 800 Franken.

Die jährlichen Einkünfte jedes residirenden Domherrn der Stände Luzern, Bern und Aargau sind auf 2000 Franken vestgesetzt.

Die Domherrn so wie die Kapläne von Solothurn und ihre Nachfolger bleiben im vollen Genusse ihrer dem Kollegiatkapitel zu St. Urs und Viktor gehörigen Pfründen.

Hinsichtlich der nicht residirenden Domherrn verpflichten sich die Regierungen jedem derselben jährlich 300 Franken zu geben.

§. 10. Ausser den oben bestimmten Gehalten werden dem Bischoffe und den residirenden Domherrn ihrer Würde angemessene Wohnungen angewiesen.

§. 11. Die Diözesanstände werden für den Unterhalt des Bischoffs, die Dompfründen und die Ausstattung der Seminarien die nöthigen Fonds anweisen, und zwar sobald möglich in Liegenschaften; inzwischen werden sie dafür gesicherte, bestimmte und von dem Staatsfond gesonderte Gefälle beibringen.

Die Regierungen werden ihren freien und regelmässigen Bezug, so wie ihre Unveräusserlichkeit gewährleisten, sie werden auch für den Unterhalt der Domherrnwohnungen sorgen.

Für den Unterhalt der Domkirche, der bischöfflichen Wohnung und der Gebäude des in Solothurn zu errichtenden Se-

minariums wird durch die Regierung von Solothurn gesorgt werden.

Die Gebäude von Seminarien, die anderswo errichtet werden sollten, sind von denjenigen Kantonen zu erhalten, die es betreffen mag.

§. 12. a) Die Domkapitularen haben das Recht, aus der Diözesangeistlichkeit den Bischoff zu wählen.

b) Der zum Bischoff Gewählte wird vom heil. Vater die Einsetzung erhalten, sobald dessen kanonische Eigenschaften, nach den für die schweizerischen Kirchen üblichen Formen, werden dargethan seyn.

c) Der Bischoff ernennt seinen Suffragan.

d) Die Regierung von Solothurn ernennt den Probst auf die bisher übliche Weise.

e) Die Ernennung des Dekans steht dem heiligen Vater zu.

f) Die Regierung von Luzern hat das Ernennungsrecht zu den diesem Kantone angehörigen Pfründen.

g) Für die vom Kantone Bern zu gebenden Domherrn wird das Domkapitel zu jeder Wahl der Regierung dieses Standes ein Verzeichniss von 6 Kandidaten vorlegen, welche 3 davon streichen kann, worauf der Bischoff den Domherrn ernennt.

h) Die 10 vom Kollegiatkapitel zu St. Urs und Viktor herrührenden Pfründen werden auf die bisher übliche Weise besetzt.

i) Die Regierung von Solothurn wird unter den Besitzern dieser Pfründen die sie betreffende Zahl von Domkapitularen bezeichnen, worunter sich der von dieser gewählte Probst befinden wird.

k) Die eine Pfründe der nicht residirenden Domherrn des Kantons Aargau wird von dem Bischoffe an ein Mitglied der Kollegiatkapitel von Rheinfelden oder Zurzach, das Kantonsangehöriger ist, vergeben werden. Der zweite nicht residirende Domherr wird ebenfalls vom Bischoffe aus einer Wahlliste ernannt werden, welche das Domkapitel abfassen, und die aus 8 Geistlichen, welche Kantonsangehörige seyn sollen, bestehen wird, worunter sich immer ein Mitglied der Kollegiat-

kapitel von Rheinfelden oder Zurzach nämlich desjenigen dieser Kapitel befinden wird, welches nicht bereits einen nicht residirenden Domherrn hat.

Der residirende Domherr dieses Kantons wird vom Bischoffe aus einer durch das Domkapitel abgefassten aus 8 Kantonsgeistlichen bestehenden Wahlliste gewählt.

Alle diese Kandidaten müssen Angehörige und Einwohner des Kantons seyn; sie müssen zugleich die für Domherrn vorgeschriebenen Eigenschaften besitzen, oder der Bisthumsverwaltung im Kantone nützliche Dienste geleistet haben.

l) Der dem Kantone Zug vorbehaltene Domherr wird von der Regierung dieses Standes ernannt.

m) Für die Ernennung des Domherrn des Standes Thurgau wird die für die Domherren des Standes Bern bestimmte Weise beobachtet werden.

n) Der zum Domherrn Gewählte muss entweder Angehöriger des Kantons seyn, dem die Pfründe gehört, oder in demselben geistliche Verrichtungen versehen, und in diesen beiden Fällen die folgenden Eigenschaften besitzen: „Er muss Weltpriester seyn, eine mit Seelsorge verbundene Pfründe wenigstens 4 Jahre lang mit Eifer und Klugheit versehen haben, oder dem Bischoffe in der Verwaltung der Diözese oder der Seminarien behülflich gewesen seyn, oder sich als Professor der Theologie oder des kanonischen Rechts ausgezeichnet haben.

Die erste Ernennung des Domherrn ist dem heil. Vater vorbehalten.

§. 13. Dem gleichen Domherrn kann nicht mehr als eine Würde übertragen werden; die des Probsts und des Dekans können nicht durch Domherren des gleichen Kantons bekleidet werden.

Der Bischoff wird in die Hände der Abgeordneten der das Bisthum Basel bildenden Stände den folgenden Eid leisten:

Ich schwöre und gelobe auf das heil. Evangelium Treue und Gehorsam den Regierungen der Kantone, aus denen das Bisthum Basel besteht. Ueberdiess gelobe ich, weder in noch ausser der Schweiz ein Verständniss zu pflegen, an einem Rathschlage Theil zu nehmen, und eine verdächtige Verbindung zu unterhalten, welche die öffentliche Ruhe gefährden

könnten, und sollte ich je Kenntniss erhalten von einem dem Staate schädlichen Komplotte, sey es in meiner Diözese oder anderswo, so werde ich die Regierung davon in Kenntniss setzen.

§. 14. Es wird hier die feierliche Versicherung gegeben, dass, wenn früher oder später der Sitz des Bischoffs und des Domkapitels ausser die Stadt Solothurn verlegt werden sollte, alsdann das Stift zu St. Urs und Viktor wieder auf den gleichen Fuss werde hergestellt werden, auf dem es sich zur Zeit seiner Erhebung zum Domkapitel befunden hatte.

Am 12. März 1827 wurde das von den Kommissarien unterhandelte Konkordat von den Regierungen der Kantone Bern, Luzern, Aargau und Solothurn abgeschlossen. Die Cirkumskriptionsbulle selbst (oder die Bulle, durch welche das neue Bisthum konstituirt wird), sollte, nach der Versicherung des Internuntius, ehe sie publizirt würde, den Ständen zur Einsicht mitgetheilt werden, weil zu vermuthen war, dass sie mehr oder minder von dem Konkordate abweichen werde. Dieses bestimmte Versprechen[193]) nahm später der Internuntius wieder zurück, „weil sich Bullen, welche der Pabst stets aus eigner Machtvollkommenheit (motu proprio) erlasse, nicht zur Verhandlung in den grossen Räthen eignen"; diese souveränen Behörden sollten also einen Entwurf sanktioniren, in Absicht dessen es völlig ungewiss blieb, ob die Bulle selbst mit ihm übereinstimmen werde. Eine merkwürdige Ausflucht, womit der Nuntius die Nichterfüllung des frühern Versprechens zu entschuldigen suchte, war besonders von den „unschicklichen und zugleich empfindlichen" Zeitungsartikeln hergenommen, „über die man sich schon früher beschwert habe." Die Regierungen fügten sich auch in diese Anmassung.

Die Nuntiatur betrachtete nun die Bisthumsverhandlungen als beendigt, weil sie an der Annahme des Konkordates von den grossen Räthen nicht zweifelte; die Bulle, nebst der bedeutenden Kanzleitaxe für ihre Ausfertigung, war bereits angekündigt und sie wurde täglich erwartet. Damit die Wahl des

193) *Feer* l. l. Seite 6.

Bischoffs mit der Verkündigung der Bulle zusammenfallen möchte, war der hochbetagte Bischoff von Basel zu Offenburg bewogen worden, zu resigniren; zum bischöfflichen Vikar wurde der bisherige Luzernische Provikar *Salzmann*, mit der Aussicht auf die Bischoffsmütze, ernannt. An fernere Schwierigkeiten dachte Rom, nach der vielfach erprobten zahmen Willfährigkeit der Regierungen so wenig, dass der bisherige Internuntius *Gizzi* nach München versetzt, und dem Vikar einstweilen die Besorgung der Nuntiaturgeschäfte übertragen wurde. Ehe wir weiter gehen, wollen wir einige allgemein bekannte Züge zur Charakteristik dieses Mannes, der nun öffentliche Wichtigkeit erhielt, zusammenstellen.

Herr *Salzmann* war früher Professor der Syntax an dem Lyzeum zu Luzern; dann Professor der Dogmatik und Kirchengeschichte. Seine warme Anhänglichkeit an die Grundsätze der römischen Kirche erwarb ihm die Probstei des Stiftes zu Luzern, und später das Baselsche Provikariat. Mit thätigem Eifer nahm er an allen Unternehmungen der, früher sattsam geschilderten, römischen Partei zu Luzern Theil; er trat mit *Gügler* und *Widmer* gegen die Verbesserung des Lyzeums, gegen *Troxler* und *Ed. Pfyffer* auf; im Jahre 1827 überreichte er der Regierung ein, in dem Geiste absoluter Intoleranz abgefasstes Memorial gegen die Errichtung einer reformirten Kirche in Luzern; in demselben Jahre erliess er, wie wir oben erzählt haben, eine Beschwerde gegen das Neue Testament, die Stunden der Andacht und andere Bücher. An Talenten ist er nicht ausgezeichnet; er bedauerte, dass die Polizei dem Fürst *Hohenloh* verboten habe, Wunder zu thun[194]; bei dem Vortrage der Kirchengeschichte konnte er seine Zuhörer nie genug vor den Ketzern warnen. Uebrigens wird ein lenksames und verträgliches Gemüth, ohne Eigenwillen, an ihm gerühmt[195]) (so war auch der Generalvikar *Göldlin*). Das macht ihn um desto geschickter zum Bisthume unter der Suprematie der Nuntiatur in der Schweiz; hier bestimmt Rom für die letzte Würde Männer von

194) Siehe: *Troxlers* Geschichte des Lyzeums zu Luzern.

195) Siehe die Schilderungen im Schweizerboten 1829 und der N. Zürcher Zeitung.

Geist und Willenskraft, für die erste fügsame und ergebene Gemüther, damit die römische Kurie desto sicherer in diesem Lande herrschen möge.

Nach der Abreise des Internuntius traten auf einmal unvermuthete Schwierigkeiten ein. In der Sommersitzung des grossen Rathes vom Aargau (vom 5. bis 9. Juni) legte der Bürgermeister *Herzog* dieser Behörde das Konkordat zur Annahme vor. Diese gesetzgebende Versammlung indessen wollte über einen Entwurf, durch welchen die Rechte und Ehre des Kantons, so wie dessen ökonomische Verhältnisse, so sehr beeinträchtigt waren, keinen übereilten Beschluss fassen; sie suspendirte ihre Entscheidung und erklärte: „dass ihrer freien landesherrlichen Entschliessung über Annahme oder Nichtannahme des Konkordats auch durch die allfällige, inzwischen von Rom eintreffende Cirkumskriptionsbulle nicht vorgegriffen werden dürfe, sondern dass sie dieselbe aufs Feierlichste verwahrt wissen wolle.“ Zugleich wurden mehrere öffentliche Stimmen laut, in fremden Zeitblättern und den Zürcher Zeitungen — die übrigen in der Schweiz mussten noch schweigen — und warnten vor den Gefahren dieses Konkordats und den römischen Umtrieben seit 1813; das Konkordat selbst war dem Publikum noch gänzlich unbekannt. Rom änderte nun schnell den Plan seines Verfahrens. Die angekündigte Bulle wurde zurückbehalten; der gewandte Internuntius *Gizzi* kehrte ohne Verzug von München zurück und ersuchte die Kommissarien, alles anzuwenden, damit die Ratifikation des Vertrages durch die grossen Räthe bald möglichst zu Stande käme und die Bulle sofort erlassen werden könne. Die Freunde des Konkordats erkannten das Bedürfniss eines umsichtigen, auf die Verhältnisse in den verschiedenen Kantonen klug berechneten Verfahrens, um zuerst die minder schwierigen Zustimmungen zu erhalten und sich dann, vermittelst der Vorstellungen, wie wichtig und nothwendig eidgenössisches Zusammenhalten sey, auch die schwierigern zu sichern.

Das Konkordat musste nun dem grossen Rathe oder gesetzgebenden Körper zur Genehmigung vorgelegt werden. Es würde nicht so leicht gewesen seyn, die Zustimmung dieser höchsten Landesbehörden zu einem so nachtheiligen Vertrage zu

erhalten, wenn sie nicht durch die Gebrechen und Unvollkommenheiten der schweizerischen Verfassungen in einer Abhängigkeit von den Regierungen (oder kleinen Räthen) stünden, die einen kräftigen und erfolgreichen Widerstand gegen diese unmöglich macht. Die Tendenz zur Aristokratie, die — soll ich sagen wie ein Missgeschick oder wie ein politisches Laster? — durch die ganze neuere Geschichte schweizerischer Freistaaten zieht, und besonders seit 1813 sich wieder lebendig entwickelt, hat, während sie auf der einen Seite die Präsidialgewalten übermächtig und die Kollegien zu Bureaux der Regierungen machte, auf der andern die Befugnisse der grossen Räthe und ihre politische Bedeutung immer mehr geschmählert. Der Bürgermeister (oder Schultheiss) erdrückt mit seinem Willen jeden andern im Regierungskörper und überwiegt, durch Gesetz und Missbrauch, in manchen Kantonen weit die Gewalt eines konstitutionellen Fürsten; in den grossen Räthen aber herrschen die Regierungen; nur in wenigen Kantonen haben sich diese, ihrer Bestimmung, aber nicht der That nach, Repräsentanten des Volks, eine höhere politische Bedeutung bewahrt. In den aristokratischen Kantonen bilden sie nur die weiteren Kreise derjenigen Aristokratieen, die in den Regierungen ihre Centralpunkte haben[196].

196) Zur Erläuterung des Textes fügen wir noch Folgendes bei: Die wichtigsten gesetzlichen Gebrechen in den politischen Attributen und der Zusammensetzung der grossen Räthe aller — mit Ausnahme der demokratischen — Kantone, sind diese: 1) die ersten Anträge und Vorschläge (Initiative) zu Gesetzen und allgemeinen Einrichtungen gehen meistens, die Gutachten darüber, die jeder Diskussion zum Grunde gelegt werden, allein von den Regierungen aus. 2) Die grossen Räthe werden meistens erst zur Zeit ihrer Versammlung von den Gegenständen der Berathung und den nöthigen Akten und Papieren in Kenntniss gesetzt. Da nun die Regierungen, wie früher bemerkt, ihre Verwaltung geheim halten und die grossen Räthe nur wissen lassen, was sie wollen; so ist die Einsicht der letzteren in den ganzen Umfang und die einzelnen Beziehungen der Gegenstände der Berathung in der Regel höchst unvollkommen. Die weisen Einrichtungen der alten Freistaaten und der Nordamerikaner, in dieser Hinsicht, sind in der Schweiz unbekannt. 3) Die Versammlungen sind zu selten und die Dauer der Sitzungen — die meistens nur wenige Tage einnehmen — zu kurz. 4) Die Regierungen nehmen an den Berathungen der grossen Räthe nicht etwa durch Kommissarien, wie in den teutschen Staaten bei den Landständen der Fall ist, Antheil, sondern sie bilden selbst einen integrirenden Theil des grossen Rathes, und der Bürgermeister führt den Vorsitz. In seinen Händen liegt auch der

Dem grossen Rathe des Kantons Zug wurde zuerst das Konkordat zur Genehmigung vorgelegt, wiewohl dieser Stand in Folge der uneidgenössischen Verhandlungsweise, welche die grösseren Kantone seit 1818 angenommen hatten, zur Entwerfung dieser Uebereinkunft durchaus nicht zugezogen war. Die Gebrechen derselben konnten den aufgeklärten und hellsehenden Staatsmännern, die, wie unsere Geschichte zeigt, sich nie in dieser Sache von Vorurtheilen hatten leiten lassen, nicht entgehen; aber dieser Stand war seit der Trennung der Diözesankantone im Jahre 1818 in eine beengende Lage gerathen. Er hatte die Wahl, sich entweder an Chur anzuschliessen, wie Schwyz, oder anzunehmen, was die grössern Kantone boten, seitdem diese sich allein die Stimme über die kirchlichen Interessen ihres Vaterlandes angemasst hatten. Er zog das letztere vor, um so mehr, da er nur einen nicht residirenden Domherrn mit 300 Franken zu entschädigen hatte und von seinem aus dem Konstanz. Diözesanfond bezogenen Antheile noch ein Ersparniss zurücklegen konnte.

Auf Zug liess man Solothurn folgen. Am 26. und 27. Nov (1827) war der grosse Rath für diese Angelegenheit versammelt. Die Bemühungen der zahlreichen Freunde des Konkordats in diesem Kantone, so wie der verführerische Gedanke an die Ehre des Bisthumssitzes, welche Solothurn zu Theil werden sollte, liessen an dem Gelingen keinen Zweifel übrig.

ganze Geschäftsgang; er kann Materien, deren gründliche Diskussion er scheut, bis zu Ende der Sitzung verschieben, was denn auch häufig geschieht. Unter diesen Umständen muss in einer Versammlung, welche grösstentheils aus Bürgern und Landleuten besteht, denen es an Geschäftskenntniss, Staatskunde und Muth zu reden gebricht, der Wille der Regierung, nicht der Wunsch des Landes, entscheiden. Denn mit dem Lande und der Gesammtmasse der Bürger hängen diese Repräsentanten durch äusserst wenig Bande zusammen. Um von der Wahlart und ihrer Zusammensetzung zu schweigen, sind sie fast aller Einwirkung ihrer Kommittenten auf ihre Ansichten entrückt; ihre Berathungen sind nicht öffentlich, sondern geheim, und dürfen nur in wenig Kantonen durch den Druck bekannt gemacht werden; die Intelligenz der gebildeten Klassen, die Kraft der öffentlichen Meinung und Publizität — diese nothwendige Basis jeder freien Repräsentation — reicht nicht in diese geheimnissvollen Rathsstuben; selbst an einem geordneten Petitionsrechte der Bürger fehlt es. So viel von den legitimen Gebrechen dieser Institution; von dem ungesetzlichen Einflusse der Bürgermeister schweigen wir, weil jeder erfahrene Leser aus der Geschichte das Verfahren ganzer und halber Aristokraten kennt.

Auch hatte die Regierung gesorgt, dass erst jetzt die grossen Räthe mit den Akten, deren Durchlesung allein viele Tage erforderte, bekannt wurden. Gleichwohl zeigte sich eine bedeutende Opposition. Von 101 Mitgliedern der Versammlung waren nur 67 erschienen; die übrigen waren grösstentheils aus dem Grunde weggeblieben, weil sie aus Ueberzeugung von dessen Nachtheilen, diesem Vertrage ihre Zustimmung nicht geben und aus furchtsamen Rücksichten dessen Verwerfung nicht aussprechen wollten. Der Antrag, dass eine aus der Mitte des grossen Rathes gebildete Kommission den Entwurf nach Durchsicht der Akten reiflich prüfen und in einer künftigen Sitzung ein Gutachten abstatten sollte, wurde, so einleuchtend auch die Nothwendigkeit dieses Verfahrens war, durch die Mehrheit beseitigt. Am zweiten Tage dauerte die Diskussion über den Entwurf neun Stunden; der stärkste Widerspruch gegen dessen Annahme kam von denen, welchen am meisten ein gültiges Urtheil zugetraut werden durfte, den Mitgliedern Der Gerichtshöfe — ein höchst beachtenswerther Umstand! Der Vortrag des Advokaten *Reinert* zeichnete sich am meisten durch Schärfe und Gründlichkeit aus. Die Gemüther der Landleute waren leicht fortzureissen. Mit 44 Stimmen gegen 23 wurde zuletzt der Entwurf angenommen und sanktionirt, jedoch unter folgenden Bedingungen:

1) „Dass die sämmtlichen betheiligten Diözesanstände denselben gleichfalls annehmen; 2) dass der Regierung die Einwilligung (placitum regium) zur Auskündigung der päbstlichen Bulle und Breves vorbehalten bleibe; 3) dass für die bedeutenden Kosten, welche aus der neuen Bisthumseinrichtung für Solothurn entstehen, weder der Staat noch die Stadt in Anspruch genommen, sondern diese aus dem Konstanzischen Diözesanfond und durch Beiträge der Klöster und Stifter bestritten werden sollten. Die Nuntiatur trug durch ihren Einfluss auf die Klöster, die in der ganzen Schweiz allein unter der Nuntiatur stehen, ungesäumt Sorge, dass von dieser Seite kein Hinderniss sich aufwerfen möchte; das Stift Schönewerth, das Kloster Marienstein und andere boten der Regierung bedeutende jährliche Zuschüsse an. Auf den Antrag der Regierung an die Nuntiatur, dass ihr vergönnt seyn möge, das Kapital, welches

sie 1803 von einem gewissen *Rumpler* im Elsass „zur Beförderung der Rückkehr der Jesuiten" angenommen hatte, wie wir früher erzählt haben, zu Bisthumszwecken zu verwenden, erfolgte die Antwort, dass dies nur dann geschehen könne, wenn den Jesuiten die Leitung des Priesterseminars übergeben würde. Aus dieser deutlichen Erklärung und den schon früher ausgesprochenen Ansichten der Regierung haben wir oben den Schluss gezogen, dass die Väter Jesu in Kurzem in Solothurn einziehen würden. Alle freisinnigen Männer in Solothurn und im Aargau wurden mit düstern Besorgnissen erfüllt, die in den Aarauer und Zürcher Zeitungen in bittern Klagen über das Konkordat niedergelegt wurden. Zu gleicher Zeit stimmten die Ultrablätter der Schweiz wieder die alten Lobpreisungen der Söhne *Loyolas* an, als wollten sie den neuen Triumph über die intellektuelle Kultur dieses Landes durch ihren Sirenengesang beschleunigen. Die Regierung indessen legte klug die Sache vor der Hand bei Seite, damit nicht das ganze Bisthumsgeschäft gefährdet werden möchte.

Am 21. December wurde das Konkordat dem grossen Rathe von Bern vorgelegt; die Regierung bot Alles auf, um ihren Plan durchzusetzen. Vorzüglich galt es, eine reifliche Prüfung der Sache zu verhindern. Es gelang ihr, für die Beseitigung des wichtigen Vorschlags, von dem Alles abhing, die Entscheidung bis in den Februar des nächsten Jahres aufzuschieben, eine Majorität zusammenzubringen. Zugleich wurde dem Redakteur der Bernischen Zeitung der „Schweizerfreund", der nie vergisst zu erzählen, wenn eine Lavine ihre gewohnte Bahn verfehlt, eingeschärft, von dieser hochwichtigen Angelegenheit nicht ein Wort zu erwähnen. Ohne dass eine Kommission zur Berichterstattung vom grossen Rathe ernannt wurde, trat am zweiten Tage (22. Dcbr.) die Diskussion ein. Die Regierung empfahl das Konkordat aus denselben Gründen, die wir bei der Verhandlung dieser Sache in Luzern finden werden; die Opposition, die auch hier von dem kenntnissreichsten Theile des grossen Rathes ausging, war höchst lebhaft und die Debatten nahmen den grössten Theil des Tages ein. Am meisten wurden der Entwurf und der Langenthaler Vertrag wegen

der unvollkommnen Trennung der kirchlichen und Staatsgewalt angegriffen; man vermisste eine bestimmte Verwahrung der ersten landesherrlichen Rechte, wie des Placiti regii für alle Verfügungen der geistlichen Behörde, der Staatskonkurrenz bei allen Anordnungen, die nicht Glaubenssachen betreffen, des Rechtes, die Offizialität auf rein geistliche Dinge zu beschränken u. s. w. So selten sich der grosse Rath von der Regierung in Bern trennt, so zeigte sich dennoch bei der Abstimmung eine Opposition von 80 Voten gegen 104, welche das Konkordat und den Langenthaler Vertrag annahmen. Es ist kein Zweifel, dass beide wären verworfen worden, wenn der Vorschlag zur Verschiebung durchgegangen wäre. Das Konkordat wurde unter Vorbehalt des placiti regii bei der Auskündigung der Bulle, und dass die in den vertraulichen Noten der Nuntiatur enthaltenen Versprechungen gleichfalls erfüllt würden, genehmigt. Auch sprach sich Bern bei dieser Ratifikation dahin aus, dass nicht alle in dem Kantone domiziliirten Katholiken, sondern nur die ehemaligen bischöfflich Baselschen Länder, die durch den Wiener Kongress mit Bern vereinigt wurden, zu diesem Bisthume gehören sollten. Noch hatte sich Bern die Stiftung eines eigenen unter seinem Einflusse stehenden Priesterseminars bei den Verhandlungen vorbehalten.

Wir dürfen hier einige eigenthümliche Beziehungen in der Stellung Berns nicht unbeachtet lassen, welche das ernstliche Bestreben der Regierung, das Konkordat zu einem glücklichen Ziele zu führen, und ihre Nachsicht mit seinen Mängeln erklären. Bern besitzt in seinem Gebiete kein Patronatrecht katholisch-kirchlicher Stellen, in Folge eigenthümlicher historischer Verhältnisse. Sobald es also aus andern Gründen auf die unmittelbare Kollatur seiner Domherrn verzichtete, blieb keine mittelbare (Verknüpfung jener Würde mit Pfründen, die der Staat vergiebt,) übrig; und so wurde es auf den geringen Einfluss auf die Wahl der Domherrn beschränkt, wie ihn das Konkordat §. 12. vestsetzt.

Ferner: Bern hat den reformirten, wie Solothurn und Luzern den katholischen Glauben zur Staatsreligion erhoben. Zu welchen Konzessionen es sich also verstand, blieb es doch in seiner kirchlichen Stellung als Staat unverändert und hatte

nicht die Kollisionen und Missverhältnisse einer paritätischen Regierung, die aus gleichberechtigten katholischen und reformirten Glaubensgenossen besteht, und die durch ein fehlerhaftes Konkordat die ganze Staatslage verändert sieht, zu besorgen. Endlich war der Stand Bern zur Herstellung des Bisthums Basel laut der Wiener Kongresserklärung[197]) verpflichtet, und da er sich durch die beibehaltene Grundsteuer, welche als Ersatz der Zehnten und Domanialeinkünfte des ehemaligen Fürstbischoffs eingeführt ward, für die Erfüllung jener Verbindlichkeit im Voraus entschädigt fand; so war die Vereinigung mit andern Diözesanständen, auch unter den schlechtesten Bedingungen, für Bern immer noch eine ökonomische Erleichterung derjenigen Beschwerde, welche ohne diese Vereinigung dieser Stand allein hätte tragen müssen[198]). Durch diese Verhältnisse unterschied sich die Lage Berns wesentlich von der des Kantons Aargau, und sie waren hinreichend, die Regierung, sobald sie Motiven des Interesse folgte, viel zu schwach aber, wenn sie das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes im Auge hatte, zur Annahme des Konkordats zu bestimmen.

Am 28. December wurde das Konkordat dem grossen Rathe in Luzern vorgelegt. Der Vortrag des Schultheissen *Amrhyn* war ein getreuer Ausdruck der, aus Irrthum, Schwäche und Despondenz erzeugten Ansichten der Regierungen und Kommissarien über diesen Vertrag, die wir oben hinlänglich charakterisirt haben, und die vor den Versammlungen der grossen Räthe aller betheiligten Stände, auf gleiche Weise in den Regierungsvorträgen, als „weise Politik" gerühmt wurden. Der grosse Rath setzte eine Kommission von sieben Mitgliedern nieder, welche Tags darauf, den 29. Dcbr., über diesen, zum erstenmal dem souveränen Rathe vorgelegten, Gegenstand Bericht erstattete. Alle Mitglieder der Kommission bis auf Eins, Dr. *Kasimir Pfyffer*, riethen, dem Vertrage, so unvortheilhaft er

197) Siehe: §. 6. des Art. 4. dieser Akte vom 20. März 1815 und Art. 1, 2, 3 und 23 der Vereinigungsurkunde des ehemaligen Bisthums Basel mit dem Kantone Bern vom 14. Dcbr. 1815.

198) Diese Punkte hat *Feer* l. l. pag. 38 und 71, entwickelt und somit einige faule Flecken in der Politik Berns enthüllt.

auch für den Staat sey, dennoch, in Betracht, dass kein besserer zu erhalten sey und um aus dem ewigen fatalen Provisorium herauszutreten, die Genehmigung zu ertheilen. In der darauf folgenden Diskussion fand derselbe nur von Seiten des gedachten Mitgliedes einen ernsthaften Widerstand; die Beleuchtung dieses ausgezeichneten Rechtsgelehrten gehört unter die gründlichsten und allseitigsten Prüfungen, welche diesem wichtigen Gegenstande, im ganzen Laufe der Verhandlungen darüber in der Schweiz, zu Theil wurden[199]). Zuerst bedauerte der Redner die Losreissung der Schweiz von Konstanz, einem Bisthume, durch welches seit Jahrhunderten die Verhältnisse der Staats- und Kirchengewalt und dieser zu Rom geordnet worden wären; durch jene Trennung seyen alle Verhältnisse unbestimmt, und die Absicht, die Schweiz in grössere Abhängigkeit von Rom zu setzen, erreicht worden. Sodann durchging er mit einer scharfen Kritik die einzelnen Punkte des Konkordats, den kaum nennenswerthen, von einem unverbürgten Versprechen abhängenden Einfluss der Regierungen auf die Bischoffswahl; die fatalen Bestimmungen über die erste Bildung des Domkapitels; den Mangel aller Vestsetzungen über die Wiederbesetzung des Bischoffssitzes im Falle der Erledigung desselben durch Absterben; die bedenkliche Zerstörung des Metropolitanverbandes; die, gegen alle Staatsmaximen alter Zeit laufende, Stipulation, die Dotation in Liegenschaften anzuweisen; den unterlassenen Vorbehalt der Rechte und Freiheiten der Eidgenossen in Kirchensachen. Der Redner deutete bei diesem Punkte weissagend auf die Kämpfe hin, die sich in Zukunft wieder über diese Rechte erheben würden und schloss mit scharfen Bemerkungen über das päbstliche Schreiben vom 29. Heumonat 1815 und das was Rom unter den Kirchenfreiheiten der Schweizer verstehe[200]).

199) Das Wesentliche derselben siehe in der neuen Zürcher Zeitung vom 19. Jan. 1828.

200) Siehe unsere Erzählung im 2ten Abschnitte Seite 516. Ueber das Einzelne dieser Kritik mehr weiter unten, wo wir, um Wiederholungen zu vermeiden, die Hauptgründe gegen das Konkordat zusammenstellen werden.

Darauf suchte der Schultheiss *Amrhyn* die Bedenklichkeiten zu beseitigen; die hässlichsten Blössen, die enthüllt worden waren übergehend, die übrigen Flecken, wo es möglich war, mit dem Lappenwerke der vertraulichen Noten bedeckend, in welchen das (oben erwähnte) Exhortationsbreve, die Wiederbesetzung des Bischoffssitzes im Falle der Erledigung, innerhalb drei Monaten, und die Nichtausführung der Stipulation über die Liegenschaften versprochen worden sey. Dann zog er den verzweifelten Schluss, dass mit Hinblick auf diese Noten das Konkordat so vortheilhaft sey, als irgend eines, das bis dahin geschlossen worden wäre.

Der grosse Rath, beinahe einstimmig in dem Urtheile, dass der Staat in diesem Konkordate schlecht berathen, dass aber kein vortheilhafteres zu erhalten sey, ertheilte ihm darauf, mit Ausschluss des Dr. *Kas. Pfyffer*, die Genehmigung und, indem er zugleich den Langenthaler Vertrag und Nebenvertrag ratifizirte und sich die Erfüllung der Noten, mit welchen der Herr Schultheiss sich vertheidigt hatte, vorbehielt, hoffte er mit diesen armseligen Fragmenten sich gegen die gewaltigen Waffen, die er in jenem Paktum Rom in die Hände gab, schützen zu können.

Es scheint unbegreiflich, wie der grosse Rath dieses Kantons, der trotz der Mängel seiner Zusammensetzung in dieser Aristokratie sich dennoch besonders seit den letzten Jahren eben so durch die bedeutende, als der tägliche Rath (Regierung) durch die geringe, Zahl aufgeklärter Mitglieder auszeichnet, dieses Konkordat bei der allgemeinen Ueberzeugung von dessen Nachtheilen genehmigen konnte. Diese Unbegreiflichkeit verschwindet durch unsere frühern Bemerkungen über die Plane der liberalen Partei in Luzern. Da man den Bischoffsstuhl, aus Furcht vor den Giftpflanzen, die in seinem Schatten aufkeimen möchten, aus dem Kantone entfernen und aus nachbarlichem Sinne, den Solothurnern zuschieben wollte; so eilte man ein Konkordat zu ratifiziren, das wenigstens vor diesem Uebel sicher stellte; die Anstrengungen des Klerus und seiner Anhänger für die Verpflanzung des Bischoffssitzes nach Luzern besorgend, wenn jener Vertrag vereitelt würde und nicht bedenkend, zu welcher Sisyphus Arbeit man sich für die Zukunft verdammte, wie Dr. *Kas. Pfyffer*, von einem höhern Standpunkte,

als dem der momentanen Befangenheit für ein Lieblingsprojekt, die Sache betrachtend, prophetisch vorausgesagt hatte.

Der paritätische Kanton Thurgau entschied diesen Gegenstand am 9ten Januar 1828 ohne bedeutende Debatten. Dieser Kanton befand sich in einer ähnlichen beengten Lage, wie der Kanton Zug. Ausserdem wurde die ganze Angelegenheit, nach einer irrigen Ansicht des reformirten Theiles des grossen Rathes, als reinkonfessionell betrachtet und man wollte den katholischen Mitgliedern einen Beweis löblicher Toleranz geben. Da in diesem Kantone das Kirchen- und Schulwesen beider Konfessionen einer Trennung unterliegt, die gar nicht statt findet im Aargau; so fühlte man nicht in dem Grade, wie hier, die hohe Wichtigkeit dieser Sache in staatsrechtlicher Hinsicht. Das Konkordat wurde ratifizirt mit der doppelten Voraussetzung, erstens: dass die päbstliche Bulle nicht von dieser Konvention abweiche; zweitens: dass es von allen Kantonen, welche das neue Bisthum bilden sollen, angenommen würde.

Wir haben gesehen, wie die Regierungen der bisher aufgeführten Stände, ausser den, allen gemeinsamen Ansichten über dieses Konkordat, noch durch besondere, jeder derselben eigenthümliche Beweggründe bestimmt wurden, ihm die Genehmigung zu verschaffen. Die Regierung des Kantons Aargau dagegen theilte früher weder jene gemeinsamen Ansichten — denn bis zur Luzerner Konferenz im Jahre 1826 war sie entschieden diesem Entwurfe abgeneigt — noch hatte sie irgend einen besondern Grund in den Verhältnissen des Kantons, die Genehmigung, wohl aber die triftigsten Ursachen, wie die Folge zeigen wird, die Verwerfung desselben zu wünschen. Gleichwohl betrat die Regierung dieselbe Bahn, wie die der andern Kantone; zur Lössung dieses Räthsels haben wir oben die Vermuthung, die sich unwiderstehlich aufdrängt, ausgesprochen, dass persönliche Gründe im Spiele gewesen seyen.

Der Plan der Regierung, ihre Absichten im grossen Rathe durchzusetzen, war sehr klug angelegt, und sie scheint des Erfolges so gewiss gewesen zu seyn, dass eines der Häupter dieses Standes, nach einer allgemeinen Sage, den Ständen Bern und Luzern versprochen hatte, für die Annahme des Konkordats in Aarau zu stehen.

In der Sitzung des grossen Rathes, die vom 17. bis 21. December dauerte, trug die Regierung erst am 19. December dem grossen Rathe einen weitläufigen Bericht über den dermaligen Stand der Bisthumsangelegenheiten vor und stellte dann folgende Schlussanträge: der grosse Rath möge dem kleinen Rathe (der Regierung) die Vollmacht ertheilen, das Konkordat und den Langenthaler Haupt- und Nebenvertrag für diejenigen Punkte, die nicht in das Konkordat seither aufgenommen oder durch dasselbe abgeändert oder in andern Konferenzprotokollen modifizirt worden seyen, für den Stand Aargau zu ratifiziren; jedoch unter der Bedingung und mit dem Vorbehalte, dass die Unmöglichkeit einer Dotation in Liegenschaften für den Kanton bestimmt ausgesprochen; dass der Beitritt des Kantons durch die wirkliche Erlassung des Exhortationsbreve und die Uebereinstimmung der Bulle mit dem Konkordate in allen wesentlichen Punkten bedingt; und dass für die Publikation der Umschreibungsbulle das landesherrliche Placet vorbehalten werde. Durch diese scheinbar bedeutsamen Vorbehalte hoffte man die Gegner zu beschwichtigen. Der grosse Rath beschloss, eine Kommission zur Abstattung eines Berichtes zu ernennen. Unglücklicherweise wurde die Wahl der Kommission dem Präsidium (Bürgermeister) und dem Büreau überlassen — eine Wahlart die zwar gewöhnlich, aber nicht nothwendig ist, indem der grosse Rath selbst die Kommissionen in allen Fällen ernennen kann. Später bedauerte der grosse Rath diesen Schritt; denn die Kommission wurde aus 5 katholischen und 2 reformirten Mitgliedern zusammengesetzt, deren Ansichten über das Konkordat — die Anhänglichkeit der erstern für und die Abneigung der letztern gegen dasselbe — damals schon allgemein bekannt waren, so dass man voraussah, es werde sich eine katholische Majorität einer reformirten Minorität gegenüber ergeben müssen. Den Vorsitz der Kommission führte der Regierungsrath *Reding*, welcher, wie erzählt worden, als Kommissar Unterhändler des Konkordats (1826) in Luzern gewesen; dann Berichterstatter in derselben Sache bei der Regierung; Unterhändler in derselben Sache bei der Nuntiatur (1827) in Luzern; Verfasser des Berichtes der Regierung an den grossen Rath; und nun

Mitglied, und Referent der zur Prüfung dieses Berichtes ernannten Kommission; mithin immer Richter in eigner Sache, Lobhudler eigner Verdienste, aber in dem Kreise, in dem es sich um seine Person drehte, nie eine unbefangene Würdigung der Sache.

Diese Kommission erhielt den Auftrag, wenn immer möglich, noch in der gegenwärtigen Sitzung, die eben zu Ende ging, ihren Bericht abzustatten. Die Wichtigkeit der Sache indessen und der Furcht erregende Stoss Akten bestimmte die Majorität derselben, am folgenden Tage, zur Erklärung, dass die Erfüllung jenes Auftrages in gegenwärtiger Sitzung unmöglich sey. Der grosse Rath beschloss darauf, die Entscheidung über die Anträge der Regierung bis die Kommission im Stande sey, ihr Gutachten abzulegen, zu vertagen; in der Zwischenzeit sollen sämmtliche Akten und Berichte in dieser Angelegenheit in einem eignen Zimmer des Regierungsgebäudes zur Einsicht aller Rathsherrn bereit liegen. Einen wichtigen Antrag der Minorität der Kommission, das Konkordat und den Langenthaler Vertrag besonders drucken zu lassen, wiewohl nur zum Gebrauch der Mitglieder des grossen Rathes, beseitigte die Regierung glücklich, wiewohl mit genauer Noth.

Durch diesen Verlauf der Sache im grossen Rathe war die Erfüllung der Regierungsabsichten zweifelhaft geworden, wiewohl noch nicht alle Hoffnung des Gelingens verloren war, hätte sie nur diesen Gegenstand in seinem bisherigen Dunkel erhalten können. Allein die Zwischenzeit von dieser Sitzung bis zur nächsten wurde von der Gegenpartei bestens benutzt, um die Mitglieder des grossen Rathes über die Gebrechen des Konkordats so viel als möglich aufzuklären. Diese Uebereinkunft wurde zuerst in einer teutschen Zeitung (dem Hesperus) und dann in den Zürcher Zeitungen zum Drucke befördert. In diesen erschienen die Kritiken über das Konkordat in den Rathssitzungen in Bern und Luzern und besondere Beleuchtungen desselben in Bezug auf das Aargau; auch wurde eine eigne Schrift, die gründliche Erörterungen enthielt, betitelt: „Stimmen über das Konkordat" im Publikum verbreitet. Zwei Punkte wurden in diesen öffentlichen Beleuchtungen vorzüglich klar und eindringlich zur Sprache gebracht; wir finden uns um so

mehr bewogen, sie hier in Kürze zu berühren, da sie auf eigenthümliche Verhältnisse des Kantons Aargau Bezug haben.

Der eine betrifft die paritätische Verfassung des Aargaus, die hier strenger durchgeführt ist, als in allen andern paritätischen Kantonen. Die 80,000 Reformirten und 70,000 Katholiken geniessen nicht nur die vollkommenste Rechtsgleichheit, sondern bilden auch, nach Art der kleinern Staaten Teutschlands, eine untheilbare Einheit in der Verwaltung des Staats. Eine Absonderung von Sektionen (itio in partes) nach dem Glauben (z. B. im Schulwesen, so wie in den östlichen Kantonen Thurgau und St. Gallen, wo jedem Konfessionstheile die Besorgung seines Kirchen- und Schulwesens überlassen ist) findet nirgends statt. Ja, da alles, was Kirche und Glaubenssachen und nicht zeitliche Verhältnisse betrifft, auf katholischer Seite doch einer eignen geistlichen Behörde, der bischöfflichen Kurie, überwiesen wird, so stehen die Reformirten fast im Nachtheile, da die Leitung ihres gesammten Kirchenwesens, so wie der ganzen öffentlichen Erziehung von der Regierung abhängt, deren Mitglieder, Katholiken und Reformirte, ohne Rücksicht auf den Glauben, in diesen Zweigen der Verwaltung, wie in allen andern, gleiche Stimme haben. Diese Gestaltung der Staatsverhältnisse, ohne alle Rücksicht auf den Glauben, ohnstreitig an sich der Idee des Staats und den Grundsätzen der Humanität am angemessensten und am meisten geeignet, vaterländischen Sinn zu nähren, werde jedoch, sagte man, zum furchtbarsten und zerstörendsten Uebel, sobald ein antiparitätischer und unbürgerlicher Geist die eine Religionspartei ergreife, weil diese, vermöge des Staatsgrundgesetzes an der Entscheidung der heiligsten Interessen der andern Religionspartei Antheil nehmend, sie überall zu gefährden drohe. Dieses Uebel sey im Anzuge; ein finsterer Geist schleiche schon seit Jahren in der Eidgenossenschaft einher — hier deutete man auf die jüngsten Ausbrüche ultramontanischer Unduldsamkeit, Verweigerung paritätischer Ehen, Abweisung katholischer Kandidaten des Aargaus, die in Teutschland studirt, die Verfolgungen der Bibel u. s. w.; den Geist der Eintracht und Harmonie unter den beiden Konfessionen, der unter *Wessenbergs* mildem Hirtenstabe aufgeblüht, drohe der Dämon des Papismus, welchem das Konkordat recht

eigentlich Sitz und Stimme in der Eidgenossenschaft zu geben bestimmt sey, gänzlich zu verscheuchen. Ja, das paritätische Grundgesetz des Aargaus sey bereits durch das, in dem Konkordate verweigerte, Recht, die Domherrn zu ernennen, weil die Regierung unter ihren Mitgliedern auch Reformirte zähle, auf das Schnödeste verletzt [201]).

Der andere Punkt bezieht sich auf das Frickthal, diesen bedeutenden Theil des Aargaus, mit etwa 25,000 Einwohnern kathol. Konfession. Dieses Ländchen wurde durch den Lüneviller Frieden mit der Schweiz vereinigt (1801); erst da trat es aus dem östreichischen Staatsverbande. Laut staatsrechtlicher Grundsätze, die in einem appellations-gerichtlichen Urtheile vom 10. Januar 1821 anerkannt wurden, bilden die östreichischen Gesetze, die bis zu jenem Zeitpunkte (1801) erlassen wurden, mithin die ganze kirchliche Gesetzgebung *Josephs II.*, das positive, noch in Kraft bestehende, Recht dieses Ländchens. Die weisen und humanen Einrichtungen nach den Grundsätzen jenes aufgeklärten Kaisers — klagte man — sollen nun dem Frickthale geraubt und von neuem geistliche Usurpationen und geistliches Gericht eingeführt werden [202]).

Durch diese vielfachen Beleuchtungen war über die Finsterniss, in welcher das Konkordat gebohren war, und über die, welche es gebähren sollte, hinlängliches Licht verbreitet worden und die fernern Verhandlungen im Aargau nahmen desshalb eine eigenthümliche höchst interessante Wendung.

Als die zur Begutachtung der Regierungsanträge niedergesetzte Kommission ihren Bericht beendigt hatte, berief die Regierung den grossen Rath auf den 13. Februar 1828. Nie, seit dem Versuche Berns im Jahre 1814, die politische Selbstständigkeit der Aargauer zu vernichten, hatte sich eine so tiefe und allgemeine Aufregung der Gemüther offenbart, als in jenen Tagen, wo über ihre geistige Selbstständigkeit gesprochen wurde. Von 150 Mitgliedern des grossen Rathes fehlten nur wenige, durch die dringendsten Ursachen abgehalten. Die Kom-

201) Siehe: Stimmen über das Konkordat; Zürcher Monatschronik Januar 1828; auch *Feer* über das Bisthum Basel.

202) Siehe: die eben angeführten Schriften und *Feer* l. l. S. 62.

mission hatte sich scharf in eine katholische Mehrheit und reformirte Minderheit geschieden. Jene, den Regierungsrath *Reding* an ihrer Spitze, trug ein, von diesem abgefasstes, weitläufiges Gutachten vor, das mit dem im December (1827) vorgetragenen und von demselben Verfasser entworfenen Regierungsberichte natürlich übereinstimmte und darauf antrug, die Vorschläge der Regierung zu genehmigen. Nur in wenigen Nebenpunkten wich dieses Gutachten ab, deren wichtigster der Antrag war „dass noch alle jene verschiedenartigen und zerstreuten Artikel des Langenthaler Vertrags durch spätere Unterhandlungen in einen Gesammtvertrag sollten redigirt werden" — ein Antrag, der den Gegnern Anlass zu den bittersten Sarkasmen gab, indem in diesem Nebengutachten eingestanden war, dass ein Vertrag erst redigirt werden müsse, d. h. noch nicht existire, zu dessen Ratifikation, als existire er schon, nach dem Hauptgutachten doch der Regierung die Vollmacht ertheilt werden solle. Die Minorität, aus den Rechtsgelehrten *Bertschinger* und *Feer* bestehend, hatte ihre abweichende Meinung in einer eignen, von dem letztern geschriebenen Schrift niedergelegt, welche klar, gedrängt und in der scharfen Sprache unverhüllter Wahrheit abgefasst, und an die Mitglieder des grossen Raths vertheilt worden war. Der Schlussantrag der Minorität ging dahin: 1) Es sey der Regierung die verlangte Vollmacht nicht zu ertheilen; dagegen sey 2) die Bereitwilligkeit zu erklären, durch fortgesetzte Unterhandlungen mit den Diözesanständen eine gemeinschaftliche Bisthumseinrichtung zu erzielen; zu dem Ende sey der grosse Rath, wenn es die Regierung verlange, bereit, sich vorher noch über die Grundlagen auszusprechen, auf welche hin allein er künftig geneigt sey, einer Uebereinkunft seine Genehmigung zu ertheilen, welche letztere er auf jeden Fall sich wiederholt und förmlich vorbehalte. Nach einem lebhaften Angriffe der Minderheit der Kommission gegen die Mehrheit, indem sie ihr den schweren aber gegründeten Vorwurf machte, dass sie ihre Meinung, in ihrem Gutachten falsch dargestellt habe [203]) und nach einer eben so lebhaften Vertheidigung wurde die Sitzung geschlossen.

203) Vergleiche unsere Bemerkungen über die Natur der grossen Räthe.

Der folgende Tag bot eins der interessantesten Schauspiele von geistiger Kraft und Energie dar, deren eine kleine Republik nur fähig ist; ein tiefer Ernst, eine hochherzige Wegsetzung über jede andere Rücksicht als die der Heiligkeit des Gesetzes, ein mächtiges Ringen nach dem Siege, wie es nur aus der innigsten Ueberzeugung von dem hohen Werthe des Kampfpreises hervorgehen konnte, beseelte alle Mitglieder; es war, als wenn alle die Stimme des Vaterlandes vernommen hätten, das seine Wächter gegen eine dringende Gefahr um Hülfe ruft. Von neun Uhr Morgens bis Abends acht Uhr dauerten die Debatten, die zwar lebhaft, aber stets mit Würde und Anstand geführt wurden; nur in den Reden der Regierungsmitglieder offenbarte sich eine gereizte Stimmung über die wachsende Macht einer Opposition, an deren Bewältigung man verzweifelte. Für das Konkordat sprachen nur die Herrn *Reding*, *Jehle*, *Kunz* und *Friederich*, von denen die zwei erstern Mitglieder der Kommission und nur Einer kein Regierungsrath war; gegen dasselbe vier Katholiken, unter denen sich besonders die Männer des Frickthales auszeichneten, und fünf Reformirte, am gründlichsten unter diesen Dr. *Feer*. Die letztern waren von ihren katholischen Mitbrüdern, die Anfangs allein den Kampf gegen das Konkordat führten, ausdrücklich aufgefordert worden, ihre Stimme zu erheben, da es sich hier um keine Glaubenssache, sondern um eine rein vaterländische handle.

So anziehend es wäre, diese Debatten im Einzelnen zu zergliedern, so müssen wir doch diese interessante Analyse aus Mangel an Raum hier übergehen; wir bemerken nur: dass alle Redner der Opposition mit Bedauern die Losreissung der Schweiz von Konstanz erwähnten, mit Dankbarkeit bei dem vielen Guten verweilten, das die Schweiz *Dalbergs* und *Wessenbergs* Grundsätzen schuldig sey, den Widerstand der Regierung des Aargaus gegen jene Trennung bis 1826 rühmten und ihre Gesinnungsänderung seit jener Epoche beklagten, mit banger Besorgniss, bei den jetzt waltenden Principien, der Zukunft gedachten; endlich dass sie alle diese Verhandlungen, als Staatsinteressen, nicht als Gewissenssache betreffend, betrachteten, während die Redner von der andern Seite häufig in das letztere Gebiet übergingen.

Als man nach dem Schlusse der Debatten zur Abstimmung schritt, traten wenige Mitglieder für den Antrag der Majorität der Kommission — also für die Regierungsanträge auf; für den Antrag der Minorität der Kommission erhob sich der grosse Rath in Masse. Als er den Versammlungssaal verliess, sprach ein Mitglied desselben die bedeutungsschweren Worte aus: Die Ehre des Kantons ist gerettet.

Der Eindruck, welchen die Nachricht von dem Ausgange der Debatten hervorbrachte, war ungewöhnlich. Mehrere der achtbarsten Bürger des Kantons hatten sich nach Aarau begeben und dem Entscheid entgegengeharrt. Sobald er bekannt wurde, eilten sie jauchzend nach Haus; mehrere der kleinern Städte, wie Zofingen und Lenzburg waren illuminirt; Transparente mit den Worten: „Heil dem Vaterlande“ oder: „Es werde Licht“ strahlten den frohen Bürgern entgegen; überall Jubel und dankbare Begrüssung der rückkehrenden Rathsglieder, Freudethränen der Bejahrten, Umarmungen der Jüngern in trunkner Begeisterung und brüderlicher Handschlag zwischen Katholiken und Protestanten — ein schweres Verdammungsurtheil über das Konkordat.

Die Regierung aber, empfindlich über die Vereitelung ihrer Absichten, nahm sowohl diesen Ausdruck der Freude, als auch insbesondere die Mittel der Publicität, wodurch eigentlich ihre Sache im grossen Rathe verloren ging, höchst übel und liess polizeiliche Untersuchungen veranstalten, die indessen nirgends eine Gesetzesverletzung ausspüren konnten [204]).

Wir wollen nun aus den verschiedenen Beleuchtungen des Konkordats und der gesammten Bisthumsverhandlungen die wesentlichen Punkte zusammenfassen. Bei aller Kürze hoffen wir doch durch den historischen Zusammenhang deutlich zu werden. Wir werden uns übrigens genau an jene Beleuchtungen halten, die, mit Ausnahme von zwei Punkten, wo sie uns nicht erschöpfend genug scheinen, die neue Bisthumsorganisation gründlich von allen Seiten erwogen haben.

204) Nur eine fiel vor, die Zusendung von zwei anonymen Briefen, in Absicht deren es aber (siehe: Monatschronik Febr. 1828) höchst zweifelhaft bleibt, von welcher Seite sie kam.

Wie sehr der Gang der Verhandlungen und die leitenden Ansichten der Kommissarien getadelt wurden, haben wir bereits oben erzählt.

Das Konkordat selbst betreffend, wurde überall in den Verletzungen der kanonischen Gesetze und den päbstlichen Reservaten das alte, wohlbekannte Princip der apostolischen Machtfülle (plenitudo potestatis apost.) nachgewiesen, nach welchem der römische Stuhl kein anderes Gesetz, keinen andern Willen neben dem päbstlichen anerkennt.

Zuvörderst wurde die Aufhebung des Metropolitanverbandes, der gegen alle kanonische Vorschriften nicht wiederhergestellt wurde, gerügt. Dagegen ist das neue Bisthum dem römischen Stuhle unmittelbar unterworfen (immediate subjecta), gleichsam als der höhern Metropolitangewalt. Durch diese ausdrückliche unmittelbare Unterordnung des Bischoffs unter Rom ist die Unabhängigkeit der schweizerischen Kirche förmlich und feierlich aufgehoben, es ist ihr nie mehr möglich aus dieser Abhängigkeit herauszutreten; der römische Stuhl lastet mit seinem erdrückenden Gewichte für immer als Metropolitangewalt auf diesem nicht schweizerischen, sondern römischen Bisthume [205]).

Dies war die Folge eines Grundgebrechens bei den Unterhandlungen, welches uns bei den Beurtheilungen des Bisthumsentwurfes nicht genug scheint hervorgehoben worden zu seyn.

Wir haben oben bemerkt, wie der grösste Theil der schweizerischen Kirche durch die Losreissung von Konstanz von allen historischen Garantieen, welche das Bisthum Konstanz als teutsches, unter dem Erzbischoffe von Mainz stehendes, Bisthum gegen die Isidorischen Dekretale gewährt hatte, getrennt worden war — den teutschen Konkordaten, den Wahlkapitulationen und kaiserlichen Reskripten. Es musste also, nach dem Untergange der alten historischen Grundlage, für das neue Bisthum eine neue Basis und in Absicht aller der Punkte, wo Rom seit Jahrhunderten seine Usurpationen geltend macht, neue Garantie geschaffen werden. Es entstand die Frage: soll das

205) *Feer* l. l. *Kas. Pfyffer* l. l.

neue Bisthum selbstständig und unabhängig — oder ein dem römischen Stuhle unterworfenes seyn? Wollte man jenes, so mussten die Rechte des Episkopalsystems, wie bei Konstanz der Fall war, für das neue Bisthum gesichert, die Diözesanrechte des Bischoffs gegen Reservationen, Provisionen, konkurrirende Jurisdiktion, Annahme von Appellationen u. s. w. gewahrt und die Nationalunabhängigkeit der Kirche begründet werden, was auf verschiedene Weise möglich war, z. B. durch Vorbehalt eines künftig anzuordnenden Metropolitanverbandes oder durch Bekleidung des Bischoffs mit dieser Gewalt. Ein Punkt von unberechenbarer Wichtigkeit! Welche Anmassung hatte sich Rom in der Schweiz, trotz des Metropolitanverbandes, in allen Jahrhunderten erlaubt; welche wird es sich jetzt in diesem römischen Bisthume erlauben! Wird es den Widerstand des teutschen Bischoffs in dem römischen Unterthan finden?

Dieser Erörterung sind die Kommissarien aus dem Wege gegangen, weil sie dieselbe unter die Dinge zählten, „welche sich mit Rom nicht austragen lassen.“ Sie war aber um so nothwendiger, da das ganze Verfahren Roms seit 1813 eine Reihe von Verletzungen der bischöfflichen Rechte, so wie der landesherrlichen, war und das ultramontanische Kirchenrecht, wie wir gesehen haben, seit jener Epoche unaufhörlich in der Schweiz gepredigt wurde.

Damit hängt zusammen die wichtige Frage über die Bestimmung der Nuntien in der Schweiz. Sollen sie „blosse Gesandte zu politischen und solchen Gegenständen seyn, die dem Pabste als Oberhaupte der Kirche (auch nach dem bischöfflichen Systeme) zukommen, denen aber keine Jurisdiktion in geistlichen Sachen, noch eine Iudikatur gestattet wird [206])“ — was sie nach den alten teutschen Konkordaten, was sie auch bloss rechtlich in der Schweiz waren [207]), oder sind sie Kirchengewalten, denen die Bischöffe unbedingt unterworfen sind —

206) Worte in dem kaiserlichen Reskripte nach dem Bad Emser Punktationen. 1785. Siehe: den ersten Theil dieser Sammlung der Konkordate. Seite 405.

207) Siehe: Geschichte der staatsrechtlichen Kirchenverhältnisse in der Schweiz.

Exekutoren der Dekretale? Auch diese Frage ist unberührt geblieben. Haben aber die alten Eidgenossen, bei ihrer seltnen Energie, Mühe gehabt, diese Römlinge in die Schranken zu weisen: welchen Unfug hat man nun, da jene Energie verschwunden, in einer römischen Kirchenprovinz, wozu die Schweiz geworden ist, zu erwarten!

Beide Punkte hat Rom durch Kunst und Schlauheit zu seinem Vortheile entschieden und der Geist, der aus dem ganzen Entwurfe spricht, ist der Geist der alten Usurpation, vor welchem die Unabhängigkeit der Nationalbischöffe gänzlich verschwindet. Möglichst grosse Abhängigkeit der Kirche und des Klerus von Rom ist der eine Grundzug dieser neuen Bisthumsorganisation; möglichst grosse Unabhängigkeit derselben vom Staate ist der andere. Daher sind die Staatsrechte in Kirchensachen nirgends anerkannt, aber desto häufiger verletzt und das Konkordat desswegen passend die b u l l a c o e n a e in einer veränderten Gestalt genannt worden [208]).

Die Sicherung d e r a l t e n R e c h t e u n d F r e i h e i t e n d e r S c h w e i z e r in Kirchensachen und der neuern Einrichtungen und Konkordate mit dem Konstanzischen Stuhle (wie im Aargau, Luzern u. s. w.), oder anderer Verordnungen (wie der östreichischen im Frickthale) — dieser staatsrechtlichen Verhältnisse, welche die gegenwärtige positive kirchlich staatsrechtliche Gesetzgebung in der Schweiz ausmachen, bildete den zweiten Hauptpunkt, welcher in einem eignen, von dem Entwurfe der Umschreibungsbulle unabhängigen, Konkordate oder Paktum mit Rom, als Grundlage der neuen Kircheneinrichtung, klar und bestimmt vestgesetzt werden musste, um so mehr, da es jetzt die Regierungen nicht mehr mit dem Bischoffe von Konstanz, der diese Rechte anerkannte, sondern mit einem Bischoffe, der u n m i t t e l b a r u n t e r R o m stand, das n i e j e n e R e c h t e z u g e b e n w o l l t e, zu thun hatten. Das geschah aber nicht; man scheute auch diese Erörterung, als „ein Ding, über das sich nicht mit Rom austragen lasse,“ half sich mit dem krank gebohrnen, ohnmächtigen Langenthaler Vertrage und rückte in das

208) *Feer* über das Bisthum Basel.

Konkordat nicht einmal einen einfachen Vorbehalt der Staatsrechte ein [209]).

Aus diesen beiden Gesichtspunkten erklären sich alle Bestimmungen dieses Konkordats, welches als Grundriss für ein römisch-isidorisches Bisthum betrachtet werden kann.

Während allen andern Regierungen auf die Wahl und Bestätigung des Bischoffs Einfluss gestattet wird, sehen die Schweizer die Souveränetätsrechte in dieser Hinsicht ganz bei Seite gesetzt. Die Wahl des Bischoffs hängt, in Folge der Zusammensetzung des Domkapitels und des Informativprocesses, im Grunde bloss von der Nuntiatur ab.

Denn wenn es §. 12. b. im Konkordate heisst: der Informativprocess (Prüfung der kanonischen Eigenschaften des Bischoffs) soll nach den in der Schweiz üblichen Formen geschehen, so hat sich bereits in den Verhandlungen die Nuntiatur auf die Fälle in den Jahren 1762, 1782, 1794, wo der Nuntius den Informativprocess bei Ernennung des Bischoffs von Basel vornahm, gegen alle kanonische Regel, und auf die Natur eines Immediatbisthums berufen.

Dass aber die Zusammensetzung des Domkapitels, welches den Bischoff wählt, von der Nuntiatur abhängt, ist aus §. 12., wie wir sogleich sehen werden, einleuchtend.

Die Eigenschaften, welche der Bischoff besitzen muss, sind so unbestimmt gelassen, dass möglicher Weise auch ein italiänischer Abbé, wenn er nur Geistlicher im Bisthume ist, die Bischoffsmütze tragen kann. Das versprochene Exhortationsbreve (siehe oben Seite 635.) ist ohne Werth.

Ebenso hängt die Wahl des Dekans, der wichtigsten Stelle im Domkapitel, allein von Rom ab — abermals gegen die kanonische Regel, als ein Reservat.

Der Bischoff soll gegen Rom den berüchtigten Vasalleneid

209) Wir ersuchen den Leser, sich der obigen (Note 6. und Text) wichtigen Bemerkungen, die wir hier nicht wiederholen wollten, in Betreff dieses Punktes, zu erinnern. — Scharf ist dieser Punkt von *Kas. Pfyffer* im grossen Rathe beleuchtet worden, mit Erwähnung des päbstlichen Schreibens, 1815.

(das pontificale Romanum)[210]), der in andern Ländern abgeschafft und mit den Pflichten gegen den Landesherrn unvereinbar ist, schwören.

Es ist keine Bestimmung da über die, von jedem Kantone gewünschte eigne Offizialität, deren Kompetenz und ausdrückliche Beschränkung auf bloss geistliche Dinge — (ein wichtiger Punkt!) — über den Wahltermin bei eingetretener Erledigung des bischöfflichen Stuhls und über die einstweilige Bisthumsverwaltung — lauter Unbestimmtheiten, um den Nuntien freies Spiel für ihre Willkühr zu lassen!

Den Kantonen Bern, Thurgau und Aargau ist das Recht, die Domherrn zu ernennen — das Patronat- oder Kollaturrecht — entzogen worden, obgleich die Regierungen zu ihrer Besoldung verpflichtet sind — gegen die altbestandenen Rechte der Schweizer[211]) sowohl, als gegen die allgemeine kanonische Regel[212]). Am stärksten sprach sich in Aarau das gekränkte Rechtsgefühl gegen diese Verletzung eines der ersten Staatsgerechtsame, das zugleich ein Grundgesetz der paritätischen Verfassung dieses Kantons ist, aus, weil diesem Stande auch nicht einmal der elende Ersatz, den man Bern und Thurgau gab, gereicht wurde[213]).

Durch diese Bestimmung allein schon wird es der Nuntiatur möglich, das Domkapitel ganz im Sinne Roms zusammenzusetzen. Denn da die Domherrn der Stände Bern, Thurgau und Aargau von dem Bischoffe, der nur ein Organ der Nuntiatur und ihr ganz unterworfen ist, erwählt, die des Standes Solothurn aber aus den Chorherrn des Stiftes St. Urs, wel-

210) Siehe: *Spittlers* Geschichte des Pabstthums. p. 151.

211) Siehe: die Einleitung. Dort ist erwähnt worden, wie, auf Veranlassung der Beschwerden des Nuntius *Accaioli*, das Recht der Kollatur auf katholische Pfründen auch den nichtkatholischen Ständen auf den Tagleistungen zu Baden und Frauenfeld 1746 von neuem, als staatsrechtlicher Grundsatz, bestätigt wurde, den Aargau stets ausübte.

212) Patronum faciunt dos, aedificatio, fundus. Trident. Sessio XIV de ref. c. 12. Das Patronatrecht beruht auf diesem Satze, und berührt in seinem ganzen Umfange, nach dem katholischen Kirchenrechte, nicht den Glauben. *Gmeineri* Inst. I. E. Tom. II. §. 164. 171. Siehe: *Feer* l. l.

213) Siehe: oben unsere Erzählung. *Feer* l. l. p. 11 folg.

ches, wie alle Klöster und Stifter der Schweiz, von Rom abhängt, genommen werden, so ist schon dafür gesorgt, dass das Domkapitel eine Schöpfung der Nuntiatur wird. Endlich, um dem Domkapitel den **Geist**, der fortan in ihm walten soll und zu dessen Erhaltung in dem Konkordate selbst die zweckmässigsten Vorkehrungen getroffen sind, von vorn herein zu geben, ist die erste Ernennung der Domherrn dem heiligen Vater vorbehalten. Indessen hat diese Bestimmung in der That nicht das Gewicht, das man ihr beilegt; denn bei der gegenwärtigen Denkart des Klerus muss das Domkapitel auf jeden Fall ultramontanisch werden.

In dem §. 8., über die Einrichtung des **Seminars** ist vieles absichtlich unbestimmt gelassen; was aber bestimmt ist, enthält abermals eine Verletzung der Staatsrechte. Den Regierungen ist nicht allein die Einrichtung, die ihnen zukommt, sondern auch die Aufsicht über das Seminar entzogen; dieses steht allein unter dem Domkapitel und dem Bischoffe, d. h. unter der Nuntiatur, als ultramontanische Pflanzschule. Ausserdem ist durchaus keine Bürgschaft gegeben, dass es nicht in kurzem der Leitung der Jesuiten, wie schon mehrmals von der Nuntiatur verlangt wurde, anvertraut werde. In allen Kantonen sprach sich diese Besorgniss vor der verhassten Jesuitenherrschaft auf gleiche Art aus — am lebendigsten in Aarau.

Gleich nachtheilig fand man das Konkordat in ökonomischer Hinsicht.

Die ganze Bisthumseinrichtung erachtete man zu kostspielig im Verhältnisse zur Einwohnerzahl, zumal wenn man dieses Bisthum mit andern vergleiche; der Weihbischoff sey überflüssig, die Zahl der Domherrn weit grösser als nöthig, die Besoldung des Bischoffs verschwenderisch ausgestattet. Der ganze Vertrag wurde daher nicht unpassend von den Gegnern ein **Schenkungsvertrag** mit Rom genannt.

Die Taxen, die nach Rom oder an den Bischoff für Ernennungen, Dispensen und andere Fälle zu bezahlen sind, hat man unbestimmt gelassen — ein bedeutender Punkt, da in St. Gallen einige Domherrnstellen schon mehrere Jahre unbesetzt blieben, weil die Erwählten die schwere Taxe nicht entrichten können.

Den grössten Tadel fand aber mit Recht §. 11., dass die Dotation des Bisthums in Liegenschaften geschehen solle, inzwischen aber von dem Staatsfond gesonderte Gefälle beizubringen seyen. Da dieser Punkt später beseitigt wurde, so wollen wir das Einzelne in dieser Hinsicht übergehen. Indessen offenbarte auch diese Bestimmung die Tendenz Roms, den Klerus, auch in seiner ökonomischen Grundlage, möglichst unabhängig vom Staate zu machen.

Die Mittel endlich betreffend, wodurch man sich gegen die Gefahren dieses unheilschwangern Konkordats zu schützen suchte — die mehrerwähnten mündlichen Zusicherungen der Nuntiatur und die Vorbehalte und Bedingungen, unter denen man den Vertrag ratifizirte — so sah man darin nichts als Schein und Selbsttäuschung, die mit einem einzigen Blicke auf die Geschichte und die Bisthumsverhandlungen seit 1813 verschwindet.

Mit besonderer Entrüstung verweilten die Redner der Opposition in allen Kantonen bei der Zurücksetzung der Schweiz, die aus der Vergleichung dieses Konkordats mit denen anderer Staaten erhelle; wie Preussen, Baden, Nassau, Hannover wenigstens das mittelbare Wahlrecht der Domherrn ausüben, einen entscheidenden Einfluss auf die Wahl des Bischoffs behaupten, den Informativprocess keinem Nuntius überlassen; wie in den Konkordaten mit diesen Staaten die Wahlfähigkeitsbedinge der Bischöffe scharf bestimmt; der fatale Vasalleneid verändert; Bisthümer mit grösserer Seelenzahl als das Baselsche dennoch weit einfacher und unkostspieliger eingerichtet; die Seminarien der Staatsgewalt unterworfen; den Rechten des Staats und der Bischöffe kein Eintrag geschehen und die Kirche von Rom unabhängig erhalten sey [214]). Der Grund dieser Verschiedenheit ist leicht zu entdecken; bei den Regenten der andern Staaten fand Rom die Grundsätze des Kirchenrechts, wie es sich in dem Kampfe mit *Klemens XIII.* entwickelt hatte; in der Schweiz, wo der Ultramontanismus eine Zufluchtsstätte erhalten sollte, ging es auf die Stiftung isidorischer Bisthümer aus.

214) Siehe: *Feer* l. l.

Eine Beziehung dieses Konkordats ist bisher wenig berührt worden; sie macht den zweiten Punkt aus, der uns bei den Debatten zu wenig scheint erörtert worden zu seyn; wir meinen die Beziehung desselben nicht bloss zu der Aufgabe Roms in der Schweiz im Allgemeinen, sondern zu dem bereits durch seine vielfachen Bestrebungen, die wir oben erzählt haben, erreichten wirklich vorhandenen Zustande der Dinge in der Schweiz. Diese Würdigung versparen wir aber bis weiter unten hin.

Die Verwerfung des Konkordats durch den grossen Rath des Aargaues erregte bei allen Parteien eine ungemeine Sensation, diese wurde noch vermehrt durch die unzweideutige Art, mit welcher die Redner im grossen Rathe, vorzüglich die Frickthaler, dort sowohl als nachher, den Wunsch aussprachen, dass der Kanton mit der oberrheinischen Kirchenprovinz, in welcher die Rechte des Staats und des Episkopats auf gleiche Art garantirt sind, vereinigt werden möchte[215]. Die Pfaffenpartei verschrie nach ihrer Art in allen ihren Zeitschriften den grossen Rath als das Centrum einer weit verbreiteten Verschwörung, die auf den Umsturz der Religion ausgehe, nachdem sie vor jener merkwürdigen Sitzung das Konkordat als die Norm alles Heils gepriesen und die Gegner desselben als einzelne Verirrte dargestellt hatte.

Bei der Regierung (kleinem Rathe) des Kantons brachte jene Sitzung und das Resultat derselben die sonderbarsten Wirkungen hervor; der Herr Bürgermeister *Herzog* sprach von dem Entschlusse, seine Stelle niederzulegen, gleichsam als sey er persönlich beleidigt worden; viele Mitglieder dieser Behörde konnten sich in die Erscheinung, dass der Beschluss des grossen Raths dem Willen der Regierung gerade entgegengesetzt war, durchaus nicht finden[216]; wegen des unschuldigen Ausdrucks der Freude unter den Bewohnern des Aargaues wurden weitläufige Untersuchungen veranstaltet, wie schon früher bemerkt worden.

Der Internuntius *Gizzi* erliess am 18. Febr. eine Note an die Kommissarien (*Amrhyn* und *v. Roll*), welche deutlich seinen

215) Siehe: Monatschronik 1828. Seite 60.

216) Siehe: die Bemerkungen über die grossen Räthe. Ste. 644. Note.

Unwillen gegen Aargau verrieth und worin er jene unter Versprechungen und Drohungen aufforderte, allein, ohne Zuziehung von Aargau, so schleunig, als möglich, mit ihm abzuschliessen. Die andern Stände aber waren durch die vielfachen gründlichen Erörterungen des Konkordats von der frühern Uebereilung, in welcher sie die abgeschlossene Uebereinkunft ratifizirt hatten, einigermassen zurückgekommen; sie erkannten die günstigere Stellung, in welche sie durch Aargaus Weigerung versetzt worden waren, und hoben das am 12. März 1827 abgeschlossene Konkordat wieder auf. Am 17. März traten die Kommissarien von Bern, Luzern, Solothurn und Zug zu einer neuen Konferenz in Luzern zusammen und schlossen am 26. März, unter Ratifikationsvorbehalt, ein neues Konkordat mit dem Internuntius *Gizzi* ab.

An diesen neuen Verhandlungen nahm die Regierung des Kantons Aargau, unbegreiflicherweise, durchaus keinen Antheil; sie hatte bloss die andern Stände von den Beschlüssen des grossen Rathes in Kenntniss gesetzt. Der grosse Rath dieses Standes hatte, wie erzählt worden ist, sich (in der Sitzung vom 14. Febr.) bereitwillig erklärt: „die Grundlagen aufzustellen, auf welchen er künftig geneigt sey, einer kirchlichen Uebereinkunft mit Rom seine Genehmigung zu ertheilen." Von diesem Anerbieten hatte die Regierung keinen Gebrauch gemacht[217]), sondern das Geschäft einer neuen Begutachtung zum Scheine an den katholischen Kirchenrath verwiesen. Auf jeden Fall hatte der grosse Rath „auf die Fortsetzung der Unterhandlungen mit den andern Diözesanständen für eine gemeinschaftliche Bisthumseinrichtung" gedrungen. Gleichwohl nahm die Regierung eine bloss passive Stellung an; sie schickte keinen Abgeordneten zur Konferenz in Luzern. Nicht minder auffallend war das Betragen der Kommissarien (*Amrhyn* und *v. Roll*),

217) Hätte der grosse Rath, anstatt jenes Anerbieten zu machen, wirklich gleich die Grundlagen als die conditio sine qua non seines Beitritts aufgestellt, so war die Sache gewonnen; allein hier trat die fatale Bestimmung der Verfassung in den Weg, dass jedem Beschlusse des grossen Rathes ein Gutachten der Regierung vorhergehen muss. Nie hat sich der Nachtheil der verfassungsmässigen inferioren Stellung der grossen Räthe so deutlich offenbart als in dieser Angelegenheit und zwar am meisten im Kantone Aargau.

welche im Namen aller Stände, also auch von Aargau, waren aufgestellt worden, in deren Händen auch noch die frühere Vollmacht sich fortdauernd befand, welche sie von dem letzteren Stande erhalten hatten. Ohne die Wünsche und Forderungen desselben zu berücksichtigen, schlossen sie einen neuen Vertrag ab, der gleichwohl, wie die Folge zeigte, auch für diesen Stand gelten sollte!! Unterdessen erhielt der Amtsbürgermeister von Allem was vorging fortdauernd durch die Kommissarien Kenntniss: freilich in einer eignen Form; denn die Zuschriften derselben waren nicht mehr in offizieller Form an die Regierung, sondern gleichsam als Privatkorrespondenz an den Amtsbürgermeister gerichtet. In dem Allen lag eine gänzliche Hintansetzung aller Würde, die ein souverainer Stand behaupten muss[218]).

Die Stände schlossen nicht allein ein neues Konkordat ab, sondern ersetzten auch die frühern Langenthaler Verträge durch einen neuen Gesammtvertrag, welcher von mehr Bedeutung ist; davon sogleich. In dem neuen Konkordate haben die Stände allerdings von dem grossen Felde, welches die Nuntiatur in den frühern Verhandlungen erobert hatte, wieder ein kleines Räumchen gewonnen. Der Nuntius fürchtete, durch die Vorfälle im Aargau möchte eine neue Unterhandlung auf einer ganz anderen Basis entstehen; ihm galt es vor Allem anderen, ungesäumt mit den andern willfährigen Ständen, ohne das widerspenstige Aargau, eine Separatkonvention abzuschliessen, und er gestand gern einige Nebenvortheile zu, wenn nur der Hauptgewinn in seinen Händen blieb. Der Hauptvortheil, den das neue Konkordat darbietet, besteht in der Zusicherung von Seiten der Nuntiatur, dass die Kosten der Bisthumseinrichtung durch den Rücktritt von Aargau für die übrigen Stände nicht vermehrt werden sollten, und dass die Aufstellung eines Weihbischoffs nicht mehr als absolute Bedingung gefordert wurde.

Von mehr Bedeutung möchte es scheinen, dass die so höchst unvollkommnen Langenthaler Verträge und die Verabredungen in Luzern, (deren Bestimmungen, wie wir oben erwähnten, in mehrern Konferenzprotokollen zerstreut und un-

218) Siehe: *Feer* l. l. Seite 28 ff.

ter einander häufig im Widerspruche waren) zu gleicher Zeit (28. März 1828) eine vollkommnere Redaktion erlebten. Jene Bestimmungen wurden nämlich in einen Gesammtvertrag vereinigt, in welchem die Stände sich gegen die Dotation in Liegenschaften eine Gewährleistung gaben. In dem §. 35. ist nämlich bestimmt, „dass die Stände sich die ordentliche, sichere und freie Abrechnung ihres betreffenden Antheils an den gemeinsamen Diözesankosten aus den ihnen hierfür zu Gebote stehenden Mitteln (also Staatseinkünften) gewährleisten und sich jeder andern Abrechnungsweise, so wie jeder anderweitigen Dotation (also in Liegenschaften) entschlagen." Auch wurde denjenigen Ständen, die dies wünschen, die Befugniss, eigne Seminarien zu stiften, vorbehalten. Sodann garantirte man sich das Recht des placitum regium in seiner ganzen Ausdehnung, so wie das Recht der Aufsicht der Staatsgewalt über das Seminarium (jus inspectionis et cavendi).

Allein wie wenig die Stände damit in ihrer Stellung gegen die päbstliche Gewalt gewonnen haben, erhellt von selbst. Auch diesmal wurden diese Staatsrechte in Kirchensachen (jura circa sacra) nicht in der Uebereinkunft mit dem römischen Stuhle selbst erwähnt und vorbehalten; Rom erkennt sie fortdauernd nicht an und sie haben fortan keine andere Bürgschaft als in der Eintracht und Energie der Stände, der geistlichen Macht gegenüber — eine Bürgschaft, die durch die Vorfälle seit 1813 unmöglich grossen Kredit erlangt haben konnte. Die eigentlichen Grundgebrechen des frühern Konkordats gingen alle in das neue über — das Immediatbisthum, der Informativprocess durch die Nuntiatur, dessen hohe Wichtigkeit durch das unerhörte Verfahren der römischen Kurie gegen Herrn *v. Wessenberg* recht einleuchtend wurde; — der Mangel alles Einflusses der Regierungen auf die Wahl des Bischoffes, indem ihnen nicht einmal ein Eliminationsrecht der vorgeschlagenen Kandidaten zugestanden wurde; die Unterlassung aller Bestimmungen über die Wahlfähigkeitsbedinge desselben; — der äusserst geringe Einfluss der Regierungen auf Bildung und Geist des Domkapitels, in Folge des zu Null zusammengeschwundenen Patronatrechts der paritätischen und protestantischen Regierungen, in Folge der ominösen Zusam-

mensetzung des Domkapitels durch dessen Anschluss an das Kollegiatstift in Solothurn, in Folge des Mangels tüchtiger Wahlfähigkeitsbedingungen der Domherrn, in Folge der ersten Ernennung der Domherrn und der fortdauernden Ernennung des Dekans durch den Pabst; — der verrufene Eid des Bischoffs gegen den Pabst, gegen welchen die Regierungen zwar in dem frühern Langenthaler Vertrage und in dessen neuester Redaktion protestirten, allein umsonst; — die gänzliche Entziehung des Seminars von allem Einflusse der Regierungen, indem die innere Einrichtung, die Leitung, der Lehrplan desselben und die Anstellung der Professoren, auf eine wahrhaft unerhörte Art, der geistlichen Gewalt allein vorbehalten ist; die Unterlassung einer Verwahrung gegen die Jesuiten, selbst nach den von allen Seiten ausgesprochenen Besorgnissen; — Unterlassung aller Bestimmungen der Rechte und Pflichten des Bischoffs und der niedern geistlichen Stellen gegen Staat und päbstliche Gewalt; — endlich einen Nuntius, mit ordentlichen und ausserordentlichen Fakultäten, mit Dispensationen, Appellationen, Reservationen, Mandaten u. s. w., der im Grunde das ganze Bisthum komponirt und dominirt — für dieses von römischen Agenten zusammengesetzte und verzierte römische Bisthum schwere Geldbeiträge von den schweizerischen Regierungen, um es mit allem Pomp einer ultramontanischen Schöpfung auszustatten und im Stande zu seyn, diejenigen Geistlichen, die sich durch Bestreitung der Staatsrechte der Eidgenossen und durch blinde Verfechtung papistischer Interessen verdient machen, würdig zu belohnen. Dieses sind die Zwecke dieses neuen Entwurfes; das Einzelne haben wir früher erörtert, hier aber für gut erachtet, die Hauptzüge nochmals zusammenzustellen.

Das neue Konkordat wurde nacheinander von den obengenannten vier Ständen ratifizirt, zwar nicht ohne abermalige scharfe Kritiken dieses unheilschwangern Vertrages; aber mit gleich wenig Erfolg, wie das erstemal. Zum Beweis, mit welchen Täuschungen man sich fortdauernd zu beruhigen suchte und wie wenig man die gänzlich veränderte Stellung zum apostolischen Stuhle erkannt hatte: wollen wir nur einige Punkte von

den Debatten, die diesmal (am 2. Mai) in Luzern vorfielen, anführen. Nachdem das Präsidium das Konkordat sattsam gepriesen hatte, unterwarf Dr. *Kasimir Pfyffer* dasselbe abermals einer gründlichen Prüfung. Auf seine Bemerkung, „dass die Regierung keinen Einfluss auf die Leitung der Seminarien habe, in welchen gleichwohl die Geistlichen nicht bloss zum Altardienste, sondern auch zu Volkslehrern und Erziehern der Jugend gebildet werden" (indem, wie schon früher von uns erörtert wurde, fast alle Lehrstellen in der Schweiz mit Geistlichen besetzt sind), wurde erwiedert: „dass die mit dem Bischoffe von Konstanz im Jahre 1806 geschlossene Uebereinkunft dem Staate die gehörige Theilnahme an der Leitung der Seminarien zusichere." Allein, hatte denn der Herr Schultheiss vergessen, dass diese Uebereinkunft von dem heiligen Vater in seinen Breven an den Erzbischoff von *Dalberg* und an die Regierung von Luzern verdammt worden war? [219]). Jene Uebereinkunft und dieses Konkordat sind in Geist und Tendenz himmelweit verschiedene Dinge; und welche Gültigkeit kann die erstere haben, wenn ihr das letztere geradezu widerspricht? Der Oppositionsredner bemerkte ferner „dass die Rechte des Bischoffs auf keine Weise ausgemittelt seyen, so dass, wenn er einmal anerkannt sey, derselbe die Rechte in Anspruch nehmen werde, die das kanonische Recht in allgemeinen und unbestimmten Ausdrücken einem Bischoffe zusichere, so wie derselbe das Tridentinum auch in Disziplinarsachen, in welchen es von der Schweiz nie anerkannt worden sey, geltend zu machen suchen werde." Dieses grosse, aus dem Mangel eines wahrhaften Nationalkonkordats herrührende, früher erörterte, Grundgebrechen beseitigte der Herr Schultheiss durch die Bemerkung: „die Regierung werde die hergebrachten kirchlichen Rechte, Freiheiten und Uebungen gegen allenfalsige Anmassungen aufrecht erhalten." Welches Vertrauen diese Versicherung einzuflössen im Stande ist, beweist die Bisthumsgeschichte seit 1813. Das Konkordat wurde mit den frühern Vorbehalten angenommen.

Schon am 7. Mai erliess der heil. Vater die Umschreibungs-

219) Siehe den Anfang des 4. Abschnittes.

bulle. Dieser wurde nun gleichfalls von den verschiedenen Ständen das placitum regium ertheilt. In Luzern gab sie zu einer neuen Diskussion Veranlassung. Die Besorgniss des Dr. *Kasimir Pfyffer* in Absicht des Tridentinischen Konziliums war bereits schon gerechtfertigt; denn diese Bulle, so wie die, welche das Bisthum St. Gallen konstituirte, stellt überall das Tridentinum als die höchste Norm auf. Dies veranlasste einen neuen Vorbehalt, so wie man denn, während man die nachtheiligsten Verträge in der That und buchstäblich einging, sich hinterher überall mit dem ohnmächtigen Defensivmittel der Vorbehalte zu schirmen suchte. Man fasste den Beschluss, „dass man, wie früher, nur in Glaubenssachen (dogmata et sacramentalia), aber nicht weiter, das Tridentinische Konzilium anerkenne.“ Dieser Beschluss ist indessen für das gegenwärtige Geschlecht fast ohne alle Bedeutung. Dies führt uns auf eine Bemerkung über einen Umstand, der mehr als Alles geeignet ist, die gänzlich veränderte Stellung der Parteien anzudeuten. Während nämlich die alten Eidgenossen das Tridentinum nur in Glaubenssachen, nicht aber in Kirchenverfassung und Zeitlichkeiten, als worin es ihre Rechte beeinträchtige, anerkannten, sich dagegen stets auf die Konzilien in Konstanz und Basel und die Rechte ihres eignen landesherrlichen Supremats beriefen [220], haben sich in diesen letzten Bisthumsverhandlungen die Regierungen sogar zum Schutze ihrer Rechte auf das Tridentinum berufen [221], weil die Nuntiatur selbst über die Grenzen dieses Kirchengesetzes ihre Anmassungen ausdehnen wollte und wirklich ausgedehnt hat, wie z. B. in der Anordnung des Immediatbisthums, in der Beeinträchtigung der Patronatrechte und in den mannigfachen Reservaten. Welche ungeheuere Fortschritte hat mithin die päbstliche Gewalt gemacht! Jener Beschluss kann daher nur als ein Denkmal gelten, das man zur Ehre der Vorfahren gesetzt hat, das aber für die Gegenwart so wenig bedeutet, als die Monumente, die man neuerlich bei St. Jakob und Murten aufgestellt hat.

220) Siehe: oben die Einleitung und *Balthasar*: jura Helvet. circa sacra an vielen Orten.

221) Dies ist bei allen Verhandlungen geschehen.

sie bekannte Freunde der römischen Partei waren, dennoch bei der ersten Audienz mit vornehmer kalter Miene von dem römischen Botschafter empfangen. Er sprach von zu sehr verspätetem Beitritte, von Schwierigkeiten und Hindernissen, die sich ihm entgegenstellten und liess es in Zweifel, ob dieser Kanton in das Bisthumsverband aufgenommen werden könne[225]). Offenbar war es auf eine kleine Rache abgesehen; es musste dem Nuntius ungemein schmeichelhaft seyn, diesen so lange widerspenstigen Kanton in eine möglichst demüthige Stellung zu versetzen. Auf die Vorstellungen der übrigen Kommissarien, besonders des Herrn Schultheissen *Amrhyn*, liess sich der Nuntius am folgenden Tage herab und gab den Anträgen der Deputirten zu einer Konvention ein geneigteres Gehör.

Es lässt sich leicht erachten, wie leise die Deputirten, nachdem sie in diese klägliche Lage versetzt waren, in ihren Verhandlungen auftraten; es ging wörtlich in Erfüllung, was Dr. *Feer* in der Grossenrathssitzung vom 11. Nov. (1828) gesagt hatte: Wenn man die kräftigen und allein würdigen Vorschläge der Minorität der Kommission nicht annehmen wolle, so möge man hingehen und dem Nuntius die Bitte vortragen, noch jetzt in Gnaden auf- und angenommen zu werden. Selbst die Beschlüsse jener Sitzung des grossen Rathes, welche die unerlässliche Bedingung zum Beitritte bilden sollten, so wenig sie auch an sich bedeuteten und so tief sie unter aller Erwartung standen, wurden bei diesen Verhandlungen nicht einmal vestgehalten.

Am 2. Dezember (1828) schlossen die Deputirten mit dem Nuntius einen Vertrag ab, dessen wesentlicher Inhalt in Folgendem besteht: die Aargauischen katholischen Lande werden mit dem Bisthume Basel vereinigt; die Wahl der drei Domherrn, welche Aargau stellt, findet auf die Art statt, wie Bern seine Domherrn wählt; Aargau nimmt an allen Rechten und Pflichten Theil, welche das Konkordat vom 26. März 1828 für die Diözesanstände vestsetzt.

225) Diesen Hergang der Sache hat der Vierwaldstätter Bote vollkommen wahr berichtet; die Aargauer Zeitung suchte ihn zu bemänteln.

In der grossen Rathsversammlung vom Junius (am 5. Junius 1829) trug die Regierung darauf an, diese Konvention zu ratifiziren und zugleich dem (Langenthaler) Grundvertrage vom 28. und 29. März 1828 beizutreten. Die Majorität der zur Prüfung dieses Antrags erwählten Kommission (des grossen Rathes) stellte ihr Gutachten dahin: man solle diesen Antrag der Regierung genehmigen, jedoch ihr die Verbindlichkeit auflegen, das Eliminationsrecht (um den sechsfachen Vorschlag der Kandidaten auf einen dreifachen zu reduziren), welches in dem abgeschlossenen Vertrage mit Stillschweigen war übergangen worden, in jedem vorkommenden Falle auszuüben; man solle der päbstlichen Cirkumscriptionsbulle das Placet ertheilen; auch solle man der Nachtragsbulle (die noch nicht erschienen war!) über die Vereinigung der Aargauischen Landestheile mit dem Bisthume Basel schon im Voraus (!) das Placet ertheilen und sich dabei der von der Regierung von Bern gebrauchten Formel bedienen.

In der darauf folgenden Diskussion entwickelten die Herrn Dr. *Feer* (der die Minorität der Kommission bildete) und Fürsprech *Fetzer* von Rheinfelden noch einmal, um einen letzten Versuch zu machen, dem grossen Rathe die Augen zu öffnen, alle Gebrechen dieses heillosen Konkordats; zeigten, wie sehr es in gleichem Grade die kirchliche Ordnung und die Rechte des Staats verletze; wie in Folge desselben der Bischoff von Basel nur ein Organ des Nuntius sey, um die päbstliche Politik in der Schweiz auszuführen und namentlich Intoleranz und Verfinsterung zu verbreiten. Beide drangen darauf, nicht bloss die letzte Uebereinkunft mit dem Nuntius, sondern das ganze Konkordat zu verwerfen, auf den Beschluss vom 14. Hornung 1828 zurückzugehen und auf der Grundlage jenes Beschlusses neue Unterhandlungen zur Erzielung eines bessern Konkordats anzuknüpfen. Was insbesondere das letzte Verkommniss mit der Nuntiatur (vom 2. Dezember) betrifft, so stellten sie die Erbärmlichkeit desselben in ihrer ganzen Blöse dar, und enthüllten vorzüglich die unbegreifliche Schwäche, mit der man abermals von Bedingungen, die man (in der Rathssitzung vom 11. Nov. 1828) „als unerlässlich für eine veste Willenserklärung" ausgesprochen hatte, abgegangen sey.

neu gestiftete Bisthum sich durch eine feierliche Protestation zu verwahren.

Dieses sey das Ziel, das der Stand Aargau im Auge behalten müsse, wenn er anders sich nicht demüthig und gehorsam einem fremden, von den andern Ständen und der geistlichen Macht gegebenen Gesetze unterwerfen, und nicht die Machtsprüche eines fremden Willens über seine heiligsten Interessen anerkennen wolle, dieses Ziel werde unfehlbar erreicht durch Konsequenz und Einheit. Wolle aber der grosse Rath die Bahn, welche Selbstgefühl, Wohl und Würde des Vaterlandes vorzeichnen, verlassen und sich unter ein fremdes Gebot beugen, so möge man ohne Zeitverlust der Nuntiatur und den Diözesanständen für ihren Beitrittsvorbehalt den schuldigen Dank erstatten und sie ehrerbietigst bitten, dass das Aargau auch noch jetzt von ihnen zu Gnaden auf- und angenommen werden möge [224]).

Leider war der grosse Rath für diesen männlichen und energischen Entschluss nicht mehr empfänglich. Die Regierung hatte durch ihr künstliches Spiel nur zu glücklich die beabsichtigte Stimmung in dieser Versammlung zur Reife gebracht. Die Majorität der Kommission trug durch Herrn *Reding* in einem umfassenden Gutachten auf die hier folgenden Punkte an. Wir müssen ausdrücklich bemerken, dass dieses Gutachten (des Herrn *Reding*) ganz mit dem Antrage der Regierung übereinstimmte (—, wie konnte das auch anders seyn! —) und nur in einer beschönigenden Form von ihm abwich. Gleichwohl rechnete man es sich später bei der Diskussion zum Verdienste an, dass die Mehrheit der Kommission ja ganz mit dem Antrage der Regierung übereinstimme. — Die einzelnen Punkte des Gutachtens waren folgende:

1) Der grosse Rath möge den vesten Willen erklären, dem Konkordate vom 26. März und dem neuen (verbesserten Langenthaler Grundvertrage vom 28. März beizutreten, sobald die Beiträge des Standes Aargau zum Bisthume durch eine Unterhand-

224) Dieses Gutachten bildet den zweiten Theil der trefflichen Schrift des Herrn Dr. *Feer:* Ueber das Bisthum Basel. 1828.

lung mit den andern Diözesanständen und die Wahlart der Domherrn durch eine Unterhandlung mit dem Nuntius vestgesetzt seyen.

Für diese Unterhandlungen möge der kleine Rath beauftragt werden.

2) In Betreff der Ernennungen der Domherrn auf derjenigen Wahlart zu beharren, welche dem Kantone Bern zugestanden sey — desgleichen auf einem, von dem päbstlichen Stuhle an den Bischoff zu erlassenden, Exhortationsbreve, keine der Regierung des St. Aargau unangenehmen Personen zu wählen. (Hiermit war das Patronatrecht gänzlich aufgeopfert worden.) —

Endlich vereinigte sich dieses Gutachten mit dem *Feerischen* in der Protestation gegen die Einverleibung des Frickthales in das neue Bisthum, bis der förmliche Beitritt nach Abschluss der Unterhandlungen geschehen sey. Dieser Artikel konnte indessen zu nichts mehr als zum Schein seyn, weil er zu der demüthigen Stellung, wozu dies Gutachten räth, durchaus nicht passt.

Am 11. Nov. begann die Diskussion. Vergebens bemühten sich die Herrn *Feer*, *Fetzer* von Rheinfelden, *Weissenbach* und *Zschokke* zu zeigen, dass das neue Konkordat alle Gebrechen des vorigen in sich trage, und dazu durch seine einseitige Entstehung gänzlich ungeeignet sey, von einer souveränen Behörde angenommen zu werden; die Mehrzahl des grossen Rathes sank unaufhaltsam in die von Herrn *Feer* bezeichnete Rolle herab; die Anträge der Majorität der Kommission wurden genehmigt und sofort den andern Diözesanständen ehrerbietigst der Wunsch des Aargaus ausgedrückt, dass bald eine Konferenz zur Veststellung der Bedingungen, unter denen der Stand Aargau beitreten möchte, eröffnet werde; zugleich wurde eine Deputation an den päbstlichen Nuntius abgeschickt, welche ihm denselben Wunsch mittheilen und über die Wahlart der Domherrn unterhandeln sollte.

B e s c h l u s s.

Die Deputirten des Kantons Aargau, welche den Beschluss des grossen Rathes dem Nuntius überbrachten, wurden, wiewohl

Am 13. Juli wurde in der Stiftskirche von Solothurn, in Gegenwart von Abgeordneten der Diözesanstände, die Bulle sammt dem landesherrlichen Placet förmlich und feierlich proklamirt. Dann ernannte der Nuntius die Domherrn — sämmtlich bekannte Anhänger der ultramontanischen Prinzipien.

Obgleich, nach kanonischen Gesetzen, Abänderungen in der Diözesaneintheilung nur durch Verkommniss zwischen dem apostolischen Stuhle und den betreffenden Landesregierungen zu Stande kommen können, so war gleichwohl in der Umschreibungsbulle das alte Bisthum Basel, das ehemalige Domkapitel und die Kathedrale aufgehoben und abgeschafft[222]) und eine neue Diözese mit neuem Bischoffssitze und Kapitel errichtet worden, ohne dass die Stände Basel und Aargau für die Gebietstheile, welche zu dem alten Bisthume Basel gehörten, nur befragt oder mit ihnen die nach den Canones nothwendige Uebereinkunft abgeschlossen worden wäre. Dies Verfahren reihte sich daher als würdiges Seitenstück an die Losreissung von Konstanz an. Dabei blieb die Nuntiatur nicht stehen. Eigenmächtig hatte der apostolische Stuhl das Schicksal dem neuen Bisthume in der Bulle zugetheilt und nun machte die Nuntiatur sogar den Versuch, diese Bulle eben so eigenmächtig in dem gedachten Aargauischen Gebietstheile, als ob keine landesherrliche Gewalt existire, proklamiren zu lassen. Dieser Schritt nöthigte die Aargauer Regierung für einen Augenblick aus ihrer künstlichen Passivität heraus zu treten und dem Baselschen Provikar im Frickthale die Kundmachung der Bulle bestimmt zu untersagen[223]).

Nachdem das ganze Bisthum, ohne alle Theilnahme des Standes Aargau, vollendet war (bis auf die Wahl des Bischoffs), forderte die Regierung desselben den grossen Rath (am 27. Okt.) zum Anschlusse an dasselbe auf. Jetzt erst hielt sie es für rathsam, der souveränen Behörde diesen Gegenstand zur Berathung vorzutragen. In einer Eröffnungsrede des Herrn Amtsbürgermeisters und einem ausgedehnten

222) „praeviâ *Basileensis* ecclesiae et capituli prioris status omni modo suppressione, extinctione et annullatione“ heisst es in der Bulle.

223) Siehe: Monatschronik 1828 Nov. *Feer* l. l.

Berichte der Regierung vom 20. Okt. 1828 wurde dem grossen Rathe eine ausführliche Geschichte der Bisthumsangelegenheiten seit dem 14. Febr. mitgetheilt — die dem Kantone freilich so fremd waren, wie die Verhandlungen im Divan — der Bürgermeister verglich dann sorgfältig das neue Konkordat mit dem alten, priess das erstere gehörig und schloss mit dem Antrage, dem kleinen Rathe zur Annahme desselben gewisse Vollmachten zu ertheilen, welche im Wesentlichen ganz dieselben waren, die hernach in dem Gutachten der grossen Rathskommission zum Vorschein kamen. Der grosse Rath wählte eine Kommission, und gab ihr den Auftrag, ihren Bericht am 10. Nov. abzustatten. Mitglieder der Kommission waren die Herrn *Jehle*, *Reding*, *Fischinger*, *Vorster*, *Feer*, *Bertschinger* und *Hürner*. Diese Kommission theilte sich abermals in eine Majorität und Minorität; die letztere bestand diesmal bloss aus Hrn. Fürsprech Dr. *Feer*; jede dieser beiden Sektionen verfasste ihr eignes Gutachten.

Am 10. Nov. wurden diese Gutachten dem grossen Rathe vorgetragen. Herr Dr. *Feer* unterwarf zuerst in dem seinigen das unbegreifliche Betragen der Regierung in ihrem absichtlichen Zurücktreten von aller Theilnahme an den Verhandlungen seit dem 14. Februar, einer offnen Prüfung; berührte dann die Vortheile des neuen Konkordats, die allein der Beharrlichkeit und Konsequenz des grossen Rathes zu verdanken seyen; ging darauf zu einer gründlichen Kritik der grossen, mit den wichtigsten Interessen des Kantons im Widerspruche stehenden, Gebrechen über, die fortdauernd diesem Vertrage ankleben, und stellte zuletzt, mit Verwerfung des Konkordats und mit standhafter Vesthaltung an dem Patronatsrechte die Schlussanträge: 1) dem kleinen Rathe, in Rückweisung auf den Beschluss vom 14. Febr. 1828 die fortwährende Bereitwilligkeit des grossen Rathes zu erklären, durch fortgesetzte Unterhandlung mit den übrigen Diözesanständen eine gemeinschaftliche Bisthumseinrichtung zu Stande zu bringen und künftighin einer, den gerechten Ansprüchen des Kantons genügenden Uebereinkunft die Genehmigung, die er sich auf jeden Fall vorbehalte, zu ertheilen. 2) Gegen die, einseitig und ohne Verkommniss mit dem Stande Aargau geschehene, Einverleibung des Frickthals in das

Zum Schlusse forderten sie die Oppositionspartei auf, nicht nachzugeben, sondern ihren Widerstand mit männlicher Vestigkeit fortzusetzen und, sollte der grosse Rath auf der bisher betretenen Bahn fortgehen, in den Protokollen eine energische Erklärung gegen dieses verderbliche Konkordat niederzulegen, auf welche sich dieser Körper in Zukunft stützen könne, wenn er die Nothwendigkeit fühle, zum Wohle des Landes andere Entschlüsse zu ergreifen.

Die Gegner, vorzüglich die Deputirten, die mit dem Nuntius abgeschlossen hatten, liessen sich auf eine ernstliche Widerlegung gar nicht mehr ein; ihre Bemerkungen waren nur eine Erklärung dessen, was die Regierung früher „weise Politik“ genannt hatte. Auf die allgemeinen Angriffe gegen das Konkordat erwiederten sie, dass solche Besorgnisse nur leere Phantome seyen; „die angezogenen Grundsätze des Kirchen- und Staatsrechts seyen zwar richtig, wären aber nur schöne Theorieen, durch welche die Jugend in den Schulen begeistert würde, von deren Unanwendbarkeit im Leben aber eine reifere Erfahrung überzeugen müsse“, — eine alle Würde des Lebens und der Wissenschaft zerstörende Behauptung, die hier zum erstenmal in der Schweiz war aufgestellt worden. Den letzten Vertrag mit dem Nuntius (vom 2. December) anlangend, behaupteten sie, dass den Beschlüssen des grossen Rathes vom 11. Nov. 1828, allerdings dadurch ein Genüge geschehen sey. „Zwar wäre das Verhältniss des Betrags zu den gemeinsamen Bisthumsanstalten durch eine Unterhandlung mit den Diözesanständen noch nicht ausgemittelt (— diese Ausmittelung hatte aber der grosse Rath am 11. Nov. „zu einer unerlässlichen Bedingung des Beitritts“ gemacht —), weil sich die Regierung überzeugt habe, dass dies jetzt noch nicht thunlich sey. Auch bei der Wahlart der Domherrn habe die, von dem grossen Rathe am 11. Nov. geforderte, Bestimmung, dass nämlich die Regierung den sechsfachen Vorschlag der Kandidaten für eine erledigte Domherrnstelle auf einen dreifachen reduziren solle (— abermals eine Bedingung, die für unerlässlich erklärt worden war —), nicht schicklicher Weise(!) in die mit dem Nuntius abgeschlossene Konvention aufgenommen werden können; dieselbe sey aber eine blosse Domestikalsache! (d. h. ohne Zwei-

fel: Regierungssache, persönliche Sache) und diese Bedingung sey nur durch den bestimmten Auftrag des grossen Rathes an den kleinen Rath gehoben"[226]). Noch nie war die Schwäche mit solchen Schwächen beschönigt worden.

Bei der Abstimmung fand sich, dass die Opposition bis auf 29 Glieder zusammengeschwunden war; viele Mitglieder stimmten für die Regierungsanträge, weil sie diese ganze Angelegenheit nun einmal für eine verlorne Sache hielten. Die Rathsmitglieder *Feer* und *Fetzer*, denen sich *Zschokke* anreihte, ungeschreckt durch die Misshandlungen, die ihm sein standhafter Eifer gegen das Konkordat zugezogen hatte — gaben eine förmliche Protestation gegen den Beschluss des grossen Rathes zu Protokoll. Diesen Schritt glaubten sie ihrer Ehre schuldig zu seyn. Denn ohne Beispiel ist die Gleichgültigkeit, mit welcher in dieser Angelegenheit ein souveräner Rath zusah, wie die Regierung durch gewandte List und Eigenmacht seine Beschlüsse umging und ihn allmählig zu einem Ziele hinführte, das er Anfangs nach reifer besonnener Erwägung auf das Heftigste verabscheut hatte.

Auch die übrigen betheiligten Stände traten nun nach und nach dieser Uebereinkunft bei; Basel jedoch klüglich mit dem allgemeinen Vorbehalte: in so fern die Bestimmungen derselben den Staatsrechten nicht zuwider seyen. Widerstand von Seiten dieser, wegen ihrer geringen katholischen Bevölkerung in dieser Angelegenheit unbedeutenden, Stände wäre zwecklos gewesen, nachdem Aargau den Kampf aufgegeben hatte. Hätte dieser Kanton die Opposition mit anfänglicher Kraft fortgeführt, so möchten jene Kantone sich, nicht ohne Gewicht, ihm angeschlossen haben, wozu sie nicht abgeneigt waren, und so hätte ein bedeutender Theil der Schweiz von den Fesseln des Konkordats befreit und selbst da, wo es eingeführt war, durch geistige Gegenwirkung von dort aus seine Kraft gebrochen werden können. Dass diese grosse Wohlthat der Schweiz nicht zu Theil wurde, — diese Schuld trägt lediglich der Bürgermeister *Herzog* von Aarau, welcher durch seine Talente und persönliche Kraft diesem ultramontani-

226) Siehe: Neue Zürcher Zeitung.

lediglich von der Energie, Einsicht und dem Patriotismus der obersten Staatsbehörden ab; der Kampf ist unvermeidlich.

In diesem Kampfe ist von der ältern Generation der Staatsmänner, besonders denen, welche das zwietrachtschwangere Konkordat vermitteln helfen, wenig zu erwarten; ihre Kraft ist durch die Gewohnheit, besiegt zu werden, gebrochen. Dagegen ist in den letzten Jahren ein neues Geschlecht von Staatsmännern aufgetreten, von welchem mehr zu hoffen ist; der Mittelpunkt dieser liberalen Partei, welche wir die ächteidgenössische nennen möchten, ist, sonderbar genug, gerade der frühere Sitz der ultramontanischen Häupter — Luzern [230]. Darf man aus den Wirkungen, durch welche sich diese Partei bereits zu erkennen gegeben hat, auf das Ziel, nach dem sie strebt, schliessen, so scheint sie allerdings den einzig wahren Weg betreten zu haben, auf dem allmählig die Mittel bereitet werden können, durch welche mit der Zeit die ultramontanische Partei in der Schweiz unfehlbar überwunden und die geistliche Gewalt in diejenige Stellung zurückgeführt wird, die ihr in einem wohlorganisirten Staate geziemt. Wenn die Schleusen der Kultur geöffnet, wenn namentlich wahre Pressfreiheit eingeführt und die öffentlichen Erziehungsanstalten fernerhin nicht mehr als Anhang der Kirche, sondern als Staatseinrichtungen betrachtet und den Händen des Klerus entwunden werden, so wird sich in dem ganzen Volkskörper eine Masse von Intelligenz verbreiten, welche den Grundideen der neuern Jahrhunderte unfehlbar den Sieg über die Idole des Mittelalters verleihen wird.

230) Treffend ist diese Partei geschildert in einer kürzlich erschienenen Schrift: Beherzigung bei Einführung der Pressfreiheit in der Schweiz. Zürich bei *Gesner* 1829.

II.

Urkunden der Schweizerkonkordate.

1.

Päbstliche Bulle für die Einrichtung des Bisthums Chur-St. Gallen nach dem, unter dem 1. Mai 1823 der Nuntiatur übergebenen, Entwurfe des katholischen Administrationsrathes in St. Gallen).*

(Aus der Allgemeinen Kirchen-Zeitung, Jahrg. 1824. Seite 110 ff.)

Art. 1. Die Kirche des H. Gallus zu St. Gallen soll zu einer Kathedralkirche erhoben werden. 2) Die St. Gallische Kathedralkirche wird auf immer, so wie gleich selbstständig, mit der Kathedralkirche von Chur vereiniget. 3) Das daraus entstehende Bisthum soll das Churische und St. Gallische, die für immer und gleich selbstständig vereiniget sind, genannt werden. Auf gleiche Weise führet auch der Bischoff den Namen Bischoff zu Chur und St. Gallen. 4) Die Bischöffe werden ihren Sitz einen Theil des Jahres in der St. Gallischen Diözese, den andern zu Chur halten. 5) Die Kathedralkirche zu St. Gallen wird ihr besonderes und von dem zu Chur geschiedenes Kapitel haben. 6) In St. Gallen wird unter Leitung des Bischoffs, ebenfalls ein besonderes und von Chur getrenntes Seminarium errichtet werden. 7) Für den Kanton St. Gallen wird der Bischoff einen besondern Generalvikar bezeichnen, welcher sammt seiner Kurie, den Aufenthalt in der St. Gallischen Diözese haben wird. 8) Das St. Gallische Domkapitel wird die gleiche Anzahl Domkapitularen wie das Kapitel zu Chur haben. Sieben sind als zu St. Gallen residirend, und acht als Forenses bezeichnet. Das residirende Kapitel besorgt die Seelsorge zu St. Gallen. 9) Diesem werden zum Chor

*) Die neusten, während des Druckes des zweiten Theils dieser Sammlung eingetretenen, Ereignisse, vorzüglich die Aufregungen der Schweiz, haben die angelegentlichen, vielseitig wiederholten Versuche, die Konkordatsurkunden der Schweiz im Original zu erlangen vereitelt und genöthigt, sie in teutschen Uebersetzungen zu geben.

kurz die Schweizerkirche ward ultramontanisirt. Vollendet wurde diese grosse Reform im Geiste des Klerus und in der kirchlichen Verfassung durch das Konkordat, worauf das Bisthum Basel ruht.

Was zweitens die Wirkung dieser Partei auf die Ansichten, Denkart und Kultur des Volks betrifft, so muss man die gebildeten Stände von der grossen Menge unterscheiden. Auf die letztere hat sie bereits den nachtheiligsten Einfluss ausgeübt. Das Ziel, nach dem sie strebt, ist, nicht allein die Kultur des Volks zu hemmen, sondern ihr auch eine bestimmte regressive Tendenz zu geben. Wenn wir nun behaupten, dass die Anhänger dieser Obskurantenpartei durch die vielfachen Versuche und Mittel, die wir beschrieben haben — durch das ewige Geschrei gegen Vernunft, Aufklärung und wissenschaftliche Kenntnisse (das „pur Zeitliche," wie sie es nennen), als führten sie zum Heidenthume, durch systematische Verbreitung des Aberglaubens, Feier von Religionsschlachten, Missionen, Inquisitionspredigten, Jesuitismus und wie all der heilige Unfug heissen mag — in Erzeugung von religiöser Verfinsterung, Bigotismus und blinder Hingebung an den Klerus im Glauben und Handeln grosse Fortschritte gemacht und einen bedeutenden Theil der wohlthätigen Wirkungen der letzten Dezennien bis 1815, auf allgemeine Volksbildung, insonderheit vermittelst eines verbesserten Systems der Volksschulen, wieder ausgetilgt haben, vorzüglich im Innern der Schweiz, wo sie Heerd und Heimath haben: so möchte die Wirklichkeit diese Behauptung nur zu sehr rechtfertigen. Einer der verderblichsten Theile dieses Verfinsterungssystems ist die Verbreitung religiöser Intoleranz, wodurch die Einheit des eidgenössischen Geistes in der Wurzel angegriffen wird; und eins der mächtigsten Mittel, dieses System aufrecht zu halten, ist der Einfluss des Klerus auf die Volksschulen. Dazu kommt, dass dasselbe leider! fortdauernd in mehrern Kantonen mit den Wünschen und Endzwecken der Aristokratenpartei zusammentrifft.

Auch auf die Ansichten der sogenannten gebildeten Stände hat diese Partei höchst schädlich eingewirkt. Derjenige Theil dieser Stände, dessen Ideenkreis durch Autorität von aussen bestimmt wird, hat dieselbe Richtung empfangen, wie der grosse

Haufe, nur in einer etwas verfeinerten Form[228]). Ausserdem hat die Geistlichkeit in dieser Klasse der Halbgebildeten eine absolute Abneigung gegen politische Reformen, die in der Schweiz so nothwendig sind, und gegen Pressfreiheit, ohne welche ihre nationale Entwickelung unmöglich ist, schon ziemlich verbreitet, wie aus den jüngsten Verhandlungen der grossen Räthe hervorging.

Was endlich die Resultate dieser hierarchischen Bestrebungen hinsichtlich des Verhältnisses der Kirche zur politischen Gewalt betrifft, so glauben wir diese am ausführlichsten in unserer Erzählung dargestellt zu haben. Schon die blosse Existenz eines Römischen — d. h. auf ultramontanischer Grundlage errichteten — Bisthums hat, wenn auch zwischen der weltlichen und geistlichen Gewalt vertragsmässig eine Linie gezogen ist, dennoch einen beständigen Kampf zwischen beiden Gewalten zur Folge; der Staat wird entweder von der Kirche abhängig oder zu einem ununterbrochenen Widerstande, gegen ihre Usurpationen aufgefordert. In der Schweiz ist das Erste in den Kantonen Wallis und Freiburg vollständig erfolgt[229]); das Letztere tritt mehr oder weniger in allen übrigen ein. Dazu kommt, dass jene Linie in der Schweiz gar nicht gezogen ist. Nur in Betreff einiger, allerdings höchst wichtiger Staatsrechte in Kirchensachen ist dies geschehen und zwar derjenigen, welche vertragsmässig in dem Konkordate selbst schimpflicher Weise aufgeopfert wurden. Diese sind also für immer verloren, die übrigen haben sich die Stände in dem Langenthaler Vertrage wechselseitig garantirt; diese hat aber der Pabst nicht anerkannt, vielmehr von neuem das Klementinische Anathema über sie ausgesprochen. Ihre Behauptung für die Zukunft hängt also

228) Wir können hier nicht die Bemerkung unterlassen, dass insbesondere bei dem schönen Geschlechte im Innern der katholischen Schweiz die mystischen Bücher der Obskurantenpartei vielfaches Uebel gestiftet haben, so wie die von dem Klerus beförderte Gewohnheit der Eltern ihre Töchter in die Pensionsanstalten zu Freiburg (d. h. zu den Jesuiten) zu schicken, um dort feine Bildung zu holen.

229) In diesen Kantonen steht der Staat unter den Jesuiten; keine bedeutende Staatshandlung erfolgt ohne ihre Mitwirkung. Wer sich ihnen widersetzt, ist seines Sturzes gewiss.

schen Paktum den Sieg verschaffte und dessen Gegner, bis auf die wenigen, die jedem Einflusse unzugänglich waren, nach und nach entwaffnete. Auch ermangelte er nicht, nach erhaltenem vollständigen Siege, dem Nuntius und dem Bischoffe *Salzmann* in Luzern persönlich seine Huldigung zu bringen und den gebührenden Dank von ihnen zu empfangen.

Wir haben hiermit die Geschichte der neuern Bisthumsverhandlungen in der Schweiz beendigt.

Unsere anfängliche Absicht war, zum Schlusse noch einige Betrachtungen über die Hauptresultate beizufügen, welche die gesammte bisher beschriebene, auf Ein Ziel gerichtete, Thätigkeit der Römischen Partei in der Schweiz hervorgebracht hat. Es wird indessen genügen, diese Resultate in wenigen Zügen zusammenzufassen.

Das erste und wichtigste Resultat ist, dass in dem Klerus die Episkopalpartei in der Schweiz unterging und dagegen die ultramontanische (welche die Bischöffe nur als Vikarien der unumschränkten päbstlichen Gewalt, welche das höchste Prinzip aller kirchlichen Macht sei, betrachtet) nicht nur die herrschende, sondern auch die einzige wurde. Das Verhältniss hatte sich also umgekehrt, indem während der Dauer der Helvetischen Republik und der Mediationsakte die erstere Partei, durch den Einfluss des Bisthums Konstanz, des Fürsten Primas *Dalberg* und der antihierarchischen Staatsmaximen, so zu sagen die alleinige in der Schweiz war und die Mitglieder der letztern nicht laut zu werden wagten.

Die Ursachen dieser grossen Revolution sind von uns hinlänglich entwickelt worden. Die geistlichen Wetterfahnen hatten, wie die politischen, mit dem Wechsel äusserer Verhältnisse sogleich die Farbe geändert. Aber auch kräftigere Mitglieder der Episkopalpartei unter dem Klerus unterlagen zuletzt den beständigen Verfolgungen. Die Opposition derselben, die gleich Anfangs zu vereinzelt und darum zu schwach war, erschlaffte allmählig und in den letzten Zeiten sind mehrere der ehemaligen Häupter in den Kantonen Aargau und Solothurn zu ihren Gegnern übergetreten; die geheimen Mitglieder derselben, die sich noch in diesen Kantonen befinden mögen, wagen keinen

Widerspruch mehr; mit der Errichtung des neuen Bisthums in Solothurn werden die letzten Reste dieser ketzerischen Faktion, wie sie der Generalvikar *Göldlin* nannte, in jenen Gegenden verschwinden.

Mit dieser Revolution im Geiste des Klerus war eine gleich grosse in der kirchlichen Verfassung vorgegangen. Das Episkopalsystem, d. h. die auf die Prinzipien desselben gegründete Konstitution der Kirche, wurde aus seiner mehr als tausendjährigen Herrschaft in der Schweiz verdrängt und statt dessen das, in Italien und auch nur dort geltende, Römische Kirchensystem (Papalsystem) eingeführt. Die mit meisterhafter Vestigkeit und Klugheit geleitete Entwickelung dieser entscheidenden Umwälzung haben wir in unserer Erzählung nachgewiesen. Zuerst wurden die kleinern Bisthümer unter Rom immediatisirt; dann der wichtigste Theil der katholischen Schweiz von dem Bisthume Konstanz, das auf den Grundsätzen der bischöflichen Verfassung beruhte, losgerissen, und durch diese Losreissung von all den alten historischen Garantieen abgetrennt, welche auch für die Schweiz jenes System gegen Rom geschützt hatten. — Keine andern Garantieen wurden an deren Stelle gesetzt; vielmehr begann nun der Nuntius, im Widerspruche mit diesen ehrwürdigen alten Konkordaten, wodurch die Selbstständigkeit und Freiheit der schweizerischen Kirche als Theil der Germanischen geschirmt wurde, diese Kirche zu ultramontanisiren. Zu diesem Behufe wurde das lange Provisorium angeordnet; Pabst und Nuntius sprachen die Grundsätze, nach denen die neue Gestaltung sich bilden sollte, (besonders über das Verhältniss der Bischöffe und Kapitel zu Rom, als den wichtigsten Punkt) deutlich aus und führten sie sogleich faktisch durch. Die Bischöffe erkannten diese Prinzipien an (siehe das Schreiben des Bischoffs von Chur an den Landrichter *Riedi*) die Konkordate mit St. Gallen und Schwyz wurden in diesem Systeme abgeschlossen, der Nuntius nahm eine Stellung ein, die unerhört war und die ihm nur in dem Papalsysteme zukommt [227]) —

227) Wer glaubt, wir sagten zu viel, der vergleiche die Gewalt, welche der Nuntius seit 1813 in der Schweiz ausgeübt hat, mit dem, was in der „Geschichte der staatsrechtlichen Kirchenverhältnisse der Schweiz" über die Nuntien gesagt ist.

und zur kirchlichen und pfarrlichen Aushülfe fünf Kapläne zugegeben. 10) Der Churische und St. Gallische Bischoff wird von den Kapitularen beider Domkapitel, welche sich dafür an einem Orte versammeln, durch gemeinsame Stimmen aus ihrer Mitte erwählt. 11) Für das erstemal werden die Domkapitularen und Domkapläne von dem heil. Vater aus St. Gallischen Weltgeistlichen, die dem katholischen Administrationsrathe nicht missfallen, ernannt. 12) In Zukunft ernennt solche der Bischoff und das Domkapitel, welche unter sich monatsweise abwechseln und zwar so: der Nennende legt dem katholischen Administrationsrathe ein Verzeichniss von sieben Geistlichen vor; dieser mag, wenn er will von diesen vier, die ihm weniger gefallen, für diessmal ausstreichen, muss aber immer drei zur freien Auswahl stehen lassen. Wählbar im Allgemeinen sind jene, welche die vom heil. Conzilium im Trient vorgeschriebenen Eigenschaften besitzen, und im besondern, die zugleich St. Gallische Diözesanbürger sind, und in dieser Diözese der Seelsorge, mit Klugheit und Eifer vorgestanden, oder in andern kirchlichen Aemtern, oder dem Bischoffe in Verwaltung der Diözese, oder in der Aufsicht des Seminariums, oder als Professoren der Theologie, sich verdient gemacht und ausgezeichnet haben. Wenn der Bischoff die Domkapitularen oder die Kapläne erwählt; so haben sie die kanonische Einsetzung vom Bischoffe selbst zu empfangen. Die Domkapitularen hingegen, welche von dem Kapitel erwählt worden sind, haben, bevor sie ihre Pfründen antreten, bei dem heiligen Stuhle die kanonische Institution nachzusuchen. 13) Das Domkapitel hat zwei Dignitarien — den Probst und den Dekan. Der erste wird für immer vom heiligen Stuhle, der andere vom Kapitel kanonisch gewählt. Letzterer hat, vor dem Antritte seiner Pfründe, bei dem heiligen Stuhle die kanonische Institution nachzusuchen. 14) Der Bischoff bezieht alle Jahre für sich, seinen Generalvikar und seine übrige bischöffliche Curia, nebst einer angemessenen Wohnung, ein Einkommen von siebentausend fünfhundert Gulden. Die residierenden Domkapitularen beziehen jeder, nebst angemessener Wohnung, eintausend Gulden, und die Kapläne jeder fünfhundert Gulden als jährliches Einkommen. Den Dignitarien soll vorerst und dann den Domkapitularen und den

Kaplänen, wenn der Fond angewachsen seyn wird, eine Zugabe bezahlt werden. Der Bischoff, die Domkapitularen und die Kapläne werden ihre Wohnungen in baulichen Ehren unterhalten. Die Kosten der Hauptbauten wird der katholische Fond tragen. 15) Die Domkirche wird zur Bestreitung ihrer Fabrica mit einem Kapital von Einmal hunderttausend Gulden ausgesteuert. 16) Dem bischöfflichen Seminarium wird, nebst genügsamen Holz und Möbeln, und einer nach Bedürfniss eingerichteten Wohnung, alljährlich dreitausend Gulden unter der Obliegenheit gegeben, dass durch drei von ihm zu bezahlende Professoren alle Fächer der Theologie gelehrt werden sollen. Was den Professoren weniger bezahlt wird, als die dreitausend Gulden, soll für Möbeln oder den Unterhalt der Alumnen verwendet werden. 17) Damit ein Fond vorhanden sey, aus welchem in jedem Fall das fehlende Einkommen der Domkapitularen und Kapläne ergänzt, und anderem Bedürfnisse des Seminariums oder der Kirche vorgesehen werden kann, sollen zehntausend Gulden Kapital bei Seite gelegt werden, welche sammt den davon abfallenden Zinsen, das Kapitel und der Bischoff verwaltet. 18) Als Grundkapital, um alle und jede in den Artikeln 14, 15, 16 und 17 benannten Ausgaben bestreiten zu können, sollen, theils in liegenden Gründen, theils in sicher verpfändeten Kapitalposten, fünfmalhundert und zehntausend Gulden angewiesen werden, welche, wie oben angemerkt, vertheilt werden sollen. 19) Die im Artikel 18 bestimmte Aussteuer verwaltet der Bischoff und das residirende Domkapitel, nach kanonischen Gesetzen, in eigenen Unkosten, und unter der verbindlichen Vorschrift, dass die Gelder immer auf sichere Unterpfänder im Kanton angelegt, und kein Geld ausser den Kanton gegeben werden dürfe. 20) Die Sporteln werden von dem Bischoffe mit Zustimmung des katholischen Administrationsrathes, festgesetzt. 21) Damit der Bischoff seine Diözes regieren möge, wird er alles dasjenige ungehindert ausüben können, was ihm in Kraft seines Pastoralamtes, sey es auch aus den Erklärungen oder aus den Verfügungen der heiligen Kanons, nach der gegenwärtigen und von dem heiligen Stuhle genehmigten Disziplin, zukömmt; und besonders steht es ihm zu, über kirchliche Gegenstände, und eben so über Ehesachen, welche nach dem

12ten Kanon der 24sten Session des heiligen Tridentinischen Konziliums vor den geistlichen Richter gehören, vor seinem Gerichte zu untersuchen und darüber abzuurtheilen. 22) Bei Vakaturen werden die Benefizialeinkünfte auf folgende Art bezogen: die Einkünfte eines Domkaplans fallen, während der Vakatur, der Kapitelskasse zu. Annoch durch drei Monate nach dem Tage der Begräbniss eines Domkapitulars, fällt das betreffende Salarium des Verstorbenen seinen Erben zu. Der Gehalt des Bischofs fliesst, vom Tage der Begräbniss an, dem neu zu wählenden Bischoffe zu. 23) Der Fond für die Aussteuer des Bischoffs und seiner Kurie, in 150,000 Fl. bestehend, soll sogleich ausgehändigt werden, sobald der heilige Vater die Bulle für Errichtung des neuen Bisthums wird erlassen haben. Die Aussteuer hingegen sowohl des Kapitels als des Seminariums wird, aus besonderer Bewilligung des heiligen Vaters, für so lange zurückgehalten, bis nach und nach so viel Fond, als nöthig und hierzu bestimmt ist, frei und verfügbar zu diesem Zwecke seyn wird. Damit aber dem Bischoffe in Regierung der Diözese bei der Wahl des folgenden Bischoffs nicht benachtheiligt werde, wird der heilige Vater angelegentlichst gebeten, das Domkapitel jetzt schon zu bestellen, wenn schon die Domkapitularen ihre Einkünfte noch nicht beziehen können.

2.

Urkunde des Konkordats für die Errichtung des Bisthums Basel, vom 26sten März 1828.

Art. 1. Die Kantone Luzern, Solothurn und der Theil des Kantons Bern, der durch den Wiener-Kongress abgetreten wurde, so wie der Kanton Zug, werden in Zukunft für ihre katholische Bevölkerung das Bisthum Basel bilden.

Art. 2. Die Residenz des Bischoffs und des Domkapitels wird in die Stadt Solothurn verlegt; dem zu Folge wird die Kollegiatkirche zu St. Urs und Victor (welche jedoch fortwährend Pfarrkirche bleiben wird) zur Domkirche und das Kollegiatkapitel zum Domkapitel des Bisthums Basel erhoben werden.

Art. 3. Das Domkapitel wird aus siebenzehn Domherren bestehen, wovon wenigstens 12 werden zur Residenz verpflich-

tet seyn, sowohl zur Aushülfe beim Gottesdienste, als um dem Bischoffe behülflich zu seyn. Aus der Zahl der 17 Domherren werden 10 auf alle den Bisthumssprengel bildende Kantone vertheilt, als konstituirende Domherren angesehen, mit dem Titel von Domkapitularen. Unter diesen 17 Domherren sind die noch lebenden Mitglieder des ehemaligen baselschen Domkapitels mitbegriffen; sie haben das Recht der Residenz, und sollte sich unter ihnen ein Würdeträger befinden, so wird ihm die Dekanswürde übertragen werden. Das Domkapitel wird zwei Würdeträger haben, einen Probst und einen Dekan.

Art. 4. Die Domkapitularen werden den geistlichen Rath des Bischoffs bilden.

Art. 5. Ihnen steht bei Erledigung des bischöfflichen Stuhls die Wahl des Bischoffs nach den Vorschriften des Art. 12 zu.

Art. 6. Die 10 Kapläne der Kollegiatkirche zu St. Urs und Victor werden für den Gottesdienst und andere religiöse Verrichtungen dem Domkapitel angeschlossen.

Art. 7. Die Fabrica des gleichen Kapitels, deren jährliches Einkommen auf ungefähr 2000 Schweizerfranken geschätzt werden kann, wird den Kirchenschmuck, die Verzierungen und überhaupt die zum Gottesdienste nöthigen Geräthschaften herbeischaffen und unterhalten. Um für die erwähnten Gegenstände auf angemessene Weise sorgen zu können, werden die für den Unterhalt des Bischoffs angewiesenen Einkünfte während der Erledigung des bischöfflichen Stuhls der gleichen Fabrica zugerechnet.

Art. 8. Zu Solothurn, dem Sitze des Bischoffs und des Domkapitels, wird ein Seminarium errichtet, für welches die Regierungen hinsichtlich der nöthigen Stiftungen und Gebäulichkeit Bedacht nehmen. Wenn noch andere Seminarien für nöthig erachtet werden, so wird der Bischoff solche im Einverständnisse mit den betreffenden Regierungen, die dafür die nöthigen Stiftungen und Gebäude hergeben werden, errichten. Vereint mit vier Domherrn verschiedener Kantone, wovon zwei durch den Bischoff und zwei durch das Domkapitel ernannt werden, leitet und verwaltet dieser die Seminarien.

Art. 9. Die Einkünfte des Bischoffs sind auf 8000 Schwei-

zerfranken festgesetzt. Die Einkünfte des Probstes des Kollegiatstiftes zu St. Urs und Victor sind dem Domprobste angewiesen. Die Pfründe des Domdekans erhält einen jährlichen Zuschuss von 800 Franken. Die jährlichen Einkünfte jedes residirenden Domherrn der Stände Luzern und Bern sind auf 2000 Franken festgesetzt. Die Domherrn, so wie die Kaplane von Solothurn und ihre Nachfolger, bleiben im vollen Genusse ihrer dem Kollegiatkapitel zu St. Urs und Victor gehörigen Pfründen. Hinsichtlich der nicht residirenden Domherren verpflichten sich die Regierungen, jedem derselben jährlich 300 Franken zu geben.

Art. 10. Ausser den bestimmten Gehalten werden dem Bischoffe und den residirenden Domherren ihrer Würde angemessene Wohnungen angewiesen.

Art. 11. Die Regierungen der Diözesanstände werden für den Unterhalt des Bischoffs, die Dompfründen und die Ausstattung der Seminarien sich mit dem heiligen Stuhle in einer spätern Unterhandlung verständigen, inzwischen werfen sie dafür gesicherte und bestimmte Einkünfte aus. Die Regierungen werden ihren freien regelmässigen Bezug, so wie ihre Unveräusserlichkeit gewährleisten; sie werden auch für den Unterhalt der Domherrenwohnungen sorgen. Für den Unterhalt der Domkirche, der bischöflichen Wohnung und der Gebäude des in Solothurn zu errichtenden Seminarium wird durch die Regierung von Solothurn gesorgt werden. Die Gebäude von Seminarien, die anderswo errichtet werden sollten, sind von denjenigen Kantonen zu erhalten, die es betreffen mag.

Art. 12. Die Domkapitularen haben das Recht, aus der Diözesangeistlichkeit den Bischoff zu wählen. Der zum Bischoff Gewählte wird vom heil. Vater die Einsetzung erhalten, sobald dessen kanonische Eigenschaften nach den für die schweizerischen Kirchen üblichen Formen werden dargethan seyn. Die Regierung von Solothurn ernennt den Probst auf die bisher übliche Weise. Die Ernennung des Dekans steht dem heiligen Vater zu. Die Regierung von Luzern hat das Ernennungsrecht zu den diesem Kantone zugehörigen Pfründen. Für die von dem Kantone Bern zu gebenden Domherren wird das Domkapitel zu jeder Wahl der Regierung dieses Standes ein Verzeichniss von

sechs Kandidaten vorlegen, welche drei davon streichen kann, worauf der Bischoff den Domherrn ernennt. Die zehn vom Kollegiatkapitel zu St. Urs und Victor herrührenden Pfründen werden auf die bisher übliche Weise besetzt. Die Regierung von Solothurn wird unter den Besitzern dieser Pfründen die sie betreffende Zahl von Domkapitularen bezeichnen, worunter sich der von dieser gewählte Probst befinden wird. Der dem Kanton Zug vorbehaltene, nicht zur Residenz verpflichtete Domherr wird von der Regierung dieses Standes ernannt. Der zum Domherrn Gewählte muss entweder Angehöriger des Kantons seyn, dem die Pfründe gehört, oder in demselben geistliche Verrichtungen versehen, und in diesen beiden Fällen die folgenden Eigenschaften besitzen: Er muss Weltpriester seyn, eine mit Seelsorge verbundene Pfründe wenigstens vier Jahre lang mit Eifer und Klugheit versehen haben, oder dem Bischoff in der Verwaltung der Diözese oder der Seminarien behülflich gewesen seyn, oder sich als Professor der Theologie oder des kanonischen Rechts ausgezeichnet haben. Die erste Ernennung der Domherren ist dem heil. Vater vorbehalten.

Art. 13. Dem gleichen Domherrn kann nicht mehr als eine Würde übertragen werden; die des Probstes und des Dekans können nicht durch Domherren des gleichen Kantons bekleidet werden.

Art. 14. Der Bischoff wird in die Hände der Abgeordneten der das Bisthum Basel bildenden Stände den folgenden Eid leisten: „Ich schwöre und gelobe auf das heilige Evange-„lium Treue und Gehorsam den Regierungen der Kantone, aus „denen das Bisthum Basel besteht. Ueberdies gelobe ich, we-„der in noch ausser der Schweiz ein Verständniss zu pfle-„gen, an einem Rathschlage Theil zu nehmen, und eine ver-„dächtige Verbindung zu unterhalten, welche die öffentliche „Ruhe gefährden könnte, und sollte ich je Kenntniss erhalten „von einem dem Staate schädlichen Komplotte, sey es in mei-„ner Diözese oder anderswo, so werde ich die Regierung davon „in Kenntniss setzen.“

Art. 15. Es wird hier die feierliche Versicherung gegeben, dass, wenn früher oder später der Sitz des Bischoffs und des Domkapitels ausser die Stadt Solothurn verlegt werden soll-

te, alsdann das Stift zu St. Urs und Victor wieder auf den gleichen Fuss werde hergestellt werden, auf dem es sich zur Zeit seiner Erhebung zum Domkapitel befunden hat.

Art. 16. Der Beitritt zur neuen Umschreibung des Bisthums Basel ist den Kantonen Basel und Aargau für ihre katholische Bevölkerung, die nicht schon einbegriffen ist, vorbehalten und gesichert, so wie dem Kanton Thurgau, nach den durch obigen Vertrag festgesetzten Grundlagen. Im Falle, dass einer oder der andere der benannten Kantone beitreten würde, so wird das bischöffliche Tafelgut bis auf das Maximum von 10,000 Schweizerfranken nach dem Massstabe der katholischen Bevölkerung des beitretenden Kantons vermehrt. Wenn die Vereinigung aller oben genannten Kantone Statt finden sollte, so soll die Diözese mit einem Weihbischoff versehen werden, den der Bischoff wählen, und dem die Diözesankantone ein jährliches Einkommen von 2000 Schweizerfranken sichern werden. Jede weitere Anordnung in Bezug auf den Beitritt der erwähnten Kantone ist einer spätern Uebereinkunft vorbehalten. Die Ratifikationen dieser gegenwärtigen Uebereinkunft, die in Doppel ausgefertigt und gesiegelt worden, sollen so bald immer möglich ausgefertigt werden. So geschehen zu Luzern, den 26. März 1828.

3.

Bulle Pabst Leo XII. für die Einrichtung und Begränzung des Bisthums Basel.

(Aus der Athanasia, einer theologischen Zeitschrift etc. von Dr. *Benkert*, 1828. III. Bd. III. Heft Seite 536 ff.)

Leo, Bischoff, Diener der Diener Gottes, zum ewigen Andenken der Sache.

Die Aufrechthaltung der Bischoffssitze gehört in der That unter die Hauptpflichten Unsres Apostolischen Amtes. Wir sollen Uns angelegen seyn lassen, auf alle mögliche Weise zu thun, was immer zur Aufnahme der katholischen Religion, zur Zierde der Kirchen und zum Vortheile und Nutzen der Christgläubigen zuträglich scheint. Mit innigsten Schmerzen sehen

Wir, wie in den vergangenen höchst bedauerungswürdigen Revolutionsjahren das ganze Kirchenwesen, zumal in einigen Ländern, in die grösste Verwirrung gerieth; und hielten es also für Unsere Oberhirtenpflicht, so vielen Uebeln nach Unserem Vermögen dadurch allmählig abzuhelfen, dass wir wieder neue Kathedrale errichten, Domkapitel einsetzen, die Gränzen der Bisthumssprengel bestimmen, und ihnen hinlängliche Einkünfte anweisen, damit jede Diözese von ihrem eigenen Bischoffe so, wie die heiligen Canones es vorschreiben, verwaltet werden könne. Da Wir nun dieses Ziel anstrebten, und Uns nicht unbekannt war, das Bisthum Basel, ehemals durch seine weite Ausdehnung und angesehenen Bischöffe hochberühmt, wovon noch grosse und glänzende Denkmale Zeugnisse ablegen, sey während der vorübergegangenen schrecklichen Umwälzung in eine wahrhaft elende Lage herabgesunken, indem seine Kathedralkirche ausgeplündert, das Domkapitel aufgehoben, der Diözesanfond weggenommen und der Bisthumssprengel verenget worden; so dachten Wir ernstlich darüber nach, was sich wohl für Mittel gegen diesen Uebelstand ort- und zeitgemäss anwenden liessen, zogen auch diejenigen in Unsere Berathung, welche es zunächst anging, und erachteten es endlich für zweckmässig, den bischöfflich Baselschen Sitz in die Stadt Solothurn zu verlegen, und Alles, was die Errichtung des Domkapitels sowohl, als die Kathedralkirche selbst belangt, auf eine angemessene Weise, wie unterhalb angeführt steht, festzusetzen. Willens also, für die geistliche Regierung dieser bischöfflichen Kirche und Diözese, soviel Uns im Herrn möglich ist, Sorge zu tragen, mit voller Sachkenntniss und nach reifer Ueberlegung, heben Wir vorläufig, vermöge Unserer apostolischen Vollmacht die ehemalige Kathedrale und das alte Domkapitel von Basel auf, und schaffen es ab; und machen auch dem Kollegiatstifte der heiligen Ursus und Victor in Solothurn ein Ende; erheben diese Stadt zur bischöfflichen Stadt, und besagte Kirche der heiligen Ursus und Victor die bisher Stifts- und Pfarrkirche gewesen, zur Kathedrale, versetzen den bischöfflich Baselschen Sitz dahin, gründen und errichten daselbst unter Beibehaltung des Pfarrrechts das Baselsche Domkapitel und übergeben und bestimmen für immer diesen neuen Sitz, Dom-

kapitel und Diözese Unserm ehrwürdigen Bruder, *Franz, Xaver von Neveu*, wirklichem Bischoffe von Basel, und seinen Nachfolgern im Hirtenamte, nebst allen respectiven Rechten, Vorzügen, und Privilegien, die ihnen gesetzlich gehören. Das neue Domkapitel erwähnter Kathedralkirche soll nach Unserem Willen aus siebzehn Domherrn bestehn, worunter der Domprobst als erster Würdeträger nach dem Bischoff und der Domdechant als zweiter Würdeträger begriffen seyen; unter diese siebzehn Domherrn sollen nebst ihrem Probste die neun Chorherrn des bisherigen und von Stund an aufgehobenen Kollegiatstiftes, drei Geistliche des Kantons Luzern, drei aus dem Kantone Zug gehören. Im Falle, dass noch Domherrn des alten Basler Domkapitels beim Leben wären, müssen dieselben in das neue Kapitel aufgenommen werden, und wäre einer von ihnen ein Würdeträger gewesen; so soll ihm die Dechantenstelle im neuen Kapitel zugewiesen seyn.

Das Kapitel zerfällt in zwölf Präbenden der Residirenden und fünf Nicht-Residirender. Residirende, welchen der Chordienst zuerkannt ist, sind die zehn Domherrn von Solothurn, einer aus den 3 Domherrn von Luzern und gleichfalls Einer aus den Dreien von Bern. Nicht-Residirende sind die andern zwei Domherrn von Luzern sowohl, als auch von Bern und Einer vom Kantone Zug. Zehn aus diesen siebzehn Domherrn, unter denen auch die beiden Würdeträger mit begriffen sind, bilden den Rath des Bischoffs, haben aktiv- und passiv Stimme im Kapitel, und das Recht, den Bischoff auf zu bestimmende Weise zu erwählen; dieselben sind drei Domherrn von Solothurn, nämlich der Domprobst und noch zwei andere Domherrn, deren Erwählung von ihrer Kantonsregierung abhängt, die drei Domherrn von Luzern, die Dreie von Bern, und der von Zug. Weil laut kanonischen Satzungen die Kathedralkapitel eine Präbende für Einen Theologen und Eine für einen Pönitentiarius haben sollen, so empfehlen Wir Unserm ehrwürdigen Bruder, dem jedesmaligen Bischoff von Basel, angelegentlichst sobald möglich zwei Präbenden für zwei Domherrn, deren Einer Theolog, der Andere Pönitentiarius seyn muss, zu bestimmen und legen es ihm auf sein Gewissen. Wir befehlen

auch, es sollen die zehn Kapläne der bisherigen Kollegiatstifte als Kapläne des neuen Domkapitels fortbestehen und bei den kirchlichen Funktionen der Kirche und dem Domkapitel mit Anstand ihren Dienst versehen. Nach solcher Bildung des Domkapitels verleihen Wir den zehn Domkapitulaturen, die den Rath des Bischoffs ausmachen, das Recht, binnen drei Monaten aus dem Diözesanklerus mit Beobachtung der kanonischen Regeln den künftigen und jedesmaligen Bischoff von Basel zu erwählen, geben ihnen jedoch zugleich die Weisung, das Wahlinstrument in authentischer Form, wie es üblich ist, an den heiligen Stuhl zu senden. Wenn dann die Wahl als kanonisch erkannt wird und sich aus dem Untersuchungsprozess nach der den Schweizerbisthümern gewöhnlichen Form bewährt, der Erwählte habe wirklich die gehörigen kanonischen Eigenschaften; bestätigt der heilige Stuhl die geschehene Wahl und gibt dem Erwählten durch apostolischen Brief die kanonische Einsetzung. Ist hingegen die Wahl unkanonisch vor sich gegangen, oder ergiebt es sich, dass der Erwählte vorerwähnte Eigenschaften nicht hat; so erlauben Wir dem Domkapitel aus besonderer Gnade zu einer neuen Wahl nach kanonischer Art zu schreiten. Die erste Besetzung der Würde und Domprähenden behalten Wir Uns vor. Bei den künftigen Erledigungen bleibt nur die Besetzung der Dechantenstelle für alle Zeit dem apostolischen Stuhle vorbehalten. Der Regierung von Solothurn soll ihr altes Recht verbleiben, den Domprobst und ihre Domherrn, welche ihre Einsetzung wie bisher erhalten sollen, zu ernennen; jener von Luzern gewähren Wir das Privilegium, die drei Domkapitularen ihres Kantons zu erwählen. Für die jedesmalige Erwählung der drei Domkapitularen des Kantons Bern machen die Domkapitularen ein Verzeichniss von sechs Klerikern für die Regierung von Bern; diese ist berechtigt, höchstens drei auszustreichen; und aus dem Ueberrest ernennet der jedesmalige Bischoff den neuen Domherrn. Ein Domherr kann nur Eine Würde bekleiden; auch dürfen der Domprobst und Domdechant niemals aus dem gleichen Kantone genommen werden. Bei der Wahl der Domherrn ist wohl zu beobachten, dass, wer zum Domherrn erwählbar seyn soll, entweder angehöriger des Kantons seyn muss, dessen Präbende erledigt ist, oder

daselbst in einem geistlichen Amte stehen; ferner muss er Weltpriester seyn, wenigstens vier Jahre lang eine mit Seelsorge verbundene Pfründe mit Klugheit und Pünktlichkeit versehen haben, oder dem Bischoffe in der Verwaltung des Bisthums oder Seminars behülflich gewesen seyn, oder endlich Theologie oder Kirchenrecht und geistliche Fächer mit Nutzen gelehrt haben. Ueberdiess bestätigen Wir Alles, was vormals in Bezug auf die Absonderung von der Diözese Basel angeordnet worden; erklären vorläufig die Zustimmung Aller, die etwa daran Theil haben mögen, für unnöthig; trennen auch, insoweit es bedarf, von jeder andern Diözese alle jene Theile, die bisher dem wirklichen Bischoffe von Basel zur Verwaltung Namens des heiligen Stuhles übergeben worden waren, los; sondern auch die andern Pfarrkirchen davon ab; und beschliessen durch vorliegende Bulle, das neue hinlänglich grosse Bisthum Basel soll von nun an künftighin in sich schliessen die ganzen Kantone Luzern und Solothurn; jenen Theil des Kantons Bern, welcher durch den Wiener Vertrag an diesen Kanton war abgetreten worden und den Kanton Zug mit ihren katholischen Einwohnern, wie auch die Bezirke und Pfarreien der Kantone Basel und Aargau, welche bisher zur Diözese Basel gehört haben und noch gehören. Es können aber auch der Kanton Thurgau und jene Theile der Kantone Basel und Aargau, so ehemals dem Bisthume Konstanz einverleibt waren, auf eine Weise, die noch zu bestimmen ist, in die Diözese Basel eintreten. In diesem Falle bestätigen Wir vorerwähntem bischöfflich Baselschen Sitze, der dem apostolischen Stuhle unmittelbar unterworfen ist, das Recht, einen Weihbischoff zu haben, um im ganzen Bisthumssprengel jene Verrichtungen zu thun, wozu nur die Bischoffsweihe berechtigt. Die Ernennung des Weihbischoffs, welche üblicher Weise vom Pabste geschehen müsste, bleibt für immer dem jedesmaligen Bischoffe von Basel frei überlassen. Um für den gebührenden und anständigen Unterhalt des wirklichen und jedesmaligen Bischoffs von Basel, seines Suffragans, insofern desselben Ernennung Platz finden sollte und des Domkapitels schicklich und dauerhaft Sorge zu tragen, verordnen Wir: es sollen für die bischöffliche Tafel alle Jahr acht Tausend Schweizerfranken abzugsfrei aus-

gesetzt seyn, welche sich jedoch durch die Theilnahme, Anschliessung und Verbindung der andern drei Kantone, deren oben Erwähnung geschah, bis zur Summe von zehn Tausend Franken gleicher Währung nach dem Verhältnisse der katholischen Einwohner eines jeden, zur Baseler Diözese gehörigen Kantons vermehren werden. Für den Weihbischoff sind jährlich zwei Tausend Schweizerfranken bestimmt; der Domprobst, die neun Domherrn und die zehn Kapläne behalten das gleiche Einkommen, das sie, ehe die Solothurner Kollegiatstifte aufgehoben wurden, genossen; der Domdechant soll noch zur Dompräbende eine Zulage von acht Hundert Franken erhalten; jeder residirende Domherr aus den Kantonen Luzern und Bern zwei Tausend Franken und jeder von den Nichtresidirenden drei Hundert Franken. Diese Jahresgehalte, deren Fundirung vermittelst eines später abzuschliessenden Vertrages gehörig bestimmt werden wird, bezahlen indessen die respectiven Kantonsregierungen, die sich zu dessen Erfüllung in gültiger Form verpflichtet haben. Dem Bischoffe von Basel, seinem Suffragan und sämmtlichen residirenden Domherrn werden von den Regierungen die nöthigen Domherrnwohnungen verschafft. Für den Unterhalt der Domkirche und die bischöffliche Wohnung wird die Regierung von Solothurn sorgen. Der Bestand der Kathedralfabrik und die nothwendigen Ausgaben für die kirchlichen Paramente, Geräthschaften und den Gottesdienst sind gedeckt durch das jährliche Einkommen von zwei Tausend Schweizerfranken, die schon vorher der Fabrik des ehemaligen Solothurner Kollegiatstifts angewiesen waren; und um hierfür noch reichlicher bedacht zu seyn, sollen zu diesem Zwecke auch die Tafeleinkünfte verwendet werden, welche während der Erledigung des bischöfflichen Sitzes verfallen. Dem also neuerrichteten Domkapitel theilen Wir die Vollmacht mit, Verordnungen und Satzungen zu machen, die jedoch den heiligen Canones und apostolischen Konstitutionen keineswegs zuwider seyn dürfen, und vom Bischoffe ausdrücklich genehmigt werden müssen, und sich aller Ehren, Insignien und Privilegien zu erfreuen, welche andere Domkapitel in der Schweiz haben, wenn selbe nur nicht unter einem mit Beschwerde verbundenen Titel erworben sind. Sollte sich etwa aus irgend einer

Ursache der Fall ereignen, dass späterhin der Sitz des Bischoffs und das Domkapitel kanonisch anderswohin verlegt würde; so wird das Kollegiatstift der Heiligen Urs und Victor wieder in den gleichen Stand herabgesetzt, worin es sich befunden, ehe es zu den Rechten eines Domkapitels gelangt war. Wir finden es in der That nöthig, zu beschliessen und zu gebieten, dass man auf eine schickliche und dauerhafte Weise für den Unterhalt der alten, jetzt aufgehobenen Kathedralkirche von Basel und für die Kosten des in ihr zu haltenden Gottesdienstes Vorsorge treffe. Ueberdiess wollen Wir: Unser ehrwürdiger Bruder, der Bischoff von Basel, soll in der Stadt Solothurn ein geistliches Seminar für die Jugend errichten, wo junge Kleriker bequeme Kost und gehörige Unterweisung erlangen; für desselben nöthige Gebäulichkeit und freies jährliches Einkommen haben die Kantonsregierungen zu sorgen. Wenn noch andere Seminare in anderen Kantonen für nöthig erachtet würden, wird sie der Bischoff im Einverständniss mit den respectiven Regierungen, die, wie oben, nöthige Wohnung und freie jährliche Einkünfte dazu beitragen werden, errichten. Der Bischoff hat, laut Vorschrift des Kirchenrathes von Trient allezeit über die Leitung und Verwaltung und den heilsamen Unterricht dieser Seminare zu wachen, wobei ihm vier Domherrn verschiedener Kantone, von denen zwei durch den Bischoff selbst und zwei durch den Rath des Bischoffs erwählt werden, behülflich sind. Wir befehlen: erwähnte bischöfflich Baselsche Kirche soll gemäss ihrer, jetzt, wie oben, angewiesenen Tafeleinkünfte üblichermassen für zwölf Hundert und vierzig Goldgulden der apostolischen Kammer taxirt seyn, und diese Taxe in die Bücher besagter Kammer eingetragen werden. Wir erlauben dem Bischoffe, vor Abgeordneten der Kantone, die das Gebiet des Bisthums Basel ausmachen, folgenden Eid der Treue zu leisten:

„Ich schwöre und gelobe auf das heilige Evangelium Treue „und Gehorsam der Regierung jener Kantone, aus denen die „Baseler Diözese besteht. Auch verspreche ich, weder in noch „ausser der Schweiz ein Verständniss zu pflegen; an einem „Rathschlage Theil zu nehmen und eine verdächtige Verbin-„dung zu unterhalten, wodurch die öffentliche Ruhe gefährdet

„werden könnte; und sollte ich von einem für den Staat verderblichen Komplotte in meinem Bisthumssprengel oder anderswo Kenntniss erlangen; so will ich es der Regierung „entdecken."

Um diess Alles und Jedes so, wie Wir es oben angeordnet haben, recht und geschwind ins Werk zu setzen, erwählen Wir Unsern geliebten Sohn, den wirklichen apostolischen Nuntius in Luzern und bei desselben Abgange den Geschäftsträger des heiligen Stuhls in der Schweiz zum Vollzieher gegenwärtiger Bulle und ordnen ihn hierzu ab, geben ihm auch die nöthigen und schicklichen Vollmachten, entweder in eigner Person oder durch eine andere in kirchlicher Würde stehende Person, die jedoch speziell von ihm zu bevollmächtigen wäre, Alles, was oben angeordnet worden, zu thun, festzusetzen, anzuordnen, zu beschliessen, und jede Einsprache gegen Obiges, die wie immer etwa im Vollziehungsakte erfolgen möchte, in Untersuchung nehmen, und frei darüber den ganz entscheidenden Spruch fällen zu dürfen und zu können. Auch soll man niemals gegenwärtige Bulle, nebst ihrem ganzen Inhalte, deswegen, dass nicht alle wahre oder vorgebliche Interessenten angehört worden seyn, und ihre Einwilligung dazu gegeben haben, als unterschlichen oder überschlichen oder ungültig, oder als mangelhaft in Beziehung auf Unsere Meinung oder auf was immer für eine andere, wiewohl wesentliche Sache, rügen, anfeinden oder in Widerspruch setzen können; sondern sie soll allezeit und fortwährend gültig und kräftig seyn und bleiben, ihre volle und gänzliche Wirkung haben und behalten, und von Allen, die es angeht, unverletzlich beobachtet werden; und im Falle, dass Jemand, von was immer für einem Ansehen, wissentlich oder unwissentlich in etwas gegen dieselbe anstossen würde, erklären Wir seinen Akt für ganz ungültig und nichtig. Es sollen auch dieser Bulle keinen Eintrag thun können, weder die Vorschrift von der Freiheit des Rechtansuchens, noch andere aus Unsern und der apostolischen Kanzelei Regeln und apostolischen Konstitutionen und Verfügungen, noch die Satzungen und Gewohnheiten, sogar Privilegien und Indulte vorerwähnter Kirchen, auch wenn sie durch einen Eid eine apostolische Bestätigung oder, wie immer, bekräftigt wä-

ren, noch etwas Anderes, das sonst einer besondern und namentlichen Erwähnung bedürfte und im Gegensatze läge. Wir wollen: der Vollzieher dieser Bulle soll von allen und jeden Akten, welche in Vollziehung derselben geschehen, Abschriften in authentischer Form, sobald möglich, an die heilige Kongregation über die Konsistorialangelegenheiten zur Aufbewahrung in ihrem Archive übersenden. Ueberdiess soll den Abschriften und auch den gedruckten Exemplaren gegenwärtiger Bulle, wenn sie von einem öffentlichen Notar unterschrieben, und mit dem Siegel einer, in einer Kirchenwürde stehenden Person versehen sind, in und ausser Gericht völlig so viel Glauben beigemessen werden, als dem Originale selbst, wenn es überreicht oder vorgewiesen würde. Keinem einzigen Menschen sey es erlaubt, diese Akte Unserer Aufhebung, Abschaffung, Vernichtung, Uebersetzung, Errichtung, Zueignung, Anweisung, Anbefehlung, Auftragung, Wegerkennung und Willensmeinung zu verletzen oder ihr vermessentlich entgegenzuhandeln. Sollte sich Jemand unterfangen, dieses zu thun; so wisse er, dass er sich die Ungnade des Allmächtigen Gottes und seiner heiligen Apostel, Peter und Paul, zuziehe.

Gegeben zu Rom bei S. Peter im Jahre der Menschwerdung des Herrn 1828, den 5. May, im fünften Jahre Unserer Päbstlichen Regierung.

(L. S.) *Pacca*, Pro-Dat.
Für den Herrn Kardinal *Albani*
F. Capaccini, Substitut.

Vis. von d. Curia
D. Testa.

4.

Päbstliche Bulle für die Vereinbarung der Kantone Aargau und Thurgau mit dem Bisthume Basel; vom 23sten März 1830.

(Aus dem „Kanonischen Wächter“ u. s. w. Herausgegeben von *Alex. Müller*, 1830. Nr. 18.)

Pabst *Pius VIII.* zu ewigem Gedächtnisse. Für das Heil der Seelen, gemäss der Uns übertragenen Verwaltung der all-

gemeinen Kirche eifrig besorgt, richten Wir gern die Verfügungen Unserer apostolischen Gewalt dahin, wo wir zur Förderung ihrer Worte günstigere Verhältnisse eintreten sehen. Wir haben deswegen mit geneigter Gesinnung vernommen, was, zur Bewerkstelligung des Beitritts der Kantone Aargau und Thurgau zum Bisthume Basel, dem ehrwürdigen Bruder *Petrus*, Erzbischoff von Tarsus, Unserm Nuntius bei den Schweizern, mit den von den Regierungen dieser Kantone hierzu beauftragten wohlgebornen Männern verhandelt wurde. Daher Wir, nach genauer Untersuchung dieser ganzen Angelegenheit, mit dem Wunsche, für die geistliche Leitung des dortigen Volkes erspriesslich zu sorgen, in völliger Sachkenntniss, nach reiflicher Ueberlegung und kraft apostolischer Machtvollkommenheiten, die katholische Bevölkerung des Kantons Aargau, nämlich sowohl die jenes Gebiettheils, der vom Bisthume Konstanz getrennt wurde, als die desjenigen, der ehemals unter der alten bischöfflichen Kirche von Basel stand, so wie auch die katholische Bevölkerung des ebenfalls vom Bisthume Konstanz getrennten Kantons Thurgau der Diözese des Bisthums Basel, welche durch die von Pabst *Leo XII.*, Unserem Vorfahren seel. Andenkens, hinsichtlich der neuen Umschreibung jener Diözese erlassenen Bulle jüngst errichtet wurde, auf ewige Zeiten zuweisen und zutheilen. Wir wollen aber, dass drei Domherrn aus dem Kantone Aargau in das Kapitel der Domkirche zu den Heil. Urs und Victor in Solothurn aufgenommen werden, nämlich: ein residirender und zwei nicht residirende, Forenses genannt, und dass überdiess noch ein nichtresidirender aus dem Kanton Thurgau beigefügt werde, ganz unter den gleichen Vorschriften und Bedingungen, welche durch die erwähnte apostolische Bulle für die Domherrn des Kantons Bern festgesetzt sind, die Wir aber sämmtlich, Kraft dieser Bulle, für die Wahlart der Aargauischen und Thurgauischen Domherrn bestätigt und genehmigt erklären. Dem zufolge wollen Wir, bei Ernennung derselben das vorzüglich und sorgfältig beachtet wissen, dass sie nicht nur in jenen Kantonen, für welche sie eine Domherrnstelle erhalten sollen, Bürgerrecht und Wohnsitz haben, sondern überdiess mit den für die Domherrn überhaupt vorgeschriebenen Eigenschaften begabt seyen, oder der kirchlichen Ver-

waltung nützliche Dienste im Kanton geleistet haben. Es werden daher dem, nach Vorschrift der erwähnten Bulle schon eingesetzten Domkapitel vier Domherrn beigefügt werden, nämlich ein residirender und zwei nicht residirende, oder Forenses, für den Kanton Aargau, und gleichfalls ein nichtresidirender, oder Forensis, aus dem Kantone Thurgau. Diese vier Domherrn werden einen Bestandtheil des bischöfflichen Senats bilden, im Kapitel Aktiv- und Passivstimmrecht haben und das Recht geniessen, den Bischoff zu wählen, und folglich wird das gesammte Domkapitel aus 21 Domherrn bestehen, von denen 13 zu der Klasse der residirenden gehören, 8 aber nicht residirende oder sogenannte Forenses seyn werden. Wir befehlen ferner und verordnen: dass die beiden Kantone Aargau und Thurgau alle jene Rechte zu geniessen haben sollen, welche im Allgemeinen und überhaupt durch dieselbe apostolische Bulle den Kantonen Luzern, Bern, Solothurn und Zug verliehen wurden, so wie auch, dass sie zu den nämlichen Beschwerden und Obliegenheiten verpflichtet seyn, welche den erwähnten Kantonen durch eben jene Bulle auferlegt wurden. Damit nun aber die Vollziehung dieser Verfügungen, von denen Wir einen guten Erfolg für das Heil der Seelen zuversichtlich erwarten, beschleuniget werde, übertragen Wir die Vollziehung derselben dem geliebten Sohne *Michael Viale*, welcher für den apostolischen Nuntius bei den Schweizern Unsere und dieses apostolischen Stuhles Geschäfte gegenwärtig führt, und Wir ertheilen demselben alle nothwendigen und dienlichen Vollmachten, damit er von sich aus oder durch eine andere, wenigstens in kirchlicher Würde stehende Person, diese Unsere Verordnung vollziehen lasse, und das beschliesse, was er für diese Angelegenheit das erspriesslichste im Herrn erachten mag. Wir wollen auch, dass er die Akten und Beschlüsse der Vollziehung an die Konsistorialkongregation zur Aufbewahrung einsende. Diesem sollen weder apostolische Satzungen und Verordnungen entgegen stehen, noch andere, wenn auch einer ausdrücklichen, besonderen und eigenen Erwähnung würdige, selbst durch Eide, apostolische Bestätigung oder irgend eine andere Versicherung bekräftigte Statuten, Uebungen, auch Privilegien, Indulte und apostolische Bullen, die, im Widerspru-

che mit dem Obenangeführten, wie immer bewilligt, oder erneuert worden wären, welche alle und jede, deren Inhalt Wir, als in dieser Bulle vollständig und genügend ausgesprochen, und wie von Wort zu Wort eingerückt ansehen wollen, obgleich sie sonst in ihrer Kraft verbleiben werden, Wir zum Behufe des Obenangeführten, für diesmal, nur insbesondere und ausdrücklich entkräften, und abgesehen von Allem, was immer sonst noch entgegenstehen möchte.

Gegeben zu Rom bei St. Peter unter dem Fischerringe, den 23. März 1830, im ersten Jahre Unseres Pontifikats.

(Unterz.) Kardinal *Albani.*
Dem Originale gleichlautend.
(Unterz.) *Michael Viale,*
Auditor der heiligen Nuntiatur.

5.

Genehmigungsurkunde der päbstlichen Bulle vom 23. März 1830, von Seiten der betreffenden Schweizerkantone.

Wir, die Bevollmächtigten der löblichen Stände Aargau und Thurgau, in Folge der erhaltenen Aufträge Unserer hohen Kommittenten in Solothurn anwesend, um der feierlichen Publikation der apostolischen Bulle vom 23. März 1830, welche mit den Worten: De animarum salute, beginnt, in der Domkirche des neu organisirten Bisthums Basel beizuwohnen, und da besagte päbstliche Bulle, so wie die apostolische Bulle vom Mon. Mai 1828, welche mit den Worten: Inter praecipua nostri apostolatus munia, beginnt, mit ihren nachträglichen Vervollständigungen von den hohen Regierungen von Aargau und Thurgau in ihren wesentlichen Bestimmungen mit der zwischen den hohen Ständen Luzern, Bern, Solothurn und Zug von dem päbstlichen Stuhle unterm 26. März 1828 abgeschlossenen Konvention über die neue Begränzung und Einrichtung des Bisthums Basel, so wie mit der zwischen dem hohen Stande Aargau und dem päbstlichen Stuhle unterm 2. Christmonat 1828 und zwischen dem hohen Stande Thurgau und dem päbstlichen Stuhle un-

term 11. April 1829 abgeschlossenen besonderen Uebereinkunft übereinstimmend gefunden worden sind, — ertheilen den erwähnten beiden apostolischen Bullen, Namens der hohen Stände Aargau und Thurgau, die landesherrliche Genehmigung, ohne dass dadurch auf irgend eine Weise etwas abgeleitet werde, was den Hoheitsrechten der Regierungen nachtheilig seyn möchte, oder den Landesgesetzen und Regierungsverordnungen, den erzbischöfflichen und bischöfflichen Rechten, den bestehenden bischöfflichen Konkordaten, oder den in der schweizerischen Eidgenossenschaft bestehenden Kirchenverhältnissen beider Konfessionen und der darin gegründeten religiösen Toleranz entgegen wäre. Was hiermit unter Vorbehalt der weitern Anordnungen über ihre Vollziehung zur allseitigen Nachachtung in Kenntniss gebracht wird.

Gegeben in Solothurn den 29. Mai 1830.

Franz Joseph Friederich,
Regierungsrath des Kantons Aargau.

Joseph Nep. von Schmiel,
Regierungsrath des Kantons Aargau.

Ludwig von Roll,
Staatsrath, als eigends dazu Bevollmächtigter und im Namen des hohen Standes Thurgau.

E.

Italienische Konkordate.

I.

Neapolitanisches Konkordat vom Jahre 1818.

Einleitung.

Jedermann, der mit den neuern politischen Verhältnissen der italienischen Halbinsel näher vertraut ist, wird zum voraus die Gestaltung der Kirchenverhältnisse während der Periode der Restauration sich erklären. Der den meisten Regierungen dieses Landes angeborne Hang zum Absolutismus, die Scheu vor jeder Art Revolution und Reformation, und der vorherrschende Einfluss Oesterreichs begünstigten die Anmaassungen Roms mehr als jemals, und liessen die Zudringlichkeiten und Unbilden früherer Zeit vergessen. Auf die Basis der Monarchia Sicula kam, wiewohl diese auf mancherlei Weise mittelbar beeinträchtigt ward, ein neues Konkordat unterm 9. März 1818 zu Stande. Rom hatte den Abscheu des königlichen Hauses gegen jede Art Neuerung, somit die politische Gespensterseherei, und den Einfluss Oesterreichs auf die Entschlüsse desselben bestens zu benutzen gewusst, und es war ein Leichtes für Abschluss einer Norm in kirchlichen Angelegenheiten zu stimmen, die als ein Band des Gehorsams mehr, hinsichtlich der Völker, betrachtet werden konnte. Nach kurzer Unterbrechung, durch die Revolution, ward das Konkordat im Jahre 1821 vollzogen. Wie sehr jedoch Ihre Sizil. Majestäten dadurch auch sich die Hände gebunden, bewiess die Folge, und

45 *

die neuesten Tage, nämlich durch den berüchtigten Weiss-Zelter-Streit, beurkunden, bis zu welchem Grade von Schamlosigkeit die Anmaassung Roms sich versteigt, da, wo man ihr nicht frühe Zaum und Zügel anlegt.

1.

Konkordat zwischen Sr. Heiligkeit, Pabst Pius VII., und Sr. Majestät, Ferdinand I., König beider Sizilien).*

In Nomine Sanctissimae Trinitatis. Sanctitas Sua Summus Pontifex *Pius VII.* et Majestas Sua *Ferdinandus I.* regni utriusque Siciliae Rex pari studio consulere cupientes malis, quae in res ecclesiasticas in regno irrepserunt, collatis consiliis novam inire Conventionem decreverunt.

Hinc Sanctitas Sua Summus Pontifex *Pius VII.* in Suum Plenipotentiarium nominavit Eminentissimum Dominum *Herculem Consalvi* S. R. E. Cardinalem, Diaconum S. Mariae ad Martyres, suum a secretis Status:

Et Majestas Sua *Ferdinandus I.*, regni utriusque Siciliae Rex, Excellentissimum Dominum *Aloysium de Medicis*, regii ordinis S. Januarii Equitem, nec non regiorum ordinum S. Ferdinandi, del Merito, Constantiniani S. Georgii, atque imperialis S. Stephani de Hungaria Magnae Crucis Equitem, suum Consiliarium, et a secretis Status, atque aerario regio Praepositum.

Qui post sibi mutuo tradita respectivae Plenipotentiae Instrumenta in sequentes Articulos convenerunt.

Art. I. Religio Catholica Apostolica Romana est sola Religio regni utriusque Siciliae, atque in eo semper conservabitur cum omnibus juribus, ac praerogativis, quae ipsi competunt ex Dei ordinatione, et canonicis sanctionibus.

Art. II. Consequenter ad articulum praecedentem Institutio in regiis Universitatibus, Collegiis, et Scholis tam publicis, quam privatis, erit in omnibus conformis doctrinae ejusdem Religionis Catholicae.

*) Vergl. *Martens* und *Vater*.

Art. III. Cum in Conventione anni 1741 unio nonnullarum Sedium episcopalium, quae angustissimis continentur limitibus, et ubi episcopalis dignitas redituum etiam modicitate vilescit, necessaria agnita fuerit, cumque unionem istam, quae tunc peracta non fuit, tum earumdem, tum aliarum Sedium deterior facta conditio nunc magis magisque postulet, ideo in ditione citra Pharum, servatis servandis, et exquisito prius interesse habentium consensu, nova fiet Dioecesium Circumscriptio. In ea constituenda Fidelium commodum, et spiritualis praesertim utilitas respicientur. Ex episcopalibus Sedibus, quae ob nimiam redituum modicitatem, aut locorum obscuritatem, aut ob alias rationabiles causas conservari non poterunt, antiquiores, et insigniores conservabuntur tamquam Concathedrales.

In ditione vero trans Pharum omnes archiepiscopales, et episcopales Sedes, quae nunc existunt, conservabuntur; imo earum numerus, ut commodo, ac spirituali Fidelium utilitati melius prospiciatur, augebitur.

Territoria quarumdam Abbatiarum Nullius Dioecesis, quae aut angustis nimium continentur limitibus, aut sua bona amiserunt, aut modicis admodum dotatae sunt reditibus, collatis consiliis iis unientur Dioecesibus, intra quarum fines in nova Circumscriptione sita reperientur.

Abbatiarum Consistorialium, quarum annui reditus summam ducatorum quingentorum excedunt, nulla unio fiet. Bona aliarum Abbatiarum pariter Consistorialium (iis exceptis, quae sunt juris-patronatus) quarum annui reditus supradictam summam non attingunt, aut unientur aliis Abbatiis ecclesiasticis usque ad quingentorum ducatorum summam, aut augendis dotibus Capitulorum, et Paroeciarum applicabuntur.

Haec dispositio Ordinum Militarium Commendas non respicit.

Art. IV. Quaelibet Mensa episcopalis in Regno gaudebit annuo reditu ad minus trium millium ducatorum ex bonis stabilibus, publicis deductis oneribus.

Sanctitas Sua collatis cum Regia Majestate consiliis ejusmodi dotes quam citius fieri poterit constituet pro iis Sedibus episcopalibus, quibus praesens dispositio applicanda erit.

Art. V. Quaelibet Ecclesia tam archiepiscopalis, quam

episcopalis suum habebit Capitulum, ac Seminarium, quibus si dos sufficiens erit, conservabitur, sin secus, augebitur, aut, si opus fuerit, etiam ex integro constituetur in bonis stabilibus.

Quaelibet Dignitas Capituli archiepiscopalis Ecclesiae Neapolitanae reditu annuo ducatorum ad minus quingentorum, reliqui vero Canonicatus reditu ad minus ducatorum quadringentorum gaudebunt.

Singulae Dignitates Capitulorum caeterarum Ecclesiarum partis regni citra Pharum, quae in nova Circumscriptione constituentur, ducata ad minus centum octoginta, reliqui vero Canonicatus ducata ad minus centum pro annuo uniuscujusque reditu habebunt.

Excipiuntur Canonicatus Patronatus regii, ecclesiastici, et laicalis, qui manebunt ut sunt, nisi forte eorum annui reditus a suis Patronis canonica methodo augeantur.

Seminaria dirigentur, eorumque bona administrabuntur juxta Concilium Tridentinum.

Art. VI. Bona Ecclesiarum uniendarum iis Ecclesiis applicabuntur, quae in nova Circumscriptione conservabuntur, nisi forte earumdem Ecclesiarum uniendarum necessitates diversam praedictorum bonorum applicationem ecclesiasticam postulent, quae fieri debebit cum interventu auctoritatis Sanctae Sedis.

Capitula earum Ecclesiarum, quae in nova Circumscriptione non conservabuntur, exquisito prius interesse habentium consensu, commutabuntur in Capitula Collegiata cum fundis ac reditibus, quae nunc possident.

Art. VII. Paroeciis, quae sufficientem congruam non habent, dos ita augebitur, ut iis Paroeciis, quae duobus hominum millibus non constant, ad minus ducata centum, iis quae numerum quinque millium animarum non attingunt, ad minus ducata centum quinquaginta, caeteris vero, quae majorem animarum numerum continent, ducata ad minus biscentum pro annuo reditu constituantur.

Parochialis Ecclesiae conservatio, uti et cooperatoris Parochi stipendia, ubi reditus ad id attributi non adsint, respectivis civitatibus incumbent, et praedes dabuntur fundi, aut vectigalis privilegiata pecunia.

Haec dispositio non respicit Ecclesias parochiales juris-patronatus sive regii, sive ecclesiastici, sive laicalis canonice acquisiti, quarum onus respectivis Patronis incumbet.

Excipiuntur pariter Ecclesiae receptitiae sive numeratae, sive innumeratae, Capitula, et Collegiatae, quibus cura animarum inest, cum suam congruam in communibus bonis habeant.

Art. VIII. Collatio Abbatiarum Consistorialium, quae juris-patronatus regii non sunt, perpetuo spectabit ad Sanctam Sedem, quae illas viris ecclesiasticis subditis Majestati Suae conferet.

Collatio Beneficiorum simplicium liberae collationis cum fundatione, et erectione in titulum ecclesiasticum fiet a Sancta Sede, et ab Episcopis pro diversitate mensium, quibus vacabunt; scilicet a mense Januarii usque ad mensem Junii conferentur a Sancta Sede, a mense vero Julii usque ad mensem Decembris conferentur ab Episcopis. Provisio autem semper fiet in favorem subditorum Majestatis Suae.

Art. IX. Catalogus tam Abbatiarum regii patronatus, quam earum, quae regii patronatus non sunt, prout apud Cappellanum majorem descriptae reperiuntur, quamprimum Sanctitati Suae exhibebitur. Catalogus iste deinceps concorditer corrigi poterit.

Art. X. Canonicatus liberae collationis in Capitulis sive Cathedralibus, sive Collegiatis, respective conferentur a Sancta Sede, et ab Episcopis; scilicet sex primis anni mensibus a Sancta Sede, aliis vero sex mensibus ab Episcopis.

Prima Dignitas semper erit liberae collationis Sanctae Sedis.

Art. XI. Sanctitas Sua concedit Episcopis Regni jus conferendi Paroecias, quae quovis anni tempore erunt vacaturae. Praevio concursu in Paroeciis liberae collationis Episcopi eas conferent iis inter approbatos, quos digniores judicabunt. In Paroeciis vero juris patronatus ecclesiastici, praevio pariter concursu, eos instituent, quos tanquam digniores inter approbatos ab Examinatoribus Patronus ecclesiasticus praesentabit. Tandem in Paroeciis juris patronatus regii, et laicalis, Episcopi praesentatos instituent, dummodo praemisso examine idonei fuerint inventi.

Excipiuntur Paroeciae vacaturae in Curia, aut quarum Parochi fuerint a S. Sede de aliqua ecclesiastica Dignitate, aut Canonicatu provisi. Harum omnium collatio spectabit ad summum Pontificem.

Art. XII. Omnia bona Ecclesiastica non alienata a Gubernio Militari, quaeque in reditu Majestatis Suae penes administrationem vulgo del Demanio reperta sunt, Ecclesiae restituuntur.

Praedictorum bonorum procuratio statim post praesentis Conventionis ratificationem quatuor selectissimis Viris, quorum duo a Sanctitate Sua, duo a Regia Majestate nominabuntur, interim committetur, qui illa fideliter administrabunt, donec modo debito destinentur, et applicentur.

Art. XIII. Cum in ditionibus citra Pharum sub Militari regimine haud parva pars bonorum ad Ecclesiam spectantium alienata fuerit, cumque Majestas Sua ut omni qua posset ratione hostium incursioni obsisteret, tum Neapoli antequam hostes praedictas ditiones invaderent, tum in ditionibus trans Pharum ne invaderentur, bona pariter ecclesiastica in parva quantitate alienare et Ipsa coacta fuerit, assignatis tamen possessoribus ecclesiasticis in praedicta ditione trans Pharum pro debita indemnitate totidem reditibus civilibus; hinc instante Majestate Sua, et ne publica tranquillitas perturbetur, cujus Conservatio Religioni quam maxime interest, Sanctitas Sua declarat eos omnes, qui praedicta Ecclesiae bona alienata possident, nullam molestiam habituros neque a Se, neque a Romanis Pontificibus Successoribus suis; ac consequenter proprietas eorumdem bonorum, reditus, et jura iis inhaerentia immutabilia penes ipsos erunt, atque ab ipsis causam habentes.

Art. XIV. Bonorum Patrimonii Regularis, quae a militari regimine non alienata, et in administratione vulgo del Demanio in reditu Majestatis Suae reperta fuere, cum ea sit conditio, ut minime sufficiant restituendis omnibus utriusque sexus Religiosis Domibus, eaedem eo majori numero restituentur, quem dotationum, quae supersunt, modus patietur, ex iis praesertim Institutis, quae Juventuti in Religione, et Literis instituendae, curae Infirmorum, et Praedicationi verbi Dei incumbunt.

Bona Ordinum Regularium possidentium non alienata debita proportione Religiosis Domibus reserandis assignabuntur, quin ulla habeatur ratio de antiquae proprietatis titulis, qui tituli omnes in vim hujus articuli declarantur extincti.

Domus Religiosae non alienatae, exceptis iis, quae publicis usibus in totum addictae sunt, si ob redituum defectum restitui non poterunt, Patrimonii Regularis partem efficient. Quoties autem dicti Patrimonii utilitas id postulaverit, etiam alienari poterunt, ea tamen lege, ut pretium inde percipiendum in favorem praefati Patrimonii cedat.

Numerus existentium Conventuum Religiosorum Mendicantium, quos Minores Observantes, Reformatos, Alcantarinos, et Capucinos vocant, quoties circumstantiae, et Fidelium necessitates id postulent, augebitur.

Postquam religiosae Domus constitutae et dotatae fuerint, Ordinibus Regularibus possidentibus, nec non Sacris Virginibus, habito respectu ad ea, quae ad vitam sustentandam iis suppetent, Novitios acceptare liberum erit. Eadem ratione acceptatio Novitiorum libera erit Religiosis Mendicantibus.

Puellarum, quae in posterum sese Deo mancipabunt, dotes, quas attulerint, juxta leges canonicas Monasterio cedent.

Religiosi omnes tam Mendicantes, quam Possidentes in utriusque Siciliae regno vel existentes, vel restituendi, suis Superioribus Generalibus subditi erunt.

Religiosis eorum Institutorum Regularium possidentium, quae in dominiis citra Pharum restituentur, saecularisationis Indultum a S. Sede obtinentibus, et de aliquo ecclesiastico Beneficio non provisis, Gubernium Aerarii publici sumptibus, titulo patrimonii, annuam pensionem, qua nunc gaudent, persolvet, donec de congruenti Beneficio, aut Cappellania provideantur. Religiosis autem illorum Institutorum, quae restitui non poterunt, annua pensio, qua nunc gaudent, a Gubernio indistincte persolvetur.

Art. XV. Ecclesia jus habebit novas acquirendi possessiones, et quidquid de novo acquisierit faciet suum, et censebitur eodem jure, ac veteres Fundationes Ecclesiasticae.

Hac libertate in posterum gaudebit Ecclesia, quin tamen praejudicium ullum afferatur legalibus effectibus legum vulgo

di ammortizzazione, quae in Regno viguerunt usque ad hanc diem, earumque legum executioni etiam in posterum pro casibus nondum consummatis, et conditionibus nondum impletis.

Nulla Fundationum Ecclesiasticarum fiet suppressio, aut unio absque interventu auctoritatis Sedis Apostolicae, salvis facultatibus a Sacro Concilio Tridentino Episcopis tributis.

Art. XVI. Quum luctuosae temporum circumstantiae non patiantur Ecclesiasticos exemptione a publicis regiis, et Civitatis oneribus gaudere, Majestas Sua pollicetur abusum superioribus temporibus in Regno introductum, quo Ecclesiastici, eorumque bona durioribus taxis prae Laicis praegravabantur, cessaturum: quin imo cum per feliciora tempora Status conditio prosperior evadet, Regia Majestas largitionibus Clero opitulabitur.

Art. XVII. Mons Frumentarius nuncupatus, Neapoli erectus, sive regia Procuratio spoliorum, et redituum Mensarum Episcopalium, Abbatiarum, aliorumque beneficiorum vacantium supprimitur.

Vix nova Dioecesium Circumscriptione peracta, in qualibet earum constituentur Administrationes Dioecesanae, quarum unaquaeque constabit duobus Canonicis a Capitulo seu metropolitano, seu cathedrali tertio quoque anno per suffragiorum pluralitatem eligendis, ac renovandis, et a Regio Procuratore, quem Majestas Sua nominabit.

Cuilibet Congregationi, seu Administrationi Dioecesanae praesidebit Episcopus, aut ejus Vicarius Generalis, Sede vero vacante Vicarius Capitularis.

Ordinarius, et Regia Majestas per suum Administrum, collatis consiliis, fructus ex supradictis Beneficiis vacantibus perceptos in favorem Ecclesiarum, Hospitalium, Seminariorum, in subsidia charitatis, et in alios usus pios erogabunt, servata tamen dimidia parte redituum Mensarum episcopalium vacantium pro futuro earumdem Episcopo.

Regia praescriptio adhuc vigens, vi cujus tertia pars redituum Mensarum episcopalium, et beneficiorum sub appellatione Tertii Pensionabilis apud supradicti Montis Frumentarii Administratorem deponebatur, per praesentem Articulum

abrogatur, quin tamen praesentes pensionarii priventur pensionibus, quibus nunc gaudent.

Tempore provisionum Episcopatuum, et Beneficiorum regiae nominationis, reservatio pensionum secundum formas canonicas locum habere perget. Nominati a Majestate Sua ad praedictas pensiones a S. Sede Bullas Apostolicas obtinebunt, vi quarum pensiones ipsas quoad vixerint percipere, et suas facere poterunt. Pensionario vita functo, Episcopatus, aut Beneficium ab onere persolvendae pensionis, qua gravabatur, liberum erit.

Art. XVIII. Sanctitas Sua super aliquas episcopales Mensas, et Abbatias Regni designandas sibi reservat in perpetuum annuas pensiones in summa ducatorum duodecim millium, quas Romanus Pontifex pro tempore suis subditis Status Ecclesiastici pro lubitu conferet.

Art. XIX. Beneficia, et Abbatiae existentes in Regno utriusque Siciliae, quarum fructus aut ex toto, aut ex parte applicati reperiuntur personis ecclesiasticis, et aliquibus Ecclesiis, Collegiis, Monasteriis, et piis Domibus Urbis, aliorumque Locorum Status Ecclesiastici, suam conservabunt applicationem in favorem praedictorum. Haec dispositio non respicit Beneficia, et Abbatias regii patronatus, et illa, quorum bona alienata fuerunt.

Art. XX. Archiepiscopi, et Episcopi in exercitio eorum Pastoralis Ministerii prorsus liberi erunt secundum Sacros Canones.

Causas Ecclesiasticas, atque in primis causas Matrimoniales, quae juxta Canonem 12. Sess. 24. sacri Concilii Tridentini ad Judices Ecclesiasticos spectant, in Foro eorum cognoscent, ac de iis sententiam ferent. Haec dispositio non respicit causas civiles Clericorum, exempli gratia, contractuum, debitorum, haereditatum, quas Laici Judices cognoscent, et definient.

In Clericos reprehensione dignos, aut honestum clericalem habitum eorum ordini et dignitati congruentem non deferentes, poenas a sacro Concilio Tridentino statutas, aliasque, quas convenientes judicaverint, salvo canonico recursu, infligent, eosque in seminariis, et domibus Regularium claudent, censuris quoque animadvertent in quoscumque Fideles ecclesiasticarum legum, et sacrorum canonum transgressores.

In Sacris Visitationibus suarum Dioecesium, et ad limina Apostolorum peragendis, et in Dioecesanis Synodis convocandis liberi erunt.

Cum Clero, et Populo dioecesano pro munere officii pastoralis communicare, suasque instructiones, et ordinationes de rebus ecclesiasticis libere publicare, indicere preces publicas, aliaque pia opera, cum id bonum Ecclesiae, vel Status, aut Populi postulet, Archiepiscopis, et Episcopis Regni liberum erit.

Causae majores spectabunt ad Summum Pontificem.

Art. XXI. Archiepiscopi et Episcopi, praemisso praescripto examine, Clericos de necessario patrimonio, aut alio canonico titulo provisos, quos suis dioecesibus necessarios, aut utiles judicaverint, ad Sacros Ordines promovebunt, servatis tamen cautelis, et praescriptionibus in Decreto die prima Julii anni 1623 a Sa. Me. *Gregorio XV* lato, nec non capite 4 Conventionis anni 1741, cujus titulus est — Requisiti de' promovendi — contentis, quibus cautelis, et praescriptionibus per praesentem Conventionem non derogatur.

Ne autem Ecclesiasticis ad vitam sustentandam necessaria desint, annona praesentibus temporibus arctiore facta, Archiepiscopi et Episcopi post hujus conventionis publicationem taxam sacri patrimonii promovendorum ad Sacros Ordines, quae in bonis stabilibus constituenda erit, augebunt, ita tamen, ut nec minor sit ducatis quinquaginta, nec ducatis octoginta major.

Quia vero experientia compertum est, in Regno per artem et fraudem Clericis ad Sacros Ordines promovendis pro sacro patrimonio eos fundos saepe assignari, qui vel ficti sunt, vel hypothecis, aliisque vinculis obnoxii, quo fit ut pluribus Ecclesiasticis post ordinationem modus sustentandae vitae desit, ut hujusmodi abusus evitetur, ad facti veritatem adstruendam, de pertinentia, ut ajunt, atque exemptione ab omni hypothecae vinculo fundi, vel fundorum, qui a promovendis ad Sacros Ordines pro sacro patrimonio exhibentur, legaliter constare debebit: ad quem effectum Curiae ecclesiasticae documentum authenticum de pertinentia, ut supra dictum est, et libertate fundi a Tribunali Civili Provinciae exquirent, a quo illud recusari non poterit.

Si qui vero Clerici ad sacros ordines Beneficii ecclesiastici,

aut Cappellaniae titulo promovebuntur, quoties talis Beneficii, aut Cappellaniae annuus reditus ad taxam dioecesanam, ut supra, non pertingat, tantumdem sibi ex aliis liberis fundis constituent, quantum supradictae taxae integritas postulaverit.

Excipiuntur illae dioeceses, in quibus ex dioecesana lege taxa sacri patrimonii in majori summa canonice constituta reperiatur, respectu quarum nulla mutatio fiet.

Art. XXII. Liberum erit ad Sanctam Sedem appellare.

Art. XXIII. Episcoporum, Cleri, et Populi communicatio cum Sancta Sede in rebus spiritualibus, et negotiis ecclesiasticis prorsus libera erit, ac consequenter Epistolae, ut ajunt, Circulares, Leges, et Decreta circa Liceat Scribere abrogantur.

Art. XXIV. Quoties Archiepiscopi, et Episcopi in libris introductis, vel qui introducuntur, impressis, vel qui imprimuntur in Regno, aliquid repererint Ecclesiae doctrinae, aut bonis moribus contrarium, Gubernium eorum librorum divulgationem non permittet.

Art. XXV. Regii Delegati Jurisdictionis ecclesiasticae munus a Majestate Sua supprimitur.

Art. XXVI. Curia Cappellani Majoris, ejusque jurisdictio, iis continebitur limitibus, qui in Constitutione fel. rec. *Benedicti XIV.*, cujus initium — Convenit — et sequenti ejusdem Pontificis Motu proprio super eadem re praescribuntur.

Art. XXVII. Ecclesiae proprietas in suis possessionibus, et acquisitionibus sacra et inviolabilis erit.

Art. XXVIII. Sanctitas Sua attenta utilitate, quae ex hac Conventione manat in Religionem et in Ecclesiam, utque singularis benevolentiae suae testimonium Majestati *Ferdinandi* Regis praebeat, Eidem, atque ab Eo descendentibus catholicis in regno Successoribus, concedit in perpetuum Indultum nominandi dignos et idoneos ecclesiasticos viros iis dotibus praeditos, quas sacri canones requirunt, ad omnes illas archiepiscopales et episcopales Ecclesias regni utriusque Siciliae, ad quas Majestas Sua jure nominandi nondum gaudebat; ac propterea statim post hujus Conventionis ratificationem Literas Apostolicas, quibus hoc Indultum continebitur, expediri jubebit.

Majestas Sua tempore debito Sanctitati Suae Nominatos manifestabit, ut necessarii processus juxta canones de iis fiant, atque Canonicam Institutionem modis et formis consuetis obtineant. Priusquam vero eam obtinuerint, regimini, seu administrationi Ecclesiarum respectivarum, ad quas erunt designati, nullo modo sese immiscere poterunt.

Art. XXIX. Archiepiscopi et Episcopi coram Majestate Regia juramentum fidelitatis emittent sequentibus verbis expressum. — Ego juro et promitto ad Sancta Dei Evangelia obedientiam et fidelitatem Regiae Majestati, item promitto me nullam communicationem habiturum, nullique consilio interfuturum nullamque suspectam unionem neque intra, neque extra conservaturum, quae tranquillitati publicae noceat, et si tam in dioecesi mea, quam alibi noverim, aliquid in Status damnum tractari, Majestati Suae manifestabo. —

Art. XXX. Caetera vero res ecclesiasticas spectantia, quorum nulla mentio in his articulis facta est, dirigentur juxta vigentem Ecclesiae disciplinam. Si qua vero supervenerit difficultas, Sanctitas Sua, et Majestas Sua secum conferre sibi reservant.

Art. XXXI. Praesens Conventio substituitur omnibus Legibus, Ordinationibus, et Decretis in regno utriusque Siciliae circa res Religionis huc usque latis.

Art. XXXII. Cum nomine Regiae Majestatis fuerit expositum Sanctitati Suae Conventionem anni 1741, attentis praesentibus Ecclesiarum regni citra Pharum necessitatibus; nec non effectibus ab hostili invasione exortis, non satis amplius prospicere malis, quibus omnino mederi necesse est, ac praeterea Ditionibus quoque trans Pharum, quas praedicta Conventio complexa non fuerat, esse consulendum; insuper cum ex Ditionibus ultra et citra Pharum unum modo Regnum efformatum sit, uniformem omnino regulam constituendam esse in Ecclesiis universi Regni observandam, utriusque Partis consensu praesens Conventio praecedenti substituitur.

Art. XXXIII. Utraque Contrahentium Pars spondet Se, Successoresque suos omnia, de quibus in his articulis utrinque conventum est, sancte servaturos.

Art. XXXIV. Ratificationum hujus Conventionis traditio fiet Romae non ultra quindecim dierum spatium a die his articulis apposita.

Art. XXXV. Post hujus Conventionis ratificationem, ejusdem executio duobus selectissimis Viris, quorum alter a Sanctitate Sua, alter a Majestate Regia nominabitur, committetur, iique a respectivis Partibus Contrahentibus necessariis, et opportunis facultatibus munientur.

In quorum fidem praefati Plenipotentiarii praesenti Conventioni subscripserunt, illamque suo quisque sigillo obsignavit.

Datum Anxure (Tarracinae) die decima sexta Februarii anni millesimi octingentesimi decimi octavi.

Loco † Sigilli — *Ercules* Card. *Consalvi.*
Loco † Sigilli — *Ca. Luigi de Medici.*

Cum ergo hujusmodi Conventiones, Pacta et Concordata in omnibus et singulis punctis, clausulis, et conditionibus cum a Nobis, tum a carissimo in Christo filio nostro *Ferdinando*, regni utriusque Siciliae Rege, approbata, confirmata, et ratihabita fuerint, cumque idem Rex enixe a Nobis flagitaverit, ut pro firmiori eorum subsistentia robur Apostolicae firmitatis adjiceremus, solemniorisque Decreti auctoritatem interponeremus, Nos ad majorem Dei gloriam, et Catholicae Religionis incrementum, ex certa scientia et matura deliberatione nostris, deque Apostolicae potestatis plenitudine supradictas Conventiones, Capitula, Pacta, Concordata, et Concessiones, tenore praesentium approbamus, ratificamus, et acceptamus, illis Apostolici muniminis et firmitatis robur et efficaciam adjungimus, omniaque in eis contenta, ac promissa, sincere et inviolabiliter ex Nostra, et Apostolicae Sedis parte adimpletum et servatum iri, tam Nostro, quam Successorum nostrorum nomine promittimus ac spondemus.

Decernentes easdem praesentes Literas nullo unquam tempore de subreptionis, vel obreptionis, aut nullitatis vitio, vel intentionis Nostrae, aut alio quocumque quamvis magno, aut inexcogitato defectu notari, aut impugnari posse, sed semper firmas, validas, et efficaces existere, et fore, suosque plenarios, et integros effectus sortiri, et obtinere, et ab omnibus, ad

quos spectat inviolabiliter observari debere, quousque conditiones, et pacta in Tractatu expressa serventur. Et insuper, si secus super his a quoquam quavis auctoritate, scienter vel ignoranter contigerit attentari, irritum et inane decernimus. Non obstantibus Apostolicis, ac in Synodalibus, Provincialibus, et Universalibus Conciliis editis generalibus Constitutionibus, et Ordinationibus, ac Nostris, et Cancellariae Apostolicae Regulis, praesertim de jure quaesito non tollendo, nec non quarumcumque Ecclesiarum, Capitulorum, aliorumque Piorum Locorum fundationibus, etiam confirmatione Apostolica, vel quavis firmitate alia roboratis, Privilegiis quoque, Indultis, et Literis Apostolicis in contrarium praemissorum quomodolibet concessis, confirmatis, et innovatis, quibus omnibus, et singulis illorum tenores pro expressis, et de verbo ad verbum insertis habentes, illis alias in suo robore permansuris, ad hujusmodi effectum dumtaxat, specialiter, et expresse derogamus, caeterisque contrariis quibuscumque.

Praeterea quia difficile foret praesentes Literas ad singula, in quibus de eis fides facienda fuerit, loca deferri, eadem Apostolica Auctoritate decernimus, et mandamus, ut earum Transumptis, etiam impressis, manu tamen publici Notarii subscriptis, et sigillo alicujus Personae in ecclesiastica Dignitate constitutae, munitis, plena ubique fides adhibeatur, perinde ac si praesentes Literae forent exhibitae vel ostensae.

Nulli ergo omnino hominum liceat hanc paginam Nostrae concessionis, approbationis, ratificationis, acceptationis, promissionis, sponsionis, monitionis, hortationis, decreti, derogationis, statuti, mandati, et voluntatis infringere, vel ei ausu temerario contraire. Si quis autem hoc attentare praesumserit, indignationem Omnipotentis Dei, ac Beatorum Petri, et Pauli, Apostolorum Ejus, se noverit incursurum.

Datum Romae apud S. Mariam Majorem Anno Incarnationis Dominicae MDCCCXVIII Nonis Martii Pontificatus Nostri Anno Decimo octavo.

A. Card. Pro-Datarius. — *H.* Card. *Consalvi.*

Visa de Curia. — *D. Testa.*

Loco † Plumbi. — *F. Lavizzarius.*

2.

Päbstliches Schreiben, welches die Indult für Ferdinand, König beider Sizilien, und dessen Nachfolger enthält, Erzbischöffe und Bischöffe zu ernennen.

Sinceritas fidei, et devotionis affectus, quibus Tu, Carissime in Christo fili noster, erga Catholicam Religionem tantopere praestas, quibusque, non sine filialis in Nos observantiae significationibus, nova zeli ac pietatis tuae argumenta, inita cum Apostolica hac Sede Conventione ad componendas in Ditione tua res Ecclesiae, nuper addidisti, Nos impulerunt, ut ea Tibi favorabiliter concederemus, quae ad tui honoris augmentum pertinere, et desideriis tuis respondere cognovimus. His itaque causis permoti, utque singularis animi nostri in Te benevolentiam testificemur, ex certa scientia et matura deliberatione nostris, deque Apostolicae potestatis plenitudine, Tibi, (cui jam partim ex legitimo Patronatu, partim ex Apostolico Indulto jus competit ad plures regni utriusque Siciliae Ecclesias praesentandi vel nominandi Nobis et Romano Pontifici pro tempore existenti idoneos ecclesiasticos viros per Nos ac Romanos Pontifices praedictos ad easdem Ecclesias promovendos), nec non Tuis in Regno successoribus catholicis a Te descendentibus, atque una cum Subditis in sinceritate Fidei, et unitate Sanctae Romanae Ecclesiae nec non obedientia Nostra et Successorum nostrorum Romanorum Pontificum canonice intrantium perseverantibus, ac pro tempore utriusque Siciliae regnum possidentibus, in perpetuum concedimus Indultum nominandi, infra tempus a jure praefinitum, Nobis et Romanis Pontificibus Successoribus nostris dignas et idoneas personas ecclesiasticas iis dotibus praeditas, quas Sacri Canones requirunt, ad omnes illas archiepiscopales, et episcopales Ecclesias regni utriusque Siciliae, ad quas nominandi jure, sive ex Patronatu, sive ex Apostolica concessione, nondum gaudes, firma tamen Personis a Te atque a Successoribus Tuis nominatis obligatione manente ea omnia in ordine ad Institutionem Canonicam obtinendam erga Sedem Apostolicam adimplendi, ad quae

de jure et consuetudine tenentur, prout jampridem in more positum fuit.

Decernentes praesentes literas, et in eis contenta quaecumque; nullo unquam tempore de subreptionis vel obreptionis aut nullitatis vitio, seu intentionis Nostrae defectu notari, aut impugnari posse, sed semper firmas et efficaces existere et fore, suosque plenarios et integros effectus sortiri, et obtinere, et ab omnibus, ad quos spectat, inviolabiliter observari debere.

Non obstantibus Apostolicis, ac in Synodalibus, Provincialibus, Universalibusque Conciliis editis Constitutionibus et Ordinationibus Apostolicis, caeterisque contrariis quibuscumque.

Nulli ergo omnino hominum liceat hanc paginam Nostrae Concessionis, Indulti, Decreti, Derogationis, ac Voluntatis infringere, eique ausu temerario contraire: si quis autem hoc attentare praesumpserit, indignationem omnipotentis Dei ac Beatorum Petri et Pauli, Apostolorum Ejus, se noverit incursurum.

Datum Romae etc.

3.

Päbstliche Rede an die Kardinäle (in Betreff des vorstehenden Konkordats).

Venerabiles Fratres.

Non alieno tantum admoniti exemplo, Venerabiles Fratres, sed propria etiam experientia edocti probe intelligimus misericordem Deum ita cum servis suis agere, ut illis neque tribulationes, neque jucunditates sinat esse perpetuas, sed moestis rebus secunda quaedam permisceat, ut recreati confirmatique justitiae iter alacri animo insistere pergant. Dum enim calamitates illas, quibus Ecclesia Dei premitur, et gravissima, quae catholicum gregem circumstant pericula meditantes vehementer angimur, ecce Dominus subito — in ista nostra fluctuatione, qua laboramus, dat Nobis fiduciam veniens ad Nos, et confortans Nos, tantum ne tur-

bati in navi excutiamus Nos, et projiciamus in mare—*). Hoc plane modo infirmitatem nostram erigere, ac nostra studia excitare videtur, ut nullis deterriti difficultatibus vires omnes ad explendas apostolici ministerii partes intendamus, memores Illum, cui data est omnis potestas in coelo et in terra, perpetuo excubare conservandae tuendaeque Ecclesiae suae, contra quam nullos unquam inferorum conatus praevalituros spopondit. Divinae hujus bonitatis argumenta aliqua non ita pridem Vobis ex hoc ipso loco exposuimus; quod autem hodierna die Vobiscum communicamus eo Vobis ipsis gratius futurum existimamus, quo diutius expetitum est, ut propterea minime dubitemus, quin par nostrae futura sit consolatio vestra. Eam Nos carissimo in Christo filio nostro *Ferdinando Primo*, regni utriusque Siciliae Regi, referre debemus acceptam, qui recenti ac luculento testimonio comprobavit quam merito in ejus religione ac pietate firmissimam ordinandarum in suo regno Ecclesiae rerum fiduciam collocassemus.

In tanta regionum propinquitate profecto non ignoratis, Venerabiles Fratres, quot quantasque perturbatae in eo regno vel ante praeteritos casus ecclesiasticae res felicis recordationis *Pio* Papae *VI.* praedecessori nostro sollicitudines attulerint. Scitis etiam quam deterior proximorum temporum acerbitate, ac publicarum rerum conversione Ecclesiarum illarum conditio evaserit. Non est igitur cur in exponenda tot calamitatum congerie vos detineamus.

Opus similiter non est ut Vobis in mentem revocemus praedicti praedecessoris nostri numquam intermissa studia, ut opportunis tractationibus Ecclesiae res in praedicto regno componeremus. Cum tamen Ejus iterata conamina, permittente Deo, effectu caruerint, ad colligendos laborum ab Eo susceptorum fructus divina Nos clementia, licet immeritos, reservasse videtur.

Et sane ubi primum demandata Nobis fuit suprema ovilis dominici cura, illico ad ecclesiastica illius regni negotia cogi-

*) *Aug.* Serm. 75. de Verb. Matth.

tationem curasque nostras convertimus. Postulabat id quidem nostra Ecclesiarum omnium sollicitudo. Nos vero tanto id ipsum ardentius cupiebamus, quanto idem regnum vicinitate ipsa sua Nobis est carius. Singularis praeterea illa, qua semper carissimum in Christo filium nostrum *Ferdinandum* Regem sumus prosequuti benevolentia vehementer Nos urgebat, ut de illius gloria, perfectaque Populorum suorum felicitate, quae a prospero Religionis statu sejungi non potest, praecipuum in modum solliciti essemus semel atque iterum ad eam rem manum admovimus, eamque totis viribus conficere pertentavimus ante illas etiam vicissitudines, quibus, a Sede Nostra erepti, in exteras regiones abducti sumus. Statim vero ac Nos ditioni nostrae miserante Deo redditi, et Rex in principem regni sui urbem fuit restitutus, cum ejus desideria nostris plane studiis faverent, venerabili fratri nostro *Innico Didaco* S. R. E. Cardinali *Caracciolo* Episcopo Praenestino, qui Neapoli morabatur, et Presbytero Romano *Philippo Guidi*, nuper e vivis erepto, quem illi adjunximus, in mandatis dedimus, ut de componendis Religionis Ecclesiaeque negotiis, quae potior nostra cura est, cum regiis Ministris dilectis filiis Marchione *Thoma de Somma*, Equite *Aloysio de Medicis*, et Marchione *Donato Tommasi* Majestatis suae Consiliariis atque a secretis Status ad hanc rem destinatis agerent, quod diu, summoque utrinque cum studio ac diligentia peractum est.

Cum vero Neapoli res perfici non potuisset, praestantissimus Rex, ratus difficultates illas, quae felicem tractationum exitum prohibuerant removeri posse, si dilectus in Christo filius Noster *Hercules* S. R. E. Cardinalis *Consalvi* a secretis nostri Status, atque ex praedictis regiis Ministris alter in colloquium una venirent, hoc suum consilium aperuit Nobis, comiterque obtulit Se illum ex suis Ministris, quem ad id destinasset, in eam, quae Nobis placuisset ditionis nostrae urbem missurum. Oblatam opportunitatem libentissime amplexati, Cardinalem praedictum, nulla mora interposita, misimus Tarracinam, quam in urbem cum jussu Regis dilectus filius Eques *de Medicis* Majestatis Suae Consiliarius, a secretis Status, ac regio aerario Praefectus, eodem tempore venisset, re per plures dies sine intermissione discussa, tandem Deo favente confecta est. Itaque

uterque illorum die 16. Februarii Conventioni subscripsit, Nostrae ac Regis approbationi subjiciendae. Quam quidem Conventionem cum et *Ferdinandus* Rex ratihabuerit, misso ad Nos per dilectum filium Marchionem *Thomam Spinelli* suum Ministrum Plenipotentiarium apud Nos et Sanctam hanc Sedem ratihabitionis Instrumento, Nosque ipsi, audito consilio selectae Congregationis nonnullorum VV. FF. NN. S. R. E. Cardinalium, pariter probaverimus, eam apostolicis litteris nostris solemniter confirmatam Vobis exhiberi mandamus.

Prope est igitur jucundissimus ille dies, quo ecclesiasticis utriusque Siciliae regni negotiis compositis, viduatas magnam partem illarum regionum Ecclesias, Pastoribus suis instructas recreatasque videbimus. Praeficere quidem hoc ipso in Consistorio iis Ecclesiis Episcopos voluissemus: sed cum temporis angustiae prohibuerint ea, quae ad id necessaria sunt, in promptu esse, cumque Consistorium ipsum differre noluerimus, ut faustum initae Conventionis eventum citius Vobis nuntiaremus, quod hodierna die praestare non potuimus quam primum Deo adjuvante perficiemus.

4.

Päbstliches Schreiben zur Bestätigung des vorstehenden Konkordats.

Pius Episcopus

servus servorum Dei ad perpetuam rei memoriam.

In supremo Apostolicae dignitatis culmine meritis licet imparibus constituti, ubi primum, pacatis rebus, datum Nobis benignitate Dei iterum fuit ex hac Fidei ac Religionis arce in universam Ecclesiam oculos nostros intendere, illico circumspeximus quot calamitates, et quam acerba vulnera Christianae Reipublicae tanta illa perturbatio superiorum temporum intulisset. Ingenti sane maerore correpti, gravissimisque hisce damnis commoti, crebra ex imo corde suspiria, et uberes ex oculis lacry-

mas fundere coacti fuimus; tum vero in bonorum omnium largitore Deo, qui sperantes in Se confundi non patitur, Ecclesiaeque suae perpetuo Sese adfuturum spopondit, spem nostram firmiter collocantes, paratique omnem pro salute commissarum Nobis Christi ovium subire laborem, in aegrotas, afflictasque res Ecclesiae, quidquid in Nobis virium atque consilii esset conferendum esse decrevimus.

Et quamquam universum dominicum Gregem sine intermissione sollicitudo Nostra complectitur, Ecclesiae tamen finitimi Siciliarum Regni primae sese Nobis ante oculos obtulerunt, earumque necessitates, et damna, quibus jamdiu afflictabantur, postremis hisce annis vehementer adaucta, et publicarum rerum conversione multiplicata, paternae charitatis nostrae viscera tetigerunt, ac peculiari quodam jure sollicitiores Apostolici muneris curas sibi vindicare sunt visae. Quas quidem curas cum a fel. rec. *Pio* PP. *VI.* praedecessore nostro, tum a Nobis ipsis vel ante praeteritas perturbationes illius Regni susceptas, ut copioso tandem stabilique cum fructu possemus impendere, charissimi in Christo filii nostri *Ferdinandi* Regni utriusque Siciliae Regis illustris spectata religio, ac pietas magnopere profuit. Ipse enim probe considerans, regiam potestatem non solum ad Mundi regimen, sed maxime ad Ecclesiae praesidium esse collatam*) semel ac veterem citra Pharum Ditionis suae partem feliciter recuperavit, commune Religionis, et animarum periculum Nobiscum miseratus, novam cum hac Sancta Apostolica Sede inire Conventionem, qua perturbatis in Regno Ecclesiae rebus optata cum firmitate consuleretur, incenso studio desideravit, atque ut adeo salutari necessarioque operi manus illico admoveretur prompta Nobiscum voluntate conspiravit.

Itaque ut Nostra, ac piissimi Regis desideria expleremus, statim Ven. Fratrem Nostrum *Didacum Innicum* Episcopum S. R. E. Cardinalem *Caracciolo* nuncupatum cum necessariis facultatibus, et instructionibus deputavimus, eique postea Presbyterum Romanum *Philippum Guidi*, nuper vita functum, adjunximus, ut cum regiis Ministris Neapoli ejus negotii gratia pertra-

*) S. *Leo* PP. ad Imp. Aug. ep. 124.

ctarent. Actum diu est, summoque utrinque cum studio, ac diligentia; cum tamen ad eam, quae ex utraque parte expetebatur, conciliationem perveniri non potuerit, idem *Ferdinandus* Rex postulavit a Nobis, ut Dilectum Filium Nostrum *Herculem* S. R. E. Diaconum Cardinalem *Consalvi* nuncupatum a secretis nostri Status deputare vellemus, qui una cum altero ex praecipuis Regis Administris rem conferret, atque conjunctim darent operam difficultatibus removendis, quae usque ad eam diem impedimento fuerant quominus tractatio suscepta optatum ad exitum perduceretur. Itaque Nos praedictum Cardinalem sine ulla mora Tarracinam civitatem nostram misimus, quo cum ex parte Regis dilectus filius Eques *Aloysius de Medicis* Majestatis suae Consiliarius, a secretis Status, ac regio Aerario Praefectus eodem tempore se contulisset, post assiduam plurium dierum tractationem ea in Urbe habitam, res tandem favente Misericordiarum Patre inter utrosque variis articulis confecta est, iisque tam noster, quam regius Plenipotentiarius die 16. Februarii hujus anni subscripserunt. Quibus articulis ad Nos delatis, eos diligentissime expendimus, auditoque consilio selectae Congregationis nonnullorum Venerabilium Fratrum Nostrorum suprema approbatione Nostra dignos judicavimus.

5.

Päbstliches Schreiben an die Erzbischöffe und Bischöffe und an die Capitel und Canonici der erledigten Kirchen beider Sizilien.

Venerabilibus Fratribus Archiepiscopis et Episcopis ac dilectis filiis Capitulis et Canonicis Ecclesiarum vacantium Ditionis citra Pharum utriusque Siciliae regni.

Pius Papa *VII.*

Venerabiles Fratres ac dilecti filii Salutem et Apostolicam Benedictionem.

Jam inde ab anno 1741, quo inter Sanctam hanc Sedem, et *Carolum III*, utriusque Siciliae Regem, Conventio inita fuit, non-

nullae Episcopales Sedes ad eam partem istius Regni, quae citra Pharum est posita pertinentes adeo exiguis, angustisque finibus circumscriptae, earumque Mensarum reditus tantae tenuitatis erant, ut Episcopalis ibidem dignitas, cujus omnem aequum est haberi rationem, prorsus vilesceret. Gravis adeo haec causa communi omnium opinione probata tunc visa est, ut ad remedium huic malo afferendum, unionem nonnullarum Sedium Episcopalium, in Conventione ipsa, utraque Contrahentium pars prorsus necessariam agnoverit, quin tamen ea unio revera peracta fuerit.

Multo autem magis eam perfici nunc tandem oportere cognovimus, cum illarum aliarumque etiam Sedium conditio, temporum vicissitudine et asperitate, tanto in praesentiarum sit deterior effecta. Quare Articulo III. Conventionis inter Nos et carissimum in Christo Filium Nostrum *Ferdinandum I.*, istius Regni spectatissimum Regem, nuper initae mutua consensione statutum est, in praedicta citra Pharum Ditione novam esse faciendam Dioecesium circumscriptionem, quae quidem ejusmodi erit ut Dioeceses, seu Territorium Ecclesiarum illarum, quae ob nimiam redituum tenuitatem, vel obscuritatem locorum, in quibus Episcopi Sedes constituta est, aut ob alias justas et rationabiles causas, ne tamquam Concathedrales quidem conservari poterunt, iis Ecclesiis aut integre, aut ex parte adjungantur, quae conservabuntur.

Habetis consilii Nostri rationem, Venerabiles Fratres, ac Dilecti Filii: antequam vero illud opere compleamus, has ad Vos dandas esse litteras judicavimus, ut unusquisque ex Vobis, qui in nova hac Dioecesium divisione interesse habet, a Nobis ipsis cognoscat quam justae et graves causae Nos ad hanc ineundam rationem induxerint, atque in eam prompto libentique animo assentiatur; eo vel magis quod persuasum esse debet Vobis, in constituenda circumscriptione ipsa, fidelium commodum, et spiritualem eorum utilitatem omnino Nos propositam habituros. Minime vero dubitamus, quin Vos hortationi huic Nostrae, facilem sitis aurem praebituri, celerique responso Vestro effecturi, ut quod concordibus animis Regem inter et Nos hac de re conventum est quam citissime exequi valeamus. Interea fausta a Domino, feliciaque omnia adprecamur Vobis ex corde,

et Apostolicam Benedictionem, pignus benevolentiae Nostrae, peramanter impertimur.

Datum Romae apud S. Mariam Majorem die 3 Aprilis anni MDCCCXVIII Pontificatus Nostri anno XIX.

Pius PP. *VII.*

Concordat cum originali.

(L † S.)

H. Card. *Consalvi.*

6.

Königliche Verordnung: dass die Rechte des Tribunals der Monarchia Sicula, wie sie in der Bulle des Pabstes Benedicts XIII. enthalten sind, durch das neue Konkordat nicht aufgehoben worden.

Ferdinando I. etc. Visto l' articolo 22. del Concordato del dì 16 di febbraio 1818, fatto tra Noi e la Santa Sede;

Abbiamo risoluto di decretare e decretiamo quanto segue:

Art. I. Col suddetto articolo 22. non sono aboliti i legittimi e canonici privilegii del tribunale della Monarchia di Sicilia, contenuti nelle bolla del Sommo Pontefice *Benedetto XII.* che lo riguarda.

Art. II. Il nostro Segretario di Stato ministro degli Affari ecclesiastici, ed il ministro di Stato residente presso il nostro Luogotenente generale ne' nostri reali dominii al di là dal Faro, sono incaricati della esecuzione del presente decreto.

Napoli, il dì 5 aprile 1813.

Ferdinando.

Il Segretario di Stato Ministro Cancelliere,
Marchese *Tommasi.*

7.

Vorerwähnte Bulle des Pabstes Benedicts XIII.

Benedictus Episcopus

servus servorum Dei ad perpetuam rei Memoriam.

Prooemium.

Fideli ac prudenti dispensatori, quem in supremo Apostolatus apice constituit Dominus super familiam suam, maxime convenit, tradita sibi coelitus uti potestate, ut, si quae sint inter pontificalem auctoritatem, et regiam potestatem contentiones, quantum fieri potest, amoveantur, utque nedum fidelium populorum pericula arceantur, sed etiam incommoda leniantur, prout locorum, et temporum ratione habita, magis in Domino videbitur expedire.

§. 1. Causae hujus Constitutionis promulgandae.

Cum itaque felicis recordationis *Clemens* Papa *XI.* praedecessor noster Apostolicam Regni Siciliae ultra Pharum Legationem, ac Monarchiam, nuncupatam, ejusque tribunal extinxerit, ac suppresserit, et aboleverit, si quae essent privilegia, et indulta a quibuscumque Romanis Pontificibus Praedecessoribus quomodolibet concessa revocaverit, et abrogaverit, et certum interim modum praescripserit, quo causae ad forum Ecclesiasticum pertinentes cognosci, et in eodem Regno fine debito terminari possent, quemadmodum in ejus Apostolicis literis, expeditis anno millesimo septingentesimo decimo quarto et millesimo septingentesimo decimo quinto, plenius continetur. Cumque charissimus in Christo filius noster *Carolus VI* in Romanorum Imperatorem electus, Siciliae ultra Pharum Rex, exponi nobis nuper fecerit, jura Apostolicae legationis in eodem Regno, sibi, ejusdem haeredi legitimo, et possessori, ex privilegio signanter *Urbani* Papae *II* Praedecessoris nostri, competere: quae quidem jura jam olim *Rogerio* Comiti e Normannorum gente ejusque successoribus ob eliminatam Saracenorum tyrannidem, catholicam fidem restitutam, Ecclesiasque, Patriarchatui Constantinopolitano tunc temporis adhaerentes, Romanae Sedi ite-

rum subjectas, concessa, anteactorum sex saeculorum decursu usque ad *Caroli II* obitum, in suo robore atque usu permanserint; hinc nos, et si compertum habeamus, hujusmodi rationibus eundem Praedecessorem nostrum, praesertim propter abusus, quos irrepsisse constabat, minime acquievisse: nosque ipsi, dum Cardinalatus honore fungebamur, eidem Constitutioni reverenter subscripserimus, omniumque circumstantiarum opportune reminiscamur; attamen cum graves inde exortae fuerint contentiones atque mala non sine animarum pernicie, publicaeque tranquillitatis detrimento, serio propterea considerantes, quantum pastoralis sollicitudinis intersit, causas etiam talium contentionum avertere ac prorsus eliminare, ita ut, abusibus e medio sublatis, jus ex aequo universis reddatur, ex voto Congregationis venerabilium Fratrum Nostrorum Sanctae Romanae Ecclesiae Cardinalium, pro hujus negotii examine specialiter deputatae, ac etiam motu proprio, et ex certa scientia, et matura deliberatione, nostris, deque Apostolicae potestatis plenitudine, finem huic operoso gravissimoque negotio imponentes, nostra hac perpetuo valitura constitutione, vim, et effectum concordiae habente, haec, quae sequuntur, decernimus, et sancimus, ac inviolabiliter ab his, ad quos spectat, et in futurum spectabit, observari mandamus.

§. 2. Ordo cognoscendi causas Ecclesiasticas in Sicilia post Majores, quae apud unam Apostolicam Sedem cognosci debent.

Causae omnes, ad forum Ecclesiasticum quomodolibet pertinentes, iis exceptis, quae vere Majores sunt, quaeque juxta canonicas sanctiones apud Apostolicam Sedem tractari, et a Romano Pontifice, vel a judicibus, quos ipse specialiter deputaverit, cognosci debent, non alibi, quam in ipso Siciliae ultra Pharum Regno cognoscantur, et fine debito, quem justitia postulaverit, terminentur, ita videlicet, ut non exemptorum causae in prima instantia coram Ordinariis locorum dumtaxat cognoscantur, nec ab eorum curiis avocentur, nisi per viam legitimae appellationis a sententia definitiva, aut ab interlocutoria, vim definitivae habente, vel ab actu, cujus gravamen per appellationem a definitiva reparari nequeat, vel praejudiciale sit invertendo justum juris et judiciorum ordinem, aut nisi in-

tegro biennio, a die motae litis computando, coram ipsis Ordinariis remanserint indecisae, quemadmodum a Concilio Tridentino in cap. 20 Causae omnes, sessione 24 de Reformatione, decretum est. Sique secus fiat, quaecumque appellatio, inhibitio, aut sententia, eo ipso nulla, et irrita sit, juxta ejusdem Concilii praescriptum. Respectu vero exemptorum ab Ordinariis, judex ecclesiasticus, a Rege illius Regni, ut infra dicendum, nominatus, et delegatus, et pro tempore, ejus arbitrio nominandus, et delegandus, tanquam ordinarius, de causis civilibus, et criminalibus illorum, ut postea dicetur, cognoscat, ne aliter hujusmodi personae, et jura sine providentia remaneant. A sententia Ordinarii ad Metropolitanum appelletur, servata itidem in omnibus forma in antedicti Concilii decretis constituta.

§. 3. Qui Judex causas appellationum a sententiis Metropolitani cognoscere debet.

Postquam vero Metropolitanus in causa pronunciaverit, vel in secunda instantia, quoad sententias suorum suffraganeorum, vel in prima, quoad causas propriae Dioecesis, possint partes, vel earum altera, provocare ad eum virum, in jure Canonico Doctorem seu Licentiatum, nobilium Universitatum more, diligenti examine praecedente, promotum, et in Ecclesiastica dignitate constitutum, a charissimo Filio nostro *Carolo VI* in Romanorum Imperatorem electo, et Siciliae Rege, ejusque in Regno Siciliae ultra Pharum successoribus, aut de eorumdem mandato, ex concessione Sedis Apostolicae deputatum, et delegatum, et in posterum ab ipso, ejusque in eodem Regno successoribus, aut de eorumdem mandato deputandum, et delegandum: quem eo ipso delegatum auctoritate Sedis *Apostolicae* constitutum, et pro tempore constituendum, recognoscimus, et firmamus, ut causas Ecclesiasticas antedictarum appellationum in praedicto Regno Siciliae ultra Pharum cognoscere, aliaque inferius exprimenda peragere possit, servatis tamen praemissis, aliisque inferius explicandis, ita ut quidquid aliter sive scienter, sive ignoranter fieri contigerit, ipso jure nullum irritumque sit.

§. 4. Remedia pro iis, qui se a sententia ejusdem primi Judicis appellationum gravati sentient.

Si vero antedictus judex gravamen inferat, vel quomodocumque partes, sive earum altera, gravatas ab ejusdem sententia seu Decreto sese senserint, tunc, ut appellationis atque extremae provocationis remedio, omnibusque legum atque Canonicarum sanctionum auxiliis Christifideles praedicti Siciliae Regni uti, et frui possint, eademque remedia, juris ordine servato, sicut oportet, experiri, idem charissimus in Christo Filius, Siciliae Rex, ejusque successores in perpetuum, vel alter de ejusdem, aut de ipsius successorum mandato, sedulo providendum, ut apertum, atque patens in omni tempore tribunal, seu curia: in qua tamen vir, etiam in dignitate Ecclesiastica constitutus, atque, ut supra, in utroque jure licentiatus seu doctor, deputatus, et delegatus cum tribus aliis assessoribus, in utroque jure versatis, eodem pariter modo, uti supra, deputandis, et nominandis, jus reddat, atque primum diligenter expendat, an appellatio rejici, vel admitti debeat, et quibus clausulis causa committenda sit. Quoties vero causa fuerit visa digna ulteriori cognitione, eam primo cognoscat, et judicet idem modo dictus judex, a quo ulteriori cognitione digna decreta est, adhibito eorumdem assessorum consilio. Quod si post haec res adhuc ulteriori discussione opus habeat, nec lis finita sit, eadem coram altero idoneo Ecclesiastico judice, ut supra, cum assessoribus vel consiliariis nominando, discutiatur, et ita deinceps, ita tamen, ut causa in quacumque instantia coram judice Ecclesiastico semper pertractetur, et in omnibus, juris ordine servato, terminetur.

§. 5. Appellantes in una tantum causa in reliquis appellare non censeantur.

Appellantes in una causa, omnino subjecti remaneant, quoad alias causas, jurisdictioni suorum Ordinariorum, a qua eximi nec a Metropolitano, nec a Delegato possint, nisi in casibus a jure Canonico praescriptis.

§. 6. De causis Regularium.

In causis, in quibus conservatores Regularium decretum vel sententiam tulerint, qui se ab illis gravatum existimaverit recursum similiter habere poterit ad antedictum Delegatum: qui quidem, si, inspectis utriusque partis juribus, appellationem duxerit admittendam, ipse in talis causae cognitione, prout

juris fuerit, procedet: sique partes, vel earum altera, de gravamine ab ejus judicato, sibi illato, conqueretur, id servetur, quod supra de appellationibus a decreto vel sententia judicis delegati statutum est. Ceterum praedicti conservatores inviolate servare debeant praescripta in constitutionibus felicis recordationis *Innocentii* PP. *IV*, *Alexandri VI*, *Bonifacii VIII*, *Gregorii XV*, aliorumque nostrorum Praedecessorum, necnon in Concilii Tridentini decretis sub poenis ibidem contentis.

§. 7. Appellationes quomodo recipiendae.

Appellationes nunquam recipiantur, nisi per publica documenta, realiter exhibenda, prius constiterit, appellationem a sententia definitiva, vel habente vim definitivae, aut a gravamine, quod per definitivam sententiam reparari non possit, vel quod praejudiciale sit in casibus, a jure non prohibitis, per legitimam personam, et intra statuta tempora, fuisse interpositam aut prosecutam; nec praeterquam in casibus, a jure permissis, dum causa coram inferioribus judicibus pendet, ante definitivam sententiam, vel vim definitivae habentem, de gravamine, quod asseratur illatum, superiores cognoscere possint, licet citra praejudicium ordinarii cursus causae, sese id facere declarent. Nec ad hunc effectum liceat eis inhibere, aut etiam simpliciter mandare, ut ipsi copia processus mittatur, etiam expensis appellantis vel recurrentis, nisi in casibus a jure permissis.

§. 8. Inhibitiones post Appellationes admissas quomodo concedendae.

Inhibitiones, post appellationes, sicut praemittitur, admissas, non concedantur, nisi cum insertione tenoris sententiae aut decreti, a qua, vel a quo provocatum fuerit: alias inhibitiones, et processus, et inde secuta quaecunque, sint ipso jure nulla, eisque impune liceat non parere. Sed si appellans asserat, sententiae vel decreti, sive appellationis interpositae, exemplum authenticum habere se non posse culpa judicis, a quo, vel actuarii, tunc sive Metropolitanus, sive praefatus judex Ecclesiasticus delegatus, respective, injungat iis, ad quos pertinet, ut soluta actorum mercede, exemplum in forma probante tradatur appellanti, intra brevem terminum: et interim nihil novi coram judice, a quo, contra appellantem attentetur.

§. 9. De appellatione a Decretis Ordinariorum in visitatione editis.

A decretis Ordinariorum, in visitatione, vel pro correctione morum editis, nullus sit appellationi locus, quoad effectum suspensivum, nisi cum visitator, citata parte, et adhibita causae cognitione, judicialiter processerit, et in aliis casibus a jure permissis.

§. 10. De Appellatione a gravamine per definitivam sententiam non reparando.

Cum a gravamine, quod per definitivam reparari nequeat, vel quod praejudiciale fit, appellatur, nonnisi visis actis, ex quibus apparet de gravamine, appellatio admittatur, aut inhibitio vel provisio ulla concedatur.

§. 11. De inhibitionibus expediendis.

In causa indebitae carcerationis, quatenus sit secuta cum mandato judicis verbali, possit judex appellationis expedire inhibitiones, vigore appellationis constito, sive per depositionem duorum testium de mandato, sive per documentum notarii, vel custodis carcerum, de carceratione. In causis vero comminatae injustae carcerationis, vel torturae, vel excommunicationis, non expediantur inhibitiones generales, et indefinitae, sed tantum compulsoriales pro transmissione copiae actorum, ad effectum cognoscendi, an sit deferendum, nec ne, appellationi, adjuncta in dictis literis compulsorialibus inhibitione, ut interim judex, a quo, ad ulteriora non procedatur: et quatenus visis actis resultet evidens gravamen, tunc admittatur appellatio cum inhibitione, et causa cognoscatur coram judice, ad quem. Si vero de hujusmodi gravamine non constet, remittatur causa ad judicem, a quo, cognoscenda in prima instantia.

§. 12. De actibus originalibus primae instantiae a notario mittendis.

Acta originalia primae instantiae notarius sive actuarius mittere ad judicem appellationis minime cogatur, nisi natura ipsa causae id flagitet, aut probabilis aliqua falsitatis suspicio incidat, quae judicialiter apposita ab interesse habentibus fuerit: et tunc post terminationem causae statim remittant ad Ordinarium, et in ejus curiae tabolario asserventur.

§. 13. De carcerato appellante.

Causa appellationis pendente, appellans, in eodem, ubi reperitur carcere, permaneat, quoad judex, ad quem causae cognitio devolvenda est, visis actis, causaque cognita, aliter decreverit: et tunc quidem si a decreto secundi judicis, vim definitivae habente, appellatum fuerit, nihil ipse interim mandare, aut pro decreti sui executione attentare poterit, donec per judicem superiorem aliter fuerit ordinatum; exceptis *tamen* casibus, in quibus aliter a jure statutum sit, et in quibus appellatio contra decretum excarcerationis, effectum tantum devolutivum, favore libertatis, producit.

§. 14. De censura Ecclesiastica in appellantem prolata.

Censura Ecclesiastica, in appellantem prolata, revocari aut nulla declarari per judicem appellationis, etsi is sit delegatus, non possit, nisi prius auditis partibus, et causa cognita; et tunc, si eam esse justam constiterit, ad judicem, qui excommunicationem protulit, remittatur appellans, et ab ipso juxta sacros Canones beneficium absolutionis, si humiliter petierit, debitamque emendationem praestiterit, obtineat. Si vero injustam esse appareat, judex appellationis absolutionem concedat. Et si dubitetur, an justa fuerit, vel injusta, quamvis honestius sit, ut ad excommunicatoriam intra brevem aliquem competentem terminum, eidem praefigendum, absolvendus remittatur, judex nihilominus appellationis, hoc casu, per se poterit eum absolvere.

§. 15. De absolutione ad cautelam.

Absolutio ad cautelam, nonnisi servatis de jure servand*is*, cum dubitatur de nullitate excommunicationis vel ab *homine* prolatae, vel a jure inflictae, si dubium facti, vel probabile dubium juris occurrat, concedenda erit, tamquam ad breve tempus, cum reincidentia, nec non praestita per excommunicatum cautione de stando juri, et parendo mandatis Ecclesiae. Quod si, juxta formam a jure praescriptam, apparebit, aliquem ob manifestam offensam excommunicatum fuisse, debitam etiam satisfactionem praestare, nec non ob contumaciam manifestam, expensis quoque satisfacere, et cavere de judicio sisti coram excommunicatore, tenebitur, priusquam antedictam absolutionem

obtineat. Praeterea hujusmodi absolutiones cum reincidentia, a judice appellationis, etiamsi sit antedictus judex, committantur ipsis Ordinariis excommunicantibus, cum clausula, ut intra tres dies absolvant censuratos; dummodo tamen excommunicati in eodem loco sint, ubi degunt Ordinarii. Quod si in eodem loco non sint, vel si Ordinarii praesentes, et requisiti, absolvere recusaverint vel neglexerint, absolvantur a confessario juxta formam ejusdem commissionis, a judice appellationis, ut praefertur, expediendae. Ceterum commissiones praedictae de absolvendo, non ipsis Ordinariis immediate, et personaliter, sed eorundem cancellariis praesentari debent, ut reverentia Episcopis debita, sarta tecta servetur, et a praesentatione, cancellario facta, praedicti tres dies numerari debeant. Cedulones autem, in casu absolutionis obtinendae ad certum tempus cum reincidentia, quatenus affixi fuerint, non amoveantur; sed dumtaxat tegantur, tectique remaneant durante termino in absolutione praefixo; salva tamen praxi, ibidem servata de eorundem in nonnullis casibus amotione.

§. 16. De appellatione a sententia definitiva in verum contumacem prolata.

A sententia definitiva, contra verum contumacem prolata, appellatio non recipiatur, nec inhibitio, aut alia quaevis provisio, durante contumacia, concedatur.

§. 17. De appellatione in causis criminalibus et sententiis Ordinariorum.

Ubi in causis criminalibus Ordinarii locorum processerint ex officio, si ab eorundem sententiis appellatio vel ad Metropolitanum, vel ad praedictum judicem interposita fuerit, tunc procuratores Fiscales Curiae Metropolitanae vel tribunalis praefati Delegati, actoris vices gerant, et instantias, aliosque actus, desuper necessarios, peragant, et prosequantur, ut praedictorum Ordinariorum sententiae confirmationem, et executionem, si ita fuerit justitiae consonum, obtineant. Quod si, dictis Procuratoribus Fiscalibus non citatis vel auditis, contrarias sententias in gradu appellationis proferri contigerit, istae prorsus nullae sint, ac irritae cum omnibus actis gestis; quinimmo praecedentes Ordinariorum sententiae executioni mandentur, perinde ac si appellatio ab ipsis interposita nullatenus fuisset.

§. 18. De pauperibus litigantibus.

Pauperibus litigantibus condonentur sportulae, et emolumenta quaecumque, etiam cancellario alioquin debita. Aliae itidem quaecumque expeditiones gratis dentur, ac etiam copiae publicorum instrumentorum sive testamentorum, nec non regesta, et copiae actorum, transmittendorum ad judicem appellationis: et haec in causis tam civilibus, quam criminalibus. Quo vero ad probationem paupertatis, ea summarie fiat per testes, gratis similiter examinandos: et quoad ipsam paupertatem, stetur arbitrio judicis.

§. 19. De causis criminalibus Regularium.

In criminalibus causis Regularium, quando deliquerit intra claustra, Tridentini Concilii et peculiarium illius ordinis, quem quisque delinquens professus fuerit, constitutionum dispositio exacte servetur. Quod si delinquant extra claustra, vel extra Monasterium degant, ab Episcopis, juxta ejusdem Concilii Tridentini, Apostolicarum Constitutionum praescriptum, judicentur, et puniantur. Qui vero ab Episcopi judicio gravamen sibi illatum putaverint, recursum habere poterunt ad antedictum Judicem, qui, ubi appellatio admittenda de jure fuerit, causae revisionem assumet. Quod si quis ab hujus etiam judicis sententia vel decreto se gravatum existimaverit, ea serventur, quae pro appellantibus a decreto judicis delegati, supra exposita sunt. Si vero Praelati exempti, alios Superiores in Regno Siciliae ultra Pharum non habentes, deliquerint, antedictus judex Ecclesiasticus, tanquam ordinarius, respectu exemptorum, contra eos, ut juris fuerit, procedat, servata semper regula circa modum praescripta.

§. 20. De Judicis Ecclesiastici facultatibus.

Ne autem de facultatibus antedicti Judicis Ecclesiastici disputatio unquam oriri queat, constanter declaramus, quod ille, uti supra, a Rege Siciliae ultra Pharum auctoritate Sedis Apostolicae nominatus, et delegatus, quascumque personas adversus sententias, res judicatas, ac contractus quoscumque, prout juris fuerit, in integrum restituendi plenam et liberam licentiam et potestatem exercere possit, et debeat.

§. 21. De juramentis.

Juramenta quaecumque ad effectum agendi dumtaxat ex causa, quibuscumque relaxandi.

§. 22. De absolutione a censuris.

Quoscumque a quibusvis censuris, et poenis Ecclesiasticis simpliciter vel ad cautelam, si, et postquam congrue, prout debuerint, tam partibus, quam judicibus, satisfecerint; firmis tamen manentibus, servatisque, respective, iis, quae circa modum, et ordinem impertiendae absolutionis superius praescripta sunt, absolvendi.

§. 23. De absolutione ab excommunicationibus ob varia crimina illatis.

Quoscumque itidem, qui homicidium, nec non perjurii reatum quomodocumque commiserint, quique bellis interfuerint, et qui adulterium, incestum, fornicationem, et aliud quodcumque flagitium carnis perpetraverint; nec non usurarios, facta tamen usurarum restitutione, ab excommunicationibus, aliisque sententiis, censuris, et poenis Ecclesiasticis, et temporalibus, quas quomodolibet incurrerint, injuncta cuique pro modo culpae poena salutari, et aliis, quae de jure fuerint injungenda, etiam in utroque foro absolvendi.

§. 24. De censuris per Apostolicas constitutiones inflictis.

Declaramus tamen, nec praedictum judicem Ecclesiasticum, nec quamcumque aliam Ecclesiasticam personam cujuscumque gradus, dignitatis, et praeeminentiae sit, et quamvis de latere Legatus existat, potuisse aut posse aliquem absolvere a censuris Ecclesiasticis, per Apostolicas constitutiones inflictis, quarum absolutio soli Romano Pontifici reservatur. Et licet hoc ipsum procedat etiam quoad illud genus absolutionis, quod cum reincidentia, et ad effectum agendi tantum, aut ad cautelam, dicitur, et quoad cognitionem, an declaratoria censurarum praedictarum valida fuerit, aut nulla, justa vel injusta, cum haec quoque omnia Romano Pontifici pro tempore existenti, et Congregationi Sanctae Romanae Ecclesiae Cardinalium Immunitatis Ecclesiasticae, et controversiis jurisdictionalibus praepositae, ad id a Sede Apostolica specialiter deputatae, privative quoad omnes alios, etiam de Latere Legatos competat: attentis nihil-

ominus specialibus circumstantiis, animum nostrum moventibus, declaramus, quod praefatus judex Ecclesiasticus, tanquam a charissimo in Christo Filio nostro *Carlo VI*, Siciliae ultra Pharum Rege, ejusque in posterum successoribus, ut supra, deputatus, et delegatus, servatis de jure servandis, et citra quemcumque abusum, concedere possit recurrentibus a gravamine, quod in declaratoria censurarum Sedi Apostolicae reservatarum *sibi illatum* esse demonstraverint, absolutiones cum reincidentia, ad effectum agendi tantum, et etiam ad cautelam; nec non cognitionem assumere, an praedictae declaratoriae censurarum Sedi Apostolicae reservatarum promulgatae ab Episcopis aut Archiepiscopis Regni Siciliae ultra Pharum fuerint validae, aut nullae, justae vel injustae; ita tamen, ut, si solius nullitatis vitio laborare cognoverint, Episcopo vel Archiepiscopo, qui ad earum declarationem respective processerint, mandet, ut ex integro procedant, reservata post novam declaratoriam absolutione plenaria Sedi Apostolicae. Et quatenus nullitatis, et injustitiae, vel solius injustitiae vitio laborare cognoverit, declaret, recurrentes non incurrisse: et si declaratoriam justam esse deprehenderit, recurrentes pro absolutione ad eandem Sedem Apostolicam remittat. Quod si praefatus judex delegatus ipse fuerit, qui ad declaratorias processerit, et censuratus se gravatum fuisse praetenderit, aut ex capite nullitatis, aut nullitatis et injustitiae, aut solius tantum injustitiae; tunc, ea observentur, quae supra statuta fuerunt in casu, quo quis a sententia, aut ab alio quocumque decreto ejusdem judicis se gravatum senserit: novusque judex Ecclesiasticus ea omnia servare teneatur, quae judex ipse delegatus juxta ea, quae modo dicta sunt, servare teneatur in casu recursus ad ipsum facti a nulla, vel injusta declaratoria censurarum, Sedi Apostolicae reservatarum, quae ab Episcopis vel Archiepiscopis, respective, fuerint promulgatae.

§. 25. De literis monitorialibus.

Praeterea quascumque monitoriales, poenalesque literas in forma significavit consueta, contra occultos, et ignotos malefactores, satisfacere; conscios vero relevare differentes, servata tamen forma Concilii Tridentini, nec non Constitutionis *Pii* Papae *V* praedecessoris nostri, super haec editae, concedendi.

§. 26. De commutatione votorum, deque Matrimonialibus dispensationibus in tertio, et quarto gradu pro pauperibus tantum, et gratiis ex speciali facultate concedendis.

Nec non vota quaecumque, ultramarina tamen, visitationis liminum Beatorum Petri et Pauli Apostolorum de Urbe, et Sancti Jacobi in Compostella, et castitatis ac religionis votis, exceptis, in alia pietatis opera commutandi. Tum etiam nationis Siculae commoditati et utilitati prospicere volentes, eidem judici, uti supra, nominato, et delegato a Siciliae Rege ultra Pharum, facultatem specialem elargimur matrimoniales dispensationes concedendi in tertio, et quarto gradu; gratis tamen, nulloque recepto, vel minimo emolumento; et favore eorum tantum, qui vere pauperes sunt, et miserabiles, et labore manuum suarum vivunt.

§. 27. De absolutione a censuris ad effectum praemissorum consequendum.

Et ut concessione, gratiae, et literae per antedictum judicem, sic, ut supra, concedendae, sublatis obstaculis, suum sortiantur effectum, quascumque personas, ad effectum dumtaxat omnium, et singulorum praemissorum consequendum, ab omnibus, et quibuscumque excommunicationibus, suspensionibus, et interdictis, aliisque Ecclesiasticis censuris, quibus innodati fuerint, absolvendi, et absolutas pronunciandi.

§. 28. De causis, in quibus agitur de executione literarum Apostolicarum.

Pro majori tamen cautela, ea, quae infra sequuntur, declaramus, et decernimus; videlicet, non posse, nec debere praedictum judicem sese ingerere in causis, in quibus agitur de executione literarum Apostolicarum, etiam super collatione quorumcumque beneficiorum saecularium vel regularium, pro quarum executione certi sunt dati executores, quorum a decreto, seu data executione, si fuerit quoquomodo reclamatum, et de illato gravamine, vel excessu dictum; tunc idem judex in hisce causis in omnibus, et per omnia, ut supra de aliis dictum, et declamatum est, procedat.

§. 29. De subdelegatis a Judice Ecclesiastico deputandis.

Deputare etiam non poterit subdelegatos, in dioecesibus praedicti Regni commorantes, multoque minus eis concedere exemptionem a jurisdictione suorum Ordinariorum, praeterquam unum; qui tamen Ecclesiasticus sit, in quacumque Episcoporum residentia, et in praecipuis aliis Regni Civitatibus, ut sunt Drepanum, Therme, Mile, et Masara, seu Augusta; vulgo Trapani, Termini, Melazzo, et Augusta, nuncupatis.

§. 30. De literis patentibus exemtionis.

Praeterea nemini concedi poterunt literae patentes exemptionis a jurisdictione sui Ordinarii ex titulo inserviendi curiae vel tribunali ipsius judicis delegati; exceptis tantum ministris, et officialibus necessariis, qui tamen in toto Regno non sint ultra quinquaginta, praeter eos, qui praecipuis primae, secundae, et tertiae instantiae ecclesiasticis curiis Panormi inserviunt.

§. 31. De disciplina, et observantia Regularium.

Nullatenus quoque idem judex ecclesiasticus nec in prima instantia, nec in gradu appellationis aut recursus, aut per modum provisionis, sese ingerat in quomodolibet concernentibus disciplinam, et observantiam regularem personarum utriusque sexus; distributionem officiorum; collocationem regularium in uno aut altero Monasterio aut conventu; ordinationes circa chorum, et allocutorium monialium, earumque clausuram; designationes cellarum, aliaque similia; sed in his omnibus procedatur ab iis, ad quos pertinet, juxta sacros Canones, statuta singulorum ordinum, et Apostolicas Constitutiones.

§. 32. De praesidibus capitulorum, et Superioribus, atque Officialibus in Monasteriis.

Caveat similiter, ne deputet praesides capitulorum, Superiores vel Abbatissas, Vicarios vel Vicarias, vel qualescumque Officiales in Monasteriis vel domibus regularibus utriusque sexus ex quocumque titulo vel colore, sive inconvenientium, sive dissidiorum, sive discrepantiae suffragiorum, etiam per viam actuum provisionalium; sed omnino liberae remaneant, juxta sacrorum Canonum praescriptum, et ipsorum ordinum regularium statuta, electiones, et deputationes omnium Praelatorum, et officiorum.

§. 33. De Magistris praelectoribus et rectoribus studiorum.

Itidem nequeat, etiam per modum provisionis, deputare magistros, lectores, rectores studiorum, neque in possessione munerum, vel officiorum confirmare eos, qui, finito tempore, a constitutionibus suorum ordinum praescripto, debent illa dimittere, vel qui remoti a legitimis Superioribus fuerint. In causis autem inter regulares vere contentiosis, et in quibus esse potest de jure locus appellationi, expleto cursu judicii in unoquoque ordine regulari, a suis Constitutionibus praefinito, si succumbentes prosequi intendant; tunc causae ad praedictum judicem Ecclesiasticum devolvantur, qui procedere teneatur, servatis in omnibus, et per omnia iis, quae supra, quoad alias causas, statuta sunt; ita tamen, ut in causis nullitatis professionis tam ante, quam post elapsum quinquenii, nullo modo se interponat; sed illae, ad normam omnino sacrorum Canonum, et Sacri Concilii Tridentini sessione XXV de regularibus cap. XXIX cognoscantur, et terminentur.

§. 34. De usu jurisdictionis Episcopis a Concilio Tridentino concessae.

Ad haec Delegatus non impediat usum jurisdictionis, a Sacro Concilio Tridentino Episcopis, uti Sedis Apostolicae Delegatis, in exemptos saeculares Clericos attributae; facultatem tamen habet idem judex Ecclesiasticus procedendi etiam in prima instantia in eorumdem clericorum saecularium exemptorum causis, tam civilibus, quam criminalibus, easdemque, juris ordine servato, cognoscendi, ac judicandi. Et in casu appellationis a decretis vel sententiis ejusdem judicis delegati, in omnibus ea serventur, quae supra hac de re statuta sunt.

§. 35. De gravioribus Episcoporum causis.

Quoad graviores Episcoporum, et Archiepiscoporum causas, servetur omnino dispositio sacrarum Constitutionum, et Sacri Concilii Tridentini sessione XXIV cap. V de Reformatione. In aliis vero minoribus, et civilibus causis, in quibus Episcopi aut Archiepiscopi Regni Siciliae ultra Pharum, non actores, sed rei sunt, delegatus jus habet judicandi etiam in prima instantia, si causa sit Archiepiscopi vel Episcopi exempti a jurisdictione metropolitica (et signanter quoad omnes in

causis solutionis pensionum), et in secunda tantum instantia si causa sit Episcopi, juri Metropolitico subjecti. Tunc enim in prima instantia causa ab Archiepiscopo erit judicanda. In casu autem appellationis a judicio delegati, serventur omnia in superioribus disposita.

§. 36. De officio Judicis Ecclesiastici erga mandata Apostolica.

Denique, ut nos, nostrique successores Romani Pontifices, diligenter curabimus, ut supra disposita, ac statuta adamussim serventur, quae vim, et effectum habere concordiae statuimus, et decernimus: nec quidquam a nostris ministris sub quovis praetextu vel colore peragatur, quod eorumdem observantiam, et executionem retardare vel impedire possit; ita dictus judex Ecclesiasticus nullas sibi sumat partes, etiam per modum provisionis, vel sub alio quovis praetextu, contra ordinationes, et mandata, quae vel nostra, vel nostrorum pro tempore successorum propria manu per speciale rescriptum signata, et subscripta erunt: nec eorum executionem, quantum in ipsomet sit, audeat impedire vel retardare; sed eisdem debita reverentia, observantia, et executio omnino praestetur.

§. 37. Clausulae.

Decernentes, omnia, et singula, in Superioribus expressa per nullum Patriarcham, Archiepiscopum, Episcopum, aliosque alia auctoritate, dignitate, et praeeminentia fulgentes, impugnari unquam posse, aut debere, praesentesque semper, et perpetuo validas, et efficaces esse, et fore, suosque plenarios, et integros effectus sortiri, et obtinere debere, atque ab omnibus, et singulis, ad quos spectat, sive spectabit, eas firmiter, et inviolabiliter observandas esse, nulloque unquam tempore notari, retractari, invalidari, inque jus, vel controversiam vocari posse; ipsasque praesentes sub quibuscumque gratiarum revocationibus, suspensionibus, limitationibus, aliisque contrariis dispositionibus, etiam per nos ipsos, et successores nostros Romanos Pontifices factis, et faciendis, concessis, et concedendis, minime comprehendi; sed statuimus, easdem has literas, tanquam ad Ecclesiarum Siciliae tranquillitatem et pacem a nobis editas, semper omnino excipiendas; et quidquid secus super his, ut praefertur, per nos approbatis, a quoquam quavis auctori-

tate, scienter vel ignoranter, contigerit attentari, irritum, et inane decernimus, non obstantibus consuetudinibus, privilegiis, et indultis, quomodocumque in contrarium praemissorum alias concessis.

§. 38. Nemo has literas infringere audeat.

Nulli ergo omnino hominum liceat hanc paginam nostrae constitutionis, concordiae, et voluntatis infringere, vel ei ausu temerario contraire. Si quis autem hoc attentare praesumserit, indignationem Omnipotentis Dei ac Beatorum Petri et Pauli, Apostolorum Ejus, se noverit incursurum.

Datum Romae apud Sanctum Petrum anno Incarnationis Dominicae millesimo septingentesimo vigesimo octavo, tertio Kalendas Septembris, Pontificatus nostri Anno Quinto.

II.

Sardinische Kirchenverhältnisse.

Sardinien hat in neuester Zeit kein eigentliches neues Verhältniss zu Rom, durch ein förmliches abgeschlossenes Konkordat, begründet, und dasjenige, welches im ersten Bande dieser Sammlung abgedruckt zu finden ist, bildet fortwährend die Hauptbasis. Doch dürfte, da die grossen Weltereignisse auch hier mannigfach die alten Beziehungen verändert, aufgehoben, wiederhergestellt, und ermässigt, eine gedrängte Uebersicht des Neuesten wohl statt haben, um einerseits die fernern Schicksale der frühern Verträge zu beleuchten, als andrerseits eine klare Ansicht des gegenwärtigen Zustandes der Dinge zu liefern.

Die provisorische Regierung vom Jahr 1799 hatte vier theologische Lehrkanzeln an der Universität zu Turin aufgehoben, die französische jedoch, nach geschehener Vereinigung Piemonts mit der Republik, dieselben wieder hergestellt, unter der Verpflichtung, dass folgende vier Grundsätze als leitende Basis beim Unterrichte angenommen würden: 1) Der Pabst ist nicht unfehlbar; 2) die Enthebung der Unterthanen von ihrer Eidespflicht gegen den Landesherrn ist unzulässig; 3) die Verleihung von Aemtern und Pfründen in fremden Staaten ist ein Eingriff in die Souveränetätsrechte dieser letztern; 4) der Pabst steht unter dem Konzilium.

Obgleich die meisten dieser Grundsätze schon in frühern Zeiten theoretisch im Königreiche gegolten, so bestrafte man doch nach der Restauration, verblendet von politischem Parteihasse, die Männer, welche zu denselben sich bekannt, mit Entsetzung von ihren Aemtern, und stellte Geistliche statt ihrer an, welche früher den gleichen Prinzipien, und zwar ohne Impuls von Ausländern, gehuldigt. Die Tonsur allein hatte sie schon purifizirt, so wie das Versprechen, in Zukunft solcher ärgerlicher Ketzereien gehorsamst sich enthalten zu wollen. Von einer Regierung jedoch, welche die Verwilligung des Lesens und Schreibens an gewisse Volksklassen und Vermögensverhältnisse knüpfte, konnte ein solches Benehmen und viel anderes mehr, keineswegs befremden.

Was die Kirchengewalt selbst in den sardinischen Staaten auf dem Festlande betraf, so gingen darin von der Revolution an bis jetzt, folgende Aenderungen vor:

Nach der Vereinigung Savoyens und Nizza's mit der Republik, waren die Bisthümer St. Jean de Maurienne und Tarantaire aufgehoben, das Bisthum Chambery aber beibehalten worden. Die Konsulatsregierung sonderte die Gebiete von Novara und Vigevano und stellte sie mit ihren Bisthümern unter den Metropolitanverband von Mailand. Piemont zählte um diese Zeit im Ganzen noch 17 Diözesen: Vercelli, Ivrea, Salluzzo, Mondovi, Asti, Casale, Acqui, Suza, Pignerol, Aosta, Fossano, Alba, Alessandria, Tortona, Bobbio, Biella, ausser dem Erzbisthum Turin selbst. Das Konkordat von 1813 vernichtete die neun letztern und verschmolz sie mit den übrigen. Nachmals nahm die Kaiserregierung verschiedene Veränderungen in einer Reihe von Jahren vor, deren einige vom Pabste nicht, andre aber genehmigt wurden.

Die Restauration stellte alles wieder auf den alten Fuss wie vor 1799. Die geistlichen Tribunale erhielten ihre frühere Gerichtsbarkeit, die Kurie ihre Rechte, bei Heurathen, Geburts- und Sterbefällen, ihre Ernennungsbefugnisse und Patronalien, und der Pabst seine Bestätigung in geistlichen Aemtern, seine Annaten und Dispensationen, wieder.

Unterm 17. Julius 1817 erschien eine päbstliche Bulle,

welche sämmtliche, durch das Konkordat von 1803 in Piemont aufgehobenen Diözesen wieder herstellte, das Bisthum Vercelli in ein Erzbisthum verwandelte, und die Sprengel: Biella, Alessandria, Casale, Novara und Vigevano unter seinen Verband stellte. Derselben Beförderung, (zum Erzbisthum) erfreute sich Chambery; Aosta ward dazu geschlagen. St. Jean de Maurienne und Tarantaire blieben für immer eingegangen.

Das Herzogthum Genua betreffend, wurden verschiedene Diözesen nach der Restauration ebenfalls wieder hergestellt, und durch obenerwähnte Bulle Tortona, Bobbio und Nizza unter dem Metropolitanverbande des Erzbisthums Genua vereinigt; Novarra (mit Zustimmung Oesterreichs) vom Erzbisthum Mailand abgetrennt und zu dem von Vercelli geschlagen. Alle übrigen Pfarreien des Königreichs, die in früherer Zeit unter den Diözesen von Mailand, Pavia und Piacenza gestanden, wurden ebenfalls abgelöst und mit Novara und Vigevano vereinigt.

Die nunmehr in dem Königreiche vorhandenen Erzsprengel sind demnach folgende: a) In Piemont: Turin und Vercelli; in Savoyen: Chambery; c) in Genua: Genua; d) in Sardinien: Cagliari, Sassari, Oristano.

Die übrigen Verfügungen der Bulle vom 17. Julius 1817 betreffen die Einrichtung der Seminarien, die Rechtsame der Abteien, die Organisation der Kapitel u. s. w.

Der sardinische Hof, so fromm und blindlings dem Kurialismus ergeben er sonst auch wohl, vermuthlich aus politischen mehr denn religiösen Gründen, sich gebehrdet, hat seine materiellen Hoheitsinteressen selbst nach der Restauration wieder geltend zu machen versucht und über die Ausdehnung seines konkordatsmässigen Rechtes: unmittelbar zu geistlichen Aemtern ernennen zu dürfen, auch auf das neuerworbene Genua mit dem heiligen Stuhl unterhandelt. Diese Punkte sind noch immer nicht ganz geregelt; doch gab der Pabst im Jahre 1816 aus Rücksicht für allerlei sonstige Gefälligkeiten und aus Dankbarkeit für die Rückgabe aller vor der Revolution in Beschlag genommenen Kirchengüter, die allergnädigste Erlaubniss, für zehn Millionen davon in Staatsgüter zu verwandeln. Petimusque damusque vicissim.

F.

Urkunden
über die neuesten Kirchenverhältnisse
im
römisch-katholischen Polen *).

Vorwort.

Bald nach der Errichtung oder vielmehr theilweisen Wiederherstellung des Königreichs Polen bemühte sich das russische Kabinet, den Bedürfnissen der katholischen Unterthanen desselben, durch Unterhandlungen mit Rom, zum Behuf einer festen Kirchenorganisation, zu entsprechen. Noch fehlen zur Stunde die nähern Data hierüber und wir müssen uns an die wenigen Aktenstücke halten, welche als Materialien zur Geschichte des abgeschlossenen Quasikonkordates dienen. Dieselben sind theils in teutscher, theils in lateinischer Sprache vorhanden; den polnischen und russischen Text konnten wir nicht auftreiben.

1.

Auszug aus dem Protokolle des Staats-Sekretariats des Königreichs Polen.

Wir von Gottes Gnaden *Alexander I.*, Kaiser aller Reussen, König von Polen u. s. w. In Rücksicht des XI., XII. und XIII Artikels der Konstitutionsurkunde und

*) Aus *S. Vaters* Anbau der neusten Kirchengeschichte.

um den Grad der Aufsicht und des Schutzes der Regierung über die römisch-katholische Geistlichkeit in Unserm Polnischen Königreiche, und den von derselben besessenen Fonds, kund zu thun: haben Wir, nach Vernehmung der Meinung der gesammten Versammlung des Staatsrathes, festgesetzt, und sezzen hiermit fest.

Erster Titel.

Allgemeine Vorschriften.

1. Art. Den Schutz und die Aufsicht über die römisch-katholische Geistlichkeit, wie auch über die Fonds derselben, übertragen Wir der Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung.

2. Art. Die Geistlichkeit darf sich nur vermittelst derselben an die Regierung wenden.

3. Art. Alle auf ihren Beruf bezüglichen Befehle und Mittheilungen der Regierung, empfängt die Geistlichkeit durch die Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung.

4. Art. Keinem Geistlichen ist es erlaubt, in Angelegenheiten, welche seine Pflichten betreffen, (ausgenommen in den im 23. Artikel der gegenwärtigen Verordnung angezeigten Fällen) seine Bitten und Vorstellungen der Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung anders einzureichen, als nur durch die zukommende geistliche Behörde; doch aber, wenn diese Behörde in einem Zeitraume von 4 Wochen, von der Einsendung der Bitte nicht benachrichtigen sollte, so auch in allen Fällen, welche auf Civilbehörden Bezug haben, steht es dem Geistlichen frei, der Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung, geradezu Klagen einzureichen.

5. Art. Die Geistlichen sind den Gerichts-, Administrations- und Polizey-Behörden in allem demjenigen untergeordnet, was ihnen mit andern Einwohnern des Landes gemein ist.

6. Art. In Misshälligkeiten, welche etwa zwischen der Geistlichkeit der römisch-katholischen Religion und der Geistlichkeit anderer Bekenntnisse entstehen könnten, wird die Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung die Streitigkeiten entscheiden.

Zweiter Titel.

Besetzung der erledigten Stellen.

7. Art. Zu einer erledigten Bischoffsstelle, können die Bischöffe und Kapitel des verwais'ten Stuhles Kandidaten empfehlen, mit Anzeige ihrer Verdienste; von diesen wird die Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung drei Unserm Stellvertreter*) vorstellen.

8. Art. Zu Suffraganen reicht der Ortsbischoff drei Kandidaten der Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung ein, welche sie Unserm Stellvertreter vorstellen wird.

9. Art. Das Kapitel des durch den Tod des Bischoffs verwais'ten Stuhls, reicht den von ihm erwählten Administrator des Sprengels der Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung, zu Unserer Bestätigung ein.

10. Art. Klosteräbte werden erwählt durch die Klosterversammlung in Gegenwart des Bischoffs der Diözes oder seines Stellvertreters. — Das Protokoll der Wahl wird der Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung eingesendet, welche den Erwählten zu Unserer Bestätigung vorstellt.

11. Art. Jährlich werden von dem Bischoffe Prüfungen angesetzt, zu welchen die Kandidaten geistlicher Aemter, vor den vom Bischoffe dazu gesetzten Personen, sich zu stellen gehalten sind. Der Bischoff verfertigt von ihnen eine Liste, nach dem Grade der Fähigkeit eines jeden, mit Rücksicht auf seine Sitten, und überschickt sie der Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung.

12. Art. Kein Benefiz kann vergeben werden, ausser an einen auf dieser Liste befindlichen Kandidaten. Für Regierungsbenefizien zeichnet der Bischoff aus derselben drei Kandidaten aus und stellt diese der Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung vor, mit seiner Meinung von dem Leben und den Sitten derselben.

13. Art. In Benefize, die von Privatpersonen besetzt werden, können die geistlichen Behörden den Ernannten nicht

*) (dem Vicekönige.)

einsetzen, bevor sie davon der Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung Meldung gethan haben, welcher sie die Schilderung des Lebens des Vorgestellten beilegen. Im Falle aber eines Streites zwischen den Patronen der Pfründe und dem Bischoffe, entscheidet die Kommission der Religionsgebräuche die Sache.

14. Art. Die Bischöffe werden der Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung Meldung thun von den von ihnen erwählten Officialen, Gliedern des Konsistorii und Dechanten.

15. Art. Die Klöster beiderlei Geschlechts können zum Noviziat Niemand aufnehmen, ohne vorhergegangene Prüfung der sich dazu meldenden Person durch die geistliche Behörde der Diözes, auch nicht ohne die durch Vermittelung dieser erhaltenen Bewilligung der Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung, zufolge der besondern Verordnung.

16. Art. Die Bischöffe oder ihre Konsistorien sind gehalten, der Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung, die Wahlen der Regel-gemässen Vorgesetzten, wie auch alle Veränderungen unter den Geistlichen in den Klöstern, zu melden.

17. Art. Die Klostervorgesetzten beiderlei Geschlechts können Novizen weder vor dem geendigten 24sten Lebensjahre annehmen, noch sie bis nach geendigtem 30sten zum feierlichen Gelübde in Pflicht nehmen.

Dritter Titel.

Kirchenzucht.

18. Art. Die Synoden können sich ohne Erlaubniss der Regierung nicht versammeln, und ihre Beschlüsse müssen vor Bekanntmachung derselben der Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung mitgetheilt werden.

19. Art. Die geistlichen Behörden können, ohne es der Regierung gemeldet und deren Erlaubniss dazu erhalten zu haben, Päbstliche Bullen nicht bekannt machen.

20. Art. Die Bischöffe sollen genaue Aufsicht über die innere Polizei der Orden halten, welche sich nur durch die Bischöffe oder deren Konsistorien an die Regierung wenden dürfen.

21 Art. Die geistlichen Gerichte können für Uebertretungen und Vergehen gegen den Beruf und die Pflichten der Geistlichen zuerkennen:

1) Eine Geldstrafe zum Nutzen des barmherzigen Instituts, welche jedoch nicht über 100 Polnische Gulden betragen darf;
2) Abgabe auf einen Monat an ein Kloster oder Seminarium, um in sich zu gehen;
3) Suspension von den geistlichen Verrichtungen;
4) Entfernung vom Benefiz;
5) Verboth, die Amtsverrichtungen des Kapellanats auszuüben.

22. Art. Die geistlichen Behörden sollen der Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung von allen Fällen, welche die im 21sten Artikel unter Nr. 3, 4 und 5 angezeigten Strafen nach sich ziehen, und in welchen die Geistlichen sich vor ihrem Gerichte stellen müssen, als welches nur unter Autorisirung der genannten Kommission sich versammeln darf, Meldung thun. Die in der höchsten Instanz gefällten Urtheile haben die betreffenden Behörden der Kommission zu übersenden.

23. Art. Wenn die geistliche Obrigkeit, ohne ein Gericht zu halten, irgend einen von den Geistlichen mit obigen Strafen belegen sollte: so steht es dem Gekränkten frei, bei der Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung eine Klage einzureichen; nicht minder, wenn das geistliche Gericht härtere Strafen zuerkennen sollte, als die Vorschrift im 21sten Artikel zulässt: so soll die Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung, nach geschehenem Recurs des Bedrückten an sie, ohne sich in die Untersuchung des Spruchs einzulassen, die Strenge desselben nach Massgabe des obigen Artikels mildern.

24. Art. Die Bischöffe sind verbunden, in ihren Kirchsprengeln zu wohnen.

25. Art. Keiner von den Geistlichen darf zwei Benefizien besitzen.

26. Art. Die Geistlichen dürfen sich von ihren Kirchen nicht entfernen ohne Erlaubniss der geistlichen Behörde, wel-

che sie nur auf 6 Wochen ertheilen kann. Auf längere Zeit hat die Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung die Erlaubniss zu ertheilen.

27. Art. Neue Parochien dürfen nicht errichtet, noch Gränzveränderungen in den alten gemacht, auch nicht zwei zusammen vereinigt werden, ohne Beauftragung der Regierung.

28. Art. Die Bischöffe sollen jährlich der Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung die Liste der weltlichen und Ordensgeistlichkeit, überschicken, wie auch Berichte über den Zustand der Diözesseminarien, welche die Anzahl und Nahmen der Lehrer, die von denselben vorgetragenen Lehrgegenstände, zugleich auch die Anzahl und Nahmen der Schüler mit Bemerkungen über ihre Sitten und Fähigkeit, enthalten müssen.

Vierter Titel.

Kirchenfonds.

29. Art. Alle Fonds und Gebäude der Kirchen und Geistlichkeit stehen unter dem Schutze und der Aufsicht der Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung.

30. Art. Da diese Kommission darauf zu sehen hat, dass die Kirchen und geistlichen Gebäude in bestem Zustande seyen: so hat sie gleicher Weise das Recht, zu Ausbesserung oder Aufbauung neuer diejenigen anzuhalten, welche dazu, nach den in dieser Hinsicht gegebenen Vorschriften, verpflichtet sind.

31. Art. Bei der Installation eines Benefizianten wird von dazu besonders von der Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung wie auch vom Bischoffe abgeordneten Personen, ein Inventarium über den Zustand der Kirche und deren Vermögen niedergeschrieben; für dessen Vollständigkeit der Benefiziat verantwortlich ist.

32. Art. Ein Gnadenjahr findet nicht Statt. — Der Benefiziat hat zu den Einkünften seines Benefizes, nur während seines Lebens ein Recht. — Alle Einkünfte, von dem Tage seines Todes an bis zur Installation seines Nachfolgers, werden zur Ausbesserung der Kirche verwendet; oder wenn die Kirche sie nicht nöthig haben sollte, gibt die Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung die nöthigen Be-

fehle, damit sie zur Verbesserung der Ortswirthschaft verwendet werden, wovon der Bischoff innerhalb eines Jahres der Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung Rechenschaft abgelegt.

33. Art. Die Geistlichen sollen die mit ihrem Amte verbundenen Einkünfte von dem Tage ihrer kanonischen Installation an beziehen.

34. Art. Die Berechnung der Einkünfte des Benefiziaten wird so bestimmt, dass man von dem 1sten Jänner eines jeden Jahres anfängt.

35. Art. Geistliche Fonds können weder vertauscht, noch auf länger als auf drei Jahre verpachtet werden. Keine Kapitalien dürfen erhoben, oder anderweitig untergebracht werden, ohne Erlaubniss der Regierung.

36. Art. Alle Kontrakte, durch welche geistliche Fonds auf drei Jahre verpachtet werden, müssen von der Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung bestätigt seyn, Kontrakte auf ein Jahr, von dem Bischoffe.

37. Art. Kirchen und geistliche Gesellschaften dürfen Verschreibungen ohne Genehmigung der Regierung nicht annehmen.

38. Art. Die Vollziehungen der gegenwärtigen Verordnung tragen wir der Kommission der Religionsgebräuche und der Volksaufklärung auf.

Gegeben in Petersburg den $\frac{6}{18}$ März 1817.

(Unterzeichnet) *Alexander.*

(L. S.) Durch den Kaiser und König der Minister, Staats-Sekretär.

Ig. Sobolewski.

Gleichlautend mit dem Originale

Der Minister, Staats-Sekretär

(Unterzeichnet) *Ig. Sobolewski.*

Gleichlautend mit dem Originale

Der Staats-Rath und Staats-Sekretär.

(Unterzeichnet) *Kossecki*, Brigade-General.

Die Uebereinstimmung bezeugt

Głuszynnsky, General-Sekretär.

2.

Drei Päbstliche Schreiben und Bullen, die neue Einrichtung des Kirchenwesens und der Sprengel im Königreiche Polen betreffend.

a.

In Nomine Domini Amen.

Cunctis ubique sit notum, quod Anno a Nativitate Domini Nostri Jesu Christi MDCCCXVIII Die vero XIV Mensis Martii Pontificatus autem SSmi Domini Nostri Domini *Pii* Papae *septimi* Anno Epis. Decimo octavo Ego officialis deputatus vidi et legi quasdam Literas Apostolicas sub Plumbo ut moris est expeditas tenoris sequentis videlicet: *Pius*, Episcopus servus servorum Dei ad perpetuam rei memoriam. Militantis Ecclesiae regimini per abundantiam divinae bonitatis nullo licet meritorum Nostrorum suffragio praepositi ex eminenti Beati Petri, principis Apostolorum, specula ad Gregem Dominicum per Universum Orbem diffusum Oculos Nostrae mentis intentos semper habemus more vigilis Pastoris inspicientes quid Apostolicae Providentie impendere debeamus, ut Catholica religio magis magisque augeatur, Ecclesiasticae Hierarchiae splendor accrescat et Grex ipse ubique ad celestia pascua dirigendus majori facilitate, commoditate atque utilitate valeat gubernari. Haec omnia animo revolventes illud novissime animadvertimus, quod felicis Recordationis *Pius* Papa *Sextus* Predecessor Noster per suas Apostolicas Literas sub plumbo datas Decimo Septimo Kalendas Novembris Anno Domini Millessimo septingentesimo Nonagesimo Octavo in Civitate Varsaviensi Regio Palatio et magnificis Procerum Edibus decorata ob illius amplitudinem, ob soli amenitatem et ubertatem ob magnum Civium et Nobilium-Familiarum numerum, ob seminaria ac nobilium Adolescentum Collegia, ob multa virorum Cenobia ac Mulierum Monasteria aliaque Pietatis et Charitatis Instituta percelebri sedem Episcopalem Apostolice sedi immediate subjectam erexit et cathedralem Eccle-

siam sub Titulo Sancti Joannis Baptistae cum suo capitulo ex Dignitatibus et Canonicis efformato, preter alios Ecclesiasticos viros eidem Ecclesiae inservientes constituit, quodque inspectis temporum ac Locorum peculiaribus circumstantiis in maximum et necessarium bonum vergeret Christifidelium, in illis Regionibus degentium, si memorata Episcopalis Ecclesia Varsaviensis ad gradum sedis Archiepiscopalis ex Pontificia Nostra indulgentia extolleretur. Nos itaque gravissimis causis adducti cunctisque diligentissime libratis, ex certa scientia et matura deliberatione Nostris deque Apostolicae Potestatis plenitudine, ad Majorem omnipotentis Dei Gloriam et Catholicae Ecclesiae splendorem simulque spiritualem Christifidelium utilitatem supradictam Episcopalem Ecclesiam Varsaviensem sub Titulo sancti Joannis Baptistae cum suo Capitulo, de specialis dono gratiae ad Archiepiscopalis Metropolitanae Ecclesiae Gradum ac dignitatem extollimus, reservantes Nobis Eidem Varsaviensi Metropolitanae Ecclesiae inposterum Episcopales Ecclesias suffraganeas adsignare. Presentes autem literas et in eis contenta quaecumque nullo unquam tempore de subreptionis vel obreptionis aut nullitatis vitio seu intentionis Nostrae vel quovis alio etiam substantiali defectu notari, impugnari aut invalidari posse sed illas semper validas et efficaces existere et fore, suosque plenarios et integros effectus sortiri et obtinere atque ab omnibus, ad quos spectat, inviolabiliter observari debere. Et si secus super his a quoquam quavis Auctoritate scienter vel ignoranter contigerit attentari irritum et inane decernimus. Non obstantibus quatenus opus sit quibusvis Constitutionibus et ordinationibus, Apostolicis Privilegiis quoque et Indultis ceterisque licet speciali et individua mentione dignis contrariis quibuscumque. Nulli ergo omnino hominum liceat hanc Paginam Nostrarum dispositionis, reservationis, decreti ac voluntatis infringere vel ei ausu temerario contraire; si quis autem hoc attentare presumpserit, indignationem Omnipotentis Dei ac Beatorum Petri et Pauli, Apostolorum Ejus, se noverit incursurum. Datum Romae apud sanctam Mariam Majorem Anno Incarnationis Dominicae Millesimo Octingentesimo Decimo Septimo, Quarto Idus Martii. Pontificatus Nostri Anno Decimo Octavo. Loco † Plumbi. Super quibus Literis Apostolicis, Ego Notarius Publi-

cus infrascriptus presens Transumptum confeci pntibus. D. D. *Antonio Ugolini* et *Josepho Mirabucci* Testibus.

Concordat cum Originali *F. Isola* Off. Depus. Coadj.
A. Card. Prad.

(L. S.) Ita est *Carolus Battaglia.*
Notar. Apost.
(L. S.)

b.

Pius P. P. *VII.*

Venerabilibus Fratribus, ac Dilectis Filiis Episcopis, nec non Capitulis Ecclesiarum Vacantium Regni Poloniae.

Venerabiles Fratres, ac Dilecti Filii salutem, et Apostolicam Benedictionem. Justis gravibusque causis moti ad opportuniorem praesertim rei sacrae procurationem pro locorum natura, propinquitate, et confiniis assequendam novam in Poloniae Regno decernere judicavimus Dioecesium circumscriptionem. Ad hanc perficiendam necesse est a singulis ejusdem Regni Dioecesibus quasdam Paroecias avellere ut aliis Dioecesibus adjungantur. Ad Vos propterea, Venerabiles Fratres, ac Dilecti Filii, has Litteras damus ut circa hujusmodi immutationes consensum vestrum exquiramus, minime dubitantes, quin iis, quae proposita utilitate Ecclesiae et Pastorum non minus quam Fidelium commoditate, pro munere ac potestate Nostra opportunum duximus constituere, libentissimo animo sitis assensuri, Nosque Vobis etiam suffragantibus negotium quam citissime conficere possimus. Hac spe freti Vobis, Venerabiles Fratres, ac Dilecti Filii, cum propensae voluntatis in Vos Nostrae testificatione Apostolicam Benedictionem peramanter impertimur.

Datum Romae apud S. Mariam Majorem die 28. Martii Anni 1818.

Pontificatus Nostri Anno Decimo Nono
Pius P. P. *VII.*

Concordat cum Originali
(L. S.) (sign.) *H.* Card. *Consalvi.*

c.

In Nomine Domini Amen.

Cunctis ubique sit notum quod Anno a Nativitate Domini Nostri Jesu Christi MDCCCXVIII. Die vero Secunda Mensis Julij. Pontificatus autem SSmi Domini Nostri Domini *Pii* P. P. *VII.* Anno Decimo Nono — Ego Officialis deputatus infrascriptus vidi et legi quasdam litteras Apostolicas sub Plumbo expeditas tenoris sequentis, videlicet: *Pius*, Episcopus Servus Servorum Dei, ad Perpetuam Rei Memoriam. Ex imposita Nobis divinitus omnium Ecclesiarum cura in ea solliciti adigimur Apostolice Auctoritatis presidium conferre, quibus cumulatiora Catholice Religionis incrementa utilioremque Dominici Gregis procurationem comparari posse dignoscamus. Hac sane mente in Ecclesias Polonici Regni, quod in presens dominatui subest, Serenissimi ac Potentissimi Principis *Alexandri*, Russorum Imperatoris ac Polonie Regis, cogitationes Nostras intendimus, ut cessatis preteritorum temporum calamitatibus rem Sacram ibidem aptiori forma componere utiliusque ordinare conniteremur. Novimus siquidem eam esse Diecesium illarum Partium divisionem, qua perdurante, minus commode animarum Regimini consultum foret compluresque insuper extare Parecias modo spectantes ad Gnesnensem, Wratislaviensem ac Premisliensem Dieceses, quibus earumdem respectivus Antistes egre admodum juvare posset. Animadvertimus preterea gravibus rationum momentis in Christifidelium utilitatem cessurum fore, si extincto titulo Cathedralis Ecclesiae Vigerscensis ipsius Episcopalis Sedes cum suo Capitulo in Civitatem de Seyna nuncupat., pariterque titulo sublato Cathedralis Ecclesiae Kielcensis illius Sedes Episcopalis una cum Capitulo in Civitatem Sandomiriensem respective transferrentur, unde commodior ad Episcopos aditus pateret. De necessitate demum convicti augendi Pastores in tanta Regionum amplitudine novam Episcopalem Sedem constabiliendam esse censuimus in loco de Janów, quod pre ceteris illius vicinitatis oppidis nominibus persensimus commendatum. Universam idcirco rem auxilio Omnipotentis Dei, cujus majorem gloriam urgebamus, fidenter exorato diligentissime conciliandam studuimus cu-

risque Nostris mirifice obsecundante laudato *Alexandro*, Russorum Imperatore ac Polonie Rege, cujus egrégiam etiam in Nos voluntatem probe jamdiu experti sumus, omnia tandem fausto felicique exitu ita composuimus, ut certioratis pridem Episcopis et Capitulis aliisque omnibus interesse habentibus novum exinde presentis Polonie Regni Ecclesiarum ac Diecesium statum pro locorum positione, pro incolarum commoditate, pro peculiarum demum rationum complectione prefinire ipsumque Nostris hisce Literis Pontificie Auctoritatis munimine valeamus roborare. Ex certa itaque scientia ac matura deliberatione Nostris deque Apostolice Potestatis plenitudine ad omnipotentis Dei gloriam, ad honorem Deipare Virginis, quam illustris Polonorum Natio precipuo veneratur obsequio novam Episcopalem Sedem Podlachiensem nuncupandam in Collegiata Ecclesia sub titulo Sanctissime Trinitatis Oppidi de Janów nuncupat. erigimus et constituimus Collegiatam eamdem ad Cathedralis dignitatem ac Oppidum prefatum ad Civitatis Episcopalis honorem extollendo futuroque ac pro tempore existenti Episcopo Podlachiensi omnia et singula jura preeminentias, prerogativas ac privilegia aliis Episcopis legitime competentia tribuendo predictoque Capitulo Cathedrali indulgendo facultatem condendi Statuta ab ordinario adprobanda et gaudendi privilegiis aliarum Cathedralium in Regno Polonie Capitulis legitime competentibus. Suppressis deinde Sedibus Episcopalibus Vigerscensi et Kielcensi earum primam transferimus ac de novo erigimus in Civitate de Seyna nuncupat., cujus Episcopus Augustoviensis sive Seynensis denominabitur et in eadem Civitate Ecclesiam ab infrascripto harum Literarum Executore in ejus decreto expresse referendam erigimus in Cathedralem, in quam Capitulum antique Vigerscensis Cathedralis transferimus, alteram vero in Civitatem Sandomiriensem transferentes atque Ecclesiam inibi Collegiatam sub titulo Nativitatis Beate Marie Virginis ad Cathedralis Ecclesie gradum evehentes eamque designantes pro Capitulo prioris Cathedralis Kielcensis de novo erigimus Episcopalem Ecclesiam Sandomiriensem nuncupandum cujus Episcopus Sandomiriensis nuncupabitur. In supra dictis autem Janoviensi de Seyna et Sandomiriensi Civitatibus tam Palatium pro decenti Episcopi habitatione quam Edes pro puerorum Ecclesiastico

Seminario per antedictum Apostolicum Exequtorem erunt respective adsignande. Firmis vero manentibus Sedibus Cracoviensi, Uladislaviensique inposterum Uladislaviensis seu Calisiensis erit nuncupanda Plocensi et Lublinensi cujus erectionem jam ab Anno Millesimo Octingentesimo quinto Apostolicis Literis sancitam presentibus expresse confirmamus easdem simulque antedictas de Seyna seu Augustoviensem, Sandomiriensem et Janoviensem seu Podlachiensem Episcopales Ecclesias ab alia quacumque jurisdictione et subjectione prorsus eximentes ac liberantes omnes juri Metropolitico Archiepiscopi Varsaviensis perpetuo subjicimus atque supponimus. Volentes nunc previa dismembratione, seperatione atque immutatione nonnullorum Locorum et Pareciarum ad effectum illa et illas diversis Diecesibus noviter aggregandi atque incorporandi, prout magis opportunum in Domino visum fuit, ad novam Diecesium Circumscriptionem procedere, ut singularum distinctis finibus questiones omnes auferantur circa Spiritualis Jurisdictionis exercitium earum distributionem ac divisionem de Apostolice Potestatis plenitudine decernimus, perscribimus et constituimus juxta eum, qui sequitur modum videlicet: Diecesis Varsaviensis ultra Civitatem ipsam Varsaviensem cum quatuor in ea existentibus Parochialibus Ecclesiis efformabitur ex Biscentum Sexaginta septem Pareciis seu Locis nuncupatis: — Babice-Borzęcin, Jazdow, Kiełpin, Łomny, Pecice, Piaseczno, Porosice, Raszyn Służew, Wawrzyszen, Willanow, Wola, Zbikow, Chotomon, Nieporent, Nowodwor, Praga, Darchomin, Wieliszew, Zerzno, Luthonka, Mrzczonów, Nadarzyn, Osuchon, Ogrzanow, Radzieiowice, Rembierton, Rokietno, Skuty, Błonie Browilno, Głusk, Grodzisk, Jzdebno, Kazun, Leszno, Jaroszyn, Zaborow, Zukón Betsk, Błedoń, Boglierice, Gosczyn, Groyce, Jasienice, Jeziorkas, Leniczyn Leczeszyce, Lipcé ordinis Carmelitarum antique observantie, Mogielnica, Przybyszew, Prazmon, Promna, Wilkon, Woron, Chynow, Czersk, Drwalen, Gora, Jazgarzew, Konary, Nieczyska, Ostrołęka, Słomezyn, Sobykoń, Warka, Wrociszeń, Brzozow, Gambin, Gizice, Jamno, Kiernozia, Luszyn, Osmolin, Pacyna, Iton, Rybno, Strzelie, Suzerz, Saniki, Jrebki, Jroszyn, Czermno filia, Zyczko, Babsk, Biała, Choynata, Cielądz, Jeruzalem, Lewin, Lubania, Regnon, Szadkowice, Zdziary, Białynin, Brochow, Ka-

mion, Kapinos, Kozton Regius, Koztoń Militaris, Kurdwanow, Mistrzewice, Młodzieszyn, Pantorwice, Sochaczew, Szymanow, Troianow, Wiskitki, Zawady, Bednary, Bolimon, Chruslin, Domaniewice, Kapina, Łowicz Collegiata; Łowicz Sti. Spiritus, Nieborow, Przezonow, Dmosi, Głowno, Katacinek, Kiecierzeń, Ztakow, Boguszyce, Budziszewice, Czerniewice, Jnontodrs, Krzemienica, Kurzeszyn, Lubochnia, Legonice, Michatowice, Nowemiasto, Narwa, Rreczyca, Stara Narwa, Sierzchowy, Tobiarze, Uiard, Bełchow, Białynin, Głuchow, Godzianow, Jezon, Janistarwice, Lipce, Makow, Skierniewice, Słupia, Zelazna, Zelechlin, Bratorzewice, Bielawy, Brzeziny, Dobra, Gieczno, Gora, Kozle, Makolice, Milerzki cum Filia Choyna, Modlna, Orzkorvice, Piatek, Skoszewy, Strykoń, Waliszew, Zegrz, Szezawin, Ordinis minorum Conventualium, Bierzwienna, Błonie, Borysławice, Dezbie, Dezbrowice, Dzierzbice, Grabów, Grzegoszew, Hełm, Chodon, Kłodawa, cum Prebenda, Krosniewice, Mazon, Mitonice, Pieszero, Rdulton, Siedlce, Sobotka, Umience Bakon, Bedlno, Głogowice, Grochów Jemielno, Kaszeny Kutno, Lekoszyń, Leki, Nowe, Orton, Oporon Ordinis Scti Pauli, Recha Dobrowa Sobota, Sotek, Strzegoun, Topola, Witonice, Zduroy, Zychlin, Beldow, Dalikon, Domaniewo Katon, Lesznica Magna, Lesznica parva, Łęczyca, Łęczyca Archi: Collegiata, Ozorchon, Parzene''on, Poddebice, Solca, Sur, Kazmierz, Chorzecin, Laznon, Gatkon, Lodz, Niesutkon, Dobrzychowo cum filia Ciechanow, Gostynin, Mnich, Radzinci, Sokołon, Sola, Długa, Glinianka, Karczew, Kotubiel, Sienmia, Wiazownica, Dąbrowka, Jadon, Kamienczyk, Kamionna, Nicgon, Niestoliska, Sulejow, Jeruzal, Kiczki, Latonicz, Kuflen, Cegton, Czernonka, Jakubow, Katuszyń, Minsk, Olexin, Wierzbno, Wisznien, Cygon, Dobre, Klebon, Kobitha, Patrum Bernardinorum, Okuniew, Pnievonik, Pustelnik, Radzymin, Stanislavven. Cracoviensis Diecesis ultra ipsam Civitatem Cracoviensem cum duodecim in ea extantibus Parochialibus Ecclesiis constabit ex Biscentum viginti duo Pareciis sive locis nuncupatis: Mogogita, Pleszow, Czulico, Gorka, Ruszeza, Raciborowice, Zielonki, Giebultów, Modluica, Bolechowice, Nowa Gora, Płoki, Trzebinia, Chrzanow, Jaworzno, Paczułłowice, Jelen Filia, Rudawa, Krzeszowice, Liszki, Regulice, Porebą Zegoła, Bobrek, Libiąż, Koscielce, Płaza, Zalas, Sosnka,

Tenczynek, Morawica, Czernichow, Rybna Babice, Hicznice, Wielkie, Witów, Koszyce, Bobin, Proszowice, Niegardow, Koniusza, Zębocin, Poborowice, Stare Brzesko, Nowe Brzesko, Igotomice, Wawrzenizyce, Pobiednik, Birków, Wizetawice Goszeza, Luborzyca, Médzwiedz, Sieciechowice, Minoga, Skała, Jwanowice, Słomiki Prandocin, Czaple, Wysocice, Gotcza, Chodow, Unieiow, Tzezyca, Ulina, Imbramowice, Jrzmanowice, Saspow, Sutoszowa, Jangrow, Szreniawa, Zadroze, Smardzewice, Korzkiew, Blaty Rosicoł, Sancygniow, Staboszow, Racławice, Wrocimowice, Radziennice, Zielenice, Stawice, Mały Xiąż, Wielki, Xiąż, Koztow, Msztyczow, Lętkowice, Matoszów, Kalina, Pateszniča, Nasiechowice, Andrzeiow, Cierno, Rakoszyn, Jezenica, Tarnowa, Obichow, Sedziszow, Krzeięcice, Mieronice, Wodzisław, Piotrkowice, Nawarzyce, Dzierzkow, Moskarzow, Kuczkow Przyłęk Goleniowy, Słupia, Chlewice, Nagłowice, Kossow, Zarnowice, Lany Filia, Zarnowce Hospitalis, Wolbrom, Wolbrom Hospitalis, Poręba Zdrzierzna, Poreba Gonna, Gołaczowy, Bydlin, Strzegowa, Chlina, Bolesław, Chechto, Gorenice, Olkusz, Przeginia, Ractawice, Rakto, Rokitin, Szczekociny, Kidow, Giebło, Ogrodzienice, Kromotów, Skarzyce, Kroczyce, Włodonice, Zarki, Przybynow, Olsztyn, Zrembowice, Potok, Janow Filia Niegowa, Lelow, Lelow, Filia, Podlesie, Drochlin, Jrządze, Pillica Collegiata, Koziegtowy, Bendzin, Chruszczabrod, Ciągonice, Czeladz, Gotonog, Grodzice, Chełm, Koziegtowki, Mrzyglod, Niegowonice, Sączów, Siemonia, Siewierz, Sławkow, Torgoszyce, Woykowice, Kielce, Leszczyny, Łopuszno, Krasocin, Chęciny, Korytnica, Łukawa, Brzeziny, Chomontów, Sobków, Mohrzko, Brzegi, Mnichow, Rebieszyce, Złotniki, Węgleszyn, Oxa, Koztow, Malogoszez, Bolmin, Drugnia, Janina, Sedziciowice, Chmielnik, Gnoyno, Busko, Szezaworyż, Chotel Czerwony, Wislica Collegiata, Chotel Zielony, Zgość, Krzyzanowice, Bogocice, Pinczow, Wrocieryż, Grudzyny, Jemielno, Kice, Potok, Szanice, Piotrkowice, Lisow, Pierzelmica, Cudzynowice, Dziaroszyce, Wolica, Gory, Michalow, Młodzawy, Chrobez, Stradow, Czarnocin, Dzieraznia, Jurkow, Pełeżyska, Sokolnica, Probotowice, Kazmierza Wielka, Kazmierza Mala, Skalbmierz, Rogów, Opatowice, Przemykow, Rachwałowice, Gorzkow, Beysce, Kocina, Koreczyn Stary, Starozyska, Piaski, Wielkie, Dobrowoda, Solce, Swiniary, Os-

trowce, Nowemiasto, Zborowek, Tuczepy, Pacanow, Stapnica, Kargow, Szydłow, Kurzow, Kurozweki Komimłoty, Olesnika, Xiąznice Berzowa Ordinis Sti Pauli, Kurzelow, Konieczno, Bebelno, Czaruca, Secenin, Chrząstów, Kluczewsko, Zieleznica, Olesno, Włoszczowa, Deleszyce, Diecesis Lublinensis preter ipsam Civitatem Lublinensem habebit Centum triginta octo Parecias seu loca nuncupata, Chodel, Ratoszyn Filia, Bychawel, Bychawka, Kietizewice, Zakrzowek, Wilkołaz, Boby-Boisko, Piotrawin, Wilkow, Kazimierz, Kazimierska filia, Włostowice, Konincka wola, Niedrzwica, Opole Clerico Reg. Pićar, Klwzkowice filia, Rybitny, Swieciechow, Annopol filia, Borow, Zaklikow, Modliborzyce, Biała, Potok, Rzeczyca, Goscieradow, Dzierzkowice, cum filia Xiężomierz, Prawno, Goray, Batorz, Bożawola filia, Bilgoray, Radzencin, Frankpol, Popkowice, Targowiska, Urzędów, Wrpokce, Krasnik, Cano: Regni Late, Puszeza Solska PP. S. francis. Chtaniow Gorzkow, Lopjennik, Jtonka, Siennica, Surkow, Garnogora, Woystawice, Zołkiewko, Czutażyce, Dubienka, Hełm, Kanow, Olchowice Pawłow, Sawin, Swierze, Dorochusk, Baranow, Bochotnika, Garbow, Gotąb, Kurów, Klimontowice, Markuszów, Michow, Wąwolnica ordinis Sancti Benedicti, Zyrzyn, Abramowice, Bełzyce, Woynéchow, Czwartek, Czertoborowice, Cżerniciow, Jaystawice, Zublin Collegiata, Konopnica, Krzczonow, Matczyn, Piaski, Czernięcin Zemboryce cum filia Kreznica, Turobin, Biskupice, Bystrzyca, Czemierniki, Dyss, Kiiany, Luszczow filia, Krasienin, Kamionka, Lubartow, Firley Filia Zanucchów, Łęczna, Metgiew, Puchaczow, Rudno, Serniki, Grabowice, Hrubieszow, Horodło, Krytow, Moniatycze, Trzeszczany, Uchanie, Gorcko, PP. Con. S. Francis. Huta Krzesoroska, Jozefow, Krzeszow, Łukowei, Mokrolipcé, Potok, Szezebrzeszyn, Tarnogrod, Chodywame, Dub, Dzieraznia, Grodek, Laszvivio, Nebroz, Olszvivio, Rachance, Replin, Tyszowce, Wozuvzyn, Bonoza, Komarvie, Krasnobrod PP. Predicatorum, Jabuncé, Titahice, Jkierbiestoid, Stary Zamośc, Tomaszow, Wieloniza, Nielcśz, Zamośé Collegiata, Sandomiriensis Diecesis ultra Civitatem ipsam Sandomiriensem efformabitur ex Centum nonaginta octo Pareciis sive locis nuncupatis. Piekoszów, Zanansko, Jumlin, Cminsko, Chełmie, Strawczyn, Grzymałków, Mniow, Mnin Stupia, Biechow, Staszów Stanowiska, Przedborz, Opocznd,

Libiszów, Kuncće, Stawnow, Woycin, Dąbrowa, Blvéscé, Białobrzesi, Krasnica, Drzewica, Brudzewice, Odrzywot, Łegonićé, Solek, Klwow, Nieznanaierowice, Bieliny, Gielniow, Gowareców, Konskie, Odrowąż Korkowice, Przysucha, Smogorzow, Skrzynsko, Skrzynno, Wieniawa, Wrzos, Zarnow, Biatuczow, Petrykozy, Bedlno, Lipa, Badoszyce, Miedzierza, Pilizyca, Czermno, Falkow, Skotriiki Skorkowice, Radom, Kowala, Wsola, Skarzyszow, Wierzbica, Wysoka, Mirzec, Szydłowice, Jastrząb, Krzyzanowice, Jłza, Skarzysko, Chlewinska, Wolanow, Mniszek, Cerekcia, Zakrzew, Jarostawice, Wąchock, Wrzoszczow, Błotnica, Kaszow, Jankowice, Jedlinsko, Goryn, Sromici, Białobrzegi, Jasconna, Wysmierzyce, Radzanow, Bukowno, Przytyk, Jedlnia, Sucha, Jezow, Odechom Kazanów, Zwolen, Policzna, Grodek, Olesow, Sieciechow, Ord. S. Bened. Brzeznica, Kozicnice, Swierze, Ryczywok, Magnuszow, Mńiszow, Rozniszów, Głoweuzow, Brzuza, Grabow, Soła, Chotiza, Janowici, Gora, Rogow, Czepielow, Wielgce, Lipsko, Krepą Rzeczniow, Grabowice, Sienno, Pawłowice, Momina, Mnichow, Szewna, Kunow, Krynki, Wierzbnik, Pawlow, Chybice, Grzegorzewice, Wasniow Lagow, Baczkowice, Filia Zbitułka, Rakow, Bardow, Szumsko, Ociesęki, Cisow, Bieliny, Wzdoł, Suchodniow, Bodzencin, Jarezek Swietomarz Debno, Głupia, Apatow, Ruszkow, Grochola, Ruda, Cmielow, Woyciechowice, Bidziny, Gierozyce, Ptkanow, Batow, Tartow Zembrzyn filia, Stupia, Gliniany, Ożarow, Przybysławice, Sobotka, Jankowice, Lukawa, Gory Wysokce, Zewichost, Troyca, Czyżow, Janikow, Lasocin, Obrazow, Skotniki, Samborzec, Łoniow, Loprzywnica, Sandomierz Colley Sandomierz Sancti Pauli Kluzanow, Chobrzany, Lustawice, Niekraszów, Osick, Strzyzowice, Mydłow, Utorłow, Gozlice, Opolin filia, Klimontów, Olbierzowice, Wiązowncia, Strzegom filia, Polania Wisniowa, Bogoray, Kietyzyna, Szczeglice, Modliborzyce, Jwaniska. Diecesis Uladislaviensis seu Calisiensis preter ipsam Uladislaviensem Civitatem constabit ex Tercentum quadraginta quatuor Pareciis sive locis nuncupatis, Bordow, Ord. S. Pauli, Broniszowo, Sampolno, Wrząca, Dembny, Demby, Gostawice, Kazimierz, Krapsko, Lubstowek, Lubstowo, Lichen, Mąkolno, Morzyslaw, Modzerow, Osiek, Skulsko, Slesin, Wąsosze, Wilczyn, Radzisław, Kleczewo Ostrawąż, Złotkowo, Białkow,

Brudzew, Dąbroszyn, Dąbrowo, Grabienice, Grochowy, Grodziec, Grzymiszów, Janiszew, Koto cum filia Koscielce, Konin cum Filia Stare Miasto, Krolikow, Krzymow, Kuchary, Lisice, Russocice, Rychwat, Rzgow, Stask, Trapçzyn, Tuliszkow, Tureh, Wyszyna, Zagarow, Kowale, Psary, Cienin, Dobrosotowo, Golina, Gwartowo, Kawnice, Kowalewo, Lądek, Mysliborz, Młodoiewo, Skarboszewo, Ostrowite, Dobrzec, Błaszki, Chełmce, Giżyce, Kraszewice, Kalisz Collegiata, Kalisz Sancti Nicolai, Chlewo, Godziesze, Gosa, Goszezonow, Goszezonow, Głuchow, Gruszezyce, Jwanowice, Kalinowa, Kosminek, Liszkow, Malanow, Opatowek, Przespolow, Raysko, Staw, Hokinia, Tokary, Woykow, Blizanow, Borkow, Brudzew, Chocz Dembe, Dzierzbin, Kokanin, Koscielce, Konnow, Jastrzębniki, Lipe, Pamięzin, Piątek, Riphnow, Stawiszyn, Tykadłow, Zbiersko, Zborow, Złotniki, Boleszczyn, Brzezno, cum filia Godenice, Buzenin, Chartupia Magna, Chartupia parva, Choyne, Dobra, Dąbrowa, Kamionacz, Kliczkow, Miłkowice, Jezierslio, Sieradz Collegiata, Skeczniow, Stola, Tubedzin, Unikoso, Warta, Wągłezew, Wroblew, Ztaczew, Borszewcie, Buszek, Brzykow, Rychowice, Chabilice, Druzbice, Grabno, Grocholice, Kociszow, Korczow, Krzepezow, Łask Collegiata Lubodzice, Marzynin, Parzmo, Pozdziennice, Restarzow, Rusice Sędzieiowice, Stronsko, Szadek, Szezerczow, Widawa, Wola wiązowa, Wygielczow Zdunska Wola, Bełdnyhow, Dobron, Gorka, Kwiatkowice, Lutomirsk, Matyn, Męka, Mikołaiewice, Pabionice, Rossocica, Wierzchy, Zadzim cum filiis Brodma et Glinno, Bąkowa Gora, Bązkowice, Będków, Bogdanów cum Filia Postękalice, Dłutow, Gomulin, Gozkowice, Kurowice, Mierzyn, Milciow Can. Regni Praemonstratens. Moszezenica, Piotrkow, Raczno, Rozprza, Rzgow, Srockci, Suchcice, Sulicow, Tuszyn, Witow, Borowno, Brzeznica, Borzykowo, Lyoła, Paięczno, Makowiska, Mstow Rędzing Can. Reg. Later. Rząsna, Siemkowice, Szulmierzyce, Stroża Wiewice, Chełm Cielątniki, Dąbrowa, Dmenin, Dobroszyce, Gidle, Kamiensko, Kłomcie, Kobiele, Kodrab, Koniecpol cum Praebend. Krepą, Matuszyn, Nieclospielin, P awno, Radomsko, Bzuiowice, Soboszyce, Strzałkow, Wialgomtyny Ord. Sancti Pauli, Wola Grzymalina, Zytne, Dankow, Dzietrzniki, Jaworzno, Krzepice, Mierzyce, Parzymiechy, Pątnów Przaszka, Rudniki, Zyhwow, Dyiałoszyn, Krus-

zyna, Mykanow, Mąsocz, Chołów, Czarnozyły, Kadłub, Komorniki, Krzyorzeka, Łagiewniki, Morzko, Osiakow, Ożarow, Raczyn, Ruda, Rudlice, Skomlin, Wierzchlas, Wydrzyn, Viduń. Collegiata, Druzbin, Tolborzyce, Gwdzisk, Niemystow, Niewierz, Pruzniow cum Filia Siedtalkowo, Swince, Uniecow, Wartkowice, Wielenin, Wilanow, Biata, Bolesławice, Cieszscin, Czastary, Dzietrkowice, Lutułow, Lyskornci, Mieleszyn, Naramice, Sokolniki, Walichnowy, Wieruszew, Woycin, Brzesac, Boniewo, Dąbci, Kłobia, Kruszyn, Koscielna Wies, Lubranice, Lubomin, Osieciny, Wiencec, Włocławek, Wislka, Zgłowiączka, Duninowo, Chalno, Jzbica, Lesbotyń, Mąkoszyn, Orle, Saldno, Swierczyn, Białotarsk, Chodez, Chocen Filia, Błedna, Grabkowo, Kowal, Kłotno, Ktobka, Lubień, Pirowa Wola Filia, Przedecz, Lanięta; Smitowice, Lubanie, Nieszawa, Raciążek, Stońsko, Zbrachlino, Bronistaw, Broniewa, Byczyna, Bytori, Piotrkow, Kaczewo, Krzywosądza, Radzieiowo, Potaciwo, Witowo, Badkowo Grabie, Koniecko Kobcilice, Ostrowąs Łowiczek, Sędzino, Strzażewo, Siniarzewo, Stużewo, Czarcin, Wolborz Collegiata, Biata Czestochowa cum filia Konopsica, Kłobucko, Truskolasy, Krzepice Miedzno, Poczesna, Przyrow cum Praebenda, Przystaynia, Wilkowiecko, Zuraw, Plocensis Diecesis ultra civitatem ipsam Plocensem cum septem in ea existentibus, Parochialibus Ecclesiis constabit ex Biscentum triginta duobus Pareciis seu locis nuncupatis, Biata, Bielsko, Bonisław, Ciechcino, Gora, Ląg Proboszczewice, Słupia, Starozreby, Zagroba, Biezun, Chamsk, Lubowide, Lutocino, Łukomia, Roszciszewo, Skwirlno, Zawidz, Zerumino PP. Ordinis Sti Francisci Refore, Zgliczyno Łętowo, Orszymowo, Pilichowo, Blichowo, Bodzanowo, Bulkowo, Daniszewo, Kucice, Ciechanow, Czernice, Grudusk, Kozyczyno, Lekowo, Łysakowo, Patuki, Sulerysz, Zembok Bąthowo, Czarne Dobrzyn Ord. Sti. Fran. Con. Comm. Grochowalsk, Ligowo cum Filia Siedrogi, Mokowo, Rokicie, Skepę Ord. S. Fran. Con. Cas., Sobowo, Siecien, Fłuchowo, Wielgie, Osiek Magna cum Filia Gorczenice, Płonne, Radomino, Radziki, Strzygi, Swiedziebna cum Filia Xiente, Trasbino, Chorzele: Duczymino, Dziergowo Grzebsh, Janow, Janowice, Krzynow oga Major, Kuklino, Wieczfnia, Czernikowo, Dziatyń Karnkowo, Kikot cum filia Gtrodziec, Lipno, Łąszyno, Mazowsze, Sumino, Osiek parva Wola,

Trułowo Ord. Carmel. Czerwonka, Gąsewo, Karniewo, Krasnosiele, Makow, Podosie, Rozaw, Szelkowo, Scwelice, Zawady cum filia Rozan, Boguszyno, Dąbrowa, Lipowice, Mlawa Congd. Miss. Niedzborz Słupsk, Szydlowo, Woynocoka cum Filia Mlavensis, Wyszyny, Zerumino, Kapitulne, Zmiiewo, Ciemiewko, Ciexino, Gromadzyno, Klukowo, Kraszewo, Krolewo, Łopacin Nasielsk, Nowe Miasto, Sochocin, Sorisk, Baranow, cum Filia Brodowataka, Goworowo, Kadzidło, Myszeniec, Nowa wies, Ostrołęka, Rzekcin, Sielun, Zaręby, Brok, Czernin, Jelonki, Kleczkowo, Ostrow, Piski, Poremba, Troszyn, Wascwo, Brwilno, Miszewo murowane, Miszewo Strzałkowskie, Radzanowo, Sikorz Stupno, Swieęgenice, Trzepzwo Płock Wozniki, Baboszewo, Dziektaszewo, Glinowieck, Maluzyno, Płońsk PP. Carmeli, Radzymino, Sarbiewo cum Filia Smardzewe, Wierbowice, Bogate, Gotymin, Krasne, Krzynowloka minor, Pawlowo, Przasnysz Węgra, Wegrzynowo, Dzierzenin, Gąsiorowo, Gzy, Pokrzywnica, Przewodowo, Pułtusk, Serock, Smogorzewo, Szyski, Winnica, Zegrz, Drobin Gratewo, Koziebrody, Kraykowo cum Filia Drozdowo, Raciąż Rogotworsk Strzegowo, Unieck, Unierzysz, Chrzastkowo, Dulsko, Rypin, Rogowo, Roze, Sadłowo, Zale, Borkow, Borzewo, Goleszyn Goysk, cum Filia Szczułowo, Gozdowo, Jezowo, Kurowo, Mochowo, Sierpe, Dłutowo, Gradzanowo, Kuczbork. Radzanow, Szrensk, Sarnowo cum filia Niechtanino, Zielona, Zielun, Czerwinsk, Can Regu Gumino, Kobylniki, Naruszewo, Radzikowo, Skołatowo, Wyzogrod cum filia Rembowo, Zakrzewo, Zukowo, Barcice, Branszczyk, Długosiodto, Lubiel, Obryte, Pniewo, Popowo, Wyszkow, Zatory, Zamski cum filia Sokołowo, Chociezowo, Grodzice, Joniec, Kamiencia, Krysk, Kroczewo, Pomiechowo, Wrona, Zakroczym, Bobrowniki, Bobrowniki Hospitalis, Chelmcia, Ciechocin, Dobrzeiowice, Nowogrod, Zadusznìki, Ostrowile, Diecesis Janoviensis seu Podlachiensis ultra sedem Episcopalem cum suo Capitulo in Civitate de Janów nuncupat. habebit centum septemdecim Parecias seu loca pariter nuncupata, Biała, Burdzilowka, Gorki, Huszlew, Leszna Ord. Sti Pauli, Łoscie, cum filia hadymro, Sarnaki, Ruskow, Garwoli, Goslin, PP. Marian, Jezory, Osiek, Ostrowek, Tarnoweck, Warszawice, Wilga, Orchowek Ord. Sti August. Sosnowica, Uchrusk, Wereszczyn, Janow, Kodeń,

Huszcza Malowa gora, Piszezacz, Pratulin: Terespol, PP. Dominic. Korytnica Sadowne, Stoczek, Borow, Miastkow, Paryszow, Schurzei PP. Marian., Sereczyn, Stoczek, Zeliszew, Wodynie, Zwola, Grębków, Lico, Niwiska, Kopce, Adamow, Domanice, Kock, Łukow, Łysobyki, Pruszyn, Radzyn, Radoryz, Serokomla, Stawin Trzebieszow, Konkolownica, Tuchowicz, Wan, Woycieszkow, Zbuczyn, Komorowka, Łomazy Miedzyrzec, Opole, Ostrowiki, Rossosz. Stawatycze, Włodawa PP. Sancti Pauli, Wisznice, Wolun, Ostrów, Parczow, Jabłonna Kozuchowek, Mordy, Knychowek, Siedlce, Niciecz, Niemoyki, Paprotna, Przesmyki, Krzeszow, Wierow, Suchożebry Wyrożęby, Bobrowniki, Brzeziny, Drozgow, Gorzno, Gonczyce, Korytnica, Kłoczow, Łuskarzew, Macieiowice, Okrzcia, Pawlowice, Ryki, Samogoszcza, Stezyca, Nowodwor, Wargoun, Wilozyska, Zelechow, Zabianka, Ceranow, Czerwonka, Kossow, Mokobody, Prostyn, Rozbity Kamien, Skibniew Sckołow, Miedzna, Sterdyn, Wegrow, Stara wieś cum Filia Wyszkow, Zembrow. De Seyna seu Augustoviensis denique Diecesis preter Episcopalem Sedem cum Capitulo Cathedrali in Civitate de Seyna nuncupat. constabit ex centum viginti Pareciis sive Locis pariter nuncupatis, Kotaki, Łomża, Lubotyn, Miastkowo Nowogrod, Smłodowo, Puchaly, Rutki, Szczepankowo, Szumowo, Zambrow Zawady, Białuczewo, Grabowo, Groiewo, Kolno, Lachowo, Niedzwiadna, Radziłłowo, Romany, Słucz Wasosz Burzyno, Dobrzyiatowo, Drozdzdowa, Jedwabne, Piątnica, Płock parva, Poryte, Przytuły, Wizna cum filia Gutnyn, Balwierzyska, cum Filia Gudele, Rumbowice, Olita, Odrya, Krakopol Danksze Mariampol cum filia Iglowka, Preny cum filia Plotyszki, Btogosławienstwo cum filia Kidule, Poniemun, Tyrzkiencia Itgowka, Sapiezyski cum filia Wyroka, Ruda, Godlewo cum filia Weywery, Poniemum Trentzela, Pokoynie Skrawdzie, Pilniszki, Gietyndyszki, Nowe miasto cum filia Gryszkabudzie, Syntowty, Luksze, Szaki, Stowki, Jansborg, Wierzbolow, Wisztyniec, Pocewoń, Kalwarya, Lubowo, Wiziayny, Grazyska, Bartniki, Kieturwłoki Ludwinowo, Lankieliszki, Gize, Witkowyszki cum filia Szumskie, Olwita, Metele, Simno, Krasna, Urdomina, Łozdzice, Swiste Jeziory, Weysicie, Leypuny Liszków, Sereie, Mirosław, Hoza, Sylwanowce, Teolin, Kopciow, Adamowice, Berzniki, Seyny, Krasnopol, Szczebra, Przerosb,

Ideniowo, Kaletnik, Punsk, Suwatki, Wigry, Augustowo, Janowka, Raczki, Bakałarzewo, Filipowo, Bargtowo, Raygrod cum filia Rydzewo, Krasnybor, Lypsk, Jaminy, Tykocin, Waniewo, Płonka, Sokoly, Kobylin, Kulesze, Wysokie. Mazowiakie, Dabrowa magna, Jabłon magna, Jabłonka, Kuczym magna, Dąbrowka, Wyszonki, Poswiątne, Piątkowo, Piekuły. — Civitates autem et Ecclesias predictas itemque singulas Parecias et Loca respectivis Ecclesiis pro Diecesi attributa eorumque Incolas utriusque Sexus tam Laicos quam Clericos prefatis Ecclesiis earumque Presulibus pro suis Civitate, Territorio, Diecesi, Clero Seculari ac utriusque Sexus Regulari, non tamen exempto nec non Populo, in perpetuum assignamus et in Spiritualibus respective subjicimus ita, ut quilibet antistes veram realem actualem et corporalem possessionem regiminis administrationis et omnimodo juris Diecesani in predictis Civitatibus, Ecclesiis ac Diecesibus nec non bonis atque redditibus pro ipsarum dotatione assignandis apprehendere ac retinere, libere ac licite possit et valeat. Quocirca Venerabili Fratri *Francisco Malczewski*, moderno Episcopo Uladislaviensi, quem in presentium Literarum Exequtorem eligimus ac deputamus, expresse committimus atque injungimus ut omnia et singula tam quoad Episcopalium Sedium erectionem ac translationem, quam quoad novam predictarum Octo Diecesium circumscriptionem a Nobis ut supra constitutam ad plenarium finem diligenter perduci studeat, utque Documenta omnia respicientia Parecias et Loca ab antiquis Diecesibus dismembrata novisque applicata Diecesibus a veteribus Cancellariis extrahi ac novis — Archiepiscopali et Episcopalibus Cancellariis tradi studiosissime curet. Mandamus preterea eidem *Francisco*, Episcopo, ut suppresso ac immutato priori Ecclesiarum Cathedralium statu ex delegata Nostra Auctoritate unumquodque tam Ecclesie-Metropolitane, quam septem Cathedralium Ecclesiarum Capitulum constituat ex duodecim tantum efformatum Canonicatibus et Prebendis, comprehensis in hoc numero quatuor Dignitatibus ac Prebendis Theologali et Penitentiaria, utque cuilibet ex prefatis octo Ecclesiis inserviant insuper Sex Presbyteri Vicarii nuncupandi proviso tamen decenti ac congrue substentationi, quoad vixerint singularum Personarum Ecclesiasticarum actu obtinentium superextantes Dignitates vel Canonicatus, atque integro illis manente Stallo in Choro ac

Loco et Suffragio in Capitulo salvisque ceteris juribus, quibus nunc ipse perfruuntur. Firmum pariter atque illesum circa Dignitatum et Canonicatum primodictorum provisionem et collationem remanere debebit imposterum jus iis ipsis, quibus antea legitime competebat. Volumus insuper, quod idem *Franciscus*, Episcopus, peculiari ad id a Nobis Ei delegata facultate antiquam Cathedralem Ecclesiam Kielcensem sub Titulo Assumptionis Beate Marie Virginis ad simplicem Collegiate Ecclesie statum cum sufficienti Capitularium numero ab eodem Episcopo perscribendo et cum congruis assignandis Prebendis reducere possit et valeat, proviso pariter Divini Cultus exercitio atque opportune manutentioni alterius per Nos item suppresse Cathedralis Ecclesie Vigerscensis. Cum autem ob transactam rerum conversionem ac belli calamitates bona tam Episcopalibus Sedibus quam Cathedralibus Capitulis et puerorum Ecclesiasticis Seminariis antea respective pertinentia fere in totum distracta et redditus maxime imminuti ad presens reperiantur, Nos ad hujusmodi necessitatibus eo, quo possimus, modo solicite consulendum supradicto *Francisco*, Episcopo, potestatem facimus, ut accuratissime inspecto actuali statu superextantium bonorum ac reddituum Monasteriis seu Abbatiis ac simplicibus Beneficiis spectantium, auditisque omnibus interesse habentibus, tot ex antedictis Monasteriis seu Abbatiis ac simplicibus Beneficiis Apostolica sibi delegata facultate queat supprimere, extinguere et annullare, quot necessaria erunt tam ad congrue dotationis cujuslibet jam existentis Episcopalis Mense Capituli et Seminarii dotationis implementum, quam ad integram et congruam nove Episcopalis Ecclesie Capituli et Seminarii Janowensis seu Podlachiensis efformandam dotationem, caute tamen, quod Ecclesiarum spectantium Monasteriis vel Abbatiis ac Beneficiis hoc modo supprimendis ad effectum eorum bona ac redditus Episcopalibus Mensis Capitulis ac Seminariis proportionabiliter respective uniendi atque applicandi necessarie manutentioni ac Divini Cultus libero exercitio opportune ac stabiliter consulatur, quodque eorundem Monasteriorum vel Abbatiarum ac Simplicium Beneficiorum congrue supportentur onera consueta, ac ulterius proviso, quod talis Beneficiorum hujusmodi in unaquaque Diecesi superextet numerus, ut cuilibet Antistiti minime desit necessaria commoditas benemeritis Clericis Diecesanis gratifican-

di. Curabit itaque supradictus *Franciscus* presentes Nostras Literas adamussim exequendo ita res omnes componere atque constabilire, ut quilibet Antistes commodam ac decentem habeat propriam sibi adsignatam Habitationem aptasque habeat proprias Edes, quodlibet Puerorum Ecclesiasticum Seminarium, utque annui redditus in ea Summa cuilibet adsignentur, que ad Episcopalis Dignitatis decorum sustinendum, ad Cathedralium Ecclesiarum et Capitulorum manutentionem ac decentem substentationem et ad Puerorum in Seminario educationem alimoniam et instructionem conveniens et necessaria respective dignoscatur. Interea supradicto *Francisco*, Episcopo, Uladislaviensi Exequtori deputato, ut ipse per se vel per aliam, seu alias Personas in Ecclesiastica Dignitate constitutam, seu constitutas, ab eo specialiter subdelegandam, vel subdelegandas, omnia et singula, que ad premissorum omnium et singulorum plenariam et integram exequtionem necessaria dignoverit gerere, facere, disponere ac statuere omnesque controversias ac questiones forsan orituras examinare, judicare ac definire libere et licite possit ac valeat, necessarias omnes et opportunas facultates concedimus atque impartimur simulque eidem *Francisco*, Episcopo, injungimus, ut post completam harum Literarum exequtionem actorum omnium authenticum Exemplar infra Semestrem ad urbem transmittere teneatur in Consistoriales Tabulas referendum; presentes autem literas et in eis contenta quecumque nullo unquam tempore, etiam ex eo, quod quilibet in iis interesse habentes vel habere pretendentes vocati non fuerint ac auditi, premissis non consenserint, de subreptionis vel obreptionis aut nullitatis vitio seu intentionis Nostre vel quovis alio substantiali et inexcogitato defectu notari, impugnari, invalidari aut adversus illas quodcumque juris vel facti aut gratie remedium impetrari posse, nec eas sub quibusvis derogationibus aut aliis contrariis dispositionibus comprehendi, sed ab illis semper excipi, validasque et efficaces esse et fore suosque plenarios et integros effectus sortiri et obtinere, sique ab omnibus observari et ita per quoscumque Judices Ordinarios vel delegatos quavis auctoritate fungentes sublata eis qualibet aliter judicandi et interpretandi facultate judicari et definiri debere volumus atque mandamus, et si secus super his a quoquam quavis auctoritate scienter vel ignoranter contigerit attentari, irritum et inane decernimus.

Non obstantibus quibusvis etiam in Provincialibus vel Generalibus Conciliis editis Constitutionibus et Ordinationibus Apostolicis ac Nostris et Cancellarie Apostolice Regulis etiam de jure quesito non tollendo nec non supradictarum Ecclesiarum et Monasteriorum vel Abbatiarum ac Simplicium Beneficiorum etiam Confirmatione Apostolica vel quavis firmitate alia roboratis statutis et consuetudinibus, concessionibus et Indultis, licet specifica et individua mentione dignis, quibus omnibus et singulis eorumque totis tenoribus etiamsi de illis specialis, specifica, et individua mentio seu quevis alia expressio habenda aut alia aliqua exquisita forma ad hoc servanda foret illorum tenores presentibus pro expressis habentes ad premissorum omnium et singulorum effectum latissime et plenissime ac specialiter et expresse derogamus et derogatum esse intendimus ceterisque contrariis quibuscumque. Volumus autem, ut harum Literarum Transumptis etiam impressis manu tamen alicujus Notarii Publici subscriptis ac Sigillo Persone in Ecclesiastica dignitate constitute munitis eadem prorsus fides ubique adhibeatur, que ipsis presentibus adhiberetur, si forent exhibite vel ostense. Nulli ergo omnino hominum liceat hanc Paginam Nostrarum Dismembrationis, Applicationis, Translationis, Erectionis, Circumscriptionis, Subjectionis, Suppositionis, Assignationis, Reservationis, Mandati, Facultatis, Impartitionis, Decreti, Derogationis ac Voluntatis infringere, eique ausu temerario contraire; si quis autem hoc attentare presumpserit, indignationem omnipotentis Dei ac Beatorum Petri et Pauli Apostolorum ejus se noverit incursurum. — Datum Rome apud Sanctam Mariam Majorem Anno Incarnationis Dominice Millesimo Octingentesimo Decimo Octavo, Pridie Kalendas Julii, Pontificatus Nostri Anno Decimo Nono. Loco † Plumbi. Super quibus quidem Litteris ego Notarius Publicus presens Transumptum confeci et signavi presentibus. D. D. *Fabio* et *Damaso Testa*, Testibus T. Duobus.

Concordat cum Originali T. Isola Offis Depus Coad.

(L. S.) A. Card. Prad.

Ita est. *Joseph Battaglia*

Notarius Apostolicus.

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Münch, Ernst Hermann Joseph,

Vollständige Sammlung aller ältern und neuern Konkordate nebst einer Geschichte ihres Entstehens und ihrer Schicksale

Bd.: 2

1831

Bamberg, Staatsbibliothek -- Pol.o.497(2
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11765079-1